



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit

**Perspektiven für eine lebenslaufbezogene
Familienpolitik**

Siebter Familienbericht

Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit

**Perspektiven für eine lebenslaufbezogene
Familienpolitik**

Siebter Familienbericht

Stellungnahme der Bundesregierung zum
Bericht der Sachverständigenkommission

Bericht der Sachverständigenkommission

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Siebter Familienbericht

Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik

und

Stellungnahme der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Stellungnahme der Bundesregierung	XXIII
I. Berichtsauftrag	XXIII
II. Politikwechsel zu einer Nachhaltigen Familienpolitik	XXIV
III. Infrastruktur für Familien – Förderung der Kinder	XXV
1. Gute Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder	XXVI
2. Erziehungsverantwortung der Eltern	XXVII
3. Zusammenhalt der Generationen	XXVIII
4. Familie als Standortfaktor – neue Perspektiven für lokale Familienpolitik	XXVIII
IV. Zeit in der Familie – Zeit für die Familie	XXX
1. Zeit neu organisieren	XXX
2. Familienfreundliche Arbeitswelt	XXXI
3. Familienfreundliche Hochschule	XXXII

	Seite
V. Wirksame finanzielle Förderung von Familien	XXXII
1. Elterngeld als Einkommensersatz	XXXII
2. Absetzbarkeit von Betreuungskosten	XXXIII
3. Reduzierung von Armutsrisiken	XXXIII
4. Ausweitung familienpolitischer Leistungen in den Sozialversicherungen	XXXIV
5. Leistungen aus einer Hand	XXXIV
VI. Neue Kultur der Familienpolitik – mehr Familie wagen	XXXV
Siebter Familienbericht	1
Vorwort	1
I. Akzentuierungen: Ökonomie, Fürsorge, Geschlechter- partizipation – Eckpunkte der Betrachtung von Familie	5
I.1 Gemeinsame und private Güter	5
I.2 Familie und Wandel: Familie aus der Perspektive des Lebenslaufs ihrer Mitglieder	7
I.3 Chancen und Zwänge: Zeitorganisation	7
I.4 Balance im Lebenslauf	8
I.5 Integration: Familie und Kontext	9
I.6 Innerfamiliäre Dynamiken	10
I.7 Internationale Kontrastierung	11
I.8 Perspektivenverschränkung: Vom Blick auf Familie als privatem Lebensraum zum Blick auf Chancenverwobenheit	11
II. Familien in Europa	14
II.1 Europäische Vielfalt familialer Lebensformen	14
II.1.1 Der erste demografische Übergang und das Modell der „Hausfrauenehe“	14
II.1.2 Der zweite demografische Übergang oder die Erosion des „Hausfrauenmodells“	18
II.2 Differenzen in den Entwicklungen einzelner europäischer Länder	22
II.2.1 Partnerschaften und Auszugsverhalten oder das „Hotel Mama“ als Folge einer verlängerten ökonomischen Abhängigkeit	22
II.2.2 Selbständigkeit, Partizipation in verschiedenen Lebensbereichen und die ökonomische Achterbahn	26

	Seite
II.2.3	Zeit für Kinder 27
II.2.4	Die Beziehung zwischen den Partnern 32
II.2.5	Rush-Hour und gewonnene Jahre 33
II.3	Der Versuch einer Kontrastierung von familienbezogenen Politiken 36
II.3.1	Vorabbemerkung zu einer Gegenüberstellung von familien- bezogenen Politiken in unterschiedlichen Ländern 36
II.3.2	Öffentliche Ausgaben für familienbezogene Leistungen im EU-Vergleich 38
II.3.3	Ausgewählte Länderbeispiele 40
II.3.3.1	Das Beispiel: Dänemark 40
II.3.3.2	Das Beispiel: Frankreich 43
II.3.3.3	Das Beispiel: Niederlande 48
II.3.3.4	Das Beispiel: Vereinigtes Königreich 51
II.3.3.5	Familienbezogene Maßnahmen in Deutschland 56
II.3.4	Vergleichende Bewertung 60
II.4	Familienpolitik und demografische Entwicklung im europäischen Vergleich 62
III.	Familie und Wandel 68
III.1	Zeitraumen – Perspektiven 68
III.1.1	Zur Orientierung – Verschränkungen von Familien- und Lebenslauf 68
III.1.2	Einordnung des betrachteten Zeitfensters 69
III.1.3	Stationen einer Analyse 70
III.2	Ungleichzeitigkeiten 71
III.2.1	Die Geschlechterperspektive. Familie und Leitbilder der Teilhabe an Lebensbereichen 71
III.2.1.1	Lebensbereiche – Wahrnehmungsdifferenzen der Familienrollen als Folge des Alters, des Geschlechts, der Lebensumstände 71
III.2.1.2	Einstellungsrekonstruktionen über sich wandelnde Zeiten 73
III.2.1.3	Verwerfungen: Die 70er Jahre als Wandel im Brennglas oder: die Geschichte der verpassten Gelegenheiten 75
III.2.2	Alles beim Alten oder alles verändert? 77
III.3	Strukturbrüche: Beschäftigungschancen, Bildungsexpansion und der Individualverlauf 78
III.3.1	Lebensabschnitte: Gleichheit und Differenz zwischen den Lebensläufen von Eltern 78

	Seite
III.3.2 Risiken: Arbeitslosigkeit und männliches Familiengründungsverhalten	80
III.3.3 Umbrüche: Bildungsexpansion und weibliches Familiengründungsverhalten	83
III.3.4 Chancen und Gewichtung: Verschiebungen der Wirtschaftssektoren	85
III.3.5 Erzwungener Wandel vom Ernährermodell zum Zwei-Verdienerprojekt?	86
III.4 Alles unter einem Dach? Der Wandel familialer Arbeit	87
III.4.1 Der Wert der Arbeit	87
III.4.1.1 Die vielen Facetten der Arbeit	88
III.4.1.2 Verschiebungen im Profil der Arbeit	89
III.4.1.3 Entlastungsstrategien von Haus- und Sorgearbeit	92
III.4.2 Familienmanagement: Die vielen Sozialisationsorte von Kindern	93
III.4.3 Die Rentnerfamilie – Entlastung/Belastung familialer Arbeit der mittleren Familiengeneration?	95
III.4.3.1 Unabhängigkeit	96
III.4.3.2 Familiäre Pflegephasen: keine Frage des Alters	96
III.4.4 Der Wert der Dienstleistungen: Externe Unterstützungssysteme und familiennahe Berufe	99
III.5 Friktionen heute – Zukunft von Familie als dynamischer Prozess auf vielen Schultern	100
IV. Innerfamiliale Dynamiken	104
IV.1 Herausforderungen für Familien	104
IV.2 Verlaufspfade der Familienentwicklung	106
IV.2.1 Partnerschaft und Elternschaft	106
IV.2.1.1 Aufgaben- und Rollenverteilung in Partnerschaften	106
IV.2.1.2 Einflussfaktoren auf die Partizipation des Vaters an der Sorge um das Kind	109
IV.2.1.3 Die Reichweite des Traditionalisierungseffektes	110
IV.2.1.4 Veränderung der Beziehungsqualität	111
IV.2.2 Scheidung als familiales und gesellschaftliches Phänomen	116
IV.2.2.1 Scheidungsforschung und Entwicklungsaufgaben im Kontext einer Transition	116
IV.2.2.2 Konsequenzen von Trennung und Scheidung für die Familienmitglieder	118
IV.2.2.3 Sorgerecht: Rechtliche Regelung und Ausgestaltung der Eltern-Kind-Beziehung	122
IV.2.2.4 Scheidung als gesellschaftliches Phänomen	126

	Seite
IV.3 Familie als alltägliche Herstellungsleistung	128
IV.3.1 Sozialisation und Kompetenzprofile	128
IV.3.1.1 Frühkindliche Interaktion	129
IV.3.1.2 Sozialisation und Familienrollen	130
IV.3.1.3 Sozialisation, Identitätsentwicklung und Arbeitsmarktchancen	133
IV.3.1.4 Kompetenzerwerb durch Familienarbeit – Wettbewerbs- vorteil durch Engagement in der Familie?	134
IV.3.2 Generationenbeziehungen unter Erwachsenen	137
IV.3.2.1 Gemeinsame Lebenszeit und Wohnentfernung	137
IV.3.2.2 Krise der Familie oder Generationensolidarität?	139
IV.3.2.3 Generationenprobleme	150
IV.3.2.4 Generationensolidarität, Generationenpolitik	153
IV.4 Familiendynamiken und ihre Folgen	156
V. Familie im Kontext	159
V.1 Familie und ihre Ressourcen	162
V.2 Besonderheiten von Familien in prekären Lebenslagen	167
V.2.1 Relative Armut hat viele Gesichter	168
V.2.2 Perspektiven der Prävention	172
V.3 Demografische Vielfalt und Entwicklungsperspektiven von Familien	173
V.3.1 Das demografische Echo	174
V.3.2 Ökonomische Heterogenität	179
V.3.3 Die doppelte Polarisierung und Entwicklungsbedingungen für Kinder	185
V.3.4 Das demographische Echo und Entwicklungsbedingungen für Kinder	188
V.4 Stadt-Familien: Familie und Stadt	189
V.4.1 Die Zeit-Raum-Lebensqualität von Familie als Herausforderungen an die Stadtplanung	190
V.4.2 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Der Raum	191
V.4.3 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Zeit und Orte	192
V.4.4 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Privatheit und Öffentlichkeit	194
V.4.5 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Dienstleistung aus einer Hand	195

	Seite
V.5 Kinder, Nachbarschaft, familiale Ressourcen und städtische Entwicklung	197
V.5.1 Integration von Dienstleistungen als Ressourcenentwicklung von Nachbarschaften	197
V.5.2 Ressourcen ländlicher Räume	201
V.5.3 Partizipation, Kohäsion und regionale Familienpolitik	202
V.6 Wer investiert und wer hat welchen Ertrag?	202
VI. Chancen und Zwänge: Zeitorganisation	206
VI.1 Umbrüche von Zeitstrukturen	206
VI.2 Familienzeit – die Komplexität gemeinsamer Zeit	207
VI.3 Versorgungszeiten im Familienalltag	211
VI.3.1 Familienzeit am Beispiel des Essens	211
VI.3.2 Essroutinen im Familienalltag	212
VI.3.3 Sozial-kommunikative Aspekte des Essens	214
VI.3.4 Zeitbudgets für hauswirtschaftliche Tätigkeiten von Frauen und Männern	215
VI.3.5 Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Ernährungsversorgung im Geschlechtervergleich	216
VI.3.6 Zeitverwendung von Müttern und Vätern für Beköstigungsarbeit	218
VI.3.7 Inanspruchnahme von bezahlten Hilfeleistungen im Vergleich ausgewählter Familienhaushalte	219
VI.4 Zeitkonflikte von Familien – das Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienzeit	221
VI.4.1 Erwerbszeit als Taktgeber für familiale Lebensführung: Rhetorik und Differenzierung	221
VI.4.2 Zeitlich belastete Familienkonstellationen: Doppelernährerpaare, allein erziehende und erwerbslose Eltern	224
VI.4.3 Kinderbetreuung und elterliche Erwerbszeit	227
VI.4.4 Die Balance von Familien- und Erwerbszeit – eine anspruchsvolle Aufgabe	229
VI.4.5 Arbeitszeit aus der Sicht von Kindern	232
VI.4.6 Väterzeit zwischen Familie und Erwerb	233
VI.5 Flexibilisierung der Arbeitszeit in ihrer Bedeutung für Familien	235
VI.5.1 Entwicklung der Flexibilisierung	235
VI.5.2 Die Ambivalenz flexibler Erwerbszeiten für Familien	236

	Seite	
VI.5.3	Friktionen zwischen Betreuungs- und Arbeitszeiten durch die Flexibilisierung der Erwerbswelt	238
VI.5.4	Das Spektrum von Maßnahmen zur Gestaltung familien-gerechter Arbeitszeit	240
VI.6	Die doppelte Anforderungsstruktur von Familienzeiten	241
VII.	Nachhaltige Familienpolitik: Neue Balancen zwischen Erwerbsarbeit und Fürsorge im Lebenslauf	245
VII.1	Nachhaltigkeit als neue Integration von Lebensentwürfen	245
VII.2	Nachhaltigkeit und Lebenslauf	248
VII.2.1	Die „Rush-Hour of Life“	249
VII.2.2	Der Widerspruch zwischen beruflicher Selbstständigkeit und ökonomischer Abhängigkeit vom Ehemann	249
VII.2.3	Lebenslauforientierte Familienförderung	250
VII.2.4	Verlässlichkeit im Alltag	253
VII.3	Care oder „Fürsorge“ als knappe Ressource in modernen Gesellschaften	254
VII.3.1	Caremodelle im Wandel	254
VII.3.2	Fürsorge in modernen Familienbeziehungen	255
VII.4	Nachhaltige Familienpolitik und die Entwicklungschancen für Kinder	256
VII.4.1	Ressourcen für und von Familien	256
VII.4.2	Regionale Polarisierungstendenzen	257
VII.4.3	Vielfalt und Integration	258
VIII.	Zukunftsszenarien	260
VIII.1	Einleitung: Zukunftsszenarien nachhaltiger Familienpolitik	260
VIII.1.1	Nachhaltige Familienpolitik als Lebenslaufs- und Zeitpolitik	260
VIII.1.2	Nachhaltige Familienpolitik als eine neue Integration von Familie, Erwerbsarbeit, Nachbarschaft und Gemeinde	261
VIII.1.3	Nachhaltige Familienpolitik und finanzielle Unterstützung für Familien	262
VIII.2	Zukunftsszenarium: Lebenslauf und Alltagszeit	264
VIII.3	Zukunftsszenarium: Eltern als Investoren in den sozialen Nahraum und in die gesellschaftliche Entwicklung	276

	Seite
VIII.4 Zukunftsszenarium: Finanzielle Transfers im Lebensverlauf	283
VIII.5 Szenarien zukünftiger Forschung	292
Literatur	297
Sonderauszählungen bzw. Sonderaufbereitung von amtlichen Daten für den Siebten Familienbericht	332
Anhang	335

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abbildung II.1: Proportion of childless women by generation, 1900 bis 1960	15
Abbildung II.2: Proportions of never married and childless women by generation in France and Germany, 1900 bis 1960 ..	16
Abbildung II.3: Gesamtfuchtbarkeitsrate (Kinder pro Frau) in EU Ländern, 1960 bis 2002	19
Abbildung II.4: Anzahl der Kinder ohne Altersbegrenzung in Familien seit 1961 (in 1 000)	21
Abbildung II.5: Life Phases:	24
Abbildung II.6: Präferenzen für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung der Beschäftigten	30
Abbildung II.7: Zeit, die Paare mit Kindern bis 6 Jahre für Kinderbetreuung, Hausarbeit bzw. Erwerbsarbeit aufbringen (Minuten pro Tag)	31
Abbildung II.8: Erwerbsarbeit und Hausarbeit von zusammenlebenden Eltern mit Kindern unter 6 Jahren	32
Abbildung II.9: Altersspezifische Geburtenraten (je 1 000 Frauen) 1970 bis 2000/2001	34
Abbildung II.10: Veränderungen in den Lebensphasen heiratender Frauen seit dem 17. Jahrhunder	35
Abbildung II.11: Öffentliche Ausgaben für familienbezogene Leistungen in ausgewählten EU-Ländern als Prozentanteil des Bruttoinlandsprodukts	38
Abbildung II.12: Tatsächliche Kinderzahl zu idealer Kinderzahl bei Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft (Alter 40 bis 64)	66
Abbildung III.1: Einstellungen zu Familien- und Erwerbsbeteiligung, differenziert nach Mann – Frau, West – Ost	73
Abbildung III.2: Familien- und Erwerbszyklus von Frauen im Lebenslauf	79
Abbildung III.3: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet (in Prozent)	82
Abbildung III.4: Schulabgänger nach Geschlecht und Abschlussart 1960 und 2000 (in Prozent)	83
Abbildung III.5: Bestandene Prüfungen von Frauen seit 1953	84
Abbildung III.6: Veränderung der Anteile der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Beschäftigten an der Gesamtzahl aller in Deutschland Beschäftigten (in Prozent)	85

	Seite
Abbildung IV.1: Die Verlaufspfade der Partnerschafts- und Familienentwicklung	104
Abbildung IV.2: Wochenarbeitszeit von Frauen und Männern im Übergang zur Elternschaft	107
Abbildung IV.3: Aufteilung der Betreuung und Versorgung des dreijährigen Kindes zwischen den Partnern	109
Abbildung IV.4: Veränderung der Partnerschaftsqualität vom letzten Schwangerschaftstrimester bis 7,5 Jahre nach der Geburt des ersten Kindes	111
Abbildung IV.5: Die Veränderung der PFB-Partnerschaftsqualität im Übergang zur Elternschaft bei Ersteltern	112
Abbildung IV.6: Einfluss negativen Partnerverhaltens auf die Unzufriedenheit der Frau mit ihrem Partner bei belastendem, durchschnittlichem und entlastendem Attributionsstil für negative Beziehungserfahrung [N=113 Paare]	114
Abbildung IV.7: Traditionelle Geschlechtsrollenorientierung nach Altersgruppen	131
Abbildung IV.8: Aus Familienarbeit gewonnene bzw. erweiterte Fähigkeiten	135
Abbildung IV.9: Beispielhafte Darstellung eines Kompetenzprofils	136
Abbildung IV.10: Generationentransfers und Hilfen	144
Abbildung IV.11: Erbquote und Erbhöhe	147
Abbildung IV.12: Generationenkonflikte	151
Abbildung IV.13: Generationensolidarität	154
Abbildung V.1: Veränderung der Anteile von Familien mit 1, 2 bzw. 3 und mehr Kindern in den alten Bundesländern (von 1972 bis 2002) und in den neuen Bundesländern (von 1991 bis 2002)	176
Abbildung V.2: Gesamtfruchtbarkeitsrate der deutschen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001	178
Abbildung V.3: Gesamtfruchtbarkeitsrate der ausländischen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001	179
Abbildung V.4: Kinder in der Sozialhilfe 2002	180
Abbildung V.5: Wohlstandspositionen der Kinder in Deutschland und seinen Ländern 2003 (in Prozent)	182
Abbildung V.6: Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen in Deutschland und seinen Ländern 2003	183

	Seite
Abbildung V.7: Überwiegender Lebensunterhalt der 35 bis unter 45-jährigen Bevölkerung in den Bundesländern 2003 (in Prozent)	184
Abbildung VI.1: Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung von Personen ab 12 Jahren für die Aktivität Essen im Zeitvergleich	213
Abbildung VI.2: Durchschnittlicher täglicher Beteiligungsgrad von Personen ab 12 Jahren für die Aktivität Essen außer Haus im Alters- und Zeitvergleich	213
Abbildung VI.3: Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung von Personen ab 12 Jahren für den Aktivitätsbereich hauswirtschaftliche Tätigkeiten im Geschlechter- und Zeitvergleich	215
Abbildung VI.4: Durchschnittlicher täglicher Beteiligungsgrad von Personen ab 12 Jahren für die Aktivität „Beköstigung“ im Alters-, Geschlechter- und Zeitvergleich (in Prozent)	217
Abbildung VI.5: Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung von Müttern mit unterschiedlichem Erwerbsstatus und den dazugehörigen Vätern für die Aktivität „Beköstigung“ 2001/2002	219
Abbildung VI.6: Durchschnittliche Zeitverwendung von erwerbstätigen Frauen je Tag für ausgewählte Aktivitäten nach Familienhaushaltstyp	220
Abbildung VI.7: Betreuungszeiten für Kinder unter 6 Jahren in der Familie (in Stunden pro Tag)	222
Abbildung VI.8: Tagesablauf allein erziehender Eltern mit jüngstem Kind unter 18 Jahre (in Std:Min)	226
Abbildung VI.9: Erwerbs- und Haushaltsarbeit bei Männern und Frauen in Abhängigkeit vom Familienverlauf	242
Abbildung VII.1a: Anteil armutsgefährdeter Kinder in den 1990er Jahren (in Prozent)	254
Abbildung VII.1b: Anteil (in Prozent) armutsgefährdeter Kinder nach Anzahl der Einkommensbezieher in den 1990er Jahren	254
Abbildung VII.1c: Anteil der Kinder in Zwei-Eltern-Familien mit niedrigem Einkommen in den 1990er Jahren (in Prozent)	254
Abbildung VII.2 Durchschnittliches gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen verschiedener Familienformen in Deutschland 2003 ...	252
Abbildung VII.3 Paare mit langen Arbeitszeiten (in Prozent)	255
Abbildung VIII.1: Durchschnitts-Lebensläufe der Bildungsmehrheiten 1960 und 2000	265

	Seite
Abbildung VIII.2: Zeitraumpfade von Männern und Frauen	274
Abbildung VIII.3: Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT VII bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach ausgewählten europäischen Modellen	285
Abbildung VIII.4: Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT IIa bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach ausgewählten europäischen Modellen	287
 Abbildungen im Anhang:	
Abbildung A.V.1: Männer und Frauen mit Fachhochschul-/Hochschul- reife in ausgewählten Altersgruppen 2003 (in Prozent)	334
Abbildung A.V.2: Kinder in Familien mit höheren Einkommen in Deutschland und seinen Ländern 2003	338
Abbildung A.V.3: Kleinräumige Bedeutung der Familienwanderung seit der deutschen Einigung	341

Tabellenverzeichnis

	Seite
Tabelle II.1: Gesamtfruchtbarkeitsrate (Kinder pro Frau) in EU Ländern 1960 bis 2002	18
Tabelle II.2: Kinderzahl pro 100 Frauen der Geburtskohorten 1935 und 1960 in ausgewählten EU-Ländern	20
Tabelle II.3: Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren in EU-Ländern nach Anzahl und Alter der Kinder	28
Tabelle II.4: Öffentliche Unterstützung für Familien, Geld- und Dienstleistungen	39
Tabelle II.5: Von Brutto- zu Netto-Ausgaben für Familien in ausgewählten EU-Ländern	40
Tabelle II.6: Versorgung mit Tageseinrichtungen nach dem Alter der Kinder in Dänemark 1999	43
Tabelle II.7: Verteilung der unterdreijährigen Kinder auf die verschiedenen Betreuungsformen	46
Tabelle II.8: Familienfreundliche Maßnahmen 1998 in Tarifverträgen und Arbeitsverträgen von Beschäftigten in den Niederlanden	51
Tabelle II.9: Kinderbetreuungsangebot und Vorschulerziehung in Großbritannien 2001	55
Tabelle III.1: Beschäftigungsgewinne und -verluste 1977 bis 1998 im früheren Bundesgebiet (in Prozent)	86
Tabelle IV.1: Wohnentfernung nach Bildung	138
Tabelle IV.2: Leistungen der Eltern und soziale Ungleichheit im Lebenslauf	149
Tabelle V.1: Anteil der 40- bis 44-jährigen Frauen ohne Kinder nach höchstem Bildungsabschluss 2003	177
Tabelle V.2: Verhältnis Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen zum Bevölkerungsanteil bei den unter 7-Jährigen in ausgewählten Städten und Landkreisen 2002	181
Tabelle V.3: Kinder unter 3 Jahren, die öffentlich bzw. privat finanzierte Betreuungsangebote nutzen (in Prozent)	198
Tabelle VI.1: Durchschnittlicher Prozentsatz von Frauen unterschiedlicher Haushaltstypen nach Inanspruchnahme von bezahlten und unbezahlten Hilfeleistungen in Haushalt und Familie	220
Tabelle VI.2: Anteil aktiv erwerbstätiger Mütter an 15 bis 64-jährigen Frauen 2003 (in Prozent)	223

	Seite
Tabelle VI.3: Gesamtarbeitszeit allein erziehender Mütter und von Paarhaushalten mit jüngstem Kind unter 18 Jahren im Haushalt	225
Tabelle VIII.1: Umfang der Leistungen für Familien mit Kindern im Jahr 2000	263
 Tabellen im Anhang:	
Tabelle A.V.1: Total fertility rate 1991 bzw 2003 in den Bundesländern und deren Kreisen	336
Tabelle A.V.2: Anteil der urbanen Bevölkerung (in Prozent)	337
Tabelle A.V.3: Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Betreu- ungssituation, Bildung und Arbeitsmarkt, Familie und Beruf und aus Sicherheit und Wohlstand in ausgewählten Städten	339
Tabelle A.V.4: Betreuung für Kinder unter 3 Jahren in ausgewählten europäischen Ländern	342
Tabelle A.V.5: Anteile von deutschen und ausländischen Kinder unter 3 Jahren nach Bundesländern, die 2004 eine Kinderkrippe, einen Kindergarten oder einen Kinderhort besuchen	346
Tabelle A.VIII.1: Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT VII bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach ausgewählten europäischen Modellen	347
Tabelle A.VIII.2: Einkommen privater Haushalte 2003 nach Haushaltstyp und Alter des Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin von 25 bis unter 35 Jahre	349
Tabelle A.VIII.3: Finanzielle Leistungen an Mütter bis zu 3 Jahren nach der Geburt in Deutschland, Finnland und Schweden (in Euro)	350
Tabelle A.VIII.4: Anteil der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen nach Altersgruppen und Geschlecht	351

Mitglieder der Sachverständigenkommission für den Siebten Familienbericht

Prof. Ph. D. Jutta Allmendinger
Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg;
Professorin für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Hans Bertram (Vorsitzender der Kommission)
Professor für Mikrosoziologie und Leiter des Lehrbereichs Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin;

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis
Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik München; Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie
an der Freien Universität Bozen/Italien

Prof. Dr. Helga Krüger (Stellvertretende Vorsitzende)
Professorin für Familiensoziologie, familiale und berufliche Sozialisation, Leiterin des Schwerpunkts Institutionen des
Lebenslaufs und Geschlechterkonstruktionen an der Universität Bremen

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Professor für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft und
Lehrstuhl-Leitung des Instituts für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung
an der Justus-Liebig-Universität Gießen

PD Dr. C. Katharina Spieß
Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Längsschnittstudie sozio-oekonomisches Panel“
am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin

Prof. Dr. Marc Szydlik
Professor für Soziologie an der Universität Zürich;

Ständiger Gast

Dr. Karin Jurczyk
Leiterin der Abteilung „Familie und Familienpolitik“ am Deutschen Jugendinstitut München

Geschäftsführung der Kommission

Hiltrud Bayer*
Annemarie Gerzer-Sass*
Jürgen Sass*
Christine Fasshauer (Sachbearbeitung)

* Wissenschaftliche Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut (DJI) München

Von der Kommission für den Siebten Familienbericht bestellte Expertisen

Adema, Willem Thévenon, Olivier Pearson, Mark	Public Support for Families and the Diversity in Work and Family – reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom
Alt, Christian	Familialer Wandel aus Kinderperspektive und veränderte Betreuungsarrangements
Banse, Juliane Möbius, Martina Roch, Isolde	Bedarfe ostdeutscher Familien bezüglich ihres Wohnumfeldes – Ergebnisse von Untersuchungen in den Städten Dresden und Leipzig
Bauer, Frank	Familiale Zeitbewirtschaftung. Probleme der Zeitverwendung bei abhängig Beschäftigten und Selbständigen in Familienhaushalten
Becker, Stefan J.	Best-Practise-Modelle familiengerechter Arbeitszeiten
Bien, Walter	Familie zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Ideologie und Realität
Billari, Francesco	A Comparison of Population and Family Developments in Italy and Spain with those of Germany
Blume, Elke Dorn, Markus	Die Sandwich-Generation zwischen erbrachten und empfangenen Hilfeleistungen. Datengrundlage, Zielsetzung und methodische Vorgehensweise
Bock, Stephanie Reimann, Bettina	Visionen einer familienfreundlichen Stadt? – Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“
Böhme, Christa Meyer, Ulrike	Soziale Stadt – Auswertung des Bund-Länder-Programms nach Lösungskonzepten insbesondere für benachteiligte Familien
Müller, Tanja Bird, Katherine Bohns, Stefanie	Pflege im Kontext von Lebensverlauf und Familie. Familiales Zusammenleben und pflegende Familienangehörige
Bohrhardt, Ralf	Vom „broken home“ zur multiplen Elternschaft. Chancen und Erschwernisse kindlicher Entwicklung in diskontinuierlichen Familienbiographien
Borchers, Andreas	Zeitverwendung im Bereich Kinderbetreuung von Müttern und Vätern aus Paarhaushalten (Aktivitätscode für Kinderbetreuung in der ZBE: Zweitsteller 38)
Bucher, Hansjörg	Familienbezogene Infrastruktur in ausgewählten Regionen
Bühler, Christoph Philipov, Dimiter	Changes in Family Formation in Central and Eastern Europe
Diemel, Christiane	Familien als Dienstleister des Sozialstaates: Die Pflege älterer Familienmitglieder im europäischen Vergleich

Dingeldey, Irene	„Holistic Governance“: zur Notwendigkeit reflexiver Gestaltung von Familienpolitik. Diskutiert am Beispiel familialer Erwerbsmuster in Dänemark, Großbritannien und der Bundesrepublik
Dorbritz, Jürgen	Vergleich der Bevölkerungs- und Familienentwicklung Frankreichs, Großbritanniens, der Beneluxländer und der Schweiz mit der Deutschlands
Eggen, Bernd	Ökonomische Situation der Familien in Deutschland
Eggen, Bernd	Ökonomische Situation der Familien in Deutschland und in seinen Ländern 2003
Enders-Drägässer, Uta Libuda-Köster, Astrid Sellach, Brigitte	Zeitverwendung für Hausaufgabenbetreuung
Fagnani, Jeanne	Familienpolitik in Frankreich – Vorteile und Nachteile
Garhammer, Manfred	Arbeitszeit, Zeitznutzung von Familien und Zeitpolitiken in Europa
Gartner, Hermann	Was tun Betriebe zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit und der Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihren Betrieben: Auswirkungen auf die Produktivität und auf die Situation von Eltern bzw. von Frauen und Männern
Gerson, Kathleen	Families as Trajectories. Children`s Views of Family Life in Contemporary America
Heigl, Andreas	Konsum- und Sparprofile der Altersgruppen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen sowie die zeitliche Veränderung
Heitkötter, Martina	Zeitwohlstand für Familien und lokale Bündnispolitik – zentrale Bezugspunkte für einen „temporal turn“ in der Familienpolitik
Hennig, Marina Hormann, Oliver	Integration von Familien in die Großstadt. Soziale Einbindung und Unterstützungsleistungen von Familien mit Kindern unter 6 Jahren im Gefüge der Großstadt
Hullen, Gert	Lebensformen der Kinder – Makrosimulationen bis zum Jahr 2030
Jaeckel, Monika	Die Bedeutung des sozialen Nahraums für Familien und Familienpolitik
Jessen, Johann Bott, Helmut Fricke, Axel	Familie, Nachbarschaft und Infrastruktur im Wandel. Zukunftsbilder aus der Region Stuttgart 2030
Jürgens, Kerstin	Die Persistenz der Widersprüche
Kahle, Irene	Balance zwischen Beruf und Familie – die Zeitsituation von allein Erziehenden

Kalicki, Bernhard	Elternschaft im Familienentwicklungsprozess*
Klammer, Ute	Work-Life-Balance in den Niederlanden
Klammer, Ute	Arbeitszeit und soziale Sicherung im Lebensverlauf – Empirische Befunde und politischer Handlungsbedarf
Klenner, Christina	Betriebliche Zeitlösungen für eine moderne Balance von Familie und Beruf
Kohler, Hans-Peter	Why is U.S Fertility so high?
Kramer, Caroline	Verkehrsverhalten, Wegezeiten und Mobilität
Kühn, Thomas	Die Verbindung berufsbiografischer Orientierungen und biografischer Planungsprozesse zur Familiengründung durch junge Frauen und Männer
Küster, Christine	Ernährung und Zeit
Lange, Andreas	Arbeits- und Familienzeiten aus Kinderperspektive. Annäherungen an einen komplexen und untererforschten Sachverhalt
Lebhart, Gustav	Kleinräumige Fertilität und Migration in Berlin
Liebig, Stefan	Gerechtigkeit zwischen den Generationen – was die Leute denken
Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang	Geldverwaltung und -verteilung im (Familien-)Haushalt
Mächler, Ruth	München macht Raum für Familien. Familiengerechte Planung und Gestaltung öffentlicher Räume
Mantl, Elisabeth	Hausfrauenmütter – erwerbstätige Mütter – gute Mütter. Konzepte – Visionen – Lebenswirklichkeit. Zur Kulturalität deutscher Erfahrungen seit 1870
Mantl, Elisabeth	Gute Töchter. Weibliche Adoleszenz und die Konstruktion von Geschlechterrollen im intragenerationellen Verlauf. Deutschland seit 1918
Marbach, Jan	Die Entwicklung von Eheschließungen, nichtehelichen Gemeinschaften (NEL) und Partnerschaften ohne gemeinsamen Haushalt (LAT) in Deutschland im Licht der ökonomischen Heiratstheorie
Marbach, Jan	Stressindikator Zeitbelastung. Zur Struktur der Zeitverwendung
Mückenberger, Ulrich	Familie, Zeitpolitik und Stadtentwicklung – am Beispiel Bremen. Familiäre Integration in der Stadt der Zukunft

Neyer, Gerda	Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den Nordischen Ländern
Pauen, Sabine	Neue Integration von Familie und Umwelt: Was sind günstige Rahmenbedingungen für die frühkindliche Entwicklung?
Peitz, Gabriele	Die Entwicklung von Partnerschaft im Familienentwicklungsprozess*
Piachaud, David	Family Policies in the United Kingdom
Preuße, Heide	Lebensereignisinduzierte Langzeitwirkungen auf das Geld- und Zeitbudget von Familienhaushalten
Promberger, Markus	Wie familienfreundlich sind flexible Arbeitszeiten?
Rabe-Kleberg, Ursula	Elternhaus und Kindergarten – Gemeinsame oder geteilte Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern unter sechs Jahren?
Roth, Gerhard	Die Anlage-Umweltdebatte. Alte Konzepte und neue Einsichten
Schaeper, Hildegard	Wechselwirkungen zwischen Berufsverlauf und Familiengründung bei Absolventinnen einer Berufsausbildung und eines Hochschulstudiums
Scheiwe, Kirsten	Rechtliche Rahmenbedingungen von Kindertageseinrichtungen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt – das deutsche Modell aus vergleichender Perspektive
Schlegel-Matthies, Kirsten	Kulturelle Aspekte von Hausarbeit
Schneider, Werner Wimbauer, Christine	Das eigene Geld von Frauen – Zur symbolischen Bedeutung von Geld in Partnerschaften bzw. in der Familie
Schneider, Ulrike	Informelle Pflege aus ökonomischer Sicht
Schuler-Harms, Margarete	Regelungsmodelle des Familienleistungsausgleichs zwischen staatlicher Nachwuchssicherung und familialer Gestaltungsfreiheit – Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Rechtsvergleich
Schuler-Harms, Margarete	Finanz- und organisationsrechtliche Rahmenbedingungen einer Familienkasse in Deutschland
Schulte, Bernd	Familienleistungen in Europa und in Nordamerika – anhand von Beispielen aus Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika
Sellach, Brigitte Enders-Dragässer, Uta Libuda-Köster, Astrid	Geschlechtsspezifische Besonderheiten der Zeitverwendung/Zeitstrukturierung im theoretischen Konzept des Lebenslagen-Ansatzes

Staudingern, Ursula	Zukunft des Alterns: Eine evidenzbasierte Trendanalyse
Steiner, Viktor Wrohlich, Katharina	Die Wirkung ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern
Strengmann-Kuhn, Wofgang	Darstellung und Auswirkungen von verschiedenen Modellen und Maßnahmen innerhalb des Steuer- und Transfersystems sowie den Sozialversicherungen zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut
Strohmeier, Peter Schultz, Annett Weischer, Christoph	Familienentwicklung im industriellen Ballungsraum. Lebensformen, Lebenslagen und die Zukunft der Familien im Ruhrgebiet
Toelke, Angelika	Partnerschaft – Familie – Beruf. Der Beitrag von Männern zum demografischen Wandel und der Einfluss der privaten Lebensformen auf ihre Berufskarrieren
Vollmer, Franziska	Das Ehegattensplitting im Wandel der rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
Walbiner, Waltraut	Literaturrecherche zur Scheidungs- und Väterforschung incl. Interventionen*
Walther, Claudia Bruckner, Elke Schmidt, Kerstin	Sozialer Zusammenhalt – Kitt in Kommune, Nachbarschaft und Familie
Wagner, Alexandra	Arbeitszeiten von Eltern in den Ländern der Europäischen Union und Norwegen – eine Kurzexpertise

*) Zuarbeit für Kommissionsmitglieder

Für die Kommissionsmitglieder wurden Berechnungen, bzw. Auswertungen vorgenommen durch: DJI Regionaldatenbank, DJI Kinderbetreuungsstudie, DJI Jugendsurvey, DJI Familiensurvey, DJI Kinderpanel, Bodo Lippel (Humboldt-Universität Berlin), Erika Blume (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover)

Expertenhearings bzw. Workshops zur Erarbeitung des Siebten Familienberichts

17. Juni 2003 Workshop: Demografie I, Berlin
30. Sept. 2003 Workshop: „Familie und Nachbarschaft“, Berlin
23. Sept. 2003 Workshop: „Erziehungskompetenzen“ – Neues dazu aus der Hirnforschung/Neurologie.,
Delmhorst
17. Dez. 2003 Workshop: Demografie, Berlin
15. bis 16. Jan. 2004 Workshop zur „Zeit(organisation) und Familie“, Gießen
21. April 2004 „Bildungskulturen des Aufwachsens – Ein internationaler Vergleich zwischen Schweden,
Frankreich, England und Deutschland“. Eine Gemeinschaftsveranstaltung der Schwedi-
schen Botschaft mit der Humboldt-Universität in Berlin, dem BMFSFJ und der
Familienberichtscommission, Berlin
6. Juli 2004 „Parafiskalische Modelle der Familienförderung – neue Wege zur Finanzierung familien-
politischer Leistungen“. Eine Gemeinschaftsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung
und dem DIW Berlin mit der Familienberichtscommission, Berlin
9. bis 10. Juli 2004 Workshop zu ausgewählten Expertisen des 7. Familienberichts an der Humboldt-
Universität, Berlin

Dialogveranstaltungen zur Erarbeitung des Siebten Familienberichts

10.–11.02.2004	Fachtagung der Deutschen Bischofskonferenz „Zeit für Familie“
07.06.2004	Experten/innengespräch der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. AGF „Kindbedingte Armut“
22.06.2004	Konsultation des Deutschen Frauenrats zum Siebten Familienbericht
30.06.2004	Bundestags-Ausschuss FSFJ Bericht und Diskussion über die Arbeit der Kommission
22.07.2004	Experten/innengespräch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts- pflege e.V. BAGFW und des Zukunftsforums Familie e.V. „Zeit in und für Familien. Auch hier kommt es auf die Qualität an“
28.–29.09.2004	Workshop der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen BAGSO „Solidarität von Familien: Gegenseitige Unterstützung und Grenzen der Belastbar- keit“
04.–08.10.2004	32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede“
07.–12.11.2004	Beschlüsse der 3.Tagung der 10.Synode der EKD „Keiner lebt für sich allein – Vom Miteinander der Generationen“
13.12.2004	Dialogveranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge und den Familienpolitikreferenten der Länder „Kommunale Familienpolitik“
24.01.2005	Workshop des BDA in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln IW Der ökonomische Charme der Familie – Leitlinien und Handlungsoptionen einer nachhaltigen Familienpolitik“
12.04.2005	Strategieworkshop des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften „Vorfahrt für Familie! Neue Modelle der Familienfinanzierung“

**Stellungnahme der Bundesregierung zum
Siebten Familienbericht**

Stellungnahme der Bundesregierung

I. Berichtsauftrag

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung durch die Entschließung vom 23. Juni 1965 (Bundestagsdrucksache IV/3474) mit der Vorlage von Familienberichten beauftragt. Diese Entschließung wurde ergänzt und geändert durch die Entschließung vom 18. Juni 1970 (Bundestagsdrucksache VI/834), durch den Beschluss vom 10. Dezember 1982 (Bundestagsdrucksache 9/1982 und Bundestagsdrucksache 9/1286) und durch den Beschluss vom 11. November 1993 (Bundestagsdrucksache 12/5811 und Bundestagsdrucksache 12/189).

Die Bundesregierung wird darin unter anderem aufgefordert, jeweils eine Kommission mit bis zu sieben Sachverständigen einzusetzen und dem Deutschen Bundestag in jeder zweiten Wahlperiode einen Bericht über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Stellungnahme der Bundesregierung vorzulegen. Dabei soll jeder dritte Bericht die Situation der Familien möglichst umfassend darstellen, während sich die übrigen Berichte Schwerpunkten widmen können. Die Berichte sollen darüber hinaus Aufschluss geben, inwieweit mit bereits getroffenen Maßnahmen die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden. Mit seiner Entschließung vom 11. November 1993 hat der Deutsche Bundestag gebeten, die künftigen Familien- und Jugendberichte um eine Darstellung der Situation der Kinder zu ergänzen.

Der Erste, der Dritte und der Fünfte Familienbericht haben die Situation der Familien umfassend dargestellt. Der Zweite, der Vierte und der Sechste Familienbericht behandelten spezifische Themen. Der nunmehr vorgelegte Siebte Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ ist wiederum ein umfassender Bericht.

Am 20. Februar 2003 berief die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Kommission aus sieben Sachverständigen zur Erstellung des Siebten Familienberichts. Die Kommission erhielt den Auftrag, bis Mitte 2005 einen Bericht zum Thema „Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und sozialer Zusammenhalt“ vorzulegen. Ziel des Berichts sollte sein, grundlegende und längerfristige Trends zu prüfen und Empfehlungen zu entwickeln: zur demografische Entwicklung, zu den Veränderungen von Arbeitswelt und Wirtschaft, den Geschlechterrollen und auch zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

Der Siebte Familienbericht soll ein Zeitfenster für die nächsten 10 bis 15 Jahre öffnen und eine Grundlage für koordiniertes gesellschaftliches Handeln liefern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass politisches Handeln für Familien auf unterschiedlichen Ebenen staatlicher Aufgabenwahr-

nehmung (Bund, Ländern, Kommunen, Sozialversicherungen) und durch vielfältige gesellschaftliche Aktivitäten, bürgerschaftliche wie kommerzielle, realisiert wird. Ausdrücklich wurde die Kommission beauftragt, internationale Erfahrungen zu Familienentwicklungen und Familienpolitiken anderer Länder einzubeziehen.

Erstmals hat eine Sachverständigenkommission schon während der Erarbeitung intensiv den Dialog mit relevanten gesellschaftlichen Akteuren gesucht und dabei an Veranstaltungen mit Familienverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaft, Politik und Wissenschaft mitgewirkt. So wurden gemeinsame Workshops durchgeführt mit den Wirtschaftsverbänden, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. Des Weiteren gab es Konsultationen der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen Wohlfahrtspflege und des Deutschen Frauenrats. Damit hat die Kommission bereits in der Erarbeitungsphase in neuartiger Form einen Beitrag zur Neubestimmung der Familienpolitik im gesellschaftlichen Diskurs geleistet.

Die Kommission hat eine veränderte Perspektive auf Familienpolitik entwickelt als eine Politik der Schaffung von Rahmenbedingungen für Lebensläufe, in denen Familie und Familienentwicklung nachhaltig gelebt werden können. Sie will Impulse geben, damit das Leben mit Kindern, die Beziehungen zwischen den Generationen und die gleiche Teilhabechance aller an Familie, Erwerbsarbeit und Gesellschaft selbstverständlich wird. Für die Kommission wie für die Bundesregierung sind gleiche Chancen der Geschlechter und gute Entwicklungschancen für alle Kinder gleichermaßen wesentliche Leitziele.

Da fast zeitgleich zur Familienberichtscommission auch die Kommissionen zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht und zum Fünften Altenbericht arbeiteten, gab es eine Abstimmung zwischen den Vorsitzenden der Kommissionen. Einige Themen, die auch Themen eines Familienberichts hätten sein können, wurden insofern vor dem Hintergrund der anderen Berichte zurückhaltend behandelt. Das betrifft zum Beispiel die Anforderungen an die Entwicklung des Betreuungs- und Bildungssystems für bessere Chancen der Kinder oder die neue Rolle der älteren Menschen und die Förderung ihrer vielfältigen Unterstützungspotenziale auch in Familien und privaten Netzwerken.

Die Kommission hat mit ihrem Bericht eine international vergleichende Analyse der grundlegenden und längerfristigen Entwicklungen vorgelegt. Demografische Verände-

rungen, Veränderungen von Arbeitswelt und Wirtschaft sind auch anderswo ebenso charakteristisch wie Veränderungen in den Geschlechterrollen. Die Kommission setzt Gemeinsamkeiten wie Unterschiede in Beziehung zu den jeweiligen familienpolitischen Strategien anderer europäischer Länder. Durch eine solche Kontrastierung gelingt es, nicht nur die Besonderheiten der Entwicklung in Deutschland herauszuarbeiten, sondern auch interessante Konzepte für Deutschland aufzugreifen.

Der Bericht eröffnet grundlegende Perspektiven und Optionen für gesellschaftspolitisches Handeln, das zukunftsorientiert ist. Die Empfehlungen sind teils kurzfristig, teils längerfristig umsetzbar. Die Bundesregierung dankt der Kommission für ihre engagierte Arbeit und ihren wissenschaftlich wie gesellschaftspolitisch eindrucksvollen Bericht.

II. Politikwechsel zu einer Nachhaltigen Familienpolitik

Der Bericht ist ein Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik. Die Sachverständigenkommission spricht sich darin für einen Perspektivwechsel und einen Politikwechsel in der Familienpolitik aus. Der Familienbericht unterstreicht die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, von Wirtschaft und Gesellschaft für die Zukunft von Familie.

Die Bundesregierung sieht durch den Siebten Familienbericht die gemeinsam mit großen gesellschaftlichen Gruppen verabredeten und in den Koalitionsvereinbarungen formulierten Weichenstellungen bestätigt. Vorgenommen wurde ein Perspektivwechsel zu einer nachhaltigen Familienpolitik, deren neue Zielsetzung auch mit demografischen und ökonomischen Argumenten begründet ist. Die Familienpolitik nimmt einen zentralen Stellenwert in der Politik der Bundesregierung ein. Familienpolitik ist nachhaltig darauf ausgerichtet, Familien zu unterstützen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und dabei zu helfen, dass Lebensentwürfe mit Kindern realisiert werden können. Familien brauchen vor allem drei Dinge: Zeit, eine unterstützende Infrastruktur und Einkommen. In Ergänzung hierzu ist auch die gesellschaftliche Allianz mit lokalen Bündnissen fortzusetzen. In dieser Legislaturperiode wird der Familienförderung beispielsweise im Rahmen des Wachstums- und Beschäftigungspakets besonderer Stellenwert eingeräumt. Die Bundesregierung hat auch einen Paradigmenwechsel eingeleitet und richtet ihre Familienpolitik verstärkt auf den Ausbau einer wirksamen, Familien und Kinder unterstützenden Infrastruktur für Bildung und Betreuung sowie auf Maßnahmen zur Erwerbsintegration von Frauen und für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt aus.

Allen pessimistischen Szenarien zum Trotz hat Familie in unserer Gesellschaft einen hohen und weiter wachsenden Stellenwert. Zahlreiche Studien belegen, dass Familie hoch geschätzt wird. Für über 90 Prozent der Menschen ist die Familie der wichtigste Bereich in ihrem Leben. Kein anderer Lebensbereich, weder Arbeit, noch Freundeskreis, noch Freizeit, reicht an den Stellenwert der Familien heran. Auch bei den Jugendlichen ist die Wert-

schätzung von Familie hoch, sowohl auf ihre Herkunftsfamilien bezogen, als auch auf ihre eigenen Lebenspläne.

Die Lebensform Familie ist veränderungsfähig und bleibt vital. Nie zuvor haben in Familien so viele Altersgruppen gleichzeitig miteinander gelebt, mitunter multilokal aber doch in engem Kontakt, und selten zuvor gab es ein besseres Klima zwischen den Generationen. Zunehmend ist der Anteil von Familien mit Migrationshintergrund. Bereits jedes vierte Kind hat heute einen ausländischen Elternteil. Die Familie bietet zuverlässige wechselseitige Unterstützung und gewährleistet den generationenübergreifenden Zusammenhalt.

Der Familienbericht definiert zu Recht Familie nicht nur als Ort, „wo Kinder sind“. Er erweitert das Verständnis von Familie zu einer Gemeinschaft mit starken Bindungen, in der mehrere Generationen füreinander sorgen. Ziel der Politik der Bundesregierung ist es, den Zusammenhalt der Generationen und damit der ganzen Gesellschaft zu fördern und zu stärken.

Familie ist im wahrsten Sinne des Wortes der ursprüngliche Ort, wo Alltagssolidaritäten gelebt werden. Ein Teil der Generationenbeziehungen wird zunehmend außerhalb herkömmlicher Familienstrukturen stattfinden. Auch wenn Familie kleiner, bunter und mobiler wird, können wir auf das Geben und Empfangen von Alltagssolidaritäten nicht verzichten. Wir müssen deshalb neue Netze schaffen, um die Vorteile der früheren Großfamilie in moderne Sozialstrukturen übertragen zu können.

Wir werden deshalb Mehrgenerationenhäuser als familienunterstützende Zentren schaffen.

- Sie erschließen bürgerschaftliches Engagement,
- sie machen Zusammenhalt erfahrbar,
- sie geben Alltagskompetenzen und Erziehungswissen weiter
- und sie geben Antworten darauf, wie die Generationen sich untereinander helfen können in einer Gesellschaft des langen Lebens.

Familien sind die soziale und aktive Mitte der Gesellschaft. Sie sind für alle Familienmitglieder zentrale Orte des Kompetenzerwerbs und vermitteln gerade in Zeiten großer Veränderungen materielle Sicherheit, Unterstützung, Rückhalt und Geborgenheit. Familien gewährleisten Lebensqualität und Zusammenhalt.

Familien gewährleisten gleichermaßen soziales Wachstum und ökonomischen Wohlstand unserer Gesellschaft. Deutschland kann es sich nicht leisten, wichtige Potenziale für mehr Wachstum und Innovation versiegen bzw. ungenutzt zu lassen.

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen haben nicht nur positive Effekte für die Unternehmen und Mitarbeiter, sondern auch auf makroökonomischer Ebene. Eine von der Prognos AG durchgeführte Modellrechnung zeigt zum Beispiel, dass moderate Veränderungen einzelner volkswirtschaftlicher Größen zu deutlichen Impulsen im

Hinblick auf Wachstum und Bevölkerungsentwicklung führen. Danach kann innerhalb des Zeitraums von 2006 bis 2020 allein durch die Ausweitung von Work-Life-Balance-Maßnahmen ein zusätzliches Bruttoinlandsprodukt von 248 Mrd. Euro erzielt werden.

Positive Effekte auf das Arbeitskräftepotenzial erwartet auch der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Dr. Bert Rürup, in seinen Gutachten zu familienorientierten Arbeitszeitmustern. Er betont insbesondere die Notwendigkeit einer Mobilisierung der so genannten Stillen Reserve, Frauen mit kleinen Kindern, ihren Erwerbswunsch umsetzen oder den Umfang ihrer Teilzeittätigkeit auszudehnen. Durch eine bessere Koordination von familiären und beruflichen Anforderungen ist zudem ein Anstieg der Geburtenrate wahrscheinlich. Beide Entwicklungen führen – so Rürup – im Ergebnis zu einem nennenswert höheren wirtschaftlichen Wachstum. Eine ähnliche Sichtweise vertreten auch andere Wirtschaftsinstitute (z. B. das Institut der deutschen Wirtschaft Köln [IW Köln]) sowie Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

Im gesellschaftspolitischen Raum ist in der vergangenen Legislaturperiode eine breite Diskussion über die Zukunft der Familie in Gang gekommen. Familienpolitik hat einen neuen Stellenwert erhalten. Das Thema und die Familien selbst rücken vom Rand in das Zentrum öffentlichen Interesses. Die Bundesregierung spielt bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle als Impulsgeber und Motor. Leitlinie einer nachhaltigen Politik für Familien ist: mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft.

Im Rahmen der Neuausrichtung zu einer nachhaltigen Familienpolitik soll Deutschland bis zum Jahr 2010 zu den familienfreundlichsten Ländern Europas aufschließen. Dieses Ziel der Bundesregierung wird von namhaften Repräsentanten großer gesellschaftlicher Gruppen unterstützt.

Eine nachhaltige Politik für Familien schafft angemessene Bedingungen für Lebensverläufe, verlässliche Optionen zur Realisierung von Lebensplänen. Die Bundesregierung stimmt mit der Sachverständigenkommission überein, dass Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik ist, jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationssolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren (vgl. auch Bericht der Sachverständigenkommission, S. 424 ff).

Der Familienbericht empfiehlt, Nachhaltigkeit als durchgängiges Prinzip für Gesellschaftspolitik einzuhalten und die Bundesregierung schließt sich dieser Sicht an.

Die Lebenswünsche der übergroßen Mehrheit sehen vor, Elternschaft und Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Nur mit Maßnahmen neuer Art wird

man den veränderten Lebenseinstellungen und den neu entwickelten Lebensplänen gerecht.

Eine nachhaltige Familienpolitik besteht aus einem Dreiklang von Zeitpolitiken, Infrastrukturförderung und monetärer Unterstützung neuen Zuschnitts. Der Siebte Familienbericht unterstützt durch seine Analysen und Schlussfolgerungen diesen von der Bundesregierung gewählten Weg nachdrücklich.

III. Infrastruktur für Familien – Förderung der Kinder

Eine nachhaltige Familienpolitik muss auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft mit der Entwicklung integrativer Infrastrukturen in Nachbarschaft und Gemeinde reagieren. Infrastrukturen müssen den Rhythmen der Lebensläufe von Familienmitgliedern angepasst werden und einen verlässlichen Rahmen für Fürsorge und Beziehungen zu anderen bieten.

Familienfreundlichkeit entscheidet sich vor allem dort, wo die Menschen leben und arbeiten. Das Lebensumfeld, die Wohnumgebung, die Gemeinde sowie der Betrieb tragen entscheidend zu Familienfreundlichkeit bei. Familien brauchen ein Netz unterstützender Dienstleistungen. Die Sachverständigenkommission betont, dass eine Familienpolitik, die das Wohnumfeld, die Nachbarschaft und die Infrastruktur für Kinder in Rechnung stellt, im Wesentlichen auf kommunaler und Länderebene gestaltet werden muss.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der Sachverständigenkommission, dass eine neue Integration zwischen Familien, Gemeinden, Arbeitsorten und Nachbarschaft nur gelingen kann, wenn auch die Kooperation und Integration von professionellen, freiwilligen und familialen Unterstützungsleistungen neu bestimmt werden. Der Ausbau von Infrastrukturen für Familien hat dabei für die Bundesregierung Priorität. Vorrangige Handlungsfelder sind die vorschulische Kinderbetreuung, insbesondere der unter Dreijährigen, die frühe Förderung der Kinder, die gute Beratung der Eltern, die Förderung von Kindern und Jugendlichen durch einen bedarfsgerechten Auf- und Ausbau ganztägiger schulischer Angebote, die Betreuung von alten Menschen und der Zusammenhalt der unterschiedlichen Generationen, die Entwicklung von flexiblen betrieblichen Angeboten in Kooperation mit den Gemeinden ebenso wie Familien unterstützende Dienstleistungen. Erforderlich ist ein neuer gemeinwesenorientierter Ansatz der Förderung, Unterstützung und Hilfe für Familien durch die Ansiedlung von Angeboten aus einer Hand und unter einem Dach. Diesem Gedanken tragen verschiedene neue Angebotsformen, insbesondere aber das in 2006 umzusetzende Bundesmodellprojekt zur Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern Rechnung.

Für die Gewährleistung einer guten Infrastruktur gibt es eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen, der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren.

1. Gute Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder

Der Siebte Familienbericht hat sich ausführlich mit den Chancen und Möglichkeiten von unterschiedlichen Kinderbetreuungsangeboten für die Entwicklung von Kindern und Familien befasst. Von einer qualitativ hochwertigen frühzeitigen und individuellen Förderung durch passende Betreuungsangebote gehen sowohl positive Effekte für die Entwicklung der Kinder als auch für Lebensplanungen von Eltern durch bessere Bedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Sie sind somit wichtige Investitionen in die Zukunft, wenn Ressourcen von Familien, Nachbarschaften, Städten und Gemeinden gefördert werden.

Für die Bundesregierung hat daher der Ausbau der bedarfsgerechten Kinderbetreuung mit differenzierten Angeboten für Kinder unter drei Jahren in guter Qualität, zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig eine besondere Bedeutung. Der Bund hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Kommunen und Ländern die Kinderbetreuung insbesondere für die unter Dreijährigen auszubauen.

Eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung von guter Qualität trägt entscheidend zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien bei. Sie stabilisiert Familien und ist wichtige Grundlage für verlässliche Zeitplanung. Sie unterstützt individuelle Lebensplanungen und ist Voraussetzung dafür, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Väter wie Mütter wollen ihre Fähigkeiten am Arbeitsmarkt entfalten können. Bessere Möglichkeiten für die Erwerbstätigkeit von Vätern und Müttern erweitern finanzielle Spielräume und vermindern Armutsrisiken von Familien und Kindern. Die Bundesregierung wird sich daher dafür einsetzen, die Situation am Arbeitsmarkt insbesondere für erwerbstätige Mütter und Väter zu verbessern. Längerfristig rechnen sich die Ausgaben für Kinderbetreuung auch für die Kommunen, weil die ökonomischen Effekte – wie z. B. Einsparungen im Bereich der sozialen Fürsorge, der Jugendhilfe, der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie im Schulsektor – die öffentlichen Ausgaben deutlich übertreffen.

Neben den infrastrukturell und ökonomisch positiven Effekten gilt aber auch, dass die ersten Lebensjahre als eine Phase außerordentlicher Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten angesehen werden müssen. In dieser Zeit werden wichtige Grundlagen für die gesamte spätere Entwicklung gelegt. Auch aus diesem Grund kommt der frühen Förderung eine so große Bedeutung zu. Sie ist der Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder in unserem Land. Frühe Hilfen müssen ein besonderes Augenmerk auf Kinder mit Migrationshintergrund haben, die dadurch besonders profitieren werden. Die Bundesregierung unterstützt durch unterschiedliche Vorhaben – auch im Bereich der Forschung – die qualitative Weiterentwicklung früher Hilfen. Mit Modellprojekten zu frühen Hilfen für gefährdete Kinder wird die Bundesregierung dafür sorgen, dass Hilfe in diese Familien und damit zu den Kindern kommt. Auf der Basis eines Gesetzes zur gesundheitlichen Prävention will die Bundesregierung die Präventionsleistungen der Sozialversicherungen um die

Komponente der frühzeitigen und gezielten Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten und Schulen ergänzen. Das Gesundheitsbewusstsein der Kinder soll mit Settingangeboten so früh wie möglich entwickelt werden, um die Chance für ein Leben in guter Gesundheit zu verbessern.

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, wird für den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren gesorgt.

In den ostdeutschen Bundesländern gibt es bereits seit längerem landesrechtliche Regelungen, durch die ein bedarfsgerechtes Versorgungsniveau erreicht wird. In den westlichen Flächenländern ist die Versorgungsquote hingegen sehr niedrig. Der Ausbau des Betreuungsangebots kann deshalb dort nur stufenweise erfolgen. Das Gesetz gibt allen Kommunen dazu bis (maximal) zum Jahr 2010 Zeit, verpflichtet sie gleichzeitig zu einer verbindlichen Ausbauplanung ab dem Jahr 2005 und zur jährlichen Bilanzierung des erreichten Ausbaufortschritts. Die Bundesregierung wird die Umsetzung der festgelegten Ausbauziele zusammen mit den Ländern und Kommunen begleiten.

Die für den Ausbau im TAG notwendigen Mittel in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. Euro stehen ab 2005 durch die tatsächlich gewährleistete Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Verfügung.

Zeitlich flexible und bezahlbare Betreuungsplätze werden in Ganztagskindergärten und Krippen, bei Tagespflegepersonen (Tagesmütter), in bürgerschaftlicher Eigeninitiative oder über kommerzielle Dienstleister jeweils mit Qualität angeboten. Die Bundesregierung bewertet den Ausbau der Tagespflege als eine sinnvolle Möglichkeit, mehr Betreuungsinfrastrukturen für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Sie ist sich darin mit Kirchen und Verbänden (Träger) einig.

Die Kindertagespflege durch Tagesmütter und -väter stellt grundsätzlich eine qualitativ gleichrangige Alternative dar. Tagesmütter und -väter betreuen Kinder jeden Alters, ganztags oder nur für ein paar Stunden in einer anderen Familie oder in der Wohnung der Eltern. Wie bei den Fachkräften in Kindertagesstätten, ist auch bei Tagesmüttern oder -vätern die fachliche Qualifikation sehr wichtig. Eine entsprechende Qualitätssicherung ist daher durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz vorgesehen.

Nach Einschätzung der Bundesregierung ist vielfach der Wille vorhanden, mehr Plätze in der Kindertagespflege zu schaffen, jedoch fehlen zum Teil die notwendigen Erfahrungen. Die Bundesregierung unterstützt den Auf- und Ausbau der Kindertagespflege in einem ersten Schritt durch ein Online-Handbuch. Das Handbuch stellt die erforderlichen Informationen, Checklisten und Beispiele guter Praxis für den Ausbau zur Verfügung. Es wendet sich insbesondere an Kommunen, Betriebe, Jobcenter und Wohlfahrtsverbände. Aber auch Eltern und Tagespflegepersonen erhalten grundlegende Informationen über die Kindertagespflege.

Ergänzend zum staatlich verantworteten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ist das freiwillige Engagement von Unternehmen hilfreich. Der Ausbau der betrieblichen und betrieblich unterstützten Kinderbetreuung ist ein Schwerpunkt im Rahmen der „Allianz für die Familie“. Die vielfältigen Möglichkeiten reichen vom klassischen Betriebskindergarten über Kinderbetreuungszuschüsse bis hin zu Belegplätzen in öffentlichen Kindertagesstätten. Innovative Lösungen ergeben sich auch durch die Kooperation von Unternehmen mit Partnern aus anderen gesellschaftlichen Bereichen in lokalen Bündnissen für Familie. Aus Unternehmensperspektive ergeben sich betriebswirtschaftliche Vorteile durch Steigerung der Identifikation und Motivation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Senkung von Fehlzeiten, generelle Verbesserung des öffentlichen Unternehmensimages und nicht zuletzt weil qualifiziertes Personal mit betrieblichem Know how dem Unternehmen erhalten werden kann.

Perspektive 2010

Bis 2010 sollen insgesamt mindestens 230 000 zusätzliche Betreuungsplätze entstehen. Wenn 2008 mehr als 10 Prozent der Kommunen absehbar kein bedarfsgerechtes Angebot bis 2010 gewährleisten können, wird der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr ausgedehnt. Ziel ist es, auf das westeuropäische Niveau quantitativ und qualitativ aufzuschließen. Nur wenn Elternschaft und Erwerbstätigkeit sich besser vereinbaren lassen, wird es möglich, mehr Frauen, insbesondere Mütter in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die vorhandenen Bildungs- und Erfahrungsressourcen angemessen zu nutzen.

Betreuungskosten dürfen Eltern nicht davon abhalten, den Kindergarten und eine gute Förderung zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Ländern will der Bund nach Wegen suchen, die Gebührenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr bundesweit zu realisieren.

Die Erkenntnisse des Siebten Familienberichts stützen auch die Bedeutung der Ganztagschulen sowohl für eine optimale Förderung aller Kinder und Jugendlichen, insbesondere auch derjenigen aus sozial benachteiligten Schichten, als auch für die bessere Vereinbarung von Familien- und Berufsleben. Ganztagschulen sollen Schülerinnen und Schülern die Chance geben, durch eine frühe und stärkere individuelle Förderung besser zu lernen, und zugleich helfen, den negativen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland zu überwinden. Durch ganztägige Angebote wird es zudem Eltern leichter gemacht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Schule ist auch der Ort, wo Kinder Sozial- und Alltagskompetenzen erlernen, unter anderem auch im Gesundheits- und Ernährungsverhalten. Mit der Kampagne „Schule+Essen=Note1“ fördert beispielsweise das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Qualität der Versorgung in Schulkantinen und das Bewusstsein für eine gute Ernährung.

Der Familienbericht sieht eine staatliche Förderung guter pädagogischer Betreuung ausdrücklich als „ökonomisch rational“ und „sehr rentabel“ an, da der spätere Nutzen die Kosten um ein Vielfaches übersteigt. Der europäische Vergleich zeigt, dass eine gute schulische Infrastruktur und Zukunftsinvestitionen in Humankapital ein Kennzeichen leistungsfähiger Bildungssysteme sind. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ („Ganztagsschulprogramm“) unterstützt der Bund die Länder von 2003 bis 2008 mit insgesamt 4 Mrd. Euro beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau schulischer Ganztagsangebote, flankiert von einer innovativen wissenschaftlichen Begleitforschung. Bis Ende 2005 profitierten bereits fast 5 000 Schulen in allen 16 Ländern von der Förderung des Bundes.

Der Familienbericht stellt einen engen Zusammenhang von familienfreundlicher Infrastrukturpolitik, Standortentwicklung und Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommunen und Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinstitutionen her. In Ganztagschulen werden Chancen dafür gesehen, wie sich Bildungseinrichtungen für Eltern und Nachbarschaften öffnen können. Die Kooperation von Kommune und Schule zur Nutzung aller Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Integration der jungen Menschen in ihr sozialräumliches Umfeld wird unterstützt durch Kooperationen mit außerschulischen Akteuren wie zum Beispiel der Jugendhilfe, der Wirtschaft, sozialen oder kulturellen Einrichtungen, ehrenamtlichen Initiativen, Kommunalverwaltungen, der Arbeitsverwaltung und vielen mehr. Erfolgreich werden in europäischen Ländern dazu auch Formen des Quartiersmanagements praktiziert. Solche Kooperationen können auch die Grundlage für Effizienzgewinne sein.

2. Erziehungsverantwortung der Eltern

Die Bundesregierung stimmt mit der Sachverständigenkommission überein, dass Familie die wichtigste Erziehungsinstanz ist und Eltern die wichtigste Ressource für die kindliche Entwicklung darstellen. Sie greift die Empfehlungen der Kommission auf, für eine bessere Förderung, Bildung und Erziehung der Kinder in erster Linie bei den Eltern anzusetzen und deren Ressourcen durch Nachbarschaft und Gemeinde zu stützen. Eltern spielen eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von gesellschaftlichen Werten und Normen. Kinder können sich dann am besten entwickeln, wenn sie in einer Familie aufwachsen, in der die Eltern ihnen die Möglichkeiten geben, enge und vertrauensvolle Bindungen aufzubauen.

Mit der Feststellung der Kommission, dass in der Interaktion zwischen kindlicher Persönlichkeit und sozialer Umwelt nicht nur stabile Beziehungen und Bindungen entwickelt werden, sondern auch soziale Kompetenzen, Fähigkeiten zum Problemlösen, zum Lernen und zum Wissenserwerb, wird deren eminente Bedeutung für gelingende Bildung betont. Hingewiesen wird damit auch auf die Notwendigkeit einer veränderten und verbesserten Kooperation von Eltern und den Fachkräften in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Eltern müssen in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden, damit sie ihre Verantwortung wahrnehmen können. Ziel ist die Schaffung von Einrichtungen mit einem differenzierten Angebot, welches von Erziehungsberatung, Elternbildung, Gesundheitsberatung, Ernährungsbildung, Haushaltskursen bis hin zu Sprachkursen für Familien reicht, gemäß dem Prinzip der Förderung von Eltern und Kindern aus einer Hand. Entsprechende Initiativen haben prominente Unterstützer auch in der Wirtschaft gefunden.

Mit Angeboten der Frühförderung, Betreuung, Bildung und Lebenshilfe sollen auch Mehrgenerationenhäuser dazu beitragen, Erziehungswissen von Eltern zu stärken. Sie sind Anlaufstelle, Netzwerk und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention und Hilfeplanung. Niedrigschwellige Angebote unter einem Dach sollen allen Familien, einschließlich Migrantenfamilien, den Zugang ermöglichen. Der starke Zusammenhalt der Generationen in Migrantenfamilien kann positiv genutzt werden.

Neben der Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten kommt der Vermittlung von Werten eine besondere Bedeutung zu, um Handlungsorientierung in einer Welt zunehmender Unübersichtlichkeit und Dynamik zu erhalten. Nach Auffassung der Bundesregierung ist es notwendig, der wertebezogenen und religiösen Erziehung von Kindern einen größeren Stellenwert einzuräumen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitet daher gemeinsam mit den beiden großen Kirchen, mit kirchlich orientierten Verbänden im Bereich der Kindertagesstätten sowie mit weiteren Experten aus Praxis und Wissenschaft ein „Bündnis für Erziehung“ vor. Ziel dieser Initiative ist es, einen ergebnisorientierten Dialog über Fragen der Wertevermittlung anzustoßen und handlungsorientierte Impulse für die Praxis zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern in Deutschland zu entwickeln.

3. Zusammenhalt der Generationen

Die Bundesregierung begrüßt die Empfehlungen des Berichts, kommunal orientierte Familienpolitik stärker an den Lebensläufen der Familien und ihrer Mitglieder zu orientieren, um Überalterung und Segregationstendenzen sowie ethnischen und sozialen Polarisierungen entgegen zu wirken.

Mit Mehrgenerationenhäusern werden Zentren gebildet, die sich in die Nachbarschaft öffnen und in denen generationsübergreifend Alltagsolidaritäten gelebt werden. Generationsübergreifende Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit bilden das tragende Prinzip des Mehrgenerationenhauses. Grundannahme ist, dass alle Menschen Ressourcen und Möglichkeiten haben, für individuelle und gesellschaftliche Probleme Lösungsschritte zu erarbeiten.

Die Mehrgenerationenhäuser bieten ein starkes Fundament für den Zusammenhalt der Generationen, in dem sie diesen Zusammenhalt wieder alltäglich erlebbar werden lassen. Sie beziehen die ältere Generation ein, machen de-

ren Erfahrungen und Potenziale nutzbar und beugen Einsamkeit vor.

Mehrgenerationenhäuser öffnen sich in die lokale Gesellschaft, generieren bürgerschaftliches Engagement und steuern die Verfügbarkeit und den Einsatz professioneller Unterstützung dort, wo sie notwendig ist. Träger können Kommunen oder freie Träger sein. Entscheidend ist ihre Vernetzung mit der Jugendhilfe und den Bereichen der Schule und Kinderbetreuung, um eine verlässliche koordinierte Grundversorgung sicherzustellen.

Ziel der Bundesregierung ist, im Rahmen eines Modellprogramms in dieser Legislaturperiode in möglichst jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen.

4. Familie als Standortfaktor – neue Perspektiven für lokale Familienpolitik

Die Sachverständigenkommission entwickelt eine Vielzahl von Vorschlägen für eine familienfreundliche Ansiedlungspolitik auf kommunaler Ebene und die zukünftige Entwicklung von Städten. Der Bericht belegt, dass es auch im Interesse von Regionen und Städten liegt, familien-spezifische Impulse zur Entwicklung einer attraktiven Infrastruktur zu setzen, um Abwanderung von Familien bzw. polarisierenden Segregationstendenzen entgegenzuwirken.

Wenn durch ausreichende Kinderbetreuung und eine gute Balance zwischen Beruf und Familie Eltern, insbesondere Müttern eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit ermöglicht wird, zahlt sich dies für Kommunen in vielerlei Hinsicht aus. Auf der einen Seite ergeben sich höheren Steuereinnahmen aus der Einkommens- und Gewerbesteuer und auf der anderen Seite fallen erhebliche Kosten für Wiedereingliederungsmaßnahmen für Eltern nach längeren Erwerbspausen weg. Zudem entstehen durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen neue Arbeitsplätze für Erzieher, Sozialpädagogen und andere soziale Berufe. Mehr Familienfreundlichkeit erhöht die Wertschöpfungs- und Wirtschaftskraft von Kommunen und Regionen. Familienfreundliche Infrastrukturpolitik wird zum entscheidenden Faktor im Wettbewerb der Kommunen um den Zuzug von Familien.

Zur Familienfreundlichkeit gehören der Ausbau von Bildungseinrichtungen mit der Bemühung um eine Vereinbarkeit von Bildung und Familiengründung genauso wie eine familienfreundliche Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung finanzieller Anreize beim Erwerb von Grund und Boden. Um zu verhindern, dass Familien mit Kindern ins Umland der Städte abwandern und sich in den Innenstadtbereichen benachteiligte Gebiete bilden, sollte – nach Ansicht der Sachverständigenkommission – durch vielfältige Maßnahmen das Ziel einer „aufgelockerten Stadt“ mit mehr Lebensqualität und weniger Segregation Planungsziel sein. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören die qualitative Sanierung alten Wohnbestandes und die familienfreundliche Gestaltung frei werdender Räume z. B. mit sicheren Spielflächen für Kinder. Darüber hinaus sollte die alltägliche Vernetzung der Aktivi-

tätsradien von Familienmitgliedern durch kleinteilige familienorientierte Stadtplanung unterstützt und flexiblere, an die Bedürfnisse von Familienmitgliedern besser angepasste Öffnungszeiten von öffentlichen und privaten Einrichtungen, wie Kindergärten, Arztpraxen, Bibliotheken etc. gefördert werden.

Der „ermöglichende“ Staat behält die öffentliche Verantwortung, ohne alles selbst tun zu wollen oder zu müssen. Viele Ziele lassen sich durch die Kooperation sich ergänzender (lokaler) Partner erreichen. Die Bundesregierung setzt deshalb auf strategische lokale Partnerschaften und unterstützt deren Gründung. Mit diesem Ziel hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004 die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen.

In lokalen Bündnissen initiieren lokale Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gemeinsam und spezifisch am lokalen Bedarf orientierte Projekte und Maßnahmen. Lokale Bündnisse sind kooperatives Engagement, das künftig auch auf anderen Handlungsfeldern zum Standard gehören wird.

Lokale Bündnisse bilden eine Plattform zur Vernetzung zwischen den Akteuren und ermöglichen neue Formen der Zusammenarbeit. In lokalen Bündnissen schließen sich Entscheidungsträger der Kommunen zusammen mit starken Partnern von Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die mehr für Familienfreundlichkeit tun können und wollen. Rund 1 200 Unternehmen, mehr als die Hälfte der Industrie- und Handelskammern sowie diverse Handwerkskammern beteiligen sich bereits an den lokalen Bündnissen. Lokale Bündnisse setzen neue Maßstäbe und können maßgeblich zu einer familienfreundlichen kommunalen Infrastrukturpolitik beitragen.

Als operativer Unterbau zur Allianz für die Familie hat sich die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Bislang sind hunderte lokale Bündnisse entstanden bzw. im Entstehen. Bis Ende 2006 werden es mindestens 500 Bündnisstandorte sein.

Ein Servicebüro bietet Unterstützung an und hilft bei der Organisationsentwicklung und der Projektplanung, führt Workshops über Grundlagen erfolgreicher Bündnis- und Lobbyarbeit durch und sorgt mit für eine erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Bundesregierung begrüßt den Vorschlag der Sachverständigenkommission, Anlaufstellen für Familien zu schaffen, in denen alle Dienstleistungen und Leistungen, die Familien betreffen, an einem Ort angeboten werden. Sie sieht darin einen konkreten Vorschlag zur bürgernahen Gestaltung von Verwaltung. Lokale Bündnisse können diese Empfehlung aufgreifen. Zu prüfen ist, ob und inwieweit Institutionen auf kommunaler Ebene diese Funktion übernehmen können.

Neue Dienstleistungskultur für Familien

Private Haushalte sind in Deutschland ein noch viel zu wenig berücksichtigter Bereich für neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine moderne Dienstleistungsgesell-

schaft muss sich gerade auch in diesem Bereich entwickeln und ihre Potenziale entfalten können. Deswegen hat die Bundesregierung die steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen für Dienstleistungen zur Betreuung von Kindern erheblich ausgebaut und die Spielräume für eine steuerliche Berücksichtigung privater Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen deutlich erweitert.

Künftig können die meisten Eltern mit Kindern bis 14 Jahren zwei Drittel ihrer Aufwendungen, bis zu 4 000 Euro jährlich je Kind, für die Betreuung ihrer Kinder steuerlich geltend machen. Mit dieser verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten wird insgesamt die Nachfrage nach Betreuungsdienstleistungen gestärkt. Dies wirkt sich nicht nur auf die Tagesmütter und insbesondere Kinderfrauen in Privathaushalten aus, sondern auch auf die Arbeitsplätze von Erzieherinnen und Erziehern in öffentlichen oder von freien Trägern betriebenen Kindertagesstätten. Bereits heute gibt es knapp 400 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Kinderbetreuung – mit steigender Tendenz. Gerade in Bezug auf private Betreuungsdienstleistungen z. B. durch Tagesmütter werden aber auch neue Anreize gesetzt, bestehende Betreuungsdienstleistungen aus der Schattenwirtschaft herauszuholen und zu legalisieren.

Familienunterstützende Dienstleistungen sind Voraussetzung für eine nachhaltig bessere Balance von Familie und Arbeitswelt, für mehr Zeit für Familien als auch für die Erschließung zusätzlicher Potenziale für Wachstum und Beschäftigung. Schließlich bieten sie Ansätze, die Schattenwirtschaft zurückzudrängen. Haushaltsnahe Minijobs und die steuerliche Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen bieten Möglichkeiten, Familienhaushalte stärker als Arbeitgeber zu fördern und sind deshalb auch Bestandteil des Milliardenpakets der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung.

Familienunterstützende Dienstleistungen sind jedoch nicht auf ökonomische Aspekte zu reduzieren. Vielmehr geht es um Unterstützung für diejenigen, die sich in der Betreuung von Kindern oder in der Pflege und Betreuung älterer Familienmitglieder engagieren, und deshalb Familienzeit, Hausarbeit, Freizeit und gegebenenfalls Erwerbsarbeit in eine gute Balance bringen müssen.

Das Spektrum privater Anbieter hat in den letzten Jahren viel versprechend zugenommen. Die wachsende Zahl von Unternehmen, die ihren Beschäftigten im Rahmen einer familienbewussten Personalpolitik haushaltsnahe und familienunterstützende Dienstleistungen anbieten, belegt, dass solche Modelle nicht nur personalfreundliche, sondern auch betriebswirtschaftlich attraktive Komponenten beinhalten. Jenseits staatlicher Subventionierung können familienfreundliche Unternehmen hier mehr als bisher einen aktiven Part übernehmen.

Die unternehmerischen Möglichkeiten sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Ein Schlüssel liegt darin, Information und Beratung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen anzubieten. Dazu zählen Informationen über

Instrumente und Maßnahmen, über betriebswirtschaftliche Vorteile sowie der Aufbau regionaler Unternehmensnetzwerke.

IV. Zeit in der Familie – Zeit für die Familie

1. Zeit neu organisieren

Wie die Sachverständigenkommission feststellt, sind mit dem Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft starke Veränderungen in den Zeitstrukturen verbunden, die sich in unterschiedlicher Intensität auf Familien auswirken. Die Kommission entwickelt als Antwort über die Familienpolitik hinaus ein weit reichendes, beeindruckendes Konzept der Neuorganisation von Zeit.

Die Kommission stellt fest, dass der Lebenslauf in Deutschland stärker als in den meisten europäischen und nordamerikanischen Ländern einem institutionalisierten Abfolgemuster folgt, das mit Regeln der sozialen Platzierung verbunden ist und den Zugang zu Bildung oder Rentenbezug auf die Erwerbsarbeit konzentriert. Die Karrieremuster setzen bislang auf die Existenzsicherung der Familie durch einen Alleinverdiener und eine Partnerin, die – zeitweilig oder ganz – aus dem Erwerbsleben zugunsten der Familie aussteigt und familiäre Zeitengpässe auffängt. Mit dieser Konstellation wird nahe gelegt, die Familiengründungsphase für die biographische Zeit nach der Arbeitsmarktetablierung vorzusehen. Dies führt dazu, dass Familien in Deutschland immer später gegründet werden und dass die Familiengründung immer noch die Ausdifferenzierung in einen typischen männlichen und einen typisch weiblichen Lebenslauf bedeutet (vgl. Kap. VIII.2).

Für die notwendige Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Lebensphasen und zwischen Lebensbereichen fordert die Familienberichtscommission eine Familienpolitik, die sich zugleich als Alltags- und Lebenslaufpolitik versteht. Es müssen neue Optionen geschaffen werden, die mehr Flexibilität in der Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Sozial- und Bildungszeit für Frauen und Männer eröffnen.

Die Kommission betont die Zielperspektive einer Lebenslaufpolitik, die die Aktivitäten des außerbetrieblichen Alltags und der Erwerbsarbeit neu aufeinander beziehen. Das Konzept der Optionszeiten beinhaltet die bessere Verknüpfung von Lebensbereichen durch akzeptierte Unterbrechungsmöglichkeiten der Erwerbsarbeit für Betreuung und Pflege, für Bildung und für zivilgesellschaftliches Engagement. Solche „Sozialzeiten“ müssen als legitime „Auszeiten“ im Erwerbsleben betrachtet und geregelt sein.

Am Beispiel der Versorgungszeiten im Familienalltag verdeutlicht der Bericht, wie sich Zeitstrukturen des Familienlebens verändert haben. Der Bericht konstatiert, dass in der Organisation der täglichen Zeit zwischen beruflich vorgegebenen Zeitstrukturen, Zeitstrukturen von Schule, Kindergarten und anderen Bildungsinstitutionen einerseits und der Zeit für Familie und Fürsorge das gravierendste Ungleichgewicht besteht.

Wenn es um die Alltagszeit für Familien geht, müssen betriebliche und öffentliche Zeitpolitiken besser koordiniert werden. Zu diesen externen Taktgebern gehören sowohl die Betriebe als Arbeitgeber, als auch die Tarifparteien, die Zeitpolitiken der Länder, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und des Staates mit Vorgaben für Öffnungs- und Betreuungszeiten im öffentlichen Raum und lokalen Serviceleistungen. Mit zwei Aktionsprogrammen, den „Lokalen Bündnissen für Familie“ und dem „Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie“ setzt sich die Bundesregierung gemeinsam mit diesen Taktgebern für eine familienfreundliche Zeitpolitik ein. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung eines Pflegeurlaubs für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zielt außerdem darauf, auch Pflege von Familienangehörigen mit Berufstätigkeit besser vereinbaren zu können.

Mit dem Wunschzeitenmodell plädiert die Kommission für neue Möglichkeiten, die Lebensspanne, in der Kinderwünsche realisiert werden, zu erweitern. Damit Kinderwünsche nicht immer weiter aufgeschoben werden und letztendlich auf Elternschaft verzichtet wird, müssen Infrastrukturangebote entwickelt werden, die eine Familiengründung begleiten bzw. unterstützen, die in die Ausbildungszeit fällt oder erst nach einer intensiven Vollzeitbeschäftigung stattfindet.

Die Kommission unterstützt damit die Argumentation der Bundesregierung für mehr Entlastung und Gestaltungsoptionen im Familienalltag und in der Lebensplanung insgesamt, wie sie z. B. durch das Recht auf Reduzierung der Arbeitszeit nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz eröffnet werden. Für Frauen wie Männer ist eine Entzerrung der „rush hour“ notwendig und wünschenswert. Die Phase der Familiengründung verdichtet sich mit Blick auf die berufliche Karriere und in Abhängigkeit von der Ausbildung auf nur wenige Jahre.

Keine Zeit für Kinder zu haben, ist einer der wichtigsten Gründe für Frauen und Männer, ihre Kinderwünsche nicht zu realisieren. Bereits ab 35 Jahren nimmt der Kinderwunsch bei Frauen und Männern rapide ab. Überholte gesellschaftliche Leitbilder beeinflussen die Familiengründung ebenso wie die tatsächlichen Mängel in der Vereinbarkeit. Insbesondere gut ausgebildete Frauen befürchten berufliche Probleme durch ein Kind. Dem Wunsch der Mehrheit der Väter nach mehr Beteiligung an der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder stehen noch immer Hindernisse entgegen. Finanzielle Einbußen und die Furcht vor beruflichen Nachteilen verhindern ein größeres zeitliches Engagement in der Familie. Immer mehr Männer betrachten die ökonomisch und gesellschaftlich vorgegebene Rolle als Geldverdiener der Familie nur als einen, zudem untergeordneten Aspekt guter Vaterschaft. Eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik und betrieblich gestützte Kinderbetreuung können den Wünschen von Vätern entgegenkommen und Männer in der Realisierung ihrer Kinderwünsche ermuntern.

Die Kommission entwickelt darüber hinaus weit reichende Vorstellungen für neue Verknüpfungswege zwischen Erstausbildung, Optionszeitennutzung, Erwerbsunterbrechungen (Berufsanreicherungsmodell). Durch

Anrechnungsmöglichkeiten von Berufsausbildungen sowie Umstiegsausbildungen, Berufspraxis und Umschulungen sollen neue Berufswege ermöglicht werden. Dieser Vorschlag der Kommission betrifft verschiedene Handlungsfelder mit unterschiedlichen verantwortlichen Akteuren, dessen Umsetzung ein anspruchsvolles Unterfangen ist.

Die Bundesregierung hält die weit reichenden Vorstellungen der Sachverständigenkommission für prüfenswert und sieht in ihrer Politik Ansatzpunkte für eine lebenslaufbezogene Zeitpolitik für Familien. Der Lebensentwurf „Familie“ wird nur dann realisiert werden können, wenn sich Elternschaft und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren lassen.

Zusammen mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gewerkschaften, Stiftungen und Wissenschaften hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die „Allianz für die Familie“ gegründet. Unter ihrem Dach sind seit Mitte 2003 mittelfristig angelegte Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt. Starke Partner setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine familienfreundliche Arbeitswelt ein, die für alle Beteiligten Gewinn bringt.

Im Rahmen der „Allianz für die Familie“ wurden seit 2003 vielfältige Projekte und Maßnahmen durchgeführt, um Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen die zeitliche Balance zwischen Familie und Arbeitswelt zu erleichtern. Die Maßnahmen reichen von flexiblen Arbeitszeitmodellen über familienfreundliche Regelungen in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen bis hin zur Anpassung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten an die zeitlichen Bedarfe berufstätiger Eltern.

Die „Allianz für die Familie“ setzt mit ihrer ökonomischen Argumentationsstrategie auf eine familienfreundliche Personalpolitik in den Unternehmen, die es Männern und Frauen besser ermöglicht, Beruf und Familie zu vereinbaren. Vor diesem Hintergrund sollen mit den Akteuren der Allianz neue Lösungsvorschläge erarbeitet werden, um das Zeitfenster für die Familiengründung innerhalb der Erwerbs- und Bildungsbiographie zu erweitern.

In „Lokalen Bündnissen für Familie“ werden innovative Lösungen zu flexibler Betreuung und zur Balance von Familie und Arbeitswelt entwickelt, die sich am konkreten Bedarf orientieren. Die Aktivitäten der Bundesregierung zur Förderung einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik werden in den nächsten Jahren mit Schwerpunkten fortgeführt.

2. Familienfreundliche Arbeitswelt

Familie bringt Gewinn, sie ist nicht primär als Last, sondern vor allem als Glück und als Chance zu begreifen. Dieser Leitgedanke steht für den Perspektivwechsel und für den Klimawechsel, der sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vollzieht. Mit harten ökonomischen Argumenten ist es der Bundesregierung gelungen, einen neuen

und zusätzlichen Aspekt der Familie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und das Thema aus der Randständigkeit zu führen.

Familienfreundlichkeit wird in Unternehmen zunehmend als Standortvorteil gezählt. Unternehmen sind jetzt aufgefordert, sich aktiv an Betreuungslösungen für ihre Beschäftigten zu beteiligen und Arbeitszeitbedingungen anzubieten, mit denen Väter und Mütter ihre familiären und beruflichen Aufgaben unter einen Hut bringen können.

Die „Allianz für die Familie“ will Zeichen setzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei die Handlungsfelder: Unternehmenskultur, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Personalentwicklung, Familien unterstützende Dienstleistungen. Die deutsche Wirtschaft wird ihre Familienfreundlichkeit absehbar erheblich ausbauen – auf freiwilliger Basis.

Die Bundesregierung will diesen Prozess hilfreich beschleunigen. Eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt liegt im gemeinsamen Interesse und in gemeinsamer Verantwortung von Politik und Wirtschaft. Was wir brauchen, ist eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung für unser wirtschaftliches Wachstum und für die nachhaltige Stabilisierung der Grundlagen sozialer Sicherheit.

Diverse Studien, Gutachten und Projekte unterstützen die Ziele der Allianz und benennen mit Beispielen aus allen Branchen, Sektoren und Regionen die betriebswirtschaftliche Rendite und auch den volkswirtschaftlichen Nutzen familienfreundlicher Maßnahmen.

Immer mehr Unternehmen aus der Privatwirtschaft, wie auch der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber, erkennen den Nutzen von Familienfreundlichkeit und engagieren sich. Dies zeigt sich unter anderem auch an der großen Beteiligung am Unternehmenswettbewerb des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Erfolgsfaktor Familie“ 2005 und am Audit berufundfamilie® der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Beide Initiativen werden weitergeführt.

Um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen im Bereich familienfreundlicher Personalpolitik zu unterstützen, wurde von der Bertelsmann Stiftung im Rahmen ihrer Kooperation mit dem BMFSFJ das Internetportal „Mittelstand und Familie“ aufgebaut.

In der „Allianz für die Familie“ werden in der Legislatur bis 2009 drei Schwerpunkte bearbeitet: Zum einen soll die betrieblich geförderte Kinderbetreuung gestärkt werden, zum zweiten sollen die Bedingungen für Betriebsnähe und Wiedereinstieg während und nach der Elternzeit verbessert werden und drittens sollen familienorientierte Maßnahmen stärker in betrieblichen Vereinbarungen verankert werden. Das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konzentriert diese Maßnahmen in Kooperation mit Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Unternehmen.

3. Familienfreundliche Hochschule

Eindeutige Diskriminierungen von Frauen im Studium sind kaum noch festzustellen, ist das Ergebnis einer Langzeitstudie „Frauen im Studium“ von 1983 bis 2004 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Nach wie vor existieren jedoch eine Reihe spezifischer Barrieren, zu denen auch Kinder zählen. Das Studium mit Kindern wurde nicht als eigenständige Thematik untersucht; dies bleibt ein Desiderat, zumal in den letzten Jahren einzelne Universitäten und Frauenbeauftragte, aber auch die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK) eindringlich einen Handlungsbedarf angemahnt haben.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bestrebt, die Familienfreundlichkeit an Hochschulen, vor allem die universitätsnahe Kinderbetreuung, systematisch auf- und auszubauen, nicht zuletzt in Kooperation mit denjenigen Universitäten, die sich bereits im Rahmen der „Lokalen Bündnisse für Familie“ engagieren. Dies könnte einer weiter steigenden Kinderlosigkeit bei Akademikern entgegenwirken, zumal repräsentative Umfragen zeigen, dass der Kinderwunsch bei Studentinnen und Studenten (noch) relativ groß ist. Eine familienfreundliche Hochschule ist daher Bestandteil nachhaltiger Familienpolitik.

V. Wirksame finanzielle Förderung von Familien

Die Sachverständigenkommission belegt nachdrücklich, dass – auch im internationalen Vergleich – die Vielzahl und der Umfang familienpolitischer Leistungen in Deutschland bislang zu wenig befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Gemessen an Indikatoren der Nachhaltigkeit wie Geburtenrate, Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, Armutsrisiko oder Bildungsniveau haben andere Staaten mit nicht mehr finanziellem Aufwand häufig bessere Ergebnisse erreicht.

Die Kommission führt dies darauf zurück, dass in der deutschen Familienpolitik Einzelmaßnahmen nur selten auf ihre Gesamteffekte auf Familien und deren ökonomische Situation überprüft wurden. Die Kommission schlägt vor, dass finanzielle Leistungen für Familien auf Dauer nicht weiter in Einzelmaßnahmen zersplittert, sondern auf Maßnahmen konzentriert werden und sich vorrangig auf jene Phasen beziehen, in denen ein besonderer finanzieller Bedarf zu erkennen ist. Eine nachhaltige Familienpolitik soll sich am Lebenslauf orientieren und vor allem Eltern in den ersten Jahren des Familienaufbaus fördern.

Aufgabe auch der Bundesregierung wird es sein, eine Ziel- und Wirkungsüberprüfung finanzieller Fördermaßnahmen für Familien durchzuführen. Dabei sind widersprüchliche Anreizwirkungen und ungünstige Verteilungen im Lebensverlauf zu prüfen. Ziel ist mehr Transparenz und eine bessere Zielorientierung im Sinne nachhaltiger Familienpolitik.

Die grundsätzliche Kritik an 50 Jahren deutscher Familienpolitik aufgreifend hat das Bundesministerium für Fa-

milie, Senioren, Frauen und Jugend schon während der Erarbeitung des Berichtes im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik mit Hilfe renommierter Gutachter begonnen, Geldleistungen für Familien neu zu zentrieren, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Ziel der Politik der Bundesregierung ist, die Entscheidung junger Menschen für Kinder zu erleichtern und die wirtschaftliche Stabilität von Familien vor allem durch eigene Erwerbstätigkeit zu stärken.

1. Elterngeld als Einkommensersatz

Erziehungsgeld und Elternzeit sind bislang zentrale Instrumente des Bundes für eine bessere Balance von Familie und Erwerbsarbeit. Die zum 1. Januar 2001 eingeführte Neuregelung der Elternzeit erleichtert es Eltern, eine individuelle Arbeitsteilung in der Familie in den ersten Lebensjahren des Kindes zu finden. Das Bundeserziehungsgeld bietet finanzielle Unterstützung, kann jedoch nicht den Wegfall eines Erwerbseinkommens kompensieren. Insbesondere die Mütter, die in der Mehrzahl die Elternzeit in Anspruch nehmen, verlieren ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und sind ökonomisch abhängig – entweder vom Mann oder vom Staat.

Diesen Sachverhalt kritisiert die Sachverständigenkommission und plädiert deshalb für ein Elterngeld. Dieser Weg hat sich vor allem in Skandinavien bewährt und wird derzeit auch in anderen europäischen Ländern adaptiert. Die nordeuropäischen Regelungen sind auf ein eigenständiges Einkommen als zukunftsorientierte und stabilisierende Basis von Ehe und Familie ausgerichtet und darauf, dass Familie und Kinder in die Lebensläufe junger Erwachsener ohne Verzicht auf eigene Berufsperspektiven passen. Die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach dem Elterngeldbezug wird rascher als bisher erfolgen. Das entspricht den Wünschen der allermeisten Mütter und Väter. Die mit diesem Modell gesicherten kontinuierlichen Erwerbsverläufe von Müttern und Vätern gewährleisten zudem eigenständige Ansprüche in der Alterssicherung.

Ein wichtiges Vorhaben der Bundesregierung ist, das bisherige Erziehungsgeld zu einem einjährigen Elterngeld als Einkommensersatz nach erfolgreichem Vorbild in Schweden und anderen Ländern weiterzuentwickeln. Das Konzept des Elterngeldes erhält breite Unterstützung in der Bevölkerung und von den großen gesellschaftlichen Organisationen.

Das Elterngeld – das die Bundesregierung 2007 einführen will – soll 67 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens (maximal 1 800 Euro pro Monat) des betreuenden Elternteils ersetzen. Für nicht oder gering erwerbstätige Eltern ist eine Mindestleistung vorgesehen. Das Elterngeld soll für 12 Monate gezahlt werden, die zwischen den Eltern aufgeteilt werden können, wobei je zwei Monate für den Vater und für die Mutter reserviert sein sollen. Der Teilzeitananspruch nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) sowie der Anspruch auf eine maximal dreijährige Elternzeit mit Teilzeitananspruch und Jobgarantie soll erhalten bleiben.

Dadurch ist sichergestellt, dass der bisherige Einkommenseinbruch nach der Geburt des Kindes weitgehend vermieden wird. Familien können ihren Lebensstandard halten, auch wenn ein Elternteil seine Berufstätigkeit unterbricht. Sie werden zu dem Zeitpunkt unterstützt, wo sie die finanzielle Absicherung besonders benötigen. Die wirtschaftliche Selbständigkeit beider Elternteile wird gefördert.

Da die materiellen Einbußen für die Familie geringer ausfallen, haben Väter bessere Möglichkeiten, Elternzeit in Anspruch zu nehmen und sich verstärkt um die Betreuung des Kindes zu kümmern. Zugleich bietet ein Elterngeld den Anreiz für Väter und Mütter, nach der Kinderphase schneller als bisher in den Beruf zurückzukehren. Es ist somit ein wichtiges gleichstellungspolitisches Instrument, weil es Müttern und Vätern gleiche Optionen der Lebensgestaltung eröffnet. Auch Alleinerziehende profitieren von dem Elterngeld, weil es ihre ökonomische Eigenständigkeit bei einer Erwerbsunterbrechung sichert.

2. Absetzbarkeit von Betreuungskosten

Eltern werden bei den Kinderbetreuungskosten stärker entlastet. Die mit dem Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung umgesetzte stärkere steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten trägt der geminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit von erwerbstätigen Eltern Rechnung und flankiert auf sinnvolle Weise die Einführung eines Elterngeldes sowie den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.

Mit der Neuregelung werden die Familien um 460 Mio. Euro jährlich bei den Kinderbetreuungskosten entlastet. Rückwirkend zum 1. Januar 2006 können erwerbstätige Eltern zwei Drittel der Aufwendungen für die Betreuung von Kindern bis 14 Jahren, höchstens 4 000 Euro jährlich steuerlich wie Werbungskosten oder Betriebsausgaben geltend machen. Für Eltern, die aufgrund einer Behinderung, einer dauerhaften Erkrankung oder einer Ausbildung nicht erwerbstätig sein können, gilt eine entsprechende Regelung bei den steuerlichen Sonderausgaben. Auch Eltern, von denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist, können die gleiche Regelung aus bildungspolitischen Gründen für Betreuungskosten für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren nutzen. Die übrigen Eltern können die Kosten für die Tagesmutter, die das Kind im Haushalt der Eltern betreut, bei der Förderung haushaltnaher Dienstleistungen berücksichtigen.

3. Reduzierung von Armutsrisiken

Der Bericht hat eine differenzierte Analyse der finanziellen Lebenssituation von Familien geliefert. Benannt werden die Faktoren, die besondere Armutsrisiken hervorrufen. Eine solche Analyse ist der Ausgangspunkt für zielgenauere Maßnahmen zur Stärkung der Ressourcen der Familien, mit denen sie kritische Phasen im Lebensverlauf besser bewältigen können.

Die Bundesregierung hat im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht 2004 ausführlich die differenzierten Armuts-

risiken von Familien und Kindern entlang typischer Übergangsphasen in der Familienbiografie dargestellt und die Maßnahmen zur Verringerung von Armutsrisiken aufgezeigt. Am wirkungsvollsten lassen sich Armutsrisiken dadurch mindern, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern möglich und unterstützt wird sowie Alltagskompetenzen in Bezug auf Erziehung, Haushaltsbudget und Zeitmanagement gestärkt werden. Eine frühe Förderung der Kinder und Anreize zur Aufnahme und Ausweitung von Erwerbstätigkeit helfen, Armutskarrieren zu durchbrechen.

Kinderbetreuungsangebote unterstützen individuelle Lebensplanungen und sind Voraussetzung dafür, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Bessere Möglichkeiten für die Erwerbstätigkeit von Vätern und Müttern vermindern Armutsrisiken von Familien und Kindern.

Die im Bericht in Erwägung gezogene „Grundsicherung für Kinder“ (Kap. VI.2.1 S.294) sieht die Bundesregierung nicht als eine geeignete Lösung zur Bekämpfung von Armutskarrieren an, weil damit das ineffiziente Prinzip einer Gießkannenförderung verfolgt würde. Bei getrennt lebenden Elternteilen dürfte die „Grundsicherung für Kinder“ außerdem die Entlassung des vom Kind getrennt lebenden Elternteils aus seiner Verantwortung für die Sicherstellung des Barunterhalts – mit allen Nachteilen, auch für die Beziehung zu dem Kind – bedeuten.

Seit dem 1. Januar 2005 ist der Kinderzuschlag als familienpolitische Leistung mit dem Ziel, die wirtschaftliche Selbständigkeit von Familien zu stärken, eingeführt worden. Der Kinderzuschlag beträgt monatlich bis zu 140 Euro je Kind und wird an Eltern gezahlt, die mit ihrem Einkommen zwar den eigenen Bedarf decken können, nicht aber den ihrer Kinder. Der Anspruch auf Kinderzuschlag entfällt, wenn das Elterneinkommen den gesamten Familienbedarf deckt oder wenn die Familie auch mit Kinderzuschlag noch auf eine ergänzende Zahlung von Arbeitslosengeld II angewiesen wäre. Zusammen mit dem Kindergeld von monatlich 154 Euro und gegebenenfalls Wohngeld deckt er den durchschnittlichen Bedarf eines Kindes. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bietet seit Mai 2005 einen Kinderzuschlagrechner im Internet an, mit dessen Hilfe Familien eine erste Einschätzung treffen können, ob der Kinderzuschlag für sie in Frage kommt.

Nachhaltigkeit in der Familienpolitik impliziert, dass die beschlossenen Maßnahmen frühzeitig und regelmäßig evaluiert werden, um ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Begleitforschung hat sehr positive Ergebnisse gebracht.

Danach erweist sich der Kinderzuschlag nicht nur als geeignet, die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen – die allein wegen der Kinder gegeben ist – zu vermeiden, er verbessert die finanzielle Situation der Familien sogar spürbar. Dies gilt vor allem für Mehrkindfamilien. 90 Prozent derjenigen, die den Kinderzuschlag beziehen, sind mit der Leistung zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Der Kinderzuschlag soll durch eine Vereinfachung des Antragsverfahrens und eine Flexibilisierung des Instru-

ments in den jetzigen Grenzbereichen seiner Anwendung verbessert werden.

Familien (Eltern mit Kindern) als solche sind nicht stärker vom Armutsrisiko betroffen als kinderlose Paare oder Einzelpersonen. Zu Recht macht die Sachverständigenkommission aber auf die überdurchschnittlich schwierige Situation der allein Erziehenden aufmerksam. Auch wenn sich die Armutsraten von Kindern allein erziehender Eltern – so der Bericht – in den 90er Jahren nicht erhöht haben, lag deren Armutsrisiko insgesamt deutlich höher als in Familien allgemein.

Die Verminderung von Armutsrisiken bei Kindern in Einelternfamilien ist deshalb eine vordringliche politische Aufgabe. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat mit dem Deutschen Jugendinstitut München ein integriertes Handlungskonzept entwickelt, in dem Wege für allein Erziehende aufgezeigt werden, wie sie durch intensive Beratung und Betreuung durch die Jobcenter der Arbeitsgemeinschaften (ARGE) oder durch die so genannten Optionskommunen mit passgenauen Qualifizierungsmöglichkeiten, in Verbindung mit flexibler Kinderbetreuung und Unterstützungsnetzen in den Stadtquartieren in Erwerbstätigkeit integriert und von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende unabhängig werden können. Die Ergebnisse stehen seit November 2005 in einem Leitfaden für die kommunale Praxis zur Verfügung und geben den örtlichen Entscheidungsträgern Anleitung für die Umsetzung von Maßnahmen zur sozialen und ökonomischen Integration von allein Erziehenden.

Von Armutsrisiken sind Migrantenfamilien in starkem Maße betroffen. Für diese ist es besonders wichtig, Armutskarrieren mit familien-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu durchbrechen und diese Maßnahmen mit der Förderung von Alltags-, insbesondere Erziehungskompetenzen zu unterstützen.

4. Ausweitung familienpolitischer Leistungen in den Sozialversicherungen

Die Sozialversicherungssysteme erbringen in erheblichem Umfang familienpolitische Leistungen: Beispiele sind die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nicht berufstätigen Ehegatten bzw. Ehegattinnen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (GKV) oder die weitgehende Zuzahlungsbefreiung der Kinder und Jugendlichen in der Krankenversicherung. Darüber hinaus sieht die GKV eine ganze Palette von gesundheitsbezogenen und medizinischen Leistungen vor, die vor allem oder ausschließlich Familien bzw. Kindern und Jugendlichen zugute kommen (z. B. Leistungen bei Mutterschaft, besondere Vorsorgemaßnahmen und -untersuchungen, Haushaltshilfen, nichtärztliche sozialpädiatrische Leistungen, Krankengeld bei der Erkrankung eines Kindes und ähnliche).

Auch die Pflegeversicherung leistet seit ihrer Einführung im Jahr 1995 wesentliche Beiträge vor allem zur Unterstützung der Pflegebedürftigen selber, aber auch der Fa-

milien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Die Pflegeversicherung hat zu einem Auf- und Ausbau der pflegerischen Infrastruktur beigetragen, insbesondere auch der niedrig schwelligen Angebote nach dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz, die gezielt auf die Entlastung und Unterstützung von Familien mit Pflegebedürftigen ausgerichtet sind.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Für eine Reform der Pflegeversicherung zur besseren Unterstützung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Angehörigenpflege werden Maßnahmen vorgesehen, wie:

- Dynamisierung der Leistungen der Pflegeversicherung
- Nachjustierung der Pflegeleistungen mit dem Ziel der Stärkung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“
- die bessere Berücksichtigung des besonderen Hilfe- und Betreuungsbedarfs von Demenzkranken
- Reduzierung entbehrlichen Verwaltungsaufwands
- die Förderung alternativer Wohn- und Betreuungsangebote sowie niedrigschwelliger Angebote.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung wurde auch die steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige weiter verbessert. Bereits bisher konnten haushaltsnahe Dienstleistungen – dazu zählt auch die Betreuung und Pflege von alten, kranken und/oder pflegebedürftigen Menschen – steuerlich gefördert werden. Hier konnten maximal 3 000 Euro jährlich an Aufwendungen geltend gemacht werden, indem davon 20 Prozent – also 600 Euro – direkt von der Steuerschuld abgezogen wurden. Rückwirkend ab 1. Januar 2006 kann zu dieser Fördermöglichkeit bei der Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen die Einkommensteuer um weitere 600 Euro ermäßigt werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Pflege- und Betreuungsbedürftigen in ihrem eigenen Haushalt oder im Haushalt ihrer Angehörigen wohnen. Voraussetzung für diese zusätzliche Förderung ist, dass die Pflege- oder Betreuungsleistungen für einen pflegebedürftigen Menschen im Sinne der Pflegeversicherung erbracht werden. Ferner müssen die Aufwendungen über ggf. erhaltene Geld- und Sachleistungsbeträge der Pflegeversicherung hinausgehen. Pflegebedürftige wollen und sollen soweit und solange wie möglich in der Familie gepflegt werden können. Die Bundesregierung entlastet damit die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen gezielt und fördert außerdem die legale Beschäftigung im Pflegebereich.

5. Leistungen aus einer Hand

Die Sachverständigenkommission kommt zu dem Ergebnis, die Familienförderung in Deutschland sei zu unübersichtlich organisiert. Familien können zielgenauer und effektiver gefördert werden, wenn Leistungen aufeinander abgestimmt und möglichst aus einer Hand gezahlt werden. Die Sachverständigenkommission schlägt daher die

Bündelung der unterschiedlichen familienbezogenen Leistungen bei einer parafiskalisch organisierten Familienkasse als unabhängiger und selbständiger Organisation vor. Damit soll die Transparenz familienbezogener Leistungen erhöht und die Höhe der Ausgaben deutlich gemacht werden. Zudem könnten durch die Integration von Einzelleistungen Anspruchsvoraussetzungen und Einkommensgrenzen der familienpolitischen Maßnahmen harmonisiert werden.

Die Bundesregierung wird die Idee der Sachverständigenkommission prüfen. Soweit Zuständigkeiten der Länder berührt werden, hängt die Realisierbarkeit und politische Durchsetzbarkeit auch von den Ländern ab. Familien sollen soweit irgend möglich Leistungen aus einer Hand erhalten. Vereinfachung und Transparenz muss deren Leitgedanke sein, nicht Bürokratiewachstum.

Höhere Effizienz und Zielgenauigkeit sind eine Voraussetzung für eine wirksame Familienförderung und die Minderung der Armutsrisiken von Kindern. Für mehr Transparenz muss eine bessere Abstimmung von gesetzlichen Einkommensgrenzen und Begriffen sorgen, welche Bund, Länder und Kommunen ihrer Familienpolitik zu Grunde legen.

Im Interesse der Familien sollte die Information darüber, welche Leistungen Familien durch Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erhalten, aufeinander abgestimmt und gebündelt verfügbar sein. In diesem Sinne erscheinen zentrale oder einheitliche Servicestrukturen denkbar, die den Leistungsberechtigten bei der Antragstellung helfen, Gestaltungsmöglichkeiten der Familien aufzeigen sowie wirtschaftliche Folgen darstellen.

Ein erster Schritt für mehr Übersichtlichkeit ist seit Herbst 2005 ein zentraler Internet-Service des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dieser Familienwegweiser stellt Familien – von Eltern werdenden bis hin zu Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen – die wichtigen Informationen über staatliche Leistungen und gesellschaftlich angebotenen Services bereit und wird mit einer Vielzahl von Angeboten verlinkt.

VI. Neue Kultur der Familienpolitik – mehr Familie wagen

Familienpolitik gehört in die Mitte der politischen Anstrengungen in den nächsten Jahren. Das Ziel, mehr Kinder in die Familien und mehr Familien in die Gesellschaft zu bringen, braucht eine Aufwertung der Familie sowie eine Familienpolitik, die neue Wege wagt. Nur dann werden Familienwerte – unter veränderten Rahmenbedingungen – auch wieder eine Zukunft haben.

Kinder sind Ausdruck für Vertrauen in die Zukunft. Dieses Vertrauen ist wichtige Voraussetzung dafür, damit Menschen wieder Mut bekommen in die Zukunft zu investieren und zu planen. Eine nachhaltige Familienpolitik muss Mut machen, sich für Kinder zu entscheiden, Kinder von Anfang an besser fördern sowie gefährdete und vernachlässigte Kinder stärker in den Blick nehmen.

Stabilität und Wachstum im staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich ist letztlich auch das Ergebnis einer erfolgreichen Familienpolitik. In diesem Sinne will die Bundesregierung mit aktiven Beiträgen Motor einer gezielten Politik für Familien sein.

Siebter Familienbericht**„Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“****Vorwort**

Der Siebte Familienbericht wurde mit der Einberufung einer Sachverständigenkommission am 20. Februar 2003 durch die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Renate Schmidt, in Auftrag gegeben mit dem Ziel, einen umfassenden Bericht zum Thema: „Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und soziale Integration“ (Arbeitstitel) vorzulegen. In die Expertenkommission wurden berufen

- Prof. Dr. Hans Bertram (1. Vorsitzender)
- Prof. Dr. Helga Krüger (stellv. Vorsitzende)
- Prof. Ph.D. Jutta Allmendinger
- Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios Fthenakis
- Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
- PD Dr. Katharina Spieß
- Prof. Dr. Marc Szydlak

In der 3. Sitzung der Kommission wurde Frau Dr. Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut, München, als ständiges kooperierendes Mitglied kooptiert.

Dieser Familienbericht entstand in einer Zeit, in der tief greifende Umwälzungen sichtbar werden. Im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Innovationen sieht sich die Bundesrepublik Deutschland globalen Herausforderungen gegenüber, die für viele Menschen Unsicherheit, Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit mit sich gebracht haben. Trotz der beeindruckenden Aufbauleistung in den neuen Bundesländern kämpfen viele dieser Länder nicht nur mit diesen Herausforderungen, sondern auch mit der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern viele junge Menschen, insbesondere junge Frauen, dazu bringen, den Weg nach West- und Süddeutschland zu suchen. Deutlich geringere Kinderzahlen bei kaum abnehmenden Kinderwünschen der jungen Erwachsenen stellen nicht nur große Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme dar, sondern führen auch zu der Frage, welche Zukunftsvorstellungen heutige Erwachsene und die nachwachsende Generation für sich selbst und ihre Kinder entwickelt haben und welche Verwirklichungschancen bestehen. Unter einer historischen Perspektive haben sich Gesellschaften immer wieder mit tief greifenden Struk-

turveränderungen, Krisen und Unsicherheiten auseinandersetzen müssen, und es lässt sich beobachten, dass in solchen Umbrüchen häufig weniger Kinder geboren wurden, weil den jungen Erwachsenen die Zukunft als zu unsicher erschien, während in Zeiten, in denen Sicherheit, Klarheit und Zukunftsoptimismus die beherrschenden Themen der gesellschaftlichen Entwicklung gewesen sind, sich wieder Normalität herstellte, oft allerdings auf niedrigerem Niveau als zuvor.

Es ist der Auftrag für den Bericht, Konzepte für eine neue Balance zwischen verschiedenen Lebensbereichen, wie Familie, Beruf und dem Lebensumfeld von Familien, zu erarbeiten und zudem Vorschläge zu skizzieren, wie eine solche neue Balance zu erreichen und umzusetzen sei. Angesichts der Unsicherheiten gegenwärtiger Entwicklungstendenzen ist es zwar einfach, die eine oder andere Verbesserung zu empfehlen. Ob aber aus solchen vielfältigen Einzelvorschlägen dann wirklich eine neue Balance zwischen verschiedenen Lebensbereichen entstehen kann, ist mit einer solchen Vorgehensweise in der Regel nicht gewährleistet. Auch schien es uns nicht sinnvoll, die gegenwärtig vielfältig diskutierten, aber seit längerem bestehenden Krisenphänomene des Übergangs von der Industrie- in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nur auf aktuellem Stand zusammenzutragen und daraus Zukunftsvorstellungen abzuleiten, weil eine solche Vorgehensweise in der Regel dazu führt, festzustellen, dass die Zukunft entweder genauso schwierig, unübersichtlich und krisenhaft ist wie die Gegenwart oder aber die Gefahr besteht, dass alles nur noch krisenhafter, noch unübersichtlicher und noch schwieriger gesehen wird. Die Geschichte der Politikberatung im Bereich von Familie kennt häufiger solche Vorgehensweisen; so sagt der Bericht für den amerikanischen Präsidenten Hoover, in der Weltwirtschaftskrise von 1932 von zwei sehr bekannten Familienforschern verfasst, für Familien eine eher schwarze Zukunft voraus, obwohl 20 Jahre später in allen entwickelten Industrieländern ziemlich genau das Gegenteil zu beobachten war mit einer Phase, in der die Familie als außerordentlich stabil angesehen wurde.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Probleme, Schwierigkeiten und krisenhaften Entwicklungen der Gegenwart im Wesentlichen als vorübergehende Phänomene zu interpretieren,

die der Stabilität familialer Beziehungen wenig anhaben können. Dahinter steht die Hoffnung, dass die erstaunlich stabilen Beziehungen von Familien auch in Krisenzeiten nicht nur diese Zeiten überstehen, sondern danach die alte Ordnung und die Rückkehr zu den alten privaten Lebensformen erwartet werden kann. Auch solche Versuche hat es gegeben, doch macht jener Bericht an den amerikanischen Präsidenten deutlich, dass dessen Autoren die Krisenphänomene der Familie der zwanziger und dreißiger Jahre durchaus richtig beobachtet, aber verkannt haben, dass sich in der damaligen Krise der Übergang der ländlich geprägten Lebensformen in städtische und suburbane Lebensformen der Industriegesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre vollzog.

Wir gehen in diesem Bericht auch davon aus, dass sich alle gegenwärtigen Gesellschaften Europas in jener Übergangsphase von der Industriegesellschaft mit den damit verbundenen Lebensformen der neolokalen Kernfamilie und mit einer eindeutigen innerfamilialen Arbeitsteilung hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit neuen Lebensformen befinden. Solche Wandlungsprozesse von Gesellschaften und die damit auch verbundenen Veränderungen von familialen Lebensformen sind zumindest für die europäische Geschichte geradezu typisch und belegen Chancen und Grenzen der Anpassungsfähigkeit der Familie. Der Auftraggeber legte deshalb auch einen besonderen Schwerpunkt auf die international vergleichende und auswertende Perspektive der Entwicklungen von Familie (und Familienpolitiken).

Um unserem Auftrag gerecht zu werden, haben wir uns dafür entschieden, Familienentwicklungen in Deutschland als Teil einer europäischen Entwicklung zu interpretieren. Dies ermöglicht es uns, durch eine Kontrastierung zwischen ausgewählten europäischen Ländern die demografischen Entwicklungen und die Entwicklung der Partnerschafts- und Generationenbeziehungen nicht nur zu vergleichen, sondern auch in Beziehung zu den jeweiligen familienpolitischen Strategien, die in anderen europäischen Ländern in diesem Umbruch erarbeitet worden sind, zu setzen und mit dem deutschen Pfad zu kontrastieren. Dadurch lassen sich möglicherweise Antworten und Reaktionen auf die Herausforderungen moderner Gesellschaften finden, die auch für Deutschland wichtig sein können. Diese europäische Kontrastierung schien uns von großer Bedeutung zu sein, weil trotz aller Krisen in Europa und trotz der kulturellen Vielfalt und der unterschiedlichen politischen Systeme viele familienpolitische Gemeinsamkeiten zu entdecken sind. Um aber nicht der Gefahr zu erliegen, nur die Gemeinsamkeiten der europäischen Entwicklung im Bereich von Familie und Familienpolitik zu

betonen, haben wir ein eigenes Kapitel zur Analyse spezifischer deutscher Entwicklungen verfasst, weil uns bei der Diskussion familienpolitischer Maßnahmen in Europa nur so die Möglichkeit gegeben schien, auch die Besonderheiten der Entwicklung in Deutschland angemessen reflektieren zu können.

Eine der größten und positivsten neuen Herausforderungen in der Entwicklung von familialen Beziehungen ist die Änderung der Lebensläufe der Bevölkerung in den meisten europäischen Staaten. Längere Lebenserwartungen, höhere Qualifikationen eines großen Teils der Bevölkerung und eine größere Vielfalt von beruflichen und privaten Lebensabschnitten in einem längeren Lebenslauf bedürfen einer ganz anderen Strategie der Bewältigung dieser vielfältigen Herausforderungen als die familialen Lebensläufe der Industriegesellschaft mit einer klaren und weitgehend auch gesellschaftlich vorgegebenen dreigeteilten Struktur von Kindheit und Jugend als Lernphase, dem Erwachsenenalter als Arbeits- und Familienphase und dem Rentenalter als Ruhestand. Diese Zeitstrukturen der Industriegesellschaft haben nach Auffassung der Kommission keine Zukunft mehr. Daher verstehen wir auch die familialen Beziehungen im Lebenslauf zwischen Partnern, Eltern und minderjährigen Kindern sowie erwachsenen Kindern und Eltern als eine „Herstellung von Familie“, um zu verdeutlichen, welche Chancen, Risiken, Probleme und neue Perspektiven sich im Laufe eines solchen Herstellungsprozesses im Lebenslauf ergeben können.

Diese gemeinsame Konstruktion von Familie und Familienbeziehungen im Lebenslauf, die für die Mitglieder der Familie eine große Ressource bei der Bewältigung anderer Lebensaufgaben darstellt, vollzieht sich natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern lässt sich nur in Abstimmung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen entwickeln. Neue Balancen ergeben sich aus der Neugestaltung des Lebenslaufs und den gemeinsamen Herstellungsleistungen von Beziehungen und Ressourcen der Familienmitglieder füreinander, aber auch für andere Menschen.

Auch in einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft, die darum kämpft, den erarbeiteten Wohlstand zu erhalten und möglicherweise noch zu steigern, brauchen Familien und Familienmitglieder Zeit, und zwar nicht nur im Lebenslauf, sondern insbesondere in der Alltagszeit in der aktiven Lebensphase, in der wir heute Höchstleistungen im Bereich der Bildung und des beruflichen Engagements erwarten, für die Entwicklung privater Beziehungen, für die Erziehung der Kinder, für die Unterstützung der Eltern und für das Engagement in Nachbarschaft und Gemeinden. Ohne diese Fürsorge für andere und ohne

dieses zivilgesellschaftliche Engagement hat keine Gesellschaft eine Zukunft. Daher haben wir uns auch ausführlich mit der Frage auseinandergesetzt, warum ausgerechnet in der Organisation der täglichen Zeit heute ein solches Ungleichgewicht zwischen beruflich vorgegebene Zeitstrukturen, Zeitstrukturen von Schule, Kindertageseinrichtungen und anderen Bildungsinstitutionen und der Zeit für Familie und Fürsorge für andere entstanden ist. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass nur durch eine neue Balance zwischen den verschiedenen täglichen Zeiterfordernissen dieser Lebensbereiche die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gesichert werden kann.

Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt aber auch davon ab, dass sie begreift, dass in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen – sei es aufgrund der politischen Geschichte Deutschlands, sei es aufgrund des hohen Anteils an Zuwanderern – familiäre Lebensformen und innerfamiliäre Formen von Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und zwischen Eltern und Kindern, zwischen Großeltern, Eltern und Enkeln ein höheres Maß an Vielfalt aufweisen als in homogenen Gesellschaften mit einer gemeinsamen kulturellen Tradition. Da in Deutschland aufgrund der unterschiedlichen regionalen Entwicklungen die Bedingungen für die Entwicklung familiärer Lebensformen und das Leben von Familien heute sehr unterschiedlich sind, haben wir versucht, die Variationen dieser unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen zu skizzieren, um zu verdeutlichen, dass diese Vielfalt auch zu unterschiedlichen, regional variierenden politischen Antworten auf die Herausforderungen einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft führen muss. Daher kann Familienpolitik, so werden wir in diesem Bericht argumentieren, nicht allein auf Bundesebene gestaltet werden, sondern muss gerade auch auf Landes- und kommunaler Ebene betrieben werden, weil sonst der Vielfalt der Lebensformen in Deutschland nicht hinreichend Rechnung getragen werden kann. Dabei glauben wir, dass insbesondere die großen urbanen Zentren in der Republik erkennen müssen, wie wichtig auch für ihre zukünftige Existenz die Einsicht ist, dass Familien immer auch Investoren in die Zukunft einer Gemeinde und einer Stadt sind, und daher eine aktive Familienpolitik auf kommunaler Ebene ebenso bedeutet, die Zukunft der Gemeinde und der Stadt zu sichern, wie die Ansiedlung eines Industrieunternehmens.

Eine Familienpolitik, die den Übergang von der Industriegesellschaft als ursprünglich männlicher Domäne in eine eher weiblich besetzte Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft als einen wesentlichen und nicht in naher Zukunft umkehrbaren Prozess akzeptiert, wird aus Sicht der

Kommission versuchen, diesen Prozess so zu gestalten, dass die Herstellung von familialen Beziehungen, die Entscheidung für Kinder und die Bereitschaft, in diese Kinder zu investieren, auch in Zukunft als ein wichtiges Element der Lebensperspektive von jungen Erwachsenen beiderlei Geschlechts angesehen wird. Dabei muss sichergestellt werden, dass für diejenigen, die Fürsorge für andere leisten, auch die notwendige Zeit in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird. Eine Familienpolitik mit dieser Perspektive wird versuchen, nicht allein auf Einzelmaßnahmen zu setzen, sondern durch einen Dreiklang von Zeitpolitiken im Lebenslauf und in der täglichen Zeit sowie mit der Entwicklung neuer Konzepte von Infrastrukturen und der Integration von Infrastrukturen in die Rhythmen der Lebensläufe von Familienmitgliedern zu unterstützen. Daneben wird sie versuchen, das Familienleben, soweit erforderlich, auch durch finanzielle Transfers zu unterstützen und dadurch weiterhin in die Zukunft ihrer Kinder und damit in die Zukunft der Gesellschaft zu investieren.

Diesen Dreiklang aus Zeitpolitik im Lebenslauf und in der Alltagszeit, der Entwicklung von integrativen Infrastrukturen in Nachbarschaft und Gemeinde sowie finanziellen Transfers zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Familie und Kindern bezeichnen wir als nachhaltige Familienpolitik. Dabei gehen wir davon aus, dass sich dadurch Rahmenbedingungen schaffen lassen, die es jungen Erwachsenen auch in Zukunft ermöglichen, sich für diesen Lebensweg zu entscheiden. Sicherlich hätten wir uns und auch die Leser dieses Berichtes überfordert, wenn wir versucht hätten, diesen Dreiklang in alle Lebensbereiche hineinzutragen und zu diskutieren, wie diese jeweils die Entscheidung für Familie und Kinder beeinflussen können. Statt dessen haben wir uns entschieden, anhand ausgewählter Szenarien einer zukünftigen Entwicklung zu skizzieren, wie ein solcher zukunftsorientierter Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik auch in eine politische Praxis in Deutschland umgesetzt werden kann. Dabei haben wir uns bewusst darum bemüht, nicht weit reichende Utopien zu formulieren, sondern in Anlehnung an unsere Idee des Vergleichs mit anderen europäischen Ländern Entwicklungslinien zu skizzieren, die durchaus bereits in anderen Ländern diskutiert werden oder teilweise sogar schon realisiert sind.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit dieser Strategie nur ausgewählte Themenfelder der Entwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in einer Wissensgesellschaft bearbeiten konnten, doch waren wir beim Verfassen des Berichts auch in einer außerordentlich günstigen Ausgangssituation. Einerseits konnten wir auf den Fünften Familienbericht zurückgreifen, der die Bedeutung der Familie für das Humanvermögen

der Gesellschaft in überzeugender Weise dargestellt und dabei eine Vielzahl von Anregungen gegeben hat. Darüber hinaus hat die gründliche Analyse des Sechsten Familienberichts in Bezug auf die Lebenssituation von ausländischen Familien uns auch die Freiheit gegeben, nicht alle Themen und Vorstellungen aus diesem Bereich wieder aufgreifen zu müssen. Besonders erleichtert hat unsere Arbeit die Tatsache, dass zur selben Zeit der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht und der Fünfte Altenbericht entstanden, die aus unserer Sicht auf ihre Weise den hier vorliegenden Bericht in vielfältiger Weise ergänzen und erweitern. Wir brauchten uns aufgrund der Arbeit des Zwölften Kinder- und Jugendberichts nicht ausführlich mit den notwendigen Veränderungen im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen, weil dies dort sehr differenziert entwickelt ist. Auch für die neue Rolle der älteren Menschen und die Möglichkeiten dieser Generation, eine aktive Mitgestaltung in der modernen Gesellschaft zu ermöglichen, gibt der Fünfte Altenbericht eine Vielzahl von wichtigen und zukunftsorientierten Anregungen. Durch diese Selbstbeschränkung hoffen wir, unsere Argumentation für die nachhaltige Familienpolitik stringenter und deutlicher formulieren zu können, als wenn wir uns zusätzlich auch zu all diesen verbundenen Themen geäußert hätten.

Dieser Bericht ist in der relativ kurzen Zeit von etwa zweieinhalb Jahren entstanden. Kurz deswegen, weil die Konsensbildungsprozesse bei dem Thema Familienentwicklung und Entwicklung einer nachhaltigen Familienpolitik in einer Kommission notwendigerweise Zeit beanspruchen. Trotz der sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven der einzelnen Mitglieder war die von den Kommissionsmitgliedern gemeinsam entwickelte Perspektive, Familienpolitik als eine Politik der Entwicklung der Rahmenbedingungen eines Lebenslaufs zu interpretieren, wo Familie und Familienentwicklung als gleichberechtigte und integrale Bestandteile des Lebenslaufs neben anderen Bestandteilen auch in Zukunft gelebt werden können, eine tragfähige Basis, um die Arbeit zügig abzuwickeln.

Eine Kommission lebt auch davon, dass sie in vielfältiger Weise unterstützt wird. Stellvertretend für viele möchten wir insbesondere erwähnen, dass unsere Anfragen an das Statistische Bundesamt für bestimmte Sonderauswertungen des Mikrozensus und anderer amtlicher Statistiken immer zügig und schnell beantwortet wurden. Das gleiche gilt für die familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes in Stuttgart, das uns mit einer Reihe von Berechnungen außerordentlich geholfen hat. Unser Dank gilt insbesondere den Experten-

nehmerinnen und -nehmern, die ihr Expertenwissen der Sachverständigenkommission zur Verfügung gestellt haben. Die Arbeitsgruppe des Deutschen Jugendinstituts mit Annemarie Gerzer-Sass, Jürgen Sass und Hiltrud Bayer hat uns sowohl bei der Sammlung von Materialien, der Aufbereitung der empirischen Materialien und vielen anderen Arbeiten fachlich intensiv unterstützt, und das Deutsche Jugendinstitut hat uns bei kurzfristigen Engpässen mit Renate Bauereiss, Jan Marbach und Andreas Lange drei kompetente Mitarbeiter zu unserer Unterstützung zur Verfügung gestellt. Wir können dafür als Kommission nur dankbar sein und haben uns besonders gefreut, dass Karin Jurczyk, die Leiterin der Abteilung Familie am Deutschen Jugendinstitut, als „kooptiertes Mitglied“ die Arbeit der Kommission in vielen Punkten positiv beeinflusst hat. Hervorzuheben ist auch die kontinuierliche und unterstützende Begleitung der Kommissionsarbeit durch das Ministerium, die wir sehr geschätzt haben und wofür wir uns ausdrücklich bedanken.

Anders als bei früheren Familienberichten hat der Auftraggeber Wert darauf gelegt, den Bericht jenseits der üblichen Anhörungen dialogorientiert zu erarbeiten und öffentlich zu kommunizieren. Die Kommission hat die Chance genutzt und im Erarbeitungsprozess einen gesellschaftlichen Dialog mit Familienverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen, Politik und Wissenschaft geführt. Natürlich finden sich diese Anregungen nicht eins zu eins umgesetzt wieder, doch sieht die Kommission in dieser Form des Dialogs eine sinnvolle Möglichkeit, die notwendige gesellschaftspolitische Debatte und den Perspektivwechsel für die Zukunft von Familie zu befördern und zu unterstützen, auch hält die Kommission einen solchen interaktiven Prozess unter familienpolitischen Gesichtspunkten für außerordentlich hilfreich. Eine Kommission hat nicht nur die Aufgabe, neue Ideen nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln, sondern gleichzeitig auch die Aufgabe, aktuelle Entwicklungen und wichtige Vorstellungen der gegenwärtigen familienpolitischen Akteure zu integrieren und so auch zu einer weiteren Konsensbildung in diesem Bereich beizutragen. Auch wenn das der Kommission nicht in allen Fällen gelungen ist, halten wir diese Art der Kommunikation für außerordentlich produktiv.

Wir möchten mit diesem Bericht Anstöße dafür geben und dazu beitragen, dass das Leben mit Kindern in unserer Gesellschaft, die Beziehungen zwischen den Generationen und die gleiche Teilhabe aller Familienmitglieder an Familie, Erwerbsarbeit und Gesellschaft auch in Zukunft ein wesentliches Element in einer neu heraufziehenden Wissensgesellschaft darstellt.

I. Akzentuierungen: Ökonomie, Fürsorge, Geschlechterpartizipation – Eckpunkte der Betrachtung von Familie

I.1 Gemeinsame und private Güter

Alle Industriegesellschaften unterliegen seit gut 20 Jahren tief greifenden politischen, ökonomischen und demografischen Veränderungen. Die Bedeutung dieses Wandels ist vermutlich nur vergleichbar mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts. Dieser Übergang beeinflusst nicht nur die Arbeitswelt und die damit verbundenen sozialen Sicherungssysteme, sondern hat auch tief greifende Folgen für die Qualifikationen der Berufstätigen und für das Bildungssystem.

Eingehen verlässlicher Bindungen als wesentliche Voraussetzung für die Bildung von Humanvermögen

Der Fünfte Familienbericht (BMFuS1994) hat diese Wandlungsprozesse vor dem Hintergrund des Zusammenwachsens von West- und Ostdeutschland untersucht und schwerpunktmäßig herausgearbeitet, wie in einer solchen sich ändernden Welt das Humanvermögen einer Gesellschaft, das durch die Leistungen der Familie begründet wird, gesichert werden kann: „Die Bildung von Humanvermögen umfasst vor allem die Vermittlung von Befähigungen zur Bewältigung des Alltagslebens, das heißt: Den Aufbau von Handlungsorientierungen und Werthaltungen in der Welt zwischenmenschlicher Beziehungen. Gefordert ist sowohl der Aufbau sozialer Daseinskompetenz (Vitalvermögen) als auch die Vermittlung von Befähigung zur Lösung qualifizierter gesellschaftlicher Aufgaben in einer arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft, der Aufbau von Fachkompetenz“ (Arbeitsvermögen im weitesten Sinne) (BMFuS 1994, 28). Dabei betonen die Autoren auch, dass die Fähigkeit zum Eingehen verlässlicher Bindungen ein wesentliches Element des Humanvermögens darstellt, durch das die Möglichkeit geschaffen wird, Familie leben zu können.

Mit dieser Perspektive haben die Autoren im Unterschied zu vielen Fachdiskussionen zur Zukunft der Familie vor allem die Bedeutung der Familie für die Produktion gemeinsamer Güter herausgearbeitet. Sie stehen damit in der Tradition auch früherer Familienberichte, so wie z. B. der Zweite Familienbericht, der die Bedeutung der Familie für die kindliche Sozialisation oder der Vierte Familienbericht, der die Bedeutung der Familie für die Unterstützung der älteren Generation besonders hervorgehoben hat.

Die Bedeutung der Familie für den „Wohlstand der Nation“ wird heute in der öffentlichen De-

batte häufig auf die Frage einer ausreichenden Kinderzahl zur Reproduktion der gesamten Gesellschaft reduziert. Dabei wird nicht erkannt, dass gemeinsame Güter, für die der Fünfte Familienbericht den Begriff des Humanvermögens vorgeschlagen hat, überhaupt nur dann entstehen können, wenn junge Erwachsene bereit sind, sich für Kinder zu entscheiden und auch Zuneigung und Zeit für die Entwicklung dieser Kinder zu investieren. Ohne diese individuelle Bereitschaft entwickeln sich keine Werthaltungen, keine Kompetenzen und verlässliche Bindungen. Ohne diese individuelle Bereitschaft, die Beziehungen zu den alt gewordenen Eltern aufrechtzuerhalten, kann es auch keine Solidarität zwischen den Generationen geben. Die Befriedigung emotionaler Bedürfnisse von Menschen, wie Intimität, Liebe und persönliche Erfüllung, sind sehr private Aspekte individueller und privater Lebensformen. Sie stellen aber eine notwendige Voraussetzung dar, damit überhaupt jene gemeinsamen Güter entstehen können, die bis heute als eine quasi natürliche und unerschöpfliche Ressource der Entwicklung des Wohlstands einer Gesellschaft angesehen werden. Die Kommission benutzt den Begriff der gemeinsamen Güter statt anderer Begriffe wie kollektive oder öffentliche Güter (Nida-Rümeling 2003), die in manchen fachwissenschaftlichen Diskussionen sehr spezifisch gebraucht werden. Ohne auf diese Diskussion einzugehen, will die Kommission deutlich machen, dass neben dem Humanvermögen, das durch familiäre Leistungen entsteht, auch die Fürsorge für andere, insbesondere der älteren Generation, das Ergebnis privaten und sehr persönlichen Handelns ist. Davon profitiert jedermann in einer Gesellschaft, auch wenn er solche Leistungen nicht erbringt, und sei es auch nur dadurch, dass bestimmte Kosten nicht anfallen, an denen jedermann sich beteiligen müsste. Gemeinsame Güter entstehen zwar im privaten Kontext, nutzen aber letztlich allen und jedermann.

Gemeinsame Güter entstehen im privaten Kontext, benutzen aber allen

Aus der Sicht der Kommission kann man aber nicht davon ausgehen, dass diese Ressourcen, die sich im privaten familialen Kontext entwickeln, immer in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, vielmehr sind diese genauso erschöpfbare Ressourcen wie andere natürliche Ressourcen, deren Endlichkeit inzwischen deutlich geworden ist.

Ressourcen aus dem privaten Kontext nicht unerschöpflich

Um dieses Spannungsverhältnis zu illustrieren, ist es sinnvoll, die gemeinsamen Güter, die

Familie herstellt, von den privaten familialen Beziehungen deutlich zu differenzieren. Im Kern geht es bei den gemeinsamen Gütern darum, dass ein Erwachsener oder zwei Erwachsene in Ehe, Partnerschaft oder geteilter Elternschaft die Fürsorge für von ihnen abhängige Kinder, Eltern oder andere Erwachsene übernehmen, ohne dafür Gegenleistungen zu erwarten (Cherlin 1996). Diese Bereitschaft, für andere zu sorgen, umfasst eben nicht nur die Entwicklung des Humanvermögens, sondern bedeutet auch, die ältere Generation zu unterstützen.

Manchmal werden diese gemeinsamen Güter von Familie mit der Vorstellung der Familie als einer gesellschaftlichen Institution verbunden, die im Rahmen einer Vielzahl unterschiedlicher rechtlicher Regelungen diese zu erbringen hat. Dabei wird übersehen, dass diese Leistungen überhaupt nur dann entstehen können, wenn auf der privaten Ebene die Individuen soziale Netzwerke aufbauen, deren personale Beziehungsmuster durch Geschlecht, Generation und Lebenslauf geprägt sind. Auch wenn diese privaten Beziehungen subjektiv und emotional geprägt sind, darf nicht übersehen werden, dass ökonomische Aspekte etwa bei der gemeinsamen Haushaltsführung oder der Bereitschaft, Kinder, Enkel oder Eltern zu unterstützen, ebenso eine Rolle spielen wie der verpflichtende Charakter dieser Beziehungen, der eine notwendige Voraussetzung für die Verlässlichkeit der Fürsorge für Abhängige darstellt. Damit wird deutlich, wie eng der Zusammenhang zwischen den privaten Aspekten von Familie und ihrer Produktion gemeinsamer Güter ist. Unter einer eher familienpolitischen Perspektive bedeutet dies, dass familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der Leistungen von Familien sich eben nicht allein an den gemeinsamen Gütern, die Familien herstellen, orientieren dürfen, sondern auch immer reflektieren müssen, inwieweit überhaupt noch die gesellschaftlichen Voraussetzungen bestehen, dass Individuen bereit sind, diese Verantwortlichkeiten auf der Basis personaler und privater Beziehungen zu übernehmen.

„Gefühlte Temperatur“ von Familie – variiert

Familie ist sowohl eine Institution als auch eine alltägliche Lebensform und zudem stets präsent auch als Assoziationsrahmen für Gefühle. Diese Verknüpfung der Produktion gemeinsamer Güter mit höchst privaten Gefühlswelten, der „gefühlten Temperatur von Familie“, erzeugt erhebliche Schwierigkeiten, familienpolitisch angemessen zu argumentieren. Mit dem Begriff ‚Familie‘ verbinden sich gleichzeitig Erwartungen an Liebe, Zuwendung, Verlässlichkeit, Solidarität, Bindung usw., aber auch Erfahrungen von Gewalt, Abhängigkeit, Unterdrückung, Fessel, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Chancen-Verhinderung von Frauen im Erwerbssystem und von Männern im familialen Binnenraum, usw..

Private Gefühle verändern sich durchaus bei denselben Personen über die biografische Zeit, über positive oder negative Erfahrungen, Ängste, Verletzungen, Gewalterfahrung, unerwartete oder vermisste Unterstützungsleistungen, Enttäuschungen usw.. Sie variieren über Alter, Lebensabschnitt, Region, aktuellem Single- oder Familienstatus. Und doch müssen sie vor allem deshalb ernst genommen werden, weil sie den Rezeptionshintergrund für jedwede Äußerung zur Familie bilden, seien diese im familienpolitischen Raum, in den Medien oder im Alltagsgespräch formuliert. Was dem einen als angemessen gilt, kann dem anderen als unangemessen, persönlich verletzend, abwegig oder überhöht erscheinen.

Der Fünfte Familienbericht hatte mit dem Begriff der strukturellen Rücksichtslosigkeit deutlich zu machen versucht, dass der gegenwärtige soziale Wandel und die bisherigen politischen und ökonomischen Reaktionen darauf zu einer Gefährdung der Bereitschaft beigetragen haben, Familie in diesem doppelten Sinn als Produzentin gemeinsamer Güter und als privates soziales Netz einer besonderen Qualität zu leben. Dabei wurde dort allerdings sehr stark das ökonomische Ungleichgewicht zwischen der Unterstützung familialer Leistungen und den ökonomischen Investitionen von Familien thematisiert. In diesem Bericht werden wir versuchen deutlich zu machen, dass diese strukturelle Rücksichtslosigkeit ihre Ursachen nicht nur in der ökonomischen Benachteiligung von Familien hat, sondern dass durch die tief greifenden Veränderungen der Lebensläufe der Mitglieder von Familien, der veränderten Zeitstrukturen in der Arbeitswelt, der Ausdifferenzierung der Lebensumwelt von Familien, der Vielfalt familialer Lebensformen unterschiedlicher Kulturen und der Neudefinition der Generationenverhältnisse eine neue Balance zwischen den Familienmitgliedern, familialen Lebensformen, Nachbarschaften, der Arbeitswelt und der Gesellschaft gefunden werden muss. Dies weist über das traditionelle Modell der isolierten Kernfamilie mit einer klaren innerfamilialen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hinaus, wenn die Leistungen von Familien auch weiterhin auf der notwendigen Basis privater familialer und emotional befriedigender Beziehungen erbracht werden sollen. Wir gehen davon aus, dass auch das Leben in einem personalen und sozialen Netz mit besonderen Bindungen und Verpflichtungen eine knappe gesellschaftliche Ressource ist, die eines besonderen Schutzes bedarf. Daher wollen wir versuchen, den Blick auf Familie als Institution zur Produktion gemeinsamer Güter immer auch um den Blick auf Familie als privates und soziales Netz der Familienmitglieder zu erweitern.

Familie als Produzentin gemeinsamer Güter

I.2 Familie und Wandel: Familie aus der Perspektive des Lebenslaufs ihrer Mitglieder

Familie wird als quasi natürliche Ressource gesehen

Es gehört zu den erstaunlichen Phänomenen der politischen Diskussionen, dass die Leistungen von Familien für die Gesellschaft als eine quasi „natürliche“ Ressource betrachtet werden, die als gegeben unterstellt werden kann, während andere Ressourcen wie Energie als knapp und einer besonders nachhaltigen Förderung bedürftig angesehen werden. So ist die Hochaltrigkeit ein junges historisches Phänomen, dennoch scheint ein Konsens zu bestehen, dass die neu daraus entstehenden Fragen sozialer und gesundheitlicher Fürsorge mehr oder minder Familienangelegenheiten seien, obwohl sich für die soziale und ökonomische Fürsorge von 60-Jährigen für 90- oder 100-Jährige in der Geschichte der Familie keine Beispiele finden (Borscheid 1986). Und selbst die demografische Entwicklung mit der vorhersehbaren Knappheit an Humankapital wird in der öffentlichen Debatte fast ausschließlich als mangelnde Leistung der Familien in Bezug auf die Kinderzahlen verhandelt.

Gefahr des Fürsorge-defizits in postmodernen Gesellschaften

Dabei laufen spätmoderne Gesellschaften Gefahr, wie Hochschild (2003b) jüngst wieder betont hat, dass ein erhebliches Defizit an Fürsorge/Care entsteht. Die industriegesellschaftliche Lösung von Fürsorge/Care, die darauf aufbaute, dass dies von Frauen zu leisten ist, führte einerseits zur Desintegration der Frauen aus der Öffentlichkeit und andererseits zu einer starren Abgrenzung privater und öffentlicher Fürsorgeaufgaben. Selbst in der modernen Variante der Verteilung der Fürsorgeaufgaben auf beide Partner bleibt den Familien hingegen hinsichtlich der eigenen Kinder und der älteren Generation immer weniger Zeit für diese Fürsorge und Solidarität, obwohl diese für die Existenz von Gesellschaften ebenso wichtig sind wie ökonomischer Wohlstand.

Balance zwischen Berufverlauf und Entwicklung der Familie nicht vorhanden

Eine Kernthese dieses Berichtes ist die Annahme, dass die Balance zwischen Bildungs- und Berufsverläufen auf der einen Seite und der Entwicklung von Familienbeziehungen im Lebenslauf auf der anderen Seite ebenso kompliziert geworden ist wie die Organisation alltäglicher Erwerbsarbeit und die Fürsorge für Andere. Ohne neue Konzepte der Verknüpfung von Bildung, Beruf, Partnerschaft, Elternschaft und Solidarität mit der älteren Generation ist nicht auszuschließen, dass die Fürsorge für die nachwachsende Generation wie auch die Solidarität für die ältere Generation prekär wird. Ein zentrales Anliegen dieses Berichtes wird es daher sein, Probleme und Lösungen zu diskutieren, die eine neue Balance formulieren zwischen privaten Lebensvorstellungen und der individuellen Bereitschaft, für andere Verantwortung zu übernehmen,

sowie den geänderten Anforderungen durch Bildung, Berufskarrieren und alltäglicher Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Unter diesem Aspekt wird es auch eine Aufgabe der Zukunft sein, die Vernetzung von Familienmitgliedern und ihren Netzwerken mit professionellen und institutionellen, staatlichen und marktwirtschaftlichen Dienstleistungen nach neuen Organisationsformen gesellschaftlich notwendiger Arbeit jenseits der überkommenen Geschlechterrollen zu betrachten. Doch die Entwicklung einer familienfreundlichen Arbeitswelt wird in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit immer noch als eine Aufgabe begriffen, die insbesondere dem Wunsch von Frauen nach einer Erwerbstätigkeit entgegenkommen soll. Das Thema der Verbindung von Erwerbs- und Familienverlauf kann aber kein frauenpolitisches Thema bleiben, sondern muss auf die Arbeits- und Sozialisationsbeteiligung von Männern und Frauen in allen Phasen der Familien-Dynamik abzielen.

I.3 Chancen und Zwänge: Zeitorganisation

In Gesellschaften mit klaren und eindeutigen Wertvorstellungen und Rollenmustern ist die Verteilung zwischen familialem und erwerblichem Engagement leichter zu erreichen als in Übergangsgesellschaften, in denen traditionelle Werte und Normen selbst zur Disposition stehen und eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensformen nebeneinander existieren.

Die Industriegesellschaft in der Bundesrepublik, wie sie sich in den 50er und 60er Jahren entwickelt hat, übertrug das Modell industrieller Arbeitsteilung und vertakteter Zeitstrukturen auch auf die Kombination zwischen privaten Beziehungen innerhalb der Familie und den von der Familie entwickelten gemeinsamen Gütern im Bereich der Entwicklung des Humanvermögens und der Fürsorge zwischen den Generationen. So war die Erziehung der Kinder nicht nur, wie es das Grundgesetz sehr allgemein definiert, „zuvörderst Aufgabe der Eltern“, sondern die Erziehung der Kinder unter sechs Jahren war vor allem die Aufgabe der Mütter. Ab dem 6. Lebensjahr und seit 1980 etwa ab dem 3. Lebensjahr kamen Kindertagesstätte und Schule hinzu, mit auf die Erwerbszeiten kaum abgestimmten Betreuungszeiten; die Verantwortung für die Erziehung endete mehr oder minder mit der Aufnahme der Lehre mit dem 14. Lebensjahr. Die früheren Familienberichte sprechen zwar immer von „Eltern“, doch wurde die Arbeitsteilung in diesem Bereich nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern allenfalls als Konflikt unterschiedlicher Wertpräferenzen der Mütter thematisiert.

Erziehung der Kinder unter sechs Jahren – bis dato Aufgabe der Mütter

Das gilt auch in Bezug auf die Ehe, die das Bürgerliche Gesetzbuch als Zugewinnsgemeinschaft interpretiert. Die Organisation dieser Zugewinnsgemeinschaft sah in der Regel so aus, dass die Verantwortung für die ökonomische Basis der Familie im wesentlichen beim vollerbwerbstätigen Ehemann lag, während die Ehefrau vor allem für die Regeneration des Ehemanns und die Sozialisation der Kinder zuständig war. Diese seit Entstehen der Industriegesellschaft immer wieder problematisierte Form der Arbeitsteilung schien schon aufgrund der Zeitorganisation des Alltagslebens kaum änderbar zu sein. Nicht nur in den 60er Jahren trieb die hoch arbeitsteilig organisierte Gesellschaft der Bundesrepublik eine rigorose Trennung des Familienwohnens im Grünen und des Arbeitens in den Innenstädten und in den Industriequartieren voran und unterstützte damit auch räumlich eine die Geschlechter trennende Organisation der Alltagszeit. Der Zeitaufwand und der Zeitstress als Folge dieser Art der Alltagsorganisation ist nur zu bewältigen, wenn die Erwerbs-Arbeitszeiten, die Schulzeiten und die Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen neu aufeinander abgestimmt werden und zwischen allen beteiligten Familienmitgliedern die Bereitschaft und der Konsens bestehen, neue Formen der Organisation zwischen Privatheit und Öffentlichkeit mitzugestalten. Dieser Prozess der Neuabstimmung hat in anderen Ländern, wie etwa Frankreich, Schweden und Finnland, schon in den 70er Jahren begonnen, während in der Bundesrepublik mit einer vorsichtigen Politik der Erziehungszeit und einer Garantie der Rückkehr zum Arbeitsplatz allenfalls Ansätze einer neuen Struktur von Lebenslaufpolitik erkennbar wurden.

Eines kann mit Sicherheit über die Zukunft gesagt werden: Wir können davon ausgehen, dass das Modell geschlechter-segregierender Zeitstrukturen, der Arbeitsteilung zwischen Elternhaus und Schule und der klaren Trennung zwischen ökonomischer Verantwortung für die Familie und regenerativer Sozialisation keine Zukunft haben kann. Gesellschaften, deren ökonomische Basis das Wissen und die Wissenskompetenz der Gesellschaftsmitglieder darstellt und die ihr Geld im wesentlichen mit Dienstleistungen erwirtschaften, können die Balance zwischen privater Lebensführung und der Bereitstellung gemeinsamer Güter durch die Familie in dieser Organisationsform nicht mehr gewährleisten. Wir werden in diesem Bericht einige empirische Belege für diese These vorlegen und gleichzeitig auch aufzeigen, dass möglicherweise eine Reihe von Problemen, die die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Familie oder der familialen Lebensformen im Unterschied zu anderen europäischen Ländern aufweist, möglicherweise damit zusammenhängen, dass Deutsch-

land, wie auch in anderen Bereichen der Industriegesellschaft, zu langsam auf die Herausforderungen einer postindustriellen Gesellschaft reagiert und nicht erkannt hat, dass Leistungen der Familien für die Gesellschaft eben nicht naturwüchsig erbracht werden.

I.4 Balance im Lebenslauf

In diesem Familienbericht wird es jedoch nicht vorrangig darum gehen, Probleme der Gegenwart auf Versäumnisse in der Vergangenheit zurückzuführen. Vielmehr gilt es, neue Möglichkeiten aufzuzeigen, um auf die neuen Herausforderungen spätmoderner Gesellschaften zu reagieren. Der Fünfte Familienbericht (BMFuS 1994) hat in großer Eindrücklichkeit die finanziellen Investitionen in Familien dargestellt, die zur Entwicklung des Humanvermögens notwendig sind, und in gleicher Dringlichkeit deutlich gemacht, wie der Familienleistungsausgleich weiter auszugestalten sei; demgegenüber hat der Sechste Familienbericht (BMFSFJ 2000b) die Lebenssituation ausländischer Familien in großer Klarheit behandelt und mit einer Fülle von Forderungen verdeutlicht, wie sich diese Lebenssituation verbessern könnte. Wir wollen in diesem Bericht versuchen, die Frage der Balance zwischen den privaten Aspekten von Familie und den durch die Familie bereitgestellten gemeinsamen Gütern als eine Frage der neuen Integration zwischen Familie beziehungsweise familialen Lebensformen und der Lebensumwelt von Familien zu interpretieren.

Wir gehen davon aus, dass sich eine neue Balance zwischen den privaten und persönlich befriedigenden Beziehungen von Partnern, Kindern, Eltern, Großeltern und Enkeln über längere biographische Lebensphasen hinweg erst dann wieder einstellen wird, wenn auch die verschiedenen Lebensbereiche, in denen sich die Familienmitglieder bewegen, aus der Sicht der Familienmitglieder besser miteinander in Einklang gebracht werden können. Dabei lassen sich private Vorstellungen von personalen Beziehungen, Intimität und eigener Zukunft dann so verwirklichen, dass auch die gemeinsamen Güter, die die Familie herstellt, als Ergebnis dieser Investitionen in private und personale Lebensvorstellungen und Lebensformen entstehen können.

Damit greifen wir zum Teil eine alte Argumentation wieder auf, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von dem aus der Schweiz zurückgekehrten Familiensoziologen René König (1974a) entwickelt wurde. König hatte mit anderen Familienforschern in den 20er und 30er Jahren die Konzentration der Familie auf den Familienkern miterlebt und wies schon damals darauf hin, dass der Ausdifferenzierungsprozess moderner Gesellschaften mit ihrer hohen Spezialisierung eben

Trennende Organisation der Alltagszeit zwischen den Geschlechtern

Neue Integration zwischen Familie und ihrer Lebensumwelt

Deutschland reagierte zu langsam auf die Herausforderungen der spätmodernen Gesellschaft

Desintegrationsprozess moderner Familien

auch dazu beiträgt, dass sich Familienbeziehungen zunehmend nur auf die Eltern mit ihren kleinen Kindern konzentrieren und damit Beziehungen zur Nachbarschaft und zur Verwandtschaft an Bedeutung verlieren können. Diesen Prozess bezeichnete er als Desintegrationsprozess moderner Familien, der durch die Art der Bautätigkeit in den 50er und 60er Jahren durchaus massiv unterstützt wurde. In dieser Zeit begann weltweit die Trennung von Erwerbsarbeit im Zentrum der Stadt und dem Leben am Stadtrand, in Levittown bei New York (1949) ebenso wie in Marzahn bei Berlin (Scott 1998). König hielt diese Desintegration für die Familien für nicht unproblematisch, weil dadurch eine Desorganisation familialer Beziehungen und damit ein zunehmendes Brüchigwerden der Familie nicht auszuschließen sei. Wenn die Familienmitglieder sich als Familie nur noch über ihre innerfamilialen Beziehungen definieren und alle anderen Beziehungen völlig unabhängig von der Familie aufgebaut werden, steht und fällt die Beziehung in der Familie mit der unmittelbaren Qualität der Einzelbeziehungen der Familienmitglieder untereinander. In Krisen und Konfliktsituationen, aber auch bei gemeinsamen Unternehmungen wie Urlaub oder Feierabend, fehlt jedes Netz von Beziehungsmustern, das eine Familie braucht, um nach innen und außen in angemessener Weise auf unterschiedliche Lebenssituationen reagieren zu können. Diese sehr frühe Diagnose familialer Lebenssituation der späten 60er Jahre interpretierte Coleman (1986) als ein wesentliches Problem der Familie in spätmodernen Gesellschaften und wies darauf hin, dass Familien ohne nachbarschaftliche Unterstützung, ohne einen Kranz von Freunden, Verwandten und Bekannten, jene Leistungen, die man in der Regel von der Familie erwartet, gar nicht erbringen können.

1.5 Integration: Familie und Kontext

Die Frage der Desorganisation bezieht sich allerdings nicht nur auf die Einbettung der Familienmitglieder in soziale Netze, sondern auch auf die Frage, wie eigentlich Liebe und Fürsorge, Zuneigung und Partnerschaft in spätmodernen Gesellschaften zu organisieren sind. Dabei geht es sowohl darum, stabile befriedigende Beziehungen einzugehen, sich für Kinder zu entscheiden, bereit zu sein, die kindliche Entwicklung so zu fördern, dass die Kinder die Lebenschancen erhalten, die die Gesellschaft ihnen ermöglicht, als auch um die Bereitschaft, mit der älteren Generation Kontakt zu pflegen und damit die Solidarität zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten. Dabei ist nicht beabsichtigt, Ideen und Vorschläge zu entwickeln, wie eine staatliche Familienpolitik in diesen Bereichen intervenieren soll, was ohne Veränderung der Bereiche selbst vermutlich kontraproduktiv wäre. Vielmehr wird

Mobiler Single als Prototyp spätmoderner Erwerbstätiger

untersucht, ob spätmoderne Gesellschaften solche Formen privater Lebensführung überhaupt ermöglichen, denn die öffentliche Debatte stellt das häufig mit ökonomischen Argumenten in Frage und nennt den mobilen Single (Münch 1993; Sennett 1996), der ohne feste persönliche Bindungen lebt, als Prototypen spätmoderner Erwerbstätiger. Diejenigen, die sich in feste Beziehungen begeben, werden als eher antiquiert und nicht geeignet für spätmoderne Erwerbsgesellschaften angesehen.

Vermutlich stellen aber solche Vorstellungen eine Radikalisierung des ausdifferenzierten und hoch spezialisierten Modells einer arbeitsteilig organisierten Industriegesellschaft dar, in der einzelne Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen zeit- und raumunabhängig überall eingesetzt werden können. Diese Vorstellungen werden sich insgesamt nicht durchsetzen können, weil letztlich alle Formen menschlicher Arbeit auf Zusammenarbeit, wechselseitige Unterstützung und personale Beziehungen angewiesen sind. Soziale Beziehungen, auch in der Arbeitswelt, müssen sich aber nicht notwendigerweise nur auf die Institution konzentrieren, in der man gerade agiert, sondern können sich auf Netzwerke beziehen, die über mehrere Institutionen hinausreichen. Die Einbettung in enge private Beziehungen (soziale Netzwerke) scheint in spätmodernen Gesellschaften genauso wichtig zu sein wie in Industriegesellschaften; nur erfordert offenkundig die zunehmende Flexibilisierung von Zeit- und Arbeitsstrukturen auch die Integration in weitere Unterstützungsnetzwerke, die es ermöglichen, auf diese flexiblen Anforderungen reagieren zu können. Nicht der singuläre Nomade, sondern das handelnde Subjekt, das über ein enges (intimes) und ein weites soziales Netz Ressourcen mobilisieren kann, wird sich mit diesen neuen Anforderungen angemessen auseinandersetzen können. Die zunehmende Gefahr der Desorganisation der modernen Familien ist sinnvollerweise nur dann zu überwinden, wenn die Möglichkeiten solcher Netzwerke in Nachbarschaft, Gemeinde und Betrieb entwickelt werden.

Eine weitere zentrale Annahme dieses Berichtes ist es daher, dass auf die Herausforderung spätmoderner Gesellschaften im Bereich der Familien nicht nur dadurch reagiert werden kann, dass eine neue Balance in Bezug auf die Neuorganisation von Zeitstrukturen gefunden wird, sondern es bedarf auch einer neuen Integration zwischen Familien, Gemeinden, Arbeitsorten und Nachbarschaft. Diese neue Form der Integration betrifft zum einen die kommunale Infrastruktur mit der vorschulischen Kinderbetreuung, der Tagesbetreuung von Schulkindern und der Betreuung der alten Menschen, und zum andern die Entwicklung von betrieblichen Angeboten hinsichtlich der Arbeitszeit wie aber auch der Koopera-

Einbettung in soziale Netze auch in der Spätmoderne wichtig

Neue Integration zwischen Familien, Gemeinden, Arbeitsorten und Nachbarschaft

tion bei der Infrastruktur-Entwicklung mit den Gemeinden. Darüber hinaus kommen, wie der Sechste Familienbericht (BMFSFJ 2000b) deutlich herausgearbeitet hat, auf den vorschulischen und schulischen Bereich vermehrt Anforderungen hinsichtlich der Integration von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher sprachlicher Herkunft zu. Solche Integrationsleistungen können nur gemeinsam mit den Eltern erreicht werden, so dass es hier auch um ganz neue Bildungsanforderungen geht, in die auch die Eltern einbezogen werden müssen. Diese Formen von Integrationsleistungen können notwendigerweise nur im alltäglichen Kontext von Nachbarschaft und Gemeinde geleistet werden, weil auf diese Weise soziale Netzwerke zur wechselseitigen Unterstützung entstehen können. Die sich abzeichnenden Herausforderungen an neue Konturierungen des Verhältnisses von privater und öffentlicher Leistung in der Früh-, Vorschul- und Grundschulförderung, aber auch in der Kranken- und Altenbetreuung stellen die bisherigen Gegensatzkonstruktionen zwischen dem Privatraum Familie, den kommunalen Netzwerken und öffentlichen Angeboten in Frage und geben zugleich der integrativen Leistungsfähigkeit von Familie und kommunaler Infrastrukturpolitik für trag- und entwicklungsfähige Standortpolitiken von Städten und Gemeinden neue Aufmerksamkeit.

**Neue Konturierung
des Verhältnisses
von privater und öffentlicher Leistung**

Gesellschaftliche Integration bedeutet, sowohl die Voraussetzungen für die subjektive Integrationsfähigkeit der nachwachsenden Generation zu schaffen als auch die Integrationsfähigkeit von Kooperationsprojekten zwischen Familie, Schule, Jugend- und Altenhilfe, von informellem und institutionellem Lernen im kommunalen Raum zu betrachten. Der Blick auf Familie als kommunale Ausgabenseite reicht nicht mehr, seit Väter und Mütter ihre Arbeitsplatzentscheidungen auch von den Lebens- und Entwicklungschancen aller Familienmitglieder abhängig machen und sich der Bedeutung des Standorts des Familienlebens im kommunalen Kontext bewusst werden. Jedes der Familienmitglieder muss sich einmischen, aber auch die Voraussetzungen bekommen, sich einmischen zu können in Strukturen, die Integration und nicht den Rückzug fördern. Der Blick auf die Familie als konsumtiver Kostenfaktor verändert sich zum „Blick auf Familie als Investor in kommunale Netzwerke“.

1.6 Innerfamiliäre Dynamiken

Ohne Zweifel stellt die Weiterentwicklung oder Neuorganisation von beruflichen und familialen Lebensläufen, das Leben in einer zunehmend ethnisch heterogenen Bevölkerung und die Auflösung klassischer Geschlechter-Zuständigkeiten eine große Herausforderung an die Fähigkeiten aller Beteiligten dar, hier eine neue Balance herzustellen. Es fehlt sowohl die Sicherheit der

**Andere Strategien
der Lebensbewältigung
gefordert**

Lebensperspektiven der Industriegesellschaft wie aber auch die Sicherheit, sich an tradierten Rollen orientieren zu können. Familie im Alltag zu leben, die vielfältigen Beziehungsmuster aufrechtzuerhalten und die ökonomische Sicherheit des Familienhaushalts zu gewährleisten, setzt in einer Welt, in der Lebensperspektiven ebenso unsicher geworden sind wie traditionelle Rollenvorstellungen, ganz andere Strategien der Lebensbewältigung voraus.

Solche Übergangszeiten sind durch eine Vielzahl von Faktoren gekennzeichnet, die manche als eine Krise der Familie interpretieren. Dabei wird allerdings vergessen, dass schon im 20. Jahrhundert wie auch zu Zeiten der französischen Revolution in Umbruchzeiten ähnliche Phänomene zu beobachten waren wie heute. Die Scheidungsraten waren im Berlin der 20er Jahre höher als heute, der Anteil der unverheirateten jungen Erwachsenen war in etwa der heutigen Quote vergleichbar und auch das Heiratsalter lag kaum unter dem heutigen durchschnittlichen Heiratsalter. Damals wie heute wurde befürchtet, dass die Familie nicht mehr in der Lage sei, gemeinsame Güter herzustellen, die Regeneration und Reproduktion zu gewährleisten, sowie auch die Sozialisation der Kinder zu sichern. Die Thesen von Ogburn und Tippitts in ihrem Bericht an den US-Präsidenten Hoover lesen sich heute wie eine Beschreibung der Probleme, die die Krise der Familie der Gegenwart beschreiben, obwohl jener Bericht 1933 publiziert wurde und sich nur auf die amerikanische Familie bezog (Ogburn/Tippitt 1933).

**Gesellschaftliche
Wandlungsprozesse
werden auch als
Krise der Familie
interpretiert**

Die Beschwörung der Vergangenheit als einer besseren Zeit blendet in der Regel die Schwierigkeiten und Probleme jener Zeit aus und legt politisch den Schluss nahe, sich für die Zukunft an der Vergangenheit orientieren zu können. Damit werden aber gerade jene Probleme verschüttet, die es heute so schwierig machen, Familie zu leben. So gilt beispielsweise für viele hoch entwickelte Industriegesellschaften, dass Frauen in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Spitzenpositionen entweder kinderlos sind oder aber solche Positionen gar nicht erreichen. Dies gilt für die USA und Nordeuropa ebenso wie für Deutschland, aber auch für die Beitrittsländer der EU. Eine 50-prozentige Kinderlosigkeit von Frauen in Spitzenpositionen ist in den USA genauso selbstverständlich wie bei uns, und der Anteil weiblicher Professoren liegt selbst in Schweden nur bei 12 Prozent. Offenkundig sind Karrieremuster und familiäre Lebensformen mit Kindern in den hoch entwickelten Industriegesellschaften für Frauen kaum vereinbar (Europäische Kommission 2002a).

Dabei nimmt vor allem die Geschlechterfrage heute eine unerwartete Wende. Erwerbliche und

**Geschlechterfrage
erhält eine neue
Bedeutung**

private Einbindungsmuster in Geschlechter-Untergleichheit – bisher als eine der zentralen Weichenstellungen auch geschlechtsspezifischer Sozialisation ausgemacht – zu problematisieren, erhält durch die Umstrukturierung der Erwerbsarbeit im Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft eine neue Bedeutung. Sie legt es nahe, Geschlechterzuschreibungen in familialem Alltag und Praxis hinter sich zu lassen, um den Kindern Zugänge zu gegengeschlechtlich stereotypisierten Berufen zu eröffnen. Während die Arbeitsplätze im warenproduzierenden Sektor deutlich zurückgegangen sind, entstehen im Dienstleistungssektor – und zwar auch in den technischen Dienstleistungsbereichen – Berufe mit Qualifikationsprofilen, die neben technischen Kompetenzen auch bisher weiblich stereotypisiertes kulturelles und soziales Kapital benötigen, um erfolgreich handeln zu können.

**Neuorganisation
von beruflichen
Karrieren**

Im Sinne einer zukunftsorientierten Argumentation für die Vereinbarkeit unterschiedlicher Lebensbereiche ist es wichtig herauszuarbeiten, worüber diese Widersprüchlichkeiten heute gestützt werden und wie man mit ihnen umgehen kann. Dabei kann die Lösung nicht allein darin liegen, über den Wandel von familialen Beziehungen Innovationen zu erwarten, sondern es geht auch darum, herauszuarbeiten, wie berufliche Karrieren neu organisiert werden können.

I.7 Internationale Kontrastierung

Hinsichtlich der Frage der zukünftigen Gestaltung einer neuen Balance zwischen Erwerbsarbeit, Lebensläufen, der Entwicklung privater Beziehungen und familialen Leistungen für die Gesellschaft haben wir uns bemüht, einige ausgewählte europäische Länder in die Analyse einzubeziehen, ohne jedoch damit einen systematischen Gesellschaftsvergleich durchzuführen. Da aber andere Länder mit ähnlichen Problemen und Fragestellungen konfrontiert sind und vielleicht bereits Lösungen skizziert haben, die auch in Deutschland, wenn auch modifiziert, sinnvoll genutzt werden könnten, scheint uns eine vergleichend kontrastierende Methode zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven eine hilfreiche Strategie zu sein.

Eine solche Kontrastierung hat auch den unschätzbaren Vorteil, nicht nur zu erkennen, dass andere Länder zu Karrieren und familialen Lebensläufen schon zukunftsorientierte Lösungen haben, sondern auch zu sehen, was in Deutschland manchmal unterschätzt wird, nämlich welche Vielfalt familialer und verwandtschaftlicher Lebensformen heute in Europa besteht. Die Pluralität familialer Lebensformen ist keinesfalls ein Phänomen der Neuzeit, sondern auch das Ergebnis unterschiedlicher kultureller Muster. Solche Vergleiche machen deutlich, dass sich mögli-

**Vielfalt familialer
und verwandtschaftlicher
Lebensformen
in Deutschland**

cherweise auch bei hoher Vielfalt bestimmte Grundprobleme und -strukturen unter ganz unterschiedlichen Umständen zeigen. So ist die starke Betonung der Familie als einer Kernfamilie, wie das in Deutschland geschieht, eher ein deutsches Phänomen, weil in anderen Ländern, wie in Schweden oder Frankreich, das Verwandtschaftssystem in seiner Bedeutung in der Regel einbezogen wird, wenn es um die Analyse familialer Entwicklungen geht (Gullestad/Segalen 1997). Auch die extreme Betonung der Familie als einer privaten Angelegenheit, wie dies in Deutschland und insbesondere England üblich ist, findet sich nach Aussagen von Segalen in Frankreich nicht: Dort ist Familie viel stärker eine gemeinsame Angelegenheit. Dieser Blick über die Grenze soll aber nicht nur die Vielfalt familialer Lebensformen verdeutlichen, sondern vor allem dabei helfen, Wege aufzuzeigen, von denen wir lernen können. Wenn wir in diesem Bericht mehr nach Westen als nach Osten schauen, so hängt dies damit zusammen, dass die Forschungsinfrastruktur und die vorhandenen Daten auf Grund der historischen Tradition der EU und des Europarates bisher viel stärker die westlichen Entwicklungen thematisieren als diejenigen in Osteuropa.

I.8 Perspektivenverschränkung: Vom Blick auf Familie als privatem Lebensraum zum Blick auf Chancenverwobenheit

Weiblichkeit und Männlichkeit als biologisch begründete soziale Konstruktionen durchdringen alle Lebensbereiche und sind tief in die Strukturen von Institutionen eingelassen. Sie durchziehen sowohl den Familienalltag als auch die Bindung der Generationen an Geschlechtszuständigkeiten. Sie prägen die soziale Platzierung, die Lebensstile und die Lebenschancen von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern auf vielfältige und entscheidende Weise. Sie verknüpfen die familiäre Arbeitsteilung mit der Organisation der Berufswelt. Sie strukturieren das Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungssystem und sie bestimmen Chancen und Formen der Teilhabe von Frauen und Männern an Öffentlichkeit und Privatheit. Diese Prozesse sind sehr vielschichtig und sehr widersprüchlich. Jedoch, so Rosemarie von Schweitzer in aller Radikalität: „Selbst die hämischsten publizistischen Glossen, wie die standfestesten und stursten wissenschaftlichen Ignoranzen, können nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass immer mehr Menschen, wenn auch in erster Linie die Frauen, nicht mehr bereit sind, die Defizite in der Geschlechtersolidarität und damit verknüpft die „einäugige“ männliche Definitionsmacht in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft zu ertragen. Mit Recht wird auch nach einem neuen

**Konstrukte von
Weiblichkeit und
Männlichkeit in
allen Lebensbereichen**

Menschenbild gefragt, das nicht nur im männlichen Sprachgebrauch und Denkmuster geschlechtsneutral, universalistisch und radikal individualistisch formuliert erscheint, sondern auch spezifisch weiblichen Erfahrungs- und Denkvorstellungen sowie sprachlichen Sinn- und Selbstverständnissen entspricht, so dass sich in Zukunft nicht nur Männer und nur die wie Männer lebenden oder feministischen Frauen als „moderne Subjekte“ identifizieren können“ (von Schweitzer 1997, 31).

Es lohnt sich, zwischen der Ebene der Diskurse und der der sozialen Praxen zu unterscheiden, aber auch zwischen den Orten und Typen von Arbeit. Diese verschieben sich gesellschaftlich wie individuell, so dass Optionen, die nur einen Typus von Arbeit ins Zentrum setzen und die anderen daraufhin ausrichten, das Ausbalancieren von Beteiligungschancen erschweren. Vielmehr sind alle Typen von Arbeit für beide Geschlechter und Generationen nebeneinander zu sehen und erneut zu fragen, wie sie miteinander vernetzt sind.

Diese Erkenntnisse laden dazu ein, das Problem der Zukunftssicherung von, in und über Familien als öffentlich-gesellschaftliche und privat-individuelle Verflechtungen zu untersuchen. Auf der Subjektseite zeigen sich Verflechtungen als persönliche Beziehung im Binnenraum, d. h. als Verknüpfung zwischen Individuum – Individuum. Sie formulieren die subjektive Seite des Sich-Einlassens auf andere mit ihren Folgen für den individuellen Lebenslauf, für das Wohlergehen von Familie und ihren Mitgliedern, in Bezug auf familiäre/erwerbliche Arbeitsteilung und Existenzsicherung, auf Versorgungs-, Betreuungs- und Unterstützungsleistungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen, auf innerfamiliäre Mitspracherechte, Anteilszurechenbarkeit von Familieneinkommen und dessen Verteilungsprinzipien.

Vor allem Studien zu männlichen und weiblichen Lebensläufen belegen, dass das Verhältnis von geschlechts- und generationenspezifischen Differenzen, mehr oder minder verdeckt, auch aus dem Verhältnis Individuum-externe Strukturen resultieren. Arbeitgeber/-innen gehen mit männlichen und weiblichen Personen unterschiedlich um, trotz geschlechtsneutraler Formulierungen und Gesetzeslagen. Auf dem Arbeitsmarkt stehen sich eben nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegenüber, sondern private/öffentliche Institutionen und familienbelastete Arbeitnehmerinnen und familiengestützte Arbeitnehmer. Der geschlechtsdifferente Umgang (sei es die Einstellungs- und Förderpraxis der Betriebe, sei es die Tarifpolitik der Gewerkschaften) ist dabei nicht Resultat geschlechtsspezifischer Leistungsfähigkeit, sondern unterstellter Ge-

schlechterdifferenz in der Arbeitsmarktverfügbarkeit der Person. Betriebe gehen vom Prinzip des traditionellen Geschlechterverhältnisses als Handlungsmodell aus und „arbeiten“ mit der Familiendifferenz zwischen Männern und Frauen, indem sie Unterschiede im weiblichen und männlichen Lebenslauf voraussetzen und erzeugen, mit der Konsequenz sich selbst erfüllender Prophezeiung für innerfamiliales Leben.

Auch das Verhältnis Institution – Staat, das heißt des Zusammenspiels unterschiedlicher Institutionen und staatlicher Ordnungspolitiken untereinander, tangieren die Zukunftschancen von Familie. So sind die steuerlichen Leistungen für Familien nur teilweise an den finanziellen Bedürfnissen der Familien im Verlauf der Familienentwicklung orientiert. Überwiegend orientieren sie sich an institutionellen Vorannahmen über Ehe und Familie.

Hingegen stellen Angebote der öffentlichen Hand, Projekte im Umfeld der Selbsthilfe und privatwirtschaftlicher Dienste ein Bündel der Vernetzungsmöglichkeiten von Privatheit und Öffentlichkeit dar, die durchaus den Entfaltungsmöglichkeiten aller Familienmitglieder und einbezogener Institutionen zugute kommen. Angelpunkt sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, gleichzeitig individuelle Eigenständigkeit, familiäre Entfaltung und soziale Einbindung zu erwerben. Aspekte wie selbstständige Aneignung der Umwelt, die Erfahrung eigener Handlungs- und Gestaltungs-kompetenzen sowie die Qualität der den Alltag prägenden Beziehungsmuster schließen den Kreislauf zur Ebene Individuum – Individuum.

Familie ist entsprechend eine soziale Konstruktion, deren Konstrukteure im Binnen- und im Außenverhältnis von Familie wirken. Im Außenverhältnis sind es einerseits jene Akteure, die auf den Lebenslauf von Vätern und Müttern, Kindern und Großeltern Einfluss nehmen, andererseits ist es staatliches Handeln im Raum der Institutionen und familienpolitische Interventionen auf der Bundes-, Landes-, kommunalen Ebene als Gestalterinnen des sozialen Umfeldes und der Zuwendungen an Familie. Im Binnenverhältnis sind es alle am Familienleben Beteiligten. Sie stellen als Familienmitglieder auf der Basis persönlicher Beziehungen besonderer Art die Familie in ihrem Alltag immer wieder her. Dass diese alltäglichen Herstellungsleistungen per Versorgung in Kooperation, Absprachen, Aushandlungen, Sicherungen von Verlässlichkeit und wechselseitigem Vertrauen die Familie heute bei aller Zerbrechlichkeit tragen, enthält auch die Chance für neue Geschlechterbeziehungen und Entwicklung von Partizipation für alle Beteiligten. Die neue Binnenkonstruktion ist Ergebnis der Postmoderne und eine besondere Leistung von Fami-

Unterscheiden zwischen Ebene der Diskurse und sozialer Praxis

Geschlechtsdifferenter Umgang in Betrieben und öffentlichem Leben

lie heute, die allerdings der Gesellschaft ihrer- | die Familie in der Lage, die für die Gesellschaft
seits besondere Verantwortung für die Familie | notwendigen gemeinsamen Güter auch herzu-
als gelebtem Alltag überträgt. Denn nur dann ist | stellen.

II. Familien in Europa

II.1 Europäische Vielfalt familialer Lebensformen

Die Vielfalt privater Lebensformen, wie Einpersonenhaushalte, allein Erziehende, nicht verheiratete Lebensgemeinschaften, Lebensgemeinschaften, die nicht zusammenleben, mit und ohne Kinder, oder Stief-, Patchwork- und Fortsetzungsfamilien werden häufig als Ausdruck der zunehmenden Herauslösung der Menschen aus Bindungen und Verpflichtungen der traditionellen Kernfamilie interpretiert. Um Aussagen über zukünftige Entwicklungen familialer Lebensformen zu machen und neue Balancen zwischen Familie und Arbeitswelt, zwischen elterlicher Verantwortung und institutioneller Erziehung, zwischen Familie und Nachbarschaft zu erörtern – wie in diesem Familienbericht – ist eine Berücksichtigung historischer Entwicklungen familialer Lebensformen wichtig. Dies aber nicht, um die Vergangenheit zu idealisieren, sondern um die Gegenwart und Zukunft auf der Basis einer einigermaßen realistischen Einschätzung von bisherigen Entwicklungen zu diskutieren

Pluralität familialer Lebensformen wichtiges Merkmal europäischer Familien

Die Pluralität familialer Lebensformen ist ein wichtiges Merkmal europäischer Familien, und in vielen Ländern Europas spielte die Abstammungsfamilie und damit verbunden die Mehrgenerationenfamilie in komplexen Haushaltsstrukturen gegenüber der Gattenfamilie nur eine untergeordnete Rolle. Die ökonomische Basis der Familien wurde durch die gemeinsamen Leistungen von Mann und Frau gesichert und bei einer neu zu gründenden Familie war die ökonomische Selbstständigkeit eine Grundvoraussetzung für die Eheschließung. Deshalb wurde spät geheiratet und beim Tod des Partners/Partnerin auch häufig wieder geheiratet. Die besonders herausgehobene Verantwortung der Eltern für die Entwicklung der Kinder und die graduell zunehmende rechtliche und ökonomische Selbstständigkeit der Kinder sind soziale Konstruktionen, die wir heute als selbstverständlich ansehen, ohne dass dies in anderen Ländern akzeptiert wird, wie beispielsweise die Partnerwahl zeigt.

Menschen waren immer mehrheitlich gezwungen, auf der Basis eigener Wertvorstellungen Familien zu bilden oder zu entwickeln. Die Historikerin Hareven (1999) betont, dass die Herausforderung, das eigene Leben so zu gestalten, dass es mit den Lebensentwürfen wichtiger Bezugspersonen übereinstimmt, ein zentrales und bestimmendes Element der Lebensperspektiven

in den letzten 200 Jahren gewesen ist. Dabei sind diese Entwürfe nicht frei und unabhängig von den sozialen, ökonomischen und rechtlichen Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft. Das gemeinsame Erbe und die kulturelle Vielfalt ergibt die Möglichkeit, durch die Kontrastierung der Entwicklungen in verschiedenen europäischen Ländern die jeweiligen familienpolitischen Strategien auf ihre möglichen Effekte hin zu untersuchen. Wenn wir erreichen, dass diese Perspektive der Kontrastierung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten sowie kultureller Vielfalt der europäischen Länder in Zukunft bei familienpolitischen Diskussionen berücksichtigt wird, hätte dieser Bericht schon viel erreicht. Viele der sehr grundsätzlichen Diskussionen, etwa zur Rolle des Zusammenwirkens von Eltern und öffentlicher Kinderbetreuung, erscheinen unter einer solchen Perspektive weniger grundsätzlich und lassen auch pragmatische Lösungen zu. Für den Familienbericht ergibt sich aus dieser Perspektive zudem die Notwendigkeit, die strukturellen Gegebenheiten der Lebensläufe der Familienmitglieder herauszuarbeiten, wie aber auch die Herstellungsleistungen der Mitglieder im familialen Lebenslauf deutlich zu machen. Familie, familiales Handeln und Familienentwicklung werden in dieser Perspektive nicht auf das Handeln ihrer einzelnen Mitglieder reduziert, vielmehr wird davon ausgegangen, dass erst durch die Analyse der strukturellen Bedingungen der Lebensläufe der Mitglieder und der Analyse der gemeinsamen Herstellungsleistungen die konstitutiven Elemente familialen Lebens deutlich gemacht werden können (Mitterauer 2003).

Lebensläufe der Familienmitglieder im Mittelpunkt (der Betrachtung)

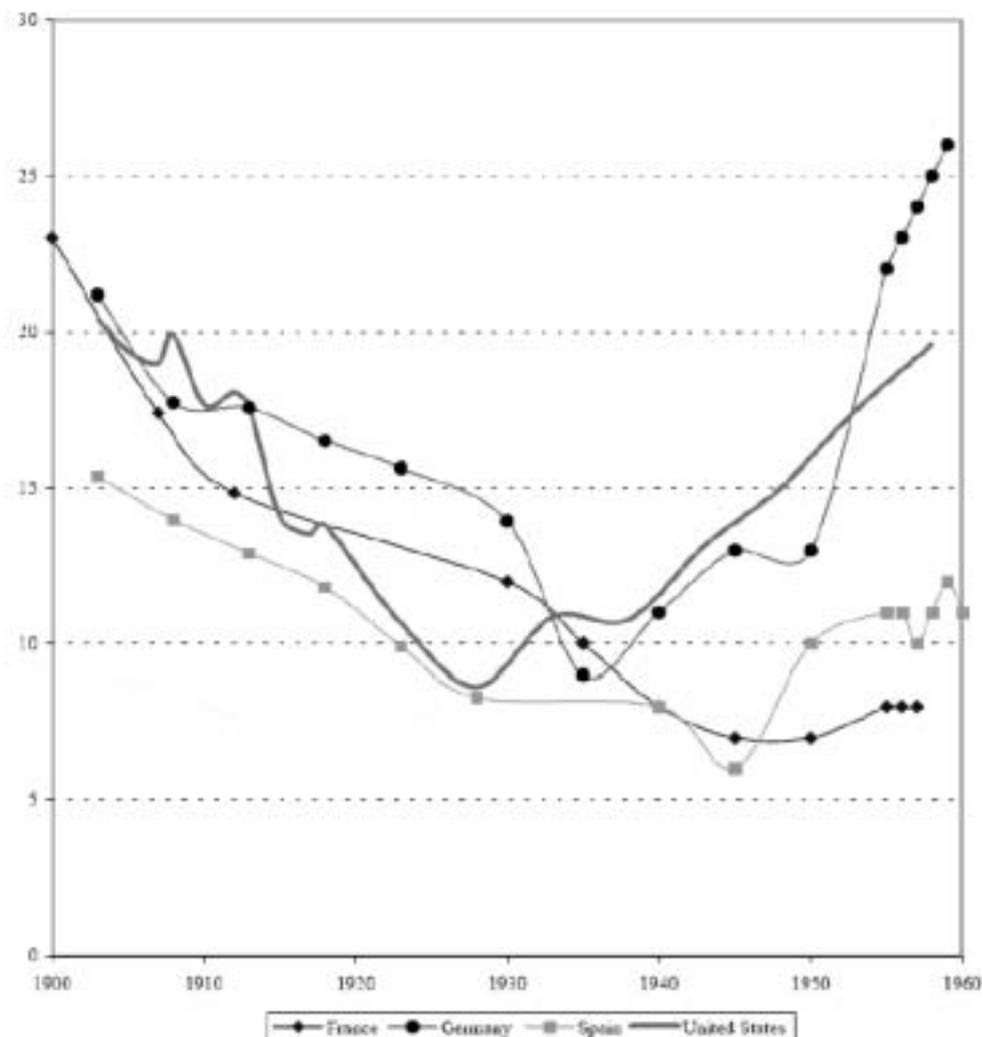
II.1.1 Der erste demografische Übergang und das Modell der „Hausfrauenehe“

Am Beginn des 20. Jahrhunderts lag das Heiratsalter mit 28 bis 29 Jahren für Männer und 25 bis 26 Jahren für Frauen in Westeuropa viel höher als in den osteuropäischen Ländern, wo es etwa drei Jahre niedriger lag (Tomka 2001). Auch die durchschnittliche lebenslange Ehelosigkeit mit 12 bis 14 Prozent war recht hoch; zudem waren die Haushalte in Westeuropa mit knapp vier Personen im Durchschnitt kleiner als osteuropäische Haushalte. Auch zeigt die Entwicklung der Geburtenraten zwischen 1900 und 1920 eine relativ gleichförmige Abnahme in Schweden, Holland, Deutschland und Frankreich, wobei sich allerdings dieser Rückgang in Frankreich teilweise

Gleichförmiger Rückgang der Geburtenraten um 1900

Abbildung II.1

Proportion of childless women by generation, 1900 – 1960



Quelle: UNO, Partnership and reproductive behaviour in low-fertility countries. ESA/P/WP. 177, 2003, S. 69

früher und schneller vollzogen hatte. So lagen um 1910 die Geburtenraten in diesen Ländern (bis auf Frankreich) bei 3,3 Kindern pro Frau und sanken bis 1920 in Deutschland auf 2,6 und in England auf 2,4 Kinder ab (Livi Bacci 1998).

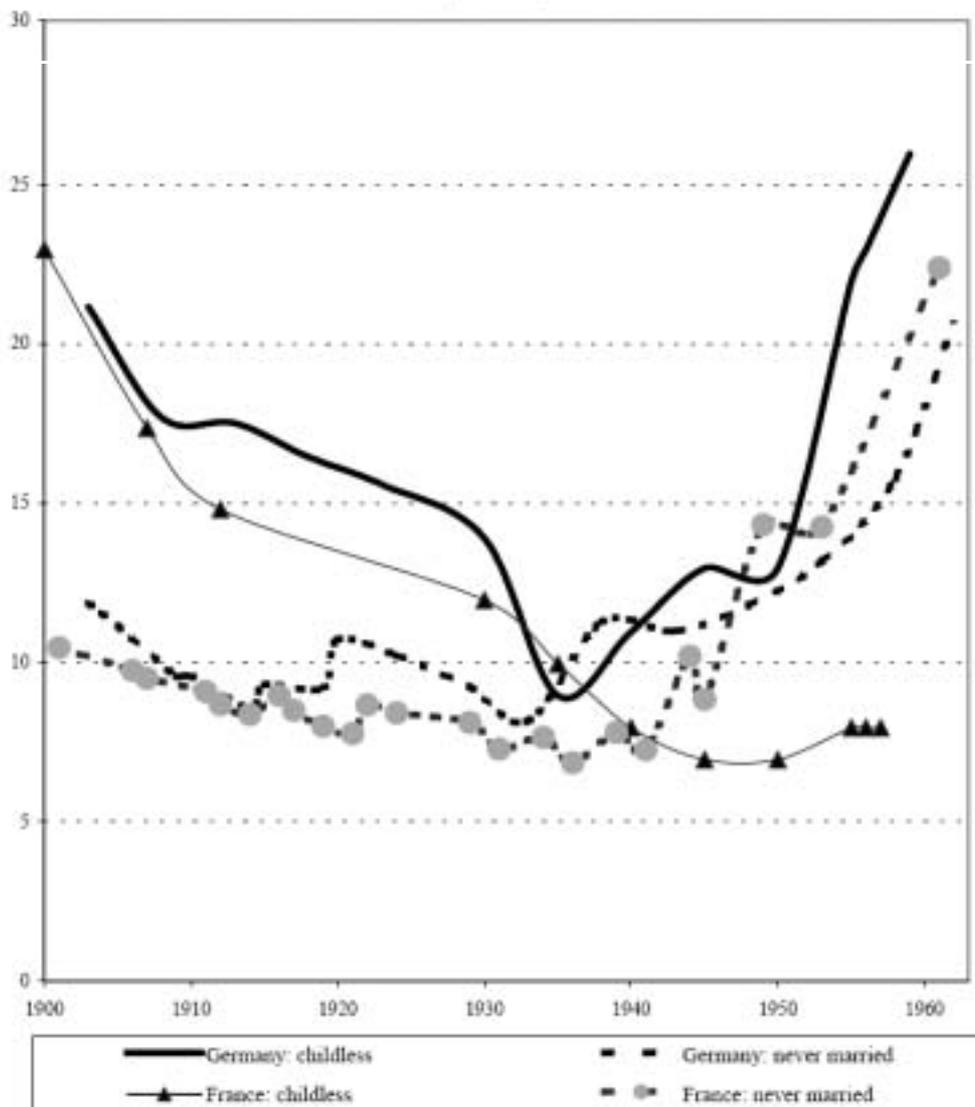
Livi Bacci (1998) zeigt für die beiden westeuropäischen Länder Frankreich und Deutschland, aber auch für Spanien und die USA bis zur Generation der um 1930 geborenen Frauen eine relativ gleichförmige Abnahme der Kinderlosigkeit von 15 bis 25 Prozent auf etwa 5 bis 8 Prozent. Interessant ist, dass die Spreizung bei den Geburtenraten bei den nach 1940 geborenen Frauen in Westeuropa und Nordamerika deutlich zunimmt. In Spanien und Frankreich liegt die Kinderlosigkeit zwischen 8 und 12 Prozent, während sie in Westdeutschland 28 Prozent und in den USA

20 Prozent erreicht. Beim Vergleich von Frankreich und Deutschland im gleichen Zeitraum hinsichtlich Verheiratung und Kinderlosigkeit, geht die Kinderlosigkeit in Frankreich und Deutschland von den 1900 geborenen auf die 1940 geborenen Frauen dramatisch zurück, um dann aber nur in Deutschland bei den nach 1950 geborenen Frauen wieder deutlich zu steigen. Auch die Verheiratetenquoten in Deutschland und Frankreich verlaufen bis zu den Geburtskohorten von 1940 weitgehend parallel und dies auch bei den nach 1950 Geborenen. In Westdeutschland folgt die zunehmende Kinderlosigkeit der steigenden Ehelosigkeit, in Frankreich jedoch nicht. Daran wird deutlich, dass es neben den generellen Entwicklungstendenzen offenkundig auch noch länder- oder regionenspezifische Faktoren gibt, die solche demografischen Umbrüche beeinflussen.

Länder- oder regionenspezifische Faktoren beeinflussen die demografischen Umbrüche

Abbildung II.2

Proportions of never married and childless women by generation in France and Germany, 1900 – 1960



Quelle: UNO, Partnership and reproductive behaviour in low-fertility countries. ESA/P/WP. 177 2003, S. 66

Offenbar können diese heute noch bei aller Ähnlichkeit oder Einheit plurale Entwicklungen eben zu Differenzierungen führen; darauf werden wir noch zurückkommen.

Will man zunächst unter Vernachlässigung solcher Differenzierungen die erste Entwicklungsphase des 20. Jahrhunderts einschätzen, so erscheint die Interpretation des Historikers Aries (1985) gut nachvollziehbar, die zudem auch durch Analysen anderer Autoren, wie Ogburn (1957) oder Goode (1966) gestützt wird. Der Rückgang der Kinderlosigkeit und der Anstieg

der Heiratszahlen wurden begleitet von einem Geburtenrückgang am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dieser war nicht nur Konsequenz einer zunehmend bewussten Geburtenkontrolle, sondern eben auch, wie Aries (1985) herausgearbeitet hat, Ergebnis der Entdeckung „des Kindes“ im 19. Jahrhundert. Diese Entdeckung hat auch dazu geführt, dass Eltern zunehmend mehr Zeit, Geld und Emotionen in die Entwicklung ihrer Kinder investierten, weil der ökonomische Aspekt kindlicher Arbeitskraft oder der Unterstützung der Eltern zurücktrat gegenüber den intrinsischen Werten der kindlichen

Entwicklung und derjenigen des kindlichen Humankapitals.

Entdeckung des Kindes als wertvolles Gut für die Eltern

In diesem Sinne hatten Kinder keinen ökonomischen Wert mehr für Eltern, sondern wurden zunehmend zu einem wertvollen Gut für die Eltern. Die Erziehung der Kinder, auch das war Erbe des 19. Jahrhunderts, wurde nicht mehr an andere delegiert. Vielleicht ist es nicht verwunderlich, dass eine intakte Ehe und Familie nicht nur als eine Grundvoraussetzung für die gesunde kindliche Entwicklung angesehen wurde, sondern schon in der Weimarer Republik Verfassungsrang erhielt (Expertise Schuler-Harms 2005). Das Bild der partnerschaftlichen Ehegattenbeziehung (companionship) bei klarer Arbeitsteilung innerhalb der Ehe war ein erstrebenswertes Ideal (Burgess 1942; Caplow 1982). Es ermöglichte zu zeigen, dass man sich eine Lebensform leisten konnte, die das Bürgertum des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte (Aries/Duby 1995).

Gleichzeitig wurde es möglich, dass sich die Mutter selbst um die Entwicklung und Erziehung ihrer Kinder kümmern konnte, wie es im 19. Jahrhundert von Wissenschaft und Politik gefordert wurde. Donzelot (1987) zeigt, dass die Familie als der optimale Ort der Sozialisation für die kindliche Entwicklung entdeckt wurde, und dies auch wiederum als eine gemeinsame europäische Entdeckung mit allerdings unterschiedlichen Interpretationen.

In den deutschsprachigen Ländern wurde die familiäre Sozialisation in der Regel nur dann als gut wahrgenommen, wenn sich die Mutter ausschließlich um die Kinder kümmerte und keiner außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachging. Diese Vorstellung von einer „guten Mutter“ (Schütze 1986) unterstellte bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts, dass in den ersten sechs Lebensjahren der Kinder ausschließlich die Familie und das hieß die Mutter für die kindliche Entwicklung und Sozialisation verantwortlich sei. Die erbitterten Auseinandersetzungen um die Bedeutung der Kinderbetreuungseinrichtungen für die kindliche Entwicklung liegen noch nicht lange zurück. In Frankreich, wo im 19. und frühen 20. Jahrhundert die gleiche Diskussion um die kindliche Entwicklung und die Bedeutung der Familie geführt worden war, gab es mit einer stärkeren Integration von familialer und öffentlicher Erziehung viel weniger Probleme als in Deutschland, da alle politischen Gruppierungen die frühe Förderung der Kinder in der Vorschule nicht als Gegensatz zur Erziehung im Elternhaus interpretierten (Expertise Fagnani 2004). In anderen europäischen Ländern, wie den Niederlanden, Österreich und der Schweiz, aber auch in den südeuropäischen Ländern wurden ähnliche Vorstellungen wie in Deutschland mit der alleini-

gen familialen Sozialisation durch die Mütter entwickelt.

Surkyn/Lesthaege (2004) haben diesen Prozess in der europäischen Entwicklung der Familie in Anlehnung an Van de Kaa (1987) als „Ersten demografischen Übergang“ bezeichnet, der im späten 19. Jahrhundert begann und bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts dauerte. Dieser Übergang zeichnet sich dadurch aus, dass mehr geheiratet wurde und das Heiratsalter sank, die Scheidungsraten sehr gering bei gleichzeitig hoher Wiederverheiratsquote waren. Begleitet wurde diese Entwicklung durch einen Rückgang der Geburten, der im Wesentlichen auf eine Reduktion von Geburten im höheren Lebensalter zurückzuführen ist; verbunden mit einer Verringerung des Alters bei der ersten Geburt. Verhütungsmittel wurden zwar benutzt, waren aber noch nicht sicher. Dennoch gingen außereheliche Geburten zurück und die Kinderlosigkeit verheirateter Paare war gering. Unter einer gesellschaftlichen Perspektive dominierten Aspekte der ökonomischen Bedürfnisbefriedigung: Einkommen, Arbeitsbedingungen, Gesundheit, soziale Sicherheit und Solidarität; soziale Kohäsion, nachbarschaftliche Beziehungen und Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen waren wichtig; es gab starke normative Regulierungen durch Staat und Kirche zum Schutz von Ehe und Familie; die Geschlechtsrollen waren klar ausdifferenziert, und die Familienpolitik orientierte sich stark an der Familie als Institution; das Modell des Familienvaters als Haupternährer und der fürsorgenden Mutter wurde gefördert und der Lebenslauf wurde so strukturiert, dass Familiengründung und ökonomische Tätigkeit gut zueinander passen. Dieses Familienmodell gewann eine deutliche Dominanz, während andere Modelle an Bedeutung verloren.

Erster demografischer Übergang: Zunahme der Heiraten, geringe Scheidungsquoten

Modell des Familienvaters als Haupternährer und der fürsorgenden Mutter

Auch ohne mit allen Aspekten und Elementen dieses „Ersten demografischen Übergangs“ (Coleman 2003) übereinzustimmen und zu fragen, ob bestimmte Punkte vielleicht zu stark betont werden und die Entwicklungen nach 1970/1980 nur eine Fortsetzung eines Trends des Geburtenrückgangs sind, der europaweit schon im 19. Jahrhundert begann (Lengerer 2004; Birg 2003), ist es mit dieser Unterscheidung in unterschiedliche Entwicklungsphasen möglich, die Veränderungen der Familienmodelle, der Lebensläufe und Wertvorstellungen der letzten 35 Jahre zu verdeutlichen und in der Kontrastierung einzelner europäischer Länder die jeweiligen unterschiedlichen frauen- und familienpolitischen Reaktionsmuster herauszuarbeiten.

Hochschild (2002) bezeichnet das Familienmodell des ersten Übergangs als „warm-traditionell“, um auszudrücken, dass in diesem Familienmodell die Beziehungen zwischen den Ehegatten

„Gute Mutter“ –
wesentlicher Teil
der Frauenrolle

und die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern im wesentlichen auf den personalen und emotionalen Bindungen zwischen den Mitgliedern dieser Gruppe beruhen. Dabei wird für die Frau die Rolle als „gute Mutter“, die Leistungen der Fürsorge für andere (Care) erbringt, als wesentlicher Teil ihrer eigenen Frauenrolle gesehen (siehe auch Aries und Lesthaeghe).

Der Fünfte Familienbericht (BMFSFJ 1994) hat eindringlich vorgerechnet, welche Kosten einer Gesellschaft aber entstehen, wenn diese Leistungen alle über den Markt erbracht werden müssten. Natürlich haben schon zu der Zeit, als dieses warm-traditionelle Modell der Familie große Zustimmung fand, Autorinnen wie Myrdal und Klein (1971) darauf hingewiesen, dass der Preis für dieses Modell der Fürsorge der Verzicht der Mütter auf die Entwicklung eigener beruflicher und damit auch ökonomisch selbstständiger Positionen und individueller Autonomie ist, und darin eben auch eine Beschränkung der Entwicklung des Humankapitals moderner Gesellschaften zu sehen ist. Allerdings gingen die meisten Politiker und Demografen, wie aber auch Ökonomen und Soziologen damals davon aus, dass Kinder als für die Gesellschaft wertvolle Güter mit ihren positiven Effekten ebenso unbegrenzt vorhanden sein werden wie die Luft zum Atmen. Das hat sich aber als Irrtum herausgestellt.

II.1.2 Der zweite demografische Übergang oder die Erosion des „Hausfrauenmodells“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Geburtenrückgang, der im 19. Jahrhundert einsetzte (Birg 2001; 2004), zwischen 1946 und 1970 (Livi Bacci 1998, 217) durch einen geringen Wiederanstieg, den wir heute Babyboom nennen, abgelöst. Daher ist nur zu gut nachzuvollziehen, dass der Erste Familienbericht (BMFJ 1968) für

Deutschland weiterhin ein natürliches Bevölkerungswachstum erwartete.

Auch ist nachvollziehbar, dass der seit 1970 europaweit zu beobachtende Absturz der Geburtenzahlen (Fagnani 2002) wesentlich auf die Einführung sicherer Verhütungsmittel zurückgeführt wurde (Castles 2004). Allerdings ist erstaunlich, dass der Rückgang der Zahl der lebend geborenen Kinder von 1,4 Millionen im Jahr 1964 auf 782.000 im Jahr 1975 in Deutschland nur wenige wissenschaftliche Reaktionen und Diskussionen, insbesondere bei den Demografen, hervorgerufen hat. Eine Ausnahme dabei war politisch die Einführung des Erziehungsurlaubs 1984, bei dem demografische Argumente eine Rolle spielten.

Auch in anderen Ländern Europas vollzog sich dieser Rückgang der Lebendgeburten ähnlich dramatisch, wie der Vergleich von 1960 und 2002 zeigt.

Heute gehen die meisten Demografen (Birg 2004; United Nations 2003a; Kohler/Billari/Ortega 2005) ähnlich wie Surkyn/Lesthaeghe (2004) davon aus, dass dieser Prozess zumindest in jenen Ländern mit den geringsten Quoten unter den Ländern Westeuropas mit geringer Geburtenrate noch längere Zeit andauern wird. Die Veränderungen im Bereich von Ehe und Familie deuten darauf hin, dass es sich dabei nicht nur um einen stabilen Trend handelt, sondern als Ergebnis einer tief greifenden Reorganisation des Lebenslaufs von Frauen, Männern und Paaren einzuschätzen ist (Bongarts 2001; Lesthaeghe/Williams 1999). Diese in seiner jetzigen Struktur, von vielen jungen Erwachsenen gelebte Lebensform, erschwert die Balance zwischen unterschiedlichen Lebensbereichen außerordentlich. Gemeinsame Lebensentwürfe der jungen Frauen und Männer sind heute schwieriger zu realisieren als noch in der Generation der Eltern (Lesthaeghe/

Seit 1970 europaweit Absturz der Geburtenzahlen

Veränderungen im Bereich von Ehe und Familie stabiler Trend in Westeuropa

Tabelle II.1

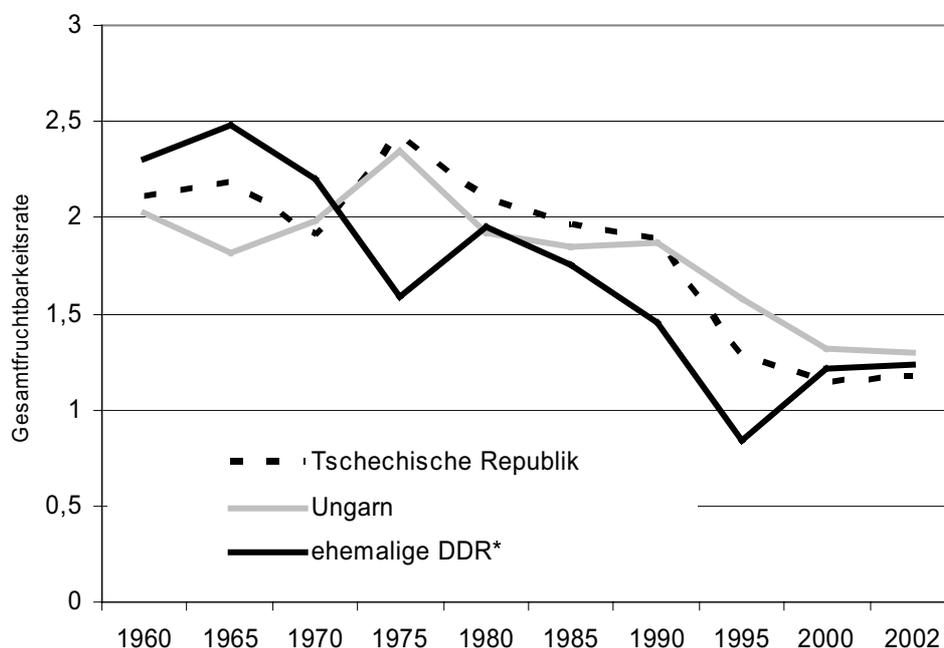
Gesamfruchtbarkeitsrate (Kinder pro Frau) in EU Ländern 1960 bis 2002

Länder	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2002
Schweden	2,20	2,42	1,92	1,77	1,68	1,74	2,13	1,73	1,54	1,65
Dänemark	2,57	2,61	1,95	1,92	1,55	1,45	1,67	1,80	1,77	1,72
Niederlande	3,12	3,04	2,57	1,66	1,60	1,51	1,62	1,53	1,72	1,73
Großbritannien	2,72	2,89	2,43	1,81	1,90	1,79	1,83	1,71	1,64	1,64
Frankreich	2,73	2,84	2,47	1,93	1,95	1,81	1,78	1,70	1,88	1,89
Deutschland	2,37	2,50	2,03	1,48	1,56	1,37	1,45	1,25	1,38	1,34

Quelle: Eurostat, Bevölkerungsstatistik, Ausgabe 2004, S. 78

Abbildung II.3

Gesamfruchtbarkeitsrate (Kinder pro Frau) in EU Ländern, 1960 bis 2002



* 2002 ohne Berlin-Ost

Quelle: Eurostat, Bevölkerungsstatistik, Ausgabe 2004, S. 78; Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1 Gebiet und Bevölkerung, verschiedene Jahrgänge

Surkyn 2002). Mit diesem Übergang zerbricht auch die Basis des Modells der warm-traditionellen Familie, das Hochschild beschreibt. Es ist eine Aufgabe dieses Berichtes, neue Formen der Herstellung familialer Beziehungen und Leistungen zu thematisieren, nicht um jenes Modell der Familie zu konservieren, sondern um durch neue Balancen im Leben die positiven Konsequenzen der Leistungen der Familie für ihre Mitglieder wie für die gesamte Gesellschaft zu sichern, oder auch mögliche Alternativen zu skizzieren.

Während in der deutschen Diskussion vor allem die Kinderlosigkeit (Rürup/Gruescu 2003) für den Rückgang der Zahl der Kinder verantwortlich gemacht wird, gehen die Demografen der United Nations (2003b) davon aus, dass dafür in den hoch entwickelten Industrieländern vor allem der Rückgang der Familien mit drei und mehr Kindern verantwortlich ist, unabhängig davon, wie die Infrastruktur in einzelnen entwickelten Ländern aussehen mag. Kinderlosigkeit ist kein neues Phänomen. Anfang des 20. Jahrhunderts betrug sie in Deutschland und Frankreich mehr als 20 Prozent. Die damals höheren Geburtenraten waren in der Regel das Ergebnis des hohen Anteils an Vier- und Mehr-Kinderfamilien. Aber auch andere Länder wie etwa die USA wiesen und weisen auch heute noch hohe Anteile kinderloser Frauen auf. Untersucht man die Bundesrepublik, Frankreich, Schweden, Großbritan-

nien, Dänemark und die Niederlande auf der Basis von Geburtskohorten, zeigt sich, dass der Geburtenrückgang in diesen Ländern im Wesentlichen auf den deutlichen Rückgang der Vier- und Mehr-Kinderfamilien zurückzuführen ist und in Deutschland die deutlich zunehmende Kinderlosigkeit bisher nur einen geringen Effekt auf die Zahl der geborenen Kinder hat.

Das kann sich allerdings in Zukunft ändern. Mütter, die 1935 geboren wurden, bekamen in Deutschland 216 Kinder, von denen 130 in Drei-, Vier- und Mehr-Kinderfamilien aufwachsen. 1960 geborene Mütter bekamen noch 165 Kinder, von denen aber nur noch 78 in Drei-, Vier- und Mehr-Kinderfamilien aufwachsen. Wie die folgende Tabelle zeigt, kann man auch in anderen europäischen Ländern diese Entwicklung beobachten. So ist die Zahl der Kinder, die in Vier- und Mehr-Kinderfamilien in Frankreich aufwachsen, von 121 bei den 1935 geborenen Müttern auf 46 bei den 1960 geborenen Müttern, in Großbritannien von 97 auf 46 in den Niederlanden von 107 auf 36 und in Dänemark von 58 auf 29 zurückgegangen. Lediglich in Schweden blieb die Zahl der Kinder stabil. Da aber in diesen Ländern anders als in Deutschland die Zahl der Drei-Kinderfamilien entweder gleich blieben wie in Frankreich oder aber nur geringfügig zurückgingen, sind dort die Geburtenrückgänge nicht so dramatisch wie in Deutschland.

Rückgang der Familien mit drei und mehr Kindern verantwortlich für Geburtenrückgang

Tabelle II.2

**Kinderzahl pro 100 Frauen der Geburtskohorten 1935 und 1960
in ausgewählten EU-Ländern**

	Geburtskohorten	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder	Summe/Kohortenfertilität
Frankreich	1935	16	58	63	121	258
	1960	18	80	66	46	210
Großbritannien	1935	15	66	63	97	241
	1960	12	78	60	46	196
Deutschland ¹	1935	26	60	60	70	216
	1960	22	65	37	41	165
Niederlande	1935	10	64	69	107	250
	1960	16	82	51	36	185
Dänemark ²	1940	17	80	69	58	224
	1960	20	86	54	29	189
Schweden ²	1940	16	84	66	39	205
	1960	15	80	63	46	204

¹ Ehemalige DDR nicht eingeschlossen.

² für Dänemark und Schweden liegen keine Zahlen für die Geburtskohorte 1935 vor

Quelle: Eurostat, 2001, Europäische Sozialstatistik Bevölkerung 2001, Luxemburg, S. 90; außer: für Deutschland für Geburtskohorte 1960: Birg, Herwig, 2001: Die demographische Zeitenwende. S. 77

Man kann dies auch anders dokumentieren. Vergleicht man die Zahl der Kinder in der Bundesrepublik zwischen 1961 und 1990, also in dem Zeitraum, in dem sich die Kinderzahl am deutlichsten verminderte, kann man zeigen, dass bei einer gleich bleibenden Zahl von zehn Millionen Familien 1961 noch 19 Millionen Kinder in diesen Familien aufwuchsen, während es 1990 nur noch 17 Millionen Kinder waren. Die Verringerung der Zahl um zwei Millionen ist so gut wie ausschließlich auf die Reduktion der Drei- und Vier-Kinderfamilien zurückzuführen.

Bis 1970 war die Geburtenverhütung in Europa durch kulturelle Werte und Normen reguliert

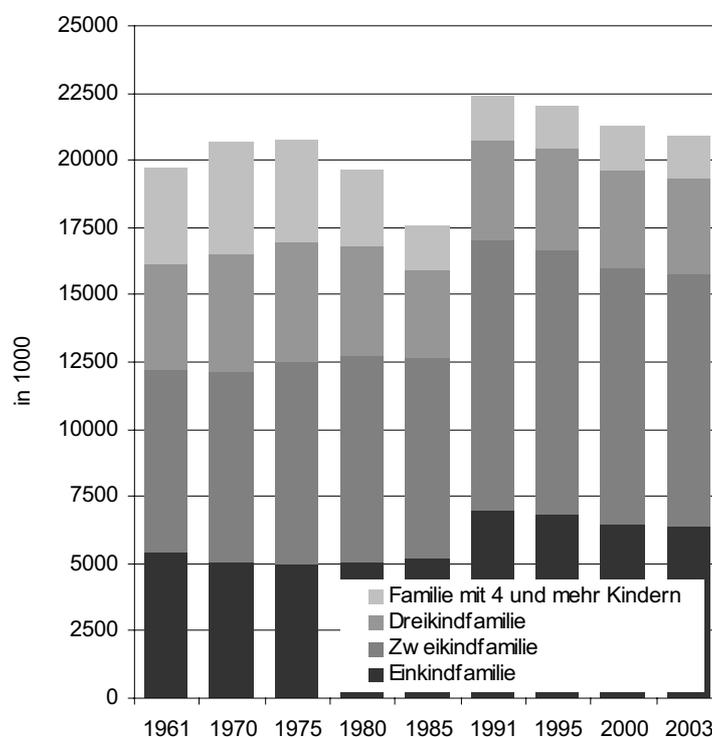
Castles (2004) und Hakim (2000) führen diese Entwicklung im Wesentlichen darauf zurück, dass bis etwa 1970 die Geburtenverhütung in Europa durch allgemein geltende und verbindliche kulturelle Werte und Normen reguliert wurde, während mit der Einführung sicherer Verhütungsmittel auf der Basis des sich damals vollziehenden Wertewandels die Entscheidung für Kinder und für die Größe der Familie zumindest potenziell eine individuelle und persönliche Entscheidung des Paares wurde. Da wir aus den Untersuchungen der 60er Jahre zu den Kinderwünschen (Jürgens 1964) auch wissen, dass damals die gewünschte Kinderzahl bei etwa zwei Kin-

dern lag, ist es plausibel nachzuvollziehen, dass auf der Basis individueller Lebensplanungen und Wertvorstellungen und sicherer Verhütungsmittel die eigenen Lebenspräferenzen die Basis für die Entscheidung für Kinder wurden und kulturelle Vorgegebenheiten relativ an Bedeutung verloren.

In der Bundesrepublik kam für die nach 1950 geborenen Kohorten zudem hinzu, dass sich nun ein zunehmend größerer Teil von jungen Frauen nicht für Kinder entschied. Die Kinderlosigkeit stieg von 15 auf 26 Prozent bei den 1960 geborenen Frauen. Da in der Bundesrepublik anders als in anderen europäischen Ländern die Mehrkinderfamilie relativ selten geworden war, gab es für diese Entwicklung auch keinen Ausgleich mehr (UNO 2003). Dieser Rückgang der Mehrkinderfamilien und der zunehmenden Kinderlosigkeit lassen sich gut mit der These des zweiten demografischen Übergangs (Coleman 2003) interpretieren. In den meisten europäischen Ländern stieg der Anteil der jungen akademisch qualifizierten Bevölkerung mit der Konsequenz einer längeren Ausbildung und damit verbunden auch sehr viel individualistischeren Lebensplanungen und einer größeren Vielfalt an beruflichen Möglichkeiten. Die Verlängerung der Aus-

Zweiter demografischer Übergang: Rückgang der Mehrkinderfamilien und zunehmende Kinderlosigkeit

Abbildung II.4

Anzahl der Kinder ohne Altersbegrenzung in Familien seit 1961* (in 1000)

*) 1961 bis 1991: Früheres Bundesgebiet

Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten der Volkszählungen 1961 und 1970 sowie Daten der Mikrozensus

bildung bedeutet aber auch eine längere ökonomische Abhängigkeit von den Eltern. Eine wichtige kulturelle Vorbedingung zur Heirat und zur Familiengründung war und ist in Europa die ökonomische Unabhängigkeit der jungen Familie von der Herkunftsfamilie. Dieses europäische Muster der Heirat und Familiengründung (Mitterauer 2003) führt bei längerer ökonomischer Abhängigkeit der jungen Erwachsenen nicht nur zu neuen Formen von Partnerschaft wie etwa den nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und dem „Living apart together“ (Klein/Lauterbach 1999; Schlemmer 1995), sondern auch zu einem Anstieg des Erstheiratsalters und des Erstgeburtalters. Zunächst wurden viele dieser neuen Lebensformen von jungen Erwachsenen gelebt und ausprobiert, die noch im Übergang von ökonomischer Abhängigkeit vom Elternhaus zur Selbstständigkeit lebten, so dass diese Lebensformen zunächst in Deutschland auch als „rite de passage“ zur Ehe interpretiert wurden.

Man kann heute in ganz Europa beobachten, dass die Altersgruppe der jungen Erwachsenen unter 25 Jahren sich nur noch sehr selten für Kinder entscheiden. Lag die altersspezifische Fertilität

bei den unter vierundzwanzigjährigen Frauen (Tabelle altersspezifische Fertilität auf 1 000 Frauen) in Frankreich um 1970 noch bei 200 und in der Bundesrepublik bei 190 Kindern, sind es heute nur noch 70 beziehungsweise 60 Kinder. Der damit verbundene Anstieg des Erstgeburtalters von 24 auf über 28 Jahre (Fagnani 2002) hat in Deutschland zur Konsequenz, dass die Frauen mit einem späteren Erstgeburtalter heute genauso viele Kinder wie die früheren Geburtskohorten der spät Gebärenden bekommen, so dass die bis zum 24./25. Lebensjahr nicht geborenen Kinder auch später nicht geboren werden und damit in der Gesamtbilanz der Geburten fehlen. Dieser Wandel der Lebensphase der jungen Erwachsenen stellte aber den traditionellen Übergang von der elterlichen Herkunftsfamilie in die neue „traditionell-warme Familie“ in Frage. Denn der klare und eindeutige Übergang „Ökonomische Selbstständigkeit, Heirat, neue Wohnung, Kinder“ wurde abgelöst durch eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungspfade in das Erwachsenenalter, die nicht mehr notwendigerweise in eine bestimmte familiäre Lebensform münden.

II.2 Differenzen in den Entwicklungen einzelner europäischer Länder

Nach Einschätzung von Kaufmann (2002, 212ff.) hat die Einführung einer vermögensrechtlichen Perspektive in die Familienpolitik, wie es der Fünfte Familienbericht (BMFSFJ 1994) vorgeschlagen hat, zur Folge, dass sich die Diskussion der Familienpolitik vor allem auf die Förderung, Erhaltung oder Wiederherstellung von Humanvermögen konzentriert. Dabei geht es aber weniger um einen wohlfahrtsstaatlichen Verteilungsdiskurs, sondern vor allem darum, die Mitglieder einer Familie darin zu unterstützen, ihre individuellen Kompetenzen weiterzuentwickeln, um nicht nur an unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen partizipieren, sondern durch diese Partizipation auch die eigenen Kompetenzen weiterentwickeln zu können. Eine solche Perspektive hat allerdings auch Konsequenzen für die Beurteilung von familien- und sozialpolitischen Maßnahmen. Folgt man der Argumentation von Kaufmann (2002, 215), ist ihm zuzustimmen, dass der wohlfahrtsstaatliche Verteilungsdiskurs unter einer solchen Perspektive an Bedeutung verliert gegenüber der Frage, wie durch familienpolitische Maßnahmen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, die jedem Einzelnen Selbstsicherheit und Kompetenzen zur Partizipation in hoch differenzierten Gesellschaften gibt, ihn dabei aber auch unterstützt, jene Sicherheit in den Primärbeziehungen zu entwickeln, die als Grundvoraussetzung für jede Form von Selbstsicherheit und Kompetenz anzusehen sind.

Eine solche Perspektive macht deutlich, dass es bei einer internationalen Kontrastierung von Familienpolitiken nicht ausreicht, die finanziellen Aufwendungen einzelner Nationen nebeneinander zu stellen. Vielmehr ist herauszuarbeiten, ob und inwieweit der Mix unterschiedlicher politischer Maßnahmen im Bereich der Entwicklung von Infrastrukturen, von Zeitpolitiken und Geldtransfers für Familien dazu beigetragen hat, einerseits die Familien darin zu unterstützen, die Kompetenzen ihrer Mitglieder zu entfalten, aber auch sicherzustellen, dass die einzelnen Familienmitglieder in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen partizipieren können, ohne auf die für sie existenziell wichtigen Primärbeziehungen verzichten zu müssen. Deshalb versuchen wir an einigen ausgewählten Beispielen zu zeigen, dass bestimmte Formen des Zusammenspiels unterschiedlicher politischer Maßnahmen im Bereich der Infrastrukturen für Familien, der Zeitpolitiken und des Geldtransfer in den einzelnen Ländern Entwicklungen in Gang gesetzt haben, die es lohnt, auch in Deutschland zur Kenntnis zu nehmen und möglicherweise zu re-

flektieren, ob und inwieweit in diesem Punkt von jenen Ländern gelernt werden kann.

Dabei lassen wir uns von der These leiten, dass der oben beschriebene Prozess des zweiten demografischen Umbruchs eine Entwicklung in vielen hoch entwickelten westlichen Industriegesellschaften darstellt, die sich inzwischen allerdings auch in Osteuropa (Tomka 2001; Philipov 2005) und außerhalb Europas, etwa in Kanada oder Südostasien, zeigt. Wir werden versuchen zu zeigen, dass bestimmte Entwicklungen wie Differenzen im Partnerschaftsverhalten, im Auszugsverhalten aus dem Elternhaus, den Lebensformen und den Idealvorstellungen bei der Familiengröße und möglicherweise auch bei der Geburtenentwicklung nicht nur aus kulturellen Traditionen resultieren, sondern auch spezifische familienpolitische Strategien zu dieser Differenzierung beigetragen haben können. Dabei werden wir vor allem zeigen, dass vermutlich nicht die einzelnen Leistungen selbst, sondern ein spezifischer Policy-Mix als kumulativer Effekt von Infrastrukturentwicklung, Zeitpolitik und Geldtransfers Wirkungen zeigt.

II.2.1 Partnerschaften und Auszugsverhalten oder das ‚Hotel Mama‘ als Folge einer verlängerten ökonomischen Abhängigkeit

Das Heiratsalter hat sich in der Europäischen Union sowohl bei den Männern wie den Frauen relativ gleichförmig erhöht, wenn auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten (Billari/Kohler 2004), hingegen weist das Partnerschaftsverhalten der jungen Erwachsenen zwischen 25 und 29 Jahren erhebliche Variationen in Europa auf. So geben in den nordeuropäischen Ländern und in Frankreich nur 20 Prozent der 25- bis 29-Jährigen jungen Frauen an, niemals in einer Partnerschaft gelebt zu haben, während das in Westdeutschland, Italien und Spanien zwischen 50 und 60 Prozent sind (Kiernan 2000, 48). Diejenigen, die nicht mit einem Partner fest zusammenlebten, wurden zudem gefragt, ob sie eine intime Beziehung mit einem Partner haben, mit dem sie nicht zusammenleben, und ob dieses „Living apart together“ die Lebensform ihrer Wahl sei. Etwa 50 Prozent der jungen deutschen Frauen nannten einen festen Partner, mit dem sie nicht zusammenlebten, und betrachteten dies auch als Lebensform ihrer momentanen Wahl. In Frankreich gaben etwa 30 Prozent derjenigen, die nicht mit einem Partner zusammenlebten, an, einen festen Partner zu haben, aber nur ein Drittel von diesen bezeichnete das als Lebensform der Wahl. Selbst wenn man berücksichtigt, dass Einstellungsfragen in diesem privaten Bereich auch bestimmten normativen Vorstellungen unterliegen, wird deutlich, dass in Südeuropa wie in Westdeutschland ein größerer Prozentsatz von jungen Frauen im

Erhöhung des Heiratsalters in allen EU-Ländern

Statt Wohlfahrtsstaatlicher „Verteilungsmix“ zwischen Infrastruktur – Zeitpolitik und Geldtransfer

Alter von 25 bis 29 anders als in Nordeuropa oder Frankreich keinen festen Partner hat. Selbst wenn die Partner hinzugerechnet werden, die separat leben, geben etwa 25 Prozent der jungen Frauen an, weder mit einem Partner zusammenzuleben noch überhaupt einen Partner zu haben. Dagegen sagen in Frankreich nur 20 Prozent gegenüber 50 Prozent in Westdeutschland, ohne Partner zu leben; wobei ein Drittel von diesen einen festen Partner hat, mit dem sie nicht zusammenleben, so dass allenfalls 15 Prozent ganz ohne Partner sind gegenüber 25 bis 30 Prozent in Westdeutschland. Noch erstaunlicher scheint aber die klare Präferenz der jungen deutschen Frauen für das „Living apart together“ auch als Lebensform (70 Prozent).

In Nordeuropa und Frankreich verstärktes unverheiratetes Zusammenleben

Auch anderen Daten zufolge scheint das unverheiratete Zusammenleben zumindest in Nordeuropa und Frankreich viel stärker ausgeprägt zu sein als in Westdeutschland und in Südeuropa, und diese Form des Zusammenlebens wird in Nordeuropa und Frankreich offenkundig auch länger gelebt und hat sich als eine Form der gemeinsamen Lebensplanung neben der Ehe etabliert. Diese deutlichen Differenzen zeigen sich auch darin, dass 2001 in Frankreich 44 Prozent der Kinder in einer solchen Partnerschaft und nicht in bestehender Ehe geboren wurden; dieser Prozentsatz wird von Schweden mit 55 Prozent übertroffen, fällt aber auch in Norwegen mit 50 Prozent, Dänemark mit 45 Prozent und Finnland mit 40 Prozent ähnlich hoch aus. Deutschland weist einschließlich Ostdeutschland mit 25 Prozent einen Wert auf, der höher ist als in Italien mit etwa 10 Prozent, aber doch deutlich macht, dass in Deutschland Ehe und Familiengründung in viel engerem Zusammenhang stehen als in den oben erwähnten Ländern. Diese Befunde lassen sich auch mit Daten des Europäischen Haushaltspanels verdeutlichen. In den nordeuropäischen Ländern, aber auch in Frankreich und Großbritannien, leben bei jungen nicht verheirateten Paaren zwischen 25 und 56 Prozent der Kinder im Gegensatz zu 11 Prozent in Deutschland und 4 Prozent in Spanien oder Italien (Iacovou/Berthoud 2003). Mit einer gewissen Plausibilität ist aus diesen Zahlen abzuleiten, dass in den Ländern, in denen das nicht verheiratete Zusammenleben als eine Lebensform von Partnern neben die Ehe getreten ist und Kinder hier geboren werden, das Zusammenleben außerhalb der Ehe als ein Durchgangsstadium interpretiert wird, das eine Entscheidung für Kinder eher ausschließt als in jenen Ländern, in denen Ehe und Familie normativ eher als Einheit interpretiert werden. In der gleichen Studie wurde auch das Auszugsalter der jungen Europäer aus der Herkunftsfamilie untersucht. Erneut wird deutlich, dass es zwischen den nordeuropäischen Ländern und Südeuropa deutliche Unterschiede gibt, während Deutschland und Frankreich hier

im Mittelfeld liegen (Iacovou 2001). In Dänemark und Finnland liegt das durchschnittliche Auszugsalter für junge Frauen bei 20 und für junge Männer bei etwa 22 Jahren, hingegen liegt in Italien das Auszugsalter für junge Männer bei 30 Jahren und in Deutschland bei knapp 25 Jahren, während die jungen Frauen in beiden Ländern mit 21,5 Jahren das Elternhaus verlassen. Das in der Literatur immer wieder beschriebene „Hotel Mama“ scheint in Mittel- und Südeuropa eine empirische Realität vor allem für die jungen Männer zu sein. Als Konsequenz werden in einem solchen Kontext die Entwicklung einer Partnerschaft mit einer jungen Frau, die Gründung eines eigenen Haushalts und die damit verbundene ökonomische Eigenverantwortlichkeit sehr lange hinausgeschoben. Damit sind im Kontrast zu den nordeuropäischen Ländern die Chancen zur Entwicklung einer eigenständigen und dauerhaften Partnerschaft in diesem Kontext nur dann gegeben, wenn die jungen Frauen, die sich mit einem jungen Mann anfreunden, bereit sind, sich in die Regeln und Vorstellungen der Herkunftsfamilie des Mannes einzufügen. Der französische Demograph Le Bras (1997) hat darauf hingewiesen, dass die lange Bindung an die Herkunftsfamilie gleichzeitig bedeutet, dass es viel schwerer ist für eine junge Frau, ein eigenständiges und selbst bestimmtes Leben mit einem Partner zu leben, als in Kontexten, in denen man sich schon früh von der Herkunftsfamilie löst und dafür stärker in die Gruppe der Gleichaltrigen integriert. Auch die Analyse von Billari (Expertise Billari 2004) zeigt für Europa entsprechend der hier skizzierten Länderdifferenzen erhebliche Variationen bei der Lösung vom Elternhaus. Wie zu Beginn dieses Abschnitts erwähnt, sehen Familienhistoriker die ökonomische und lokale Unabhängigkeit des Paares von der Herkunftsfamilie als wesentliches Element für die Neugründung einer Familie in Europa an, und offenkundig lässt sich diese Form der Unabhängigkeit in Nordeuropa eher realisieren als in Deutschland und Südeuropa.

„Hotel Mama“ scheint in Mittel- und Südeuropa vor allem für die jungen Männer zu sein

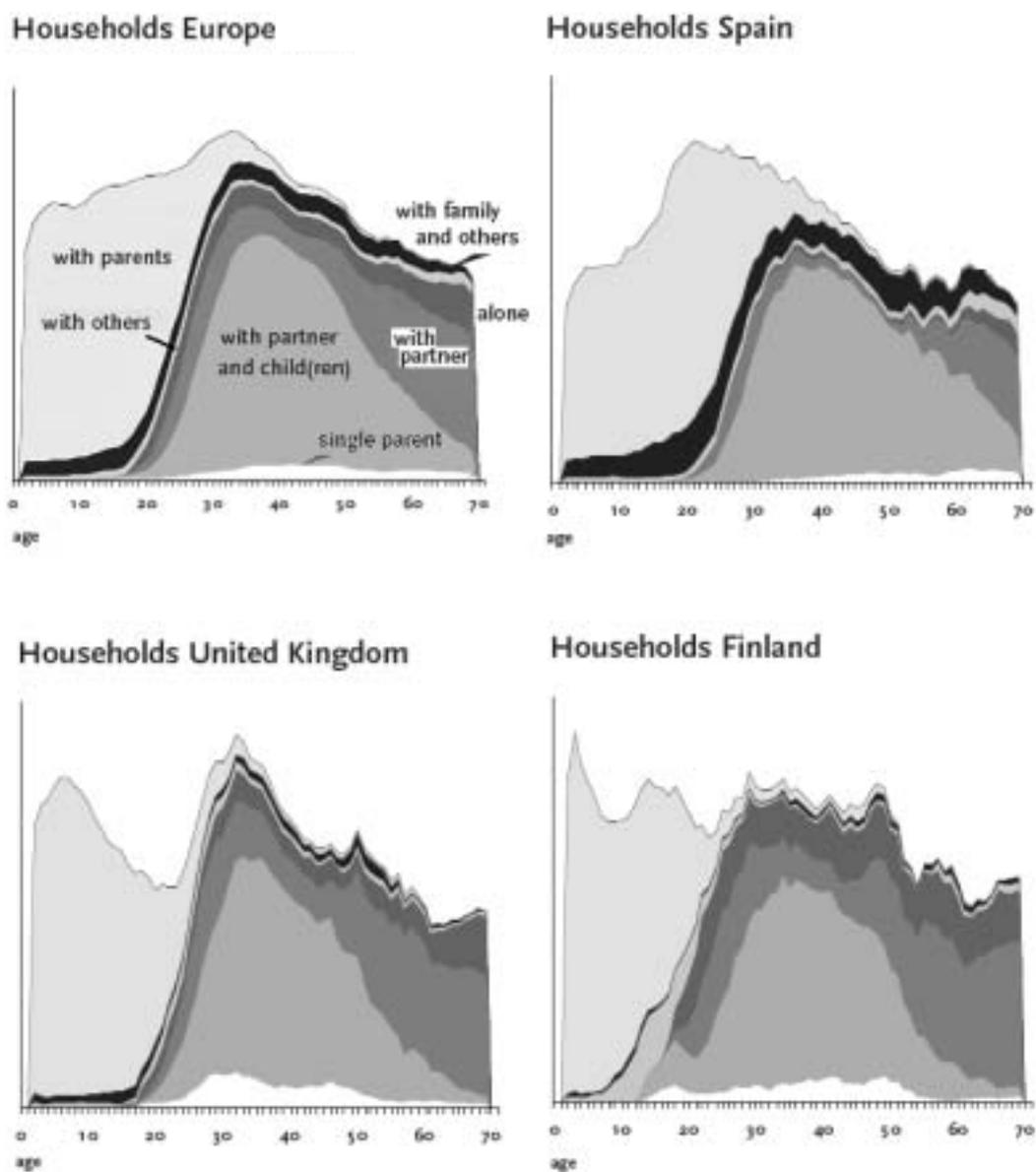
Neugründung einer Familie bedarf der ökonomischen und lokalen Unabhängigkeit von der Herkunftsfamilie

Diese Differenzen lassen sich als Variationen familialer Lebensformen darstellen. Cuyvers/Kalle (2002, 55, 56) haben die Differenzierungen familialer Lebensformen, wie sie oben im Einzelnen beschrieben wurden, in ein Lebensphasenmodell übersetzt, um die systematischen Variationen in Europa zu verdeutlichen. An den hier wiedergegebenen Grafiken lassen sich die Unterschiede eines nordeuropäischen Modells am Beispiel von Dänemark und Finnland, eines südeuropäischen Modells am Beispiel von Spanien und des mitteleuropäischen Modells am Beispiel von Deutschland gut nachvollziehen.

Beim Vergleich von Spanien mit Nordeuropa wird zunächst deutlich, dass Kinder in Spanien viel länger mit ihren Eltern zusammenleben als

Abbildung II.5

Life Phases



Übergang vom Elternhaus in die eigene Familie in Europa unterschiedlich strukturiert

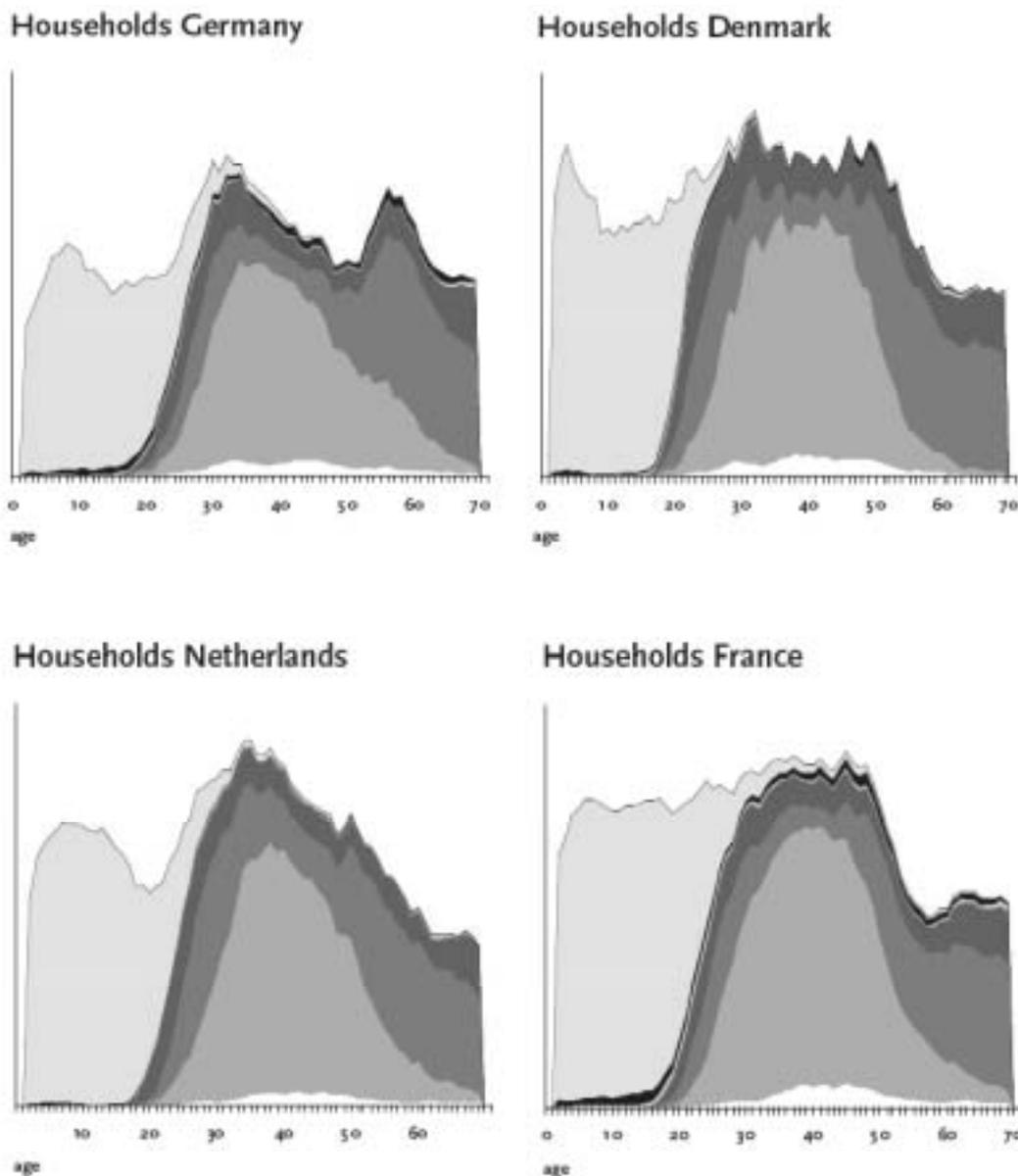
in Dänemark und Finnland; daneben ist in Dänemark der Anteil der allein lebenden jungen Erwachsenen ebenso wie der allein lebenden älteren Menschen viel größer als in Spanien und die Phase des Zusammenlebens mit dem Partner/der Partnerin ohne Kinder ist deutlicher ausgeprägt als in Spanien; das Zusammenleben mit den Kindern nimmt insgesamt einen kürzeren Zeitraum ein als in Spanien, dafür beansprucht aber das alleinige Zusammenleben mit einem Partner/einer Partnerin eine viel längere Zeit im Leben. In Dänemark und Finnland dauert die eigentliche Familienphase etwa vom 27./28. bis etwa zum 53./55. Lebensjahr, während sie in Spanien für

einen großen Teil der Bevölkerung über das 60. Lebensjahr hinausgeht. Auch ist in Spanien der Übergang vom Elternhaus in die neue eigene Familie anders strukturiert, weil sowohl das Zusammenleben mit dem Partner/der Partnerin ohne Kinder viel kürzer dauert und die Phase des Alleinlebens fast überhaupt nicht vorkommt.

Diese Daten machen deutlich, dass heute die Anforderung an die jungen Erwachsenen, eine für sie angemessene Lebensform zu finden, höhere Voraussetzungen hat als in dem eher traditionellen Modell. Das zeigen die spanischen Daten und das entspricht auch amerikanischen Analysen

noch Abbildung II.5

Life Phases



Quelle: Peter Cuyvers and Pieter Kalle; *Caring for the Next Generation*, 2002, S. 41, 55, 56

unterschiedlicher ethnischer Gruppen (Furstenberg 2004). Die Jugendphase geht nicht klar strukturiert in das Erwachsenenalter über, sondern ist in verschiedene Abschnitte mit ganz unterschiedlichen Lebensformen eingeteilt, die in ihrer Struktur durch die jungen Erwachsenen selbstständig gestaltet werden müssen.

Die Betrachtung des deutschen Modells veranschaulicht, dass Deutschland in seiner Entwicklung zwischen diesen beiden Modellen steht: Auf der einen Seite leben die jungen Erwachsenen länger als in Dänemark bei ihren Eltern, hinge-

gen kommen Lebensgemeinschaften mit anderen Familienmitgliedern oder Wohngemeinschaften vor der Phase des Alleinlebens eher selten vor; das Zusammenleben mit dem Partner/der Partnerin vor der Kinderphase ist viel kürzer als in Dänemark oder Finnland. Ähnlich wie in Spanien dauert das Zusammenleben mit den herangewachsenen Kindern länger als in Dänemark.

Zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr ist in Europa offenbar eine deutliche Divergenz zwischen den nordeuropäischen Ländern und den südeuropäischen Ländern erkennbar, und Deutschland

steht zwischen beiden Typen. Im nordeuropäischen Modell dominieren in dieser Altersphase Haushalte ohne Kinder, während in der Lebensmitte Haushalte mit Kinder überwiegen. Diese Dominanz verliert sich aber spätestens mit Mitte 55, in Südeuropa hingegen erst mit dem 65. Lebensjahr und in Deutschland zwischen dem 55. und 60. Lebensjahr. Im Sinne von Kaufmanns Überlegungen ermöglicht das nordeuropäische Modell für die jüngere Generation eine frühere eigenständige Partizipation in anderen Lebensbereichen.

Diese Variationen zwischen den europäischen Ländergruppen haben allerdings ganz erhebliche Konsequenzen jeweils für die Familienbildung und für die ökonomische Ausgangssituation zur Familiengründung. In Nordeuropa führt die frühe Lösung vom Elternhaus und das Durchlaufen unterschiedlicher Lebensformen mit einer längeren Partnerschaft in einem gemeinsamen Haushalt auch in der Hälfte der Fälle zu gemeinsamen Kindern, ohne zu heiraten. Demgegenüber gibt es insbesondere in Deutschland und vor allem für die jungen Männer eine lange und enge Beziehung zur Herkunftsfamilie im gemeinsamen Haushalt und einen nur kurzen Übergang mit einer Partnerschaft in eine Ehe, in der dann die Kinder geboren werden. Diese lange Abhängigkeit vom Elternhaus und vom Bildungssystem wird in Deutschland auch noch staatlich besonders gefördert. Die längere Ausbildungszeit ist keine Begründung für die lange ökonomische Abhängigkeit und das lange Verweilen im Elternhaus, vor allem der jungen Männer, sondern ist auch dem deutschen Unterhaltsrecht geschuldet, das dem alteuropäischen Heirats- und Familiengründungsmuster folgt. Hingegen haben es die Nordeuropäer geschafft, trotz gleicher Zunahme der Qualifikation der jungen Generation das Auszugsalter zu senken. So sank zwischen 1987 und 1995 (Del Boca/Locatelli 2002,157) in Dänemark und Schweden der Anteil der Kinder zwischen 20 und 29 Jahren, die bei den Eltern leben, von 32 auf 29 bzw. von 29 auf 23 Prozent, während er im gleichen Zeitraum in Italien von 60 auf 71 Prozent stieg. Der entscheidende Unterschied ist, dass herangewachsene Kinder in Deutschland erst dann wirklich als Erwachsene angesehen werden, wenn sie sich selbst ernähren können, wohingegen in Nordeuropa die eigene Wohnung und die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit nach Beendigung der Ausbildung Kriterien für das Erwachsensein sind. Das gilt im Übrigen auch für Frankreich, wo die Entscheidung zum Kind die Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen definiert und die Unterhaltsansprüche dann durch die Familienkasse (Deter 2003) abgedeckt werden. Dieses Modell hat die DDR in den 70er Jahren von Frankreich übernommen und in jün-

gerer Zeit wird es in Spanien in modifizierter Weise eingesetzt (Cordon 2001).

Auch wenn sich nicht alle Differenzen der unterschiedlichen Entwicklungen in den Ländern auf sozial- und familienpolitische Maßnahmen zurückführen lassen, ist mit einiger Sicherheit zu sagen, dass eine sozial- und familienpolitische Konstruktion, die Kinder sehr lange als von den Eltern abhängig interpretiert, die eigene Familiengründung eher verhindert als befördert. Laaksonen (2000) kommt in ihrem Vergleich zwischen Finnland, Deutschland und Schweden jedenfalls zu dem Schluss, dass deutsche junge Erwachsene nur als Kinder ihrer Eltern Leistungen des Sozialstaats erwarten können.

Längere Abhängigkeit von den Eltern verhindert eigene Familiengründung

II.2.2 Selbständigkeit, Partizipation in verschiedenen Lebensbereichen und die ökonomische Achterbahn

Die Betrachtung der Einkommen im Lebenslauf zeigt, dass in Deutschland die Einkommen von kinderlosen Paaren höher sind als die Einkommen pro Kopf von Familien mit Kindern in den späteren Lebensphasen (Expertise Eggen 2004, vgl. Kap V). Diese Differenz fällt in Deutschland allerdings geringer aus als in Nordeuropa oder den Niederlanden, liegt aber über den Differenzen von Italien als südeuropäischem Land. Hoem/Hoem (1996) kennzeichnen dieses Modell des Lebenslaufs in Nordeuropa hinsichtlich des Einkommens eines Paares als „Achterbahn-Effekt“. In dem traditionellen Lebenslauf, beim direkten Übergang von der elterlichen Wohnung in einen neuen gemeinsamen Haushalt mit einem Verdienere, gibt es ein zwar begrenztes Einkommen, aber dieses Einkommen liefert einen kontinuierlichen und stabilen Rahmen. In einem Modell, in dem ein Paar zunächst ohne Kinder zusammenlebt und beide voll erwerbstätig sind, stehen selbst bei geringerer Qualifikation der Partner relativ viele Mittel zur Verfügung; das gilt umso mehr für hoch und höchst qualifizierte Beschäftigte. Entscheidet sich ein solches Paar für ein Kind und dann zugleich für das Modell mit einem Haupternährer/einer Familienmutter, sind ja nicht nur Einkommensverluste zu verkraften, sondern gleichzeitig noch die zusätzlichen ökonomischen Kosten für ein Kind. Wird dann wieder eine Beschäftigung aufgenommen, weil das Kind nun alt genug ist, steigt das Einkommen entsprechend wieder an, um bei einem zweiten oder dritten Kind in gleicher Weise wieder abzusinken und erst bei dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus bei Beschäftigung beider Eltern wieder ein relativ hohes verfügbares Einkommen zu sichern.

Einkommen kinderloser Paare höher als das Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit Kindern

Dieser „Achterbahn-Effekt“ ist nicht nur bei den hoch und höchst qualifizierten Beschäftigten besonders ausgeprägt. Hinter diesem ökonomi-

„Achterbahn-Effekt“ beim traditionellen Familienmodell

Kriterien von Erwachsenen sein in Europa unterschiedlich

schen Effekt verbirgt sich die normative Erwartung, dass einer von beiden Partnern, in der Regel die Mutter, sich in die finanzielle Abhängigkeit vom Haupternährer begibt. Junge Erwachsene aber, die ihre Kompetenzen durch hohe Investitionen in Bildung und Ausbildung aufgebaut und in ihrer Berufstätigkeit auch gelernt haben, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu partizipieren, sehen sich in einem solchen Modell vor die Frage gestellt, auf einen Teil dieser Kompetenzen etwa im beruflichen Bereich zu verzichten und nur noch in die Erziehung und Entwicklung der Kinder zu investieren.

Lohnersatzleistungen in Nordeuropa sollen den „Achterbahn-Effekt“ aufheben

Die nordeuropäischen Länder, Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen haben, anders als Deutschland, den Versuch unternommen, diesen Achterbahn-Effekt dadurch aufzuheben, dass bei einer Entscheidung für ein Kind und der Bereitschaft, sich eine gewisse Zeit nur um dieses Kind zu kümmern, Lohnersatzleistungen zwischen 54 Prozent in Dänemark (Rostgaard 2005) und 70 Prozent in Finnland gezahlt werden. Obwohl sich diese Leistungen, wie oben beschrieben, kombiniert mit dem Mutterschutz, im Durchschnitt nur auf etwas mehr als ein Jahr addieren, vermeidet ein solches Modell nicht nur den Achterbahn-Effekt, sondern respektiert die individuelle persönliche Lebensentscheidung beider Partner von Seiten des Sozialstaats. In diesem Modell gibt es nicht die implizite Erwartung, dass sich jemand, der zunächst beruflich erfolgreich und ökonomisch selbstständig gewesen ist, nun in die personale Abhängigkeit des Partners bzw. der Partnerin begibt, vielmehr wird das in dieser Konstruktion in die personale Entscheidung des Paares gelegt. Und natürlich gibt es auch in diesen Ländern Familien, die arbeitsteilig in einer klaren Rollentrennung ihr Familienleben gestalten. Ellingsaeter (1998) hat darauf hingewiesen, dass die Bevölkerungen in den skandinavischen Staaten in der Beurteilung der unterschiedlichen Lebensmodelle von Familien durchaus differenzieren. Entscheidend aber ist bei diesen Modellen, dass hier die Entscheidung des Paares die Basis für die Wahl des Modells ist, während in den Ländern ohne solche Konzepte schon aufgrund der Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau recht eindeutig vorstrukturiert ist.

Ohne Lohnersatzleistungen Entscheidung zwischen den Paaren vorstrukturiert

Ohne Zweifel sind diese Modelle sehr teuer, und die nordeuropäischen Länder wenden hierfür auch sehr viel mehr Geld auf als beispielsweise die Bundesrepublik. Doch muss man gleichzeitig auch sehen, dass alle empirischen Daten darauf hindeuten, dass in den nordeuropäischen Ländern, völlig unabhängig von der Lebenssituation der Eltern, die Kinderarmut viel geringer ist als in allen anderen europäischen Ländern. Rainwater/Smeeding (2003) geben hier für Schweden 2,4 Prozent, für Finnland 3,2 , für Norwegen 3,7

und für Dänemark 4,0 Prozent an, während sie für Deutschland rund 10 Prozent kalkulieren (siehe auch Kapitel V). Diese Modelle führen allerdings auch dazu, dass Sozialleistungen, die heute in Deutschland zur Sicherung der Rentenansprüche von nicht erwerbstätigen Müttern aufgewandt werden müssen, nicht in diesem hohen Umfang anfallen, weil in solchen Modellen eine eigenständige Alterssicherung aufgebaut werden kann. Hierfür werden in Deutschland immerhin 11 Mrd. Euro veranschlagt (Bundesbank 2002, 19).

Solche Modelle sind politisch allerdings nur dann wirklich durchsetzbar, wenn eine Gesellschaft akzeptiert, dass die Zeit, die Eltern in ihre Kinder investieren, im Grundsatz genauso wertvoll ist wie die Zeit, die sie für ökonomische Aktivitäten aufwenden. Folgt man den Überlegungen von Kaufmann und denjenigen des Fünften Familienberichts (BMFUS 1994) zur Entwicklung des Humanvermögens, gibt es keine sozialpolitisch überzeugende Begründung dafür, die Zeit für Kinder nicht als genauso wertvoll einzustufen wie die Zeit für berufliche Aktivitäten. Eltern investieren in diesem Modell in ihre eigene persönliche Zukunft und in die Zukunft ihrer Kinder und partizipieren in einem solchen Modell an unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen, ohne die für sie und ihre persönliche Existenz wichtigen Primärbeziehungen aufzugeben. Ihre individuelle Wohlfahrt und die individuelle Wohlfahrt ihrer Kinder haben in diesem Sinne als ein öffentliches Gut erhebliche positive Effekte für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung.

Zeit für Kinder genauso wertvoll wie die Zeit für berufliche Aktivitäten

II.2.3 Zeit für Kinder

Bei einer vollständigen Integration der Frauen und Mütter in das Erwerbsleben besteht die Gefahr, dass die Fürsorge für andere, die in der Industriegesellschaft mit der Mutterrolle in der Familie verbunden war, weit gehend kommerzialisiert wird und damit jene personale Beziehungen infrage gestellt werden, die für die individuelle Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Dabei kann es nicht um eine Rückkehr zum Familienmodell der Industriegesellschaft gehen, sondern darum, auch in hoch entwickelten Dienstleistungsgesellschaften Familienmodelle zu entwickeln, die in der Struktur einer solchen Gesellschaft bestehen können und die Entwicklung des Humanvermögens aller Mitglieder der Familie und die Partizipationsmöglichkeiten der Familienmitglieder in der Familie und in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen zulassen. Nun wird häufig argumentiert, dass die Lebensmodelle der hier diskutierten Länder die personalen Beziehungen und Unterstützungsleistungen von Kindern zu Gunsten der außerhäuslichen Aktivitä-

Humanvermögen der Familie auch unter den geänderten Bedingungen moderner Dienstleistungsgesellschaften

ten der Eltern reduzieren und damit ein Fürsorge-defizit entsteht.

Auf der Basis der durch die EU seit etwa 15 Jahren betriebenen Vergleichsforschung in Europa lassen sich einige dieser Befürchtungen überprüfen. Denn diese Befürchtungen sind ernst zu nehmen, weil die positiven Konsequenzen der Familie für die Entwicklung des Humanvermögens in modernen Gesellschaften auch unter den geänderten Bedingungen moderner Dienstleistungsgesellschaften erhalten und weiter entwickelt werden sollen.

Die hier diskutierten Länder Schweden, die Niederlande, England und Dänemark sind in den internationalen Vergleichstudien zur schulischen

Leistungsfähigkeit ihrer Kinder alle relativ gut bewertet worden (OECD 2001a, 2004; Baumert u. a. 2001). Frankreich mit einer ähnlich heterogenen Bevölkerung wie die Bundesrepublik unterscheidet sich hier nur unwesentlich von Deutschland. Auch wenn man solche Ergebnisse nicht überbewerten sollte, so machen sie doch deutlich, dass die kognitive Kompetenzentwicklung als ein wichtiger Aspekt des Humanvermögens in diesen Ländern genauso gut oder sogar besser gefördert wird als in Deutschland.

Vergleicht man in einzelnen europäischen Ländern die Zeitstrukturen und die Zeitorganisation, die Väter und Mütter zwischen Beruf und Familie verteilen und für die einzelnen Bereiche aufwenden, so zeigt sich, dass die in Abschnitt II.2

Neue Balancen zwischen Familien- und Berufszeit in allen europäischen Ländern

Tabelle II.3

Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren in EU-Ländern nach Anzahl und Alter der Kinder

Anzahl ¹ der Kinder	DK ²	D	F	I	NL	FIN ³	UK
Kinderlose Frauen	79	74	78	59	82	81	84
Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern im Alter von 0 – 14 Jahren							
1 Kind	78	76	75	54	73	74	72
2 Kinder	78	64	67	47	69	71	68
3 und mehr Kinder	72	46	41	34	59	60	48
Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern im Alter von 0 – 14 Jahren, von denen das Jüngste jünger als 2 Jahre alt ist							
1 Kind	73	68	73	58	79	56	69
2 Kinder	73	54	52	47	68	39	59
3 und mehr Kinder	69	38	29	34	49	49	36
Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern im Alter von 0 – 14 Jahren, von denen das Jüngste zwischen 3 und 5 Jahre alt ist							
1 Kind	77	73	75	55	70	84	69
2 Kinder	77	63	71	46	67	81	66
3 und mehr Kinder	71	43	46	31	56	63	46
Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren, von denen alle älter als 5 Jahre sind							
1 Kind	81	79	75	52	71	80	74
2 Kinder	82	71	75	48	71	86	75
3 und mehr Kinder	(80)	63	54	38	72	79	62

¹ Bei zwei oder mehr Kindern mindestens das jüngste Kind in der jeweiligen Altersgruppe

² Daten des 2. Quartals 1993

³ Daten des 2. Quartals 1998

Abkürzungen:

DK: Dänemark D: Deutschland F: Frankreich I: Italien NL: Niederlande FIN: Finnland UK: Großbritannien

Quelle: R. Renz und B. Eggen, Frauen in Europa: Job? Kinder? Oder Beides? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2004, S. 11 ff

beschriebenen familien- und sozialpolitischen Maßnahmen zu durchaus länderspezifischen, aber neuen Balancen zwischen Familien- und Berufszeit, einem anderen Timing der Lebenslaufplanung und einer neuen Form der Partizipation von Kindern, Müttern und Vätern an unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen beigetragen haben. In den nordeuropäischen Ländern ist die Frauenerwerbsquote nicht nur insgesamt höher, sondern der Anteil derjenigen, die auch noch nach dem 55. Lebensjahr arbeiten, höher als in Deutschland. Diese Differenzen betragen nicht nur wenige Prozentpunkte, sondern bewegen sich im zweistelligen Bereich. Die Partizipation in gesellschaftlichen Teilbereichen außerhalb der Familie ist nicht nur länger gewährleistet als in Deutschland, sondern die „gewonnenen Jahre“ werden vermutlich aus der Sicht der Betroffenen sinnvoll und vernünftig genutzt; die positiven Effekte für die gesamte Gesellschaft müssen hier gar nicht ausgeführt werden.

Die Zahl der Kinder beeinflusst die Erwerbsbeteiligung von Müttern in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder. Selbst in Dänemark, wo die Erwerbsbeteiligung auch in den Mehrkinderfamilien sehr hoch ist, verringert sie sich bei den Müttern, die bei drei Kindern ein Kind unter zwei Jahren haben, auf 69 Prozent; in Deutschland sind es in dieser Konstellation 38 Prozent und in Frankreich 29 Prozent. Sind die jüngsten Kinder älter als fünf Jahre, liegen die dänischen und finnischen Zahlen bei 80 Prozent, während sie in Deutschland insgesamt mit 63 Prozent auch höher liegen als bei den sehr jungen Kindern, aber weit unter den Zahlen der vergleichbaren männlichen Altersgruppen.

Bei dieser Betrachtung sollte aber nicht vergessen werden, dass in allen europäischen Ländern bei den Familien mit einem Kind ein großer Prozentsatz der Mütter in allen Altersstufen des Kindes einer Beschäftigung nachgeht. Das sind in Frankreich bei den 3- bis 5-Jährigen Kindern immerhin 75 Prozent der Frauen, in Deutschland und in den Niederlanden 70 Prozent und selbst in Italien 55 Prozent. Darin dokumentiert sich offensichtlich eine weitere Ausdifferenzierung nicht zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb der Gruppe der Frauen.

Die Frauen, die sich für mehr als ein Kind entscheiden, geben europaweit viel häufiger ihre Berufstätigkeit auf, um sich schwerpunktmäßig der Kindererziehung und der Hausarbeit zu widmen, als die Frauen, die bei einem Kind bleiben wollen. Möglicherweise dokumentieren sich hier auch unterschiedliche Lebensentwürfe und Planungen. Nur scheint in Nordeuropa ein größerer Prozentsatz der Mütter bei älteren Kindern – auch bei Mehrkinderfamilien – eine Kombination von Fürsorge für Kinder und Partizipation

an anderen gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen, die in Deutschland offenkundig gegenwärtig schwierig zu realisieren scheint.

Hakim (2000, 2001, 2003) hat im Rahmen einer europäischen Vergleichsstudie darauf hingewiesen, dass in Europa ein großer Teil der Frauen möglicherweise das Modell eines adaptiven Lebenskonzepts präferiert, das es ihnen ermöglicht, im Lebenslauf unterschiedliche Aufgaben im Bereich von Familie und Beruf in einer zeitlichen Sequenz miteinander zu verknüpfen. Sie schätzt diesen Anteil der Frauen auf etwa 60 bis 70 Prozent. Gleichzeitig stellt sie die kritische Frage, ob heute schon die Arbeitswelt, die Infrastrukturangebote für Kinder und die Organisation des familialen Alltags tatsächlich für solche Modelle geeignet sind und ob nicht in manchen europäischen Ländern immer noch viel zu stark in einem Entweder/Oder gedacht wird. Dabei ist dann die Entscheidung für die Fürsorge für Kinder häufig eine Entscheidung gegen die Teilhabe im beruflichen Bereich, wie auch die Entscheidung für den Beruf häufig eine Entscheidung gegen Kinder oder gegen mehr als ein Kind wird. Hakim geht auch davon aus, dass diese Formen von adaptiven Lebensvorstellungen viel stärker bei den Frauen nachzuweisen sind als bei den Männern, die ihren Lebenssinn heute noch fast ausschließlich über den Berufsbereich definieren. Hingegen wird bei einer großen Gruppe von Frauen ein vielfältigerer und ausdifferenzierterer Lebenslauf präferiert, wie er gegenwärtig möglicherweise eher in den nordeuropäischen Ländern als in Deutschland realisiert werden kann. Diese Überlegungen Hakims werden durch europäische Vergleichsstudien gestützt, in denen die Arbeitszeitpräferenzen von Männern und Frauen für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung analysiert wurden (Fagan 2003). In allen europäischen Ländern wünscht die überwältigende Mehrheit der Männer, die vollzeitbeschäftigt sind, keine Teilzeittätigkeit, und zwar in allen hier untersuchten Ländern; jedoch ist es bei den vollzeitbeschäftigten Frauen immer nur eine Minderheit, die auf jeden Fall vollzeitbeschäftigt bleiben will. Das gleiche Muster zeigt sich auch umgekehrt, wenn teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen nach ihren Vollzeitwünschen befragt werden: Mehr Männer als Frauen wünschen sich eine volle Erwerbstätigkeit.

Mit aller Vorsicht lässt sich sagen, dass sich in ganz Europa die Arbeitszeitvorstellungen von Männern und Frauen unterscheiden und dass die Partizipation in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen, wie Familie, Arbeitswelt und Gemeinde, bei den Frauen nicht notwendigerweise dazu führt, dem männlichen Lebensentwurf zu folgen. Dieses Ergebnis bestätigt Befunde, die sich auch schon im Familiensurvey des DJI 1988 zeigten (Krombholz 1991). Nur auf

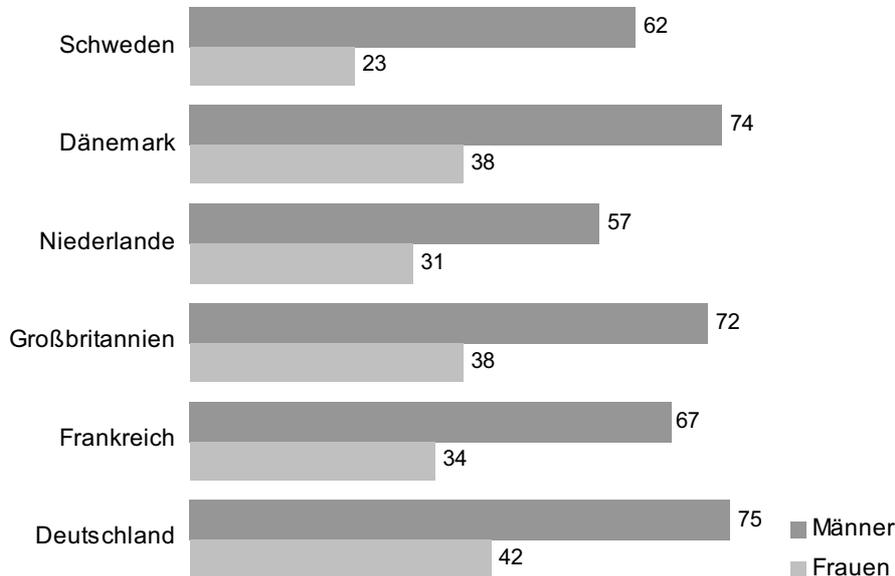
In Europa präferiert ein großer Teil der Frauen das Modell eines adaptiven Lebenskonzepts

Männer wünschen sich statt Teilzeit eine volle Erwerbstätigkeit

Erwerbsbeteiligung der Frauen vom Alter der Kinder abhängig- dies in allen EU-Ländern

Abbildung II.6

Präferenzen für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung der Beschäftigten
 Vollzeitbeschäftigte, die keine Teilzeit wünschen (in Prozent)



Quelle: Colette Fagan, Working-time preferences and work-life balance in the EU: some policy considerations for enhancing the quality of life. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 2003, S.42

der Basis europäischer Vergleichsstudien wird es möglich sein herauszufinden, wie denn diese unterschiedlichen Lebenskonzepte von Männern und Frauen zu erklären sind.

In Nordeuropa und in Deutschland hohe weibliche Teilzeitbeschäftigungsquote

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass in Nordeuropa wie aber auch in Deutschland eine viel höhere weibliche Teilzeitbeschäftigungsquote vorzufinden ist. Da aber die Definitionen der Arbeitszeit in Europa (Europäische Kommission 2002b) sehr unterschiedlich sind, ist es besser, nicht nur das Merkmal „beschäftigt/nicht beschäftigt“ als Kriterium zu nehmen, sondern zu untersuchen, wie in den einzelnen europäischen Ländern die tägliche Zeitverwendung zwischen Erwerbsarbeit, häuslicher Arbeit, Kindererziehung und persönlicher Zeit aufgeteilt wird. Die Zeitverwendung lässt vermutlich eher einen Rückschluss darauf zu, ob es tatsächlich richtig ist, dass Erwerbstätigkeit zu Lasten der Zeit für Kinder geht oder ob in manchen der hier untersuchten Länder das adaptive Modell eine neue Balance im Lebenslauf ermöglicht. Hofferth/Sandberg (1998) – siehe auch Sandberg/Hofferth (2001) und Bianchi (2000) – haben auf der Basis von Zeitbudgetuntersuchungen über einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren die Frage aufgeworfen, ob der höhere Zeitaufwand für die Partizipation im Berufsleben tatsächlich zu Lasten der Kinder geht (vgl. VI.4.1). In ihren Untersuchungen stellte sich heraus, dass zwar die Zeit für die Sozialisation der Kinder seit den 60er Jahren

deutlich zurückgegangen ist, aber diese Abnahme wesentlich durch den Rückgang der Geburtenzahlen zu erklären ist, das heißt, dass der Zeitaufwand pro Kind erstaunlich stabil geblieben ist. Eine Möglichkeit der neuen Balance war zumindest in den USA die Reduktion der Kinderzahl.

Auch wenn uns in Europa solche langen Zeitreihen nicht zur Verfügung stehen, zeigen die Analysen von Eurostat (2004a) auch im Querschnitt ein außerordentlich differenziertes Bild, das zu einer Zurückweisung der These von der Reduktion der Zeit für Kinder führen muss. So verbringen finnische, schwedische, englische, norwegische und französische Mütter pro Tag im Durchschnitt zwischen zwei und 2,5 Stunden mit der Fürsorge für ihre Kinder, wenn diese unter sechs Jahren alt sind (Eurostat 2004a, 66). Deutsche Mütter geben hier zwei Stunden und 18 Minuten an und liegen mit diesen Angaben genau im Mittelfeld. Selbst die Proportion zwischen Frauen und Männern ist im europäischen Vergleich mit etwa 70 zu 30 Prozent Zeitaufwand der Frauen im Verhältnis zu dem der Männer relativ stabil. Dabei haben die Franzosen mit einer Relation von 75 zu 25 die ausgeprägteste geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, während die Schweden mit einer Arbeitsteilung von 66 zu 34 Prozent viel egalitärer abschneiden. Berücksichtigt man hier nur die berufstätigen Eltern, so sinkt in Deutschland der

Zeit für Kinder nicht zurückgegangen

Zeitaufwand um gut eine halbe Stunde im Kontingent der Frauen, ohne dass sich der Zeitaufwand der Männer ändert. Eine ähnliche Veränderung zeigt sich in Frankreich, nicht aber in Schweden, wo der Zeitaufwand von Mann und Frau unabhängig vom Erwerbstatus gleich bleibt. In Finnland liegt der Zeitaufwand für Kinder bei den erwerbstätigen Müttern immer noch um fast 20 Minuten über dem täglichen Zeitaufwand deutscher berufstätiger Mütter.

Der australische Zeitforscher Bittman (Bittman 1999) hat auf der Basis einer anderen Zeiterhebung das Zeitinvestment für Kinder bei finnischen Müttern in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder in Monaten gemessen. Er kann zeigen, dass sich auch in Finnland mit seiner hohen Frauenerwerbsquote die Mütter mit sehr kleinen Kindern bis zum Alter von 2,5 Jahren viel Zeit, nämlich bis zu 55 Stunden pro Woche, mit ihren Kindern beschäftigen und dann in Abhängigkeit vom zunehmenden Lebensalter des Kindes diese Zeit reduzieren. Allerdings weist er auch nach, dass die väterliche Zeitverwendung für Kinder

sich nicht in gleicher Weise verändert. Ohne hier im Einzelnen diskutieren zu können, wie diese Zeitstrukturen in der Alltagszeit nun in Finnland im Einzelnen organisiert sind, lassen diese europäischen Vergleiche doch nur den Schluss zu, dass Mütter mit kleinen Kindern, nicht aber die Väter, einen erheblichen Zeitaufwand für ihre Kinder aufbringen. Die Reduktion der Zeitverwendung bei Berufstätigkeit macht zumindest nach den Daten von Eurostat etwa 30 Minuten aus, wobei sich diese Zeitreduktion nach dem Lebensalter der Kinder richtet. Die Befürchtung jedenfalls, dass die Frauen, die sich für Kinder und Beruf entscheiden, ihren Zeitaufwand für die Kinder erheblich reduzieren, kann auf der Basis dieser sehr generellen Vergleiche nicht bestätigt werden.

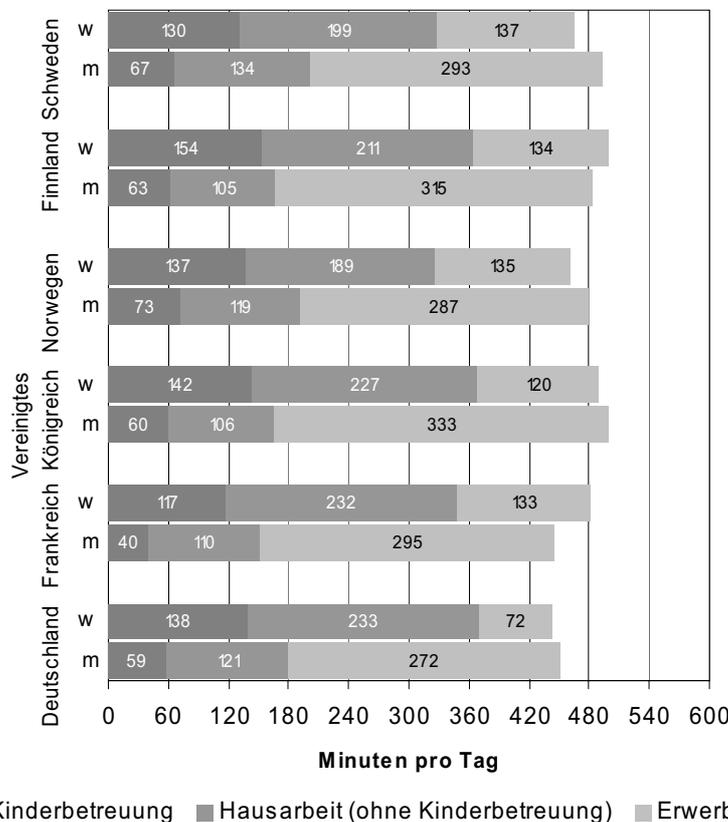
Fasst man die Befunde zur Variation der Erwerbsquoten in Abhängigkeit vom Lebensalter des Kindes nach den Ergebnissen von Eurostat und von Bittman zusammen, so bestätigen sie doch insgesamt eher die Ergebnisse der US-amerikanischen Forschung, dass heutige berufstätige

Auch in Ländern mit hoher Erwerbsquote der Frauen ist der Zeitaufwand für Kinder nicht zurückgegangen

Mütter, aber nicht Väter bringen mehr Zeit für ihre Kinder auf

Abbildung II.7

Zeit, die Paare mit Kindern bis sechs Jahre* für Kinderbetreuung, Hausarbeit bzw. Erwerbsarbeit aufbringen (Minuten pro Tag)



* jüngstes Kind in der Familie

Quelle: Eurostat, How Europeans spend their time. Everyday life of women and men. Luxemburg 2004. S. 66, 68, 76 und 78.

Eltern zwar insgesamt eine geringere Kinderzahl haben als die Generation ihrer Eltern, bei denen ein großer Teil der Mütter nicht erwerbstätig war, aber im europäischen Vergleich der Zeitaufwand, den Mütter für ihre Kinder erbringen, in den Ländern sehr hoch zu sein scheint, in denen auch die Erwerbsquote der Frauen relativ hoch ist. Offenkundig lässt sich in diesen Ländern die Teilhabe in unterschiedlichen Lebensbereichen im Sinne eines adaptiven Modells eher realisieren als in Deutschland und ermöglicht zudem auch noch eine längere Partizipation im Erwerbsleben.

II.2.4 Die Beziehung zwischen den Partnern

Wenn im europäischen Vergleich der Zeitaufwand, den Mütter in ihre Kinder investieren, selbst dann viel höher ist als der der Väter, wenn die Erwerbsbeteiligung der Frauen die Quote von erwerbstätigen Müttern mit Kindern in Deutschland übersteigt, könnte das natürlich auch daran liegen, dass sich die Väter in diesen Ländern in viel höherem Maße als in Deutschland an der Hausarbeit beteiligen und damit den Müttern die Chance geben, ihre Zeit in ihre Kinder und in ihren Beruf zu investieren. Diese nahe liegende Schlussfolgerung wird aber durch europäische

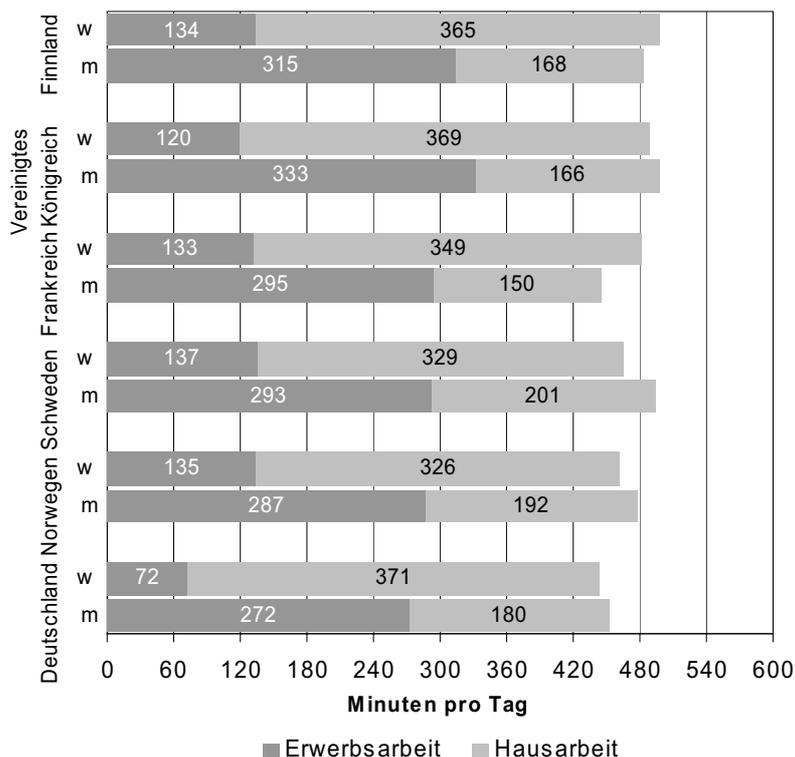
Vergleiche unterschiedlicher Autoren nicht gestützt. Nicht nur die Kindererziehung, sondern Hausarbeiten, wie Mahlzeiten zubereiten, Wäsche waschen, Bügeln und Hausreinigung werden überwiegend von den Frauen erledigt, während Reparaturen und Gartenarbeiten durchschnittlich eher Aufgabe der Männer zu sein scheint. Eltern mit kleinen Kindern (Eurostat 2004a, 77) arbeiten europaweit insgesamt etwa zwei Stunden länger als die durchschnittliche Bevölkerung zwischen 20 und 74 Jahren, so dass eine Erklärung für die Zeitinvestitionen in Kinder in der Erhöhung der täglichen Zeitbelastung der Eltern zu finden ist. Die zweite Erklärung ist die adaptive Kombination von Zeit in der Arbeitswelt und in der Familie in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder. Mütter mit Kindern unter sechs Jahren reduzieren in den europäischen Ländern, wie Schweden, Frankreich, Finnland, Norwegen, Dänemark und Deutschland, ihre berufliche Arbeitszeit zu Gunsten ihrer Kinder.

**Klassische Tätigkeiten im Haus:
Frauensache**

Die geringste Präsenz am Arbeitsmarkt findet sich bei deutschen Müttern, die diese gewonnene Zeit aber nicht in Hausarbeit investieren, sondern in persönliche Freizeit. Die höhere Präsenz finnischer, schwedischer und norwegischer Eltern am Arbeitsmarkt wird genauso wie Frankreich durch

Abbildung II.8

Erwerbsarbeit und Hausarbeit von zusammenlebenden Eltern mit Kindern unter sechs Jahren



Quelle: Eurostat, How Europeans spend their time. Everyday life of women and men. Luxemburg 2004. S. 76.

**Verzicht auf Freizeit
in Nordeuropa
zugunsten der
Kinder**

einen zusätzlichen Verzicht an Freizeit erreicht. Im Gegensatz zu den Müttern sind die Arbeitszeiten der Männer so gut wie kaum reduziert, so dass in den meisten Ländern der Ausgleich für die unterschiedliche Zeitbelastung im Haushalt bei den Müttern nicht durch eine Doppelbelastung der Mütter erreicht wird, sondern durch das Modell mit einem Haupternährer und einer Zuverdienerin. Lediglich in Finnland und Frankreich ist die zeitliche Belastung der Frau etwas höher als die der Männer, während sie in Deutschland ausgeglichen ist; in Schweden, Norwegen und im Vereinigten Königreich ist hingegen tendenziell eine höhere zeitliche Belastung der Männer nachzuweisen. Bei Kindern im Schulalter steigt die Beteiligung der Mütter am Arbeitsmarkt in allen untersuchten Ländern deutlich an, erreicht aber nicht das Niveau der Männer.

Vergleicht man kinderlose Paare bis zu 45 Jahren mit Paaren, die Kinder bis zum siebten Lebensjahr haben, dann wird jedenfalls deutlich, dass europaweit die Differenz hinsichtlich der Zeitverwendung weniger zwischen Vätern und Müttern zu suchen ist als vielmehr zwischen jenen, die sich für Kinder entscheiden, und denjenigen, die sich nicht für Kinder entscheiden. Mit der Entscheidung für Kinder investiert man sowohl als Mann wie als Frau sehr viel mehr Zeit in häusliche Arbeiten als die andere Gruppe (Eurostat 2004a, 8). Die Mütter reduzieren ihre berufliche Präsenz, im Gegensatz zu den kinderlosen Frauen. Auch noch bei den älteren Kindern zwischen sieben und 17 Jahren bei der zunehmenden Erhöhung der beruflichen Präsenz übersteigt die Hausarbeitszeit dieser Mütter und auch der Väter die Zeit der kinderlosen Paare, die den Eltern gegenüber einen Gewinn an persönlicher Freizeit haben. Man mag diese Ergebnisse unterschiedlich bewerten, aber aus diesem relativ stabilen europäischen Muster ist abzuleiten, dass Eltern, die sich für Kinder entscheiden, dies für sich persönlich als so wichtig betrachten, dass der erhöhte Zeitaufwand, der unabhängig von der vorhandenen Infrastruktur der einzelnen Länder geleistet wird, von ihnen freiwillig und ohne irgend einen gesellschaftlichen Zwang erbracht wird.

**Mütter mit Kindern
unter sechs Jahren
reduzieren mehrheitlich die
Arbeitszeit**

**Kinder genießen
Priorität gegenüber dem Beruf**

Der eher geringe Einfluss der vorhandenen Infrastruktur, wie Betreuungseinrichtungen und Tagesschule, auf die tägliche Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, zeigt zudem, dass in der persönlichen Güterabwägung bei denjenigen, die sich für Kinder entscheiden, die Kinder gegenüber dem Beruf jedenfalls für eine bestimmte Zeit im Lebenslauf Priorität genießen. Mit aller Vorsicht ist zu vermuten, dass bei der Verbesserung des Infrastrukturangebots in Deutschland die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, sich auch weiterhin in diesem europäischen Rah-

men bewegen wird, aber eine verbesserte Infrastruktur auch für deutsche Mütter die Möglichkeit schafft, beruflich zumindest so präsent am Arbeitsmarkt zu sein, wie dies in anderen europäischen Ländern üblich ist.

II.2.5 Rush-Hour und gewonnene Jahre

Obwohl verlängerte Ausbildungszeiten, späterer Berufseintritt, eine größere Vielfalt von Lebensformen junger Erwachsener, spätere Heirat und ein späteres Erstgeburtsalter insgesamt ein europäisches Muster sind, zeigen einzelne europäische Länder in diesem gleichförmigen Muster doch erhebliche Differenzen (Lesthaeghe 2000). Vergleicht man nämlich nicht allein das Erstgeburtsalter, sondern analysiert die Entscheidung für Kinder im Lebenslauf, so kann man zunächst nur feststellen, dass in Deutschland anders als in den anderen europäischen Ländern die Altersgruppe der 30- bis 34-jährigen und der 35- bis 39-jährigen im Jahr 2000 nach den Daten der UNO (2003) genauso viele Kinder bekommen wie die 30- bis 34-jährigen und 35- bis 39-jährigen im Jahr 1970. Dagegen haben sich die Zahlen dieser Altersgruppen in Dänemark und Schweden fast verdoppelt und in den Niederlanden Frankreich und Großbritannien leicht bis deutlich erhöht.

Anders als in Deutschland scheinen sich in diesen anderen Ländern die Lebensläufe der 30- bis 40-jährigen Frauen geändert zu haben. Zwar werden auch in diesen Ländern die Kinder später geboren, aber gleichzeitig bedeutet dies nicht ein Verzicht auf mehr Kinder, sondern es scheint eine Verlagerung der Reproduktionsphase im Lebenslauf von einem jüngeren in ein höheres Lebensalter gegeben zu haben. Die Verlängerung der Jugendphase mit der längeren ökonomischen Abhängigkeit vom Elternhaus, die längere Bindung an das Ausbildungssystem und eine Ausdifferenzierung von Lebensformen in der Jugendphase bedeuten in Deutschland, zumindest im Vergleich mit den hier untersuchten Ländern, eher ein Verzicht auf Kinder und auch ein Verzicht auf mehr als ein oder zwei Kinder, während in diesen anderen Ländern, insbesondere in den beiden nordeuropäischen Ländern, diese Veränderungen zwar auch zum Rückgang der Geburtenraten beigetragen haben, aber gleichzeitig scheint sich auch in diesen Ländern die Entscheidung für Kinder und die Fürsorge für Kinder mehr in die Mitte des Lebens zu verlagern.

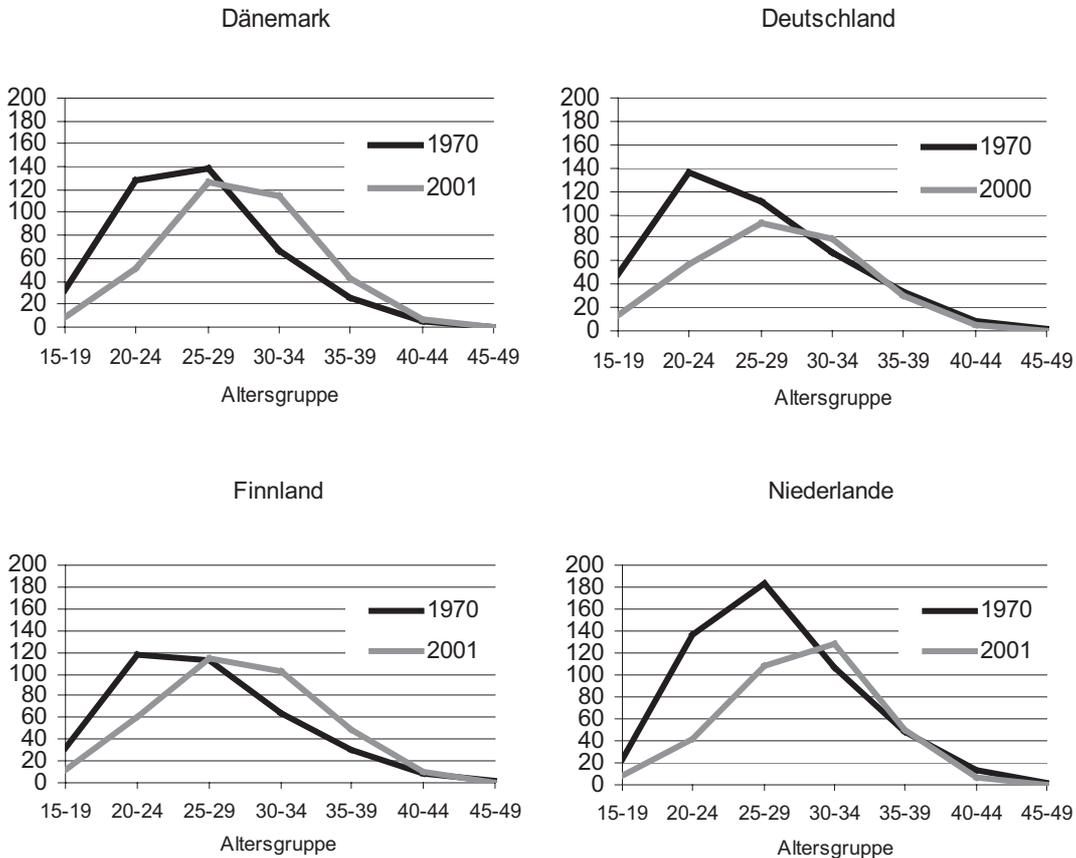
Wir können diesen Vergleich hier nur andeuten, glauben aber doch vermuten zu können, dass für deutsche junge Erwachsene der Zeitdruck in der Altersphase zwischen 27 und 34/35 Jahren möglicherweise viel größer ist als in jenen Ländern. Die wenigen Daten, wie hier skizziert, zeigen,

**In anderen Ländern
Lebensläufe der
Frauen schon
verändert**

**In Deutschland ist
der Zeitdruck in der
„Rush-Hour des
Lebens“ zwischen
27 und 35 Jahren
besonders groß**

Abbildung II.9

**Altersspezifische Geburtenraten (je 1 000 Frauen)
1970 bis 2000/2001**



Quelle: United Nations Population Division, World Fertility Report 2003, S. 100, 136, 122, 240

dass in dieser kurzen Altersphase von etwa fünf bis sieben Jahren Entscheidungen getroffen und realisiert werden müssen, die mehr oder minder das ganze Leben bestimmen. Neben dem Ausbildungsabschluss, dem Eintritt in das Berufsleben und der Entscheidung für einen Lebenspartner scheint in Deutschland das dominante Muster auch zu sein, in dieser Phase zu heiraten und wenn, sich dann für Kinder zu entscheiden.

Demgegenüber haben sich zwar auch in diesen anderen Ländern die Lebensentscheidungen in ein höheres Lebensalter verlagert, sie sind aber nicht auf einen so kurzen Zeitraum konzentriert. Alle jungen Erwachsenen in Europa müssen sich in dieser Altersphase mit dem Übergang in das Erwachsenenalter auseinander setzen, aber die Struktur der Lebensläufe in Deutschland scheint ihnen besonders wenig Zeit zu lassen.

Diese „Rush-Hour des Lebens“ (Bittman/Rice 2000) gibt es in allen hoch entwickelten Industriestaaten, die in die Ausbildung der nachwachsenden Generation investieren; in Deutschland

ist sie aber vermutlich besonders ausgeprägt, weil das deutsche Ausbildungssystem, insbesondere in den akademischen Berufen, anders als die Systeme in anderen Ländern, bisher noch keine Stufungen kennt, sondern grundsätzlich das höchste erreichte Ausbildungsniveau die Zugänge zum Berufssystem definiert. In anderen Ländern, insbesondere den nordeuropäischen und angelsächsischen, werden unterschiedliche Ausbildungsabschlüsse angeboten, die zu unterschiedlichen Lebenszeiten erworben werden können und die damit eher die Möglichkeit geben, die eigenen Lebenspläne im Lebenslauf flexibel zu gestalten.

Diese „Rush-Hour“ zwischen dem 27. und 34. Lebensjahr macht vor dem Hintergrund der sich ändernden Lebensläufe vor allem der Frauen überhaupt keinen Sinn. Seit den 70er Jahren haben Familienhistoriker immer wieder darauf hingewiesen, dass im Lebenslauf von Frauen Jahre neu entstanden sind, die es in früheren Generationen gar nicht gegeben hat. Der Historiker Imhof (1981) nennt dies die „gewonnenen Jahre“, und

Die „gewonnenen Jahre“ ohne Konsequenzen für die Neukonstruktion der Lebensläufe

obwohl schon der Vierte Familienbericht (BM-FJG 1986) auf diese Veränderung der Lebensläufe hingewiesen hat, ist das ohne irgendwelche Konsequenzen für die Neustrukturierung der Lebensläufe in Deutschland gewesen.

Bei der weiter unten durchgeführten Kontrastierung der Familienpolitiken verschiedener Länder werden wir deutlich machen, dass vermutlich ein wesentlicher Unterschied in der Familienpolitik dieser Länder zu Deutschland darin zu sehen ist, dass dort versucht wurde, die Lebenszeit so neu zu strukturieren, dass diese gewonnenen Jahre auch als Gewinn an Lebensqualität und Lebensperspektive sinnvoll genutzt werden können.

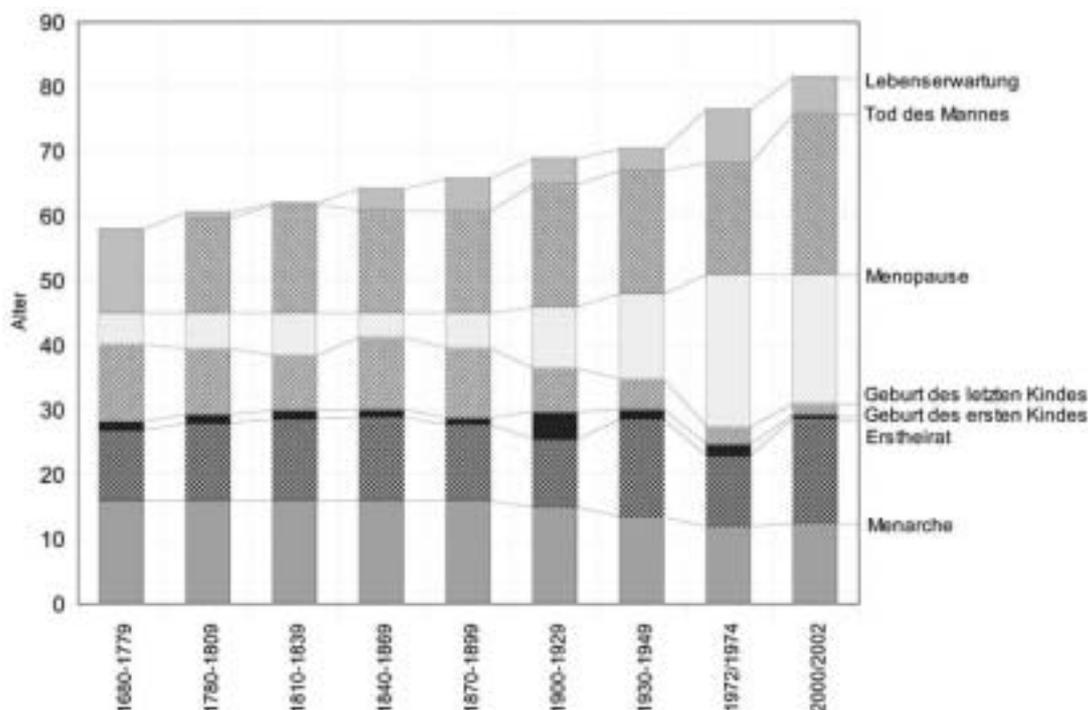
Das Modell der gewonnenen Jahre, das Imhof zur Illustration seiner These entwickelte, wurde von uns bis heute fortgeschrieben; es verdeutlicht die meisten der hier skizzierten Argumente der demografischen Veränderungen in Europa. Auch wenn wir uns hier im Wesentlichen auf deutsche Daten stützen, sind die Entwicklungen in den anderen Ländern ähnlich verlaufen (Livi Bacci 1973). Zunächst wird aus dieser Grafik noch einmal die Zunahme der Lebenserwartung deutlich. Während die Lebenserwartung zwischen 1930 und 1949 bei etwa 70 Jahren und in den 70er Jahren bei etwa 75 Jahren lag, beträgt sie heute etwa 82 Jahre. Der Anstieg der Lebens-

erwartung zwischen dem 17. und dem 20. Jahrhundert betrug ganze zwölf Jahre, während die zusätzlichen zwölf Jahre seit 1930/1949 in gut zwei Generationen erreicht worden sind. Parallel zu dieser Entwicklung ist die Reproduktionszeit, das heißt die Spanne zwischen der Geburt des ersten und des letzten Kindes, die Mitte des 19. Jahrhunderts noch bei etwa zwölf Jahren lag, heute auf etwa drei Jahre gesunken. Während in der Mitte des 19. Jahrhunderts beim 15. Geburtstag des jüngsten Kindes noch etwa sechs bis acht Jahre Lebenserwartung der Mutter bestanden, sind es heute noch gut 35 Jahre. Diese Jahre, die im Lebenslauf einer Frau in den letzten zwei Generationen neu entstanden sind, haben erhebliche Konsequenzen für die soziale Konstruktion der Frauen- und Mutterrolle. Wurden Lebensläufe von Frauen in den früher sehr beliebten Modellen einer Lebenstreppe dargestellt (Imhof 1981), war in dieser Lebenstreppe das entscheidende Merkmal der Frauenrolle die Rolle der Mutter. Eine solche soziale Konstruktion einer Lebensrolle lässt sich heute aufgrund der skizzierten Wandlungstendenzen überhaupt nicht mehr begründen. Hingegen macht diese historische Perspektive deutlich, warum die Frauenrolle und die Mutterrolle von vielen Autoren des 19. Jahrhunderts als eine quasi natürliche Einheit interpretiert wurden. Selbst wenn sich, wie in Schweden oder

Die soziale Konstruktion der Lebensrolle als Mutter ist heute nicht mehr begründbar

Abbildung II.10

Veränderungen in den Lebensphasen heiratender Frauen seit dem 17. Jahrhundert



Quelle: Arthur E. Imhof, Die gewonnenen Jahre, München 1981, S.164 ff Für die Jahre 2000/2002 eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Dänemark, ein größerer Teil der Frauen dafür entscheidet, ein drittes oder ein viertes Kind zu bekommen, ändert sich dieses Bild nur unwesentlich, weil dann die Mutter beim 15. Geburtstag des letztgeborenen Kindes nicht 45, sondern 47 Jahre alt ist mit einer entsprechenden weiteren Lebenserwartung von 33 Jahren statt 35 Jahren.

Die historische Demografie hat jedenfalls auf überzeugende Weise aufgezeigt, in welcher revolutionären Weise sich die Struktur weiblicher Lebensläufe verändert hat. Dabei wurde hier noch nicht thematisiert, in welcher Weise früher auch die Zahl der Geburten die Gesundheit und Kraft der damaligen Mütter beanspruchte. Die politisch interessante Frage ist aber, ob und inwieweit diese strukturellen Veränderungen in der Politik, der Wirtschaft, den Medien und der Wissenschaft tatsächlich angemessen diskutiert, reflektiert und mit Konzepten beantwortet worden ist, die eine sinnhafte Konstruktion des ganzen Lebenslaufs ermöglicht. Damit haben wir eine weitere Unausgewogenheit in der Konstruktion von Lebensläufen skizziert, die es den Individuen erschweren könnte, gemeinsam mit einem Partner/einer Partnerin Familie als eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu konstruieren und einen gemeinsamen Lebenssinn so zu organisieren, dass Familie im Lebenslauf auch zu leben ist.

Im vorigen Abschnitt haben wir darauf hingewiesen, dass junge Erwachsene bei der Familiengründung in Schwierigkeiten kommen, weil Ausbildung, berufliche Integration und Partnerschaft mit Familiengründung in einem so kurzen Zeitfenster komprimiert sind, dass es zunehmend schwer wird, dies in den Lebenslauf zu integrieren. Die Daten der historischen Demografie machen nun deutlich, dass die der traditionell-warmen Familie zu Grunde liegenden Vorstellungen, dass der Lebenssinn eines ganzen langen Lebens sich allein aus der sozialen Konstruktion der Mutterrolle ableiten lässt, sich kaum stützen lässt. Auch hier ist wieder die familienpolitische Frage, ob andere Länder, die wir kontrastieren, Antworten gefunden haben, die es den Individuen ermöglichen, in ihrem Lebenslauf Familie nicht nur zu gründen, sondern Familie auch als Teil des Lebensentwurfs zumindest für einen Teil des Lebens auch zu gestalten.

II.3 Der Versuch einer Kontrastierung von familienbezogenen Politiken

II.3.1 Vorabbemerkung zu einer Gegenüberstellung von familienbezogenen Politiken in unterschiedlichen Ländern

Familienbezogene Politiken in einem Ländervergleich gegenüberzustellen ist ein Unterfangen, dem sich mit unterschiedlicher Zielsetzung und methodischem Ansatz eine Vielzahl von nationa-

len¹ und internationalen Forschern² widmen. Einige internationale Vergleiche familienpolitischer Maßnahmen beziehen sich nur auf explizite familienpolitische Instrumente, wie Regelungen zum Elternurlaub oder das Angebot öffentlich geförderter Kinderbetreuungsplätze.³ Andere Vergleiche beziehen sowohl explizite wie implizite Maßnahmen mit ein.⁴

Den wohl bekanntesten Ansatz zur Typisierung von Wohlfahrtsstaaten und familienbezogenen Politiken entwickelte Esping-Andersen (1990 und 2000). Esping-Andersen unterscheidet sozialdemokratisch, konservativ-korporatistische und liberal ausgerichtete Wohlfahrtsregime (1990).⁵ Vor dem Hintergrund dieser Typologisierung argumentiert Esping-Andersen (2000) für drei damit verbundene Typen von Familienpolitik: Familienpolitiken in den skandinavischen Ländern, Familienpolitik in Kontinentaleuropa und anglo-amerikanische Familienpolitik.

Andere Typologisierungsansätze differenzieren nach den Individuen, die im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.⁶ Bei einer Perspektive familienbezogener Maßnahmen stehen die Fürsorge- und Betreuungsleistungen („Care-Leistungen“) von Frauen im Mittelpunkt. Eine andere Perspek-

Typisierung von Wohlfahrtsstaaten und familienbezogenen Politiken nach Esping Andersen

¹ Z. B. Kaufmann (1993, 1995, 2002), Expertise Dingeldey (2004), Hillmert (2001), Leitner (2003), Riedmüller (2002), Bahle (1995) und Ostner (1995).

² Z. B. Esping-Andersen (1990 und 2002), Gornick und Meyers (2003a und 2003b), Meyers und Gornick (2001 und 2003), Mahon und Sonya (2002), Kamerman (1983), Kamerman u. a. (2003), Sainsbury (1996), Rostgaard (2003) und Rostgaard und Fridberg (1998), Cochran (1993), Melhuish und Moss (1991), Lamb (1992), Olmsted und Weikart (1989).

³ Hierunter könnten auch Gruppierungen subsumiert werden, welche Kinderbetreuungsregime bilden (vgl. dazu Letablier und Jönsson 2003).

⁴ Explizite Familienpolitik verfügt über eine gewisse institutionelle Autonomie, i. S. einer funktionalen Ausdifferenzierung von administrativen Strukturen. Sie basiert auf einem expliziten Diskurs zu familienrelevanten Themen. Implizite Familienpolitik bezieht sich dagegen auf Maßnahmen, welche familienrelevante Probleme zu lösen versuchen, ohne dass diese Maßnahmen explizit in einem familienbezogenen politischen Diskurs legitimiert sind. In diesem Fall begründen sich die entsprechenden Maßnahmen z. B. in einer generellen Sozialpolitik zur Verringerung von sozialer Ungleichheit, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Bevölkerungspolitik oder der Gleichstellungspolitik (Kaufmann 2002, 433 und Expertise Dingeldey 2004).

⁵ Diese Typologisierung wurde vielfach kritisiert u. a. von Leibfried (1992), Castles (1993), Goodman und Peng (1996), Orloff (1993), Lewis und Ostner (1995) und Sainsbury (1996). Esping-Andersen hat nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Kritiken seine Typologisierung in seinem Band aus dem Jahr 2000 weiterentwickelt.

⁶ Eine umfassende Darstellung der unterschiedlichen methodischen Ansätze bei der Gegenüberstellung von familienbezogenen Leistungen kann in einem Familienbericht nicht geleistet werden. Vielmehr sollen hier beispielhaft wenige Typologisierungsansätze benannt werden, die für die Beschreibung der folgenden Länderbeispiele von Relevanz sind.

Die strukturellen Veränderungen des Lebenslaufs bisher wenig reflektiert

tive konzentriert sich auf die kindliche Entwicklung, d. h. die Wohlfahrt von Kindern. Dabei wird insbesondere die Rolle der Familie für die kindliche Entwicklung betrachtet. Der Zeit, welche Eltern mit ihren Kindern verbringen, kommt hierbei ein zentraler Stellenwert zu – aber auch anderen Faktoren, wie außerhäusige Betreuungsformen, welche ebenso die kindliche Wohlfahrt beeinflussen. Eine weitere Perspektive ist auf die Gleichberechtigung von weiblichen und männlichen Erwerbsbiographien ausgerichtet.⁷ Selten finden sich Ansätze, die alle Perspektiven miteinander zu verbinden versuchen (ein Beispiel für eine der wenigen Ausnahmen vgl. Gornick/Meyers 2003 a, b).

Familienorientierte Vergleiche werden häufig auf Maßnahmen beschränkt, die entweder auf die Betreuung minderjähriger Kinder (vgl. z. B. Gornick/Meyers 2003 a und b, Kamerman u. a. 2003, Cochran 1993, Melhuish/Moss 1991, Lamb 1992, Olmsted/ Weikart 1989) oder auf die Betreuung älterer Familienangehöriger ausgerichtet sind (vgl. M. Daly 2001, Jani-Le Bris 1993, Hutten/Kerkstra 1996, Weekers/Pijl/Ungerson 1998 und Evers 1994). Letzterer Typus von Vergleich findet sich außerdem weniger in der familienwissenschaftlichen Literatur, sondern diese Arbeiten entstammen vielfach anderen sozialwissenschaftlichen Feldern, wie z. B. dem der Pflegewissenschaft. Systematische und ländervergleichende Perspektiven, welche beide Arten und Zielgruppen von Fürsorge- und Betreuungsleistungen einbeziehen, sind bisher eher selten. Hinzu kommt, dass die wenigen Arbeiten auf diesem Gebiet Querschnittsbetrachtungen sind und nicht darauf abzielen, Betreuungsleistungen im Lebenslauf von Familienmitgliedern zu betrachten (vgl. für die wenigen Ausnahmen mit Längsschnittcharakter z. B. Rostgaard/Fridberg 1998, Rostgaard 2003, Antonnen und Sipilä 1996, Antonnen/Baldock/Sipilä 2003, Leitner 2003).

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Typisierungsansätze, Perspektiven und Betrachtungsweisen familienbezogener Leistungen kann es im Folgenden nicht darum gehen, eine Kontrastierung familienbezogener Leistungen durchzuführen, die allen diesen Aspekten gerecht wird. Vielmehr sollen im Folgenden familienbezogene Maßnahmen am Beispiel von vier Ländern beschrieben werden. Es wurden Länder ausge-

wählt, die den nordeuropäischen und den mitteleuropäischen demografischen Regimen (siehe II.2) zuzuordnen sind: Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien. Damit erfolgt eine bewusste Konzentration auf westeuropäische Länder, um zu verhindern, dass stark divergierende kulturelle, soziale, ökonomische und historische Hintergründe einen Vergleich mit Deutschland zusätzlich erschweren.

In Abhängigkeit familienpolitischer Länderbesonderheiten und in Hinblick darauf, was für die Betrachtung und Ausgestaltung familienbezogener Leistungen in Deutschland von Interesse ist, werden familienbezogene Maßnahmen aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben. Aufgrund der oben genannten Forschungsdesiderate wird ein Schwerpunkt auf familienbezogene Leistungen gelegt, welcher sich auf Familien mit minderjährigen Kindern konzentriert. Gleichwohl wird jedes Länderbeispiel einige Informationen zur Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigern enthalten.

Um eine Einordnung der vier Länder in die Familienpolitiken Europas zu ermöglichen, werden vorab Informationen zu den öffentlichen Ausgaben für familienbezogene Leistungen i. w. S. vorangestellt. Dem folgen die Länderbeispiele, die grundsätzlich so aufgebaut sind, dass einer allgemeinen Einordnung familienbezogener Maßnahmen, eine Darstellung der monetären Leistungen für Familien folgt; diese umfassen z. B. Leistungen im Rahmen eines Familienleistungsausgleichs i. e. S. oder auch andere steuerliche Sonderregelungen für Familien. Die allgemeine Einordnung familienbezogener Maßnahmen bezieht sich sowohl auf die gesellschaftliche Wertigkeit dieser Politiken, als auch auf einige wenige zentrale Rahmendaten, welche z. B. die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern oder die Armutsquoten von Kindern betreffen. Daran schließen Berichte über die Zeitpolitik für Familien an, die sich vorrangig auf Familienzeitregelungen als zentrale Regelungen, welche die Zeit für Familie betreffen, konzentrieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Länderbeispiele liegt auf den Infrastrukturangeboten für Familie; hierbei wird insbesondere die außerhäusige Betreuungssituation für Kinder im Vorschul- und Schulalter analysiert. Diese Darstellungen staatlich geförderter oder geregelter familienbezogener Maßnahmen für Familien mit minderjährigen Kindern wird ergänzt durch eine kurze Darstellung darüber, inwiefern andere gesellschaftspolitische Akteure, in diesem Fall die Wirtschaft bzw. Unternehmen, familienbezogene Maßnahmen ergänzen. Die Länderbeispiele schließen mit einem kurzen Überblick darauf, welche familienbezogenen Leistungen für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen existieren. Eine zusammenfassende

Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen Familien mit minderjährigen Kindern

Fehlender Blick auf die Fürsorge- und Betreuungsleistung von Familien im Lebenslauf

⁷ Aus der Kritik an Esping-Andersen hat die feministische Wohlfahrtsforschung auf der Basis der Kategorie „Geschlecht“ sogenannte Gender-Regime erstellt (vgl. z. B. Ostner 1995). Gornick und Meyers (2004) kommen in ihren neueren Arbeiten allerdings zu dem Ergebnis, dass eine genderorientierte Regimebildung im Ergebnis mit den Wohlfahrtsregimen von Esping-Andersen weitgehend übereinstimmen.

Bewertung der Länderbeispiele erfolgt am Ende dieses Unterkapitels.

II.3.2 Öffentliche Ausgaben für familienbezogene Leistungen im EU-Vergleich

Das familienpolitische Engagement eines Landes lässt sich unter anderem an dem Umfang öffentlicher Ausgaben für diesen Bereich beschreiben und dem relativen Anteil dieser Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt – im Vergleich zu anderen sozialpolitischen Bereichen. Die öffentlichen Ausgaben für familienbezogene Leistungen sind i. d. R. Teil des Sozialbudgets eines Landes. Dazu zählen i. d. R. auch Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge, die Alters- und Hinterbliebenenversorgung und die Arbeitslosenversicherung oder andere Leistungen für Personen im erwerbsfähigen Alter. Wie die folgende Abbildung verdeutlicht, geben die 19 EU-Staaten im Durchschnitt 23 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für diese Bereiche aus. Familienbezogenen Leistungen kommt mit 2 Prozent der geringste Anteil zu, während der Bereich der Alters- und Hinterbliebenenversorgung mit fast 10 Prozent den größten Anteil ausmacht. Dies trifft auf alle EU-Staaten zu. Dänemark hat unter allen EU-Staaten mit fast 4 Prozent den höchsten Anteil familienbezogener Ausgaben am BIP. Deutschland nimmt mit knapp 2 Prozent bzw. 3 Prozent eine mittlere Position ein, die südeuropäischen Länder wie z. B. Italien liegen mit 1 Prozent öffentlicher Ausgaben für familienbezogene Leis-

Dänemark das Land, das den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt für familienbezogene Leistungen ausgibt

tungen am BIP am unteren Rand, auch die Niederlande gehören zu dieser Gruppe. Allerdings muss an dieser Stelle auch betont werden, dass international vergleichende Analysen teilweise nicht jene Ausgaben erfassen, die familienbezogen in anderen sozialen Sicherungsbereichen eingeordnet werden (vgl. dazu Punkt II.3.3.5), wo dies am Beispiel der Funktion „Ehe und Familie“ im deutschen Sozialbudget verdeutlicht wird.

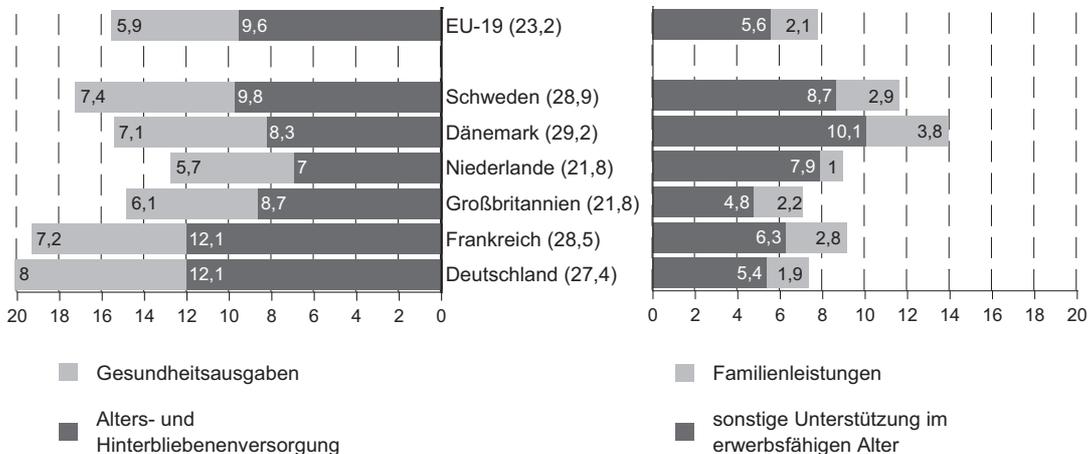
Durch öffentliche Ausgaben können eine Vielzahl von Leistungen finanziert werden. Diese Leistungen lassen sich der Gruppe der Geldleistungen bzw. Geldtransfers (oder auch Barleistungen bzw. monetären Transfers) und der Gruppe der Sachtransfers (oder auch realen Transfers bzw. Infrastrukturleistungen) zuordnen. Als Geldleistungen werden Leistungen wie z. B. Kindergeldzahlungen verstanden, während unter Sachtransfers vorrangig die Finanzierung von Infrastrukturleistungen aufgefasst wird. Von diesen beiden Leistungsgruppen werden i. d. R. familienbezogene Maßnahmen im Steuersystem, wie z. B. die Anrechnung von Kinderbetreuungskosten und zeitwerte Rechte, wie z. B. Mutterschutz- und Elternzeitregelungen, abgegrenzt⁸. Abbildung II.11 verdeutlicht die Anteile von Geld- und von Sachtransfers am BIP. Es geht daraus hervor, dass in fast allen europäischen

In fast allen europäischen Ländern sind Geldtransfers höher als Sachtransfers

⁸ Andere Autoren grenzen davon noch die familienbezogenen Maßnahmen im Sozialversicherungsbereich ab (vgl. z. B. Rosenschon 2001).

Abbildung II.11

Öffentliche Ausgaben für familienbezogene Leistungen in ausgewählten EU-Ländern als Prozentanteil des Bruttoinlandsprodukts (in Klammern: Bruttoinlandsprodukt)



Quelle: Willem Adema, Oliver Thévenon and Mark Pearson (2004): Public Support for Families and the Diversity in Work and Family reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom, Expertise für den 7. Familienbericht, Paris.

Ländern der Anteil von Geldleistungen am BIP höher als der Anteil von Sachleistungen ist. Dies trifft auf alle abgebildeten sozialpolitischen Bereiche, so auch familienbezogenen Maßnahmen, zu. Nur in Dänemark übersteigt im familienbezogenen Bereich der Anteil der Ausgaben für Sachtransfers denjenigen für Geldtransfers.

Auf welche Leistungen im Einzelnen sich Geld- und Sachtransfers eines Landes verteilen, wird in der folgenden Tabelle – beispielhaft für die fünf ausgewählten Länder – dargestellt. Im Bereich der Geldtransfers überwiegen in allen fünf Ländern die Ausgaben für Kindergeldzahlungen, während in Dänemark relativ betrachtet am meisten für eine finanzielle Unterstützung während der Elternzeit ausgegeben wird. Der Anteil für „sonstige Geldleistungen“ ist im Vereinigten Königreich relativ hoch: In dieser Kategorie werden Ausgaben für den Work and Family Tax Credit (siehe unten) und Unterstützungsleistungen für allein Erziehende zusammengefasst. Sachtransfers werden in fast allen Ländern vorrangig für Kindertageseinrichtungen und familiäre Unterstützungen zu Hause ausgegeben.

Bei Geldleistungen überwiegen Ausgaben für Kindergeldzahlungen

Es werden die Bruttoausgaben, nicht die Nettoausgaben erfasst

Allen diesen Betrachtungen gemeinsam ist, dass sie die öffentlichen Bruttoausgaben und nicht die Nettoausgaben erfassen. Sie beziehen nicht mit ein, dass, in Abhängigkeit des jeweiligen Steuersystems, die Nettoausgaben von den Bruttoausgaben erheblich abweichen können. Dies ist da-

von abhängig, inwieweit Transfers besteuert werden (dies ist z. B. sehr stark in Dänemark und den Niederlanden der Fall), wie hoch die indirekten Steuern sind (im europäischen Vergleich ist Dänemark ein Beispiel mit hohen indirekten Steuern) und insbesondere, ob familienbezogene Steuergutschriften (Tax Credits) bzw. Steuerfrei-beträge existieren oder inwiefern private familienbezogene Ausgaben steuerlich geltend gemacht werden können. Werden all diese Positionen berücksichtigt, ist es möglich, die Nettoausgaben für familienbezogenen Leistungen zu vergleichen. Eine Aufstellung für die vier ausgewählten Länderbeispiele zeigt, dass sich der Anteil familienbezogener Nettoausgaben am BIP für Dänemark im Gegensatz zu den Bruttoausgaben am BIP erheblich reduziert, von 4,4 Prozent auf 3,3 Prozent; während sie sich für die anderen Länder nur geringfügig verändern. Das Beispiel Dänemark zeigt damit, wie wichtig es ist miteinzubeziehen, dass Familien an der Finanzierung der familienbezogenen Ausgaben selbst beteiligt sind.

Alle bisher dargestellten Informationen beziehen sich nur auf öffentliche Ausgaben. Repräsentative und systematisch vergleichbare Daten über die Ausgaben privater Akteure der Familienpolitik existieren nicht. Dazu würden zum einen familienbezogene Ausgaben von Unternehmen und zum anderen Ausgaben unterschiedlicher

Ausgaben privater Akteure der Familienpolitik sind nicht erfasst

Tabelle II.4

Öffentliche Unterstützung für Familien, Geld- und Dienstleistungen
Öffentliche Sozialausgaben für Familien als Prozentanteil am BIP 2001

	Dänemark	Frankreich	Deutschland	Niederlande	Großbritannien
Geldleistungen, darunter	1,5	1,5	1,1	0,7	1,9
– familienbezogene Leistungen	1,0	1,1	0,8	0,7	0,9
– Mutterschafts- und Erziehungsurlaub	0,5	0,3	0,2	*	0,1
– sonstige Geldleistungen	0,0	0,0	0,2	0,0	0,9
Sachleistungen, darunter	2,3	1,3	0,8	0,4	0,3
– Tagespflege/Haushaltshilfen	2,1	0,6	0,4	0,4	0,2
– sonstige Sachleistungen	0,2	0,7	0,4	0,0	0,1
	3,8	2,8	1,9	1,1	2,2

* wird von den Krankenkassen getragen

Quelle: Willem Adema, Oliver Thévenon and Mark Pearson (2004): Public Support for Families and the Diversity in Work and Family reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom, Expertise für den Siebten Familienbericht, Paris.

Tabelle II.5

Von Brutto- zu Netto-Ausgaben für Familien in ausgewählten EU-Ländern
Öffentliche Ausgaben für Familie, in Millionen Euro und als
Prozentanteil des BIP zu Faktorkosten*, 2001

	Deutschland		Dänemark		Frankreich		Niederlande		Großbritannien	
	Euro (Millionen)	% BIP								
Bruttoausgaben	39.695	2,1	50.240	4,4	41.408	3,3	4.875	1,3	22.432	2,6
Nettoausgaben	55.289	3,0	36.945	3,3	44.090	3,5	5.253	1,4	20.044	2,3

* Indikatoren für Nettoausgaben können eher auf das BIP zu Faktorkosten als zu Marktpreisen bezogen werden – der häufigste Indikator für die Größe einer Ökonomie. Der Grund liegt in der Berücksichtigung von Vergünstigungen (für indirekte Besteuerung), die den Nenner des BIP verändern. Das BIP zu Faktorkosten schließt den Wert indirekter Steuern und staatlicher Subventionen an Privatunternehmen sowie öffentliche Verbände nicht ein und eignet sich daher am besten für internationale Vergleiche.

Quelle: Willem Adema, Oliver Thévenon and Mark Pearson (2004): Public Support for Families and the Diversity in Work and Family reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom, Expertise für den Siebten Familienbericht, Paris.

NGO's, wie z. B. von Wohlfahrtsverbänden, zählen.

II.3.3 Ausgewählte Länderbeispiele

II.3.3.1 Das Beispiel: Dänemark⁹

Allgemeine Einordnung. Dänemark versucht als sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat seine Bürger umfassend abzusichern und über Umverteilung eine Gleichheit der Lebensverhältnisse anzustreben. Entsprechend wird von der Arbeitsmarktpartizipation aller Bürger (im erwerbsfähigen Alter) ausgegangen. Die Erwerbsintegration von Müttern wird als Ziel der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik verfolgt.

Die dänische Familienpolitik ist eine „implizite“ Familienpolitik, es gibt kein Familienministerium. Viele familienbezogene Aspekte werden im Rahmen der Arbeitsmarkt- oder Gleichstellungspolitik geregelt. Ferner spiegelt sich in der Familienpolitik die extrem dezentrale Struktur des dänischen Wohlfahrtsstaates bzw. die Bedeutung der Kommunen für die Erfüllung vieler Aufgaben wider. Entsprechend ist die Organisationsstruktur familienbezogener Politik auf zentralstaatlicher Ebene vergleichsweise fragmentiert. Dennoch zeigen die verschiedenen familienpolitischen Regulierungen ein hohes Maß an Kohärenz.

In der Familienpolitik wird die Individualisierung der Leistungen, d. h. deren Ausrichtung auf die einzelnen Familienmitglieder sowie die Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter, betont. Dies beinhaltet insbesondere auch die Gestaltung eines Familienumfeldes, welches eine vollzeiterwerbstätige Arbeitsmarktpartizipation beider Partner ermöglicht. Zu dieser politischen Gestaltung gehören umfassende Familienzeitregelungen und außerhäusige Kinderbetreuungsmöglichkeiten für fast alle Kinder ab dem 6. Lebensmonat. Insgesamt stellt das dänische Modell auf öffentlich finanzierte Infrastrukturangebote über den gesamten Lebenslauf von Familienmitgliedern hinweg ab: Infrastrukturangebote für Kinder, eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und außerhäusige Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen. Charakteristisch ist, dass eine Vielzahl dieser Angebote von den Kommunen zu sehr geringen „Preisen“ angeboten wird.

Dänemark wird aufgrund seiner Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bzw. der geschlechtsspezifischen Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates als Individual Adult Worker Model bzw. als weitgehend egalitäres Geschlechtermodell typologisiert. Die empirischen Daten zu familialen Erwerbsmustern stimmen mit dieser Typologisierung weitgehend überein. 75 Prozent der Paarfamilien sind Zweiverdiener-Haushalte und davon sind wiederum mehr als die Hälfte Vollzeit-Zweiverdiener-Haushalte. Hinzu kommt, dass das Vorhandensein von Kindern kaum einen Effekt auf die Vollzeiterwerbstäti-

Egalitäres Geschlechtermodell

Implizite Familienpolitik in Dänemark

⁹ Vgl. dazu Expertise Adema u. a. (2004), Expertise Diemel (2004), Expertise Dingeldey (2004), Kamerman u. a. (2003), Rostgaard und Fridberg (1998), Missoc (2004), Expertise Scheiwe (2004) und UNICEF (2005).

genquoten von dänischen Frauen hat.¹⁰ Das Beispiel Dänemark zeigt, wie ein Politikprofil aussieht, das die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit innerhalb eines egalitären Modells weitgehend verwirklicht hat. Allerdings muss auch betont werden, dass trotz der weitgehend egalitären Erwerbsbeteiligung weibliche Erwerbstätige vorrangig im öffentlichen Sektor beschäftigt sind und insgesamt in Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Die hohe Erwerbsbeteiligung dänischer Eltern, die hohen Versorgungsquoten im Bereich der außerfamilialen Kinderbetreuung aber auch die dänischen Maßnahmen im Bereich der Einkommensumverteilung zugunsten von Familien führen dazu, dass Dänemark bereits Anfang der 90er Jahre und auch Anfang des neuen Jahrhunderts sehr geringe Armutsraten bei Kindern in Paarhaushalten und insbesondere auch bei Kindern von allein Erziehenden aufwies; im Jahr 2000 betrug die Armutsquote für erwerbstätige allein Erziehende 4 Prozent; diejenige von nicht erwerbstätigen allein Erziehenden dagegen 22,2 Prozent. Mit einer Armutsquote von 2,4 Prozent im Jahr 2000 hat Dänemark eine der geringsten Armutsraten im internationalen Vergleich. Die allgemeine Armutsrate von Kindern würde von 2,4 Prozent auf 11,8 Prozent ansteigen, wenn der Effekt der staatlichen Transfers und steuerlichen Maßnahmen rausgerechnet würde, was die Wirksamkeit dieser Maßnahmen unterstreicht.

Im Einzelnen sind für die dänische Familienpolitik die folgenden Regelungen von Interesse.

Geldleistungen. Entsprechend der genannten Leitbilder sind die Maßnahmen des dänischen Familienlasten- bzw. Leistungsausgleichs im engeren Sinne weitgehend individualisiert, d. h. auf die einzelnen Mitglieder der Familie, insbesondere die Kinder, ausgerichtet – und damit neutral gegenüber familialen Lebens- und Erwerbsmustern.¹¹ Die Höhe des Kindergeldes variiert mit dem Alter des Kindes (bis 18 Jahre) und ist unabhängig vom Einkommen der Eltern steuerfrei und wird nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet. Im Jahr 2003 umfasste das Kindergeld für Kinder bis zu zwei Jahren 1 763 Euro, für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren 1 599 Euro und für 7 bis 17-jährige Kinder 1 258 Euro. Darüber hinaus wird zusätzliches Kindergeld bei verschiedenen Bedürfnislagen, wie z. B. für allein Erziehende, gewährt.

¹⁰ Die Arbeitszeitwünsche dänischer Frauen signalisieren die Präferenz für eine Erweiterung der Familienzeiten im Rahmen weiterer Wochenarbeitszeitverkürzungen.

¹¹ Auch andere über die Ehe abgeleitete Rechte, wie z. B. eine Hinterbliebenenversorgung, sind in Dänemark quasi abgeschafft.

Das dänische Steuersystem ist weitgehend individualisiert, d. h. dass Ehepartner getrennt besteuert werden.¹² Gleichwohl wird diese Regelung in Dänemark nicht als Begünstigung von Haupternährern wahrgenommen, sondern es werden die Vorteile von zwei mittleren gegenüber einem hohen Einkommen betont. Trotz der allgemein hohen Steuern sind in Dänemark i. d. R. beide Partner erwerbstätig, was vor dem Hintergrund arbeitsnachfragetheoretischer Überlegungen eher unerwartet ist. Die hohe Individualbesteuerung in Dänemark scheint jedoch vielmehr dazu zu führen, dass beide Partner erwerbstätig sein müssen, um einen bestimmten Lebensstandard sicher zu stellen. Diese starke Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates an der Erwerbstätigkeit beider Partner führt zwar einerseits zu einer hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, andererseits benachteiligt es nicht erwerbstätige bzw. arbeitslose Bürger, was insbesondere Migrantenhaushalte betrifft.

Zeitpolitik. Familienzeitregelungen in Dänemark sehen mutterschutzähnliche Regelungen von insgesamt 18 Wochen vor. Zusätzlich haben beide Elternteile ein individuelles Recht auf eine insgesamt 40 bis 46 Wochen lange Elternzeit, die sie gleichzeitig oder nacheinander antreten können. Die finanzielle Kompensation während dieser Zeit ist an das vorherige Einkommen geknüpft. Sie entspricht weitgehend dem vollen Arbeitslosengeld, das allerdings bei einem Höchstbetrag von 393,64 Euro pro Woche gedeckelt ist. Bis zum Jahr 2002 gab es in Dänemark außerdem eine zusätzliche Familienzeit von zwei Wochen, die nur von Vätern genutzt werden konnte.¹³ Allerdings wurde diese Option wieder abgeschafft, da nur wenige Väter davon Gebrauch machten.¹⁴

Infrastrukturleistungen. Zu Beginn der 90er Jahre wurde in Dänemark die so genannte aktivierende Arbeitsmarktpolitik eingeleitet. Dies

¹² Als ein Relikt aus der Zeit der Unterstützung des männlichen Ernährersmodells ist ein auf den Ehepartner übertragbarer Steuerfreibetrag geblieben, der zu einer ähnlich hohen Entlastung von Einverdienerhaushalten führt wie in Deutschland.

¹³ Insgesamt wurden im Jahr 2002 die Familienzeiten neu geregelt. Interessant ist, dass mit dieser Reform auch eine andere Option eingeführt wurde, die es Eltern ermöglicht, ihre Kinder über einen längeren Zeitraum hinweg selbst zu betreuen. Kommunen können Eltern finanziell unterstützen anstatt ihnen einen Betreuungsplatz für ihre Kinder anzubieten. Aus dänischer Perspektive dürfte diese Option aufgrund der geringen finanziellen Kompensation jedoch für die wenigsten Eltern attraktiv sein.

¹⁴ Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu den schwedischen Erfahrungen, wo die Einführung einer dreiwöchigen Familienzeit, die an den Vater gebunden ist, zu einem Anstieg in dem Anteil von Vätern führte, die Familienzeit nahmen. In Schweden nehmen 80 Prozent der Väter die zusätzliche Zeit in Anspruch – allerdings nutzen sie diese Zeit häufig zu einer Verlängerung von Ferienzeiten.

Ehepaare werden im dänischen Steuersystem getrennt besteuert

Familienzeit für Väter war wenig genutzt

Geringe Armutsrate bei Kindern sowohl in Paarhaushalten als auch in Haushalten von allein Erziehenden

bedeutet, dass Eltern im Transferleistungsbezug nur in spezifischen Ausnahmesituationen vom Anspruch der Arbeitsmarktteilnahme entbunden werden. Neben Kranken werden nur Schwangere und Mütter mit Kindern unter sechs Monaten sowie Eltern mit Kindern, für die die Kommunen keine Betreuungsplätze zur Verfügung stellen konnten, von Maßnahmen der Arbeitsmarktaktivierung freigestellt. Vor diesem Hintergrund kam ein trotz vergleichsweise hoher Versorgungsquoten bestehendes Versorgungsdefizit bei der außerhäusigen Kinderbetreuung zum Tragen. Für die Umsetzung einer Politik der Arbeitsmarktaktivierung war daher ein weiterer Ausbau der Betreuungsplätze oder aber eine „Reduzierung“ der Nachfrage Voraussetzung. Dieses Problem wurde durch die Koordination verschiedener Strategien angegangen. Mitte der 90er Jahre wurde vom damaligen Premierminister das Versprechen abgegeben, einen Betreuungsanspruch für jedes Kind bis zum Jahr 2000 einzulösen. Dieser wurde durch eine Ko-Finanzierung umgesetzt und die für die Kinderbetreuung zuständigen Kommunen durch finanzielle Anreize von der Zentralregierung zur Einrichtung der Plätze „motiviert“. Die Kommunen finanzieren die Kinderbetreuung vorrangig aus lokalen Steuereinnahmen, wobei der Zentralstaat über allgemeine Zahlungen indirekt einen großen Teil der Kosten mitfinanziert. Auf zentralstaatlicher Ebene sind die Elternbeiträge im vorschulischen Bereich auf ein Maximum von 30 bis 33 Prozent der gesamten Kosten festgesetzt. Die Elternbeiträge sind zusätzlich einkommensabhängig. Insgesamt sind die finanziellen Belastungen für Eltern, die ihr Kind außerhäuslich betreuen lassen, vergleichsweise gering. Die staatliche Verantwortung für die Kinderbetreuung hat quasi zu einem Monopol des Staates geführt, so dass private Einrichtungen äußerst selten und betriebliche Angebote kaum vorhanden sind. Seit 1998 sind allerdings gesetzlich erweiterte Wahlmöglichkeiten zwischen öffentlichen und privaten Formen der Kinderbetreuung getreten. Kommunen können Kinderbetreuung unter bestimmten Bedingungen „outsourcen“ und Eltern kann als Alternative zu einem Kinderbetreuungsplatz eine Geldleistung angeboten werden. Insgesamt ist der Bereich der Betreuung der Kinder unter fünf Jahren der öffentlichen Fürsorge bzw. dem Sozialwesen zugeordnet. Die Vorschulklassen für 5- bis 6-Jährige liegen im Zuständigkeitsbereich des Bildungswesens.

Bis zum Jahr 2000 konnte die Versorgungsquote auf knapp 60 Prozent (bezogen auf alle Altersgruppen) erhöht werden¹⁵. Tabelle II.6 macht deutlich, dass dieser Ausbau nicht nur über die Betreuung in Kindertageseinrichtungen vollzogen wurde, sondern dass insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren die

Tagespflege eine große Bedeutung hat. Im Jahr 1999 waren 44 Prozent bzw. 47 Prozent der 1- und 2-Jährigen in Tagespflege.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung wurden nicht nur Ziele der Familien- und Arbeitsmarktpolitik i. e. S. miteinander verbunden, sondern auch Aspekte der Bildungspolitik. Obgleich der Betreuungsschlüssel in den dänischen Einrichtungen im Ländervergleich hoch ist, wiesen verschiedene dänische Studien darauf hin, dass in den Einrichtungen für Vorschulkinder eine Substitution der qualifizierten Betreuer durch angeleitetes Personal sowie eine Zunahme der administrativen Aufgaben für die erste Gruppe stattfand. Dies wurde mit einer Reduzierung der Betreuungsqualität gleichgesetzt. Mit dem Social Service Act 1997 hat das Sozialministerium daher das Ziel der Erziehung bzw. Bildung von Kindern mit dem weiteren Ausbau bzw. der Qualitätssteigerung in den öffentlich finanzierten Kinderbetreuungseinrichtungen verknüpft. Insgesamt sind dänische Eltern von der Qualität der Betreuungseinrichtungen weitgehend überzeugt – dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass sie seit 1992 ein verstärktes gesetzlich verankertes Mitspracherecht haben. Jede Einrichtung muss einen Beirat haben, in dem die Elternvertreter die Mehrheit bilden. Dieser entscheidet über das pädagogische Konzept und hat Mitsprache bei Personalentscheidungen¹⁶. Insofern ist es auch nicht überraschend, dass in Dänemark erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter davon überzeugt sind, dass eine außerhäusliche Betreuung wichtig für ihr Kind ist

Überzeugung der Eltern, dass außerhäusliche Betreuung wichtig für ihr Kind ist

Die Rolle der Wirtschaft. Für das Gesamtbild dänischer Politik für Familien mit minderjährigen Kindern ist außerdem zentral, dass eine gewisse „Rücksichtnahme“ der Wirtschaft bzw. der (vielfach staatlichen) Arbeitgeber gegenüber den Familien vorherrscht. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten wird auch zur Realisierung der Bedürfnisse der privaten Lebensführung eingesetzt. Eltern können ihre Erwerbsarbeitszeit so koordinieren, dass die Zeit der Kinder in Betreuungsinstitutionen sich verkürzt, obgleich die Erwerbsarbeitszeit von Müttern zunimmt. So hat sich z. B. der Anteil der Kinder, die mehr als neun Stunden pro Tag betreut wurden, von 20 Prozent (1985) auf 2 Prozent (1999) verringert. Hinzu kommt, dass 60 Prozent derjenigen, die eine staatliche Kompensation während der El-

Rücksichtnahme der Arbeitgeber gegenüber Familien

¹⁵ 2003 haben 245 von 275 Kommunen eine Betreuungsgarantie für Kinder im Alter zwischen 26 Wochen und sieben Jahren verwirklicht.

¹⁶ Außerdem ist für das dänische Kinderbetreuungssystem ein im EU-Vergleich relativ hoher Anteil männlicher Betreuer in den Tageseinrichtungen charakteristisch, 1995 betrug er 8 Prozent.

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik gekoppelt mit guter Infrastruktur

Monopol des Staates bei der Kinderbetreuung

Tagespflege für Kinder unter drei Jahren hat große Bedeutung

Tabelle II.6

Versorgung mit Tageseinrichtungen nach dem Alter der Kinder in Dänemark 1999

Alter	Tagespflege	Krippe	Kindertagesstätte	Hort	Altersunabhängig	gesamt
6 Monate	22 %	3 %	0 %	0 %	3 %	28 %
1 Jahr	44 %	11 %	0 %	0 %	12 %	68 %
2 Jahre	47 %	13 %	2 %	0 %	17 %	80 %
3 Jahre	16 %	3 %	38 %	0 %	29 %	86 %
4 Jahre	1 %	0 %	58 %	0 %	33 %	93 %
5 Jahre	0 %	0 %	57 %	0 %	33 %	91 %
6 Jahre	0 %	0 %	24 %	46 %	18 %	88 %
7 Jahre	0 %	0 %	1 %	73 %	10 %	84 %
8 Jahre	0 %	0 %	0 %	69 %	9 %	78 %
9 Jahre	0 %	0 %	0 %	55 %	7 %	65 %

Quelle: Willem Adema, Oliver Thévenon and Mark Pearson (2004): Public Support for Families and the Diversity in Work and Family reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom, Expertise für den Siebten Familienbericht, Paris.

ternzeit erhalten, zusätzliche Kompensationen vom Arbeitgeber erhalten. Fernerhin gibt es zahlreiche betriebliche Regelungen, welche die gesetzlichen Familienzeiten im Krankheitsfall eines Kindes regeln.

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Auch bei der Betreuung älterer Familienangehöriger setzt das dänische Modell beim Individuum an. Insgesamt gehört Dänemark zu den Ländern, in denen das Risiko, pflegebedürftig zu werden, innerhalb eines universellen Sicherungssystems abgedeckt ist und die im Einzelfall notwendige Hilfe von den zuständigen Kommunen geleistet wird. In Dänemark existiert keine staatliche bzw. soziale Pflegeversicherung, die Dienste für Ältere werden aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Ältere Menschen erhalten staatliche Unterstützungsleistungen unabhängig von ihren Familien. Sie können auf ein vergleichsweise breites Angebot an Unterstützungsleistungen zurückgreifen, die von den Kommunen gefördert werden. Diese können sowohl ambulant als auch stationär sein, wobei der Unterstützung der älteren Menschen in ihrem eigenen Haushalt der Vorrang gegeben wird. Es kann von einer „De-Institutionalisierungspolitik“ für ältere Menschen gesprochen werden. Mitte der 90er Jahre lebten 7 Prozent der Menschen ab 65 Jahren in betreuten Einrichtungen. Abhängig von ihrer finanziellen Situation, allerdings unabhängig vom Bezug anderer Sozialleistungen, tragen pflegebedürftige Personen die Kosten einer häuslichen Pflege selbst, bei einer stationären Versorgung

muss der Pflegebedürftige die so genannten „Hotelkosten“ der Unterbringung selbst begleichen. Die informelle Pflege durch Verwandte oder Freunde, die ihre Erwerbstätigkeit für die Betreuung und Pflege Älterer reduzieren oder aufgeben, wird seit 1990 durch die Kommunen finanziell unterstützt. Die Höhe dieser Unterstützungsleistungen orientiert sich an der Fortzahlung im Krankheitsfall und dem Arbeitslosengeld.

II.3.3.2 Das Beispiel: Frankreich¹⁷

Allgemeine Einordnung. In internationalen Vergleichen wird der französische Wohlfahrtsstaat i. d. R. der Gruppe konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaaten zugeordnet, was nicht zuletzt darauf beruht, dass in Frankreich das Wohlbefinden der Familie und bevölkerungspolitische Aspekte lange Zeit im Mittelpunkt familienpolitischer Belange standen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Familienpolitik in Frankreich als eigenständige Säule der Sécurité Sociale neben der Kranken- und Altersversicherung fest etabliert. Frankreich ist somit eines der Länder, die als ein Beispiel für eine explizite Familienpolitik zu sehen sind.

Die in die Gesamtheit der Sozialpolitik eingebettete und auf vielfältige Weise mit der Beschäfti-

¹⁷ Vgl. dazu Expertise Adema u. a. (2004), Expertise Dienel (2004), Expertise Fagnani (2004), Kamerman u. a. (2003), Missoc (2004), Reuter (2002), Scheiwe (2004), Spieß (2004), Veil (2003, 2004) und UNICEF (2005).

**Familienpolitik
verknüpft mit Be-
schäftigungspolitik**

gungspolitik verbundene französische Familienpolitik ist klar formuliert und großzügig mit finanziellen Leistungen ausgestattet. Seit den siebziger Jahren hat sie sich erheblich weiterentwickelt. Inzwischen wird Frankreich zusammen mit den Ländern Skandinaviens zunehmend als das EU-Mitgliedsland bezeichnet, in dem sich der Staat am stärksten familienpolitisch engagiert. Tatsächlich gilt in Frankreich die Familienpolitik als „l'affaire d'Etat“. Nicht die Familie, sondern der Staat gilt als Produzent von Normen für familienbezogene Bereiche, wie z. B. die Kinderbetreuung. Allerdings hat sich in jüngster Vergangenheit die gesellschaftliche Perspektive auf Familienpolitik geändert, weg von der traditionell verankerten geburtenfördernden Familienpolitik – einer Politik des dritten Kindes – hin zu einer Politik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Parallel zu diesem Wandel in der Familienpolitik nahm in Frankreich die Beteiligung von Müttern auf dem Arbeitsmarkt stetig zu. Ihr Beschäftigungsgrad ist heute einer der höchsten innerhalb der EU. Die Erwerbsquote unter den (in Partnerschaft lebenden) Müttern von zwei Kindern, deren jüngstes Kind unter zwei Jahre alt ist, stieg von 26 Prozent im Jahre 1968 auf 56 Prozent im Jahre 2003. Bei Müttern von drei oder mehr Kindern (im Alter zwischen drei und 18 Jahren) stieg dieser Prozentsatz ebenfalls beachtlich: Von 44 Prozent im Jahre 1982 wuchs er auf 67 Prozent im Jahre 2003. Zu diesem Zeitpunkt waren mehr als acht von zehn Müttern eines unter 3-jährigen Einzelkindes berufstätig. Die Beteiligung am Erwerbsleben ist bei allein Erziehenden geringfügig höher als bei den Frauen, die in Partnerschaft leben: 86 Prozent der allein Erziehenden, die zwei Kinder im Alter von drei oder mehr Jahren hatten, waren im Jahre 2003 berufstätig (gegenüber 83 Prozent bei denen, die in Partnerschaften lebten). Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich das Muster der berufstätigen Mutter durchgesetzt. Der Zwei-Verdiener Haushalt ist in Frankreich das vorherrschende Leitbild. Hinzu kommt, dass die Unterschiede in den wöchentlichen Arbeitszeiten zwischen Männern und Frauen gering sind, sie unterscheiden sich im Durchschnitt nur um 4,9 Stunden, wobei Frauen weniger arbeiten als Männer.

**Vorherrschendes
Leitbild: Zwei-
Verdiener-Haushalt**

**Förderung der Er-
werbstätigkeit von
Müttern mit Kin-
dern ab drei Jahren**

Grundsätzlich lässt sich die französische Familienpolitik durch drei Dimensionen charakterisieren. (1) Die Verbesserung der frühkindlichen Entwicklung und Bildung wird als eine Hauptaufgabe des Staates gesehen. Seit den 70er Jahren kam es so zu einem massiven Ausbau insbesondere der Betreuungsangebote für Kinder von drei Jahren und älter. (2) In den 80er Jahren stand vorrangig die egalitäre Beteiligung beider Geschlechter im Vordergrund. In den 90er Jahren kam hinzu, insbesondere allein Erziehenden eine

wirtschaftliche Selbständigkeit zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund wurde insbesondere die Betreuung der unter 3 Jährigen und der Schulkinder ausgebaut. (3) Seit 2004 wurden neue Elternzeitregelungen eingeführt, welche die Anreize für eine Unterbrechung stark vermindern. Auch die Einführung der 35-Stunden-Woche hat für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie günstige Konsequenzen und wird von der Mehrheit der Betroffenen unter diesen Aspekten auch als positiv bewertet: So beurteilen 57 Prozent der Familien mit Kindern unter sechs Jahren die 35-Wochenstunde als eine echte Verbesserung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, da sie es ermöglicht, mehr Zeit mit Kindern zu verbringen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die französische Familien- und Arbeitsmarktpolitik die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern älter als drei Jahren stark fördert, während sie hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern mit jüngeren Kindern ambivalent ist.

In Hinblick auf Kinderarmut lässt sich konstatieren, dass die französische Familienpolitik nicht explizit das Ziel verfolgt, Kinderarmut zu reduzieren. Dennoch führen die einkommensabhängigen und zielgruppenspezifischen Transfers zu einer starken Verminderung von Kinderarmut. So reduziert die französische Steuer- und Transferpolitik Kinderarmut am Anfang des neuen Jahrhunderts von 27,7 Prozent auf 7,5 Prozent. Detaillierte Analysen zeigen, dass die französische Familienpolitik insbesondere die Armutsraten von Mehrkindfamilien, Familien mit Migrationshintergrund und Familien mit Kindern unter drei Jahren verringert. Andere Gruppen, wie allein erziehende Eltern, Familien mit einem arbeitslosen Elternteil oder Familien mit älteren Kindern profitieren nicht in gleicher Weise von der französischen Steuer- und Transferpolitik, wenn das Ziel einer Verringerung von Kinderarmut betrachtet wird. So ist es auch nicht überraschend, dass Ende der 80er Jahre die Armutsrate von Kindern in Einelternfamilien 25,4 Prozent betrug. Die Armutsrate von Kindern in Paarhaushalten war mit 7,7 Prozent sehr viel geringer. Im Jahr 2000 betrug die Armutsquote von erwerbstätigen allein Erziehenden 9,6 Prozent, während sie für die gleiche Gruppe von nicht erwerbstätigen bei 61,7 Prozent lag.

**Steuer- und Trans-
fersystem reduzie-
ren Kinderarmut**

Im Einzelnen sind für die französische Familienpolitik die folgenden Regelungen von Interesse:

Geldleistungen. Das französische Steuersystem betrachtet den Haushalt als die zu besteuende Einheit¹⁸. Frankreich ist das einzige EU-Land, das ein Familiensplitting anwendet. Ähnlich wie in Deutschland wird zunächst das zu versteu-

**Frankreich als
einziges EU-Land
mit einem Familien-
splitting**

¹⁸ Dies ist typisch für die französische Familienpolitik, die neutral gegenüber unterschiedlichen Familienformen ist.

ernde Einkommen der Familie berechnet. In Frankreich wird das zu versteuernde Einkommen dann durch einen familienbezogenen Splittingfaktor dividiert. Bei der Berechnung des Splittingfaktors werden das dritte und jedes weitere Kind höher bewertet als die ersten beiden.¹⁹ Durch diese Form der Familienbesteuerung wird generell die Steuerprogression für Familien abgemildert. Insbesondere Familien mit einem höheren Einkommen profitieren von diesem Splitting. In Frankreich wird – was in Europa einmalig ist – das Kindergeld i. d. R. erst ab dem zweiten Kind (bis zum Alter von 20 Jahren) gezahlt und ist nach der Kinderzahl gestaffelt. Es sieht Aufstockungsbeiträge bei niedrigem Haushaltseinkommen vor. Die Höhe des Kindergeldes beträgt 112 Euro für zwei Kinder, 256 Euro für drei Kinder und zusätzlich 144 Euro für jedes weitere Kind pro Monat. Darüber hinaus gibt es einkommensabhängige Familienergänzungshilfen für Familien mit drei und mehr Kindern, wenn diese älter als drei und unter 21 Jahre sind und einkommensabhängig Beihilfen zum Schulbeginn, vom 6. bis zum 16. Lebensjahr. Außerdem existieren Leistungen, die an die Geburt oder die Erziehung von Kindern geknüpft sind, wie z. B. Kleinkindbeihilfen für Kinder unter drei Jahren (APJE), Beihilfen zur häuslichen Kinderbetreuung für Kinder unter sechs Jahren (AGED) und Beihilfen zur Beschäftigung einer Tagesmutter im eigenen Haushalt für Kinder unter sechs Jahren (AFEAMA) sowie Beihilfen für allein Erziehende. Letztere stellen für diese ein nach der Kinderzahl gestaffeltes Grundeinkommen bis zum 3. Lebensjahr des jüngsten Kindes sicher.²⁰

Zeitpolitik. Die Elternzeit umfasst in Frankreich für Erwerbstätige einen Zeitraum von maximal zwei Jahren. Mutterschutzregelungen sehen einen Zeitraum von maximal 16 Wochen für die ersten beiden Kinder vor; für alle weiteren Kinder liegt die Grenze bei 24 Wochen, wobei die Mütter während dieser Zeit eine Lohnersatzleistung vom Staat erhalten. Eine Beteiligung der Väter an der Erziehungsarbeit ist in Frankreich moderat ausgeprägt. Seit 2002 haben Väter einen Anspruch auf eine reine „Vaterzeit“ von 14 Tagen, die nach dem gleichen Prinzip ent-

lohnt wird wie die Elternzeit und verfällt, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird. Diese Maßnahme hatte eine starke symbolische Tragweite. Im Jahre 2003 haben 61 Prozent der berechtigten Väter diese „Vaterzeit“ in Anspruch genommen.

Ein weiteres Spezifikum der französischen Familienpolitik ist, dass alle diese Leistungen über eine Organisation, die Caisse Nationale d'Allocation Familiale (CNAF), die französische Familienkasse, organisiert und finanziert werden²¹. Die CNAF finanziert sich insgesamt zu einem Drittel aus Mitteln des Staates, zu etwa zwei Dritteln aus Abgaben der Arbeitgeber und auch aus Tabaksteuererlösen. Bei den Mitteln des Staates handelt es sich zum größten Teil um die so genannte Contribution Sociale Généralisée (CSG), was eine auf Steuern basierende Finanzierung darstellt. Die Arbeitgeber entrichten 5,4 Prozent des Bruttoeinkommens jedes Beschäftigten an die Kasse. Die französischen Arbeitgeber finanzieren über diese Beiträge somit einen Großteil der familienbezogenen „öffentlichen“ Leistungen (Reuter 2002, 4). Sie leisten damit einen weit größeren finanziellen Beitrag zur Familienpolitik als die Arbeitgeber anderer europäischer Staaten. Insgesamt erreichten die Ausgaben der CNAF im Jahr 2001 42,9 Mrd. und die Einnahmen 44,7 Mrd. Euro. Neben der zentralen Kasse in Paris existieren 123 regionale Kassen, die Organisationen des privaten Rechts sind. In den Vorständen der CNAF wie der CAF sitzen Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Familienorganisationen. Die Beziehung zwischen dem Staat und der CNAF wird durch eine Vereinbarung über ihre Ziele und Verwaltung geregelt. Die CNAF ist nicht unabhängig vom Staat, sondern weisungsgebunden und muss regelmäßig über ihre Aktivitäten im Bereich der familienbezogenen Leistungen Rechenschaft ablegen. Außerdem sind die regionalen Kassen an die nationale Kasse durch mehrjährige Verwaltungsverträge gebunden.²² Darüber hinaus verfügt die Familienkasse auf nationaler Ebene über einen eigenen nicht unerheblichen Forschungssetat, aus dem vielfältige familienwissenschaftliche Forschungen finanziert werden.

Infrastrukturleistungen. Das Kinderbetreuungsangebot zeichnet sich in Frankreich durch eine lange Tradition öffentlich finanzierter und öffentlich angebotener Kinderbetreuung aus. Der Bereich außerhäuslicher Betreuungsangebote

Französische Familienkasse bündelt alle familienrelevanten Leistungen

Französische Arbeitgeber finanzieren öffentliche familienbezogene Leistungen mit

¹⁹ Beispielsweise wird das gesamte zu versteuernde Einkommen einer vierköpfigen Familie, bestehend aus den Eltern und zwei Kindern, durch den Splittingfaktor 3 (= 1 + 1 + 0,5 + 0,5) geteilt. Ab dem dritten Kind geht dieses, wie die Erwachsenen ebenfalls, mit einem Gewicht von 1 in die Berechnungen ein.

²⁰ Die starke Einkommensabhängigkeit dieser Leistungen führt zu einer erheblichen Umverteilung durch die französische Familienpolitik. 66 Prozent der öffentlichen Ausgaben für Familie kommen in Frankreich den untersten vier Einkommensdecilen zu Gute. Außerdem wird zugunsten von allein Erziehenden mit zwei und mehr Kindern und Paarfamilien mit drei und mehr Kindern umverteilt.

²¹ In Europa haben außer Frankreich nur noch Belgien und Luxemburg „Familienkassen“.

²² Die regionalen Kassen sind nicht nur Zahlstellen für die Familienleistungen, sondern auch für die Wiedereingliederungshilfe und Wohnungsbeihilfen. Das heißt, rund 40 Prozent der Leistungen der Familienkasse gehen nicht an Familien, sondern an andere Bevölkerungsgruppen.

umfasst Krippen für die unter Dreijährigen, auf die allerdings kein Rechtsanspruch besteht. In der 2. Hälfte der 80er Jahre erfolgte auf Initiative der Zentralregierung ein Ausbau des Krippenbereichs. Die französische Familienkasse wurde damit beauftragt, „Krippenverträge“ einzurichten, um die Gemeinden dazu anzuregen, den Bestand an Krippen zu erhöhen. Die lokalen Kassen verpflichteten sich, einen Teil der Betriebskosten zu übernehmen; im Gegenzug sollten die Gemeinden neue Einrichtungen bauen. Heute besuchen ungefähr 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren regelmäßig eine Krippe. Die französischen Vorschulen („écoles maternelles“) gewährleisten die Betreuung für die Drei- bis Sechsjährigen, in Ausnahmefällen auch schon für Zweijährige. Darauf haben die Eltern einen Rechtsanspruch und es ist eine flächendeckende Versorgung mit Vorschulen vorhanden. Sowohl die Krippe wie die Vorschule sind ganztägig geöffnet. Die Kosten für die Krippen variieren zwischen den Kommunen und belaufen sich auf monatlich 300 bis 350 Euro. Sie sind ebenso wie die Tagesmütter dem Sozialwesen zugeordnet. Die Vorschulen sind kostenlos, da sie Bestandteil des nationalen Schulsystems sind. Die große gesellschaftliche Wertschätzung gegenüber den Vorschulen zeigt sich auch in der beruflichen Qualifikation der Erzieherinnen, die ausgebildete Grundschullehrerinnen mit einem Schwerpunkt auf der Vorschulpädagogik sind.

Ab Mitte der achtziger Jahre erfolgte eine Verlagerung in der Förderung der Kinderbetreuung: Es wurde der individuellen Betreuung in privaten Haushalten der Vorzug gegeben. Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit lag das Hauptziel darin, die Arbeitskosten bei der Betreuung von Kindern unter sechs Jahren so zu reduzieren, dass die privaten Haushalte verstärkt als Arbeitgeber fungierten. So wurde die Familienpolitik zu einem Instrument der Beschäftigungspolitik. Auch, um der häufigen „Schwarzarbeit“ von Tagesmüttern entgegenzutreten und um die Qualität der Betreuung in privaten Haushalten zu verbessern, wurden zusätzliche Beihilfen installiert: 1985 wurde die Beihilfe zur häuslichen Kinderbetreuung eingeführt (AGED). Sind beide Eltern ganztägig erwerbstätig, dann übernimmt die Familienkasse die Kosten der Sozialversicherungsbeiträge für eine Betreuungsperson – in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen und Alter der Kinder. Hinsichtlich der Qualifikation dieser Person existiert keinerlei Zulassungs- oder Ausbildungsverpflichtung, was vielfach kritisiert wird. Diese Beihilfen werden vor allem von Beschäftigten in Führungspositionen und Freiberuflern in Anspruch genommen. 1990 wurde eine Beihilfe (AFEAMA) für die Beschäftigung einer anerkannten Tagesmutter, die in dem privaten Haushalt des betreuten Kindes beschäftigt ist,

eingeführt. In diesem Fall übernimmt die Familienkasse die Sozialversicherung für Tagelmütter und zahlt, je nach Haushaltseinkommen, noch eine pauschalierte Beihilfe. Der Lohn und die Betreuungszeiten dieser Tagesmütter sind reglementiert. Für die Tagesmütter wird eine zweijährige Ausbildung verlangt. Auf diese Weise wurde die Inanspruchnahme einer Tagesmutter zur Hauptbetreuungsart für die unter dreijährigen Kinder von Eltern, die beide berufstätig sind (Tabelle II.7). Am häufigsten nehmen Familien mit mittlerem Einkommen diese Betreuungsart in Anspruch.

Qualifizierung der Tagesmütter für Kinder unter drei Jahren

Tabelle II.7

Verteilung der unterdreijährigen Kinder auf die verschiedenen Betreuungsformen

Krippen	10 %
Vorschule (Ecole maternelle)	12 %
Zugelassene Tagesmutter im Haushalt des Kindes (AFEAMA)	19 %
Ein Elternteil nicht voll erwerbstätig, der Erziehungsgeld erhält (APE)	24 %
Ein Elternteil ist nicht berufstätig und erhält kein APE	13 %
Bezahlte Betreuungsperson im Haushalt des Kindes (AGED)	1 %

Quelle: Willem Adema, Oliver Thévenon and Mark Pearson (2004): Public Support for Families and the Diversity in Work and Family reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom, Expertise für den Siebten Familienbericht, Paris.

Die Einführung dieser Beihilfen hat die Schaffung von zahlreichen Arbeitsplätzen bzw. die Legalisierung von bisher nicht angemeldeten Beschäftigungsverhältnissen ermöglicht. Die Zahl der zugelassenen Tagesmütter ist von 130 000 im Jahre 1991 auf 384 000 im Jahre 2002 gestiegen, darunter befinden sich viele Migrantinnen.

Familienpolitik als Instrument der Beschäftigungspolitik

Als weitere, wenn auch gänzlich anders geartete Maßnahme, die zur Senkung der Arbeitslosigkeit ergriffen wurde, erfolgte im Jahr 1994 eine Anpassung des Erziehungsgeldes (APE). Das Erziehungsgeld wird von der Familienkasse unabhängig vom Einkommen bis zum dritten Geburtstag des jüngsten Kindes – unter bestimmten Voraussetzungen hinsichtlich der vorangegangenen Berufstätigkeit – gezahlt. Ein Elternteil einer Familie von mindestens zwei Kindern muss sich dazu entschließen, die Erwerbstätigkeit aufzugeben oder sie nur in Teilzeit auszuüben. Es handelt sich um einen steuerfreien Pauschalbetrag von

Individuelle Betreuung im privaten Haushalt wird vom Staat unterstützt

493 Euro monatlich, sofern die Berufstätigkeit vollständig aufgegeben wird. Dies trifft auf 80 Prozent der Empfänger und Empfängerinnen zu. Diese Reform hat de facto zu einer Senkung der Beschäftigungsquote von Müttern – insbesondere im unteren Lohnbereich – geführt.

Haushaltsscheck als Steuererleichterung zur Einstellung von privaten Hilfen für die Kinderbetreuung

Zum Maßnahmenkatalog der öffentlichen Hand zugunsten von Eltern schulpflichtiger Kinder (ab dem Alter von sechs Jahren), die insofern weder die AFEAMA noch die AGED erhalten können, gehört ein Haushaltsscheck („Chèque emploi-service“), der in den achtziger Jahren eingeführt wurde. Dank der Steuererleichterungen, die im Rahmen dieser Maßnahme gewährt werden, können Familien Personen einstellen, welche die Kinder in schulfreien Zeiten betreuen. Schließlich können die Eltern auch von den Institutionen Gebrauch machen, die parallel zur Schule für Kinder und Jugendliche aufgebaut wurden; in diesen von den Gemeinden und der Familienkasse gemeinsam finanzierten Einrichtungen werden Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche angeboten. Die Bemühungen des Staates um die Betreuung und die Entfaltung der Kinder spiegeln sich in einer beträchtlichen Steigerung der öffentlichen Ausgaben auf diesem Gebiet wider.

Knappheit der Krippenplätze betrifft insbesondere Familienmütter mit niedrigem Einkommen

Ungeachtet des politischen Ziels, Eltern Wahlfreiheit bezüglich der Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten, kann nicht geleugnet werden, dass diese „freie Wahl“ für die Mehrzahl der Familien nicht existiert. Dies hat vielseitige Gründe, die im finanziellen Bereich, an den Arbeitszeiten und/oder an den Mängeln des Betreuungsangebots liegen können. Für Familien mit niedrigem Einkommen ist die Krippe nach wie vor die günstigste Betreuungsform (abgesehen von der Vorschule, die kostenlos ist, die aber nur ein Drittel der unter dreijährigen Kinder aufnimmt). Die Knappheit der Krippenplätze benachteiligt deshalb insbesondere diese Familien. Mütter mit einem niedrigen Einkommen nehmen deshalb zu einem Großteil das Erziehungsgeld (APE) in Anspruch. Hinzu kommt, dass die Krippen geographisch ungleichmäßig verteilt sind: Fast die Hälfte der Plätze befinden sich im Pariser Großraum.

Die jüngste Reform bezüglich der Kinderbetreuungshilfen ist von begrenzter Tragweite. Gleichwohl bestätigt sie den großen Einfluss der Beschäftigungspolitik auf die Familienpolitik. Seit Januar 2004 gibt es das „Prestation d'accueil du jeune enfant“ (PAJE). Letztlich fasst diese Leistung alle Kleinkinderbetreuungshilfen unter einer gemeinsamen Bezeichnung zusammen. Die PAJE hat das Leistungssystem allerdings nicht vereinfacht, denn die Reform hat, um die Ausgaben zu begrenzen, neue Einkommensobergrenzen und zusätzliche Bewilligungskriterien einge-

führt, die je nach der von den Eltern gewählten Betreuungsart unterschiedlich sind. Der Grundbetrag der PAJE (monatlich 160 Euro bis zum dritten Geburtstag des Kindes ohne Bedingung hinsichtlich der Berufstätigkeit der Eltern) wird nur unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze (4.575 Euro im Monat) ausbezahlt. Die neuen Modalitäten begünstigen Familien mit mittlerem oder geringem Einkommen im Falle der Einstellung einer zugelassenen Tagesmutter und begünstigen die wohlhabenden Familien im Falle der Inanspruchnahme einer Betreuerin zu Hause. Neu ist auch, dass die dem bisherigen Erziehungsgeld entsprechende Leistung auf Eltern mit einem Kind ausgeweitet wurde: Wenn nach dem Mutterschaftsurlaub eine Berufstätigkeit nicht wieder aufgenommen wird, hat ein vorher kontinuierlich beschäftigtes Elternteil sechs Monate lang ein Anrecht auf 500 Euro monatlich.

Die Rolle der Wirtschaft. Hinsichtlich eines Engagements der Wirtschaft im Bereich der Familienpolitik für Eltern mit minderjährigen Kindern besteht ein gewisses Misstrauen der Franzosen. So nennen bei Umfragen die Befragten den Staat stets als den wichtigen Akteur der Familienpolitik und fordern von ihm flexiblere Betreuungsangebote. Dennoch sind auch in Frankreich betriebliche Regelungen für ein zusätzliches Erziehungsgeld und flexible Arbeitszeitregelungen zu finden.

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Verglichen mit den umfassenden Möglichkeiten der Unterstützung bei der Betreuung von Vorschul- und Schulkindern nehmen sich in Frankreich die Maßnahmen zur Unterstützung der stationären und häuslichen Pflege Älterer bescheiden aus. Nach einer Testphase für die Einführung einer Pflegeversicherung wurde im Jahr 2002 landesweit eine steuerfinanzierte Beihilfe für Pflegebedürftige eingeführt („Allocation personnalisée à l'autonomie“, APA). Die administrative Zuständigkeit hierfür liegt insbesondere bei den Regionen. Die APA erlaubt die Wahl zwischen stationärer oder häuslicher Betreuung. Der französische Ansatz stellt gedeckelte Leistungen entsprechend verschiedener Stufen der Pflegebedürftigkeit bereit, wobei die Betroffenen bis zu 80 Prozent der veranschlagten Kosten entsprechend ihrer Einkommenssituation selbst tragen müssen. Geldleistungen sind in Frankreich bedarfsgewichtet. Die Beihilfe kann auch für die Entlohnung von häuslichen Pflegekräften von außen verwendet werden. Häufig übernehmen Vermittlungsagenturen die Anstellung, Verwaltung und Abrechnung dieser Pflegekräfte, die formal nicht bei den Agenturen, sondern direkt bei den Pflegebedürftigen beschäftigt werden. Die APA kann auch für pflegende Familienangehörige verwendet werden, nicht aber für den Ehepartner. In Frankreich gilt die Einführung der

Vermittlungsagenturen: Management für die häusliche Pflege – Expansion des Niedriglohnssektors

APA auch als arbeitsmarktpolitisches Instrument. Durch sie wurden hunderttausende von Arbeitsstellen geschaffen bzw. legalisiert. Es handelt sich damit um die Expansion eines Sektors niedrig bezahlter, unqualifizierter Gelegenheitsarbeit. Allgemein wird hinsichtlich der Betreuung älterer Familienangehöriger kritisch angemerkt, dass die APA die alltägliche Lebensführung der Pflegenden noch nicht signifikant erleichtert hat. Die Mehrheit der Pflegenden sind Frauen im Alter von 40 bis 60 Jahren, die in Frankreich in hohem Maße erwerbstätig sind und anders als bei der Betreuung von Kleinkindern keine Möglichkeit der abgesicherten Erwerbsunterbrechung haben.

II.3.3.3 Das Beispiel: Niederlande²³

Allgemeine Einordnung. Der niederländische Wohlfahrtsstaat wird in internationalen Vergleichen üblicherweise der Gruppe konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaaten zugeordnet. Dies bedeutet für die Familienpolitik, dass die Familie zunächst sich selbst überlassen ist und staatliche Eingriffe auf ein Minimum begrenzt werden. Diese Zuordnung wird dem Einfluss konfessioneller Parteien der Nachkriegsgesellschaft zugeschrieben, die von einer starken konservativen Familien- und Mutterschaftsideologie geprägt waren und sich einer umfassenderen staatlichen Regulierung aufgrund des Subsidiaritätsprinzips widersetzen. Auch heute gibt es in den Niederlanden kaum explizit auf die Familie ausgerichtete staatliche Regelungen. Dies spiegelt sich auch in dem insgesamt geringen Niveau der öffentlichen Ausgaben für familienpolitische Geld- und Sachtransfers wider (vgl. oben). Die Niederlande sind ein Beispiel für ein Land mit einer impliziten Familienpolitik, das Regelungen mit familienpolitischem Bezug insbesondere in den Feldern der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialen Sicherung aufweist. Transfers zielen in den Niederlanden traditionell auf das Individuum und nicht auf die Familie als System.

Wandel vom
Hauptnährer-
modell zum
Zuverdienermodell

Bis in die 70er Jahre herrschte in den Niederlanden das Male-Breadwinner-Modell vor, während sich in den 80er und 90er Jahren mit einer zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit das Anderthalb-Verdienermodell durchsetzte. Die Erwerbsbeteiligung niederländischer Frauen ist stark vom Vorhandensein, der Zahl und dem Alter der Kinder abhängig. Tendenziell sind Mütter mit mehreren Kindern weniger häufig erwerbstätig als Mütter mit einem Kind, aber auch nur, solange die Kinder noch jung sind. Zwischen der Erwerbs-

partizipation von Vätern und Müttern bestehen in den Niederlanden große Unterschiede. Die Beschäftigungsquoten von Vätern liegen durchschnittlich etwa 20 Prozentpunkte über denen der Mütter. Innerhalb eines Jahrzehnts (1989 bis 99) haben sich die Erwerbsquoten der Mütter kleinerer Kinder (bis sechs Jahre) in den Niederlanden allerdings fast verdoppelt: von 32 Prozent auf 61 Prozent. Im EU-Vergleich relativ niedrig ist die Arbeitsmarktpartizipation von allein Erziehenden. Von den allein erziehenden Müttern waren in den Niederlanden 1999 über 60 Prozent nicht erwerbstätig.

Die auffallende und viel diskutierte Besonderheit des niederländischen Arbeitsmarktes ist der im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Anteil der Teilzeitarbeit. Seit Beginn der 1980er Jahre nahm diese Form der Beschäftigung kontinuierlich zu, wobei sich in den letzten Jahren eine gewisse Stabilisierung abzeichnet. Dabei gibt es eine deutliche Trennung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten. Inzwischen gehen mehr als 70 Prozent der erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den Männern liegt die Teilzeitquote bei 21 Prozent (Expertise Klammer 2004). Die Gründe für diese hohe Teilzeitbeschäftigung sind durch mehrere Faktoren beeinflusst²⁴: Darunter fallen unterschiedliche betriebliche Vereinbarungen seit Anfang der 90er Jahre und die gesetzliche Regelung, die seit dem Jahr 2000 jedem Arbeitnehmer bzw. jeder Arbeitnehmerin ein Recht auf eine Arbeitszeitreduzierung (und -erweiterung) zusichert. Hinzu kommen zahlreiche spezifische Regelungen, welche die soziale Absicherung von Teilzeitbeschäftigten betreffen. Im Kontext von familienbezogenen Regelungen muss betont werden, dass diese Teilzeitregelungen nicht speziell auf Familien ausgerichtet sind, sondern alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betreffen.

Hinsichtlich der Kindarmut liegen die Niederlande im europäischen Mittel. Anfang der 90er Jahre betrug die Armutsrate von Kindern in allein erziehenden Haushalten 29,6 Prozent, während die von Kindern in Paarhaushalten mit 6,8 Prozent sehr viel geringer war. Im Jahr 2000 waren 17,7 Prozent der erwerbstätigen Arbeitslosen einkommensarm und 42,8 Prozent der gleichen Gruppe, die nicht erwerbstätig waren. Im Jahr 2001 betrug die Armutsquote von Kindern 9,8 Prozent; ohne staatliche Transfers und steuerliche Maßnahmen betrug sie 11,1 Prozent. Dies verdeutlicht, dass die niederländische Transfer- und Steuerpolitik relativ betrachtet nur zu einer

Teilzeit für alle
Arbeitnehmer
möglich

²³ Vgl. dazu Expertise Adema u. a. (2004), Expertise Diemel (2004), Kamerman u. a. (2003), Expertise Klammer (2004), Rostgaard und Fridberg (1998), Missoc (2004), Expertise Scheiwe (2004) und UNICEF (2005).

²⁴ Der hohe Anteil an Teilzeitarbeit wird von van Oorschot (2002) als Folge einer „Faktorenkombination“ angesehen.

geringen Reduzierung von Erwerbsarbeit beiträgt.

Im Einzelnen sind für die niederländische Familienpolitik die folgenden Regelungen von Interesse.

Geldleistungen. Das Kindergeld ist in den Niederlanden einkommensunabhängig, variiert aber mit dem Alter des Kindes. Für Kinder bis zu sechs Jahren betrug es 2002 monatlich 683 Euro, für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren 829 Euro und für Kinder im Alter von zwölf bis 18 Jahren 976 Euro. Für Niedrigeinkommensbezieher gibt es unterschiedliche kindbezogenen Steuergutschriften. Außerdem existiert ein „Combination Credit“ für erwerbstätige Paare mit Kindern unter zwölf Jahren und eine Steuergutschrift für erwerbstätige allein Erziehende. Fast alle Eltern können die Kosten für genutzte formale Kinderbetreuungsangebote steuerlich geltend machen (siehe unten). Insgesamt bestehen keine steuerlichen Anreize für einen zweiten Verdienst; dieser unterliegt im Durchschnitt einer Nettobesteuerung von 30 Prozent. Die dennoch hohe Teilzeitquoten bei Müttern in den Niederlanden liegt demnach weniger im Steuersystem begründet, sondern in den bereits genannten Faktoren und auch den Kinderbetreuungskosten.

Zeitpolitik. Wie in allen europäischen Ländern gibt es in den Niederlanden Mutterschutzregelungen, die eine voll bezahlte Freistellung von 16 Wochen um die Geburt umfassen. Seit 2001 haben Väter einen gesonderten Anspruch auf einen voll bezahlten Vaterschaftsurlaub, der sich auf zwei Tage beläuft. Die Bestimmungen zur Familienzeit gelten für Mütter und Väter gleichermaßen. Gemäß dem niederländischen Elternzeitgesetz haben beide Elternteile Anspruch auf eine unbezahlte Freistellung, die bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes geltend gemacht werden kann. 1997 wurde als Gesamtzahl der möglichen Freistellungstage das 13-fache der wöchentlichen Arbeitszeit festgelegt, wobei die Dauer der Elternzeit auf längstens sechs Monate begrenzt ist. Die Arbeitnehmer können wahlweise eine längere Freistellung oder mehrere kürzere beantragen. Seit Januar 2001 wird die betriebliche Entgeltfortzahlung während der Elternzeit steuerlich gefördert. Der Arbeitgeber kann 50 Prozent des gezahlten Arbeitsentgelts (bis zu einer Grenze von 70 Prozent des Mindestlohnes) bei der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen in Abzug bringen. Insgesamt ist die Inanspruchnahme der Elternzeit in den Niederlanden eher gering. Im staatlichen Sektor, wo das Arbeitsentgelt während der Freistellung weitergezahlt wird, wurde der Anspruch auf Elternzeit in den 90er Jahren von etwas mehr als der Hälfte aller anspruchsberechtigten Frauen geltend gemacht. In anderen Sektoren, in denen

keine Entgeltfortzahlung vorliegt, ist die Inanspruchnahme der Elternurlaubsregelung dagegen viel geringer. Insgesamt verzichteten etwa 75 Prozent aller Berechtigten auf ihren Elternzeitananspruch, wobei als Hauptgrund finanzielle Gründe angeführt werden.

Auch jenseits der Elternzeit besteht in den Niederlanden die Option, von der beruflichen Tätigkeit freigestellt zu werden, wenn Betreuungsaufgaben dies erfordern. Hier sind zum einen die Möglichkeiten zu erwähnen, kurzfristig zum Zwecke der Betreuung kranker Kinder und anderer pflegebedürftiger Familienangehöriger freigestellt zu werden. Der gesetzlich vorgesehene Anspruch hierfür beläuft sich auf maximal zwei Wochen (bzw. das zweifache der wöchentlichen Arbeitszeit) am Stück und kann maximal dreimal in Anspruch genommen werden. Während dieser Zeiten zahlt der Arbeitgeber mindestens 70 Prozent des Bruttoeinkommens weiter. Darüber hinaus können erwerbstätige Personen mit Betreuungsaufgaben von einem System für berufliche Unterbrechungen profitieren. Mit dem Gesetz zur Finanzierung beruflicher Unterbrechungen von 1998 strebte die Regierung eine Verbesserung der Möglichkeiten für Arbeitnehmer an, sich beurlauben zu lassen (Betreuungsaufgaben oder auch Weiterbildung). Die Mindestfreistellungsdauer beträgt zwei, die Höchstdauer sechs Monate. Nach den Regelungen des Gesetzes „Arbeit und Sorge“ besteht alternativ auch die Möglichkeit, die Arbeitszeit um mindestens ein Drittel zu reduzieren. Für die Dauer der Freistellung wird eine monatliche Beihilfe gezahlt, die im Jahr 2002 490 Euro betrug. Gleichzeitig soll durch diese Regelung die Arbeitsmarktbeteiligung der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Gruppen gefördert werden, denn laut Gesetz kann die Beihilfe nur bewilligt werden, wenn die frei gewordene Stelle mit einem Arbeitslosen, Erwerbsbehinderten oder mit einer Mutter, die nach einer langjährigen „Kinderpause“ wieder in den Beruf zurückkehrt, besetzt wird. Eine Evaluierung nach dem ersten Jahr seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Finanzierung beruflicher Unterbrechungen zeigt, dass die Realität hinter den Erwartungen zurückblieb. Nur eine sehr geringe Zahl von 217 Beschäftigten hatte die Beihilfe in Anspruch genommen, wohingegen die Regierung von etwa 56.000 Nutzern während der ersten fünf Jahre ausgegangen war. Als ein wichtiger Grund wird der mit der Option verbundene Einkommensverlust gesehen.

Über diese beiden Freistellungsregelungen hinaus können Arbeitnehmer in den Niederlanden seit 2001 unabhängig von Betreuungsaufgaben Zeit über eine Art Arbeitskontenmodell ansparen und zu einem späteren Zeitpunkt für Weiterbildung, Pflege, Urlaub oder auch „echte“ Altersteilzeit einsetzen. Die durch das Gesetz „Arbeit

Gesetz „Arbeit und Sorge“ – Option der beruflichen Freistellung für Betreuungsaufgaben

Arbeitskontenmodell – Möglichkeit der Ansparung von Zeit und Geld mit Lebenslauf

Keine steuerlichen Anreize für einen zweiten Verdienst

und Sorge“ festgelegten Rahmenregelungen sehen die Möglichkeit vor, 10 Prozent des Gehalts oder einen entsprechenden Anteil der Arbeitsstunden auf diese Weise anzusparen. Aktuell plant die Regierung eine noch weitergehende Rahmengesetzgebung, die es Arbeitnehmern ermöglichen soll, einen Teil ihres Gehalts für alle Arten von Zeitbedarfen während des gesamten Lebenslaufs anzusparen. Damit erfolgt eine Ausdehnung auf die Lebenszeitperspektive, die auch im europäischen Kontext neu ist.

Infrastrukturleistungen. Die öffentliche Förderung von Kindertageseinrichtungen setzte in den Niederlanden erst relativ spät ein, so dass es heute immer noch zu wenig Einrichtungen und Betreuungsplätze gibt. Anfang der 1990er Jahre machte sich die Regierung erstmals gezielt für die Schaffung öffentlicher Kindertageseinrichtungen stark. Ziel war es, das volle Potenzial der niederländischen Erwerbsbevölkerung zu nutzen. Dabei erklärte die Regierung von Anfang an, dass sie eine dreiseitige Verantwortung für die Kinderbetreuung sieht, die eine Aufteilung der Kosten zwischen Regierung, Arbeitgebern und Familien impliziert. Hinsichtlich der staatlichen Verantwortung fand eine Dezentralisierung statt, mit der die Kommunen die Verantwortung für den Ausbau der Kinderbetreuung übernahmen. Im Rahmen einer gesonderten Fördermaßnahme wurden von der zentralen Regierung Zuschüsse an die Gemeinden gezahlt. Darüber hinaus haben Unternehmen die Möglichkeit, Plätze in Kindertageseinrichtungen für ihre Mitarbeiter „anzumieten“, was in der Praxis sehr häufig genutzt wird: Etwa drei Viertel aller bestehenden Einrichtungen wurden von Unternehmen „angemietet“. Heute gründen Arbeitgeber und Gewerkschaften häufig gemeinsam Stiftungen zur Finanzierung der Kinderbetreuung. 1995 wurde eine Steuerermäßigung für Eltern und Arbeitgeber eingeführt, die Kinderbetreuungseinrichtungen nutzen bzw. neu errichten. Darüber hinaus sieht das neue niederländische Steuersystem eine (nach oben begrenzte) Steuerermäßigung für Tagesbetreuungscentren vor; ferner sind Kinderbetreuungskosten für Kinder bis zu 13 Jahren bis zu einer Jahreshöchstgrenze steuerlich absetzbar. Die Kommunen beteiligen sich an den Kosten der Kinderbetreuung für allein erziehende erwerbstätige Mütter, deren Einkommen geringer ist als 130 Prozent des Mindestlohns.

1999 wurde das Programm für die außerschulische Kinderbetreuung erweitert: Es sieht Kinderbetreuungszuschüsse an allein Erziehende vor, die in den Arbeitsmarkt eintreten oder dies beabsichtigen. Eine weitere befristete Maßnahme zur Förderung der außerschulischen Kinderbetreuung, in deren Rahmen die niederländischen Gemeinden für jeden neu geschaffenen Betreuungsplatz eine konkrete finanzielle Unterstützung

erhalten, zielt auf eine Erhöhung der Plätze für Kinder zwischen vier und zwölf Jahren. Obwohl die absolute Mehrheit dieser Altersgruppe bereits eine Schule besucht, gibt es für Eltern Betreuungsprobleme außerhalb der täglichen Schulzeiten, die in den Niederlanden relativ kurz und im EU-Vergleich relativ unzuverlässig sind.

Ein Gesetz über eine umfassende Grundversorgung im Bereich der Kinderbetreuung trat im Jahr 2001 in Kraft. Dieses Gesetz legt fest, dass die lokalen Behörden nur die Qualität der Kinderbetreuung und ihrer Anbieter überwachen und steuern sollen, während die Bereitstellung privaten Anbietern überlassen bleibt.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass etwa 30 Prozent der Kosten der Kinderbetreuung öffentlich finanziert sind, 25 Prozent der Kosten von den Arbeitgebern, und die Eltern die verbleibenden 45 Prozent über Gebühren abdecken. Bei etwa 13 Prozent der Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen tragen die Eltern die gesamten Kosten.

In den Niederlanden bestehen große Unterschiede zwischen der Versorgung der Kinder bis zu drei Jahren und den Vier- bis Sechsjährigen. 1999 betrug die Versorgungsquote der bis zu Dreijährigen im Bereich öffentlich geförderter Kindertageseinrichtungen 6,5 Prozent. 31 Prozent dieser Altersgruppe wurde 1999 von einer Tagesmutter im Haushalt des Kindes betreut. Bei den älteren Vorschulkindern wurde mit 98 Prozent eine fast flächendeckende Versorgungsquote erzielt. Hierbei wird die Betreuung in öffentlich finanzierten Vorschulen miteinbezogen, die von fast allen Vier- und allen Fünfjährigen besucht wird.

Die Rolle der Wirtschaft. Wie oben bereits dargestellt, spielen die Arbeitgeber eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, in den Niederlanden Beruf und Familie zu vereinbaren. So gibt es seit den 1990er Jahren zahlreiche tarifvertragliche Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Inzwischen sehen viele Tarifverträge Regelungen für Teilzeitarbeitnehmer, Schwangere und Arbeitnehmer in der Elternzeit relativ umfassende Ansprüche vor. Auch die Kinderbetreuung ist inzwischen zu einem Standardthema geworden. Etwa die Hälfte aller Tarifverträge sehen zusätzliche Ansprüche auf Elternzeit und Notfallfreistellung vor, jedoch bot Ende der 90er Jahre nur etwa ein Viertel Möglichkeiten für eine kurzfristige Freistellung für Pflegezwecke. Alles in allem gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen tariflichen Regelungen und den verschiedenen Wirtschaftsbranchen. Die folgende Tabelle gibt einen Eindruck über die Vielfalt der Regelungen. Sie verdeutlicht außerdem, dass ein erheblicher Anteil der Arbeitnehmer davon betroffen ist.

Ausbau von Betreuungseinrichtungen in Verbindung mit der Aktivierung der „stillen Arbeitskraftreserven“

Arbeitgeber spielen einen aktiven Part für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Tabelle II.8

**Familienfreundliche Maßnahmen 1998 in Tarifverträgen und Arbeitsverträgen
von Beschäftigten in den Niederlanden**

Maßnahmen	% Tarifverträge	% Arbeitsverträge
Flexible Arbeitszeiten	67	62
Schwangerschafts-/Mutterschaftszulage	5	
Vaterschaftsurlaub	91	79
Erziehungsurlaub	50	41
Bezahlter Urlaub	5	
Betreuungsurlaub	19	21
Bezahlter Urlaub	10	
Ansparen von Arbeitszeit	28	42
Nur für Weiterbildung	19	
Nur für Pflege	6	

Quelle: Willem Adema, Oliver Thévenon and Mark Pearson: Public Support for Families and the Diversity in Work and Family reconciliation solutions in Denmark, France, the Netherlands and the United Kingdom, Expertise für den Siebten Familienbericht, Paris.

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Wie bereits dargestellt, betreffen die niederländischen Freistellungsregelungen auch die Betreuung und Pflege von Familienangehörigen. Hinzu kommt, dass die Niederlande eine staatliche beitragsfinanzierte „Pflegeversicherung“ hat, die sowohl die stationäre als auch ambulante Pflege abdeckt (Allgemeines Gesetz über außergewöhnliche Krankheitskosten). 1998 wurden Reformen implementiert, die dem System eine größere Nachfrageorientierung verleihen sollten, indem kommunale „Care Authorities“ entscheiden, welche Pflege im Einzelfall sinnvoll ist. Die Betroffenen können zwischen Geld- und Sachleistungen wählen. Es kann auch in den Niederlanden von einer „De-Institutionalisierungspolitik“ für ältere Menschen gesprochen werden, gleichwohl der Anteil älterer Menschen, die in betreuten Einrichtungen leben, in den Niederlanden im europäischen Vergleich mit fast 9 Prozent am höchsten war. Für die Familien besteht keine Verpflichtung die Pflegebedürftigen finanziell zu unterstützen.

II.3.3.4 Das Beispiel: Vereinigtes Königreich²⁵

Allgemeine Einordnung. Das Vereinigte Königreich gilt als liberaler bzw. residualer Wohlfahrtsstaat, d. h. dass das Individuum generell als selbstverantwortlich für seine soziale Sicherung angesehen wird und wohlfahrtsstaatliche Leis-

tungen überwiegend als Minimalleistungen bzw. zur Absicherung von Not- und Krisensituationen konzipiert sind. Dementsprechend dominierten bis in die 80er Jahre in der britischen Familienpolitik Maßnahmen für bedürftige Familien mit dem Ziel der Verhinderung bzw. Bekämpfung von Armut. Eine allgemeine Unterstützung von Familien war kaum entwickelt. Der britische Wohlfahrtsstaat orientierte sich am Male Breadwinner Model als Norm geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Neuere Entwicklungen bei den Frauen- bzw. Müttererwerbsquoten und bei der Entwicklung familialer Erwerbsmuster zeigen jedoch einen vergleichsweise eindeutigen Trend hin zum modernisierten Ernährermmodell, der Vollzeit- Teilzeitkombination. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen im Vereinigten Königreich von knapp 70 Prozent im Jahr 2002 wird vor dem Hintergrund einer hohen Teilzeitquote der Frauen von 40 Prozent erreicht, die bei Männern sehr viel geringer ist, da diese zu 60 Prozent mehr als 40 Wochenstunden arbeiten (Expertise Dingeldey 2004). Die geschlechtsspezifische Differenzierung der Arbeitsmarktteilhabe zeigt sich damit weniger an der Arbeitsmarktteilhabe als vielmehr in Form einer Polarisierung der Arbeitszeiten. Das Vorhandensein von Kindern hat einen starken Einfluss sowohl auf die Verringerung der Erwerbsbeteiligung als auch auf die Arbeitszeit von Frauen. Die Beschäftigungsquote von Müttern mit einem Kind liegt bei 73 Prozent im Gegensatz zu der von Frauen ohne Kinder mit knapp 80 Prozent. Etwa Dreiviertel der Familienhaushalte sind Zweiverdienerhaushalte. Die Vollzeit-Teilzeitkombination wird von 40 Prozent der Familien gewählt. Spezifisch für das Vereinigte Königreich ist eine fast doppelt so hohe Beschäf-

Trend zum modernisierten Ernährermmodell bzw. Zuverdienermodell

De-institutionalisierungspolitik im Bereich der Pflege

²⁵ Vgl. dazu Expertise Adema u. a. (2004), Bertram (2003), Expertise Dienel (2004), Expertise Dingeldey (2004), Elschenbroich (2002), Kamerman u. a. (2003), Piachaud (2004), Expertise Scheiwe (2004) und UNICEF (2005).

tigtenquote von Müttern in Paarhaushalten wie von allein Erziehenden, wobei hinzu kommt, dass der Anteil von allein Erziehenden an den Familienhaushalten mit knapp 22 Prozent vergleichsweise hoch ist.

Der hohe Anteil von allein Erziehenden und deren – im Vergleich zu Frauen in Paarhaushalten – geringen Erwerbsbeteiligung stellte Anfang der 90er Jahre eine der Hauptursachen dafür dar, dass es im Vereinigten Königreich etwa drei Millionen sogenannter „Working Poor Households“ gab (Haushalte ohne Erwerbstätige, obgleich im erwerbsfähigen Alter). Vor dem Hintergrund eines zudem hohen Anteils von Geringverdienerhaushalten (Working Poor) lebten 1992/3 27 Prozent aller Kindern in Haushalten mit einem Einkommen unter 60 Prozent des Median. 1995 betrug die Armutsrate von Kindern in Einelternfamilien 40,3 Prozent; im EU-Vergleich wies das Vereinigte Königreich damit eine der höchsten Armutsrate von Kindern in Einelternfamilien auf. Jedoch auch die Armutsrate von Kindern in Paarhaushalten lag mit 17,5 Prozent weit über dem europäischen Durchschnitt. Auch Anfang des neuen Jahrhunderts, im Jahr 2001, war die Armutsrate von Kindern im Vereinigten Königreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mit 15,4 Prozent noch sehr hoch. Bei erwerbstätigen allein Erziehenden lag sie bei 20,6 Prozent. Die britische Steuer- und Transferpolitik führte aber bereits zu diesem Zeitpunkt zu einer Reduktion der Armutsquote von 25,4 Prozent auf 15,4 Prozent.

Vor diesen Hintergründen ist das Hauptcharakteristikum der aktuellen britischen Familienpolitik zu sehen: Insbesondere seit der Wahl von New Labour im Jahr 1997 konzentriert sie sich auf ein Ziel, der Verringerung bzw. Bekämpfung von Kinderarmut²⁶. Alle anderen Ziele, wie solche einer stärkeren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und eine egalitäre Beteiligung beider Geschlechter am Erwerbsleben ist letztlich diesem Ziel untergeordnet.

Zur Erreichung dieses Hauptziels, der Bekämpfung von Kinderarmut, wurden eine Vielzahl von unterschiedlichen Instrumenten der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Familienpolitik implementiert, die entweder die Beschäftigung insbesondere von allein erziehenden Müttern erhöht oder die kindbezogene Transferleistungen insbesondere für Kinder in einkommensschwachen Haus-

halten. Explizit wurden auch strategische Partnerschaften mit den Kommunen und freiwilligen Organisationen angestrebt, um innovative Projekte zu fördern.

Mit dem Politikwechsel von New Labour verbunden ist auch die Abkehr von einer impliziten hin zu einer eher expliziten Kinderpolitik²⁷. So erfolgte 2003 die Gründung eines Kinderministeriums unter dem Dach des Erziehungs- und Bildungsministeriums. Ziel war es, über die organisatorische Integration bzw. die Fokussierung der Belange von Kindern durch ein Ministerium eine Verbesserung der Koordination von kinderbezogener Leistungen zu erreichen. Dieser starke Bezug auf die Zielgruppe Kinder kommt auch darin zum Ausdruck, dass New Labour mehr als alle bisherigen Regierungen für Kinder ausgibt. Diese Ausgaben sind real um 52 Prozent angestiegen.

Der damit vollzogene Leitbildwechsel in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik hat im Vereinigten Königreich dazu beigetragen, das wohlfahrtsstaatliche Institutionensystem der sich vollziehenden Modernisierung der familialen Erwerbsmuster anzupassen und diese zu fördern. Obgleich das bislang erreichte Ergebnis im Hinblick auf die Unterstützung egalitärer Erwerbsmuster noch nicht überzeugt, ist die Implementation eines reflexiv vernetzten Reformprozesses von Arbeitsmarkt-, Familien- und Steuerpolitik sowohl zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Müttern als auch zur Bekämpfung von Kinderarmut beispielhaft. Es bleibt eine empirische Frage der nächsten Jahrzehnte, inwiefern diese Politiken nachhaltig sind, und tatsächlich zu einer Reduktion von Kinderarmut beitragen.

Im Einzelnen sind für die britische Familienpolitik i. w. S. die folgenden Maßnahmen von Interesse.

Geldleistungen. Im Bereich der Steuergesetzgebung wurde die Individualisierung der Familienbesteuerung über die schrittweise Abschaffung der Married Couples' Allowance bis zum Jahr 2000 eingeführt. Zudem wurde das Kindergeld als individualisierte (kindbezogene) und universelle (an alle Familien unabhängig vom Einkommen oder der Erwerbsmuster zu zahlende) Leistung ausgebaut. Im Jahr 2004 betrug das Kindergeld für das erste Kind eines Ehepaars (für allein Erziehende) 23,84 Euro (25,36 Euro) pro Woche und für alle weiteren Kinder 15,97 Euro pro Woche.

New-Labour: Wechsel von einer impliziten hin zu einer expliziten Kinderpolitik

Beispielhaft vernetzte Reformprozesse im Bereich der Arbeitsmarkt-, Familien- und Steuerpolitik

Hauptziel von New Labour: Bekämpfung der Kinderarmut

²⁶ Bereits mit der Reform von Beveridge in den späten 1940er Jahren und seit den 1960er Jahren hat sich die britische Politik mit dem Problem der Kinderarmut beschäftigt. Allerdings hat New Labour dieses Ziel verstärkt in den Mittelpunkt gestellt. In dem Bericht „Opportunity for all“ wurde explizit das Ziel benannt, Kinderarmut bis 2004/5 um ein Viertel zu reduzieren, bis 2010 zu halbieren und bis 2020 vollkommen zu beseitigen.

²⁷ Piachaud (Expertise 2004) verneint es, im britischen Kontext von einer expliziten Familienpolitik zu sprechen, da keine expliziten, auf die Familie als Ganzes formulierten, politischen Ziele existieren. Streng genommen kann demnach nur von einer expliziten Kinderpolitik gesprochen werden.

Bis Mitte der 90er Jahre waren im Vereinigten Königreich in Anlehnung an das Ernährermodell Mütter, die Transferleistungen empfangen, generell von der Arbeitsmarktteilnahme ausgenommen, so dass die Kinder im häuslichen Kontext betreut werden konnten. Mit dem New Deal for Lone Parents (NDLP) 1998 und dem New Deal for Partners of the Unemployed (NDLPU)²⁸ 1999 wurden mehr oder weniger explizit Mütter als arbeitsmarktpolitische Zielgruppen adressiert. Seit 2000 wurden für sie Qualifizierungsmaßnahmen angeboten. Ein Informationsgespräch im Arbeitsamt, zu dem allein Erziehende eingeladen werden, sobald das jüngste Kind das Schulalter erreicht, wurde verpflichtend. Seit 2004 ist ein solches Gespräch auch für die Partner von Transferempfängern und -empfängerinnen verpflichtend. Eine Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen ist allerdings freiwillig. Gleichwohl nahmen bis 2003 578 000 allein Erziehende an diesem arbeitsmarktpolitischen Programm teil, wovon 247 000 in Beschäftigung vermittelt wurden.

Die Maßnahmen der Beschäftigungsförderung wurden unter dem Motto „Making Work Pay“ durch eine umfassende Reform des Steuer- und Sozialleistungensystems flankiert. Damit sollten Arbeitsanreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Niedriglohnsektor geschaffen bzw. das Einkommen von Geringverdienern erhöht werden. Der Working Family Tax Credit (WFTC) von 1999 ist als arbeitsmarkt-, familien- und steuerpolitischer Maßnahmen-Mix zu charakterisieren und war zunächst im Einklang mit der Traditionen der britischen Familienpolitik auf Armutsbekämpfung bei Familien ausgerichtet. Eine erneute Reform in 2003 verallgemeinerte die Anspruchsbedingungen des zum Working Tax Credit (WTC)²⁹ umbenannten Instrumentes, das nun allgemein als negative Einkommensteuer gestaltet ist, gleichwohl es eine Subventionierung von anfallenden Kinderbetreuungskosten einschließt. Allgemeine Voraussetzung ist eine Mindestberufstätigkeit von 16 Stunden pro Woche. Inwiefern der WTC tatsächlich zu einer Steigerung der Müttererwerbstätigkeit beigetragen hat, ist unklar, da er für ei-

nen gering verdienenden Paarhaushalt wenig Anreize für einen Zweitverdienst setzt. Hinzu kommt, dass nur 18 Prozent der Familien, die den WTC in Anspruch nehmen, die dazu gehörigen Kinderbetreuungssubventionen nutzen. Dies kann auch dadurch erklärt werden, dass maximal 70 Prozent der Kinderbetreuungskosten erstattet werden.

Etwa 90 Prozent der Familien erhalten seit 2003 zudem den Child Tax Credit (CTC), eine Form eines einkommensabhängigen zusätzlichen Kindergeldes. Der Child Tax Credit ist nicht an die Erwerbstätigkeit der Eltern gebunden und wird nicht auf weitere bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen angerechnet. Dies trägt zu einer beträchtlichen Erhöhung der Transferleistungen für Kinder wie auch zu deren Vereinheitlichung bei.³⁰

Parallel zur Einführung des WFTC wurde die Geringfügigkeitsgrenze angehoben und damit das Segment „kurzer“, nicht versicherungspflichtiger Teilzeitarbeit massiv ausgeweitet. Dies lässt ebenso wie die zunächst dürftige Ausgestaltung der Arbeitsförderungsmaßnahmen für Mütter darauf schließen, dass die Befähigung zu qualifizierter und existenzsichernder Erwerbsarbeit nur bedingt Ziel der Reformen war. Vielmehr scheint vor allem für Mütter mit Kindern im Vorschulalter die Arbeitsmarktintegration größtenteils via (geringfügiger) Teilzeitarbeit im Niedriglohnsektor im Vordergrund zu stehen. Dies wird indirekt auch durch die Feinmodellierung der Ausweitung der Kinderbetreuung bestätigt (siehe unten).

Zeitpolitik. Im Rahmen der Politik von New Labour wurde der Mutterschutz und die Familienzeit ausgeweitet, um eine stärkere Bindung von Müttern an den Arbeitsplatz im Anschluss an die Geburt eines Kindes zu gewährleisten. Seit 2003 haben alle Erwerbstätigen einen Anspruch auf eine 26 Wochen umfassende Elternzeit, mit der in den ersten sechs Wochen eine 90 Prozent-Lohnkompensation verbunden ist und der verbleibende Zeitraum mit etwa 146 Euro pro Woche kompensiert wird. Daran anschließend können weitere 26 Wochen unbezahlte Elternzeit in Anspruch genommen werden. 2003 wurde außerdem eine zweiwöchige Elternzeit speziell für Väter geschaffen. Im Jahr 2002 kehrten acht von zehn Müttern, die in Elternzeit waren, an ihren Arbeitsplatz zurück, sobald dieser nicht mehr bezahlt war. 95 Prozent der Väter haben im Jahr

Ergänzung des Kindergeldes durch ein „Child Tax Credit“

Gezielte Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Niedriglohnsektor

²⁸ Das NDLPU-Programm trägt dem Rechnung, dass Kinderarmut nicht nur in allein erziehenden Haushalten bekämpft werden muss, sondern auch in Haushalten, in denen ein Partner, i. d. R. der Vater, Transferempfänger ist. Die Frauen dieser Männer sind die explizite Zielgruppe dieses Programms.

²⁹ Die Höhe des „Working Tax Credit“ ist abhängig vom Familienstand und gegebenenfalls von Kinderbetreuungs-kosten. Allein Erziehende und Paare mit oder ohne Kinder erhielten 2003 eine jährliche Transferleistung von 4 371,45 Euro, falls sie weniger als 7 312,24 Euro pro Jahr verdienen. Bei Einkommen über der Geringverdienergrenze wird der Transfer linear um 37 Prozent gekürzt. Die maximale Einkommensgrenze erhöht sich auf 49 980,49 Euro pro Jahr, wenn Kinderbetreuungs-kosten anfallen.

³⁰ Anspruchsberechtigt sind Familien mit Einkommen unter 19 118,77 Euro. Er besteht aus einem Familienzuschlag von 787,58 Euro p.a. sowie aus einem Zuschlag pro Kind in Höhe von 2.088,18 Euro p. a.. Im Jahr der Geburt eines Kindes wird der Familienzuschlag als „Baby Tax Credit“ verdoppelt. Bei Einkommen über dieser Geringverdienergrenze wird der Transfer ebenfalls linear um 37 Prozent gekürzt.

2002 eine Auszeit um die Geburt ihres Kindes genommen. Fast alle Väter, denen zusätzliche betriebliche Elternzeitregelungen zustanden, haben diese in Anspruch genommen. Im Mittel nahmen die britischen Väter allerdings nur fünf Tage Elternzeit. Das Rückkehrrecht auf den alten Arbeitsplatz, gilt im Vereinigten Königreich unabhängig von der dann gewählten Arbeitszeit – und beinhaltet ein Recht auf Teilzeitarbeit.

Arbeitsmarktpolitische Programme mit einer nationalen Kinderbetreuungsstrategie verknüpft

Infrastrukturleistungen. Um die Beschäftigungsfähigkeit vor allem von (allein erziehenden) Müttern zu gewährleisten, wurden die genannten arbeitsmarktpolitischen Programme im Jahr 1998 mit der National Child Care Strategy verknüpft. Diese zielte allgemein auf die Zunahme der Plätze in Kindertageseinrichtungen, eine verbesserte Finanzierbarkeit sowie die Steigerung der Betreuungsqualität, wobei jedoch soziale Problemregionen und allein Erziehende besonders gefördert werden sollten. Explizites Ziel war es, bis September 1998 einen Halbtagsplatz für alle vierjährigen und bis 2002 für zwei Drittel aller dreijährigen zur Verfügung zu stellen. Die spezifische „Dringlichkeit“ dieser Initiative zeigte sich daran, dass es bis Anfang der 80er Jahre kein öffentlich ausgebautes Kinderbetreuungssystem im Vereinigten Königreich gab. Hinsichtlich der Versorgungs- und Nutzungsquoten wurde das von Labour gesteckte Ziel weitgehend erreicht: Mittlerweile nehmen ca. 90 Prozent der 3- bis 4-Jährigen an einer Form der frühkindlichen Erziehung teil³¹. Allerdings wurden im Rahmen des erweiterten Angebots lediglich Betreuungszeiten von 12,5 Stunden die Woche während $\frac{2}{3}$ des Kalenderjahres gewährleistet. Damit war aber selbst die im Working Tax Credit vorgesehene Mindestarbeitszeit von 16 Stunden pro Woche nicht gewährleistet. Erwerbstätige Eltern waren deshalb auf zusätzliche informelle Betreuungsangebote, so z. B. durch Großeltern oder andere Verwandte und private Betreuungsangebote angewiesen, die für viele Eltern sehr teuer sind. Von daher versucht die Regierung in jüngster Vergangenheit die Kinderbetreuung durch zwei zusätzliche Maßnahmen zu verbessern. Zum einen sind auf kommunaler Ebene Early Years Development and Childcare Partnerships (EYDCPs) angesiedelt, die lokal abgestimmte Strategien entwickeln, um das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu verbessern. Zum anderen wurden die Subventionen für eine Vielzahl von Kinderbetreuungsmöglichkeiten erhöht; diese umfassen u. a. auch Existenzgründungsbe-

Lokal abgestimmte Strategien zur Erhöhung des Angebots von Kinderbetreuungsplätzen

hilfen für die Tagespflege oder Gelder für Qualifizierungsmaßnahmen.

Zudem haben auch die Plätze in den so genannten Day Nurseries (Vollzeit- oder Teilzeit-Tagespflege) deutlich zugenommen. Dieser Anstieg wird gleichwohl durch den Rückgang von Plätzen bei anerkannten Tagesmüttern (Childminders) (Vollzeit- und Teilzeitbetreuung von Kinder zwischen 0-7 Jahren) und in den Play Groups (stunden- und tageweise, unregelmäßige Betreuung) leicht gemindert. Da der Ausbau überwiegend im privaten Sektor erfolgte, sind die Kosten für Kinderbetreuung in den letzten Jahren stark angestiegen.³² Die Vielfalt und regionale Streuung von Kinderbetreuungsangeboten im Vereinigten Königreich fasst Tabelle II.9 zusammen.

Ausbau des privaten Sektors: Tagespflege

Die Betreuung von Schulkindern ist ein weiterer Schwerpunkt der britischen Regierung. Seit 2003 wurden von der Regierung etwa 92 Millionen Pfund für die Schaffung neuer Betreuungsplätze für Schulkinder bereitgestellt. Benachteiligte Regionen erhalten zusätzliche Mittel. Außerdem werden 90 Prozent der zusätzlichen Mittel im Rahmen der National Child Care Strategy auf die Out-of-School Clubs für Kinder von fünf bis sieben Jahren konzentriert. In Verbindung mit den ohnehin langen Schulzeiten im Vereinigten Königreich ist seitdem für Schulkinder eine lange Betreuungsdauer gewährleistet. Damit haben Eltern bessere Möglichkeit der Erwerbstätigkeit als Eltern mit Kindern im Vorschulalter.

Im europäischen Ausland bereits häufig als Vorbilder wahrgenommen sind die Early Excellence Centres ein weiterer wichtiger Bestandteil des Ziels, die Kinderarmut zu verringern. Ausgangspunkt für die Konzeption dieser Zentren waren Vorläuferprojekte, die dazu dienen sollten, die in Armut lebenden Kinder mit zwei oder einem Elternteil an eine Früherziehung und Familienbildung heranzuführen. Somit ist das Early Excellence Centres Programm (EEC) ein wichtiges Element der breit angelegten Regierungsstrategie, die zur Verbesserung von Erziehungs- und Bildungsstandards, der Verbesserung von Chancen, der Unterstützung von Familien, dem Abbau sozialer Isolation, der Verbesserung der Gesundheit und vor allem zum Abbau der Kinderarmut beitragen soll. Innerhalb von zwei Jahren, von 1997 bis 1999, wurden 29 Pilot Centres etabliert und im Weiteren entwickelten sich bis zu 107 Early Excellence Centres, vor allem in „benachteiligten“ Regionen und differenzierten sich je nach regionalen Bedarf vor Ort in ihren Angeboten aus (Bertram/Pascal u. a. 2001).

Konzepte der Early Excellence Centres als weitere Strategie zur Verringerung von Kinderarmut

³¹ Andere Quellen geben jedoch deutlich niedrigere Deckungsquoten an: Der Daycare Trust (2001) ermittelte für 1999 lediglich eine Versorgungsquote von 42 Prozent für die 3 bis 4 Jahre alten Kinder in pre-education oder child care.

³² Durchschnittlich kostete 2003 ein Vollzeitplatz pro Monat in einer Nursery für unter Zweijährige 802,03 Euro und 743,68 Euro für über Zweijährige. Allerdings liegt eine starke regionale Differenzierung vor.

Tabelle II.9

Kinderbetreuungsangebot und Vorschulerziehung in Großbritannien 2001

	Plätze/100 Kinder	Höchste regionale Quote	Niedrigste regionale Quote
	2001	2001	2001
Tageskrippe	9,5	12,0	6,8
Spielgruppen	11,0	17,0	4,0
Tagesmütter	6,3	8,1	3,3
Außerschul. Einrichtungen	8,2	21,0	5,7
Ferienbetreuung	12,0	20,0	6,8
Vorschulklassen*	90,0	–	–

* Vorschulklassen ab drei Jahren

Quellen: Dingledey, Irene (2004): „Holistic Governance“: Zur Notwendigkeit reflexiver Gestaltung von Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Diskutiert am Beispiel familialer Erwerbsmuster in Dänemark, Großbritannien und der Bundesrepublik, Expertise für den Siebten Familienbericht, Bremen

Sure- Start Programm im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung

Ein weiteres wichtiges Element der gegenwärtigen britischen Familienpolitik ist das Sure Start Programm³³. Es ist das größte britische Programm im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung. Ursprünglich wurden damit alle lokalen Maßnahmen beschrieben, die darauf ausgerichtet waren, eine qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung und Bildung mit gesundheitspolitischen und anderen familienunterstützenden Maßnahmen zu verbinden. Sie stellen insbesondere darauf ab, Betreuungs- und Bildungsaspekte miteinander zu verbinden, um so zu einer präventiven Armutsbekämpfung beizutragen. Jede Kommune kann in diesem Rahmen eigene Modelle entwickeln, wenn sie die Bedingung regelmäßiger Besuche von Fachleuten bei den Familien erfüllt³⁴. Inzwischen gibt es 524 solcher Zentren in den am stärksten benachteiligten Regionen. Bis zum Jahr 2008 sollen 1 700 solcher Zentren landesweit etabliert sein. Neben diesen Sure Start Zentren sollen in den Kommunen so genannte Children Informations Services und Childcare Partnership Manager lokal die Betroffenen bei kinderbetreuungsrelevanten Problemen unterstützen. Darüber hinaus wurden im Rahmen eines eigenen Gesetzentwurfs (Children's Bill) erstmals Ziele einer kindlichen Entwicklung festgelegt und entsprechende Maßnahmen zu deren Erreichung festgesetzt, die über eine Stärkung der elterlichen Erziehungskompe-

Gesetzentwurf „Children's Bill“

tenz, eine besseres Informationssystem über die kindliche Entwicklung bis hin zu dem Vorschlag reichen, auf kommunaler Ebene einen Director for Children's Services einzuführen. Dieser soll auf kommunaler Ebene für alle kindbezogenen Belange zuständig sein. Bis zum Jahr 2008 sollen auf dieser Ebene außerdem Children's Trusts eingerichtet werden, um kindbezogene Leistungen zu finanzieren.

Ab 2006 sollen die Sure Start Centres, die sich gezielt an Kinder und ihren Familien unter drei Jahren wenden, mit den Early Excellence Centres in Children's Centers vereinigt werden. Bei diesem neuen Programm geht es um den freien Zugang in ein integriertes Bildungszentrum in jeder Kommune – von der Geburt bis ins junge Erwachsenenalter. Dabei sollten diese Children's Centers räumlich in Grundschulen untergebracht werden, was für die Lehrer und andere Pädagogen, die in die Programme involviert sind, neue qualifikatorische Herausforderungen mit sich bringt.

Children Centers – integriertes Bildungszentrum in jeder Kommune

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Neben der im Vereinigten Königreich allgemein erkennbaren Marktorientierung spielt bei den britischen Sozialreformen die Hinwendung zu einer größeren familialen Verantwortung eine Rolle, was die Betreuung und Pflege von älteren Familienangehörigen angeht. So ist es nicht überraschend, dass auch im Vereinigten Königreich die informelle Pflege durch Angehörige die häufigste Form der Betreuung darstellt. Allgemein bestehen für Pflegebedürftige die Möglichkeit beitrags- und einkommensunabhängige Geldleistungen auf nationaler Basis sowie zusätzlich einkommensabhängige (Sach-)Leistungen von den

Informelle Pflege durch Angehörige häufigste Form der Betreuung

³³ Vgl. auch <http://www.surestart.gov.uk>.

³⁴ Im Minimum ist festgeschrieben, dass die betroffenen Familien kurz nach der Geburt eines Kindes und 18-24 Monate danach von Fachleuten besucht werden und für alle Kinder im Alter von drei Jahren zumindest ein Halbtagsplatz in einer Kindertageseinrichtung bereit steht.

Kommunen zu erhalten. Seit dem Anfang der 90er Jahre ist ein Rückzug des Staates als Erbringer von Pflegeleistungen hin zu einer Rolle als „Ermöglicher“ von Pflege durch Dritte, Familienangehörige oder private Dienstleister, festzumachen. Heute wird jeder Einzelfall von einem Case Manager des kommunalen Sozialdienstes bewertet und ein Paket notwendiger sozialer und medizinischer Dienstleistungen bestimmt. Der Anteil der Kosten, den jeder Betroffene selbst tragen muss, wird auf Basis des verfügbaren Einkommens und des vorhandenen Vermögens festgelegt. Mit New Labour wurde die Übernahme der medizinischen Pflegedienste durch den National Health Service ermöglicht, während die persönlichen Dienstleistungen (personal care) weiterhin von den Klienten selbst bezahlt werden müssen. Das Direct Payments Scheme erlaubt es, anstelle von Sach- für Geldleistungen zu optieren und die Pflege eigenverantwortlich zu organisieren. Häufiger ist jedoch, dass solche Pflegedienste für Ältere durch die kommunalen Sozialdienste organisiert werden. Personen ab 65 Jahren, die wegen körperlicher oder seelischer Behinderung tagsüber und/ oder nachts auf persönliche Pflege angewiesen sind, erhalten eine Pflegebeihilfe (Attendance Allowance). Außerdem existieren Beihilfen für Pflegepersonen (Carers Allowance), die u. a. an ein Maximum der eigenen Einkünfte und eine Pflegedauer von mindestens mindestens 35 Stunden pro Woche gebunden sind. Eine neue Regelung sieht vor, dass Arbeitnehmer, die Verwandte pflegen, künftig Anspruch auf flexible Arbeitszeiten haben – dies soll die analoge Regelung für Eltern erweitern.

II.3.3.5 Familienbezogene Maßnahmen in Deutschland

Allgemeine Einordnung. Der deutsche Wohlfahrtsstaat wird häufig als konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet. Eine solche Einordnung sowohl des west- als auch ostdeutschen Teils Deutschland verkennt allerdings, dass es auch aufgrund der unterschiedlichen Vergangenheiten wohlfahrtsstaatliche Bereiche gibt, bei denen insbesondere zwischen West- und Ostdeutschland signifikante Unterschiede festzumachen sind und eine einheitliche Zuordnung der beiden Teile Deutschlands nicht sinnvoll erscheint.

Familienpolitik i. e. S. ist in Deutschland dadurch dominiert, dass im Rahmen des dualen Familienlasten- bzw. -leistungsausgleichs³⁵ ein mo-

netärer Ausgleich der Lasten bzw. Leistungen von Eltern erfolgt. In Westdeutschland ist eine öffentlich finanzierte Förderung der außerhäuslichen Kinderbetreuung oder auch Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger dagegen eher gering ausgebaut. Kindertageseinrichtungen und Schulen waren in Westdeutschland lange Jahre nur halbtagsorientiert, um dem Leitbild der Priorität der Familie bei der Erziehung und Betreuung Rechnung zu tragen. In jüngster Vergangenheit findet diesbezüglich ein Paradigmenwechsel statt, der verstärkt die Verantwortung verschiedener Akteure insbesondere in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Kinder betont. Vor dem Hintergrund dieses Wandels entstehen eine Vielzahl von unterschiedlichen Initiativen unterschiedlicher Akteure, wie zum Beispiel die Initiativen zur Begründung „Lokaler Bündnisse“ für Familien (vgl. <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>). In der gesamtgesellschaftlichen Debatte wird dagegen die Vereinbarkeit einer Erwerbstätigkeit mit der Betreuung eines pflegebedürftigen Familienmitglieds weniger diskutiert, gleichwohl auch sie ein zentraler Bestandteil der gelebten Vereinbarkeitsproblematik ist.

In der deutschen Arbeitsmarktpolitik dominierte bislang die Orientierung an dem so genannten „Normalarbeitsverhältnis“ sowie an einer Politik des „knappen Arbeitsangebots“ (z. B. Frühverrentungen und Nicht-Aktivierung von Müttern). Westdeutschland hat sich von daher lange Jahre am männlichen Ernährermodell orientiert. In Ostdeutschland ist dies aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung von Müttern und der hohen Versorgungsquote mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen nicht der Fall, hier erfolgt vielmehr eine Orientierung am Zweiverdienermodell.

Die deutsche Familienpolitik kann als eine explizite Familienpolitik bezeichnet werden, da ein Großteil familienbezogener Maßnahmen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt ist. Dies trifft insbesondere auf den Familienlasten- bzw. -leistungsausgleich zu. Viele familienbezogene Maßnahmen finden sich jedoch auch in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik wieder oder sind Teil des deutschen Sozialversicherungssystems – wobei insbesondere die gesetzliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung bedeutsam sind. Ferner spiegelt sich in der Familienpolitik die föderale Struktur des deutschen Wohlfahrtsstaates wieder: Neben dem Bund sind sowohl die Länder als auch die Kommunen wichtige familienpolitische Ak-

**Paradigmenwechsel:
nicht mehr alleinige
Erziehungsverant-
wortung der Familie**

³⁵ Familienpolitische Leistungen, die aus dem Kriterium der Bedarfsgerechtigkeit und der Lebensstandardsicherung abgeleitet sind, zielen darauf ab, bestimmte Belastungen der Eltern zu kompensieren, die durch die Geburt und Erziehung der Kinder entstehen. Diese Instrumente lassen sich

unter dem Oberbegriff des Familienlastenausgleichs zusammenfassen. Daneben ist es eine weitere Aufgabe der staatlichen Familienpolitik, jene Leistungen zu kompensieren, die die Familien für die Gesellschaft erbringen, die aber nicht über den Markt abgegolten werden. Diese Leistungen fasst man als Familienleistungsausgleich zusammen.

**Familienpolitische
Maßnahmen nicht
kohärent aufeinan-
der bezogen**

teure, letztere insbesondere dann, wenn es um Infrastrukturleistungen im familialen Kontext geht. Entsprechend ist die Organisationsstruktur familienbezogener Politik stark fragmentiert. Hinzu kommt, dass im Gegensatz zu anderen Wohlfahrtsstaaten (wie z. B. den skandinavischen) die verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen nicht kohärent aufeinander bezogen sind. Außerdem sind für die Auszahlung und Verwaltung dieser Leistungen unterschiedliche Behörden zuständig. Je nach Bundesland erstrecken sich die Zuständigkeiten von Erziehungsgeldstellen, Familienkassen bei den Agenturen für Arbeit, Sozial- und Jugendämtern über Versorgungsämter, die Finanzämter, bis hin zu den Ämtern für Ausbildungsförderung. Hinzu kommt, dass die verschiedenen, mit familienbezogenen Maßnahmen betrauten Institutionen, mit jeweils unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen, Einkommensgrenzen und Leistungshöhen arbeiten. Die Finanzierung der familienbezogenen Maßnahmen in Deutschland erfolgt über vielfältige Finanzierungsquellen. Hauptsächlich werden sie durch Steuergelder des Bundes, der Länder und der Kommunen und durch Sozialversicherungsbeiträge finanziert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die familienbezogenen Leistungen in verschiedenen Rechtsbereichen geregelt sind und auf unterschiedliche Institutionen mit jeweils unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen, Leistungshöhen und Finanzierungsfragen verteilt sind. Darüber hinaus sind bestimmte familienpolitische Leistungen nicht explizit als solche ausgewiesen.

Im Einzelnen sind für die deutsche Familienpolitik die folgenden Regelungen von Interesse³⁶.

Geldleistungen. Als zentrales Element der deutschen Familienpolitik gilt der duale Familienleistungs- bzw. -lastenausgleich. Kernstück desselben ist das 1996 eingeführte Optionsmodell, das Eltern zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag „wählen“ lässt. Im Zuge der Umsetzung von Bundesverfassungsgerichtsurteilen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums für Kinder wurde im Rahmen des ersten und zweiten Gesetzes zur Familienförderung ergänzend zu den Kindergelderhöhungen im Jahr 2000 zunächst ein Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungskostenfreibetrag eingeführt. 2002 wurde in einer weiteren Stufe der Steuerfreibetrag zur Deckung des sachlichen Mindestbedarfs (Kosten für Wohnen, Ernährung usw.) auf 3 648 Euro an-

gehoben. Damit addieren sich die jährlichen kinderbezogenen Freibeträge auf 5 808 Euro pro Kind. Diese werden alternativ zu einem Kindergeld in Höhe von 154 Euro für das erste und zweite Kind gewährt. Unter steuersystematischen Gesichtspunkten ist beim Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag danach zu unterscheiden, welchen Betrag den Eltern als zuviel gezahlte Steuern rückerstattet wird und welcher Betrag eine echte Förderkomponente hat. Fiskalisch argumentiert lassen sich als familienpolitische Leistung i. e. S. insofern nur jene Maßnahmen bezeichnen, die über die Herstellung der Steuergerechtigkeit hinausgehen, also die sogenannte „Förderkomponente“ des Kindergeldes. Neben diesen steuerlichen Leistungen und Transferleistungen für alle Eltern treten spezielle Regelungen für allein Erziehende. Fernerhin können seit dem Jahr 2002 Kosten für die Kinderbetreuung bis zu einer Höhe von 1 500 Euro steuerlich als außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden.

Eine weitere wesentliche steuerliche Regelung zu Gunsten der Familie ist das 1958 eingeführte Ehegattensplitting. Ein wesentlicher Teil der finanziellen Familienförderung ist damit an die Ehe und nicht an das Vorhandensein von Kindern per se geknüpft. Gleichwohl muss darauf hingewiesen werden, dass insbesondere Paare mit Kindern von dieser steuerlichen Regelung sehr profitieren (vgl. z. B. Bach/Buslei 2003). Insgesamt beinhaltet dieses System der Familienbesteuerung kurz- bis mittelfristige Anreize für die Reduzierung der Erwerbsarbeit eines der beiden Partner bis hin zur Nichterwerbstätigkeit (vgl. z. B. Dingeldey 2000b). Unter Steuerrechtlern und zahlreichen Vertretern der Finanzwissenschaft gilt das Ehegattensplitting als adäquate Form der Ehegattenbesteuerung, da sie die innerfamiliale Einkommensaufteilung im Steuerrecht abbildet (vgl. z. B. Althammer 2003). Allerdings wird auch von diesen Befürwortern unter familienökonomischer Perspektive z. B. kritisiert, dass das Ehegattensplitting in seiner Entlastungswirkung zu unspezifisch wirkt.

Die am Status der Ehe orientierten dargestellten Regelungen korrespondieren mit dem Gewähren abgeleiteter sozialer Rechte von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung und Rentenversicherung. Darüber existieren weitere Rechte, die über Kinder abgeleitet sind. Insgesamt sind familienbezogene Maßnahmen auf der Leistungsseite sowie die beitragsfreie Mitversicherung von nicht erwerbstätigen (Ehe)partnern und Kindern bei der Beitragsberechnung von Bedeutung. Zu den wichtigen familienbezogenen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung gehören die Anrechnung von Kindererziehungszeiten, die Höherbewertung bestimmter Zeiten der Kindererziehung (Kinderberücksichtigungs-

**Ehegattensplitting
orientiert sich an der
Ehe und weniger am
Vorhandensein von
Kindern**

³⁶ Überblicke über familienbezogene Maßnahmen in Deutschland sind u. a. zu finden bei: Althammer (2000), BMFSFJ (2005a und b), Diemel (2002), Dingeldey (2005), Lampert und Althammer (2004), Ott (2000), Wingen (1997).

zeiten) sowie die Leistungen an Hinterbliebene. Außerdem sind bei der privaten Altersvorsorge, der sog. Riester-Rente, Kinderzulagen festzumachen. Ferner erhalten Ehepartner eine Hinterbliebenenrente, die sich am Renteneinkommen des verstorbenen Partners bzw. der verstorbenen Partnerin orientiert. Die familienbezogenen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung umfassen zum einen familienpezifische Maßnahmen auf der Leistungsseite und die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen. Auf der Leistungsseite sind dabei das Mutterschaftsgeld, die Mutterschaftshilfe und das Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes zu nennen. Der Bund zahlt pauschale Zuschüsse an die Krankenkassen für diese sogenannten „versicherungsfremden“ Leistungen. Zu diesen Maßnahmen hinzu kommen spezielle familienbezogene Leistungen in der Pflegeversicherung und der Arbeitslosenversicherung.

Bei der Arbeitslosenversicherung sind familienorientierte Bemessungen des Leistungsanspruchs zu nennen: Mit dem Job Aktiv-Gesetz aus dem Jahr 2002 wurde auch eine Anerkennung von Erziehungszeiten als Beitragszeiten in der Arbeitslosenversicherung eingeführt. Damit einher gingen die Erweiterung der Ansprüche auf Qualifizierungsmaßnahmen wie auch auf Lohnersatzleistungen, die auf eine qualifizierte Re-Integration in den Arbeitsmarkt nach Abschluss an die Erziehungsphase zielten. Allerdings wurde durch das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen aus dem Jahr 2003 für Berufsrückkehrer die im Job Aktiv Gesetz erreichte Förderung teilweise wieder aufgehoben. Des Weiteren sind durch die Verkürzung der Rahmenfristen Erziehungszeiten nur noch bis zum 4. (vorher 5.) Geburtstag des Kindes ohne Verlust von Förderungsansprüchen möglich.³⁷ Im Rahmen des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen wurde 2004 erstmalig ein gewisses Maß an politikfeldübergreifender Koordination im Hinblick auf eine umfassendere Arbeitsmarktintegration von Müttern intendiert. Im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II ab Januar 2005 wurde daran festgehalten, dass Mütter mit Kindern unter drei Jahren, für die kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht, von der Arbeitsmarktteilhabe freigestellt werden. Für Mütter mit älteren Kindern ist es dagegen eine Ermessensentscheidung, ob sie von der Arbeitsmarktteilhabe freigestellt sind.

Bei Sozialhilfeleistungen, die seit 2005 im Sozialgesetzbuch XII geregelt sind, existieren spezi-

fische Bedarfssätze für unterschiedliche Altersgruppen und damit auch Kinder. Spezifisch familienbezogene Leistungen sind beispielsweise die Zuschläge für werdende Mütter und für allein Erziehende. Zur Reduktion der in Deutschland vergleichsweise ausgeprägten Armut von Familien mit minderjährigen Kindern (vgl. Kapitel V) und als Anreiz zur Arbeitsaufnahme auch von gering entlohnten Tätigkeiten bzw. zum Vermeiden des „Abrutschens“ in das Arbeitslosengeld II können Eltern mit geringem Einkommen seit dem Januar 2005 außerdem einen Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro monatlich beantragen.

Darüber hinaus existieren für spezifische Bedarfslagen weitere Leistungen und es existieren Familienkomponenten im Hinblick auf das Wohnen von Familien. In diesem Kontext sind Kinderzulagen beim Wohngeld, die Kinderkomponente der Eigenheimförderung, dem sozialen Wohnungsbau und der Bausparförderung zu nennen (vgl. z. B. BMFSFJ 2005b). In vielen Zusammenstellungen familienbezogener Leistungen wird außerdem die Ausbildungsförderung („BAföG“) als familienpolitische Maßnahme gewertet.

Zeitpolitik. Familienzeitregelungen in Deutschland sehen einen Mutterschutz von 14 Wochen vor. In dieser Zeit wird ein Mutterschaftsgeld gezahlt, das sich aus einer Pauschale zusammensetzt, welche i.d.R. die Krankenversicherungen tragen, und durch den Arbeitgeberzuschuss ergänzt wird.

Außerdem haben beide Elternteile ein Recht auf eine Elternzeit von drei Jahren, die sie seit dem Jahr 2001 gleichzeitig oder nacheinander antreten können. Damit zielte diese Reform von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld erstmals auf die Kontinuität der Erwerbstätigkeit von Müttern im Rahmen eines „Doppelversorger-“ bzw. partnerschaftlichen Familienmodells ab, indem Teilzeitbeschäftigungen von bis zu 30 Stunden für beide Partner während der Elternzeit möglich sind. Die Neugestaltung des Erziehungsgeldes beinhaltete auch eine erstmalige Erhöhung der Einkommensgrenzen nach dem 7. Monat, welche zu einer generellen Ausweitung der Anspruchsberechtigten führt. Mit der Neugestaltung war auch eine Erhöhung des Erziehungsgeldes im Rahmen der sogenannten Budget-Option auf monatlich bis zu 460 Euro für nur ein Jahr, anstatt maximal 307 Euro für zwei Jahre verbunden. Hiermit wurde erstmalig ein Anreiz zur Verkürzung der Elternzeit geschaffen³⁸. Dies ist insofern bemerkenswert, als die unterschiedlichen

**Doppelverdienermode
ll als eine Grund-
lage der Elternzeit**

**Erstmals ist in einem
Gesetz eine umfas-
sende Arbeitsmarkt-
integration von
Müttern intendiert**

³⁷ Für Pflegende wurde 2003 die Anerkennung von Beitragszeiten aufgehoben und durch die Möglichkeit der freiwilligen Beitragsentrichtung ersetzt.

³⁸ Hinzu kommt die neue Möglichkeit, mit Zustimmung des Arbeitgebers ein Jahr der Elternzeit zwischen dem 3. und dem 8. Geburtstag des Kindes zu übertragen.

Änderungen in der Elternzeit bzw. des Erziehungsurlaubs und Erziehungsgeldes lange Jahre in die entgegen gesetzte Richtung führten: Sie hatten das Ergebnis, dass immer mehr Mütter aus dem Arbeitsmarkt temporär oder endgültig ausstiegen (vgl. z. B. Ondrich u. a. 1996, 1998, 2003). Unter der Prämisse der Haushaltskonsolidierung wurden ab 2004 die Förderbeträge des Erziehungsgeldes allerdings wieder nach unten geglättet und die für die Gewährung von Erziehungsgeld in den ersten sechs Monaten ausschlaggebenden Einkommensgrenzen abgesenkt. Neben diesen Regelungen auf Bundesebene haben einige Bundesländer zusätzliche landesspezifische Regelungen, welche i. d. R. additive Landeserziehungsgeldregelungen vorsehen (dies trifft auf Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen zu).

Infrastrukturleistungen. Die Bereitstellung familienergänzender Infrastruktur ist in Deutschland vorrangig Aufgabe der Länder und Kommunen. So regelt das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), dass die Länder und Kommunen für ein ausreichendes Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen zu sorgen haben. Fakt ist, dass Westdeutschland bei der Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen im europäischen Vergleich einen der hinteren Plätze einnimmt. Dies trifft insbesondere auf die Betreuung von Kindern unter drei Jahren und die ganztägigen Betreuungsangebote für Kinder im Kindergarten- und Schulalter zu. Auf Bundesebene besteht für Kinder ab dem dritten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, allerdings nur im Umfang von vier Stunden. Verschiedene Regelungen auf Bundesländerebene ergänzen diesen Rechtsanspruch. Nur drei Bundesländer dehnen den Rechtsanspruch auf Klein- und Schulkinder aus. Sachsen-Anhalt fasst den Anspruch am weitesten. Hier haben Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres einen Anspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz. In Brandenburg besteht ein Anspruch ab der Vollendung des 2. Lebensjahres. Kinder in Thüringen haben mit zweieinhalb Jahren zunächst Anspruch auf einen Kindergartenplatz und im Anschluss daran bis zum Abschluss der Grundschule auf Hortbetreuung. Fast alle Bundesländer haben bezüglich des zeitlichen Umfangs des Rechtsanspruches ein Mindestmaß festgelegt. Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen bilden dabei die Ausnahmen. Die Spannweite reicht von vier Stunden (Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein) bis zu einem Ganztagesplatz (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) (vgl. z. B. Sozialministerium Baden-Württemberg 2004). Ostdeutschland kann im Gegensatz zu Westdeutschland für alle Altersgruppen und Platzarten sehr viel höhere Versorgungsquoten aufweisen (vgl. Statistisches Bundesamt 2004a).

Westdeutschland nimmt im EU-Vergleich den hinteren Platz bei der Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen ein

Hinzu kommen Betreuungsangebote im Tagespflegebereich, die bisher von der Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht erfasst werden. Aus Umfragedaten, wie z. B. dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), ist bekannt, dass in Deutschland etwa 7 Prozent der unter Dreijährigen in Tagespflege sind oder von einer anderen bezahlten Betreuungsperson betreut werden. Darüber hinaus werden 32 Prozent der unter Dreijährigen regelmäßig von Freunden und Bekannten betreut. Sowohl im Bereich der Tagespflege als auch im Bereich anderer Betreuungspersonen sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland nicht so groß, wie im Bereich von Kindertageseinrichtungen; gleichwohl bemerkenswert ist, dass 38 Prozent der unter Dreijährigen in Ostdeutschland von Freunden und Verwandten betreut werden und dieser Anteil mit 30 Prozent in Westdeutschland geringer ist.

Tagespflege als zunehmend akzeptiertes Angebot

Seit einigen Jahren wird dieser Befund der geringen Versorgungssituation mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebenen breit diskutiert und es entwickelt sich schrittweise ein Perspektivenwandel dahingehend, dass die Bedeutung eines Ausbaus der außerhäusliche Kinderbetreuung zunehmend erkannt wird. Auf Bundesebene kann von einem Paradigmenwechsel dahingehend gesprochen werden, als der Bund sich zum einen mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ für eine verbesserte Betreuungssituation von Schulkindern ausspricht. Dabei bedient sich der Bund dem Instrument der Ko-Finanzierung, indem er im genannten Investitionsprogramm zwischen 2003 und 2007 4 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. Die Durchführung bzw. Umsetzung des Programms liegt gleichwohl bei den Ländern (vgl. <http://www.ganztages-schulen.org/171.php>). Zum anderen engagiert der Bund sich mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das seit dem Januar 2005 in Kraft ist, erstmalig an der Finanzierung des Ausbaus der außerhäuslichen Kinderbetreuung für Kinder im vorschulischen Alter. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz will die Bundesregierung den bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben. Im Gesetz neu geregelt ist, dass für Kinder unter drei Jahren mindestens Plätze in Tageseinrichtungen und in Tagespflege vorzuhalten sind, wenn die Eltern erwerbstätig sind oder eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen zur Förderung des Kindeswohls notwendig ist (vgl. § 24, Absatz 3, Nummer 1 und 2 Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG). Für diesen Ausbau will der Bund jährlich 1,5 Mrd. Euro bereit stellen, die sich aus den Einsparungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ergeben sollen.

Tagesbetreuungsausbaugesetz: vor allem für Kinder unter drei und über sechs Jahren

Wie neuere Berechnungen belegen, ist der über das TAG angestrebte Ausbau von 230 000 Plätzen

jedoch nicht ausreichend, wenn auch die Bedarfe von Müttern mit einem Erwerbswunsch und die Bedarfe ostdeutscher Familien hinzugezogen werden (vgl. Spieß/Wrohlich 2005). Hinzu kommt, dass die Genese dieses Gesetzes einmal mehr gezeigt hat, wie schwierig und langwierig die Diskussionen zwischen den unterschiedlichen betroffenen Akteuren sind, um den Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung voranzubringen. Vorrangig wurden im Vorfeld des Gesetzes Finanzierungsfragen diskutiert, da sich viele Länder und insbesondere Kommunen aufgrund ihrer schlechten Haushaltslage nicht in der Lage sehen, den Ausbau von Plätzen in Kindertageseinrichtungen mit kommunalen Mitteln zu finanzieren. Ihnen obliegt in Deutschland zusammen mit den Ländern die Finanzierungszuständigkeit. Es bleibt abzuwarten, ob neue Regelungen, wie sie mit dem TAG gefunden wurden, zukunfts-trächtig sind. Der Erfolg dieser Regelungen wird vorrangig von den Ländern abhängen, ob diese mögliche Einsparungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe an die Kommunen weitergeben. An den Kommunen liegt es dann, diese Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur auszugeben.

Neben den Bereich der Kindertageseinrichtungen sind die Länder und Kommunen auch für Einrichtungen der Jugendhilfe und familienbezogene Beratungsdienste zuständig.

Die Rolle der Wirtschaft. Die deutschen Arbeitgeber und auch Gewerkschaften engagieren sich bisher vereinzelt mit familienbezogenen Maßnahmen. Eine Auswertung des WSI in Düsseldorf hat ergeben, dass nur in wenigen Tarifvereinbarungen und Betriebsvereinbarungen entsprechende Regelungen z. B. in Form flexibler Arbeitszeitregelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern und Pflegeaufgaben zu finden sind (vgl. Klenner 2005). Unterschiedliche Initiativen wie die der gemeinnützigen Hertie Stiftung versuchen mit Instrumenten wie dem Audit „Beruf und Familie“ (<http://www.beruf-und-familie.de>) mehr Unternehmen für familienfreundliche Maßnahmen zu gewinnen. Vermehrt finden in letzter Zeit auch auf der Ebene der Interessenvertretungen (wie z. B. dem BDA, dem BDI oder dem DGB) Initiativen dahingehend statt, mehr Unternehmen von einer Familienfreundlichkeit zu überzeugen

Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Auch bei der Betreuung pflegebedürftiger Familienangehöriger setzt das bundesdeutsche Modell darauf, dass diese Betreuungs- und Versorgungsleistung vorrangig in der Familie erbracht wird. Seit der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung im Jahr 1995 werden die Sach- und Geldleistungen für die häusliche Pflege nach der Schwere der Pflegebedürftigkeit, wie sie in den

Pflegestufen zum Ausdruck kommt, gestaffelt. Für häusliche Pflegekräfte, die nicht erwerbstätig sind und die regelmäßig mindestens 14 Stunden pflegen, zahlt die Pflegeversicherung Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Wer einen anderen Menschen pflegt und nicht oder nur bis zu 30 Stunden in der Woche erwerbstätig ist, wird in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert. Die Beiträge übernimmt die Pflegeversicherung. Wie hoch diese Beiträge sind, richtet sich danach, wie schwer die Pflegebedürftigkeit ist und wie viel Zeit die Pflegeperson deshalb für die notwendige Betreuung aufwenden muss.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sieht das deutsche System wenige institutionelle gesetzlich verankerte Regelungen vor. Hinzu kommen geringe Versorgungsquoten im Bereich der Kurzzeitpflege oder der Tagespflege: 1,8 Prozent der vollstationären Pflegebedürftigen sind Ende 2003 in Kurzzeitpflege. Angesichts der wenig vorhersehbaren Dynamiken im Pflegeverlauf sind jedoch insbesondere diese Formen der Pflege zunehmend wichtig, da sie nicht in den Alternativen „zu Hause“ oder „Heim“ stecken bleiben.

II.3.4 Vergleichende Bewertung

Die Länderbeispiele haben verdeutlicht, dass die familienbezogenen Politiken in den fünf dargestellten Ländern äußerst vielseitig sind. Sie sind durch unterschiedliche Ziele und damit verbunden unterschiedliche Instrumente gekennzeichnet, die sich teilweise verstärken, behindern oder auch neutral gegenüberstehen. Eine Einordnung der unterschiedlichen Maßnahmen in Regime familienbezogener Politiken ist von daher weniger zielführend. Vielmehr zeigen insbesondere die Beispiele Niederlande und Frankreich, wie vielseitig und unterschiedlich familienbezogene Politiken sein können, die – nach Esping-Andersen – beide dem mitteleuropäischen Regime zugeordnet werden. Aktuelle Entwicklungen im Vereinigten Königreich machen deutlich, wie selbst in einem liberalen Wohlfahrtsstaat kindbezogenen Politiken ein großer Stellenwert zukommt. Vor dem Hintergrund dieser Vielfalt, sollen im Folgenden die für die deutsche Perspektive wichtigsten Charakteristika der familienbezogenen Politiken in den vier beschriebenen Ländern zusammenfassend dargestellt werden.

Dänemark. Dänemarks familienbezogene Politik ist eine individualisierte Politik, die an die Erwerbstätigkeit beider Eltern geknüpft ist. Bemerkenswert ist, dass sie neutral gegenüber familialen Lebens- und Erwerbsmustern ist. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es nur geringe Unterschiede in den Arbeitszeiten von Männern und Frauen. Dänemark hat im europäischen Vergleich einen der höchsten Anteile von Müttern in Vollzeiter-

Familienfreundliche
Maßnahmen der
Unternehmen noch
ausbaufähig

Betreuungs- und
Versorgungsleistungen für Ältere werden vorrangig in der Familie erbracht

Familienpolitik in
Dänemark ist an die
Erwerbstätigkeit
beider Eltern
orientiert

werbstätigkeit. Die Balance von Beruf und Familie ist für dänische Eltern und pflegende Familienangehörige – im EU-Vergleich betrachtet – gut möglich. Dies geht insbesondere auf vielfältige arbeitsmarktrelevante Regelungen und umfassende Möglichkeiten der Betreuung von Kindern und älteren Pflegebedürftigen zurück. Aufgrund dieser Arbeitsmarktpolitik, staatlicher Transfers und der Kinderbetreuungspolitik hat in Dänemark Kinderarmut keine größere Bedeutung. Die auf eine Erwerbstätigkeit beider Eltern ausgegerichtete dänische Politik hat allerdings die Nachteile, dass nicht-erwerbstätige Gruppen, insbesondere Migrantenhaushalte, nicht von ihr profitieren. Charakteristisch für die familienbezogene Politik in Dänemark ist auch das Zusammenspiel zwischen Zentralstaat und Kommune. Wichtige Regelungen werden auf zentralstaatlicher Ebene festgelegt; wobei den Kommunen die Ausgestaltung und Umsetzung obliegt. Bei der Finanzierung dieser Leistungen sind vorrangig die Kommunen gefordert, die aber zentralstaatliche Hilfen erhalten. Insgesamt ist Dänemark ein Länderbeispiel, das keine explizite Familienpolitik aufweist. Vielmehr sind familienbezogene Regelungen vorrangig das Resultat arbeitsmarktpolitischer Ziele. Das Ergebnis sind jedoch familienbezogene Maßnahmen, die familienpolitischen Zielen, wie der Balance von Beruf und Familie und einer geringen Kinderarmut, sehr nahe kommen. Der in den 90er Jahren stark forcierte Ausbau der Kinderbetreuung ist dafür ein gutes Beispiel: So hatte dieser vorrangig arbeitsmarktpolitische Gründe, die erst später mit Bildungsaspekten verbunden wurden. Inzwischen trifft das dänische System der Kinderbetreuung auf eine breite Akzeptanz bei den Betroffenen.

Niederlande. Familienbezogene Politik ist auch in den Niederlanden weniger das Ziel einer expliziten Familienförderung, sondern auch hier stehen arbeitsmarktpolitische Regelungen im Vordergrund. Charakteristisch für die Niederlande sind eine Vielzahl von Freistellungsregelungen, die allen Arbeitnehmern – unabhängig davon, ob sie in Familienkontexten leben oder nicht – offen stehen. Implizit schaffen die Niederlande damit gute Voraussetzungen für eine breite Akzeptanz von Freistellungsregelungen und deren Nutzung, da alle Erwerbstätige von ihnen profitieren können. Fest steht aber auch, dass diese Regelungen insbesondere Eltern und pflegenden Familienangehörigen zugute kommen. Bemerkenswert ist, dass die Niederlande als erstes europäisches Land an einem Gesetzesentwurf auf nationaler Ebene arbeiten, welcher Lebensarbeitszeitkonten ermöglichen soll. Die „Zeitpolitik“ der Niederlande soll somit zu besseren Bedingungen für die Balance für Beruf und Familie führen. Auch der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung war in den Niederlanden vor-

rangig arbeitsmarktpolitisch motiviert. Charakteristisch ist, dass die Verantwortung für diesen Bereich sowohl beim Staat, bei den Arbeitgebern als auch den Familien gesehen wird. Insgesamt befinden sich die Niederlande allerdings noch im Ausbau ihrer Kinderbetreuungsinfrastruktur. Armutsquoten zu Anfang der 90er Jahre zeigen eine durchschnittliche Armutsquote von Kindern mit allein erziehenden Eltern. Für diese Gruppe war eine Erwerbstätigkeit in den Niederlanden bisher nur bedingt möglich. Inwiefern ein Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur zu einer weiteren Verringerung von Kinderarmut führt, muss sich zeigen.

Frankreich. Frankreich ist eines der wenigen Länder, die eine explizite Familienpolitik aufweisen. Familienpolitik ist dort als eine eigene Säule des Sozialversicherungssystems anerkannt. Sie wird durch eine Familienkasse finanziert. Dies verdeutlicht den Stellenwert von Familienpolitik in der Gesellschaft. Ein wichtiges Ziel der französischen Familienpolitik ist die staatsbürgerliche Erziehung der Kinder; zunehmend spielen auch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Rolle. Die ursprüngliche Politikorientierung an Familien mit mehr Kindern verliert tendenziell an Bedeutung. Neben dieser expliziten Ausrichtung der Politik auf Familie zeigt sich auch in Frankreich, wie arbeitsmarktpolitische Regelungen familienbezogene Politiken stark beeinflussen. So trägt die 35-Stunden Woche maßgeblich zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei. Die Absicht, die Beschäftigung in privaten Haushalten zu erhöhen, hat sowohl für die Betreuung von Kindern als auch älteren Familienangehörigen erhebliche Konsequenzen. Sie führt dazu, dass bei der Kleinkinderbetreuung der Betreuung zu Hause der Vorrang vor einer außerhäuslichen Betreuung gegeben wird. Bei der Betreuung der über dreijährigen Kinder stellen insbesondere die „ecole maternelles“ eine flächendeckende außerhäusliche Betreuung sicher. Diese Maßnahmen führen im Ergebnis zu einer Zweiteilung des Arbeitsmarktes, insbesondere für Mütter: Mit steigendem Haushaltseinkommen profitieren Mütter von Regelungen zur Förderung von privat angestellten Tagesmüttern, während über eine bezahlte Elternzeit Mütter mit niedrigerem Haushaltseinkommen tendenziell vom Arbeitsmarkt fern gehalten werden. Hinzu kommen starke regionale Differenzierungen, die dazu führen, dass eine tatsächliche Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Betreuungsformen insbesondere einkommensstarken Familien im Pariser Großraum zusteht.

Vereinigtes Königreich. Familienbezogene Politiken im Vereinigten Königreich im breiteren Sinne existieren nicht. Aktuell ist die britische Familienpolitik vielmehr durch eine kindbezoge-

Arbeitsmarktpolitische Regelungen tragen zu einer besseren Vereinbarkeit bei

Niederlande erstes europäisches Land, das Lebensarbeitszeitkonten ermöglicht

Konsequente kindbezogene Politik im Vereinigten Königreich versucht die Kinderarmut zu bekämpfen

nen Politik gekennzeichnet. Zentraler Ansatzpunkt britischer Familienpolitik ist das Ziel, Kinderarmut zu bekämpfen. Diesem Ziel werden andere Ziele, wie z. B. das einer steigenden Müttererwerbstätigkeit und eines Ausbaus der außerhäuslichen Kinderbetreuung, untergeordnet. Die britische Politik ist durch eine Vielzahl von familienbezogenen Regelungen im Bereich des Steuersystems und monetärer Transfers gekennzeichnet. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist – insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten – verknüpft mit Bildungsaspekten und der Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz. Beispiele, die diese Ziele – angepasst auf regionale Besonderheiten – umsetzen sollen, sind das Sure Start Programm und die Early Excellence Centers. Aus heutiger Perspektive kann noch nicht beurteilt werden, inwiefern dieser Politikwechsel erfolgreich sein wird. Daten aus der Mitte der 90er Jahre belegen vielmehr die Notwendigkeit eines Politikwandels: Im europäischen Vergleich hat das Vereinigte Königreich die höchsten Armutsraten bei Kindern aufzuweisen; insbesondere allein erziehende Eltern weisen im Vereinigten Königreich eine hohe Armutsquote auf. Eine Balance zwischen Beruf und Familie ist ein Ziel, das im Vereinigten Königreich ebenfalls dem der Bekämpfung von Kinderarmut untergeordnet wird. Es entspricht dem britischen Ansatz, dass einkommensstärkere Gruppen eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie primär selbständig organisieren, während staatliche Maßnahmen vorrangig auf einkommensschwächere Haushalte ausgerichtet sind. Eine solche Politik kann unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten insofern bedenklich sein, da sie zu unterschiedlichen Nutzergruppen bei bestimmten Betreuungsformen beitragen kann, die eine soziale Mischung verhindern können.

Deutschland. Insgesamt muss für die Gesamtheit familienbezogener Maßnahmen in Deutschland konstatiert werden, dass zum einen insbesondere auf Bundesebene ein Paradigmenwechsel dahingehend stattfindet, verstärkt Initiativen und Maßnahmen zu schaffen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern verbessern. Zum anderen folgen die jüngsten arbeitsmarkt- und familienpolitischen Reformen keinem eindeutig erkennbaren bzw. einheitlichen familialen Leitbild und sie sind nur in geringem Umfang koordiniert. Während in der Familienpolitik sowohl in Anpassung an die Erwerbswünsche der Frauen als auch vor dem Hintergrund der Armutproblematik von Familien durchaus die Erwerbsteilhabe von Müttern als Ziel verfolgt wird, werden entsprechende Reformen durch fehlende Kompetenzen und finanzielle Ressourcen, z. B. beim Ausbau der Kinderbetreuung oder der Ganztagschulen, und durch institutionelle Restriktionen z. B. durch einen erwarteten Einspruch des Bun-

desverfassungsgerichts bei einer Einschränkung oder Reform des Ehegattensplittings erschwert. Für die Arbeitsmarktpolitik ist dagegen eher anzunehmen, dass eine Förderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern auch weiterhin als konkurrierendes Ziel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesehen wird. Dies würde erklären, warum Reformen lediglich punktuell sind und einmal Erreichtes partiell sogar wieder zurückgenommen wird.

Die zunehmende Pluralisierung der Erwerbsmuster bei Familien in Deutschland lässt sich damit mit einer fehlenden Modernisierung der sozialpolitischen Institutionen, einer zunehmenden Diskrepanz zwischen den institutionell vermittelten Anreizen und weiterhin bestehenden Restriktionen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit erklären. Letztlich beeinflussen individuelle Ressourcen die Möglichkeiten der gewählten Erwerbsbeteiligung sehr stark.

II.4 Familienpolitik und demografische Entwicklung im europäischen Vergleich

Beim Vergleich der verschiedenen empirischen Studien in Europa sowie der Daten zu den demografischen Entwicklungen sind die Konvergenzen hinsichtlich des Geburtenrückgangs in allen europäischen Ländern, der Neustrukturierung insbesondere der weiblichen Lebensverläufe auf Grund des angestiegenen Erstgeburtsalters, der geringeren Kinderzahl und der dramatisch angestiegenen Lebenserwartung ebenso erstaunlich wie auch die großen Konvergenzen hinsichtlich der Zeitorganisationen des Alltags einschließlich der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Der Zeitausgleich zwischen den Partnern wird europaweit nicht durch eine Neuverteilung der Zeit für Kinder und der häuslichen Arbeitszeit herbeigeführt, sondern durch einen sequenziellen Umgang mit der Berufszeit von Müttern und der Bereitschaft beider Partner, den Mehraufwand für die Zeit für Kinder auch zu erbringen.

Nun lassen sich bei einem solchen Europavergleich natürlich nicht die notwendigen Differenzierungen in den einzelnen Ländern auf Grund der jeweiligen unterschiedlichen Bevölkerungsdichte oder der unterschiedlichen Arbeitsmarktpolitik herausarbeiten, weil die vergleichenden Stichproben in den einzelnen Ländern zu klein sind. Dennoch ist es so, dass die von Familienhistorikern entwickelte Hypothese einer gemeinsamen europäischen Familienentwicklung auch mit den jüngsten Daten gut belegt werden kann. Kaelble (2003) erwartet auf Grund der bisherigen Entwicklung, dass in Europa zukünftig durch den Austausch von Ideen und Modellen eine noch größere Konvergenz entstehen kann. Das macht es außerordentlich wichtig, auch die poli-

In allen EU-Studien: Übereinstimmung zur Neustruktur des Lebensverlaufs

Vereinbarkeit von Beruf und Kindern – Erschwernis durch fehlende Kompetenzen und finanzielle Ressourcen

tischen Strategien anderer Länder genauer zu untersuchen, insbesondere da, wo diese Länder sich zwar nicht erheblich, aber doch in bestimmten Punkten von Deutschland unterscheiden, wie etwa einer tendenziell höheren Geburtenrate oder möglicherweise der geringeren Einkommensdifferenzen zwischen Mann und Frau, nicht um diese Maßnahme zu kopieren, sondern um zu lernen, wie sich solche unterschiedlichen Modelle auch in Deutschland möglicherweise entsprechend integrieren lassen.

Dieser internationale Vergleich hat auch dazu beigetragen, dass sowohl in der Wissenschaft wie in der Öffentlichkeit (Birg 2001; Dorbritz/Otto 1999; Rürup/Gruescu 2003) über die Bevölkerungsentwicklung und ihre Konsequenzen für die soziale und politische Entwicklung der Bundesrepublik diskutiert wird, was über lange Zeit nur von Demografen behandelt wurde. Zwar dominieren immer noch Diskurse über die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung und insbesondere des Geburtenrückgangs für die sozialen Sicherungssysteme (Feist/Raffelhüschen 2000; Mulder/Clark/Wagner 2002), aber zunehmend wird nun auch erörtert, welche Konsequenzen sich aus einem Geburtenrückgang für die zukünftige ökonomische, soziale und politische Entwicklung Deutschlands ableiten lassen. Bei aller Vorsicht hinsichtlich der Bevölkerungsprognosen (Statistisches Bundesamt 2003b), was uns auch in diesem Bericht sehr vorsichtig mit solchen Aussagen umgehen lässt, gehen internationale Organisationen wie die UNO oder die EU davon aus, dass die zunehmende „demografische Marginalisierung“ Europas (Eurostat 2004) und insbesondere Deutschlands bei gleichzeitig deutlicher Alterung erhebliche ökonomische Konsequenzen haben wird. Slebos (2003) hat dazu Tendenzen aus verschiedenen OECD-Studien zusammengetragen:

- Ein geringeres Wirtschaftswachstum ist zu erwarten (von 0,5 bis 0,75 Prozent per annum), nicht wegen der geringeren Bevölkerungszahlen, sondern wegen des Rückgangs der Bevölkerung im Erwerbsalter. Dieser Rückgang führt nicht nur zu Finanzierungsschwierigkeiten der Alterssicherung, sondern auch zu einem Sinken des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung und gleichzeitig zu einer stärkeren Verschuldung der jeweiligen Nation (Standard & Poor's 2004).

Diese wirtschaftlichen Konsequenzen sind verknüpft, so die These, mit einigen weniger diskutierten, aber mindestens ebenso wichtigen gesellschaftspolitischen Auswirkungen:

- Eine wachsende Zahl von Personen wird sich nicht mehr auf familiäre Unterstützung im Krankheits- und Pflegefall verlassen können;

- Führungspositionen in der Gesellschaft werden zunehmend von gesunden älteren Personen bekleidet, was die Entwicklung und Karrieren der nachwachsenden Generation behindert;
- Gesellschaften mit einer schrumpfenden jungen Bevölkerung sind auf die Immigration junger gut qualifizierter Ausländer aus Ländern mit Bevölkerungsüberschuss angewiesen. Für Deutschland berechnet die UNO (Bade u. a. 2004) als Ersatzbedarf für die 15- bis 64-jährige Bevölkerung jährlich rund 450 000 Zuwanderer. Diese sind aber kaum zu erwarten, weil die Länder mit Bevölkerungsüberschuss auf die qualifizierten jungen Erwachsenen selbst angewiesen sind. Hinzu kommt, dass in jenen Ländern, wie oben ausgeführt, die Tendenzen des Geburtenrückgangs bei den Familien mit qualifiziert ausgebildeten Eltern nicht anders sind als bei uns.

Auch wenn diese Tendenzaussagen wie alle Aussagen über die Zukunft mit Vorsicht zu behandeln sind, eignen sie sich als Begründung dafür, in diesem internationalen Vergleich zumindest ansatzweise zu prüfen, ob der zweite demografische Übergang in den einzelnen Ländern infolge der unterschiedlichen Politiken zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt hat. Sowohl im Kontext des europäischen Observatoriums für Familienentwicklung, der Arbeiten im Kontext der OECD (Gustafsson/Kenjoh/Wetzels 2002) und auch der demografischen Forschung des Max-Planck-Instituts in Rostock (Neyer 2005) liegen inzwischen eine Reihe von solchen Tendenzaussagen vor, so dass sich einige zentrale Aspekte hervorheben lassen. Schon die Daten des UNO-Reports (United Nations Population Division 2003a) zeigen, dass die Geburtenrückgänge in Europa zwar in den einzelnen Ländern ähnlich, aber mit einigen signifikanten Unterschieden verlaufen sind. Zwar ist in Schweden, Dänemark und Finnland das Erstgeburtsalter auch angestiegen, aber anders als in Deutschland bekommen dort mehr Frauen auch noch im höheren Alter zwischen 34 und 40 Jahren Kinder, da sich der Reproduktionszyklus im Lebenslauf in das höhere Lebensalter verschoben hat. Dagegen, und darauf hat Karl Schwarz immer wieder hingewiesen (Schwarz 1988, 1992, 1999), bedeutet in Deutschland das Aufschieben der ersten Geburt bei den jungen Frauen in der Regel auch weniger Kinder, weil sich das Ende des Reproduktionszyklus nicht im Lebenslauf nach hinten verschoben, sondern sogar verkürzt hat.

Die Ergebnisse aus Frankreich sind schwieriger zu interpretieren, weil Frankreich einen ähnlichen Geburtenrückgang erlebt hat wie Deutschland, nur hatte Frankreich ein erheblich höheres Ausgansniveau in der 60er Jahren von 2,9 Kindern

Konsequenzen des Geburtenrückgangs für die ökonomische, soziale und politische Entwicklung Deutschlands

Ahnliche Entwicklungen in allen EU-Ländern, aber mit signifikanten Unterschieden

pro Frau (Livi Bacci 1979). Die Verluste sind in beiden Ländern gleich hoch. Die Geburtenentwicklung in Frankreich ist ähnlich regional heterogen wie in Deutschland, möglicherweise sogar noch heterogener (Ogden/Hall 2004), so dass die durchschnittliche Fertilitätsrate wenig aussagt, weil das Reproduktionsverhalten etwa im Pariser Becken deutlich vom Norden und Nordwesten Frankreichs abweicht.

**Nordeuropäische
Länder weisen auf
eine neue Balance im
Lebenslauf hin**

Trotz dieser Vorsicht bei der Interpretation sind die nordeuropäischen Entwicklungen interessant, weil sie eine Form von modernen Lebensmodellen darstellen, die eine neue Balance im Lebenslauf andeuten. Denn in diesen Modellen werden die höheren Bildungsanforderungen, der Wunsch nach Selbstständigkeit und Selbstverwirklichung und die Bereitschaft, auch für Kinder Zeit aufzubringen, eher umgesetzt als im deutschen Modell. Die vielfältigen Anforderungen an junge Erwachsene, wie ein hohes Investment in Bildung und Ausbildung, die Integration in hoch spezialisierte und ausdifferenzierte Arbeitsmärkte, die Entwicklung von ökonomischer und sozialer Unabhängigkeit von den Eltern, Lebenserfahrungen als Single, als Partner bzw. Partnerin in einer Lebensgemeinschaft und mit Elternschaft sind durch sozial- und bildungspolitische Rahmenbedingungen mit einer früheren Selbstständigkeit zeitlich besser in den Lebenslauf integriert als in Deutschland, und somit wird auch der soziale und zeitliche Druck in einer sehr kurzen Lebensphase geringer.

So ermöglichen es die relativ großzügigen Regelungen zum Elterngeld als Lohnersatz (Misso 2002, 83, 87), die notwendige Zeit für Kinder in den ersten Lebensjahren als integralen Teil eines adaptiven Modells der Erwachsenenrolle zu interpretieren, die so ausgestaltet ist, dass weder die Bedürfnisse der Kinder noch die beruflichen Perspektiven der Eltern, hier vor allem der Mütter, auf der Strecke bleiben. Das bedeutet auch, dass die Entscheidung für ein Kind für eine Frau nicht mit der gesellschaftlichen Erwartung verknüpft ist, die eigene ökonomische Selbstständigkeit aufgeben zu müssen. Das ist aber nur möglich, weil parallel zu den zeitlichen und finanziellen Angeboten und den Ansprüchen gegenüber dem Arbeitgeber in Bezug auf Arbeitszeitverkürzung die Angebote institutioneller Betreuung in Krippe, Kindergarten bzw. Kindertagesbetreuung sowie Schule als eine Ergänzung und Bereicherung der elterlichen Fürsorge begriffen werden.

Solche Systeme konnten nur entwickelt werden, weil die Überzeugung vorherrscht, dass Kinder eben nicht nur eine private Angelegenheit ihrer Eltern darstellen, sondern die Gesellschaft gemeinsam mit den Eltern zum Wohl des Kindes und seiner Entwicklung zusammenwirken, weil

die positiven Folgen einer gelungenen kindlichen Entwicklung den Eltern und der Gesellschaft nutzen. Zeit für Kinder und Berufsrolle können nur dann so eng aufeinander bezogen werden, wenn Kinder als besonders wertvolle Güter für eine Gesellschaft betrachtet werden, deren positive Förderung im Interesse der gesamten Gesellschaft ist, weil die Gesellschaft von einer solchen positiven Förderung profitiert und damit auch akzeptiert, dass ökonomisch orientierte Erwerbsarbeit und Zeit für Kinder und ihre Erziehung durch Eltern den gleichen Stellenwert haben, so dass die Erwerbsarbeit in ihrer Arbeitsorganisation auf die Bedürfnisse von Kindern Rücksicht nehmen muss. Selbst wenn man aus theoretisch nachvollziehbaren Gründen einer Vorstellung skeptisch gegenüber steht, in den privaten Entscheidungen der Eltern für Kinder und deren Entwicklung gleichzeitig den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Nutzen zu sehen, so hat bereits der Fünfte Familienbericht (1994) deutlich herausgearbeitet, dass die Familie ganz zentral für die Entwicklung dieses Humanvermögens ist. Kaufmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses vor allem dann entwickelt werden kann, wenn alle Familienmitglieder auf der einen Seite jene sicheren Primärbeziehungen erfahren können, die Basis von Selbstsicherheit und Achtung vor anderen darstellen. Auf der anderen Seite gehört dazu auch die Möglichkeit aller Mitglieder der Familie, an unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen zu partizipieren und dort die eigenen Kompetenzen einzubringen und weiter zu entwickeln.

**In Nordeuropa:
kooperatives
Zusammenwirken
zum Wohle des
Kindes**

Unstrittig ist, dass die Familienpolitik auf die demografische Entwicklung in einer Gesellschaft nur einen begrenzten Einfluss ausüben kann, weil eine Fülle ökonomischer, kultureller und personaler Entscheidungsprozesse eine erhebliche Bedeutung für die individuelle Entscheidungsfindung hat. Dennoch ist davon auszugehen, dass zumindest in den Ländern, in denen empirische Daten für diese Fragestellung vorliegen, die Thesen von Hoem (2005) zutreffen, dass bei einem Zusammenspiel unterschiedlicher politischer Maßnahmen, die zum einen die Konstruktion von Lebensläufen betreffen, damit die Gleichheit zwischen Mann und Frau in einer Gesellschaft thematisieren und zudem die Bedeutung der Kindererziehung für die gesellschaftliche Entwicklung berücksichtigen, in der richtigen Abstimmung dieser Maßnahmen zueinander die Fertilitätszahlen sich in einzelnen nord-europäischen Ländern anders entwickelt haben als in der Bundesrepublik. Andersson (2000) zeigt zumindest für Schweden, dass Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind und teilweise die Mütter sogar ein höheres Einkommen als die Väter erzielen, die Entscheidung für ein zweites und drittes Kind häufiger getroffen wird

**Familienpolitik hat
auf die demographi-
sche Entwicklung ei-
ner Gesellschaft nur
begrenzt Einfluss**

Familienpolitik kann bei der Neukonstruktion des Lebenslaufs begleitend- unterstützend wirken

als in jenen Familien mit der klassischen Arbeitsteilung zwischen Hauptnährer und Familienmutter. Ronsen (2004) belegt, ähnlich wie viele andere Autoren (Kiernan 1995), dass dabei noch eine Reihe anderer Faktoren eine Rolle spielen. Aber offenbar erleichtert eine Familienpolitik, indem sie eine relative Wahlfreiheit ermöglicht, die Entscheidung auch für mehrere Kinder, wenn sie den Paaren mit einer relativ frühen Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen die Möglichkeit gibt, auf der individuellen ökonomischen Selbstständigkeit jedes einzelnen Partners die gemeinsame Zukunft mit Kindern zu planen und zu gestalten, und auch sicherstellt, dass die Selbstständigkeit der Partner auf Dauer, selbst wenn sich einer der beiden für eine Zeit überwiegend der Kindererziehung widmet, gesichert ist.

Nordeuropäischer Politikansatz mit positiven demografischen Konsequenzen

Unter einer historischen Perspektive, die die gewonnenen Jahre als eine der zentralen Herausforderungen der Neukonstruktion von beruflichen und familialen Lebensläufen begreift, ist eine solche Interpretation gut nachvollziehbar, weil aus der Sicht der Partner in einem langen Leben die Entscheidung für Kinder nur einen begrenzten Teil des Lebenslaufs ausfüllt. Damit ist nicht gesagt, dass die Beziehungen zu den Kindern aufgegeben werden, wenn die Kinder erwachsen sind, sondern lediglich, dass der Lebenssinn eines Paares heute nicht mehr allein durch die Fürsorge für Kinder bestimmt sein kann, sondern eine vielfältige Teilhabe an unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen konstitutiv für einen gemeinsamen Lebensentwurf ist. Folgt man nord-europäischen Autoren (Rostgaard 2005), dann vermuten sie bei allen Differenzen in den nord-europäischen Staaten, dass dieser Politikansatz auch positive demografische Konsequenzen mit sich gebracht hat. Über diese These ist sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen, aber es scheint so zu sein, dass eine Familienpolitik, die sich als eine Zeit- und Lebenslaufpolitik begreift und davon ausgeht, dass nur durch eine angemessene Kombination von Zeitpolitiken, Infrastrukturpolitiken und finanziellen Transfers mögliche demografische Effekte zu erwarten sind, heute eine höhere Plausibilität hat als vor zehn Jahren, weil damals die entsprechenden empirischen Untersuchungen noch fehlten.

Im Vergleich zu Deutschland sind in Schweden und Dänemark sowohl die Kinderlosigkeit geringer wie auch bei den 1965 geborenen Frauen die Zahl der Drei- und Mehrkinder-Familien höher mit 24 beziehungsweise 28 Prozent gegenüber etwa 18 Prozent. So kann ähnlich wie in Frankreich doch festgestellt werden, dass der zweite Übergang der demografischen Transformation hier nicht die gleichen dramatischen Folgen gehabt hat wie in Deutschland. Denn im Gegensatz zu jenen Ländern ist die deutsche Familienpolitik bisher nicht von dem Gedanken geprägt gewe-

sen, Familienpolitik auch als eine Art Lebenslaufpolitik zu interpretieren, sondern den Lebenslauf von jungen Erwachsenen als quasi naturgegebenes Element ihrer Politik zu betrachten und allenfalls zu versuchen, mögliche Hindernisse, die bei der Entscheidung für ein Kind gegen eine solche Entscheidung sprechen, beiseite zu räumen. Dabei wird allerdings vergessen, dass die Lebensläufe in ihrer Struktur immer schon Gegenstand politischen Handelns gewesen sind: Sowohl das Schuleintrittsalter, die Länge der Schulzeit, die Länge der ökonomischen Abhängigkeit der Kinder von den Eltern, die Dauer der akademischen Ausbildung wie auch die Gestaltung der beruflichen Lebensläufe auf der Basis einer Lehre sind ebenso Gegenstand staatlicher Lebenslaufpolitik gewesen wie auch der Austritt aus dem Berufsleben.

Auch Fragen und Problemstellungen, wie bestimmte unterschiedliche Lebensbereiche miteinander kombiniert werden können, waren immer schon Gegenstand staatlichen Gestaltungswillens. Die Vormittagschule war keine Entscheidung von Eltern, sondern Ergebnis politischer Willensbildung mit erheblichen Konsequenzen für die Entscheidungen der Eltern. Aus unserer Analyse dieser europäischen Entwicklungen ziehen wir nicht die Schlussfolgerung, eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik zu fordern, sondern eher die Frage zu thematisieren, ob Politik und Gesellschaft auf die veränderten Lebensläufe, die sich durch die demografischen Entwicklungen ergeben haben, bisher überhaupt reagiert hat. Für Deutschland kann diese Frage nicht positiv beantwortet werden. Es mag eine politische Entscheidung sein, diesen Wandel einfach zu ignorieren, aber dann sollte das auch klar artikuliert und die sich daraus ergebenden Konsequenzen auch hingenommen werden. Lange Zeit hat die deutsche Familienpolitik sich im Wesentlichen darauf konzentriert, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der Verwirklichung vorhandener Wünsche nach Kindern entgegenstehen (Birg 2003). Demgegenüber scheint es von außen, dass insbesondere die nord-europäischen Länder, möglicherweise idealtypisch gedacht, eher einer lebenslauftheoretischen Perspektive gefolgt sind und viele Lebensentscheidungen junger Erwachsener als Optionsmodell anbieten. Das scheint dazu zu führen, dass sowohl die sehr Berufsorientierten wie aber auch diejenigen, die sich eine größere Kinderzahl wünschen, die jeweiligen Optionen auch nützen.

Familienpolitik in Deutschland bisher nicht als Lebenslaufpolitik gesehen

Nordeuropäische Länder in ihrer Politik eher eine Lebenslaufperspektive

Nach den vorliegenden Daten kann eine Familienpolitik, die sich lediglich darauf konzentriert, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die vorhandenen Kinderwünschen entgegenstehen, keinen Erfolg gewährleisten, wenn es um die Lebensentscheidungen junger Menschen geht. In der Bundesrepublik Deutschland liegen die

Lebensvorstellungen hinsichtlich einer idealen Familiengröße inzwischen unter zwei Kindern. Während in Finnland, Frankreich Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich die ideale Familie aus der Sicht der 20- bis 34-jährigen Frauen 2,5 Kinder umfassen sollte, sind es in Ostdeutschland 1,6 und in Westdeutschland 1,7 Kinder. Die jungen Männer gleichen Alters halten 1,5 Kinder für ideal (Goldstein/Lutz/Testar 2003). Diese Erkenntnis lässt sich schon aus den Shell-Studien ableiten. So hat Rost (2004a, 10) die Shell-Studie von 2000 aufbereitet und darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren sich zwei Kinder wünschen, ohne aber zu diskutieren, dass sich von den männlichen Jugendlichen 16 Prozent keine Kinder wünschen, 26 Prozent ein Kind und nur 8 Prozent drei und mehr Kinder. Damit liegt der Kinderwunsch für die jungen Männer bei 1,48 und für die jungen Frauen bei 1,7 Kindern.

Deutschland und Österreich sind nach den Ergebnissen von Goldstein/Lutz/Testa (2003) die einzigen europäischen Länder mit solchen niedrigen Vorstellungen von Familiengröße. Ihre Erklärung für diese Ergebnisse, die durch unabhän-

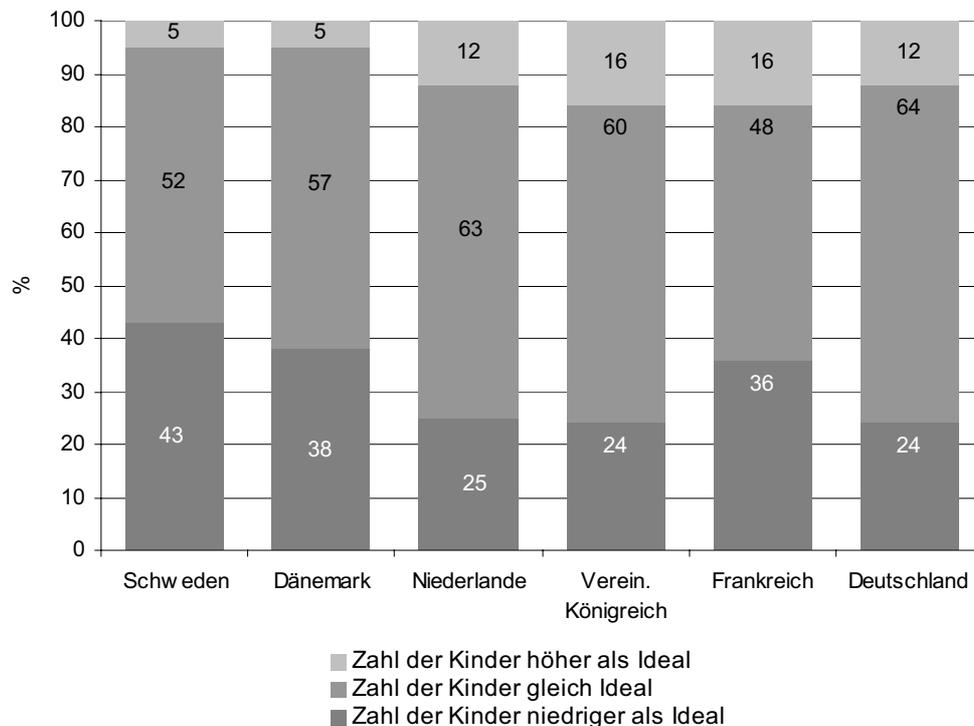
gige Studien bestätigt sind, ist der Verweis auf die Lebenserfahrung dieser jungen Leute. Wir haben schon weiter oben darauf hingewiesen, dass in Deutschland anders als in den nordeuropäischen und westeuropäischen Ländern vor allem die Zahl größerer Familien mit drei und vier Kindern zurückgegangen ist. Dies hat zur Konsequenz, dass heute sehr viel mehr Kinder in Deutschland in solchen Familien aufwachsen, die auch ihren Idealvorstellungen entsprechen, denn sie sind die erste Generation, die in kleinen Familien aufgewachsen ist, und orientieren sich in ihren eigenen Vorstellungen und Lebensplanungen an der eigenen Herkunftsfamilie. In diesem Ergebnis weicht Deutschland gemeinsam mit Österreich von den anderen europäischen Ländern, die im Eurobarometer untersucht wurden, ab. Daher hat eine Familienpolitik, die darauf vertraut, dass durch die Verbesserung der Lebensumstände für junge Familien vorhandene Wünsche realisiert werden, in Deutschland keine wirkliche Basis mehr.

Die Ergebnisse sprechen eher dafür, sich mit der Organisation von Lebensläufen und der Balance zwischen verschiedenen Lebensphasen und Le-

Deutschland und Österreich: Vorstellung von einer niedrigen Familiengröße

Abbildung II.12

Tatsächliche Kinderzahl zu idealer Kinderzahl bei Frauen mit endgültiger Nachkommenschaft (Alter 40 bis 64)



**Kinder- und
familienfreundliches
Klima, wenn meh-
rere Optionen zur
Verfügung stehen**

bensbereichen auseinanderzusetzen, als auf einzelne Anreize zu setzen oder zu hoffen, vorhandene Wünsche würden schon irgendwann realisiert werden. Wünsche und Idealvorstellungen hängen von den eigenen Lebensentwürfen und Zukunftserwartungen ab. Sie sind genauso wenig statisch wie die Entscheidungen für ein Kind. In den europäischen Gesellschaften haben offenkundig die Länder ein besonders kinder- und familienfreundliches Klima, die den jungen Erwachsenen verschiedene Entscheidungsoptionen eröffnen, die es ihnen ermöglichen, die vielfältigen sehr heterogenen Herausforderungen in einem jungen Leben zu bewältigen. Die Länder, die Lebenslaufsentscheidungen als Entweder/Oder organisieren, schränken die individuellen Wahl-

möglichkeiten ein. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass Deutschland nicht nur zu den Ländern gehört, die arm an Geburten sind und in denen sich die Idealvorstellungen hinsichtlich der Familiengröße am untersten Level in Europa bewegen, sondern auch zu den Ländern gehört, wo diejenigen, die sich für Kinder entschieden haben, sich am seltensten mehr als die realisierten Kinder wünschen (Abb. II, 12). In den nordeuropäischen Ländern meinen die befragten Eltern zu 40 und mehr Prozent, es hätten auch mehr Kinder sein können, wohingegen in Deutschland das nur 25 Prozent sagen. Damit wird eine Zahl angegeben wie sonst nur von Eltern in Irland oder der Türkei, die allerdings im Gegensatz zu Deutschland auch sehr viele Kinder realisieren.

III. Familie und Wandel

III.1 Zeitrahmen – Perspektiven

III.1.1 Zur Orientierung – Verschränkungen von Familien- und Lebenslauf

Familie und individuelle Biographien stehen in einem Spannungsverhältnis

Familienkonzepte und die Lebensläufe von Frauen und Männern sind miteinander verwoben, und sie sind, so wurde im vorher gehenden Kapitel dargelegt, eingebettet in gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Der Wandel dieser gesellschaftlichen Rahmungen betrifft die Familie als Ganzes ebenso wie die Lebensläufe ihrer Mitglieder. Beides, die Herausbildung von Familie heute wie die Strukturierung des modernen Lebenslaufs, haben ihre Geschichte. Diese weist selbst in der biographischen Lebensspanne von nur einer Generation, von der Nachkriegszeit bis heute, erhebliche Veränderungen auf, und stellt die jeweils Jüngeren, wenn auch oft unbewusst, vor neue Herausforderungen.

Abstimmungsprozesse in den Familien werden gesellschaftlich beeinflusst

Im Folgenden betrachten wir eben diesen Zeitrahmen der Veränderung und das Spannungsverhältnis von Familie und den individuellen Lebensläufen ihrer Mitglieder. Diese sind zu unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedlich in die Familie integriert, von ihr abhängig und gefördert. Entsprechend gilt anders herum, dass alle Menschen Familie je nach vorliegender Familien-Phase in ihren eigenen Lebenslauf integrieren. Dabei geht es auch um Abstimmungsprozesse zwischen sich wandelnden Bedingungen der Gestaltung des eigenen Lebens heute und in Zukunft.

Diese Abstimmungsprozesse folgen zunächst persönlichen und partnerschaftlichen Perspektiven, denn mit der Entwicklung einer Partnerschaft und – noch deutlicher – ab Gründung einer Familie beziehen sich Personen mit einer je eigenen Lebensgeschichte aufeinander, dann auf die der Kinder und der älter werdenden Eltern beider Partner. Diese Abstimmungsprozesse können gesellschaftlich erleichtert oder auch erschwert werden. Denn es verschränken sich nicht nur zwei Biographien, sondern zugleich auch zwei Lebensläufe miteinander. Aus biographischer Sicht handelt es sich um zwei Personen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Auffassungen vom eigenen Selbst und der Vorstellung vom zukünftigen Familienleben. Aus der Perspektive ihres Lebenslaufs treten gesellschaftliche Standardisierungen in den Vordergrund wie: der erreichte Bildungsabschluss, die eingenommene Berufsposition und darauf aufbauende Karrierechancen,

Kombinationsalternativen in der Verbindung von Erwerbs- und Familienarbeit, erwartbare Renten und die Bedeutung von Unterbrechungen der Erwerbskarriere. Aus dieser Sicht treten die dahinter liegenden Institutionen wie das Bildungssystem, der Arbeitsmarkt, das Rentensystem und die Familienpolitik in den Blick. Sie beeinflussen Lebensphasen und Lebenszeit; sie definieren Leistungs- und Verhaltensnormen, wie etwa die, Kinderwünsche erst dann zu realisieren, wenn die Ausbildung abgeschlossen und die Verankerung im Arbeitsmarkt gelungen ist. In Verbindung mit der Verlängerung der individuellen Lebenszeit tragen sie dazu bei, dass sich die biographischen Zeitspannen als Jugendliche, als Erwerbspersonen und als Rentner untereinander verschieben. Die Lebensphase in Bildungsinstitutionen hat sich verlängert, die Lebensphase im Arbeitsmarkt hingegen verkürzt und die Lebensphase als Ruheständler erheblich ausgeweitet. Nicht nur aus individueller Sicht, sondern auch aus gesellschaftlicher Sicht trägt die Betrachtung des Zusammenspiels von lebenslaufrelevanten Institutionen dazu bei, den Lebens- und Gestaltungsraum von Familie und ihren Mitgliedern gegenüber den Setzungen anderer Institutionen einzuschätzen.

Die jüngsten Entwicklungen weisen Familie als fragiles Unternehmen aus, dem, so die umstrittene These von U. Beck, die Mitglieder abhanden zu kommen drohen. Konsequenter weitergedacht heißt das, wie David Cheal (2002, 4) formuliert, dass heute als Familie sinnvollerweise zu verstehen sei „any group which consists of people in intimate relationships which are believed to endure over time and across generations“.³⁹

³⁹ Nach Beck/Beck-Gernsheim (2004) kommen inzwischen Zweifel darüber auf, ob Familie überhaupt noch als bedeutsame soziale Ordnung gelten könne. Schließlich sei es „... nicht mehr klar, ob man heiratet, wann man heiratet, ob man zusammenlebt und nicht heiratet, heiratet und nicht zusammenlebt, ob man das Kind außerhalb oder innerhalb der Familie empfängt und aufzieht, mit dem, mit dem man zusammenlebt oder mit dem, den man liebt, der aber mit einer anderen zusammenlebt, vor oder nach der Karriere oder mittendrin.“ Damit verknüpft Beck Partnerschaft, Ehe und das Kinderaufziehen zu jenem Puzzle, in dem richtig beobachtet ist, dass die alltäglich transportierten Annahmen über Ereignisverknüpfungen im Familienleben nicht mehr zutreffen, auch wenn bei Betrachtung einzelner Aspekte wie etwa Eheschließungshäufigkeiten, Dauer von Ehen/Partnerbeziehungen, Verlässlichkeiten zwischen Elternteilen und Kindern nach Scheidungen usw. immer wieder Entwarnung gegeben werden kann.

Zukunft von Familie hängt von ihrer Lebbarkeit für den Einzelnen ab

Die Zukunft von Familie als Lebensform, ob nun gesetzlich formalisiert oder nicht, dürfte also nicht unerheblich davon abhängen, ob sie als Gewinn und wechselseitige Unterstützung für ihre Mitglieder gesehen und gelebt werden kann, oder ob sie sich an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reibt, die den Entschluss zur Familiengründung und die alltägliche Lebensführung eher erschweren denn erleichtern. Geht man davon aus, dass – wie James S. Coleman (1986) es formulierte – Familie zu einem „...Anachronismus wurde, umgeben von ihr fremden Institutionen, in denen die Männer den großen Teil des Tages verschwanden, die Frauen gleichsam im toten Gewässer zurücklassend, das für die zentralen Aktivitäten der Gesellschaft zunehmend bedeutungslos wurde,“ (zit. n. Liegle 1988, 111), dann liegt auf der Hand, dass ihre Mitglieder dabei sind, neue Wege der Integration zu beschreiten. Von deren Gelingen wird die Zukunft von Familie als gewünschter Lebensform und Bereicherung der Biographie ihrer Mitglieder abhängen.

III.1.2 Einordnung des betrachteten Zeitfensters

In der Zeitspanne des Lebens von nur einer Generation, die nach Kriegsende ihre Berufsausbildung begann und heute im hohen Rentenalter steht, hat die deutsche Familienpolitik eine Reihe von Regelungen modifiziert, die sich an Ordnungsvorstellungen der Nachkriegszeit orientierten; andere haben bis in die Gegenwart Bestand. Die unmittelbare Nachkriegszeit dient häufig als Bezugsrahmen für die Beschreibung von familialem Wandel, doch stellt sie, historisch gesehen, eine Ausnahmezeit von relativ kurzer Dauer dar. Denn das bürgerliche Familienmodell mit finanzieller Existenzsicherung der Familie allein durch den Mann, das Hradil (1992) in seiner Analyse sozialen Wandels als das kurze Glück des ‚goldenen Zeitalters der Normalfamilie‘ (Westdeutschland) bezeichnet, hatte sich bereits mit dem OPEC-Schock 1973, der damaligen Ölkrise als erstem Wendepunkt des sog. Wirtschaftswunders, labilisiert. In der Zeit vor dem letzten Weltkrieg hingegen überwog Variation. Heute sind wir bezüglich der Parameter von etwa Heirats- und Scheidungshäufigkeiten, dem Durchschnittsalter der Frau bei Geburt des ersten Kindes, der Zahl allein Erziehender in der Tat den 20er Jahren ähnlicher als den 60er Jahren, wiewohl es einen West- und einen Ostweg gab, der sehr unterschiedlich verlief.

Das ostdeutsche Modell sah die Frau als dem Mann gleichgestellte Erwerbsperson in sozialistischer Wirtschaftsweise, und es sah sie als für die Familienbelange zuständige Person, die hinsichtlich der Familienarbeit extern, z. B. durch Ganztags-Krippen, Ganztagschulen, betriebli-

che Freizeitorganisation, verlängerte Ladenöffnungszeiten usw. unterstützt wurde. Damit ist die ehemalige Deutsche Demokratische Republik mit ihrer Arbeitsplatzgarantie für alle Erwerbspersonen einerseits, aber der Bindung von Familienarbeit an Frau und Staat andererseits, einen sehr eigenen Weg gegangen.⁴⁰ Das westdeutsche Familienkonzept stützte sich hingegen auf das Modell der Versorgung mit sicherer ökonomischer Perspektive für den Ehemann und hierüber gebotener Freistellungschance der Frau für Familienbelange (Bertram 1997). Während das Ostmodell eine vollständige „Umerziehung“ gleich zu Beginn der Deutschen Republikanischen Politik durchzusetzen suchte (und dieses in der Zeitspanne bis zur Vereinigung fast erreicht hatte), hielt das Westmodell länger noch als in andern Ländern der westlichen Welt an der Idee der separierten Lebensbereiche Familie und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern fest und konzentrierte sich auf die Unterstützung der Tragfähigkeit entsprechender Arbeitsteilungen.

Beide Modelle enthalten zudem entsprechende Leitideen des Umgangs mit dem Nachwuchs, die konträrer kaum sein konnten. Doch setzt auch das Westmodell familienextern einiges voraus, so nicht nur die Bereitschaft, sondern auch die Chance eines kontinuierlich erwerbstätigen und die Familie allein ernährenden Vaters und die zumindest für die Phase der Kinderbetreuung kontinuierlich familial benötigte und subjektiv ausgelastete Mutter, die in den Phasen danach, unterstützt durch die öffentliche Betreuung ihrer Kinder, wieder eigenen Erwerbsinteressen folgt, aber weiterhin für das Wohlergehen der Familienmitglieder zuständig bleibt.

Mit der Bildungsexpansion Mitte der 60er Jahre und dem Mangel an Arbeitskräften im Arbeitsmarkt der westdeutschen Wirtschaftswunderzeit begann eine vorsichtige Politik der Partizipation von Müttern an der Erwerbsarbeit sowie der Kinder an Frühförderungsprogrammen, aber, wie schon vorher im Osten, kaum der Väter an Familienarbeit. Es änderten sich damit zunächst v. a. für Frauen die gesellschaftlichen Verhältnisse jenseits von Familie, während sich für Männer erst sehr viel später die Weichen des Lebenslaufs verschoben. Zu nennen ist hier die Labilisierung der Hauptnährerrolle durch zunehmende konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeitsrisiken und durch strukturelle Verschiebungen in der Aufnahmekapazität des Arbeitsmarkts zwischen männlich und weiblich stereotypisierten Berufen. Beide Entwicklungsverschiebungen betreffen sowohl das Paarverständnis als auch das Verhältnis

Bildungsexpansion förderte Anfänge einer Partizipationspolitik für Mütter

Die Ausnahmesituation der 60er Jahre: Das goldene Zeitalter der Familie

Zwei Modelle in Ost und West

⁴⁰ Zur Situation aus der Lebenslaufperspektive vgl. Längsschnittstudien wie z. B. Trappe (1995); Falk (2005).

zu Familienarbeit, zu Kindern und zur älteren Generation.

Die deutsche Entwicklung markiert einen Sonderweg der Familienentwicklung

Diese Wandlungsprozesse aufzugreifen ist besonders bedeutsam, weil sie die Familiengestaltung in Gesamt-Deutschland bis heute mit einer Reihe von Besonderheiten versehen. Diese erschweren es, eine Familienpolitik zu entwickeln, in der sich Fürsorge- und Betreuungsleistungen zwischen den Partnern und Generationen, kindliche und großelterliche Entwicklungsperspektiven und die Gleichberechtigung von weiblichen und männlichen Familien- und Erwerbsbiographien ausgewogen miteinander verschränken. So gleicht der Wandel in der Bildungsbeteiligung der Geschlechter, in der Beschäftigungsstruktur auf dem Arbeitsmarkt und in der Verschiebung des Waren produzierenden Sektors zum Dienstleistungsbereich zwar dem anderer moderner Gesellschaften, jedoch mit verzögerter infrastruktureller Unterstützung der Gestaltung von Familie und Dienstleistungsarbeit als Handlungsfeld für beide Geschlechter (Häußermann/Siebel 1995; Kaufmann 2005). Zwar geht – wie oben gezeigt – international in allen Ländern der Anteil an Kindgeburten zurück, in der Bundesrepublik jedoch scheint er sich nicht nur an Bildungsniveaus, sondern auch an Berufsspezifika zu brechen. Im Unterschied etwa zu Frankreich, wo vier von fünf Frauen mit universitärer Laufbahn auch Mutter werden, hat in Deutschland nur eine von fünf Professorinnen mindestens ein Kind. Zudem liegt der Anteil von Männern in Teilzeitbeschäftigungen und der Anteil von Frauen in hohen Berufspositionen in Deutschland gleichermaßen niedrig im Ländervergleich.

Zukunft von Familie hängt ab von der Integration Erwerbs- und Familienleben

Die Zukunft von Familiengründungen dürfte aber gerade davon abhängen, wie weit Familie von erwerbs- und familienbeteiligten Personen her neu gedacht werden kann. Angereichert mit dem inzwischen erreichten Wissensstand zur kindlichen Entwicklung und zur Lebensphase im Ruhestand geht es eben darum, Nicht-Passungen zwischen modernisiertem Lebenslauf und Familie zu erkennen und die Chancen zur partnerschaftlichen Selbstkonstruktion von Familie zu stärken. Andere europäische Länder, etwa Schweden, Dänemark und Frankreich, haben die Zeichen der Zeit früh erkannt und die Erwerbs- und Familientätigkeit beider Eltern ebenso als Normalfall zu stützen begonnen wie die außerhäuslichen Förderarrangements für Kinder. Auch bei uns lassen sich Entwicklungen beobachten, die die Stereotypisierungen von männlichen/weiblichen Betätigungsfeldern und das Gegenüber zwischen so genannter Eigen- und Fremdbetreuung der Kinder und alten Menschen in Frage stellen. Doch sind diese erst in allerjüngster Zeit familienpolitisch wahrgenommen worden, und nicht zu übersehen ist, dass sich der Trend zum Verzicht auf Familiengründung neu-

Trend zum Verzicht auf Familiengründung verstärkt auch bei Männern

erdings nicht mehr nur bei Frauen, sondern auch bei Männern verstärkt. So gilt es auch in Deutschland, sich kritisch mit gewachsenen Normalitätsvorstellungen über Lebensführungen zu befassen, und zwar als eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Modernisierung und Innovation im Lebenslauf familiengestalterisch so eingebunden werden, dass sich die Chancen für Familie als Lebensverbund erhöhen und nicht noch weiter verringern.

III.1.3 Stationen einer Analyse

Das folgende Kapitel (III.2) befasst sich aus Sicht der mittleren Generation mit der Identifizierung von Umbrüchen, Widersprüchen, Gegenläufigkeiten aber auch Kontinuitäten familialer Konstruktionen im Wandel. Hier geht es um die Verknüpfung der Lebensbereiche Familie und Erwerbsarbeit, die zunächst aus der Frauenperspektive vorangetrieben wurde. Dies umschließt auch Veränderungen von Kultur und Norm zwischen Vätern und Söhnen sowie zwischen Müttern und Töchtern, einschließlich der Verdichtung von Umbrüchen in den 70er Jahren. Die Forschung entdeckt hier als neu, was sich vorher schon angebahnt hatte, aber familienpolitisch noch wenig genutzt wurde, um Familie als Lebensort und als Lebensgefühl miteinander zu versöhnen. Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht somit das Spannungsverhältnis zwischen Wandel und Kontinuität familialer Lebenslaufmuster.

Kapitel III.3 gilt den Strukturbrüchen im Wandel der Lebensabschnitte zwischen den Geschlechtern. Mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft verschieben sich die Kontinuitätsmuster familiensichernder Berufsverläufe trotz zunehmender Bereitschaft beider Geschlechter, in Bildung zu investieren. Phasen individuellen und Phasen familialen Lebens scheinen zunehmend weniger passfähig zu werden. Im Mittelpunkt steht also das Verhältnis von arbeitsmarktlichem Wandel, strukturierter Individualisierung und familialer Existenzsicherung.

Kapitel III.4 ist konzentriert auf den Wandel von Familienarbeit. Innerfamiliale Arbeitsprozesse und Zuständigkeitsmuster verschieben sich; doch wird die gewonnene Zeit keineswegs zur Familien-Freizeit. Hier geht es um Veränderungen im Zuschnitt von Haus- und Familienarbeit, den Verschiebungen der Sozialisationsorte von Kindheit, soweit sie das Familienmanagement betreffen, einschließlich der Bedeutung von Care-Aufgaben bei der Betreuung von behinderten, kranken oder alten Mitgliedern des Familienverbundes. Die Ausweitung familialer Infrastruktur und familiennaher Dienstleistungsberufe verschieben das Verhältnis und das Verständnis von öffentlich-marktförmiger und innerfamilialer Arbeit, setzen aber nur begrenzt neue Optionen frei,

um Familie als Verhandlungsort zu nutzen und familiäre Verpflichtungen auf viele, kooperationsbereite und -kompetente Mitglieder zu verteilen. Dabei wird es dem parallel erstellten Altenbericht überlassen bleiben, dem Bereich des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements im fortgeschrittenen Lebensalter angemessene Aufmerksamkeit zu schenken.⁴¹ Uns geht es darum, jene Friktionen im modernen Familienmanagement ins Zentrum zu rücken, die eine an Modernisierung orientierte Familienpolitik der Zukunft herausfordern.

Anschließend (Kap. III.5) wird der Erkenntnisgewinn des hier gewählten Zugangs auf Familie aus der Perspektive der erwachsenen Mitglieder und ihres Lebenslaufs diskutiert. Es geht um die zusammenfassende Betrachtung der zwischenzeitlich erreichten Integration männlicher und weiblicher Lebensläufe und der Verdichtung der Koordinationsaufgaben zwischen Familien-, Erwerbs-, und Betreuungs-/Versorgungseinrichtungen des täglichen Lebens.

In allen Kapiteln geht es aber nicht um Vollständigkeit, sondern um eine Auswahl von Zusparungen, die uns für die Zukunft von Familie und die Bereitschaft, Eltern zu werden und Kinderwünsche zu realisieren, bedeutsam erscheinen.

III.2 Ungleichzeitigkeiten

III.2.1 Die Geschlechterperspektive. Familie und Leitbilder der Teilhabe an Lebensbereichen

III.2.1.1 Lebensbereiche – Wahrnehmungsdifferenzen der Familienrollen als Folge des Alters, des Geschlechts, der Lebensumstände

Eines der hoch kontroversen Themen im Zusammenhang mit Familie ist die Verbindung von Berufs- und Familienarbeit im Lebenslauf der Geschlechter. Dem Ernährermodell westdeutscher Nachkriegsprägung inhärent ist die Trennlinie zwischen a) der für Haus- und Familienarbeit zuständigen weiblichen, und b) der auf Erwerbsarbeit verwiesenen männlichen Lebensführung (Levy 1977, 1994). Gemeint ist die normative und die faktische Bindung der Geschlechter an jeweils eine der beiden Lebenssphären. Dieses aus der bürgerlichen Moderne heraus entstandene Konstrukt getrennter Lebensbereiche transportiert zugleich die Idee, dass für jeden der Bereiche eine ganze Person hinsichtlich ihres Zeitaufwandes, ihrer Orientierung und ihrer Selbstdefinition notwendig sei, und dass es die

Geschlechtszugehörigkeit sei, die die Zuständigkeiten festlege.

Junge Mädchen kündigten diesen Konsens jedoch schon in den 80er Jahren auf. Befragt im Alter von 15 bis 19 Jahren, wollen sie, so lautete das vor fast 25 Jahren in der Öffentlichkeit viel diskutierte Ergebnis der ersten Repräsentativstudie zur Lebensrealität von Mädchen, mehrheitlich beides, Familie und Beruf (Seidenspinner/Burger 1982). Ihre Sorge Nr. 1 gelte einer guten Berufsausbildung, ihre Sorge Nr. 2 dem Finden eines Partners, der ihre Berufsorientierung zulasse⁴². Die Autorinnen folgern, dass diese Frauengeneration „... viel massiver in dem Konflikt zwischen Beruf und Familie stehen wird als alle Frauengenerationen zuvor“ (Seidenspinner/Burger 1982, 141).

Dass sich diese Option verfestigt, zeigen die Shell-Jugendstudien, in denen die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen befragt wurden. Sie bestätigen diese „Gleichzeitig-Beides“-Orientierung bei jungen Frauen in den Erhebungen von 1981 und 1985, dann 1992 und 1995 jeweils erneut (vgl. Hurrelmann/Albert 2002). Auch in den seit 1981 zusätzlich zur standardisierten Befragung durchgeführten qualitativen Erhebungen der Shellstudien äußern die jungen Frauen immer wieder ebenso mehrheitlich Angst vor der Ehe, da ihre Option der Verbindung beider Bereiche dann möglicherweise nur noch schwer durchzuhalten sein könnte (vgl. auch Allerbeck/Hoag 1985). Andererseits zeigen diese Jugendstudien, dass bei den männlichen Jugendlichen die Orientierung an Kindern und Familie seit 1985 langsam eine Rolle spielt, wenn auch mit Zeitverzögerung gegenüber den jungen Frauen.

Die Realisierung dieser Wünsche scheint in der Tat weniger durch Einstellungen und Orientierungen blockiert als vielmehr durch die Praxis der wichtigsten Institutionen der Alltagsgestaltung des Lebenslaufs. Denn in diese hat sich zwischenzeitlich der Zwang zur Entscheidung für vorrangig einen der beiden Bereiche historisch fest eingelagert, etwa im Arbeitsmarkt durch:

- eine Arbeitszeitgestaltung, die als Normalarbeitszeit (Mückenberger 1989) für möglichst Viele in der gleichen Zeitspanne des Tages liegen sollte und damit zeitversetzte Betreuungsarrangements zwischen den Partnern erheblich erschwert;

Jugendliche und junge Erwachsene strebten mehrheitlich eine Verbindung beider Lebensbereiche an.

Der Einstellungswandel wird durch die Praxis der Institutionen der Alltagsgestaltung blockiert

Das Ernährermodell trennte männliche und weibliche Biographien

⁴¹ Für eine Zusammenfassung der historischen Entwicklung und der schwierigen Datenlage siehe Sing (2003).

⁴² Seidenspinner/Burger (1982, 9) führen aus: „Eines der wesentlichen Ergebnisse der Mädchen-Untersuchung ist die Tatsache, dass für Mädchen zwischen 15 und 19 die Verwirklichung des Berufswunsches an erster Stelle steht. Bei 64 Prozent aller Befragten ist dies ein Hauptanliegen an die Zukunft“.

- eine berufliche Karrierestruktur, die Alter und Leistung, Weiterbildung und Verfügbarkeit honoriert und familienbedingte Unterbrechungen oder Reduzierungen kaum verzeiht. Beck-Gernsheim (1988) spricht gar vom einhalb Personenberufssystem;
- eine Lohnhöhe, die, im Unterschied zu den USA, bei uns (historisch-gewerkschaftlich erkämpft) existenzsichernd für eine ganze Familie sein soll, dafür aber den Arbeitnehmer voraussetzt, der entlastet von Familienaufgaben zur Verfügung steht (Kulawik 1999).

Die Familien ergänzende Infrastruktur zwingt zur Entscheidung durch:

- eine Grundschule mit flexiblem Beginn, Stundenausfall und Ende,
- eine begrenzte Bereitstellung von Kindergarten- bzw. Kindertageseinrichtungsplätzen und Öffnungszeiten in Versorgungseinrichtungen;
- ein Gesundheitssystem mit sich reduzierenden Liegezeiten im Krankenhaus, usw.

Diese alle setzen auf abrufbare Personen als Ergänzung ihrer Leistungen.

Wiewohl sich diese Setzungen langsam wandeln, ist die Bedeutung ihres Zusammenspiels für die wechselseitige Gestaltung von Lebensbereichen wenig bewusst. Dieses Zusammenspiel erzeugt so etwas wie Korsettstangen für die väterliche und mütterliche Beteiligung am Familien- und Erwerbsbereich, wird aber oftmals erst dann sichtbar, wenn einzelne Setzungen in bestimmten Lebensphasen als schwierig wahrgenommen werden. Unabweisbar z. B. müssen Eltern mit Kollisionen rechnen, etwa der eigenen häuslichen Abwesenheit, der Arbeitszeit des/der Lehrers/-in oder des/der Klempners/in, des Paketdienstes, des/r Schornsteinfegers/in usw., es sei denn, es gäbe eine Person zu Hause, oder die Eltern können ihre eigene Arbeitszeitlage auf die Belange anderer Beschäftigter einschließlich des Partners/der Partnerin abstimmen. Dabei ist es von der Logik der Institutionen her keineswegs zwingend, dass diese Person weiblich ist (Krüger 2001). Historisch neu scheint sich heute eine simultane Beteiligung beider Geschlechter an beiden Feldern herauszubilden.

Dieser Wandel, der Grenzziehungen der Lebensbereiche zwischen den Geschlechtern in unterschiedlichem Umfang aufbricht, scheint nunmehr an Generationengrenzen halt zu machen. Die oben referierten Ergebnisse der Studien stehen in auffallendem Kontrast zu viel traditionelleren Einstellungen in jüngsten Repräsentativumfragen der Gesamtbevölkerung. Wiewohl sich die Rollenvorstellungen für beide Geschlechter erweitert haben und diese Erweiterung als Barri-

ere für die Familiengründung der jeweils jüngeren Generation immer bedeutsamer wird (Kühn 2003), lässt sich in Umfragedaten, die auf Bevölkerungs-Querschnitten beruhen, von eher geringfügigem Einstellungswandel sprechen. Erst wenn altersbiographisch und – was sehr viel seltener möglich ist – lebensführungsspezifisch differenziert wird, zeigen sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Generationen zu dem, was Familie sei und wie sie sich im Binnenverhältnis darstelle. So lag in der ALLBUS-Umfrage von 2000, einer Repräsentativ-Erhebung in der deutschen Bevölkerung, die Zustimmung zur Hausfrauen-Ehe bei rund 49 Prozent der westdeutschen und 31 Prozent der ostdeutschen Befragten. Doch galt diese Zustimmung nur für 29 Prozent in der Altersgruppe der unter 30jährigen West (Ost 21 Prozent) gegenüber fast 78 Prozent in der Altersphase der über 65jährigen (Ost 46 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2002b). Nach den Daten des DJI Familiensurveys (Bien/Marbach 2003) hat die Zustimmung der Bevölkerung im Alter von 18 bis 55 Jahren (d. h. unter Verzicht auf die Altersgruppen darüber) zum traditionellen Hausfrauenmodell in Ost- und Westdeutschland zusammen inzwischen die 40-Prozent-Marke unterschritten.

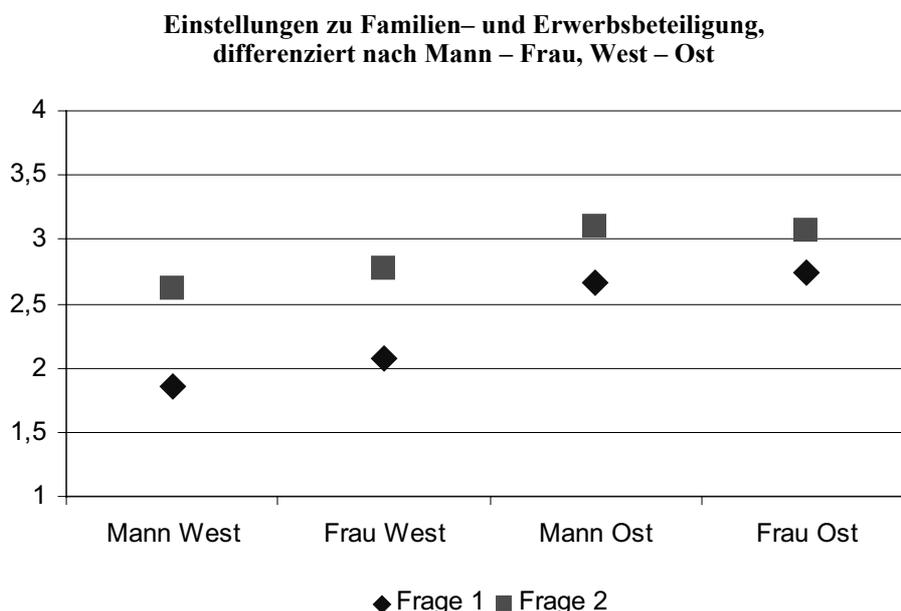
Neben diesen Differenzen zwischen den Altersgruppen sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen aus Ostdeutschland gegenüber jenen aus Westdeutschland in Repräsentativumfragen der Gesamtbevölkerung immer noch erstaunlich deutlich. So glauben westdeutsche Frauen aller Altersgruppen zu (immerhin) 66 Prozent, dass Kleinkinder unter der Berufstätigkeit der Mutter leiden (gegenüber 87 Prozent im Jahr 1982). Hingegen stimmen dem nur 39 Prozent der ostdeutschen Frauen zu (gegenüber 57 Prozent im Jahr 1991) (Statistisches Bundesamt 2002b). Die ALLBUS-Umfrage 2000 zeigt, abgetragen auf einer Zustimmungsskala von 1 (stimme voll zu) bis 4 (stimme überhaupt nicht zu):

Die Diskrepanzen im Zustimmungsgrad zwischen beiden Statements sind nach Geschlecht im Westen relativ hoch, im Osten liegen sie näher aneinander, zudem werden beide Statements im Osten deutlich höher abgelehnt. Der Ost-/Westkontext wirkt entsprechend stärker differenzierend auf das Rollenverständnis beider Geschlechter als auf Differenzierungen zwischen Männern und Frauen West-Ost.

In der Gegenüberstellung von „tatsächlichen und gewünschten Beschäftigungsmustern bei Paaren mit Kindern unter sechs Jahren 1998“ zeigte eine OECD-Umfrage (allerdings auf geringer Befragtenbasis) für Deutschland, dass nur rund 16 Prozent der befragten Paare in einer Konstellation mit ‚Mann und Frau in Vollzeitbeschäftigung‘ le-

Differenzen zwischen den Generationen u. Ost und Westdeutschland bezüglich der Einschätzung mütterlicher Erwerbstätigkeit sind markant

Abbildung III.1



Frage 1: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn die Mutter arbeitet.“

Frage 2: „Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.“

Quelle: Pascal Lubin, Allbus 2000, eigene Berechnung

ben, sich diese Lebensform aber immerhin 32 Prozent der Befragten wünschten, während die Konstellation „Mann in Vollzeitbeschäftigung und Frau nicht beschäftigt“ für 52 Prozent der befragten Paare Realität ist, aber nur für 6 Prozent auch die gewünschte Lebensform darstellte (OECD 2001b). Die höchste Übereinstimmung zwischen „tatsächlich“ und „gewünscht“ lag bei der Konstellation: männlich Vollzeit – weiblich Teilzeit.

Will man den Familienverbund erhalten, fordern diese Differenzen zu Kompromissen heraus. Die möglicherweise den 1982 noch jungen Frauen vorschwebenden Orientierungen mögen ihnen im Nachhinein nicht einmal mehr revisionsbedürftig oder nicht mehr wünschbar erscheinen. Doch sind diese zusammengenommen Indikatoren für Diskrepanzen in den Einstellungen zwischen den Generationen, zwischen Personen mit unterschiedlichen Erfahrungswerten in Ost und West, aber auch zwischen faktischer Familienführung und gewünschtem Familienleben.

Diese Differenzierung zu beachten ist wichtig für eine Familienpolitik, die Entscheidungen über zukunftsweisende Unterstützungsleistungen für die Familie von morgen treffen soll. Denn noch einmal anders stellt sich die Frage nach Wandel oder Beharrung der Geschlechtsrollen dar, wenn wir den Zeitraum nach Kriegsende in Westdeutschland in diese Frage einbeziehen und uns klar machen, dass auch Amerika schon da war, bevor Kolumbus es entdeckte; will sagen: zu al-

len Zeiten gab es mütterliche Erwerbsbeteiligungen (und der Verzicht darauf), die einmal als normal, ein anderes Mal als nicht normal galten.

III.2.1.2 Einstellungsrekonstruktionen über sich wandelnde Zeiten

Die Entwicklungslinien der Nachkriegszeit in Westdeutschland orientierten sich daran, dass eine Familie zu haben für Väter und für Mütter Unterschiedliches im Lebenslauf bedeutet. Solange am Familienernährermodell festgehalten wird, erhöht sich der Druck auf den Erwerbsverlauf des Vaters. Familie und Beruf addieren sich im Erwerbsverlauf auf, aber dieses Aufaddieren beinhaltet auch den nicht immer gewünschten weitgehenden Verzicht auf Partizipation des Vaters am familialen Geschehen. Umgekehrt wird die Frau als Mutter mit einer Mittelpunktverschiebung ihres bisherigen Lebenslaufs konfrontiert, d. h. mit einem ins Zentrum rückenden Familienleben und erhöhter Abhängigkeit ihrer Existenzsicherung durch den Partner, sowie, falls gewünscht und realisierbar, eigener Erwerbsbeteiligung, die auf die Familienbelange abgestimmt ist. Daraus resultieren unterschiedliche Perspektiven der Vereinbarkeit beider Lebensbereiche. Mit den Worten von Sauerborn (1994, 56): „Vereinbarkeit heißt für Frauen, Haushalt und Kinder als ihre angestammte Lebenssphäre so zu organisieren, dass ihre Berufstätigkeit darin Platz hat. Vereinbarkeit heißt umgekehrt für Männer, Berufstätigkeit als ihre angestammte Lebenssphäre so zu organisieren, dass sie Zeit und

Unterschiedliche normative Muster der Vereinbarkeit für Männer und Frauen in der Nachkriegszeit

Spielraum für Kinderbetreuung und Familienarbeit gewinnen“.

Nach dem Kriegsende vollzog sich eine Re-Etablierung der traditionellen Lebensbereichszuordnungen

Suchen wir danach, wann und wodurch sich Brechungen in den Leitbildern von Familienleben abgespielt haben, so stoßen wir auf entsprechend widersprüchliche Erkenntnisse. Dieser Prozess begann in der Bundesrepublik bereits kurz nach Kriegsende, hier allerdings zunächst als Re-Etablierung von zwischenzeitlich verloren gegangenen Lebensbereichszuordnungen, denn kriegsbedingt war die familiäre Ernährerrolle in vielen Fällen auf die Frauen übergegangen. Entsprechend ist die Restorationsphase nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst gekennzeichnet durch Bereinigungsversuche der nachkriegszeitlichen Lebensrealität. Dass diese Re-Organisation des männlichen Ernährermodells nicht reibungslos gelang, belegt der Rückgriff auf gesetzgeberische Maßnahmen, wonach Ehefrauen die eingenommenen Arbeitsplätze bei Nachfrage männlicherseits räumen mussten bzw. ihr außerhäusliches Erwerbseingagement auch in nicht von Männern nachgefragten Beschäftigungen nun von der Zustimmung des Ehepartners abhängig gemacht wurde.⁴³

In den 50er und 60er Jahren galt die Versorgung als selbstverständlich

Zu Beginn der 50er bis etwa Mitte der 60er Jahre galten aber Heirat und Familiengründung in Form der Versorgung so sehr als kulturelle Selbstverständlichkeit, dass, wie eine Reihe von Forschungsergebnissen über Westdeutschland zeigen, durchaus Widersprüche zwischen den öffentlich geäußerten Meinungen zur weiblichen Erwerbsarbeit und dem Verhalten gerade bei Frauen selbst entstanden sind (vgl. u. a. Hofbauer 1979; Naegele 1985; Born/Krüger/Lorenz-Meyer 1996; Helwig 1997; Born/Krüger 2002). In dieser Zeit konnte vorhandenes Interesse an außerhäuslicher Erwerbsarbeit kaum gegenüber dem eigenen Mann, geschweige denn öffentlich artikuliert werden, und es entstand das Bild von der überwiegend ungelerten Hausfrau und Mutter, die gern bei den Kindern zu Hause blieb, und dies ein Leben lang (kritisch hierzu: Naegele schon 1985).

Mütterliche Erwerbstätigkeit galt als „nicht normal“

Dass dieses aber nur bedingt der Realität entsprach, wurde in Kap. II bereits angesprochen. Die sehr frühe Studie von Elisabeth Pfeil machte bereits 1961 auf das Problem von wertenden Gegensatzkonstruktionen aufmerksam, die haustä-

tige und erwerbstätige Mütter bezüglich der Entwicklungschancen ihrer Kinder gegeneinander ausspielten. Auf der Basis einer Stichprobe von 900 erwerbs- und nicht erwerbstätigen Müttern aus „vollständigen Familien“ (so die Formulierung im Titel der Veröffentlichung) belegt sie, dass die gedeihliche Entwicklung des Kindes nicht von der Berufs- oder Hausfrauenposition der Mutter abhängt, sondern vielmehr von deren Zufriedenheit mit ihrer Lebensführung (Pfeil 1961). Doch unter den Normalitätsannahmen der Zeit, wonach mütterliche Erwerbstätigkeit zudem als ein Armutszeugnis für die Erwerbsfähigkeit des Partners galt, stimmten, wie Helwig (1997) auf der Basis des Infas-Reports von 1963 belegt, sowohl berufstätige Frauen, die erwerbstätig bleiben wollten, als auch Hausfrauen, die gerne erwerbstätig gewesen wären, zu gut 60 Prozent der Aussage zu, dass die Berufstätigkeit von Frauen „eigentlich nicht normal“ sei (S. 21).

Bei Söhnen und Töchtern von westdeutschen, um 1988 verrenteten Ehepaaren allerdings hatten sich diese Gewissheiten bereits zugunsten von Aushandlungsprozessen zwischen den Partnern aufgelöst. Die Verhandlungsehe, d. h. das Abwägen unterschiedlicher Lebensformen zueinander und das Abschätzen der Risiken von Partnerschaftsabhängigkeiten, gewann an Boden, und zwar bei beiden Geschlechtern (Born 2001).⁴⁴ Sie waren sich darüber hinaus einig, dass sie der familialen Lebensführung ihrer Eltern nicht zu folgen gedächten – zugunsten des Verzichts auf Familie oder gemeinsamer Beteiligung beider Partner an Erwerbs- und Familienarbeit. Helfferich u. a. (2004) bestätigen diesen Wandel auf männlicher Seite in ihrer Auswertung der Männlichkeitsvorstellungen von 29 bis 54-jährigen männlichen Hauptschulabsolventen 2003. Auch hier wurde die bei den Älteren präferierte klare Trennung zwischen einem durch Beruf und außerhäusliche Freizeit geprägten männlichen Lebensbereich und einem durch häusliche fürsorge-

Eine Generation später löst das Aushandeln das traditionale Diktat der Männer gegenüber ihren Frauen ab

⁴³ Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 10. Mai 1957 bedeutete die sog. Zölibatsklausel in Individualarbeits- und/oder Tarifverträgen für Frauen in der Tat die automatische Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Heirat. Mit dem Gleichberechtigungsgesetz von 1957 wurde das Recht des Ehemannes, die Erwerbstätigkeit der Ehefrau zu verbieten, dahingehend eingeschränkt, dass er nur noch mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichts das von seiner Frau eingegangene Arbeitsverhältnis kündigen durfte (§ 1355 BGB a.F.; s. a. Moeller, Robert G. (1993).

⁴⁴ V. a. empirische Studien zum Lebenslauf der Nachkriegsgenerationen, die qualitative und quantitative Erhebungsmethoden miteinander kombinieren (Born/Krüger/Lorenz-Meyer 1996; Kluge/Kelle 2001; Heinz/Marshall 2003) zeigen: Der größere Wandel vollzog sich dabei männlicherseits, d. h. zwischen den Vätern und ihren Söhnen. Bei den Vätern in Deutschland West gab die ganz überwiegende Mehrheit der (63- bis 65-jährigen) Männer auch zum Befragungszeitpunkt 1998 noch an, dass es für sie auch heute noch das Natürliche sei, wenn der Mann ernähre und die Frau sich ausschließlich um die Kinder kümmere, während ihre Ehefrauen, 1947/48 auf Facharbeiter-/Fachangestellteniveau ausgebildet, mehrheitlich darauf hinwiesen, dass schon in der Nachkriegszeit sie von ihren Müttern davor gewarnt wurden, sich bezüglich der eigenen Existenzabsicherung auf die Männer zu verlassen. Als Frau brauche man beides: Familie und Beruf. Doch erst ihre Töchter könnten auch öffentlich dazu stehen, ohne dass vermutet würde, der Mann könne die Familie nicht allein ernähren.

rische Arbeit geprägten weiblichen bei den Jüngeren infrage gestellt. Und die Studie zu Entscheidungen für oder gegen ein zweites Kind von Rerrich 1985 belegt, dass mit einem zweiten Kind die innerfamiliäre Missbalance in den Beteiligungsmustern der Partner an Familien- und Erwerbsarbeit sich noch einmal erhöht (vgl. Helfferich/Klindworth/Wunderlich 2004 sowie Kap. IV).

In der amerikanischen Forschungsliteratur, wonach das Familienleben in Form des Hausfrauenmodells inzwischen auf knapp 9 Prozent der Haushalte mit Kindern gesunken ist, (jedoch keineswegs nur freiwillig, sondern auch wegen der geringen Lohnhöhe; siehe Moen/Han 2001), wird angesichts entsprechender Veränderungen der Lebensformen im Zeitabstand von nur einer familialen Generation fast durchgängig von einer „gender-revolution“ in der Neuverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit gesprochen (z. B. Smith 1979; Hochschild 1989; Gerson 1993). In der Bundesrepublik gehen wir eher von einer schleichenden Veränderung aus, die ganz vorrangig Ergebnis der zunehmenden Erwerbsorientierung der Frauen ist, und durch die sich das männliche Alleinernährer-Modell langsam in ein Ernährer-Zuverdienermodell verschiebt. Beides betrifft die Erwerbs-, nicht aber die Familienbeteiligung. Entsprechend ist der Wandel durchwebt vom Problem der Bindung von Erwerbsarbeit und Familie an die Kategorie Geschlecht, die keineswegs als Synonym für „weiblich“ stehen sollte.

Mit Einführung des Begriffs „Elternzeiten“ (2001) wird die Sichtweise inzwischen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als von beiden Partnern zu lösende Aufgabe gelenkt. Die in dieser Legislaturperiode eingeleitete Allianzpolitik für Familien treibt zudem Vereinbarungen mit jenen relevanten Institutionen voran, vorrangig der Wirtschaft, die als externe Rahmung der Entscheidungen für Familie und für familiales Leben eine bedeutende Rolle spielen, während der kulturelle Wandel sich bereits in den 70er Jahren in nie zuvor oder danach erfolgter Verdichtung herauskristallisierte.

III.2.1.3 Verwerfungen: Die 70er Jahre als Wandel im Brennglas oder: die Geschichte der verpassten Gelegenheiten

Der Eindruck eines „schleichenden Wandels“ wird u. a. durch Zeitreihen-Betrachtungen einzelner Parameter gestützt (vgl. Kap. II). Verknüpfen wir hingegen die Vielzahl der Studien aus der Familiensoziologie, der Lebenslauf-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung zur Entwicklung in Westdeutschland miteinander, so sprechen die Autoren ganz vorrangig von „plötz-

lich“ eintretenden Ereignissen des Wandels. Sie lokalisieren diese Veränderungen ganz überwiegend in einem engen Zeitrahmen. Dieser fällt, ähnlich wie das „goldene Zeitalter der Normalfamilie“ der 50er Jahre, in eine kurze Zeitspanne, nämlich die 70er Jahre. Betont wird, dass seit Mitte der 70er Jahre erstmalig die Geburtenzahlen so sehr sinken, dass die Elterngeneration nur noch zu 60 bis 65 Prozent ersetzt wird (Höhn 1980; Burkart 1991). Burkart unterstreicht den stärksten Rückgang der jährlichen Eheschließungen und -quoten im Zeitraum zwischen 1970 und 1978, und betont ebenso die Beschleunigung und Veränderung des Scheidungsverhaltens seit den 70er Jahren. Erstmals lag der Scheidungsgipfel nicht mehr zu Beginn der sog. „empty-nest“-Phase, d. h. beim Alter der Kinder um 18 bis 20 Jahre, sondern es bildete sich ein biographisch sehr viel früher liegender zweiter Gipfel heraus, nämlich beim Alter der Kinder zwischen vier bis sechs Jahren. Auch der bis in die 60er Jahre bestehende strukturelle und normative Zwang zur Eheschließung (Nave-Herz 1989) löste sich, so die Autoren, in den 70er Jahren auf. Schneider (1991, 58) beschreibt den entsprechenden Wandel als abrupten Übergang von der „Ehe und Heirat als kultureller Selbstverständlichkeit“ zur „Ehe und Heirat als ambivalenter Entscheidung“, und Roussel (1988) stellt fest, dass die Institution Ehe in den 70ern „plötzlich“ ihre regulative Bedeutung verloren habe. Auch Ruhl (1988) konstatiert, dass bis zu den 70er Jahren alle anderen Lebensformen negativ sanktioniert waren, aber dann galt: „Nichts ist sozial ausgeschlossen“ (Höhn 1989). Die sprunghafte Zunahme allein erziehender Väter in dieser Zeit (Rerrich 1985), die Ausweitung des Phänomens allein erziehender Mütter über die bis dahin eher verwitwungsbedingten Fälle hinaus, sowie die Pluralisierung der Lebensformen in partnerschaftlichen Beziehungen ohne Trauschein werden ebenfalls auf diesen Zeitrahmen datiert (Nave-Herz 1989; Lüscher/Wehrspaun 1986; Burkart 1991; Strohmeier 1993).

Gleiches wird behauptet für die zeitliche Terminierung der sich neu herausbildenden Verhältnisse von Familie zu Bildungs-, Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Institutionen: Nach diesen Studien sind es die 70er, in denen sich der Zusammenhang zwischen vermehrter und sich verlängernder Bildungspartizipation der Frauen, steigendem Heirats-/Mutterschaftsalter der Frauen und sinkenden Kinderzahlen herauskristallisierte (Blossfeld 1985; Huinink 1989; Tölke 1989; Mayer/Allmendinger/Huinink 1991). Hiermit verknüpft ist auch die bildungspolitisch veränderte Funktion des Kindergartens bzw. der Kindertageseinrichtung als Frühförderungseinrichtung, die in den 70er Jahren zu einer entsprechenden Expansion und erstmals pädagogisch-

Die 70er Jahre als Kristallisationspunkt der neuen Verhältnisse

Zusammenhang von verlängerter Bildungspartizipation, steigendem Heiratsalter und sinkender Kinderzahl bei Frauen

Deutsche Veränderungen im internationalen Vergleich eher schleichend

gesellschaftlichen Anerkennung dieser Institution geführt hat (zusammenfassend Nave-Herz 1992). Auch die Einführung von Teilzeit-Arbeitsbedingungen, aufgrund des Arbeitskräftemangels im kaufmännischen Bereich schon 1957 realisiert, hat sich zunächst kontinuierlich in den ausgehenden 60ern und vor allem 70er Jahren sprunghaft ausgeweitet (Handl 1988; Schupp 1991; von Oertzen 1999). Die weibliche Erwerbsbeteiligung erreichte v. a. durch die Verkürzung von Unterbrechungszeiten in der Kleinkindphase in den 70er Jahren wieder den Stand der unmittelbaren Nachkriegszeit, wobei Willms-Herget (1985) auf die systematische Unterschätzung weiblicher Erwerbsbeteiligung in der damaligen Zeit durch die statistische Nicht-Erfassung mithelfender Familienangehöriger verweist.

Wiewohl größere Zeitreihenbetrachtungen belegen, dass die meisten Trends einen langen Verlauf hatten und sich – nach kurzen Normalisierungsphasen der 80er Jahre – über das Erscheinen dieser Arbeiten hinaus fortsetzten, ist doch die Identifizierung der 70er Jahre als Zeit des epochalen Wandels durch die meisten Autoren ein Hinweis auch auf den sich ändernden Rezeptionshintergrund. Man sensibilisiert sich für den vermuteten Niedergang der Familie, und die Kontroversen über mögliche Reaktionsformen gewinnen an Boden. Sie pendelten einerseits um die Erhöhung des normativen Drucks gegenüber abweichenden Lebensformen (vgl. BMFJG, 3. Familienbericht 1979) und andererseits um die Liberalisierung im Umgang mit verschiedenen familialen Lebensführungen (vgl. Pross 1976). Plurale Lebensformen und die Gleichberechtigungsdebatte um Fragen der arbeitsmarktlichen Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern gewannen einerseits an öffentlicher Präsenz, andererseits liberalisierte sich auch die Rechtsprechung. 1973 fiel der berühmte ‚Kuppelparagraph‘ bei Untermietverhältnissen, 1977 wird in der Neufassung des Paragraphen 1356 der Ehe- und Familienrechtsreform Ehefrauen erstmalig eigene Entscheidungsfreiheit über ihre Erwerbsbeteiligung eingeräumt und nach Schütze (1988b) wird es seit den späten 70er Jahren für Frauen selbstverständlich, dieses Recht in Anspruch zu nehmen.

Doch der Verfügungsanspruch, so Nave-Herz (1992), der Kindern gegenüber ihren Müttern gesellschaftlich zugeschrieben wird, nahm im Gegenzuge seinen Aufschwung in der nämlichen Zeit (vgl. auch Expertise Mantl 2004). War vorher die haustätige Mutter als „Nur-Hausfrau“ unter Druck geraten, setzten nun Stigmatisierungen um erwerbstätige Mütter als „Rabenmütter“ ein, und der möglichst gering zu haltende Umfang außerhäuslicher Betreuung von Kindern in Kindergärten bzw. Kindertageseinrichtungen und

Schule wurde normativ rigider als je zuvor eingefordert, auch als politischer Kontrapunkt zur Ganztags-Betreuungspraxis in Deutschland Ost (Schütze 1988a).

Dass ebenfalls in den 70er Jahren erste Veränderungen der Vaterrolle konstatiert wurden, blieb ein eher gering wahrgenommenes Feld der Veränderung. Während bis in die 60er Jahre „Vaterschaft als Daseinsaspekt des Mannes“ (Rerrich 1985) keine Rolle spielte, begann ebenfalls Anfang der 70er Jahre seine wissenschaftliche Entdeckung und die Bedeutung änderte sich: Zunächst für das Kind (am Wochenende gehört Papi uns), Ende der 70er Jahre für den Vater selbst. Lehr spricht 1978 von einem entsprechenden „epochalen Wandel des Rollenverständnisses der Männer“.

Wenig untersucht ist, warum die seitdem im Wandel befindlichen, „derzeit noch diffusen Rollenvorstellungen“ der Väter (Rollett/Werneck 2002, 334) kaum in veränderte Handlungsmuster umgesetzt wurden. Stattdessen galten Selbstüberforderungen zur neuen Vaterrolle als eher ungläubwürdig (Metz-Göckel/Müller 1985). Doch gerade Frauen, so Gerson für die USA, seien relativ blind gegenüber intendierten Veränderungsprozessen der Männer, da sie ihnen nie weit genug gehen (Gerson 1993). Väter in Elternzeit sind in der Tat bei uns immer noch eine Rarität (Statistisches Bundesamt 2002a) und die während der Schwangerschaft geäußerte Absicht, sich intensiv an der Erziehung und Pflege des Neugeborenen zu beteiligen, war nach drei Jahren nur selten umgesetzt (Rollett/Werneck 2002; zu Ursachen und Folgen dieses Misslingens: siehe Nickel 2002, sowie Kap. IV). Aber immerhin: Ein neues Thema, das der Familienbeteiligung der Väter, tauchte auf, jedoch fast ohne Bezug zur Erwerbssituation der Männer, da Erwerbsverpflichtungen als vorgeschobenes Argument gegen Familienbeteiligung gewertet wurden.

Insgesamt also erfuhren die Ordnungsmuster der gut situierten Kleinfamilie, die aufgrund ihrer Monopolstellung in der Nachkriegszeit zu einer selbst vor dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannten Differenzierung zwischen einem männlicher-erwerbszentrierten und weiblich-familienzentrierten Lebenslaufmuster geführt hatte, eine erhebliche normative und faktische Relativierung (Burkart/Kohli 1992). Nach Burkart (1991, 33) wurde diese Veränderung durch zwei Jugendgenerationen durchgesetzt: Die „68-Generation“, die sich gegen den Wertekomplex Ehe/Familie ideologisch abgesetzt hatte, und „die jungen Erwachsenen der Bildungsexpansionsphase“, die zugleich ein neues Demokratieverständnis der Chancengleichheit zwischen Schichten und Geschlechtern proklamierten. Hiernach verbinden sich normative Komponenten des Wandels (Wer-

In den 70er Jahren begann die wissenschaftliche Entdeckung des Vaters

Das Ordnungsmuster der gut situierten Familie erfuhr einen Wandel

Stigmatisierung erwerbstätiger Mütter als Rabenmütter

tekomplex Ehe/Familie, Chancengleichheit) und strukturelle Veränderungen des Lebenslaufs (Bildungsexpansion) miteinander. Sehr viel weniger wurden jene Institutionen in die Betrachtung einbezogen, die ihrerseits in den Familienalltag einwirken: Die Berufsstruktur und die außerfamiliäre Kranken-, Alten- und Kinderbetreuung oder die Lage und Zuschnitte der Wohnbebauung. Während erstere vorrangig unter Arbeitsmarktgesichtspunkten diskutiert wurde, gerieten letztere von Anfang an in Gegensatzdebatten um öffentliche versus private Leistungen, über die sich v. a. kindliche Entwicklungschancen und Mutterschaft leicht gegeneinander ausspielen lassen, aber kaum Raum bleibt, um die Einbindungen von Vater, Mutter und Kind in erweiterte Erfahrungsräume abzuwägen. Entsprechend lag es nahe, die Pluralisierung der Lebensformen und Lebensführungen eher als ein Problem der familialen Solidarität zu diskutieren und weniger als Teil der externen Strukturierung des Lebenslaufs ihrer Mitglieder.

III.2.2 Alles beim Alten oder alles verändert?

Die weiterhin bestehende Bandbreite in den Einstellungen zur Familienführung zwischen den Geschlechtern, innerhalb und zwischen den Jüngeren/Älteren und zwischen Ost und West deutet auf rumorende Impulse und Gegenläufigkeiten im Wandel hin. Die Zusammenschau der Studien aus verschiedenen Forschungsrichtungen belegt für die 70er Jahre eine erhebliche zeitliche Verdichtung der Umstrukturierungen familialer Gelegenheiten, die individuelle Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungschancen erstmalig für beide Partner eröffnen. Die Fraglosigkeit bezüglich der familialen Lebensführung (wie sie in den 50er und 60er Jahren noch galt), hat sich in die heute herrschende Aushandlung rund um Kinder, innerfamiliales Engagement sowie Mitverantwortung für die Familienmitglieder verwandelt. Das Paket der Institution Familie, das die lebenslang unauflösbare Ehe mit Kindern und selbstverständlicher geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beinhaltete und für die ältere Generation galt, ist, wie Peuckert (1991) es plastisch ausdrückt, für die jüngere aufgeschnürt worden. Für sie gilt, über jedes seiner einzelnen Bestandteile – Ehe, familiäre Arbeitsteilung und Kinder – gesondert nachzudenken und daraus ein je eigenes Paket zu schnüren und die Verschränkung beider Lebensbereiche bei beiden Geschlechtern nicht ein für allemal zu ordnen, sondern je nach Familienphase, Gelegenheitsstruktur und individueller Entwicklung immer wieder neu – wenn diese Revisionen denn möglich bleiben. Doch gewinnen Alternativentwürfe wie die, auf Kinder zu verzichten, schon zu Beginn der 70er an Boden, wie der in der Tat dra-

matistische Rückgang der Geburtenrate in nur sieben Jahren von 2,64 Kindern pro Frau im Alter von 15 bis 49 in 1966 auf die sich seit 1973 einpendelnde Rate von 1,4 im entsprechenden Alter belegt (vgl. Kap. II).

Die Gesetzgebung hat seinerzeit mit eher retardierender Anpassung an Modernisierungsprozesse der familialen Erwerbsmuster auf die Situation von Müttern reagiert und oftmals zugleich im Sinne des Erhalts der Versorgung gehandelt. Die zeitliche Verlängerung des Mutterschutzes z. B. über den Mutterschaftsurlaub (erst ab 1979) zum Erziehungsurlaub (1986) verlangsamte die zuvor oftmals beschleunigte Rückkehr der mutterschaftsurlaubsberechtigten Mütter auf den Arbeitsmarkt um durchschnittlich 1,5 Jahre (Bird 2004). Damit hat sich die Unterbrechungsphase der Erwerbsarbeit für Mütter verlängert, u. a. um den Preis des Ausschlusses der Väter aus familialer Kinderbetreuung. Die geschlechtsspezifische Ordnung für Familienaufgaben wurde nicht in Frage gestellt (Moeller 1993; vgl. auch Expertise Vollmer 2004; für historisch frühere Phasen: Expertise Mantl 2004).

Mit diesen Modernisierungsschritten im Bereich der mütterlichen Erwerbsarbeit folgte die Familienpolitik allerdings nichts anderem als der seinerzeit vorherrschenden öffentlichen Debatte. Es ist auch am Forschungsstand auffällig, dass die Ausgestaltung von Paarbeziehungen, Ehe und Elternschaft bis in die 90er Jahre hinein vornehmlich am Wandel der Lebensführung von Frauen fest gemacht wurde, an ihrer Bildungsbeziehung, ihrer Erwerbsbeteiligung, ihrem veränderten generativen Verhalten. Auch die Chancengleichheitsdebatte rückte sehr vorrangig das weibliche Geschlecht und deren Beteiligung an Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt, weniger die reziproke Anforderung an das männliche Geschlecht in der Bewältigung familialer Arbeit.

Die Studien unterstreichen, dass es eine wachsende Gruppe von Frauen sei, die den aktiven Part im Verändern des Ergänzungsmodells von männlich erwerbsbezogener und weiblich familienzentrierter Lebensführung übernommen habe, ohne sich allerdings dem männlichen Modell der Erwerbszentriertheit anzuschließen.⁴⁵ Im Gegenzug werden Veränderungen im männlichen Selbstverständnis eher auf deren Bereitschaft reduziert, die erweiterte Mutterrolle einschließlich ihrer Zusatzbelastung als Familien- und Erwerbsperson zu akzeptieren. Damit allerdings entsteht das Modell der „supermom“, das Arlie Hochschild als „Schlüsseletappe“ des Wandels

Politik war einseitig an der weiblichen Seite der Vereinbarkeit orientiert

Fraglosigkeit alltäglicher Lebensführung weicht Vielfalt der Aushandlungen

⁴⁵ Entsprechend lautete das plastische Titelzitat der Studie von Becker-Schmidt u. a. (1984), die Fabrikarbeiterinnen ins Zentrum rückten: ‚Eines ist zu wenig – beides ist zu viel‘.

von der traditionellen zur modernen Familienführung etikettierte, solange die männliche Seite sich nicht stärker in die Familienarbeit einbringe. Die zarten Pflänzchen der Neudefinition der Vaterrolle wurden bisher bei uns eher mit Misstrauen bedacht (kritisch hierzu: Fthenakis 1985a). Familienpolitisch bedeutsam ist jedoch zweifellos, dass zwischenzeitlich die Entscheidung für ein Kind und der Zeitpunkt der Geburt zwischen den Partnern über alle Schichtgrenzen hinweg zur gemeinsamen Verhandlungssache geworden ist (vgl. Expertisen Kühn 2004, Tölke 2004).

Festzuhalten aber gilt zugleich, dass die Realisierung des Kinderwunsches auch nach den 70er Jahren noch vorrangig den weiblichen Lebenslauf in seinen Beteiligungsmustern an Familien- und Erwerbsarbeit durcheinander schüttelt und den männlichen vorrangig erwerbsarbeitlich stabilisiert. Mutterschaft z. B. erhöht nach wie vor und je nach verbleibendem Erwerbsumfang sowohl die Wahrscheinlichkeit des Umstieges in die finanzielle Abhängigkeit vom männlichen Erwerbsverlauf als auch den Druck auf dessen Karriereentwicklung (Solga/Rusconi/Krüger 2005). Wiewohl der Europa-Vergleich keinen negativen Zusammenhang zwischen der Erwerbsquote von Müttern und der Fertilitätsrate pro Land nachweist (vgl. o. Kap. II), bleiben je nach graduellen Abstufungen zwischen Hausfrauen-, Teilzeit- oder Vollzeitengagements von Müttern reale Planungsdilemmata ganz jenseits von individuellen Wünschen bestehen. Es lassen sich weder die Folgen für die eigene Existenzabsicherung, noch die Dauer der Partnerschaft und schließlich der Karriereentwicklung des Mannes vorhersehen. Alle drei Faktoren haben jeweils erhebliche Effekte auf die spätere Verrentungssituation (Allmendinger 1994, Ott 1993, Horstmann 1996). Entsprechend müssen sich beide Partner auch unter den Bedingungen des sich modernisierenden Ernährer-Modells mit Zuverdienerin nach wie vor überlegen, dass sich die emotionale Bereicherung durch die Entscheidung für ein Kind sehr unterschiedlich auf die Lebenssituation als Mutter oder als Vater auswirken kann, und zwar in deutlicher Abhängigkeit von Ausbildungsdauer, erreichtem Bildungsniveau und Chancenstruktur der entsprechenden Berufe (vgl. Expertise Schaeper 2004; Kühn 2004, Kap II)

Angesichts des Wandels in den Formen des Zusammenlebens, die seit den 70er Jahren als Umbrüche erkannt wurden, hat die Bundesrepublik vielleicht die Chance verpasst, eine beide Geschlechter in ihren Optionen berücksichtigende Familienpolitik zu stärken und, wie die meisten unserer Nachbarländer, die familienpolitische Konsequenz zu ziehen, bei der Unterstützung von Familie stärker die Belange ihrer Mitglieder und weniger die Dependenzverhältnisse zwi-

sehen ihnen zu fördern. Unsere nord-westlichen Nachbarn einschließlich der USA und Kanada gehen eher von einem Partizipationsmodell familialen Zusammenlebens aus, das die Förderung der Kinder unter neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen des Entwicklungsbedarfs sieht. Sie knüpfen zugleich an die individuelle Existenzabsicherung und die Erwerbs- und Familientätigkeit beider Eltern an, wie z. B.: die Ausschöpfung der Elternzeit erst bei Beteiligung durch beide Partner (Schweden); die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigungen auch auf Männer (Niederlande); die umfassende Kinderbetreuung mit Unterstützungsformen ab Geburt des Kindes (Frankreich); die Reduzierung des erwerblichen Normalarbeitszeitumfangs auf 36 Stunden pro Woche (Dänemark, s. auch Kap II). Hiermit verschieben sich, wenn auch wiederum graduell, externe Parameter, die für Männer und Frauen als Väter und Mütter Optionen und Entscheidungsmöglichkeiten zugunsten der Beteiligung an beiden Bereichen des Erwachsenenlebens erhöhen. Die Frage bleibt, warum die Bundesrepublik erst wenige Schritte in diese Richtung geht und welche Rolle der Arbeitsmarkt, die Lohnerwartungen und die Risiken von Arbeitslosigkeit, die die Ernährerposition des Vaters labilisieren können, hierbei spielen.

III.3 Strukturbrüche: Beschäftigungschancen, Bildungsexpansion und der Individualverlauf

III.3.1 Lebensabschnitte: Gleichheit und Differenz zwischen den Lebensläufen von Eltern

Nicht nur kulturelle Ordnungen, sondern ebenso die Strukturierung der Geschlechterordnung in den Zuständigkeiten für Erwerbs- und Familienarbeit sind Ausdruck eines Lebenslaufregimes, das sehr typisch deutsche Züge trägt. Es ist sehr viel stärker als etwa im anglo-amerikanischen Raum um den Arbeitsmarkt herum angelegt. Die Abschnitte und Zäsuren im Lebenslauf gliedern sich in eine auf Erwerbsarbeit vorbereitende Bildungsphase, die je nach Bildungsniveau unterschiedlich viel Lebenszeit in Anspruch nimmt und in unterschiedliche Beschäftigungsniveaus führt. Es folgt die hierauf aufbauende Phase aktiver Erwerbsarbeit. In dieser Phase allerdings verschieben sich nur für Frauen, die Mütter werden, die Prioritätensetzungen dadurch, dass das Familienleben stärker ihrem Aufgabenfeld zugewiesen ist, während sich für Männer, die Väter werden, je nach Erwerbsbeteiligung der Mutter, noch einmal der Druck auf die eigene Erwerbskarriere und Einkommenssicherung erhöht. Die dann folgende Phase des Ruhestandes ist in der Höhe der Bezüge wiederum an die Erwerbsphase zurückgebunden, mit Sonderregelungen für jene

Das deutsche „Lebenslaufregime“ ist arbeitsmarktzentriert

Realisierung des Kinderwunsches beeinflusst auch nach den 70er Jahren wesentlich weiblichen Lebensverlauf

Andere Länder richten ihre Familienpolitik auf ein Partizipationsmodell familialen Zusammenlebens aus

Bildung, Rentenbezug, Erwerbsarbeit die „Korsettstangen des deutschen Lebenslaufs“

Frauen, die ihre Rente nicht (nur) aus eigener Erwerbsarbeit beziehen.

Dieses Muster der Zentrierung von Bildung und Rentenbezug auf die Erwerbsarbeit – als „Korsettstangen des deutschen Lebenslaufs“ bezeichnet (Kohli 1985) – ist mit einer Reihe von institutionalisierten Regeln verbunden, die das deutsche Lebenslaufregime auszeichnen⁴⁶. Die „Lebensläufer“, so R. Levy (1994), werden auf der Basis von Zeugnissen (Schule), Zertifikaten (Berufssystem) und Berechtigungsscheinen (Rentensystem) quasi untereinander durchgereicht und erhalten hierüber Chancen der Partizipation an sozialen Feldern. Diese Regeln machen die Familiengründung auch subjektiv von einer Reihe von Faktoren abhängig. Sie legen es nahe, die Familiengründungsphase für die biographische Zeit erst nach der Arbeitsmarktetablierung vorzusehen.

⁴⁶ Der Begriff ‚Regime‘, der aus den Politikwissenschaften kommt und inzwischen in der Sozialpolitik zu Hause ist, meint das Zusammenspiel staatlicher Interventionen, die Partizipationsprofile an Bildung und Ruhestand, Familie und Arbeitsmarkt, Öffentlichkeit und Privatheit, Verpflichtungen und Verantwortungsübernahmen beeinflusst. Nicht, dass die Individuen nicht wählen könnten, aber den Entscheidungen gehen gesellschaftliche Rahmungen voraus, die ineinander spielen und die ersten und späteren Entscheidungen fast kumulativ beeinflussen.

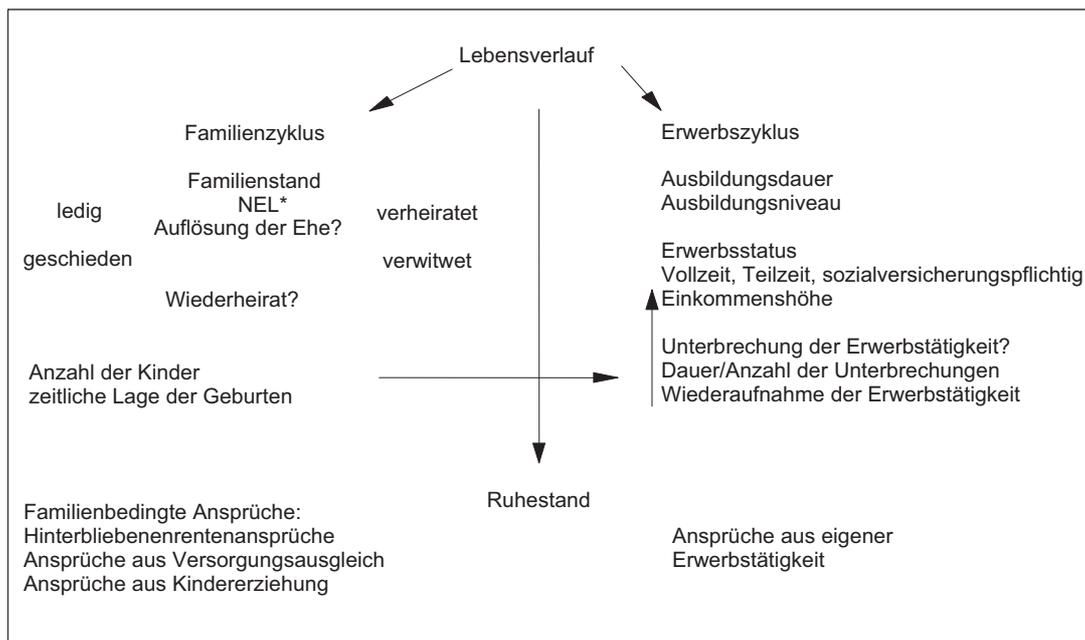
Diese Regeln haben die Familienphase allerdings nur für den Familienernährer gut in den Bildungs-, Erwerbs- und Rentenbezug eingepasst, während sich Familie für viele Mütter dann, wenn sie den Beruf aufgeben oder Teilzeit arbeiten, durchaus auch als Problem der Nutzung von Ressourcen darstellt, die vorher im Bildungssystem aufgebaut wurden. Für Frauen schert Familie aus der Durchreichlogik der Institutionen aus und verlangt Verschiebungen in den bis dahin entwickelten Prioritäten. Wenn Kaufmann (1990) von der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft der Familie gegenüber spricht, so meint er auch diesen Zusammenhang.

Horstmann unterscheidet zwischen einerseits dem Familien- und andererseits dem Erwerbszyklus als zunächst zwei unabhängige Seiten des Lebenslaufs. Für Frauen wird der Lebenslauf schematisch so dargestellt:

Hiernach lebt die familienzyklische Seite vom (heute labilen) Bestand der Partnerschaft, während die erwerbszyklische von einer Reihe von Anschlusssicherheiten untereinander abhängig bleibt. Doch auch diese sind heute ins Rutschen gekommen: So der nahtlose Übergang vom allgemeinbildenden in das berufsqualifizierende Ausbildungsangebot, von dort in eine der Berufsausbildung entsprechende Arbeitsmarktposition,

Abbildung III.2

Familien- und Erwerbszyklus von Frauen im Lebenslauf



* Nichteheliche Lebensgemeinschaft

Quelle: Horstmann, Sabine (1996): Kindererziehung und Alterssicherung: Verteilungspolitische Aspekte ausgewählter Reformvorschläge zu einer familienorientierten Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung. Grafchaft: Vektor-Verlag 1996, S. 165

und von deren durchgängiger Tragfähigkeit bis in die Verrentung. Die These von der Individualisierung, ebenfalls eine typisch deutsche Debatte, bezieht sich vorrangig auf die heute abhanden kommende Sicherheit der etablierten Anschlussstrukturen und den Zwang, deutlich mehr als in der Nachkriegsprosperität zum Manager der eigenen Biographie zu werden.

In der Tat, die Korsettstangen scheinen immer weiter auseinander zu brechen – mit weit reichenden Folgen auch für die Verknüpfungen zwischen individuellem Verhalten und struktureller Rahmung (Heinz 2003). Es kombinieren sich beruflich differierende Karrierechancen, persönliche Erfahrungen im Umgang mit Risiken und die Rolle von Bildung/Ausbildung auch in Hinblick auf familiäre Entscheidungen. Für Walter Heinz besteht die wesentliche Veränderung der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit darin, dass der berufliche Verlauf zunehmend durch wachsende persönliche Verantwortung für einmal getroffene Entscheidungen geprägt ist. Die Verbindung allerdings von Bildung (Aus- und Weiterbildung) mit Beruf und Verrentung trage aber immer noch typisch deutsche Züge. Bei sich labilisierenden Anschlüssen an den Arbeitsmarkt nähern wir uns kaum dem an, was Normalzustand in anderen hoch industrialisierten Ländern ist (z. B. UK, USA, Kanada usw.). Dort ist z. B. die Beschäftigungssicherheit relativ niedrig, aber die Chancen für eine Wiederbeschäftigung nach einer kurzen Phase der Arbeitslosigkeit sind relativ hoch, zum Teil, weil „on the job“ und „in-house“ training weit verbreitet sind. In Deutschland dagegen, wo das Prinzip der Berufsfachlichkeit herrscht, führt das hohe Niveau der beruflichen Ausbildung bei Arbeitsmarktrisiken zur Gefahr des sozialen Ausschlusses aufgrund nicht mehr passender Qualifikationen, der dann allerdings sozialpolitisch besser abgedeckt wird (Heinz 2003, 189; s. a. Leisering 2003; Leibfried u. a. 1995).

Die Arbeiten v. a. der 90er Jahre (zusammenfassend Berger/Sopp 1995) zeigen anhand eines reichen Datenmaterials, wie die Bildungsexpansion Ende der 60er und die Arbeitsmarktkrisen in den 1970er und 1980er Jahren zu Beschäftigungseinbrüchen führten und erstmalig Diskontinuitäten in größerem Umfang in Erwerbsverläufen (West) auftraten. Beziehen wir nun die weiter oben diskutierten Versuche von Müttern mit ein, Familie und Erwerbsarbeit auf unterschiedliche Weise zu kombinieren, so wird deutlich, dass sich der auf „sichere“ Korsettstangen der Nachkriegsprosperität gestützte Lebenslauf zunächst bei Frauen, dann aber auch, oftmals arbeitsmarktbedingt, bei Vätern labilisierte (Bonß/Plum 1990).

Auch andere Autoren (z. B. Mayer 1998; Mayer/Hillmert 2004) datieren den Arbeitsmarkt-Um-

bruch erneut auf die frühen 1970er Jahre. Sie betonen, dass vorher die Institutionalisierung und Standardisierung der Lebensläufe zunahm. In einem expandierenden Arbeitsmarkt konnten Männer ein Arbeitsleben erwarten, das durch feste Einstellungen, berufliche Sicherheit, Aufstiege und steigendes Einkommen geprägt war. Die mit den Konjunkturkrisen auftretenden Arbeitslosigkeitsphasen vorrangig bei Männern wurden jedoch begleitet von der Expansion des Öffentlichen Dienstes, der vor allem Frauen zu Gute kam. Für Ostdeutschland zeigen eine Reihe – z. T. bis auf die Ebene der Berufsverläufe herunter – gehende Studien (vgl. v. a. Falk 2005) seit der Wiedervereinigung ähnliche Verwerfungen in den Erwerbschancen beider Geschlechter, die vor der Wende staatlich gesicherte Arbeitsplätze hatten.⁴⁷

Die Niederlande, ein Land mit ähnlich fest gefügtem Lebenslaufregime wie Deutschland, hat vor 12 Jahren schon die Konsequenz gezogen und eine unter verschiedenen Ressorts abgestimmte ‚Life-course-policy‘, eine Lebenslaufpolitik, als eigenen Politikbereich mit Querschnittsfunktion etabliert. Sie dient der Abstimmung zwischen Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Lohn-, Steuer-, Betreuungsinfrastrukturentwicklung und Sicherungssystemen. In der Bundesrepublik weisen jüngste Ansätze auf kommunaler Ebene in die gleiche Richtung.

Es gilt im Folgenden jedoch, aus der Datenfülle möglichst wenige, aber für die materielle Existenzsicherung von Familie wesentliche Aspekte zu vertiefen und die arbeitsmarktstrukturellen Daten zu überprüfen. Im Mittelpunkt steht, ob und wie weit sich – unabhängig vom normativen Wandel der Geschlechterrollen – die Erwerbschancen zwischen den Geschlechtern so weit verschieben, dass, wie v. a. in anglo-amerikanischen Gesellschaften für weite Teile der Bevölkerung geschehen, der Gedanke des Ernährens einer Familie durch eine Erwerbsperson, gleich welchen Geschlechts, verabschiedet werden muss. Hierzu schauen wir zunächst auf Entwicklungen von Arbeitslosigkeit, dann auf den Bildungsbereich und schließlich auf sektorale Verschiebungen im Arbeitsmarkt selbst.

III.3.2 Risiken: Arbeitslosigkeit und männliches Familiengründungsverhalten

Arbeitslosigkeit betrifft Familie auf vielfältige Weise, und sie betrifft v. a. auf männlicher Seite das Familiengründungsverhalten negativ (vgl.

Ab 1970 nahm die Standardisierung der Lebenslaufmuster wieder ab

Lebenslaufpolitik eigener Politikbereich in den Niederlanden

Prinzip der Berufsfachlichkeit führt zu Gefahren sozialer Exklusion

⁴⁷ Das Sample dieser sehr aufschlussreichen Studie bestand aus drei Kohorten von Lehr- und Hochschulabsolventen, die ihre Ausbildung vor, während oder nach der Wende abgeschlossen hatten (1985, 1990, 1995; n = 3783).

Expertise Tölke 2004). Hingegen führt Arbeitslosigkeit bei Frauen oft zu den sog. „Kipp-Effekten“, d. h. dem plötzlichen Aufgeben aller Erwerbspläne zugunsten von Kindgeburt(en) (vgl. Expertise Kühn 2004). Das zum Bereich Arbeitslosigkeit vorliegende Zahlenmaterial ist jedoch schwer zu interpretieren, da sich die Grundlagen der Zählungen und Berechnungen über die hier betrachtete Zeit verschoben und verändert haben. Generell jedoch gilt, dass von Arbeitslosigkeit (im Unterschied zur Vollbeschäftigung) dann gesprochen werden kann, wenn die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen übersteigt.⁴⁸

In diesem Sinn gab es in Westdeutschland in der Tat in der oben als „das goldene Zeitalter der Normalfamilie“ bezeichneten Zeitspanne bis in die 70er Jahre hinein Vollbeschäftigung, so der Datenreport 2002 (Statistisches Bundesamt 2002a). Ab 1974 begann eine Verschlechterung, die bis 1988 währte; bis 1991 lässt sich eine leichte Verbesserung konstatieren. Ab 1992 ist dann ein kontinuierlicher Anstieg der Arbeitslosigkeitszahlen bis 2000 zu beobachten, wobei es wieder eine kleine Ruhepause gab, um dann erneut anzusteigen.

Diese Entwicklung zusammenfassend, heißt es im Datenreport 2004 (Statistisches Bundesamt 2004a, 108): „Seit den 70er Jahren verfestigt sich der Trend, dass mit jedem weiteren Konjunktur-einbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen.“ D. h. insgesamt gibt es in den letzten 30 Jahren keine Phase der Vollbeschäftigung, im Gegenteil: das Risiko der Arbeitslosigkeit steigt.

Arbeitslosigkeit bei Männern zwischen 30 und 40 Jahren beeinflusst deren Familiengründungsverhalten

Schaut man sich nun die Altersgliederung der Arbeitslosen an, dann zeigt sich, dass die an der Schwelle Ausbildungsabschluss/Arbeitsmarktintegration liegende Arbeitslosigkeit inzwischen vorrangig auch die Gruppe der 30- bis 40-jährigen Männer betrifft. Unter den Arbeitslosen stellt diese Altersgruppe den höchsten Anteil. Lebensphasenspezifisch handelt es sich also um die Gruppe, die sowohl in Bezug auf die Familiengründung als auch für das Familienleben mit relativ kleinen Kindern relevant ist.

Eine Fallstudie mit 1824 arbeitslosen Personen in Süddeutschland liefert ein weiteres Indiz dafür, dass die jüngeren Altersgruppen am Arbeitsmarkt besonders hart getroffen sind (und zwar heute wiederum mehr als noch vor 30 Jahren). Im Jahr 1986 hatten in der Gruppe der über 55-Jährigen nur 35 Prozent bereits Erfahrungen

mit einer Arbeitslosigkeitsphase; hingegen waren in der Gruppe der unter 25-Jährigen 1995 bereits 70 Prozent schon mindestens einmal arbeitslos gewesen (Mutz u. a. 1995). Hiernach wäre es nahe liegend, die Familiengründungsphase durch Sicherungsimpulse jenseits des Arbeitsmarkts abzustützen.

Die Betrachtung von Daten zum Betriebs-/Berufswechsel und Altersgliederung gibt ein weiteres arbeitsmarktstrukturelles Indiz für die Instabilität der Erwerbsarbeitsposition jüngerer Männer vor allem seit den 90er Jahren. Ein Ergebnis des Mikrozensus von 2003 ist, dass von den unter 30-Jährigen 22 Prozent den Betrieb/Beruf oder beides gewechselt haben, während dieser Prozentsatz der Betriebs-/und Berufswechsler mit zunehmendem Alter sinkt (Statistisches Bundesamt 2004c). Eindeutig wird dies auf die mit der Berufseinstiegsphase verbundenen Unsicherheiten zurückgeführt.⁴⁹

Angesichts konjunktureller und struktureller Barrieren bei steigender Konkurrenz um die zurückgehende Zahl der Arbeitsplätze – v. a. in gewerblich-technischen Berufen – nahm immerhin ein gutes Drittel der Geburtsjahrgänge 1964 und 1971 mehr als eine Ausbildung wahr, um ihre Beschäftigungschancen zu verbessern, wenn auch häufig nur mit Warteschleifeneffekten (Jacob 2004; Hillmert/Mayer 2004).

Jüngere Männer sind also in einem bemerkenswert großen Umfang aufgrund arbeitsmarktstruktureller und struktureller Entwicklungen bereits zu Beginn ihrer Erwerbskarrieren Risiken im Erwerbsverlauf ausgesetzt. Vor dem Hintergrund, dass Erwerbskontinuität, die die Männer in den 50er/60er Jahren nahezu selbstverständlich hatten, heute nicht mehr gegeben ist, ist es allerdings nicht unwichtig, einen weiteren Trend wahrzunehmen. Er bezieht sich auf den Erwerbsstatus der in den Arbeitsmarkt Integrierten, insbesondere den Kündigungsschutz – eine Dimension, die für die Ernährerrolle nicht unwichtig ist.

Die hier erfolgte Veränderung ist bemerkenswert, wie die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im früheren Bundesgebiet in folgender Abbildung zeigt:

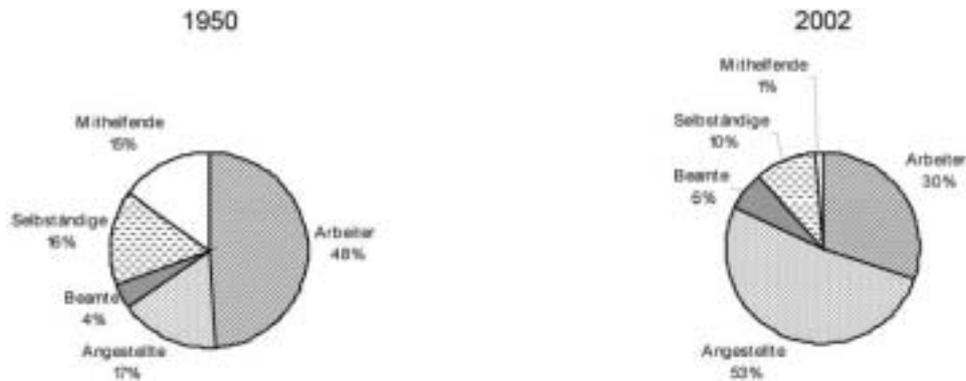
Es haben sich sowohl die Zahl der abhängig Beschäftigten (88,4 Prozent West und 90,9 Prozent Ost) unter den Erwerbstätigen in 2002 gegenüber 1950 deutlich erhöht als auch die Anteile der Arbeiter und Angestellten enorm verschoben. Selbständige bilden dabei nur noch 10,3 Prozent

Junge Männer bereits zu Beginn ihrer Erwerbskarrieren-Risiken ausgesetzt

⁴⁸ Der Arbeitsmarkt in der ehem. Deutschen Demokratischen Republik verlief – mit offizieller Arbeitsplatzgarantie – für jede(n) nach vollständig anders gearteten Regeln.

⁴⁹ Siehe hierzu auch die Ergebnisse von Heinz (2003, 185-204), wonach acht Jahre nach dem Ausbildungsabschluss rund 40 Prozent der Jugendlichen inzwischen Stelle und/oder Beruf gewechselt haben, darunter mehr junge Männer als junge Frauen.

Abbildung III.3

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet (in Prozent)

Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2002, S.106

(8,6 Prozent Ost) der Beschäftigten. Welche Altersstruktur sich hinter diesen Trendentwicklungen verbirgt, kann nur vermutet werden. Welche Folgen diese Verschiebungen etwa für Armutsrisiken in Ein-Ernährerfamilien hat, kann ebenfalls nur vermutet werden.

Verzögerungen und Unterbrechungen des Erwerbsverlaufs führen zu Verzögerungen der Vaterschaft

Männer mit Unterbrechungen des geplanten Erwerbsverlaufs, sei es durch Phasen von Arbeitslosigkeit, durch weitere Ausbildungen, durch Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben, werden später Väter als vergleichbare Männer mit kontinuierlichen Erwerbsbiographien. So belegt Tölke (Expertise 2004), dass nur 39 Prozent der Männer mit diskontinuierlichen Erwerbsverläufen (d. h. mit Unterbrechungen wegen Arbeitslosigkeit, Weiterbildung usw.) im Alter von 35 Jahren ein Kind hatten, gegenüber 62 Prozent der kontinuierlich Erwerbstätigen.

Im Zeitvergleich der Übergangsdaten zum Lebenslauf 1960 und 2000 allein bei Nicht-Akademikern/innen zeigt sich, dass ansteigende Bildungsdauer und verzögerte Berufseinstiege ineinander greifen und sich Heirat und Familiengründung auf einen biografisch immer späteren Zeitpunkt verschieben.

1960 verließen 77 Prozent der männlichen und 79 Prozent der weiblichen Jugendlichen die Schule mit Volksschulabschluss (= achtjährige Schulzeit; Statistisches Bundesamt 1962). Danach begann die Mehrheit der Männer eine 2 bis 3jährige Berufsausbildung. In einer Zeit von Vollbeschäftigung erfolgten die Übergänge von der Schule in eine Ausbildung und dann in den Beruf für sie meistens problemlos. Junge Männer konnten auf sichere Beschäftigung im Betrieb rechnen und somit die Grundlage für ihre Rolle als Familiernährer sichern. Junge Frauen waren ebenfalls erwerbstätig, entweder bis zur Heirat oder der Geburt von Kindern. Je nach Einkommen des Mannes oder Zuverdienerbedarf

stiegen Frauen aus der Arbeitswelt aus und kehrten als geringer Verdienende zu einem Teil wieder auf den Arbeitsmarkt zurück, vor allem nach Ausweitung der Zahl der Teilzeitstellen während der 1960er/70er Jahre.

2000 hingegen hatte sich die Grund-, Real- und Gymnasialschulzeit um ein bis zwei Jahre verlängert und schon der Eintritt in die Schule erfolgte oftmals bereits verspätet. Nach zehn Jahren Schulzeit erhielten 42 Prozent der weiblichen und 38 Prozent der männlichen Jugendlichen den Realschulabschluss (und damit ist er der häufigste Schulabschluss geworden; Statistisches Bundesamt 2003a). Danach folgte bei vielen eine verlängerte Suchphase um einen Ausbildungsplatz, bzw. die Jugendlichen besuchten berufsvorbereitende Maßnahmen. Nach erfolgreichem Abschluss einer Erstausbildung findet eine Mehrheit durchaus noch eine Stelle, aber die Sicherheit und Abfolge der Ereignisse ist nicht mehr so deutlich wie 1960. Im Vergleich mit damals hat sowohl die befristete Beschäftigung (37 Prozent der 15 bis 20jährigen im Jahr 2002; Statistisches Bundesamt 2003a) als auch die Arbeitslosigkeit (10 Prozent der 20- bis 24jährigen waren 2002 als arbeitslos gemeldet; Statistisches Bundesamt 2003a) zugenommen.

Es sind aber nicht nur die konjunkturellen und strukturellen Barrieren, die eine sichere Beschäftigung verhindern. Ein gutes Drittel der Geburtsjahrgänge 1964 und 1971 durchlief oder begann mehr als eine Ausbildung, um sowohl individuellen Wünschen gerecht werden zu können als auch ihre Beschäftigungschancen zu verbessern (Jacob 2004, vgl. auch Hillmert/Mayer 2004). Die Folge der gestiegenen Unsicherheit und Diskontinuität am Anfang des Erwerbsverlaufs zeigt sich am Alter bei Heirat und Vaterschaft, das sich von 25,9 Jahren 1960 (männlich) auf 31,3 Jahre

2003 verschoben hat (BMFSFJ 2003a; Expertise Tölke 2004).

Die hierzu geführte Debatte bezieht sich weniger auf die Verlängerung von Phasen im beteiligten Schulsystem, als vielmehr auf Verschiebungen im Bildungsniveau, die vorrangig die weiblichen Jugendlichen auszeichnet.

III.3.3 Umbrüche: Bildungsexpansion und weibliches Familiengründungsverhalten

Das allgemeine Bildungsniveau ist seit Mitte der 60er Jahre kontinuierlich gestiegen; der Prozentsatz z. B. der Haupt- /bzw. Volksschulabschlüsse hat zugunsten mittlerer/höherer Bildungsabschlüsse von 70 Prozent in 1960 auf ca. 25 Prozent im Jahr 2002 abgenommen. Zunehmend mehr junge Männer und Frauen erreichen hingegen den Realschulabschluss und auch den Hochschulzugang, wie es die nachfolgenden Zahlen belegen.

Bildungsbeteiligung hat sich geschlechtsspezifisch verändert

Die Zahlen dokumentieren jedoch zugleich ein weiteres, in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzendes Faktum, nämlich die geschlechtsspezifischen Veränderungen im Bildungsverhalten. Im Jahr 2002 verfügen von den über 60-Jährigen knapp 15 Prozent der Männer und nur 6 Prozent der Frauen über die Hochschulreife, in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen hinge-

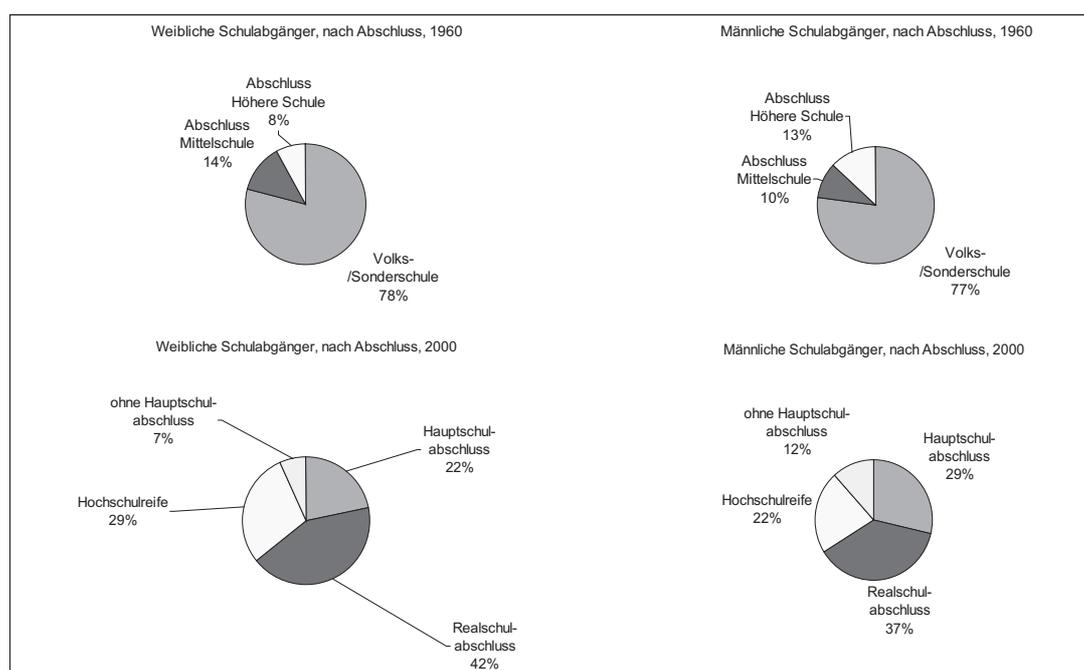
gen ist diese Zahl auf 33 Prozent bei den Männern und 38 Prozent bei den Frauen gestiegen (Statistisches Bundesamt 2004c). Der Anstieg bei den Frauen ist exorbitant und bedeutet, dass im Jahr 2002 mehr als jede 3. junge Frau ihre Berufskarriere mit dem höchstmöglichen Allgemeinbildungsabschluss beginnt. Daraus abzuleiten, dass entsprechend dem Erwerbsarbeitsbereich im Leben dieser Frauengeneration eine große Rolle zugemessen wird, ist mehr als plausibel.

Die Steigerung des allgemeinen Bildungsniveaus, die für Männer und Frauen zu konstatieren ist, aber vor allem Veränderungen in der Geschlechterrelation ausgelöst hat, wird im Vergleich der 1960 und 2000 erreichten Bildungsabschlüsse in der nachfolgenden Graphik veranschaulicht.

Mit der gestiegenen Zahl junger Menschen, die eine Hochschulberechtigung erreichen (im Jahr 2002 sind es 29 Prozent der Frauen und 21 Prozent der Männer), sind auch die Studierendenzahlen seit 1960 größer geworden; zunächst steigen sie kontinuierlich bis 1994, um nach einer kleinen Phase des Stillstands seit 2000 weiter anzusteigen. Begannen im Jahr 1960 5 Prozent eines Jahrgangs ein Studium (Universität/Hochschule), so sind es im Jahr 2002 bereits 37 Prozent. Im WS 2003/04 war mit über 2 Mio. Studierenden der bisherige Höchststand an

Abbildung III.4

Schulabgänger nach Geschlecht und Abschlussart 1960 und 2000 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1962 und 2002

deutschen Universitäten/Hochschulen und Fachhochschulen erreicht, wobei im Jahr 2002 erstmals mehr als die Hälfte der Studienanfänger Frauen waren (vgl. Statistisches Bundesamt 2002b/2004d).

Dass die schon an anderer Stelle hervorgehobene gestiegene Bedeutung der Berufskarriere – die gleichzeitig den familialen Bereich relativiert –, nicht vor der Studienfachwahl halt macht, zeigt ein Blick auf die Hochschulabschlüsse, denn hier kommt es zu bemerkenswerten Veränderungen:

Abschied von Vereinbarkeitsberufen

Neben dem Effekt der Bildungsexpansion, dem Anstieg der Abschlüsse aller Art seit 1970, ist hervorzuheben, dass bis 1975 die große Mehrheit (bis 79 Prozent) der weiblichen Universitätsabsolventen aus Lehrerinnen bestand. Die Studienfachwahl „Lehramt“ war der klassische Universitätsabschluss für Frauen, weil wegen der Halbtagschulorganisation Frauen hier Mutterschaft und Berufstätigkeit gut kombinieren konnten. Doch seit Mitte der 1970er Jahre stieg die Zahl der jungen Frauen, die andere Abschlüsse machten, stetig an – seit 1983 gibt es erstmalig mehr Frauen mit einem Diplom- oder Magisterabschluss als mit einem Lehramtsabschluss und auch die Doktorprüfungen nahmen, wenn auch nach wie vor gering, stetig zu – und dieser Trend setzt sich fort.⁵⁰ Dies heißt ganz offensichtlich, dass Frauen das Problem der Vereinbarkeit nicht mehr allein in ihrer Verantwortung sehen, wenn

⁵⁰ Seit 1993 sind für Deutschland insgesamt keine großen Veränderungen eingetreten, die Zahl der verschiedenen Abschlüsse ist fast konstant geblieben.

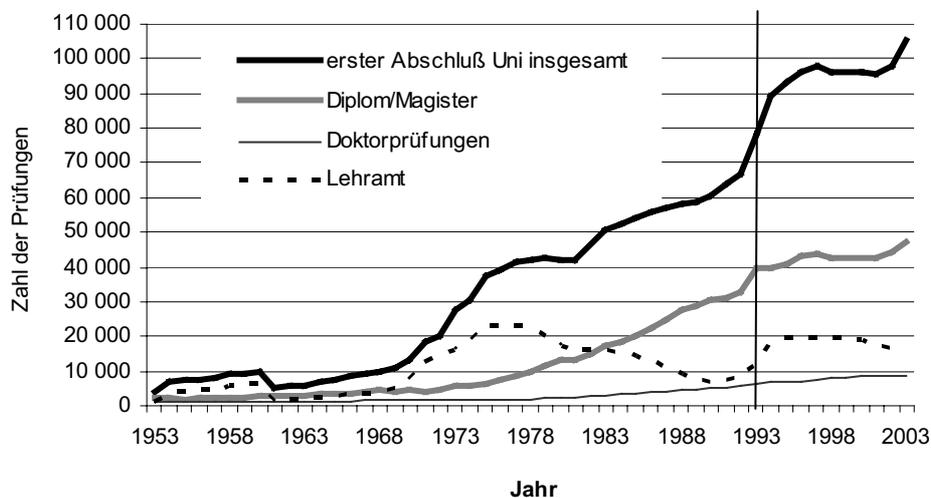
sie dem überhaupt noch eine Relevanz zuerkennen. Untersuchungen zeigen (vgl. Expertise Schaeper 2004), dass eine zunehmende Zahl von Frauen während des Studiums Abschied von der Idee eigener Mutterschaft nimmt.

In Bezug auf die mögliche Familiengründung bedeuten diese Umstrukturierungen dreierlei:

- Zum einen heißt der Anstieg an Bildung, dass Bildung insgesamt, aber ganz vorrangig im weiblichen Lebenslauf eine gesellschaftlich neue Rolle bekommt. Hohe Bildungsinvestitionen sind kein Privileg der Männer mehr, und entsprechend dürfte der Übergang in reine Ernährermodelle an Attraktivität verlieren, da hiermit für Frauen das Risiko des Verlusts an Bildungsinvestitionen verbunden ist.
- Zum zweiten bedeutet die durchschnittliche Verdoppelung der Personen mit hohem Bildungsniveau zugleich den Anstieg des Alters bis zum Berufseinstieg. Unter der Maßgabe der in Deutschland normativ fest verankerten Abfolge von Lebenslaufphasen und Ereignissen (vor der Familiengründung feste Etablierung im Arbeitsmarkt) führt dies zwangsläufig zu einer Verschiebung der Familiengründung in weitere Ferne.
- Zum dritten zeigen neueste Studien zur Studienfachwahl, dass junge Frauen nicht mehr überwiegend den Lehrerberuf wählen, der als Vereinbarkeitsberuf schlechthin gilt. Mit Blick auf die erwartbare Erwerbssituation nach dem Examen gelten für alle anderen akademischen Berufe Karrierezwänge, die bei der Geburt eines Kindes ohne familiäre Arbeitsteilung mit

Abbildung III.5

Bestandene Prüfungen von Frauen seit 1953*



* 1953 bis 1992 früheres Bundesgebiet, seit 1993 Deutschland
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004, Hochschulstatistik

dem Partner kaum einzulösen sind (Abele/Hoff/Hohner 2003). Wenn mit dem erweiterten Studienspektrum viele der jungen Frauen schon während des Studiums ihren Kinderwunsch aufgeben⁵¹, kann dieses auch als Erkennen der unzureichenden Rahmenbedingungen für die Verknüpfung von beruflicher Karriere und Familie gewertet werden.

Entsprechend lässt sich aus der Bildungsperspektive sicherlich festhalten, dass, wie Kaufmann (1995) es formulierte, eine „Restabilisierung der familialen Verhältnisse von einer Umorientierung männlicher Lebensentwürfe auf Familie mit abhängig ist“.

III.3.4 Chancen und Gewichtungen: Verschiebungen der Wirtschaftssektoren

Ebenso bedeutsam wie die Betrachtung der Arrangements zwischen Partnern bezüglich der

⁵¹ Zu Studienbeginn sehen junge Frauen zumindest zwei Kinder in ihrer Lebensplanung mehrheitlich vor. Am Ende des Studiums, also etwa nur drei bis fünf Jahre später, haben bis zu 40 Prozent der Studentinnen Abstand vom Kinderwunsch genommen (vgl. Expertise Schäper 2004).

Verschänkungen von Erwerbs- und Familienarbeit sind Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die die Chance, eine Hauptnährerrolle einzunehmen, mitbestimmen. Langfristige Betrachtungen weisen hier seit den 80er Jahren Veränderungen auf, die die 1990er Jahre als ‚Wendepunkt‘ sektoraler Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt markieren. Ab etwa 1990 beginnt die Expansion des Dienstleistungssektors, die Beschäftigungen in allen anderen Sektoren zu überflügeln – und zwar sehr deutlich gerade in jenen Sektoren, die zu den angestammten männlich stereotypisierten Beschäftigungsbereichen zählten.

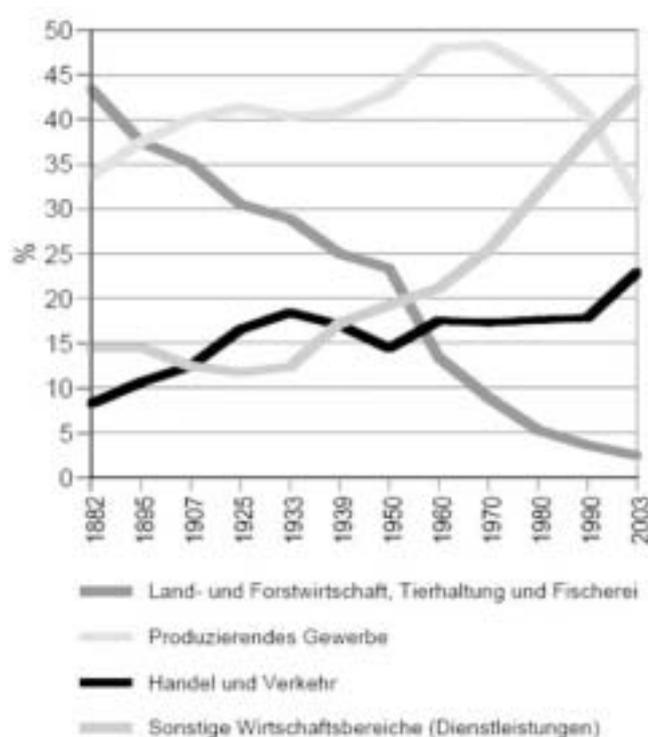
Wie dramatisch sich die Sektoren zueinander verschoben haben, zeigt die folgende Übersicht.

Es deutet sich hier ein Umbruch der Erwerbschancen zwischen den Geschlechtern größeren Ausmaßes an, denn im wachsenden Dienstleistungsbereich werden erstmalig die Männer zurückgelassen. Heute arbeiten 66 Prozent aller Beschäftigten in diesem Sektor, 2003 waren es 81 Prozent der erwerbstätigen Frauen und 54 Prozent der erwerbstätigen Männer. Entsprechend hat die Zahl der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten abgenommen. Waren es

Seit 1990 Expansion des Dienstleistungssektors

Abbildung III.6

Veränderung der Anteile der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Beschäftigten an der Gesamtzahl aller in Deutschland Beschäftigten (in Prozent)



Quelle: Hans Bertram (1997): Familie leben, Gütersloh, S.23
Aktualisiert mit den Daten des Statistischen Bundesamtes

zwischen 1960 und 1970 noch fast 50 Prozent der Arbeitsplätze, so sind es 2003 nur noch 32 Prozent (Statistisches Bundesamt 2003a).

Dathe/Schmid (2000) quantifizieren das Ausmaß des Wandels etwas differenzierter unter Gesichtspunkten der Gewinner und Verlierer dieses Umbruchs. Hiernach sind zwischen 1977 und 1998 in Westdeutschland 1,6 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, mehr als drei Viertel davon im Industriesektor. Demgegenüber steht eine Zunahme von 3,8 Millionen Beschäftigten im Dienstleistungssektor, zwei Drittel davon sind Frauen. Von den neuen Beschäftigungsverhältnissen entfielen allein 42,3 Prozent auf soziale Dienstleistungen (z. B. Bildungs- und Gesundheitswesen, Kinder- und Altenbetreuung); 36,4 Prozent auf unternehmensnahe Dienstleistungen (z. B. Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsdienstleistungen, Technische Dienste, Werbung). Die Ergebnisse ihrer Analysen sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle III.1

Beschäftigungsgewinne und -verluste 1977 bis 1998 im früheren Bundesgebiet (in Prozent)

Beschäftigungsverluste	– 8,5
Beschäftigungsgewinne	19,8
Saldo	11,3
Relation ²	2,3

Anteil der Frauen an

Beschäftigungsverlusten	31,3
Beschäftigungsgewinnen	64,3
Saldo	91,7

Sektorale Struktur der Beschäftigungsverluste

– Primärer Sektor	9,0
– Wissensintensive Industriezweige	15,8
– Übrige Industriezweige	62,6
– Bau	12,6

Sektorale Struktur der Beschäftigungsgewinne

Dienstleistungen	100,0
– Unternehmensnahe Dienste	36,4
– Wissensintensive Dienste	21,7
– Andere Dienste	14,7
– Distributive Dienstleistungen	14,4
– Konsumtive Dienstleistungen	5,9
– Soziale Dienstleistungen	42,3
– Staatliche Dienstleistungen	1,0

¹ Ohne Berlin und neue Bundesländer

² Relation zwischen Beschäftigungsgewinnen und -verlusten

Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB
Quelle: Dathe, Dietmar; Schmid, Günther: Dynamik von Dienstleistungen. WZB-Mitteilungen (88), 2000, S.19; Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB

Dienstleistungssektor bietet insbesondere Frauen neue Chancen für Erwerbsbeteiligung

Frauen gelten zu Recht als Gewinnerinnen der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes. Doch beinhalten diese Veränderungen nicht zwingend auch den Zuwachs an Beschäftigungen mit familiennährendem Einkommen. Wenn man betrachtet, in welchen Bereichen der Zuwachs an Beschäftigungen zumindest in den letzten zehn Jahren erfolgt ist, so liegt der große Beschäftigungsgewinn vorrangig im Niedriglohnsektor der personenbezogenen Dienstleistungen, aber etwa auch in der Gruppe der Gebäudereiniger, des Verkaufspersonals und des Gastgewerbes – alles Bereiche, die deutlich nicht an der Spitze der Verdienstmöglichkeiten liegen. Der Zuzug an Arbeitsplätzen für Frauen liegt natürlich auch in hochqualifizierten Dienstleistungssegmenten, v. a. in den wissensintensiven Diensten und den distributiven Dienstleistungen. Damit wird sich – im Unterschied zu den USA, wo die Frauen insgesamt inzwischen die höheren Löhne erzielen (vgl. Mitchell 1998, 331) – die Lohnschere zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern vermutlich langsam angleichen, wenn auch auf geschlechtsspezifisch je niedrigerem Niveau.

Verlierer des Strukturwandels sind männliche Beschäftigte

III.3.5 Erzwungener Wandel vom Ernährermodell zum Zwei-Verdienerprojekt?

In den 50er bis 70er Jahren hatten die Männer kontinuierliche Erwerbsarbeitsmöglichkeiten und relativ sichere, stabile Arbeitsplätze. Frauen haben zwischenzeitlich nicht nur im Bildungsbereich die Männer überholt, sondern sie sind auch die Gewinnerinnen der Beschäftigungsentwicklungen, wenn z. T. auch in jenen Segmenten des Dienstleistungssektors, die ein existenzsicherndes Einkommen auch zukünftig kaum bieten werden. Die heute im Familiengründungsalter stehenden Männer sehen sich einer insgesamt unsichereren und instabilen Erwerbsarbeits- und Einkommenssituation gegenüber, die eine Familiengründung, bei der die existentielle Sicherung hauptsächlich auf ihren Schultern lasten würde, eher nach hinten verschieben, verzögern, wenn nicht verhindern dürfte. Wie die Frauen treten sie später ins Berufsleben ein, überwiegend aufgrund längerer Ausbildungen, aber auch wegen kumulierter Ausbildungsabschlüsse. Männer wie Frauen treffen dort auf einen instabilen Arbeitsmarkt, der v. a. in den ersten Jahren zu Betriebs- und Berufswechselln führen kann und v. a. für junge Männer in den ersten Jahren relativ hohe Arbeitslosigkeitsrisiken in sich birgt. Beide beginnen nicht selten mit befristeten Arbeitsverträgen (siehe Giesecke/Groß 2002).

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob wir nicht in der Tat eher auf dem Weg zu US-amerikanischen oder britischen Verhältnissen sind und die Orientierung am Ernährer-

modell als Leitbild der 60er Jahre, aber auch am Ernährer- /Zuverdienermodell, der 80er Jahre aufgeben sollten zugunsten der Erkenntnis, dass die familiäre Existenzabsicherung am besten durch zwei im Arbeitsmarkt verankerte Personen gesichert ist, die sich zugleich die Familienarbeit teilen und untereinander koordinieren. Dieses Modell, kulturell in den 70er Jahren vorbereitet, gewinnt individuell v.a. vor der Familiengründungsphase an Boden. Auch gälte es, die Gründung von Familie – wie in den USA – von dem Gedanken zu lösen, dass diese sich erst auf der Basis einer gesicherten Erwerbsverankerung mit Langzeitperspektive realisieren ließe.

Modernisierte Elternschaft bedarf modernisierter Lebenslaufinstitutionen

Ein solcher Perspektivenwechsel bedeutete familienpolitisch zugleich, ein modernisiertes Konzept von Elternschaft in der Praxis jener Institutionen voranzutreiben, die Bildungs-Lebensphasen strukturieren (wie etwa Schulen/Ausbildungsstätten/Hochschulen). Innerhalb jener Berufsstrukturen, die Karrierezuschnitte an das Alter ihrer Mitarbeiter/innen binden, muss dies aufgelöst werden, da prinzipiell kein Platz für familienbelastete Personen vorhanden ist. Noch scheinen gerade die Bildungseinrichtungen von jenen 1986 erhobenen Normalitätsvorstellungen über ihre Studierenden auszugehen, wonach es sich mehrheitlich um den 24-jährigen elternfinanzierten männlichen Studenten mit steter Verfügbarkeit handele (Holtkamp u. a. 1986). Diese Normalitätsvorstellung in den Studienverlaufmodellen und wöchentlichen Stundenplänen findet sich v.a. aber auch in der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Studierenden nach Altersnormen (BMFSFJ 2004).

Könnte es gelingen, dass Altersnormen in Bildung und Beruf und dortigen Karriereabschnitten außer Kraft gesetzt würden⁵² und zugleich Krippenplätze und Kindertageseinrichtungen vor Ort eine gute Betreuung und Förderung des Nachwuchses sicherten, während die Eltern selbst sich noch ausbilden, einarbeiten und weiterbilden, würden sicherlich eine Reihe von Barrieren gegen frühe Elternschaften fallen.

Kombiniert mit einer partnerschaftlich je neu auszuhandelnden Verteilung von Familien- und Lern-/oder Erwerbsarbeit untereinander und gesetzlichen Hilfen gegen Vater- oder Mutterschaftsdiskriminierung in Bildung und im Arbeitsmarkt würden vermutlich die Chancen steigen, dass auch wieder Hochqualifizierte eher als unter den bestehenden Bedingungen ihrem Kinderwunsch nachgeben können. (Zukünftige) Eltern dann darin zu unterstützen, die Geschlechterrollen innerhalb der Familie neu zu verteilen,

Neue Muster der Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit für Hochqualifizierte

einmal getroffene Entscheidungen neuen Lebensumständen anzupassen und Aushandlungsprozessen neuen Raum zu geben hieße, eine Langfristperspektive einzunehmen, welche die sich verschiebenden Verbindungen zwischen Bildungs- und Arbeitswelt familienfreundlich aufgreift.

III.4 Alles unter einem Dach? Der Wandel familialer Arbeit

III.4.1 Der Wert der Arbeit

Ein zeitlich nicht so eindeutig datierbarer sozialer Wandel betrifft Veränderungen im Zuschnitt und im Anforderungsprofil der im Privatbereich anfallenden Haus- und Sorgearbeit, die hier zusammenfassend als familiäre Arbeit definiert wird. Sie verknüpft sich in vielfacher Weise mit dem oben dargestellten Strukturwandel moderner westlicher Gesellschaften, v. a. in der Ausdifferenzierung der Arbeit als erwerbsförmig organisierter oder privat erbrachter Tätigkeit. Die möglichen Mischungsverhältnisse zwischen beiden für die Familiengestaltung fanden bisher weniger Beachtung.

Familiäre Arbeit ist ebenfalls im Wandel begriffen

Familiäre Arbeit, die im tradierten Modell des Familienernährers bzw. der Hausfrauenehe in den Verantwortungs- und Kompetenzbereich der Frauen fällt, verknüpft sich zugleich mit sich ändernden Geschlechterrollen sowie mit den sich zueinander verschiebenden Phasen im Familienleben, durch die sich das Gesicht von Familie ebenso verändert hat. Familienarbeit ist also weder eine historische Konstante noch eine über die Lebenszeit ihrer Mitglieder gleich bleibende Größe. Zudem variieren Umfang und Struktur der Arbeit mit der Zahl ihrer Mitglieder, mit der Einkommenssituation und der beruflichen und sozialen Position, und nicht zuletzt in Abhängigkeit vom Vorhandensein bzw. Fehlen und dem Zugang zu haushalts- und familienunterstützenden Dienstleistungen.

Familienarbeit bezeichnet auch heute einen gesellschaftlich konstitutiven Arbeitsbereich von beträchtlicher Größenordnung. Der vielfach prognostizierte Rückgang des Zeitaufwands für die „Arbeit des Alltags“ (Jurczyk/Rerrich 1993a) in privaten Haushalten, vor allem in Familienhaushalten, ist bis heute ausgeblieben. In den privaten Haushalten der Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahre 2001 ein Gesamtvolumen an 96 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit geleistet, d. h. das 1,7 fache an Zeit im Vergleich zu insgesamt 56 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit (Statistisches Bundesamt/ BMFSFJ 2003).

In Familien wird ein großes Ausmaß an unbezahlter Arbeit geleistet

Diese Relation verdeutlicht, dass es sich bei familialer Arbeit, die zum einen sachbezogene Hausarbeit und zum anderen personenbezogene Fürsorgearbeit für bedürftige Angehörige

⁵² In den USA sind Altersmarkierungen nicht mehr zugelassen, da dies unter Chancengleichheitsgesichtspunkten als diskriminierend charakterisiert wird.

Familienarbeit auch in modernen Gesellschaften notwendige Arbeit

unterschiedlichen Alters umfasst, nicht etwa um ein frühkapitalistisches Relikt oder eine vernachlässigbare Restgröße handelt. Vielmehr ist sie ein Bestandteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit, ohne den auch moderne westliche Gesellschaften nicht überlebensfähig wären. Dieser Tatbestand geriet jedoch durch die Verkürzung von wirtschaftlichem Handeln auf lediglich marktförmig organisierte Formen von Erwerbsarbeit mehr und mehr in Vergessenheit. Seit Adam Smith verkümmerte die Familienarbeit zunehmend zur „dienenden Hintergrundarbeit“ (Bock/Duden 1977). In dieser Weise konnotiert und – wie oben dargestellt – strukturell den Frauen und Müttern zugewiesen, wurde sie in unangemessener Weise trivialisiert. Dennoch werden im Zuge des gegenwärtigen Übergangs von der Industrie- zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft die Chancen, aber auch die Notwendigkeiten der Gestaltung familialer Arbeitsorganisation vielfältiger. Aber es stellt sich zugleich mit Nachdruck die Frage, wie Familienarbeit in Zukunft gesellschaftlich verlässlich organisiert werden soll, und zwar jenseits klassischer Geschlechterrollenzuschreibungen.

III.4.1.1 Die vielen Facetten der Arbeit

Wie und von wem die anfallende Haus- und Sorgearbeit erledigt wird, bestimmt sich heute vorrangig durch das verfügbare Haushaltsbudget, aber auch durch die normativen Bindungen der erwachsenen Familienmitglieder an Leitideen darüber, wie Familienleben auszusehen hat, wer welcher Art von familialer Dienstleistung bedarf und wer sich mit welchen Anteilen an familialer und Erwerbsarbeit beteiligt. Somit verweisen die Haushaltstypenunterscheidungen Selbstversorgerhaushalt (mit sehr hohen Anteilen familialer Eigenarbeit), Dienstleistungshaushalt (mit hohen Anteilen der vom Haushalt genutzten marktwirtschaftlichen Dispositionsbereiche inklusive von beschäftigtem Personal im Haushalt) und Vergabehaushalt (mit weitgehender Auslagerung familialer Arbeit an den Markt) nicht nur auf relationale Größen in der möglichen Varianz an familialer Eigenarbeit im Verhältnis zu marktwirtschaftlich verfügbaren Dienstleistungen in einer gegebenen historischen Zeit. Vielmehr charakterisieren sie auch zeithistorisch verschiedene Typen des Familienlebens und graduell unterschiedliche Abhängigkeiten ihrer Mitglieder von familialer Arbeit.

Profil der Familienarbeit variiert mit Familienphasen

Das Profil der Haus- und Sorgearbeit unterscheidet sich demnach in verschiedenen Familienphasen, ist nicht ohne die Pluralisierung von Lebensformen und nicht ohne die externe Verzahnung der Familie mit außerfamilialen Realitäten zu sehen. Alle drei Faktoren stehen wiederum in Zusammenhang mit dem Wandel des gesellschaftlichen und innerfamilialen Lebens-

standards, der Ernährungs- und Betreuungsgewohnheiten und schließlich der Technisierung der Hausarbeit, die sich – ebenfalls mit steigendem Wohlstand seit den 1960er Jahren – in allen Schichten durchzusetzen begann (vgl. Meyer/Schulze 1993).

Verschiebungen in den Beteiligungsprofilen der Geschlechter an Haus- und Familienarbeit verliefen über die hier betrachtete Zeitspanne einer Generation jedoch anders als heute oft transportiert. Denn die Not der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik erforderte zunächst ein hohes Maß an familialer Eigenarbeit, die die männliche Seite in großem Umfang einschloss, wenn auch durch klare geschlechtsspezifische Aufgabenzuweisungen in den Beteiligungsmustern des familialen Alltags gekennzeichnet. In den 1950er Jahren waren sowohl der Anteil der an familialer Eigenarbeit beteiligten Männer als auch der Umfang ihrer Mitwirkung im Vergleich zu heute beträchtlich. Die männliche Hausarbeit – Hausbau, An- oder Umbau, Streichen, Fenstereinsetzen, Dachdecken, Gartenbestellung, Reparaturarbeiten aller Art – war zudem mit häuslicher Anwesenheit verbunden (Braemer 1994). Hinzu kamen das Schleppen von Holz und Kohlen, das Versorgen des Kleinviehs, und, wenn die alten Eltern pflegebedürftig wurden, der Ausbau des Dachstuhls oder das Einziehen von Wänden usw., während die Frauen neben ihrer täglichen Hausarbeit noch strickten, nähten, Kleidung ausbesserten, einkochten, den Waschtage überstanden usw.

Die in den 1960er Jahren einsetzende Rationalisierung der Hausarbeit etwa durch Auslagerung der Eigenarbeitsproduktion (Reinigungs-, Möbel- und Textilindustrie, Kantinen/Restaurants) und durch Umstrukturierung der Nahrungszubereitung (Konservierungs-/Fertigungsgeräte zur Nutzung industriell vorgefertigter Produkte) gab der individuellen Gestaltung deutlich größere Handlungsspielräume. Nutzerhinweise und Anwendungsverordnungen beraubten die Bewältigung dieses Teils der Hausarbeit ihres kochkünstlerischen (klassisch „weiblichen“) oder handwerklich-reparaturbenötigenden (klassisch „männlichen“) Spezialwissens und machen sie zu „Jedermanns-/Jederfrau-Fähigkeiten“. Der Sohn kann per Mikrowelle seine warme Mahlzeit selbst in seinen Tagesablauf integrieren; die Tochter wird mit der Bauanleitung eines Fertigregals ebenso gut oder schlecht klar kommen wie ihre Eltern.

Der männliche Anteil der Familienarbeit wurde mit steigendem Wohlstand bald ausgelagert bzw. durch Facharbeit (Maler, Maurer usw.) eingekauft und für Ehemänner zunächst in „Freizeit“ (oder Überstunden) umgesetzt. Der weibliche Anteil der Familienarbeit reduzierte sich mit stei-

In den 60er Jahren eröffnen sich größere Gestaltungsspielräume für Familienarbeit

Mit steigendem Wohlstand wurden männliche Anteile an Familienarbeit ausgelagert

gendem Wohlstand ebenfalls, jedoch nur jener Teil, der sich als materielle Hausarbeit bezeichnen lässt, v.a. durch die einsetzende Technisierung der Hausarbeit: Seit Mitte der 1970er Jahre wurde rationalisiert durch den Einzug der Waschmaschinen in alle Schichten, der Spülmaschinen und der Mikrowelle im darauf folgenden Jahrzehnt⁵³. Jedoch weiteten sich fast im Gegenzug hierzu andere Segmente der weiblichen Familienarbeit aus, auf die wir weiter unten (4.1.2) eingehen. Charakterisiert ist die Familienarbeit im Haushalt insgesamt durch die wechselseitigen Unterhalts- und Sorgeansprüche und -verpflichtungen zusammen lebender (und auch nicht zusammen lebender) Personen. Gerade hierüber erhält sie „...eine extrem große Bedeutung für die soziale Integration einer Gesellschaft“ (Geissler 2002, 30). Doch haben die Umstrukturierungsprozesse im Inneren der Familienarbeit die bis heute dominierende Spaltung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit in marktwirtschaftlich organisierte Erwerbsarbeit und private Familienarbeit weiter vorangetrieben und sie zugleich deutlicher als vorher verbunden mit geschlechtsspezifischen Umgewichtungen beider Arbeitsformen.

Familiale Arbeit umfasst damit die Gesamtheit der Arbeitsleistungen, die in Familie und Haushalt erbracht werden, um die physische und psychische Reproduktion aller Mitglieder eines Haushalts zu gewährleisten. Es handelt sich um privat geleistete Arbeit, die in der heutigen Form einseitiger nur noch in der Nachkriegsphase dem weiblichen Geschlecht zugewiesen wurde. Entsprechend übernehmen Frauen die heute alltäglich anfallenden Versorgungs-, Betreuungs-, Pflege- und Erziehungsleistungen im Haushalt überwiegend hauptverantwortlich, vor allem dann, wenn sie sich für Familie und Kinder entscheiden. Diese Tätigkeiten binden einen Großteil ihrer Lebenszeit und ihrer Kompetenzen und führen unter den heutigen Bedingungen zu teils erheblichen Abstrichen bei ihrer beruflichen Teilhabe, ihrem aktuellen Lebensniveau und ihrer Alterssicherung im Vergleich zu Männern, aber auch im Vergleich zu Frauen, die sich nicht auf familiäre Lebensformen eingelassen haben. Die für die Sorge- und Pflegearbeit erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen wurden wei-

terhin entweder zum Bestandteil des weiblichen Geschlechtscharakters erklärt oder als minderwertige „Jedefrau“-Qualifikation abgetan. In der Konsequenz führte das schließlich auch zu einer Geringschätzung entsprechender weiblicher Tätigkeitsfelder jenseits von Familienarbeit.

Die gesellschaftliche Relevanz dieser nur vermeintlich rein „privaten“ Arbeit des Alltags wird im Allgemeinen erst dann besonders deutlich, wenn sie nicht oder nur in unzureichendem Maße erbracht wird. Hier zeigt sich der „Erfolg“ der Unsichtbarmachung des Arbeitscharakters von Familienarbeit im öffentlichen Bewusstsein. Gleichwohl findet in der gemeinschaftlichen Lebensführung des Familienhaushalts nicht nur die Suche nach einem „guten Leben“ ihren Ort. Vielmehr ist sie auch Ausdruck des Angewiesenseins aufeinander, der Sorge und Unterstützung füreinander, was stets Gefühls- und Arbeitsbeziehungen umfasst.

Erst seit den 1970er Jahren kam es überhaupt zu einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema durch die Frauenforschung (Ostner 1979), aber auch durch die Haushaltswissenschaft (von Schweitzer 1997). Dadurch wurde die millionenfache Alltagserfahrung von Frauen mit der Arbeit in Familie und Haushalt allmählich ins öffentliche Bewusstsein gehoben und in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung herausgearbeitet (Kontos 1991).

Erst seit den 70er Jahren wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Wert von Familienarbeit

III.4.1.2 Verschiebungen im Profil der Arbeit

Eine Definition des Begriffs „Familien- bzw. Hausarbeit“ ist zunächst abhängig von einer Ziel- und Aufgabenbestimmung des Haushalts, nämlich zur Lebenserhaltung, Lebensgestaltung und zur Kultur des Zusammenlebens beizutragen. Dies ist verbunden mit einer ökonomischen, regenerativen, generativen Sozialisations- und gesellschaftlichen Platzierungsfunktion (von Schweitzer 1988, 230f.). Dabei ist der Haushalt aber auch jene Institution, durch die sich diese Funktionen überhaupt erst realisieren lassen. „Familiales Zusammenleben ist ohne diese Realisation über den Haushalt also nicht möglich“ (Methfessel 1992, 15).

Eine Unterscheidung von Arbeitsbereichen der Familienarbeit erfolgt in der hauswirtschaftlichen Fachliteratur nach verschiedenen Kriterien in:

- Vorrangig produzierende Leistungen und Dienstleistungen (= hauswirtschaftliche Aufgaben);
- Information, Entscheidung, Planung, Organisation (= häusliche Aufgaben);

Für Familienarbeit immer noch Frauen hauptverantwortlich

Geringschätzung weiblicher Tätigkeitsfelder – auch jenseits von Familienarbeit

⁵³ I. Ostners (1988) brillanter Aphorismus zum Kochen, das ...“zur materiellen Seite der weiblichen Hausarbeit gehörend ? zugleich ‚aus Liebe‘, als Teil der Beziehungsarbeit also, gesehen werden kann und sich doch angesichts moderner Technologien als tiefgefrorenes Produkt von dieser ursprünglichen Bestimmung ablösen kann“, gibt den Blick frei auf Rationalisierungsfolgen. Ihr Beispiel für ‚tiefgefrorene‘ Liebe ist der Ehemann, der bei kurbedingter Abwesenheit der Frau das von ihr für ihn mit Liebe Vorgekochte mikrowellenzubereitet mit seiner Geliebten verspeist.

- Pflege, Erziehung, Familienkultur etc. (= beziehungs- und erziehungsorientierte Aufgaben);
- Lebensstil, Wohnkultur etc. (= gestalterische Aufgaben).

Die neue Hausarbeit besteht immer mehr aus „Schnittstellenmanagement“

Im realen Alltag erhalten angesichts der zunehmenden Komplexität der Lebensbedingungen die haushälterischen Aufgaben mehr und mehr Gewicht, und zwar vor allem an den Schnittstellen zwischen Haushalten und anderen Institutionen der Gesellschaft. Thiele-Wittig (2003) spricht in diesem Zusammenhang von „Neuer Hausarbeit“. Einerseits hat ein Teil der traditionellen Hausarbeit durch Auslagerungsprozesse aus den Haushalten nachweislich abgenommen, andererseits ergeben sich für die Haushalte auf Grund der Zunahme von Außenbeziehungen und Verflechtungen zahlreiche neue Aufgaben, deren Arbeitscharakter zunächst kaum beachtet wurde. „Im engeren Sinne sind es Arbeitseinsätze an den Schnittstellen zu den verschiedenen Institutionen, von denen Haushalte Güter und Dienstleistungen beziehen (Märkte, Banken, Versicherungen, Verkehrseinrichtungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen)“ (Thiele-Wittig 2003, 4).

Somit ergeben sich vermehrte Anforderungen an die Orientierungs-, Abstimmungs- und Integrationsfähigkeit der Haushaltsmitglieder angesichts der Auffächerung und Ausdifferenzierung der Aufgaben der Haushalte. „Die für die ‚Neue Hausarbeit‘ erforderlichen Kompetenzen unterscheiden sich von denen für traditionelle Hausarbeit, da sie sich auf die Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen und auf zunehmende Vermittlungsleistungen verschiedener Institutionen beziehen.“ (ebd.)

Die Zunahme der Außenbeziehungen an den Schnittstellen zu anderen Institutionen der Gesellschaft ist für die Haushalte verbunden mit abnehmenden Möglichkeiten, sowohl das Ausmaß als auch die Art und Weise der Gestaltung dieser Schnittstellen selbst zu bestimmen (Schlegel-Matthies 2003). Bisher wurden die Entlastungs- und Wohlfahrtseffekte der zahlenmäßig anwachsenden Schnittstellen zu einseitig betrachtet, so dass der Arbeitscharakter dieser von Privathaushalten zu erbringenden vielfältigen Vermittlungsleistungen an unterschiedlichen Schnittstellen unterbelichtet geblieben ist.

Zur neuen Hausarbeit gehören auch Arbeiten zur Gestaltung eines eigenen Haushaltsstils, der im Ergebnis von haushaltsinternen Aushandlungs- und Entscheidungsfindungsprozessen zwischen den Haushaltsmitgliedern unterschiedlicher Geschlechter- und Generationenzugehörigkeit zustande kommt, um ihre individuellen Bedürfnisse, Interessen, Wertvorstellungen und Lebensstilpräferenzen zu koordinieren (Meier 2000).

Kettschau/Methfessel (2003) fassen die mit der neuen Hausarbeit verbundenen Haushaltsarbeiten genauer und beschreiben sie wie folgt:

- an den Schnittstellen der Haushalte mit gesellschaftlichen Institutionen des Marktes (z. B. Kinderarzt, ErzieherIn oder LehrerIn) und Verbraucherberatung bis hin zu Versicherungen und Finanzamt;
- das intensiviertere Zusammentreffen von Verbrauchern als „Laien“ und Anbietern als „Experten“ (mit der entsprechenden Kompetenzdifferenz);

Zum selbstverständlichen, aber zeitlich weniger rhythmisierten und festgelegten sowie nur im spezifischen Bedarfsfall durchgeführten Aufgabebereich gehören demnach:

- Tätigkeiten, die weniger als Hausarbeit wahrgenommen werden;
- weniger mit Routine und Traditionen zu bewältigen sind;
- neue Kompetenzen verlangen, sowohl Fachkompetenzen zur Entscheidungsfindung, als auch Sozialkompetenzen im Umgang mit den Institutionen und Personen (Kettschau/Methfessel 2003, 4).

Hinzu kommen die Aktivierung und Nutzung öffentlicher und privater Angebote für Kinder, Pflegebedürftige und Behinderte (vgl. Expertise Müller/Bird/Bohns 2004).

In der Ausweitung und Intensivierung dieser neuen Formen von Hausarbeit als Bestandteil von Familienarbeit liegt ein Grund, weshalb der Gesamtzeitaufwand für diesen Arbeitsbereich seit etwa 100 Jahren keineswegs nennenswert zurückgeht. Auch zeigt diese Entwicklung, dass die von der ersten Generation der Haushaltswissenschaftlerinnen erhoffte Reduzierung von Hausarbeit durch ihre fortschreitende Rationalisierung und Technisierung so nicht eingetreten ist. Zwar konnten die Beschwerlichkeiten verschiedener Arbeitsfelder (Waschen, Kochen, Vorratshaltung) durch moderne Haushaltsgeräte beträchtlich vermindert werden. Es kamen aber eben auch neue Arbeitsbereiche hinzu: Die Pflege und Wartung des häuslichen Maschinenparks selbst, die vielfältigen Hygienestandards moderner Haushalts- und Lebensführung, notwendige Alltagsarrangements zwischen Beruf und Familie und nicht zuletzt die wiederum Frauen zugeschriebene Verantwortung für eine gesunde Ernährung der Kinder oder für eine ökologische Mülltrennung. Sie alle erfordern einen hohen zeitlichen Aufwand. Außerdem fällt Zeit für die Informationsbeschaffung über neue Produkte und Dienstleistungen und deren Verarbeitung ins Gewicht. Sie alle lassen sich bis zu einem gewissen Grad in ihrer Erledigung zeitlich

Wegen neuer Haushaltsarbeit keine Reduktion der Gesamtarbeitszeit in Familien

flexibel einpassen, unterliegen aber zugleich den extern gesetzten Zeitregimen. Hinzu kommt die allgegenwärtige Erfahrung, dass sich die vielfältigen, auf eine perfekte technische und organisatorische Durchrationalisierung der familialen Arbeit gerichteten Versuche häufig an ihrem spezifischen Charakter als personen- und bedürfnisbezogene Arbeit brechen.

Markanter Wandel auch in der Beziehungs- und Erziehungsarbeit

Gewandelt hat sich aber auch die Anforderungsstruktur an ebenfalls kaum individuell zu rationalisierende familiäre Beziehungs- und Erziehungsarbeit im weitesten Sinne. Diese Seite familialer Alltagsarbeit verfestigt sich normativ als emotionaler Wert und verflüssigt sich zugleich in kaum noch arbeitsinhaltlich zu fassender Sorge für andere, als „irgendwie“ zu gestaltender Ausgleich gegen Stress im Berufsleben, als Geborgenheitspostulat mit Anspruch an eine möglichst allseitige Frühförderung des Nachwuchses – ebenso als Hort verlässlicher emotionaler Sicherheit gegenüber Belastungen und Leistungsanforderungen im öffentlichen Raum (vgl. Kontos/Walser 1979; Rerrich 1983; Pasquale 1998). Wurde in den 1950er und 1960er Jahren noch vom 1. Lebensjahr des Kindes als „Schlaf- und Reifezeit“ ausgegangen, banden die Forschungen zur frühen Kindheit den vermeintlichen „Freisetzungsgewinn“ der Mütter von materiell-organisatorischer Hausarbeit ab den 1970er Jahren erneut an deren Anwesenheit als Versorgungs- und Anregungspotential für den Nachwuchs in den eigenen vier Wänden, und zwar ab dem ersten Lebenstag bis möglichst zum Schuleintritt (Schütze 1988a; Hochschild 1990). Damit aber entstand zugleich ein neues Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern mit einer Konzentration der emotionalen Familienarbeit auf Seiten der Frau und – wie die Studien zur Zufriedenheit mit dem sich der materiellen Hausarbeit zunehmend entziehenden Partner der 1980er Jahre zeigen (Metz-Göckel/Müller 1985; Krüger u. a. 1987) – mit steigenden Spannungen zwischen den Geschlechtern, vor allem in der Phase junger Elternschaft (vgl. Kap. IV).

Ähnlich ungleichgewichtig verlaufen die geschlechtsdifferenzierten Prozesse der Verberuflichung familialer Arbeit: Die Überführung männlicher Eigenarbeit ins Erwerbssystem hat zu einer deutlichen Entmischung familialer und erwerbsförmig organisierter Arbeit geführt. Die Fähigkeit, ein Regal selbst zu bauen oder die Wände zu streichen, gefährdet trotz traditionaler Bindung dieser Tätigkeiten an das männliche Geschlecht die entsprechende Facharbeit, das Schreiner- oder Malerhandwerk, weder qualifikatorisch noch tarifrechtlich, selbst wenn sie als Fremdarbeit in die Familie eingekauft wird. Anders hingegen die weibliche Eigenarbeit, die sich selbst in verberuflichter Form nicht eigentlich als Facharbeit von der Charakterisierung als einer

essentiell „Jede-Frau-Fähigkeit“ hat lösen können. Die Hausfrau, die sich in familialen „Care“-Leistungen per Dienstleistungen unterstützen ließ und lässt (etwa über eine Kinder-, Raum- oder Hauspflegerin, in der Kinder-, Haushalts-, Alten-, Behinderten- oder Langzeitkrankenpflege), hat stets mit dem Problem der Eigenzuständigkeit (und im Prinzip der vermuteten besseren Eignung) für diese Tätigkeiten als Frau zu kämpfen. Der daraus resultierende Druck auf Eigenübernahme (mit Verzicht, zumindest Reduzierung eigener Erwerbsarbeit) bzw. der perspektivischen Planungsunsicherheiten bei den notwendigen Arrangements zwischen Erwerbs- und Familienarbeit stellte sich für das männliche Geschlecht nicht und beginnt erst in jüngster Zeit, v. a. durch die Diskussion um die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Väter an der Erziehung ihrer Kinder, eine Rolle zu spielen.

Während sich die materielle Hausarbeit aus Sicht beider Geschlechter über ihre Technisierung und die Verfügung über Geld in einem bestimmtem Umfang rationalisieren lässt, gilt dies insbesondere für die Sorgearbeit, die sich mit bestimmten Anforderungen an „Gefühlsarbeit“ verbindet, eigentlich nicht. Diese ist nicht im Sinne der Technisierung rationalisierbar, wohl aber durch die Umverteilung auf andere Haushaltsmitglieder und neue Kooperationsformen mit öffentlichen Unterstützungssystemen anders organisierbar. Doch stehen diesem (noch) eingeschliffene Zuordnungen entgegen.

Wiewohl bekannt ist, dass Kinder nicht die leibliche Mutter brauchen, sondern feste Bezugspersonen, um verlässliche Beziehungen aufbauen zu können, und dass diese verlässlichen Personen zum Wohle des Kindes schon um der Entwicklung emotionaler Autonomie willen möglichst zahlreich sein sollten, geben die weit verbreiteten Normen immer noch vor, dass Frauen sich von ihren Aufgaben in der Familie nicht in größerem Umfang entfernen sollten. Wie groß dieser Umfang sei, bestimmen nicht so sehr Forschungsergebnisse über Folgen zu enger Beziehungsabhängigkeiten, sondern eher mutterzentrierte versus kindzentrierte Einstellungen zum Familienleben und seinen externen Ergänzungsnotwendigkeiten durch ausserfamiliale Frühförderung. Auch hier findet sozialer Wandel statt, der die Schiefelage in der Geschlechtszuständigkeit für Familienarbeit erst sehr allmählich verändert (Stichworte: Betreuungs- und Bildungsstandards, Forderung nach Professionalisierung und Qualifizierung des Erzieherinnenberufs, nach angemessener Bewertung und Bezahlung in feminisierten Berufsfeldern usw.).

Obwohl eine partnerschaftliche Arbeitsteilung im Haushalt als Idealvorstellung inzwischen unter den jüngeren Generationen verbreitet ist und

Gefühls- und Sorgearbeit sind nicht rationalisierbar, aber neu organisierbar

Rhetorik der Gleichheit und Praxis klaffen noch weit auseinander

auf hohe Akzeptanz trifft („Gleichheitsrhetorik“), ist die konkrete Praxis im Familienalltag noch erheblich davon entfernt. Wie in Kap IV, auch Kap VI thematisiert, setzen Retraditionalisierungstendenzen insbesondere nach der Geburt eines Kindes ein, was mit vielfältigen strukturellen Barrieren zu erklären ist, aber auch mit mentalen und kulturellen Mustern zu tun hat.

Während Männer durchaus bereit sind, bestimmte Hausarbeiten zu übernehmen, wenn sie dazu aufgefordert werden, bleiben insbesondere routinemäßig anfallende Arbeiten der täglichen Versorgung sowie die Gesamtkoordination und -organisation des Alltags und schließlich die „Gefühlsarbeit“ weitgehend den Frauen überlassen. Auch die zahlreichen Koordinierungs-, Synchronisations- und Organisationsaufgaben werden überwiegend und mit enormen Anstrengungen von ihnen übernommen, und zwar für alle Haushaltsmitglieder (vgl. Jurczyk/Rerrich 1993a; Meier/Preusse/Sunnus 2003). Das trifft auch auf die große Zahl von berufstätigen Frauen zu, die als Managerinnen des Alltags eine Vielzahl von Belastungen zwischen Beruf und Familie bewältigen müssen: „Unabhängig davon, ob erwerbstätige Mütter viel verdienen oder wenig, ob sie einen hohen oder niedrigen Bildungsstand haben, ob sie in Leipzig oder in Frankfurt leben, die Hauptlast der Familienarbeit liegt auf ihren Schultern, und zwar auch dann, wenn sie 40 Stunden pro Woche oder länger erwerbstätig sind.“ (Ludwig u. a. 2002, 135).

Veränderungen in Richtung einer partnerschaftlichen innerfamiliären Arbeitsteilung sind am ehesten in Paarkonstellationen nachweisbar, in denen Frauen in Vollzeit berufstätig sind oder zumindest einer vollzeitnahen Teilzeitbeschäftigung nachgehen bzw. in denen ihre Partner die Erwerbsarbeitszeit reduzieren.

III.4.1.3 Entlastungsstrategien von Haus- und Sorgearbeit

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem Tatbestand einer bislang nur geringfügig stärkeren Beteiligung von Vätern und Kindern an diesem Arbeitsbereich werden weitere Strategien genutzt, um die anfallende Familienarbeit zu bewältigen. Haushalte setzen weiter auf die Technisierung von Hausarbeit. So konnte durch die inzwischen beinahe flächendeckende Ausstattung der bundesdeutschen Haushalte mit einer Geschirrspülmaschine der Zeitaufwand für diesen Arbeitsbereich nachweislich zurückgefahren werden. Zur Bewältigung rationalisierungsresistenter Familienarbeit greifen Haushalte außerdem auf ihre familialen Netzwerke zurück. Neben monetären Transfers zwischen den Großeltern, Eltern und Kindern (vgl. Kap. IV) spielen

nachweislich vielfältige Formen der gegenseitigen instrumentellen und emotionalen Unterstützung im Alltag eine wichtige Rolle. Aber auch Netzwerke in der Nachbarschaft, im Freundes- und Kollegen/Kolleginnenkreis zur gegenseitigen Unterstützung werden geknüpft und genutzt.

Schließlich greifen Haushalte – wenn es ihre finanzielle Situation erlaubt – auch auf bezahlte Hilfen durch haushaltsfremde Personen zurück, um eine Überlastung zu vermeiden und hausarbeitsfreie Zeit zu gewinnen. Rerrich geht sogar davon aus, dass die quantitativ bedeutsamste Umschichtung von Familienarbeit, die heute stattfindet, nicht die zwischen Frauen und Männern ist, sondern zwischen unterschiedlichen Gruppen von Frauen verläuft (Rerrich 2002). Eine empirisch valide Überprüfung dieser These steht bislang allerdings noch aus.

Bei der Vergabe von Familienarbeit in Deutschland handelt es sich überwiegend um Putzarbeiten mit einem geringen gesellschaftlichen Ansehen und einem vermeintlich geringen Anspruchsniveau. Diese Arbeiten werden vorrangig von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen – häufig Migrantinnen – ausgeführt, die zudem häufig keine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis besitzen. Eine andere große Gruppe der bezahlten Hausarbeiterinnen sind Sozialhilfeempfängerinnen, Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II, Studentinnen, Rentnerinnen oder Hausfrauen in Minijobs. Für 1999 wurde die Zahl der Haushalte, die eine Haushaltshilfe in Anspruch genommen haben, auf der Basis des sozio-ökonomischen Panels auf 4,162 Millionen beziffert, davon 2,609 Millionen mit einer regelmäßigen Hilfe. Gleichzeitig wies die amtliche Statistik Ende 1999 lediglich 38 109 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Privathaushalten aus. Weitere 738 000 waren 1999 ausschließlich geringfügig beschäftigt; 76 Prozent von ihnen hatten den Status von verheirateten Hausfrauen. Der Privathaushalt ist damit der Beschäftigungssektor mit dem höchsten Anteil ungeschützter, illegaler Beschäftigung; ein schwarz-grau melierter, deregulierter und prekärer Arbeitsmarkt ist entstanden. Mit der Änderung des Einkommenssteuergesetzes im Januar 2003 wurde für Privathaushalte jedoch die Möglichkeit eröffnet, die Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen bis zu einer Maximalgrenze von der Steuerschuld abzuziehen. Ein vereinfachtes Meldeverfahren zwischen Arbeitgebern und der bei der Bundesknappschaft eingerichteten Minijob-Zentrale, das sogenannte Haushaltsscheckverfahren, erleichtert jetzt eine legale Beschäftigung in Privathaushalten. Die Neuregelung der Minijobs hat innerhalb eines Jahres zu einem deutlichen Ausbau von sozialversicherter Erwerbsarbeit im Dienstleistungsbereich geführt, es wird erwartet, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt.

Ein großer Teil der emotionalen Sorgearbeit bleibt den Frauen überlassen

Gesellschaftliches Prestige der vergebenen Familienarbeit ist gering

Familien entlasten sich technisch und durch die Aktivierung sozialer Netzwerke von Hausarbeit

Versorgungslücke in der öffentlichen Infrastruktur führt zu vermehrter Vergabe an bezahlte Hilfen

Auf Grund der Versorgungslücke an öffentlicher Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung und der Betreuung und Pflege von bedürftigen älteren Angehörigen wird zunehmend auch diese höher geschätzte Sorgearbeit an bezahlte haushaltsfremde Personen vergeben. Auf diese Strategie können vor allem einkommensstarke Akademiker/Akademikerinnen- und Selbständigenhaushalte zurückgreifen, um die Alltagsversorgung und -organisation sicherzustellen, ihr berufliches Engagement fortsetzen zu können und innerfamiliäre Konflikte um eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zu vermeiden.

Demgegenüber können einkommensschwache Haushalte eine Auslagerung von Familienarbeit an bezahlte Arbeitskräfte meist nicht finanzieren. Eher handelt es sich dabei um Frauen, die in anderen Haushalten gegen Entgelt Familienarbeit übernehmen. Wenn Frauen aus einkommensschwachen Haushalten nicht auf unentgeltliche Hilfen aus ihrem Verwandtschaftsnetzwerk oder Freundeskreis zurückgreifen können, besteht die Gefahr einer chronischen Überforderung, häufig aber auch einer Unterversorgung der in diesen Haushalten lebenden Kinder.

Auf diese Problematik gilt es arbeitsmarkt-, bildungs- und familienpolitisch zu reagieren, etwa durch ein verstärktes und zielgenaues Angebot der aufsuchenden und begleitenden Familienhilfe für benachteiligte Familienhaushalte (vgl. ausführlicher Kap V). So haben Erfahrungen mit Dienstleistungspools (Dienstleistungsagenturen) bundesweit gezeigt, dass eine professionelle Organisation haushaltsbezogener Dienstleistungen grundsätzlich möglich ist und reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Solche Ansätze haben sich als echte Alternative zur Schwarzarbeit in privaten Haushalten erwiesen, und zwar sowohl für private Haushalte als auch für die Beschäftigten.

Allerdings ist bisher eine Kosten deckende Arbeitsweise äußerst schwierig, so dass dieser Prozess auf Markteinführungshilfen und spezielle Förderung angewiesen bleibt, der dazu beiträgt, die nach wie vor bestehende Lücke zwischen der Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit der Kunden und Kundinnen und dem Preis für haushaltsbezogene Dienstleistungen zu schließen (vgl. Weinkopf 2002). Ob es sich dabei um eine Dauersubventionierung handeln müsste, ist zur Zeit offen. Selbst wenn das so wäre, bestünde immerhin die Chance, mit einem verhältnismäßig geringen Subventionsaufwand reguläre und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten auch für gering qualifizierte Frauen zu erschließen und gleichzeitig die bestehende Dienstleistungslücke zur Bewältigung des Alltags zwischen Beruf und Familie zu verringern.

Positive Erfahrungen mit Dienstleistungspools

Die Sozialbilanz der Modell-Dienstleistungsagenturen in Nordrhein-Westfalen gibt Anlass zu Optimismus: Die Summe der Einsparungen und der zusätzlichen Einnahmen bei den öffentlichen Haushalten und bei der Sozialversicherung war deutlich höher als die Summe der vom Land gewährten Zuschüsse.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Auch in Zukunft bleibt die bundesdeutsche Gesellschaft auf Familienarbeit angewiesen, also auf die Bereitschaft von Familienmitgliedern, sachbezogene Hausarbeit zur Alltagsbewältigung und personenbezogene Fürsorgearbeit für bedürftige Angehörige (Kinder, Alte und Kranke) zu übernehmen. Da das klassische Einvordienernährermodell mit der verlässlichen Übernahme dieser Tätigkeiten durch die Frauen jedoch fragiler geworden ist, stellt sich die Problematik einer gesellschaftlichen Neuorganisation dieser Arbeitsformen mit einiger Dringlichkeit. Hier sind verschiedene Wege einzuschlagen und zu unterstützen: es braucht im Lebenslauf beider Geschlechter Zeitsequenzen, in denen sie sich selbst diesen Aufgaben verstärkt zuwenden können (Geburt und Betreuung kleiner Kinder, Pflege von Familienangehörigen im Falle von Krankheit oder Pflegebedarf), ohne deshalb ihre berufliche Integration bzw. berufliche Perspektiven zu gefährden; es besteht ein erhöhter Bedarf an Erziehung zu und Durchsetzung von partnerschaftlichen innerfamiliären Arbeitsteilungsmustern zwischen Frauen und Männern, Müttern und Vätern, nicht zuletzt aufgrund der wachsenden Bildungs- bzw. Erwerbsbeteiligung von Frauen und zwecks Verwirklichung ihrer sozialen Gleichstellung in allen Lebensbereichen, und es bedarf schließlich des großzügigen und qualitativ hochwertigen Ausbaus an familienergänzenden sach- und personenbezogenen Dienstleistungen, also der Professionalisierung eines Teils der vormals privat geleisteten Familienarbeit.

Familienarbeit auch in Zukunft unerlässlich für die Gesellschaft

Qualitativ hochwertiger Ausbau an familienergänzenden Dienstleistungen

III.4.2 Familienmanagement: Die vielen Sozialisationsorte von Kindern

Die mit der Modernisierung des Familienlebens zunehmende Arbeit der Anwesenheits-Koordination der Familienmitglieder hat ein weiteres Feld familialer Arbeit nach sich gezogen, das man als Vernetzungsarbeit der vielen Orte kindlicher Förderung bezeichnen kann. Sie bestimmt den Familienalltag der Eltern heute mehr denn je. Durchaus auch wegen fehlender Ganztageeinrichtungen lässt die Norm der verantworteten Elternschaft und das Bestreben heutiger Eltern, ihre Kinder optimal zu fördern, die Zahl anzusteuerner Orte steigen (vgl. Preuß-Lausitz 1983; Büchner 2002). Aber auch der Wandel des

Die Erschließung und Vernetzung der kindlichen Freizeit- und Bildungsorte wird zu einer neuen familialen Aufgabe

öffentlichen Raumes hat seine negativen wie positiven Folgen für die Orte von Kindheit.⁵⁴

Die Kindheitsforschung hatte bis in die 80er Jahre hinein die „Schlüsselkinder-Situation“ der westdeutschen Nachkriegskindheit ganz überwiegend als Vernachlässigungsphänomen der Wiederaufbauphase gesehen und dieses Phänomen – in Verbindung mit Versuchen der Re-Etablierung der Hausfrauenhe – dann dem „Rabenmutter-Syndrom“ berufstätiger Mütter zur Seite gestellt (Schütze 1988b; Müller/Weg 1986). Doch nahm sie u. a. als Reaktion auf Warnungen der Kinderärzte und Kinderpsychologen vor dem zwischenzeitlich zunehmenden Überbehütungs-Syndrom bei Kindern eine Wende und rückte die Betrachtung des Wandels des öffentlichen Raums ins Zentrum (vgl. Preuss-Lausitz 1983).

Diese Studien konzentrierten sich auf die Stadt-kindheit, die auch bei zurückgehender Kinderzahl die Wirklichkeit für die Mehrheit der Kinder heute ausmacht, und konstatieren, dass die Straßenkindheit der Nachkriegszeit auch als unbeaufsichtigte Abenteuerwelt mit Sozialisationserfahrungen vorrangig in altersgemischten Gruppen zu sehen ist, als Freiraum von den Eltern, allerdings mit Unfallrisiken durch zerbombte Bausubstanz. Die Statistiken zu Verkehrsunfällen, eingeführt seit 1953 in Westdeutschland, zeigen nun eine andere Unfallgefahr, die den öffentlichen Raum für Kinder erheblich reduziert hat. Sie belegen deutlich steigende Unfallzahlen der Kinder im rapide zunehmenden Straßenverkehr ab 1960, also schon zu Beginn der neuen Siedlungsformen am Stadtrand und der Zunahme an Autobesitzern und Fahrzeugnutzung zur Distanzüberwindung zwischen Arbeits- und Wohnort. Die Unfallrate (West, für die damalige Deutsche Demokratische Republik fehlen die Zahlen) stieg von 26 Prozent aller Kinder im Alter von 0 bis 13 Jahren 1963 auf 36 Prozent in der gleichen Altersgruppe 1973 – mit rückläufiger Tendenz auf 21 Prozent erst im Jahr 1994. Die Zahlen sind inzwischen soweit gesunken, dass im Jahr 2003 so wenige Kinder wie nie seit dem Bestehen der Statistik (1953) im Straßenverkehr ums Leben kamen. Dabei ist bemerkenswert, dass sich v. a. im Zeitraum des Anstiegs an Verkehrsunfällen mit Kindern der Anteil der als Fußgänger verunglückten Kinder abnahm zu Lasten derer, die als Radfahrer unterwegs waren, aber noch stärker zu Lasten einer dritten Gruppe, nämlich derer, die in einem Pkw (mit)verunglückten.

Zunehmender Straßenverkehr reduziert die Nutzung des öffentlichen Raums durch Kinder

⁵⁴ Die diesem Kapitel zugrunde gelegten Zahlenangaben beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf westdeutsche Verhältnisse. Aufgrund der Ostentwicklung durch die frühe Einführung öffentlicher Betreuungsformen liegen gerade hinsichtlich der Orte-Vernetzung von Sozialisationsräumen für Kinder keine vergleichbaren Zahlen vor.

Mehrere Entwicklungstrends überlagerten sich dabei:

In den 50er Jahren begann angesichts des für Kinder gefährlicher werdenden öffentlichen Raums in den Städten ein so genannter „Verhäuslichungsprozess“ der Kindheit, der auch im Zusammenhang mit dem Rückgang der Kindgeburten der 70er Jahre steht. Damit verbunden ist der Versuch, die auch aufgrund geringer Geschwisterzahlen sinkenden Kontaktmöglichkeiten mit Gleichaltrigen durch privat organisierte Bring- und Holdienste in benachbarte Wohnungen auszugleichen. Es entstanden erste Ansätze einer ausgesprochenen „Transport-Kindheit“ (Zeiber 1983), die sich durch die von Bronfenbrenner noch vermutete Eroberung des kindlichen Raumes in konzentrischen Kreisen – zunächst der Wohnung, dann des Hauseingangsbereichs, der anschließenden Straßenöffentlichkeit der Nachbarschaft und schließlich der näheren und weiteren Umgebung – nicht mehr abbilden ließ. Die fußläufig erreichbaren kindlichen Sozialisationsräume endeten selbst in den von überwiegend der Mittelschicht bezogenen Reihenhaussiedlungen der 60er Jahre an deren Grenzen. Die zur gleichen Zeit entstehenden Trabantenstädte am Stadtrand, überwiegend bezogen von Familien mit geringem Einkommen, führten dagegen zu einer, wie Rolff/Zimmermann (1985, 57) feststellten, so gravierenden räumlichen Monotonie, dass auf Grund der fehlenden Orientierungshilfen die dort wohnenden Kinder noch einmal besonders an ihre Erziehungsberechtigten gebunden blieben (weite Wege zum Spielen nach draußen; zu hoch angebrachte Fahrstuhlknöpfe als unüberwindbare Hindernisse, oder die Unmöglichkeit, unter den 50 Haustürklingeln ihre eigene zu finden).

Urbanisierung des Kinderlebens

1981 lebten rund 65 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in Westdeutschland in Großstädten, die meisten Großstadtfamilien wiederum wohnten in mehrgeschossigen Häusern, jede neunte davon in Häusern mit fünf und mehr Stockwerken (Rolff/Zimmermann 1985, 58). Nach Mundt (1980) lässt sich jedoch festhalten: „... je höher die Wohnung liegt, umso häufiger spielt das Kind in der Wohnung und umso seltener wird der Hausflur in das Spiel einbezogen ... Das bedeutet zusammengenommen, dass die Kinder auch aus Hochhäusern in ihren Kontaktmöglichkeiten zu anderen Kindern ... benachteiligt sind“ (S. 59). Die die 80er und 90er Jahre bestimmende Auseinandersetzung mit dem zunehmenden Fernsehkonsums von Kindern ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund geringer außerhäuslicher Gelegenheiten zu sehen.

Fast parallel zur Verengung des fußläufigen Sozialisationsraums für Kinder erweiterte sich das Wissen über die Bedeutung anregender familienexterner Milieus für Kinder und es entwickelten

**Ausbau von Kinder-
tagesstätten als
Schaffung neuer So-
zialisationsmilieus**

sich – neben den Kinderspielplätzen als sichere Spezialräume im Freien – ein dritter Trend im Sozialisationsmilieu für Kinder: der (im Westen zögerliche) Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit altersspezifischem Zugang und relativ kurzen Öffnungszeiten für nicht zwingend versorgungsabhängige Kinder. Diesem gesellten sich v. a. in den 80er und 90er Jahren Angebote der Spezialförderung des Nachwuchses zu, so die Baby-Schwimm-, die Bewegungs-, Mal-, Musik-kurse usw. Die zunehmende Nachfrage und deren Nutzung hängt, wie die der Kindertageseinrichtungen, von den finanziellen und zeitlichen Ressourcen der Eltern ab und verstärkt schichtspezifische Muster der Inanspruchnahme. Die These von Zeiher (1983) zur „Verinselung“ der Kindheit und der Einführung von Zeitplänen zwischen Orten hoher Förderung und Phasen der Überwindung von Wegen, die die Kinder sich nicht selbst aneignen konnten, hatte sich mit Zunahme öffentlicher Kinderbetreuungs-Einrichtungen zwar für die Vormittagszeit entspannt, doch auch diese Orte blieben (und bleiben) in ihrer Erreichbarkeit und der Betreuungsdauer abhängig von Transport-Organisationen der Erwachsenen.⁵⁵ Damit verdichtete sich das funktionale Beziehungsgeflecht zwischen Kindern, Transport leistenden Elternteilen und spezialisierten Orten ihrer Förderung, das sich für die Eltern in Abhängigkeit der Kinderzahl und der Geburtenfolge zusätzlich verkompliziert.

**Erhöhter Zeitauf-
wand durch
Hol-, Wege- und
Bringendienste**

Aus Sicht der Eltern lässt sich zusammenfassend formulieren, dass die durch Verringerung der Geschwisterzahl und durch die Technisierung der Hausarbeit gewonnene Zeit erheblich durch Hol-, Wege-, Bringendienste erneut benötigt wurde. Die Einrichtung von Kindertageseinrichtungen brachte in Westdeutschland nur wenig Erleichterung in diese Orte-Organisation, da diese weniger unter Gesichtspunkten der Homogenisierung der Sozialisationsfelder der Kinder als unter Aspekten zunächst des Notbehelfs für erwerbstätige Mütter und dann der Vorschul-Erziehung erfolgte. Die Statistiken des Ausbaus öffentlicher Betreuung für Null- bis Dreijährige gegenüber denen für Drei- bis Sechsjährige und denen im Schulalter zeigt das Dilemma eines nicht gelösten Dreiecks zwischen der notwendigen Erweite-

rung und der neuen Integration der Sozialisationsorte für Kinder, der primären Zuständigkeit des Elternhauses und den Alterseingrenzungen frühkindlicher Förderung. Anders als im anglo-amerikanischen und europäischen Ausland und anders als in der ehemaligen DDR beginnt Westdeutschland erst in jüngster Zeit, sich den Betreuungsformen der Nachbarländer anzugleichen und konsequent von der kindlichen Förderung jenseits des Elternhauses her sich der Entwicklung von Ganztagschulen und Ganztags-Kindergärten bzw. Ganztags-Kindertageseinrichtungen als eigenem Lebensraum für Kinder zu nähern.

**III.4.3 Die Rentnerfamilie – Entlastung/
Belastung familialer Arbeit der
mittleren Familiengeneration?**

Ähnlich wie veränderte Lebensformen innerhalb und außerhalb der eigenen vier Wände diversifizieren sich auch die Aufgabenprofile zwischen Familien in Abhängigkeit von den Lebensphasen ihrer Mitglieder und deren Gestaltung. In der gesamten Länge des eigenen Lebens hat man Familie von der Wiege bis zur Bahre mindestens der eigenen Eltern, jedoch in hoch unterschiedlich ausgeprägter Form bezüglich familialer Arbeit für die eigene, die jüngere oder die ältere Generation. Mit eigener Familiengründung verschoben sich die familialen Arbeitszentren und -orte; die intensive Kinderbetreuungsphase reduziert sich inzwischen auf maximal ein Fünftel des Erwachsenenlebens. Die Großelternschaft realisiert sich immer häufiger erst kurz vor oder in der nacherwerblichen Phase der Eltern. Damit hat sich nicht nur das Familienleben von Frauen, die noch um die Jahrhundertwende als Mutter und als Großmutter im nämlichen Familienverbund zugleich fungierten und den Auszug ihres jüngsten Kindes kaum miterlebten, erheblich verschoben, sondern auch die Sorge- und Pflegearbeit zwischen der mittleren und der älteren Familiengeneration (Allmendinger/Dressel 2005; Hoerning 1989; Kohli 1985; Imhof 1981; auch Kap II).

**Neue Familienphase
der Ruhestandsfa-
milie entsteht**

Es weitet sich durch Frühverrentungen und selbst bei normal erreichter Altersgrenze die lebensbiographische Zeitspanne der von Kinderverpflichtungen unabhängigen Ruhestandsfamilie erheblich aus. Jedoch besteht die Gefahr, die Phase der Lebensform im Ruhestand als Rentner von zwei Seiten her zu vereinnahmen. Die eine verbindet sich mit Erwartungen an Großeltern, die ihren Lebenssinn darin sehen, in der Betreuung der Enkel aufzugehen.⁵⁶ Die andere, gegenteilige Ver-

⁵⁵ Es liegt auf der Hand, dass nicht alle Eltern so verfügbar sein können oder wollen. Die IGLU Studie zeigte einen positiven Zusammenhang zwischen dem Besuch einer Vorschule oder Kindergarten bzw. Kindertagesstätte und der Lesekompetenz in Klasse 4. Kinder, die vorschulische Einrichtungen für weniger als ein Jahr besuchten, schnitten signifikant schlechter ab, als Kinder mit längeren Zeiten in vorschulischen Einrichtungen (Bos u. a. 2004). Da es v. a. Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien sind, die vorschulische Einrichtungen seltener besuchen, scheint es, als ob der Grundstein für die ebenso in der PISA Studie nachgewiesene starke Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft schon im vorschulischen Alter gelegt wird.

⁵⁶ Dahrendorfs Bild von der sog. „ambulanten Großmutter“ (Dahrendorf 1979), die von einer Enkelfamilie zur nächsten reist, fasst diese Vorstellung aus den 70er Jahren sehr gut.

ankerung der Ruhestandsfamilie im familialen Arbeitszusammenhang ist die des Unterstützungsbedarfs der alten Eltern aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit. Diese Sichtweise dominiert v. a. die öffentliche Wahrnehmung, vorrangig akzentuiert durch sozialpolitische Debatten um die Pflegeversicherung. Erst der jüngste Altenbericht analysiert, wie sehr das Ehepartnerliche Leben im Alter neue Qualität annehmen kann.

Unabhängigkeit und Verfügbarkeit der alten Eltern für die Belange der mittleren Familiengeneration und umgekehrt, der Abhängigkeit von und dem Pflegebedarf der alten Eltern gegenüber der mittleren Generation, halten sich die Waage. Doch beide Konstruktionen beinhalten Wahres und Falsches zugleich. Während wir in Kapitel IV auf intergenerationale Beziehungen und innerfamiliäre Transfers genauer eingehen, gilt es hier, diese Konstruktionen bezüglich des Profils von Familienarbeit in der mittleren Generation zu betrachten.

III.4.3.1 Unabhängigkeit

Bild der autonomen Ruhestandsfamilie kollidiert mit Bild von Großelternschaft

Die Betonung neuer Unabhängigkeit ist eng mit der Entdeckung der Rentnerfamilie als nicht zu unterschätzende neue Konsumentengruppe verknüpft. Vorstellungen vom Rentnerfamiliendasein als einer eigenen, mit dem (alten oder neuen) Partner bzw. der (alten oder neuen) Partnerin oder als Single zu gestaltenden und gegenüber den erwachsenen Kindern autonomen Lebensphase kollidieren mit dem Bild von Großelternschaft als allzeit abrufbare Unterstützung für Familienarbeit und Familienmanagement der Söhne- und Töchter-Familie. Neuere Untersuchungen vorrangig aus den USA unterstreichen, dass diese Erwartung an dem Fakt vorbei geht, dass Rentnerfamilien durchaus eigene Lebenskonzeptionen für sich entwickeln oder mit der Verrentung verbinden. Sie teilen das Interesse, ihre Söhne/Töchter in Engpass-Situationen so weit eben möglich zu unterstützen, dabei ihre Enkel weitest möglich in die eigenen Zeit-, Alltags- und Freizeitaktivitäten zu integrieren. Nach Johnson (1985) haben Großeltern mit aktivem eigenen Leben seit längerem bereits die eher symbolische Funktion des „island of security“ (Retungsinsel) oder „back-up“ (Sicherheitsnetz), das sich nicht in tatsächlichen Aktivitäten vor Ort, d. h. in der Kinderfamilie, jeweils konkret äußern muss (Johnson 1985, 88). Hiernach zeichnet sich das Interesse ab, das Leben im Ruhestand in größtmöglicher Unabhängigkeit, aber durchaus emotionaler Dichte zwischen den Generationen zu gestalten (Cherlin/Furstenberg 1992).

Neue Flexibilitäten im familialen Generationenverhältnis

Entstanden sind Verhaltensänderungen, die auch bei der älteren Generation nicht über Gegensatzpaare wie ‚Familienorientierung – Autonomiebestrebungen‘ und auch nicht über klare Sequenzierungen zwischen ‚Vergnügens- und

Familienbedarfen‘ zu fassen sind. Durch die neue Freiheit in der Verzahnung familialer Aktivitäten tritt auch hier eine hohe Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft in den Vordergrund, um die Lebensbereiche der mittleren und der älteren Generation gut zu koordinieren.

Aber auch die familialen Beziehungsmuster zur angeheirateten Verwandtschaft ändern sich. So wird z. B. bei einer Scheidung das latent vorhandene Unterstützungsnetzwerk, in welchem die Großeltern eine zentrale Rolle spielen, fast unabhängig von der Lebensführung der Söhne/Töchter/Schwiegersöhne/-töchter aktiviert (Cherlin/Furstenberg 1992). Während die Scheidung bis in die 70er Jahre hinein stets den Abbruch aller Beziehungen zur anderen Seite bedeutete, hat sie seit Ende der 70er Jahre eine hohe Variationsbreite der Neuregelungen in den Beziehungen auch über die Generationsgrenzen hinweg angenommen. Nach Johnson (1985) war es schon damals keineswegs ungewöhnlich, dass Kinder nach einer Scheidung in der mittleren Generation zwischen vier Wohnungen hin und her pendeln: Der der Mutter, der des Vaters, der der Großeltern mütterlicherseits und der der Großeltern väterlicherseits.

Anders stellt sich die Situation dar, wenn sich die Abhängigkeitsmuster zwischen den Generationen verschieben und Pflegebedarf der jüngeren Generation gegenüber entsteht. Doch sind auch hier Engführungen an der Tagesordnung, die sich im Wandel familialer Arbeit neu zu lesen lohnt.

III.4.3.2 Familiäre Pflegephasen: keine Frage des Alters

Der Begriff der „Pflegenden Angehörigen“ kennzeichnet die externe Sichtweise auf familiäre Arbeit, deren Ausmaß deshalb bisher schwer einzuschätzen ist, als er bis zur Einführung der Pflegeversicherung 1995 kaum öffentliches Thema war. Die zusätzliche Arbeit als pflegende Angehörige gehörte in Krankheitsfällen zu den selbstverständlichen Pflichten von Frauen den Kindern und dem Ehemann gegenüber, und sie ging bei Pflegebedarf der eigenen Eltern/Schwiegereltern ebenso selbstverständlich auf die heranwachsende „Gute Tochter“ über (Expertisen Mantl 2004). Seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 hat diese Personengruppe als „Pflegende Angehörige“ Eingang in die – geschlechtsneutrale – Amtssprache gefunden, ohne dass wir Genaueres über den Wandel in der Personenbeteiligung, im Umfang der familial geleisteten Pflegetätigkeiten oder ihrer Lage und Bedeutung für das Familienleben oder den Lebenslauf der Pflegenden vor dieser Zeit wüssten.

Die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Teil familialer Arbeit verbindet sich mit der These vom zu erwartenden steigenden Pflegebedarf bei gleichzeitig abnehmenden Verfügbarkeiten für

Neue Aufmerksamkeit für familiäre Pflegearbeit aufgrund erwarteter Pflegeengpässe

diese Arbeiten im privaten Raum, begründet durch:

- die zahlenmäßig abnehmende nachwachsende Generation und die sich damit vergrößernde Schere zwischen alten Menschen und rein quantitativ zur Verfügung stehenden Jüngeren, ob familial oder außerfamilial;
- die zunehmende Eigenständigkeit der Lebensführungen zwischen den Generationen. Nur jeder dritte Haushalt ist ein Mehrgenerationenhaushalt und der Anteil der Bevölkerung, die mit Kindern (jeden Alters) im eigenen Haushalt leben, ging von 1972 mit 69 Prozent auf 2000 mit 54 Prozent und 2003 mit 43 Prozent zurück (BMFSFJ 2003; Statistisches Bundesamt 2004a; vgl. auch Kap IV);
- die zunehmende Zahl Alleinlebender. Der Zuwachs Alleinlebender liegt in der Zeitspanne von 1972 bis 2003 bei 89 Prozent; dabei hat sich der Anteil Alleinlebender zwischen den Geschlechtern verschoben: Von 71,1 Prozent in 1972 bei Frauen (mit überproportional vielen Witwen als Folge des Krieges), gegenüber 74,5 Prozent aller Personen im Jahr 2004 insgesamt, wobei der Anteil bei Frauen über 55 auf 48,4 Prozent sank (Statistisches Bundesamt 2004a).

Im Kontext dieses Wandels wird zudem die Entstehung eines zunehmenden Pflege-Bedarfs pro Person angenommen – und zwar nicht zwingend durch Hochaltrigkeit, sondern auch bei jüngeren Personen durch medizinische Interventionsverbesserungen bei Akuterkrankungen, durch die Entstehung und Ausbreitung pflegeintensiver neuer Krankheiten jenseits der Akutmedizin (z. B. Aids, Mukoviszidose usw.) und durch die zunehmende Chronifizierung von Krankheiten (Asthma, Herz-Kreislauf-, Krebserkrankungen usw.) mit entsprechender Altersunabhängigkeit der Betroffenen und Andersartigkeit von Krankheits- und Pflegeverlauf.

Angesichts dieser beiden Scherenbewegungen (Verringerung des als pflegende Angehörige in Frage kommenden Personenkreises und Verschiebung/Erweiterung der Altersgruppen mit Pflegebedarf) erscheint die Entstehung eines sich ausweitenden Pflegedefizits umso bedrohlicher, je weniger wir über die bisherige Pflegeleistung im Familienalltag wissen. Es wurden 2002 nach Schneekloth/Leven (2003, 18ff) immerhin 92 Prozent der Pflegebedürftigen und 85 Prozent der Hilfebedürftigen (Differenzierung nach Nomenklatur der Pflegeversicherung) privat und überwiegend von Familienangehörigen betreut, von denen über die Hälfte die Pflege als einen „Full-Time-Job“ bezeichneten⁵⁷. Erstaunlich hingegen ist, dass nur in 36 Prozent der Fälle die Betreuung durch eine einzelne Person erfolgte, hingegen bei 29 Prozent durch zwei, und bei

27 Prozent durch drei und mehr Personen. Damit dürfte die Annahme, dass sich Pflege ganz vorrangig zwischen den alternden Ehepartnern abspielt, nicht haltbar sein. Sie zieht ihre Kreise über alle Altersgruppen des Familienverbandes hinweg.

Es wird vermutet, dass mit sich verringern den Heiratsquoten auch die Pflegebereitschaft unter den Angehörigen jüngerer Kohorten abnimmt (vgl. Expertise U. Schneider 2004; Blinkert 1999; Enquêtekommission Demografischer Wandel 2002; Künemund 2000). Eine Kohortenvergleichsstudie von Frauen der Bildungsabschlusskohorten auf Facharbeiter-/Angestellteniveau der Jahrgänge 1960, 1970, 1980 (vgl. Expertise Müller/Bird/Bohns 2004), zeigt einige überraschende Ergebnisse:

- jede 5. der Befragten (n= 2130) hätte eine oder mehrere Pflegeepisoden von mindestens sechs Monaten übernommen;
- die Pflege-Episoden streuten über die gesamte Spanne der weiblichen Biographien;
- erwerbslose Frauen wiesen in keiner der untersuchten Kohorten mehr Pflegephasen auf als Frauen in Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung;
- die Pflegephasen hatten zu Beginn geringe Effekte auf die vor Übernahme der Pflege vorliegenden Erwerbsbeteiligungen, wurden also zunächst weitestgehend zusätzlich übernommen;⁵⁸

⁵⁷ Aus der Darstellung der Ergebnisse ist nicht ersichtlich, wie hoch die Belastungen, resultierend aus der Pflegearbeit, tatsächlich waren. Die Versicherungs-Differenzierung zwischen ‚Pflege- oder Hilfebedürftigkeit‘ gibt hier einige Hinweise, doch erfolgt diese Einstufung durch den Medizinischen Dienst. Zu deren Fehlerquoten siehe Expertise Müller/Bird/Bohns. Für die Gruppe pflegender Angehöriger in Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit ermittelten Schneekloth/Pothhoff auf der Basis der Infratestdaten von 1993, dass bei 19 Prozent der erwerbstätigen Helfenden und Pflegenden eine sehr starke Belastung und bei 39 Prozent eine starke Belastung vorlag.

⁵⁸ Die in Abweichung von anderen Untersuchungen sehr viel häufiger vorliegenden Pflegephasen in obiger Studie resultieren aus dem Tatbestand, dass etwa bei Schneider/Drobic/ Blossfeld (2001) die untersuchte Stichprobe sehr stark eingegrenzt wurde. Nur solche Personen wurden berücksichtigt, die vor der Pflegeübernahme erwerbstätig, unter 60 Jahre alt und verheiratet waren, sowie im selben Haushalt wie die pflegebedürftige Person wohnten, da die Autoren die Übergangswahrscheinlichkeit eines durch Pflegeübernahme ausgelösten Aktivitätswechsels im Erwerbsleben (etwa: von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung oder Aufgabe von einem der beiden) untersuchten. Andere legen nur die per Pflegeversicherung registrierten Pflegefälle zugrunde (s. o). Damit allerdings kann die Pflege als Familienarbeit wenig abgebildet werden, denn die Angehörigen-Pflege umfasst auch die nicht erwerbstätigen Frauen sowie solcher, die keine entsprechenden Wechsel der Erwerbsarbeit bei Aufnahme der Pflege vollzogen, wie die oben referierte Kohorten-Untersuchung zeigt.

- ihre jeweilige Dauer zogen sich bei 65 Prozent der Fälle bis zu drei Jahren hin, bei immerhin noch 35 Prozent darüber hinaus, in wenigen Fällen sogar bis zu 23 Jahren.

Pflege von Familienangehörigen im Lebensverlauf von Frauen – keine Frage des Alters

Zusammenfassend ist zu resümieren, dass die Pflege von Familienangehörigen im Lebenslauf von Frauen zumindest seit den 60er Jahren bis heute einen nicht unbeträchtlichen Raum einnimmt und in allen Altersphasen auftreten kann: bei einigen gleich nach Ausbildungsende, bei anderen in der intensivsten Familienphase mit kleinen Kindern, bei dritten später im Lebenslauf und bei vielen als sich wiederholende Zusatzarbeit (vgl. Expertise Müller/Bird/Bohns 2004). Zugleich hat die Pflegebeteiligung über die im Kohortenabstand vergleichbaren Zeitspannen nicht abgenommen. Die untersuchten Frauen lösten die Belastung durch die geleistete Pflegearbeit nur zu 6 Prozent durch Aufgabe ihrer Erwerbsarbeit zu Beginn der Pflegephase, d. h. sie versuchten diese zu völlig unterschiedlichen Zeitpunkten auftretenden Pflegeaufgaben weitestmöglich in die bereits bestehende Lebensführung zu integrieren. Viele gaben dann aber später auf.

Pflegeverläufe entziehen sich der Planbarkeit und Vorhersagbarkeit

Angesichts der sich ändernden Krankheitsprofile und Pflegeverläufe dürfte hier ein wichtiges Feld familialer Zuwendung, aber auch Zusatzbelastungen vorliegen, das bisher erst in Ansätzen systematisch untersucht ist. In Verbindung mit Pflege muss von Prozessen ausgegangen werden, die sich der Planbarkeit und der Vorhersagbarkeit von Beginn und Ende der Pflege weitgehend entziehen, und kaum jemand wird bei Aufnahme einer Pflegephase wissen, wie sich die Pflegesituation gestalten, wie lange sie dauern und wie sie sich vom Arbeitsaufwand her entwickeln wird.

Der Krankenstand pflegender Angehöriger, den man als Belastungsindikator hier (auch unter Kostengesichtspunkten) anführen kann, lag im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung auffällig hoch (BMFSFJ, Bericht zur Lage der Älteren Generation 2002)⁵⁹. Durchgängig belegen Studien zudem, dass ältere Menschen, die früher selbst Angehörige gepflegt haben, sich wünschen, nicht von ihren Kindern abhängig zu werden und ihrerseits planen, mit professioneller Hilfe möglichst lange im eigenen Haushalt zurecht zu kom-

men und, bevor sie den Kindern „zur Last fallen“, in eine stationäre Einrichtung zu wechseln (Lorenz-Meyer 2004).

Auch diese Äußerungen sagen viel über Zumutbarkeitsgefühle und den Grad der erlebten Belastung durch die Pflege der eigenen Eltern/Schwiegereltern aus. Sie verweisen auf notwendige Erweiterungen des Blicks auf familiäre Pflege, von der vermutet werden kann, dass sie an Umfang und Intensität zunehmen wird und bezüglich der Verläufe und Belastungsprozesse nach wie vor wenig prognosefähig bleibt. Die familienpolitische Debatte um Erleichterungen familialer Pflegesituationen durch Erwerbsarbeitsregelungen ähnlich denen rund um die Geburt von Kindern ist dringend. Zu bedenken ist, dass Pflegephasen nicht nur im Zusammenhang mit dem biologischen Alter der Menschen entstehen. Angesichts der wenig vorhersehbaren Dynamiken im Pflegeverlauf wird es auch zunehmend wichtig, neue Pflegearrangements, die nicht in die Alternativen „zu Hause oder Heim“ münden, durch externe Unterstützungsleistungen und flexible Betreuungsformen zwischen Familie, Kurzzeitbetreuungsunterbringung, Heim und Hospitz abzusichern. Diese Entwicklungen werden an Bedeutung für familiäre Arbeitsprozesse und Beziehungen zwischen den Partnern und der jüngeren Familiengeneration zunehmen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass es zwar überwiegend Frauen sind, die die Pflege übernehmen, aber die Pflege Angehöriger keineswegs nur Frauenarbeit ist; auch die männliche Seite ist involviert, und zwar nicht nur in der Pflege der Partnerin⁶⁰. Die etwas älteren Studien von Finch/Mason (1991) belegen für England, dass die Aushandlung von Pflege-Aufgaben zwischen den Partnern – sei es die Erziehung von Kindern oder die Pflege von alten oder kranken Menschen – einerseits von externen Regelungen bestimmt wird, andererseits durch die Positionierung der Partner im familialen Setting. Hiernach haben einmal eingegangene Pflegephasen Sog-Effekte auf daran anschließende Bedarfe, mit der Folge, dass sich das Ungleichgewicht der Pflegebelastungen zwischen den Geschlechtern mit zunehmendem Alter der Personen erhöht (Finch/Mason 1990). Mit der sich kulturell in Wandlung befindlichen Männerrolle

Entlastung durch Erwerbsarbeitsregelungen wie bei der Geburt kleiner Kinder

⁵⁹ Drei Viertel aller pflegenden Frauen ist an mindestens einer Krankheit erkrankt; etwa 40 Prozent leiden an Herz-/Kreislauf- und Muskel-Skelettsystem-Erkrankungen, vorwiegend an Schulter- und Rückenschmerzen/Bandscheibenschäden, Schilddrüsenerkrankungen. Bei den meisten liegen allgemeine Erschöpfungszustände, Magenbeschwerden, Gliederschmerzen und Herzbeschwerden vor (Pickartz 1998). Besonders Frauen leiden an Rollenkonflikten, psychischen und körperlichen Belastungen (Gräßel u. a. 1998).

⁶⁰ Nach Schneekloth/Leven (2003a) werden die Pflegebedürftigen (nur die nach SGB XI) zu 27 Prozent von Männern gepflegt, insbesondere von (Ehe-)Partnern und Söhnen, gegenüber 73 Prozent von Frauen. Bei Schupp/Künemund (2004) wurde gefragt, wer Zeit für die Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Personen aufwendet. Hiernach sind 37 Prozent derer, die pflegen, Männer; 63 Prozent sind Frauen. In beiden Fällen wissen wir nicht, ob je gegengeschlechtliche Partner zur Pflegeübernahme vorhanden sind.

und der männlichen Kompetenzen im Sozialbereich wird sich auch dieses ändern.

III.4.4 Der Wert der Dienstleistungen: Externe Unterstützungssysteme und familiennahe Berufe

In Betrachtung der Verlängerung und Verschiebungen der Lebensphasen zwischen Ausbildung, Erwerbsarbeit, kindzentrierter Familienarbeit und Ruhestand zeigen sich zwei wesentliche Trendüberlagerungen:

- Zum einen haben sich Teile der Hausarbeit durch Technisierung und Auslagerung zwar reduzieren lassen und die Zeit-/Ortsgebundenheit der familialen Versorgung flexibilisiert. Doch weiten sich im Gegenzug Koordinations-, Transport-, und Planungsaufgaben zeitintensiv aus, angereichert um neue Aufgaben der Gesunderhaltung und der „Erarbeitung“ von familialem Atmosphärenwert.
- Während diese Aufgaben nach wie vor in den Lebenslauf nur dann gut eingepasst sind, wenn der Erwerbsumfang bei beiden Eltern reduziert oder bei einem von beiden aufgegeben wird zugunsten der Erwerbsarbeitsausweitung des Partners/der Partnerin, erhöht sich der Förder- und Pflegebedarf der Familienmitglieder über alle Altersstufen hinweg, überwiegend durch steigende pädagogische Verantwortungsübernahme einerseits, und Veränderungen der Krankheitsbilder und Krankheitsverläufe, auch durch frühe Auslagerung der Pflege aus dem Krankenhaus.

Diese Entwicklungen betreffen immer noch vorrangig den weiblichen Part in der Familie, obwohl die Beteiligung der männlichen Seite langsam zunimmt. Nach Arlie Hochschild (2003b) stehen wir v. a. bezüglich der Gestaltung von Unterstützung (Care) allerdings vor einer kopernikanischen Wende, da die Rückkehr zur ehemaligen Geschlechterlösung des Ernährermodells in demokratischen Gesellschaften nicht mehr möglich sei. Die darauf folgende Leitfigur der „supermom“, die alles gleichzeitig bewältigte (Erwerbs-/Familienarbeit, Kinderbetreuung und Pflege), habe aber die Belastbarkeitsgrenzen von Frauen aufgezeigt. Sie vermutet, dass die Vermeidung von Familie und die Auslagerung der Abhängigen in jeweils zuständige Institutionen um sich greifen werde, wenn es nicht gelänge, die Familiensolidarität auf vier Schultern, die beider Partner also, zu verteilen, und diese zugleich um flexible, bedarfsvariable und in ihrer Qualität über Abstimmungsprozesse ausgehandelte gesellschaftliche Unterstützungsleistungen zu ergänzen (s. Kap. II).

Die Debatte hierzu hat in der Bundesrepublik seit den 90er Jahren begonnen, hat sich aber an einer

Reihe von Alltagsannahmen festgefahren. Als Problem besonderer Art stellt sich heraus, dass die den Frauen überlassene Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit gesellschaftlich nachrangig wurde. So schreibt der Historiker Prost (1993, 41/42):

„Solange Haushalt und produktive Arbeit gleichzeitig und in ein und derselben häuslichen Umwelt verrichtet wurden, empfand man die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht als ungleichgewichtig oder diskriminierend. Die Unterordnung der Frau unter den Mann kam zwar in Sitten und Gebräuchen zum Ausdruck (...), aber die Hausarbeit wurde dadurch nicht abgewertet. Mann und Frau sahen einander Arbeiten tun, die für beide anstrengend waren. (...) Erst die räumliche Trennung von Haushalt und Arbeitsplatz verändert den Sinn der Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern und schleppt in das Verhältnis zueinander die einst für das Bürgertum typische Herr-Knecht-Beziehung.“

Die sich ausweitenden Dienstleistungsangebote stecken, wie die Frauen selbst, in daraus resultierenden Dilemmata der Legitimation und Wertschätzung, der Qualitätssicherung und der Abgrenzung zur sog. Laienarbeit. Die gesellschaftliche Bedeutungsverschiebung von familialer Arbeit hat, neben den Folgen für die Geschlechterbeziehung, eine relative Blindheit gegenüber dem Wert und der unterschiedlichen Qualität familialer und professioneller Arbeit mit sich gebracht.

Die Wissensaneignung über die Rolle und die Beschaffenheit der Qualität professionell erbrachter familiennaher Dienste und ihr Zugewinn für die davon Betroffenen fällt bei uns immer wieder auf unfruchtbaren Boden. Solange Care mit der Mutterrolle assoziiert ist, wird sie unter Gesichtspunkten der Be- oder Entlastung der Mutter diskutiert und in die Debatte um die „Glucken oder Raben“ (Pfundt 2004) eingemeindet. Allzu leicht wird dann nicht wahrgenommen, dass die Entlastung der Angehörigen durch professionelle Dienste nur die eine Seite der Medaille ist, die Erweiterung des Spektrums an Kompetenz im Umgang mit Familienmitgliedern aber die andere.

Wissenschaftlichen Erkenntnissen über den je eigenständigen Wert von professioneller Pflege und von Angehörigenarbeit für die Förderung von Familienmitgliedern wird in Deutschland wenig Raum gegeben. Beide Personengruppen teilen sich jedoch nicht eigentlich die Arbeit (und auch nicht die Personen), sondern sie bringen unterschiedliche Kompetenzprofile ein. Die Pflegeforschung z. B. hat seit längerem darauf verwiesen, dass professionelle Pflege nicht nur medizinisches Wissen in die Behandlung einbringt, sondern dem Pflegeabhängigen gegenüber auch

Komplexe Trendüberlagerungen führen zu neuen Bedarfen von Familien

Zukunftsfähige Gestaltung der Carearbeit benötigt eine „kopernikanische“ Wende

Diskussion um „Care“ hierzulande einseitig unter Vorzeichen der Be- und Entlastung von Müttern

Professionelle Pflege weist eigenständige, durch Familie nicht substituierbare Qualität auf

Professionalität in der Pflegediagnose, der Prozessplanung, dem Erkennen von Pflegefehlern und deren Evaluation. Sehr gut geschultes Pflegepersonal orientiert sich zudem am Ausbalancieren von Nähe und Distanz, von Versorgen und Fördern, von Verwöhnen und Selbstbeteiligung (Robert Bosch Stiftung 2000). Diese Balance ist nicht durch „Liebe“ und „Zuwendung“ der Angehörigen zu erreichen. Sie setzt allerdings sehr gut geschultes Personal mit entsprechender Behandlungszeit voraus, die in den Abrechnungssystemen der Pflegeversicherung noch nicht vorgesehen ist; und sie bleibt entscheidend für die Dauer von Pflegeabhängigkeit, den Ressourcenaufbau und die Erweiterung von Copingstrategien im Umgang mit Erkrankung und Gesundheit sowie dem möglichst langen Erhalt von Eigenkompetenz beim Pflegeabhängigen.

Professionelle Pflege ersetzt nicht private Zuwendung und persönliche Beziehungen

Professionelle Pflege entlastet also nicht nur pflegende Angehörige, sondern hat, wenn die entsprechende Zeit und Kompetenz vorliegt, auch eine von Familienmitgliedern nicht erstellbare Qualität. Sie ersetzt andererseits allerdings nicht private Zuwendung, persönliche Beziehungen, private Verlässlichkeiten und Bindungen.

Ähnliches gilt für die schon länger geführte Auseinandersetzung um familienergänzende Kinderbetreuungsformen. Auch hier werden allzu leicht die Interessen von Eltern/Müttern gegen das Kindeswohl ausgespielt. Auch hier aber liegen von einander zu trennende Leistungen der Förderung für Kinder vor. Länder vergleichende Studien zeigen, dass der vermeintliche Schutz von Kindern bzw. deren möglichst lange Integration in die ausschließlich familiäre Förderung keine besseren Voraussetzungen für Schulerfolg schafft als die andere Frühförderungspraxis unserer Nachbarländer. Es handelt sich bei uns, wie Erler (2004, 8) polemisch schreibt, eher „... um einen frommen Irrtum der Selbstzufriedenheit, über das sich die soziale Vererbung von Bildungsdefiziten, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist (Esping-Andersen 2002), kaum aushebeln lässt. Sie ist eben deswegen besonders ausgeprägt, weil viele Kinder zu viel Familie und zu wenig Familienergänzung erfahren – insbesondere auch Migrantenkinder, deren Mütter ja mehrheitlich Hausfrauen sind.“ Erler resümiert, dass Deutschland, ebenso wie Italien und Spanien, durch die Ausrichtung der Sozialpolitik am Ernährermodell und am Familialismus, hinsichtlich der bedarfsgerechten Förderung von Kindern systematisch hinterher hänge (Erler 2004, 15).

Neue Formen des Zusammenwirkens von Familie und professionellen Dienstleistungen als Zukunftsaufgabe

Damit wird die in Deutschland vorherrschende Schwierigkeit angesprochen, die familiäre Leistung und die Leistung der professionellen Kräfte, die Qualitätssicherung familialer und professionell erbrachter Arbeit sowie das Quali-

fikationsprofil der Professionellen und das der Laien perspektivisch miteinander zu verschränken. Hierzu bedarf es Verantwortlichkeiten und Arbeitsqualität von Familie und Verbänden, Freien Trägern und öffentlichen Anbietern. Diese müssen aus ihren Legimitationskonstruktionen des Subsidiaritätsprinzips herauskommen und das Profil qualifizierter Arbeit durch Qualitätssicherung und -evaluation nach außen dokumentieren lassen und dabei den Familien größere Mitsprache- und Beteiligungsrechte im Ausarbeiten gemeinsamer Ziele einräumen. Der bisher zuständige Verbraucherschutz, Selbsthilfegruppen und Beschwerdestellen reichen nicht aus, um die Aushandlung über qualitative und quantitative Interventionen so zu sichern, dass Kooperation die heute dominierende Schuldzuschreibung ablösen kann. Deshalb bedarf es der Erleichterungen für Familienmitglieder, eine Balance zwischen Familien- und Erwerbsarbeit zu finden, aber auch wechselseitiger Aufklärung über den Wert, die Leistungsfähigkeiten und -grenzen der Professionellen- und der Laienarbeit. Die Einnischungschancen zwischen den Beteiligten sollten dadurch erhöht und aus der noch dominierenden Vermischung der Aufgaben- und Arbeitsaspekte von Familie und Professionalität heraus geführt werden.

III.5 Friktionen heute – Zukunft von Familie als dynamischer Prozess auf vielen Schultern

Die Betrachtung des Wandels von Familie in einem historischen Zeitrahmen, der die Lebensspanne der Nachkriegszeit bis heute umfasst, belegt Kontinuität, Brüche und widersprüchliche Entwicklungen. Sie betreffen das Zusammenspiel sehr verschiedener Dimensionen, wie z. B.

Familienwandel: Mischung aus Kontinuitäten und Brüchen

- Das Erleben von einschneidenden Ereignissen im Zusammenleben von Familie aus der Perspektive der Kinder;
- Parzellierte Einstellungsänderungen je nach Alter, Ost-/West-Residenz, normativem Wandel;
- Die Veränderungen des weiblichen und des männlichen Lebenslaufs in seinen Partizipationsprofilen an Bildung und Erwerbsarbeit;
- Die Verschiebungen der Erwerbschancen der Geschlechter im Arbeitsmarkt;
- Die Veränderungen der Familienarbeit, der Räume von Kindheit und der Pflegearbeit.

Sie alle tangieren Familienerleben, Familiengründung, Geschlechterrollen, familiäre Zuständigkeitsbereiche und die Integration der Familienmitglieder in den privaten und öffentlichen Raum sowie die alltägliche Organisation familialen Zusammenlebens. Sie alle unterliegen Rah-

menbedingungen und Regelungen, die auch familienpolitisch beeinflussbar sind.

Unser Augenmerk galt vorrangig den Hintergründen dieser Veränderungsprozesse, d. h. der näheren Betrachtung von Schnittstellen im Wandel, von Umbrüchen und Ungleichzeitigkeiten der gesellschaftlichen Strukturierung von Familienkonzepten. Dabei ging es darum, weniger aus individueller Sicht, als vielmehr verstärkt – und im Unterschied zum nun folgenden Kapitel IV – aus gesellschaftlicher Sicht, das Zusammenspiel von lebenslaufrelevanten Institutionen und deren Beitrag zum Lebens- und Gestaltungsraum von Familie und ihren Mitgliedern einzuschätzen.

Damit ist die Frage nach dem Verhältnis von kulturellen, strukturellen und individuellen Weichenstellungen für familialen Wandel angesprochen. Das Verhältnis von Kultur, Sozialstruktur und individuellen Orientierungen zueinander lässt sich auch als die berühmte Frage nach dem Verhältnis von der Henne und dem Ei formulieren. Der Blick auf makrosoziale Hintergründe verdeutlicht, dass das Verhalten von Menschen, unabhängig davon, ob man es auf der mikro- oder makrostrukturellen Ebene betrachtet, ob als individuelle Biographien oder als Lebenslaufmuster einzelner Gruppen, immer Resultat eines Konglomerats von strukturellen und normativen Bedingungen ist, deren jeweilige Einflüsse in der Regel nur auf analytischer Ebene zu trennen sind.

Am Beispiel des veränderten Erwerbsverhaltens von Frauen lässt sich dieses gut belegen: Unbestritten ist, dass in dieser historischen Periode Bildung und Erwerbsarbeit für Frauen eine zunehmende Bedeutung erlangt haben und Familie als wesentlicher Lebensbereich zugleich einen positiven Wert beihält (vgl. III.1). Dies gilt für Frauen generell, in jeder biographischen Phase und entsprechend gilt es auch in der Phase der Mutterschaft⁶¹. Diese Bedeutungsverschiebung findet ihren Ausdruck auf normativer und struktureller Ebene. Zum Beispiel hat die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen und der Mütter über die Zeit nahezu kontinuierlich zugenommen, und es zeigt sich die Bedeutung von Erwerbsarbeit – lebensphasenspezifisch – auch an den steigenden Müttererwerbsquoten in Abhängigkeit vom Alter des Kindes. Strukturdaten zeigen hier verändertes Verhalten an – nicht aber die Gründe dafür.

⁶¹ Für Frauen generell und in jeder biographischen Phase gilt: allein zwischen 1970 und 1998 erhöhte sich die Frauenerwerbsquote um 14 Prozentpunkte auf 61 Prozent. In der Altersgruppe der 30- bis 35jährigen z. B. lag sie 1960 bei 45 Prozent, aber schon 1998 bei mehr als 70 Prozent. (Klammer et al. 2000, 56, 70/71). Während sich die Entwicklungen nach Altersgruppen bei den Ledigen der Männer zunehmend anglich, zeigen sich bei Müttern v. a. die sich verringernden Unterbrechungsphasen nach Alter der Kinder (Statistisches Bundesamt 1987, 63).

Entsprechende Diskussionen in der Fachöffentlichkeit, besonders und gerade um die Erwerbsarbeitsformen von Müttern, speziell um die Teilzeitbeschäftigungen als typisches weibliches Erwerbsarbeitsmuster in der Familienphase, sind bekannt: Sie werden einerseits als Beleg von bestimmten Orientierungen interpretiert, als Realisierung gewünschten Verhaltens, als Ausdruck dafür, dass z. B. Mütter nicht vollzeitbeschäftigt sein wollen, weil sie der Familienarbeit auch quantitativ mehr Zeit widmen wollen. Andererseits können dieselben Zahlen zur Erwerbsbeteiligung – mit derselben Berechtigung – ebenso als Ausdruck einer anders gewünschten aber nicht realisierbaren Lebensform gewertet werden. Eine Klärung dieser seit langem erörterten Frage, warum Mütter in Deutschland vorwiegend teilzeitbeschäftigt sind, ist nicht in Sicht, weil die Anteile aus normativ-individuellem Wollen, fehlenden Optionen von Seiten des Arbeitsmarktes, oder trotz deren Vorhandenseins fehlender Realisierungschancen aufgrund infrastruktureller Gegebenheiten der Kinderbetreuung (Halbtags-Kindergärten Halbtags-Kindertageseinrichtungen, Halbtagschulen) oder der Pflege ineinander fließen – und zwar zu bestimmten biographischen Zeitpunkten unterschiedlich bedeutsam. Entsprechend dürften auch individuell kaum fest gefügte Orientierungen, sondern Ambivalenzen weibliche Erwerbs- und männliche Familienmuster durchziehen.

Es gibt jedoch strukturelle Veränderungen und Wandlungsprozesse, die nicht im Verdacht stehen, Resultat von gewünschtem Verhalten zu sein. Sie sind dem Arbeitsmarkt und seiner Entwicklung im weitesten Sinne zuzuordnen. Dieser kann aufgrund der damit verbundenen lebensbiographischen bzw. lebenslaufbezogenen Auswirkungen Einfluss auf das Familien(gründungs)verhalten zugesprochen werden, und zwar durchaus auch auf das der Männer/Väter. So zeigt die obige Zusammenschau des Wandels, dass es verkürzt ist, diesen, wie im deutschsprachigen Raum üblich, fast ausschließlich mit Blick auf weibliche Erwerbsbiographien zu betrachten, statt auf die engen wechselseitigen Beziehungen zwischen den Erwerbsverläufen und Familienbeteiligungen von Ehepartnern einzugehen (vgl. Born/Krüger 1993).⁶²

Entsprechend ist in den Blick zu nehmen, dass Umstrukturierungen am Arbeitsmarkt die klassi-

Ökonomische Notwendigkeiten legen neues Modell der gemeinsamen Existenzsicherung nahe

⁶² Verschiedene Familienmodelle, wie etwa das Versorger-/Carermodell, dominant in den 50er und 60er Jahren in Westdeutschland und inzwischen mehrheitlich abgelöst durch das des Versorger-/Zuverdienermodells oder das Doppelverdiener-/Allein-Carermodell in Ostdeutschland bis zur Wende, enthalten jeweils geschlechtsspezifische Ungleichheiten mit geschlechtstypischen Freistellungen bzw. Überbelastungen. Zur Diskussion hierzu siehe Oster/Lewis (1998); Lewis (1997).

**Familialer Wandel:
Komplexe Gemengelage von Kultur,
Sozialstruktur und
individuellen
Orientierungen**

sche Ernährer-/Zuverdienerkonstellation zwischenzeitlich schon deshalb in Frage stellen, weil konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit die Abhängigkeit der Familienmitglieder von einem Ernährer riskanter werden lässt, und sich zudem die Arbeitsplatzangebote im weiblichen zu denen im männlichen Arbeitsmarktsegment positiv verschieben. Während das bisher eher weiblich stereotypisierte Dienstleistungssegment erhebliche Wachstumsraten aufweist, schrumpft das eher männlich stereotypisierte der Rohstoffverarbeitung, der Warenproduktion und -instandhaltung. Andererseits haben junge Frauen ihre Altersgenossen inzwischen auch auf der Ebene des Hochschulabschlusses überflügelt – mit der Konsequenz der Angleichung an das Bildungsniveau des Partners und ebensolcher Erwerbsdispositionen. Schließlich ist entsprechend der Anteil an Paarbeziehungen angestiegen, in denen beide Partner über eine hoch qualifizierte Berufsausbildung verfügen und jeweils eine eigene berufliche Karriere verfolgen (vgl. Dettmer/Hoff 2005).

Dabei stellt sich die Problematik der Vereinbarkeit zweier Berufsverläufe mit dem gemeinsamen Privat- bzw. Familienleben neu und besonders dann, wenn von beiden beruflich hoher Arbeitseinsatz gefordert wird. Die hierfür erforderlichen Umstrukturierungen in familialer und erwerblicher Alltagsorganisation bekommen sowohl privat als auch gesellschaftlich einen neuen Stellenwert, denn allein aufgrund der Arbeitsmarkt-Labilisierungen in männlich stereotypisierten Berufen tut jede Familie heute gut daran, die Existenzsicherung nicht mehr von nur einem Familienernährer abhängig zu machen.

Dass daraus heute neue Perspektiven der Lebensgestaltung und neue Partizipationsmodelle in Bildung, Weiterbildung, Familie, Erwerbsarbeit resultieren, ist nicht überraschend. Galt bisher, wie Sauerborn es ausdrückte (1994, 56): Vereinbarkeit für Frauen sei die Aufgabe: „... Haushalt und Kinder als ihre angestammte Lebenssphäre so zu organisieren, dass ihre Berufstätigkeit darin Platz hat“, und für Männer, „... Berufstätigkeit als ihre angestammte Lebenssphäre so zu organisieren, dass sie Zeit und Spielraum für Kinderbetreuung und Familienarbeit gewinnen“, so entsteht heute die Chance, dass beide Vereinbarkeitsperspektiven sich aneinander angleichen und neue Formen der innerfamilialen und extrafamilialen Arrangements entstehen. Über diese könnte Familie wieder einen attraktiven Platz im Lebenslauf beider Geschlechter bekommen, wenn denn die Weichen extern so gestellt sind, dass sie weniger die Abhängigkeitsmuster, als vielmehr die Entwicklungschancen der Beteiligten ins Zentrum rücken.

Gegen solche Überlegungen allerdings steht, dass Deutschland aufgrund seiner sehr spezifischen Institutionenpraktiken über ein im Vergleich zu anderen modernen Gesellschaften hart gerahmtes Lebenslaufregime verfügt. Dieses Lebenslaufregime erweist sich deshalb als besonders problematisch, weil es zur Irreversibilität einer einmal getroffenen Entscheidung beiträgt. Nicht, dass die Individuen nicht wählen könnten, aber den sog. Wahlen oder Entscheidungen gehen jene gesellschaftlichen Rahmungen voraus, die, wie das Beispiel der Erwerbskarrieren v.a. von Müttern zeigt, den ersten und den nächsten Entscheidungsprozess kumulativ beeinflussen. Die externen Regeln stellen Weichen für spätere Entscheidungen, die dann möglicherweise nicht mehr gewollt sind, denn Familie ist, wie das folgende Kapitel zeigen wird, ein dynamisches Geschehen.

In Übereinstimmung mit der Vorstellung vom einem typisch männlichen, erwerbsorientierten, und einem typisch weiblichen familienorientierten Familienverlauf sind Betreuungseinrichtungen als ergänzende Institutionen in dieses institutionale Zusammenspiel eingebettet und politisch konzipiert. Die Institutionen sind örtlich i. d. R. im familialen Feierabend-Einzugsgebiet angesiedelt, und – abweichend zu anderen modernen Gesellschaften – in ihren Öffnungszeiten auf die Arbeitszeitlage ihrer Mitarbeiter/-innen abgestimmt, nicht aber auf die Nutzungsbedarfe durch ihrerseits in gleicher oder ähnlicher Arbeitszeitlage erwerbstätige Eltern. Entsprechend entstehen familiäre Engpässe, solange die Betriebszeiten der Einrichtungen und die Arbeitszeiten des dort beschäftigten Personals nicht voneinander getrennt und die Öffnungszeiten auf erwerbstätige Eltern und deren Erwerbsverpflichtungen abgestimmt sind. Andererseits verstehen sich diese Angebote (immer noch vorrangig) als Versorgungseinrichtungen zur Entlastung der Eltern, statt sie an der benötigten Qualität ihres (familiendifferenten) Angebots zu orientieren. Öffentliche Betreuungsformen sind, so wurde weiter oben argumentiert, jedoch nicht Ersatz für Familienbetreuung, sondern Angebote der Frühförderung besonderer Art, die nicht nur quantitativ, sondern vorrangig auch qualitativ hohen Ansprüchen genügen müssen. Gleiches gilt für die Unterstützung bei pflegebedürftigen Angehörigen aller Altersgruppen.

Immerhin, auch hier vollzieht sich langsam ein Wandel, der bereits in den 70er Jahren entstand. Dieser wurde aber weniger als Wandel der weiblichen, männlichen, kindlichen oder gar Alt-Elternlebensbedingungen wahrgenommen, sondern als Abweichung v.a. der Frauen von ihren „Normal-Zuständigkeiten“, die es familienpolitisch zu sichern galt.

Barriere: Das „harte“ deutsche Lebenslaufregime

Familien als Abhängige von Institutionen

**Familie als Produkt
und Produzent
sozialen Wandels**

Jedoch nicht nur bei hoch qualifizierten berufstätigen (Ehe-)Partnern, die sich zur Familiengründung entschließen, ist von großer Bedeutung, wie das Engagement in Familie und Haushalt zwischen beiden Partnern und externen Diensten verteilt wird und welche biographischen Muster der beruflichen und außerberuflichen Partizipationsprofile sich herausbilden. Sich ändernde Realitäten des Zusammenlebens können sowohl als Ergebnis als auch als Chance für interne und externe Entwicklungen gewertet werden, die gesellschaftspolitisch aufzugreifen sind. Entsprechend

ist Familie in ihren Formationen als Produkt und als Produzent sozialer Beziehungen im Wandel zu verstehen: Als Produzent von Wandel können innerfamiliale Erfahrungen und sich verschiebende Verhältnisse zwischen den Familiengenerationen und den Geschlechtern zur Entwicklung neuer Lösungen herausfordern – wenn sie denn auch außerhalb von Familie produktiv aufgegriffen und institutionell gestaltet werden. Entsprechend wenden wir uns im folgenden Kapitel der Dynamik des Binnenraums von Familie und seinen alltäglichen Herstellungsleistungen zu.

IV. Innerfamiliäre Dynamiken

IV.1 Herausforderungen für Familien

Im vorherigen Kapitel standen Wandel und Beharrung struktureller Hintergründe und ihre Bezüge zur Rolle von Familie im Lebenslauf ihrer Mitglieder im Zentrum. Wie aber werden heutzutage Familienbeziehungen gestaltet? Wie lösen Individuen die alltäglichen Probleme des Zusammenlebens? Wie gelingt es, sich immer wieder aufeinander einzulassen? Welche Grundlagen müssen geschaffen, welche Herausforderungen bewältigt, welche Konflikte gemeistert werden? Und was bedeutet dies für die Entwicklung von Partnerschaften, für die Sozialisation der Kinder und die Beziehungen zwischen den Generationen?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich das vorliegende Kapitel, das „Innerfamiliäre Dynamiken“ in den Mittelpunkt rückt. Dabei betrachten wir Familie auch als Realisierung von Alltag, der sich stets ändert und stetig neu hergestellt werden muss. Für die Beteiligten insgesamt, aber auch für jede(n) Einzelne(n), verschiebt sich die Bedeutung von Entwicklungs- und Interaktionsprozessen des Familienlebens über die biographische Zeit. Dies betrifft Veränderungen der Beziehungsqualität, die innerfamiliäre Kommunikation, die Bindungen, Abhängigkeiten und Machtbalancen, aber auch die sich verändernden Anforderungen, Bedarfe und Sehnsüchte. Aus dieser Perspektive sind Familienmitglieder Konstrukteure ihrer Binnenwirklichkeit, über die sie sich im Familienverlauf immer wieder neu verwissern müssen.

Familie muss damit immer wieder neu hergestellt werden, und dies schließt selbstverständlich auch die Möglichkeit des Scheiterns mit ein. Familienbeziehungen „funktionieren“ nicht automatisch, sie ‚antworten‘ auf das sich im Älterwerden verändernde Selbstverständnis ihrer Mitglieder, auf die über die Zeit wechselnden Binnen- und Außenbeziehungen, auf die sich ändernden Erwartungen aneinander. Eltern sind zuweilen von Erziehungsaufgaben in Hinblick auf ihre Kinder überfordert, Partner trennen sich oder lassen sich scheiden, und manche Erwachsene innerhalb des Familienverbandes haben sich kaum mehr etwas zu sagen und gehen schließlich getrennte Wege. Familie unterliegt zahlreichen Bindungs- und Zerreißproben, die sich im Rahmen von Partnerschaft, Elternschaft sowie der Generationenbeziehungen unter Erwachsenen ergeben. Familie ist also als eine permanente (Re)Organisation zu verstehen, die nicht voraussetzungslos gelingt.

Wunderbar eingefangen und bildlich dargestellt sind die Wege, die Abzweigungen, die Möglichkeiten der Verirrung, der geteilten Orte zwischen Erwachsenen, die gemeinsam die Hauptstraße, den Marriage Way, beschreiten bzw. beschreiten wollen, in folgender Abbildung (s. u.). Die ‚Verlaufspfade der Partnerschafts- und Familienentwicklung‘ als mäandernder Weg mit Haupt- und mit Nebenrouten illustriert – gleichsam aus der Vogelperspektive – neben den ausgetretenen Pfaden der normativen Verläufe ebenso Neben- und Umwege, auch Sackgassen.

Familie muss immer wieder neu hergestellt werden

Familienentwicklung als Mäander

Familie und Alltag im Blickfeld

Abbildung IV.1

Die Verlaufspfade der Partnerschafts- und Familienentwicklung



Quelle: Relate, the relationship people (Großbritannien)

**Interne und externe
Einflüsse auf die
biographische Zeit
von Familien**

Die Abbildung legt es nahe, interne und externe Einflüsse auf die biographische Zeit von Familien zu vermuten, und sie greift zugleich bildlich auf, was Gegenstand dieses Kapitels sein wird. Angesichts der Länge des Weges, aber auch der hier nicht bildlich erfassten Rückbezüge z. B. auf das ‚Quasi-Lernprogramm‘ der Kinder für die eigene Lebensführung oder die Beziehungsgestaltung zu den älteren Eltern, sind hier Akzente und Wahlentscheidungen zu treffen.

Im Folgenden greifen wir besonders markante Phasen des Familienlebens heraus, die sich für die Beteiligten als Gestaltungsprozesse mit hohen Chancen der Entwicklung von Beziehungskompetenzen beschreiben lassen, aber auch Risiken bergen und Anforderungen an Re-Definitionen der eigenen Rollen und der intergenerationalen Beziehungen mit sich bringen. Hierbei werden zwei Perspektiven gewählt, die auch die weiteren Gliederungspunkte strukturieren: Zum einen stehen Wandlungsprozesse des familialen Geschehens im Mittelpunkt, die in der psychologischen Forschung als ‚Transitionen‘ gefasst werden und hier unter der Überschrift ‚Verlaufspfade der Familienentwicklung‘ (Kap. IV.2) zusammengefasst sind. Zum anderen geht es um Prozesse innerfamiliärer Dynamiken, die unter der Thematik der ‚alltäglichen Herstellungsleistung von Familie‘ betrachtet werden (Kap. IV.3).

Unter dem Thema der ‚Verlaufspfade der Familienentwicklung‘ fokussieren wir den Familienentwicklungsprozess an zwei kritischen Wendepunkten: dem der Familiengründung und – aus der Perspektive von Eltern und Kindern – dem der Scheidung.

Beim Übergang von der Partnerschaft zur Elternschaft (Kap. IV.2.1) zeigen sich vor allem in den ersten Jahren nach der Familiengründung sehr deutliche Veränderungen im Wechselspiel innerfamiliärer Zuständigkeitsmuster und Machtverschiebungen zwischen Partnern als Eltern. Mit der Verantwortung für kleine Kinder steigt die Belastung für beide Eltern enorm an, jedoch nicht gleichermaßen. Die Interdependenz der Partner nimmt zu, was ein erhebliches Konfliktpotential birgt und zu stets neuen Herausforderungen führt, die als individuelle und dyadische Anpassungsprozesse sowie als Aushandlung von Beteiligungskonflikten analysiert werden. Im Zentrum stehen also sich verschiebende Balancen zwischen den Partnern in der Beteiligung an Beruf, Einkommen, Hausarbeit usw., aber auch der Einfluss des Vaters auf das Kind sowie die Reichweite von Traditionalisierungsprozessen, betrachtet aus einer subjektiven Binnenperspektive der Zufriedenheitsverschiebungen mit dem Familienentwicklungsprozess und des innerfamiliären Geschehens.

Gegenstand von Kapitel IV.2.2 ist eine durchaus anders geartete Zuspitzung von Transition: die Scheidung als familiales und gesellschaftliches Phänomen. Hierbei stehen die Ergebnisse und Konsequenzen der neueren Scheidungsforschung sowie das Sorgerecht im Vordergrund. Auch der Übergang in eine Scheidungs- bzw. Nachscheidungsfamilie erfordert spezifische Beziehungskompetenzen, hier allerdings unter erschwerten Bedingungen. Da die Elternschaft auch nach einer Trennung oder Scheidung fortbesteht, die bisherige Form des Zusammenlebens jedoch aufgegeben wird, müssen neue Formen von Kontakt, Kommunikation und Interaktion gefunden und die Rollenbeziehungen mit den entsprechenden wechselseitigen Verhaltenserwartungen neu definiert werden. Diese Reorganisation wird typischerweise durch anhaltende Konflikte erschwert, die sich rund um das Trennungsgeschehen aufgebaut haben.

Der Betrachtung dieser beiden Prozesse, die als Transitionen im Selbstverständnis der eigenen Rolle gefasst sind, wird im vorliegenden Kapitel die Thematik der ‚Familie als alltägliche Herstellungsleistung‘ zur Seite gestellt. Zum einen geht es um die Entwicklung und Gestaltung der Sozialisation der Kinder. Zum anderen um Generationenbeziehungen unter Erwachsenen.

Unter der Sozialisationsperspektive stehen Aspekte der alltäglichen Herstellungsleistung familialen Zusammenlebens im Vordergrund (Kap. IV.3.1). Diese beziehen sich auf Fragen der interaktiven Qualität der Beziehungsgestaltung zu den Kindern sowie deren Identitäts- und Kompetenzentwicklung, und zwar sowohl in Hinblick auf ihre späteren Gestaltungs- und Aushandlungsformen bei der dann erfolgenden Neugründung von Familie als auch in Hinblick auf ihre Arbeitsmarktchancen. Gerade unter diesen Aspekten werden innerfamiliäre Rollenteilungen der Eltern und geschlechtsspezifische Zuordnungen zu spezifischen Aufgabenfeldern zum Problem der nachwachsenden Generation. Vorgelebte Beziehungen zwischen den Eltern hinterlassen ihre Spuren. Andererseits: In ihrem täglichen Zusammenleben mit ihren Kindern, in ihren Konflikten, Aushandlungsprozessen und nicht zuletzt in ihrer kooperativen Verhandlungssolidarität erweitern auch die Eltern ihre Kompetenzen im Versorgen, im Austarieren von Interessen, im Zeitmanagement und in teamspezifischer Verantwortungsübernahme. Auch hierin liegen Voraussetzungen für neue Formen der Bewältigung von Familientransitionen, aber ebenso für Dynamiken in jenen Bereichen der Arbeitswelt, die zunehmend auf Aushandlungskompetenz setzen.

Familie ist jedoch nicht nur über die Beziehung zwischen Eltern und minderjährigen Kindern zu

**Kompetenzerwerb
und durch Familie**

Besondere Herausforderungen für die alltägliche Beziehung erwachsener Familiengenerationen

fassen. Wenn die Kinder volljährig geworden sind, wenn sie aus dem Elternhaus ausgezogen sind und ökonomisch auf eigenen Beinen stehen, bilden Eltern und erwachsene Kinder weiterhin eine Familie. Hier stellt sich die Frage, wie diese Familienbeziehungen – hierzu gehören auch die Beziehungen der Eltern zu ihren eigenen Eltern, bzw. die Beziehungen der Kinder (Enkel) zu ihren Großeltern – gestaltet werden (Kap. IV.3.2). Wenn man die alltäglichen Familienbeziehungen in den Blick nimmt, existieren besondere Herausforderungen für Generationen, die nicht mehr zusammenleben. Immerhin ist ihr Alltag in den meisten Fällen nicht mehr durch die gemeinsame Wohn- und Lebenssituation geprägt. Im Gegenteil müssen Kontakte bei getrennten Haushalten erst hergestellt werden – und bedürfen damit auch mehr oder weniger offen gelegter Begründungen. Wenn also erwachsene Familiengenerationen gemeinsame Aktivitäten oder Unterstützungsleistungen in ihren jeweiligen Alltag integrieren möchten, sind hierfür besondere Herstellungsleistungen notwendig. Diese Leistungen haben bedeutende Folgen, und zwar nicht nur für die Familienmitglieder selbst, sondern z. B. auch für das Verhältnis gesellschaftlicher Generationen sowie für soziale Ungleichheit.

IV.2 Verlaufspfade der Familienentwicklung

Mit der Pluralisierung von Lebensläufen und Lebensformen fallen auch die Entwicklungsverläufe von Familien vielfältig aus. Im Folgenden wird akzentuiert behandelt, wie Diskontinuitäten sowohl in der individuellen Entwicklung als auch in der Entwicklung von Familiensystemen fortlaufend Prozesse der Aushandlung und Herstellung von Beziehungen erfordern. Umbrüche und Übergänge sind dabei nicht nur mit Verlusten, sondern durchaus auch mit Gewinnen verbunden, sie bieten Lernchancen und Entwicklungsanstöße.

IV.2.1 Partnerschaft und Elternschaft

IV.2.1.1 Aufgaben- und Rollenverteilung in Partnerschaften

Der Wandel der Vorstellungen zur Gestaltung der Paarbeziehung und der Aufgaben- und Rollenverteilung in Richtung egalitärer Modelle schlägt sich nur in Teilaspekten auf der Verhaltensebene nieder. Zwar praktizieren vor der Geburt des ersten Kindes viele Paare eine relativ gleichberechtigte Aufteilung beruflicher und innerfamiliärer Aufgaben. Mit der Familiengründung kommt es jedoch mit großer Regelmäßigkeit zu einer Neuetablierung der traditionellen Muster der Aufgaben- und Rollenverteilung. Dieses Muster zeigt sich sowohl in empirischen Untersuchungen, die auf mehr oder weniger umfangreichen Stichpro-

ben basieren, als auch in amtlichen Statistiken. Mit der Geburt eines zweiten Kindes gewinnen diese traditionellen Muster weiter an Prägnanz (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002). Sie manifestieren sich auf mehreren Ebenen.

Beruf: Während bei kinderlosen Paaren eine Berufstätigkeit beider Partner die Norm darstellt, geben Frauen mit dem Eintritt in die Familienphase ihren Beruf in der Regel zumindest vorübergehend auf. Die Rückkehr in das Berufsleben findet meist in Form einer Teilzeittätigkeit statt, eine Vollzeittätigkeit stellt die Ausnahme dar. Die Männer verbleiben im Beruf und intensivieren oftmals ihr Engagement unter dem Druck der gestiegenen finanziellen Verantwortung. Dieses generelle Muster findet sich sowohl in repräsentativen Befragungen als auch in wissenschaftlichen Studien (Eurostat 2004a; Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; Fthenakis/Minsel 2002; Holst/Trzinski 2003; Kluwer/Heesink/Van de Vliert 2002). In einer familienpsychologischen Längsschnittstudie, die die Entwicklung von initial 175 jungen Familien über einen Zeitraum von inzwischen mehr als sieben Jahren mitverfolgt (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002), gingen vor der Geburt des ersten Kindes etwa 80 Prozent der werdenden Mütter und Väter einer Erwerbstätigkeit nach, die verbleibenden 20 Prozent befanden sich mehrheitlich noch in der Ausbildung. Insgesamt überwog die Vollzeittätigkeit bei beiden Geschlechtern, wobei Teilzeitarbeit bereits zu diesem Zeitpunkt bei den Frauen etwas häufiger war als bei den Männern⁶³. Eineinhalb Jahre nach der Familiengründung war jede zweite Mutter nicht erwerbstätig. An dieser Situation änderte sich in den Folgejahren nur wenig: sieben Monate nach der Familiengründung waren insgesamt knapp 37 Prozent der Mütter nicht wieder in den Beruf zurückgekehrt, bei ebenfalls 37 Prozent betrug die berufliche Wochenarbeitszeit weniger als 20 Stunden. Die Väter blieben im Beruf. Der Großteil der Männer, die sich während der Schwangerschaft der Partnerin noch in der Ausbildung befanden, hatte

Nach Familiengründung geschlechtsspezifische Partizipation an Erwerbstätigkeit

18 Monate nach der Geburt von Kindern war jede zweite Mutter nicht erwerbstätig

Pluralisierung von familialen Entwicklungsverläufen

Partnerschaftliche Vorstellungen und tatsächliches Verhalten klaffen auseinander

⁶³ In anderen Untersuchungen fallen die Unterschiede in der Arbeitszeit zwischen werdenden Müttern und Vätern größer aus (Kluwer/Heesink/van de Vliert 2002; Sanchez/Thomson 1997). In der Studie von Kluwer u. a. (2002) wiesen die Frauen bereits vor der Geburt eine um zehn Stunden geringere berufliche Wochenarbeitszeit als ihre Partner auf. Ein Grund hierfür könnte der typischerweise vorhandene Altersunterschied zwischen den Partnern sein und damit einhergehend ein höherer Anteil von Frauen, die sich noch in Ausbildung befinden. Ein weiterer Grund könnte darin liegen, dass sich junge Männer in Antizipation ihrer künftigen Verantwortung für die finanzielle Absicherung der Familie stärker für ihre berufliche Karriere engagieren, während viele Frauen in Antizipation der Einschränkungen, die ihre künftige Rolle als Mutter für ihre berufliche Karriere bedeutet, bereits früh ein geringeres berufliches Engagement zeigen.

eineinhalb Jahre nach der Geburt den Einstieg ins Berufsleben vollzogen. Die Quote der erwerbslosen Männer betrug zu diesem Zeitpunkt weniger als 10 Prozent und sank in den Folgejahren weiter ab (Peitz 2004a). Die geschlechtsspezifischen Konsequenzen der Familiengründung für das Erwerbsverhalten bilden sich auch im durchschnittlichen zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit deutlich ab. Im Schnitt arbeiten Frauen etwas mehr als 30 Stunden pro Woche (die etwas niedrigere durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Frauen geht auf den Altersunterschied zwischen den Partnern zurück: Die Frauen sind etwas jünger und befinden sich et-

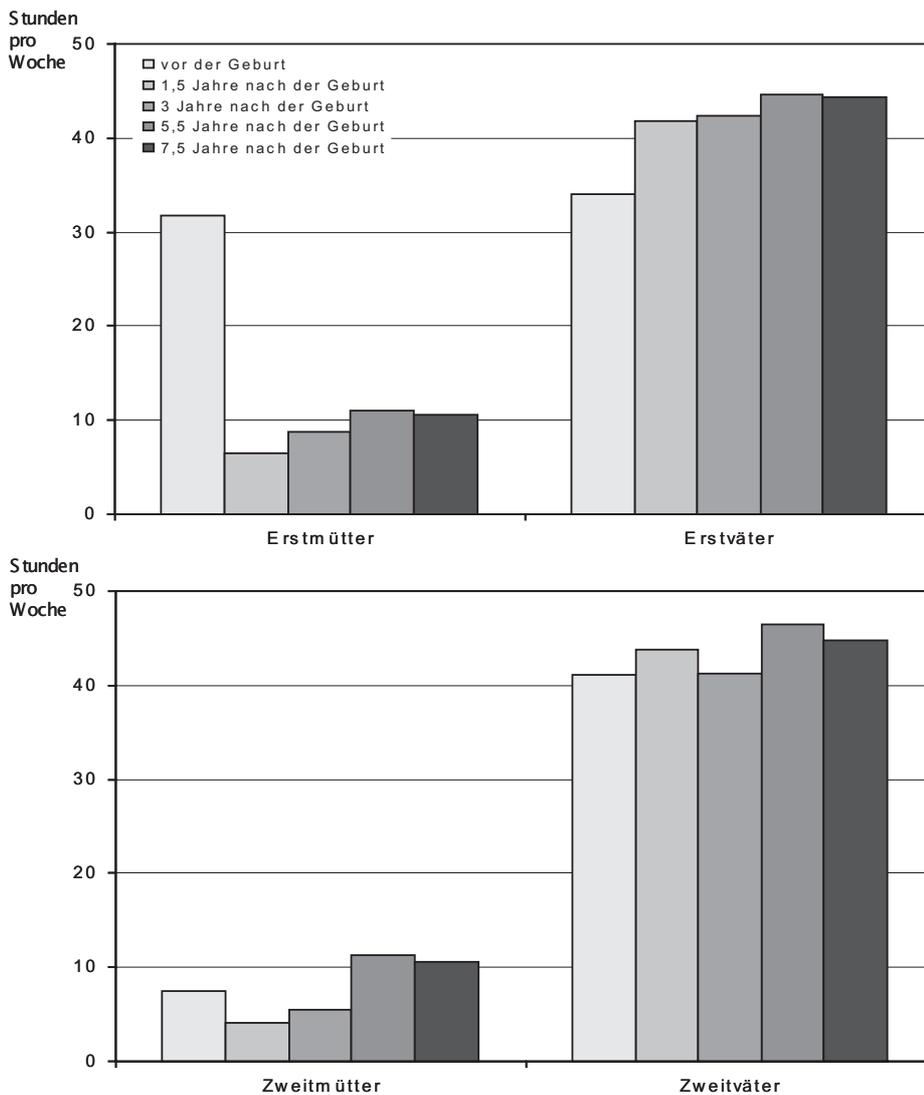
was häufiger noch in der Ausbildung). Mit der Übernahme der Elternrolle steigern die Väter ihr berufliches Engagement, die Mütter reduzieren ihre Erwerbsarbeit erheblich, und zwar langfristig. Diese traditionelle Verteilung der beruflichen Rollen ist bei jenen Paaren, die ein weiteres Kind bekommen, bereits fest etabliert. Das Rollenmuster erweist sich als sehr änderungsresistent (siehe Abbildung IV.2).⁶⁴ Die Befunde dieser

Väter intensivieren nach der Geburt des ersten Kindes ihr berufliches Engagement

⁶⁴ Wegen schwankender Rücklaufquoten variiert der Stichprobenumfang bei den einzelnen Erhebungswellen deutlich. Bei den Längsschnittanalysen führt der listenweise Ausschluss fehlender Fälle z. T. zu einer merklich gesunkenen Stichprobengröße.

Abbildung IV.2

Wochenarbeitszeit von Frauen und Männern im Übergang zur Elternschaft



„Ersteltern“: Eltern vor und nach der Geburt des ersten Kindes; N = 46 Paare
 „Zweiteltern“: Paare mit älterem Kind; N = 26 Paare
 Quelle: Gabriele Peitz, LBS-Familienstudie, eigene Berechnungen

Studie, die an einer Stichprobe von Eltern mit hohem Bildungsniveau gewonnen wurden, werden durch die Daten des Mikrozensus (BMFSFJ 2003) weitgehend bestätigt. Demnach waren im Jahre 2000 83 Prozent der kinderlosen Frauen im Alter zwischen 25 und 44 Jahren aktiv erwerbstätig⁶⁵. Bei den Frauen mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren waren es 31 Prozent. Mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes kehren immer mehr Frauen in den Beruf zurück. So betrug die Erwerbsquote der Frauen mit einem jüngsten Kind zwischen drei und fünf Jahren 55 Prozent. Von den Müttern, deren jüngstes Kind zwischen sechs und 14 Jahren alt war, waren im Jahr 2000 69 Prozent wieder berufstätig. Dies heißt umgekehrt, dass für jede dritte Mutter die Familiengründung einen langfristigen Ausstieg aus dem Beruf bedeutet. Die Väter gehen zu 80 bis 90 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach, die überwiegende Mehrheit einer Vollzeittätigkeit.

Vor der Geburt des ersten Kindes ausgewogene Verteilung der Hausarbeit

Haushaltsaufgaben: Kinderlose Paare praktizieren im Vergleich zu Paaren mit Kindern eine vergleichsweise ausgewogene Verteilung der Hausarbeit. Der Anteil der Frau ist aber auch bei den Kinderlosen höher als der des Mannes (Fthenakis/Minsel 2002; Kluwer/Heesink/Van de Vliert 2002; Künzler 1995; Sanchez/Thompson 1997). Dies betrifft vor allem die traditionellen „Hausfrauenarbeiten“ wie Waschen, Bügeln, Kochen und die Erledigung täglicher Einkäufe, die bei mehr als der Hälfte der Paare in den alleinigen Verantwortungsbereich der Frau fallen. Die traditionellen „Männertätigkeiten“, wie Reparaturen im Haus oder die Instandhaltung des Autos, liegen hingegen bei drei Viertel der Paare in der Zuständigkeit des Mannes. Andere Aufgaben (z. B. Abwasch, Aufräumen und Putzen, Abfall entsorgen, Großeinkäufe, die Erledigung des Schriftverkehrs oder unangenehmer Telefonate) werden vor der Geburt noch weitgehend gemeinschaftlich erledigt. Nach der Geburt des ersten Kindes kommt es zu einer Umverteilung der Hausarbeit zu Ungunsten der Frau. Die Frau übernimmt einen zunehmend größeren Anteil, der Mann zieht sich weiter aus der Hausarbeit zurück (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; Fthenakis/Minsel 2002; Petzold 1991; Reichle 1996a; Schneewind u. a. 1996; Werneck 1998).

Die Aufteilung der Hausarbeiten retraditionalisiert sich nach Geburt des ersten Kindes

Das Phänomen der traditionellen Verteilung innerfamiliärer Aufgaben zeigt sich auch in repräsentativen Daten. Diese belegen, dass im Jahr 2000 sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland

Frauen im Mittel doppelt so viel Hausarbeit übernehmen wie Männer. Ein Vergleich mit Daten von 1991 zeigt allerdings, dass zumindest in Westdeutschland die Entwicklung in Richtung zu mehr Egalität verläuft. Zehn Jahre zuvor lag das Verhältnis noch bei 2,4 zu 1 (Künzler u. a. 2001). Das Phänomen der Umverteilung der Hausarbeit zu Ungunsten der Frau ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern scheint ein allgemeines Phänomen westlicher Gesellschaften darzustellen (Greenstein 1996; Kluwer/Heesink/Van de Vliert 1996, 2002; Rollett/Werneck 2001; Sanchez/Thompson 1997).

Betreuung und Erziehung der Kinder: Die Beteiligung von Vätern an der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder hat in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen. Die Hauptzuständigkeit für die Kinder liegt jedoch nach wie vor bei den Müttern (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; Fthenakis/Minsel 2002; Kluwer/Heesink/Van de Vliert 2002; Mac Dermid/Huston/McHale 1990; Reichle 1996b; Schneewind/Sierwald 1999; Walter/ Künzler 2002). Die Teilnehmerinnen der bereits zitierten LBS-Familien-Studie übernahmen ihren Einschätzungen zufolge etwa 75 Prozent aller rund um das Kleinkind anfallenden Aufgaben, die selbst eingeschätzte Beteiligung der Männer lag bei knapp 30 Prozent (Peitz 2004a). Bei Schneewind/Sierwald (1999) betrug der Anteil der Mütter sogar 85 Prozent. In einer Studie von Fthenakis/Minsel (2002) waren die befragten Mütter und Väter zwar der Ansicht, dass 69 Prozent aller Aufgaben, die bei der Versorgung und Betreuung eines Kindes anfallen, von den Eltern zu gleichen Teilen übernommen werden sollten und 28 Prozent der Aufgaben allein von der Mutter. De facto übernahmen die Mütter aber ungefähr die Hälfte der Aufgaben allein, die verbleibenden Aufgaben wurden mehrheitlich von beiden Eltern gemeinsam oder abwechselnd übernommen, und zwar unabhängig vom Alter des Kindes. Ein entsprechendes Bild von der tatsächlichen Aufgabenteilung zeichnen die Ergebnisse einer Zeitbudgeterhebung bei deutschen Eltern mit einem jüngsten Kind unter sechs Jahren. Demnach wendeten deutsche Mütter im Jahr 2002 täglich im Schnitt 2 : 18 Stunden für Aufgaben auf, die mit der Betreuung und Versorgung des Kindes zusammenhängen, wobei Aktivitäten wie gemeinsames Fernsehen oder gemeinsamer Kinobesuch ausgeschlossen wurden; bei den Vätern waren es 0 : 59 Stunden. Demnach übernehmen Frauen 70 Prozent, Männer etwa 30 Prozent der Aufgaben rund um das Kind (Eurostat 2004a).

Kontinuierliche Zunahme an der Betreuung und Erziehung durch die Väter

Frauen übernehmen ca. 70 Prozent – Männer 30 Prozent der Aufgaben rund ums Kind

Die Beteiligung der Väter variiert in Abhängigkeit vom Aufgabentyp. Sie beteiligen sich in erster Linie an Aktivitäten, die einen eher spielerischen Charakter haben, während Routinetätigkeiten, Versorgungsaufgaben und die Organisa-

⁶⁵ Aktiv erwerbstätig bedeutet, dass diese Personen aktuell tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Nicht eingerechnet sind Personen, die ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausüben, weil sie sich z. B. in der Elternzeit befinden. Eine entsprechende Differenzierung wurde erstmals im Mikrozensus 1996 vorgenommen.

Versorgungsaufgaben liegen überwiegend im Verantwortungsbereich der Mütter

tion des Alltags mit Kind vorwiegend in der Zuständigkeit der Mutter verbleiben. Abbildung 3 veranschaulicht dies anhand der Ergebnisse der LBS-Familien-Studie. Die Abbildung stellt die Aufteilung eher spaßbetonter oder zeitlich disponibler Tätigkeiten einerseits („Pleasure-Aktivitäten“, z. B. das Kind baden; mit dem Kind auf den Spielplatz gehen; das Kind ins Bett bringen) und der reinen Versorgungsaufgaben andererseits (z. B. das Kind nachts versorgen; sich beim Essen um das Kind kümmern; Kinderbetreuung organisieren) dar. Pleasure-Aktivitäten werden in den weitaus meisten Familien von beiden Partnern übernommen. Die Versorgungsaufgaben liegen jedoch überwiegend im Verantwortungsbereich der Mutter.

Unterschiede im Engagement der Eltern nehmen mit dem Alter des Kindes ab

Der Unterschied zwischen Müttern und Vätern in der Betreuungszeit nimmt mit zunehmendem Alter des Kindes bzw. der Kinder ab. Verantwortlich hierfür ist allerdings weniger ein verstärktes

Engagement von Vätern, sondern eine Abnahme des direkten Betreuungsaufwandes und damit eine Verringerung des Zeitaufwands der Mütter (BMFSFJ 2003; Eurostat 2004a; Parke 1995). Auch die Pflege des Kontakts zu Institutionen wie dem Kindergarten bzw. der Kindertageseinrichtung (Peitz 2004b) oder später der Schule (Pellander/Krambrock 2001) fällt fast ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Mutter.

IV.2.1.2 Einflussfaktoren auf die Partizipation des Vaters an der Sorge um das Kind

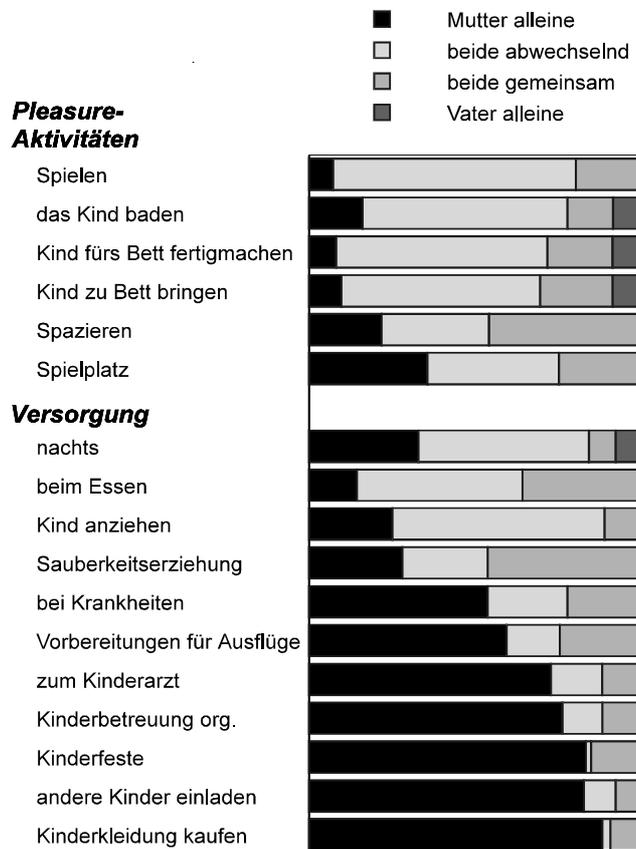
Die aufgabentypische Differenzierung zwischen Müttern und Vätern wird dadurch begünstigt, dass viele Routinetätigkeiten und kindbezogenen Versorgungsaufgaben sofort erledigt werden müssen, der Vater aber tagsüber berufsbedingt abwesend ist, während im Hinblick auf die

Aufgabendifferenzierung hängt von der zeitlichen Verfügbarkeit ab

Abbildung IV.3

Aufteilung der Betreuung und Versorgung des dreijährigen Kindes zwischen den Partnern [N = 127 Paare]

Wer übernimmt was?



Quelle: LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.): Vorstellungen von Vaterschaft und Mutterschaft. Report 2/2000 der LBS-Familienstudie. Münster

Spielaktivitäten ein größerer zeitlicher Gestaltungsspielraum besteht. Allerdings wird die Beteiligung des Mannes an der Versorgung des Kindes nicht nur durch seine zeitliche Verfügbarkeit und das Ausmaß seiner beruflichen Belastungen bestimmt.

Wie stark sich Väter an diesen Aktivitäten beteiligen, hängt nicht nur von ihren zeitlichen Möglichkeiten ab, sondern auch von ihrer initialen (d. h. vorgeburtlichen) Haltung gegenüber der Schwangerschaft und künftigen Elternschaft, vom Temperament ihres Kindes und von ihren Kompetenzen im Umgang mit dem Kind (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002). Männer, die eine künftige Vaterschaft als willkommenes Ereignis betrachten und gut in ihre Lebensplanung integrieren können, sind stärker motiviert, wenn das Kind da ist, sich an der alltäglichen Sorge um ihr Kind zu beteiligen, wenn es erst einmal da ist. Je unsicherer sich der Mann in Bezug auf seine Eignung als künftiger Vater ist und je schwieriger und anstrengender er das Kind in seinen ersten Lebensmonaten erlebt, desto mehr überlässt er die Verantwortung für das Kind langfristig seiner Partnerin. Ein geringes Engagement des Vaters kann weiterhin Resultat der Steuerung durch seine Partnerin sein (Cowan/Cowan 1992; Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; Fthenakis/Minsel 2002; Parke 1995). Mütter, die die Verantwortung für das Kind für sich reklamieren und ihrem Partner die Rolle des Brotverdieners zuweisen, wenig Zutrauen in die Fähigkeiten des Partners im Umgang mit dem Kind haben, ihren Partner nicht in die Betreuung des Kindes einbinden und die kindbezogenen Aktivitäten ihres Partners in hohem Maße kontrollieren und kritisieren, untergraben langfristig dessen Motivation und geben ihm kaum Gelegenheit, Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit dem Kind zu entwickeln. Derartige Verhaltensweisen der Mutter begünstigen einen Rückzug ihres Partners auf die traditionelle Brotverdiener-Rolle.

Das traditionelle Rollenarrangement, das sich mit der Familiengründung etabliert, erweist sich als relativ resistent gegenüber Veränderungen. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Auswirkungen des beruflichen Wiedereinstiegs von Müttern auf die innerfamiliäre Aufgabenverteilung betrachtet. Zwar beteiligen sich Männer umso mehr an innerfamiliären Aufgaben, je höher die Wochenarbeitszeit der Frau ausfällt. Eine Entlastung der berufstätigen Partnerin erfolgt allerdings nur, sofern der Mann selbst beruflich nicht allzu stark eingespannt ist (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002). Das Ausmaß der Entlastung fällt eher moderat aus, so dass auch berufstätige Mütter den Löwenanteil an der Hausarbeit und der Kinderbetreuung tragen (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; Greenstein 1995; Künzler 1995).

Eine Rückkehr der Mutter in den Beruf bedeutet daher fast zwangsläufig eine Doppelbelastung.

IV.2.1.3 Die Reichweite des Traditionalisierungseffektes

Die Traditionalisierung der Aufgaben- und Rollenverteilung strahlt auch auf andere Bereiche der Partnerschaft aus, darauf verweisen die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie. So hängt die Haltung gegenüber nachfolgenden Kindern von rollenspezifischen Erfahrungen ab. Die Einstellung der Frau gegenüber einem zweiten Kind ist abhängig von ihren Erfahrungen in ihrer Herkunftsfamilie, ihrer Zufriedenheit in der Rolle als Mutter und dem Ausmaß der Unterstützung durch ihren Partner. Der Wunsch des Mannes nach einem zweiten Kind wird von der initialen Haltung seiner Partnerin zur Mutterschaft und der Entwicklung der Partnerschaft in der Zeit nach der Geburt des ersten Kindes beeinflusst, weniger von den Erfahrungen, die er in der Rolle als Vater gemacht hat, wie die Studie der LBS-Initiative „Junge Familie“ zeigt. Außerdem gibt es Hinweise darauf, dass die Entscheidung für ein zweites Kind stärker bei der Frau als beim Mann liegt. So lässt sich anhand des Kinderwunsches der Frau, nicht jedoch anhand des Kinderwunsches des Mannes, (statistisch) vorhersagen, ob das Paar in den drei Jahren nach der Familiengründung ein zweites Kind bekommt. Dies gilt zumindest für Paare, bei denen beide Partner einem zweiten Kind im Großen und Ganzen aufgeschlossen gegenüberstehen (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002). Entsprechend lokalisieren sowohl Männer als auch Frauen im Rückblick die Verantwortung für den Eintritt einer zweiten oder dritten Schwangerschaft stärker bei der Frau. Paare, die ihr erstes Kind erwarten, beurteilen hingegen die Verantwortung für den Eintritt der Schwangerschaft gleichermaßen bei beiden Partnern (Kalicki/Peitz/Fthenakis 2005).

Möglicherweise gehört zur übergangsbedingten Traditionalisierung der Aufgaben- und Rollenverteilung also auch, dass die Entscheidung darüber, ob und wann weitere Kinder in Frage kommen, stärker dem Einflussbereich der Frau zugeordnet wird. Schließlich ist sie diejenige, die in erster Linie die Konsequenzen tragen muss.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Lebensgestaltung von Frauen durch die Familiengründung wesentlich stärker verändert wird als die der Männer. Während sich der Alltag der Väter durch die Geburt des ersten Kindes nur wenig verändert – insbesondere setzen sie ihre berufliche Tätigkeit weitgehend unverändert fort – erleben die Frauen eine umfassende Umstrukturierung ihres Alltags, die nahezu alle Lebensbereiche betrifft.

Beteiligung der Väter hängt auch von deren Vorstellungen von Vaterschaft ab

Traditionelles Rollenarrangement höchst wandlungsresistent

Traditionalisierung der Aufgabenverteilung strahlt auf weitere Bereiche der Partnerschaft ab

Ungleiche Aufgabenverteilung nicht gewollt, sondern strukturell mitbedingt

Während die unverminderte Fortsetzung der Erwerbsarbeit der Männer und der vorübergehende Ausstieg der Frau aus dem Beruf in der ersten Zeit nach der Geburt oft noch eine gemeinsame Entscheidung darstellt, gilt dies nicht für die langfristig praktizierte Rollenaufteilung. Diese ist selten das Ergebnis eines aktiven Aushandlungs- und Entscheidungsprozesses der Partner. Vielmehr schleichen sich bestimmte Muster der Aufgabenteilung im Laufe der Zeit ein und stabilisieren sich immer mehr (Brüderl/ Paetzold 1992; Engfer/ Gavranodou/Heining 1988; Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; Gloger-Tippelt u. a. 1995; Quaiser-Pohl 1996). Insbesondere Mütter, aber auch Väter, finden sich einige Jahre nach der Familiengründung nicht selten in einer Lebenssituation wieder, die sie so nicht gewollt und für die sie sich nicht bewusst entschieden haben. Strukturelle Faktoren wie die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, aber auch tradierte Rollenmodelle belasten also die

Entwicklung stabiler und glücklicher Familienbeziehungen. Diesen Belastungen sollte durch geeignete familien- und bildungspolitische Maßnahmen entgegengewirkt werden.

IV.2.1.4 Veränderung der Beziehungsqualität

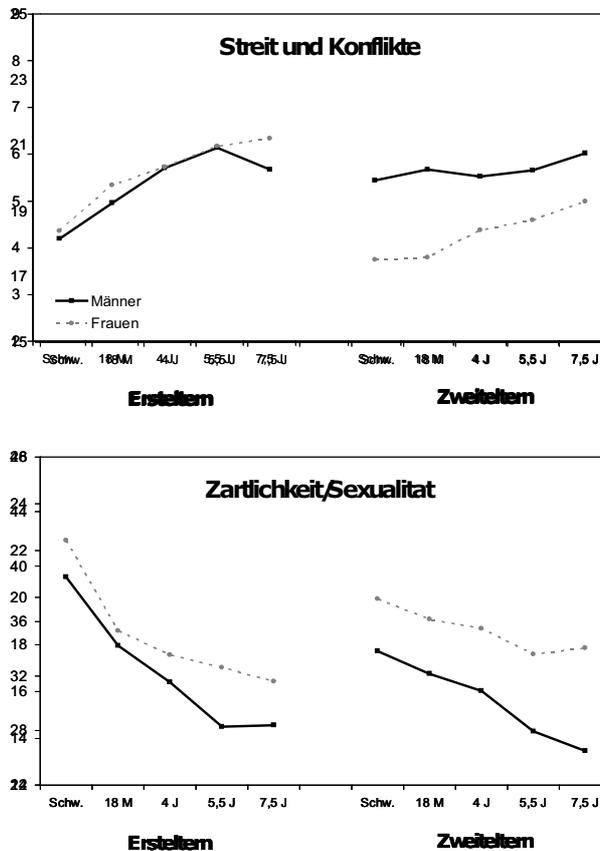
Einerseits wird die Elternschaft von den Betroffenen typischerweise mit positiven Aspekten wie Selbstverwirklichung, Freude und persönlicher Weiterentwicklung verknüpft und stellt einen wichtigen Prädiktor der allgemeinen Lebenszufriedenheit dar. Andererseits erweist sich der Übergang zur Elternschaft als Lebensabschnitt, der weit reichende Auswirkungen auch auf die Partnerschaft der jungen Eltern hat. So lässt sich regelmäßig eine Abnahme der Beziehungsqualität im Übergang zur Elternschaft beobachten (Bleich 1999; Gloger-Tippelt/Huerkamp

Abnahme der Partnerschaftsqualität nach der Geburt des Kindes

Familien- und Bildungspolitik sind gefordert

Abbildung IV.4

Veränderung der Partnerschaftsqualität vom letzten Schwangerschaftstrimester bis 7,5 Jahre nach der Geburt des ersten Kindes



„Erstelterne“: Eltern vor und nach der Geburt des ersten Kindes; N = 56 Paare
 „Zweitelterne“: Paare mit älterem Kind; N = 34 Paare
 Quelle: Fthenakis/Kalicki/Peitz, LBS-Familienstudie, eigene Berechnungen

1998; Graf 2002; Schneewind/Sierwald 1999; s. auch Belsky/Lang/Rovine 1985; Cowan/Cowan 1994; Shapiro/Gottmann/Carrere 2000), die sich nicht auf die ersten, besonders anstrengenden Monate mit dem Neugeborenen beschränkt, sondern sich in den folgenden Jahren weiter fortsetzt. Diese Abnahme der Beziehungsqualität wird von Frauen und Männern jedoch z. T. unterschiedlich erlebt (Abbildung IV.4).

Männer nehmen die Verschlechterung der sexuellen Beziehung stärker wahr als die Frauen. Bei den länger bestehenden Beziehungen (Zweiteltern = Paare mit älteren Kindern) schätzen die Männer die Sexualität in der Partnerschaft deutlich schlechter ein als die Frauen. Männer und Frauen beobachten gleichermaßen eine Abnahme der Paarkommunikation, eine Zunahme von Streit und Konflikten und einen Anstieg der Unzufriedenheit mit dem Partner bzw. der Partnerin. Bemerkenswert sind wiederum die deutlich unterschiedlichen Einschätzungen der Partner in bestehenden Familien (Zweiteltern). Hier beschreiben die Männer das Streit- und Konfliktverhalten ihrer Partnerinnen – in diesem Sinne sind die Daten dieser Subskala des eingesetzten Partnerschaftsfragebogens (PFB) zu lesen (vgl. auch Hahlweg/Schindler/Revenstorf 1982) – deutlich negativer als es ihre Partnerinnen tun. Dies verweist auf die systematische Benachteiligung von Frauen infolge der Familiengründung,

die eng mit der Traditionalisierung des Geschlechterverhältnisses verknüpft ist.

Die Verschlechterung der Beziehung nach der Geburt des ersten Kindes betrifft übrigens nicht nur Risikopopulationen (wie sehr junge Eltern, Eltern in schwierigen sozioökonomischen Umständen, ungewollt schwangere Paare). In den oben genannten Studien sowie in der LBS-Familien-Studie wurden überwiegend Mittelschichtpaare befragt, die in finanziell gesicherten Lebensumständen leben und ein durchschnittliches oder leicht überdurchschnittliches Erstgeburtsalter aufweisen.

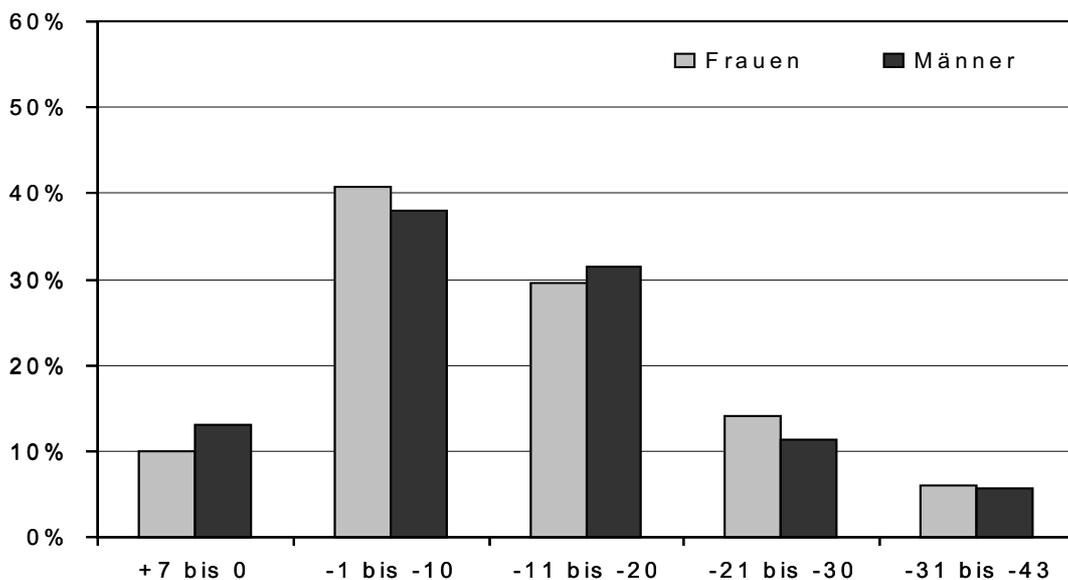
Beziehungsver-schlechterung nach der Geburt in allen Schichten nachweisbar

Neben den beschriebenen modalen Veränderungsmustern sind jedoch auch erhebliche Variationen in den Verlaufsmustern zu beobachten. So erleben keineswegs alle Paare eine Verschlechterung der Beziehungsqualität im Übergang zur Elternschaft. Für einige Paare fällt die Beeinträchtigung der Beziehung noch wesentlich dramatischer aus, als es der Verlauf der Durchschnittswerte vermuten lässt (siehe Abbildung IV.5).⁶⁶ Eine stabile Partnerschaftsqualität bzw.

⁶⁶ Das tatsächliche Ausmaß der Verschlechterung der Beziehungsqualität nach der Geburt des Kindes wird im Übrigen noch dadurch unterschätzt, dass die Werte der Paare, die sich in den Jahren nach der Geburt getrennt hatten, nicht mehr in die Darstellung des Beziehungsverlaufs einfließen.

Abbildung IV.5

Die Veränderung der PFB-Partnerschaftsqualität im Übergang zur Elternschaft bei Ersteltern [N = 71 Paare]



Veränderung der Partnerschaftsqualität

Quelle: Gabriele Peitz, LBS-Familienstudie, eigene Berechnungen

sogar eine leichte Verbesserung der Beziehung in den acht Jahren nach der Geburt ihres Kindes erleben 13 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen. Auf eine leichte Abnahme der Beziehungsqualität verweisen die Einschätzungen von 41 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer. Eine starke oder sehr starke abnehmende Partnerschaftsqualität (um mehr als 20 Skaleneinheiten) verzeichnen immerhin 20 Prozent der Frauen und 17 Prozent der Männer. Langfristig zeigen sich also keine bedeutsamen Geschlechtsunterschiede im Veränderungserleben.

Mütter und Väter sind einer Reihe von Einschränkungen und Belastungen ausgesetzt. Sechs Wochen nach der Geburt des Kindes bestätigen 42 Prozent der Väter, dass ihre Bedürfnisse nach Zärtlichkeit und Erotik zu kurz kommen; 38 Prozent fühlen sich durch das Baby sehr angebunden; 35 Prozent haben den Eindruck, ihre Partnerin sei seit der Entbindung nur noch für das Baby da; 23 Prozent machen sich häufig Sorgen, ob die Familie mit dem Geld auskommen wird (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002). Ob die Eltern in der gewandelten Lebenssituation glücklich bleiben, hängt nicht zuletzt von individuellen Passungskonstellationen und Anpassungsprozessen ab (Kalicki/Peitz/Fthenakis/Engfer 1999). Erst das Zusammenwirken von Belastungsfaktoren und dem praktizierten Rollenmodell einerseits und individuellen Orientierungen und Ressourcen andererseits prägt das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Partner. So deuten die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie darauf hin, dass weniger spezifische Rollenmuster, sondern eine mangelnde Passung zwischen den individuellen Orientierungen und Präferenzen und den praktizierten Rollenmustern problematisch für die individuelle Zufriedenheit und die langfristige Entwicklung der Beziehung sind (Kalicki/Peitz/Fthenakis 2005; Peitz/Kalicki/Fthenakis 2003; Peitz 2004a, Peitz 2004b). Mütter mit egalitären Rollenauffassungen sind fünf Jahre nach der Familiengründung umso zufriedener mit ihrer Beziehung, je mehr sich ihr Partner an der alltäglichen Sorge um das Kind beteiligt. Mütter mit traditionellen Auffassungen schätzen hingegen eine engagierte Ausübung der Vaterrolle durch den Partner wenig.

Die Partnerschaftsqualität traditionell orientierter Frauen leidet außerdem langfristig, wenn sie sich nach der Familiengründung nicht aus dem Beruf zurückziehen können. Allerdings bildet sich in den Ergebnissen wiederum die bereits bekannte Problematik der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter ab: Auf die Beziehungsqualität der egalitär orientierten Frauen hat der Verbleib im Beruf allerdings nicht die erwarteten positiven Konsequenzen (zur widersprüchlichen Befundlage mit Blick auf die Auswirkungen mütterlicher Berufstätigkeit vgl. auch Borchert/

Collatz 1992; Sen 2002), was möglicherweise auf die bei berufstätigen Müttern typische Doppelbelastung durch Beruf und Familie zurückzuführen ist (vgl. auch Brandstaetter/Wagner 1994; Cramm/Blossfeld/Drobnic 1998; Holst/Trzcinski 2003; Killien/Habermann/Jarrett 2001).

Auch für die Zufriedenheit von Männern erweisen sich Diskrepanzen zwischen den individuellen Orientierungen und den praktizierten Rollenmustern als nachteilig. Männer, die egalitäre Rollenauffassungen vertreten (die also der Ansicht sind, dass beide Partner sowohl für innerfamiliäre Aufgaben als auch für die Sicherung des Einkommens zuständig sein sollten), leiden darunter, wenn sie entgegen ihren Überzeugungen die Verantwortung für Haushalt und Kind fast vollständig ihrer Partnerin überlassen (müssen). Im Gegensatz dazu profitiert das Befinden der Männer mit traditionellen Auffassungen, wenn sie die Verantwortung für den Haushalt und das Kleinkind an die Partnerin delegieren können. Außerdem sind traditionell orientierte Männer dann mit ihrer Beziehung besonders zufrieden, wenn sie die Brotverdiener-Rolle übernehmen und ihre Partnerin aus dem Beruf aussteigt. Die Zufriedenheit der egalitär orientierten Männer profitiert hingegen davon, wenn sie ihr berufliches Engagement etwas zurückfahren können und ihre Partnerin zur Sicherung des Familieneinkommens mit beiträgt.

Mit der Verschlechterung der Qualität der Paarinteraktion (Zunahme von Streit und Konflikten, Abnahme von Zärtlichkeit und Intimität, Abnahme der Kommunikation) geht nun keineswegs zwangsläufig ein Verlust an Wertschätzung und Liebe für den Partner einher. Vielmehr greifen unterschiedliche Schutzmechanismen, die zu einem Erhalt der subjektiven Partnerschaftszufriedenheit beitragen (Kalicki 2003; Rusbult 1987). Bei dem Versuch, negative Verhaltensweisen des Partners oder der Partnerin zu erklären, bietet sich grundsätzlich die Alternative zwischen einer negativen bzw. belastenden Sichtweise und einer positiven bzw. entlastenden Deutung.

Die Ursache für das negative Erlebnis kann entweder beim Partner bzw. bei der Partnerin gefunden werden oder aber in der Situation bzw. bei der eigenen Person festgemacht werden. Bleibt die Person des Partners bei der Ursachensuche völlig außen vor, beeinträchtigt die negative Erfahrung überhaupt nicht die Partnerschaftszufriedenheit, sondern allenfalls die aktuelle Stimmung oder die Zufriedenheit mit der eigenen Person. Ein zweites wichtiges Merkmal der wahrgenommenen oder vermuteten Ursache ist deren Stabilität. Sofern das negative Ereignis tatsächlich dem Partner/der Partnerin zugeschrieben wird, ist diese Ursache entweder variabel oder aber stabil. Ein dritter Gesichtspunkt bei der

Hohe Belastungen, mangelnde Passungen zwischen individueller Orientierung und Rollenmustern belasten die Beziehung

Ursachen für Partnerschaftszufriedenheit

Ursachenanalyse ist die Reichweite der Ursache. Die erkannte Ursache kommt entweder nur bei bestimmten Situationen oder Anlässen ins Spiel oder sie wirkt sich bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten aus. Im ersten Fall werde ich vielleicht gut damit leben können, sofern die Anlässe selten sind oder ich mich hierauf einstellen kann. Im anderen Fall wird diese Ursache mich häufig belästigen, unter Umständen muss ich bei allen denkbaren Anlässen und Gelegenheiten erwarten, dass sie zum Tragen kommt. Die Verortung der Ursache, die Einschätzung ihrer Stabilität und die Beurteilung ihrer Globalität bilden die drei klassischen Dimensionen, um die Ursachen eines Ereignisses zu klären (Kausalattribution).

Interessant und bedeutsam für das Funktionieren von Partnerschaften ist nun, dass sich glückliche und unglückliche Paare systematisch in der Art der Auslegung von negativer und positiver Partnerschaftserfahrung unterscheiden. Glückliche Partner neigen dazu, die Bedeutung positiver Verhaltensweisen ihres Partners positiv herauszustellen. Dies leistet die internal-partnergerichtete, stabile und globale Kausalattribution, die Zuschreibung von Intentionalität und altruistischen Motiven und das Loben des Partners. Negative Verhaltensweisen des anderen werden von glücklichen Partnern hingegen in ihrer attributiven Bedeutung heruntergespielt. Das Erklärungs- und Bewertungsmuster ist gekennzeichnet durch die externale, variable und spezifische Kausalat-

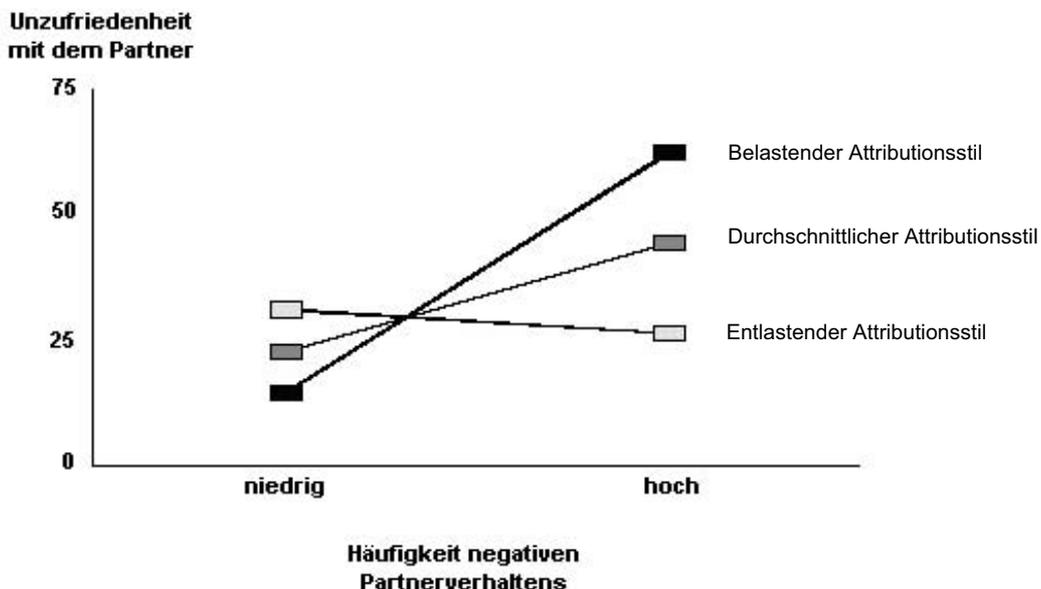
tribution, das Absprechen von Intentionalität und egoistischen oder gar feindseligen Motiven und verzichtet auf Schuldvorwürfe. Dagegen zeigen unglückliche Partner konträre Attributionsmuster. Sie übersehen, ignorieren oder bestreiten positive Implikationen positiver Verhaltensweisen und Handlungen des anderen und betonen die negativen Aspekte negativer Erfahrung. Die negative, den Partner bzw. die Partnerin belastende Interpretation negativer Beziehungserfahrung stützt sich dabei auf vorgefertigte Erklärungsschemata.

Die Art und Weise, in dem Partner negative Erfahrungen, die sie in ihrer Beziehung sammeln, auslegen und bewerten, spiegelt ihre aktuelle Zufriedenheit mit der Partnerschaft. Der habituelle Attributionsstil für negative Beziehungserfahrung besitzt jedoch nicht nur diese Indikatorfunktion. Vielmehr schirmt eine günstige, den Partner/die Partnerin schützende Interpretation kritischer Erfahrung das positive Partnerkonzept und die Wertschätzung für den anderen ab gegen die abträgliche Wirkung negativer Partnerschaftsereignisse. Dieser Zusammenhang ist in Abbildung IV.6 wiedergegeben, und zwar aus der Sicht der Frau. So nimmt mit der Häufigkeit negativer Verhaltensweisen des Partners – der Partner kritisiert mich; er hört mir nicht zu, während ich ihm etwas erzähle; er unterstützt mich zu wenig – die Unzufriedenheit mit dem Partner zu. Bei einer negativen, sehr kritischen Auslegung dieser Erfahrungen ist der Zusammenhang ver-

Glückliche und unglückliche Paare unterscheiden sich in der Deutung von Partnerschaftserfahrung

Abbildung IV.6

Einfluss negativen Partnerverhaltens auf die Unzufriedenheit der Frau mit ihrem Partner bei belastendem, durchschnittlichem und entlastendem Attributionsstil für negative Beziehungserfahrung [N = 113 Paare]



Quelle: Fthenakis/Kalicki/Peitz: Paare werden Eltern. Die Ergebnisse der LBS-Familienstudie. Opladen 2002, S.443

stärkt, bei einer wohlwollenden Interpretation ist er jedoch vollkommen aufgehoben.

Zusammengefasst weisen diese Ergebnisse darauf hin, dass der Übergang zur Elternschaft mit der Sozialisation geschlechtsstereotyper Rollenerwartungen und Handlungsmuster einhergeht. Noch kinderlose Paare leben ein relativ egalitäres Partnerschaftsmodell, beide Partner sind erwerbstätig, beteiligen sich an den familialen Aufgaben und schreiben sich wechselseitig in gleichem Maße die Verantwortung für den Eintritt der Schwangerschaft zu. Die Paare, die die Familiengründung bereits vollzogen haben, leben hingegen ein stärker traditionelles Partnerschaftsmodell, bei dem der Vater die Ernährerrolle übernimmt und die Mutter für die familialen Aufgaben zuständig ist. Protektive Anpassungsprozesse ermöglichen es, die subjektive Partnerschaftszufriedenheit auch unter Belastungen aufrecht zu erhalten. Dabei kommt der Auslegung und Bewertung negativer Interaktionserfahrung eine wichtige Rolle zu.

Negative Verhaltensweisen dem Partner gegenüber können in Gewalt münden

Diese innerfamilialen Dynamiken werden durch weitere Faktoren moderiert. Eine Reihe von Risikofaktoren sind mit der sozialen Lage der Familie verknüpft, worauf an anderer Stelle ausführlich eingegangen wird (Kap. V). Ein weiteres Problem, das sich in Verbindung mit den Rollenbelastungen der Partner ergeben kann, betrifft die innerfamiliale Gewalt.

Aversives Verhalten der Partner wie Nörgeln, Kritik, Schreien, Trotz kommt besonders während des Streitens zum Tragen. Den Partner bzw. die Partnerin durch solche Verhaltensweisen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, erweist sich langfristig als eine dysfunktionale Strategie. Sie untergräbt nicht nur die Liebe und Wertschätzung für den anderen, sondern mündet unter bestimmten Umständen in familialer Gewalt. Die zugrunde liegenden verhaltenstheoretischen Prozesse wurden recht genau expliziert (Patterson/Reid 1970):⁶⁷ Die Partner entwickeln wechselseitige Erwartungen an das Verhalten des anderen und formulieren dies als Appell, als offene oder versteckte Kritik oder in anderer Form. Kurzfristige Verhaltensanpassungen des adressierten Partners verstärken die Ausübung von Druck und führen dazu, dass negatives Verhalten künftig auch in anderen Problemsituationen zur Zielerreichung eingesetzt wird. Eine Kaskade von wechselseitigen negativen Reaktionen wird in Gang gesetzt, wenn durch Modell-Lernen und gleichförmige (reziproke) Interaktion der bestrafte Partner bzw. die bestrafte Partnerin ebenfalls zu Bestrafungsmaßnahmen greift. Die Kas-

Kaskade wechselseitiger negativer Reaktionen durch Modell-Lernen

kade nimmt dabei folgenden prototypischen Verlauf:

1. Kritik: In Form von Vorwürfen, Anschuldigungen, ständigem Nörgeln und Klagen werden die Erwartungen an den anderen und die eigene Enttäuschung kommuniziert. Dabei wird der kritische Sachaspekt häufig mit einer Kritik an der Person verknüpft.
2. Herabwürdigung und Verachtung: Im Zuge der kaskadischen Verschlechterung der Beziehung leidet die Qualität der Paarinteraktion. Typisch sind Beleidigungen oder auch abwertende, zynische und sarkastische Kommentare. Diese negativen Partnerschaftserfahrungen haben im Vergleich zu positiven Erfahrungen (Hilfe und Unterstützung, Vertrauen, Komplimente) eine wesentlich nachhaltigere Wirkung auf die Beziehungsqualität.
3. Verteidigung: Erlebte Angriffe und Verletzungen werden mit defensiven Verhaltensmustern beantwortet. Hierbei gewinnen die Motive des Selbstwertschutzes und der Selbstrechtfertigung an Bedeutung. Rechtfertigungen des eigenen Verhaltens und Gegenwürfe zementieren die eigene Position in dem Konflikt. Die verschiedenen sozialkognitiven und motivationalen Mechanismen, die zu diesem defensiven Verhaltensmuster führen (selektive Wahrnehmung, Urteilsverzerrungen, Commitment-Prozesse), wurden von der sozialpsychologischen Konfliktforschung näher beschrieben.⁶⁸
4. Mauern: Hoch zerstrittene Paare wechseln in der Regel zu einem Interaktionsmuster, bei dem die Auseinandersetzung mit dem Partner bzw. der Partnerin nicht mehr im Gespräch – auch nicht mehr im Streitgespräch – stattfindet, sondern bei dem die Partner nur ihre subjektiven Deutungen des Partnerverhaltens aufbauen. Gepaart hiermit kommt es zur Verweigerung von Kommunikation. Die Partner hören einander nicht zu, fragen nicht nach, sondern ignorieren den anderen. Damit schwinden die Chancen, vorgefertigte Erwartungen und Erklärungsschemata unter dem Eindruck von Erfahrung zu revidieren.

Parallel zu dem beschriebenen Interaktionsgeschehen setzen Veränderungen in physiologischen Prozessen der Affektregulation ein (Gottmann 1993a,b). Negative Interaktionen sind begleitet von Erregungsprozessen, die sich in erhöhtem Blutdruck, verstärktem Muskeltonus, Ausschüttung von Stresshormonen und erhöhter subjektiver Erregung äußern. Die Verschlechterung

⁶⁷ Siehe auch Gottman (1994).

⁶⁸ Siehe Deutsch/Coleman (2000).

Verschlechterung der Beziehungsqualität führt häufig zu Trennungen

der Beziehungsqualität, die bei weitem nicht in jeder Partnerschaft zu familialer Gewalt führt, mündet bei zahlreichen Paaren in der Trennung. Jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag das Scheidungsrisiko im Jahr 2003 in Ostdeutschland bereits bei 37,1 Prozent, in Westdeutschland bei 43,6 Prozent (Statistisches Bundesamt 2004e). Angesichts des ungebrochenen Trends anwachsender Scheidungsquoten kann also in absehbarer Zukunft damit gerechnet werden, dass jede zweite Ehe im Zeitverlauf wieder geschieden wird. Dies dokumentiert sehr eindrucksvoll die Dysfunktionalitäten des Familiensystems.

IV.2.2 Scheidung als familiales und gesellschaftliches Phänomen

IV.2.2.1 Scheidungsforschung und Entwicklungsaufgaben im Kontext einer Transition

Immer mehr Familien von Scheidung betroffen

Zunehmend mehr Familien sind heutzutage von einer Scheidung betroffen. In der Folge ist davon auszugehen, dass etwa ein Fünftel aller Kinder in den alten und ein Drittel in den neuen Bundesländern ihre Kindheit nicht mit ihren beiden leiblichen Eltern verbringen werden, sondern Erfahrungen in anderen Formen familialer Organisation machen sowie eventuell sogar mehrmals einen Wechsel zwischen verschiedenen familialen Settings bewältigen müssen. Scheidung ist deshalb zu einem zentralen Gegenstand demographischer, soziologischer, psychologischer, psychiatrischer und nicht zuletzt interkultureller Studien geworden.

Entdramatisierung von Scheidung

Im Rahmen der familiensoziologischen und -psychologischen Forschung lassen sich im Wesentlichen drei Phasen der Theoriebildung erkennen, die gleichzeitig einen Wandel der gesellschaftlichen Sicht und Bewertung von Trennung und Scheidung reflektieren. Während Scheidung anfänglich als nicht normatives Ereignis bewertet wurde und man sich in der Analyse von Scheidung auf die negativen Auswirkungen, atypische und sogar pathogene Entwicklungstendenzen der Familie konzentrierte, wird nunmehr vorrangig angestrebt, Scheidung nicht als einzelnes Ereignis, sondern als einen Übergang in einer Reihe familialer Übergänge zu definieren, welche die Ausbildung unterschiedlicher Familienstrukturen und die Entwicklung der Mitglieder innerhalb dieser Strukturen bedingen. Scheidung wird aus dieser Sicht entdramatisiert und als zu bewältigende Erfahrung konzipiert. Dieser Wechsel von einer vergangenheits- zu einer zukunftsorientierten Sicht stellt viel mehr die komplexen Aufgaben in den Mittelpunkt, die für alle Familienmitglieder mit dem Übergang der Scheidung zu bewältigen sind und fokussiert auf geeignete Interventionsmaßnahmen.

Die erste Phase der familiensoziologischen und -psychologischen Scheidungsforschung in den 70er Jahren lässt sich mit dem so genannten Desorganisationsmodell beschreiben. Dieses Modell, das vormals den BGB-Vorschriften zur Scheidung und zur Regelung von elterlicher Sorge und elterlichen Umgang zugrunde lag, besagt, dass das familiale System sich mit der Scheidung auflöst. Die Scheidung wird damit als ein Endpunkt der familialen Entwicklung gesehen, da die unterschiedlichen Vorstellungen der Familienmitglieder sich nicht mehr unter ein gemeinsames Ziel subsumieren ließen. Eine Lösung der scheidungsbedingten Probleme wird in der rechtlichen Stärkung der Restfamilie angestrebt. Die im Rahmen der Scheidungsforschung gewonnenen Erkenntnisse führten zu einer grundsätzlichen Kritik am Desorganisationsmodell und den zugrunde liegenden Annahmen. Insbesondere wurde die Betonung einer stabilen Beziehung zu einer primären Bezugsperson, in der Regel die Mutter, als ausreichende Bedingung für eine positive Bewältigung des Scheidungsgeschehens durch das Kind zunehmend in Frage gestellt. Seit Beginn der 80er Jahre hat sich die Auffassung durchgesetzt, wonach Ehescheidung das Familiensystem nicht beendet, sondern vor allem tief greifend reorganisiert.

Kritik am Desorganisationsmodell der 70er Jahre

In der Folge gewann das Reorganisationsmodell an Bedeutung und es wurde erstmals eine prozesshafte Sicht der Scheidung propagiert. Wesentliche Veränderungen dieser Perspektive sind, dass Scheidung nunmehr als Lebensereignis betrachtet wird, das in den prozesshaften Verlauf der Familienentwicklung eingebettet ist. Dies bedeutet zum einen, dass problematische Entwicklungen in der Familie in der Regel schon lange vor der Scheidung gegeben sind, und zum anderen, dass die Familie sich mit der Elterntrennung nicht auflöst, sondern sich den neuen Bedingungen entsprechend reorganisiert. Aus der Kernfamilie entwickelt sich ein „binukleares Familiensystem“. Beide Eltern teilen sich ihre Verantwortlichkeit und in gewissem Umfang ihre Aufgaben; die Kinder gehören beiden elterlichen Haushalten an. Kritische Lebensereignisse bringen demnach Veränderungen auf verschiedenen strukturellen Ebenen der Familie mit sich und wirken sich nicht nur negativ auf die Einzelperson und das System der Familie aus, sondern sie beinhalten gleichzeitig die Chance, Beziehungen und die Lebenssituation neu und oftmals für alle Beteiligten befriedigender zu organisieren. Dadurch bekommt der Einsatz unterstützender Interventionen, insbesondere die Hilfe für Scheidungskinder, einen zunehmenden Stellenwert.

Das Reorganisationsmodell: Scheidung als prozesshaftes Lebensereignis

Das Interesse der Forschung konzentrierte sich in dieser Phase vorwiegend auf die Verarbeitung der Trennung durch die einzelnen Familienmitglieder auf unterschiedlichen Ebenen. Einer kon-

sequent systemorientierten Sichtweise der Scheidungsfamilie, d. h. der Einbeziehung aller Mitglieder des Systems der Scheidungsfamilie und übergeordneter Systeme, wurde jedoch in der Mehrheit der Untersuchungen nur programmatisch entsprochen. Es fehlte zudem eine explizite Einbettung der Phänomene Trennung, Scheidung und Wiederheirat in einen allgemeinen Ansatz, der sie als mögliche Übergangsphasen der Familienentwicklung begreift. Von daher konnte der im Desorganisationsmodell vertretene Standpunkt, Scheidung sei eine deviante Form der Familienentwicklung, nicht überwunden werden.

Das Transitionsmodell: Bewältigung von Scheidung als Entwicklungsaufgabe

Seit Ende der 80er Jahre wird die Scheidung vermehrt als Transition im Entwicklungsprozess der Familie wahrgenommen, wodurch die in diesem Kontext ablaufenden komplexen Veränderungen angemessen und wertfrei berücksichtigt werden können. Als Transition wird ein Übergang bezeichnet, wenn dieser im entwicklungspsychologischen Sinn auf den verschiedenen, im Folgenden genannten Ebenen verarbeitet und bewältigt wurde. Cowan (1991) hat einen Transitionsansatz für die Entwicklung der Familie konzipiert, der die komplexen und heterogenen theoretischen und empirischen Grundlagen der Transitionsforschung auf die Entwicklung der Familie überträgt. Ehescheidung wie auch Wiederheirat werden hier explizit in den Kontext der familialen Entwicklung gestellt und somit nicht mehr als Einzelereignis, sondern als ein Übergang in einer Reihe von Übergängen betrachtet, die die Entwicklung unterschiedlicher Familienstrukturen und die Entwicklung der Mitglieder innerhalb dieser Strukturen bedingen.

Wie bei anderen entwicklungsbedingten Übergängen ergeben sich für die Beteiligten erforderliche Anpassungsleistungen, die als Entwicklungsaufgaben definiert werden. Diese betreffen die individuelle, die interaktionale und die kontextuelle Ebene. Hierbei wird zwischen strukturellen und prozessualen Aspekten des Übergangs unterschieden. Der strukturelle Aspekt betrifft die Beschreibung der Zusammenhänge zwischen Teilen des Systems der Scheidungsfamilie, d. h. die Verknüpfung zwischen dem Selbst, Rollen und Beziehungen. Den prozessualen Aspekt machen die Dynamik oder die Mechanismen aus, welche den im Scheidungsgeschehen verfolgten Weg und das im jeweiligen Stadium des Scheidungsgeschehens erreichte Anpassungsniveau beschreiben.

Individuelle Entwicklungsaufgaben

Die individuelle Ebene: Aus subjektiver Sicht sind mit der Scheidung qualitative Veränderungen der Selbst- und Umweltwahrnehmung und ein emotionales Ungleichgewicht verbunden, dem gewöhnlich (aber nicht immer) eine neue Ausbalancierung folgt. Zwischen Vergangenheit

und Gegenwart besteht eine wahrgenommene Diskontinuität, die in der Regel von emotionalem Aufruhr begleitet wird. Wenn alte Verhaltensmuster nicht mehr funktionieren und vormalige Einstellungen nicht mehr gültig sind, treten häufig Anspannung, Angst und Depression auf. Ein scheidungsbedingter Übergang erfordert zudem die Restrukturierung des Selbstwertgefühls, der Selbstwahrnehmung und der Identität. Auch das subjektive Weltbild ist betroffen. So werden häufig philosophische Grundannahmen über die Gesellschaft, die Definition von Rollen und die Funktion von Beziehungen in Frage gestellt. Prämissen über den Ablauf von Ereignissen sind möglicherweise nicht mehr passend.

Die interaktionale Ebene: Eine erfolgreiche Bewältigung des Übergangs der Scheidung erfordert des Weiteren neue Formen adaptiven Verhaltens, die häufig die Konsequenz von Veränderungen auf der individuellen Ebene darstellen. Hiervon betroffen sind die Reorganisation von Rollen, die Restrukturierung personaler Kompetenz und die Reorganisation von Beziehungen. Im Verlauf des Scheidungsgeschehens kann die Reorganisation von Rollen auf dreierlei Weise erfolgen: a) Rollen können hinzugefügt oder weggenommen, übernommen oder aufgegeben werden. b) Erwartungen und Verhaltensweisen, die bestimmen, wie eine Rolle ausgeführt werden soll, können redefiniert und rekonzeptualisiert werden. c) Die Scheidung kann einen Wechsel in der Bedeutung einer bereits existierenden Rolle implizieren.

Interaktionale Entwicklungsaufgaben

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Beobachtung, dass die psychologischen Aspekte von Rollen sich möglicherweise nicht zu dem Zeitpunkt verändern, zu dem ein äußeres Ereignis den Übergang markiert, etwa die juristische Scheidung. Rollenverluste können zudem die Suche nach neuen stellvertretenden Rollen in Gang setzen, was innerhalb der Scheidungsfamilie zu neuen interpersonellen Konflikten führen kann.

Zur Bewältigung der Scheidungskrise müssen somit das Individuum, das Paar und die Familie ihre personalen Kompetenzen restrukturieren, d. h. neue Strategien, Fertigkeiten und Verhaltensmuster entwickeln, um die neuen Probleme angemessen bewältigen zu können. Lebensübergänge wie die Scheidung implizieren darüber hinaus Ungleichgewichte und die Reorganisation von Beziehungen auf der familialen, freundschaftlichen und sozialen Ebene. Hiervon betroffen sind nicht nur die Partnerbeziehung, sondern auch die Eltern-Kind-Beziehung und die Beziehung zur eigenen Herkunftsfamilie sowie außerfamiliale Kontakte. Insbesondere für das Kind ergeben sich hieraus nicht selten gravierende Belastungen.

Zur Bewältigung der Scheidung Reorganisation von Beziehungen erforderlich

Die kontextuelle Ebene: Nicht zuletzt sind mit einer Scheidung in der Regel Veränderungen im Lebenskontext verknüpft, wie Umzug, Aufnahme einer Berufstätigkeit oder Veränderungen im finanziellen Lebensstandard. Dies macht beträchtliche Anpassungsleistungen erforderlich. Für Kinder stellt sich insbesondere die Aufgabe, die nunmehr getrennten Lebensumwelten ihrer Eltern zu integrieren. Weitere kontextuelle Veränderungen treten mit dem Eingehen einer neuen Partnerschaft bzw. der Begründung einer Stieffamilie auf.

Transitionsansatz ermöglicht Integration disparater Aspekte der Scheidung

Mit dem Transitionsansatz ist es erstmals möglich, bislang disparate Aspekte des Scheidungsgeschehens zu integrieren. Da Übergänge als Prozess zu verstehen sind, in der Regel Veränderungen auf den genannten Ebenen asynchron verlaufen und Ungleichgewicht im familialen System entsteht, eröffnen sich durch diese Betrachtungsweise neue Möglichkeiten für Forschung und Intervention. So ist im Übergang neben Dysfunktion gleichermaßen das Potential für Stimulation und entwicklungsbezogenes Wachstum gegeben. Zudem legt der Ansatz nahe, das Verhältnis der bestehenden Rechtsordnung zur Thematik der Scheidung neu zu überdenken.

IV.2.2.2 Konsequenzen von Trennung und Scheidung für die Familienmitglieder

Forschungsbefunde zu Konsequenzen von Scheidung uneinheitlich

Neuere Übersichtsarbeiten zu den Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf Erwachsene und Kinder (z. B. Amato 2000) erbringen ein uneinheitliches Bild. Neben gravierenden und lebenslang wirksamen negativen Folgeerscheinungen einer Trennung für Eltern und Kinder finden sich sogar positive Effekte nach einer allenfalls kurzfristigen Beeinträchtigung. Da eine Integration der unterschiedlichen Befunde bislang nicht möglich ist, kann es hilfreich sein, die jeweils eingesetzte Untersuchungsmethodik kritisch zu hinterfragen und die Faktoren näher zu betrachten, die für den unterschiedlichen Verlauf einer Trennung verantwortlich sein können. Im Folgenden sollen wesentliche Erkenntnisse der neueren Scheidungsforschung zu den Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf betroffene Eltern und Kinder vorgestellt werden, und es soll insbesondere gefragt werden, welche Faktoren beim Auftreten negativer Konsequenzen maßgeblich verursachend beteiligt sind.

Differenzielle Konsequenzen für Erwachsene: Trotz Belastung auch schnelle Anpassung

Auswirkungen auf die Eltern: Insgesamt zeigt die Forschung der 90er Jahre, dass eine Scheidung beträchtliche Belastungen für das Leben der Betroffenen mit sich bringen kann, die sich in verschiedenen Lebensbereichen manifestieren und kumuliert auftreten können. Gleichzeitig finden sich jedoch auch umfassende Unterschiede in den Reaktionen der Probanden. So bringt die

Scheidung für einige Menschen große Vorteile mit sich, andere leiden unter einer zeitweiligen Beeinträchtigung ihres Wohlbefindens, für wieder andere wird dadurch ein Abwärtstrend eingeleitet, von dem sie sich nie mehr richtig erholen. Obwohl eine Scheidung belastend ist, passen sich jedoch die meisten Männer und Frauen innerhalb von zwei bis drei Jahren recht gut an, wenn sie nicht fortgesetztem oder zusätzlichem Stress ausgesetzt sind.

Beim systematischen Vergleich mit verheirateten Personen fand sich bei Geschiedenen tendenziell ein niedrigeres Niveau psychischen Wohlbefindens, das u. a. in vermindertem Glücksgefühl, vermehrten Symptomen psychischer Belastung wie Depressionen und psychosomatischen Beschwerden und einem eher negativen Selbstkonzept zum Ausdruck kommt. Geschiedene Personen haben zudem mehr gesundheitliche Probleme und ein erhöhtes Risiko der Sterblichkeit. So kann durch die Belastungssituation eine Überproduktion der corticoiden Hormone ausgelöst werden, was eine Schwächung der Abwehrkräfte bewirkt (Frederic 1971). Diese kann, in Verbindung mit einem riskanteren Lebensstil, der gleichfalls häufiger bei Geschiedenen festzustellen ist, bei einer Minderheit zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus, Zirrrosen, Tuberkulose und Lungenkrebs führen (Beelmann 1994). Auch Alkohol- und Drogenmissbrauch treten verstärkt auf. Bei Geschiedenen zeigen sich zudem verstärkt Variablen, die als Mediatoren der langfristigen Auswirkungen einer Scheidung auf das Wohlbefinden betrachtet werden können, wie z. B. soziale Isolation, weniger befriedigende sexuelle Beziehungen und das vermehrte Auftreten negativer Lebensereignisse. Geschiedene haben einen niedrigeren Lebensstandard und leiden unter größeren ökonomischen Belastungen als Verheiratete. Letzteres gilt insbesondere für geschiedene Frauen.

Eine wichtige Rolle spielen Variablen wie soziale Isolation und vermehrtes Auftreten negativer Lebensereignisse

In einer kleinen Anzahl von Studien fanden sich jedoch auch Verbesserungen infolge einer Scheidung, insbesondere bei betroffenen Frauen. Hier werden vermehrte Autonomie und persönliches Wachstum genannt. Aus einer prozessorientierten Perspektive müssten die genannten Beeinträchtigungen bereits vor der juristischen Scheidung beginnen. Dies konnte in Längsschnittstudien bestätigt werden. Demnach findet sich das höchste Stressniveau vor dem Entschluss zur Scheidung. An zweiter Stelle steht die Zeit des Scheidungsentschlusses und erst auf dem dritten Rang die Zeit nach der Trennung. Gleichzeitig sind Selektionseffekte wirksam. So führen persönliche Dispositionen wie Alkoholmissbrauch oder Depression, aber auch ein erhöhtes Konfliktniveau in der Herkunftsfamilie und eine geringe Bindung an die Eltern mit größerer Wahrscheinlichkeit zu einer späteren

Scheidung. Dies gilt jedoch nur für einige Gruppen von Probanden. Eine bislang ungelöste Frage der Forschung ist es, ob Scheidung eine zeitweilige Krise darstellt, von der die meisten Betroffenen sich erholen, oder eine Ursache unbegrenzter chronischer Belastung darstellt. Die Evidenz zu diesem Thema legt nahe, dass für einen Teil der Betroffenen ein Krisenmodell, für andere jedoch ein Modell chronischer Belastung besser passt.

Die Anpassung an Scheidung wird durch eine Reihe intervenierender und moderierender Variablen beeinflusst

Ausschlaggebend für den individuell unterschiedlichen Verlauf der Anpassung an eine Scheidung sind intervenierende und moderierende Variablen. In Hinblick auf die Elternschaft werden als wichtige intervenierende Variablen für die Anpassung von primär betreuenden Müttern an die Scheidung die Verfügbarkeit angemessener Kinderbetreuung, Verhaltensauffälligkeiten der Kinder und die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder genannt. Dementsprechend ist bei außerhalb lebenden Vätern der Verlust von Kontakt mit den Kindern mit zunehmender Belastung verbunden. Schlechte Anpassungswerte sind zudem mit einem hohen partnerschaftlichen Konfliktniveau, fehlender emotionaler Unterstützung, einem niedrigen Einkommen und der Anzahl und Heftigkeit weiterer belastender Lebensereignisse nach der Scheidung verknüpft. Nach Schmidt-Denter et al. (1997) wird das Gelingen bzw. Misslingen von Anpassungsleistungen entscheidend durch die Gestaltung der nahehelichen Paarbeziehung beeinflusst. Dabei bilden insbesondere die Verringerung des Konfliktniveaus und die Vermeidung reziproker Unzufriedenheit einen protektiven Faktor für die Bewältigung der Trennungssituation durch die Eltern.

Bildungsniveau, Beruf und soziale Netzwerke moderieren die Auswirkungen von Scheidung

Als moderierende Variablen in Hinblick auf die Auswirkungen einer Scheidung werden hingegen Bildungsniveau und Beruf sowie ein umfassendes Netzwerk unterstützender Verwandter und Freunde genannt. Soziale Netzwerke werden jedoch nur dann als hilfreich erlebt, wenn sie tatkräftige Hilfe oder emotionalen Beistand leisten. Wenn hingegen Abhängigkeit einer geschiedenen Person, vor allem vom verwandtschaftlichen Netzwerk, besteht und dieses die Scheidung negativ bewertet, kann das die Anpassung behindern. Von besonderer vorteilhafter Bedeutung scheint hier die Unterstützung durch einen neuen Partner bzw. neue Partnerin oder eine Wiederheirat zu sein, womit zudem der Lebensstandard erhöht wird. Ein weiterer protektiver Faktor kann mit der kognitiven Bewertung von Scheidung verbunden sein. So zeigen insbesondere Personen, für die die Ehe eine lebenslange moralische Verpflichtung darstellt, nach der Scheidung ein hohes Niveau an Belastung. Andere Studien zeigen, dass derjenige, der die Scheidung eingeleitet hat, zwar vor der Trennung stärker belastet, danach jedoch in der Regel besser angepasst ist.

Gleiches gilt für Personen, die eine Vielzahl ehelicher Probleme nennen. Dies lässt sich damit erklären, dass eine aktive Vorgehensweise Situationskontrolle impliziert und zudem eine längerfristige Vorbereitung auf den Übergang ermöglicht.

Nach Hetherington (2003) wird die Mehrzahl der Scheidungen von Frauen eingeleitet, und auch während des Prozesses der Entscheidungsfindung nahmen Männer und Frauen ihre Beziehungen in unterschiedlicher Weise wahr. Nach Gottman (1994) sind Frauen generell sensibler gegenüber den Problemen und der emotionalen Beziehungsqualität ihrer Ehe. Bei den demographischen Variablen finden sich keine eindeutigen Hinweise, dass eine Scheidung auf Männer oder Frauen massiver einwirkt. Einzige Ausnahme ist, dass die ökonomischen Konsequenzen einer Scheidung für Frauen gravierender sind. Demnach ist der Lebensstandard insbesondere von Müttern nach der Scheidung um die Hälfte niedriger als der von Vätern, und sie haben häufiger chronische finanzielle Schwierigkeiten zu bewältigen. Was die Dauer der Ehe betrifft, scheint die Scheidung nach einer sehr kurzen oder einer sehr langen Ehe als weniger belastend erlebt zu werden (Amato 1999).

Frauen und Männer nehmen unterschiedliche Facetten des Trennungsgeschehens wahr

Zweifellos stellt die Scheidung somit eine Bedrohung für das physische, psychische und ökonomische Wohlbefinden von Erwachsenen dar. Zudem zeigen zahlreiche Studien, dass Männer und Frauen in glücklichen Ehen besser angepasst sind als in unglücklichen oder geschiedenen Ehen. Es zeigt sich aber auch, dass die überwiegende Mehrheit der Betroffenen resilient und dazu imstande ist, sich wieder ein normales und befriedigendes Leben aufzubauen. Darüber hinaus scheinen insbesondere einige Frauen durch den Umgang mit der Scheidungsbelastung persönliche Fortschritte zu erzielen.

Auswirkungen auf die Kinder: Eine Scheidung der Eltern impliziert beträchtliche Veränderungen und Stressoren für Kinder und wird zu den am meisten belastenden Lebensereignissen für Kinder gezählt. Die zahlreichen zu dieser Thematik vorliegenden Studien erbrachten zwar äußerst widersprüchliche Ergebnisse. In der Tendenz ist das Risiko von Anpassungsproblemen bei Kindern jedoch zumindest doppelt so hoch wie bei kontinuierlich zusammen lebenden Familien, obwohl auch hier zehn Prozent der Kinder ernsthafte Probleme in ihrer psychischen und sozialen Anpassung haben. Vergleichbare Befunde erbringen deutsche Studien (Hahlweg u. a. 1998; Schmitz/Schmidt-Denter 1999; Walper 2002). Insbesondere Hetherington/Kelly (2002) bezweifeln im Weiteren, dass Scheidung generell ein langfristig zerstörerisches Potential enthält und sprechen von einer Übertreibung, die

Scheidungsfolgen für Kinder nicht immer negativ

mittlerweile zu einer self-fulfilling prophecy geworden sei. Demnach erfahre eine Minderheit der Scheidungskinder im Erwachsenenalter aus der elterlichen Scheidung sogar eine Bereicherung, was die Entwicklung bestimmter Kompetenzen betreffe. Auch diese Beobachtung stimmt mit den Ergebnissen neuerer deutscher Studien überein (vgl. Walper/Schwarz 1999). Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Scheidungskinder einen unproblematischen Entwicklungsverlauf hat, widerspricht letztlich auch der „wissenschaftlich als überholt anzusehenden Vorstellung, Kinder würden sich nur bei verheirateten leiblichen Eltern optimal entwickeln“ (Schneider 2002). Vielmehr sei davon auszugehen, dass eine gesunde psychosoziale Entwicklung mit einem breiten Spektrum familialer Lebensformen vereinbar ist.

Bei den Auswirkungen einer elterlichen Scheidung auf das Leben der Kinder ist zunächst zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Scheidungsfolgen zu unterscheiden: So ist die anfängliche Phase der Elterntrennung für die große Mehrheit der betroffenen Kinder recht belastend. Für einige Kinder beginnt der Stress infolge eines hohen elterlichen Konfliktniveaus schon vor der Trennung. Die meisten Kinder scheinen jedoch auf die Elterntrennung emotional nicht vorbereitet zu sein.

Viele Untersuchungen, die nach 1990 durchgeführt wurden, nennen als kurzfristige negative Folgen einer elterlichen Scheidung für Kinder Auswirkungen auf den schulischen Erfolg, das Verhalten, die psychische Anpassung, das Selbstkonzept und die soziale Kompetenz. Die Ausprägung in diesen Bereichen scheint jedoch eher gering zu sein (Amato/Keith 1991). Im Allgemeinen vermindern sich diese krisenbezogenen kindlichen Reaktionen in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren oder verschwinden ganz. Längsschnittstudien verweisen jedoch darauf, dass eine Korrelation nicht mit Verursachung gleichzusetzen ist. Von daher ist die Fehlanpassung mancher Scheidungskinder möglicherweise nicht alleine in der Trennung der Eltern begründet, sondern kann entsprechend einer prozessualen Sichtweise durch Faktoren beeinflusst sein, die bereits vor der Scheidung wirksam waren.

Was die mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Scheidung der Eltern auf die Kinder betrifft, wird in der Literatur zwischen drei wesentlichen Bereichen unterschieden:

Psychische Probleme: Betroffen von einer Scheidung der Eltern bzw. einem hohen elterlichen Konfliktniveau sind mittelfristig insbesondere das Selbstwertgefühl der Kinder, soziale und kognitive Kompetenzen sowie die schulischen Leistungen. Scheidungskinder zeigen vermehrte

Tendenzen zu externalisierenden und internalisierenden Bewältigungsstrategien, wobei letztere mit größerer Wahrscheinlichkeit bei einem hohen elterlichen Konfliktniveau und der Involvierung des Kindes in die elterlichen Konflikte zu beobachten sind.

Eltern-Kind-Beziehung: In Längsschnittstudien zeigt sich, dass eine Scheidung der Eltern in der Kindheit die emotionale Bindung der Kinder an ihre Eltern mittelfristig schwächt (Amato/Booth 1997; Hetherington/Kelly 2002). Dies ist darauf zurückzuführen, dass auf Seiten der Eltern im Kontext ehelicher Probleme häufig eine verminderte Zuwendung zum Kind, weniger Übereinstimmung, weniger Unterstützung und Austausch von Hilfe praktiziert wird. Nach Amato (2003) fanden sich die stärksten langfristigen Auswirkungen einer elterlichen Scheidung bei der Vater-Kind-Beziehung. Demnach hatten 35 Prozent der Scheidungskinder zu Beginn des Erwachsenenalters eine relativ schwache Beziehung zu ihrem Vater. Dies ist auch bei Kindern mit einer vormals guten Vaterbeziehung der Fall. Hiervon ist insbesondere die Vater-Tochter-Beziehung betroffen. Dabei ist in Hinblick auf langfristige Scheidungsfolgen für die Eltern-Kind-Bindungen klar zu unterscheiden zwischen dem in der Kindheit eher abwesenden Elternteil (also meist dem Vater) und dem Elternteil (meist der Mutter), mit dem man in Kindheit und Jugend die meiste Zeit verbracht hat. Kinder, die bei einer getrennt lebenden bzw. geschiedenen Mutter aufgewachsen sind, berichten später im Erwachsenenalter sogar eher von einer engeren Bindung zu ihr (Szydlik 2000: 201ff; siehe auch Kap. IV.3.2.2).

Probleme in der Partnerschaft: Infolge einer elterlichen Scheidung wurden in verschiedenen Studien Schwierigkeiten der Kinder im Partnerschaftsbereich festgestellt, wie z. B. weniger Verabredungen, Schwierigkeiten, einen Partner oder eine Partnerin zu finden, vermindertes Glücksgefühl. In verschiedenen Studien zeigt sich übereinstimmend, dass die elterliche Scheidung das Risiko einer instabilen Ehe bei den Kindern steigert. Wenn beide Partner einer Scheidungsfamilie entstammen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Trennung noch größer. Im Weiteren sind mehrere, die Ehe betreffende Übergänge auf Seiten der Eltern mit einem signifikant höheren Scheidungsrisiko für die Kinder verknüpft als eine einmalige elterliche Scheidung.

Moderierende Faktoren: Es gibt verschiedene Auffassungen darüber, welche Faktoren die Auswirkungen einer elterlichen Scheidung auf die Kinder beeinflussen können, bzw. letztlich dafür verantwortlich sind. Neben Faktoren der Persönlichkeit von Eltern und Kind werden die Qualität

Kurzfristige und langfristige Folgen von Scheidung unterscheiden sich

Langfristige Folgen für die Vater-Kind-Beziehung

Negative Folgen für den Aufbau von Beziehungen

Mittel- und langfristige Folgen für Selbstwertgefühl und kognitive sowie schulische Kompetenzen

Wichtige moderierende Faktoren sind die Qualität der Beziehungen und das elterliche Erziehungsverhalten

der Eltern-Kind-Beziehung und das elterliche Erziehungsverhalten genannt. Insbesondere wird hier die Bedeutung des elterlichen Modells für kompetentes Beziehungs- und Problemlösungsverhalten thematisiert. Auch der Kontakt des Kindes zum außerhalb lebenden Elternteil scheint eine wichtige Rolle zu spielen. Die drastische Abnahme der Zeit, die Kinder in der Regel mit dem außerhalb lebenden Vater verbringen, ist auf verschiedene psychische, zwischenelterliche und institutionelle Barrieren zurückzuführen. Auch die häufig vorkommenden Umzüge eines Elternteils können gravierende Auswirkungen auf die Kontaktgestaltung haben. Die Wiederheirat der Eltern und die Bedürfnisse weiterer Kinder vermindern gleichfalls die elterliche Verantwortlichkeit gegenüber den Kindern der früheren Ehe.

Daneben ist die Einstellung der Mütter für die Aufrechterhaltung von Vater-Kind-Beziehungen in der Zeit nach der Scheidung von großem Einfluss. Die vorliegende Forschung zeigt, dass Mütter während der Ehe wie nach der Scheidung eine Wächterfunktion im Hinblick auf väterliches Engagement bei den Kindern ausüben. Nicht zuletzt ist hier das Phänomen der Kontaktverweigerung des Kindes zu erwähnen, bei dessen Erforschung neben den klassischen forensisch-psychiatrischen Ansätzen zunehmend innovative systemische und handlungsorientierte Ansätze an Bedeutung gewinnen. Während in den forensisch-psychiatrischen Ansätzen eine Hauptursache für die schwierige Familiendynamik in der missbräuchlichen Instrumentalisierung des Kindes durch den Elternteil gesehen wird, mit dem es zusammenlebt, ist den systemischen Modellen gemeinsam, dass sie nach differenzierteren Erklärungsansätzen suchen, wonach beide Eltern ihren Anteil an der Problematik haben. Von Bedeutung sind hier u. a. Besuchsregelungen, die mit den entwicklungsgemäßen psychischen und sozialen Bedürfnissen der Kinder übereinstimmen.

Wichtige moderierende Faktoren sind das elterliche Konfliktniveau und die Involvierung des Kindes

Auf der Partnerebene wurden das elterliche Konfliktniveau, Häufigkeit, Intensität und Inhalte der Konflikte sowie insbesondere deren Fortbestehen nach der Trennung und die Involvierung des Kindes als wesentliche Variablen identifiziert. 20 Jahre nach der Bahn brechenden Arbeit von Emery (1982) liegen zahlreiche Studien vor, die bestätigen, dass die Konflikte zwischen den Eltern bessere Vorhersagen in Hinblick auf die kindliche Anpassung zulassen als die Familienstruktur per se und dass in vielen Fällen Scheidungs-„Effekte“ in Wirklichkeit Auswirkungen des damit assoziierten Konfliktes reflektieren. Ein hohes elterliches Konfliktniveau scheint Auswirkungen auf nahezu jede Dimension der kindlichen Befindlichkeit zu haben. Aufschlussreich in Hinblick auf Intervention und Prävention

ist es von daher, näher zu betrachten, welche Aspekte der elterlichen Konflikte besonders belastend für die Kinder sind. Im Überblick zeigt sich, dass die Häufigkeit von Konflikten hierbei von geringerer Bedeutung ist als andere Charakteristiken, wie Erfolg bei der Bewältigung von Konflikten sowie deren Ausdrucksform und Inhalt, vor allem die dabei praktizierte Involvierung der Kinder. Insgesamt ergab sich, dass Kinder aus Familien mit hohem Konfliktniveau, in denen beide Eltern den Kontakt aufrechterhielten, die meisten Probleme zeigten. Als besonders schädlich für die kindliche Befindlichkeit erwiesen sich wiederholte gerichtliche Auseinandersetzungen der Eltern, häufige Streitigkeiten der Eltern ohne effektive Lösung und Anschuldigungen sowie die Verwicklung der Kinder in Loyalitätskonflikte. Bemerkenswert ist darüber hinaus das Ergebnis, dass Kinder geschiedener Eltern häufig unter einer schlechteren Befindlichkeit litten, wenn zwischen den Eltern ein niedriges Konfliktniveau vorlag. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass bei ausgeprägten elterlichen Konflikten die Trennung eine Entlastung für die Kinder mit sich bringen kann, wenn die Situation sich dadurch beruhigt. Bei einem niedrigen Konfliktniveau nehmen die betroffenen Kinder hingegen möglicherweise ausschließlich negative Effekte der Elterntrennung auf ihr Leben wahr.

Was die Inhalte elterlicher Konflikte betrifft, wirken sich elterliche Auseinandersetzungen, die von Diffamierung und Sabotage der Beziehung des Kindes zum anderen Elternteil gekennzeichnet sind und bei denen das Kind negativ im Mittelpunkt steht, am schlimmsten auf die kindliche Befindlichkeit aus. Im Hinblick auf die elterlichen Bewältigungskompetenzen sind die Fähigkeiten, sich vom ehemaligen Partner bzw. der ehemaligen Partnerin abzugrenzen, zwischen der Partner- und der Elternebene zu differenzieren, die Trennung zu akzeptieren, eine positive oder zumindest neutrale Einstellung gegenüber dem ehemaligen Partner bzw. der ehemaligen Partnerin zu haben, sowie die Fähigkeit zu Kompromiss- und Lösungsfindung und zur Kooperation zu berücksichtigen. Keine eindeutige Evidenz konnte dafür gefunden werden, ob sich ein zwischenelterlicher Konflikt im Vorfeld der Scheidung oder danach schlimmer auf die kindliche Befindlichkeit auswirkt. Letztlich erweist sich auch bei dieser Dimension, dass es nicht die Trennung per se ist, die den Kindern die größten Probleme bereitet, sondern die Art ihres Vollzugs und die oft jahrelang andauernden familialen Konflikte und Streitigkeiten. Von daher erscheint es als dringend notwendig, das öffentliche Interesse weniger auf die juristische Dimension der elterlichen Beziehung als auf deren psychosoziale Qualitäten zu konzentrieren.

Besonders abträglich für das Kind sind gerichtliche Auseinandersetzungen der Eltern

Nicht die Trennung per se bereitet die größten Probleme, sondern die Art ihres Vollzugs

Neben den genannten Aspekten sind Kinder im Kontext der Elterntrennung nicht selten weiteren Risikofaktoren ausgesetzt oder belastende Aspekte treten gehäuft auf. Rutter (1979) überprüfte Störungen bei Kindern als Funktion der Anzahl von Risiken, mit denen sie im Laufe ihres Lebens konfrontiert waren. Demnach zeigten Kinder, die einem Risiko ausgesetzt waren, keine erhöhte Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Anpassungsproblemen. Kinder, die zwei Risiken ausgesetzt waren, zeigten eine vierfach erhöhte Rate von Störungen. Kinder, die vier oder mehr Risiken bewältigen mussten, zeigten einen zehnfachen Zuwachs an Störungen. Nach Jenkins (2000) lag die Störungsrate von Kindern, die zwei Risiken ausgesetzt waren, bei 16 Prozent, bei vier oder mehr Risiken jedoch bei 50 Prozent. Diese Daten bestätigen, dass Risiken sich verbinden und schädliche Effekte multiplizieren können. Zwar ist nur ein geringer Prozentsatz von Kindern in ihrem Leben vier oder mehr Risikofaktoren ausgesetzt, in manchen Familien treten diese jedoch gehäuft auf. So erhöhen bestimmte Faktoren in der Persönlichkeit eines Elternteils sowie ein niedriges Einkommen gleichermaßen das Risiko einer Scheidung wie das Auftreten weiterer belastender Ereignisse. Von daher unterliegen Kinder, die eine Scheidung der Eltern erleben müssen, mit größerer Wahrscheinlichkeit als andere Kinder der Gefahr, in ihrem Leben multiple Risiken zu erfahren.

Zur eigentlichen Scheidung kommen meist weitere Risikofaktoren hinzu

Schließlich wird behauptet, dass die Belastungen für Scheidungskinder primär aus den Risikofaktoren resultieren, die mit der häufig im Kontext einer Scheidung auftretenden Verschlechterung der ökonomischen Lebenssituation des betreuenden Elternteils zu tun haben. In der Forschung konnten bei einer statistischen Kontrolle des familialen Einkommens die Unterschiede in der Anpassung von Kindern aus geschiedenen und nicht geschiedenen Familien um die Hälfte reduziert werden. Zudem zeigte sich in konsistenter Weise ein Zusammenhang zwischen väterlichen Unterhaltszahlungen nach der Scheidung und positiven Auswirkungen auf die Befindlichkeit der Kinder. Es müssen somit die Begleitumstände der Trennung betrachtet werden, die als Belastungs- oder Unterstützungsfaktoren die kindliche Bewältigung im Reorganisationsprozess der Familie behindern oder fördern können (Expertise Bohrhardt 2004). Daraus ergibt sich, dass nicht die Scheidung per se für die langfristige Befindlichkeit betroffener Kinder verantwortlich ist, sondern eine Vielzahl begleitender Faktoren, die der Intervention zugänglich sind. So tragen effektive Bewältigungsstrategien, die Motivation zur Bewältigung von Herausforderungen sowie die Verfügbarkeit sozialer Ressourcen zur aktiven, konstruktiven und erfolgreichen Auseinandersetzung mit Risikosituationen bei und stellen

Eine wichtige Rolle spielen die ökonomischen Begleiterscheinungen von Scheidung

somit ein wesentliches Ziel präventiver Maßnahmen dar. Hier können die Bildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sich frühzeitig auf die Förderung von Resilienzfaktoren und hierfür relevanter Basiskompetenzen konzentrieren.

IV.2.2.3 Sorgerecht: Rechtliche Regelung und Ausgestaltung der Eltern-Kind-Beziehung

Mit der Kindschaftsrechtsreform vom 1. Juli 1998 vollzog sich ein Paradigmenwechsel in der Philosophie der Rechtsordnung und als Folge davon die Art und Weise, wie die Beziehungen zwischen Kindern und ihren Eltern nach Trennung und Scheidung gestaltet werden (sollten). Der gemeinsamen elterlichen Sorge wurde in der Rechtsprechung ein zentraler Stellenwert eingeräumt, da sich die Auffassung durchgesetzt hat, dass Kinder für ihre weitere psychosoziale Entwicklung beide Eltern benötigen. Dies soll auch angesichts wachsender Scheidungsraten gewährleistet sein, und es soll dazu beitragen, den Übergang der Scheidung zu entdramatisieren. Den Kontakt zu den Eltern aufrechtzuerhalten wurde darüber hinaus als Recht des Kindes (§ 1684, Abs. 1) kodifiziert. Den Eltern wurde in erster Linie die Pflichtaufgabe der Pflege der Kind-Eltern-Beziehung und (nachrangig) das Recht auf ihre Beziehung zum Kind zugewiesen. Damit hat der Gesetzgeber den Vorrang der kindlichen Rechtsposition hervorgehoben und den Eltern die Pflicht auferlegt, dem Anspruch des Kindes auf eine kontinuierliche Beziehung zu beiden Eltern gerecht zu werden. Seit geraumer Zeit befasst sich die Scheidungsforschung mit den Auswirkungen unterschiedlicher Sorgerechtsalternativen auf die weitere Entwicklung des Familiensystems nach Trennung und Scheidung und mit resultierenden Konsequenzen für die Ausgestaltung der Eltern-Kind-Beziehungen bzw. auf die kindliche Entwicklung. Im Folgenden soll ein Überblick über den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand gegeben werden über in der Rechtsanwendung praktizierten Sorgerechtsformen und die Bedingungsfaktoren, die in diesem Kontext die kindliche Entwicklung moderieren bzw. beeinflussen.

Kindschaftsrechtsreform: Kinder brauchen beide Eltern

Direkte Konsequenzen der Sorgerechtsform für die kindliche Anpassung: Aktuelle US-amerikanische Studien, welche die Anpassung der Kinder bei verschiedenen Sorgerechtsalternativen überprüften, erbrachten, dass der Sorgerechtsstatus per se keine signifikanten Vorhersagen bezüglich der kindlichen Anpassung in der Nachscheidungszeit zulässt. Demnach erweisen sich familiäre Prozesse, welche die Grundlage für unterschiedliche Muster von Eltern-Kind-Interaktionen bilden, letztlich als stärker bestimmend für

Nicht die formellen Regelungen entscheiden, sondern die familialen Prozesse

die kindliche Befindlichkeit als die Regelung des Sorgerechts. So wurden zwar in deskriptiven Studien vermehrtes Selbstwertgefühl und Kompetenz sowie verminderte Verlustgefühle bei Kindern mit gemeinsamem Sorgerecht der Eltern festgestellt, es wurde aber auch bemerkt, dass ein beträchtlicher Anteil der Kinder sichtlich belastet und überfordert war (McKinnon/Wallerstein 1986; Steinman u. a. 1986). In der Metaanalyse von Amato/Gilbreth (1999) zeigten Kinder bei gemeinsamer elterlicher Sorge bessere Anpassung in ihren Beziehungen zu Vater und Mutter und verbrachten mehr Zeit mit dem außerhalb lebenden Elternteil. Auch die Metaanalyse von Bauserman (2002) erbrachte ähnliche Ergebnisse. Demnach können in Hinblick auf die gemeinsame elterliche Sorge verschiedene familiäre, emotionale, verhaltensbezogene und schulische Variablen von Vorteil für Kinder sein. Die Ergebnisse besagen aber nicht, dass gemeinsame elterliche Sorge unter allen Umständen die zu bevorzugende Sorgerechtsalternative ist. So bestehen letztlich wesentliche Unterschiede darin, wie eine Sorgerechtsform definiert und wie sie tatsächlich gelebt wird. Die wesentlichen Determinanten familialer Anpassung, die in der Literatur zur gemeinsamen elterlichen Sorge erfasst wurden, sind Charakteristiken von Eltern und Kind und deren Anpassung sowie die Eltern-Kind-Beziehungen.

Höherer sozioökonomischer Status erleichtert gemeinsame Sorge

Im Hinblick auf Charakteristiken der Eltern, die sich auf die Qualität der gemeinsamen Ausübung von Elternverantwortung auswirken, zeigt sich, dass Familien, die eine gemeinsame elterliche Sorge befürworten, in der Regel einen höheren sozio-ökonomischen Status haben als Vergleichsgruppen mit alleinigem Sorgerecht. Sie leben hauptsächlich in der Großstadt und verfügen über ein höheres Niveau von Bildung und Einkommen. In verschiedenen Untersuchungen wird in Hinblick auf die Gestaltung der familialen Beziehungen in der Nachscheidungszeit eine größere Zufriedenheit der Eltern mit dem gemeinsamen Sorgerecht genannt. Sogar wenn die Eltern diese Alternative anfänglich nicht unbedingt gewünscht hatten, änderten sie nach sechs bis zwölf Monaten ihre Einstellung dazu. Dies gilt gleichermaßen für Väter und Mütter. Zufriedene Eltern hatten in der Folge eher geringe oder gemäßigte Konflikte miteinander und sie beschreiben den Expartner mit größerer Wahrscheinlichkeit als engagiert und bei Bedarf verfügbar. Die Mehrzahl der zufriedenen Eltern würde diese Regelung des Sorgerechts auch anderen Familien empfehlen. Sie schränken ihre Aussage jedoch dahingehend ein, dass ein gemeinsames Sorgerecht nicht für alle Familien geeignet sei. Der erforderlich enge Kontakt mit dem vormaligen Partner oder der vormaligen Partnerin erfordere Kompromisse und Opfer.

Nur wenige Untersuchungen gehen bei der Frage nach den elterlichen Kompetenzen, die mit der Fähigkeit assoziiert sind, Elternschaft gemeinsam zu praktizieren, über ernsthafte psychische Erkrankungen oder Anpassungsprobleme sowie missbrauchendes oder vernachlässigendes Verhalten hinaus. Wichtige Voraussetzungen für kooperatives Elternverhalten sind demnach, neben Empathie, Flexibilität und Abgrenzung, die Fähigkeit, zwischen persönlichen Bedürfnissen und der kindlichen Perspektive zu differenzieren sowie in Hinblick auf emotionale Erwartungen zwischen der Eltern- und Partnerebene zu trennen. Wenig Erfolg versprechend sind hingegen Bewältigungsstrategien wie Schuldzuweisung, Verletztheit und Zorn.

Bei den Charakteristiken der Kinder, bei denen sich die gemeinsame elterliche Verantwortung als besonders effektiv erweist, wurden insbesondere Geschlecht und Alter untersucht. In der empirischen Forschung finden sich kaum Unterschiede zwischen den Reaktionen und der Anpassung von Jungen und Mädchen beim Modell einer gemeinsamen elterlichen Sorge. Einige Studien legen jedoch nahe, dass vor allem Jungen von gemeinsamer Elternschaft profitieren, was verhaltensbezogene und emotionale Probleme sowie eine negative Erwartungshaltung betrifft, da diese häufiger im elterlichen Konflikt trianguliert und instrumentalisiert werden als Mädchen. Trotz der entwicklungspezifisch unterschiedlichen Aufgaben und Probleme im Kontext der elterlichen Scheidung scheint eine fortgesetzte positive Beziehung zu beiden Eltern für alle Altersstufen von Vorteil zu sein. Man weiß jedoch bislang wenig darüber, wie viel Kontaktzeit Kinder verschiedener Entwicklungsstufen brauchen, um in ihrer Beziehung zum außerhalb lebenden Elternteil positive Langzeitergebnisse zu erzielen. Zwei Altersstufen sind von einer Scheidung der Eltern besonders schwer betroffen: Kleinkinder und Jugendliche. Sie brauchen besondere Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme bezüglich Autonomie und Beziehungsgestaltung, die in diesen Entwicklungsstadien vermehrt auftreten.

Jungen scheinen besonders von der gemeinsamen elterlichen Sorge zu profitieren

Die Altersgruppe der Kinder im Alter von weniger als sechs Jahren wird am häufigsten mit den Auswirkungen einer elterlichen Trennung und Scheidung konfrontiert und umfasst 60 bis 65 Prozent der Kinder größerer Untersuchungsstichproben. In den betroffenen Familien fehlt zudem mit größerer Wahrscheinlichkeit die elterliche Übereinstimmung bezüglich der Regelung des Sorgerechts als bei älteren Kindern. Paare mit kleinen Kindern hatten in der Regel weniger Zeit, sich an Partnerschaft und Elternschaft anzupassen; sie sind mit größerer Wahrscheinlichkeit jünger, haben ein niedrigeres Bildungsniveau und geringere ökonomische Ressourcen als äl-

Jüngere Kinder quantitativ am stärksten betroffen: Auch sie profitieren von gemeinsamer Sorge

tere Paare. Die Daten für diese Kinder stimmen jedoch mit wenigen entwicklungsbezogenen Ausnahmen mit den Ergebnissen anderer Altersstufen überein. Demnach kann es selbst Kleinkindern auch dann gut gehen, wenn sie für Tage und sogar über Nacht von ihrer Mutter getrennt sind. Übernachtungen beim außerhalb lebenden Elternteil sind für sie nicht inhärent schädlich. Kleinere Kinder benötigen jedoch ein höheres Niveau an Kooperationsbereitschaft auf Seiten ihrer Eltern als ältere Kinder.

Jugendliche, deren Eltern das gemeinsame Sorgerecht praktizieren, zeigen in der Regel weniger Depressionen, bessere schulische Leistungen und sie bewerten ihre Probleme insgesamt als weniger schwerwiegend als eine Vergleichsgruppe. Signifikante Unterschiede zugunsten der Alternative des gemeinsamen Sorgerechts sind zudem bei einer Anzahl von Variablen zu beobachten, welche die Eltern-Kind-Beziehung und dabei insbesondere die Dimensionen Nähe und Kontrolle betreffen. Bei Teenagern können im Übrigen schon kurze gemeinsam verbrachte Zeitspannen ausreichen, um eine enge Beziehung zum außerhalb lebenden Elternteil herzustellen und aufrechtzuerhalten. Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass ältere Kinder sich mit jeder Form der Regelung des Sorgerechts positiv entwickeln können, solange sie fortgesetzte Unterstützung durch ihre Eltern erfahren, wenn sie eine geringe Anzahl von Stressoren in ihrer Lebensführung haben, ihr Wohnsitz stabil und der elterliche Haushalt gut organisiert ist. Diese Voraussetzungen dürften jedoch bei gemeinsamer Ausübung der elterlichen Verantwortung eher gewährleistet sein.

In Hinblick auf die Eltern-Kind-Kontakte und -Beziehungen konzentrierte sich die Mehrzahl der Untersuchungen zum gemeinsamen Sorgerecht auf die Vater-Kind-Beziehung, insbesondere den Umfang des väterlichen Engagements unter längerfristiger Perspektive. Kinder, deren Eltern ein gemeinsames Sorgerecht innehaben, sehen demnach den außerhalb lebenden Elternteil häufiger und vollziehen mehr Übergänge zwischen den elterlichen Haushalten als bei alleinigem Sorgerecht. Zudem bleibt bei gemeinsamer elterlicher Sorge der Kontakt zum außerhalb lebenden Elternteil mit größerer Wahrscheinlichkeit langfristig erhalten. Die Scheidungsliteratur hat darüber hinaus gezeigt, dass sich Kinder fürsorgliche Beziehungen mit beiden Eltern wünschen und davon profitieren. Die Quantität der Zeit, die Kinder mit ihren Eltern verbringen, ist hierbei von untergeordneter Bedeutung, ausschlaggebend ist vielmehr die Qualität der Beziehung. In hochstrittigen Familien ist hingegen vermehrter Kontakt zwischen dem Kind und seinem außerhalb lebenden Elternteil mit emotiona-

len und verhaltensbezogenen Problemen beim Kind verbunden.

Das gemeinsame Sorgerecht kann sich hierbei insofern förderlich auswirken, als ein Elternteil, der sich in seiner Rolle im Leben des Kindes als gleichwertig fühlt, regelmäßigen Kontakt zu ihm hat und an seinen Aktivitäten partizipiert, sich vermehrt engagieren und elterliche Verantwortung übernehmen wird. Insbesondere ältere Kinder, die eine gute Beziehung zum außerhalb lebenden Elternteil pflegen, haben zudem häufig auch zum primär betreuenden Elternteil eine engere Beziehung als dies im Scheidungsfall die Regel ist.

Insgesamt lässt sich aus den Untersuchungsergebnissen folgern, dass das gemeinsame Sorgerecht den Eltern Unterstützung bietet, die motiviert sind, sich bei ihren Kindern zu engagieren. Sie zeigen Zufriedenheit, dass der juristische Status dies reflektiert und praktizieren auch langfristig zuverlässige elterliche Verantwortlichkeit, während bei alleinigem Sorgerecht eines Elternteils vermehrt der Rückzug des anderen Elternteils zu beobachten ist. Die Forschung hat jedoch nicht zureichend aufgeklärt, ob ein gemeinsames Sorgerecht ein vermehrtes Bewusstsein gemeinsamer elterlicher Verantwortung fördert. Interessanterweise bringen langfristig auch solche Eltern Zufriedenheit mit der Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge zum Ausdruck, die diese anfänglich nicht favorisiert hatten.

In Hinblick auf die Auswirkungen einer elterlichen Scheidung auf die Anpassung der betroffenen Kinder werden der ökonomische Status der Familie und das elterliche Konfliktniveau als zentrale Einflussvariablen genannt. Von daher ist von Interesse, welche Erkenntnisse über den Zusammenhang dieser Dimensionen mit der Ausübung gemeinsamer elterlicher Verantwortung vorliegen.

Leistung von Kindesunterhalt: Durch Form und Umfang der finanziellen Unterstützung von Frau (Mann) und Kindern werden nicht nur die Lebenssituation der Familie, sondern auch Art und Umfang des elterlichen Konfliktes, die Ressourcen und Umgebungsbedingungen, die einem Kind verfügbar sind, entscheidend beeinflusst. Der Zusammenhang zwischen der praktizierten Regelung des Sorgerechts und dem sozioökonomischen Status des Kindes ist insofern schwer zu erfassen, als Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht tendenziell einen höheren Bildungsstand und bessere finanzielle Möglichkeiten haben. Zudem bestehen insbesondere bei der gemeinsamen elterlichen Sorge beträchtliche Unterschiede zwischen dem rechtlichen Status und der Aufteilung der Betreuungszeiten, was sich auf die Möglichkeiten zu Berufstätigkeit und die Unterhaltsan-

Jugendliche sind die Gewinner des gemeinsamen Sorgerechts

Gemeinsames Sorgerecht intensiviert Kontakt zum außerhalb lebenden Elternteil

Gemeinsames Sorgerecht bietet motivierten Eltern Unterstützung

Gemeinsames Sorgerecht scheint Zuverlässigkeit der Unterhaltszahlungen zu erhöhen

sprüche auswirkt. Es finden sich jedoch gewisse Zusammenhänge zwischen einem gemeinsamen Sorgerechtsstatus und der Zuverlässigkeit väterlicher Unterhaltsleistungen. So erbrachte die Studie von Pearson/Thoennes (1986), dass Väter mit gemeinsamem Sorgerecht die höchsten Werte bei der Verlässlichkeit ihrer Zahlungen aufwiesen (85 bis 94 Prozent), während die Regelmäßigkeit bei Vätern mit alleinigem Sorgerecht der Mutter nur zu 65 Prozent gewährleistet war. Zudem scheinen außerhalb lebende Väter mit gemeinsamer elterlicher Sorge vermehrt finanzielle Extraleistungen für ihre Kinder zu erbringen (Chambers 1979). In anderen Untersuchungen konnten diese Ergebnisse jedoch nicht bestätigt werden (Peters u. a. 1993). Diese Inkonsistenzen können möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass Unterhaltszahlungen des Vaters in signifikanter Weise mit zwischenelterlicher Kooperation und der Beziehung zwischen Vater und Mutter verknüpft sind (Ahrns/Miller 1993).

Kooperation und Konflikt: Ein zentraler Einwand gegen die Praktizierung gemeinsamer elterlicher Sorge ist, dass diese Regelung häufige Interaktionen zwischen den ehemaligen Partnern notwendig macht, deshalb hohe Anforderungen an Kooperation und Kommunikation stellt und damit das Potential für fortgesetzten Konflikt und Feindseligkeit impliziert. Diese generelle Aussage wird in der Forschung jedoch nur partiell bestätigt. Insgesamt ist eine differenziertere Sicht angebracht, auch was den Zusammenhang zwischen familialer Gewalt und gemeinsamer elterlicher Verantwortung betrifft. Von Interesse ist nicht zuletzt die Frage, inwieweit die gemeinsame elterliche Sorge dazu beiträgt, familiäre Konflikte zu reduzieren, die auf der juristischen Ebene ausgetragen werden.

Konsequenzen für die Rechtsanwendung:

Die Forschung zur gemeinsamen elterlichen Sorge hat einige fundamentale Erkenntnisse erbracht, die bei der zukünftigen Entscheidungsfindung nicht unberücksichtigt bleiben sollten: Der juristische Sorgerechtsstatus an und für sich ist nicht in signifikanter Weise mit der zwischenelterlichen Beziehung oder der kindlichen Anpassung verknüpft. Väter mit gemeinsamem Sorgerecht waren nach der Scheidung zufriedener, was längerfristig eine positive Auswirkung auf ihr Engagement bei den Kindern hat. Bei diesen Eltern kann die Regelung eine natürliche Tendenz zu kindbezogener elterlicher Kooperation nach der Scheidung verstärken. Bei Familien mit hohem Konfliktniveau ist das gemeinsame Sorgerecht nicht geeignet, die Beziehung zu restaurieren. Wenn die Eltern zudem nicht imstande sind, ihre Konflikte auf die partnerschaftliche Ebene zu begrenzen, kann sich dies destruktiv auf die Kinder auswirken. Dies legt folgende Schlussfolgerungen nahe:

- Aufgrund von Idealvorstellungen über die Vorbedingungen gemeinsamer elterlicher Verantwortung gibt es weiterhin beträchtliche Vorbehalte gegenüber dieser Sorgerechtsform. Die Literatur zeigt jedoch, dass mehr Familien als bislang angenommen sich erfolgreich elterliche Verantwortlichkeiten teilen können.
- Anschuldigungen wegen sexuellem Missbrauch und der Ausübung von Gewalt spielen eine zentrale Rolle bei gerichtlichen Entscheidungen zum Sorgerecht. Seit der Einführung der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regelfall haben derartige, in der Mehrheit der Fälle nicht substantiell begründete Vorbehalte stark zugenommen. Dem ist mit fachkundlicher Abklärung entgegenzuwirken.
- In der Intervention ist eine stärkere Spezifizierung angemessener Behandlungsformen notwendig: So gibt es Familien, die gemeinsame Elternschaft zwar positiv bewerten, die jedoch zum Trennungszeitpunkt ein hohes Konfliktniveau haben. Diese Paare könnten von Kurzzeit-Interventionen profitieren. Andere Familien brauchen umfassendere Hilfe, um die dem aktuellen Konflikt zugrunde liegende Dynamik zu bewältigen. Die Intervention sollte hier so früh wie möglich einsetzen und nach der Trennung längerfristig fortgesetzt werden. Die Förderung der familialen Allianz im Verlauf des Scheidungsprozesses trägt dazu bei, auf Seiten der betroffenen Eltern vernünftige Entscheidungen zu fördern. Es wird schließlich mehr Information über effektive Interventionen bei Familien mit hohem Risiko benötigt.
- Veränderungen müssen sich nicht zuletzt auf das juristische System selbst konzentrieren: So wird die aggressive Verteidigung eines Klienten immer noch häufig als Bedingung für juristische Beistandschaft bewertet oder vom Klienten gefordert, auch wenn die Interessen des Kindes darunter leiden. Die verfügbaren juristischen Optionen müssen zudem wissenschaftlich überprüft werden. Das Bewertungssystem des einzelnen Richters ist hier gleichermaßen von Interesse wie Entscheidungen zum Sorgerecht in Zusammenhang mit einem neutralen Gutachter, die Einflussnahme eines Verfahrenspflegers oder Entscheidungen in verschiedenen Stadien des Prozessverlaufs. Die Methodik einer vermittelnden Vorgehensweise ist weiter zu verbessern. Insbesondere muss eruiert werden, wie Eltern effektiv daran gehindert werden können, Vereinbarungen zu missachten und ihre Kinder im Kampf um Elternrechte zu instrumentalisieren.

Schlussfolgerungen

Forschung legt nahe, dass gemeinsame Sorgerechtsausübung im Prinzip gut funktioniert

Rahmenbedingungen entscheiden wesentlich über den Erfolg gemeinsamer Sorge

Durch Erkenntnisse zu diesen Fragen können die Dimensionen gemeinsamer Elternschaft im Detail dargestellt und die juristischen und psychologischen Prozesse erfasst werden, die sie beeinflussen. Diese Erkenntnisse können zur Förderung einer gesunden Anpassung und Entwicklung von Kindern und ihren Familien nach der Scheidung eingesetzt werden. Letztlich zeigt sich, dass es nicht das Modell der gemeinsamen elterlichen Sorge per se ist, das sich belastend auf die Befindlichkeit und Anpassung von Kindern auswirkt, sondern dessen wenig differenzierte, oft nicht den Bedingungen des Einzelfalls Rechnung tragende Anwendung und das Fehlen effektiver Hilfsmaßnahmen.

IV.2.2.4 Scheidung als gesellschaftliches Phänomen

Mittlerweile liegt eine umfassende Forschungsliteratur zu sozialstrukturellen Faktoren vor, die zu den gegenwärtigen hohen Scheidungsraten beigetragen haben (vgl. Expertise Bohrhardt 2004). Beträchtliche Aufmerksamkeit wurde zudem den Auswirkungen einer Scheidung auf die psychische Befindlichkeit von Erwachsenen und Kindern geschenkt. Weniger beachtet wurden hingegen bislang die allgemeinen Konsequenzen von Scheidung für die Gesellschaft, obwohl die hohen Scheidungsraten Anpassungen auf verschiedenen Ebenen, wie z. B. in der Rechtsordnung, notwendig gemacht haben.

Im Folgenden soll unter Bezugnahme auf Amato (1999) dargestellt werden, wie sich die heute gegebene Instabilität der Ehe auf die Familie als Institution sowie auf andere Aspekte des öffentlichen Lebens auswirkt. Hierbei werden Themenbereiche ausgewählt, die für eine große Anzahl von Menschen von Bedeutung sind und für die ausreichende wissenschaftliche Evidenz vorliegt.

Familiale Bindungen

Wachsende Instabilität der Ehe ist nicht der einzige Grund, hat aber beträchtlichen Anteil an verschiedenen grundlegenden Veränderungen in der Gestaltung intimer Beziehungen. So ist im Gegensatz zu früheren Zeiten heute nur ein schwacher Zusammenhang zwischen sexueller Aktivität und Ehe gegeben, und das nichteheliche Zusammenleben ist normativ geworden. Menschen, deren Ehe gescheitert ist sowie junge Erwachsene aus Scheidungsfamilien tendieren mit größerer Wahrscheinlichkeit zu nichtehelichem Zusammenleben als Personen, die nicht die Erfahrung von der Zerbrechlichkeit der Ehe gemacht und in der Folge Zweifel an der Stabilität von Partnerbeziehungen hegen. Das nichteheliche Zusammenleben ist für diese Menschen ein Arrangement, das die Möglichkeit bietet, Intimi-

Nichteheliche Lebensgemeinschaft als neue Lebensphase

tät und Gemeinschaft zu erleben, ohne eine formelle Verpflichtung einzugehen, welche langfristig nicht tragfähig sein könnte. Die wachsende Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften ist somit gleichermaßen Folge wie Ursache der gegebenen Instabilität der Ehe. In der Folge wird die Mehrheit der Menschen in Zukunft, unabhängig davon, ob eine Heirat erfolgte oder nicht, im Laufe ihres Lebens multiple Beziehungen mit verschiedenen Lebenspartnern erfahren. Der Wechsel von einem Modell der lebenslangen Ehe zu einem Modell der „seriellen Monogamie“ repräsentiert eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft.

Dieser Entwicklung ging eine Veränderung der Motive für die Eheschließung voraus. Seit geraumer Zeit zeichnet sich eine radikale Veränderung ab: Der Kindeswunsch steht zunächst nicht im Mittelpunkt der Motivation für eine Ehe. Vielmehr wird die Maximierung des individuellen Glücks in einer auf Dauer angelegten, qualitativ hochwertigen Beziehung angestrebt. Das Neuartige an diesem Ehemodell besteht darin, dass Intimität oder Maximierung des individuellen Glücks in einer Beziehung subjektiv bestimmbare Größen sind. Sie stellt in der Regel das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen den beiden Partnern dar. In der Folge zeigen sich wachsende individuelle Freiheit und der Wunsch, unbefriedigende Verbindungen aufzugeben und nach besseren Perspektiven zu suchen.

Ungleichheit in den Lebensbedingungen von Frau und Mann

Die hohen Scheidungsraten haben dazu beigetragen, die angestrebte gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen erneut in Frage zu stellen. Diese ist in direkter Weise durch einen häufig mit der Scheidung verknüpften ökonomischen Abstieg der Frauen und indirekt mit den daraus resultierenden Folgen insbesondere für weibliche Scheidungskinder bedingt. Von einer Scheidung betroffene und kinderreiche Familien, vor allem aber Familien mit einem allein stehenden Elternteil, sind in der Statistik über die Inanspruchnahme von Sozialhilfe überrepräsentiert. Die Wahrscheinlichkeit, in Armut zu geraten, steigt somit infolge einer Scheidung und mit der Kinderzahl (vgl. Expertise Bohrhardt 2004 u. Kap V), wobei hiervon hauptsächlich Frauen betroffen sind. Armut ist nicht nur mit dem vermehrten Auftreten von Gesundheitsproblemen, mit schlechterer Schulbildung und häufigerem Schulabbruch, sondern auch mit emotionalen Belastungen und Verhaltensproblemen einschließlich Depression, geringem Selbstwertgefühl und Schwierigkeiten in der Gestaltung von Sozialkontakten nach scheidungsbedingter Mobilität

Gleichberechtigung der Frauen durch Scheidung in Frage gestellt

verbunden. Die Belastungen dauern häufig bis ins Erwachsenenalter fort.

Eine Scheidung führt nicht nur zu einem vergleichsweise größeren ökonomischen Abstieg bei betroffenen Frauen als bei Männern. Sie wirkt sich zudem stärker negativ auf das Ausbildungsniveau von Töchtern als von Söhnen aus. Dies und die elterliche Scheidung per se erhöhen zudem das Risiko allein erziehender Elternschaft bei den betroffenen jungen Frauen in Verbindung mit ökonomischen Belastungen. Die Chancen auf eine ökonomische Gleichberechtigung der Geschlechter werden somit durch hohe Scheidungsraten langfristig untergraben.

Scheidung wirkt sich negativ auf Ausbildungsniveau von Töchtern aus

Strukturelle und kulturelle Faktoren

Nicht zuletzt führen die hohen Scheidungsraten zu grundlegenden Veränderungen in den strukturellen Faktoren, wie z. B. der Rate von berufstätigen Frauen, und in den kulturellen Werten einer Gesellschaft, z. B. Einstellungen zu und Erwartungen an die Ehe und deren Stabilität. Die heute gegebene vermehrte Berufstätigkeit von Frauen wird in Hinblick auf die wachsenden Scheidungsraten kontrovers diskutiert. So wird einerseits behauptet, die ökonomische Selbstständigkeit von Frauen mindere den ehelichen Zusammenhalt, schmälere die Vorteile, die mit einer Ehe verknüpft sind, und erleichtere es Frauen, unglückliche Verbindungen zu verlassen. Auf der anderen Seite gibt es Evidenz dafür, dass ein eigenes Einkommen von Frauen mit einem verminderten Scheidungsrisiko assoziiert ist. Gleichzeitig sind, wie in der LBS-Familienstudie belegt, die Bedingungen, unter denen heute die Vereinbarkeit von beruflichen und familialen Pflichten organisiert werden muss, wenig günstig. Von daher kann die Berufstätigkeit von Frauen infolge der resultierenden Doppelbelastung familiäre Konflikte fördern und somit letztlich das Scheidungsrisiko erhöhen. Vermehrte Berufstätigkeit von Frauen kann jedoch ebenfalls eine Folge der wachsenden Scheidungsraten sein. So antizipieren auch bislang glücklich verheiratete Frauen das Risiko einer möglichen späteren Scheidung und geben deshalb ihren Beruf nicht auf, um ihren finanziellen Status und ihre Unabhängigkeit sicherzustellen. Zunehmend setzt sich von daher die Einsicht über die Bedeutung von Berufstätigkeit für Frauen in einer Gesellschaft durch, in der sie nicht auf eine lebenslange ökonomische Unterstützung ihres Ehemanns zählen können.

Berufstätigkeit von Frauen und Scheidung: Kontroverse Diskussion

Politische Konsequenzen – Konzepte zur Regelung der Scheidungsfolgen

Aus einer traditionellen Sichtweise ist das Ziel von Maßnahmen die Verhinderung von Scheidung. So glaubt man, das Problem der hohen

Scheidungsrate wäre durch eine Verschärfung des Scheidungsrechts in den Griff zu bekommen. Im Hintergrund steht die Überzeugung, dass eine Scheidung insbesondere für Paare mit Kleinkindern nicht wünschenswert sei, da diese negative Auswirkungen auf die Kinder habe. Es wird im Weiteren die Rückkehr zum Schuldprinzip gefordert und damit angestrebt, denjenigen zu begünstigen, der die Ehe aufrechterhalten will. Hiermit soll nicht zuletzt die moralische Bedeutung von Ehe und Familie gestärkt werden.

Eine Gesetzgebung, deren Ziel es ist, Scheidung zu verhindern, ist jedoch aus verschiedenen Gründen problematisch: Durch höhere Barrieren gegenüber einer Scheidung müssten Kinder vermehrt in konfliktbelasteten Familien verbleiben. Die Forschung zeigt jedoch, dass es für Kinder besser ist, eine Scheidung mitzumachen, als permanent ungelösten Konflikten ausgesetzt zu sein. Besonders kritisch ist die Forderung nach einer Rückkehr zum Schuldprinzip bei der Scheidung zu sehen, da dies den Scheidungsprozess noch feindseliger gestalten würde als bisher, was gleichfalls negative Konsequenzen für die Kinder mit sich bringen würde. Darüber hinaus würden Erschwernisse bei einer gesetzlichen Scheidung die Zahl der informellen Trennungen erhöhen, was die Bedingungen für die Kinder kaum verbessert. So sind getrennt lebende Mütter psychisch stärker belastet und haben größere ökonomische Probleme als geschiedene Mütter. Barrieren gegenüber einer juristischen Scheidung tragen zudem wenig zur Lösung der zugrunde liegenden Probleme bei.

Rückkehr zum Schuldprinzip keine erfolgversprechende Alternative

Gemäßigtere Gesetzesvorschläge der traditionellen Richtung beinhalten, die Bedeutung des Schuldprinzips auf die Aufteilung des Eigentums und die Festlegung des Ehegattenunterhalts zu beschränken. Sie schreiben zudem die Inanspruchnahme von Beratung bzw. Mediation verpflichtend vor, wobei das Ziel eher eine Versöhnung und Aufrechterhaltung der Ehe sein sollte als die Trennung.

In anderen Ansätzen wird versucht, die Ehe als stabilen und attraktiven Weg für Paare zu reinstitutionalisieren. Als geeignete Maßnahmen hierfür werden u. a. eine Pflichtberatung zur besseren Vorbereitung auf die Ehe oder sogar eine Wartezeit bis zur Heirat genannt, um einen überlegten Eintritt in die Ehe zu ermöglichen. Es wurden zudem eine verstärkte finanzielle Unterstützung für Familien mit Kindern oder ökonomische und soziale Anreize für Jugendliche gefordert, z. B. in Hinblick auf eine gute Schulbildung, die als Puffer gegenüber früherer Ehe und Elternschaft sowie als Mittel zur Verbesserung der Berufsaussichten betrachtet werden.

Auch aus einer neo-konservativen Perspektive heraus wird nunmehr die Bedeutung des Vaters für eine gesunde Entwicklung der Kinder hervorgehoben. Man erwartet hierbei, dass ein verstärktes väterliches Engagement zur Reduktion nicht ehelicher Geburten und vermehrter Stabilität der Ehe beiträgt. Auch auf diese Weise soll Scheidung verhindert werden.

Bewältigung der Konsequenzen und Verbesserung der Infrastrukturen für Familie im Vordergrund liberaler Modelle

Der Schwerpunkt einer liberalen Position liegt hingegen in der Bewältigung der Konsequenzen, die aus einer Scheidung resultieren. Dieser Auffassung nach resultieren die Schwierigkeiten von Kindern nicht aus der Scheidung ihrer Eltern per se, sondern primär aus den damit häufig für die Mutter verbundenen ökonomischen Belastungen. Generell werden in diesen Ansätzen die Interessen der schwächeren Mitglieder des Familiensystems und vor allem der Kinder in den Mittelpunkt gestellt. Ferner werden detaillierte Betreuungspläne und die Ausarbeitung von Modellen zur Ausgestaltung der Beziehungen des Kindes zu seinen geschiedenen Eltern gefordert, und die fortbestehende gemeinsame elterliche Verantwortung für die Kinder wird befürwortet. Auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie z. B. qualitativ hochwertige außerfamiliäre Betreuungsangebote, sind Bestandteil einer solchen Konzeption.

Auch aus einer liberalen Grundhaltung heraus versucht man, aus der Ehe wieder eine attraktive Lebensform zu machen. So wird unter Bezugnahme auf die unterschiedlichen Bedürfnisse, die heute an das partnerschaftliche Zusammenleben gerichtet werden, die Verfügbarkeit unterschiedlicher Ehe-Modelle befürwortet, darunter auch ein Modell der Ehe auf Zeit, wobei bereits bei der Heirat Regelungen für den Fall der Trennung vereinbart werden sollen. Beratende Hilfen vor einer Scheidung sollen dazu beitragen, diesen Prozess rationell zu gestalten.

Integrative Lösung: Stärkung der Selbstregulierungskräfte von Familien

Sowohl die traditionelle wie die liberale Sicht zu Trennung und Scheidung können in ihren Lösungsansätzen keine wirklich befriedigenden Antworten für die Familien von heute bereitstellen. Vorrangig müssten vielmehr Bestrebungen sein, welche die Stärkung von Paaren und Familien dahingehend anstreben, dass ihre Kräfte zur Selbstregulierung gefördert und ihre Kompetenzen erweitert werden, sodass sie von sich aus das Zusammenleben der Partner befriedigend und sinnerfüllend gestalten können. Derartige sich selbst regulierende Familiensysteme sind jedoch dem Zugriff des Staates, der Gesellschaft und nicht zuletzt der verwandtschaftlichen Netze weniger zugänglich, als dies bei den bisherigen Familienmodellen der Fall war. In der Folge müsste auch das Verhältnis zwischen Staat und Bürger auf einer partnerschaftlich-dialogischen Ebene neu organisiert werden.

IV.3 Familie als alltägliche Herstellungsleistung

Mit dem Begriff der alltäglichen Herstellungsleistungen sind jene Prozesse gemeint, über die sich Familie selbst jeweils neu als Familie konstituiert. Diese Prozesse finden täglich statt, wobei zwei Familienphasen besondere Aufmerksamkeit verdienen und daher im Folgenden genauer unter die Lupe genommen werden:

Familie wird Tag für Tag hergestellt

Einerseits geht es um die familiäre Sozialisation des Nachwuchses. Familien bilden andererseits ein wichtiges Sozialisationsmilieu für kleine Kinder. Sie wachsen in die Familie hinein und mit ihr auf. Familie bildet somit nicht nur die Basis für die kindliche Sozialisation in der frühen Vater-Mutter-Kind-Beziehung, sondern sie ist, solange die Kinder im Haushalt der Eltern leben, ein wichtiger Raum für die Sammlung von Erfahrungen in der Sorge für andere, der Anregungen zur eigenen Persönlichkeitsbildung und zur Ausbildung von Orientierungen und sozialen Werten.

Andererseits konkretisieren sich alltägliche Herstellungsleistungen über die Ausgestaltung der erwachsenen Familienrollen der mittleren und älteren Generation, auch über die Haushaltsgrenzen hinweg. Kontakte erfolgen dann nicht mehr automatisch, weil man sich ohnehin täglich sieht, weil man einen gemeinsamen Haushalt führt, weil man Absprachen zur gemeinsamen Lebensführung zu treffen hat. Insofern ist gerade eine Generationensolidarität unter Erwachsenen als beeindruckende Herstellungsleistung von Familienbeziehungen zu bewerten.

IV.3.1 Sozialisation und Kompetenzprofile

Sozialisationsprozesse umfassen Aufgabenverteilungen und Zuständigkeitsordnungen zwischen den Familienmitgliedern jeden Alters. Sie sind untrennbar mit Prozessen der Alltagsorganisation des Familienlebens verwoben, des Jonglierens zwischen Fertigkeit, Mikrowelle, Fastfood und eigener Mahlzeitenproduktion, des Aufräumens, Putzens und Pflegens der Gemeinschaftsräume (und der eigenen), der wechselseitigen Gestaltung der Atmosphäre und der Verantwortungsübernahme Abhängigen gegenüber. Damit lebt Sozialisation auch von den Kompetenzen der Erwachsenen, ihren Alltag als Lernfeld für ihre Kinder zu sehen und zu gestalten. Seit der ‚Entdeckung‘ der Sozialisation als zentrale Familienfunktion wird diese jedoch vorrangig in der Beziehungs-Qualität zu den Kindern verortet. Der interaktiven Seite gilt seit dem Vormarsch der Neurobiologie und der Kognitionsforschung (Expertise Roth 2004; Spitzer 2002; Stern 2004) besondere Aufmerksamkeit für die frühkindliche Sozialisation, v. a. hinsichtlich

Sozialisation ist in den familialen Alltag eingewoben

kindlichen Lernens von Anfang an und des Aufbaus von Intelligenz- und Lernfähigkeitspotenzialen, von Eigensteuerungs- und coping-Strategien, während bisher v. a. die Entwicklung von Identität und Geborgenheit/Sicherheit, von sozialer Verantwortung und Bindungsfähigkeit im Zentrum standen (Expertise Pauen 2004).

Kompetenzerwerb in Familie für Kinder und Erwachsene

Diese Entwicklungsfelder stehen in Interdependenz zueinander, sind abhängig vom kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapital der Familie, von ihrer Auffassung von und der Gestaltung des Familienalltags. Sie statten die Kinder wiederum mit Ressourcen für die Gestaltung des eigenen Erwerbs- und Familienlebens aus. Sie machen sie fit für Familie und Beruf, und ihre Effekte sind gut untersucht für den späteren Schulerfolg der Kinder im Allgemeinbildenden Schulsystem (v.a. seit den ausgehenden 1960er und beginnenden 1970er Jahren; vgl. Dahrendorf 1965; BMJFG 1975 Zweiter Familienbericht; Rolff 1967; aus heutiger Sicht: Becker/Lauterbach 2004). Im Zusammenhang mit der PISA-Debatte erneut öffentlich aufgegriffen, rückt nun die Beziehung zwischen privatem Binnenraum und kommunaler Infrastruktur als familieninterne und -externe Förderungsverklammerung in den Mittelpunkt (Expertise Pauen 2004, Rabe-Kleberg 2003, Kap. V i. d. Bericht).

Zu den hierbei angesprochenen Aspekten der Kompetenzentwicklung für Aushandlungsprozesse im Alltag, für Familie und Beruf, für soziale Verantwortung und Empathie treten Fragen nach deren Passung für die spätere berufliche Bildung hinzu. Jungen auf soziale Berufe und Dienstleistungsarbeit vorzubereiten werden ebenso bedeutsam wie Fragen, die bisher eher als Herausforderung an die Mädchensozialisation und ihrer Lenkung auf nicht länger nur traditionelle Frauenberufe betrachtet wurden. Unter der Perspektive der Herstellungsleistungen von Familie für ihre Mitglieder gilt heute beiden Bereichen und beiden Geschlechtern unsere Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt betrachten wir die Familie aber auch als Chance für die Erwachsenen selbst, als Sozialisationsgestalter, ihr Kompetenzprofil weiter zu entwickeln und dieses im Zusammenhang mit Prozessen des Wandels der eigenen Berufspraxis zu sehen.

IV.3.1.1 Frühkindliche Interaktion

Das wohl wichtigste Ergebnis neuerer Forschungen zur frühkindlichen Sozialisation ist das andere Verständnis darüber, wie Kinder in unterschiedlichen Phasen lernen und sich entwickeln. Erkenntnisse der Hirnforschung (Expertise Pauen 2004, Expertise Roth 2004, Spitzer 2003) über Aufbau und Aneignungsweise von Welt relativieren die Vorstellung vom menschlichen Gehirn als reinem Speicher von Wissen, der vorran-

gig mit Schuleintritt systematisch angereichert wird. Diese Analysen relativieren zugleich die Auffassung, dass es in der frühkindlichen Entwicklung zunächst ausschließlich um den Aufbau von Bindung, emotionale Sicherheit, zuverlässige Befriedigung basaler Bedürfnisse usw. gehe. Diese alle bleiben in ihrer Bedeutung für die frühkindliche Entwicklung erhalten, doch tritt die Erkenntnis hinzu, dass das Gehirn zugleich ein egozentriertes Steuerungsorgan von Wahrnehmung, von Entschlüsselungsversuchen der Sinneseindrücke, der Selbstverarbeitung und Aneignung von Umwelt ist, dem man nicht vorschreiben kann, wann es lernt oder über welche Sinne es lernt (Dornes 1993). Seine Leistungsfähigkeit lässt sich nicht dadurch beeinflussen, dass Lernprozesse explizit für den Kopf gestaltet werden.

Damit fällt auch die übliche Unterscheidung zwischen Versorgen, Betreuen, Erziehen und Bilden in sich zusammen, die als schrittweise und altersabhängige Erweiterung der Frühförderung galt. Diese Differenzierung spiegelt die Selbstdefinition Erwachsener hinsichtlich ihrer Aktivitäten im Umgang mit Kindern wider. Sie hat sich zudem als Spezialisierung der Aufgabenteilung zwischen Institutionen der Früh-, Vorschul- und Schulpädagogik verfestigt. Hiernach hätte das Elternhaus neben der Entwicklung von grundlegender Identitäts- und Bindungsfähigkeit vorrangig die Aufgabe von Versorgen, Betreuen und Einzelerziehung, während die Kindertageseinrichtungen als Erziehungserweiterung (vorrangig im Gruppenkontext) gelten und die Schule für die Bildung zuständig sei.⁶⁹

Ohne auf die Debatten sowohl der Reformpädagogik der 20er, später der 70er Jahre v. a. zwischen Kindertageseinrichtungen und Schule um die möglicherweise künstliche Trennung dieser Felder einzugehen, sei unterstrichen, dass mit den Erkenntnissen der Neurobiologie weder institutionalisierter Ort noch Aufgabencharakterisierung der Bezugspersonen bezüglich der Lernentwicklung der Kinder gegeneinander abgrenzbar sind. Vielmehr bedarf die durchaus unterschiedliche Qualität der Beziehungsanregung und -gestaltung besonderer Aufmerksamkeit. Mit anderen Worten: das Kind lernt und entschlüsselt jede Interaktion und versucht, jedes (intendierte und nicht intendierte) Umweltangebot spätestens ab Geburt mit Sinn zu versehen, ob es nun gefüttert oder gewickelt oder mit ihm kommuniziert und gespielt wird.

Kinder lernen aus jeder Interaktion – nicht nur aus den ausdrücklich erzieherischen

Mensch von Geburt an lernfähig

⁶⁹ Da Kindermädchen und Tagesbetreuungsstätten als Unterstützung/Ersatz für das familiäre Versorgen und Betreuen gelten, gibt es entsprechend kaum Qualitätskriterien, die über die Kategorien wie: ‚nett, freundlich, kinderlieb‘ hinausgehen.

Aus kindlicher Sicht und dessen Entwicklung wird die Erwachsenenordnung von Tätigkeiten schlicht aufgehoben, und entsprechend notwendig wird die Orientierung jeder dieser Tätigkeiten am Response des Kindes, d. h. die Bereitschaft und Fähigkeit des Erwachsenen, kindliche Äußerungen interpretativ und interaktiv – auch im Sinne beiderseitiger Bildungsprozesse – aufzugreifen. Was aus Erwachsenensicht als möglichst effektives und zügiges Erledigen – etwa das Wickeln als zwar gesundheitlich wichtiger, aber lerntheoretisch nicht sonderlich bedeutsamer Vorgang – in routinierter Handlungsabfolge erscheint, um anschließend noch Zeit zum Spielen und Sprechen zu haben, vermittelt dem kindlichen Gegenüber eher das Gefühl, dass die eigene Aktivität hier nicht zählt, etwas mit ihm gemacht wird, in das es selbst nicht gestalterisch eingreifen kann. Objekt der Situation, nicht deren Subjekt zu sein, verringert aber eher die Selbstlernkompetenz als diese als wichtigstes Gut des Persönlichkeitsaufbaus zu fördern. Das Kind verarbeitet den Stil des Erwachsenen, registriert schon ab Geburt, ob es von einer Person nur ‚versorgt‘ wird, ob es von einer weiblichen oder einer männlichen Stimme begleitet wird, ob diese Person Hektik oder Ruhe ausstrahlt usw., da jeder Mensch in der Art der Berührung, dem Weg der Anregung und dem Medium der Kommunikationsaufnahme Anderes anbietet.

Ordnung der Tätigkeiten aus Kindersicht aufgehoben

Es ist diese Vielfalt und die inhaltlich-emotionale Besetzung jedweder Interaktion mit dem Kind, die den Reichtum in der Entwicklung neuronaler Netze in der frühkindlichen Phase ausmacht. Dem Kind das Gefühl der Mitgestaltung und der Ermutigung von Selbsterkundung zu geben, bedeutet nun wiederum Besonderes für die familiäre Beziehungsqualität insgesamt. Spannungen zwischen den Erwachsenen, unter Zeitdruck stehende Handlungen oder durch Depressivität und Niedergeschlagenheit unterlegte Interaktion bleiben der emotionalen und kognitiven Fähigkeitsentwicklung des Kindes ebenso wenig verborgen wie die Ausprägung von Bewältigungsstilen gegenüber neuen Herausforderungen. Damit aber erhält die Beziehung zwischen den Eltern, weiteren Kindern, beteiligten Großeltern, Verwandten, Freunden und Nachbarn ein neues Gewicht für die Ressourcenausstattung von Kindern, und entsprechend bedeutsamer wird auch die externe Unterstützung in der Entwicklung und im Erhalt eines entspannten Klimas zwischen allen Beteiligten.

Vielfalt und Emotionalität der Bezüge als Grundlage für die Gehirnentwicklung

Dass dieses Klima durch die oben beschriebenen Prozesse möglicher Unzufriedenheit mit Missbalancen im Beziehungsgeflecht der Erwachsenen gestört werden kann (vgl. IV.1.1) muss hier nicht extra erwähnt werden. Jedoch dürfte auch dieser Aspekt für die Zukunft von Familie sehr bedeutsam sein, betrifft er doch nicht nur die Ausgestal-

tung von Aushandlungsfähigkeiten, sondern zugleich die Familienrollen im Haushalt – und damit auch die Chance zu einer anderen Aufteilung der ‚Care‘-Leistungen zwischen den Geschlechtern v.a. in intergenerationalen Beziehungen zur älteren Generation zu gelangen, und nicht zuletzt die zukünftigen Erwerbschancen der nachwachsenden Generation in Abhängigkeit von Arbeitsmarktverschiebungen aufzugreifen (vgl. Kap. III).

IV.3.1.2 Sozialisation und Familienrollen

Die Einbindung beider Eltern in das Erwerbs- und das Familienleben eröffnet heute neue Möglichkeiten gemeinsamer Verantwortungsübernahme von Vater und Mutter in der Gestaltung von Familie als Sozialisationsraum für Kinder. Damit entstehen für beide Geschlechter neue Chancen in der Entwicklung von Geschlechtsidentität, die zur Überwindung von Zuordnungen zu spezifischen männlich oder weiblich konnotierten Kompetenzfeldern in der Familie beitragen. Studien zu Zukunftsentwürfen von Jugendlichen belegen aber immer wieder aufs Neue, dass sich trotz des vielfach konstatierten Wandels vom so genannten Befehls- zum Aushandlungshaushalt (Zinnecker 1987; du Bois-Reymond u. a. 1994) immer wieder die klassischen Rollenstereotypen finden und sich erst im zunehmenden Alter der Jugendlichen – bei den männlichen Jugendlichen sogar erst in der Phase der Partnersuche – aufweichen. Sowohl die Shell-Studien in den letzten Jahren als auch die dritte Welle des Jugendsurveys des DJI im Jahre 2005 (DJI 2005a) differenzieren nach dem individuell Wünschenswerten und den spezifischen Erwartungshaltungen, die stärker als Normvorstellungen, z. B. zur Arbeitsteilung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, zu verstehen sind. Betrachtet man die Rollenbilder, so wird von Mädchen ab 16 und jungen Frauen bis 29 Jahren die Rolle des Mannes als Hauptverdiener stärker zurückgewiesen als dies Jungen und junge Männer tun.

Neue Chancen für Überwindung von geschlechterrigiden Tätigkeitszuordnungen

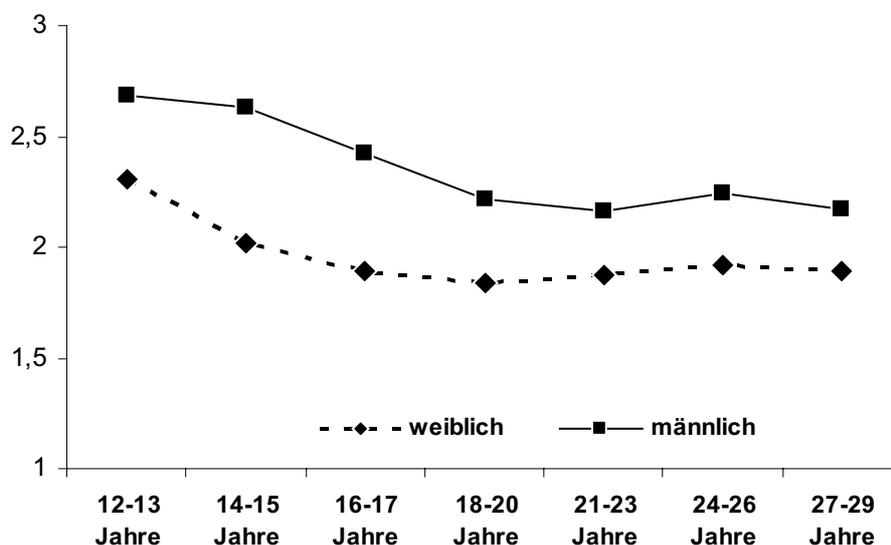
Auch wird deutlich, dass sich jüngere Altersgruppen, und hier die jüngste (12- bis 13-Jährige), stärker traditionell orientiert zeigen als die älteren (vgl. Abbildung IV.7).

Auffällig ist, dass insbesondere Jungen und junge Männer sich sehr unkritisch gegenüber traditionellen Rollenvorstellungen verhalten, wie wohl junge Männer mit höheren Bildungsambitionen eher egalitäre Rollenvorstellungen haben (DJI, 3. Welle Jugendsurvey, 2005a). Diese Beharrung im Wandel des Familienlebens belegt, dass die Zuordnung des Geschlechts zu bestimmten Tätigkeitsfeldern auch in so genannten Verhandlungshaushalten kaum aufgebrochen zu sein scheint. Die Zeitbudgetstudie von 2001/2002

Geschlechterstereotype Zuordnungen von Tätigkeiten bei Kindern und Jugendlichen

Abbildung IV.7

Traditionelle Geschlechterrollenorientierung* nach Altersgruppen



* Mittelwerte des Index traditionelle Geschlechterrollenorientierung. Der Index ist ein Summenindikator aus drei Items („Wenn Kinder da sind, soll der Mann arbeiten gehen und die Frau zu Hause bleiben und die Kinder versorgen“, „Frauen gehören nicht in die Bundesregierung“, „Ein Mann, der zu Hause bleibt und den Haushalt führt, ist kein „richtiger Mann““), der dann durch drei dividiert wurde, so dass er einen Skalenbereich hat von 1 (niedrige traditionelle Geschlechterrollenorientierung) bis 6 (hohe traditionelle Geschlechterrollenorientierung).

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003, 3. Welle, eigene Berechnungen

zeigt zudem, dass Mädchen im Alter von zehn bis 18 Jahren deutlich mehr Hausarbeit leisten als Jungen, und zwar unabhängig davon, ob die Mutter erwerbstätig ist oder nicht. Daraus kann abgeleitet werden, dass im familialen Bereich in dem sensiblen Punkt der Verteilung von Familienarbeit noch wenige Ansätze zur Auflösung von Geschlechtergrenzen festzustellen sind (Cornelissen/Blanke 2004). Dass dies in der weiteren Entwicklung von Partnerschaften sich als problematisch herausstellen könnte, zeigen Studien aus den USA. Darin wird deutlich, dass, gestärkt durch die zunehmende ökonomische Unabhängigkeit der gebildeten Frauen, diese nicht nur nach Männern mit ähnlich hohem Einkommenspotential Ausschau halten, sondern vor allem danach, ob sie sich an Hausarbeit und Kindererziehung beteiligen (Bianchi/Spain 1996). Überträgt man dies auf deutsche Verhältnisse, so könnte auch dieser Aspekt eine Rolle spielen, wenn als Hauptgrund für die fehlende Realisierung einer Familie angegeben wurde, dass der geeignete Partner bzw. die geeignete Partnerin fehlt (Dorbritz/Lengerer/Ruckdeschel 2005).

Innerfamilial wird der Beispielcharakter alltäglicher Praxis zwischen den Geschlechtern deutlich unterschätzt. Mit der Technisierung von Hausarbeit und der Außenvergabe familialer Arbeit

(vgl. hierzu Kap. III.2.4.) hat die Tendenz, Kinder weitestmöglich aus der Familienarbeit auszuspüren, v.a. in Haushalten mit entsprechenden finanziellen und zeitlichen Ressourcen zugenommen (Meier/Preuße/Sunnus 2003). Die Rationalisierung gerade jener Hausarbeitsprozesse, die die Mithilfe aller Familienmitglieder heute erheblich reduzierbar macht, verleitet Eltern leicht dazu, unter dem eigenen Zeitdruck die noch verbleibenden Dinge schnell selbst zu erledigen. Und dies bevor sie lange mit ihren heranwachsenden Kindern um deren Beteiligung diskutieren – mit der Folge, dass die Bereitschaft von Kindern (nicht mehr nur von Jungen), sich verantwortlich für Arbeitsprozesse am und für das Familienleben zu fühlen, schnell verloren gehen kann oder gar nicht erst aufgebaut wird.

In der Tat ist diese Art, Aufgaben effektiv selbst zu erledigen, statt Kinder zeitaufwändig einzubeziehen, eine Lösung, die auch viele Frauen ihren Männern gegenüber praktizieren und diese somit selbst dann aus der Verantwortung nehmen, wenn deren zeitliche Ressourcen Anderes gestatten (vgl. auch Jurczyk/Rerrich 1993a). Kinder, die nicht in die alltäglichen Herstellungsleistungen des Familienlebens einbezogen werden, entwickeln wenig Sensibilität für familiäre Arbeit und für die Personen, die diese erledigen, ob nun

Außenvergabe familialer Arbeit „befreit“ den Nachwuchs weitgehend von Familienarbeit

Die Partizipation an alltäglichen Herstellungsleistungen wichtig für erweiterte Geschlechtsrollen

die eigene Mutter oder familial beschäftigtes Personal (Thiessen 2004). Dem steht der Umgang mit Söhnen und Töchtern gegenüber, die eine andere Einstellung zum Familienleben entwickeln, wenn ihnen eigene Zuständigkeiten für Dienstleistungen (für alle und/oder kleine Geschwister, Kranke usw.), für die innerfamiliäre Atmosphäre und die Entlastung anderer einsichtig und selbstverständlich sind und sie zudem das (selbstverständliche) Mitwirken des Vaters (männlichen Partners) im Familienalltag erleben. Wenn auch hier nicht die Befehlspraxis, dazu noch gestützt auf Geschlechtszuschreibungen, sondern die Aushandlung auch über nicht geliebte Aufgaben und deren Begründung in den Vordergrund tritt, erweitert sich der Druck auf die Legitimation des eigenen Arguments und damit die Kompetenz im Aushandeln von Konfliktsituationen. Die Art und Weise der Partizipation an alltäglichen Herstellungsleistungen bietet somit ein wichtiges Feld zum Einüben in erweiterte Geschlechtsrollen, in Empathie, in Aushandlungskompetenz und in komplexes Planungsverhalten.

Zusammenhang der Bereitschaft zur Familiengründung und Erfahrungen geschlechtsspezifischer häuslicher Zuständigkeiten

Hinsichtlich des Zusammenhangs von familiärer Zuständigkeits-Teilung und der Bereitschaft zur Familiengründung geben v. a. qualitative Forschungen zur intergenerationalen ‚Vererbung‘ von Geschlechterrollen erste Auskünfte (Helfferrich u. a. 2004). Sowohl amerikanische Studien (Expertise Gerson 2004) als auch Studien zur westdeutschen Realität (Born/Krüger 2001) belegen, dass die Erfahrungen häuslicher Zuständigkeiten dann, wenn sie von den Kindern (beiderlei Geschlechts) als Hinderung der Mütter an der Realisierung eigener Selbständigkeitsentwürfe wahrgenommen wurden, die Heiratsneigungen eher senken denn steigern (Krüger 2001). Ähnlich wie in der Studie von Gerson (1993) haben die Töchter und Söhne im Alter zwischen 30 und 40 Jahren zum Befragungszeitpunkt (1998) von vorher interviewten Eltern (zum Zeitpunkt der Befragung im Rentenalter) ausführlich geschildert, dass sie vor allem die Rolle ihrer Väter, die zu Hause ‚keinen Handschlag‘ täteten, „vor dem vollen Kühlschrank verhungern“ und nicht für die Kinder da gewesen seien, auf keinen Fall akzeptieren würden. Während die Söhne unterstrichen, dass für sie die Erwerbstätigkeit ihrer Partnerin und ihr eigenes Engagement im Familienleben selbstverständlich sei, sahen die Töchter dieses zwar genau so, doch zugleich gepaart mit der Sorge, dass sich nach Geburt eines Kindes die alten elterlichen Rollen wieder einschleichen könnten. Rund 30 Prozent der insgesamt interviewten 146 Töchter, und zwar v. a. diejenigen aus Familien mit klarer geschlechtsspezifischer Zuständigkeit für Geld (Vater) und Sorgearbeit (Mutter), hatten nicht geheiratet und, so belegten die qualitativen Interviews mit einer Unter-

gruppe, standen diesem Schritt äußerst skeptisch gegenüber, und zwar u. a. aus Angst, wieder in alte, zu Hause erlebte Muster ‚reinzuschliddern‘ (vgl. Bürmann/Micus-Loos 2002 101). Sie fürchteten, dass sich schon fast abgelegte normative Zuschreibungen unter der familialen Arbeitsteilung der Kleinkindphase zwischen Partnern leicht wieder einschleichen und verfestigen können – eine, wie oben empirisch belegt (Kap. IV, 2.1), durchaus realistische Einschätzung.

Gleiches bestätigt sich bezüglich des Zusammenhangs von weiblicherseits eigenständig eingebrachtem Geld und dessen Vermögen zur Aufhebung von Ungleichheit in den Geschlechterbeziehungen. Selbst die Höhe des eigenen Einkommens, so zeigen Wimbauer (2003), Ludwig-Mayerhofer (Expertise 2004) und Schneider/Wimbauer (Expertise 2004) für die Bundesrepublik, führt nicht zwingend dazu, kulturelle Muster familialer Zuordnung, Wertschätzung und Arbeitsteilung aufzubrechen. Dies bestätigen auch US-amerikanische Studien (vgl. MarxFerree 1997). Die Einbindung der Vater- und der Mutterrolle in eine kulturell verfestigte Geschlechterordnung transportiert ein ganzes Bündel von Normalitätsunterstellungen, die hinsichtlich des innerfamiliären Aufgabenbereichs, des Geld- und des Zeitmanagements zwischen Erwerbsarbeit und zu versorgenden Abhängigen ineinander greifen (Kühn 2004).

Es vermittelt sich hierüber dem Nachwuchs oft unbewusst, dass aus Töchtern Mütter werden, konfrontiert mit hoher Erwartung an familiäre Verfügbarkeit; aus Söhnen wiederum Väter, konfrontiert mit hoher Erwartung an monetäre familiäre Versorgungsleistungen. Doch, so belegen Untersuchungen zu Doppelkarrieren in den USA (vgl. Moen/Wethington 1992, Rexroat/Shehan 1997) besteht heute die Notwendigkeit zu hoher Flexibilität in den Aufgabenverteilungen in Abhängigkeit von den jeweiligen Berufsphasen/Erwerbchancen beider Partner und dem Familienzyklus. Diese Koordinierungs- und Vereinbarkeitsstrategien werden mit jedem Karriere- und Familienabschnitt erneut zur Disposition gestellt. Damit verläuft dieser Prozess also nicht zwangsläufig und im weiteren Zusammenleben nicht irreversibel (vgl. Bielby/Bielby 1992, Jurczyk/Rerrich 1993b, Krüger 1997). Allerdings sind diese Rollenübernahmen stark von den Geschlechteridentitäten der beiden Partner – insbesondere der des Mannes – abhängig (vgl. Expertise Gerson 2004, Hertz 1986). Hingegen rufen innerfamiliäre Zuständigkeiten, die bei einem der Partner längerfristig Frustrationen hervorrufen und an nicht (mehr) akzeptierte Rollenmuster anknüpfen, im alltäglichen Familienleben Reibungsverluste hervor, die Kinder wenig zu ermutigen scheinen, in diese Rollen zu schlüpfen

Auch gutes Einkommen der Mütter löst nicht automatisch die Geschlechterordnung auf

Normalitätsvorstellungen bleiben häufig bestehen

(Levy/Widmer 2003, Rohmann/Schmohr/Bierhoff 2002, 133f.).⁷⁰

Es fehlt an Studien zum Zusammenhang von Familiengründungsbereitschaft und der Art und Weise, wie Kinder die Zuständigkeiten für familiäre Belange erleben. Es fehlen aber auch Studien, in denen gefragt wird, welche Bedeutung familiäre Sozialisation dafür hat, dass Kinder später Aufgaben für pflegebedürftige Angehörige übernehmen. Heutzutage beteiligen sich 5 Prozent der Männer und 8 Prozent der Frauen an Pflegeaufgaben (Schupp/Künemund 2004). Wenn man die Geschlechter von Hauptpflegepersonen betrachtet, ergibt sich ein Männeranteil von etwa 20 bis knapp 30 Prozent (BMFSFJ 2003, 139; Schneekloth/Leven 2003; vgl. Kap. IV.3.2.2). Die Zahlenangaben variieren zudem je nach Differenzierung zwischen restriktiver oder offener Definition dessen, was als Pflege gilt (versicherungsrechtlich anerkannte Pflege vs. jede Art von benötigter Angehörigenpflege) und zwischen allein pflegend oder zusammen mit anderen pflegend. Auch sind uns keine Untersuchungen über familiäre Sozialisationsprozesse

⁷⁰ Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zum Modellcharakter deutlich getrennter Geschlechter-Rollen-Modelle im Familienleben (vgl. z. B. Parsons/Bails 1954), die weit verbreitet sind und in die deutsche Familienforschung übernommen wurden (Gabriel/Herlth/Stohmeier 1997). Hiernach sind die wichtigsten Voraussetzungen für die spätere Rollenübernahme, dass zwischen Vater und Mutter klare Kompetenzabgrenzungen bestehen und gelebt werden, die sich aus männlicher Erwerbstätigkeit und weiblicher Familienarbeit ableiten und zwischen instrumenteller, außen-orientierter Rolle (Vater) und emotionaler, innen-orientierter Rolle (Mutter) differenzieren. Während Studien zu Folgen der Mischung beider Rollen in einer Person (etwa bei allein Erziehenden) oder der Nicht-Übereinstimmung von Geschlecht und zugeordneter Rolle in familiären Beziehungen (etwa bei homosexuellen Paaren) auf das Familienverhalten ihrer Söhne/Töchter noch rar sind, hatte die oben bereits zitierte erste Studie zu berufstätigen Müttern in Westdeutschland (Pfeil 1961) belegt, dass nicht die Hausfrauenexistenz oder die Berufstätigkeit die entscheidende Variable für gelingende Sozialisation sei, sondern die Zufriedenheit der Mütter mit ihrer Lebensführung. Väter wurden unter dieser Fragestellung nicht untersucht, doch liegen eine Reihe von Studien zu ‚neuen Vätern‘ und zur veränderten Vorstellung von Vaterschaft vor (Hoff/Theobald/Hörrmann-Lecher 1992). Die Erwartung an die Beteiligung des Vaters in der bis dahin vorrangig mütterlichen Versorgung, Betreuung und Bildung ihrer Kinder ist seit den 1970er Jahren Thema soziologischer und psychologischer Forschung. Hiernach sind ‚Neue Väter‘ definiert durch ihre veränderte Beziehung zum Kind, die eine partizipative Elternrolle einschließt. Sie engagieren sich in der Geburtsvorbereitung, sind oftmals unterstützend anwesend bei der Geburt, und beteiligen sich sowohl an der täglichen Versorgung (Baden, Wickeln, Füttern), Betreuung und Anregung durch Körperkontakt, sprachliche und emotionale Zuwendung. Sie fühlen sich verantwortlich für die Gesundheit des Kindes, führen Arztbesuche durch, halten Nachtwache (Oberndorfer/Rost 2002; zuerst: Fthenakis 1985a, Fthenakis 1985b). Welche Rolle sie in der Versorgung für sich selbst einnehmen und wie sich ihr Verständnis als Vater in alltäglichen Herstellungsleistungen ausnimmt, wurde diskutiert.

pflege-engagierter Männer bekannt, weder bezogen auf ihre Herkunfts- noch ihre Gründungsfamilie. So bleibt reine Vermutung, dass familiäre Erfahrung mit Verantwortungsübernahme für andere hier eine Rolle spielen könnte. Gerade in Verbindung mit sich verschiebenden Zuständigkeiten zwischen den Geschlechtern wäre dies hoch plausibel.

IV.3.1.3 Sozialisation, Identitätsentwicklung und Arbeitsmarktchancen

Die immer noch häufig geschlechtsspezifische Erbringung familialer Aufgaben entspricht in weiten Teilen der Geschlechterordnung auf dem Arbeitsmarkt. Sie umfasst bestimmte Normalitätsunterstellungen sowohl hinsichtlich des Verhaltens als auch der Entsprechung von Tätigkeitsbereich und Geschlecht. Dies schließt beruflich gerahmte Geschlechterkonstellationen ein, etwa zwischen: Chef und Sekretärin, Zahnarzt/-Zahnarthelferin, Arzt/Krankenschwester usw. (Wetterer 2002). Als ‚komplementäre‘, dennoch hierarchische Beziehungsstruktur konzipiert, transportieren sie – neben dem als Vor-, Zu- und Nacharbeit angelegten Aufgabenbereich der (typischerweise) Frau – zugleich die unterschiedliche Wertschätzung des Arbeitsbereichs und entsprechender Berufsgruppen in fast familialer Analogie zur Vater- und Mutterrolle (vgl. auch Böhnisch 1999).

Erwerbswelt produziert geschlechtsspezifische Zuständigkeits- und Kompetenzbeschreibungen

Die hierin gebundenen Differenzen in Lohn- und Karriereentwicklungen haben, zusammen mit der Einforderung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, zur breit angelegten Kampagne ‚Mädchen in Männerberufe‘ geführt (Heiliger 2002). Durch spezifische Förderprogramme, die bereits im Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtungen ansetzten und Mädchen auch für handwerkliche Tätigkeiten, für die so genannten ‚Bauacken‘, die Fischertechnik, die Computertechnik usw. interessieren sollten, gelang es in der Tat, das Interesse der Mädchen an den Aktivitätsfeldern der Jungen zu steigern und ihr Kompetenzspektrum erheblich auszuweiten.

Kampagnen und Maßnahmen zur Überwindung der Geschlechtertypisierung

Zwischenzeitlich wandelte sich der Arbeitskräftebedarf (vgl. Kap. III.3), und mit dieser Verschiebung zwischen (schrumpfendem) Fertigungs- und (wachsendem) Dienstleistungssegment am Arbeitsmarkt rückt nun in den Blickpunkt, dass Mädchen ihr Kompetenzspektrum zwar erweitert haben, Jungen hingegen das ihre nicht (Becker-Schmidt 1995, Krüger 2002). Gravierender noch: während Mädchen ihre Orientierungen und Interessen ausweiten und zugleich die ihnen angestammten beibehalten (Lesen, Puppen, Basteln, usw.), sehen Jungen sich zunehmend in Abwehrkämpfe ihrer Bereiche gegen das eindringende andere Geschlecht verwickelt, ohne nun ihrerseits die der Mädchen erobern zu wollen (Hagemann-White 1994, Hoff/Theobald/

Dominanz von Frauen im Erziehungsbereich, Fehlen männlicher Vorbilder

Hörrmann-Lechner 1992). Zudem wachsen Jungen etwa bis zum 10. Lebensjahr in einer weiblichen Welt, der der Erzieherinnen, Grundschullehrerinnen, Tagesmütter auf, die wenig männliche Vorbilder in diesem Tätigkeitsfeld und somit wenig Raum für männliche Identitätsentwicklungen bietet, es sei denn: über Abgrenzung. Dies führt im Kindergarten bzw. in der Kindertageseinrichtung (und nur hierzu gibt es Untersuchungen) zu vermehrter Aggression als dem einzigen Weg, der Jungen noch zur Verfügung zu stehen scheint, die eigene Identität über die ihnen zugehörigen Bereiche zu retten. Der hieraus resultierende, sich aufschaukelnde Kreis von Rückzug, Abwehr und Aggression, von den Erzieherinnen/Lehrerinnen allein als steigendes Aggressionspotential wahrgenommen (Faulstich-Wieland/Weber/Willems 2004), bietet denkbar schlechte Voraussetzungen, sich während der Berufsorientierung und Lehrstellensuche auch in jenen Segmenten umzusehen, die als Humanberufe ihre Bedarfe erhöhen, aber eben mit Pflegen, Erziehen, Fördern im Umgang mit Abhängigen zu tun haben – und weiblich konnotiert sind.

Aufbrechen der Geschlechtermuster könnte neue Arbeitsmarktchancen schaffen

Hier könnte die Zuschreibung von Geschlecht zu Tätigkeitsfeldern, soweit sie in familialen Herstellungsleistungen bereits abgelegt wurde, neue Chancen bieten, um die im Vergleich zu anderen modernen Gesellschaften in Deutschland besonders ausgeprägten Geschlechterstereotypisierungen in der Berufsstruktur schrittweise zu überwinden – mit einem doppelten Effekt: Das tatsächliche Spektrum arbeitsmarktlicher Beschäftigung könnte sich auch auf männlicher Seite erweitern; Vaterschaft dürfte, Familiengründungen für Frauen erleichternd, immer weniger nur Freizeitbeschäftigung bleiben, und Mutterschaft könnte sich aus familialer Allzuständigkeit lösen. Die Konsequenz daraus wäre die Vorrangigkeit in den nordischen Ländern längst vorangeschrittene Kompetenzerweiterung beider Geschlechter (Thiessen 2004). Aufgrund der Verschiebungen im Arbeitsmarkt ist der Anteil des männlichen Pflegepersonals in den letzten zehn Jahren auf ca. 30 Prozent gewachsen; der Anteil männlicher Erzieher und Grundschullehrer beginnt erst sehr langsam zuzunehmen. Doch wäre auch diese Entwicklung durch neue Partnerschaften zwischen geschlechterkooperativ arbeitendem Elternhaus, Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtung und Schulen ein auch arbeitsmarktlich notwendiger Schritt zur Aufhebung stereotypisierter Zuordnungen von Tätigkeiten und Geschlecht für Kinder und Heranwachsende (Krüger 2002).⁷¹

⁷¹ Auch Kaufmanns Vorschläge, Männer in die ehrenamtliche Sozial-, Gemeinde- und Vereinsarbeit (über Repräsentationspositionen hinaus) stärker einzubinden, sind im Kontext der Erweiterung der Kompetenzprofile von Jungen und neuer Sozialisationsbedarfe zu überdenken (vgl. Kaufmann 1995).

Damit gewinnt die familiäre Sozialisation eine wichtige Erweiterung um den Aufbau von Kompetenz und Orientierung auch für Jungen. Diese kann die Familie um so eher erfüllen, wenn beide Partner familial engagiert sind und ihre Kinder unabhängig von deren Geschlecht in alle Tätigkeitstypen der Familienarbeit per Aushandlungsprozess mit einbinden. Zwingend hinzukommen müsste eine nach Geschlechtern ausgewogene Beschäftigtenstruktur im Früh-, Vorschul- und Grundschulbereich. Da die Beschäftigungsrisiken in männlich stereotypisierten Berufen weiter zunehmen werden, ist diese Neuorientierung in der Geschlechtersozialisation fast schon unabdingbar notwendig. Denn wir befinden uns bereits auf dem Weg zu amerikanischen und englischen Lebenslaufmustern in Paarbeziehungen, bei denen die Chance, einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, nicht so sehr Geschlechter- oder Zertifikats-, sondern eher persönlichen Kompetenzprofilen folgt. Die partnerschaftlich-gemeinsame Familienorganisation zwischen den Eltern und ihren Kindern bietet hierzu beste Voraussetzungen, und sie erhöht zugleich die Aushandlungspotentiale in Konfliktsituationen, deren zunehmende Bedeutung weiter oben und dort im Zusammenhang mit Scheidung thematisiert wurden.

Neuorientierung in der Geschlechtersozialisation unabdingbar

IV.3.1.4 Kompetenzerwerb durch Familienarbeit – Wettbewerbsvorteil durch Engagement in der Familie?

Der Transfer von Kompetenzen aus dem Kontext Familie auf den Kontext Arbeitssituation erfolgt bisher eher implizit. Doch dürfte es nicht unplausibel sein, sich selbst und privaten und öffentlichen Arbeitgebern zu dokumentieren, dass sie vom Kompetenztraining, das Mütter und Väter in der Familie absolvieren, durchaus innerbetrieblich profitieren und dieses in ihr betriebliches Qualifizierungs- und Wissensmanagement aufnehmen können. Mithilfe eines am Deutschen Jugendinstitut entwickelten Instruments, der „Kompetenzbilanz“ (Gerzer-Sass 2003), können soziale, personale und methodische Kompetenzen aus Familienarbeit erfasst, bewertet und auch für familienexterne Kontexte transparent und nutzbar gemacht werden. Dieser Ansatz betrachtet die Effekte von Familienarbeit hinsichtlich der Entwicklung von Fähigkeitsprofilen bei Eltern (Väter und Mütter) und greift damit die Frage auf, wie die aus Familienarbeit resultierenden Kompetenzen als Potential erkannt und für die eigene persönliche und berufliche Weiterentwicklung genutzt werden können.

Bislang nur beiläufiger Kompetenztransfer von Familie in die Erwerbswelt

Ausgangspunkt der Betrachtung ist es, Familie als Lernort für Eltern zu verstehen. Die dort praktizierte Form des handlungsorientierten Lernens per Erfahrung (Dohmen 1999) vollzieht

Erziehung als Kompetenztraining

sich auf der Grundlage tätiger Auseinandersetzung in einer lebendigen und privat bedeutungsvollen Lernkultur, die nicht unerheblich für die Persönlichkeitsentwicklung und Erkenntnisbildung in Interaktionsprozessen ist. Es geht dabei um einen Kompetenzbegriff, der sich auf die ständige Neuorganisation der eigenen Persönlichkeitsdisposition bezieht (Kirchhöfer 2000). Insbesondere die Erziehungsprozesse stellen ein nicht zu unterschätzendes Kompetenztraining für die Mütter und Väter dar, sobald Erziehen als reflexiver Prozess zwischen Eltern und Kindern stattfindet.

Erziehen heute ein reflexiver Prozess

Wie in Kap. IV.2.1 herausgestellt, bedeutet für diejenigen Eltern, die heute im familialen Erziehungsprozess stehen, dieser Wandel eine große Herausforderung in Bezug auf Dialogfähigkeit, Kommunikation und Regeleinhaltung im interaktiven Umgang mit ihren Partnerinnen/Partnern und Kindern. Dabei ist die Entwicklung vom normativen Erziehungswissen zur interaktiven Erziehungskompetenz kein naturwüchsiger Prozess, sondern auf die Bereitschaft und Fähigkeit der Eltern angewiesen, sich über ihre eigenen Verhaltensweisen und deren Konsequenzen für ihre Kinder klar zu werden. Hinzu kommt, dass die Respektierung der Kinder als selbständig handelnde „Akteure“ eines besonderen Machtverzichts bedarf. Dies bedeutet, sich selbst mit seinen Bestrebungen partiell zurücknehmen zu können und sich der eigenen Dominanz bewusst zu sein. Es bedeutet aber auch, die kindli-

che Selbständigkeit zulassen zu können, die jeweiligen Entwicklungsphasen des Kindes richtig deuten zu können und die eigenen Projektionen auf das Kind zu reflektieren (Schneewind 2002). Da aber die Dialog- und Kommunikationsfähigkeit weitgehend schichtabhängig ist, d. h. vom sozialen, psychischen und kulturellen Kapital als Ressourcen der Eltern abhängt, bedürfen diese Erziehungsaufgaben besonderer Aufmerksamkeit und wechselseitiger Unterstützung, damit sie gelingen. Erziehungsarbeit als Teil der allgemeinen Familienarbeit ist somit ein Prozess des permanenten Übens und Ausbildens von Kompetenzen, die auch für den Arbeitsmarkt relevant sind, da sie sowohl zur beruflichen Integration als auch für neue Anforderungen im Arbeitsprozess erheblich beizutragen vermögen.

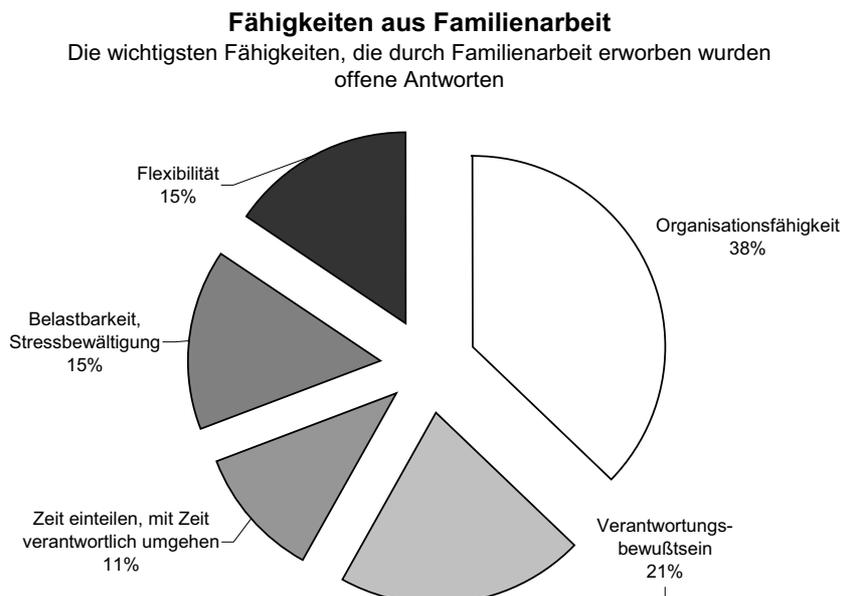
Empirische Befunde zum Kompetenztransfer aus der Familie für den Beruf

Die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von 180 mehrheitlich im Arbeitsprozess stehenden Personen, die im Rahmen der Erprobungsphase des Instruments der „Kompetenzbilanz“ im oben genannten Projekt des Deutschen Jugendinstituts (DJI) gewonnen wurden (Gerzer-Sass 2003), geben einige bemerkenswerte Trends wieder.⁷² So geben die Befragten, denen erst im Umgang mit der „Kompetenzbilanz“ mehrheitlich deutlich wurde, welche Fähigkeiten sie im

⁷² Unter den befragten Personen befanden sich 20 Männer und 160 Frauen. Die meisten von ihnen (87 Prozent) hatten Kinder, und zwar 28 Prozent ein Kind, 53 Prozent zwei Kinder und 19 Prozent drei oder mehr Kinder.

Abbildung IV.8

Aus Familienarbeit gewonnene bzw. erweiterte Fähigkeiten



Quelle: Erprobungsphase der Kompetenzbilanz N = 180 (100 Prozent)

Verlauf ihres Lebens außerhalb von Schule und Beruf erworben haben, eine Reihe von Hinweisen auf Kompetenzgewinne durch die eigene Familienarbeit (69 Prozent der Männer, 78 Prozent der Frauen).

Genannt wurden dabei vor allem Organisationsfähigkeit (38 Prozent), Verantwortungsbewusstsein (21 Prozent), Flexibilität und Belastbarkeit (je 15 Prozent), die alle je nach Arbeitsplatz auch unternehmensrelevant sein dürften.

Aus familienpolitischer Sicht war die Einschätzung, welche der vorgegebenen Kompetenzen durch Familientätigkeit neu erworben oder weiterentwickelt wurden und welche unbeeinflusst blieben, von besonderem Interesse. Hiernach wurden neu erworben vor allem die Fähigkeiten, „mit Zeit verantwortlich umgehen können“, „für das eigene Leben Ziele nennen und auch umsetzen können“ sowie „mit verschiedenen Dingen gleichzeitig umgehen können“ (jeweils mehr als 20 Prozent der Befragten). Betrachtet man die Kategorien „neu erworben“ und „weiterentwickelt“ gemeinsam, so zeigt sich, dass etwa 84 Prozent der 38 zitierten Einzelkompetenzen in der Kompetenzbilanz in engem Zusammenhang mit Familientätigkeit stehen, wie ein Ausschnitt aus dem Zusammenspiel der Profile zeigt (s. Abbildung IV.9).

Auch die Väter glaubten, sich mehrheitlich durch Familienarbeit weiterentwickelt zu haben, wenn-

Auch Väter erwerben Kompetenzen in Familie

keiten „auf Wirtschaftlichkeit und Qualität achten“, „schwierige Situationen erfassen und damit umgehen können“, „mit verschiedenen Anforderungen gleichzeitig umgehen können“, „unterschiedliche Interessen anerkennen“ sowie „sich in andere Personen versetzen können“. Auch Kompetenzen wie „Interessen anderer wahrnehmen können“, „Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen“ und sich „seiner Stärken und Schwächen bewusst werden“ wurden bei ihnen durch Familienarbeit erweitert.

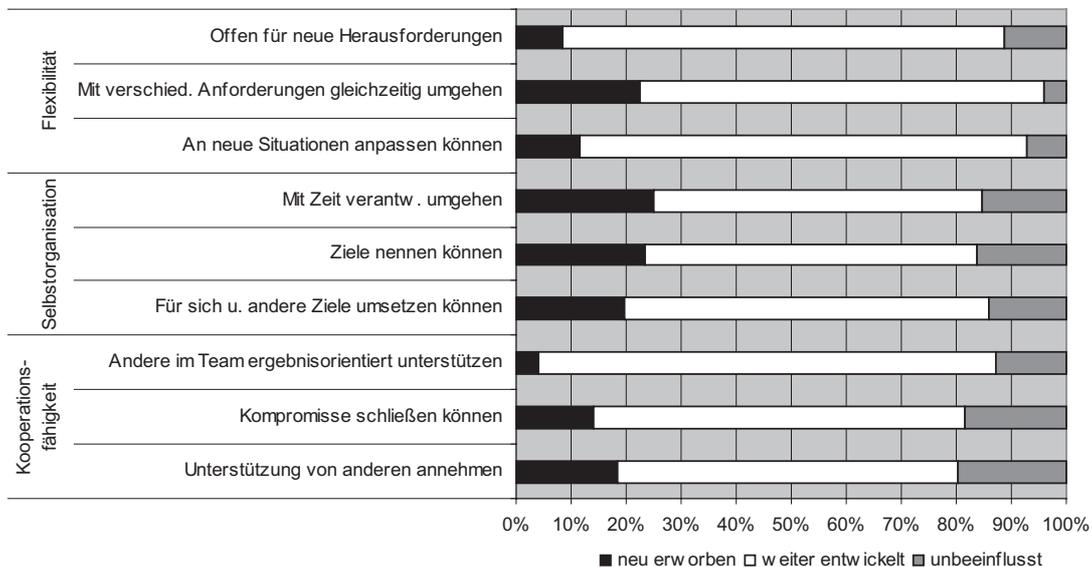
Deutlich häufiger als bei den Müttern blieben bei der Gruppe der Väter in diesem Kontext allerdings viele der aufgeführten Kompetenzen unbeeinflusst. Dazu gehören vor allem Fähigkeiten wie „Delegieren können“, „sich selbständig Informationen beschaffen können“ oder „eigene Ideen in neue Situationen einbringen können“.

Begreift man Familienarbeit also als faktische Arbeitsleistung, so wird deutlich, dass hier ein informelles Lernfeld für Kompetenzentwicklung und die Weiterentwicklung von Kompetenzen vorliegt. Folglich ist Familienarbeit mehr als nur das „Loch“ in der Berufsbiographie, unabhängig davon, ob sie neben der Erwerbsarbeit oder während einer (zeitweilig abgekoppelten) Familienphase gewonnen werden. Doch waren die Träger dieser Kompetenzen bisher vor allem die Frauen/Mütter – mit der Folge, dass der Transfer der durch Familienarbeit erworbenen Qualifikationen bisher vorrangig auf die klassischen weiblichen, d. h. hauswirtschaftlichen, erzieherischen und sozialen Berufsfelder erfolgte. Träger von Familienkompetenzen sind aber auch partner-

Familienarbeit mehr als „Lücke“ in der Erwerbsbiographie

Abbildung IV.9

Beispielhafte Darstellung eines Kompetenzprofils



Quelle: Erprobungsphase der Kompetenzbilanz, N = 180

schaftsorientierte Väter, die sich im Familienalltag und in der Kindererziehung aktiv engagieren. Entsprechend lohnt es, bei Transfermöglichkeiten von Familienkompetenzen in die Arbeitswelt nicht nur Mütter und so genannte frauenspezifische Arbeitsfelder in den Blick zu nehmen, sondern diese Kompetenzen auch auf Väter und deren Arbeitsfelder zu erweitern und zu klären, inwieweit Betriebe in neuen Dienstleistungssegmenten insgesamt nicht auch von Familienkompetenzen profitieren.

Wenn sich also insbesondere Väter stärker als bisher an der Kinderbetreuung beteiligen würden, nützte dies nicht nur den Kindern und diene der Entlastung der Mütter, sondern auch der eigenen Kompetenzentwicklung. Eltern entwickeln in der Interaktion mit Kindern über die private Generationenverantwortung Fähigkeiten, die wichtig sind für andere Sozialbeziehungen. Damit trägt die aktive Ausgestaltung der Vaterrolle im unmittelbaren Kontakt mit den Kindern zum Erlernen sozialer Kompetenzen bei, die im Übrigen auch in einer immer komplexeren Zivilgesellschaft unabdingbar sind.

Damit schließt sich der Kreis: neue Forschungsergebnisse zur frühkindlichen Lern disposition fördern neue Interaktionsformen zwischen Eltern und Kind heraus; die Verschiebungen im Arbeitsmarkt machen es notwendig, ehemals geschlechtsspezifische Sozialisationskonnotationen weitmöglichst hinsichtlich der Identitätskonstruktionen über Kompetenzprofile zu durchbrechen, indem Väter und Mütter sich die Arbeitsfelder unabhängig vom Geschlecht miteinander teilen und ihre Kinder, wiederum geschlechtsunabhängig, daran beteiligen. Hierüber wird Familie zugleich zu einem Lernfeld für beide Geschlechter, auch bezüglich der Fähigkeit zur Aushandlung, zur Zeitorganisation, zur Flexibilität und Selbstorganisation. Aus allen drei Perspektiven heraus wären partnerschaftlich ausgewogene familiäre Beteiligungsmuster viel versprechender als solche, die in einmal festgelegten Rollentrennungen verharren.

IV.3.2 Generationenbeziehungen unter Erwachsenen

Familie endet nicht mit dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus. Familiäre Generationenbeziehungen sind längst nicht auf das Verhältnis von Eltern zu Kleinkindern und Jugendlichen beschränkt. Vielmehr ereignen sich gerade bei den Generationenbeziehungen unter Erwachsenen wichtige Prozesse, die für die Beteiligten von entscheidender Bedeutung sind, aber auch weit darüber hinausreichen. Im Folgenden wird zunächst auf die (potentiell zur Verfügung stehende) gemeinsame Lebenszeit sowie auf die Wohnentfernung zwischen erwachsenen Familiengenerationen eingegangen. Danach geht es um

die Frage nach der Generationensolidarität bzw. um Generationenprobleme. Schließlich wird auf Zusammenhänge zwischen Generationensolidarität und Generationenpolitik eingegangen.

IV.3.2.1 Gemeinsame Lebenszeit und Wohnentfernung

Generationenbeziehungen unter Erwachsenen dauern heutzutage länger denn je. Aufgrund der stark gestiegenen Lebenszeit hat sich auch die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen stark erhöht. Heutzutage kann man wesentlich mehr Zeit mit seinen Angehörigen anderer Generationen verbringen als früher (Hagestad 1987; Uhlenberg 1996; Lauterbach 1995). Dies gilt besonders für erwachsene Kinder und Eltern, für deren Beziehung eine wesentlich längere gemeinsame Lebenszeit zur Verfügung steht als für die mit den minderjährigen Kindern. Dabei dauern Generationenbeziehungen von Frauen generell länger als die von Männern, da Frauen länger leben und bei der Geburt ihrer Kinder im Allgemeinen jünger sind als ihre Partner. Dadurch ergibt sich insbesondere auch eine „Feminisierung der Großelternschaft“, also eine längere gemeinsame Lebenszeit von Großmüttern und Enkeln (Höpflinger 2004).

Die zunehmende Bedeutung der Generationenbeziehungen zeigt sich auch daran, dass Partnerbeziehungen unsicherer geworden sind. Partner werden unwichtiger, Kinder wichtiger. Mehr Trennungen und Scheidungen bedeuten auch, dass Kinder und Eltern für immer mehr Menschen die wichtigsten Bezugspersonen im Leben darstellen. Hinzu kommt, dass man heute eine besonders lange gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkeln verzeichnen kann. Großeltern können ihre Enkel nun viel länger erleben, und noch nie konnten Enkel so viel Zeit mit ihren Großeltern verbringen. Allerdings hat die gewonnene gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkeln auch ihren Preis: Wenn früher die Großeltern bereits vor der Geburt der Enkel verstorben waren, gehört heutzutage ihr Tod zu den einschneidenden Lebenserfahrungen von Kindern und Jugendlichen (Zinnecker u. a. 2002, 101).

Was die zukünftige gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen angeht, existieren zwei gegenläufige Entwicklungen: Einerseits steigt das Alter der Eltern bei der Geburt ihrer Kinder, andererseits erhöht sich das Lebensalter weiterhin. Durch den ersten Trend verringert sich tendenziell die gemeinsame Lebenszeit mit den Kindern, durch den zweiten Trend wird sie wiederum erhöht. Damit gleichen sich diese beiden Entwicklungen zumindest teilweise aus. Man kann jedoch vermuten, dass die gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkeln aufgrund der immer späteren Geburt von Kindern – und Enkelkindern – in Zukunft stärker zurückgehen wird.

Zunehmende Bedeutung von Generationenbeziehungen aufgrund verlängerter Lebenszeit

Die zunehmende Bedeutung der Generationenbeziehungen zeigt sich auch in den unsicheren Partnerbeziehungen

Großeltern-Enkelbeziehungen werden wichtiger

Familie als Lernfeld der Geschlechter und Generationen

Immerhin wirkt dann das spätere Geburtsalter zweifach, also einmal in Hinblick auf die Geburt der Kinder, und ein zweites Mal in Bezug auf die Enkel. Damit lässt sich durchaus eine Trendumkehr bei der gemeinsamen Lebenszeit von Großeltern und Enkeln prognostizieren. Darüber hinaus erleben aufgrund der gesunkenen Fertilität immer mehr Menschen die familialen Generationenbeziehungen persönlich „lediglich“ in eine Richtung, also im Verhältnis zu den Eltern und Großeltern.

Generationenbeziehungen variieren mit der Wohnentfernung

Von ganz entscheidender Bedeutung für Generationenbeziehungen unter Erwachsenen ist die Wohnentfernung. Je weiter die Familienangehörigen voneinander entfernt leben, um so weniger besteht die Möglichkeit, den Alltag miteinander zu teilen. Hilfeleistungen, die an den direkten persönlichen Kontakt gebunden sind, werden mit der geografischen Distanz zunehmend unwahrscheinlich. Selbst die emotionale Qualität der Generationenbeziehung sinkt deutlich mit der räumlichen Entfernung.

Erwachsene Kinder und ihre Eltern leben im Allgemeinen nicht weit auseinander

Die meisten Eltern und erwachsenen Kinder leben nicht weit voneinander entfernt. Immerhin wohnt ein knappes Drittel der Eltern erwachsener Kinder mit mindestens einem von ihnen in derselben Wohnung, und vier von zehn leben unter demselben Dach, also im selben Haus. 90 Prozent der Deutschen mit erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts benötigen maximal zwei Stunden, um ihr nächstwohnendes Kind persönlich zu sehen. 80 Prozent brauchen höchstens eine Stunde. 60 Prozent müssen nicht einmal den Wohnort verlassen. Bei über 30 Prozent genügt ein kurzer Fußweg innerhalb der Nachbarschaft oder ein Gang im selben Haus (Szydlik 2000, 90, 180 ff., 215). All diese Befunde unterstreichen die Multilokalität von Familiengenerationen (Bertram 2000). Zwar lebt man heutzutage im Erwachsenenalter gemeinhin nicht mehr mit den Eltern in

derselben Wohnung. Von einem weiten Auseinanderziehen kann jedoch nicht die Rede sein. Vielmehr sind die allermeisten Familiengenerationen von einer geringen geografischen Distanz gekennzeichnet (vgl. Lauterbach 1998).

Allerdings nimmt der Anteil der im selben Haushalt lebenden Generationen mit deren Alter deutlich ab. In Hinblick auf erwachsene Familiengenerationen sind die mindestens 40jährigen besonders aussagekräftig, weil sie vom Alter her erwachsene Kinder haben könnten. Der Alterssurvey, eine Befragung von 40 bis 85jährigen Deutschen, belegt, dass von den 40 bis 54jährigen Eltern über drei Viertel mit mindestens einem ihrer Kinder zusammen leben. Dies gilt noch für jeden Vierten der 55 bis 69jährigen, aber nicht einmal mehr für jeden Zehnten der 70 bis 85jährigen Eltern. Schließt man auch noch die Eltern und Kinder ein, die immerhin im gleichen Haus leben, kommt man für die genannten Altersgruppen auf Quoten von 79, 36 und 27 Prozent (Kohli u. a. 2000, 186).

Gleichzeitig hängt die geografische Distanz zwischen Familiengenerationen stark von der Bildungsschicht ab: Wenn Eltern erwachsener, nicht-koresidenter Kinder maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen (also der größte Teil der Bevölkerung), ergibt sich ein Anteil von 8 Prozent mit einer Entfernung von mindestens zwei Stunden zum nächstwohnenden Kind. Bei Abiturienten und Abiturientinnen liegt diese Quote bei 20 Prozent. Noch deutlicher fällt diese Diskrepanz aus, wenn man die Perspektive der mindestens 40jährigen Kinder einnimmt: Bei 6 Prozent der ehemaligen Hauptschüler und Hauptschülerinnen – aber bei 23 Prozent der Abiturienten und Abiturientinnen – wohnen die Eltern mehr als zwei Stunden entfernt (Tabelle IV.1; vgl. auch Lauterbach/Pillemer 2001).

Deutlicher Zusammenhang zwischen Bildungsschicht und Wohnentfernung

Tabelle IV.1

Wohnentfernung nach Bildung

	Eltern-Kinder				Kinder-Eltern			
	Haupt-schule	Real-schule	Abitur	Gesamt	Haupt-schule	Real-schule	Abitur	Gesamt
Weiter entfernt	8 %	11 %	20 %	10 %	6 %	14 %	23 %	16 %
Anderer Ort bis 2Std.	25 %	33 %	44 %	30 %	37 %	35 %	40 %	36 %
Gleicher Ort	32 %	29 %	18 %	29 %	30 %	28 %	21 %	27 %
Nachbarschaft	18 %	19 %	13 %	18 %	17 %	14 %	10 %	14 %
Haus	16 %	8 %	6 %	13 %	10 %	9 %	6 %	8 %
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Einbezogen sind 40-85jährige Deutsche mit erwachsenen Kindern bzw. mit Eltern außerhalb des Haushalts
Quelle: Alterssurvey 2002, Berechnungen von Bodo Lippel

Wenn man an mögliche zukünftige Entwicklungen denkt, spricht einiges für eine etwas größere Wohnentfernung zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Hier sind vor allem zunehmende Flexibilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu nennen, die zu einer größeren geographischen Mobilität beitragen können. Zudem legen die Befunde zur Bildungsschicht nahe, dass allein schon die Zunahme an höherer Bildung zu einer größeren geographischen Entfernung zwischen den Generationen beiträgt. Zwar stehen dem neue bzw. weiterentwickelte Technologien gegenüber, die Kommunikation auf Distanz erleichtern und Entfernungen schneller überbrückbar machen. Dennoch bleibt der unmittelbare persönliche Kontakt besonders in den Bildungsschichten seltener, die für Ausbildung und Beruf mobil sein müssen (vgl. das Stichwort „Ambivalenzen“ in Kap. IV.3.2.3).

Trend in Richtung größere Wohnentfernungen

IV.3.2.2 Krise der Familie oder Generationensolidarität?

Die gemeinsame Lebenszeit sowie eine geringe Wohnentfernung stellen jedoch lediglich Potentiale für aktiv gelebte Familienbeziehungen im Erwachsenenalter dar. Für die oft unterstellte „Krise der Familie“ hat man sich vielmehr mit der Frage nach der Generationensolidarität auseinanderzusetzen. Generationensolidarität beinhaltet einerseits ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und engen Verbundenheit, andererseits spezifische Handlungen, die auf die jeweils andere Generation bezogen sind. Dabei kann man zwischen drei Solidaritätsdimensionen unterscheiden, nämlich die affektive, assoziative und funktionale Solidarität. Affektive Solidarität umfasst die emotionale Seite der Generationenbeziehung, also Gefühle wie emotionale Nähe, Verbundenheit und Zuneigung. Die assoziative Solidarität bezieht sich auf gemeinsame Aktivitäten, wie z. B. die Kontakthäufigkeit und die Art der Kontakte. Die funktionale Solidarität schließlich beinhaltet das Geben und Nehmen von Geld, Zeit und Raum einschließlich monetärer Transfers und persönlicher Hilfeleistungen (Bengtson/Roberts 1991; Lawton/Silverstein/Bengston 1994). Inwieweit können die heutigen Generationenbeziehungen unter Erwachsenen als solidarisch bezeichnet werden?

Emotionale Verbundenheit

Familiengenerationen sind auch dann emotional eng miteinander verbunden, wenn es sich um erwachsene Angehörige handelt, die nicht mehr zusammen leben. Abbildung IV.13 belegt, dass sich 92 Prozent der Eltern erwachsener Kinder außerhalb des Haushalts mindestens eng mit ihrem nächstwohnenden Kind verbunden fühlen. 60 Prozent sprechen sogar von einer sehr engen

Erwachsene Kinder und ihre Eltern emotional eng miteinander verbunden

Beziehung. Die emotionale Qualität der Generationenbeziehungen unter Erwachsenen ist also ausgesprochen stark. Dies gilt auch, wenn man die Perspektive wechselt und die erwachsenen Kinder zu ihrem Verhältnis zu den Eltern anspricht. Dann sind es immerhin noch drei Viertel, die eine mindestens enge Generationenbeziehung konstatieren.

Obwohl sich also erwachsene Kinder und Eltern in ihrer übergroßen Mehrheit eng mit der anderen Generation verbunden fühlen, lassen sich auch Unterschiede in der Perspektive von Eltern und Kindern feststellen. Eltern betonen generell eher die Gemeinsamkeiten mit ihren Kindern und spielen die Konflikte mit ihnen herunter. Die Kinder hingegen sind tendenziell bestrebt, sich von ihren Eltern abzugrenzen und als eigenständige Person wahrgenommen zu werden. Damit sind Kinder eher dazu geneigt, Konflikte aufzuwerten und Gemeinsamkeiten geringer zu schätzen (Giarrusso/Stallings/Bengston 1995). Erwachsene Kinder erinnern sich auch eher an frühere Frustrationen und Spannungen mit ihren Eltern, während diese eher die späteren Erfolge ihrer Kinder im Blick haben (Clausen 1993). Es ist also nicht überraschend, dass Eltern und erwachsene Kinder – bei generell enger emotionaler Verbundenheit – tendenziell andere Bewertungen ihrer Beziehung vornehmen.

Unterschiede in der Wahrnehmung: Eltern sehen die Beziehung positiver

Besonders deutlich fällt diese Differenz bei Großeltern und Enkeln aus. Über 85 Prozent der Großeltern berichten von einer mindestens engen Beziehung zu ihren nicht im selben Haushalt lebenden Enkeln. Allerdings spricht umgekehrt noch nicht einmal die Hälfte der erwachsenen Enkel von einer engen oder sehr engen Verbindung zu den Großeltern. Damit können gerade die Generationenbeziehungen zwischen Enkeln und Großeltern besonderen Herausforderungen aufgrund ihres unterschiedlichen Verbundenheitsgefühls ausgesetzt sein.

Frauen führen im Vergleich zu Männern im Allgemeinen engere Generationenbeziehungen. Es sind eher die Frauen in der Familie, die die Generationen zusammenhalten und dafür sorgen, dass man sich nicht aus den Augen verliert, auch wenn man nicht mehr zusammen wohnt. Die engsten Generationenverhältnisse sind die zwischen Müttern und Töchtern, die flüchtigsten die zwischen Söhnen und Vätern. Aber auch die meisten Söhne sprechen von einer mindestens engen Bindung zu ihrem Vater.

Frauen führen engere Generationenbeziehungen

Allerdings leiden die Generationenbeziehungen im Erwachsenenalter erheblich unter früheren Familienereignissen. Wenn sich die Eltern minderjähriger Kinder trennen, wirkt sich dies zeitlebens negativ auf das Verhältnis zum damals abwesenden Elternteil aus (vgl. Kap IV.2.2): Wenn man bei einer allein erziehenden Mutter aufgewachsen

ist, bleibt die Beziehung zum Vater auch im Erwachsenenalter wesentlich flüchtiger.

Besonders interessant sind dabei die langfristigen Folgen einer Einelternfamilie in Hinblick auf den Elternteil, bei dem man aufgewachsen ist – also zumeist der Mutter: Hier ist zwischen Witwen und von ihrem Partner getrennt lebenden bzw. geschiedenen Müttern zu unterscheiden. Im Vergleich mit erwachsenen Kindern, die in einer Zweielternfamilie aufgewachsen sind, wird die spätere Beziehung zu einer verwitweten Mutter als etwas flüchtiger wahrgenommen. Hier könnte ein „Heiligenscheineffekt“ wirken, d. h. der eher unbekannt verstorbenen Vater wird eher idealisiert und damit stärker vermisst, so dass für viele Probleme nicht zuletzt die Vaterabwesenheit verantwortlich gemacht wird. Bei getrennt lebenden bzw. geschiedenen Müttern ergibt sich hingegen eher das Gegenteil: Dann ist die spätere Generationenbeziehung sogar etwas enger als bei solchen erwachsenen Kindern, die bei Mutter und Vater aufwuchsen. Hier kennen die Kinder den Vater, so dass eine Idealisierung im Sinne eines Heiligenscheineffekts weniger wahrscheinlich ist. Zuweilen kann die Einelternfamilie im Vergleich zur Zweielternfamilie mit dem bekannten Vater sogar als besser eingeschätzt werden (u. a. auch aufgrund der Erfahrung ausgeprägter Ehekonflikte). Geschiedene Mütter, bei denen die minderjährigen Kinder aufwachsen, müssen somit keineswegs eine spätere flüchtigere Generationenbeziehung fürchten – im Gegensatz zum in der Kindheit und Jugend abwesenden Elternteil (Szydlik 2000, 191, 201ff.).

Auch wenn Westdeutsche und Ostdeutsche generell enge Beziehungen zu den erwachsenen Generationen außerhalb des Haushalts angeben, existieren doch auch bezeichnende Differenzen. Ostdeutsche berichten generell von noch engeren Generationenbeziehungen als Westdeutsche. Offenbar schlagen sich die besonderen Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik weiterhin in den aktuellen Familienbeziehungen nieder. Ein Grund hierfür dürfte in der besonderen Bedeutung der Familie in der DDR als „Gegenwelt zur Gesellschaft“ (Gysi u. a. 1990, 34) liegen. Der Rückzug ins Private hat der Familie in der DDR einen besonderen Stellenwert verliehen. Hinzu kommt, dass die Familie nach dem Fall der Mauer und dem darauf folgenden Systemumbruch einen wichtigen Rückhalt vor den neuen Unsicherheiten und Belastungen bietet. Empirische Befunde legen jedenfalls nahe, dass in den Jahren nach dem Fall der Mauer mehr ost- als westdeutsche Generationenbeziehungen unter Erwachsenen stabil eng geblieben sind.

Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass starke Belastungen die intergenerationalen Beziehungen in der Familie auch über-

fordern können. So können finanzielle Probleme und Arbeitslosigkeit zu flüchtigeren Generationenverhältnissen führen (vgl. Hess/Hartenstein/Smid 1991; Landua 1991; Elder/Meier 1997; Nietfeld/Becker 1999). Wer gleichbleibend mit seinem Lebensstandard zufrieden ist, berichtet eher von stabil engen Generationenbeziehungen. Wenn sich der Lebensstandard jedoch verschlechtert, ergeben sich in der Regel flüchtigere Generationenverhältnisse. Ähnliches gilt für eine Arbeitslosigkeit: Der Stellenverlust erhöht die Wahrscheinlichkeit einer flüchtigeren und verringert die Chance auf eine engere Generationenbindung. Bereits die Sorge vor Arbeitslosigkeit trägt zu tendenziell lockereren Beziehungen zwischen nicht-koresidenten erwachsenen Familiengenerationen bei.

Bei der Bewertung der engen emotionalen Bindungen zwischen erwachsenen Familiengenerationen darf man allerdings auch nicht vergessen, dass manche Beziehungen auch zu eng sein können. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sich erwachsene Kinder nicht ausreichend von ihren Eltern lösen oder wenn sich Eltern zu stark an ihre erwachsenen Kinder klammern (vgl. Stierlin 1976). Auch dies verweist darauf, dass die emotionale Verbindung eine wichtige, jedoch nicht ausreichende Dimension von Generationensolidarität darstellt.

Kontakte

Kontakte zwischen getrennt lebenden Familiengenerationen können persönliche Treffen und gemeinsame Aktivitäten beinhalten, aber auch Briefe und Telefonate. Abbildung IV.13 belegt, dass beinahe vier von zehn Eltern mindestens eines ihrer erwachsenen Kinder täglich sieht oder spricht, obwohl man nicht mehr zusammen lebt. Mehrmals pro Woche haben beinahe sieben von zehn Eltern Kontakt zu ihrem erwachsenen Kind, und wenn man auch noch diejenigen einschließt, die sich immerhin noch einmal pro Woche treffen oder miteinander telefonieren, kommt man auf einen Anteil von 85 Prozent. Von einem Abbruch der Generationenbeziehung nach dem Auszug aus dem Elternhaus kann somit überhaupt nicht die Rede sein. Man ist heutzutage zwar nicht mehr aus ökonomischen Gründen dazu gezwungen, innerhalb derselben vier Wände zu leben. Die eigene Haushaltsführung geht jedoch keineswegs mit einer Aufkündigung der Generationenbeziehung einher.

Dies wird auch deutlich, wenn man die 15 Prozent der Eltern weiter aufschlüsselt, die seltener als einmal pro Woche mit ihren erwachsenen Kindern in Kontakt stehen: Die allermeisten von ihnen berichten von ein bis dreimaligen Kontakten pro Monat. Insgesamt gibt lediglich eines von zehn Elternteilen an, sein Kind ledig-

Belastungen können Generationen überfordern

„Heiligenscheineffekt“ bei Witwen

Noch engere Generationenbeziehungen in Ostdeutschland

Hohe Kontaktdichte zwischen den Generationen

Völlige Kontaktabbrüche sind ausgesprochen selten

lich mehrmals im Jahr oder sogar noch seltener zu sehen oder zu sprechen. Nur bei einem Prozent ist der Kontakt zu den erwachsenen Kindern völlig abgebrochen.

Die Befunde belegen damit auch, dass die Älteren in der Familie keineswegs von ihren Nachkommen isoliert sind. Wer Kinder in die Welt setzt, kann lebenslang mit häufigen Kontakten zu ihnen rechnen. Dabei nehmen die Kontakte zu den erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts mit dem Alter sogar noch zu. Gleichzeitig stellt sich erwartungsgemäß heraus, dass Frauen noch häufigere Generationenkontakte aufweisen als Männer (Kohli u. a. 2000, 190).

Frauen realisieren häufigere Generationenkontakte

Persönliche Hilfeleistungen

Erwachsene Familiengenerationen sind durch vielfältige persönliche Hilfen miteinander verbunden. Die Bandbreite reicht von emotionalem Beistand über Enkelbetreuung und Haushaltshilfe bis hin zur Pflege. Man steht mit Rat und Trost zur Verfügung, hilft im Garten und beim Gardinenaufhängen, erledigt Einkäufe und versorgt sich bei kleineren und größeren Krankheiten. Ein Viertel der 40 bis 85jährigen hilft ihren nicht-koresidenten Eltern oder Schwiegereltern aktuell im Haushalt, also z. B. beim Saubermachen, bei kleineren Reparaturen oder beim Einkaufen (s. Abbildung IV.13). Ein Achtel leistet wegen Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit der (Schwieger)Eltern regelmäßige Hilfe oder sogar Pflege, über ein Drittel der Großeltern betreut ihre Enkelkinder.

Intensives und dichtes Hilfenetz zwischen den Generationen

All dies geschieht, auch wenn die Generationen nicht mehr zusammen leben. Die vielfältigen Leistungen stellen in der Regel willkommene Hilfen dar, gehen aber auch häufig mit Belastungen einher. Insofern sind die engen Generationenbande über die Haushaltsgrenzen hinweg nicht zu unterschätzen. Hinzu kommt, dass sich die genannten Personenanteile auf aktuelle Hilfen (bzw. solchen in den letzten zwölf Monaten) beziehen, die einen entsprechenden Hilfebedarf voraussetzen. Im Lebenslauf kommen daher selbstverständlich noch wesentlich höhere Quoten zutage. Immerhin stimmen über 90 Prozent der 40 bis 85jährigen der folgenden Aussage zu: „Wenn meine Angehörigen Hilfe brauchen, werde ich immer einspringen“ (Szydlík 2000).

Versorgung Pflegebedürftiger vorwiegend durch Familie

Eine besonders anspruchsvolle und sowohl physisch wie psychisch extrem belastende Hilfeleistung ist die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Neun von zehn (versicherungsmäßig eingestuft) Pflegebedürftigen werden in Privathaushalten versorgt (Schneekloth/Leven 2003, 18). In Deutschland leben etwa 5 Prozent der mindestens 65jährigen in einem Heim, was im internationalen Vergleich einer mittleren Position entspricht (BMFSFJ 2002a; Berger-

Schmitt 2003). Dabei tritt Pflegebedürftigkeit in den meisten Fällen erst im hohen Alter auf. Von den 60-69jährigen sind 2 Prozent pflegebedürftig, von den 70 bis 74jährigen 5 Prozent, den 75 bis 79jährigen 10 Prozent, den 80 bis 84jährigen 20 Prozent, den 85 bis 89jährigen 36 Prozent und den über 90jährigen beinahe 60 Prozent. Damit sind sieben von zehn Pflegebedürftigen mindestens 70 Jahre alt (gemessen an den Leistungsempfängern und -empfängerinnen der sozialen und privaten Pflegeversicherung; vgl. Schulz/Leidl/Koenig 2001, 67ff.). Gleichzeitig sind vier von fünf Pflegenden mindestens 40 Jahre, 45 Prozent sind älter als 54 Jahre. Auch deshalb ist die so genannte Sandwich-Situation im Sinne einer gleichzeitigen Betreuung von (Enkel) Kindern und Eltern eher selten, was natürlich eine gleichzeitige materielle Unterstützung genauso wenig ausschließt wie eine zeitlich kurzfristig aufeinander folgende Sorge der mittleren Generation um – zuerst – die Kinder und dann die Eltern (Künemund 2002).

Die Hauptpflegepersonen sind mit 73 Prozent vor allem Frauen (Schneekloth/Leven 2003, 20; Expertise Dienel 2004). Dies liegt nur zum Teil daran, dass Ehefrauen aufgrund der längeren Lebensdauer und des Altersabstandes eher ihre Männer pflegen als Ehemänner ihre Frauen (28 Prozent der Hauptpflegepersonen sind die/der (Ehe) Partner/in; eine frühere Studie von Schneekloth/Müller (2000, 52ff.) ergab 20 Prozent Frauen und 12 Prozent Männer). Denn ein Viertel der Hauptpflegepersonen sind Töchter und ein Zwanzigstel sind Schwiegertöchter, wobei die Söhne lediglich 10 Prozent der Hauptpflegepersonen ausmachen. Die übrigen Pflegenden sind Mütter (12 Prozent), Väter (2 Prozent), Enkel (2 Prozent), sonstige Verwandte (7 Prozent) und Nachbarn bzw. Bekannte (7 Prozent) (Schneekloth/Leven 2003, 19).

Hauptpflegepersonen vor allem Frauen (Ehefrauen und Töchter)

Wenn man allerdings nicht nur die Hauptpflegepersonen einbezieht (im Durchschnitt wird ein Pflegebedürftiger von zwei Personen versorgt), fällt die Diskrepanz zwischen Frauen und Männern geringer aus: Im Jahre 2003 sind 8 Prozent der erwachsenen Frauen und 5 Prozent der Männer an der Versorgung Pflegebedürftiger beteiligt. Der Anteil der Männer an den Pflegeleistenden beträgt dabei 37 Prozent. Frauen verwenden durchschnittlich drei Stunden für die Pflege, Männer etwas mehr als zweieinhalb Stunden (Schupp/Künemund 2004).

Gleichzeitig belegen die Anteile der jeweiligen Pflegegruppen, dass es sich bei der Hälfte der Pflegenden um Familiengenerationen handelt. Auch dies bestätigt die ausgeprägte Generationensolidarität, zumal die entsprechenden Belastungen für die Pflegenden gar nicht überbewertet werden können. Dies zeigt sich auch an generellen Einstellungen: Nur ein Zehntel der erwachsenen

Deutschen ist der Meinung, dass alleinlebende, pflegebedürftige Eltern im Bedarfsfall in ein Alters- oder Pflegeheim ziehen sollten, und mehr als zwei von fünf Deutschen finden, dass man selbst oder jemand von den Geschwistern dieses Elternteil bei sich aufnehmen sollte (dies entspricht jeweils einer mittleren Position im europäischen Vergleich; Berger-Schmitt 2003).

**Schattenseiten der
Pflegebelastung**

Allerdings darf man gerade bei Pflegesituationen als besonders ausgeprägter Form der Generationensolidarität nicht deren Schattenseiten vergessen. Dazu gehört die immense zeitliche, körperliche, finanzielle, soziale und psychische Belastung (Expertise Müller/Bird/Bohns 2004). Viele Pflegenden opfern sich für ihre Verwandten bis zur eigenen Erschöpfung und Erkrankung auf (vgl. Gatz/Bengston/Blum 1990; Expertise Staudinger 2004). Dabei trifft die Belastungssituation nicht nur die Hauptpflegepersonen, sondern das gesamte familiäre und soziale Umfeld. Ein weiteres Problem ist die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege einschließlich der doppelten Belastung durch die gleichzeitige Erwerbstätigkeit und Pflege. Dazu passt, dass verheiratete Frauen häufiger ihre Erwerbstätigkeit beenden, wenn im Haushalt ein Pflegefall existiert (Schneider/Drobnic/Blossfeld 2001). Ein Wiedereinstieg in den Beruf ist dann bereits aus Altersgründen ausgesprochen schwierig.

Schließlich darf man bei einer Beschäftigung mit der Pflegesituation auch nicht vergessen, dass Hilfeleistende und Pflegebedürftige zuweilen so miteinander verstrickt sind, dass starke Konflikte ausbrechen – die bis hin zu physischer und psychischer Gewalt reichen (Pillemer/Suitor 1992; Hörl/Schimany 2004). Hierunter fallen einerseits körperliche Misshandlungen einschließlich Verabreichung überdosierter Medikamente, psychische Misshandlungen wie Beschimpfungen und Drohungen, finanzieller Missbrauch wie Diebstahl von Geld und Eigentum sowie Einschränkungen des freien Willens, also z. B. der Zwang zu bestimmten Verhaltensweisen oder die Einschränkung der freien Wohnortwahl. Andererseits kann man Gewalt auch im Sinne einer Unterlassung von Handlungen verstehen, wie z. B. unzureichende Ernährung, Pflege und Hygiene oder Alleinlassen und Isolierung der Pflegeperson (Hörl, Schimany 2004: 197). Was das tatsächliche Ausmaß der Gewalt in der (intergenerationalen) Pflegesituation angeht, existiert jedoch ein großes Dunkelfeld, und zwar sowohl in der Kriminalstatistik als auch in der wissenschaftlichen Forschung (Expertise Müller/Bird/Bohns 2004).

**Ausmaß der Gewalt
in Pflegesituation ein
großes Dunkelfeld**

**Familiale Pflegeleis-
tungen werden zu-
nehmend prekär**

In Hinblick auf zukünftige Entwicklungen kann man die These aufstellen, dass familiäre Hilfe- und Pflegeleistungen für ältere Angehörige zunehmend prekär werden und dabei zu Überlas-

tungen der mittleren Generation beitragen. Hierfür können mehrere Gründe verantwortlich gemacht werden:

Die Anzahl älterer Menschen und damit auch von Pflegebedürftigen nimmt stark zu. Schätzungen zufolge wird sich die Anzahl Pflegebedürftiger bzw. Leistungsempfänger und -empfängerinnen der Pflegeversicherung in Deutschland von derzeit 2 Millionen auf 3 Millionen im Jahre 2020 und auf 4,7 Millionen im Jahre 2050 erhöhen. Dabei wird insbesondere die Anzahl der Schwer(st)pflegefälle zunehmen, was zusätzlich zu größeren Betreuungsanforderungen führt (Schulz/Leidl/Koenig 2001). Andere Schätzungen (z. B. Rothgang/Vogler 1997; Blinkert/Klie 2001) gehen von geringeren Zuwachsraten aus, prognostizieren jedoch ebenfalls einen dramatischen Anstieg der Pflegebedürftigen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass insbesondere die Zunahme an Demenzerkrankungen mit einer damit einhergehenden Überforderung der pflegenden Familienangehörigen auch zu einer Verschärfung der Gewaltproblematik beiträgt (Hörl/Schimany 2004).

Die gestiegene und längere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie zunehmende berufliche Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen erschweren zunehmend die Vereinbarkeit von Beruf und Hilfe bzw. Pflege. Einerseits verringern sich die Zeitressourcen der mittleren Generation. Andererseits kann man vermuten, dass aufgrund beruflicher Anforderungen die Wohnentfernung zwischen Eltern- und Kinderhaushalten zunimmt. Dabei stellt die geografische Distanz eine wesentliche Determinante für die Betreuung von Familienangehörigen dar.

Das zunehmende Alter bei der Geburt von Kindern kann dazu führen, dass sich neben den gestiegenen beruflichen Anforderungen und Unsicherheiten mehr Mitglieder der mittleren Familiengeneration in einer Sandwichsituation wiederfinden, und zwar im Sinne einer gleichzeitigen Betreuungsanforderung von minderjährigen Kindern und hilfe- bzw. pflegebedürftigen Eltern. Allerdings darf man nicht vergessen, dass sich neben der späteren Geburt von Kindern auch die Lebensdauer der Eltern und der Zeitpunkt ihrer eventuellen Hilfe- und Pflegebedürftigkeit zeitlich nach hinten verlagert, so dass sich diese beiden Entwicklungen auch gegenseitig ausgleichen können.

Zudem ist entscheidend, inwiefern aufgrund der wachsenden Finanzierungsprobleme öffentlicher Haushalte mit dem damit einhergehenden Rückzug des Sozialstaates Hilfe- und Pflegeaufgaben in die Familie verlagert werden. Damit besteht die Gefahr, dass Frauen noch stärker als bisher für persönliche Dienstleistungen in der Familie verantwortlich gemacht werden. Aber auch Män-

**Verfügbarkeit von
Pflegepersonen sinkt
durch berufliche
Einbindung**

ner werden zunehmend mit Hilfe- und Pflegeaufgaben konfrontiert werden.

**Weniger Schultern
für Hilfe- und
Pflegeaufgaben**

Dabei gehen mit der geringeren Fertilität auch geringere Geschwisterzahlen einher, so dass die Hilfe- und Pflegeaufgaben auf weniger Schultern verteilt werden müssen. Auch dies führt zu vermehrten Be- und Überlastungen der mittleren Familiengeneration. Allerdings handelt es sich hierbei zum Teil um eher langfristige Perspektiven. Im nächsten Jahrzehnt werden erst einmal Eltern geburtenstarker Jahrgänge pflegebedürftig, die relativ viele erwachsene Kinder als potentielle Hilfe- und Pflegeleistende haben (vgl. BMFSFJ 2000a, 17; SchneiderDrobnic/Blossfeld 2001; Expertise Schneider 2004; Schupp/Künemund 2004; zur Pflegesituation und deren Perspektiven siehe auch Expertise Müller/Bird/Bohns 2004).

Bei der Prognose zukünftiger Entwicklungen in Hinblick auf Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im Alter liegt es auch nahe, über die zunehmende Kinderlosigkeit nachzudenken. Auch wenn die zunehmende Kinderlosigkeit erst langfristig ein Thema für die Hilfe- und Pflegesituation im Alter ist, sollte man die etwaigen Folgen bereits jetzt in den Blick nehmen. Aber auch hier ist zwischen Personen(gruppen) zu unterscheiden, die mehr oder weniger eigene finanzielle Ressourcen im Alter aufweisen werden. So ist zu erwarten, dass (vermehrt) kinderlose Akademikerinnen und Akademiker aufgrund ihrer höheren Renteneinkommen, Vermögen und Erbschaften vergleichsweise weniger negative Effekte in Kauf nehmen müssen als kinderlose arme Ältere – dies beinhaltet allerdings nicht den emotionalen Beistand, den ältere Eltern im Vergleich mit Kinderlosen generell erwarten können.

Aktuelle Geld- und Sachtransfers

Es wäre ein Fehler, bei den Generationenbeziehungen unter Erwachsenen vor allem die Hilfebedürftigkeit Älterer herauszuheben. Eltern und Großeltern sind längst nicht nur Empfänger/Empfängerinnen von Familienleistungen, sondern sie stellen vielmehr wichtige Ressourcen für ihre erwachsenen Kinder dar. Abbildung IV.10 belegt nicht nur persönliche Hilfeleistungen von den erwachsenen Kindern zu den Eltern, sondern ebenfalls Hilfen in umgekehrte Richtung. Hinzu kommt, dass diese Anteile von den einbezogenen Hilfen abhängen. Opaschowski (2004, 157) ermittelt bspw. einen Anteil von jeweils 20 Prozent von Eltern über 65 Jahren und Kindern im Alter von 25 bis 49 Jahren, die mit persönlichen Hilfen füreinander eintreten.

Noch klarer fällt das Bild bei monetären Transfers aus. Diese fließen klar von oben nach unten, also von den älteren zu den jüngeren Familiengenerationen. Aktuell, also innerhalb eines Jahres, haben 30 Prozent der Eltern mit erwachsenen

Kindern außerhalb des Haushalts diesen Geld geschenkt, größere Sachgeschenke gemacht oder sie regelmäßig finanziell unterstützt. Umgekehrt gilt dies nur für zwei Prozent der erwachsenen Kinder (Szydlik 2000, 130). Opaschowski (2004, Abbildung IV.10) kommt auf ähnliche Quoten. Damit entsprechen die Transferströme innerhalb der Familie einem so genannten Kaskadenmodell: Geld fließt bei Familiengenerationen von oben nach unten, und zwar vor allem von Eltern an ihre (erwachsenen) Kinder. Enkel, andere Verwandte sowie Freunde und Bekannte werden zwar ebenfalls bedacht, jedoch wesentlich seltener.

Man könnte nun selbst den genannten Anteil von 30 Prozent als eher gering erachten. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass hier nur eine relativ kurze Zeitspanne betrachtet wird. Ein längerer Zeitraum hätte höhere Quoten ergeben. Die französische Dreigenerationstudie fragt beispielsweise nach einer Zeitspanne von fünf Jahren und kommt auf einen Anteil von zwei Dritteln, die an ihre erwachsenen Kinder Transfers leisten. Auch hier fallen die Transferströme in umgekehrter Richtung wesentlich spärlicher aus (Attias-Donfut 1995).

Private finanzielle Transfers schaffen Bindungen zwischen Angehörigen und stabilisieren Familienbeziehungen. Dabei wird nicht nur einfach Geld gegeben bzw. überwiesen, sondern die Transfers haben zudem oftmals starken Symbolcharakter. Man zeigt, dass man sich in finanziellen Notsituationen unterstützt, dass man sich auf den anderen verlassen kann und dass man füreinander einsteht. Besonders deutlich wird dieser Symbolcharakter bei Geschenken. Es heißt „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, und dies gilt in gewisser Weise auch für Zuwendungen zwischen Generationen: Kleine und große Transfers stabilisieren Familienbeziehungen. Besonders zwischen Erwachsenen, die mittlerweile in getrennten Haushalten leben, sind eine ganze Reihe von Verhaltensweisen notwendig, um sich im Alltag nicht zu weit voneinander zu entfernen. Geschenke leisten hierzu einen nicht unwesentlichen Beitrag. Sie zeigen, dass man an den anderen denkt, sie oder ihn als wichtig erachtet, und dass man weiterhin den Kontakt aufrechterhalten möchte. Immerhin gehen private Generationentransfers mit engeren emotionalen Bindungen und häufigeren Kontakten zwischen nicht zusammenlebenden erwachsenen Kindern und Eltern einher. Zuweilen werden durch Geschenke auch Gefühle der Zuneigung ausgedrückt, die man nicht in Worte fassen will oder kann.

**Private finanzielle
Transfers stabilisieren
Familienbeziehungen**

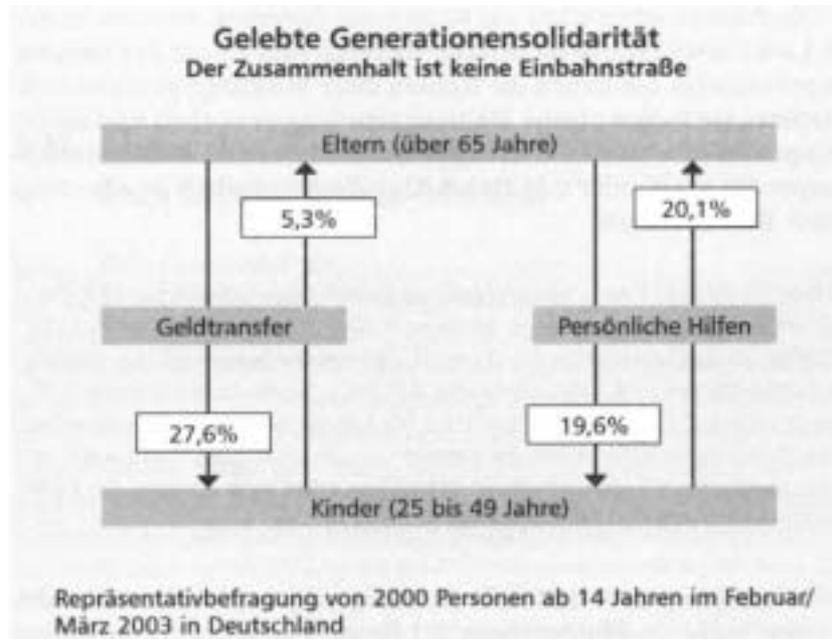
Eltern und Großeltern leisten umfangreiche Sach- und Geldhilfe an die jüngeren Familiengenerationen

Monetäre Transfers wirken aber auch deshalb als Beziehungskitt – und verstärken damit Generationensolidarität – weil sie häufig Gegenleistungen

Monetäre Transfers bringen Gegenleistungen

Abbildung IV.10

Generationentransfers und Hilfen



Quelle: Horst W. Opaschowski: Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft. Darmstadt 2004, S. 157

gen anregen. Georg Simmel hat bereits vor bald hundert Jahren darauf hingewiesen, dass Dankbarkeit Brücken zu anderen Menschen schlägt und neue Handlungen anregt. Damit wird die Dankbarkeit zu einem starken Bindemittel und hält sogar Gesellschaften zusammen (Simmel 1908, 444). Man kann hier auch von einem sozialen Tausch sprechen, durch den Verpflichtungen hergestellt werden, die (Generationen)Beziehungen festigen (Blau 1964, 88ff.; vgl. auch Mauss 1950). Solche Gegenleistungen aufgrund des Dankbarkeitsgefühls können vielerlei Gestalt annehmen. Dazu gehören Gegengeschenke, Telefonanrufe, emotionale Unterstützungen, kleine Gefälligkeiten oder größere persönliche Hilfen. Ein Teil der in Abbildung IV.10 aufgeführten persönlichen Hilfen von erwachsenen Kindern gegenüber ihren Eltern sind demnach auch auf monetäre Transfers zurückzuführen – bis hin zur in Aussicht gestellten Erbschaft. Man kann hier durchaus von einem mehr oder weniger expliziten privaten Generationenvertrag sprechen.

Dies bedeutet aber auch, dass finanzielle Transfers abgelehnt werden können. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die erahnten bzw. mehr oder weniger explizit geforderten Gegenleistungen das Akzeptanzmaß der Transferempfänger und -empfängerinnen übersteigen (vgl. z. B. Kottikoff/ Morris 1989). Ein augenfälliges Beispiel hierfür liefert die von Kurt Lüscher und Brigitte Pajung-Bilger (1998, 55) dokumentierte Aussage

einer 26jährigen Tochter in Bezug zu ihrem Vater: „Ich habe ihm öfter gesagt, ich brauche sein Geld nicht, wenn das quasi als Erpressung gedacht ist, ‚Du kriegst Geld von mir, dafür kriege ich Gefühle von dir‘. Das weiß er ganz genau. Und ich sage, ich gehe lieber arbeiten und verdiene mir mein Geld selber, bevor ich das mitmache“.

Über private Generationentransfers können sich also Machtbeziehungen in Familien ausdrücken bzw. manifestieren. Dabei spielen die finanziellen Ressourcen beider Seiten eine wesentliche Rolle, also sowohl die der (potentiellen) Geber als auch die der (etwaigen) Transferempfänger und -empfängerinnen. Es geht hierbei auch um das Verhältnis von Abhängigkeit und Autonomie zwischen den Generationen sowie innerhalb des gesamten Familienzusammenhangs. Wer über Geld oder Sachwerte verfügt, kann die eigene (Macht)Position innerhalb der Familie erhalten, stärken und dabei auch möglichen Widerspruch abwehren. Die Bandbreite reicht von finanziellen Ressourcen für aktuelle Geld- und Sachgeschenke über Bürgschaften bis hin zu Schenkungen und Vererbungen (s. u.). Umgekehrt wirkt der Zusammenhang von Geld und Macht innerhalb von Generationenbeziehungen vor allem dann, wenn potentielle Transferempfänger und -empfängerinnen über vergleichsweise geringe Ressourcen verfügen. Mit anderen Worten: Ist man finanziell in der Lage, solche Zuwendungen auch

In privaten Generationentransfers drücken sich auch Machtbeziehungen aus

ablehnen zu können? Wenn dies der Fall ist, können die impliziten oder expliziten Ansprüche der Transfergeber leichter übergangen werden.

Studien zu Transfermotiven belegen jedenfalls, dass monetäre Transfers häufig nicht auf einem reinen Altruismus beruhen. Vielmehr existieren weitere, oftmals wichtigere Transfermotive, nämlich Verpflichtung, Zuneigung und Reziprozität. Manche Generationentransfers werden geleistet, weil der Gesetzgeber dies so vorsieht, z. B. Unterhaltszahlungen an studierende Kinder. Andere erfolgen vor allem aus einem Gefühl enger Verbundenheit, so dass Verwandte, die man besonders mag, unabhängig von ihrem Bedarf mehr erhalten. Reziprozität schließlich meint, dass man mit der Zuwendung eine wie immer auch geartete Gegenleistung erwartet. In der Realität sind diese einzelnen Transfermotive jedoch häufig nicht klar zu trennen. Monetäre Leistungen zwischen Familiengenerationen beruhen vielmehr meistens auf einer (komplizierten) Mischung mehrerer Faktoren. In den seltensten Fällen wird lediglich ein einziges Transfermotiv angegeben, also ausschließlich Reziprozität, Altruismus, Zuneigung oder Verpflichtung. Am häufigsten werden alle vier Motive gemeinsam genannt sowie eine Kombination aus Zuneigung, Reziprozität und Verpflichtung (Künemund/Motel 2000, 130).

Die wichtigste Determinante für private Transfers unter erwachsenen Familiengenerationen sind allerdings die finanziellen Ressourcen der Transfergeber: Wer mehr hat, kann mehr geben. Je höher das laufende Einkommen und das Geldvermögen ist, um so eher erfolgen aktuelle monetäre Leistungen. Auch die Bildungsschicht spielt erwartungsgemäß eine große Rolle: Akademiker geben erheblich häufiger etwas weiter als Hauptschulabsolventen. Als nächstes ist der Bedarf der Transferempfänger und -empfängerinnen bedeutsam: Wer mehr braucht, erhält mehr. Dies gilt vor allem für erwachsene Kinder, die sich gegenwärtig in Ausbildung befinden. Dabei werden insbesondere Kinder gefördert, die studieren. Wesentlich weniger, aber dennoch relevant ist auch eine Arbeitslosigkeit. Erwachsene Kinder, die ihre Stelle verloren haben, können jedenfalls eher mit Generationentransfers von ihren Eltern rechnen. Neben Ressourcen und Bedarf erhöht auch eine engere Generationenbindung die Transferwahrscheinlichkeit. Wer mit den Eltern eine engere emotionale Bindung aufbaut und sie häufiger sieht oder spricht, erhält eher monetäre Zuwendungen. Allerdings kann man hier nicht immer eindeutig feststellen, ob eine enge Beziehung zu häufigeren Transfers beiträgt, oder ob umgekehrt das Generationenverhältnis durch die materiellen Leistungen im Sinne eines Beziehungskitts (s. o.) stabilisiert wird.

Ressourcen, Bedarf und enge Beziehungen beeinflussen das Transfargeschehen

Was die Transferhöhen angeht, ergeben sich insbesondere Unterschiede zwischen Bildungsschichten sowie zwischen Ost- und Westdeutschen: Akademiker gewähren im Vergleich mit Haupt- und Realschulabgängern ihren erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts nicht nur häufiger finanzielle Zuwendungen, sondern sie geben auch deutlich mehr. Westdeutsche sind im Gegensatz zu Ostdeutschen häufiger in der Lage, größere private aktuelle Generationentransfers zu leisten. Zwischen Frauen und Männern ergeben sich hingegen sowohl bei den Transferchancen als auch -höhen so gut wie keine Unterschiede.

Schenkungen

Private Generationentransfers werden gemeinhin differenziert in Transfers zu Lebzeiten (inter-vivos-Transfers) und Vererbungen (mortis-causa-Transfers). Auch Schenkungen gehören zu den inter-vivos-Transfers. Diese treten zwar wesentlich seltener auf als aktuelle Zuwendungen, beinhalten dafür aber besonders große Summen.

Großteil der Schenkungen geht von der älteren Generation aus

Schenkungen stammen in den allermeisten Fällen von den Eltern und Großeltern (Auswertungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels). Sieben von zehn Schenkungen gehen auf die Eltern zurück, und wenn man auch noch die Schwiegereltern berücksichtigt, stellt sich heraus, dass drei Viertel der Schenkungen von (Schwieger)Müttern bzw. (Schwieger)Vätern geleistet werden. Ein weiteres Zehntel stammt von Großeltern. Damit gehen Schenkungen vornehmlich auf den engsten Familienkreis zurück, und zwar auf die vorhergehenden Generationen. Wer sich mit Schenkungen beschäftigt, kommt also nicht umhin, sich mit den familialen Generationenbeziehungen auseinanderzusetzen.

Wichtig ist die Frage, inwiefern Eltern ihr Vermögen bereits zu Lebzeiten an ihre Kinder weitergeben. Zwar würde es durchaus im Interesse der Kinder liegen, den Besitz möglichst frühzeitig zu erhalten. Empirische Studien belegen jedoch, dass Eltern ihr Vermögen im Allgemeinen nicht zu früh aus der Hand geben. Der Besitz wird eher vererbt als geschenkt. Immerhin würden die Eltern durch eine frühzeitige Vermögensübertragung ihre eigene ökonomische Selbständigkeit aufgeben. Dabei könnten sie auch nicht mehr entscheiden, was mit dem Besitz geschieht, und normalerweise weiß man auch nicht, wie lange man sein Vermögen noch für sich selbst benötigt. Zudem ist es in Hinblick auf Generationenbeziehungen ungewiss, ob die Kinder weiterhin den Kontakt aufrechterhalten und für Hilfeleistungen zur Verfügung stehen, wenn sie bereits alles erhalten haben. Somit ist es nicht überraschend, dass der Erbenspruch „Mit warmer Hand gibts sich besser als mit kalter“

wesentlich seltener befolgt wird als die Maxime „Du sollst das letzte Hemd nicht hergeben, das dich selbst noch wärmt“.

**Schenkungen meist
in gut situierten
Familien**

Auch wenn sich Schenkungen von ihrer Häufigkeit her in Grenzen halten, stellen sie, wenn sie auftreten, für Geber und Empfänger/Empfängerinnen wichtige Formen der familialen Generationensolidarität dar. Hinzu kommt, dass Schenkungen früher im Lebenslauf erfolgen als Erbschaften. Der Zugewinn kann also über eine längere Zeitspanne hinweg genossen werden. Gleichzeitig haben Schenkungen deutliche gesamtgesellschaftliche Folgen. Schenkungen kommen nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugute. Auch trifft es nicht zu, dass besonders solche Personen bzw. Haushalte von Schenkungen profitierten, die sie besonders gebrauchen könnten. Dies liegt daran, dass Schenkungen besonders auf die eigenen Linienverwandten zurückgehen, so dass solche Vermögensübertragungen zumeist innerhalb gut situierten Familien erfolgen: der Besitz wird innerhalb derselben Familie von der einen an die andere Generation weitergegeben. Insofern ist es nicht überraschend, dass Westdeutsche häufiger Schenkungen erhalten als Ostdeutsche und Ausländer, und es sind vor allem die ohnehin besser gestellten Akademiker, die sich im Vergleich mit Haupt- und Realschulabgängern wesentlich häufiger über Schenkungen freuen können.

Erbschaften

Eltern sind die wichtigsten Erblasser

Über Erbschaften als wichtigen Aspekt von Generationenbeziehungen lagen lange Zeit kaum Informationen vor. In repräsentativen Erhebungen wurde generell nicht danach gefragt. Immerhin gehen Erbschaften in den meisten Fällen auf den Tod naher Verwandter zurück. Dies wird durch die nun vorgelegten empirischen Studien bestätigt: Bei sieben von zehn Erben waren die Erblasser die eigenen Eltern. Beinahe vier von zehn Erbschaften, die man selbst oder der/die (Ehe-)Partner/in erhält, gehen auf den Tod der Schwiegereltern zurück. Bei 8 Prozent handelt es sich um Nachlässe der Großeltern, bei 2 Prozent der Schwieger-Großeltern, und bei 14 Prozent ist eine andere Person verstorben (bei mehreren Erbschaften wurden entsprechend mehrere Erblasser genannt (Szydlik 2000, 162). Erbschaftsforschung ist somit Generationenforschung, und wenn man einen Überblick über Generationenbeziehungen geben möchte, kommt man am Erbschaftsthema nicht vorbei.

Erbschaften verbinden lebende mit verstorbenen Generationen (Bertaux/Bertaux-Wiame 1991). Sie wecken Erinnerungen und stärken das Familiengedächtnis (Halbwachs 1925). Dabei muss es sich noch nicht einmal um materiell wertvollen

Besitz handeln. Alte Briefe, Urkunden, die Familienbibel und viele andere Erinnerungsstücke können ideell wertvolle Besitztümer darstellen. Wer solche Dinge erbt und damit sozusagen als Bewahrer des Familiengedächtnisses identifiziert wird, kann in der Familie eine besondere Statusposition erlangen. Immerhin haben Erbschaften starken Symbolcharakter. Es handelt sich um die letzte Willensbekundung des Erblassers, so dass Entscheidungen zur Aufteilung und Verwendung des Vermögens auch als Zeichen der früheren emotionalen Verbundenheit und Wertschätzung angesehen werden können (Ariès 1978; Kosmann 1998).

Erbschaften wirken daher weit über den eigentlichen Erhalt des Nachlasses hinaus. Nach der Erbschaft erfolgt oftmals ein langwieriger, durchaus auch emotional schwieriger Aneignungsprozess. Vererbungen wirken aber auch weit vor dem tatsächlichen Erbfall. Immerhin können prospektive Erblasser über eine Inauskunftstellung einer späteren Erbschaft bereits zu Lebzeiten bestimmte Verhaltensweisen anregen. Hierzu gehören Kontakte, die Abwehr von Widerspruch oder persönliche Hilfeleistungen, die posthum vergolten werden. Zwar sieht der deutsche Gesetzgeber vor, dass man seine Kinder nur in sehr seltenen Ausnahmefällen enterben kann. Man kann ihnen jedoch per Testament immerhin die Hälfte des Nachlasses entziehen, das ohne eine solche Regelung angefallen wäre.

Dabei sind solche zukünftigen Erblasser im Vorteil, die größere finanzielle Mittel als spätere „Gegenleistung“ in Aussicht stellen können. Immerhin belegen empirische Analysen, dass ein höherer Lebensstandard mit engeren Generationenbeziehungen einhergeht. Dies wird auch durch Befunde zu Generationenkonflikten, Generationensorgen und Beziehungsabbrüchen bestätigt (s.u.). Prospektive Erbschaften stärken demnach den Familienzusammenhalt und stützen die (Macht)Position des zukünftigen Erblassers. Erwachsene Kinder ziehen sich von ihren Eltern wesentlich seltener zurück, wenn diese über Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum verfügen (Szydlik 2000, 2002a).

Erbschaften haben dabei einen umso größeren Einfluss auf Familienbeziehungen, je mehr vererbt wird. In einem halben Jahrhundert ohne Krieg und nennenswerte Inflation wurden in Deutschland immense Vermögenswerte geschaffen, die nun an die Nachkommen weitergegeben werden. Wenn man Erben fragt, wann sie den Nachlass erhalten haben, nennen 80 Prozent von ihnen einen Zeitpunkt nach 1980. Beinahe drei von fünf Erben erhielten den Besitz nach 1990. Gleichzeitig belegen die Befunde, dass Erbschaften vor allem in der zweiten Lebenshälfte auftreten. Mehr als drei von fünf Erben haben den

**Erbschaften als
Band zwischen le-
benden und verstor-
benen Generationen**

**Nachhaltige
Wirkungen von
Erbschaften**

**Reiche Erblasser im
Vorteil bei Gegen-
leistungen**

Nachlass nach ihrem 40sten Geburtstag erhalten, zwei von fünf Erben sogar erst nach dem 50sten Lebensjahr. Nicht einmal jeder fünfte Erbe war jünger als 30 Jahre. Diese Ergebnisse sind nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die meisten Erbschaften von den Eltern stammen.

Erbschaftssteuern halten sich in engen Grenzen

Wer erbt mehr? Diese Frage ist natürlich von besonderer Relevanz. Einerseits in Hinblick auf mögliche Folgen von (prospektiven) Vererbungen für Generationenbeziehungen, andererseits für soziale Ungleichheit. Immerhin halten sich in Deutschland Erbschaftssteuern in engen Grenzen (bei einem normalen Erbfall mit überlebendem Ehegatten und zwei Kindern sind derzeit bis zu 1,4 Millionen Euro völlig steuerfrei, und darüber hinaus werden auch im internationalen Vergleich in Deutschland nur relativ geringe Erbschaftssteuern erhoben).

Ost-West-Gefälle beim Erben

Abbildung IV.11 zeigt, dass vor allem solche Personen erben, die ohnehin über günstige Positionen im Gefüge sozialer Ungleichheit verfügen (da Erbschaften vor allem auf die Eltern zurückgehen, sind in der linken Spalte nur Personen berücksichtigt, deren beider Elternteile bereits verstorben sind). Jeder fünfte Westdeutsche mit verstorbenen Eltern hat bereits eine Erbschaft gemacht, bei der eine Übertragung von Haus- und Grundbesitz, von Wertpapieren, Beteiligungen, sonstigem Vermögen oder größeren Geldbeträgen erfolgte. Dies trifft noch nicht einmal auf jeden achten Ostdeutschen zu sowie auf weniger als jeden zwanzigsten Ausländer. Gleichzeitig erben Westdeutsche nicht nur häufiger, sondern vor allem auch mehr. 27 Prozent der westdeutschen

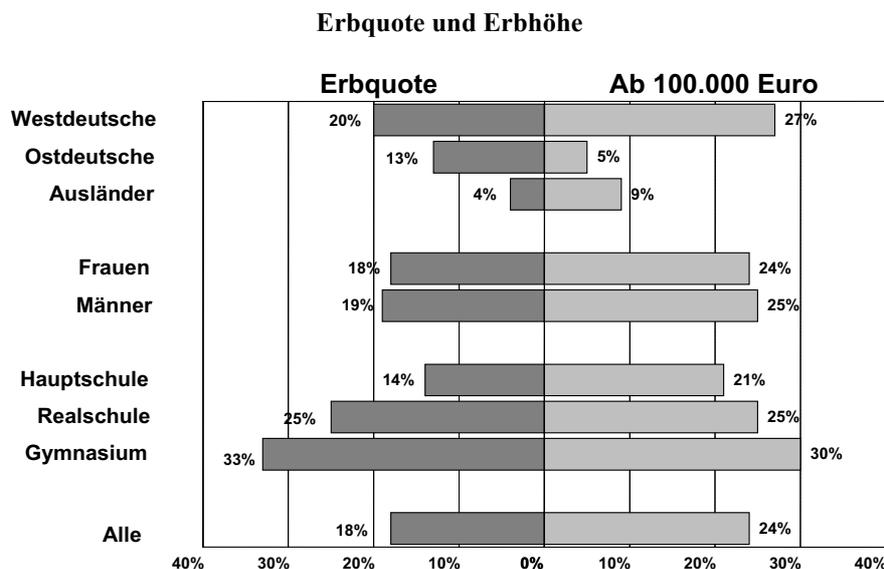
Erben haben mindestens 100 000 Euro erhalten – im Gegensatz zu fünf Prozent der ostdeutschen Hinterbliebenen (die Quote für Ausländer ist hier nicht aussagekräftig, weil hier nur sehr geringe Fallzahlen zugrunde liegen).

Die Bedingungen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik werfen damit weiterhin lange Schatten. Es war in der DDR wesentlich schwieriger als in der ‚alten‘ Bundesrepublik Deutschland, Vermögen aufzubauen, und entsprechend können ostdeutsche erwachsene Kinder wesentlich seltener und wenn, dann nur mit deutlich kleineren Erbschaften rechnen. Ausländer in Deutschland können im Vergleich zu Einheimischen hierzulande ebenfalls deutlich seltener Vermögen aufbauen, und sie verfügen auch nur relativ selten über Vermögen im Heimatland.

Zwischen Frauen und Männern ergeben sich keine Unterschiede bei Erbquote und Erbhöhe. Eltern unterscheiden bei ihrem Nachlass heutzutage nicht mehr zwischen Töchtern und Söhnen. Ein Grund hierfür ist ein historischer Wertewandel. Da alle Menschen als gleichwertig erachtet werden, sind Diskriminierungen bestimmter Kinder bei Vererbungen nur schwer zu rechtfertigen (Kohli 2004). Auch der Rückgang an landwirtschaftlichen Höfen und Handwerksbetrieben, die früher (besonders Höfe in Gebieten mit Anerbenrecht) zumeist an männliche „Stammhalter“ vererbt wurden (Rosenbaum 1982; Kosmann 1998), hat hierzu einen Beitrag geleistet. Ähnliches gilt für den Rückgang der Kinder- bzw. Geschwisterzahlen, so dass seltener männliche Nachkommen zur Verfügung stehen. Jedenfalls belegen

Keine Unterschiede beim Erben zwischen Töchtern und Söhnen

Abbildung IV.11



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 2001.

Quelle: Szydlik, M./Schupp, J.: Wer erbt mehr? Erbschaften, Sozialstruktur und Alterssicherung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56, 4, 2004.

Studien, dass Eltern in den meisten Fällen bei ihren Nachlässen nicht zwischen ihren Kindern unterscheiden, sondern sie gleichermaßen bedenken (Bernheim/Severinov 2000).

**Große Differenzen
zwischen Bildungs-
schichten**

Deutliche Differenzen zeigen sich bei den Bildungsschichten. Dabei werden allerdings nicht solche Personen bevorzugt, die einen größeren Bedarf für eine Erbschaft anmelden könnten. Im Gegenteil: Wer über eine geringere Bildung verfügt, damit ein geringeres Einkommen erreicht, häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen ist und im Ruhestand ein wesentlich niedrigeres (Renten-)Einkommen bezieht, ist auch bei Erbschaften benachteiligt. Jeder dritte Akademiker mit verstorbenen Eltern macht eine größere Erbschaft, jedoch nur jeder siebte Hauptschulabsolvent. Dabei sind die höheren Bildungsschichten nicht nur bei der Erbquote, sondern auch bei der Erbhöhe klar im Vorteil.

**Zukünftige Vermö-
gensübertragungen
tragen zu einer Ver-
größerung sozialer
Ungleichheit bei**

In Hinblick auf zukünftige Vermögensübertragungen liegen empirisch fundierte Prognosen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels vor (Szydlik/ Schupp 2004). Dabei wurden 22 000 Personen gefragt, ob sie für die Zukunft (weitere) Vermögensübertragungen (Erbschaften oder Schenkungen) erwarten. Westdeutsche gehen wesentlich häufiger von einer zukünftigen Vermögensübertragung aus als Ostdeutsche und Ausländer. Dies spricht für eine Zunahme der Disparitäten zwischen Deutschen und Ausländern, aber auch zwischen Ost- und Westdeutschen. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse ist demnach noch lange nicht in Sicht. Gleichzeitig erwarten gerade Wohneigentümer eher weiteres Vermögen, und dies gilt auch für Personen, die bereits eine Schenkung erhalten haben. Zudem ergibt sich keine Umkehrung des bisherigen Zusammenhangs von Bildung und Vermögenstransfers. Im Gegenteil: Wer maximal über einen Hauptschulabschluss verfügt, hat nicht nur in der Vergangenheit weniger geerbt, sondern erwartet auch zukünftig erheblich seltener Vermögenszuwächse. Besonders im Vorteil sind dabei Akademiker. Diese Dynamik wird noch verstärkt, je weiter man in die Zukunft blickt. So fallen bei den jüngeren Befragten die zukünftigen Bildungsschichtdifferenzen bei den größeren Vermögensübertragungen noch deutlicher aus als bei den älteren Jahrgängen.

Generation und Ungleichheit

Eltern unterstützen ihre Kinder lebenslang, von der Geburt der Kinder bis zum Tod der Eltern. Bei aller Betonung der generell ausgeprägten Generationensolidarität darf man jedoch nicht vergessen, dass hierzu nicht alle Eltern in gleichem Maße in der Lage sind. Ganz entscheidend sind deren finanziellen Ressourcen: Wer mehr hat, kann mehr geben.

Die überaus engen Familienbindungen haben viele als positiv zu bewertende Folgen. Es ergeben sich jedoch auch „Nebenwirkungen“, die nicht zu unterschätzen sind. Zentral ist hierbei der Zusammenhang von Generationensolidarität und sozialer Ungleichheit. Schichthöhere Eltern können ihren Kindern erheblich größere Unterstützungsleistungen zuteil werden lassen, als es Eltern aus niedrigen Sozialschichten je gelingen kann. Dieser Zusammenhang zieht sich über den gesamten Lebenslauf der Kinder hin.

**Soziale Ungleichheit
wird über Genera-
tionen vererbt**

Bereits in frühester Kindheit verfügen Kinder besser gestellter Eltern selbst über eine höhere Lebensqualität. Eltern mit größeren Ressourcen können ihren Kindern von Anfang an bessere Wohnverhältnisse bieten. Dabei spielen Wohnort und Wohngegend (z. B. bessere oder schlechtere Stadtviertel) genauso eine Rolle wie das Haus bzw. die Wohnung selbst, das Vorhandensein eines eigenen Gartens, die Größe des Kinderzimmers, Art und Anzahl von Spielzeug und Sportgeräten, Markenkleidung usw. Diese Leistungen der Eltern haben unmittelbar Folgen für die Lebensqualität der Kinder, aber auch für die Anerkennung, die sie von ihren Freunden erfahren. Mit den Ressourcen der Eltern werden bereits von frühester Kindheit an Grundlagen für lebenslange soziale Ungleichheit gelegt. Immerhin wirkt sich die Förderung von Kenntnissen und Fähigkeiten in früher Kindheit deutlich auf die späteren Schul- und damit Berufschancen aus (siehe Kap. IV.3.1).

**Mit den Ressourcen
der Eltern werden
die Grundlagen für
lebenslange Un-
gleichheit gelegt**

Ein besonders großer und bedeutender Zusammenhang zwischen Generationenbeziehung und sozialer Ungleichheit existiert bei Schulwahl und Schulerfolg der Kinder. Einerseits – und diese Entscheidung hat einschneidende Folgen für das gesamte Leben der Kinder – haben die Eltern einen großen Einfluss auf die Frage, ob die Kinder nach der Grundschule auf eine Haupt- oder Realschule bzw. auf das Gymnasium wechseln (z. B. Schneider 2004). Hier wird eine der, wenn nicht die entscheidende Weiche für lebenslange Ungleichheit gelegt. Andererseits können die Eltern mit ihren Ressourcen und Aspirationen die Schulentwicklung ihrer Kinder innerhalb der drei Bildungsgänge stark fördern. Internationale Vergleiche, wie jüngst auch die PISA-Studie, belegen dabei eindrücklich den besonders großen Zusammenhang von Generationensolidarität und sozialer Ungleichheit in Deutschland. In keinem anderen der untersuchten Länder hängt die Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler so stark von der Sozialschicht des Elternhauses ab, wie dies hierzulande der Fall ist (Deutsches PISA-Konsortium 2001).

Hinzu kommt, dass schichthöhere Eltern über vielfältige Ressourcen verfügen, die ihren Kindern den Übergang zwischen Schule und Beruf

erleichtern können. Neben finanziellen Zuwendungen beispielsweise bei Auslandsaufenthalten zählen hier nicht zuletzt Kontakte, mittels derer für die eigenen Kinder Türen geöffnet werden, die anderen Kindern verschlossen bleiben.

Da die Generationenbeziehungen nach dem Auszug der Kinder keineswegs abbrechen, existieren auch zwischen Eltern und erwachsenen Kindern vielfältige Unterstützungsleistungen – wenn denn entsprechende Ressourcen vorhanden sind. Dabei fließen die Transfers in aller Regel von oben nach unten, von den Älteren zu den Jüngeren in der Familie. Dies zeigt, dass die älteren Jahrgänge trotz aller Diskussion um eine so genannte „Generationengerechtigkeit“ umfangreiche Leistungen für die nachfolgenden Generatio-

nen zur Verfügung stellen. Gleichzeitig wird damit auch deutlich, dass es weniger Generationen im Sinne von Geburtsjahrgängen sind, die in Hinblick auf soziale Ungleichheit die entscheidende Rolle spielen (zur „Generationengerechtigkeit“ siehe auch Expertise Liebig 2004).

Vielmehr belegen auch die Befunde zur Generationensolidarität unter erwachsenen Familienmitgliedern die besondere Bedeutung der Sozialschicht für die Fortschreibung und Vergrößerung sozialer Ungleichheit. Regelmäßige Zahlungen während des Studiums, Geld- und Sachgeschenke, Bürgschaften beim Immobilienerwerb und bei der Firmengründung kommen in besonderem Maße solchen erwachsenen Kindern zugute, deren Eltern über entsprechende finanzielle

Tabelle IV.2

Leistungen der Eltern und soziale Ungleichheit im Lebenslauf

Lebenslauf	Leistung der Eltern	Folgen für Kinder	Folgen für Ungleichheit
Kindheit und Jugend (Koresidenz)	Geld, Zeit, Raum: Haus, Garten, Zimmer, Ort, Wohngegend, Bücher, Vorlesen, Sprache, Erziehung, Bildung	Lebensqualität. Soziale Anerkennung (z. B. durch Spielzeug, Markenkleidung, Reisen). Freundschaften (über Wohngegend)	Ungleichheit der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen . Grundlagen für lebenslange Ungleichheit
	Aspiration, Zeit, Geld: Hausarbeitenbetreuung und -kontrolle, Computer, Schulmittel, Nachhilfe, usw.	Schulwahl und -erfolg: Hauptschule, Realschule, Gymnasium	Bildungsungleichheit → Folgen für lebenslange Ungleichheit: Einkommen, Prestige, Arbeitslosigkeit, Partner, Gesundheit, usw.
	Aspiration, Information, Kontakte, Geld: Praktikum, Ausland, Lehrstelle	Berufswahl und -erfolg	Ungleichheit in Ausbildung und Beruf
Erwachsenenalter (Multilokalität)	Geschenke und Zahlungen: Geld- und Sachgeschenke, regelmäßige Zahlungen, Bürgschaften. Zeit: Enkelbetreuung	Lebensqualität im Erwachsenenalter Investitionen in Bildung und Beruf (z. B. Ausland, kurzes Studium) Vermögensaufbau	Ungleichheit der Lebensqualität von Erwachsenen
	Schenkungen, Vermögensübertragungen	Lebensqualität und Vermögen	Vergrößerung bereits existierender Ungleichheit
	Vererbungen	Lebensqualität und Vermögen: Wohnung, Kultur, Reisen, Sicherheit, Unabhängigkeit, Einfluss in Familie	Deutliche Vergrößerung bereits existierender Ungleichheit

Soziale Ungleichheit verstärkt sich im Lebenslauf

Ressourcen verfügen. Die Folgen sind Vorteile bei der Lebensqualität im Erwachsenenalter, bei Bildungsinvestitionen sowie beim Vermögensaufbau. Arme Eltern können ihren Kindern solche Mittel nicht bieten.

Besonders eindrücklich wird dies bei Vermögensübertragungen. Wenn Eltern über Vermögen verfügen, nutzt dies in aller Regel auch ihren erwachsenen Kindern. Die Befunde zeigen, dass besonders diejenigen erwachsenen Kinder von Schenkungen und Erbschaften profitieren, die den höheren Bildungsschichten angehören: Wer hat, dem wird gegeben. Damit verdeutlicht sich auch die lebenslange Generationensolidarität in ihren Auswirkungen für soziale Ungleichheit: Bessergestellte Eltern bieten ihren Kindern während deren Kindheit und Jugend einen höheren Lebensstandard, sie erwirken für ihre minderjährigen Kinder eine höhere Bildung, und sie verschaffen ihren erwachsenen Kindern selbst lange nach deren Auszug aus dem Elternhaus große Vermögen. Damit führen auch die privaten Generationentransfers im Erwachsenenalter bis hin zu Vermögensübertragungen und Vererbungen aus einer Lebenslaufperspektive zu einer Vergrößerung sozialer Ungleichheit. Dem widerspricht nicht, dass Erbschaften, sofern sie überhaupt auftreten, für arme Haushalte trotz einer vergleichsweise geringen Erbhöhe aufgrund der krassen vorherigen Vermögensungleichheit eine relativ größere Bedeutung haben können als wesentlich höhere Summen für ohnehin begüterte Haushalte (BMGS 2005, 44f., 191).

IV.3.2.3 Generationenprobleme

Generationenkonflikte

Über Konflikte zwischen erwachsenen Familiengenerationen existieren nur wenige Forschungsergebnisse. Die empirische Konfliktforschung hat bislang vor allem die Ränder des Lebenslaufs in den Blick genommen, also Konflikte zwischen Eltern und minderjährigen Kindern auf der einen Seite und Auseinandersetzungen zwischen erwachsenen Kindern und alten Eltern auf der anderen Seite (z. B. Schütze 1989; Oswald/Boll 1992; Papastefanou 1992 bzw. Pillemer/Suitor 1992; Liß/Lübbert 1993; Halpern 1994). Über die Zeit dazwischen ist vergleichsweise wenig bekannt (siehe jedoch z. B. Filipp/Boll 1998).

Abbildung IV.12 dokumentiert die Konflikthäufigkeit von 40- bis 85jährigen Deutschen. Die Frage lautete: „Es gibt im Leben ja immer wieder Situationen, in denen sich zeigt, dass man in wichtigen Fragen ganz anderer Auffassung ist als Menschen, die einem nahe stehen, und dass es dadurch zu Konflikten kommt. Wie ist das bei Ihnen? Gibt es in Ihrem Leben eine Person bzw. mehrere Personen, mit der bzw. mit denen Sie im Konflikt stehen?“. Fast jeder vierte Befragte

stimmt dem generell zu, und bei einem Fünftel handelt es sich tatsächlich um Familienkonflikte, also um Auseinandersetzungen mit Angehörigen. Generationenkonflikte, also solche mit deutlich jüngeren oder älteren Personen, treten nur bei einer von acht befragten Personen auf, Familiengenerationenkonflikte nur noch bei gut einer von zehn Personen. Die Quote verringert sich noch weiter, wenn man sich auf erwachsene Kinder bzw. Eltern außerhalb des Haushalts bezieht.

Ausgeprägte Generationenkonflikte sind somit selten. Wenn man einschlägigen Medienberichten folgt, bestehen Generationenbeziehungen aber heutzutage so gut wie nur aus Konflikten. Die Realität sieht anders aus. Wenn man nach Konflikten fragt, fallen den erwachsenen Kindern und ihren Eltern nur ausgesprochen selten welche ein.

Wichtig ist, zwischen verschiedenen Konfliktarten zu differenzieren. Sie können destruktiv oder konstruktiv sein und sporadisch, episodisch oder permanent auftreten (vgl. Canary u. a. 1995). Konflikte sind damit auch per se nicht als problematisch für die Generationenbeziehung einzuschätzen. Im Gegenteil sind konstruktive Auseinandersetzungen wichtig, um aktiv gelebte Beziehungen am Leben zu halten und den Alltag miteinander zu meistern. Wer solche Konflikte austrägt und alle möglichen Differenzen nicht automatisch unter den Teppich kehrt, zeigt sein Interesse für den anderen und auch den Wunsch, die Beziehung aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Ohne Kontakte existieren auch keine direkten Konflikte. Stierlin (1976, 203f.) rät hier zu einem „liebvollen Kampf“, der zu einer „gegenseitige(n) Befreiung im Kontext dieses Generationskonflikts“ führen könne.

Damit wird auch deutlich, dass Generationenkonflikt und Generationensolidarität kein Widerspruch sind. Vielmehr können sich konstruktive Auseinandersetzungen zwischen Familiengenerationen ereignen, deren Verhältnis durch eine große emotionale Enge, häufige Kontakte und vielfältige Unterstützungsleistungen geprägt ist. Das Gegenteil von Solidarität ist nicht Konflikt, sondern die Generationenautonomie als Folge des Beziehungsabbruchs.

Zudem legen die seltenen ausgeprägten Konflikte nahe, dass die zurückgegangene Koresidenz von Familiengenerationen nicht ein Indiz für eine „Krise der Familie“ ist, sondern im Gegenteil die Generationenbeziehungen sogar stärkt. Mit der räumlichen Distanz können sich die Angehörigen temporär aus dem Weg gehen und sich in ihre eigenen vier Wände zurückziehen, wenn Konflikte zu eskalieren drohen. Dieser Rückzugsraum entspannt das Generationenverhältnis, weil nicht jeder Streit bis zum bitteren Ende ausgefochten werden muss. Damit ergibt

Konflikte per se nicht problematisch

Konflikt und Solidarität schließen sich nicht aus

Räumliche Distanz als Chance für die Generationenbeziehungen: Intimität auf Abstand

Wenig gesicherte Befunde zu Generationenkonflikten

sich ein Generationenverhältnis unter Erwachsenen, das von einer „Intimität auf Abstand“ (Rosenmayr/Köckeis 1961) bzw. einer „inneren Nähe durch äußere Distanz“ (Tartler 1961) geprägt ist.

Was sind Ausdruck und Folgen ausgeprägter Familiengenerationenkonflikte? Abbildung IV.12 dokumentiert, dass solche starken Konflikte weniger Chance als Gefahr für die Aufrechterhaltung der Generationenbeziehung sind. Nur bei einem Siebtel wird gerade an einer Lösung des Generationenkonflikts gearbeitet, und in mehr als zwei von fünf Fällen ist kein Ende des Konflikts abzusehen. Knapp ein Drittel vermeidet es, das Thema des Konfliktes anzusprechen, obwohl man durchaus darüber reden möchte. Fast jede zweite Person mit Generationenkonflikten in der Familie vermeidet die andere Person so gut es geht oder hat sogar den Kontakt abgebrochen. Dass Generationenkonflikte in jedem Fall ausgefochten werden sollten, um daraufhin zu einem größeren gegenseitigen Verständnis und einem besseren Zusammenleben zu kommen, kann of-

Starke Konflikte hingegen beeinträchtigen die Generationenbeziehungen

fenbar keine durchgängige Empfehlung für aktive gelebte Beziehungen zwischen erwachsenen Familiengenerationen sein.

Weitere Analysen belegen, dass erwachsene Kinder, die Schulden haben, besonders häufig Konflikte mit ihren Eltern ausfechten, und dies gilt auch für (40- bis 85jährige) Kinder, die von ihren Eltern finanzielle Zuwendungen erhalten. Familiengenerationen unterstützen sich zwar, aber dies heißt nicht, dass die Leistungen stillschweigend getätigt werden und generell zu einem engeren Familienzusammenhalt führen. Im Gegenteil können sich finanzielle Engpässe negativ auf das Generationenverhältnis auswirken. Damit können auch zunehmende Belastungen im Zuge abnehmender wohlfahrtsstaatlicher Leistungen die Stabilität familialer Generationenbeziehungen verringern.

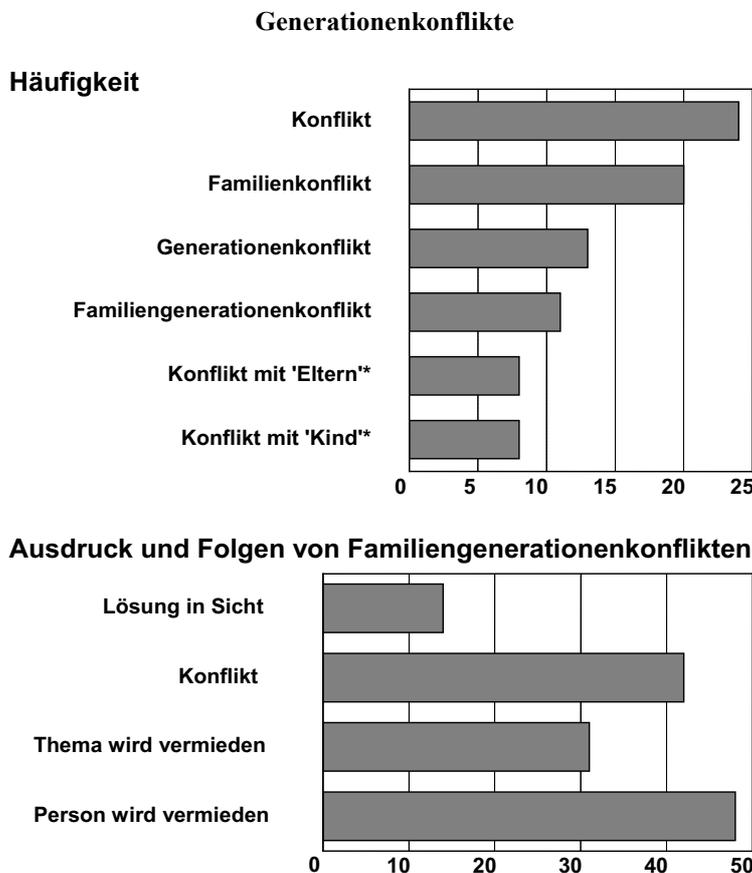
Finanzielle Schwierigkeiten wichtiger Konfliktanlass zwischen den Generationen

Kummer und Sorgen

Kummer und Sorgen sind belastende Gefühle, die von allgemeinem emotionalem Unbehagen

Kummer und Sorgen sind erster Schritt auf dem Weg zur Hilfeleistung

Abbildung IV.12



*: Personen mit Eltern bzw. erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts.

Datenbasis: Alterssurvey

Quelle: Marc Szydlik: Generationensolidarität, Generationenkonflikt. In: Jutta Allmendinger (Hrsg.) Gute Gesellschaft? Opladen 2001.

bis hin zu Pessimismus und verminderter Aktivität führen können. Sorgen erfüllen aber auch eine wichtige Funktion. Sie können den ersten Schritt zu Unterstützungsleistungen darstellen. Das Sich-Sorgen um einen bestimmten Angehörigen geht dann mit einer bewussten Wahrnehmung von sorgenauslösenden Tatbeständen einher, so dass daraufhin Informationen eingeholt, Lösungsstrategien entwickelt und die Probleme angegangen werden können (Tallis/Davey/Capuzzo 1994, 74ff.; Borkovec 1994, 15ff.).

Empirische Befunde zu Generationensorgen sind kaum vorhanden. Allerdings liegen auf Basis des Alterssurvey entsprechende Ergebnisse vor (Szydlik 2002b). Ein Viertel der 40- bis 85jährigen nennt eine Person, die einem derzeit große Sorgen macht oder Kummer bereitet. Bei den allermeisten dieser Personen handelt es sich um Familienmitglieder. Allerdings sinkt die Quote beträchtlich (auf 12 Prozent), wenn man lediglich Generationensorgen berücksichtigt. Und nur bei einem Zehntel beziehen sich Sorgen oder Kummer auf ein erwachsenes Kind oder Elternteil außerhalb des Haushalts.

Den größten Kummer und Sorgen bereitet es Eltern, wenn ihre erwachsenen Kinder arbeitslos sind. Alle anderen Probleme fallen dahinter zurück. Gleichzeitig sorgt man sich vor allem um die Kinder, denen man mit Geld oder mit Hilfe unter die Arme greift, was dafür spricht, dass Sorgen tatsächlich Generationensolidarität anregen. Dasselbe gilt für die erwachsenen Kinder: Wer seinen Eltern aktuell finanzielle Zuwendungen zukommen lässt und vor allem wer seine Eltern pflegt, spricht besonders häufig von Kummer und Sorgen. Es ist auch nicht überraschend, dass sich erwachsene Kinder insbesondere dann um ihre Eltern Sorgen machen, wenn diese im Altersheim leben. Zudem sorgen sich Kinder vor allem um die Eltern, die sie häufig sehen oder sprechen, wohingegen den Eltern besonders solche erwachsenen Kinder Sorgen und Kummer bereiten, mit denen sie seltener in Kontakt stehen. Eltern scheinen sich also vor allem dann Sorgen um ihre Kinder zu machen, wenn sie nichts von ihnen hören – bzw. mit Kindern, die einem Kummer bereiten, hat man weniger Kontakt. Umgekehrt sorgen sich die erwachsenen Kinder insbesondere dann, wenn sie konkrete Probleme der Eltern wahrnehmen.

Die Befunde zu den Generationensorgen bestätigen wiederum den Einfluss gesellschaftlicher Bedingungen auf die privaten Familienbeziehungen (z. B. Kohli 1997). Dies wird besonders deutlich bei einer Arbeitslosigkeit. Obwohl die Generationen nicht mehr zusammenleben, wirkt sich der Stellenverlust des erwachsenen Kindes auch auf die Eltern stark negativ aus.

Auseinanderleben und Beziehungsabbruch

Beziehungsabbrüche sind bei Familiengenerationen ausgesprochen selten. Dies trifft für lediglich zwei Prozent der nicht-koresidenten Eltern und erwachsenen Kinder zu (wenn man auch die im selben Haushalt lebenden Generationen einbezieht, ergibt sich ein noch geringerer Anteil).

Beziehungsabbrüche sehr selten

Man darf jedoch nicht vergessen, dass es Generationen gibt, die sich nur sehr selten sehen oder sprechen, die sich also mehr oder weniger voneinander entfremdet haben. Aber auch hier handelt es sich um eine Minderheit. Abbildung IV.13 belegt, dass lediglich 15 Prozent der Eltern weniger als einmal pro Woche Kontakt zu ihrem erwachsenen Kind außerhalb des Haushalts haben. Wenn man dann auch noch diejenigen ausklammert, die sich ein bis dreimal im Monat sehen oder sprechen, kommt man auf 12 Prozent, die sich mehr oder weniger auseinander gelebt hat. Diese Generationen sehen, sprechen oder schreiben sich lediglich mehrmals im Jahr (7 Prozent), seltener (3 Prozent) oder nie (2 Prozent; Szydlik 2002a). Von diesen 12 Prozent soll im Folgenden die Rede sein.

Ganz entscheidend für ein Auseinanderleben erwachsener Generationen ist die Wohnentfernung. Wenn man im gleichen Ort lebt, ist eine Entfremdung sehr unwahrscheinlich. Dies gilt natürlich besonders, wenn Eltern und erwachsene Kinder in derselben Nachbarschaft zu Hause sind. Die Situation stellt sich jedoch anders dar, wenn man in unterschiedlichen Orten wohnt. Immerhin 10 Prozent der erwachsenen Kinder und Eltern, die in einem anderen Ort leben und für ein persönliches Treffen bis zu zwei Stunden Wegzeit benötigen, haben sich weitgehend voneinander entfremdet. Sie stehen nur mehr einige Male im Jahr miteinander im Kontakt. Besonders eindrücklich sind die Zahlen für die Generationen, die noch weiter entfernt wohnen: Dann hat sich jede dritte Generationenbeziehung mehr oder weniger auseinander gelebt. Auch dieses Ergebnis unterstreicht die große Bedeutung der räumlichen Nähe bzw. Distanz für den Alltag von Generationen. Wer z. B. aus beruflichen Gründen weit von der Herkunftsfamilie wegziehen muss, verliert häufig immer mehr den Kontakt.

Große Wohnentfernungen entfremden

Weitere Einflussfaktoren für ein Auseinanderleben sind finanzielle Transfers, die ökonomische Situation, die Anzahl der Kinder bzw. Geschwister, das Geschlecht der Kinder und Eltern sowie die Region. Generationentransfers sind ein Beziehungskitt. Wenn Eltern ihren erwachsenen nicht-koresidenten Kindern aktuell Geld- oder Sachgeschenke machen oder sie sogar regelmäßig unterstützen, müssen sie eine Entfremdung von ihren Nachkommen wesentlich weniger fürchten. Auch Vermögen bindet: Wenn die Eltern über Haus-, Wohnungs- oder Grundstücksei-

Arbeitslosigkeit der erwachsenen Kinder bereitet den Eltern die größten Sorgen

gentum verfügen, ziehen sich die erwachsenen Kinder deutlich seltener von ihnen zurück. Hier spielen prospektive Schenkungen und Vererbungen eine wichtige Rolle.

**Söhne und Väter
entfremden sich
eher als Mütter
und Töchter**

Die Anzahl der Kinder bzw. Geschwister erhöht das Entfremdungspotential zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Wenn Eltern drei oder mehr Kinder haben, ist es eher der Fall, dass sie von mindestens einem dieser Kinder mehr oder weniger entfremdet sind. Besonders auffällig ist, dass ein Auseinanderleben von Söhnen und Vätern wesentlich wahrscheinlicher ist als von Müttern und Töchtern. Die Männer in der Familie weisen untereinander somit nicht nur eine vergleichsweise weniger enge Beziehung auf, sondern sie neigen auch deutlich stärker dazu, den Kontakt zu minimieren bzw. sogar abzubrechen.

**Größeres Entfrem-
dungspotential
der ostdeutschen
Generationen**

Schließlich zeigen sich klare Unterschiede beim Entfremdungspotential von Ost- und Westdeutschen. Die allermeisten Familiengenerationen stehen in häufigem Kontakt. Wenn man jedoch Entfremdungen in den Blick nimmt, gilt dies eher für Ost- als für Westdeutsche. Ostdeutsche Generationen fühlen sich zwar generell enger miteinander verbunden, sie stehen aber auch mehr in der Gefahr, sich auseinander zu leben. Dies spricht für eine differenzierte Belastungstheorie: Insgesamt können ostdeutsche Familien den neuen Anforderungen nach dem Systemumbruch einiges entgegenzusetzen. Allerdings hat die Entlastungsfunktion der Familie auch ihre Grenzen.

Ambivalenzen

**Generationenbe-
ziehungen sind Ambi-
valenzen ausgesetzt**

Generationenbeziehungen sind, wie zwischenmenschliche Beziehungen generell, vielfältigen Ambivalenzen ausgesetzt. Es handelt sich dabei um prinzipiell unauflösbare Widersprüche, so zum Beispiel zwischen Nähe und Distanz, Abhängigkeit und Eigenständigkeit, Gemeinschaft und Individualität, Zusammengehörigkeit und Freiheit, Zu- und Abneigung, Verantwortung und Unabhängigkeit, Loyalität und Opposition, Verpflichtung und Eigeninteresse. „Von Ambivalenzen soll in sozialwissenschaftlichen Analysen die Rede sein, wenn Polarisierungen des Fühlens, des Denkens, des Handelns, ferner Polarisierungen in sozialen Beziehungen, Strukturen und Prozessen zu einem bestimmten Zeitpunkt oder für eine bestimmte bzw. offene Zeitspanne als prinzipiell unauflösbar interpretiert werden“ (Lüscher 2000, 144).

**Zwiespältige
Emotionen und
Interessen**

Der alltäglichen Entscheidung, sich auf Familienmitglieder außerhalb des Haushalts einzulassen, liegen oft zwiespältige Emotionen und Interessen zugrunde. Einerseits fühlt man sich mit seinen Angehörigen verbunden und sucht deren Nähe, andererseits möchte man ein eigenes, selbstbestimmtes Leben führen. Einerseits fühlt

man sich zu Hilfeleistungen verpflichtet, andererseits gehen diese oft mit beträchtlichen Belastungen einher. Einerseits sollte man als erwachsenes Kind für seine Eltern da sein, andererseits sollte man von ihnen unabhängig leben und eigene Berufsziele verfolgen. Eine Ursache solcher Ambivalenzen sind somit auch gesellschaftliche Normen. Wie aber soll man seinen Eltern im Alltag persönlich helfen, wenn man aus beruflichen Gründen weit entfernt von ihnen lebt?

Empirische Studien zu Ambivalenzen sind noch selten. Pillemer und Suito (2002, 608) stellen bspw. in einer Studie von 189 US-amerikanischen, mindestens 60jährigen Müttern fest, dass knapp ein Viertel von ihnen mindestens ab und zu zwiespältige Gefühle gegenüber ihrem ältesten Kind hat. Dabei gehen solche Ambivalenzen häufig mit Generationenkonflikten einher. Mittels einer Befragung von 72 Eltern und 52 erwachsenen Kindern aus Konstanz stellt sich heraus, dass nur in 20 Prozent der Generationenbeziehungen niemals Gefühle des „Hin- und Hergerissenseins“ auftreten. Dabei fühlen sich Mütter vergleichsweise häufig gegenüber ihren Söhnen hin- und hergerissen, während Söhne hierbei besonders ihren Vater nennen. Gleichzeitig treten Generationenambivalenzen eher in Beziehungen auf, die als „schlecht“ bewertet werden (Lettke/Lüscher 2002).

Aktiv gelebte Generationenbeziehungen stehen vor der Herausforderung, mit solchen unauflösbaren Widersprüchen umzugehen. Dabei ist es sicher hilfreich, die prinzipielle Unauflösbarkeit dieser Widersprüche anzuerkennen. Dies kann zu einer Entlastung und damit zu einem produktiven Umgang mit den Zwiespältigkeiten beitragen. Ambivalenz und Solidarität sind dabei keine Gegensätze. Ein offensiver Umgang mit Ambivalenzen als inhärentes Merkmal von Generationenbeziehungen kann dann eine Generationensolidarität nach sich ziehen, die eine für alle Beteiligte akzeptable Balance zwischen divergierenden Interessen beinhaltet.

**Offensiver Umgang
mit Ambivalenzen
hilfreich**

IV.3.2.4 Generationensolidarität, Generationenpolitik

Heutzutage überwiegt die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Die allermeisten erwachsenen Familiengenerationen leben nicht innerhalb derselben vier Wände oder unter demselben Dach, aber sie sind dennoch räumlich nicht weit voneinander entfernt. Gleichzeitig sind die intergenerationalen Verhältnisse von einer engen emotionalen Verbundenheit, von häufigen Kontakten und von vielfältigen und umfangreichen Unterstützungsleistungen geprägt. Abbildung IV.13 fasst diese Befunde zusammen und belegt darüber hinaus, dass die allermeisten Generationenverhältnisse unter Erwachsenen dem eng-helfenden

**„Lebenslange
Solidarität auf
kurzer Distanz“**

bzw. eng-unabhängigen Beziehungstyp zugeordnet werden können: Im ersten Fall treten alle drei Solidaritätsformen auf, im zweiten Fall geht eine enge emotionale Verbundenheit mit häufigen Kontakten einher, nur zeigen sich derzeit keine Unterstützungsleistungen in Form von Haushaltshilfe oder Enkelbetreuung. Wenn jedoch ein entsprechender Bedarf besteht, können die Angehörigen sehr wohl mit Hilfen rechnen. Vor diesem Hintergrund kann man von einer „lebenslangen Solidarität auf kurzer Distanz“ sprechen.

Man darf allerdings die Generationenbeziehungen auch nicht idealisieren und die vielfältigen Generationenprobleme vergessen. Ausgeprägte Konflikte sind zwar genauso selten wie Kummer und Sorgen um die andere Generation. Sie stellen jedoch oftmals starke emotionale Belastungen dar und können, wie dies die Befunde zu den Generationenkonflikten zeigen, auch zu einem Abbruch der Beziehung führen.

Ein völliges Auseinanderleben von erwachsenen Kindern und Eltern lässt sich jedoch nur in seltenen Ausnahmefällen beobachten. Häufiger sind belastende Ambivalenzen, also unauflösbare Widersprüche wie z. B. zwischen Nähe und Distanz. Dabei sind Solidarität, Konflikt und Ambivalenz keine Gegensätze, sondern sie stellen unterschiedliche Blickwinkel auf die Generationenbeziehungen dar (vgl. Bengston u. a. 2002). Eine Basis für einen erfolgreichen Umgang mit Ambivalenzen wie die zwischen Nähe und Dis-

tanz, Gemeinschaft und Individualität, Verantwortung und Unabhängigkeit sowie Verpflichtung und Eigeninteresse ist offenbar die Entscheidung der allermeisten erwachsenen Familiengenerationen, nicht in derselben Wohnung zu leben, aber gleichzeitig regen Kontakt miteinander zu pflegen. Damit sind auch die eher geringen Koresidenzanteile (siehe Kap. IV.3.2.1) weniger Ausdruck einer Krise der Familie, als vielmehr hilfreiches Arrangement zur Vermeidung von Familienkrisen.

Es wäre fatal, wenn sich die Politik aufgrund der insgesamt ausgeprägten Generationensolidarität unter erwachsenen Familienmitgliedern passiv zurücklehnen würde. Zwar stehen Familiengenerationen in Notfallsituationen durchaus füreinander ein, aber dies bedeutet nicht, dass man sie dabei alleine lassen könnte. Vielmehr sind gerade Unterstützungen der Solidargemeinschaft unabdingbar, um die Familie vor dramatischen Überlastungen zu schützen.

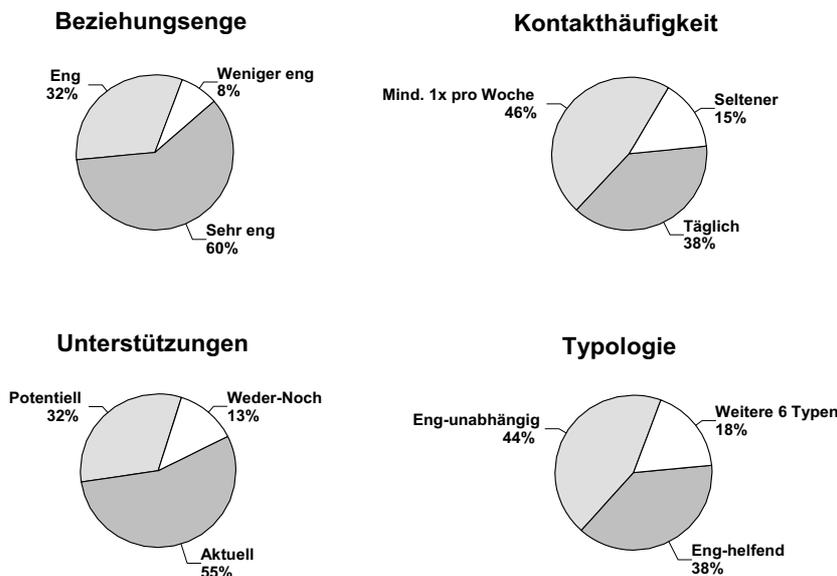
Ein Beispiel sind Hilfe- und Pflegeleistungen für ältere Familienangehörige. Bereits heute sind hier zum Teil deutliche Überlastungen festzustellen. In Zukunft wird sich dieses Problem noch verschärfen. Es wäre fatal, sich dabei hauptsächlich auf die Familie zu verlassen und ihr – und vor allem den Frauen in der Familie – die Hauptlasten aufzubürden. Dazu gehört eine bessere Verzahnung von öffentlicher und privater Pflege, eine Entlastung der Familie bei Hilfe- und Pflegeaufgaben und auch eine offene Diskussion da-

Politik sollte Generationensolidarität fördern

Generationenbeziehungen nicht idealisieren

Abbildung IV.13

Generationensolidarität



Datenbasis: Alterssurvey

Quelle: Marc Szydlik: Generationensolidarität, Generationenkonflikt. In: Jutta Allmendinger (Hrsg.) Gute Gesellschaft? Opladen 2001.

rüber, ob tatsächlich die „Scheinunabhängigkeit“ der häuslichen Pflege für alle Beteiligte die beste Möglichkeit darstellt (Expertise Staudinger 2004).

Ähnliches gilt auch aus der Perspektive der Älteren in der Familie. Vorstellungen von einer autonomen Lebensphase kollidieren mit dem Bild der Großelternschaft als allzeit und dauerhaft abrufbare Unterstützungsleistung für die erwachsenen Kinder. Solche Erwartungen widersprechen der Tatsache, dass Ältere durchaus eigene Lebenskonzeptionen für sich entwickeln bzw. mit der Verrentung verbinden. Sie sind bereit, ihre erwachsenen Kinder in Engpass-Situationen so weit wie möglich zu unterstützen. Aber sie sind auch bestrebt, ihre Enkel möglichst in die eigenen Zeit-, Alltags- und Freizeitaktivitäten zu integrieren. Man darf also nicht den Fehler begehen, Probleme bei der alltäglichen Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung über die dauerhafte Einbeziehung der Großeltern lösen zu wollen, denn dies widerspräche der Autonomie der älteren Familiengeneration. Auch hier wird wiederum deutlich, dass öffentliche Anstrengungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung sowie Beruf und Pflege wertvolle Unterstützungen für die Autonomie der Familiengenerationen darstellen, Überforderungen verringern und damit die Familienmitglieder in die Lage versetzen, sich im Bedarfsfall solidarisch zu verhalten.

Dabei verweist die herausragende Bedeutung der Höhe des laufenden Einkommens für Generationentransfers in der Familie auch auf die Relevanz öffentlicher Leistungen. Hier existieren Verbindungen zwischen Generationentransfers in Familie und Gesellschaft. Im öffentlichen umlagefinanzierten Generationenvertrag fließen die Transfers von unten nach oben, also von den jüngeren Beitragszahlern zu den älteren Leistungsempfängern und -empfängerinnen. Damit liefern die öffentlichen die Basis für die privaten Transfers, die in umgekehrter Richtung fließen – und dabei die Älteren in die Familie einbinden und Gegenleistungen anregen. Gut situierte Rentenbezieher könnten Kürzungen leichter verkraften, weil sie kaum auf die Generationenbeziehungen in der Familie durchschlagen würden. Mittlere und vor allem kleinere Rentenbezieher würden jedoch nicht nur Ressourcen für die eigene Lebensführung verlieren, sondern auch die Basis für finanzielle Zuwendungen an ihre erwachsenen Kinder einbüßen. Damit besteht für sie die Gefahr, im Alltag stärker aus der Familie ausgeschlossen zu werden, als dies bisher der Fall ist. Renten- und steuerpolitische Entscheidungen wirken sich damit auch auf die Möglichkeit und Bereitschaft von Familienmitgliedern aus, sich gegenseitig zu unterstützen. Demnach können geringere (Renten)Einkommen für untere und

mittlere Einkommenschichten zu einer abnehmenden Generationensolidarität in der Familie beitragen – mit entsprechend höheren sozialstaatlichen Kosten.

Gleichzeitig wissen erwachsene Kinder ihre Eltern aufgrund des öffentlichen Generationenvertrages gesichert und müssen nicht finanziell für sie einspringen. Im Gegenteil können die Kinder sogar umgekehrt private Zuwendungen von ihren Eltern erwarten (Kohli 1997). Damit hätten Rentenkürzungen im unteren und mittleren Einkommensbereich auch negative Folgen für die erwachsenen Kinder (und Enkel), weil sich diese nun nicht mehr auf private Unterstützungen in Notsituationen (wie z. B. bei Arbeitslosigkeit) verlassen könnten, sondern im Gegenteil gegebenenfalls sogar finanzielle Zuwendungen an die Eltern leisten müssten. Es ist damit nicht auszuschließen, dass der Zusammenhang von öffentlicher und privater Generationensolidarität in diesem Fall zu einem Rückgang der Akzeptanz des öffentlichen Generationenvertrages beitragen würde.

Die Befunde zur Generationensolidarität in der Familie widerlegen dabei auch die mögliche Hoffnung, dass zukünftige Lücken in der Altersversorgung aufgrund des Rückzugs des Wohlfahrtsstaates durch zunehmende Vererbungen aufgefangen werden. Zwar erfolgen Erbschaften in der Regel zu einem Zeitpunkt, in dem ein Ausgleich für sinkende Renten durchaus gelegen käme. Nur erhalten gerade die Bevölkerungsgruppen private Generationentransfers in Form von Erbschaften, die bereits über den öffentlichen Generationenvertrag besonders hohe Renteneinkommen beziehen. Wer sinkende Renten im Ruhestand besonders schlecht verkraftet, kann in der Regel nicht mit Zuwächsen durch Nachlässe rechnen. Immerhin stammen Erbschaften in den meisten Fällen von den Eltern, wobei die lebenslange Generationensolidarität den Kindern besser gestellter Eltern bereits weit vor dem Erbfall zu günstigeren Positionen im Gefüge sozialer Ungleichheit verholfen hat.

Die Schattenseite der ausgeprägten Generationensolidarität liegt nicht zuletzt in der sozialen Ungleichheit, die sie hervorruft. Zwischen privater Generationensolidarität und sozialer Ungleichheit existiert ein prekäres Verhältnis. Eltern fühlen sich mit ihren Nachkommen lebenslang verbunden. Sie möchten ihren Kindern helfen, so gut sie es vermögen. Nur können schichthöhere Eltern aufgrund ihrer besseren Ressourcen für ihre Kinder wesentlich mehr erreichen, und zwar lebenslang. Minderjährige Kinder besser gestellter Eltern erreichen beispielsweise wesentlich häufiger bessere Bildungsabschlüsse, und erwachsene Kinder vermögender Eltern können mit bedeutend höheren finanziellen Transfers

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wichtige Unterstützung für die Autonomie der Familiengenerationen

Geringere Renteneinkommen können zu einer abnehmenden Generationensolidarität führen

Erbschaften können Lücken der Altersversorgung nicht kompensieren

Zwischen privater Generationensolidarität und sozialer Ungleichheit besteht ein prekäres Verhältnis

ihrer Eltern rechnen – bis hin zu Erbschaften. Gleichzeitig sind die besser gestellten Sozialschichten wesentlich weniger auf solche Vermögenszuwächse angewiesen. Man könnte somit im Sinne einer neuen Generationensolidarität die ausgesprochen wichtige Frühförderung von Kindern bildungsferner Eltern auch durch Erbschaftserträge vermögender Sozialschichten diskutieren. Die Generationensolidarität ist nach Kräften zu fördern. Es ist aber auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe, Kinder weniger begüterter Eltern besonders zu unterstützen.

IV.4 Familiendynamiken und ihre Folgen

In diesem Kapitel wurde die Binnenperspektive familialen Lebens in den Mittelpunkt gerückt. Die Annahme war, dass mit der Familiengründung ein gemeinsamer Weg beschritten ist, der für jeden der Partner zugleich Abzweigungen, Umwege, familienexterne Räume, Beruf, ziviles Engagement, Nachbarschaft usw. anbietet und einschließt. Da Familie auch im Innern kein statisches Gebilde ist, konzentrierten wir uns a) auf Übergänge, die von den Partnern verlangen, sich auf ein gemeinsames Familienverständnis zu einigen, und b) auf Familie als Lernfeld für spätere Berufs- und Familienrollen einschließlich des Beziehungsgeschehens zwischen den Familiengenerationen. Es ist die Konzentration auf die Dynamik familialer Entwicklungen, die diesem Kapitel seinen besonderen Charakter verleiht.

Im Ergebnis zeigt sich, dass vielfältige innerfamiliäre Dynamiken ineinander greifen. Diese wirbeln bisherige Muster und Übereinkünfte durcheinander, sichern jedoch gerade dadurch die Fortexistenz der Familienbeziehungen. Die Familie als Ganzes und die Familienmitglieder im Einzelnen haben auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren, auf mehr oder weniger „ganz normale“ Entwicklungen im eigenen biografischen und damit einhergehend dem generellen Familienentwicklungsprozess, und umgekehrt wirken diese innerfamiliären Ajustierungsprozesse sowohl auf die sie umgebende Umwelt als auch zurück auf die einzelnen Mitglieder.

Es war das Ziel des vorliegenden Kapitels, einigen dieser Dynamiken genauer nachzugehen. Hierzu gehören zentral Wandlungsprozesse bei wesentlichen familialen Transitionen. Ein gutes Beispiel ist hierbei die Partnerschaftsentwicklung bei der Geburt von Kindern. Es ist eine Binsenweisheit, dass neue Familienmitglieder neue Realitäten in die bisherigen Lebensumstände bringen. Dies gilt für Beteiligungen an Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern, aber auch für subjektive Umdeutungen und neue Wahrnehmungen im Zuge des Familienentwick-

lungsprozesses. Für Frauen ändert sich mit der Geburt des ersten Kindes die Lebensgestaltung wesentlich stärker als für Männer, und es entstehen geschlechtstypische Ungleichheiten, die langfristig Beziehungsbelastungen mit sich bringen können. Dabei erfolgt auch bei Partnerschaften, bei denen vormals die Erwerbs- und Familienarbeiten wie bei weiterhin Kinderlosen relativ gleich aufgeteilt waren, häufig eine Retraditionalisierung: Mit abnehmender weiblicher Erwerbsteilhabe erhöhen Väter aufgrund der gestiegenen finanziellen Belastungen sehr häufig ihr Berufsengagement – und das bedeutet auch: Rückzug aus der Familienarbeit. Mütter stehen hingegen (oft unerwartet deutlich) vor dem Problem, Familien- und Erwerbsarbeit gegeneinander austarieren zu müssen. Mit der Geburt von Kindern gehen damit häufig traditionelle Rollenmuster einher, die sich in der Verteilung von Hausarbeit, Erwerbsarbeit und Kindererziehung widerspiegeln.

Neben den äußeren Zwängen geschlechtstypischer Karrierechancen im Erwerbsleben wirken, so wurde oben ausgeführt, aber auch genuin innerfamiliäre Faktoren. So ist das Engagement des Vaters bei der Kinderbetreuung auch von Dynamiken innerhalb der Partnerschaft abhängig. Dabei hat sich allerdings so manche Aufgabenverteilung, die zu Beginn der Partnerschaft noch mit aktiv geführten Aushandlungen einherging, mit der Zeit in ein „eingespieltes“ Muster verwandelt, teils durch eigene Vor-Entscheidungen, teils durch Gewöhnungsprozesse. Die Akzeptanz dieser Muster und die Zufriedenheit mit der Lebenssituation hängen dabei stark ab von neu ausgehandelten Übereinstimmungen oder oft unmerklich intern wachsenden Widersprüchen zwischen individuellen Orientierungen und tatsächlicher Rollenverteilung innerhalb der Partnerschaft. Familienpolitisch bedeutsam wäre es, Möglichkeiten der Revision einmal getroffener Entscheidungen im innerfamiliären Zusammenleben zu erleichtern durch einerseits zeitlich gestreckte Verbindungsmodelle von Familien- und Erwerbsarbeit für beide Partner, andererseits durch Stärkung von Konfliktbewältigungskompetenzen.

Verlaufspfade der Familienentwicklung bergen eben auch das Risiko des Scheiterns. Familiendynamik meint längst nicht nur, dass man sich immer wieder neu zusammenfindet und nach gemeinsamen Wegen sucht. Sie beinhaltet vielmehr auch, dass vormals enge Familienbände gelöst werden (können). Dies gilt heute mehr denn je. Allerdings muss eine Scheidung nicht die Auflösung der Familienbeziehungen bedeuten, sondern eher eine Reorganisation unter neuen Bedingungen, und zwar im Zuge einer Transition im familialen Entwicklungsprozess. Selbstverständlich stellen Scheidungen Belastungen dar,

Bei Geburt des 1. Kindes erfolgt in Partnerschaften häufig eine Retraditionalisierung

Innerfamiliäre Dynamiken als Garant für die Familienbeziehung

Familienpolitisch bedeutsam: Revision einmal getroffener Entscheidungen zu erleichtern

aber es wäre ein Fehler, die innerfamiliäre Dynamik erst bei der Scheidung selbst anzusetzen – und sie danach als beendet zu betrachten.

Vielmehr ist auf vorherige Auseinandersetzungen und Krisen abzustellen, die letztendlich zur Beendigung der Partnerschaft geführt haben. Und gleichzeitig geht es um die Entwicklungsprozesse nach einer Scheidung, und zwar sowohl in Hinblick auf die ehemaligen Partner als auch, dies ist selbstverständlich besonders wichtig, in Bezug auf die betroffenen Kinder. So ist die erlebte Krisenhaftigkeit einer Scheidung für alle Beteiligten stark von den vorherigen Bedingungen und Ereignissen abhängig, aber auch vom individuellen Umgang der (ehemaligen) Partner während des Prozesses der Scheidung und – insbesondere – danach. Diese Dynamiken sind gerade im Scheidungsfall nicht zuletzt von äußeren Rahmenbedingungen geprägt. So können, wenn der Verlaufspfad der Familienentwicklung in eine Scheidung mündet, gemeinsame Sorgerechtsregelungen gerade für die betroffenen Kinder in vielerlei Hinsicht vorteilhaft sein.

Gemeinsame Sorgerechtsregelungen für die Kinder in vielerlei Hinsicht von Vorteil

Wesentliche innerfamiliäre Dynamiken vollziehen sich in alltäglichen Herstellungsleistungen. In der Phase familialer Sozialisation werden dabei vielfältige Kompetenzen vermittelt. Diese beinhalten für die Kinder grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten mit großen Folgen für den gesamten Lebenslauf. Neue Forschungsergebnisse der frühkindlichen Sozialisation lösen dabei die bisher als Gewissheit hingenommene Trennung von Versorgen, Betreuen, Erziehen und Bilden als nacheinander erfolgende Prozesse kindlicher Entwicklung auf und fördern ein neues Verständnis der Beziehungsgestaltung zum Kind spätestens ab der Geburt. Familie ist Lernort von Anfang an.

Familie als Lernort von Anfang an

Diese Erkenntnis beinhaltet, dass die Abschtung zwischen Elternhaus, Krippe, Tagesmutter, Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtung und Schule dringend aufgebrochen und diese Beziehung nicht nur quantitativ, sondern vorrangig auch qualitativ neu gestaltet werden sollte. Damit wäre auch eine Chance für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern verbunden. Immerhin ist ein zentrales Ergebnis der PISA-Studie, dass in keinem anderen der untersuchten Länder die Schichtzugehörigkeit der Eltern für die Kompetenzen der Jugendlichen so entscheidend ist wie in Deutschland. Wenn es hierzulande nicht gelingt, gerade Kinder bildungsferner Eltern zukünftig bereits in der frühkindlichen Entwicklung wesentlich besser zu fördern als bisher, wird dies weiterhin ausgesprochen negative Folgen haben für Chancengerechtigkeit und (für die persönliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung dringend benötigter) Kompetenzen.

Förderung von Kindern bildungsferner Eltern eine zentrale Zukunftsaufgabe

Dabei wird bei der familialen Sozialisation nicht nur der Grundbaustein für lebenslange Bildungs- und Berufserfolge und somit für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes im globalen Wettbewerb gelegt. Vielmehr können über die Beteiligung der Kinder beiderlei Geschlechts an innerfamiliären Arbeitsleistungen des Versorgens, Instandhaltens, Beköstigens, der Pflege und des Sorgetragens für die innerfamiliäre Atmosphäre rollenüberschreitende Kompetenzen und Orientierungen erlernt werden, die sowohl für das Familienleben als auch für Berufsfelder im expandierenden Dienstleistungsbereich bedeutsam sind. Interaktionen mit Kind und Partner, die Geschlechterlinien überwinden, geben dem Wandel von Familienrollen eine neue Chance. Familie kann Lernort für veränderte Geschlechterrollen sein.

Weitergeben der geliebten Familienrollen auf die nächste Generation

Hierzu bedarf es der familienpolitischen Unterstützung hinsichtlich der Bedingungen für rollenübergreifende Partizipationsmuster der Eltern. Die im ersten Abschnitt dieses Kapitels behandelten Partnerbeziehungen mit ihren häufig geschlechtstypischen Zuordnungen nach der Geburt des ersten Kindes wirken sonst ungebrochen über die familiäre Sozialisation auf die Rollenbilder der Kinder – die wiederum Auswirkungen haben auf deren spätere Berufschancen, Partnerschaft, ausgelebten Kinderwunsch, praktizierte Familienrollen usw.. Zudem darf man nicht vergessen, dass auch die Eltern von der frühkindlichen Interaktion profitieren. Die alltägliche Hinwendung zum Kind eröffnet auch einen steten Lernprozess der Erwachsenen mit der Chance, sich weiter zu entwickeln und Kompetenzen zu gewinnen, die für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft notwendig sind. Familie ist ein Lernort für alle Generationen.

Familie als Lernort für alle Generationen

Herstellungsleistungen von Familien erfolgen jedoch längst nicht nur im Zusammenleben von Eltern und minderjährigen Kindern. Familie bedarf auch beim Verhältnis erwachsener Kinder und Eltern über die Haushaltsgrenzen hinweg einer andauernden, immer wieder erfolgenden alltäglichen Herstellungsleistung, und die Befunde belegen, dass dies in beeindruckender Weise erfolgt. Familie ist keineswegs nur eine „Konsum-“, sondern gewissermaßen auch eine „Produktionsgemeinschaft“. Fürsorge und gegenseitige Unterstützung führen dabei zu einer Stabilisierung der Familienbeziehungen mit weitreichenden positiven Folgen für Individuen, Familie und Gesellschaft. Dabei zeigt sich auch, dass die Älteren in der Familie große Leistungen erbringen. Sie sind keineswegs nur Empfänger bzw. Empfängerinnen von Unterstützungen, sondern im Gegenteil wesentliche Träger einer aktiv gelebten Generationensolidarität.

**Entscheidend für die
Generationensolidari-
tät sind die
Ressourcen**

Bei aller Betonung der generell ausgeprägten Generationensolidarität darf man aber nicht vergessen, dass hierzu bei weitem nicht alle Familien in gleichem Maße in der Lage sind. Ganz entscheidend sind die Ressourcen: Wer mehr hat, kann mehr geben. Der finanzielle Hintergrund ist eine wichtige Grundlage für gelungene Generationenbeziehungen. Bei politischen Entscheidungen sollten daher immer auch die spezifischen Folgen für niedrige, mittlere und höhere Einkommensschichten mitbedacht werden. Die engen Generationenbeziehungen unter Erwachsenen sind nach Kräften zu fördern. Dies beinhaltet auch, dass die Älteren in der Familie ausreichend finanzielle Ressourcen für private Generationentransfers benötigen. Denn solche privaten Geldzahlungen und Geschenke nutzen nicht nur der nachkommenden Generation, sondern sie bewirken auch vielfältige Gegenleistungen der Jünge-

ren. Immerhin belegen empirische Befunde, dass ein höherer Lebensstandard mit engeren Generationenbeziehungen, und dass finanzielle Engpässe mit Generationenkonflikten einhergehen.

Verbindungen zwischen Generationen in Familie und Gesellschaft lassen darauf schließen, dass nicht zuletzt aufgrund der ausgeprägten familialen Generationensolidarität ein so genannter „Krieg der Generationen“ auf privater Ebene nicht in Sicht ist. Allerdings kann die an sich willkommene Generationensolidarität aber auch unwillkommene „Nebenwirkungen“ haben, und zwar dann, wenn Eltern mit größeren ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen ihren Kindern bessere Positionen im Gefüge sozialer Ungleichheit vermitteln (können). Denn in und durch Familien wird die Basis für lebenslange soziale Ungleichheit gelegt.

**Familie – Basis für
lebenslange soziale
Ungleichheit**

V. Familie im Kontext

**Kinder – ein blinder
Fleck in der inter-
nationalen Debatte?**

„Kinder und Kindheit sind in der internationalen Wohlfahrtsstaat-Debatte weit gehend ein blinder Fleck. Sie werden in den modernen Wohlfahrtsstaaten auch heute noch – wenngleich in unterschiedlichen Ausprägungen – weniger als autonome und handlungsfähige Individuen, sondern eher als abhängige Mitglieder des Familienverbandes und damit als den Eltern zugehörig betrachtet und in den Binnenraum der Privatfamilie abgedrängt“ (Olk 2004, 81 bis 101). Diese Einschätzung von Olk wird auch von anderen Autoren geteilt (vgl. Hofferth 1998); sie gilt nicht nur für die öffentlichen Debatten über die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, sondern lässt sich auch auf die Diskussion um die regionale und lokale Veränderung von Infrastrukturen übertragen. Beispielsweise wird von einigen Autoren der bessere Ausbau eines Betreuungsangebots für Kinder vor allem mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf begründet (McKinsey 2003; Prognos AG 2004), obwohl eine Infrastruktur für Kinder auch an den Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven der Kinder selbst gemessen werden sollte.

**Eltern als wichtigste
Ressource für
die kindliche
Entwicklung**

Kinder können sich dann am besten entwickeln, wenn sie in einer Familie aufwachsen, in der die Eltern ihnen die Möglichkeit zu engen und vertrauensvollen Bindungen mitgeben und ihnen gleichzeitig die Chancen eröffnen, schrittweise, entsprechend ihrer eigenen Entwicklung, die Welt der Familie, der Freunde, der Nachbarschaft und der Gemeinde zu entdecken. In diesem Sinne stellen Eltern die wichtigste Ressource für die kindliche Entwicklung dar (Children and Welfare Reform: Analysis and Recommendations; Shields/Behrman 2002; National Research Council 2000; Amato 2004; Grossmann/Grossmann 2004).

Schon frühzeitig hat Urie Bronfenbrenner (1979, 1986) betont, dass die Eltern-Kind-Interaktion in die Lebensumwelt der Eltern und der ganzen Familie eingebettet ist, weil im kindlichen Entwicklungsprozess auch die Geschwister und andere Menschen, die sich kontinuierlich um das Kind kümmern, Einfluss auf die kindliche Entwicklung nehmen. In diesem Prozess ist das Kind selbst eine aktiv agierende Persönlichkeit, die zur Entwicklung von Bindungen und zur Entdeckung der Umwelt eben auch Zeit und Kontinuität braucht.

Zur Beschreibung dieser Wechselwirkungen zwischen Entwicklung des Kindes, seinen Eltern, seinen Geschwistern und der Umwelt dieses fa-

miliaren Beziehungssystems konzipiert er ein sozial-ökologisches Modell der menschlichen Entwicklung (Bronfenbrenner 1981). Dieses grenzt die Interaktion und Beziehungen der Familie und der Peers als Mikroebene von der unmittelbaren Lebensumwelt der Nachbarschaft und Gemeinde als Mesoebene ab. Diese ist eingebettet in das Exosystem mit den institutionellen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen einer Gesellschaft

In diesem Interaktionsprozess zwischen kindlicher Persönlichkeit und sozialer Umwelt werden aber nicht nur stabile Beziehungen und Bindungen entwickelt, sondern auch soziale Kompetenzen, Fähigkeiten zum Problemlösen, zum Lernen und zum Wissenserwerb. Um die menschliche Entwicklung und das menschliche Leben als fortschreitenden Prozess der Interaktion zwischen dem sich entwickelnden Individuum und seiner konkreten Lebensumwelt zu begreifen, hat Bronfenbrenner (Bronfenbrenner/Ceci 1994; Bronfenbrenner 1995) das sozial-ökologische Modell zu einem bio-ökologischen Modell erweitert. Es wurde zur Grundlage für eine Vielzahl von Arbeiten, um die kindlichen Entwicklungsprozesse, sowohl in ihrer biologischen und neurologischen Bedingtheit (Spitzer 2002; Expertise Roth 2004; Expertise Pauen 2004), aber eben auch in ihrer Abhängigkeit von den sozialen Bedingungen der kindlichen Lebensumwelt zu begreifen.

**Ein bio-ökologisches
Modell der Kindes-
entwicklung**

Die Erweiterung des sozial-ökologischen Konzepts zu einem bio-ökologischen Modell eröffnet auch die Möglichkeit, die Entwicklungsbedingungen für die Gesundheit eines Kindes, etwa die Ernährung, ebenso zu berücksichtigen wie direkte und indirekte Effekte sozio-ökonomischer Deprivation auf kindliche und familiäre Entwicklungsprozesse. Durch die Lebensbedingungen, in denen das Kind aufwächst, werden direkt und indirekt die Möglichkeiten, die in ihm stecken, gefördert oder aber auch behindert. Diese Bedingungen hemmen oder fördern aber nicht nur die Entwicklungspotenziale, sondern eröffnen dem Kind und dem Jugendlichen als Entdecker seiner Umwelt auch die Chance, jene Kompetenzen und Fähigkeiten auszubilden, die in den Gelegenheitsstrukturen seiner Umwelt angeboten werden. Das Erlernen einer Fremdsprache, etwa Deutsch für ein Kind mit nicht-deutschem Hintergrund, setzt eben auch Freunde, welche diese Sprache sprechen, und eine entsprechende

Förderung voraus, wie das Erlernen eines Musikinstruments entsprechende Angebote in einem musikbezogenen Kontext voraussetzt.

Alle diese Entwicklungsprozesse, sowohl auf der sozialen und intellektuellen wie auch auf der biologischen und neurologischen Ebene, verlaufen mindestens bis zur Pubertät (Spitzer 2004) und lassen sich in dieser Zeit auch immer ausgleichen. Nicht alle Kompetenzen und Interessen sind auf Frühförderung angewiesen. Kargan (2003) hält einen sich gleichzeitig ausbreitenden „Kindheitsdeterminismus“ für einen der Grundirrtümer der Psychologie. Die Konzeption von einem Entwicklungsprozess, in dem das Kind oder der Jugendliche in aktiver Auseinandersetzung mit der Umwelt immer wieder Übergänge bewältigt, stellt ein Modell des Erwachsenwerdens dar, das die klassische Dichotomie von Natur versus Erziehung ersetzt durch ein dynamisch-interaktives Entwicklungsmodell (Moen u. a. 2001). Diese Einsicht ist von großer sozial-, jugendhilfe- und familienpolitischer Bedeutung und hat in den USA viele der großen Bildungsprogramme der 60er und 70er Jahre wie „Head Start“ beeinflusst (Brooks-Gunn 2003). Auch in jüngster Zeit wurde sowohl in England (Sylva u. a. 2004) wie aber auch in den USA (Shonkoff 2000) die alleinige Zentrierung auf die frühe Kindheit ersetzt durch die Vorstellung einer entwicklungsorientierten Förderung von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung von Eltern, Nachbarschaft, kindlichen Betreuungseinrichtungen, Schule und auch der Förderung und Unterstützung der Eltern (Wilson 2003). Eine solche Perspektive, wenn sie in der Kinder- und Jugendhilfepolitik eingenommen wird, stellt eine notwendige Ergänzung der Familienpolitik dar.

Die amerikanische Akademie der Wissenschaften und das amerikanische Institut für Medizin (Shonkoff/Meisels/Zigler 2000) weisen deswegen explizit darauf hin, dass Kinder, selbst wenn sie – aus welchen Gründen auch immer – nicht jene zentralen Beziehungen zu ihren Eltern aufbauen konnten, die für ihre Entwicklung so wichtig sind, in vielen Fällen selbst gravierende Entwicklungsstörungen kompensieren können. Sie betonen, dass unter einer solchen Perspektive auch die Veränderungen der einzelnen Lebensumwelten der Kinder nicht nur sorgfältig hinsichtlich der kindlichen Entwicklung untersucht werden müssen, sondern gerade auch in ihren Konsequenzen für die kindliche Entwicklung thematisiert werden müssen:

- Die kindliche Entwicklung hängt nicht nur von den Beziehungen des Kindes zu den Eltern ab, sondern auch davon, dass die Eltern selbst gesund sind, sich dem Kind emotional zuwenden und in ihrer Lebenssituation das

Gefühl haben, diese auch selbst bewältigen zu können.

- Die Wohnverhältnisse, die Umweltbelastungen, die Spielmöglichkeiten, die Beziehungen in der Nachbarschaft und die Unterstützungsleistungen, auf die sich eine Familie verlassen kann, beeinflussen ebenso wie die ökonomische Situation der Familie das elterliche und das kindliche Wohlbefinden in erheblichem Umfang.
- Die Geschwistergruppe wie natürlich auch die Spielgruppe und im späteren Lebensalter die Peer-Gruppe sind von erheblicher Bedeutung für die kindliche Entwicklung wie auch die Rahmenbedingungen in Kinderkrippe, Kindergarten bzw. Kindertagesstätte, Schule und die Lebensumwelt des Kindes in der unmittelbaren Nachbarschaft. Dieses „sozial- und bio-ökologische“ Modell macht deutlich, dass die alleinige Betonung der Eltern-Kind-Beziehungen dazu führen kann, dass die Bedeutung dieser anderen Faktoren unterschätzt wird und die Gestaltung dieser Umweltbedingungen des Kindes als nachrangig behandelt werden. Erst durch die Integration und die Balance zwischen der elterlichen Unterstützung für die kindliche Entwicklung und einem qualitativ guten außerfamilialen Angebot seitens der Gemeinde, der Betriebe oder der Schule, d. h. einer Vermischung von Akteuren und Institutionen, wird jene Entwicklungsumwelt für Kinder geschaffen, die sie für ihre stabile emotionale und kognitive Entwicklung benötigen.
- Diese Balance muss heute neu geschaffen werden, weil aufgrund der sich auflösenden klassischen Arbeitszeitmodelle und der gemeinsamen Partizipation der Eltern am Erwerbsleben Elternzeit, Betreuungszeit und Zeit für Kinder in ganz neuer Weise aufeinander bezogen werden müssen, was sich in der Regel auf lokaler Ebene organisieren lässt.
- Diese Perspektive mit ihrer Betonung der engen Wechselwirkung zwischen kindlicher Entwicklung, Eltern, Geschwistern, Nachbarschaft, Gemeinde und Infrastruktur für Kinder hat erhebliche politische Implikationen. Im deutschen institutionellen Gefüge wird Familienpolitik in Vielem auf der Ebene des Bundes entschieden. Bei den Ländern liegt in der Regel die Zuständigkeit für die Schulpolitik, während die Kommunen mit der Jugendhilfezuständigkeit für familienunterstützende Maßnahmen und die Infrastruktur für Kinder verantwortlich sind. Es stellt sich heute die Frage, ob diese Struktur tatsächlich dem hier skizzierten integrativen sozial-ökologischen Modell entspricht. Wir werden im Folgenden an einigen Beispielen deutlich machen, dass

Nicht alle Ausbildungen von Kompetenzen sind auf Frühförderung angewiesen

Bedeutung von Geschwistern, Peers und Nachbarn

Wechselspiel zwischen biologischen, psychologischen und sozialen Entwicklungsprozessen

Familie mit Kindern als wichtige Ressource für eine kommunale Sozial- und Wirtschaftspolitik

die geforderte neue Balance zwischen Familie, Eltern und Kindern auf der einen Seite und Nachbarschaft und Gemeinde sowie Infrastruktur für Kinder auf der anderen Seite letztlich die Begründung für eine kommunale Familienpolitik liefert und damit auch eine Neuausrichtung auf Bundesebene zur Konsequenz hat.

Die Investitionen der Kommunen und der Länder in solche integrativen Modelle sind Zukunftsinvestitionen für die Städte und Länder. Kommunale Familienpolitik ist im Interesse der Kommunen selbst, weil möglicherweise mit dieser Strategie die Schrumpfung vieler Städte abzumildern ist. Familien mit Kindern sind eine wichtige Ressource für eine kommunale Sozial- und Wirtschaftspolitik (vgl. Kap.V.6). Kommunen müssen erkennen, dass Eltern Investoren in die Zukunft einer Gesellschaft und damit auch in die Zukunft einer Kommune sind.

Die Debatte um die Entwicklung von Mathematik- und Lesekompetenzen von fünfzehnjährigen Schülern und Schülerinnen hat allerdings auch deutlich gemacht, dass diese Unterstützungsleistungen durch die Eltern in unserer Gesellschaft nicht nur sozial sehr unterschiedlich verteilt sind, sondern darüber hinaus noch große regionale Variationen aufweisen (Baumert u. a. 2002). Diese Unterschiede sind sicherlich, unter anderem, auch den unterschiedlichen Unterrichtsmethoden und der unterschiedlichen Ausbildung der Lehrer und der Ausstattung der Schulen in Deutschland geschuldet. Trotzdem weisen diese Variationen auch darauf hin, dass der nachbarschaftliche, gemeindliche und auch regionalstaatliche Kontext die Fähigkeit der Eltern beeinflusst, für ihre Kinder jene Ressourcen zu mobilisieren, die für die kindliche Entwicklung förderlich sind. Gleichzeitig sind diese Ergebnisse natürlich auch ein Hinweis darauf, dass in einer hoch ausdifferenzierten Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland die Hoffnung, allein die Ausweitung des Bildungsangebots könnte die unterschiedlichen Kompetenzen von Eltern zur Unterstützung ihrer Kinder ausgleichen, ein Trugschluss ist.

Regionale Vielfalt der Entwicklungsbedingungen

Modell Bronfenbrenner Grundlage für eine kommunale Familienpolitik

Der Zusammenhang zwischen sozialen Beziehungen, Elternhaus, Nachbarschaft und Gemeinde entspricht den Beziehungen zwischen Mikro- und Mesosystem in Bronfenbrenners Modell. Dieses Modell liefert eine konsistente und plausible Begründung für eine kommunale Familienpolitik. Die Relation zwischen kommunaler oder gemeindlicher Entwicklung und den institutionellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen, das heißt die Beziehung zwischen Exo- und Mesosystem, wird nicht allein durch den bundesstaatlichen verfassungsmäßigen Rahmen hergestellt, vielmehr wird es in großen Ge-

sellschaften immer darüber hinaus gehende erhebliche regionale Differenzierungen geben, die sich durch einen bundesstaatlichen Rahmen kaum ausgleichen lassen. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, die aufgrund der historischen Entwicklungen der Lebensverhältnisse, der wirtschaftlichen Entwicklungen und der kulturellen Orientierungsmuster vermutlich weiter ausdifferenziert ist als viele andere Gesellschaften. Auf der anderen Seite betont das Bronfenbrennersche Modell auch, dass das Mikro- und Mesosystem, in dem Familien verhaftet sind, in die Strukturen einer Gesellschaft eingebunden sind, die diese maßgeblich beeinflussen. Soll die Wirkungsweise dieses „sozial- und bio-ökologischen Systems“ optimiert werden, so muss aus ökonomischer Sicht z. B. auch die Frage danach gestellt werden, wie es gewährleistet sein kann, dass die Investitionen, welche die Länder und Kommunen in Familien mit Kindern tätigen, auch als Ertrag auf dieser Ebene ankommen. Oder anders formuliert, muss danach gefragt werden, welcher Ertrag auf Makroebene anzusiedeln ist, der es sinnvoll erscheinen lässt, auch diese Ebene an den Investitionen in das System zu beteiligen (vgl. dazu Kapitel V.6).

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung ist ebenfalls eine starke Ausdifferenzierung festzustellen. Hier haben die alten Bundesländer (Birg 2001; Expertise Bucher 2004), wie viele andere europäische Länder, eine erhebliche kulturelle Ausdifferenzierung erfahren, weil Familien mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft die Erziehungs- und Lebensvorstellungen ihrer Heimatländer mit den Lebensvorstellungen der Bundesrepublik verbinden und damit notwendigerweise zu einer Ausdifferenzierung der Lebenssituationen von Kindern und kindlichen Entwicklungsprozessen in Deutschland beitragen (BMFSFJ 2000b). Darüber hinaus führen die demografischen Entwicklungen in den neuen Bundesländern zu erheblichen demografischen Differenzierungen zwischen einzelnen Teilen und Regionen. Die vorhersehbare demografische Entwicklung wird vermutlich zu einer noch größeren Differenzierung (Prewitt 2002) führen. Diese Differenziertheit ist selbst auch in erheblichem Umfang in der regional unterschiedlichen wettbewerblichen Entwicklung der Bundesrepublik begründet. Diese durch Zuwanderung und innerdeutsche Mobilität verursachte zunehmende Ausdifferenzierung Deutschlands wird weiterhin dadurch verstärkt, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung gegenwärtig nicht über jene notwendigen Qualifikationen verfügt, um in einer Wissensgesellschaft eine bezahlte Erwerbsarbeit zu finden. Solche Entwicklungen tragen mit dazu bei, dass bestimmte Bevölkerungsteile aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, weil die

Kulturelle Ausdifferenzierung der alten Bundesländer

Demografische Differenzierungen zwischen einzelnen Regionen in neuen Bundesländern

sozialen Integrationsmechanismen in unserer Gesellschaft im Wesentlichen über die Berufstätigkeit erfolgen. Dabei verkennen heute noch manche Länder und Kommunen, dass Familien für Regionen und Kommunen eine soziale und ökonomische Ressource darstellen.

V.1 Familie und ihre Ressourcen

Bronfenbrenner unterscheidet bei den familialen Ressourcen die psychischen, sozialen und materiellen Ressourcen. Familienzusammenhalt, Familienregeln, familiäre Kommunikationsstrukturen, dyadisches Coping, gemeinsames Problemlösen und wechselseitige Unterstützung sind psychische Ressourcen, die ein wesentliches Element der Fürsorge (Care) der Familienmitglieder füreinander darstellen. Materielle Ressourcen wie das Familieneinkommen, die Wohnung, aber auch langlebige Konsumgüter und die alltägliche Grundversorgung entfalten ihre Wirkung in der Regel nur im Kontext der psychischen Ressourcen. Aber auch soziale Ressourcen wie etwa die Einbindung in die Nachbarschaft, Verwandtschaft und andere soziale Beziehungen sind von erheblicher Bedeutung. In der Literatur wird dies auch häufig als Sozialkapital bezeichnet (Bourdieu 1983; Coleman 1990; Portes 1998; Wellman/Berkowirz 1988).

Eine gute Ernährung der Kinder ist sowohl von dem Einkommen der Familie abhängig als auch von den Kenntnissen der Eltern zur Ernährung und von den Familienregeln zu gemeinsamen Mahlzeiten. Ressourcentheoretische Analysen finden sich bei der Beschreibung von prekären Lebenslagen seit der Studie „Die Arbeitlosen von Marienthal“ (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1929). Häufig wird der Ressourcenbegriff jedoch sehr eng gefasst und es werden nur die materiellen Ressourcen, d. h. die Einkommens- und Vermögenssituation von Personen oder Haushalten herangezogen, um die Ressourcenverteilung unterschiedlicher Haushaltsgruppen oder Personengruppen und damit auch von Familien und Familienmitgliedern zu charakterisieren.

In diesem Bericht verwenden wir den Ressourcenbegriff in der sozialökologischen Tradition, die auf die Herstellung gemeinsamer Leistungen zur Bewältigung der Herausforderung der Umwelt abhebt und die psychischen, sozialen und materiellen Möglichkeiten von Familien, sich und ihre Mitglieder zu entwickeln, umfasst. Ressourcen können über objektive Indikatoren dargestellt werden, über die subjektive Zufriedenheit der betroffenen Personen mit bestimmten Ressourcen, aber natürlich auch über subjektive Einschätzungen der Unterstützung der Familie durch die einzelnen Mitglieder bewertet werden.

Im Folgenden werden einige wichtige Ressourcen von Familien wie Bildung, Gesundheit, Zeit,

Sozialkapital, Region, Wohnen sowie Einkommen beschrieben, die in diesem Bericht an verschiedenen Stellen in ihrer Bedeutung für Familie und Familienentwicklung thematisiert wurden. Hier wird versucht, die Verfügbarkeit über die jeweilige Ressource und/oder auch die Herstellung der jeweiligen Ressourcen an Hand repräsentativer Mikrodaten zu illustrieren. Als Datenquellen dienen der Mikrozensus und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁷³. Auf der Basis des Mikrozensus wird die Einkommenssituation von Familien dargestellt, während es auf der Basis des SOEP möglich ist, weitere Ressourcen zu untersuchen.

Bei der Beschreibung werden Personen in Haushalten mit Kindern (bis zum Alter von 21 Jahren) jenen Personen gegenübergestellt, die nicht mit Kindern (unter 21 Jahren) in einem Haushalt leben. Damit kann verdeutlicht werden, inwiefern in „Familienhaushalten“ spezifische Ressourcen vorliegen bzw. hergestellt werden. Außerdem wird die Ressourcenausstattung von Personen in Haushalten mit Kindern für unterschiedliche Haushaltstypen beschrieben. Ferner wird nach Haushalten in verschiedenen Lebensphasen differenziert. Diese Lebensphasen werden über das Alter der Kinder beschrieben.

Bei der Darstellung der unterschiedlichen Ressourcen wird versucht, eine weitgehend einheitliche Struktur zu Grunde zu legen. Nach einer kurzen Einführung in die spezifische Ressource und ihrer Bedeutung für Familien wird die Verfügbarkeit über diese Ressource zunächst deskriptiv und im Vergleich mit Haushalten ohne Kinder beschrieben. Danach erfolgt – sofern im Kontext sinnvoll – eine deskriptive Differenzierung für unterschiedliche Haushaltstypen mit Kindern. Anschließend werden die Ergebnisse multivariater Analysen⁷⁴ kurz zusammengefasst, um Zusammenhänge und Abhängigkeiten der Ressourcen untereinander darzustellen. Multivariate Analysen erlauben es, die Interaktion mehrerer Indikatoren – in diesem Falle auch mehrerer Ressourcen gleichzeitig – abzubilden.

Ressource „Bildung“. Es ist in allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen seit langem unumstritten, dass Familien eine hohe Bedeutung (wenn nicht sogar die höchste Bedeutung) bei der Herstellung des Humanvermögens (siehe u. a. auch der 5. Familienbericht, BMFuS) einer Gesellschaft zukommt; oder anders ausgedrückt:

Ressource Bildung – Familien leisten einen wichtigen Beitrag

⁷³ Das SOEP ist ein für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativer Haushalts- und Personendatensatz, bei dem inzwischen fast 24 000 Personen jährlich befragt werden, vgl. <http://www.diw.de/soep>. Die empirischen Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2002.

⁷⁴ Dabei handelt es sich in Abhängigkeit der zu erklärenden Größen um dichotome Wahrscheinlichkeitsmodelle oder lineare Regressionsmodelle.

Sozialkapital als wichtige Ressource, die von Familien hergestellt wird

Ressourcenbegriff in der sozialökologischen Tradition

Familien leisten einen großen Beitrag bei der Produktion des gemeinsamen Gutes Bildung. Familien investieren in Bildung und produzieren sie. Nicht zuletzt ist dies die Begründung für wichtige Teilbereiche der deutschen Familienpolitik, wie z. B. den Familienleistungsausgleich.

Eine Unterscheidung zwischen Personen in Haushalten mit Kindern und solchen ohne Kinder zeigt, dass bei der Ressource „formale Bildung“ – die über das Konstrukt der Bildungsjahre oder auch des höchsten berufsbildenden Abschlusses gemessen wurde – kaum Unterschiede zwischen Familienhaushalten und Nichtfamilienhaushalten auszumachen sind. Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern zeigen, dass allein Erziehende eine höhere formale Bildung aufweisen als Personen in Paarhaushalten. Die formale Bildung von Personen mit mehr als zwei Kindern ist geringer als die von Personen mit einem Kind. Es sind die bekannten Zusammenhänge festzustellen, dass mit steigendem Einkommen die Wahrscheinlichkeit für einen höheren Bildungsabschluss zunimmt. Personen, die in städtischen Regionen leben, haben ebenfalls ein höheres Humanvermögen.

Obwohl die Herstellungsleistung Bildung in einer Familie sehr viel mehr umfasst als die direkte oder auch indirekte Mitwirkung an dem Erwerb von formalen Bildungsabschlüssen, zeigen diese vereinfachten Analysen bereits, dass der monetären Ressource „Einkommen“ hierbei eine größere Bedeutung zukommt.

Ressource Gesundheit – Familien als aktive Mitgestalter

Ressource „Gesundheit“. Die Herstellungsleistung von Familien umfasst auch die Mitwirkung an der Gesundheit von Haushaltsmitgliedern. Auch dabei kommt Familien eine hohe Bedeutung zu, die nicht nur in der direkten Unterstützung im Krankheitsfall besteht, sondern auch im alltäglichen Miteinander, das das subjektive Wohlbefinden von Menschen beeinflussen kann. Familienmitglieder wirken also zum einen bei der Herstellung der Ressource Gesundheit mit, sie investieren in Gesundheit; zum anderen nehmen sie selbst Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch.

Wird die Ressource Gesundheit über objektive Gesundheitsindikatoren – wie der Anzahl der Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte – erfasst, so ist festzustellen, dass Personen, die in Haushalten ohne Kinder leben, im Durchschnitt eine höhere Inanspruchnahme von diesen Gesundheitsdienstleistungen aufweisen als Personen in Haushalten mit Kindern. Dies dürfte allerdings stark damit in Zusammenhang stehen, dass Personen in Haushalten ohne Kinder im Durchschnitt älter sind. Bei der subjektiven Gesundheitszufriedenheit können keine großen Unterschiede zwischen Familienhaushalten und Nichtfamilienhaushalten festgestellt werden.

Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern bestätigen den bekannten Alterseffekt bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen: Mit zunehmendem Alter nimmt die Häufigkeit von Arztbesuchen und Krankenhausaufenthalten zu. Ein höheres Haushaltseinkommen führt zu mehr Arztbesuchen. Allein Erziehende neigen bei diesem objektiven Gesundheitsindikator zu einer höheren Inanspruchnahme, die sich wieder reduziert, je älter das jüngste Kind ist und umso mehr Kinder im Haushalt leben. Multivariate Analysen der subjektiven Gesundheitszufriedenheit, die auf einer Skala von 0 bis 10 erfasst wurde, zeigen, dass mit dem Alter die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit abnimmt. Personen mit einer höheren formalen Bildung oder auch einem höheren Einkommen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Gesundheit zufrieden zu sein, als ihre Referenzgruppen. Das Alter und die Anzahl der Kinder hat dabei keine signifikante Bedeutung. Auch hier zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der monetären Ressource „Einkommen und formale Bildung“ und der subjektiven Bewertung der eigenen Gesundheit.

Ressource „Zeit“. Sehr ausführlich ist im Kapitel VI dargestellt, wie wichtig die Ressource „Zeit“ für Familien ist, welche Restriktionen und auch Chancen sie Familien gibt. Für ein breites Ressourcenverständnis ist es zentral, dass auch dieser zeitliche Aspekt Teil einer Ressourcenbetrachtung ist. So wird die Zeit häufig als eine zentrale Investition in die Entwicklung von Kindern, aber auch in das Wohlbefinden anderer Familienmitglieder bezeichnet.

Ressource Zeit – Voraussetzung für das Wohlbefinden in der Familie

Als wichtige Indikatoren zur Erfassung und Bewertung der Ressource Zeit können die Zufriedenheit mit der frei verfügbaren Zeit, der so genannten „freien“ Zeit und der Zeit, die mit Kindern verbracht wird, betrachtet werden. Die Zeit mit Kindern ist gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag für die Herstellung des Humanvermögens in Familien.

Personen in Haushalten ohne Kinder sind mit ihrer freien Zeit im Durchschnitt eher zufrieden, als Personen in Familienhaushalten. Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern belegen, dass mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes die Zufriedenheit mit der freien Zeit zunimmt, mit dem eigenen Alter nimmt sie allerdings ab. Personen aus Familienhaushalten in ländlichen Regionen haben eine höhere Zufriedenheit mit ihrer freien Zeit, während eine höhere formale Bildung zu einer geringeren Zufriedenheit mit der freien Zeit beiträgt. Die Stunden, die eine Person an einem Werktag mit der Betreuung von Kindern verbringt, nehmen mit zunehmendem Alter des Kindes und der Anzahl der Kinder ab. Männer verbringen deutlich

weniger Zeit mit der Betreuung von Kindern als Frauen. Mit steigendem Einkommen nimmt die Zeit für die Betreuung der Kinder zu. Sie nimmt allerdings mit dem formalen Bildungsgrad ab. Auch Personen, die in ländlichen Regionen leben, verbringen im Durchschnitt weniger Zeit mit „Kinderbetreuung“ als Personen in Städten. Insgesamt lässt sich festhalten, dass monetäre Ressourcen auf der einen Seite zu mehr Zeit mit Kindern führen, während auf der anderen Seite die Zeit für Kinder mit dem formalen Bildungsstand abnimmt.

Ressource „Sozialkapital“. Die Herstellung des Sozialkapitals einer Gesellschaft ist eine weitere wichtige Herstellungsleistung, die in Familien und auch außerhalb von Familien erbracht wird. Wie in diesem Familienbericht an unterschiedlichen Stellen dargestellt, leisten Familien ihren sehr spezifischen Beitrag zur Herstellung dieser wichtigen gesamtgesellschaftlichen Ressource.

Ressource Sozialkapital – Herstellungsleistung der Familien

Empirisch kann eine kleine Facette des Sozialkapitals einer Gesellschaft zum Beispiel über das ehrenamtliche Engagement von Personen erfasst werden. Analysen auf der Basis des SOEP und des Freiwilligensurveys zeigen, dass Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, im Durchschnitt mit einem höherem Anteil ehrenamtlich aktiv sind als Personen, die nicht mit Kindern zusammen leben und allein Erziehende. Mit dem Alter des jüngsten Kindes und der Anzahl der Kinder steigt die Wahrscheinlichkeit einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Außerdem ergibt die Analyse, dass Personen in Familienhaushalten mit steigendem Einkommen und einem höheren Grad an formaler Bildung mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Ehrenamt bekleiden. Einmal mehr verdeutlicht dies, wie wichtig Familien für die Herstellung des Sozialkapitals einer Gesellschaft sind. Die Analyse verdeutlicht aber auch, dass mehr monetäre Ressourcen und ein größeres Humanvermögen Familien zur Herstellung von mehr Sozialkapital befähigen.

Neben den dargestellten Ressourcen, über die Familien verfügen, kommt dem „Wohnen“ und auch der „Region“, in der Familien leben, eine wichtige Bedeutung zu. So bestimmt das direkte Wohnungsumfeld und auch das breitere Wohnumfeld, wie Familien leben, wie sie andere Herstellungsleistungen erbringen können und welche Optionen ihnen offen stehen. Die Nachbarschaft und die Kommune sind dabei – wie an anderen Stellen dieses Kapitels verdeutlicht – ebenfalls von großer Relevanz.

Ressource „Wohnen“. Die Wohnung oder das Haus, in dem Familien leben, bestimmt das Wohlbefinden von Familien und deren Lebensqualität. Hinzu kommt, dass die finanziellen Ressourcen, die für das Wohnen aufgebracht werden

müssen, den finanziellen Spielraum von Familien stark beeinflussen.

Im Durchschnitt zahlen Personen mit Kindern im Haushalt höhere Mieten als Personen in Nichtfamilienhaushalten. Wird zusätzlich eine Bewertung des Hauseigentums von Personen berücksichtigt⁷⁵, die Hausbesitzer sind, so haben Personen in Haushalten ohne Kinder im Durchschnitt eine höhere Mietbelastung. Eindeutig ist der so genannte „Crowding Effekt“, der besagt, dass in einem Haushalt mehr Personen leben, als Wohnräume vorhanden sind: 16 Prozent der Personen in Haushalten mit Kindern leben in solchen Haushalten und nur 1 Prozent der Personen in Haushalten ohne Kinder. In beengten Wohnverhältnissen⁷⁶ leben 40 Prozent der Personen in Haushalten mit Kindern, aber nur 26 Prozent der Personen in Haushalten ohne Kinder. Vor dem Hintergrund dieser objektiven Indikatoren über die Wohnverhältnisse ist es interessant, dass sich die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen zwischen Personen in Haushalten mit Kindern und solchen Haushalten ohne Kinder nicht stark unterscheiden; vielmehr entsprechen sie im Durchschnitt den Einschätzungen auf einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 nahezu.

Ressource Wohnen – für Familien wesentlich für ihre Zufriedenheit

Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern belegen, dass beengte Wohnverhältnisse insbesondere für Familienhaushalte mit älteren und mehreren Kindern ein Problem sind. Auch jüngere, ausländische und weniger formal gebildete Personen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, in beengten Wohnverhältnissen zu leben als die jeweiligen Referenzgruppen. Dies trifft auch auf Personen zu, die in Verdichtungsräumen leben. Allein Erziehende, Migranten und Männer sind mit ihren Wohnverhältnissen unzufriedener als ihre jeweiligen Referenzgruppen. Die Wahrscheinlichkeit einer Zufriedenheit mit den eigenen Wohnverhältnissen steigt – so das Ergebnis multivariater Analysen – mit dem Einkommen und ist für Personen, die außerhalb von Verdichtungsräumen leben, größer. An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie wichtig es ist, neben den objektiven Ressourcen auch die subjektive Bewertung der Ressourcenverfügbarkeit mit einzubeziehen. Objektiv betrachtet leben Familienmitglieder eher in beengten Wohnverhältnissen als Personen ohne Kinder. Die subjektive Zufriedenheit der

⁷⁵ Dies erfolgt im Rahmen des sogenannten „imputed rent“-Ansatzes, bei dem der geldwerte Nettovorteil des selbstgenützten Wohneigentums berechnet wird.

⁷⁶ Von einer „beengten Wohnfläche“ wird dann gesprochen, wenn ein Haushalt – je nach Zahl der dort lebenden Personen – folgende Quadratmeter an Wohnfläche nicht zur Verfügung hat: 46 (eine Person), 72 (zwei Personen), 84 (drei Personen), 102 (vier Personen), 112 (fünf Personen) und 120 (sechs Personen) (vgl. Joachim Frick 1995, 3ff).

Betroffenen zeigt jedoch, dass dies nicht unbedingt nur negativ zu bewerten ist. Sie zeigt aber auch, dass mit einem Mehr an monetären Ressourcen die Bewertung auch dieser Ressource besser ausfällt, d. h. einkommensreichere Personen zufriedener mit ihren Wohnverhältnissen sind als einkommensärmere.

Ressource „Region“. Das breitere Wohnumfeld ist für Familien von ebenso großer Bedeutung wie das unmittelbare Wohnumfeld. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass unterschiedliche Regionen und Regionstypen mit unterschiedlichen Optionen verbunden sind, sei es mit Optionen im Infrastrukturbereich oder in der Verfügbarkeit über familiäre Netzwerke. So kann man für Deutschland nach wie vor feststellen, dass ländliche Regionen im Allgemeinen weniger Infrastrukturangebote aufzuweisen haben, während die dort lebenden Personen i. d. R. über bessere familiäre oder soziale Netzwerke verfügen.

Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern zeigen, dass insbesondere allein Erziehende und Personen mit weniger Kindern und eher jüngeren Kindern in Verdichtungsräumen leben. Mit dem Einkommen und dem formalen Bildungsstand steigt die Wahrscheinlichkeit, in einem Verdichtungsraum zu wohnen. Mit zunehmenden monetären Ressourcen steigt somit die Wahrscheinlichkeit für Familienhaushalte, auf der einen Seite in Regionen mit mehr Infrastrukturangeboten zu leben, auf der anderen Seite aber auch in Regionen mit größeren familialen Netzwerken.

Zwischenfazit. Bei den vielfältigen Ressourcen, über die Familien verfügen, zeigt sich, dass eine Kumulation in der Verfügbarkeit über Ressourcen stattfindet. Bei Personen, die sowohl über gute monetäre Ressourcen verfügen, ist auch eine überdurchschnittliche Verfügbarkeit bei anderen Ressourcen festzustellen. Mit zunehmendem Humanvermögen verfügen Personen über mehr Ressourcen.

Die Vielfalt von Ressourcen, über die Familien verfügen bzw. an deren Herstellung sie sich beteiligen, zeigt aber auch, dass Familien bei der Bereitstellung von Ressourcen Unterstützung brauchen. Diese Unterstützung ist sowohl in monetärer Hinsicht, in zeitlicher Hinsicht und in Hinblick auf ergänzende Infrastrukturangebote notwendig. Bevor wir im Bericht darauf weiter eingehen, soll zunächst differenzierter und ausführlicher die Ressource Einkommen dargestellt werden und auf die spezifische Situation von prekären Einkommenslagen eingegangen werden.

Ressource „Einkommen“. Für die Darstellung der monetären Einkommenssituation von Personen ist es von zentraler Bedeutung, diese im Haushaltskontext vorzunehmen. Erst über die

Einbindung des Einzelnen in einen je spezifischen Haushaltskontext werden z. B. unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt letztlich zu faktisch ungleichen Lebenschancen und Lebenslagen von Frauen und Männern, Müttern und Vätern, Eltern und Kindern, Eltern und kinderlosen Paaren. Ob eine 35-jährige Bürokauffrau allein stehend ist, ob sie mit einem Softwareingenieur in einer ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft ohne Kinder lebt oder ihren Alltag als allein erziehende Mutter mit zwei minderjährigen Kindern gestalten muss, hat ganz gravierende Konsequenzen für ihre Wohlstandsposition⁷⁷. Diese Perspektive macht deutlich, dass sich die Einkommenslagen von Paaren mit Kindern bei der Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen zwar überdurchschnittlich häufig in den mittleren Einkommensklassen befinden. Im Vergleich zu den kinderlosen Paaren und allein stehenden Männern weisen Paare mit Kindern allerdings vergleichsweise benachteiligte Lebenslagen auf. Die niedrigsten Wohlstandspositionen (gemessen über das Einkommen) zwischen 50 Prozent und 59 Prozent nehmen allein erziehende Frauen ein. Sie haben Kinder unter drei Jahren und sind zumeist jünger als 35 Jahre. Am unteren Ende der Einkommensskala stehen aber auch allein erziehende Mütter und Väter mit drei und mehr Kindern. Demgegenüber haben nicht verheiratete und verheiratete zusammenlebende Paare mit bis zu 153 Prozent die insgesamt höchsten Wohlstandspositionen inne, wenn man dies am Einkommen fest macht. Es handelt sich um kinderlose und zumeist jüngere Paare, bei denen die Frau unter 45 Jahre alt ist. Zu den in dieser Hinsicht mit monetären Ressourcen gut ausgestatteten Haushaltsformen gehören auch nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit volljährigen Kindern. Um das gleiche Niveau monetärer Ressourcen kinderloser Paare zu erreichen, müssten Eltern und ihren Kindern pro Kopf und Monat bis zu 600 Euro oder 50 Prozent mehr zur Verfügung stehen. Besonders deutlich ist das Einkommensgefälle zwischen kinderlosen Paaren und Paaren mit Kindern in Lebensphasen, in denen die Entscheidungen für das erste Kind oder für weitere Kinder grundsätzlich fallen (Expertise Eggen 2005): Allein stehende Männer und allein stehende Frauen zwischen 35 und 44 Jahren erreichen mit 113 Prozent und 108 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich hohe Einkommenspositionen.

Eine stetig steigende Zahl von Familienhaushalten in Deutschland muß ihren Alltag in prekären

Paare mit Kindern weisen im Vergleich zu kinderlosen Paaren benachteiligte Lebenslagen auf

Steigende Zahl von Familienhaushalten in prekären Einkommenslagen

⁷⁷ Relative Wohlstandspositionen beschreiben Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen. Sie verdeutlichen die Abweichungen der durchschnittlichen Einkommen einzelner Lebensformen vom durchschnittlichen Einkommen aller Lebensformen. Dabei wird das durchschnittliche gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Lebensformen gleich 100 Prozent gesetzt.

Ressource Region – für Familien entscheidend für die Infrastrukturangebote

Ressource Einkommen – für Familien Voraussetzung für Entwicklung von Lebenschancen

Einkommenslagen gestalten. Besonders niedrig sind die Einkommen von jungen Familien, also von Familien mit Kindern unter drei Jahren oder von Müttern unter 35 Jahren. Oftmals sind die Pro-Kopf-Einkommen auch in späteren Lebensphasen mit Kindern kaum höher. So zeigt etwa eine phasenspezifische Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen der Ehepaare mit Kindern, dass die grundsätzlich steigenden Nettoeinnahmen nicht mit dem wachsenden Bedarf der Familien standhalten.

Nach dem hier zugrunde gelegten Schwellenwert für Niedrigeinkommen wachsen in Deutschland 1,4 Millionen minderjähriger Kinder unter ökonomisch schwierigen Bedingungen auf. Nach der hier verwendeten und weithin verbreiteten Definition verfügen Haushalte über ein Niedrigeinkommen, sofern ihr Einkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Einkommens (Median) aller Lebensformen beträgt. In Deutschland verfügen rund 12 Prozent aller Lebensformen über ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen. Die Anteile von Ehepaaren mit Kindern, die ein Niedrigeinkommen beziehen, sind mit 6 Prozent insgesamt unterdurchschnittlich. Je mehr Kinder allerdings in einem Familienhaushalt leben, desto häufiger muss dieser mit einem Niedrigeinkommen auskommen: Bei Ehepaaren mit drei und mehr Kindern beläuft sich das relative Armutsrisiko auf 13 Prozent. Zudem gilt, dass mit steigendem Alter der Kinder keineswegs immer der Anteil von Ehepaaren mit Kindern in finanziell schwierigen Lebenslagen sinkt. Im Gegenteil: In einzelnen Altersphasen der Kinder steigt dieser Anteil sogar bei Ehepaaren mit Schulkindern. Erst wenn die Kinder volljährig sind, geht er deutlich zurück.

Kinder von verheirateten Eltern besser gestellt als in anderen familialen Lebensformen

Insgesamt betrachtet wachsen Kinder von verheirateten Eltern im Vergleich zu anderen familialen Lebensformen jedoch vergleichsweise selten unter finanziell schwierigen Bedingungen auf. Bemerkenswert ist auch, dass die Einkommenssituation von Paaren mit Kindern in Ostdeutschland – gemessen am regionalen Schwellenwert – günstiger ist als die der Familien in Westdeutschland. Vor allem Eltern mit Kindern unter sechs Jahren erreichen in Ostdeutschland höhere Wohlstandspositionen. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die relativ hohe Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Mütter mit Klein- und Vorschulkindern ein wesentlicher Schutzfaktor vor Armutslagen ist. Der zeitliche Umfang der jeweiligen Erwerbsbeteiligung, ob Vollzeit oder Teilzeit, scheint – sofern es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze handelt – eher nachrangig zu sein für die finanzielle Situation von Paaren mit Kindern (Expertise Klammer 2004). Dagegen fällt die durchschnittliche Einkommensposition eines Familienhaushalts sichtbar ab, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Allerdings schützt auch die Vollzeiterwerbstätig-

keit beider Eltern die Familie keineswegs immer vor prekären Einkommensverhältnissen (Expertise Eggen 2004). Generell gilt, dass sich für Kinder die Wahrscheinlichkeit verringert, in einer prekären Einkommenssituation aufzuwachsen, wenn beide Eltern erwerbstätig sind.

Nach Corak/Fertig/Tamm (2005), die die deutsche Teilstudie für die internationale UNICEF-Studie durchgeführt haben und das SOEP als Basis benutzten, haben sich die Armutsraten von Kindern allein erziehender Eltern in den 90er Jahren nicht erhöht. Allerdings lag deren Armutsrisiko insgesamt deutlich höher als in Familien allgemein. Während Kinder das Armutsrisiko von Zwei-Elternfamilien kaum erhöhen, springt die Armutsrate bei Alleinstehenden von 17 Prozent auf 38 Prozent (Corak/Fertig/Tamm 2005, 13). Aus sozialpolitischer Sicht ist die Dynamik der Armutsverläufe mindestens ebenso wichtig wie das generelle Risiko in der vergleichenden Querschnittsbetrachtung. Hier geht es um Fragen, wie lange Armutsepisoden dauern und mit welcher Wahrscheinlichkeit Rückfälle in Armutslagen vorkommen, wenn es der Familie gelungen ist, sich von Armut zu befreien. Außerdem interessiert die Zunahme oder Abnahme von Armutsrisiken im historischen Zeitablauf. Im Bevölkerungsschnitt dauern seit 1984 Armutsepisoden 1,40 Jahre, bei allein Erziehenden 1,52 Jahre (Corak/Fertig/Tamm 2005, 18). Berücksichtigt man die historische Dynamik seit 1984, dann zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für ein westdeutsches Kind, in einem Jahr in Armut zu geraten, von 3,3 Prozent zwischen 1984 und 1992 auf 3,9 Prozent nach 1992 gewachsen ist. Im gleichen Zeitraum sank die Wahrscheinlichkeit, die Armut nach einem Jahr zu überwinden, von 49 Prozent auf 46 Prozent. Im Osten Deutschlands lag die jährliche Eintrittswahrscheinlichkeit in Armut vor 1996 um einen Prozentpunkt höher als im Westen, danach nivellierten sich die Ost-West-Unterschiede bei Eintritts- und Austrittswahrscheinlichkeiten. Bei allein Erziehenden erreichten die jährlichen Eintrittsraten in eine Armutslage seit 1992 mit 22,7 Prozent etwa das Sechsfache des allgemeinen Schnitts. Zugleich lagen ihre Austrittsraten nach einem Jahr Armutsdauer mit knapp 36 Prozent um ein Viertel unter dem allgemeinen Niveau von gut 46 Prozent (Corak/Fertig/Tamm 2005, 20f). Das Risiko, nach einer Überwindung der Armut in diese zurückzufallen, liegt bei allein Erziehenden höher: Zwei Jahre Verweildauer oberhalb der Armutsgrenze erreichten nur rund 29 Prozent der Kinder allein Erziehender im Vergleich zu 53 Prozent der Kinder allgemein (Corak/Fertig/Tamm 2005, 23).

Dynamik der Armutsverläufe wichtig zu betrachten

Maßnahmen wie der Kinderzuschlag ab dem 1. Januar 2005 sind geeignet, das Armutsrisiko allein Erziehender etwas zu vermindern. Erste Wirkungen in diese Richtung zeigt auch Hartz IV:

Sozialpolitischer
Blick auf Wechsel
zwischen Armut und
Nähe zur Armuts-
grenze

Davon profitieren allein erziehende Eltern und ihre Kinder überdurchschnittlich oft; 71,9 Prozent von ihnen bekommen jetzt mehr Arbeitslosenunterstützung, wohingegen insbesondere Paare ohne Kinder durch die Anrechnung des Partner-Einkommens zu mehr als 80 Prozent schlechter gestellt sind als zuvor (Expertise Schulte 2005). Neben dieser finanziellen Entlastung scheint es aus sozialpolitischer Sicht geboten, den Wechsel zwischen Armut und einem Leben oberhalb der Armutsgrenze stärker zu berücksichtigen. Das gilt speziell auch für allein Erziehende, da ihr erhöhtes Armutsrisiko wesentlich dadurch bestimmt ist, ob sie trotz der Betreuung und Versorgung ihrer Kinder erwerbstätig sein können oder nicht. Entscheidend dafür ist die öffentliche Infrastruktur für Kinderbetreuung, auf die sie stärker angewiesen sind als Elternpaare. Es ist zu erwarten, dass Verbesserungen der Infrastruktur das Armutsrisiko der Kinder allein Erziehender mindestens ebenso senken wie die finanziellen Verbesserungen im Rahmen von Hartz IV.

V.2 Besonderheiten von Familien in prekären Lebenslagen

Die Einkommenslage eines Familienhaushalts, so haben wir gezeigt, ist von großer Bedeutung für die Realisierung ihrer vielfältigen Aufgaben der Alltagsgestaltung. Das verfügbare monatliche Haushaltsnettoeinkommen beeinflusst darüber hinaus wie das Geld- und Sachvermögen einer Familie den Handlungsrahmen zur Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse und Interessen ihrer Mitglieder.

Monetäre Ressourcen allein stellen keine hinreichende Bedingung für das Familienleben dar. Schon gar nicht ist damit ein gelingendes Aufwachsen von Kindern jenseits von Armutslagen garantiert. Gleichwohl wird in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften die materielle Lebenslage von Familienhaushalten, u. a. in den Dimensionen Wohnen und Bildung, wesentlich vom verfügbaren Einkommen beeinflusst.

Unterschreitet das Nettoeinkommen eines Haushalts die 50 Prozent-Grenze des gewichteten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens der Bevölkerung in einem Land, dann wird angenommen, dass ein landesüblicher und damit „angemessener“ Lebensstandard nicht mehr realisiert werden kann. Diese Grenze wird als relative Einkommensarmutsgrenze bezeichnet⁷⁸.

⁷⁸ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) 1991. Die Verschiebung der Einkommensarmutsgrenze auf 60 Prozent, die von der OECD jüngst festgesetzt worden ist, führt folgerichtig zu anderen Ergebnissen. Die hier vorgeschlagene relative Einkommensarmutsgrenze von 50 Prozent bildet jedoch die soziale Realität in Deutschland besser ab.

Armuts Grenzen werden haushaltsbezogen festgelegt⁷⁹. Dabei wird unterstellt, dass sämtliche Einkünfte der Haushaltsmitglieder (Einkommen aus Erwerbsarbeit, Transferleistungen etc.) in eine gemeinsame Haushaltskasse einfließen und alle Haushaltsangehörigen ihrem Bedarf entsprechend am Haushaltseinkommen teilhaben⁸⁰.

Nach dem Mikrozensus 2003 (Expertise Eggen 2005, Abbildung V.6) leben gegenwärtig 9 Prozent aller Kinder unterhalb dieser Grenze, wobei allerdings die oben erwähnten Variationen nach Alter der Mutter, Familienstand und Geschlecht des Haushaltsvorstandes zu berücksichtigen sind. Nach Corak/Fertig/Tamm (2005, 16) galten 2001 von den minderjährigen Kindern 10,2 Prozent (50 Prozent-Schwelle) als relativ arm. Dies sind jene oben erwähnten 1,4 Mio. Kinder. Damit stimmen Mikrozensus und SOEP relativ gut überein.

Zudem wird seit Jahren eine wachsende „Infantilisierung“ von Armut konstatiert, das heißt eine überproportionale Betroffenheit von Kindern durch relative Einkommensarmut im Vergleich zu anderen Altersgruppen (Butterwegge/Klundt/Rasch 2005; Palentien 2004; Meier/Preuße/Sunus 2003; Huster 2003; Holz 2003).

Eine wesentliche Ursache für das überdurchschnittliche Armutsrisiko von allein erziehenden Müttern und ihren Kindern liegt in ihrer überproportionalen Betroffenheit von Erwerbslosigkeit bzw. wird durch zu niedrige oder nicht realisierbare Unterhaltsansprüche verursacht. Hinzu kommt, dass flexible und ganztägige Betreuungsangebote für Kinder als eine wichtige Voraussetzung zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von allein Erziehenden nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Darüber hinaus erschwert das vergleichsweise niedrige Einkommen in den so genannten frauentypischen Berufen eine eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit.

Misslingt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den genannten armutsgefährdeten Familienformen, ist die Abhängigkeit von Sozialhilfe

Überproportionale
Betroffenheit der
Kinder durch rela-
tive Einkommens-
armut

⁷⁹ Die Struktur der Armutsquoten und die Zusammensetzung der Armutsrisikopopulation hängt entscheidend von der Wahl der verwendeten Äquivalenzskala ab. Äquivalenzskalen ermöglichen es, das Einkommen von Haushalten durch die Zuordnung unterschiedlicher Gewichte für die einzelnen Mitglieder differenziert nach Haushaltsgröße zu analysieren. Dabei entspricht die alte OECD-Skala mit ihren Äquivalenzgewichten den zugrunde liegenden politischen Gegebenheiten und den zugrunde liegenden politischen Wertentscheidungen besser als die neue OECD-Skala.

⁸⁰ Diese Annahme ist nicht unumstritten, weil sie Mechanismen der innerfamiliären Ungleichverteilung von Ressourcen unberücksichtigt lässt. Gleichwohl stellt sie ein handhabbares Instrument zur Ermittlung verfügbarer monetärer Ressourcen im Sinne eines angemessenen Lebensstandards für Kinder dar.

(bzw. ALG II oder Sozialgeld) bzw. ein längerfristiger Verbleib in Armutslagen oft vorprogrammiert.

Kinder als Leidtragende des Armutsrisikos allein erziehender Mütter

Das hohe Risiko allein erziehender Mütter und (nichtdeutscher) Mehrkinderfamilien, längerfristig in Armut zu leben oder wiederholt in Armut zu fallen, ist aus familienwissenschaftlicher und sozialisationstheoretischer Perspektive als äußerst problematisch anzusehen: Zum einen mit Blick auf die aktuelle Lebenssituation, zum anderen mit Blick auf die Entwicklungschancen der Kinder. Während der vorübergehende Sozialhilfebezug und die Erfahrung, durch Eigeninitiative und passfähige Unterstützungsangebote wieder zur Normalität zurückgefunden zu haben, tendenziell persönlichkeitsstabilisierende Wirkungen befördern, läuft der Dauersozialhilfebezug auf Desillusionierung, auf soziale Isolation und die Erfahrung von Stigmatisierung hinaus. Personen mit geringem Familieneinkommen haben gegenüber den gut verdienenden Familienhaushalten deutlich höhere Depressivitätswerte. Für die Sozialisation der heranwachsenden Generation bleibt diese Situation nicht ohne Folgen und ist zudem vielfach gleich bedeutend mit einem weitgehenden Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. So belegen internationale Studien, dass die kognitive Entwicklung von Kindern durch mütterliche Depression beeinträchtigt wird, wobei vor allem die Qualität der Interaktion zwischen Müttern und Kindern durch die Depression leidet (Han 2005).

Kinder brauchen für eine gelingende Kindheit ein zufriedenes und ausgeglichenes Herkunftsmilieu, materielle Sicherheit und die Vermittlung des Gefühls von Zuversicht und Zukunftsperspektive. Dieses Bedingungsgefüge kann in Elternhäusern, wo die Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben, Geldmangel und persönlich erlittene Niederlagen bei der Jobsuche auftreten, fehlen. Die Beeinträchtigung von Wohlbefinden und Gesundheit geht mit einem Selbstwertverlust, häufig mit übermäßigem Alkoholgenuss einher und beeinträchtigt das Familienklima und die Beziehungen zu den Kindern (Andrä 2000, 276).

Ohne einen Kausalzusammenhang zu unterstellen, belegen unterschiedliche Untersuchungen aus der Familien- und Sozialisationsforschung die Tendenz einer Kumulation von Benachteiligungen entlang des weiteren Lebenslaufs dieser Kinder. Eine Unterversorgung in finanzieller Hinsicht geht – wie bereits oben allgemein diskutiert – oft mit Unterversorgungslagen im Bereich Wohnen und Gesundheit einher und zieht Defizite in der Bildung und im beruflichen Werdegang nach sich. Selbst wenn das Ende des Bezugs von Sozialhilfe in den genannten Risiko-haushaltstypen eintritt, ist daraus noch lange nicht der Schluss einer Rückkehr zur Normalität

zu ziehen. Meistens münden ihre Lebensverhältnisse in prekärem Wohlstand, mit anderen Worten: Die Beendigung des Bezugs von sozialstaatlichen Transfers in Gestalt der Sozialhilfe ist nicht gleich bedeutend mit einem ausreichenden Familieneinkommen oder gar einem generellen Entkommen aus der Armutslage.

V.2.1 Relative Armut hat viele Gesichter

Die dynamische Armutsforschung hat in jüngster Zeit die Notwendigkeit betont, soziale Armut differenziert zu betrachten und in der Konsequenz zielgruppenorientierte und passgenaue Konzepte zu erarbeiten. Die Vorstellung einer schicksalhaften Unausweichlichkeit im Sinne von „einmal arm, immer arm und dauerhaft auf Fremdhilfe angewiesen“ jedenfalls trifft als allumfassendes Charakteristikum zur Beschreibung von prekären Einkommens- und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland so nicht mehr zu. Vielmehr existieren neben der Gruppe der Armen, die dem althergebrachten Armutsbild entsprechen, Personengruppen, die zwar mit verfestigtem Sozialhilfebezug oder unter langfristig prekären Einkommensverhältnissen ihren Alltag gestalten müssen, die aber nach besten Kräften versuchen, diese Situation aktiv zu bewältigen. Schließlich sind Familienhaushalte zu nennen, denen es gelingt, nach vorübergehenden Risikolagen wieder in gesicherte Lebensverhältnisse überzugehen (Leibfried u. a. 1995).

Soziale Armut ist differenziert zu betrachten

Allerdings deuten jüngste Untersuchungen zur Mobilität zwischen prekärem und gesichertem Wohlstand darauf hin, dass der weitaus größte Teil der prekär „Wohlhabenden“ wie auch der Armen längerfristig in ungünstigen Lebenslagen verbleiben wird, was die Notwendigkeit der Vermittlung von Alltagsbewältigungsstrategien nochmals deutlicher unterstreicht (Hübinger 1999). Eine Studie zum Ernährungsverhalten von Haushalten mit vermindertem Einkommen hat in diesem Zusammenhang zu einem interessanten Befund geführt: Das Ernährungsverhalten von Familien, die schon lange Sozialhilfe beziehen (alte Armut), unterscheidet sich auffallend von den Ernährungspraktiken jener Familienhaushalte, die erst seit kurzer Zeit in Armut leben. Während die Erstgenannten sich weder ernährungsphysiologisch ausgewogen noch gesundheitsfördernd ernähren, zu fett, zu süß und zu einseitig essen, gehen die neuen Armen zwar auf Grund ihrer momentan finanziell schwierigen Situation Kompromisse ein, ändern ihren bis zum Eintritt in die Armutslage üblichen Essstil jedoch nicht grundlegend. Kompetenzen der Nahrungszubereitung und Versorgung der Familie mit Essen und Trinken waren ebenso wie Basiskenntnisse über eine gesunde Ernährung besser als bei den schon lange in Armut lebenden Familien

Notwendigkeit der Vermittlung von Alltagsbewältigungsstrategien

(Lehmkuhler 2002). Allerdings gibt zu denken, dass auch ausgebildete Oekotrophologinnen und Oekotrophologen nicht im Stande waren, die Familienhaushalte mit dem verfügbaren Sozialhilfebudget länger als bis zum 24. Tag eines laufenden Monats nach den Grundsätzen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu beköstigen.

Jüngste Untersuchungen zur ökonomischen Lage von Migrantinnen und Migranten geben darüber Auskunft, dass die Vorstellung von den Migrantinnen und Migranten als Opfern des bundesdeutschen ökonomischen Systems, als den Leidtragenden mit durchgängig schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, denen es zudem an den notwendigen Kompetenzen zur Integration in das Leben in Deutschland mangle, korrigiert werden muss: Ein forschungsparadigmatischer Perspektivenwechsel, der die Migrantinnen und Migranten auch als Akteure bzw. Akteurinnen thematisiert, hat inzwischen zur Aufdeckung vielfältiger Kompetenzen und kreativer Potenziale nicht deutscher Familienhaushalte bei ihrer Alltagsbewältigung oft unter Einschluss intakter familialer Netze beigetragen (und zwar bei deutlich niedrigerem Einkommen und einer durchschnittlich höheren Anzahl von Familienmitgliedern als bei den deutschen Vergleichsgruppen), ohne deswegen diverse Problemlagen zu übersehen (Biesecker 1996; 6. Familienbericht, BMFSFJ 2000b). Dennoch ruft das häufige Aufwachsen von Kindern aus Zuwanderfamilien in ethnischen Gettos, die infrastrukturell benachteiligt sind, typische Problemkonstellationen hervor (Boos-Nünning 2000).

Die Vielgestaltigkeit von Armut zeigt sich in einer qualitativen Armutsstudie (Meier/Preusse/Sunnus 2003), in der über eine vergleichende Analyse von zwölf Lebenslagenindikatoren⁸¹ eine haushaltsbezogene Armutstypologie generiert wird, der alle untersuchten Haushalte eindeutig zugeordnet werden konnten. Das steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass sich bestimmte Charakteristika eines Typs durchaus auch bei einem anderen finden lassen und umgekehrt: Deshalb ist es kaum hilfreich, von „den“ armen Haushalten zu sprechen.

Die verwalteten Armen (Typ1)

Dieser Armutstyp ist durch das soziale Phänomen einer generationsübergreifenden Armut charakterisiert. Seine Repräsentantinnen und Re-

präsentanten verfügen über vielfältige und langjährige Erfahrungen und Routinen im Umgang mit Armut, aber auch mit den Behörden und Institutionen, die – verwaltungstechnisch gesehen – für diverse Probleme von verstetigter Armut zuständig sind. Umgekehrt sind diese Haushalte in den entsprechenden Einrichtungen seit langem bekannt.

Ohne institutionelle Netzwerke gelingt die Alltagsbewältigung kaum noch. Typisch sind regelmäßige Kontakte zum ASD oder zu Vertreterinnen bzw. Vertretern der sozialpädagogischen bzw. haushaltsbezogenen Familienhilfe, um die Eltern-Kind-Beziehungen zu stabilisieren oder die Grundversorgung des Haushalts zu gewährleisten.

Charakteristisch sind vergleichsweise niedrige Alltagskompetenzen und eine eher geringe Erwerbsorientierung. Man trifft auf das Phänomen „entglittener“ Zeitstrukturen; es bereitet oftmals schon Mühe, zwei bis drei Termine pro Woche zu koordinieren.

Als Eltern sind die Erwachsenen weder mental noch alltagspraktisch in der Lage, ihren Kindern Daseinskompetenzen wie Bindungs- und Konfliktfähigkeit, Durchhaltevermögen, emotionale Stabilität oder häusliche Grundkompetenzen zu vermitteln. Selbst bei gutem Willen besteht eine ausgeprägte Hilflosigkeit, den Kindern zu einem Schulerfolg zu verhelfen, was angesichts der problematischen elterlichen „Schul- und Ausbildungskarrieren“ kaum überraschen kann.

Erste Priorität in der Arbeit mit diesen Familienhaushalten hat die Gewährleistung von Wohl und Gesundheit der Kinder. Es geht dabei in einigen Fällen schlicht und einfach um lebensrettende Maßnahmen. Vernachlässigung, mitunter auch körperliche und sexuelle Gewalt führen dazu, dass Kinder vorübergehend oder auf Dauer aus der Familie heraus genommen und in Pflegefamilien oder in Heimen untergebracht werden. Tendenzen einer „Übersorgung“ durch fehlende Vernetzung wurden in den analysierten armuts- und krisenintervenierenden Handlungsfeldern nicht festgestellt. Demgegenüber besteht ein großer, bisher keineswegs gedeckter Handlungsbedarf im Bereich der systematischen Armutsprävention, um diese Kinder vor dauerhaften und massiven Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit zu schützen. Hier sind armutspräventive Maßnahmen einer sensiblen Kinder- und Jugendarbeit von der gezielten Frühförderung über eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Kinder in der Schulzeit bis hin zu einem gelingenden Ausbildungsabschluss von Nöten.

„Verwaltete Arme“ – generationsübergreifende Armut

Forschungsparadigmatischer Perspektivenwechsel:
MigrantInnen als „Biografie-Bastler“

⁸¹ Es handelt sich um die Indikatoren: Äquivalenzeinkommen, Anteil Erwerbseinkommen, Mietbelastung, Wohnungsgröße, zeitliche Situation, Bildung, Gesundheit, psychosoziale Situation, institutionelles Netzwerk, familiales Netzwerk, sonstiges Netzwerk (Freunde, Bekannte, Nachbarn) sowie Alltagskompetenzen.

Die erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer (Typ 2)

Dieser Typ umfasst sowohl allein erziehende Eltern als auch Paare mit Kindern. Er zeichnet sich durch eine überproportionale Arbeitsbelastung im Familien- und Berufsalltag aus, ohne jedoch in Berufen wie Bürokauffrau oder Verwaltungsangestellter im einfachen öffentlichen Dienst ein Einkommen oberhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums zu erreichen. Neben einer hohen Arbeitsbeanspruchung führen Krankheiten und deren Folgen, oft verbunden mit der Erfahrung, auch von offizieller Seite „damit allein gelassen“ zu werden, zu chronischen Erschöpfungszuständen.

Es handelt sich um Haushalte, die den Alltag für sich und ihre Kinder mit den vergleichsweise niedrigsten Äquivalenzeinkommen bewältigen müssen. Armutslagen treten in der Regel als Folge eines „kritischen“ Lebensereignisses wie Trennung bzw. Scheidung auf, aber auch als Folge der Geburt eines (weiteren) Kindes. Der Umgang mit Armut ist selten als generationsübergreifende Erfahrung vorhanden, ebenso wenig der Umgang mit den zuständigen Ämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

„Erschöpfte Einzelkämpfer/innen“ – überproportionale Belastung im Familien- und Berufsalltag

Auffällig ist das Defizit an institutionellen Hilfen, die auf die Bedarfslagen der „erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer“ und ihrer Kinder abgestimmt sind: Entweder erhalten sie gar keine Unterstützung, weil sie keine auffälligen Probleme im Sinne des KJHG zeigen, oder den verantwortungsvollen Müttern und Vätern werden völlig unangemessene Angebote („Fremdunterbringung der Kinder“) unterbreitet, wie sie für die „verwalteten Armen“ möglicherweise angezeigt wären. Außerdem finden sich gehäuft Formen unterlassener Information, Aufklärung oder Hilfe, etwa wenn ein Umzug in eine nach den Kölner Empfehlungen viel zu kleine Wohnung erfolgt, um Miete zu sparen, obwohl ein Anrecht auf Wohngeld besteht.

Familiale Netzwerke erweisen sich häufig weniger als Ressource denn als zusätzliche Verpflichtung, etwa, wenn die allein Erziehenden zusätzlich ihre Mütter mit versorgen, die an beginnender Demenz oder an psychischen Problemen leiden.

Wenn die Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Typs infolge eigener Erwerbstätigkeit ergänzende Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen wie Befreiung von Rundfunkgebühren oder Wohngeld beantragen, ist ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand erforderlich als in Haushalten, die überwiegend von Sozialhilfe leben. Jede noch so geringfügige Einkommensänderung muss bei allen Geld gebenden Stellen angezeigt werden. Dadurch verstärkt sich der Zeitdruck und die Motivation, erwerbstätig zu bleiben,

wird nicht unterstützt, sondern im Gegenteil konkurrenzlos.

Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Typs tragen das Risiko, durch die fatale Verknüpfung von materieller Benachteiligung dieser Lebensform, die durch Kinderbetreuung entstehenden Lücken in ihrer Erwerbsbiographie, zumal in schlecht bezahlten Frauenberufen, der Armutslage zeitlebens nicht mehr zu entkommen.

Hier erweist sich die gerechtere Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs im Sinne der angemessenen Berücksichtigung von Kosten und Leistungen der Kindererziehung als besonders dringend geboten. Auch die gegenwärtig diskutierten Modelle zu einer der Sozialhilfe vorgelagerten Existenzsicherung von Kindern und Jugendlichen (Stichwort: Grundsicherung für Kinder) würden den Alltag der „erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer“ und ihrer Kinder sichtlich erleichtern und sie von Sozialhilfe unabhängig machen.

Zielgruppenspezifische Hilfen für diesen Typ müssen dezidiert auf die Vermeidung von Erschöpfungszuständen der Bezugsperson gerichtet sein, indem die vorhandenen Eigeninitiativen mit ambulanten, passgerechten Hilfen zur Alltagsbewältigung verknüpft werden. Darüber hinaus benötigen Mütter und Väter diesen Typs gezielte Hilfeleistungen unter Einschluss verlässlicher und qualitativ hochwertiger Angebote zur Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ihre Ausbildung beenden zu können.

Die ambivalenten Jongleurinnen und Jongleure (Typ 3)

Bei den Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Typs handelt es sich um Menschen, die zwar familienbiographisch zumindest durch sequentielle Erfahrungen mit Armut geprägt sind, die aber objektiv betrachtet, durchaus Handlungsoptionen besaßen, ihre Lebenssituation entweder zu verbessern oder zu ihrem Nachteil zu verändern.

Psychologisch begründbare ambivalente Persönlichkeitsstrukturen münden in Verhaltensweisen, die üblicherweise als unvernünftig bezeichnet werden. Mitmenschen, darunter auch professionelle Helferinnen und Helfer, reagieren mit Kommentaren wie „Wie kann man nur.“

Es werden hohe Kredite aufgenommen, ohne in hinreichendem Maße die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen zu bedenken. Es dominieren Verhaltensmuster, diese Konsequenzen zu verdrängen oder man setzt auf das Prinzip „Hoffnung“, dass sich schon alles zum Guten wenden werde. Auffällig ist des Weiteren, dass trotz einer bestehenden Überschuldung des

„Ambivalente Jongleurinnen u. Jongleure“ – sequentielle Erfahrungen mit Armut

Haushalts keine Hilfe bei der Schuldnerberatung gesucht wird, obwohl die Überschuldungssituation teilweise bereits hoffnungslos unübersichtlich und psychisch durchaus als belastend empfunden wird.

Es werden vergleichsweise teure Wohnungen angemietet, die allerdings voraussetzen, dass der befristete Arbeitsplatz in einen unbefristeten verlängert wird oder dass sich eine andere Erwerbsmöglichkeit eröffnet, was jedoch mit einem erheblichen Risiko behaftet ist. Ausbildungen werden kurz vor dem Berufsabschluss abgebrochen, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass sich damit die Bedingungen auf einen Einstieg in das Erwerbsleben massiv verschlechtern. Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Verhaltensweisen, die für ambivalente Jongleurinnen und Jongleure typisch sind, auch bei Menschen jenseits von armen und prekären Lebenslagen anzutreffen ist. Die Konsequenzen sind allerdings bei insgesamt besseren bildungsmäßigen und materiellen Ressourcen weniger dramatisch.

Beratungsprozesse mit Vertreterinnen und Vertretern diesen Typs müssen darauf ausgerichtet sein, gemeinsam mit den Betroffenen solche Beratungsziele zu entwickeln, die von ihnen mitgetragen und mitverantwortet werden. Hilfeplanung schließt dabei die Berücksichtigung von psychologischen Ressourcen und Grenzen der Ratsuchenden gleichermaßen ein.

Haushaltsbezogene Bildung zum Umgang mit Geld und Behörden kann zumindest auf der kognitiven Ebene die Konsequenzen „unvernünftigen“ Verhaltens vor Augen führen. Das hohe Ausmaß von Überschuldungen, wie es bei diesem Typ vergleichsweise häufig anzutreffen ist, wäre ohne entsprechende Kreditvergabepraktiken seitens einschlägiger Finanzdienstleistungsunternehmen nicht möglich. Im Sinne einer vorausschauenden Schadensbegrenzung muss hier dringend über rechtzeitig einsetzende Barrieren nachgedacht werden.

Die vernetzten Aktiven (Typ 4)

„Vernetzte Aktive“
nutzen Netzwerke
und gehen mit institutioneller Hilfe
selbstbewusst um

Das hervorstechende Charakteristikum der vernetzten Aktiven besteht in ihrem Eingebundensein in ein unterstützendes familiales Netzwerk und/oder in ihrer Fähigkeit, institutionelle Hilfen selbstbewusst und aktiv in ihren Alltag zu integrieren.

Darunter befinden sich allein erziehende Mütter, die studieren oder ein Studium absolviert haben. Obwohl sie, insbesondere durch das Verhalten der Kindesväter, schwere persönliche Enttäuschungen verkraften mussten, zeigen sie als Sozialhilfe beziehende Mütter ein gewisses Selbstbewusstsein und sind in der Lage, ihre Situation nicht als individuelles Versagen zu deuten, son-

dern versuchen, den Alltag mit ihren Kindern bestmöglich zu gestalten. Sie nehmen die Sozialhilfe als ein ihnen zustehendes Grundrecht in Anspruch und loten die Möglichkeiten, die das Bundessozialhilfegesetz zur Verbesserung ihrer Lebenssituation bietet, kenntnisreich aus.

Über die gängigen Hilfen der Sozial- und Jugendhilfe hinaus mobilisieren sie, wenn es erforderlich wird, auch andere kommunale Akteurinnen und Akteure, darunter Frauenbeauftragte oder Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, wenn sie auf den einschlägigen Verwaltungswegen scheitern.

Unterstützung durch die familialen Netzwerke erfolgen in Form von direkten monetären Transfers (zum Beispiel monatliche Geldzahlungen durch die Eltern) oder durch indirekte Unterstützungsleistungen (zum Beispiel durch die Mitbenutzung eines Pkw, ohne für mehr als die Benzinkosten aufkommen zu müssen). Darüber hinaus übernehmen die Großeltern teilweise verlässlich und regelmäßig die Betreuung der Kinder oder helfen tatkräftig bei der Wohnungsrenovierung.

Diese familialen Netze sind im Grunde kaum zu ersetzen. Der Alltag der Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Typs ist zwar ebenso wie der verwalteten Armen, der erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer sowie der ambivalenten Jongleurinnen und Jongleure durch eine Vielzahl von Problemen gekennzeichnet, die sie aber aufgrund der ermutigenden und verlässlichen Unterstützung durch familiale Bezugspersonen sowie über die Mobilisierung von institutionellen Hilfen vergleichsweise gut bewältigen. Hinzu kommt, dass es sich um stabile Persönlichkeiten mit Selbstbewusstsein und einem hohen Energiepotential handelt, die vielfältige Daseins- und Alltagskompetenzen besitzen und überdies häufig das Glück hatten, selbst in einem unterstützenden und gedeihlichen Umfeld aufgewachsen zu sein.

Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die monetären Spielräume in diesen Familienhaushalten überwiegend so eng bemessen sind, dass der Ausfall einer einzigen familialen Netzwerkperson – etwa durch Krankheit oder Tod – das bestehende Arrangement der Alltagsbewältigung in prekärer Lebenslage sofort bedrohlich gefährdet.

Vertreter und Vertreterinnen dieses Typs bleiben nicht nur aus diesem Grund auf eine gerechtere Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs im Sinne der angemessenen Berücksichtigung von Kosten und Leistungen der Kindererziehung angewiesen.

Außerdem würden auch hier die gegenwärtig diskutierten Modelle zu einer der Sozialhilfe vorgelagerten Existenzsicherung von Kindern und

Jugendlichen (Stichwort: Grundsicherung für Kinder) greifen und den Alltag der „vernetzten Aktiven“ und ihrer Kinder spürbar erleichtern und sie von Sozialhilfe unabhängig machen.

Notwendigkeit von zielgruppenspezifischen Hilfen

Zielgruppenspezifische Hilfen für diesen Typ können sich dezidiert auf die facettenreichen Kompetenzen der vernetzten Aktiven beziehen, indem die vorhandenen Eigeninitiativen der Bezugspersonen mit ambulanten, passgerechten Hilfen zur Alltagsbewältigung abgestimmt und verknüpft werden. Darüber hinaus benötigen gerade auch Mütter und Väter diesen Typs gezielte Unterstützungsarrangements, vor allem verlässliche und qualitativ hochwertige Angebote zur Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können oder um ihre Ausbildung fortzusetzen und erfolgreich zu beenden.

V.2.2 Perspektiven der Prävention

Folgende Ergebnisse aus der aktuellen Armutsforschung bedürfen der eingehenden Reflexion durch Politik, der Fachvertreterinnen und Fachvertretern der Sozialen Arbeit, darunter Bildungs- und Beratungskräfte, aber auch durch die kommunalen Verwaltungen:

- Eine zufriedenstellende finanzielle Situation konnte lediglich in den Familienhaushalten konstatiert werden, wo zumindest ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist oder Transferleistungen bezieht, die aus früherer Erwerbsarbeit resultieren (Erwerbsunfähigkeits-/Unfallrente). Allerdings sind Beschäftigungsverhältnisse oftmals zeitlich befristet oder sie werden um den Preis einer unverhältnismäßig hohen zeitlichen Beanspruchung durch Erwerbs- und Fürsorgearbeit für mehrere Kinder eingegangen. Dadurch ist der Gesundheitszustand der Bezugsperson schon derzeit beeinträchtigt und mittelfristig ernsthaft gefährdet.
- Haushalte, die ihren Alltag mit sehr niedrigen Einkommen gestalten müssen, sind oder waren durchgängig kinderreich. Es sind Haushalte, die größtenteils über hohe Alltagskompetenzen verfügen und ihre Eigenverantwortung darauf konzentrieren, mit dem wenigen zurechtzukommen. Aus Schamgefühl oder wegen des hohen bürokratischen Aufwands werden die bestehenden Ansprüche auf ergänzende Sozialhilfe und andere Sozialleistungen nicht ausgeschöpft. Teilweise erlegen sie sich Formen von Selbstbeschränkung auf, die ihren Alltag und die Entwicklungschancen ihrer Kinder unverhältnismäßig belasten, etwa, wenn kostengünstige Wohnungen angemietet werden, die unterhalb der gesetzlichen Mindeststandards der Wohnraumversorgung bleiben.

Ergebnisse aus der Armutsforschung: differenzierte Präventionsansätze notwendig

- Die meisten der (weiblichen) Bezugspersonen erwerben trotz ihrer umfangreichen Fürsorgearbeit für mehrere Kinder, die größtenteils mit diskontinuierlichen Erwerbsbiographien in oft schlecht bezahlten Frauenberufen einher gehen, keine ausreichenden Versorgungsansprüche für das Alter, so dass Altersarmut vorhersehbar ist. Daran ändern die hohen Alltagskompetenzen dieser Mütter nichts. Auch aus vorangegangenen ehelichen Verbindungen erlangen sie keine ausreichenden Versorgungsansprüche. Im Gegenteil, ihr ohnehin beschwerlicher Alltag wird vielfach durch Schulden, die aus vorangegangenen Ehen stammen und für die sie aufkommen müssen, zusätzlich belastet.
- Familienhaushalte, die ihre Kinder bei knappen finanziellen Ressourcen selbst gut versorgen und zusätzlich einer Erwerbstätigkeit nachgehen, stehen unter einer enormen zeitlichen Belastung. Das trifft zumal für diejenigen zu, die keine familialen Netzwerke haben und wegen der „Unauffälligkeit“ ihrer Kinder auch ohne nennenswerte institutionelle Hilfen bleiben. Pointiert gesagt: Eigeninitiative von armen Haushalten führt tendenziell zu einem Rückzug professioneller Hilfesysteme, anstatt die Ressourcen der Bezugsperson in dringend erforderliche passgerechte und alltagsunterstützende Dienste einzubinden.
- Zeitlich objektiv entspannte Verhältnisse finden sich lediglich in den wenigen Familienhaushalten, die über geringe Alltagskompetenzen verfügen, nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sind und in denen es aufgrund von Vernachlässigung oder Gewalt teilweise zur Fremdplatzierung der Kinder durch professionelle Hilfesysteme gekommen ist. Es handelt sich um Haushalte, die ihre Verantwortung an institutionelle Netzwerke abgegeben haben. Der dadurch gewonnene zeitliche Freiraum kann aber aufgrund mangelnder Alltagskompetenz und Bildung kaum sinnvoll genutzt werden. Es dominiert das Phänomen „entglittener Zeitstrukturen“. Institutionelle Hilfen im Sinne der Armutsintervention erweisen sich im Interesse der Kinder als unverzichtbar.
- Familienhaushalte, deren Angehörige zumindest über einen beruflichen Abschluss verfügen, zeichnen sich tendenziell auch durch mittlere und hohe Alltagskompetenzen aus. Allerdings findet sich bei Studentinnen und Akademikerinnen eine deutlich ausgeprägtere Fähigkeit, ihre gesetzlichen Ansprüche („Paragraphen-Dschungel“) zu nutzen und institutionelle Netzwerke zu mobilisieren, als das bei Frauen mit Lehrberufsabschluss oder älteren Frauen mit hoher Alltagskompetenz, aber

ohne Berufsabschluss der Fall ist. Letztere tendieren eher zu Formen der Selbstbeschränkung und Bescheidenheit, die ihren Alltag mit Kindern oftmals unnötig einschränken. Hier sind Aufklärung, Information und unbürokratisch-professionelle Hilfen erforderlich, um Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bezugsperson zu erhalten.

- Eine abgeschlossene Berufsausbildung verhindert Armutslagen von kinderreichen Familien keineswegs. Die Einkommenssituation von Familienhaushalten wird bei der gegenwärtigen Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs wesentlich bestimmt vom Umfang der Erwerbstätigkeit, den die erwachsenen Haushaltsmitglieder zu leisten imstande sind. Das setzt zum einen voraus, dass ein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden ist, der sich mit der Sorgearbeit für die Kinder in Einklang bringen lässt (Stichwort: Entfernung zur Wohnung). Zum anderen braucht es adäquate Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die jedoch oftmals nicht existieren. Insbesondere allein Erziehende müssen dieses Dilemma „lösen“, entweder durch eine enorme zeitliche Überbeanspruchung bei teils problematischen Arrangements der Kinderbetreuung, oder indem sie auf Einkommen verzichten und dadurch in prekäre Lebenslagen abgleiten.
- Die Wohnungssituation von Familienhaushalten in armen bzw. prekären Lebenslagen ist alles andere als befriedigend. Bezogen auf die Anzahl der Familienmitglieder sind sie in der Regel zu klein, befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand und weisen kaum Abstellmöglichkeiten auf. Hellhörige Wände rauben den ohnehin erschöpften Müttern den dringend benötigten Nachtschlaf oder sie müssen ihre Kinder wegen der Nachbarn ständig zur Ruhe ermahnen. Die Wohnumgebung ist oftmals durch Straßenverkehr und dringend renovierungsbedürftige Außenfassaden gekennzeichnet. In den wenigen Fällen, wo eine angemessene Wohnraumversorgung vorliegt, resultiert diese lediglich aus dem Umstand, dass Kinder bereits ausgezogen sind. Oder aber momentan befriedigende Wohnarrangements können auf Dauer nicht beibehalten werden, weil die Haushalte damit finanziell überfordert sind.
- Bezugspersonen aus Familienhaushalten, die in armen bzw. prekären Wohlstandspositionen leben, weisen überwiegend gesundheitliche Beeinträchtigungen mittleren und schweren Grades auf oder sie laufen wegen chronischer oder latenter Erschöpfung Gefahr, ernsthaft zu erkranken. Je älter sie sind, desto vielfältiger ist das Krankheitsbild. Eine aktive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen

von körperlichen und seelischen Krankheiten findet lediglich in den Haushalten statt, die über eine entsprechende Bildung verfügen. Andere erdulden eher ihr Schicksal und sind zudem vergleichsweise hilflos, wenn es darum geht, Krankheiten, Fehlentwicklungen oder Lernbeeinträchtigungen ihrer Kinder zu erkennen und behandeln zu lassen. Alarmierend ist der Erschöpfungszustand von allein erziehenden Müttern und Vätern. Ihnen fehlen die finanziellen Ressourcen, um sich Erholung und gelegentliche Abwechslung vom Alltag zu gönnen und zu organisieren. Die seit dem 1. Januar 2005 erforderliche private Zuzahlung von 10 Euro pro Tag für eine Mutter-Kind-Kur ist in diesem Zusammenhang eine kontraproduktive Entscheidung und sollte dringend rückgängig gemacht werden.

- Vorliegende Armutsstudien belegen den hohen Stellenwert von familialen Netzwerken sehr eindrücklich: Intakte familiäre Netzwerke von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen sind weder durch institutionelle noch durch Netzwerke von Freunden, Bekannten und Nachbarn zu ersetzen. Insbesondere allein Erziehende können ihren Alltag vergleichsweise gut organisieren, wenn sie von einem familialen Netz getragen werden, sei es, um eine Ausbildung zu beenden, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum im elterlichen Haus anzumieten. Weitere Hilfen gibt es in Form von regelmäßigen Geldzahlungen oder der verlässlichen Zubereitung von Mahlzeiten. Allerdings hat die Forschung gut belegt, dass soziale Netzwerke meist sehr homogen sind. Netzwerke sozialökonomisch benachteiligter Familienhaushalte bestehen überwiegend aus gleichermaßen benachteiligten Personen, die aufgrund ihrer eigenen finanziellen und anderer Begrenzungen oftmals nicht in der Lage sind, Hilfen zu gewähren. Haushalte, die in Folge dessen nicht auf Unterstützungsleistungen der Herkunftsfamilie zurückgreifen können, haben es wesentlich schwerer, den Alltag mit ihren Kindern zu organisieren, zumal institutionelle Hilfen erst greifen, wenn die Betroffenen viel Zeit und Verwaltungsaufwand investieren.

V.3 Demografische Vielfalt und Entwicklungsperspektiven von Familien

In den meisten internationalen demografischen Vergleichen (Eurostat 2002; UNO 2003; OECD 2000) werden die einzelnen Nationen als Ganzes herangezogen, um Geburtenraten, Lebenserwartungen, Migrationsprozesse oder Familienzusammensetzungen zu analysieren. Diese Vorgehensweise wurde hier auch beim internationalen

Vergleich (Kap. II) verwendet, obwohl wir wissen, dass solche Vergleiche, ähnlich wie auch bundesweite Bevölkerungsprognosen (Statistisches Bundesamt 2003b) verdecken, dass sich hinter diesen Durchschnittswerten erhebliche Variationen innerhalb der einzelnen Nationen verbergen.

In Deutschland ist diese demografische Vielfalt nach der Wiedervereinigung häufig thematisiert worden, weil die Abwanderungsprozesse aus den neuen Bundesländern (Münz 1998) und die dramatisch eingebrochenen Geburtenraten schon früh erkennen ließen, dass die Bevölkerungsentwicklungen in Ost- und in Westdeutschland aller Wahrscheinlichkeit nach einen unterschiedlichen Verlauf nehmen werden, mit erheblichen Konsequenzen für die Lebenschancen von Kindern und Familien. So geht beispielsweise das Land Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt 2003) von einem Bevölkerungswachstum aus, während Dorbritz (Expertise 2004) für Sachsen einen deutlichen Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Dorbritz führt diese Entwicklung im Wesentlichen auf die geringe Geburtenrate in Sachsen zurück, ähnlich wie auch in den anderen neuen Bundesländern. In Kombination mit der Abwanderung vor allem junger Leute wird eine Rückkehr zu einer sehr viel höheren Zahl von Kindern wie in den frühen 80er Jahren unwahrscheinlich sein, selbst dann, wenn die Geburtenraten steigen (UNO 2003; Lesthaege 1998, 2000).

V.3.1 Das demografische Echo

Der Einbruch in Ostdeutschland von einer durchschnittlichen Geburtenrate in 1989 von etwa 1,5 bis 1,6 Kinder pro Frau auf unter ein Kind pro Frau in den Jahren nach der Wende kann im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden, dass die unter 25-jährigen jungen Frauen in den neuen Bundesländern die neuen Möglichkeiten zu Bildung und Ausbildung nutzten und in dieser Altersphase wie in Westeuropa und den USA auf Kinder verzichteten. Dieses Muster zeigt sich im Übrigen auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten (Expertise Bühler/Philipov 2004). Die Frauen zwischen 25 und 39 Jahren mussten zunächst mit der Unsicherheit der Wende fertig werden. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die jüngeren Frauen unter 25 Jahren zu dem Verhalten früherer Frauengenerationen in der DDR zurückkehren und ihre Kinder sehr früh bekommen, da sie heute, auch aufgrund von Arbeitsmarktunsicherheiten, mehr Zeit und Energie in die Entwicklung ihrer Bildung investieren als die Generation ihrer Mütter und Großmütter.

Während von den heute 55- bis 59-jährigen Frauen etwa 14 Prozent die Hochschulreife haben (Abbildung A.V.1 im Anhang), beträgt die-

ser Anteil heute bei den unter 25-jährigen Frauen 40 Prozent. Man vergisst leicht, dass die Bildungspolitik der DDR nach 1968 vor allem die mittleren Qualifikationen förderte.

Bei den über 30-jährigen Frauen zeigt sich seit 1996 (Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2002) ein kontinuierlicher Anstieg der Geburtenrate, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich hier auf Dauer entsprechende Zahlen ergeben, wie wir sie aus Westdeutschland kennen. Einen ähnlichen Prozess gab es in den 50er Jahren, als das Saarland in die Bundesrepublik integriert wurde (Sinn 2003). Auch dort gab es einen Wechsel vom französischen zum deutschen Reproduktionsverhalten mit einer geringeren Zahl an Mehrkinderfamilien. Aus regionalen Vergleichen wird aber auch deutlich, dass die Annahme einer relativ stabilen Geburtenrate in Deutschland von insgesamt etwa 1,4 Kindern problematisch ist (Tabelle A.V.1 im Anhang). Der Vergleich der Ziffern von Ost und West zeigt, dass die Stabilität der Geburtenrate in den letzten Jahren darauf zurückzuführen ist, dass in den neuen Bundesländern ein durchschnittlicher Anstieg der Geburtenrate von etwa 20 Prozent zu beobachten ist, gegenüber einem Rückgang um etwa 5 Prozent in den alten Bundesländern. Dabei haben insbesondere Kreise in den alten Bundesländern mit bisher sehr hohen Geburtenraten deutliche Verluste hinnehmen müssen. Ostdeutsche Kreise, wie Eichsfeld, Güstrow, Aue-Schwarzenberg oder der Altmarkkreis Salzwedel weisen heute höhere Geburtenraten auf als Trier, Würzburg, Münster oder Heidelberg. Der Hinweis auf diese westdeutschen Städte zeigt (Expertise Bucher 2004), dass die Frage des Geburtenrückgangs nicht mehr eine klare Differenzierung zwischen Ost und West erlaubt; wir müssen vielmehr akzeptieren, dass solche Geburtenrückgänge in Westdeutschland in gleicher Weise stattgefunden haben und weiterhin stattfinden und dass die rückläufigen Geburtenraten möglicherweise auch auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen sind.

Trotz dieser möglichen Annäherung der Geburtenrate wird es zwischen den meisten ostdeutschen Kreisen und vielen westdeutschen Kreisen auf lange Sicht keine Angleichung im Altersaufbau der Bevölkerung und damit auch für lange Zeit eine Differenzierung familialer Lebensverhältnisse geben. Die zehn bis 15 Jahre Nachwendezeit haben ein demografisches Echo, das noch lange nachwirkt. Geringe Geburtenraten führen zu kleinen Geburtskohorten, in deren Folge die vorhandene Infrastruktur der Gemeinden zu groß ist und angepasst werden muss. Kommt zusätzlich noch Abwanderung hinzu, verschärfen sich diese Probleme und bleiben so lange bestehen, bis diese Anpassungen vollzogen sind. Das dauert in der Regel mehr als eine Generation. Ob-

Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher Verlauf

Demografischer Rückgang in den neuen Bundesländern nach der Wende

Geburtenrückgang zwischen Ost- und Westdeutschland – keine klare Differenzierung mehr möglich

Familienpolitik in Ostdeutschland muss mit kleinen Kohorten kämpfen

wohl es in der Bundesrepublik immer eine hohe Mobilität gegeben hat (BIB 2004), unterscheidet sich das heutige Deutschland von der früheren Bundesrepublik dadurch, dass die alte Bundesrepublik hohe Zuwanderungsgewinne durch eine hoch motivierte und gut qualifizierte Bevölkerung erzielte, die aus den Ländern hinter dem „eisernen Vorhang“ in die Bundesrepublik kam; alle damaligen Bundesländer haben davon profitiert.

Das Muster hat sich bis heute kaum verändert, nur dass die Länder, aus denen die Menschen abwandern, jetzt Teil der Bundesrepublik sind. Seit Anfang der Neunziger Jahre haben sie weitere Verluste, insbesondere der jungen Bevölkerung, erlitten. So hat Sachsen-Anhalt seit 1991 (Roloff 2000) allein 300 von 1000 jungen Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren verloren und bei den 25- bis 29-Jährigen noch einmal rund 200 von 1000. Diese Wanderungsverluste können auch durch eine steigende Geburtenrate nicht ausgeglichen werden. Eine Politik für Familien wird daher in den neuen Bundesländern immer eine Politik sein, die mit „kleinen Kohorten“ (Kohler 2003) kämpfen muss. Die Kombination von Geburtenrückgang und Abwanderung gefährdet jede Infrastruktur für Familien und macht sie teilweise auch unbezahlbar. Die Familienpolitik wird hier vor allem mit dem demografischen Echo der 90er Jahre zu kämpfen haben. Die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die das Wanderungsziel der meisten jungen Menschen aus den neuen Bundesländern sind – etwa zwei Drittel der jungen erwachsenen Männer und Frauen – können den Konsequenzen des Geburtenrückgangs gelassen entgegensetzen, weil ihre eigenen demografischen Probleme weiterhin durch die Zuwanderung junger qualifizierter Menschen aus den neuen Bundesländern gelöst werden.

Erhalt der Infrastruktur als familienpolitische Aufgabe

In vielen Regionen der neuen Bundesländer wird Familienpolitik angehalten sein, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten. Das Wichtigste aber wird sein, den jungen Erwachsenen lokale Zukunftsperspektiven zu eröffnen, weil deren Abwanderung sonst weitergehen wird, und keine noch so gute Infrastruktur kann diesen Prozess aufhalten.

Obwohl die alten Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß von der Zuwanderung aus den neuen Bundesländern profitieren, haben einzelne Bundesländer wie etwa das Saarland oder Schleswig-Holstein (Bauereiss/Bayer/Bien 1997) ganz ähnliche Probleme mit den „kleinen Kohorten“, wenn auch nicht so ausgeprägt. Trotz unterschiedlicher Entwicklungen werden aber auch die Bundesländer, die noch auf ein bescheidenes Wachstum hoffen, wie etwa Nordrhein-Westfalen (1,3 Prozent bis 2020), in den großen urbanen Zentren mit den Auswirkungen des demografi-

schen Wandels zu kämpfen haben, den sie nur partiell beeinflussen können.

Dabei sind die Entwicklungen in den großen urbanen Zentren Deutschlands für die Zukunft von besonderer Bedeutung. Folgt man den Daten des World Urbanisation Prospect (2003), leben heute fast 90 Prozent der deutschen Bevölkerung in urbanen Regionen. Dabei zählt die UNO nicht nur die Kernstädte dazu, sondern auch die Städte umgebenden suburbanen Regionen. Schon auf der Basis der Volkszählung von 1987 (Bertram/Bayer/Bauereiss 1993) wurde für Deutschland der Nachweis geführt, dass die Kinderzahlen in den Städten in der Regel viel geringer sind als in den ländlichen Regionen. Schon damals wurde allerdings darauf hingewiesen (Bertram 1993), dass das städtische Lebensmuster mit seinen im Schnitt kleineren Familien zunehmend auch in den ländlichen Regionen gelebt wird.

Urbane Zentren für die Zukunft von besonderer Bedeutung

Beim Vergleich der Entwicklung seit 1972 lässt sich nachweisen, dass sich die großen Flächenstaaten in Deutschland, bei denen Anfang der 70er Jahre in den ländlichen Regionen noch bis zu 25 Prozent Familien mit mehr als drei Kindern lebten, hinsichtlich der Zusammensetzung der Familien weit gehend den Stadtstaaten angeglichen haben.

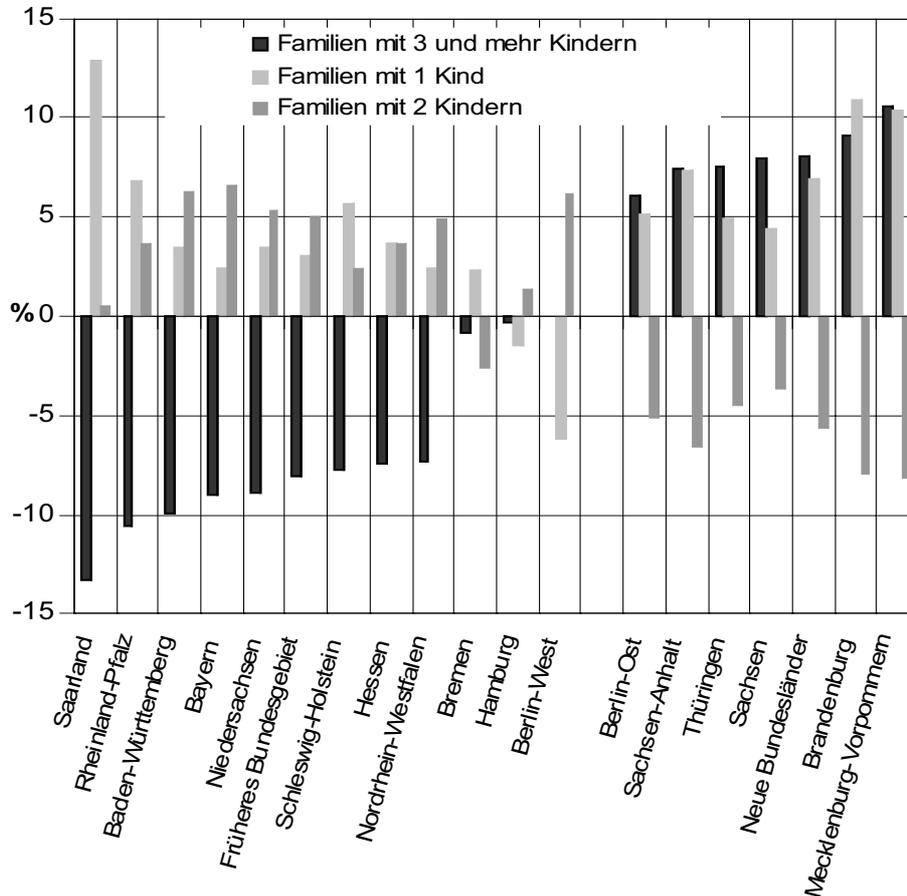
Der dramatische Rückgang insbesondere der Drei- und Mehr-Kinder-Familien in den ländlichen Regionen seit 1972, der als wesentliche Ursache für den Geburtenrückgang in Deutschland anzusehen ist, hat nun erhebliche Konsequenzen für die großen Stadtregionen. Die großen Städte, und auch das ist historisch keine neue Einsicht, haben in ihrem Wachstum und in ihrer Bestandserhaltung fast nie auf die eigene Bevölkerung zurückgreifen können, sondern waren immer auf Zuwanderung angewiesen. Das Wachstum der deutschen Städte war immer das Ergebnis von Wanderungsgewinnen (Teuteberg/Wischermann 1985). Aufgrund der deutlichen Rückgänge der Geburten auch in den ländlichen Regionen ist jedoch in Zukunft nicht mehr davon auszugehen, dass viele junge Menschen auf der Suche nach Ausbildung und Arbeitsplätzen in die großen Städte abwandern. Die Verkleinerung der Geburtskohorten, die wir seit Anfang bis Mitte der Achtziger Jahre beobachten, vermindert auch das Zuwanderungspotenzial junger Erwachsener in die urbanen Zentren.

Verringerung der Zuwanderung in urbane Zentren auf Grund Verkleinerung der Geburtskohorten

Auf Grund der Prognosen der UNO (2003) ist auch davon auszugehen, dass diese Prozesse der Verstädterung und der weiteren Verbreitung urbaner Lebensformen weiter zunehmen werden. Alle Großstädte Deutschlands haben über viele Jahrzehnte mehr oder minder tatenlos hingenommen, dass Familien mit Kindern in das Umland abwandern. Das war kein Problem, so lange die Städte davon ausgehen konnten, dass ihre

Abbildung V.1

Veränderung der Anteile von Familien mit ein, zwei bzw. drei und mehr Kindern in den alten Bundesländern (von 1972 bis 2002) und in den neuen Bundesländern (von 1991 bis 2002)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3 „Haushalte und Familien“, verschiedene Jahrgänge (Ergebnisse des Mikrozensus)

attraktiven Arbeitsplätze und die gute Bildungsinfrastruktur ebenso wie das Lebensgefühl und die Offenheit der Metropolregionen die jungen Erwachsenen aus den ländlichen Regionen wie ein Magnet anziehen und die abwandernden Familien weiter in den Städten arbeiten.

Urbane Lebensformen – eher ohne Kinder

Dazu kommt, dass insbesondere in den Städten jene hoch und höchst qualifizierten Arbeitsplätze anzutreffen sind, die von jungen Frauen mit hoher Qualifikation nachgefragt werden. Urbane Lebensformen zusammen mit einem hohen Anteil an hoch und höchst qualifizierten Arbeitsplätzen scheinen zumindest in der Gegenwart nicht solche Optionen zu eröffnen, dass sich die jungen Erwachsenen für Kinder entscheiden. Ein Vergleich der Kinderlosigkeit in Deutschland nach dem Schul- und Berufsabschluss zeigt, dass in einer Großstadt wie Hamburg 43 Prozent der 40- bis 44-jährigen Hochschulabsolventinnen kinderlos sind gegenüber 27 Prozent bei der gleichen Bildungs- und Altersgruppe in Baden-

Württemberg oder nur 13 Prozent in den neuen Bundesländern: Städtische Lebensformen und hohe Qualifikationen sind in West- Deutschland eng mit Kinderlosigkeit verbunden.

Aus diesen Gründen sind Großstädte und urbane Regionen besonders gefordert, Strategien zu entwickeln, dass Urbanität und hohe Qualifikation nicht wie heute bedeuten muss, dass fast die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe ohne Kinder lebt. Die nachhaltige Entwicklung des eigenen Humankapitals ist eine wesentliche Basis der eigenen Zukunft, weil die ländlichen Regionen wie aber auch die neuen Bundesländer zunehmend weniger zur Bestandssicherung der Bevölkerung der westdeutschen Großstädte beitragen können.

Diese werden in Zukunft ihre Investitionsentscheidungen daraufhin sorgfältig zu prüfen haben, ob nicht eine betont familienfreundliche Politik hinsichtlich der Wohnungen für Familien, der Räume für Kinder außerhalb der Wohnungen

Die familienfreundliche Stadt ist gefordert

Investitionsentscheidungen sollen auch Familienfreundlichkeit berücksichtigen

Tabelle V.1

**Anteil (in Prozent) der 40- bis 44-jährigen Frauen ohne ledige Kinder im Haushalt
nach höchstem Bildungsabschluss 2003**

	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin- Ost	Hamburg	Berlin	Nord- rhein- Westfalen	Baden- Württem- berg
Haupt- (Volks-) schulab- schluss	24	24	27	31	33	27	18
Mittlere Reife ¹	22	24	18	35	31	24	19
Hoch- schulreife ²	28	30	13	42	36	31	28
Fachhoch- schule/ Hoch- schule ³	29	33	13	43	36	35	29

¹ Realschulabschluss incl. Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR

² Hochschulreife incl. Fachhochschulreife

³ Fachhochschule/Hochschule incl. Verwaltungsfachhochschule und Promotion

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2003, Sonderauszählung

und der Infrastruktur effizienter ist als eine Politik, die sich auf die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen konzentriert.

Hierfür sprechen auch Entwicklungstendenzen in den USA, wo die Unternehmen zunehmend dazu übergehen, sich außerhalb der urbanen Zentren anzusiedeln, weil sie im suburbanen Umfeld gut qualifizierte und kompetente Arbeitskräfte finden. Dies sind jene jungen Frauen, die mit ihren Familien dorthin gezogen sind, weil sie glaubten, dass in diesen Regionen die Lebensqualität für Kinder besser sei. Das ist keinesfalls nur eine amerikanische Entwicklung, vielmehr hat Venturi (2002) diesen Prozess ebenso für Norditalien nachgewiesen, wo am Fuße der Alpen eine netzwerkförmige Stadtstruktur entstanden ist, in der benachbarte kleine Städte und Dörfer qualifizierten und einkommenstarken Familien aus den oberitalienischen Großstädten Grund und Boden und Infrastruktur für die Kinder angeboten haben. Das hat zunehmend dazu geführt, dass auch die entsprechenden Arbeitsplätze dorthin gewandert sind. Venturi schätzt diese vernetzte Stadt inzwischen auf rund 2,5 Mio. Einwohner. Die Entwicklung des Ruhrgebiets (Expertise Strohmeier/Schultz/Weischer 2004) lässt erkennen, dass dieser Prozess längst auch schon in vielen Teilen Deutschlands eingesetzt hat.

Folgt man Strohmeier, sind es die Wanderungsbewegungen von Familien, die zu einer „Polarisierung“ von Lebensformen, Arbeitsplätzen und ethnischer Ausdifferenzierung beigetragen haben. Junge deutsche Mittelschichtsfamilien mit Kindern sind in das Umland abgewandert, das damit zur Familienzone des Ruhrgebiets geworden ist. Als Konsequenz dieser Wanderungsbewegungen schrumpft in den Großstädten der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung und die Älteren bleiben ebenso zurück wie die nicht so mobile ärmere Bevölkerung, die Zuwanderer und die allein Erziehenden. Sind in diesen Städten qualifizierte Dienstleistungsberufe verfügbar, so ergeben sich auch Wanderungsgewinne bei jungen Hochqualifizierten, in der Regel sind dies aber die allein stehenden Berufstätigen. Die Lebensform Familie erleidet dadurch in den großen Städten einen Status- und Bedeutungsverlust, weil erfolgreiche junge Erwachsene in hoch qualifizierten Berufen eher allein stehend sind und Familien hier eher in den ärmeren Bevölkerungsgruppen zu finden sind. Demgegenüber sind die positiven Geburtenentwicklungen in den Umlandkreisen des Ruhrgebiets, wie etwa Coesfeld, vor allem auf die Wanderungsgewinne junger mobiler und in der Regel auch beruflich erfolgreicher Familien aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen (Expertise Strohmeier/Schultz/Weischer 2004). Solche Gemeinden weisen einen unterdurchschnittlichen Anteil an Zuwanderern aus anderen Ländern auf, die Kinderzahlen sind trotz des Geburtenrückgangs aufgrund des Zuzugs

**Beispiel Ruhrgebiet
– Wanderungsbewegungen der Familien führen zu einer
Polarisierung**

deutscher Familien stabil und die ökonomischen Aussichten dieser Gemeinden sehen viel günstiger aus als die Zukunftsperspektiven der Kernstädte im Ruhrgebiet.

Jedoch gibt es nach den Befunden der Autoren dieser Studie noch eine zweite Gruppe von Randgemeinden mit sehr vielen Kindern, und zwar die eher schwerindustriell geprägten kleineren Städte und Gemeinden mit einem großen Anteil von Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft. In diesen durch die Schwerindustrie geprägten Gemeinden leben viele Kinder, aber eben nicht die Kinder bürgerlicher Mittelschichten. Man kann daher mit aller Vorsicht sagen, dass sich die Lebensverhältnisse von Kindern und Familien im Ruhrgebiet zunehmend polarisiert haben. Die Kernstädte und die schwerindustriell geprägten Gemeinden weisen eine hohe Konzentration von Zuwandererfamilien und armen Familien auf, ergänzt um einen stark expandierenden Nicht-Familiensektor. Dagegen sind von diesen Gemeinden und Kernstädten jene Gemeinden deutlich zu unterscheiden, die im eher nicht-industriell geprägten ländlichen Umland den Zuzug von Mittel- und Oberschichtsfamilien erlebt haben.

Diese sozialräumliche Polarisierung wird für die Lebensbedingungen von Kindern, Familien und

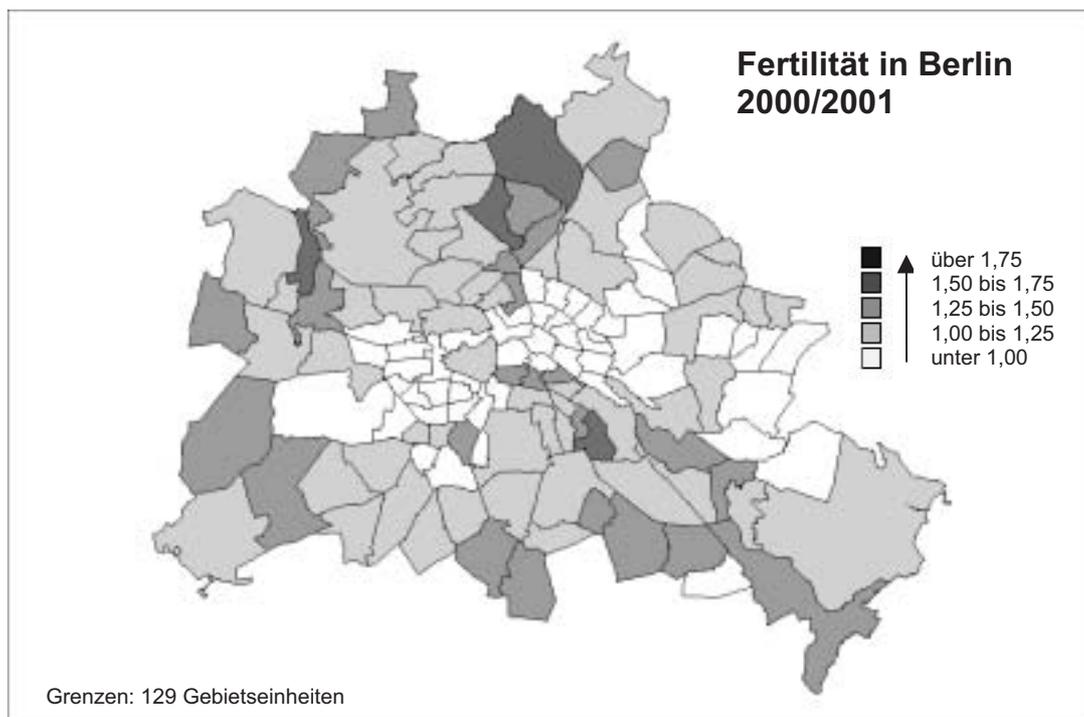
jungen Erwachsenen auf Dauer ganz unterschiedliche Konsequenzen haben. Städte und Gemeinden mit einer großen Zahl junger Familien aus den städtischen Mittelschichten werden es aufgrund der ökonomischen Möglichkeiten ihrer Bewohner, des guten Qualifikationsangebotes ihrer Bürger und einer ausreichenden Kinderzahl vermutlich leichter haben, die Infrastruktur für Kinder zu verbessern und für Investoren mit Arbeitsplätzen attraktiv zu sein.

Für die alten industriellen Kernstädte sind viel größere Probleme zu bewältigen: Auf der einen Seite nimmt der Anteil der Kinder mit nicht-deutschem Hintergrund zu, und diese Kinder wachsen in der Regel in traditionellen familialen Lebensverhältnissen auf. Auf der anderen Seite wohnt eine steigende Anzahl der Bevölkerung mit deutschem Hintergrund zunehmend für sich, lebt jedoch zunehmend in nicht-traditionalen Lebensformen. Das ist hier von ganz besonderer Bedeutung, weil aufgrund der unterschiedlichen Reproduktionsraten davon auszugehen ist, dass aufgrund des weitgehenden Verschwindens der Montanindustrie insbesondere in den Gebieten mit besonderem Erneuerungsbedarf der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit nicht-deutschem Hintergrund in nicht zu ferner Zukunft

Sozialräumliche Polarisierung schafft unterschiedliche Lebensbedingungen

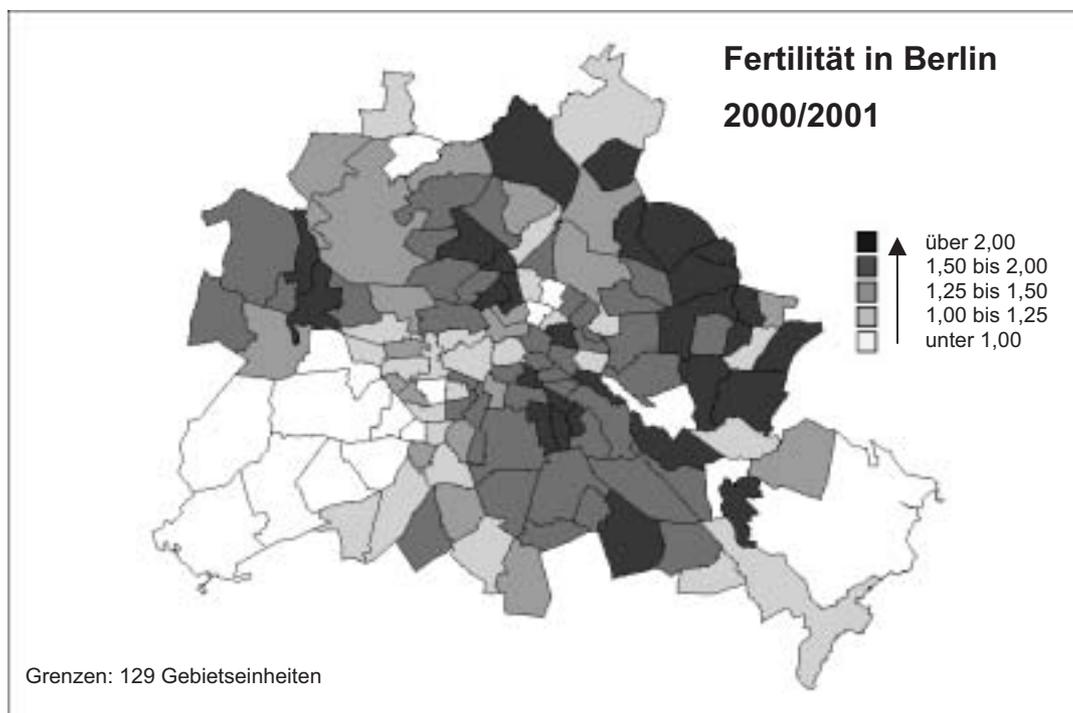
Abbildung V.2

Gesamtfruchtbarkeitsrate der deutschen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001



Quelle: Gustav Lebhart (2004), Fertilität und Migration in Berlin 1992-2002. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Wien (Anhang)

Abbildung V.3

Gesamfruchtbarkeitsrate der ausländischen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001

Quelle: Gustav Lebhart, Fertilität und Migration in Berlin 1992 bis 2002. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Wien (Anhang)

den Anteil der Kinder und Jugendlichen mit deutschem Hintergrund übersteigen wird.

Man könnte nun meinen, diese kommunalen Trends seien Probleme allein des Ruhrgebiets. Eine detaillierte Analyse der demografischen Entwicklung einzelner Stadtbezirke in Berlin (Expertise Lebhart 2004) zeigt aber ebenso wie der Sozialatlas des Landes Berlin (2004), dass auch für Berlin ähnliche Entwicklungen zu beobachten sind. Nach der Wende wanderten eine Reihe von Familien in das Umland ab und haben dort die ökonomische Entwicklung positiv beeinflusst. In Berlin sind ähnliche Polarisierungstendenzen nachzuweisen, wie sie Strohmeier, Schultz, und Weischer für das Ruhrgebiet berichten. Dabei weist Lebhart (Expertise 2004, 9) darauf hin, dass in Berlin nicht nur die Geburtenrate von Müttern mit nicht-deutschem Hintergrund über der der Mütter mit deutschem Hintergrund von 1,1 liegt – was einen historischen Tiefstand zeigt – sondern dass heute (2002) circa 43 Prozent der Kinder in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften geboren werden. Davon haben allerdings nur knapp 5 Prozent der Mütter eine ausländische Staatsangehörigkeit. In einer solchen Konstellation besteht zumindest die Gefahr, dass Kinderreichtum und das Leben in einer traditionellen Familie gesellschaftlich eher abge-

wertet werden, weil zunehmend jene Familien, die sozial als Vorbild dienen können, die Stadt verlassen haben und im Umland leben, während sich die traditionelle Form der Familie als typische Lebensform ausländischer Familien mit hoher Konzentration in bestimmten Stadtteilen darstellt.

Wir können im Rahmen des Familienberichts nicht alle deutschen Großstädte im Einzelnen in ihrer Familienentwicklung analysieren. Allerdings sind wir der Meinung, dass die Entwicklungstendenzen wie im Ruhrgebiet oder in Berlin auch in anderen Großstädten untersucht werden sollten. Die Metropolen und großen Städte sollten schon allein um ihrer Zukunft willen solche Analysen erstellen, um Ansatzpunkte zu haben, wie eine Infrastrukturpolitik, eine Wohnungspolitik und eine Arbeitsmarktpolitik sinnvollerweise betrieben werden kann, um die großen Städte als Standort für Familien aus allen sozialen Schichten attraktiv zu machen.

**Herausforderung
an Großstädte für
Familien attraktiv
zu sein**

V.3.2 Ökonomische Heterogenität

In der Sozialhilfestatistik zeigt sich die doppelte Polarisierung: Einerseits die Entwicklung sehr familienfreundlicher suburbaner Gemeinden gegenüber städtischen Quartieren mit einem hohen

**Trends der Polarisierung
auch in Großstädten wie Berlin**

Anteil traditionell lebender Familien mit nicht-deutschem Hintergrund, und andererseits die innerstädtische Differenzierung zwischen den traditionellen familialen Lebensformen und anderen Lebensformen. Beim Vergleich der Bundesländer weisen zunächst die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die höchsten Anteile an Kindern unter sieben Jahren auf, die im Rahmen der Sozialhilfe unterstützt werden.

In den Stadtstaaten konzentrieren sich wie in vielen großen Städten des Ruhrgebiets Lebensformen, wie die der allein erziehenden Mütter, die zumindest zeitweise auf die Unterstützung für Kinder durch den Staat angewiesen sind, aber auch Familien nicht-deutscher Herkunft, deren Mitglieder häufig Schwierigkeiten haben, eine Erwerbsarbeit zu finden (Leibfried u. a. 1995; Rainwater/Smeeding 2003; Corak/Fertig/Tamm 2005). Auch in einem wohlhabenden Bundesland wie Bayern findet man solche Zusammenhänge, wenn auch das Risiko von Armut in Bayern für diese Kinder gering ist. 2003 beträgt der Anteil der unter 7-Jährigen etwa 7 Prozent an der Gesamtbevölkerung, der Anteil dieser Altersgruppe an den Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen liegt in Bayern aber nur bei 4 Prozent. In der prosperierenden Großstadt Nürnberg beträgt aber der Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen dieser Altersgruppe 14 Prozent, obwohl dort nur 6 Prozent aller bayerischen Kin-

der bis zu sieben Jahren leben. Dagegen sind im Umland in Relation zum Bevölkerungsanteil Kinder unterdurchschnittlich betroffen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass in Nürnberg der Anteil der allein Erziehenden höher ist als im Umland und hier mehr ausländische Familien leben. In der folgenden Tabelle sind einige Großstädte verschiedener Bundesländer, einige Kreise dieser Länder und die Stadtstaaten aufgeführt. Aus dieser Zusammenstellung lässt sich diese ökonomische Polarisierung zwischen unterschiedlichen Lebensverhältnissen von Familien mit Kindern illustrieren.

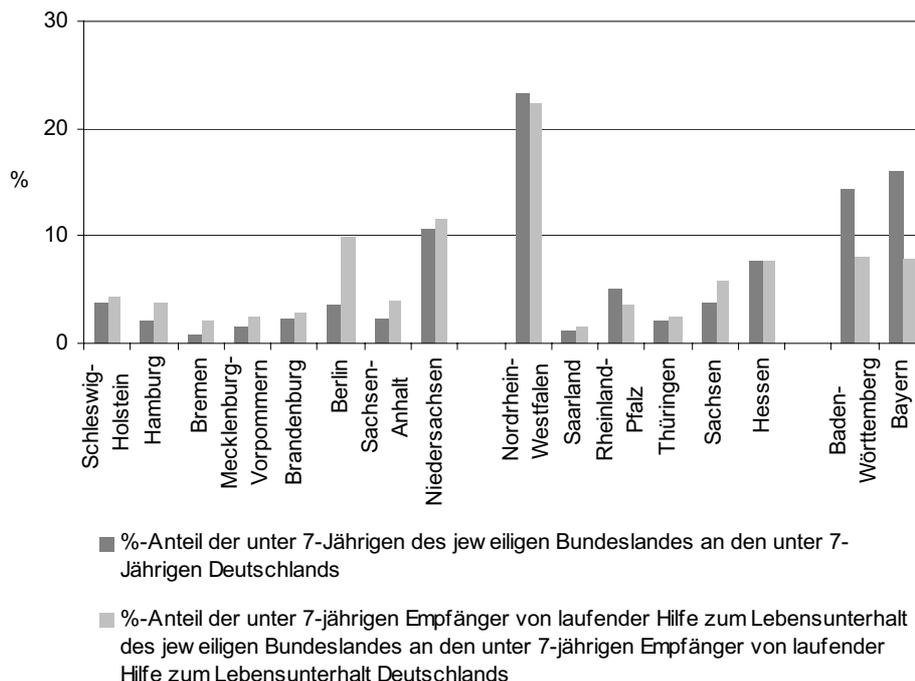
Die Verteilung der hohen Anteile von Kindern unter sieben Jahren in großen Kommunen, die Sozialhilfe empfangen, macht deutlich, dass neben wirtschaftlichen Gründen auch die Lebensform eine hohe Bedeutung für die soziale Hilfeabhängigkeit hat. In einer Großstadt wie Berlin mit vielen allein Erziehenden ist der Anteil der sozialhilfeabhängigen Kinder erheblich höher als in anderen Großstädten, die eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit haben. Dazu gehört Duisburg, wo die Sozialhilfeabhängigkeit lediglich bei 13 Prozent liegt im Vergleich zu 23 Prozent in Berlin. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch beim Vergleich einer Großstadt wie Duisburg mit Bremen. In Bremen fällt die Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern bis zu sieben Jahren um 10 Prozent höher aus als in Duisburg, obwohl in

Allein Erziehende vermehrt in großen Städten

In großen Kommunen höhere Anteile von Kindern in Sozialhilfe

Abbildung V.4

Kinder in der Sozialhilfe 2002



Quelle: DJI-Regionaldatenbank, Daten der Sozialhilfestatistik bzw. Bevölkerungsfortschreibung der Statistischen Landesämter

Tabelle V.2

Verhältnis Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen zum Bevölkerungsanteil bei den unter 7-Jährigen in ausgewählten Städten und Landkreisen 2002

Stadt/Kreis	%-Anteil der unter 7-Jährigen an Bevölkerung insgesamt	%-Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen unter den unter 7-Jährigen	Verhältnis: Sozialhilfeempfänger/innen unter den unter 7-Jährigen/Bevölkerungsanteil der unter 7-Jährigen*
Hamburg	6,2	16,5	2,6
Bremen	6,2	22,1	3,6
Berlin	5,8	22,6	3,9
Essen	5,9	17,8	3,0
Duisburg	6,6	13,2	2,0
Köln	6,6	12,7	1,9
Leverkusen	6,6	4,8	0,7
Oberbergischer Kreis	7,6	5,3	0,7
Rheinisch-Bergischer-Kreis	7,2	3,9	0,5
Kreis Hochsauerland	7,4	4,8	0,6
Kreis Soest	7,4	2,9	0,4
Frankfurt	6,3	13,6	2,2
Kreis Fulda	7,6	6,3	0,8
Kreis Hersfeld-Rotenburg	6,4	6,9	1,1
Schwalm-Eder-Kreis	6,6	8,6	1,3
Werra-Meißner-Kreis	6,0	8,7	1,4
Nürnberg	6,0	14,4	2,4
Kreis Aichach-Friedberg	7,8	1,3	0,2
Kreis Augsburg	7,5	2,6	0,3
Kreis Dillingen/Donau	7,7	3,5	0,5
Kreis Donau-Ries	7,7	2,3	0,3

* Lesebeispiel: Der Anteil derjenigen, die in dieser Altersgruppe Sozialhilfe erhalten ist um ... höher bzw. niedriger als der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung insgesamt.

Quelle: DJI Regionaldatenbank auf der Basis der Daten der Statistischen Landesämter

Bremen die Erwerbsquote der Mütter erheblich höher liegt (15 Prozent). Aber auch der Anteil der erwerbstätigen sowie der nicht erwerbstätigen allein erziehenden Mütter in Bremen übersteigt deren Anteil in Duisburg fast um das Doppelte. Aus unserer Sicht wird aus diesen Daten deutlich, dass in jenen deutschen Regionen, in denen das Familienmodell des Hauptnährers durch Leistungen der Angehörigen unterstützt wird, die Sozialhilfeabhängigkeit viel geringer ist. In jenen Regionen dagegen, in denen dieses Modell weniger gelebt wird, wird die Unterstützung der Angehörigen durch die des Staates ersetzt und muss bei hoher Arbeitslosigkeit ja auch ersetzt werden.

Vergleicht man die einzelnen Bundesländer hinsichtlich ihres relativen Pro-Kopf-Einkommens, so wird deutlich, dass sich in den neuen Bundesländern die ökonomische Situation von Kindern sehr viel günstiger darstellt als in den Stadtstaaten, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und dem Saarland.

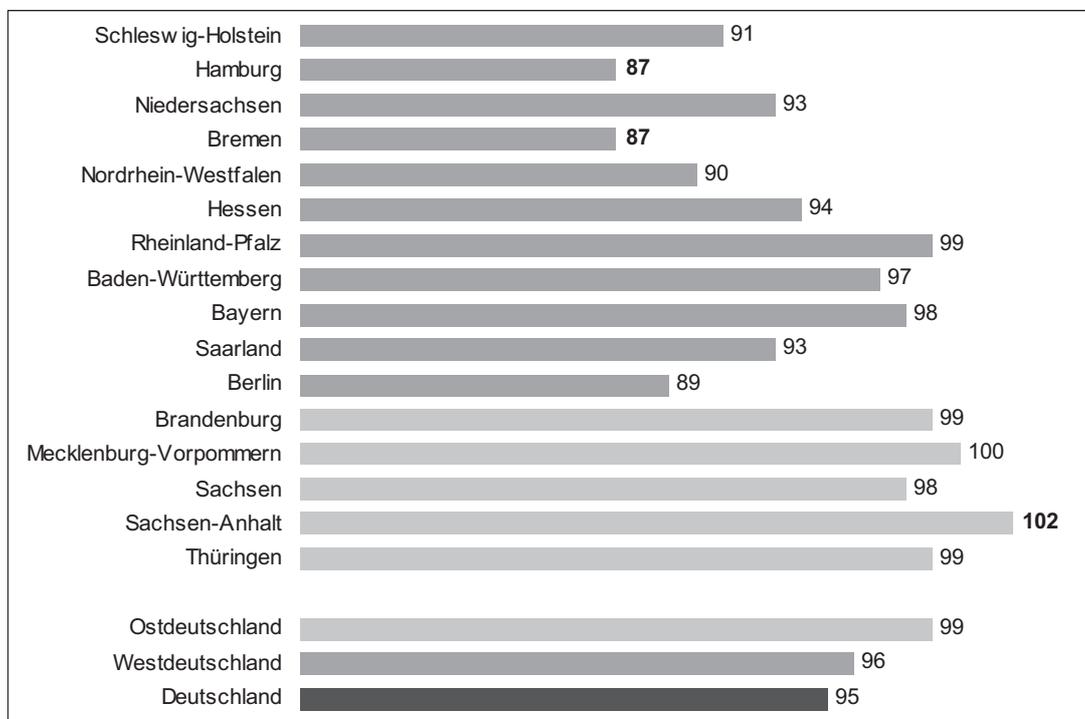
Während in den neuen Bundesländern die Einkommenssituation von Familien mit Kindern in etwa dem Durchschnitt des jeweiligen Bundeslandes entspricht und dies auch für die süddeutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern gesagt werden kann, gilt dies nicht für die anderen Bundesländer.

Hier spielen zwei Faktoren eine Rolle, die weniger mit der ökonomischen Entwicklung der jeweiligen Bundesländer als vielmehr mit den jeweiligen gewählten Lebensformen zu tun haben. In den neuen Bundesländern, in denen das Familieneinkommen in der Regel durch beide Partner erwirtschaftet wird, sind Kinder ökonomisch durch die Eltern, die gemeinsam zum Familieneinkommen beitragen, sehr viel besser abgesichert. Hier herrscht nicht mehr jenes Familienmodell der Industriegesellschaft vor, in dem das Haushaltseinkommen im Wesentlichen durch einen Verdiener erwirtschaftet wird. Tritt in einer Zweiverdiener-Familie Arbeitslosigkeit ein oder zerbricht die Familie, sind die Familienmitglieder durch die breitere ökonomische Basis besser

In neuen Bundesländern Kinder besser abgesichert durch ein Zweiverdienermodell

Abbildung V.5

Wohlstandspositionen^{1,2} der Kinder in Deutschland und seinen Ländern 2003 (in Prozent)



¹ Bezogen auf den Durchschnitt der jeweiligen räumlichen Einheit

² Relative Wohlstandspositionen beschreiben Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen. Sie verdeutlichen die Abweichungen der durchschnittlichen Einkommen einzelner Lebensformen vom durchschnittlichen Einkommen aller Lebensformen. Dabei wird das durchschnittliche gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Lebensformen gleich 100 Prozent gesetzt.

Quelle: Bernd Eggen, Ökonomische Situation der Familie in Deutschland und in seinen Ländern 2003. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Stuttgart (Anhang)

abgesichert als in dem Modell des Hauptnähers oder des Hauptnähers/Zuverdieners.

Diese Aussage lässt sich auch bestätigen, wenn man Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen auf der Basis des jeweiligen Einkommens des einzelnen Bundeslandes vergleicht. In Ländern wie Berlin oder Hamburg, insbesondere aber in Bremen, leben Kinder in Familien zu einem sehr hohen Prozentsatz (zwischen 11 und 16 Prozent) unterhalb des Medians des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens.

Dies sind im Durchschnitt zwischen 50 und mehr als 100 Prozent höhere Werte als in den neuen Bundesländern und in den süddeutschen Ländern. Dabei ist zu bedenken, dass das Saarland ökonomisch mindestens in einer ebenso schwierigen Lage ist wie beispielsweise der Stadtstaat Bremen. Es sei nur am Rande vermerkt, dass der größte Prozentsatz von Kindern in Familien mit höherem Einkommen in Hamburg zu finden ist und auch Bremen und Berlin hier nicht schlechter gestellt sind als die in den ökonomisch pros-

perierenden süddeutschen Ländern (Abbildung A.V.2 im Anhang).

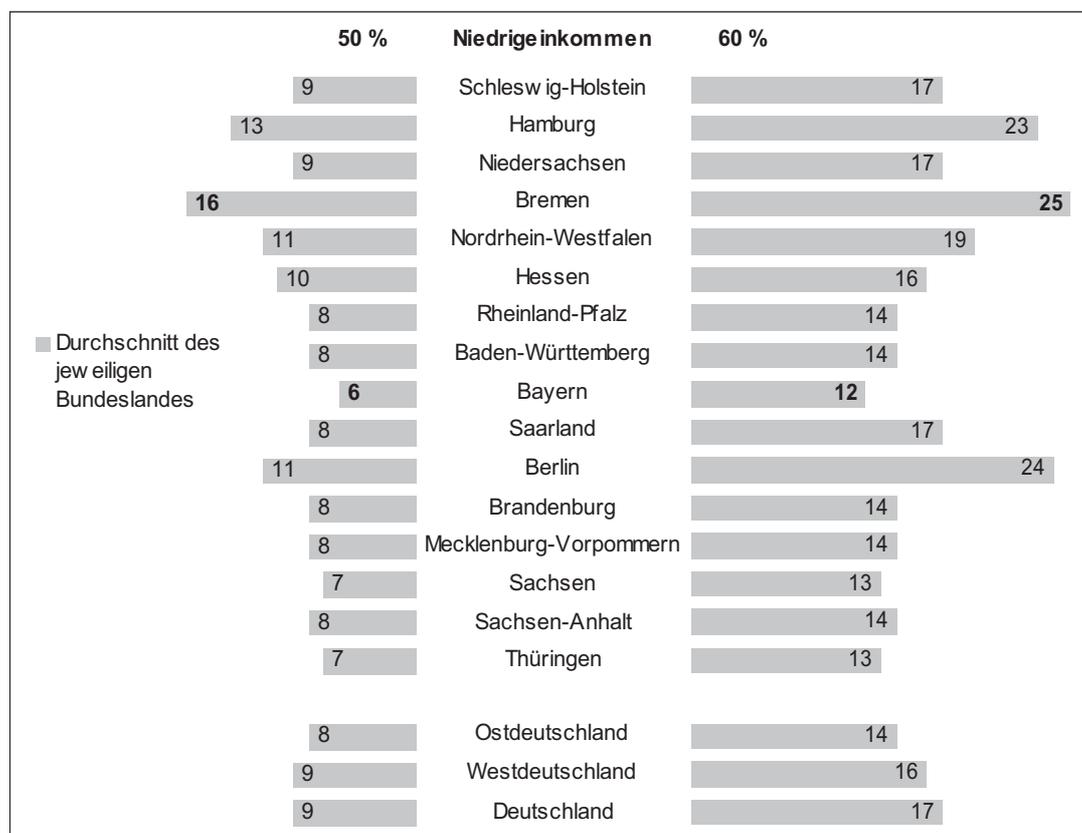
Zunächst kann man festhalten, dass in den Bundesländern, in denen eine Passung zwischen familialen Lebensformen und ökonomischen Bedingungen für diese Lebensform vorhanden sind, die Frage von Kinderarmut und Wohlstand von Familien sich völlig anders darstellt als in jenen Ländern, in denen diese Passung nicht existiert. Diese These lässt sich auch unter einer etwas anderen Perspektive begründen. Vergleicht man den Anteil des überwiegenden Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit in der Altersgruppe der 35 bis unter 45-jährigen Frauen in der Bundesrepublik nach Ländern, so wird deutlich, dass die höchsten Anteile in den neuen Bundesländern zu finden sind, während in den alten Bundesländern die süddeutschen Länder vor den norddeutschen Ländern liegen.

So liegen die Anteile des überwiegenden Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit in dieser Altersgruppe in Brandenburg mit 75 Prozent weit vor Hessen und Bayern, die beide rund

Passung notwendig zwischen familialen Lebensformen und ökonomischen Bedingungen

Abbildung V.6

Kinder in Familien mit niedrigen Einkommen¹ in Deutschland und seinen Ländern 2003

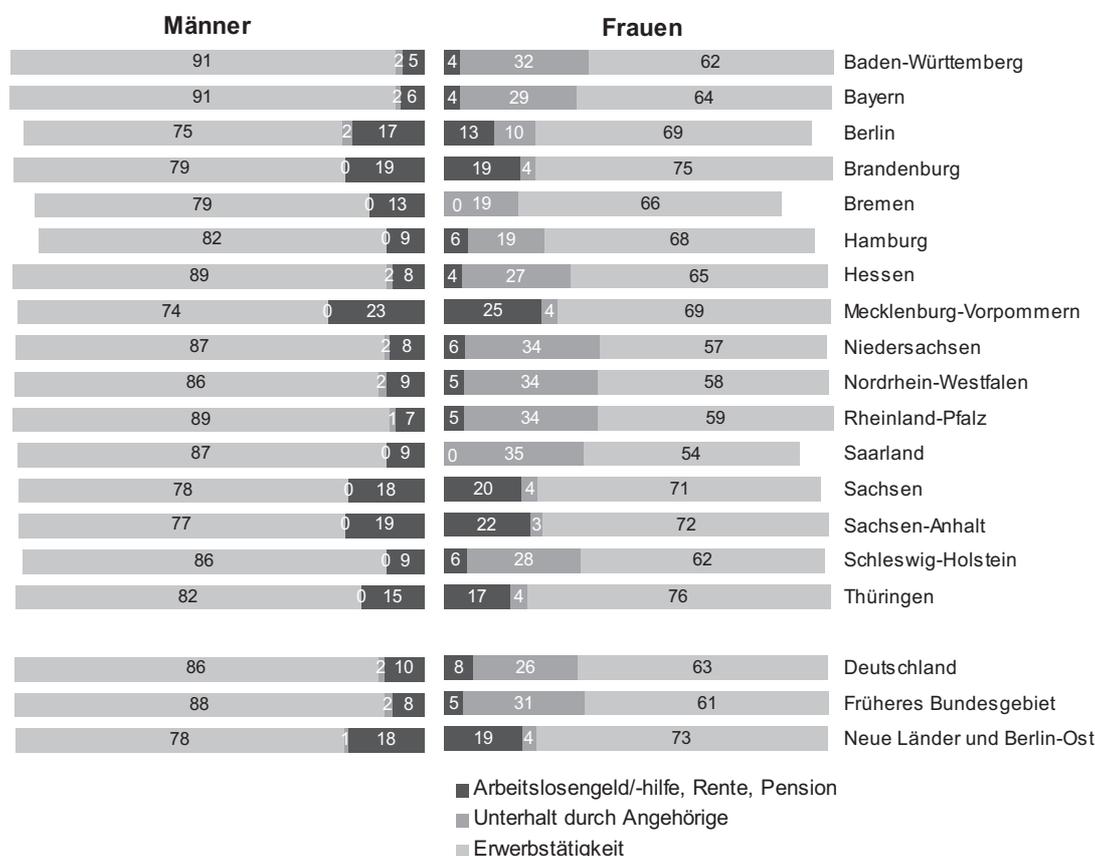


¹ Niedrigeinkommen 50 Prozent und 60 Prozent des Medians vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen

Quelle: Bernd Eggen, Ökonomische Situation der Familie in Deutschland und in seinen Ländern 2003. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Stuttgart (Anhang)

Abbildung V.7

Überwiegender Lebensunterhalt der 35- bis unter 45-jährigen Bevölkerung in den Bundesländern 2003 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2003, Sonderauszählung

64 Prozent aufweisen. Dennoch ist die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen in Brandenburg mit 19 Prozent gegenüber Hessen mit 4,3 Prozent und Bayern mit 3,9 Prozent fünfmal so hoch. Noch deutlicher wird die Differenz, wenn Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 58 Prozent an überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit und lediglich 5 Prozent Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen mit Mecklenburg-Vorpommern verglichen wird, wo 69 Prozent der Frauen ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bestreiten, aber 25 Prozent staatliche Unterstützungsleistungen beziehen. Nicht die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung ist die Ursache für die unterschiedlichen staatlichen Unterstützungsleistungen, sondern die Differenzen in den Unterstützungsleistungen durch Angehörige. Hamburg, Bremen und Berlin bilden hier mit 10 bis 19 Prozent die westdeutschen Schlusslichter, während das Saarland mit 35 Prozent Unterstützungsleistungen durch Angehörige vor Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegt. In der öffentlichen

Debatte wird aber ausschließlich die Frage der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen thematisiert und kaum auf die unterschiedlichen familialen Lebensmodelle geachtet. Das führt dazu, dass die neuen Bundesländer mit dem Odium nachholender Modernisierung oder übergroßer Arbeitslosigkeit belegt werden, obwohl sie viel besser als die westdeutschen Stadtstaaten und als einige Großstädte mit dem Problem der Kinder in prekären Lebenslagen zurechtkommen und zudem auch noch teilweise höhere Geburtenraten aufweisen. Möglicherweise ist die nachholende Modernisierung eher ein Problem der westdeutschen Länder und Großstädte, die weder mit den ökonomischen Entwicklungen Süddeutschlands mithalten konnten noch in der Lage sind, so viele Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen wie dies die neuen Bundesländer in nur 15 Jahren geschafft haben (Tabelle A.V.3 im Anhang).

Diese Städtevergleiche machen jedenfalls deutlich, dass die recht kritische Beurteilung des Familienatlas (Prognos 2005) in Bezug auf die

Lage der Kinder in den neuen Bundesländern: besser als in der Öffentlichkeit dargestellt

neuen Bundesländer nur dadurch zustande kommt, dass die Autoren die Entscheidung und die Lebensvorstellungen der Bevölkerung in Bezug auf Ehe und Familie für die ökonomische Situation nicht richtig eingeschätzt haben. Die meisten ostdeutschen Städte und Landkreise weisen eine erheblich höhere Erwerbsquote bei den 30 bis unter 50-jährigen Frauen auf, die Geburtenraten liegen auf oder über dem Niveau westdeutscher Großstädte, die Sozialhilfeabhängigkeit der jüngeren Kinder liegt unter dem westdeutschen und die Versorgungsquote für Kinder ist deutlich höher.

Entwickelt man in der Bundesrepublik das Modell einer Familie, in der beide Partner jeweils für sich selbst ökonomisch verantwortlich sind und die gemeinsame Verantwortung für das Kind tragen, dann müsste die Erwerbsquote von Müttern in Westdeutschland deutlich gesteigert werden. Dies dürfte in Bundesländern wie Baden-Württemberg, das schon in naher Zukunft einen erheblichen Mangel an Fachkräften erwartet, sehr viel leichter zu bewerkstelligen sein als etwa im Saarland, in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Berlin, wo heute (2003) ca. 74 Prozent der Frauen gegenüber 77 Prozent der Männer arbeiten und die Unterstützung durch Angehörige 11 Prozent der Frauen und 5 Prozent der Männer erfahren. In Berlin wie in vielen Bundesländern fehlen Arbeitsplätze und der Anteil der Unterstützung durch die staatlichen Transferleistungen von Frauen und Männern übersteigt mit 14 bzw. 17 Prozent die Unterstützung durch Angehörige in hohem Maße.

Lage der Kinder in West- und Süddeutschland besser als in anderen Regionen

Das Festhalten eines relativ großen Anteils westdeutscher und süddeutscher Väter und Mütter an dem Modell familialer Unterstützung, trotz relativ guter Arbeitsmarktchancen in manchen süddeutschen Regionen, ist dort eine der wesentlichen Ursachen für die geringere Abhängigkeit der Kinder von der Sozialhilfe, die in vielen anderen Regionen der Bundesrepublik inzwischen an die Stelle der Unterstützungsleistungen durch Angehörige getreten ist, weil dort jenes Familienmodell nicht gelebt wird.

Unter einer familien- und sozialpolitischen Perspektive stellt sich ganz unabhängig von der Arbeitsmarktentwicklung die Frage, wie Staat und Gesellschaft mit diesen regionalen Differenzierungen, die ganz unterschiedliche kulturelle Wertmuster und ökonomische Entwicklung dokumentieren, umgehen sollen. An dieser Stelle soll nicht das Problem der horizontalen Gerechtigkeit zwischen denjenigen, die sich für dieses Familienmodell entscheiden und damit die Kosten für diese Familie allein tragen, und jenen, die sich nicht für eine solche Lebensform entscheiden, thematisiert werden, weil dies der Fünfte Familienbericht (BMFuS 1994) ausführlich erör-

tert hat. An dieser Stelle sollen lediglich einige Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit der unterschiedlichen Modelle formuliert und die Effektivität bei der Vermeidung von relativer Armut für Mütter und Kinder diskutiert werden.

Wir haben im internationalen Vergleich gesehen, dass die nordeuropäischen Länder in Bezug auf die Effizienz der Bekämpfung von relativer Kinderarmut von keinem anderen europäischen Land erreicht werden. Ein wesentlicher Unterschied der familienunterstützenden Maßnahmen in den nordeuropäischen Länder ist darin zu sehen, dass dort konsequent versucht wurde, ein Familienmodell der ökonomischen Selbstständigkeit von Mann und Frau zu etablieren, das es beiden ermöglicht, für sich selbst zu entscheiden, sich eine bestimmte Zeit überwiegend der Fürsorge für Kinder zu widmen. Im Abschnitt V.5 wurde am Beispiel der Tagespflege deutlich gemacht, dass auch davon Arbeitsmarkteffekte erwartet werden können. Auch wenn diese Effekte relativ gering sind, zeigt sich, dass Investitionen der Länder und Kommunen in diesen Bereich bei einer entsprechenden familienpolitischen Konzeption des Bundes einen Politikmix erkennen lassen, dem Hoem (Kap. II) positive demographische Effekte zuspricht. Wir werden im Kapitel VII auf dieses Thema des Zusammenhangs von familialen Lebensentwürfen und ökonomischer Entwicklung zurückkommen, weil die Zukunft von Familie auch von der Organisation der ökonomischen Basis der jeweiligen Gesellschaft her gedacht werden muss.

Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut

V.3.3 Die doppelte Polarisierung und Entwicklungsbedingungen für Kinder

Für die regionale Vielfalt von Lebensformen in Ost-, West-, Nord- und Süddeutschland gibt es bisher noch keine griffige Beschreibung, wohingegen die kleinräumige Differenzierung von Lebensformen in den großstädtischen Kernbereichen und den Umlandgemeinden mit dem Begriff der doppelten Polarisierung beschrieben werden. Diese wurde von Strohmeier, Schultz, und Weischer in ihrer Expertise (2004) für das Ruhrgebiet und Lebhart (Expertise 2004) für Berlin aufgezeigt und machen deutlich, dass selbst innerhalb eines Bundeslandes die Lebensform ‚Familie‘ nicht nur unterschiedliche Lebensweisen umfasst, sondern auch ganz unterschiedliche Bewertungen erfährt. In den ländlichen Kreisen mit einem hohen Anteil an Kindern in ökonomisch gesicherten familialen Lebensverhältnissen ist der Anteil der berufstätigen Mütter nicht geringer als in den großen Städten. Kreise wie Tuttlingen oder Dillingen an der Donau mit Geburtenraten von 1,6 Kindern weisen Beschäftigungsquoten von 570 bis 600 beschäftigte Frauen je 1000 Frauen im Alter von

„Doppelte Polarisierung“ zur Differenzierung in großstädtischen Bereichen und Umland

30 bis unter 50 Jahren auf. In einem solchen Kontext mit minimaler Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil an Wohneigentum bedeutet Familie etwas völlig anderes als in einer Großstadt mit hoher Arbeitslosigkeit, wenig Kindern, einem hohen Anteil zugewanderter Familien aus anderen Ländern und einem hohen Anteil an Singles. Das zeigen nicht nur die Ergebnisse des Projekts „Soziale Stadt“ (Expertise Böhme/Meyer 2004), diese Entwicklungstendenzen verlaufen offensichtlich auch parallel in vielen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten (Klebanov/Brooks-Gunn/Duncan 1994; Piquero/Lawton 2002; Leventahl/Brooks-Gunn 2001). Diese Polarisierung zwischen relativ wohlhabenden, suburbanen oder ländlichen und kinderreichen Gemeinden und städtischen Bezirken mit einem höheren Anteil von Familien mit nicht-deutschem Hintergrund sowie die Polarisierung innerhalb der Städte, zwischen neuen oder alternativen Lebensformen und den eher traditionell lebenden Familien, bleibt nicht ohne Konsequenzen für die kindlichen Entwicklungschancen.

„Doppelte Polarisierung“ nicht ohne Konsequenzen für die kindlichen Entwicklungschancen

Auch wenn davon auszugehen ist, dass viele dieser Entwicklungschancen, insbesondere im Bildungsbereich, auch durch die ökonomischen Ressourcen der Eltern (Sobolewski/Amato 2005) beeinflusst werden, gibt es inzwischen in der angelsächsischen Literatur eine Fülle von Materialien, die den Einfluss der sozial-ökologischen Lebensumwelt von Kindern auf ihre Entwicklung nachweisen können (Leventahl/Brooks-Gunn 2001; Goering 2003). Diese Entwicklungschancen beziehen sich auf alle Aspekte der Entwicklung von Kindern, ihre Gesundheit, die kognitive Entwicklung und die sozial-emotionale Entwicklung, aber auch auf das Risiko, Entscheidungen für das eigene Leben zu treffen, die es schwer machen, in modernen Gesellschaften erfolgreich zu sein. Das hängt damit zusammen, dass Kinder und Jugendliche zwar in einem Elternhaus aufwachsen, aber die Lebensumwelt der Kinder selbst, insbesondere die Gruppe der Gleichaltrigen für die Entwicklung von Werten und Normen von erheblicher Bedeutung ist. Diese außerfamilialen kollektiven Sozialisationsprozesse können von den Eltern nur dann wirklich beeinflusst werden, wenn die Eltern in benachteiligten Quartieren selbst durch ein besonders hohes Engagement das Leben und die Entwicklung ihrer Kinder besonders intensiv beeinflussen. So z. B. auch außerhalb dieser Nachbarschaften Beziehungen mit anderen Kindern aufbauen oder sich darum bemühen, durch ein großes Netz sozialer Beziehungen insbesondere in der Verwandtschaft für die Kinder Ansprechpartner zu finden, aber auch indem sie den Umgang mit Freunden relativ genau kontrollieren (Alt 2005). Diese Art des Familienmanagements (Furstenberg u. a. 1999) setzt nicht nur besonders

Grenzen des Familienmanagements

engagierte Eltern voraus, sondern dies ist in benachteiligten Nachbarschaften für Eltern auch sehr schwer zu realisieren. Daneben gibt es natürlich auch Kinder, die aufgrund ihrer Persönlichkeit auch unter sehr schwierigen Umständen immer wieder in der Lage sind, die schwierigen Lebensumstände, in denen sie aufwachsen, zu überwinden.

Es kann nicht die Basis einer familien- und kinderorientierten kommunalen Sozialpolitik sein, dass das Familienmanagement die Einflüsse kollektiver Sozialisationsprozesse ausgleichen kann oder aber die Kinder selbst in der Lage sind, dieses zu bewältigen. Seit Furstenberg (1993) ist bekannt, dass engagierte Eltern in benachteiligten Regionen eher selten sind, weil die Chancen, bestimmte Ziele für ihre Kinder zu erreichen, auf Grund der eingeschränkt verfügbaren Ressourcen begrenzt sind. Die Ausstattung dieser Quartiere mit einer Infrastruktur, die durch ein reiches Angebot an Bildungs- und Spielmöglichkeiten sowie anderen Optionen der Freizeitgestaltung einen Teil dieser Probleme auffängt oder ausgleichen kann, ist eher selten. Dies liegt daran, dass den Kommunen einerseits in der Regel hierfür die ökonomischen Ressourcen fehlen und andererseits jene Eltern, die diese Ressourcen im Interesse ihrer Kinder einfordern und auch politisch durchsetzen können, diese Bezirke häufig verlassen oder verlassen haben.

Ausstattung der benachteiligten Quartiere mit einer adäquaten Infrastruktur eher selten

Es stellt sich die Frage, ob eine demokratische Gesellschaft, welche die Gleichheit der Lebenschancen von Kindern als ein wesentliches Element der Bürgerrechte dieser Gesellschaft begreift (Dahrendorf 1966), solche Prozesse als gegeben hinnehmen kann. Weiterhin bleibt offen, ob die Abwanderung junger Erwachsener aus den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer und das Verbleiben (zu) kleiner Kinderkohorten mit der Konsequenz, dass die dort existierenden Infrastrukturen nicht mehr aufrechterhalten werden können, quasi naturnotwendige und unumkehrbare Prozesse darstellen.

Nach den Analysen der durch den US-amerikanischen Kongress finanzierten Studie lebten mit 4600 Haushalten zu Beginn alle an diesem Projekt beteiligten Familien in benachteiligten Regionen. Von diesen 4600 Familien hatte ein Drittel die Möglichkeit, aus öffentlich geförderten Sozialwohnungen in private Wohnungen in wohlhabenden Wohngegenden umzuziehen, ein Drittel hatte die Möglichkeit, ohne Vorbedingungen irgendwohin zu ziehen, und ein Drittel verblieb am Standort. Nach jetzt insgesamt acht Jahren lassen sich schon einige wichtige Konsequenzen ableiten. Bei den in bessere Quartiere umgezogenen Familien gab es einen signifikant positiven Einfluss auf die Gesundheit der Eltern, eine Reduktion des psychologischen Stresses und eine

Positiver Einfluss auf das Aufwachsen von Kindern durch anregendes Wohnumfeld

deutliche Verringerung gesundheitsschädlichen Verhaltens. Ähnliche Effekte ließen sich auch bei den Kindern nachweisen; auch empfanden diejenigen, die in andere Nachbarschaften umgezogen waren, ihre Umwelt nun als sehr viel sicherer. Bei den Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren reduzierte sich auch das delinquente Verhalten, während es bei den Jungen anstieg; das mag aber das Ergebnis einer schärferen sozialen Kontrolle in diesen neuen Nachbarschaften sein und nicht Effekt einer höheren Rate abweichenden Verhaltens. Solche geschlechtsspezifischen Unterschiede waren auch in anderen Verhaltensbereichen zu beobachten, auch wenn bei dem jetzigen Erkenntnisstand noch nicht entschieden werden kann, ob diese Effekte auch langfristig wirksam sind.

Zu Recht verweisen die Autoren darauf, dass selbst in Untersuchungen, in denen Kinder, die in die Vorstädte gezogen sind und dort viel bessere Schulen besucht haben als in diesem Projekt, sich die Schuleffekte in der Regel erst langfristig einstellen. Ganz im Sinne von Bronfenbrenners Modell handelt es sich bei den schulischen Leistungen um die Kumulation von Lebenserfahrungen von Kindern, die sich nur langfristig verändern lassen (Kling/Ludwig/Katz 2004; Katz/Kling/Liebman 2004; Katz u. a. 2004; Katz u. a. 2003).

Kommunale Investitionen für Familien verbessern deren Lebensbedingungen

Beim Versuch, diese Ergebnisse auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, ist zunächst festzuhalten, dass die Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern zu signifikanten Gewinnen in der mentalen und körperlichen Gesundheit bei den Kindern und ihren Eltern beigetragen hat. Ebenso entscheidend ist auch, dass die Armutsrate als alleiniges Merkmal zur Beurteilung von Nachbarschaften ein zu einfaches Kriterium ist, weil ganz offenkundig eine Vielzahl von anderen Faktoren die Lebensbedingungen von Familien und Kindern in den Nachbarschaften beeinflussen, wie etwa eine ausreichende Infrastruktur, eine hinreichende Sicherheit durch entsprechende polizeiliche Kontrollen oder auch die Sauberkeit der Nachbarschaft. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Kommunen politische Instrumente in der Hand haben, wie sie mit Familien und mit Kindern umgehen, und zwar auch in benachteiligten Nachbarschaften.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Kommunen das Zusammenspiel zwischen dem Management der Familien und ihren sozialen Beziehungen, der Infrastruktur in der Nachbarschaft und der kollektiven Sozialisation durch Peergroups in erheblichem Umfang so gestalten können, dass viele der negativen Effekte für die kindliche Entwicklung, die in der Literatur für solche benachteiligten Nachbarschaften beschrieben werden, wenn schon nicht vollständig aufgehoben, so doch ver-

mindert werden können (Kap V.4.6). Die Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen, die die Eltern einbeziehen und deren Ressourcen berücksichtigen, und die Frage, wie die Sicherheit für Kinder und Eltern auch in solchen Nachbarschaften einschließlich der notwendigen Sauberkeit gewährleistet werden kann, sind elementare Fragen kommunaler Politik und eines kommunalen Selbstverständnisses.

Solche Investitionen in Familien und in familiales Wohlbefinden sind für die Kommunen nicht nur lohnenswert, weil sie auf diese Weise Familien aus benachteiligten Nachbarschaften unterstützen und damit auch die Entwicklung der Kinder dieser Familien positiv fördern können. Vielmehr hat diese familienorientierte Politik auch noch einen ganz anderen Effekt, der den Kommunen unmittelbar zugute kommt. Caplow (1982), Pfeil (1961) oder Wolfe (1999) haben auf der Basis empirischer Studien nachweisen können, dass die weit verbreitete Vorstellung, Familien in städtischen Wohngebieten lebten isoliert für sich, einerseits durch die Haushalts- und Wohnformen mit der Dominanz der Ein-Personen-Haushalte und andererseits der Drei- bis Vier-Personen-Familienhaushalte, empirisch nicht richtig ist. Die gebauten Wohnformen (Scott 1998) sind jedoch in der Regel Ergebnis der Vorstellungen von Stadtplanern und Architekten, wie Familien zu leben haben, und sie spiegeln zumeist nur die gebaute Struktur wider, nicht aber die gelebte Struktur.

Als einer der ersten hat der Stadtforscher Wellman (1977) deutlich gemacht, dass die gelebten sozialen Beziehungen auch in städtischen Kontexten keinesfalls mit der gebauten Haushaltsstruktur übereinstimmen. Im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts wurden die gelebten Beziehungen zwischen Familien, Nachbarschaften und der Verwandtschaft in den drei deutschen Großstädten Hamburg, Stuttgart und Berlin genau in den Siedlungen überprüft, deren gebaute Wohnstruktur exakt der These der isolierten Kernfamilie entspricht: Dominierender Geschossbau mit Drei- bis Vier-Zimmerwohnungen führte in keinem der untersuchten Stadtviertel dazu, dass die dort lebenden Familien ihr Familienleben isoliert und ohne Unterstützung von Nachbarschaft und Verwandtschaft nur auf sich selbst bezogen führten. Ebenso wenig konnte bestätigt werden, dass diese Familien bestimmte traditionelle Lebensformen und Beziehungen, wie etwa die gemeinsame Mahlzeit, die persönliche Gespräche und wechselseitige Unterstützungen, zu Gunsten anderer Beziehungen aufgegeben haben.

In dieser Untersuchung konnte ein Ergebnis repliziert werden, das schon direkt nach der Wende 1990 für Leipzig nachgewiesen werden konnte.

Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen unter Einbeziehung der Eltern

Soziale Netze städtischer Familien größer als immer angenommen

Die multilokale
Mehrgenerationen-
Familie typisch für
große Städte

Städtische Beziehungen von Familien werden von den Familien selbst im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder organisiert. Darin unterscheiden sich weder Leipziger (Bertram 1992) noch Berliner, Stuttgarter oder Hamburger Familien (Bertram/Ehlert/Rösler 2005). Je jünger die Kinder sind, umso mehr konzentriert sich die Familie auf den Binnerraum der Familie, wobei sie aber bei vielen Aktivitäten, etwa bei der Beaufsichtigung und dem Spielen mit Kindern, von den Nachbarn und von Verwandten unterstützt wird. Auch in der ganz alltäglichen Versorgung des Haushalts, etwa wenn man verreist, spielen die Nachbarschaft und die Verwandtschaft eine ganz erhebliche Rolle. Dies betrifft auch Großeltern, selbst wenn sie nicht bei ihren Kindern wohnen. Umgekehrt gilt allerdings auch, dass die Familien für die Großeltern von großer Bedeutung sind (ebd.). Ohne Zweifel kann man heute von der Mehrgenerationenfamilie sprechen, die nicht gemeinsam in einem Haushalt wohnt, sondern die an verschiedenen Orten in derselben Stadt oder sogar in der Nachbarschaft lebt. Diese Form der multilokalen Mehrgenerationenfamilie scheint jedenfalls viel typischer für große Städte zu sein als die isolierte, nur auf sich bezogene Kernfamilie. Wie Hennig (2005) nachgewiesen hat, bestätigen sich diese Ergebnisse auch dann, wenn nicht allein Eltern und Großeltern befragt werden, sondern Jugendliche selbst in Bezug auf ihre eigenen Familien.

Verwandtschafts-
hilfe ersetzt
Infrastruktur
nur im Notfall

Entscheidend für die hier geführte Diskussion ist aber ein Ergebnis zu den wechselseitigen Unterstützungsleistungen. Regelmäßige Kinderbetreuung, etwa auf Grund der Erwerbstätigkeit beider Eltern, wird in allen untersuchten Großstädten als kommunale Infrastrukturaufgabe angesehen und auch entsprechend genutzt. Die Großeltern spielen eine erhebliche Rolle, aber nicht für die alltägliche reguläre Betreuung, sondern für Notfälle oder bestimmte besondere Anlässe. Familiäre Solidarität wird gelebt, aber diese Form der Unterstützung wird nicht als eine auf Dauer kontinuierlich angelegte Pflicht interpretiert, sondern als eine freiwillige Leistung, auf die man sich verlassen kann, die aber für Ausnahmesituationen vorgehalten wird. Diese Ergebnisse entsprechen auch Untersuchungen aus Holland und Belgien, in denen Regionen mit geringer und dichter Infrastruktur für Kinder verglichen wurden (Kremer 2002). Bei einem intensiven Angebot von Infrastruktur für Kinder wird diese genutzt, während Partner und Großeltern für die Ausnahmesituationen verfügbar sind; bei geringer Infrastruktur für Kinder wird hingegen die Betreuungsleistung für die Kinder durch die beiden Partner erbracht, und auch dort wird das erweiterte Verwandtschaftssystem für Ausnahmesituationen in Anspruch genommen. Das Manage-

ment von familialer Unterstützung konzentriert sich im Wesentlichen auf solche irregulären Situationen, während regelmäßig wiederkehrende Betreuungsleistungen letztlich nur durch Infrastrukturangebote erbracht werden können.

Die Städte, die sich bemühen, Familien in ihrem Gebiet zu halten, können aber darauf bauen, dass diese Familien durch den Aufbau von Beziehungen zur Nachbarschaft und dem Festhalten an den Beziehungen zur eigenen Verwandtschaft innerhalb der Städte ein erhebliches Sozialkapital zur Verfügung stellen. Dort, wo Menschen miteinander Beziehungen haben, lässt sich das Gefühl von sozialer Sicherheit viel leichter entwickeln als dort, wo Menschen nebeneinander ohne Beziehungen leben. Deswegen erscheint es wichtig, dass die Städte bereit sind, den jungen Erwachsenen, die sich für das Leben in einer Partnerschaft mit Kindern entschieden haben, auch Angebote zu machen, damit diese innerhalb der Städte wohnen bleiben. Die Städte sind nicht nur auf diese jungen Erwachsenen angewiesen, sie haben diesen jungen Erwachsenen auch viel zu bieten auf Grund qualifizierter Arbeitsplätze, guter Infrastruktur für Kinder (sofern sie darin investieren) und sozialen und kulturellen Angeboten.

Familien stellen
Sozialkapital für
die Kommune her

V.3.4 Das demographische Echo und Entwicklungsbedingungen für Kinder

Die Abwanderungsverluste der letzten 15 Jahre können die neuen Bundesländer weder durch die Zuwanderung aus Osteuropa oder aus Westdeutschland auffangen, und auch eine stark gestiegene Geburtenrate wird nichts daran ändern, dass große Teile der neuen Bundesländer zu ausgesprochen dünn besiedelten Regionen werden oder schon geworden sind. Wenn in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt auf einem Quadratkilometer rund 300 Einwohner leben und in bestimmten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs davon auszugehen ist, dass die Einwohnerzahl auf etwa 25 Personen pro Quadratkilometer zurückgehen wird, besteht die Gefahr, dass sich hier eine Abwärtsspirale in Gang setzt und irgendwann die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgewandert sind. Dienel/Gerlof/Lesske (2004) haben in einer umfassenderen Analyse für Sachsen-Anhalt Vergleiche mit bevölkerungsarmen Regionen in Finnland und zwei deutschen Regionen vorgenommen. Folgt man den Autorinnen in ihren Vorschlägen aus der Sicht dieser Studie, so zeigen Investitionen in eine vernetzte Bildungsinfrastruktur in Richtung einer Wissensgesellschaft Perspektiven auf, die auch bevölkerungsarmen Regionen gewisse Chancen einräumen. Solche Investitionen in Bildung können ansatzweise verhindern, dass junge qualifizierte Erwachsene von vornherein

Ansiedlungspolitik: Investition in vernetzte Bildungsinfrastruktur

die Region verlassen. Qualitativ gute Zwergschulen mit möglicherweise nur 15 Schülern und Schülerinnen, eine stark regional orientierte Bildungspolitik, die nicht nur in Universitäten investiert, und auch Fachschulen und Fachhochschulen mit einer starken Vernetzung zu örtlichen Ausbildungsbetrieben scheinen Optionen zu sein, die es jungen Erwachsenen attraktiv erscheinen lassen, in der entsprechenden Region zu bleiben und auch zu versuchen, ökonomisch selbstständig zu werden.

Zieht man zu diesen Ergebnissen auch die Erfahrungen aus ursprünglich benachteiligten Regionen der Bundesrepublik hinzu, scheint eine kommunale Politik, die verbilligtes oder kostenfreies Bauland anbietet und damit Möglichkeiten schafft, dass sich junge Familien hier kostengünstig ansiedeln können, Erfolg versprechend zu sein. Ebenso die Versuche unterschiedlicher Ämter, ihre Struktur so umzugestalten, dass eine Beratung in allen Angelegenheiten, die Familien mit Kindern betreffen (Kindergartenplatz bzw. Kindertagesstättenplatz, Wohnungsangebot u. a.), an einem Ort stattfinden kann. In diesem Sinne muss Familienfreundlichkeit in solchen Kommunen ein zentrales Element jeder kommunalen Entwicklung sein. Die Autorinnen schlussfolgern aus ihrem Vergleich, dass Grundbesitz und eine gute Infrastruktur im Bereich von Bildung und Gesundheit Argumente zum Bleiben darstellen. Dabei wird auch zu akzeptieren sein, dass eine solche Entwicklungsdynamik vermutlich nur in den Zentren der bevölkerungsarmen Regionen erhofft werden kann.

Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass diese Maßnahmen allein die Abwanderung stoppen können oder dass solche Maßnahmen die Geburtenraten in erheblichem Maße beeinflussen, so stellen sie vermutlich doch Rahmenbedingungen dar, die für die individuelle Zukunftsplanung junger Erwachsener und junger Familien nicht ohne Bedeutung sind. Nur dann, wenn diese jungen Erwachsenen an die Zukunft ihrer Heimat glauben, werden sie sich auch dort engagieren. Diese Zukunftserwartungen werden notwendigerweise vor allem von den eigenen Einschätzungen, wo und wie die eigene Zukunft selbst gestaltet werden kann, abhängig sein. Hier spielt sicherlich eine Wirtschaftspolitik, die regionale Zentren mit Entwicklungsperspektiven fördert, eine erhebliche Rolle. Doch sollte nicht verkannt werden, dass sich gerade durch die Investitionen in Bildung im Umfeld solcher Einrichtungen auch Zukunftsperspektiven für junge Erwachsene entwickeln lassen. Diese Einrichtungen tragen häufig dazu bei, dass die Bewohner der entsprechenden Zentren sich mit solchen Bildungseinrichtungen identifizieren, so dass auch hiermit einzelne Gemeinden und Regionen moti-

viert werden, Entwicklungen aus sich selbst heraus zu initiieren.

V.4 Stadt-Familien: Familie und Stadt

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen Städte mit einer überwiegenen räumlichen Starrheit der industriellen Arbeitsplätze (Teuteberg/Wischermann, 1985) eine funktionale und schichtspezifische Differenzierung zu entwickeln. An den Stadtrand zogen die in fester Stellung befindlichen und gut verdienenden Mittelschichten, während in der Nähe der industriellen Arbeitsplätze die Unterschichten wohnen blieben. Die zunehmende Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der zunehmende Wohlstand und die Industrialisierung des Bauens ermöglichten nach dem 2. Weltkrieg immer breiteren Schichten, diesem Modell des Lebens in der suburbanen Gartenstadt zu folgen. Diese Vorstellungen der modernen Stadt fanden sich nicht nur in West- und Ostdeutschland, sondern in ganz Europa (Aries/Duby 1995). Die Akzeptanz und Attraktivität dieses Konzepts lag nicht allein in seiner der industriellen Produktionslogik folgenden Organisation des städtischen Lebens (Scott 1999), sondern auch in der Tatsache begründet, dass die am Stadtrand entstehenden Quartiere in ihrer Wohnraumstruktur Privatheit und Individualität ermöglichten. Aries und Duby weisen etwa darauf hin, dass in den 50er Jahren in Frankreich noch 70 Prozent der Bevölkerung in der Wohnung keine eigene Toilette hatten. Dieser Gewinn an Privatheit, Wohnkomfort und Lebensqualität wurde zwar mit längeren Fahrzeiten zur Erwerbsarbeit erkaufte, schien aber sinnvoll zu sein, weil der funktionalen Differenzierung der Stadt die funktionale Differenzierung der Familie entsprach. Regeneration des berufstätigen Mannes im Grünen, Sozialisation der Kinder in einer gesunden und ungefährlichen Umwelt auf der Basis einer funktionalen Differenzierung der männlichen und weiblichen Rolle war in Westeuropa ein weitgehend akzeptiertes Lebensmodell, während in Osteuropa die zunehmende Integration der Frau in das Erwerbsleben durch Infrastrukturangebote in den Wohnquartieren aufgefangen werden sollte. Wir haben schon (V.3) darauf hingewiesen, dass die urbanen Zentren heute vor neuen Herausforderungen stehen, die dieses Modell in Frage stellen:

- Arbeitsplätze sind nicht mehr starr an Standorte gebunden. Standortentscheidungen fallen heute in der Regel unter Berücksichtigung des entsprechenden Arbeitskräfteangebots, das in den suburbanen Randlagen, wie oben beschrieben, häufig sehr gut ist.
- Es ist für Unternehmen oft günstiger aus der Stadtmitte an die Peripherie zu wandern.

Funktionale Differenzierung der Stadt entsprach der funktionalen Differenzierung der Familien

Urbane Zentren vor neuen Herausforderungen

Ansiedlungspolitik: Verknüpfung von Bildungsinstitutionen und Wirtschaft

- die Verkehrsinfrastruktur ermöglicht heute, leicht und schnell große Räume zu überwinden.
- Auch die Bewohner suburbaner Quartiere können die Infrastruktur der Zentren nutzen.
- Einkaufsmöglichkeiten sind heute in der Peripherie genauso vorhanden wie im Zentrum.
- Die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie wird heute seltener gelebt und daher werden Standorte auch von Familien bevorzugt, bei denen sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Dies ist aber heute in den suburbanen Gemeinden genauso möglich wie in den Zentren.
- Dieser Entwicklung haben die Großstädte häufig noch selbst Vorschub geleistet, weil bei Neuansiedlungen, insbesondere von wissensbasierten Betrieben, Stadtrandlagen angeboten wurden oder auch staatliche Investitionen, wie beispielsweise Universitätsgründungen, in der Regel am Stadtrand erfolgten.
- Die Existenzgrundlage europäischer Großstädte war das Bevölkerungswachstum der jeweiligen Gesellschaften und die in den Städten vorhandene Konzentration von Arbeitsplätzen. Beides ist nicht mehr gegeben. Schrumpfende Stadtkerne und wachsende Umlandgemeinden liefern sich einen Wettbewerb um qualifizierte Erwerbsbürger.

Die Zukunftssicherung von Familie in den städtischen Räumen ist eine Aufgabe kommunaler Stadtentwicklung. Hierdurch rücken eine Reihe von bisher eingeschliffenen und gewohnten Grenzziehungen in den Blick, die sowohl die bisherigen sozialstaatlichen Leistungen als auch das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, von Familie und kommunalen Einrichtungen, wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime usw. bestimmen, Einrichtungen also, die sich je einzelne Aufgaben mit der Familie teilen.

Familienfreundlichkeit: ein Standortfaktor

Städtische Politik geht von der Nachrangigkeit von Familie für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt aus. Demgegenüber rücken heute verstärkt Perspektiven in den Vordergrund, die den Zusammenhang von familienfreundlicher Infrastrukturpolitik, Standortattraktivität einer Stadt und Lebensqualität im Alltag akzentuieren und sich an der Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Elternhaus, Kindergarten bzw. Kindertagesstätte, Schule und Leben im Alter orientieren. Ins Zentrum rücken Konzepte der Unterstützung alltäglicher Vernetzungen der Aktivitätsradien von Familienmitgliedern nicht nur im Nahraum und unmittelbarer Nachbarschaft. Ausgangspunkt ist die Attraktivitätssteigerung von städtischem und stadtteilspezifischem

Gemeindeleben für Familienmitglieder aller Altersstufen, u. a. mit dem Ziel, hierüber Standortentscheidungen von Familien und Arbeitsplatzanbietern gleichermaßen positiv zu stützen.

Der Versuch, die Wechselbeziehung zwischen der Zukunft der Städte und der Zukunft von Familie zusammen zu denken, ist nicht neu, sondern lag den meisten Stadtvisionen des 19. Jahrhunderts zu Grunde (Donzelot 1977; Duby/Aries 1995; Teuteberg/Wischermann 1985; Kostof 1992). Nur folgten die meisten Visionen der Zukunft der Stadt dem Modell der funktionalen Differenzierung und einer damit verbundenen klaren Trennung der Lebensbereiche, die schon 1835 von der französischen Akademie der Wissenschaften (Donzelot 1977) als Zukunftsmodell von Familie und Wohnen propagiert wurde.

Da wir aber in diesem Bericht die These vertreten, dass die Herstellung familialer Beziehungen im Lebenslauf eine gemeinsame Leistung der Familienmitglieder darstellt, die im Sinne des Bronfenbrennerschen Modells auch davon abhängig ist, wie die Wechselbezüge zwischen familialem Binnenraum, Nachbarschaft, Verwandtschaft und Gemeinde herstellbar ist, heißt das auch: Familien- und Stadtentwicklung bedürfen in ihren Wechselbezügen der Neubewertung und der Neugestaltung. Der hiermit angesprochene Bezugsrahmen, dessen Fokus darauf liegt, Chancen für die soziale und familiale Integration zu entdecken und auszubauen, ist weit gefächert und verlangt nach Konkretisierung. Dazu werden im Folgenden betrachtet:

Neubewertung der Wechselbezüge zwischen Familie und Stadtentwicklung

- Die Zeit-Raum-Lebensqualität von Familie als Herausforderung an die Stadtplanung;
- Die Stadtteilbelebung durch Dienstleistungsintegration von Öffentlichkeit und Privatheit;
- Die multilokale Familie: Verwandtschafts- oder Nachbarschaftsbeziehungen.

V.4.1 Die Zeit-Raum-Lebensqualität von Familie als Herausforderungen an die Stadtplanung

Untersuchungen zum Alter der Stadtbevölkerung und der Prosperität von Städten stellen fest, dass jene Städte prosperieren, die Anziehungskraft für junge Menschen (meistens Singles) besitzen, weil sie über überdurchschnittliche Bildungsangebote verfügen (Bertram 1993), zugleich Liberalität und multikulturelle Vielfalt pflegen und die Kreativität von Existenzgründern belohnen. Aus städtischer Sicht wäre es nahe liegend, die Attraktivität der innerstädtischen Kultur-, Freizeit-, Treff- und Mischungsorte auch für Partnerschaften und Jungfamilien zu sehen und diese – etwa durch ein bezahlbar großes Wohnungsangebot – ebenso gut zu behandeln wie Existenzgründer. Dabei die Partnerschaften in ihrem

Schritt der Familiengründung zu ermutigen, sie zu unterstützen, und einiges für ihren Verbleib in der Stadt zu tun – und dieses nicht nur aus arbeitskräfte-politischer Sicht, sondern auch aus Dienstleistungsnachfrage- und Kaufkraftgesichtspunkten. Hiernach – und aus der bereits genannten Integrationsperspektive für Migranten – wird bedeutsam, wie weit es gelingt, eine familienfreundliche Infrastrukturpolitik mit den sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen des Stadtlebens zu verknüpfen (Expertise Jessen 2004).

Hieraus entsteht die These, dass die Lebensqualität einer Stadt und ihre Attraktivität für Bewohner jeglichen Familienstandes auch vom Grad des Bildungs-, Kultur- und Vergnügungsangebots, der Altersmischung, der Kommunikationsvernetzung, der Infrastruktur (zu Fuß, per Rad, per öffentlichem und privatem Verkehrssystem), des Wohnbestandes und der öffentlichen Plätze/Grünflächen abhängen. Hierbei ist bemerkenswert, dass in der Stadt lebende ältere Ehepaare, die an der Bildungsexpansion der 70er Jahre teilgenommen haben und über ein relativ hohes Bildungsniveau verfügen, zunehmend weniger mit ihrer Verrentung aufs Land, sondern wieder gern in Mischquartiere, auch ins Zentrum der Städte ziehen. Mitten ins Leben, in die Kulturnähe, die Gegenden mit Straßencafés und Restaurants, die auch die Singles lieben – und dabei verfügen sie nicht nur über erhebliche Kaufkraft, sondern über kommunikative Lebensweisen. Leider zeichnen sich bis heute bei jungen Familien solche Tendenzen noch nicht ab.

Schlömer (2004) hat die innerdeutschen Wanderungsprozesse zwischen 1990 und 2000 analysiert: Alle großen Kernstädte verzeichnen erhebliche Wanderungsverluste bei den Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr (Abbildung A.V.3 im Anhang). Die größten Wanderungsgewinne haben inzwischen die entlegeneren westdeutschen Regionen. Schlömer vermutet, dass Regionen mit guter Verkehrsinfrastruktur und einem erschwinglichen Baulandpreis ein wesentliches Motiv dafür sein können. Dazu kommt, wie weiter oben beschrieben, die zunehmende Möglichkeit der Erwerbsbeteiligung auch von Müttern in der jeweiligen Region. Heitkamp (2002), der für einige Großstädte Nordrhein Westfalens die Wanderungsmotive untersucht hat, warnt allerdings vor zu pauschalen Argumenten. Er weist darauf, dass auch Haushalte umziehen, die weiterhin in Mietwohnungen wohnen und er zeigt, dass es städtespezifische Motive gibt, ins Umland zu wandern, wobei auf diese Motive nur teilweise Einfluss genommen werden kann.

Städte tun aber gut daran, diese Motive zu erforschen, weil sie auf Faktoren wie mehr Familienfreundlichkeit, besseres Wohnumfeld und Verbesserung des Wohnungsangebotes erheblich Einfluss nehmen können. Städte sollten aber

auch versuchen, die Abwanderung von Familien zu stoppen, weil Familien mit Kindern gerne dahin wandern, wo andere Familien leben. Familien mit Kindern gehören auch heute noch zu den wichtigsten Nachfragern nach Eigentum und es korreliert das Wohneigentum positiv mit der Familiengröße, was auch für die neuen Bundesländer gilt (Bayerischer Familienbericht 2003). Hierauf können die Städte selbst Einfluss nehmen, da sie in der Regel Besitzer großer Flächen in der eigenen Stadt sind und zugleich durch frei werdende, industriell genutzte Flächen neue Möglichkeiten entstehen. Auch sind manche Vorstellungen von Eltern für ihre Kinder, etwa hinreichende und sichere Spielflächen zu haben, Dinge, die Städte gestalten können. Darin zeigt sich, dass es trotz vorhandener Abwanderungstendenzen und der zunehmenden Standortflexibilität von Unternehmen eine Reihe von Gründen gibt, die solche Prozesse verlangsamen könnten. Sind beide Eltern berufstätig, bedeutet der Umzug auf das Land entweder eine berufliche Neuorientierung oder lange Wegezeiten. Hinzu kommt, dass die Eigentumsbildung zunehmend häufiger als Alterssicherung gesehen wird und gerade auch von Älteren die städtische Infrastruktur geschätzt wird. Das gilt im Grundsatz auch für junge Familien. Gerade hier könnten die Kernstädte ihre Standortvorteile ausspielen, weil sie in der Regel über eine Fülle von Infrastruktur für Kinder verfügen. Zwar liegen keine Daten dazu vor, wieweit die Bereitschaft zur Familiengründung und damit die Zukunftsfähigkeit von Familie davon profitiert, wenn sich zufrieden stellende Formen der Lebensqualität und Kontinuität sozialer Integration für alle Beteiligten und für verschiedene Lebensphasen vor Ort ergeben, doch zeigen einzelne Beispiele (Expertise Heitkamp 2004), dass Bündnisse für Familien auch dazu beitragen können, dass Städte durch neue Beteiligungsformen der Eltern und Einbeziehung örtlicher Unternehmen attraktivere Umwelten für Familien mit Kindern werden.

Kernstädte haben Standortvorteile in punkto Infrastruktur für Kinder und Familien

V.4.2 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Der Raum

Die räumliche Gestaltung der Stadt folgte bisher einer seit dem 19. Jahrhundert angelegten städtebaulichen Segregationspolitik, die sich als Antwort auf die Industrialisierung verstand und sich einer möglichst klaren Funktionsdifferenzierung in Gewerbeansiedlung, Dienstleistungszentren, hoch verdichteten Wohnquartieren und begrüntem Beamtenvororten bzw. Einfamilienhaussiedlungen verpflichtet fühlte. Mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft entstehen neue Chancen innerstädtischer Durchmischung von Wohnen und Arbeiten; Arbeitsplätze nehmen auch weiterhin eher im Dienstleistungsbereich zu, und dieses sind Arbeitsplätze ohne Emissions-, Gefahren- und Lärmverursachung

Wanderungen zeigen: noch fehlt es den Städten an Familienfreundlichkeit

Neue Chancen für die Durchmischung von Arbeit und Wohnen

und solche mit weniger Flächenbedarf. Hierdurch entstehen deutlich neue Chancen für eine familienfreundliche Stadtplanung, die zugleich als Infrastruktur-Angebot mit Anreizcharakter für Kommunikation und Kompetenzentwicklung für alle zu verstehen ist.

Die familienfreundliche Gestaltung freier Räume hat erhebliche Verbindungen zur Lebensqualität ihrer Bewohner. Wohnraum und Bebauung sind nicht einfach nur bebauter Raum, sondern sie konstituieren ihrerseits das Geschehen mit; sie schaffen Impulse und Gelegenheiten für Begegnungen, für sich kreuzende Wege, für Nähe und Distanz, für die Gestaltung von Öffentlichkeit und Privatheit – und selbst anonyme Bewegungsströme, die wiederum für das Gefühl von belebter Umwelt, von Sicherheit und Schutz im öffentlichen Raum nicht unwichtig sind, bleiben räumlich erzeugt und gebahnt (Löw 2001), eine „Szenerie“ sozialer Beziehungen ermöglichend (Schulze 1995).

Zur Verbesserung der Infrastruktur für Familien gilt es, die Lage von Dienstleistungszentren und Wohnen, Gewerbeflächen und Wohnflächen neu zu durchdenken, in kleinteiliger, möglichst fußläufiger Stadtentwicklung zu planen, in qualitative Sanierung alten Wohnbestandes und alter Stadtkerne sowie eingemeindeter Nebenkerne zu investieren und an deren Integrationsstärke anzusetzen durch Mischbebauung. Nicht zu übersehen allerdings ist, dass die hieraus resultierenden Anforderungen an einen stadtplanerischen Neuanfang auf familienrelevante Nachhaltigkeit setzen muss (vgl. Expertisen Mückenberger 2004; Strohmeier/Schultz/Weischer 2004), weil bebaute Flächen eine oft größere Langlebigkeit als die Lebenszeit ihrer Nutzer und Nutzerinnen vor Ort aufweisen. Die Effekte von heute resultieren aus den Umwelten von gestern und beeinflussen die externe Gestaltung des sozialen und des kulturellen Kapitals von Familien und damit das ihrer Mitglieder.

Entsprechend langfristig sind die Neuanfänge heute für zukünftige Entwicklungen zu überdenken. Geht man von der These aus, dass das permanente Stadtwachstum vorbei sei, entstehen neue Chancen für die lockere Stadt mit Lebensqualität, wenn frei werdende Flächen nicht gleich im Sinne alter Flächennutzungspläne neu bebaut werden. In verschiedenen Städten wird inzwischen geprüft, ob man diese Flächen nicht vielleicht dem informellen Miteinander zurückgeben könne, was bedeutet, sie in multifunktionale Grün-, Platz- und Wegeflächen mit Bänken, Bäumen, Klötzen, Hinkelsteinen, schrägen Flächen usw. zu verwandeln. Es bedeutet, stadtplanerisch neben der wirtschaftlichen Nutzung auch die kulturelle und soziale Nutzung voranzutreiben, und dieses zugleich mit ökonomisch sparsamen Er-

Die „aufgelockerte“ Stadt mit mehr Lebensqualität und weniger Segregation

haltungskosten zu denken. Das käme natürlich auch der Familienfreundlichkeit der Stadt entgegen. Dafür gibt es viele gute Beispiele aus Städten im Strukturwandel, wie etwa im Ruhrgebiet und anderswo. Sie zeigen, so z. B. auch in Bremen, wo auf Grund der familialen und kulturellen Integrationsleistungen durchmischter Stadtteile eine Experimentierklausel zugunsten der Stadtteilsanierung beschlossen wurde. Hiernach soll bei allen Belangen der Bebauung unter Gesichtspunkten der Familienfreundlichkeit neu geprüft und bewertet werden, wie sich die bisherigen Effekte der Alters-, Lebensphasen- und Lebenslagensegregation oder der sog. „systemischen Mobilität“ zwischen dem Arbeitsplatz, der Kindertagesstätte, dem Schul-, dem Einkaufsplatz und dem Wohnort der Familienmitglieder verbessern und überwinden lassen. Und selbst innerhalb der Wohnquartiere wäre jede Gelegenheit zu nutzen, um von alterssegregierenden Bebauungen weg zu kommen. Das heißt etwa für die Wohnbebauung: Die Kleinfamilienwohnung als sehr begrenzte Lösung für nur eine bestimmte Familienphase zu erkennen und eher in Lebensphasen-Lebensformen-Lebensalter-Balancen zu planen. Das kann bedeuten, im gleichen Haus oder in fußläufiger Nähe auch Single-Wohnungen, Großwohnungen, Altenwohnungen vorzusehen, um die Integration zwischen den Generationen und die kleinen und großen wechselseitigen Sachleistungen – also die Enkel- oder Nachbarskinder bei Bedarf mitzuversorgen in Pflegesituationen zu unterstützen usw. – zu erleichtern

Planung in Lebensphasen, Lebensformen und Lebensalter

Dabei bedarf es der kommunalpolitischen Intervention, um angesichts der ökonomischen Vorteile der Homogenitätsbebauung den Nutzen von Mischwohnraum für den Familien- und Nachbarschaftszusammenhalt sichtbar zu machen. Familien-Mischbebauung und Erneuerung der Wohnqualitäten setzen unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit von Familienbeziehungen auf Familientransfers und rechnen sich kommunalpolitisch langfristiger als die Gewinne der Bauträger und großen Baugesellschaften durch Kostenreduzierung heute. Somit ginge es um die Entwicklung neuer Verbindungen durch Funktions- und Altersmischung, um Erwerbsarbeit und Leben, Nachbarschaft und Familie als dynamisches Modell in übergenerationalen Bezügen zu unterstützen.

V.4.3 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Zeit und Orte

Wie die Studien der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik belegen, sind Familien „... sowohl aus individueller als auch aus gesellschaftlicher Perspektive ein zeitpolitisches Entwicklungsland“ (Heitkötter/Schneider 2004, 34). Abhängig von der Raumgestaltung im Wohn- und Stadtteil

Familienleben ist von der Raum-Zeit-Gestaltung des Stadtteils abhängig

bestimmen die auf Grund der Funktionsdifferenzierungen entstandenen Wegezeiten und Ortsdistanzen das Familienleben von Eltern und dies auch heute noch in geschlechtsspezifischem Rhythmus: So den Ernähreralltag, der sozialräumlich vorrangig von Orts- und Zeitvorgaben des Erwerbsalltags her gestaltet ist, und den Versorgungsalltag, der bestimmt ist vom familialen Lebens- und Reproduktionszusammenhang abhängiger Familienmitglieder (vgl. Expertise Mückenberger 2004; Strohmeier/Schultz/Weischer 2004). Die unterschiedlichen Orts- und Zeitrhythmen schließen zwar weder weibliche Erwerbstätigkeit noch männliche Familientätigkeit aus, erschweren aber oft auch wegen der Entfernung- und Wegepolitik ein gleichwertiges Engagement beider Partner in beiden Bereichen, selbst wenn sie diese Form der Verantwortungsteilung bei Familiengründung intendieren. Kultureller Wandel in der Geschlechterbeziehung ist auch davon abhängig, dass die Partner nicht mehr vor unerwünschte Alternativen von entweder Erwerbs- oder Familienleben gestellt werden.

Neue Ansätze kommunaler Zeit-, Ort- und Wegepolitik unterstützt das Familienleben

Zeit- und ortspolitische Neuansätze der Gestaltung ergeben sich auch hier durch kommunale Zeit-, Orte- und Wegepolitiken verschiedener Art. Vorrangig sind hier die Öffnungszeiten familienrelevanter Ämter der öffentlicher Verwaltung, der Gesundheits- und Sozialversorgung. So ist die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, die keineswegs als familienfreundliche Maßnahme verstanden wurde, sondern immer wieder nur unter Gesichtspunkten des ökonomischen Gewinns/Verlustes der Ladenbetreiber diskutiert werden, eine nicht unwichtige familienförderliche Chance, das Familienleben berufstätiger Väter und Mütter zu entstressen, auch das des Verkaufspersonals, das sich bei starren Öffnungszeiten sowohl als Dienstleister als auch als Kunde zugleich arrangieren muss.

Beispiele von flexiblen Öffnungszeiten – Blick ins Ausland notwendig

Diese Zeitkoordinationen betreffen auch die Öffnungszeiten von Einrichtungen der Früh- und Vorschulpädagogik, der Schulen und Horte, der Bibliotheken, der Arztpraxen usw., die bisher eher nach Maßgabe der Arbeitszeiten des Personals geöffnet sind denn nach den Zeitrhythmen ihrer „Kunden“. Neuansätze orientieren sich noch oft an Vorbildern des anglo-amerikanischen und europäischen Auslands. Dort zeigen zahlreiche Beispiele, wie sich die ganztägig verfügbare Früh- und Vorschulpädagogik, das Ganztagschulwesen mit Ferienprogrammen, die Öffnungszeiten von Museen, Bibliotheken und Arztpraxen usw. in den Familienalltag einpassen und nicht umgekehrt der Familienalltag in starre Zeitrhythmen der Einrichtungen. Qualitätspolitisch neu zu durchdenken wären auch Nachfragen nach flexiblen Betreuungsformen wie etwa durch die Vergabe von Betreuungsgutscheinen, einzu-

lösen bei lizenzierten Anbietern oder die Modelle der Kurzzeitpädagogik zur flexibleren Koordination von Arbeits-, Einkaufs- und Kinderbetreuungszeiten.

Aus Italien, einem Land mit liberalen Ladenöffnungszeiten und Ganztagsbetreuung der Kinder, kommen zusätzliche Konzepte der Zeitbüros, die das städtische Leben auf zeitbedingte Entzerrungs- und Verdichtungseffekte unter Gesichtspunkten u. a. des Familienlebens betrachtet haben (vgl. Mückenberger 1998). Sie gehen auf weibliche Bürgermeister der Städte Bologna, Bozen, Milano usw. zurück und decken auf, dass viele Friktionen durch die Logik der jeweiligen Dienstleistungsanbieter und ihrer Tradition entstanden sind. Sie schlagen neben der Zeitpolitik eine neue Orte-Integrationspolitik vor, etwa die Ortszusammenlegung oder zumindest eine unmittelbare Nähe von Ämtern (Passamt, Einwohnermeldeamt, Kfz-Zulassung, Führerschein, in Kombination mit Steuerberatung, Sozialamt, Arbeitsvermittlung usw.) und erweiterte Öffnungszeiten zumindest an bestimmten Bürgertagen. Inzwischen sind diese Anregungen in die Stadtpolitik einzelner Städte in Deutschland übernommen worden. Als sehr geeignete Standorte für diese integrierten Leistungsangebote der Stadt gelten die Wegeknotenpunkte des Alltags, also Konsumzentren, Märkte, Stadtteilzentren.

Ein weiterer Gestaltungsspielraum liegt in der Entzerrung von Verkehrsspitzenzeiten durch Gleitzeitbeginne öffentlicher Dienstleistungsanbieter einschließlich der Früh- und Vorschulen, Schulen und Krankenhäuser usw. Die Abstimmung der Zeittakte untereinander, aber auch der unterschiedlichen Geschwindigkeiten des Straßen- und Schienenverkehrs einerseits und der Fußgänger und Radfahrer je nach Alter und Eigenrhythmus andererseits, macht die Straße sicherer für Kinder, Behinderte und alte Menschen. Die Koordination des öffentlichen Nahverkehrs, etwa in Zeitrhythmen der Umsteigernutzung, v. a. in Abstimmung mit öffentlichen Zeitgebern des Berufs- und Bildungsverkehrs, werden in einer Reihe von Städten inzwischen erfolgreich erprobt. Dies mit dem Ziel, Fußläufigkeit, Radwegbenutzung und öffentlichen Transport auch kleinräumig so auf einander abzustimmen, dass Kinder Koordinationswege zwischen Elternhaus und den Orten ihrer sonstigen Aktivitäten möglichst frühzeitig selbstständig bewältigen können bzw. nicht stets bestimmte Familienmitglieder koordinationswegbelastet sind.

Entzerrung von Verkehrszeiten und Mehrfachnutzung von Räumen

Bürgerinitiativen zeigen, dass die übliche Gradlinigkeit der Verbindungen von einem Ort zum andern durch Nutzungsüberlagerungen durchaus gewinnen, denn Wege lassen sich auch als Bewegungsräume gestalten. So kommen einfache Ideen zum Tragen, wie z. B. die Grünflächen

Funktionsmischungen erhöhen die Lebensqualität in der Stadt

doch multifunktionaler nutzbar zu machen durch Spring- und Klettersteine über die Fläche, oder die Haltestellen nicht nur als Wartezeiten zu verstehen, sondern neben den Bänken auch Baumstümpfe unterschiedlicher Höhe als Bewegungsanreiz während des Wartens zusammenzustellen. Die Funktionsmischung und damit der Verzicht auf Ordnungsprinzipien nach Aufgabe, Alter, einer dominant gesetzten Adressatengruppe der Nutzung usw. erhöhen unzweifelhaft den Spielraum, die Lebensqualität, den Atmosphärenwert der Stadt.

V.4.4 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Privatheit und Öffentlichkeit.

Da Familie eine intern-dynamische Entwicklung in Abhängigkeit der Altersverschiebung ihrer Mitglieder nimmt, ist der Bezug zwischen Familie und Stadt in verschiedenen Lebensphasen unterschiedlich. So zahlt sich der Wohnstandard der Familie und die Infrastruktur für ihre Kinder zunächst im familialen Nahraum, in der Früh- und Vorschulpädagogik sowie in der Schule aus; die erreichten Leistungen dort wiederum in der Positionierung am Arbeitsmarkt und der Familiengründung mit neuem Stadtteilbezug und die Outcomes noch später im Lebenslauf auch als Rentner(in) oder Pensionär(in).

Kommunalpolitisch gewinnen neue Formen der Kooperation zwischen Familie und öffentlichen Einrichtungen an Bedeutung, die zugleich Familien und Nachbarn über Generations- und Kulturgrenzen hinweg miteinander vernetzen können und das soziale und kulturelle Leben des Stadtteils entscheidend mitbestimmen. Sie betreffen zum einen Community Development Programme, die altersübergreifend angelegt sind. Dabei könnten Ganztagschulen, die als Verbindung von Bildung, Sozialisation, Lernfreude und Kompetenzentwicklung angelegt sind, durch an die Öffentlichkeit gerichtete Beteiligungsprogramme zu so genannten Bildungsknoten (BMBF 2003b, Bremen 2030, Band 3) werden und hierüber auch eine neue Bedeutung im Leben von Kindern und Jugendlichen erhalten. Entsprechende Ansätze wurden in einzelnen Stadtteilen bereits praktiziert, die zunächst als Präventionsansatz im Umgang mit Gewalt entstanden sind. Die Nutzung von Schulen für Aktivitäten mit Älteren geben diesen Orten neue soziale Bedeutung, erweitern das Rollenrepertoire auch gegenüber Personen mit anderem Erfahrungshintergrund und kulturellen Zuschreibungspraktiken. Entsprechende Anreicherungen institutioneller „Inseln“ finden sich inzwischen auch als Chance, die Kompetenzen und Kooperationsinteressen von verrenteten Älteren im Stadtteil sowohl in private als auch in öffentliche Lebensqualität zu verwandeln. So z. B. als Integrationshilfen für Hinzuge-

zogene durch die Kombination von Neubürger-Infobörsen oder Kompetenztauschbörsen mit vielfältigen Anbindungen an Servicebedarfe aller Art.

Sehr bemerkenswert sind die Versuche niederländischer Städte, über so genannte Quartiersmanager neue Verbindungen zwischen Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Elternschaft herzustellen, die sehr gezielt darauf setzen, Eltern mit mehr Kompetenzen gegenüber Schulen und Unterricht auszustatten und sie hierüber zugleich an Bildungsprozesse anzuschließen. Hier geht es um die Etablierung von sozialräumlichen Fixpunkten der Partizipation, die die Kooperationsformen von institutionellen Erziehern/Lehrern und Eltern zum Ausgangspunkt nehmen und qualitativ neu gestalten. Kommunale Auflage an Schulen und Kindergärten bzw. Kindertagesstätten ist, Eltern in das inner-institutionelle Leben einzubinden im Sinne schwedischer Vorbilder und den Eltern zugleich frei zu stellen, in welche Kindertagesstätte/welche Schule sie ihr Kind geben und wie sie die Kooperation gestalten wollen.

Dies geht weit über die in der Bundesrepublik entwickelte so genannte Elternarbeit von Kindertagesstätte und Schule hinaus, die i. d. R. zwischen einseitig freundlich-belehrender Informationspraxis und öffentlich-gleichgültiger Beteiligung der Eltern an Extra-Aktivitäten schwankt (Expertise Rabe-Kleberg 2004). Kindertagesstätten, Eltern und Schulen als Experten-Verband für Kinder zu verstehen und wechselseitig daran zu arbeiten, wie Eltern, wie Erzieher, wie Lehrer Kinder sehen und fördern, setzt offene Dialogformen an gemeinsamen Orten voraus. Es entstehen Bildungsorte als Begegnungsorten zwischen Experten mit unterschiedlichem Blickwinkel, möglicherweise unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichen Beobachtungen, die sozialintegrative Kompetenzen freisetzen.

Auch in Deutschland gibt es eine Reihe von Zentren, in denen Kindertagesstätten eine Art „Elternschule“ angeschlossen haben. Hier wird die Bildung von Eltern nicht als unverbindliches Dienstleistungsangebot oder als zumeist ungebetene Belehrung zwischen Tür und Angel verstanden, sondern als Partizipations- und Verantwortungsübernahme im Sinne einer ‚learning community‘. Diese Entwicklungen könnten zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen genutzt werden und als bewusste Entwicklung gerade in sozialen Brennpunkten eingesetzt werden, auch um die Attraktivität und Lebensqualität zu erhöhen. Insgesamt tragen sie zu neuen Verankerungen des Handelns im Aktivitätsprofil von Privatpersonen und Professionellen bei.

Diese Entwicklungen stehen ebenso für das Verhältnis von Familienangehörigen und Pflegeabhängigen an. Hier allerdings ist, neben der Ein-

Niederländische Städte integrieren Eltern mit ihren Kompetenzen

Betreuungs- und Bildungseinrichtungen als Expertenverbund für Kinder

Für Pflege: Entwicklung flexibler Dienste und kleinräumige Tagesbetreuung notwendig

richtung von Tagespflegestätten, konzeptionell noch wenig in diese Richtung entwickelt, obwohl die Hospizbewegung bereits neue Wege erprobt, die sich ebenfalls als Öffnung der Einrichtungen nach draußen versteht. Erst die Forschungslage über die Pflegequalität von Professionellen in Verbindung mit gemeinsamer Unterstützung durch nicht pflege-überforderte Angehörige gibt Raum, damit auch hier eine kommunalpolitisch interessante Variante zwischen entweder der häuslichen oder der stationären Pflege entstehen kann. Kostenberechnungen gehen davon aus, dass der Verzicht auf die Einrichtung eines Großaltersheims im Stadtteil zugunsten der finanziellen Unterstützung flexibler Dienste, kleinräumiger Tagesbetreuung und offener Hospize mit jeweiligen Bezügen zwischen Nachbarn, Familienangehörigen unterschiedlicher Altersgruppen und Freunden Kontaktformen ermöglichen, an denen sich selbst Bildungsangebote der Ganztagschulen beteiligen können.

V.4.5 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Dienstleistung aus einer Hand

Die Integration von Familie und Stadt/Stadtteil betrifft fast alle Ressorts, Sektoren, Ämter einer Stadt. Alle gemeinsam haben etwas mit der Konkretisierung der abstrakten Schablonen von Zeit-Raum-Lebensqualität oder Erwerbsarbeit-Familie-Stadtteilbilanz oder Lebensphasen-Lebensformen-Lebensaltersbalance usw. zu tun. Daher bedarf es neuer Formen der Kooperation und wechselseitiger Information. Schon in den vergangenen Jahren wurde sehr konkret im Rahmen der örtlichen/regionalen Familienpolitik verstärkt auf innovative Vernetzungen und Kooperationsformen gesetzt, wie z. B. in Bayern, Baden Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Hessen, die sich „runde Familientische“, „Familie im Zentrum“ oder „Familienfreundliche Gemeinde“ nannten. Mit der 2003 angelaufenen Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ hat auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) diesen Politikansatz aufgegriffen.

Im Sinne nachhaltiger Familienpolitik werden damit auf Bundes- wie auf kommunaler Ebene strategische Allianzen für Familien geschlossen bzw. unterstützt, um vor Ort flächendeckende Veränderungsprozesse anzustoßen. Thematisch fokussiert die Bundesinitiative stark auf die Verbesserung der lokalen Infrastrukturbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Davon ausgehend ist eine zentrale Stoßrichtung der Bundesinitiative, den Bereich der Wirtschaft zu mobilisieren und verstärkt Unternehmen und Wirtschaftsverbände einzubinden. Dies geschieht durch eine Sensibilisierung insbesondere auch für die be-

triebswirtschaftlichen Effekte und Standortvorteile, die familienfreundliche Unternehmen sowie Städte und Gemeinden erbringen, wobei Studien, die in letzter Zeit zu dem Thema verfasst wurden, wie die Prognos-Studie (2003) und die Studie des DIW über Einnahmefeffekte öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen (Spieß u. a. 2002), diese Argumentation fundieren.

Mit Hilfe eines Servicebüros, das lokale Akteure in erster Linie mit prozessorientierten Beratungsdienstleistungen unterstützt, werden lokale Bündnisprojekte weiterentwickelt bzw. neu initiiert. Auf der Grundlage eines fachlich-wissenschaftlichen Begleitprojekts wurde vom Deutschen Jugendinstitut auf der empirischen Basis einer bundesweiten systematischen Bestandsaufnahme bestehender Bündnisprojekte die Entstehungsprozesse und Formen der Bündnisse, wie auch deren Leistungsfähigkeit und Erfolgsvoraussetzungen dokumentiert. Bis zum Stichtag der Erhebung im Oktober 2004 gab es bereits 70 erfolgreich arbeitende Initiativen, die sich bis Juni 2005 auf über 180 Bündnisse erweitert haben, d. h. die positive Gründungsdynamik hält an. In diesen Bündnissen, von denen einige ganze Landkreise oder Regionen umfassen, leben ca. 20 Millionen Menschen. Die Akteursgruppen, die diese Bündnisse gründen, kommen zu 65 Prozent aus der Verwaltung und Politik, wie z. B. Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadt/Gemeinderat oder aus der Kommunalverwaltung, zu 46 Prozent aus den sozialen Organisationen, wie Verbände und familienorientierte Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Selbsthilfenetzwerke und zu 30 Prozent aus der Wirtschaft, wobei IHKs, Arbeitnehmervertretungen und Unternehmen selbst dabei aktiv sind. Für die Bündnisgründungen spielen standortbezogene Motive zu 37 Prozent eine herausragende Rolle, so z. B. den Lebensraum familienfreundlich zu gestalten bzw. Familienfreundlichkeit als Standortfaktor zu sehen als auch die Verbesserung konkreter, familienbezogener Angebote zu 33 Prozent. Dabei sollte eine Sensibilisierung für die Belange von Familien zu 17 Prozent und auch eine Vernetzung und damit ein Synergieeffekt von vorhandenen Angeboten zu 17 Prozent erreicht werden. Neben der Kostensenkung durch präventive Arbeit zu 9 Prozent spielt aber auch die Aktivierung zum Bürgerschaftlichen Engagement zu 6 Prozent eine Rolle.

Ein durchschnittliches Lokales Bündnis für Familie vereint 16 Bündnispartner, wobei dies mit dem Standort variiert, d. h. je größer der Standort, umso mehr Bündnispartner arbeiten zusammen. Die zentralen Pfeiler der Bündnisarbeit sind dabei die sozialen Organisationen sowie Politik und Verwaltung. Aber mittlerweile ist die Wirtschaft in zwei Drittel aller Bündnisse durch

Positive Gründungsdynamik hält an

Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse“

Lokale Bündnisse nicht nur für – sondern auch mit Familien

Verbände oder Unternehmen vertreten, insbesondere in den seit 2004 entstandenen Bündnissen. Im Hinblick auf die Zuständigkeit, Bündnisse zu koordinieren und organisatorische Aufgaben zu übernehmen, spielt die öffentliche Verwaltung eine zentrale Rolle. Dabei arbeiten Lokale Bündnisse nicht nur für die Verbesserung für Familien, sondern auch mit Familien, d. h. Familien sind in der aktuellen Bündnispraxis nicht nur „Zielgruppe“, sondern auch Akteur. Das bedeutet, die Hälfte der Bündnisse bieten interessierten Familienmitgliedern grundsätzlich die Möglichkeit, meist auf der operativen Ebene der Arbeitsgruppen, an der Bündnisarbeit aktiv mitzuwirken.

Die Palette der Handlungsfelder, die von den Bündnissen vor Ort bearbeitet werden, ist sehr breit gefächert. Sie reicht von bedarfsgerechter Kinderbetreuung (72 Prozent) bis Beratung und Information für Familien (70 Prozent), Angeboten zu einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt (67 Prozent), Stärkung der Erziehungskompetenz (54 Prozent), einem familienfreundlicheren Wohnumfeld (46 Prozent), familiengerechte Freizeit- und Kulturangebote (42 Prozent), Integration bestimmter Zielgruppen (23 Prozent), Förderung der Gesundheit der Familie (20 Prozent), Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und damit einer Verbesserung der Partizipierungsmöglichkeit von Vätern in der Familie (14 Prozent), Unterstützung Pflegebedürftiger (14 Prozent) und eine familiengerechte Zeitgestaltung zu 9 Prozent (Mehrfachnennungen waren möglich).

Familiengerechte Zeitgestaltung ist an einigen wenigen Bündnisstandorten, wie in Hanau und Bremen, aktuell bereits ein zentrales Handlungsfeld. Die dortigen Bündnisse für Familie bauten entweder auf zeitpolitischen Vernetzungsstrukturen auf bzw. wurden aus diesen Zusammenhängen heraus initiiert. Das bedeutet, der Bündnisansatz gestaltet sich als ein multi-thematischer Ansatz, der in der Regel mehrere familienpolitisch relevante Handlungsfelder integriert. Zum aktuellen Zeitpunkt liegt der Schwerpunkt der Bündnisarbeit auf Fragen der Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der aktiven Information und Beratung von Familien über bestehende Angebote vor Ort. Für weitere zukunftssträchtige Themenbereiche, wie etwa die Unterstützung von Pflegeleistungen oder familienfreundliche Zeitgestaltung, sind einige Standorte mit einer gewissen Vorreiterfunktion auszumachen (Heitkötter/Schröder 2005).

Die systematische Erschließung und Sensibilisierung von Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsunternehmen für Familie mit dem Grundgedanken: „Starke Partner bringen Familienfreundlichkeit gemeinsam voran“ ist ein innovatives und positiv zu bewertendes strategisches

Moment, das insbesondere die Bundesinitiative als Akzent in den Bündnisansatz einbringt und stark macht. Die familiengerechte Gestaltung der Arbeitswelt – insbesondere im Hinblick auf planbare und gleichzeitig flexible Arbeitszeiten sowie betriebsbezogene, flexible Formen der Kinderbetreuung – sind zentrale Gestaltungsfelder. Dieser Bündnisansatz auf lokaler Ebene wird durch einige Landesbündnisse ergänzt bzw. durch Teilnahme von Landesvertretern bei Bündnisveranstaltungen aktiv unterstützt.

Wichtig dabei aber ist auch, dass es sich hier um eine Aktivierung zivilgesellschaftlicher Beteiligung handelt, denn das quantitative Ausmaß des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements in Deutschland verweist auf die hohe Bedeutung des „sozialen Umfeldes“ als potenzielles Lernfeld: Nach einer aktuellen Umfrage engagieren sich 36 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in vielfältigen Formen und Tätigkeitsfeldern, z. B. in Vereinen, sozialen Organisationen, Verbänden, Kirchen, Projekten, Netzwerken, Gruppen, Initiativen etc (Freiwilligensurvey, BMFSFJ 2004c). Dieses „bürgerschaftliche Engagement“ ist nicht nur eine der tragenden Säulen der Zivilgesellschaft – Stichwort „soziales Kapital“ – sondern kann auch Brücken bauen, z. B. zwischen Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit oder zwischen Unternehmen und sozialen Organisationen.

So zeigen Erkenntnisse aus jüngeren Forschungs- und Praxisprojekten, dass die im sozialen Umfeld engagierten Bürgerinnen und Bürger Kompetenzen erwerben oder weiter entwickeln können – darunter insbesondere soziale, methodische und personale Kompetenzen. Da es sich zumeist um informelles Lernen handelt, bedarf es besonderer Verfahren, um solche Kompetenzen zu identifizieren und zu bewerten. Das gesellschaftliche Interesse an der Erfassung von Kompetenzen, die in informellen Lernprozessen erworben werden, hat in jüngster Zeit stark zugenommen. Dies ist insofern von Bedeutung, da zunehmend auch Unternehmen als „Corporate Citizens“ in verschiedenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements (Corporate Citizenship) aktiv werden. Parallel dazu wächst das Interesse, die Kompetenzen der im sozialen Umfeld engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erfassen und sie für die Personalarbeit, darunter insbesondere für die Personalentwicklung, nutzbar zu machen. Hinweise auf einen Kompetenzzugewinn durch Engagement im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements ermöglichte schon die Studie zur Evaluation von Familienselbsthilfeinitiativen (BMFSFJ 2001), wo gezielt nach den Kompetenzen gefragt wurde, die sich unter dem Begriff der Schlüsselqualifikationen subsumieren lassen. Diese Kompetenzen entsprechen weitgehend dem neuen Mitarbeiterprofil in der Wirtschaft, wobei

**Familiengerechte
Gestaltung der
Arbeitswelt**

**Einbindung sozialer
Kompetenzen ins
Berufsleben**

sich das Aufgabenspektrum weg von einzelnen isolierten Arbeitsschritten hin zu neuen Formen der Zusammenarbeit in Verbindung mit der Übertragung von mehr Eigenverantwortung entwickelt (Hesch 1997).

Stadtkultur von morgen bedarf der Nutzung bisher nicht aufeinander bezogener Ressourcen

Hierbei deutet sich ein neues sich Aufeinanderbeziehen zwischen den Bereichen an, die bisher als getrennt gesehen wurden. Nicht nur der Transfer von an informellen Lernorten erworbenen Kompetenzen auf die Arbeitswelt, sondern auch bisher nicht wahrgenommene sog. Spillover Effekte auch von formalisierten Lernorten auf die Familie, ihre Netzwerke und die Möglichkeit der Nutzung im kommunalen Umfeld. Die Stadtkultur von morgen wird ohne diese Ansätze nicht mehr auskommen können und Familienfreundlichkeit und Standort-Attraktivität bedeutet auch die Nutzung bisher nicht aufeinander bezogener Ressourcen.

V.5 Kinder, Nachbarschaft, familiale Ressourcen und städtische Entwicklung

Das erweiterte Bronfenbrenner-Modell (1995, 1999) berücksichtigt die kindlichen Ressourcen zur eigenständigen Entwicklung ebenso wie die der Eltern und der sozialen Umwelt für die Anregung und Förderung der kindlichen Entwicklung (Shonkoff/Phillips 2000; Shonkoff/Meisels/Zigler 2000; Brooks-Gunn 2001). Es geht nicht davon aus, dass nur das Kind mit seinen natürlichen Kompetenzen oder nur die Eltern für kindliche Persönlichkeitsentwicklung (NICHD 1997 a-e, 2001 a-e, 2003) von Bedeutung sind. Es wird auch nicht angenommen, dass vor allem die Umwelt der Familien, wie Nachbarschaft, Betreuungsangebote und Freunde, die kindliche Entwicklung fördern. Vielmehr geht dieses integrative Modell, dem heute die meisten empirischen und theoretischen Arbeiten zur kindlichen Entwicklung folgen (Shonkoff/Phillips 2000; Bronfenbrenner 1998; Santrock 2004; Elder 2002) davon aus, dass es in ausdifferenzierten modernen Gesellschaften auch in benachteiligten, ethnisch segregierten und teilweise gefährdeten Nachbarschaften und Bezirken Kinder gibt, die sich aufgrund ihrer persönlichen oder familialen Stärke mit der Unterstützung ihrer Familie so entwickeln, wie es sonst nur unter den besten Voraussetzungen kindlicher Sozialisationsbedingungen zu erwarten ist. Daher soll in diesem Schlussabschnitt explizit unter der Perspektive des Kindeswohls deutlich gemacht werden, warum eine neue Kooperation zwischen Eltern, Nachbarschaft, freiwilligen und professionellen Angeboten dem Wohl der kindlichen Entwicklung dient.

V.5.1 Integration von Dienstleistungen als Ressourcenentwicklung von Nachbarschaften

Gesellschaften können sich nicht darauf verlassen, dass alle Kinder und alle Familien unter allen Umständen sich in dieser positiven Weise entwickeln (Jarret 1998). Auch wenn die Fülle der Forschungsergebnisse zur Bedeutung der wechselseitigen Beeinflussung von kindlicher Entwicklung, familialen Beziehungen und Umwelt erst in jüngerer Zeit systematisch aufbereitet worden ist (Furstenberg u. a. 1999), so ist die Erkenntnis des notwendigen Zusammenwirkens von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde zum Wohl des Kindes keine neue Einsicht. So wies schon Coleman (1986, 1990) in seiner Analyse der asymmetrischen Gesellschaft darauf hin, dass die traditionellen Familien der 50er und 60er Jahre in Suburbia auch deswegen gute Sozialisationsbedingungen für ihre Kinder ermöglichen konnten, weil sich die Familien sowohl in Krisen und Notfällen wie auch im Alltag auf die Unterstützung von Verwandtschaft und Nachbarschaft verlassen konnten (Caplow 1982). Diese Familien waren entgegen der Annahmen vieler Autoren nicht „isoliert“, sondern eng mit ihrer Umwelt verwoben (Young/Willmott 1973; Bott 1957; Pfeil 1961; Gans 1962).

Kindliche Entwicklung, familiale Beziehung und Umwelt erst in letzter Zeit systematisch betrachtet

Weiter oben wurde gezeigt, dass heute in den großen urbanen Zentren Unterstützungsleistungen und soziale Beziehungen im nachbarschaftlichen Kontext stark ausgeprägt sind. Dennoch stehen Städte und Gemeinden in Deutschland auf Grund der Polarisierungstendenzen und demografischen Entwicklungen (Schönig 2002) vor neuen Herausforderungen, um Strategien, Angebote und jene „Dienstleistungen aus einer Hand“ zu entwickeln und diese so zu organisieren, dass sie Teile einer integralen Nachbarschafts- und Gemeindestruktur werden, mit den Eltern nicht als Klienten, sondern als kompetenten Partnern. Gerade im Nachweis funktionierender Nachbarschaftsbeziehungen zeigen sich die Ressourcen, die auch heute für solche integrativen Konzepte genutzt werden können. Obwohl es inzwischen eine Vielzahl von anregenden Modellen in vielen Gemeinden und fast allen Bundesländern als kommunale Bündnisse für Familien gibt, sind wir in der Bundesrepublik insgesamt immer noch sehr stark auf bundesstaatliche oder kommunale hoch ausdifferenzierte und spezialisierte Institutionen und Strukturen fixiert. Angebote für Kinder, die Partizipation von Kindern in Projekten oder Programmen zur kindlichen Entwicklung werden kaum wirklich erfasst, so dass der Eindruck von Defiziten nachbarschaftlicher Ressourcen entsteht, obwohl nicht nur die Bündnisse für Familien, sondern auch die verschiedenen Surveys zum bürgerschaftlichen Engagement (Freiwilligensurvey, BMFSFJ 2004c; Sozialministerium Baden-Württemberg 2005) zeigen, dass ein

erhebliches Potential für solche Entwicklungen vorhanden ist.

Als Beispiel für die Fixierung auf staatliche Institutionen kann die Erfassung der Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren in Deutschland dienen. Sie wird ausschließlich dadurch erfasst, dass die Angebote an Krippen, Kindergärten bzw. Kindertagesstätten und Horten in Relation zur jeweiligen Kinderzahl bundesweit, bundesländerspezifisch und für Landkreise bzw. kreisfreie Städte erfasst werden (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2004). Eine genaue Übersicht über andere Angebote gibt es in der Bundesrepublik nicht. Der Mikrozensus, der 2004 zumindest noch die Kinderbetreuung erfasste, enthält diese Frage in den Erhebungen ab 2005 nicht mehr. Vergleicht man die Daten in Deutschland mit anderen europäischen Ländern wie beispielsweise Frankreich, so kann man sehr schnell feststellen, dass hier eine große Vielfalt höchst unterschiedlicher Möglichkeiten kindlicher Betreuung dokumentiert wird, so dass die französischen Daten mit den Daten der deutschen amtlichen Statistik im Grundsatz nicht vergleichbar sind (Tabelle A.V.4 im Anhang). In Großbritannien wird im Wesentlichen die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten erfasst, was mit der Erhebung des staatlichen Angebots in Deutschland überhaupt nicht in Beziehung gesetzt werden kann. In den USA werden nicht nur Angebot und Nachfrage, sondern auch die kindlichen Kompetenzen und ihre Entwicklungen kommunal, regional und bundesweit dokumentiert, so dass sowohl regionale Differen-

zierungen und bundesweite Fortschritte nicht nur erfasst, sondern auch dokumentiert, analysiert und verbessert werden können.

Die bisher auf der Basis des SOEP und des Familiensurveys nicht so stark differenzierten Erhebungen zur Kinderbetreuung konnten durch die bisher einzige repräsentative Studie zu Tagesbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren (DJI 2005b) ergänzt werden. Diese liefert abweichende Ergebnisse von der Jugendhilfestatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2004). Insgesamt werden in ganz Deutschland etwa 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer öffentlich finanzierten Tagesbetreuung untergebracht, eine Zahl, die dem Mikrozensus 2004 mit 11 Prozent entspricht (Tabelle A.V.5 im Anhang). Dass aber 7 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe eine ausschließlich durch Eltern finanzierte Einrichtung nutzen und selbst in den neuen Bundesländern und Berlin, wo etwa 33 Prozent der Kinder in eine öffentlich finanzierte Einrichtung gehen, weitere 6 Prozent eine durch die Eltern finanzierte Einrichtung oder Tagesmutter nutzen, wird in der deutschen Debatte und damit auch Erfassung nicht berücksichtigt.

Das hat einerseits zur Konsequenz, dass Deutschland in internationalen Vergleichen mit den Zahlen anderer Länder verglichen wird, die nicht vergleichbar sind. Entscheidend aber ist, dass durch das Fehlen detaillierter Analysen nicht nur die regional unterschiedliche Nutzung und Inanspruchnahme unterschiedlicher Betreuungsmöglichkeiten ausgeblendet wird, sondern neue Formen von Kooperationen zwischen El-

Nicht vergleichbare
Datenerhebung zur
Kinderbetreuung
mit anderen
Ländern

Tabelle V.3

Kinder unter drei Jahren, die öffentlich¹ bzw. privat² finanzierte Betreuungsangebote nutzen
(in Prozent)

Form der Betreuung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	Neue Bundesländer und Berlin
N	(2.451)	(2.145)	(306)
Öffentlich finanziert	10	7 ²	33
Privat finanziert	7	7	6
Öffentlich u. privat finanziert	< 1	< 1	1

¹ Als öffentlich finanzierte Form der Kinderbetreuung werden Krippen/Kindertagesstätten, die eine Betreuung für Kinder unter drei Jahren anbieten, gewertet, als privat finanziert die Betreuung durch Tagesmütter, Kinderfrauen, Au Pairs und/oder Babysitter.

² Der im Vergleich zur amtlichen Statistik gut doppelt so hohe Anteil von Kindern, die ein öffentlich finanziertes Betreuungsangebot (Krippe) nutzen ist einerseits darauf zurückzuführen, dass sich die amtliche Statistik auf Daten vom Dezember 2002 beziehen, während die DJI Kinderbetreuungsstudie die Situation zur Jahreswende 2004/2005 wiedergibt. Weiterhin ist zu vermuten, dass ein Teil der in der DJI Kinderbetreuungsstudie als Krippenkinder ausgewiesenen unter 3-Jährigen keinen Krippenplatz in Anspruch nimmt, sondern in Elterninitiativen untergebracht ist, die bereits jüngere Kinder aufnehmen. Diese Plätze werden in der amtlichen Statistik aber nicht als Krippenplätze ausgewiesen.

Quelle: Markus Teubner, DJI Kinderbetreuungsstudie 2005, eigene Berechnungen

Ansätze der Integration zwischen Familie, Nachbarschaft und Gemeinde vorhanden

tern, Betrieben, Einrichtungen der Jugendhilfe, Initiativen zur Tagesbetreuung, Selbsthilfe sowie Unterstützung durch Nachbarschaft und Verwandtschaft ignoriert werden, obwohl hier eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für eine Weiterentwicklung der Integration zwischen Familie, Nachbarschaft und Gemeinde in modernen Gesellschaften besteht.

So weist die Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (2005) auf eine erhebliche soziale Differenzierung der Nutzung öffentlicher und privater Betreuungsangebote hin. Kinder ausländischer Familien, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Kinder aus Mehrkinderfamilien werden seltener außerhalb der Familie betreut. So bedürfen beispielsweise gerade Kinder aus Familien, in denen nicht die deutsche Sprache den täglichen Umgang bestimmt, vor allem dann einer besonderen Förderung in der deutschen Sprache, wenn sie auch noch in einem Kontext leben, der überwiegend durch nicht-deutsche Sprachen geprägt ist.

Aber auch die anderen Kinder brauchen Kinder, dies gilt insbesondere in den großen Städten mit traditionell kleinen Familien. Vergleicht man beispielsweise in Berlin (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und Verbraucherschutz 2004) Kinder, die in einem solchen Kontexten eine Tagesbetreuung besucht haben, mit Kindern, die das nicht tun, dann zeigt sich, dass Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache davon außerordentlich profitieren und ihre Sprachkenntnisse erheblich verbessern können, selbst wenn sie zu Hause weiterhin mit den Eltern in ihrer Muttersprache kommunizieren. Sie können später beide Sprachen besser.

Kinder brauchen andere Kinder – egal welcher ethnischer Hintergrund

Angesichts der großen finanziellen Schwierigkeiten deutscher Großstädte müssen die Städte bei der Entwicklung von Infrastrukturangeboten in diesem Bereich sehr sorgfältig planen. So könnte es sich als sinnvoll herausstellen, dass in solchen eher benachteiligten Quartieren eine besonders gute Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden muss und Anreize geschaffen werden müssen, damit Eltern diese Angebote im Interesse der Sprachentwicklung ihrer Kinder auch nutzen. Dafür müssen sich möglicherweise Städte darauf verlassen können, dass in anderen Quartieren ein höherer Anteil der Kinder auf der Basis der Initiative der Eltern in angemessener Weise in entsprechenden Betreuungseinrichtungen untergebracht wird, von Tagesmüttern betreut oder aber in der Nachbarschaft oder durch die Verwandtschaft, wenn entsprechende Erfordernisse bestehen. Solche Differenzierungen lassen sich durch Anreize, wie etwa das Voucher-system, durchaus entwickeln.

Ergebnisse amerikanischer Längsschnittstudien (Britto/Brooks-Gunn 2001) zeigen, dass Pro-

gramme, die Eltern dazu motivieren, zu Hause vorzulesen, außerordentlich effektiv sein können, wenn es um die sprachliche und kognitive Entwicklung von Kindern geht. Auch die von der englischen Regierung entwickelten Vorschulprogramme wie z. B. Sure Start (DFES 2004) sind Programme, die sehr zielgenau zunächst Familien mit Kindern in benachteiligten Regionen erreichen. Auch diese Programme haben intensiv versucht, die Eltern zu motivieren, die kindliche Entwicklung als Teil der eigenen Zukunftsgestaltung und der eigenen Alltagsorganisation zu begreifen und sich von Erziehern und teilweise auch anderen Freiwilligen darin unterstützen zu lassen, die kindliche Entwicklung zu beobachten und zu fördern. Auch diese Programme sind nach den vorliegenden begleitenden Längsschnitten zumindest in Bezug auf dreijährige und ältere Kinder sehr ermutigend, was ihre Entwicklung im Schulalter betraf.

Der Längsschnitt des National Institute of Child Health and Human Development Early Child Care Research Network (NICHD 2005) zeigt deutlich, dass die wichtigsten Variablen für die kindliche Entwicklung, und zwar auch für die sprachliche und kognitive Entwicklung des Kindes im Alter von 24 bis 36 Monaten, die Sensibilität des elterlichen Verhaltens, das positive Engagement für die Erziehung der Kinder im Elternhaus und ein liberaler Erziehungsstil sind. Diese positiven Einflüsse zeigen sich bei den Kindern unabhängig davon, ob die Kinder überwiegend zu Hause oder ganztags in einer Krippe betreut werden (NICHD 2005, 411–417). Es zeigt sich aber auch, wie schon in vielen anderen Studien, dass die Einstellung der Mütter zu ihrer eigenen Arbeit von erheblicher Bedeutung für die kindliche Entwicklung ist. Sehen die Mütter den Wert ihrer Arbeit als positiv an, dann zeigen die Kinder in der Tagespflege insgesamt eine bessere Entwicklung

Eltern sind für die Sprachentwicklung ihrer Kinder zentral

Rollenzufriedenheit der Mütter wirkt sich positiv auf die kindliche Entwicklung aus

Es wird auch deutlich, dass Entscheidungen für die eine oder andere Form der Betreuung eine persönliche Entscheidung der betroffenen Mütter sein sollte, wenn das Wohl des Kindes als Ausgangspunkt für die Entscheidung von Betreuungsformen genommen werden soll. Entspricht die gewählte Betreuungssituation den Präferenzen der Mütter für ihre persönliche Lebensentscheidung in Bezug auf Beruf und Familie, dann hat dies ganz offenkundig positive Konsequenzen für die kindliche Entwicklung. Dieses im Grunde genommen sehr plausible Ergebnis weist aber auch noch einmal daraufhin, dass die Lebensumwelt von Familien in Nachbarschaften und Gemeinden auch so strukturiert sein muss, dass die entwickelten Konzepte, wie man als einzelne Mutter Beruf und Familie vereinbaren will, auch realisiert werden können. In Gemeinden, die bisher sehr wenig in eine Infrastruktur für

Präferenzen der Mütter bei Kinderbetreuung in die kommunale Planung mit einbeziehen

Kinder investiert haben, muss man davon ausgehen, dass solche Realisierungsmöglichkeiten auf große Schwierigkeiten stoßen. Gerade wenn man das Kindeswohl als Ausgangspunkt integrativer Dienstleistungsangebote nimmt, dann scheint es sehr sinnvoll zu sein, die Präferenzen der Mütter für die Betreuungsarrangements in die Planung einzubeziehen. Das setzt einerseits große Vielfalt voraus, andererseits aber auch eine enge Kooperation von Eltern, kommunalen Einrichtungen und Betrieben, um diesen Anforderungen genügen zu können.

Die große Bedeutung des familialen Anregungsmilieus für alle Aspekte der kindlichen Entwicklung führt die Autoren des NICHD-Reports dazu, die Bedeutung eines sozial-ökologischen Modellansatzes hervorzuheben und darauf zu verweisen, wie wichtig eine gemeinsame und kooperative Zusammenarbeit von Eltern und Erziehern im Interesse der kindlichen Entwicklung ist (NICHD 2005, 424). Die Bedeutung der häuslichen Unterstützung für die kindliche Entwicklung zeigt sich auch in der englische Studie (DfES 2004: 50), deren Autoren ausdrücklich darauf hinweisen, dass der sozioökonomische Hintergrund einer Familie das familiäre Anregungsmilieu nur moderat beeinflusst. Ähnlich wie in der Studie von Britto und Brooks-Gunn sprechen sich die Autoren dieses englischen Längsschnitts, auch dafür aus, Eltern anzuregen, die kindliche Entwicklung durch Spielen, Vorlesen und andere Aktivitäten positiv zu beeinflussen.

Bei den englischen Projekten in diesem Bereich ist eine klare politische Zieldefinition erkennbar. England hatte lange Zeit ähnlich wie Deutschland mit den Herausforderungen der Transformation von der Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft zu kämpfen und ist heute sicherlich in diesem Prozess weiter vorangeschritten als Deutschland. Viele Formen sozialer Ungleichheit, die sich in diesem Prozess eher vertieft als verringert haben, sind seitens der britischen Regierung zielgruppenorientiert angegangen worden. Nicht die Frage der horizontalen Gerechtigkeit zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen waren Gegenstand zentraler politischer Debatten und Maßnahmen, sondern ein großes Ziel in diesem Bereich war die Verminderung der Kinderarmut, die noch Mitte der Neunziger Jahre (UNICEF 2005) bei knapp über 16 Prozent lag und heute auf 12 Prozent gesunken ist.

Im Rahmen dieser zielgruppenorientierten Politik ging es vor allem darum, Kindern aus benachteiligten sozialen Gruppen und Kindern mit Migrationshintergrund Bildungschancen zu eröffnen, die diesen Kindern bisher nicht offenstanden. Angesichts der hier dargestellten Forschungser-

gebnisse war der damals gewählte Weg, in Projekten die Ressourcen der Eltern, der Nachbarschaft und der Gemeinden zu mobilisieren, in denen professionelle Sozialarbeiter, Psychologen, Erzieher und Pädagogen zusammen mit Eltern, Nachbarn und Freiwilligen versuchten, im Interesse der Kinder die Ressourcen zu bündeln und zu entwickeln, ein Erfolg versprechender Ansatz. Dieses gemeinsame Ziel, nämlich die Lebensbedingungen und Lebenschancen von Kindern zu verbessern, ruft in der Regel nicht nur bürgerschaftliches Engagement hervor, sondern gibt benachteiligten Eltern in prekären Lebenslagen die Möglichkeit, in ihren Anstrengungen für ihre Kinder auch wiederum einen persönlichen Lebenssinn und Zukunftshoffnung für sich selbst zu entwickeln – was in Regionen mit einer Arbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent eine großartige Leistung ist (Elschenbroich 2002).

Die heutige Weiterentwicklung geht auf die Konzeption der Early Excellence Centres und Sure Start Centres zurück. Die dafür initiierten sozialpolitischen Projekte wie „Community Regeneration, Education Action Zones und Early Excellence Centres“ dienten alle dazu, die in Armut lebenden Kinder mit ihren Eltern oder mit ihren allein erziehenden Müttern – im Wesentlichen bildungsferne Schichten – an eine Früherziehung und Familienbildung heranzuführen. Somit ist das Early Excellence Centres-Programm (EEC) ein wichtiges Element der breit angelegten Regierungsstrategie zur Verbesserung von Erziehungs- und Bildungsstandards, der Verbesserung von Chancen, der Unterstützung von Familien, zum Abbau sozialer Isolation, der Verbesserung der Gesundheit der Gesamtbevölkerung und zum Abbau der Kinderarmut. Innerhalb von zwei Jahren, von 1997 bis 1999, wurden 29 Pilot Centres etabliert und im Weiteren entwickelten sich bis heute 107 Early Excellence Centres, vor allem in bildungsferneren Regionen, und führten die bis dato bruchstückhaften und ungleichmäßig verteilten frühkindlichen Serviceangebote – sei es für frühkindliche Bildung oder Betreuung oder familiäre Unterstützung – zusammen (Bertram u. a. 2003). Ein Zentrum erreicht mit ca. 30 Mitarbeitern ca. 400 Familien. Die Mitarbeiter setzen sich aus professionellen Kräften zusammen, aber auch aus Eltern, die sich durch die Integration in ein Zentrum weiterqualifiziert haben. Jedes Zentrum hat in den Elterngruppen je nach Bedarf vor Ort eigene Akzente gesetzt, wie z. B. für werdende Eltern, für getrennte Eltern, für Eltern zur Weiterentwicklung ihrer Erziehungskompetenz oder auch für Hilfestellungen zum Wiedereinstieg in das Erwerbsleben (Elschenbroich 2002).

Die unter der Schirmherrschaft des EEC-Programms stehenden 29 Zentren stellten innovative

Early Excellence Centres-Programme insbesondere in benachteiligten Regionen

Early Excellence Centres-Programme: Je nach Bedarf vor Ort unterschiedliche Akzente

Zielgruppenorientierte Politik in England verringerte die Kinderarmut

Modelle integrierter Einrichtungen bereit. Die Evaluation dieser 29 Zentren zeigte, dass die hohe Anzahl qualifizierter Erziehungsfachkräfte in den EEC-Teams, zusammen mit qualifizierten Fachkräften anderer Disziplinen, z. B. Sozialarbeit und Gesundheitswesen, insbesondere auf Managementebene ermöglichte, dass EECs sektorübergreifend Bahnbrechendes bei der Entwicklung integrierter Angebote leisten konnten. So etwa beispielhaft mit dem Angebot frühkindlicher Serviceleistungen in der Praxis zu sein und als Katalysator für Veränderungen in diesem gesamten Bereich zu dienen, auch durch den Austausch guter Beispiele aus der Praxis und durch Schulungsprogramme für Praktiker/innen auf kommunaler Ebene (Bertram u. a. 2003). Frühere auswertende Berichte (Bertram u. a. 2000, 2001) zeigten, dass die Pilot EECs nicht immer den gleichen Ansatz bei Bereitstellung ihrer Angebote hatten und nicht nur ein Modell der Integration verfolgten. Damit konnte auf regional-spezifische Anforderungen bei der Entwicklung ihrer Angebote eingegangen werden und auch eine Vielfalt verschiedener Modelle integrierter Angebote exemplarisch aufgezeigt werden.

V.5.2 Ressourcen ländlicher Räume

Eine solche regionale Ausrichtung wäre auch in Deutschland wünschenswert, weil die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung eine Vielzahl von Regionen umfasst, die relativ bevölkerungsarm sind und in denen integrative Konzepte schwer zu realisieren sind. Sie verfügen häufig nicht über die Ressourcen wie die urbanen Zentren, für die es um eine Neuorganisation von Kinderbetreuung, Elternbildung, Jugendarbeit und Bildungseinrichtungen in Kombination mit Initiativen aus dem Bereich der Wirtschaft und anderer Organisationen geht. Bevölkerungarme Regionen, insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch im Südwesten der Republik, sind weniger mit Polarisierungstendenzen zwischen Innenstädten und Umlandgemeinden oder zwischen Bezirken innerhalb von Großstädten konfrontiert. Vielmehr mit der Frage, wie man in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, geringer Bevölkerungsdichte und tendenziell einer hohen Abwanderungsbereitschaft insbesondere der jüngeren Generation attraktive Standortbedingungen schafft, die es für Eltern mit Kindern reizvoll macht, in den entsprechenden Regionen zu bleiben oder sogar dorthin zu wandern.

Folgt man den Analysen von Diemel/Gerloff/Lesske (2004), dann sind Elemente dieses Ansatzes auch in bevölkerungsarmen Regionen umsetzbar. Sie weist zwar darauf hin, dass natürlich auch in bevölkerungsarmen Regionen ein funktionierender Arbeitsmarkt ein wichtiges Element der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Mindestens ebenso wichtig aber sind die „Investitio-

nen in die Köpfe“, und vielleicht sollte man ergänzen, „in die Herzen, den Mut und die Bürgerschaft der Bürger“ (Diemel/Gerloff/Lesske 2004, 2). Sie verweist nämlich darauf, dass Länder wie Finnland, die in ganz ähnlicher Weise bevölkerungsarme Regionen aufweisen wie ein Teil der neuen Bundesländer, sehr viel in die Bildungseinrichtungen in ländlichen Regionen investiert haben. Aber auch andere Regionen Europas, wie Portugal, Süditalien und Irland, haben längst erkannt, dass die Aufrechterhaltung von Bildungseinrichtungen in ländlichen Regionen ein wesentliches Element darstellt, wenn man Familien in ländlichen Regionen halten will, weil nur so deutlich gemacht werden kann, dass ein Leben mit Kindern in diesen Regionen überhaupt möglich und gewünscht wird. Im Grundsatz steht dahinter auch die Vorstellung, dass diese Investitionen in Humankapital und Bildung auch für jene Bürger und Bürgerinnen, die diese Einrichtungen selbst nicht unmittelbar nutzen, als Ausdruck der Zukunftsfähigkeit einer Region interpretiert werden. Ohne Zweifel besteht ein Konkurrenzverhältnis zwischen den ländlichen Regionen mit einer starken Abwanderung beziehungsweise Abwanderungstendenzen der jungen Bevölkerung und den großen urbanen Zentren. Die großen urbanen Zentren, die traditionell immer schon kinderarm waren, wuchsen durch den Zuzug junger Erwachsener. Heute bedeutet dies aber für die ländlichen Regionen aufgrund der dort auch sehr niedrigen Geburtenraten ein langsames Entvölkern ganzer Landstriche.

Die Investitionen in Bildungseinrichtungen, und zwar auch in weiter qualifizierende Bildungseinrichtungen in ländlichen Regionen, können natürlich auch als Anziehungspunkte für junge Erwachsene konzipiert werden, wenn sie sich bemühen, die Interessen der jungen Erwachsenen besonders zu berücksichtigen. Da Deutschland hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familiengründung und Ausbildung weit hinter anderen Ländern zurückliegt, ist durchaus vorstellbar, dass die ärmeren Regionen und Bundesländer versuchen, durch eine besonders familienfreundliche Hochschulpolitik sich gegenüber den großen traditionellen Standorten zu profilieren. Es gibt durchaus Regionen in der Bundesrepublik, die durch einen Mix aus familienfreundlichen Maßnahmen, wie z. B. außerordentlich billiges Bauland, integrative Familieninfrastrukturen bis hin zur exzellenten Betreuungsangeboten versuchen, für Familien mit Kindern so attraktiv zu sein, dass die Familien aus diesen ländlichen Räumen zumindest nicht abwandern. Dazu gehört auch, dass gerade in kleinen Gemeinden und Städten schon aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen die oben entwickelte Perspektive einer besseren Integration von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, der Elternbildung und

Statt Reduzierung von Angeboten stärkere Investition in ländlichen Räumen

Verstärkung der sozialen Kohäsion in Gemeinden durch gemeinsame Ziele

der Bildungsinstitutionen mit den Eltern als Partnerressourcen ernsthaft erwogen wird. Dies kann auch dazu beitragen, dass die soziale Kohäsion in solchen Regionen durch das gemeinsame Ziel, die Entwicklungschancen von Kindern zu verbessern, erhöht wird (Lewis 2004). Wie Pestoff/Strandbrink/Vamstadt (2004) in Bezug auf einige schwedische Projekte deutlich machen, führen integrative Dienstleistungsangebote im Bereich der Kinderbetreuung bei gleichzeitig verstärktem Engagement der Eltern zu einer Verstärkung der sozialen Kohäsion in Gemeinden, weil gemeinsame Ziele und gemeinsame Aufgaben auch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinde stärken.

V.5.3 Partizipation, Kohäsion und regionale Familienpolitik

In der Bundesrepublik werden Zukunftsinvestitionen in der Regel als Investitionen in teure Geräte für die Forschung interpretiert, während die schwedischen Ansätze und das Modell der britischen Regierung versuchen, Zukunft im Wesentlichen über die Investitionen in Humankapital und dies heißt als Investitionen in die Kinder einer Gesellschaft zu interpretieren. Auf der Basis empirischer Forschungsprojekte können sie dabei für sich in Anspruch nehmen, dass solche gemeinsamen Ziele auch positive Effekte für das bürgerschaftliche Engagement in Gemeinden und Städten mit sich bringen und auch Familien – deren Teilhabe an der Gesellschaft aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderen Ursachen sehr gering geworden ist – motiviert werden können, sich wiederum im Interesse ihrer Kinder auch stärker zu engagieren.

Wenn man beispielsweise die Typologie von Familien, die in der Gießener „Armutstudie“ (Meier/Preuße/Sunnus 2003) entwickelt worden ist, als Grundlage für eine solche Strategie in Deutschland heranzieht, so kann man davon ausgehen, dass in Deutschland auch für einen großen Teil von Familien in prekären Lebenssituationen solche Strategien erfolgreich sein können, wenn entsprechende partizipative Strukturen entwickelt werden. Die Bündnisse für Familien auf kommunaler Ebene zeigen zudem, dass auch in Deutschland ein enormes Potenzial vorhanden ist, das Länder und Gemeinden teilweise schon nutzen, aber sicherlich noch weiter und intensiver nutzen können. Eine solche Familienpolitik, die Elemente der Vorstellungen des Fünften Familienberichts aufgreift, wie die der Erhaltung des Humanvermögens der Gesellschaft, und diese Perspektive um den Gedanken erweitert, dass solche partizipativen Strukturen – nämlich die Teilhabe von Familien und Kindern an gesellschaftlichen Entwicklungen – als Teil der Entwicklung gesellschaftlicher Kohäsion be- greifen, können nicht nur die Entwicklung des

Humankapitals in der Gesellschaft positiv beeinflussen, sondern im gleichen Umfang auch zur Entwicklung des Sozialkapitals moderner Gesellschaften beitragen. Voraussetzung für eine solche Perspektive ist allerdings, dass Städte, Gemeinden und Länder Familienpolitik auch als Teil der Gestaltung der Lebensbedingungen ihrer Bürger und damit als einen Aufgabenbereich be- greifen, der in vielen Bereichen auf Landes- und kommunaler Ebene konstruktiv gestaltet werden kann. Die Lebensverhältnisse in Deutschland zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus, die ihrerseits als Ressource zu würdigen ist und die es zu erhalten gilt.

V.6 Wer investiert und wer hat welchen Ertrag?

Investitionen in Kinder – sowohl auf der Ebene der Länder als auch der Kommunen – erhöhen das Humankapital einer Gesellschaft, tragen zur Entwicklung des Sozialkapitals bei und sind wichtige Nutzenkomponenten dieser Investitionen. Ökonomisch betrachtet kommen weitere Nutzenkomponenten hinzu, die bei der Frage, wie viel in Kinder investiert werden soll, ebenfalls miteinbezogen werden müssen. Außerdem ist es – wie bei der Verteilung aller knappen Ressourcen – wichtig, den Nutzenkomponenten aus bestimmten Investitionen auch deren Kosten gegenüberzustellen. Erst dann, wenn von einem positiven Nettonutzen ausgegangen werden kann, wenn also alle Nutzenkomponenten zusammen die Kosten übersteigen, kann von einer rentablen Investition gesprochen werden.

Grundsätzlich können kurz-, mittel- und langfristige Nutzenkomponenten bei der Betreuung in Kindertageseinrichtungen unterschieden werden. Diese Nutzenkomponenten gehen zum einen primär vom betreuten Kind aus, oder sie können primär den Eltern, insbesondere den Müttern, oder auch anderen Wirtschaftsobjekten, zugeordnet werden. Nutzenkomponenten, die den Kindern zuzuordnen sind, sind jene Effekte, die die kindliche Entwicklung fördern und unterstützen; sie resultieren aus den Investitionen in das Humankapital von Kindern. Allerdings werden sie nur dann erzielt, sofern eine gute pädagogische Betreuungsqualität gewährleistet ist. Dies ist eine zentrale Voraussetzung.

Eine Förderung der kindlichen Entwicklung im vorschulischen Alter kann mittelfristig den Schulerfolg erhöhen. Dies kann z. B. damit verbunden sein, dass die Zahl der Schuljahrswiederholungen oder Sonderschulzuweisungen abnimmt, die ansonsten durch öffentliche Mittel finanziert werden. Auch öffentlich finanzierte Maßnahmen der Jugendhilfe können, was das notwendige Finanzvolumen angeht, verringert werden, wenn eine pädagogisch gute Betreuung in Kindertages-

Investition in die
Entwicklung der
Kinder als
Zukunftsaufgabe

Partizipative
Strukturen auch für
Familien in prekären
Lebenssituationen
wichtig

Förderung der Kin-
der schon im Vor-
schulalter wichtig

einrichtungen erfolgt. Sowohl den Ländern als auch den Kommunen kommen diese potentiellen Einsparungen zu Gute. Langfristige Nutzenkomponenten bestehen darin, dass pädagogisch gute Betreuungsqualitäten in früher Kindheit zu einem höheren Lebenseinkommen, einer geringeren Fürsorgeabhängigkeit oder aber einer geringeren Kriminalität führen können – alles dies führt zu öffentlichen Mehreinnahmen bzw. zu Einsparungen bei öffentlichen Haushalten.

Untersuchungen, die auf der Basis repräsentativer Daten empirische Hinweise auf diese Nutzenkomponenten geben, sind primär im US-amerikanischen Forschungsraum anzusiedeln.⁸² Es gibt eine Vielzahl von Studien, die sich mit den kurzfristigen Effekten einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen beschäftigen. Sie zeigen, dass insbesondere die kognitive Entwicklung von Kindern aus Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status und aus anregungsarmen Elternhäusern durch eine gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen maßgeblich gefördert wird. Studien, die bis in die Schulzeit hinein die Effekte einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen untersuchen, haben in jüngster Vergangenheit an Bedeutung gewonnen. In zwei groß angelegten empirischen Untersuchungen – der NICHD-Studie und der „Cost, Quality, and Outcomes“-Studie – konnten so z. B. weitere Hinweise dafür gefunden werden, dass eine gute vorschulische Betreuungsqualität schulische Leistungen erhöht, insbesondere für Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau (NICHD Early Child Care Research Network 1996, Feinberg 1999).

Empirische Studien, die mittel- bis langfristige Effekte analysieren, gibt es dagegen wenige: Die wohl bekannteste unter den wenigen Studien ist das Perry Preschool-Projekt, das Kinder weit über ihr 19. Lebensjahr hinaus beobachtet hat (Schweinhart/Weihart 1993, Berrueta-Clement 1984). In diesem Projekt konnten dahingehend Effekte gefunden werden, dass sich eine pädagogisch gute frühkindliche Betreuung positiv auf das spätere Erwerbseinkommen und die Arbeitsmarktperformance auswirkt. Im europäischen und insbesondere deutschen Forschungsraum liegen dagegen wenige solcher Studien vor. In einer Studie für Deutschland können z. B. Spiess u. a. (2003) zeigen, dass sich der Besuch eines Kindergartens bei Kindern aus Migrantenfamilien positiv auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, eine weiterführende Schule zu besuchen. Dies legt nahe, dass eine gute außerhäusige Kinderbetreuung die Integration von Migrantenkindern erhöht und damit Ausgaben in anderen Bereichen, wie

z. B. dem Bereich von Integrationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien, verringert.

Neben diesen kindbezogenen Effekten verursacht der Besuch einer Kindertageseinrichtung auch einen Nutzen, der zunächst den Eltern, insbesondere den Müttern zuzuordnen ist. Kindertageseinrichtungen ermöglichen es grundsätzlich, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Damit entsteht einer Volkswirtschaft ein Nutzen, indem durch eine höhere Elternerwerbstätigkeit dem Fiskus ein höheres Steueraufkommen und den Sozialversicherungen ein höheres Beitragsaufkommen zur Verfügung steht. Hinzu kommen weitere mögliche Einsparungen bei den Unterstützungsleistungen für Elternteile, die ohne eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen nicht erwerbstätig sein könnten. In einer Studie von Spieß u. a. (2002) wurden diese Effekte in ihrem Volumen abgeschätzt: Sie zeigen, dass jährlich 1 bis 6 Mrd. Euro Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer und 1 bis etwa 9 Mrd. Euro Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungsträgern erzielt werden könnten, wenn erwerbswillige Mütter ihre Erwerbswünsche tatsächlich realisieren könnten – dies setzt allerdings eine entsprechende Arbeitsnachfrage voraus. Außerdem kann eine Steigerung des Familieneinkommens durch eine Erwerbsbeteiligung der Mütter auch mit höheren Konsumausgaben von Familienhaushalten verbunden sein, was zu einem höheren Mehrwertsteueraufkommen führen würde.

Es ist ein Spezifikum der deutschen föderalen Finanz- und Aufgabenverteilung, dass diese Einnahmen jedoch nicht allein den Ländern und Kommunen zukommen, die in Deutschland für die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen zuständig sind.⁸³ Bei den Einkommenssteuereinnahmen handelt es sich um so genannte Gemeinschaftssteuern, die sowohl an den Bund als auch an die Länder und Gemeinden fließen. Grundsätzlich stehen den Gemeinden 15 Prozent des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens zu. Allerdings gilt für die regionale Verteilung des Einkommenssteueraufkommens das Wohnsitzprinzip. So profitieren „Umlandgemeinden“ erheblich von der Tatsache, dass Einkommen in den „Kernstädten“ geschaffen werden, der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer wohnsitzabhängig verteilt wird und es insbesondere von einkommensstarken Bevölkerungsschichten eine Abwanderung ins Umland gab (Vesper 2004). Von den steigenden Sozialversicherungsbeiträgen profitieren die Sozialversicherungsträger

Nutzen der Kindertageseinrichtung sowohl für Eltern als auch für die Volkswirtschaft

Positive Effekte für die Entwicklung der Kinder durch Betreuung in Kindertageseinrichtungen

⁸² Vgl. z. B. Blau (2002), der aus ökonomischer und methodischer Sicht eine kritische Zusammenfassung US-amerikanischer Studien darstellt.

⁸³ Aus formaler Sicht sind die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung pflichtige Ausgaben der Gemeinden, denen sie sich nicht entziehen können (DIW Berlin 2004 und Scheiwe 2004).

und nur indirekt der Bund, indem er geringere Zuweisungen an die Sozialversicherungen tätigen muss.

Gute pädagogische Kindertagesbetreuung als „weicher“ Standortfaktor

Vor diesem Hintergrund kann in Deutschland von einem Missverhältnis zwischen der Aufgaben- und der Ausgabenzuständigkeit einerseits und der Finanzmittelverteilung andererseits gesprochen werden. Allerdings gibt es auch Nutzeffekte aufgrund einer steigenden Elternerwerbstätigkeit, die auf kommunaler Ebene anzusiedeln sind. Eine pädagogisch gute Kindertagesbetreuung kann als „weicher“ Standortfaktor in das unternehmerische Entscheidungskalkül eingehen und so die potentielle Wertschöpfungs- und Wirtschaftskraft einer Gemeinde erhöhen. Vermehrte Wirtschaftsaktivitäten in einer Gemeinde beeinflussen auf zweierlei Wegen das kommunale Steueraufkommen: Zum einen nimmt die Gewinnsumme zu und damit der Gewerbeertrag und das Gewerbesteueraufkommen. In dem Maße, in dem neue Arbeitskräfte eingestellt werden vergrößert sich zudem das Einkommensteueraufkommen einer Gemeinde. Allerdings muss auch erwähnt werden, dass im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Verteilung der so genannten „Schlüsselmasse“ finanzkraftabhängig erfolgt. Eine Gemeinde kann u.U. nach Investitionen in den Ausbau von Kindertageseinrichtungen sogar schlechter dastehen als zuvor, wenn nämlich ein verbessertes Betreuungsangebot die Steuerkraft erhöht und sich dadurch der Anspruch auf „Schlüsselzuweisungen“ vermindert (DIW 2004).

Geringer Verlust des Humankapitals als Nutzeffekt eines guten Betreuungsangebots

Neben den genannten Nutzeneffekten durch eine erhöhte Elternerwerbstätigkeit wird eine Volkswirtschaft langfristig auch dahingehend Einsparungen und damit einen Nutzen erzielen können, da eine gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen Eltern, insbesondere Müttern, eine kontinuierlichere Erwerbsarbeit ermöglicht. Damit können zum einen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik reduziert werden, wie z. B. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mütter nach längeren Erwerbspausen. Zum anderen entstehen auch indirekte Nutzeneffekte darüber, dass bedarfsgerechte Möglichkeiten einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen Einkommensverluste aufgrund einer Entwertung der Berufserfahrung, d. h. des Humankapitals, verhindern bzw. verringern können. Eine Untersuchung von Beblo/Wolf (2002) für Deutschland zeigt, dass bei Frauen die Entwertung der gesammelten Berufserfahrung aufgrund eines Ausstiegs aus der Vollerwerbstätigkeit etwa 60 Prozent pro Unterbrechungsjahr und 55 Prozent pro Teilzeitjahr beträgt. Mit dem Eintritt in die Elternzeit schlägt sich somit pro Unterbrechungsjahr z. B. eine vorangegangene zehnjährige Berufstätigkeit nur noch mit effektiv vier Jahren

lohnsteigernd zu Buche. Negative Einkommenseffekte fallen außerdem weniger dramatisch aus, wenn die Unterbrechung kurz ist. Alle diese Einkommenseffekte wirken sich ebenfalls auf die Einkommenssteuereinnahmen und das Sozialversicherungsaufkommen aus.

Ferner bedingt eine Betreuung in Tageseinrichtungen auch positive gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkteffekte dadurch, dass Kindertageseinrichtungen ein Arbeitsfeld für Erzieherinnen, Sozialpädagogen und andere soziale Berufe darstellen. Dies ist ein Beispiel für Nutzenkomponenten, die anderen Wirtschaftssubjekten zuzuordnen sind. Nach Abschätzungen würde eine Realisierung der Erwerbswünsche von erwerbswilligen Müttern eine zusätzliche Beschäftigung von mehr als 1 000 Fachkräften voraussetzen, die wiederum zu einer Erhöhung der Einkommenssteuer- und Sozialversicherungseinnahmen beitragen würden. Der Umfang einer solchen Erhöhung wird auf bis zu 5 Mrd. Euro geschätzt (vgl. Spieß u.a 2002).

Diesen und weiteren Nutzenkomponenten müssen bei einer Entscheidung darüber, wie viel in diesen Bereich investiert wird, die Kosten von Kindertageseinrichtungen gegenübergestellt werden. Auf den ersten Blick scheint es sehr viel einfacher diese zu beziffern. Allerdings variieren die Kosten für Tageseinrichtungen sehr stark regional und unterscheiden sich nach Bundesland, Träger oder auch einzelnen Einrichtungen (vgl. z. B. die Länderübersicht von „Kita-Finanzierungsregelungen“ des Landes Brandenburg, www.bildungsserver.de). Sie richten sich nach dem Betreuungsvolumen, nach der Qualifikation des Betreuungspersonals und vielen anderen Qualitätskriterien. Kostenbetrachtungen müssen – auch vor dem Hintergrund von entsprechenden Defiziten in der amtlichen Statistik – von daher auf die Ergebnisse von Einzelstudien zurückgreifen, die die Kosten für Kindertageseinrichtungen in ausgewählten Bundesländern ermittelt haben (vgl. Bock/Timmermann 2000). Für ökonomische Kostenbetrachtungen ist außerdem relevant, inwiefern indirekte volkswirtschaftliche Kosten dadurch entstehen, dass Eltern sich aufgrund zu hoher Elternbeiträge gegen eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen entscheiden. Dann könnten einige der kindbezogenen Nutzenkomponenten nicht realisiert werden. Außerdem ist es bedeutsam, ob Eltern aufgrund der Höhe der Elternbeiträge ihre Erwerbstätigkeit anpassen. Für Deutschland zeigt z. B. die Expertise Steiner/Wrohlich (2004), dass mit steigenden Elternbeiträgen Mütter ihre Erwerbstätigkeit reduzieren. Dies würde dazu führen, dass entsprechende Nutzenkomponenten einer Erwerbstätigkeit von Müttern nicht vollständig realisiert werden können.

Positive gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkteffekte durch Kindertageseinrichtungen

Studien, welche die Kosten- und Nutzenbetrachtungen auf volkswirtschaftlicher Ebene zusammenfügen, d. h. Studien, die den öffentlich finanzierten Kostenanteilen einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen explizit deren gesamtgesellschaftlichen Nutzen gegenüberstellen, existieren vorrangig im nordamerikanischen Raum. Dies steht mit der jahrzehntelangen US-amerikanischen Forschungstradition im Bereich der Ökonomie der Kinderbetreuung in Verbindung. Zu den wohl bekanntesten dieser Studien zählt die Kosten-Nutzen-Analyse für das US-amerikanische Perry-Preschool-Projekt. Die Kosten-Nutzen-Analyse für das Perry-Preschool-Projekt ergab, dass der Nutzen die Kosten des einjährigen Programms um das siebenfache und für das zweijährige Programm um das 3,6-fache übersteigt, zu einem Zeitpunkt, als die Mitglieder der Untersuchungsgruppe 19 Jahre alt waren. Auch als Ergebnis einer kanadischen Kosten-Nutzen-Analyse (Cleveland/Krashinsky 1998) kann festgehalten werden, dass bei einer guten Kinderbetreuungsqualität tatsächlich ein gesellschaftlicher Zusatznutzen entsteht – oder anders ausgedrückt, dass frühe Investitionen in die frühkindliche Erziehung langfristig rentabel sind. Weitere Kosten-Nutzen-Analysen umfassen die Arbeiten von Reynolds u. a. (2002) sowie Rolnick/Grunewald (2003). Als Konsens der US-amerikanischen Untersuchungen kann festgehalten werden, dass eine pädagogisch gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen ökonomisch gesprochen sehr rentabel ist. Im europäischen Raum gibt es keine Tradition im Bereich der Ökonomie der Kinderbetreuung. Von daher ist es auch nicht überraschend, dass dort kaum entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen zu finden sind. Zu den wenigen Ausnahmen zählt eine Untersuchung für die Stadt Zürich. Als Ergebnis der Untersuchung von Müller-Kucera/Bauer (2001) kann festgehalten werden, dass die Züricher Kindertagesstätten Kosten in Höhe von rund 39 Millionen Franken verursachten, denen ein Nutzen in einer Größenordnung von 137 bis 158 Millionen gegenüberstand. Pro einem Franken,

Frühe Investitionen in frühkindliche Erziehung sind langfristig rentabel

den die Gesellschaft in Kinderbetreuung investieren, flossen zwischen 3 und 4 Franken an die Gesellschaft zurück.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei der Betreuung von Kindern vielfältige Nutzen- und Kostenaspekte festzumachen sind, die in ihrer Bewertung darauf hindeuten, dass auf volkswirtschaftlicher Ebene ein positiver Nettonutzen festzumachen ist. Dies hat zur Folge, dass eine staatliche Förderung einer pädagogisch guten Betreuung in Kindertageseinrichtungen auch ökonomisch rational ist. Allerdings sind volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Betrachtungen insofern mit Problemen verbunden, als die Kosten und der Nutzen häufig zeitlich versetzt „anfallen“, d. h. es kommt teilweise zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen zwischen Investitionen und Ertrag. Dies betrifft insbesondere die kindbezogenen Nutzenkomponenten. Diese zeitlichen Verzögerungen sind oft nicht kompatibel mit den faktischen Zeitmaßstäben der politischen Entscheidungsträger und führen zu einer Prioritätensetzung im politischen Tagesgeschäft, die aus einer längerfristigen gesellschaftlichen Perspektive nicht rational ist. Bei der Frage, welcher politische Akteur Anreize hat, in die Betreuung von Kindern zu investieren, ist es außerdem von Interesse, auf welcher Ebene die Kosten und auf welcher Ebene der Nutzen anfällt. Im Sinne von Bronfenbrenner heißt dies, es ist von zentraler Bedeutung, in welchem System die Finanzierungsverantwortung liegt und welches System von den Erträgen in die Investition „Kinder“ profitiert.

Kindertageseinrichtungen – auch in Deutschland insgesamt ein positiver Nutzen

In Deutschland kommt es dabei zu einem Missverhältnis, indem ein Großteil der Kosten bei den Kommunen und Ländern angesiedelt sind, während der Nutzen insbesondere dem Bund sowie den Ländern und Kommunen zu Gute kommt. Dies legt nahe, entsprechende Änderungen im kommunalen Finanzausgleich oder viel grundsätzlicher bei der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen durchzuführen (vgl. Spieß/Wrohlich 2005 und Kapitel VIII).

VI. Chancen und Zwänge: Zeitorganisation

VI.1 Umbrüche von Zeitstrukturen

Umbrüche in
Zeitstrukturen
im Übergang zur
Wissengesellschaft

Mit dem tief greifenden Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft (Kübler 2005) sind Umbrüche in ihren Zeitstrukturen verbunden, die sich in unterschiedlichster Weise auf Familie auswirken. Die Expansion der Dienstleistungsarbeit in den 1960er und 1970er Jahren sowie der Wissensarbeit in den 1980er und 1990er Jahren hat dazu geführt, dass das industrielle Zeitregime seine dominante gesellschaftliche Bedeutung verliert bzw. zunehmend mit veränderten Strukturen kollidiert (Bertram 1997). Starre Zeittakte, die Fragmentierung von Arbeitsabläufen und ihre Verstärkung, Zeitkontrolle und Zeitdisziplin, Orientierung an Maschinen- und Uhrenzeiten sind wesentliche Charakteristika industrieller Zeit, die für die typische Produktionsweise der Industriegesellschaft durchaus funktional waren. Die hiermit verbundene, forcierte „Ökonomie der Zeit“ (Rinderspacher 1985) fügte der zentralen Koordinationsfunktion von Zeit, die alle entwickelten Gesellschaften begleitete, einen rigiden Verwendungsimperativ von Zeit im linearen Uhrentakt hinzu. Industrielle Zeittakte beeinflussten damit auch maßgeblich die Gestaltung der privaten Lebensführung und wirkten in das Familienleben hinein – transportiert über die erwerbstätigen Personen im Haushalt, aber auch durch die an die Industriezeit angepassten Schultakte, Öffnungs- und Verkehrszeiten.

Diese starren zeitlichen Taktgeber trafen auf eine typisch andere Logik von Familienzeit, in der die emotionale, psychische und physische Versorgung der Familienmitglieder (einschließlich der Erziehungsleistungen) und die Pflege ihrer persönlichen Beziehungen im Vordergrund stehen. Da diese Familienarbeit, bestehend aus sachbezogener Hausarbeit und personenbezogener Fürsorgearbeit, im Rahmen der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wesentlich in den Zuständigkeitsbereich der Frauen fiel und diese entweder nicht erwerbstätig waren oder lediglich eine „Zuverdiener-Rolle“ inne hatten, war die Praxis familialer Zeit, das heißt die Gewährleistung von Verlässlichkeit als besonderer Qualität von Familienzeit sowie die Abstimmung verschiedener Zeitlogiken primär Aufgabe des weiblichen Geschlechts. Fordistische Strukturen der klaren Trennung von Produktions- und Reproduktionsbereich einschließlich der entsprechenden geschlechterhierarchischen Arbeits-

Frauen sorgten für
reibungslose Zeitko-
ordination zwischen
privaten und öffent-
lichen Bereichen

teilung einerseits und entsprechend aufeinander weitgehend abgestimmte öffentliche Zeittakte andererseits waren die Bedingungen dafür, dass die Zeitorganisation in Familien sowie zwischen Familien und gesellschaftlichen Institutionen relativ reibungslos verlief. Gleichwohl hatte dieses Geschlechterregime einen hohen Preis: Für Frauen war sie gleichbedeutend mit einem weitgehenden Ausschluss aus dem Erwerbsbereich bzw. mit einer erheblichen Doppelbelastung, sobald sie berufstätig waren, wohingegen Männer als „Berufsmänner“ wenig authentische Erfahrungen mit dem familialen Arbeitsbereich machen konnten.

Der gesellschaftliche Wandel hin zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft führt nun zu einem Bruch mit dieser etablierten Zeitordnung. Zum ersten liegt das in der Logik der veränderten Erwerbsarbeit selbst begründet, weil Dienstleistungs- und Wissensarbeit nur bedingt in industriellen Zeittakten erbracht werden können. Bei ihr geht es eher um die Anpassung an Kundenbedürfnisse, um die Besonderheit der jeweiligen Aufgabe sowie die Grenzenlosigkeit neuer globaler Informations- und Kommunikationstechnologien, die prinzipiell Erwerbsarbeit immer und an jedem Ort ermöglicht. Langfristig festgelegte tägliche Arbeitszeiten von 8 bis 16 Uhr büßen zunehmend an Normalität ein. Demgegenüber verbreiten sich flexible, an globalen Verwertungszwängen sowie am Kunden orientierte Arbeitszeiten.

Veränderte Arbeits-
und Geschlechter-
verhältnisse führen
zu Brüchen in der
Zeitordnung

Zum zweiten entstehen Zeitkollisionen dadurch, dass sich familienergänzende Institutionen wie Kindergärten bzw. Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie Öffnungs- und Verkehrszeiten im lokalen Umfeld von Familien diesen veränderten Strukturen und zeitlichen Veränderungen kaum angepasst haben, sondern nach wie vor eher dem „industriellen“ Muster folgen.

Zum dritten verbinden sich diese neuen Konfliktlinien mit der verstärkten Erwerbsintegration von Frauen. Durch sie wird nicht nur das vermeintlich selbstverständlich vorhandene „weibliche“ Hinterland zur Abstimmung von verschiedenen Zeitlogiken, sondern auch das Potential an Haus- und Fürsorgearbeit zur knappen Ressource. Zudem tragen Frauen jetzt ihrerseits erwerbsbedingte zeitliche Anforderungen in die Familie, was zunehmend eine Neugestaltung der innerfamilialen Arbeitsteilung nahe legt.

Zum vierten verändern sich durch Individualisierungsprozesse und die gesellschaftliche Stärkung der Position von Frauen und Kindern gegenüber traditionell-hierarchischen Familienstrukturen ihre Ansprüche auf Eigenzeit und Eigenaktivitäten. Frauen ordnen ihre Zeit nicht mehr selbstverständlich den Bedürfnissen anderer Familienmitglieder unter, Kinder haben neben der Schule viele andere Interessen, umgekehrt artikulieren Väter verstärkt den Wunsch nach mehr Zeit mit ihren Kindern.

Das Zusammentreffen dieser vier Tendenzen führt dazu, dass sowohl auf der Ebene der gesellschaftlichen und betrieblichen Zeitstrukturen als auch auf der Ebene der Koordinierungsanforderungen im Familienleben zwar neue Chancen, aber zunächst vor allem neue Widersprüche und Konflikte entstehen, die Gestaltungsbedarf bei der Organisation von Zeit signalisieren. Auch unter post-fordistischen Bedingungen bleibt Erwerbszeit ein wichtiger Taktgeber für die familiäre Lebensführung, jedoch in anderer Weise als im Industriezeitalter: Zum einen durch ihre „Verdoppelung“, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, zum anderen durch ihre Flexibilisierung. Vor diesem Hintergrund wird die Synchronisation und Koordination von Zeiten in Familien, auch unter den Vorzeichen der Notwendigkeit von Verlässlichkeit, zu einer anspruchsvollen Herstellungsleistung, die vielfältige Kompetenzen im Umgang mit Zeit auf Seiten der Familienmitglieder voraussetzt. Zugleich sind gesellschaftliche Akteure gefordert, ein Bedingungsgefüge im Umfeld von Familie zu schaffen, das den Alltag für Familien auch in Zukunft bewältigbar macht.

Aktuell artikulieren sich neue politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Initiativen zum Zusammenhang von Familie und Zeit. Sie zeigen sich sowohl auf Bundesebene wie z. B. der vom BMFSFJ initiierten „Allianz für Familie“, wo familienfreundlichere Arbeitszeiten bei führenden Unternehmen im Mittelpunkt stehen, als auch auf Landesebene wie z. B. in Bayern, wo in Kooperation des bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums mit dem Bayerischen Wirtschaftsverband Klein- und Mittelbetriebe kostenlos für eine familienfreundlichere Arbeitszeit beraten werden.

Auf Seiten des Tarifpartners Gewerkschaften hat ver.di eine große Arbeitszeitinitiative „Nimm Dir die Zeit“ gestartet (Bsirske u. a. 2004), in die Familienthemen integriert sind; die IG-Metall ist bereits seit etlichen Jahren mit dem Thema „Arbeit-Zeit-Leben“ beschäftigt (www.igmetall.de/gutearbeit). Die seit drei Jahren bestehende deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (www.zeitpolitik.de) bündelt unterschiedlichste gesellschaftliche Interessen an Zeitfragen. Auf wissen-

schaftlicher Ebene ist es seit einigen Jahren v. a. die Hans-Böckler-Stiftung, die schwerpunktmäßig Studien bspw. zu betrieblichen Zeitlösungen im Interesse einer besseren Vereinbarkeit (Expertise Klenner 2004), zur Ambivalenz flexibler Arbeitszeiten (Expertise Jürgens 2004) und zu einzelnen Arbeitszeitmodellen, wie z. B. Arbeitszeitkonten (Eberling u. a. 2004), fördert.

Diese Aktivitäten greifen auf, dass die Passungsverhältnisse zwischen gesellschaftlichen Zeitstrukturen und Familie durch soziale Umbrüche nicht mehr stimmig sind und es einen großen Gestaltungsbedarf gibt. Die neuen Akteure nehmen wahr, dass öffentliche Zeitstrukturen und Erwerbsarbeitszeiten, familiäre Lebensformen und -lagen, die Bedarfe von Familien sowie die individuellen Interessen von Frauen, Männern und Kindern sich im historischen Prozess jeweils für sich verändert haben und ihr Verhältnis zueinander auf diese Weise aus der Balance geraten ist. Die eingespielten Zeitmuster zwischen Erwerb, Familie und Öffentlichkeit, die sich in den Jahrzehnten des Fordismus mit der Trennung von Erwerb und Familie einschließlich einer eher traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung etablierten und hierfür auch relativ praktikable Alltagsarrangements ermöglichten, entsprechen nicht mehr dem, wie Familien und ihre Mitglieder heute leben und was sie sich wünschen. Dass der Zusammenhang von Familie und Zeit auch in den Augen der Betroffenen nicht mehr selbstverständlich ist und insbesondere die Frage der Sorgearbeit und deren angemessene Organisation auf der Tagesordnung steht, belegt mittlerweile ein reichhaltiger internationaler Diskurs (Epstein/Kalleberg 2004; Folbre/Bittman 2004). Unstrittig ist, dass in breiten Segmenten der Bevölkerung die Bewältigung des Alltags eine große Herausforderung geworden ist und Gefühle des Zeitstresses auftreten (Garhammer 1999). Für die Zukunft von Familie und für Familienpolitik ist deshalb eine verstärkte gesellschaftliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema „Zeit“ und die Suche nach neuen Wegen der Zeitgestaltung und -organisation eine entscheidende Voraussetzung.

VI.2 Familienzeit – die Komplexität gemeinsamer Zeit

Solange familiäre und gesellschaftliche Zeiten entlang des fordistischen Modells geordnet waren, wurde Zeit in ihrer allgemeinen, zentralen Bedeutung für Familie unterschätzt, entsprechend war sie keine entscheidende Variable der Familienpolitik. Das ist aufgrund der engen und vielfältigen Zusammenhänge zwischen Zeit und Familie erstaunlich, denn die Qualität des Zusammenlebens von Familien ist prinzipiell untrennbar verbunden mit den zeitlichen Ressourcen und Zeitbindungen ihrer Mitglieder.

Vielfältige Initiativen zum Zusammenhang von Familie und Zeit

Gestaltungsbedarf für Organisation von Zeit

Qualität von Familienleben untrennbar verbunden mit Zeitressourcen und -bindungen

Zeit und Familie sind auf vier Ebenen miteinander verknüpft:

- Zum ersten brauchen Familien Zeit, um überhaupt *als* Familie existieren und sich als solche erfahren zu können. Diese Dimension gemeinsamer Zeit im Alltag ist die Grundbedingung des Familienlebens.
- Zum zweiten ist der Familienalltag – Hausarbeit, Kindererziehung und -betreuung, Care, Freizeit, soziale Kontakte etc. – zeitlich organisiert. Zeit ist ein zentrales Medium, um diese Aktivitäten zu strukturieren, damit der Alltag ihrer Mitglieder jeweils für sich und miteinander funktioniert. Verlässliche Verfügung über Zeit ist dabei eine notwendige Grundlage für familiäre Leistungserbringung.
- Zum dritten sind Familien eingebunden in vielfältige und differente, teilweise in Widerspruch zueinander stehende gesellschaftliche Zeitsysteme, die das Familienleben mehr oder weniger direkt beeinflussen. Von besonderer Bedeutung sind hier die Erwerbsarbeitszeiten.
- Zum vierten ist neben der Alltags- auch die Verlaufsperspektive von Bedeutung, denn Familien unterliegen in doppelter Hinsicht einem zeitlichen Wandel. Sie ändern sich als gesamtes System und für die jeweiligen Mitglieder im Zeitverlauf: Familie ist ein Prozess, in dessen verschiedenen Phasen immer wieder Neukonstellationen und Neudeutungen im Familienverlauf auftreten (vgl. Kap IV)⁸⁴. Darüber hinaus sind diese endogenen Veränderungsprozesse von Familie eingebunden in gesellschaftliche Wandlungsprozesse.

Im Zusammenspiel dieser vier Ebenen ist Zeit eine grundlegende Ressource für das Gelingen des Projekts „Familie“. Hierfür bedarf es zunächst eines Verständnisses der Eigenlogik von Familienzeit. Diese besteht zum einen in ihrer Komplexität, denn Familie ist ein Ort, an dem unterschiedliche Zeiten der unterschiedlichen Mitglieder aufeinander treffen. Dabei werden neben der Organisation der Zeiten der einzelnen Mitglieder auch gemeinsame Zeiten geschaffen, denn es geht in Familie nicht primär um ein reibungsloses zeitliches Nebeneinander von Individuen, sondern um die Herstellung einer Balance individueller und gemeinsamer Zeiten. Die zeitlich-räumliche Differenzierung moderner Gesellschaften hatte zur Folge, dass gemeinsame Anwesenheit („Co-Präsenz“, vgl. Giddens 1996) nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Zumindest partielle Co-Präsenz ist jedoch Bedingung, damit sich eine Gruppe auch als solche erfahren kann und materielle sowie

In Familie geht es um Balance individueller und gemeinsamer Zeiten

emotionale und körperliche Interaktionen und Leistungen als zentrale Bestandteile von Familie realisiert werden können. Die virtuelle Familie, die dauerhaft nur über Medien miteinander kommuniziert und Transfers organisiert, ist zumindest bislang als lebbares Modell nicht vorstellbar. Sie verfehlt ihre zentralen Leistungen (Sozialisation, Bindung, Care etc.) und sie ist – folgt man den qualitativen Indikatoren über Familienzufriedenheit einschließlich der artikulierten Wünsche nach Nähe und Geborgenheit (Kohli/Szydlik 2000, Lüscher/Liegle 2003) – auch nicht attraktiv. Zeit in der Familie ist demnach außerordentlich vielgestaltig und sie integriert sehr verschiedene Dimensionen (Adam 2005): Beginnend bei den Körper- und Naturrhythmen (wie Schlaf/Wach-, Bio- sowie Tag/Nacht- und Jahreszeitenrhythmus) über die unterschiedlichen, teilweise widerstreitenden Tempi, Zeitempfindungen, Zeitkompetenzen und -wünsche der einzelnen Familienmitglieder bis zu ihrer Einbindung in Zeitstrukturen außerhalb der Familie wie Arbeitszeiten, Schul-, Behörden- und Verkehrszeiten, die an der Uhrzeit orientiert sind.

Gemeinsame Anwesenheit als Bedingung der Realisierung von Familie

Zum ändern resultiert die Eigenlogik von Familienzeit aus der Fokussierung von Familie auf Care⁸⁵. Carezeiten richten sich aus an der spezifischen psycho-physischen Bedürftigkeit einer konkreten Person, die allerdings ins Verhältnis gesetzt werden muss zu den zeitlichen Bindungen und Interessen der versorgenden Person (Jurczyk 2002). Damit sind Carezeiten nur begrenzt „getaktet“, sie können, sollen sie ihre Zielsetzung der Verbindung von Versorgung und Zuwendung erfüllen, nur bedingt rationalisiert und beschleunigt werden. Körperliche und emotionale Bedürfnisse richten sich nicht nach der Uhrzeit und lassen sich auch nicht in deren Rhythmus befriedigen, wie Studien sowohl zu den Zeitkonflikten in Pflegesituationen älterer Menschen (Expertise Müller/Bird/Bohns 2004, 43) als auch der Betreuung kleiner Kinder (Sichtermann 1982, 1987) zeigen. Zudem haben Kinder und alte Menschen eine andere Wahrnehmung und ein anderes Empfinden von Zeit (Kasten 2001) als Erwachsene, welche die industriellen und auf Effektivität ausgerichteten Zeittakte von Erwerbssrhythmen entlang der Uhrzeit weitgehend internalisiert haben. Der

Zeiten der Fürsorge nur bedingt rationalisierbar

⁸⁴ Allerdings folgt dieser Verlauf nicht mehr einem standardisierten „Familienzyklus“.

⁸⁵ Als Care werden eine Haltung und Tätigkeiten der personenbezogenen materiellen und immateriellen Versorgung und Zuwendung verstanden, die sich aus der ontologischen Gegebenheit zwischenmenschlicher Abhängigkeiten ergeben (Brückner 2003). Das heisst., dass alle Menschen in bestimmten Lebensphasen und Lebenssituationen mehr oder weniger existentiell darauf angewiesen sind, dass sich andere um sie verlässlich und verbindlich kümmern. Bezogen auf Kinder geht es um eine Einheit von Bildung, Betreuung, Erziehung, Zuwendung und Versorgung.

Begriff des „Spazierenstehens“ beschreibt bildlich den Konflikt zwischen zeitvergessenen Kindern und ungeduldigen Eltern (Sichtermann 1987).

Versorgungszeiten weisen Mischung aus Selbst- und Fremdbestimmtheit auf

Auf diesem Hintergrund weisen Versorgungszeiten eine besondere Mischung von Selbst- und Fremdbestimmtheit auf: Auf der einen Seite stehen die versorgenden Personen nicht in direkter Abhängigkeit von extern vorgegebenen Direktiven und Leistungszielen. Nicht ein Arbeitgeber mit formalisierter Macht gibt die Zeitgestaltung vor, sondern das Wohlbefinden der bedürftigen Person(en). Hieraus ergeben sich in der Familie im Vergleich zur Erwerbsarbeit größere Dispositionsspielräume im Umgang mit Zeit, aber auch ein hoher Verpflichtungsgrad. Auf der anderen Seite führt die zeitliche Bindung an Andere zu einer besonderen Form der Fremdbestimmtheit, die mit dem „Arbeitsgegenstand Mensch“ und der emotionalen Bindung an ihn zusammenhängt. Sorgezeiten sind körpergebunden, unkalulierbar sowie prinzipiell endlos: Kinder haben Bauchweh auch in der Nacht, sie wollen auch am Wochenende versorgt sein und Hausarbeit wie etwa Wäschewaschen und Essenkochen fällt, kaum ist sie verrichtet, bereits wieder von Neuem an. Durch die nur begrenzte Kalkulierbarkeit von Sorgezeit entstehen nicht vorhersehbare Mischungen von Zeitnot und Zeitsnischen, deren Ausbalancieren – zusätzlich zur erforderlichen Synchronisation der Komplexität familiärer Zeit – ein hohes Maß an Zeitkompetenzen erfordert. Diese richten sich weniger auf rigide, effizienzorientierte Pünktlichkeit denn auf situationsadäquate Flexibilität. Die Zeitlogik von Sorgearbeit weicht demnach in vielen Aspekten von der Zeitökonomie der Erwerbsarbeit ab, sie steht teilweise in Widerspruch zu ihr. In den Pflegeberufen zeigt sich das konflikthafte Zusammentreffen dieser unterschiedlichen Zeitlogiken prototypisch.⁸⁶

Situationsadäquate Flexibilität als Anforderung an Fürsorgezeiten

Durch die überwiegende Zuständigkeit von Frauen für Sorgearbeit sind Carezeiten geschlechtsspezifisch konnotiert (Davies 1990), auch wenn sich diese Engführung mit der Integration von Männern in Sorgearbeit ansatzweise auflösen beginnt. Die Zeiten von Frauen erfüllen deshalb eine gesellschaftliche Scharnier- und Pufferfunktion: Sie vermitteln und synchronisieren die Zeitstrukturen von Erwerb und Familie und sie federn die „Wechselfälle des Lebens“ ab, indem sie bei ausfallenden Schulstunden, plötzlichen Erkrankungen oder unerwarteten Überstunden und Dienstreisen fle-

Care-Zeiten geschlechtsspezifisch

xibel zur Verfügung stehen. Durch die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit und die stärkere Artikulation eigener Interessen werden diese bislang unsichtbar zur Verfügung gestellten „Zeitpuffer“ aber zunehmend zur knappen Ressource.

Co-Präsenz als unverzichtbarer Kern des Familienlebens führt damit zum Aufeinandertreffen der Pluralität von Zeiten und zur Notwendigkeit ihrer Organisation. In der familialen Lebensführung wird diese Komplexität von generationen- und geschlechterspezifischen individuellen, natürlichen und sozialen Zeiten mehr oder weniger gelingend aufeinander abgestimmt und zueinander in Bezug gesetzt. Sie umfasst eine zeitliche Strukturierung des Alltags von Familien bezogen auf Tag, Woche und Jahr. In vielen Familien gibt es hierfür ausgefeilte Pläne sowie Gemeinsamkeit stiftende Rituale. Diese Gestaltungsleistungen sind selbst zeitlich strukturiert und abhängig von den vielfältigen Zeitstrukturen der Gesellschaft. Sie kosten Zeit und prägen die Zeiten der einzelnen Familienmitglieder sowie die gemeinsame Zeit als Familie; Familienzeit strukturiert neben den anderen unterschiedlichen Zeiten demnach auch umgekehrt das Leben der individuellen Familienmitglieder. Familienzeit ist deshalb gleichzeitig Voraussetzung als auch Ergebnis der spezifischen Qualität des Miteinanders von Generationen und Geschlechtern in Familien, das immer wieder aktiv hergestellt und neu arrangiert werden muss.

Familie als alltägliche und biografische Herstellungsleistung (vgl. Kap. IV) generiert zwar Zeit für die einzelnen Familienmitglieder sowie gemeinsame Zeit für die Familie als Ganzes, nimmt jedoch selber auch Zeit in Anspruch. Die Organisation eines Familienalltags mit seinen vielen Teilaufgaben ist unter komplexer werdenden gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie den sich immer mehr ausdifferenzierenden Zeitstrukturen der einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche aufwändig (Jurczyk/Rerrich 1993 a), ebenso wie die Bewältigung von familialen Statuspassagen und Krisen. Familienzeit bedarf also in besonderer Weise einer aktiven Herstellung. Ohne eine solche aktiv und bewusst betriebene Koordinations- und Synchronisationsleistung ist Familienleben in modernen Gesellschaften, mit ihrer Ausdifferenzierung in geldwerte, marktliche und familiale Arbeit sowie weiterer gesellschaftlicher Institutionen wie Schule, Behörden, Gesundheits- und Mediensystem, nicht möglich. Hinzu kommen die Individualisierung von Interessen und die Zunahme von Handlungsoptionen.

Familienzeit ist eine besondere Herstellungsleistung

Da diese gesellschaftlich vorstrukturierten Gestaltungsleistungen von Familienzeit, die immer mehr den Charakter eines gezielten Zeithandelns

⁸⁶ Mit dem Wandel der Erwerbsarbeit zu wissens- und dienstleistungsorientierter Arbeit folgt allerdings auch ihre Logik weniger diesem Idealtypus von Erwerbszeit, der eher traditionellen industriellen und administrativen Tätigkeiten der Ersten Moderne angemessen ist.

(vgl. Jurczyk/Voß 2000)⁸⁷ bekommen, in engem Zusammenhang mit den Zeitbedürfnissen und Zeitkapazitäten der einzelnen Familienmitglieder stehen, rücken Quantitäts-, aber vor allem Qualitätsdimensionen von Familienzeit ins Blickfeld. Hierbei geht es letztlich um Wünsche nach mehr Lebensqualität, die eine Verfügung über Zeit einschließt.

Folgende Qualitätsdimensionen sind zu unterscheiden:

- Eltern möchten Zeit mit ihren Kindern verbringen (Lustdimension) und für diese auch zeitlich zur Erbringung von Care-Leistungen zur Verfügung stehen (Pflichtdimension);
- Kinder möchten für verschiedene Zwecke und abhängig von ihrem Alter gemeinsame Zeit mit ihren Eltern verbringen;
- Paare als „Kern“ von Familie brauchen Zeit miteinander, um der Gemeinsamkeit immer wieder eine neue Basis zu geben;
- Darüber hinaus brauchen alle Familienmitglieder auch Zeit für sich selber, „Eigenzeit“, um die für Familie konstitutive Balance von Nähe und Distanz immer wieder zu finden;
- Schließlich brauchen Familien auch Integrations- bzw. Sozialzeit, mit der sie ihren privaten Binnenraum überschreiten und sich in unterschiedliche soziale und verwandtschaftliche Netzwerke integrieren.

⁸⁷ Das Konzept des Zeithandelns und der Übergang vom Zeithandeln erster zum Zeithandeln zweiter Ordnung sind hier von Bedeutung (Jurczyk/Voß 2000). Es gilt grundlegend, dass Personen in ihrem Zeithandeln stets unterschiedliche Zeiten integrieren müssen – dies ist ein systematischer und unverzichtbarer Aspekt der Alltagsorganisation und der zeitlichen Strukturierung des Lebens. In der alltäglichen Lebensführung werden verschiedene Zeitlogiken und Zeitstrukturen in einer individuellen Zeitordnung zusammengefügt. So wird ein zeitliches Arrangement hervorgebracht, das die disparaten Bereiche und Dimensionen von Zeit miteinander verknüpft; auf diese Weise wird auch eine Integration in gesellschaftliche Zeitstrukturen vollzogen. Dieses Zeithandeln erster Ordnung bezieht sich auf die prinzipielle reflexive Konstruktion von Zeit in Handeln und Denken. Zeithandeln zweiter Ordnung bezieht sich auf die aktuell zunehmende Anforderung, unter entgrenzten zeitlichen Bedingungen (konkret: der Erosion etablierter gesellschaftlicher Zeitordnungen) Zeit bewusst, aktiv und individuell zu gestalten. Auf dem Hintergrund der Entgrenzungserscheinungen der Zweiten Moderne, die dazu führen, dass gesellschaftliche Destrukturierungsprozesse durch individuelle Restrukturierung zu kompensieren versucht werden, wird der prinzipiell reflexive, konstruierte und kontingente Charakter von Zeit (wieder) offensichtlich. Mit der Unterscheidung von Zeithandeln erster und zweiter Ordnung ist jedoch keine hierarchische Anordnung gemeint, sondern eine grundlegende Bestimmung von Zeithandeln in Relation zu einer konkreten historisch-gegenwärtigen Ausprägung, die allerdings mit einer Steigerung der Komplexität des konkreten Handelns verbunden ist.

Qualität von Familienzeit ist demnach mehr als gemeinsame Eltern-Kind-Zeit. Sie ist zu ergänzen um eine – geschlechtsspezifisch differenzierte – Paarzeit, Individual- sowie Sozialzeit. Aufgrund der verlängerten Lebenszeit nehmen auch die Großeltern-Enkel-Beziehungen einen wichtigen Stellenwert im Familiennetzwerk ein und Kinder schätzen das Zusammensein mit ihren Großeltern gerade aufgrund der Differenz zur Sozialzeit mit den Eltern (Wieners 2005). Erst das Zusammenspiel dieser verschiedenen Zeitkonstellationen in Familien und ihre Passfähigkeit mit Erwerbs- und Infrastrukturzeiten eröffnen Chancen auf eine gute Lebensqualität für Familien in der Dimension Zeit.

Familienzeit ist also, lässt sich zusammenfassen, keinesfalls einseitig und mechanistisch abhängig von gesellschaftlichen Zeitgebern, auch wenn Erwerbsarbeit ein zentraler Taktgeber für das Familienleben ist. Aufgrund der gesellschaftlichen Dominanz von Erwerbsarbeit über andere Lebensbereiche wie die Familie – sowohl auf der ideellen Ebene der Anerkennung als auch der materiellen der Existenzsicherung – stellt diese zwar eine entscheidende, außengeleitete Rahmenbedingung für die Gestaltung von Familienzeit dar. Erwerbszeiten determinieren das Familienleben jedoch nicht, sie werden angeeignet, abgestimmt mit anderen Facetten des Alltags und zu einem jeweiligen Muster familialer Lebensführung zusammengeführt. Im Sinne einer Verbesserung der Qualität des Zusammenlebens gilt es jedoch die Reibungsverluste mit Erwerbsarbeit zu minimieren und umgekehrt familialen Bedarfen in einem „temporal turn der Familienpolitik“ (Expertise Heitkötter 2004) ein stärkeres Gewicht bei der Gestaltung von Erwerbszeiten auf gesellschaftlicher Ebene zu geben. Eingeschlossen in diesen Veränderungsbedarf ist die Gesamtheit der Systeme und Institutionen zwischen Erwerbsarbeit und Familie: der öffentliche Nahverkehr wie die Dienstleistungsangebote, speziell der kinder- und jugendbezogenen Dienste und weitere Komponenten kommunaler Angebote. Dies ist auch deshalb so bedeutsam, weil Familien „als Entwicklungs- und Sozialisationsraum gleichzeitig „zeitsensibel“ als auch „zeitgenerierende“ Systeme sind sowie gleichermaßen zeita autonom und zeitgebunden. Sie sind zwar eingesponnen in ein dichtes Geflecht von sozialen Zeitgebern und Zeitinstitutionen, aber sie generieren auch eigene Zeit. Die semi-autonome Gestaltung von Eigenzeiten stellt einen Kern der Qualität und Authentizität des Familienlebens dar, sowohl aus der Perspektive der Familie als System als auch aus der Perspektive der Mitglieder. Familienzeit ist so gesehen ein fundamentaler Kern der Herausbildung von Privatheit, der Entwicklung autonomer Lebensführung und Lebensplanung (Expertise Lange 2004, 7).

Qualitäten von Familienzeit mehr als Zeit für Eltern-Kind-Beziehung

Familienzeit nicht allein von Erwerbszeit determiniert

Familienzeit als Kern der Herausbildung von Privatheit

Die Argumentationslinie der folgenden Abschnitte wird vor allem der Frage der Balance von Familie und außerhäuslicher Erwerbstätigkeit folgen, da diese vor dem Hintergrund der sich wandelnden Erwerbswelt, veränderter Geschlechterrollen und der damit verbundenen zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern eines der zentralen Probleme heutiger Familien darstellt, das in Zukunft aller Voraussicht nach eher weiter zunimmt und deshalb im Mittelpunkt einer Zeitpolitik für Familien stehen muss. Dabei sollen jedoch diese Probleme nicht nur, wie bislang üblich, aus der Frauenperspektive diskutiert werden. Zunächst wird ein genauer Blick auf die häufig vernachlässigte Binnensituation familialer Zeit geworfen am Beispiel der hauswirtschaftlichen Versorgungs- und Fürsorgezeit für andere (VI.3). Anschließend soll die gängige These familialer Zeitnot kritisch betrachtet und quantitativ sowie qualitativ differenziert werden sowie bei der Beschreibung der Balance von Erwerbs- und Familienzeit auch die Perspektive von Vätern und Kindern eingenommen werden (VI.4). Die Entwicklung flexibler Arbeitszeiten werden in ihrer ambivalenten Bedeutung für den Familienalltag näher beleuchtet (VI.5). Daraus ergibt sich das Fazit mit der Forderung nach Verlässlichkeit und Flexibilität an eine zeitsensible Familienpolitik (VI.6).

VI.3 Versorgungszeiten im Familienalltag

VI.3.1 Familienzeit am Beispiel des Essens

Die Qualität des Zusammenlebens von Familien ist untrennbar verbunden mit den zeitlichen Ressourcen und Zeitbindungen ihrer Mitglieder. Verschiedene Kontextbedingungen (z. B. institutionelle und soziale Netzwerke, sozialpolitische Rahmung), die Verfügbarkeit von Geld und Zeit, aber auch der Zugang zu den infrastrukturellen Gegebenheiten in ihrem Wohnumfeld und schließlich die Kompetenzen der Familienmitglieder im Umgang mit Zeit, Geld oder Behörden bestimmen letztlich darüber, wie die familiäre Alltagsorganisation konkret gelingt. Es handelt sich um eine grundlegende Gestaltungsaufgabe von Familien – und zwar nicht nur, weil Familien beachtliche organisatorische Koordinierungsleistungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und institutionellen Zeittaktgebern erbringen. Es geht zugleich immer um das Aushandeln gemeinsamer wie auch disparater Zeitbedürfnisse und Interessenlagen von Müttern, Vätern und Kindern in einem spezifischen Erfahrungs- und Sozialisationsraum. Familienzeit erweist sich damit als eine wesentliche Voraussetzung, um im Prozess der alltäglichen Lebensführung „familiäre Authentizität“ im Generationen- und Geschlechterzusammenhang zu erreichen und

damit eine unverwechselbare Qualität des Zusammenlebens herzustellen.

Im Mittelpunkt dieser Betrachtung steht Familienzeit als Versorgungs- und Fürsorgezeit für andere. Auf der Basis der aktuellen repräsentativen Zeitbudgeterhebung 2001/02 (ZBE) und dem partiellen Vergleich mit den Befunden aus der Zeitbudgeterhebung 1991/92 werden typische Zeitverwendungsmuster im Lebensbereich Beköstigung und Familienmahlzeiten dargestellt und diskutiert. Das Konzept und die Zielsetzungen der ersten ZBE wurden in der aktuellen Erhebung 2001/02 beibehalten bzw. an europäische Standards angeglichen (Statistisches Bundesamt 1999; Ehling/Holz/Kahle 2001). Dadurch bestand die Möglichkeit, Entwicklungen im Verlauf von zehn Jahren sowohl aggregiert als auch haushalts- und familienbezogen zu ermitteln.⁸⁸

Der Fokus der Betrachtung von aktuellen Zeitbudgetdaten richtet sich im Folgenden auf die Ernährungsversorgung von Familien, weil es sich bei der Sicherstellung der Beköstigung der Familienmitglieder nach wie vor um den zeitintensivsten Hausarbeitsbereich handelt. Außerdem wird im Bereich der täglich zu gewährleistenden

Zeitbudgets zu Ernährung von Familien im Fokus

⁸⁸ Inhaltlich wurde bei dem Methodenmix der ZBE 2001/02 (Führen eines Zeittagebuchs, Haushalts- und Personenfragebogen) auf ein hohes Maß an Vergleichbarkeit mit der Erhebung 1991/92 sowie auf eine europaweite Vergleichbarkeit Wert gelegt. Veränderungen haben sich durch die Anforderungen der internationalen Vergleichbarkeit bei folgenden Punkten ergeben:

- die Altersgrenze für das Ausfüllen der Tagebücher wurde von zwölf Jahren auf zehn Jahre gesenkt,
- die Zeittakte im Tagebuch für das Notieren einer Aktivität wurden von fünf Minuten auf zehn Minuten angehoben,
- die Aufschreibedauer wurde von zwei Tagen auf drei Tage erhöht; in der neuen Erhebung wurde vorgegeben, dass es zwei Wochentage und ein Samstag oder Sonntag sein sollte,
- die Aktivitätsklassifikation wurde von 200 Klassen auf 230 Klassen erweitert und
- anstelle eines Einleitungs- und Schlussinterviews wurden bei der Zeitbudgeterhebung 2001/02 ein Haushalts- und ein Personenfragebogen eingesetzt.

Für den Vergleich beider Erhebungen musste zunächst eine Angleichung zwischen den unterschiedlichen Aktivitätsklassifikationen der beiden Erhebungen erfolgen, bevor in einem zweiten Schritt die Zeitverwendung für ausgewählte hauswirtschaftliche Tätigkeiten berechnet werden konnte. Die Angaben zur durchschnittlichen Zeitverwendung aller Personen bzw. von Männern und Frauen umfassen im vorliegenden Beitrag in der Regel alle Personen ab zwölf Jahren. Die neuen Daten wurden den alten Daten angeglichen. Kontrollrechnungen ergaben eine zufrieden stellende Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen der Originalverteilung der 1991/92er Erhebung und den Ergebnissen der angeglichenen Daten. Wegen der großen Grundgesamtheit der ZBE sind bereits Unterschiede von wenigen Minuten (ab 3 min) in den Zeitverwendungen als signifikant zu bewerten. Das gilt auch bei den Beteiligungsgraden, d. h. dem Anteil von Personen, die die untersuchte Tätigkeit ausgeübt haben: bereits Unterschiede von wenigen Prozenten sind signifikante Unterschiede.

Ernährungsversorgung aller Familienmitglieder die Synchronisation und Koordination von Zeit etwa für den Einkauf und die Zubereitung des Essens, aber auch für die gemeinsame Familienmahlzeit zu einer anspruchsvollen Herstellungsleistung, die vielfältige Kulturtechniken und einen kompetenten Umgang mit Zeit zwischen privatem und öffentlichem Raum voraussetzt. Indem die einzelnen Familienmitglieder häufig zu unterschiedlichen Zeiten anwesend sind, also unterschiedliche Tagesabläufe haben und mit ihren variierenden Bedürfnissen und Geschmacksvorlieben versorgt werden müssen, stellt sich die Frage nach typischen familialen Versorgungssettings und Mahlzeitenmustern, die den Anforderungen externer Zeittaktgeber Rechnung tragen und zugleich eine je spezifische Qualität und familiäre Handlungsroutine des Essens gewährleisten. Zudem erweist sich die Familie auch in diesem Handlungsbereich als primäre Sozialisationsinstanz der Kinder: Sie eignen sich die vorgelebten Ernährungsstile und -praktiken ihrer Eltern an, erfahren eine partnerschaftliche oder eine traditionelle Arbeitsteilung bei der Erledigung der beköstigungsbezogenen Tätigkeiten zwischen den Erwachsenen und werden selbst mehr oder weniger intensiv einbezogen.

Der Blick auf die Zeitverwendungsmuster von unterschiedlichen Familienhaushaltstypen und ihre spezifischen Versorgungsstrategien im Ernährungsbereich wird verbunden mit der Frage, ob der Wandel der Erwerbsarbeitswelt (Jurczyk/Lange 2002; Klenner/Pfahl/Reuyß 2003) und die verstärkte Integration von Frauen und Müttern in den Arbeitsmarkt zu neuen Geschlechterarrangements zwischen Männern und Frauen führen, wenn es um Familienzeit als Arbeitszeit, d. h. um die verlässliche Übernahme der täglich anfallenden Haus- und Fürsorgearbeit für sich und andere geht (Meier 2001). Welche Faktoren begünstigen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung, wodurch werden demgegenüber traditionelle Rollenmuster verfestigt? Gibt es über die innerfamiliäre Arbeitsteilung hinaus andere Strategien, um sich von der „Arbeit des Alltags“ zu entlasten und um mehr Zeit füreinander zu haben? Ist die Rationalisierung und Technisierung der Haushalts- und Lebensführung ein probater Weg? Welche Chancen eröffnen haushaltsnahe Dienstleistungen? Von wem werden sie genutzt?

VI.3.2 Essroutinen im Familienalltag

Die in der Öffentlichkeit geläufige These, der zufolge sich Menschen in der schnelllebigen mobilen Gesellschaft vermeintlich immer weniger Zeit zum Essen nehmen, d. h. ihre natürlichen Bedürfnisse und Körperzeiten zunehmend „rationalisieren“ (müssen), um Freiräume für andere Aktivitäten in Beruf und Freizeit zu gewinnen, kann durch die Daten der Zeitbudgeterhebung ebenso wenig gestützt werden wie die kulturkri-

tische Annahme, dass Familienmahlzeiten in Besorgnis erregenden Ausmaß durch Fast Food bzw. Take Away Food substituiert werden, was einem Verlust an gemeinsamer Zeit in familialen Lebenszusammenhängen gleich käme und zur Einengung wesentlicher Sozialisations- und Erfahrungszusammenhänge für Kinder und Jugendliche führe (Expertise Küster 2004).

Ungeachtet der zunehmenden zeitlichen Belastungen im Alltags- und Berufsleben nehmen sich die Befragten – mit 1 Stunde und 43 Minuten im Jahr 2001/02 – im Durchschnitt überraschenderweise 21 Minuten mehr Zeit für das tägliche Essen als zehn Jahre zuvor. Der größere Anteil davon (13 Min.) entfällt auf das Essen in den eigenen vier Wänden und nicht auf die außerhäusliche Mahlzeiteinnahme, die um durchschnittlich acht Minuten gestiegen ist (s. Abb. VI.1).

Heute nimmt man sich mehr Zeit zum Essen als zehn Jahre zuvor

Von einer Verdrängung des Essens aus dem Zentrum alltäglicher Aktivitäten zu einer Randaktivität kann also nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Essen ist in Deutschland nach wie vor eine ausgesprochen familien- bzw. haushaltsbezogene Angelegenheit.

Bei Betrachtung der Familienkonstellation/Familienprototyp „Ehepaar mit zwei Kindern, beide Partner erwerbstätig, jüngstes Kind im Alter von sechs bis unter 18 Jahren“ ebenso wie bei dem „Akademikerfamilientyp, beide erwerbstätig, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, Nettoeinkommen 1500 Euro und mehr, Kind(er) im Haushalt“ ergibt sich ebenfalls, dass sich Mütter, Väter und Kinder in der überwältigenden Mehrheit täglich etwa eine Stunde und zwanzig Minuten Zeit für das Essen zu Hause nehmen.

Gleichwohl hat sich die Tendenz zum Außer-Haus-Verzehr zwischen 1991/92 und 2001/02 deutlich verstärkt (Frohn 2000). Die Anzahl derjenigen, die täglich mindestens einmal außer Haus essen, ist im Verlauf von zehn Jahren von 17,9 Prozent auf 26 Prozent gestiegen (s. Abb. 2). Dabei fällt auf, dass die Beteiligung in bestimmten Bevölkerungsgruppen, etwa der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 25 Jahren oder der Erwerbstätigen weit über dem Durchschnitt liegt. Bei Personen im Alter von 60 Jahren und älter lässt sich demgegenüber im Verlauf der analysierten Dekade keine Zunahme des Außer-Haus-Verzehrs nachweisen.

Gleichzeitig Tendenz zu mehr Außer-Haus-Verzehr

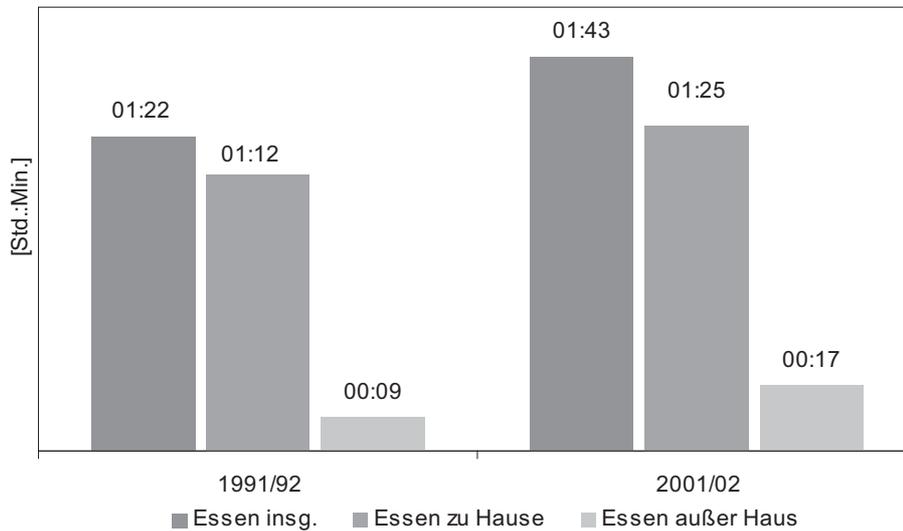
Die für das Essen außer Haus aufgewendete Zeit hat sich innerhalb der zehn Jahre fast verdoppelt und liegt heute im Durchschnitt bei 17 Minuten pro Tag.

Spitzenreiter der täglichen Kantinenversorgung bzw. des Essens am Arbeitsplatz sind im Jahr 2001/02 die 30- bis 40-jährige Männer. Die dafür aufgewendete Zeit liegt bei 34 Minuten und entspricht in etwa der Dauer der Mittagspause von Berufstätigen in Deutschland.

Kein Verfall der gemeinsamen Familienmahlzeiten feststellbar

Abbildung VI.1

Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung⁸⁹ von Personen ab zwölf Jahren für die Aktivität Essen im Zeitvergleich

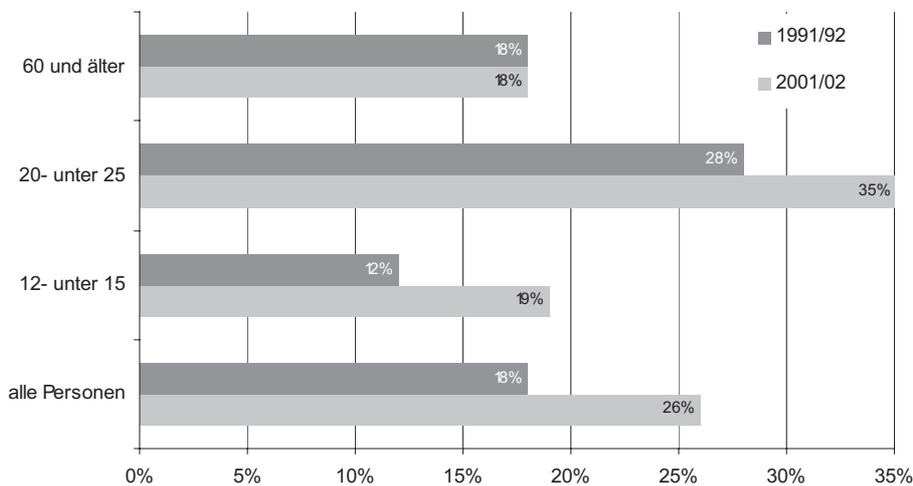


1991/92 n = 30732 2001/02 n = 35813

Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use Files Zeitbudgeterhebung 1991/1992 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

Abbildung VI.2

Durchschnittlicher täglicher Beteiligungsgrad* von Personen ab zwölf Jahren für die Aktivität Essen außer Haus im Alters- und Zeitvergleich



* Anteil aller Personen, die täglich mindestens einmal außer Haus essen

1991/92: alle Personen: n = 5 494; 12 bis unter 15 Jahre: n = 132, 20 bis unter 25 Jahre: n = 714, 60 Jahre und älter n = 1 382

2001/02: alle Personen: n = 9 282, 12 bis unter 15 Jahre: n = 263, 20 bis unter 25 Jahre: n = 880, 60 Jahre und älter n = 1 782

Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use Files Zeitbudgeterhebung 1991/1992 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

⁸⁹ Bei den nachfolgenden Angaben ist zwischen der durchschnittlichen Zeitverwendung aller Personen und der durchschnittlichen Zeitverwendung der ausübenden Personen zu unterscheiden. Ausübende Personen sind jeweils die Personen, die während der drei bzw. zwei Anschlagungstage die zu untersuchende Aktivität tatsächlich ausgeführt haben. Ihr durchschnittliches Zeitbudget spiegelt also wider, wie viel Zeit die eine oder andere Tätigkeit im Tagesverlauf in Anspruch nimmt. Die durchschnittliche Zeitverwendung der ausübenden Personen kann zum Teil beträchtlich vom Durchschnitt aller Personen abweichen, wenn bestimmte Tätigkeiten nur von einem geringen Prozentsatz aller Personen ausgeführt werden.

Die Ergebnisse verweisen insgesamt auf die zunehmende Bedeutung des Außer-Haus-Verzehrs im Essalltag der deutschen Bevölkerung, ohne allerdings die Dominanz der häuslichen Ernährungsversorgung „aufzubrechen“.

Das gilt uneingeschränkt auch bei Personen der oben genannten Familienhaushaltstypen: Es wird aktuell mehr Zeit für das Essen aufgewendet und zwar sowohl außer Haus als auch zu Hause. Die Zeiten für den Außer-Haus-Verzehr haben sich in diesen Familienkonstellationen verdoppelt bis verdreifacht, und zwar auch bei den Kindern.

Außerdem gibt es nach wie vor feste Tageszeiten, zu denen gegessen wird. Mehr als 60 Prozent der Befragten ab 12 Jahren nehmen das Frühstück zwischen 6 und 9 Uhr, das Mittagessen zwischen 12 und 14 Uhr und das Abendessen zwischen 18 und 20 Uhr ein. Derzeit werden dafür täglich 56 Minuten aufgewendet. Die restliche Zeit wird mit Zwischenmahlzeiten verbracht, deren Tageszeitbudget in den vergangenen zehn Jahren von 33 Min. auf 47 Min. deutlich gestiegen ist.

Die Annahme, dass sich die Hauptmahlzeit in Deutschland generell auf den Abend verschoben hat, lässt sich anhand der Zeitvolumina für die Mahlzeiteinnahme nicht bestätigen. Sowohl mittags zwischen 12 und 14 Uhr als auch abends zwischen 18 und 20 Uhr verbringen Deutsche im Durchschnitt jeweils etwa 20 Minuten mit dem Essen. Anders gestaltet sich die Zeitverwendung für die einzelnen Mahlzeiten von erwerbstätigen Erwachsenen in Familienhaushalten mit Kindern. Bei ihnen nimmt das Abendessen deutlich mehr Zeit in Anspruch als die Mittagmahlzeit. Die Ausübung einer außerhäuslichen Berufstätigkeit ist offensichtlich bestimmend dafür, dass der gemeinsamen Familienmahlzeit am Abend gerade deshalb mehr Zeit und Ruhe gewidmet wird, weil die einzelnen Familienmitglieder die Mittagmahlzeiten größtenteils getrennt einnehmen. Insbesondere dann, wenn Mutter und Vater berufstätig sind, findet die Hauptmahlzeit am Abend statt.

Somit scheinen ernährungsbedingte Probleme bei Kindern und Erwachsenen weniger eine Folge des Mangels an gemeinsamer Zeit für das Essen in der Familie zu sein, sondern eine Folge einer zu fetten, zu süßen und wenig ballaststoffreichen Ernährungsweise, aber auch eine Folge von Bewegungsarmut.

VI.3.3 Sozial-kommunikative Aspekte des Essens

Die vorliegenden Befunde unterstreichen den hohen sozial-kommunikativen Bedeutungsgehalt des Essens. Insbesondere Mehrpersonen- bzw. Familienhaushalte messen dem Abendessen

als „der gemeinsamen Familienzeit“ ein großes Gewicht im Tagesablauf bei (Brombach 2003, 132). Mehr als die Hälfte der Angehörigen von Familienhaushalten mit Kindern und zwei erwerbstätigen Ehepartnern essen gemeinsam zu Abend. Diejenigen, die gemeinsam mit anderen das Abendessen einnehmen, ließen sich dafür sowohl 1991/92 als auch zehn Jahre später gut 30 Minuten Zeit. Es ist die gemeinsame Mahlzeit, die als Bezugspunkt für alle Familienmitglieder nicht nur der Befriedigung von physiologischen Grundbedürfnissen dient, sondern auch eine kommunikative und sozialisationswirksame Seite hat: man tauscht sich über Tagesereignisse aus, trifft Absprachen für den nächsten Tag und inszeniert damit ein zentrales familienintegratives Ritual, für das man sich Familienzeit nimmt (deVault 1991).

An den Wochenenden lassen sich Familien für die gemeinsamen Mahlzeiten mehr Zeit als an Wochentagen und leben die kommunikative Seite der Mahlzeiten dann noch intensiver aus (vgl. auch Kleine 2003). Sie sind somit ein wichtiges Medium des Ausdrucks gegenseitiger Zuneigung und Anerkennung (Brückner 2003).

Diese Ergebnisse entsprechen den Befunden der Whirlpool-Studie aus dem Jahre 1996, die im europäischen Vergleich ergeben hatte, dass europaweit auf keine gemeinsame Unternehmung in der Familie mehr Zeit verwendet wird wie für die gemeinsamen Mahlzeiten (Whirlpool Stiftung 1996, 63).

Aber auch das Essen außer Haus stellt eine Aktivität dar, die mit der Befriedigung kommunikativ-geselliger Bedürfnisse verbunden wird. An Werktagen sind es Mitschüler und Mitschülerinnen oder Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen, mit denen gemeinsam gegessen wird, an den Wochenenden eher Familienangehörige und Freunde, mit denen man sich zum Essen außerhalb der eigenen vier Wände trifft.

Dabei erweist sich das verfügbare Einkommen als ein wesentlicher Bestimmungsfaktor: Haushalte, die über ein hohes bzw. überdurchschnittlich hohes Monatseinkommen verfügen, sind deutlich häufiger am Außer-Haus-Verzehr beteiligt, d. h. am Essen in Restaurants, in Kantinen oder an sonstigen Orten, wie Haushalte mit geringem Einkommen. Im Vergleich der analysierten Haushaltstypen fällt auf, dass es insbesondere berufstätige Personen aus Mittelschicht Haushalten sind, die verbunden mit hohen Zeitbindungen und einem guten Einkommen häufiger außer Haus essen als der Durchschnitt der befragten Personen und erst recht deutlich häufiger als Personen aus Haushalten in prekären Lebenslagen (vgl. Köhler/Lehmkuhler/Leonhäuser 2004).

Feste Tageszeiten für die Mahlzeiten

An Wochenenden mehr Zeit für Mahlzeiten

Ernährungsprobleme sind kein Zeitproblem

Einkommen wesentlicher Bestimmungsfaktor für Außer-Haus-Verzehr

Hohe sozial-kommunikative Bedeutung des Essens

VI.3.4 Zeitbudgets für hauswirtschaftliche Tätigkeiten von Frauen und Männern

Hausarbeit überwiegt in Frauenhand

Hauswirtschaftliche Tätigkeiten nehmen in der Diskussion um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung einen besonderen Stellenwert ein. Die bereits Ende der 80er Jahre von Ulrich Beck formulierte These zur auffallenden Zurückhaltung von Männern im Bereich unbezahlter Hausarbeit, die er mit der Formel von der „verbalen Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ treffend beschrieb, bestätigten die Ergebnisse der 1991/92er Zeitbudgetdaten eindrucklich. Hausarbeit, insbesondere die Gewährleistung der täglichen Ernährungsversorgung, lag Anfang der 1990er Jahre überwiegend in Frauenhand. Gegenüber einer Stunde und 25 Minuten, die Frauen seinerzeit für die Erledigung der täglichen Beköstigungsarbeit einsetzten, beschäftigten sich Männer durchschnittlich lediglich 24 Minuten damit.

Die genauere Betrachtung der Beköstigung ist zum einen damit zu begründen, dass es sich bei den typischen Routinetätigkeiten Kochen und Spülen um das zeitaufwändigste Arbeitsgebiet innerhalb der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten handelt und zum anderen damit, dass die Beköstigung ihrer Mitglieder im Alltag von Haushalten

und Familien eine der täglich sicher zu stellenden Hauptaufgaben ist.

Zunächst ergibt der Vergleich der Zeitbudgetdaten von 1991/92 und 2001/02 das auf den ersten Blick überraschende Ergebnis, dass Frauen heute insgesamt weniger Zeit in die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten investieren als zehn Jahre zuvor (s. Abb. VI 3). Das scheint primär ein Effekt rückläufiger Familiengründungsprozesse und der Zunahme von Ein-Personenhaushalten in der bundesdeutschen Gesellschaft zu sein.

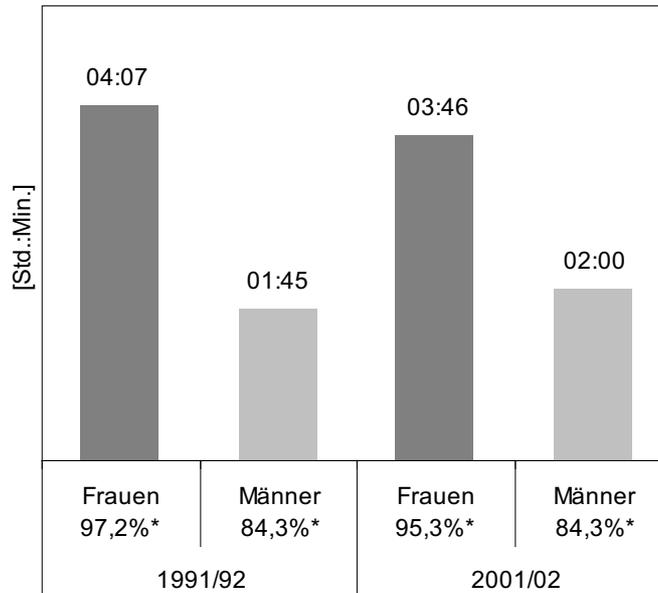
Diese Annahme wird durch die im Vergleich einer Dekade erfolgte stärkere Beteiligung der Männer insgesamt erhärtet. Im Unterschied zu den Frauen, deren durchschnittliches Zeitvolumen für die Erledigung der Hausarbeit 2001/02 deutlich geringer ausfiel (minus 21 Min.) als zuvor, investieren die Männer, die sich überhaupt in der einen oder anderen Weise daran beteiligen, mit durchschnittlich zwei Stunden pro Tag gegenwärtig deutlich mehr Zeit (plus 14 Min.) in die Hauswirtschaft. Die Betreuung und Pflege von Kindern und anderen Familienangehörigen dagegen zeigt eher eine Tendenz zur Retraditionalisierung: 2001/02 übernehmen Mütter diesen Part ganz überwiegend und erfahren durch ihre Partner weniger Unterstützung als noch Anfang der 1990er Jahre.

Leichter Rückgang des weiblichen Zeitbudgets für Hausarbeit

Männer investieren etwas mehr Zeit in Hausarbeit

Abbildung VI.3

Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung von Personen ab zwölf Jahren für den Aktivitätsbereich hauswirtschaftliche Tätigkeiten im Geschlechter- und Zeitvergleich



* prozentualer Anteil aller Männer und Frauen, die täglich mindestens eine hauswirtschaftliche Tätigkeit ausüben
 1991/92: Frauen: n = 15735, Männer n = 12259
 2001/02: Frauen: n = 17523, Männer n = 14595
 Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use Files Zeitbudgeterhebung 1991/1992 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

Beitrag von Männern zur Beköstigung stagniert

Der durchschnittliche Beitrag von Männern zur Beköstigungsversorgung stagniert allerdings mit 23 Min. pro Tag etwa auf dem Stand von 1991/92, wobei der Anteil der Männer, die die Mahlzeitenzubereitung ebenso wie das Tischdecken und die Geschirrrreinigung vollständig weiblichen Personen überlassen, gegenüber 1991/92 von knapp 40 Prozent auf 46 Prozent gestiegen ist. Anders gesagt: der Beteiligungsgrad von Männern an der täglich anfallenden Beköstigungsarbeit ist von 60 Prozent auf 54 Prozent gesunken.

Beköstigung immer noch arbeitsintensivster Bereich der Hauswirtschaft

Im Rahmen der insgesamt geringeren Zeitverwendung von Frauen für die Hauswirtschaft hat sich auch ihr täglicher Zeitaufwand für die Beköstigung um durchschnittlich 19 Minuten verringert. Außerdem üben deutlich weniger Frauen als vor zehn Jahren täglich die eine oder andere ernährungsbezogene Hausarbeit aus. Dennoch ist die Beköstigung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie vor der arbeitsintensivste Bereich der Hauswirtschaft, der ganz überwiegend in den Zuständigkeitsbereich der Frauen fällt. 2001/02 wenden sie dafür im Durchschnitt eine Stunde und sechs Minuten auf, wobei allein 45 Minuten auf die Zubereitung von Mahlzeiten entfallen und weitere 20 Minuten zum Geschirrabwasch und zum Tisch decken benötigt werden. Es sind vor allem Mütter, die in die zur Beköstigung ihrer Familienangehörigen notwendigen Tätigkeiten einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitszeit einbringen. Somit kann die generalisierende These vom unaufhaltsamen Vormarsch der Fast-Food-Küche im Familienalltag nicht gestützt werden.

Gleichwohl deuten die insgesamt gestiegenen Zeitanteile, die seit Beginn der 1990er Jahre für das Essen verwendet werden bei gleichzeitig rückläufigem Zeitaufwand für die Vor-, Zu- und Nachbereitung der Ernährungsversorgung, darauf hin, dass verschiedene Strategien entwickelt werden, um diesen Part der Hausarbeit mit möglichst wenig Zeitaufwand zu erledigen. Wie gezeigt wurde, geht der geringere Zeitaufwand von Frauen für die Beköstigung allerdings nicht auf eine partnerschaftlichere Arbeitsteilung in diesem Arbeitsbereich zurück. So leisten erwerbstätige Männer, die in Familienhaushalten mit zwei schulpflichtigen Kindern und einer erwerbstätigen Partnerin leben, mit durchschnittlich 20 Minuten pro Tag sogar einen geringeren Beitrag zur Beköstigung ihrer Familienangehörigen als Männer insgesamt, die dafür täglich 23 Minuten aufwenden.

Männer lassen sich beköstigen

46 Prozent der männlichen Bevölkerung lässt sich im Jahre 2001/02 immer noch vollständig von Müttern, Großmüttern, Ehefrauen und Lebenspartnerinnen beköstigen. Sie kommen erst zum Essen in die Küche oder ins Esszimmer und

beteiligen sich – laut Selbstauskunft in ihrem Zeittagebuch – auch nicht am Tisch decken oder beim Abwasch.

Der geringere Beteiligungsgrad und die gesunkene Zeitverwendung von Frauen erklären sich zu einem Teil aus der stärkeren Inanspruchnahme von außerhäuslichen Verpflegungs- und Dienstleistungseinrichtungen durch weibliche Singles oder erwerbstätige Frauen, die in einer Partnerschaft ohne Kinder leben. Ebenso denkbar ist es, dass ein niedrigeres Anspruchsniveau bei der Ernährungsversorgung oder der Aspekt von Zeiterparnis, etwa durch die häufigere Verwendung von Convenience-Produkten (Tiefkühlkost, Konserven etc.) durch erwerbstätige Frauen für diesen Entwicklungstrend mitverantwortlich sind.

Außerdem gibt die vergleichende Analyse beider Zeitbudgeterhebungen darüber Auskunft, dass der Technisierungsgrad der Privathaushalte in Deutschland im Verlauf der betrachteten Dekade weiter zugenommen hat, und zwar in einem beträchtlichen Umfang. So erhöhte sich der Ausstattungsgrad mit einer Geschirrspülmaschine innerhalb der betrachteten Zeitspanne von zehn Jahren von 37 Prozent auf immerhin 90 Prozent, was nachweislich zur Reduzierung des Zeitaufwands für das Geschirrspülen geführt hat.

VI.3.5 Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Ernährungsversorgung im Geschlechtervergleich

Im Alter zwischen 12 bis unter 20 Jahren werden männliche und weibliche Jugendliche zur Erledigung der in ihrer Herkunftsfamilie anfallenden Beköstigungsarbeiten unterschiedlich stark herangezogen. 2001/02 haben weniger von ihnen täglich die eine oder andere Beköstigungsarbeit ausgeführt als 1991/92 (s. Abb. 4a und b).

Bei den jungen Frauen (15 bis unter 20 Jahre) fällt der Rückgang um 21,2 Prozent besonders stark aus. 1991/92 haben insgesamt 63,3 Prozent von ihnen täglich beim Kochen, Abwaschen etc. mitgeholfen. Die durchschnittliche Zeitverwendung aller weiblichen Jugendlichen für diese Tätigkeiten betrug 23 Minuten pro Tag und sank bis 2001/02 auf 16 Minuten. Insgesamt sind es 2001/02 nur noch 42,1 Prozent der 15-bis-unter-20-jährigen weiblichen Jugendlichen, die diverse Beköstigungstätigkeiten täglich ausführen.

Dieser deutliche Rückgang der Einbeziehung von weiblichen Personen zwischen zwölf und 20 Jahren in die täglich anfallenden Beköstigungsarbeiten in ihren Herkunftsfamilien erklärt zu einem Teil den rückläufigen Zeitaufwand von 19 Minuten, den alle Frauen ab zwölf Jahren für die anfallenden Beköstigungsarbeiten 2001/02 investieren.

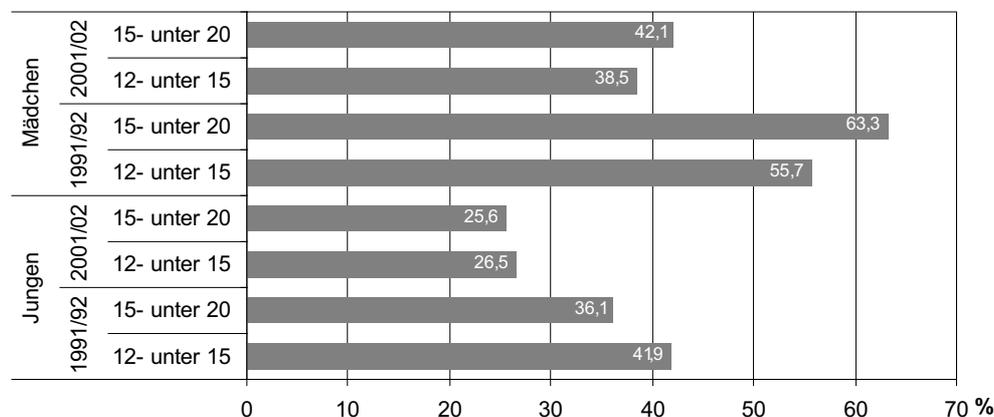
Technisierung reduziert Zeit für Beköstigungsarbeit

Jugendliche beteiligen sich weniger an Beköstigungsarbeit

Geschlechtsspezifische Unterschiede stark ausgeprägt

Abbildung VI.4

Durchschnittlicher täglicher Beteiligungsgrad von Personen ab zwölf Jahren für die Aktivität „Beköstigung“ im Alters-, Geschlechter- und Zeitvergleich (in Prozent)



1991/92:Mädchen: 12 bis unter 15 J. n = 295; 15 bis unter 20 J. n = 588

Jungen: 12 bis unter 15 J. n = 229 15 bis unter 20 J. n = 327

2001/02:Mädchen: 12 bis unter 15 J. n = 269; 15 bis unter 20 J. n = 454

Jungen: 12 bis unter 15 J. n = 189 15 bis unter 20 J. n = 291

Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use Files Zeitbudgeterhebung 1991/1992 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

Bei den männlichen Jugendlichen der gleichen Altersgruppe haben 1991/92 immerhin gut ein Drittel (36,1 Prozent) täglich bei der Beköstigungsversorgung mitgewirkt. In den Jahren 2001/02 waren es nur noch 25,6 Prozent, die täglich die eine oder andere Tätigkeit wie Kochen, Spülen etc. ausgeübt haben.

Unabhängig von der Entwicklung im Zeitverlauf ist der Anteil der männlichen Jugendlichen, die täglich bei der Zubereitung der Mahlzeiten sowie dem Tischdecken und der Geschirreinigung helfen, mit zunehmendem Alter rückläufig. Demgegenüber beteiligen sich junge Frauen im Alter von 15-bis-unter-20 Jahren an den ernährungsbezogenen Hausarbeiten zeitintensiver als die 12-bis-unter-15-jährigen Mädchen.

Die Annahme, dass Töchter stärker in die Beköstigungsversorgung der Familien involviert sind als Söhne und sich dieser geschlechtsspezifische Unterschied mit steigendem Alter verschärft, bestätigt sich voll und ganz. Bereits im Kindes- und Jugendalter sind traditionelle, geschlechtsspezifische Rollenmuster bei der Nahrungsvor- und -zubereitung erkennbar. Das stimmt mit den Ergebnissen anderer Studien überein, wonach Mädchen in der Regel an der Nahrungsvor- und -zubereitung nicht nur interessierter sind, sondern auch stärker eingebunden werden als Jungen (Sellach 1996).

Auch der folgende Befund untermauert, dass die in der öffentlichen Diskussion häufig vertretene These nicht haltbar ist, wonach sich tradierte Rollenmuster in der jungen Männergeneration

allmählich auflösen. Im Gegenteil. Von den 20-bis unter 25-jährigen Männern waren es schon 1991/92 mit immerhin 55 Prozent sogar überdurchschnittlich viele, die diesen Arbeitsbereich durchweg weiblichen Personen aus ihrer Herkunftsfamilie oder ihren Partnerinnen überlassen haben. Zehn Jahre später ist dieser Anteil sogar auf 72 Prozent angestiegen, die sich in diesem Alter vollständig versorgen lassen. Es handelt sich, sofern sie noch im elterlichen Haushalt wohnen, in aller Regel um die eigene Mutter (Hotel „Mama“). Leben sie bereits in einem Paarhaushalt, geht diese Aufgabe offenbar komplett an die junge Lebensgefährtin über. Bei den Frauen in dieser Altersgruppe steigt demgegenüber der Zeitanteil beträchtlich, der für Beköstigungsarbeiten aufgewendet wird.

Im Vergleich neue Länder – alte Länder fällt auf, dass sowohl weibliche als auch männliche Jugendliche aus den neuen Ländern 1991/92 deutlich häufiger in die täglich anfallenden Hausarbeiten zur Ernährungsversorgung in ihrem Elternhaus einbezogen wurden als die Vergleichsgruppe aus den alten Bundesländern. Fast drei Viertel der weiblichen Jugendlichen aus den neuen Bundesländern (12 bis unter 18 Jahren) waren täglich an der Vor-, Zu- und Nachbereitung von Mahlzeiten beteiligt gegenüber 53 Prozent der Vergleichsgruppe aus den alten Ländern. Noch deutlicher fiel der Unterschied in der Beteiligung der männlichen Jugendlichen dieser Altersgruppe aus: In den neuen Ländern waren es 1991/2 fast 60 Prozent der männlichen Jugendlichen dieser Altersgruppe, wohingegen sich in

den alten Ländern lediglich gut ein Drittel an den Beköstigungsarbeiten beteiligt haben.

Annäherung zwischen Jugendlichen in Ost und West

Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich eine Annäherung der Zeitbudgets für Beköstigungsarbeiten von Jugendlichen aus den neuen Ländern an die aus den alten Ländern im Sinne eines stärkeren Rückzugs aus diesem Hausarbeitsbereich vollzogen. Offenkundig ist der drastische Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Müttern in den neuen Ländern gegenüber 1991/92 als Hauptfaktor dafür zu nennen. Arbeitslosigkeit von Müttern, der Anstieg von Teilzeitarbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen führen dazu, dass sie ihre Kinder heute weniger in diese Tätigkeiten einbinden, und zwar Söhne wiederum noch weniger als Töchter. Es kommt zu einer Retraditionalisierung herkömmlicher Rollenmuster, die allerdings in weniger deutlicher Ausprägung auch für die alten Länder gilt.

Insgesamt belegen die Daten, dass das Zusammenleben in einer Partnerschaft tendenziell zu einem Rückzug der Männer aus der täglich anfallenden Beköstigungsarbeit führt, obwohl sie in biographisch vorgelagerten Lebensphasen als Single offensichtlich durchaus in der Lage sind, entsprechende Arbeiten auszuführen (vgl. Klenner2002).

Ungeachtet dieser ausgeprägten und im Zeitvergleich wieder anwachsenden Nicht-Beteiligung der Jungen an der anfallenden Beköstigungs- und Hausarbeit insgesamt vertreten sie häufiger als die Mädchen die Auffassung, sie erledigten zu viel Hausarbeit (Cornelißen/Blanke 2004). Insgesamt deuten allerdings viele Untersuchungen darauf hin, dass die nach wie vor unterschiedlich starke Einbindung von Söhnen und Töchtern in diesen unbezahlten Arbeitsbereich offenbar relativ wenig Anlass für Konflikte bietet. Obwohl Mädchen insgesamt immer noch vergleichsweise häufiger – und mit zunehmendem Alter zeitintensiver – zu verschiedenen Hausarbeiten herangezogen werden als ihre Brüder, die sich mit steigendem Alter immer mehr aus diesem Arbeitsbereich verabschieden, sind sie damit zufriedener als die Jungen. Die Norm der Gleichberechtigung scheint den Eltern nicht unbedingt als ein primäres Erziehungsziel zu gelten, aber auch den Mädchen und Jungen nicht gerade als ein wichtiger Vergleichsmaßstab zu dienen, der ihre Zufriedenheit bestimmt.

VI.3.6 Zeitverwendung von Müttern und Vätern für Beköstigungsarbeit

– in Abhängigkeit von Erwerbsstatus und Lebensalter

Im Arbeitsbereich Beköstigung ist der Umfang mütterlicher Erwerbstätigkeit ebenso ausschlaggebend für das Zeitbudget zur Verrichtung der

täglichen Vor-, Zu- und Nachbereitung von Mahlzeiten wie bei den hauswirtschaftlichen Tätigkeiten insgesamt. In Paarbeziehungen wenden nicht-erwerbstätige Mütter mit einer Stunde und 35 Minuten pro Tag durchschnittlich deutlich mehr Zeit für die Beköstigungsarbeit auf wie vollzeiterwerbstätige Mütter, die lediglich 55 Minuten dafür investieren.

Teilzeiterwerbstätige Mütter liegen mit einer Stunde und neun Minuten im Mittelfeld. Auch wenn in bereits vorliegenden Untersuchungen vom männlichen Einstellungs- und Verhaltenswandel hin zu einer stärker partnerschaftlich ausgerichteten Familienarbeitsteilung berichtet wird (Zulehner/Volz 1998), so zeigen vorliegende Daten, dass die reale Verantwortung für die Ernährungsversorgung nach wie vor bei den Frauen liegt. Auch in Haushalten mit vollzeiterwerbstätigen Müttern leisten Männer nur unwesentlich mehr als die Hälfte der Zeit für Beköstigungsarbeiten, die ihre Partnerinnen täglich damit verbringen. Immerhin fallen aber der Beteiligungsgrad und das zeitliche Engagement dieser Männer signifikant höher aus als der von Männern teilzeit- und nicht-erwerbstätiger Frauen (s. Abb. VI.5).

Auf der Basis der vorliegenden Daten lässt sich schließlich nachweisen, dass sich tradierte Arbeitsteilungsmuster im fortgeschrittenen Lebensalter keineswegs verstärken, sondern eher abgebaut werden. Im Vorruhestand und im Rentenalter erhalten Frauen von ihren Ehemännern bzw. Lebenspartnern vergleichsweise mehr Unterstützung als in den Jahrzehnten aktiver männlicher Berufstätigkeit. Immerhin sind mehr als 70 Prozent aller männlichen Vorruheständler bzw. Rentner in irgendeiner Form an der täglichen Beköstigungsarbeit beteiligt und investieren dafür immerhin etwa 40 Minuten. Im Zeitvergleich von zehn Jahren hat sich daran kaum etwas verändert.

– in Akademikerinnen- und Akademikernhaushalten

Neben der Erwerbsarbeit als dem zentralen Einflussfaktor korreliert der Zeitaufwand für Hausarbeit auch mit dem Alter, Bildungsniveau, Haushaltseinkommen und der Geschlechterrolleinstellung (Künzler u. a. 2001). In Akademikerinnen- und Akademikernhaushalten⁹⁰ mit Kindern, in denen sich die Merkmale hoher Bildungsstand und überdurchschnittliches Haushaltseinkommen sowie Vollzeiterwerbstätigkeit beider Partner kumulieren, ist demzufolge eine überdurchschnittlich hohe Gleichverteilung der Haushaltspflichten zu erwarten. Im Vergleich zur

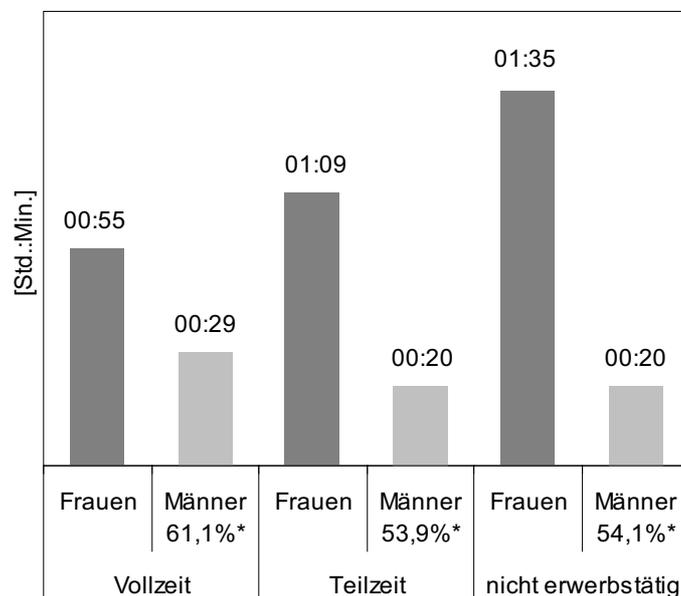
Tradierte Arbeitsteilungsmuster weichen im höheren Alter auf

Zeitaufwand für Beköstigung variiert mit Erwerbsstatus und Alter

⁹⁰ Paarhaushalte mit Kindern, Haushaltseinkommen 3 000 und mehr Euro/Monat, beide Partner vollzeiterwerbstätig, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

Abbildung VI.5

Durchschnittliche tägliche Zeitverwendung von Müttern mit unterschiedlichem Erwerbsstatus und den dazugehörigen Vätern für die Aktivität „Beköstigung“ 2001/02



* prozentualer Anteil aller Männer, die täglich mindestens eine Beköstigungstätigkeit ausüben

Frauen: Vollzeit n = 1462; Teilzeit n = 2118;
nicht erwerbstätig n = 2118

Männer: Männer von Vollzeit erwerbstätigen Müttern: N = 761

Männer von Teilzeit erwerbstätigen Müttern: N = 1043

Männer von nicht erwerbstätigen Müttern: N = 1958

Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use File Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

Gesamtheit aller Familienhaushalte mit zwei Kindern und doppelter Erwerbstätigkeit findet diese Annahme durch die vorliegenden Zeitbudgetdaten eine Bestätigung. Eine größere Anzahl Väter aus Akademikerinnen- und Akademikernhaushalten ist ihren berufstätigen Partnerinnen bei der täglichen Beköstigungsversorgung, der Wäschepflege, Wohnungsreinigung und den Einkäufen behilflich als der Durchschnitt aller erwerbstätigen Väter mit berufstätigen Ehefrauen. Auf der Seite der erwerbstätigen Mütter beider Familienhaushaltstypen sind es in diesen typisch weiblich konnotierten Hausarbeitsbereichen wiederum die Akademikerinnen, die nicht nur in deutlich geringerer Anzahl täglich diese Arbeiten ausführen, sondern mit 2 Std. und 53 Min. auch ein um mehr als eine Stunde signifikant geringeres Tageszeitbudget dafür aufweisen (siehe Abb.VI.6).

VI.3.7 Inanspruchnahme von bezahlten Hilfeleistungen im Vergleich ausgewählter Familienhaushalte

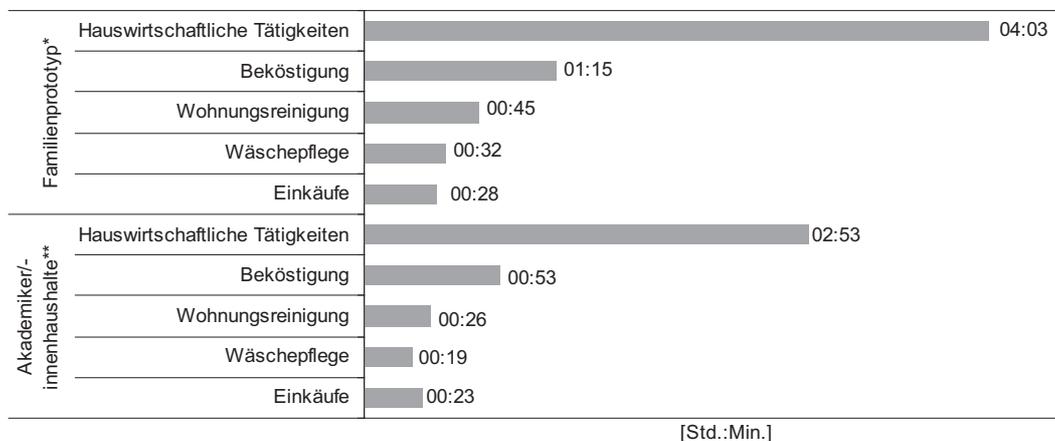
Wie in Abb. VI.6 dargestellt, benötigen berufstätige Akademikerinnen mit Kindern für die Beköstigungsversorgung ihrer Familien täglich 22 Minuten weniger Zeit als der Durchschnitt aller

verheirateten und erwerbstätigen Mütter. Ebenso wenden sie täglich fast eine Viertel Stunde weniger Zeit für die Wäschepflege und knapp 20 Minuten weniger für die Wohnungsreinigung auf. Zum einen steht dies im Zusammenhang mit der stärkeren Unterstützung durch ihre Partner, ist möglicherweise aber zum anderen auch auf andere Strategien zurückzuführen: Da es sich bei diesen Tätigkeiten um notwendige und nicht bzw. nur begrenzt aufschiebbare Tätigkeiten handelt, ist es nahe liegend, dass besonders in Akademikerinnen- und Akademikernhaushalten mit hohem Haushaltseinkommen ein Teil dieser Aufgaben durch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen abgegeben wird (Küster 2000). Diese Annahme findet ihre Bestätigung in dem Ergebnis, dass immerhin 15 Prozent der hier untersuchten vollzeiterwerbstätigen Akademikerinnen (hohes Einkommen bei geringem frei verfügbaren Zeitbudget) bezahlte Hilfe und Unterstützung bei der Reinigung und Pflege von Haus und Wohnung durch Dritte nutzen; also deutlich mehr als dies für den Durchschnitt aller erwerbstätigen, verheirateten Mütter zutrifft (4,1 Prozent). Überdurchschnittlich hoch ist bei diesen Frauen auch die Inanspruchnahme von bezahlten Hilfeleistungen im Bereich Kinderbetreuung und Mahlzeitenzubereitung (s. Tab. VI.1).

Geringerer Zeitaufwand für Hausarbeit bei berufstätigen Akademikerinnen mit Kindern

Abbildung VI.6

Durchschnittliche Zeitverwendung von erwerbstätigen Frauen je Tag für ausgewählte Aktivitäten nach Familienhaushaltstyp



* Ehepaare mit zwei Kindern, jüngstes von sechs bis unter 18 Jahre, doppelte Erwerbstätigkeit

Einkäufe n = 337

Wohnungsreinigung n = 481

hauswirtschaftliche Tätigkeiten n = 656

Wäschepflege n = 374

Beköstigung n = 608

** Paarhaushalte mit Kindern, Haushaltseinkommen 3 000 und mehr Euro/Monat, beide Partner vollzeiterwerbstätig, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss

Einkäufe n = 139

Wohnungsreinigung n = 178

hauswirtschaftliche Tätigkeiten n = 269

Wäschepflege n = 137

Beköstigung n = 260

Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use File Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

Tabelle VI.1

Durchschnittlicher Prozentsatz von Frauen unterschiedlicher Haushaltstypen nach Inanspruchnahme von bezahlten und unbezahlten Hilfeleistungen in Haushalt und Familie

	Wohnungsreinigung		Besorgungen/ Einkäufe		Mahlzeitenzubereitung		Kinderbetreuung	
	bezahlt	unbezahlt	bezahlt	unbezahlt	bezahlt	unbezahlt	bezahlt	unbezahlt
mit Kindern ¹	17,6	2,9	0,8	3,9	2,1	11,2	10,2	12,5
n=306	n = 54	n = 9	n = 3	n = 12		n = 34	n = 29	n = 38
Erwerbstätige Frauen mit Kindern ²	4,1	2,5	–	2,1	0,6	7,4	2,1	12,2
N = 664	n = 27	n = 17		n = 17	n = 4	n = 49	n = 14	n = 81

¹⁾ Personen mit Kindern, Einkommen 1500 und mehr Euro/Monat, Vollzeit erwerbstätig, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss

²⁾ Ehepaare mit zwei Kindern, jüngstes von sechs bis unter 18 Jahre, doppelte Erwerbstätigkeit

Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use File Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

Ausbau von Dienstleistungen für Familien notwendig

Der Ausbau dieser haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen steht in den nächsten Jahren in Deutschland dringend an, weil dadurch die Balance zwischen Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit insbesondere von qualifizierten Müttern (und Vätern) erleichtert und Zeitstress vermieden wird. Indem sie bereit sind, einen Teil ihres Erwerbseinkommens in diese Dienste zu investieren, entlasten sie sich und zugleich entstehen in den Kommunen neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, die allerdings aufgrund der schattenwirtschaftlichen Konkurrenz „Markteinführungshilfen“ benötigen, etwa für die Etablierung von haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungsagenturen. Auf diese Weise können zudem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsperspektiven auch für Frauen der mittleren und unteren Bildungsgruppen erschlossen werden.

Grenzen von Zeitbudgetuntersuchungen: Keine Aussagen über Motive und Belastungsempfinden

Die hier referierten Befunde der Zeitbudgetforschung haben ihre Grenzen. Wir erfahren zwar indirekt etwas über die Präferenzen und Restriktionen der Befragten bei der Verwendung ihrer Zeit. Die Motive ihres Zeithandelns, ihr subjektives Belastungsempfinden oder die Probleme der innerfamiliären Arbeitsteilung bleiben allerdings im Dunkeln. Insofern ist es sinnvoll, zusätzlich auf qualitative Analysen zum Ernährungsverhalten von Familienhaushalten zurückzugreifen.

Zwischenfazit

Der mit den vorliegenden Ergebnissen belegte Trend einer Zunahme des Außer-Haus-Verzehrs bei Kindern und Jugendlichen in Schulen und Ausbildungsstätten stellt de facto einen längst überfälligen Schritt für eine zeitliche Entlastung erwerbstätiger Mütter dar. Außerdem eröffnen sich damit vielfältige Chancen zur zielgruppenbezogenen Gesundheits- und Ernährungsaufklärung. Insbesondere für Kinder und Jugendliche handelt es sich beim Schulfrühstück oder beim Mittagessen in der Schule um ein Ereignis in sozialräumlichen Gelegenheitsstrukturen, in denen sie praktisch erfahren können, dass ein an den Grundsätzen von gesunder Ernährung orientiertes Angebot schmackhaft, leicht bekömmlich und abwechslungsreich sein kann. Zugleich lässt sich damit die sozial-kommunikative Seite der täglichen Ernährungsversorgung im Schulalltag lebensnah und authentisch vermitteln.

Deshalb stellt die Entwicklung von Qualitätsstandards für die Ernährungsversorgung in öffentlichen Einrichtungen wie Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtungen, Schule oder in Ausbildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen (BMFSFJ 11. Kinder- und Jugendbericht) und zu ihrer Gesundheitsprävention dar.

Sie sind gerade auch im Zuge des forcierten Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Kinder dringend erforderlich. Aber auch in anderen Bereichen ist die Vermittlung von Kulturtechniken, von Zeit- und Alltagskompetenzen gerade an Orten, wo Kinder einen erheblichen Teil ihrer Alltagszeit verbringen, dringend geboten.

Ebenso verweisen die konstatierte Fortschreibung und Verstärkung der Zuständigkeit und damit der Zeitbindungen von weiblichen Familienmitgliedern für die Ernährungsversorgung und die damit verbundenen Tätigkeiten auf das Erfordernis, an kind- und jugendbezogenen Lernorten stärker als bisher an der Veränderung herkömmlicher Geschlechterrollenzuweisungen zu arbeiten. Auch in diesem Lebensbereich ist die Vision von Geschlechterdemokratie und von neuen Zeitarrangements zwischen Männern und Frauen gefragt. Es geht darum, in den konkreten Erfahrungs- und Lernzusammenhängen von Kindern und Jugendlichen beiderlei Geschlechts zu vermitteln, dass die Haus- und Fürsorgearbeit und die damit einhergehenden Zeitbindungen und Verantwortlichkeiten eben keineswegs selbstverständlich und naturgegeben in den Zuständigkeitsbereich von Mädchen und Frauen fallen, sondern Aufgabe beider Geschlechter ist. Der Weitergabe von tradierten Rollenmustern kann gerade auf diesem Wege ein öffentlicher Erfahrungs- und Lernzusammenhang für die nachwachsende Generation entgegengesetzt werden, der dazu beiträgt, partnerschaftliche Zeitarrangements einzuüben und mit Zeitkonflikten im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienarbeit konstruktiv umgehen zu lernen. Darin liegt ein erhebliches emanzipatorisches Sozialisationspotential, um partnerschaftliche Lebensentwürfe zwischen Beruf und Familie für Mütter und Väter gleichermaßen entlang ihres Lebenslaufs zur kulturellen Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Veränderung von Geschlechterrollenzuschreibung für Ernährungsversorgung notwendig

VI.4 Zeitkonflikte von Familien – das Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienzeit

VI.4.1 Erwerbszeit als Taktgeber für familiäre Lebensführung: Rhetorik und Differenzierung

Viele Diskussionen über die gegenwärtigen Zeitprobleme von Familien kreisen um die pauschale Behauptung, Familien verfügten heute über ein knapper gewordenen Budget an gemeinsamer Familienzeit. Besonders populär ist die These, Eltern würden jetzt weniger Zeit als früher mit ihren Kindern verbringen, meist auch ohne dass der historische Bezugsrahmen für dieses „Früher“ spezifiziert wird. Als Ursache hierfür wird meist implizit oder explizit die steigende Müttererwerbstätigkeit gesehen. Derartige Aussagen

Populäre Thesen von der knappen Familienzeit müssen differenziert werden

müssen jedoch, nicht um die Zeitprobleme von Familien zu bagatellisieren, sondern um sie realitätsangemessen darzustellen, in verschiedene Richtungen differenziert werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass sowohl international (Sayer/Bianchi/Robinson 2004) als auch in der repräsentativen Zeitbudgetstudie (Statistisches Bundesamt/BMFSFJ 2003) für die Bundesrepublik in der jüngsten Vergangenheit nicht nachgewiesen werden kann, dass Eltern weniger Zeit mit ihren Kindern verbringen (Abb. VI.7).

Eltern verbringen heute mehr Zeit mit ihren Kindern als vor zehn Jahren

Im Gegenteil: im Vergleich zum Erhebungszeitraum von 1990/91 verbringen Eltern in Westdeutschland täglich ca. 18 Minuten mehr und in Ostdeutschland sogar ca. 30 Minuten mehr Zeit mit ihren Kindern. Im Vergleich der beiden Untersuchungen ergibt sich zunächst, dass die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern unter sechs Jahren täglich gemeinsam verbringen, im vergangenen Jahrzehnt deutlich zugenommen hat.

Das trifft in Ostdeutschland in stärkerem Maße zu als in Westdeutschland: Waren es 1991/92 in den neuen Bundesländern pro Tag vier Stunden und 52 Minuten, so stieg dieser Anteil im Jahre 2001/02 auf sechs Stunden und drei Minuten an. In den alten Bundesländern erhöhte sich der Anteil von durchschnittlich sechs Stunden und zwei Minuten pro Tag um ca. eine Dreiviertelstunde auf sechs Stunden und 50 Minuten. In diese Bilanz gehen sowohl die Kinderbetreuung als Haupt- und Nebenaktivität ein, Fahrdienste und Wegezeiten für die Betreuung, aber auch die sonstige mit Kindern verbrachte Zeit, Mahlzeiten oder das gemeinsame Fernsehen. Allerdings spiegelt dieses Mehr an gemeinsamer Zeit mit Kindern auch die im Vergleich zu 1990/91 unzu-

reichende Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten für die unter 6jährigen Kinder in Westdeutschland ebenso wider wie den Verlust an Erwerbsarbeitsplätzen in Ostdeutschland. Beides führt dazu, dass Klein- und Vorschulkinder heute häufiger zu Hause betreut werden als Anfang der 1990er Jahre. Diese zusätzliche Betreuungszeit wird ganz überwiegend von Müttern übernommen, wohingegen Väter – trotz anders lautender Wünsche – weniger Zeit in die Betreuung ihrer Kinder investieren als Anfang der 1990er Jahre (Statistisches Bundesamt/BMFSFJ 2003, S. 14f).

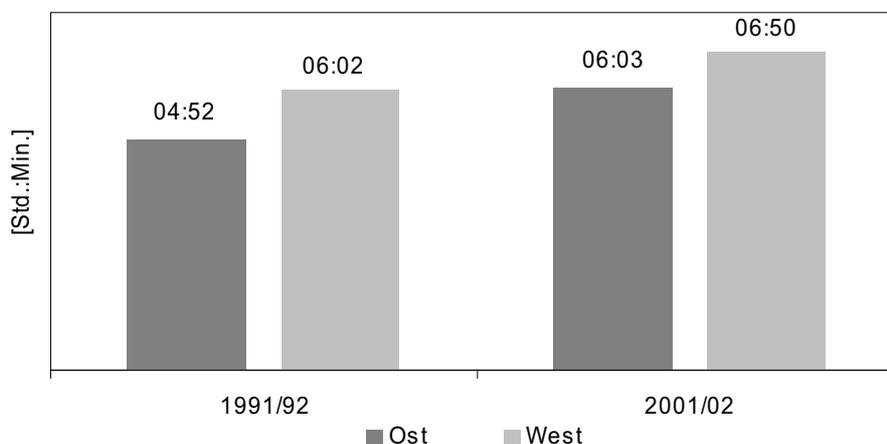
Zumindest auf dieser quantitativen Ebene kann man also nicht pauschal von knapper werdender Betreuungszeit für Kinder in Familien ausgehen. Dennoch gibt es aber viele Hinweise auf Zeitprobleme: zum einen in zeitlich besonders belasteten Familien, wie etwa mit zwei vollzeiterwerbstätigen Eltern, allein Erziehenden sowie Erwerbslosen, zum andern aber in allen Konstellationen, in denen Erwerbsarbeit sich als ein „Metronom des Alltags“ (Mückenberger 2004) erweist, das in seiner tradierten, teilweise aber auch in seiner modernisierten Gestalt kaum mit den Belangen des familialen Alltags zusammenpasst.

Auch in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist die Erwerbsarbeit – neben den Zeiten von Kindertageseinrichtungen, Schule, Läden und öffentlichen Einrichtungen, Transportsystemen sowie immer mehr auch der Medien – einer der mächtigsten Taktgeber für die familiäre Lebensführung im Alltag. Auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Dominanz der Erwerbsarbeit und ihrer Funktion als wesentliche Einkommensquelle für Familien markieren ihre Dauer und Lage, d. h. die täglichen Anfangs- und Endzei-

Erwerbsarbeit immer noch mächtigster Taktgeber

Abbildung VI.7

Betreuungszeiten für Kinder unter sechs Jahren in der Familie (in Stunden pro Tag)



Quelle: Uta Meier-Gräwe, Scientific Use Files Zeitbudgeterhebung 1991/1992 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen

ten, sowie ihre Verteilung über die Woche und das Jahr, zentrale Eckpunkte, an denen sich die Gestaltung gemeinsamer Zeit ausrichtet. Viele Jahrzehnte wurde dieses „Diktat der Arbeitszeit“ auf dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vor allem über die Väter in die Familien hineintransportiert. Die Väter arbeiteten entsprechend des Konstruktes der „Normalarbeitszeiten“ vollzeitlich und regelmäßig und waren zumindest während der Arbeitswoche in den Alltag der Familien nur am „Feierabend“ und am Wochenende integriert. Bis heute gilt zudem, dass Männer ihre Arbeitszeiten erhöhen und nicht senken, sobald sie Väter werden (vgl. Kap.VI.4.4). Durch die zusätzliche Erwerbstätigkeit von Müttern, wenn auch überwiegend in Teilzeit, verdoppelt sich die Bedeutung der Arbeitszeiten für den Familienalltag. Allerdings sind diese hinsichtlich ihrer Dauer, Lage und Verteilung stark im Wandel begriffen, was die Zeitgestaltung von Familien unter Umständen auch verbessern kann (vgl. Kap.VI.5).

Anteil von Personen mit „Normalarbeitszeiten“ sinkt

Im Hinblick auf die Dauer der Arbeitszeit insgesamt zeigen für das vergangene Jahrzehnt Merz/Burger (2004) auf der Basis eines Vergleiches der Zeitbudgetuntersuchungen 1991/2 und 2001/2 des Statistischen Bundesamtes, dass zwar noch 65 Prozent der Beschäftigten in einem Normalarbeitszeitkorridor arbeiten, dieser Anteil aber seit 1991 um 6 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Bauer/Munz (2005) ergänzen dieses Bild durch eine Betriebsbefragung: Demnach arbeiten 2003 weniger als die Hälfte aller Beschäftigten (45 Pro-

zent) mit einem dem Normalarbeitszeitstandard entsprechenden Wochenstundenvolumen. Der Anteil derer, die zwischen 35 und 40 Stunden arbeiten, nahm seit 1999 ab. Der Anteil derer, die weniger als 35 Stunden (24 Prozent) und derer, die mehr als 40 Stunden arbeiten (31 Prozent) hat etwa zu gleichen Anteilen zugenommen. Deutliche Unterschiede ergeben sich dabei nach dem betrieblichen Status. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit hohem betrieblichen Status arbeiten länger als 40 Stunden (52 Prozent), bei einem Fünftel liegt die tatsächliche Arbeitszeit bei über 48 Stunden. Knapp die Hälfte der Beschäftigten mit niedrigem betrieblichem Status arbeitet dagegen unter 35 Stunden (43 Prozent). Diese Differenzen haben sich seit 1999 noch vertieft und verweisen auf eine Polarisierung der Arbeitszeiten.

Im Hinblick auf die Erwerbszeiten der Mütter ist zunächst die Zunahme ihrer Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sie kleine Kinder haben, von Bedeutung. Dennoch sind die Erwerbsbeteiligungsmuster deutscher Mütter im europäischen Vergleich (vgl. Kapitel II, Tabelle II.9.) geringer ausgeprägt, insbesondere, wenn man auf die nordeuropäischen Länder sieht. Nicht nur die Frauenerwerbsquote ist dort wesentlich höher, sondern auch der Anteil derjenigen, die noch nach dem 55. Lebensjahr erwerbstätig sind. Relevant ist hier die aktive Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern, die – trotz einiger Annäherungen – nach wie vor in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich aussieht (Tabelle VI.2)

Zunahme der Erwerbstätigkeit auch von Müttern kleiner Kinder

Tabelle VI.2

**Anteil aktiv erwerbstätiger Mütter an 15-64-jährigen Frauen 2003
(in Prozent)⁹¹**

	Aktiv Erwerbstätige unter den 15-64jährigen Frauen ⁹¹			
	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Frauen mit Kindern	Veränderungen gegenüber 1996 in%	Frauen mit Kindern	Veränderungen gegenüber 1996 in%
insgesamt	69,4	- 0,3	59,4	+ 8,4
Alter des jüngsten Kindes				
< 3 Jahre	43,4	+ 9,9	29,7	+ 4,1
3 bis 5 Jahre	66,0	+ 0,6	55,2	+ 8,4
6 bis 14 Jahre	73,5	- 1,4	68,6	+ 6,7

Quelle: Statistisches Bundesamt: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Aktualisierte Daten (BMFSFJ 2003)

⁹¹ Aktiv Erwerbstätige sind Erwerbstätige ohne vorübergehend Beurlaubte, z. B. wegen Erziehungsurlaub, je 100 der betreffenden Bevölkerungsgruppe (BMFSFJ 2003a).

Dabei ist die niedrigere Zahl insbesondere der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter drei Jahren dadurch bedingt, dass die meisten Frauen vom Angebot der Elternzeit Gebrauch machen. Zwar sind immer noch mehr Mütter in Ost- als in Westdeutschland insbesondere mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, doch auch in Westdeutschland steigt der Anteil erwerbstätiger Mütter kontinuierlich, vor allem mit Kindern im Kindergartenalter.

Insgesamt stieg die Erwerbsquote der Mütter gegenüber 1996 bis 2004 zwar um sechs Prozentpunkte auf 61 Prozent an. Dieser Zuwachs ist aber fast ausschließlich auf vermehrte Teilzeitarbeit zurückzuführen. In Westdeutschland stieg die Teilzeitquote um sieben bis acht Prozentpunkte, in Ostdeutschland um sechs bis sieben Prozentpunkte an (Statistisches Bundesamt 2005, 34 ff.), die Vollzeitquote von Müttern geht insgesamt leicht zurück. Ungeachtet dessen bleibt aber in Ostdeutschland die vollzeiterwerbende Mutter mit mehreren Kindern, die Beruf und Familie aufgrund gesicherter Kinderbetreuung ohne größere innere und äußere Konflikte vereinbaren kann, nach wie vor Leitbild und Praxis vieler ostdeutscher Frauen (Szymenderski 2004).

Für die Frage von Zeitknappheit bedeutet dies, dass, obwohl in Westdeutschland die Zahl der erwerbstätigen Mütter kontinuierlich steigt, sich ihr Gesamtarbeitszeitvolumen und damit ihre zeitliche Inanspruchnahme dennoch nur wenig erhöht hat. In Ostdeutschland nehmen dagegen sowohl die Erwerbsquote als auch die Vollzeitarbeit ab. Insgesamt öffnet sich damit auch wieder vermehrt die Schere zwischen den Arbeitszeiten von Müttern und Vätern.

Im Hinblick auf die verstärkte (Teilzeit)Erwerbsintegration der Mütter lässt sich auf dieser rein quantitativen Ebene jedenfalls die Behauptung der geringer werdenden Zeit von Müttern für ihre Kinder empirisch zunächst nicht stützen.

VI.4.2 Zeitlich belastete Familienkonstellationen: Doppelernährerpaare, allein erziehende und erwerbslose Eltern

Es gibt zeitlich besonders belastete Familienkonstellationen, die auf eine sozial ungleiche Verteilung von Zeit in Familien hinweisen: Hierzu gehören beispielsweise Paarhaushalte, in denen beide Eltern vollzeiterwerbend sind. Dies trifft – trotz insgesamt abnehmender Tendenz – für 26,1 Prozent der Familienhaushalte mit Kindern zu (Franco/Winqvist 2002, 3). Insbesondere die kleine Gruppe von hochqualifizierten Eltern, in der beide lange Arbeitszeiten von insgesamt bis zu 80 bis 90 Wochenstunden aufweisen, ist mit objektiver Zeitknappheit konfrontiert. Zwar bringen vollzeiterwerbende Mütter mit Kin-

dern unter sechs Jahren im Schnitt dennoch täglich, d. h. auch an Arbeitstagen, gute zwei Stunden mit ihren Kindern als Hauptaktivität (Statistisches Bundesamt/BMFSFJ 2003, 26) – im Vergleich zu drei Stunden und 40 Minuten bei nicht erwerbstätigen Müttern. Aber sie greifen auf besondere Strategien zurück, um Care trotz Zeitknappheit zu bewerkstelligen: Sie reduzieren nicht nur die Hausarbeit auf das Notwendige, sondern sie „sparen“ auch eher an eigenen Schlaf und an Freizeitaktivitäten als an der Zeit mit ihren Kindern (Hislop/Arber 2003, Klenner/Pfahl/Reuß 2003).⁹² Leben Schulkinder zwischen sechs und 14 Jahren im Haushalt, so begründen mehr als drei Viertel der befragten Mütter (79,6 Prozent) ihre Einschlaf- bzw. Durchschlafprobleme damit, einfach nicht abschalten zu können. Hier spiegelt sich ein kumulierter Problemdruck in einer Familienphase wider, in der Mütter verstärkt versuchen, wieder in der Berufswelt Fuß zu fassen, zugleich aber eine erhebliche Betreuungslücke infolge der deutschen Praxis der Halbtagschule besteht (Meier 2004). Erholungszeiten nehmen für Mütter im gleichen Ausmaß ab wie ihre Erwerbszeiten zunehmen – was langfristig zwar zu ernstesten gesundheitlichen Belastungen für Mütter führen kann, jedoch kein Indiz für die zeitliche „ Vernachlässigung“ von Kindern ist.⁹³ Dieser Befund trifft nicht nur für die Bundesrepublik zu, denn neuere Untersuchungen in den USA zeichnen den gleichen Trend (Sandberg/Hofferth 2001; Sayer/Gauthier/Furstenberg 2004; Milkie u. a. 2004). Die Gruppe der „Doppelernährerfamilien“ muss allerdings schichtspezifisch differenziert werden, denn eine Doppelkarriere im Akademikermilieu ist trotz zeitlicher Belastung meist mit monetären und/oder kulturellen Ressourcen verbunden, die zur zeitlichen Entlastung eingesetzt werden, auf die Arbeiterfamilien nicht zurückgreifen können. Auch hier ist das Quantum der Erwerbszeit nicht allein ausschlaggebend für die Qualität von Familienzeit, es wird modifiziert durch die soziale Schichtzugehörigkeit (vgl. Jacobs/Gerson 2004).

Eine zweite, große Gruppe mit Zeitknappheit sind die allein Erziehenden – die Familienform, die in den vergangenen Jahren zahlenmäßig am stärksten zugenommen hat. 2000 gab es laut Mikrozensus etwa 1,5 Millionen allein Erziehende (ohne Lebenspartner/in im Haushalt) mit Kindern unter 18 Jahren; damit stellten allein Erziehende rund 15 Prozent aller Familien, in denen mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt. Zu 85 Prozent sind allein erziehende Frauen

Allein Erziehende
zeitknappe
Familienform

Zunahme von Müttererwerbstätigkeit vor allem auf Basis von Teilzeiterwerbstätigkeit

Hochqualifizierte Eltern mit langen Arbeitszeiten besonders belastet

⁹² Dies war bereits ein Befund der frühen Studie von Christiane Müller-Wichman (1984).

⁹³ Bei einer solchen Argumentation ist zudem die Möglichkeit außerfamiliärer Kinderbetreuung nicht mitgedacht.

(BMFSFJ 2003), wengleich auch der Anteil allein erziehender Männer leicht steigt. Zwei Aspekte der Struktur der allein erziehenden Haushalte weisen auf besondere Zeitprobleme hin: Zum einen ist in 71 Prozent der allein Erziehenden-Familien, aber nur in 59 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern das jüngste Kind zwischen sechs und 18 Jahre alt. Zum anderen sind Familien von allein Erziehenden nach wie vor mehrheitlich Ein-Kind-Familien (BMFSFJ 2003, 41), was die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit begünstigt, obgleich die Alleinzuständigkeit für Haushaltsführung und Kinderbetreuung bestehen bleibt und Betreuungseinrichtungen nur begrenzt auf ihre besonderen Zeitbedarfe eingehen.

Dazu kommt, dass allein Erziehende, wenn sie erwerbstätig sind, dies auch stärker aus finanziellen Gründen sind als Mütter mit Partner. So liegt ihr Anteil an Vollzeiterwerbstätigkeit mit 28 Prozent höher als bei Müttern in Paarhaushalten (Statistisches Bundesamt 2004b). Allein erziehende Mütter haben deshalb insgesamt weniger Zeit für Haushalt und Familie als Mütter mit Partner. Allerdings zeigt der Vergleich der täglichen Zeitverwendung von allein erziehenden Müttern und Müttern in Paarhaushalten, deren jüngstes Kind unter 18 Jahren ist, dass insbesondere hinsichtlich der Kinderbetreuung mit nur sieben Minuten nur geringfügige Unterschiede bestehen. Sie verzichten, wie viele erwerbstätige Mütter, nicht nur auf Schlaf, sondern darüber hinaus vor allem im Vergleich mit allein erziehenden Vätern auf soziale Kontakte und verstärken damit ungewollt das Problem ihrer sozialen Isolation mit teilweise negativen Folgen auch für ihre Kinder (BMFSFJ 2003; Statistisches Bundesamt/BMFSFJ 2003).

Demgegenüber können allein erziehende Väter verstärkt auf die Unterstützung durch familiäre und freundschaftliche Netze bauen (Paulus 2004; Stiehler 2000, s. u.). Dennoch müssen auch sie als Hauptzuständige ihre Zeit zwischen Kindern, Haushalt und Beruf aufteilen. Der Tagesablauf sieht im Vergleich zu allein erziehenden Müttern wie in Abb. VI.8 aus.

Die auf den ersten Blick überraschenden Unterschiede zwischen Müttern und Vätern hinsichtlich der Betreuungszeit sind u. a. darauf zurückzuführen, dass allein erziehende Väter in der Regel mit älteren Kindern zusammenwohnen als Mütter und sie darüber hinaus oft weitere Netze haben, die sie entlasten. Aus der Perspektive der Kinder hat diese Situation relativ betrachtet auch positive Seiten: Da Väter in Paarkonstellationen fast ausschließlich Vollzeit mit oft überlangen Arbeitszeiten erwerbstätig sind und daneben mehr Freizeit- und sozialen Aktivitäten nachgehen, haben diese eher noch weniger Zeit für ihre Kinder als allein erziehende Väter. Für Kinder führt dies tendenziell sogar zu einem Gewinn an gemeinsamer Zeit mit ihren allein erziehenden Vätern.

Differenziert man zeitliche Belastungen, die man an Zeitbudgets ablesen kann, nach dem Aspekt Geschlecht, so lässt sich die verbreitete Annahme, dass (erwerbstätige) Mütter unter stärkerer Zeitknappheit für sich und für ihre Kinder leiden als Väter, nur für die Gruppe allein erziehender sowie vollzeiterwerbstätiger Mütter belegen.

Vernachlässigt wird gegenüber diesen beiden Gruppen mit Zeitstress jedoch meist die nicht minder problematische zeitliche Situation erwerbsloser Eltern oder Elternteile, die in den vergangenen Jahren einschließlich der hiermit insgesamt verbundenen Probleme deutlich zugenommen hat.

Tabelle VI.3

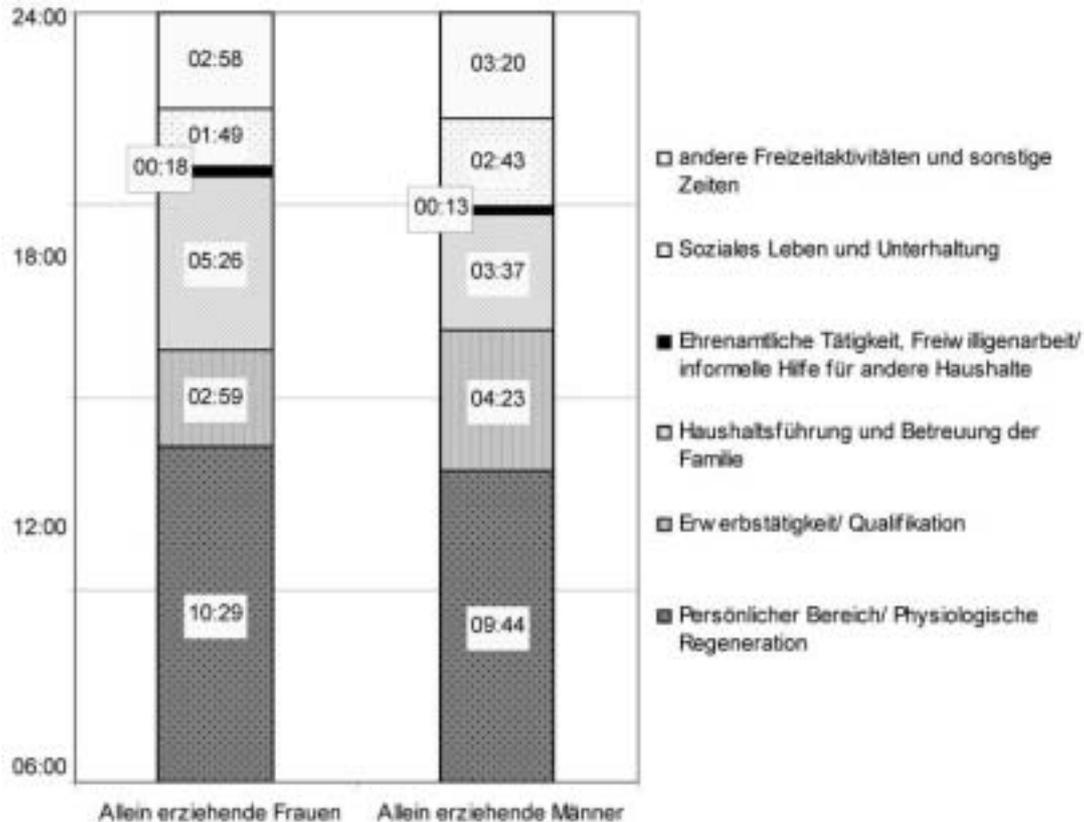
Gesamtarbeitszeit allein erziehender Mütter und von Paarhaushalten mit jüngstem Kind unter 18 Jahren im Haushalt

	Allein erziehende	Paarhaushalte mit Kindern	
	Frauen	Männer	Frauen
Erwerbstätigkeit:	02 : 45	05 : 12	01 : 59
Unbezahlte Arbeit insgesamt:	05 : 35	03 : 06	06 : 07
darunter:			
Hausarbeit	03 : 50	02 : 09	04 : 16
Kinderbetreuung	01 : 29	00 : 40	01 : 36
Gesamtzeit bezahlter und unbezahlter Arbeit:	08 : 19	08 : 18	08 : 07

Quelle: Statistisches Bundesamt: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Aktualisierte Daten 2004, S.182

Abbildung VI.8

Tagesablauf allein erziehender Frauen und Männer mit jüngstem Kind unter 18 Jahren (in Std:Min)



Quelle: Irene Kahle, Balance zwischen Beruf und Familie – die Zeitsituation von allein Erziehenden. Expertise zum Siebten Familienbericht 2004, S. 10

Als Indikator kann die Zunahme von Kindern in Sozialhilfe gelten: Stieg der Anteil der Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfe insgesamt von 1991 bis 2002 um 0,8 Prozent, so war bei den minderjährigen Empfängern und Empfängerinnen ein Anstieg um 4,8 Prozent – von 1,9 Prozent auf 6,7 Prozent – zu beobachten. Dabei gilt zudem, dass, je jünger ein Kind in Deutschland ist, umso größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass es in einer sozialhilfebeziehenden Familie lebt (Olk 2004, 27). Dies trifft im Übrigen besonders häufig in allein erziehenden Familien zu.

Da mit Hartz IV seit 2005 ein neues Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt eingesetzt wird, kann die Frage, wie es sich auf die zeitliche Situation erwerbsloser Eltern oder Elternteile auswirkt, gegenwärtig nicht beantwortet werden. Dadurch, dass seit 1984 die Information zu Eltern in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr erhoben wird, gibt es in diesen Erhebungen keine Datenbasis mehr dazu, wie viele Familien von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Es ist jedoch belegt – zuletzt durch die Daten des DJI-Kinderpanel (Strehmel 2005) – dass das reine Vorhan-

densein von Zeit in Erwerbslosenfamilien noch keine adäquate Verwendung von Zeit für die Familie garantiert. Nach wie vor gültig sind die Befunde der in den 1930er Jahren durchgeführten Untersuchung der „Arbeitslosen von Marienthal“ (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975), wonach von einer positiven Zeitqualität für Familien unter Bedingungen von Erwerbslosigkeit keinesfalls automatisch ausgegangen werden kann (vgl. auch Näsmann 2003). Im Gegenteil zeigen sich insbesondere bei länger anhaltender Erwerbslosigkeit Desorganisationstendenzen im Alltag, die negative Auswirkungen auf das Familienleben haben. Strehmel (2005) weist mit Daten des Kinderpanels nach, dass erwerbslose Mütter und Väter signifikant stärker demoralisiert sind als die Eltern in den anderen Gruppen.

Qualitative Armutsstudien haben in diesen Familienhaushalten ein „Entgleiten von Zeitstrukturen“ konstatiert; oft bereitet es schon Mühe, zwei oder drei Termine pro Woche zu koordinieren (Meier/Preusse/Sunnus 2003). Überdies schätzen sich in dieser Untersuchung arbeitslose Mütter und Väter in einigen Persönlichkeitsmerkmalen

Lang anhaltende Erwerbslosigkeit: negative Auswirkungen auf Familienleben

Zeitliche Situation auch bei erwerbslosen Eltern problematisch

schlechter ein als Erwerbstätige oder als Eltern, die aus freien Stücken nicht arbeiten. Hier hat das Geschlecht des oder der Erwerbslosen entscheidende Bedeutung: dauerhaft erwerbslose Väter stellen häufig ein massives zusätzliches Problem für Mütter und Kinder dar und keine Entlastung (Hess/Hartenstein/Smid 1991). Soziale und familiäre Probleme potenzieren sich, wenn beide Elternteile erwerbslos sind: diese Familien werden schnell zu Multiproblemfamilien mit materieller Armut, Gewalt, Krankheit und Alkoholismus (Walper 2004). Ein unfreiwilliges „Zuviel“ an Zeit in Familien kann demnach genauso zum Problem werden wie zuwenig Zeit, wenn nicht entsprechende Zeitkompetenzen zu seiner Strukturierung vorhanden sind.

Auch wenn also quantitative Zeitnot sich auf der Basis von Daten zur Erwerbsbeteiligung und aufgrund von Zeitbudgetdaten nur für zwei vollzeiterwerbstätige Eltern sowie für allein Erziehende und hierbei jeweils für Frauen belegen lässt, so muss doch hinsichtlich der Zukunft von Familie bedacht werden, dass vermutlich beide Gruppen zunehmen werden, wenn auch aus verschiedenen Gründen: Die Tendenz zur Ein-Eltern-Familie ist durch Individualisierung und veränderte Geschlechterbeziehungen bedingt, die Tendenz zur Doppelerwerbstätigkeit durch den auch bildungsbedingt steigenden Erwerbswunsch sowie die familienbudgetbedingte Erwerbsnotwendigkeit von Müttern, auch wenn derzeit Vollzeitarbeitsplätze abgebaut werden. Damit werden sich Zeitkonflikte für eine wachsende Zahl von Familien erhöhen, wenn nicht Erwerbsarbeitszeiten für Eltern und insbesondere auch für Männer reduziert sowie umfassende Maßnahmen für eine bessere Balance von Beruf und Familie für Väter und Mütter ergriffen werden. Ebenso wichtig ist es, Erwerbslosigkeit aufgrund ihrer vielfältigen negativen Effekte auf Familien und Kinder, von denen die zeitliche Desorganisation nur einer ist, abzubauen.

Um im Folgenden die qualitative Seite familialer Zeit(konflikte) näher beleuchten zu können, bedarf es der Erläuterung des Zusammenhangs zwischen elterlicher Arbeitszeit und Betreuungszeiten. Dabei beeinflusst die elterliche Erwerbsarbeit die Betreuungsarrangements, umgekehrt hat die zeitliche Struktur der Betreuungsangebote Einfluss auf die elterliche bzw. mütterliche Arbeitszeit und ist ein weiterer wichtiger Taktgeber für die Familien.

VI.4.3 Kinderbetreuung und elterliche Erwerbszeit

Als Ausgangspunkt ist festzuhalten, dass die hauptsächliche Betreuungsarbeit, für 0- bis 6-Jährige unter der Woche sowie verstärkt am Wochenende, von den eigenen Eltern geleistet wird

(DJI 2005b, 65). Die variable Größe ist dabei die mütterliche Erwerbszeit, da die der Väter nur in einem ganz engen Korridor variiert und nach der Geburt von Kindern weiter anwächst. So nimmt der Zeitaufwand für die Erwerbstätigkeit der Männer mit jedem Kind zu, Männer in Partnerschaften ohne Kinder verwenden durchschnittlich 145 Minuten pro Tag weniger für Erwerbsarbeit (Statistisches Bundesamt/BMFSFJ 2003, 189).

An erster Stelle der Betreuungszeiten steht die Mutter, gefolgt vom Partner (so vorhanden) und Verwandten. Exemplarisch für die Bedeutung des Zusammenspiels von Erwerbsarbeit und institutioneller Betreuung für das Betreuungsprofil aus Sicht der Kinder steht die spezielle Situation an Freitagen, an denen der „Staffelstab“ der Betreuung, der unter der Woche partiell von einer Reihe von Betreuungsinstitutionen mit übernommen wird, gleichsam wieder an die Eltern zurückgegeben wird (DJI 2005b).

Elterliche Erwerbstätigkeit⁹⁴ ist vor dieser Folie also eine wichtige Rahmenbedingung für den Alltag von Kindern: sie entscheidet mit darüber, ob und wann die Eltern zu Hause sind und damit auch über die Notwendigkeit und vor allem auch die konkrete Form von nicht-elterlicher Betreuung. Da immer noch überwiegend Frauen für Kinder und Familie zuständig sind, ist vor allem der Zusammenhang zwischen Müttererwerbstätigkeit und den Angeboten der Betreuungseinrichtungen prägend für die Betreuungssituation der Kinder und die Zeitqualität in Familien.

Gerade für die Kinder unter drei Jahren ist in Ost- und Westdeutschland eine sehr unterschiedliche Betreuungslage festzuhalten. Im Westen gibt es nur für 2,7 Prozent dieser Altersgruppe Betreuungsplätze in Einrichtungen, was zu insgesamt störungsanfälligeren, privat zu organisierenden Betreuungsarrangements (Tagespflege, Großeltern, Verwandte) führt; im Osten hingegen liegt der Betreuungsgrad bei 37 Prozent (Jurczyk u. a. 2004, 33; Statistisches Bundesamt 2004b, 99). Der Alltag von Kindern bis zu drei Jahren ist demnach im Wesentlichen durch ein Leben innerhalb der Familie geprägt. Dies hängt zum einen mit der staatlichen Regelung der Elternzeit zusammen, die Eltern für die Betreuung ihrer Kinder bis zu drei Jahre „beurlaubt“. Ist das Kind ein Jahr alt, so befinden sich noch rund die Hälfte der westdeutschen und nur mehr ein gutes

Deutlich unterschiedliche Betreuungssituationen in Ost und West

Von quantitativen zu qualitativen Zeitkonflikten

⁹⁴ Auch elterliche Erwerbslosigkeit hat Einfluss auf den kindlichen Alltag. Der Verlust des Arbeitsplatzes von Eltern belastet Kinder direkt und indirekt, materiell und immateriell. Obwohl erwerbslose Eltern mehr Zeit haben, kann nicht der Umkehrschluss gezogen werden, dass sie sich mehr und besser um ihre Kinder kümmern. Depressionen und Verlust des Kontrolllebens bei arbeitslosen Eltern wirken sich negativ auf das Erziehungsklima in der Familie aus (Walper 2004).

Drittel der ostdeutschen Mütter in Elternzeit (BMFSFJ 2003, 117). In den gesamten ersten drei Lebensjahren des Kindes sind 19 Prozent der westdeutschen und 12 Prozent der ostdeutschen Mütter mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren in Elternzeit (ebd. 111).

Versorgungslücken in der Betreuung

Dennoch gibt es eine Versorgungslücke bei der Betreuung der unter 3-Jährigen, da 29 Prozent der Mütter in West- und 40 Prozent in Ostdeutschland aktiv erwerbstätig sind, davon auch in Westdeutschland immerhin ein knappes Drittel in Vollzeitarbeit, und im Osten arbeitet sogar über die Hälfte der Mütter mehr als 36 Stunden in der Woche. Hinzu kommt, dass nicht viele Kindertageseinrichtungen in Westdeutschland Mittagessen anbieten: Drei Viertel der Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren im Westen sind nur vormittags im Kindergarten bzw. in der Kindertageseinrichtung und gehen zum Mittagessen wieder nach Hause. Im Osten sind die Zahlenverhältnisse dazu genau spiegelbildlich: Drei Viertel der Kinder in diesem Altersfenster besucht einen Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtung mit ganztägigem Angebot (DJI 2005b).

Damit wird der Betreuungsbedarf des Anteils der erwerbstätigen, noch weniger der der vollzeiterwerbstätigen Mütter bei weitem nicht gedeckt. Zusätzlich sind die Öffnungszeiten der meisten Kindertageseinrichtungen im Westen – in der Regel von 8 bis 12 bzw. 16 Uhr⁹⁵ – in einer Weise standardisiert, mit der sie die faktischen mütterlichen Abwesenheiten durch Erwerbsarbeit und Wegezeiten nicht abdecken.

Betrachtet man also die tatsächlichen berufsbedingten Abwesenheitszeiten der Eltern, dann zeigt sich: Während sie sich in Ostdeutschland weitgehend mit den bezahlten Betreuungszeiten decken, greift in Westdeutschland – freiwillig oder mangels Betreuungseinrichtungen unfreiwillig – ein Teil der Familien auf vorwiegend privat organisierte informelle Betreuungsarrangements zurück (DJI 2005b, 46). Allerdings trifft dies in Westdeutschland vornehmlich auf Familien mit geringerem Einkommen zu, mit Ausnahme der Tagespflege.

Ab drei Jahren aus- gewogenere Betreu- ungssituation

Der Alltag der 3- bis 6-jährigen Kinder ist gegenüber dem der unter drei Jährigen sowohl hinsichtlich der institutionellen als auch der informellen Betreuung deutlich anders organisiert. Die meisten dieser Kinder erleben eine ausgewogenere Betreuungssituation zwischen Eltern, Institutionen sowie informeller Betreuung als die unter Dreijährigen. Für den größten Teil der Kinder ist der Alltag durch die Verbindung von Kin-

dergarten bzw. Kindertageseinrichtung und Zeit in der Familie gefüllt. Hinzu kommen Spielzeiten mit Freunden sowie Aktivitäten im sportlichen oder musischen Bereich⁹⁶. Hierdurch nehmen auch Wege – fast immer in Begleitung der Eltern – zunehmend Zeit in Anspruch (vgl. Expertise Kramer 2004). Insgesamt erweitert sich der Aktionsraum der meisten Kinder deutlich über die elterliche Wohnung hinaus. Fragt man nach den Bedingungen, die zu einem Besuch von Kindertageseinrichtungen führen, dann kristallisiert sich die Erwerbskonstellation der Eltern, also deren gemeinsames Arbeitszeitvolumen, als wesentliches Faktorenbündel heraus: So sind lediglich knapp 8 Prozent der Kinder, die zwei Vollzeit erwerbstätige Eltern haben, nicht in einer Einrichtung – wohingegen knapp 25 Prozent derjenigen nicht in einer Einrichtung Betreuung erfahren, deren Eltern beide erwerbslos sind (DJI 2005b, 31). Kinder, die keine Einrichtung besuchen, kommen ferner aus Haushalten mit geringeren ökonomischen Ressourcen⁹⁷.

Eine Differenzierung der Struktur der Betreuungsarrangements nach der Erwerbstätigkeit der Mütter zeigt, dass die Kinder von nicht erwerbstätigen Müttern häufig von Freunden und Nachbarn betreut werden, dagegen bei den teilzeiterwerbstätigen Müttern die Großmütter die wichtigste Betreuungsressource darstellen. Wenn aber die Mütter vollerwerbstätig sind, so werden verstärkt Tagesmütter oder andere, nicht verwandte Personen in Anspruch genommen. Damit ist in der Regel ein zusätzlicher monetärer Aufwand verbunden (Alt/Blanke/Joos 2005, 152). Auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zeigt sich hier eine markante Betreuungslücke. Unterstützt wird die Notwendigkeit eines Ausbaus durch den Befund, dass die Eltern von 0 bis 6 Jahre alten Kindern selber sich mit zunehmendem Alter eine Betreuung in einer Kindertageseinrichtung wünschen. Es zeigt sich hier eine deutliche Abweichung der Wunschvorstellung von der tatsächlich realisierten Betreuungssituation⁹⁸.

Für die institutionelle Betreuung der Schulkinder ist die Erwerbsbeteiligung beider Eltern im Westen bzw. die der Mutter im Osten ebenfalls die wichtigste erklärende Variable (Blanke 2005). Dies heißt aber nicht, dass Kinder, deren Elternteile beide erwerbstätig sind, automatisch im Anschluss an die Schule ergänzend betreut werden:

Auch Eltern von Schulkindern müssen zeitlichen Spagat vollbringen

⁹⁵ Auch hier gibt es allerdings eine große regionale Bandbreite bei den Regelangeboten sowie zahlreichen, aber vereinzelten innovativen Modellen.

⁹⁶ Hierzu gibt es für diese Altersgruppen kaum Untersuchungen. Eine Ausnahme ist das Kinderpanel des DJI, dessen erste aktuelle Ergebnisse nun vorliegen (Alt 2005 und Alt/Blanke/Joos 2005).

⁹⁷ Diesen Befund repliziert auch Kreyenfeld (2004) mit Mikrozensusdaten.

⁹⁸ Für die Einschätzung dieser Abweichung ist die hohe regionale Variationsbreite zu berücksichtigen.

In Westdeutschland wird gerade mal ein Fünftel der 8- bis 9-Jährigen nach der Halbtagschule weiter institutionell betreut (Blanke 2005, 181). Auch Eltern von Schulkindern müssen immer noch einen erheblichen Spagat vollbringen, zieht man zusätzlich in Erwägung, dass nicht selten Unterrichtsstunden ausfallen, was eine eingeschränkte Verlässlichkeit der Schulkinderbetreuung impliziert. Mittlerweile liegen eine Reihe von Modellprojekten vor, die neben dem traditionellen Ganztagsangebot auch innovative Wege im Ganztagsangebot gehen und so zu einer nicht nur zeitlichen, sondern auch qualitativen Erweiterung des Betreuungsspektrums für Schulkinder beitragen können (Wahler/Preiß/Schaub 2005).

Vier Konstellationen in Bezug auf Kinderbetreuung und elterliche Erwerbsarbeit haben demnach Einfluss auf die Qualität der Familienzeit:

- erstens haben Kinder immer häufiger zwei erwerbstätige Elternteile, wobei die Müttererwerbstätigkeit zunimmt, allerdings in Teilzeit und zu atypischen Lagen (s. u.);
- zweitens werden Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland zwar noch selten, aber dennoch zunehmend außerhalb der Familie bzw. nicht von den eigenen Eltern betreut;
- drittens sind die Kinderbetreuungseinrichtungen in Westdeutschland bislang meist nur halbtags geöffnet, bieten nur selten Mittagessen an und sind hinsichtlich der Öffnungszeiten wenig flexibel;
- viertens sind Kinderbetreuungseinrichtungen noch wenig flexibel in ihrer Angebotstruktur.

VI.4.4 Die Balance von Familien- und Erwerbszeit – eine anspruchsvolle Aufgabe

Neben teilweise objektiv knappen Zeitbudgets in Familien führen also auch zu wenig Betreuungsplätzen und nicht an familiäre Bedarfe angepasste Betreuungszeiten dazu, dass familiäre Alltagsarrangements zunehmend komplizierter und anspruchsvoller werden und zwischen den Eltern immer wieder aufs Neue ausgehandelt und abgestimmt werden müssen. Auch die weiteren Taktgeber des sozialen Nahraums von Familien wie Freizeitangebote und andere Infrastrukturen sowie die Medien strukturieren die Zeitmuster von Familien. Für die meisten „Metronome des Alltags“ (Mückenberger) gilt, dass sie noch entlang des fordistischen Modells der strikten Trennung von Beruf und Familie, weiblicher Hausarbeit und männlicher Erwerbsarbeit mit „Normalarbeitszeiten“ konstruiert sind, ohne dabei auf die gewandelten Realitäten vieler Familien Rücksicht zu nehmen. Und auch wenn sie dabei der

gleichen „fordistischen“ Konstruktionslogik unterliegen, so sind sie dennoch nicht aufeinander abgestimmt und nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse von Familien. Dies führt zu einer „Kakophonie“ zeitlicher Anforderungen, die in Familien alltäglich integriert werden müssen. Verkompliziert wird dies dadurch, dass die gesellschaftlichen und individuellen Erwartungen an das Familienleben gestiegen sind. Partielle Einsparungen von Zeit für Haushaltstätigkeiten werden kompensiert durch gestiegene Standards an Hygiene, Optionsvielfalt, Anforderungen der Selbstpräsentation in Schule und Beruf sowie komplexere Selbstkonzepte von Frauen und Männern, die innere Balancen erfordern. Es spricht zudem viel dafür, dass Zeitkonflikte auch im Zusammenhang damit stehen, dass ein großer Teil heutiger Eltern sich intensiv um die Förderung des Nachwuchses bemüht, was, wie die neue Kindheitsforschung zeigt, mit erheblichem monetären und logistischen Aufwand verbunden ist. Es liegen aber Hinweise darauf vor, dass Eltern sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Bildungsressourcen deutlich darin unterscheiden, welche Zeitaufteilung ihrer Tätigkeiten zwischen Erwerb, Regeneration und Förderung der Kinder sie bewusst vornehmen (Huston/Rosenkrantz/Aronson 2005).

Quantitative Daten über Zeitbudgets sagen deshalb trotz aller Präzision nur wenig über Zeitprobleme aus, denn Dimensionen wie Ambivalenzen, Motive, subjektiv empfundene Belastungen bleiben hierbei im Dunkeln. Zeitprobleme ergeben sich für Familien nicht alleine aus einem unzureichenden quantitativen Zeitbudget, sondern ebenso aus einer unzureichenden Qualität von Zeit, d. h. aus Belastungen, die Zeitdruck und Verdichtung von Zeit, Parallelaktivitäten und Synchronisationsprobleme, Fremdbestimmtheit und mangelnde Zeitsouveränität u. a. m. umfassen. Dass Eltern trotz – im historischen Vergleich zu 1900 – relativ niedriger Arbeitszeiten (Promberger 2005) derartige Zeitprobleme empfinden, dass es eine „gefühlte Zeitnot“ gibt, ist inzwischen auch in internationalen Studien vielfach belegt (Bianchi u. a. 2004; Moen 2003) und hat unterschiedliche Gründe.

Zum ersten resultieren qualitative Zeitkonflikte aus dem zentralen, allerdings im Umbruch begriffenen gesellschaftlichen Strukturverhältnis von Produktion und Reproduktion: im Rahmen des fordistischen Produktionsmodells orientierten sich berufliche Strukturen und als deren wesentlicher Aspekt Arbeitszeiten am männlichen Lebensmodell des vollzeitigen und lebenslangen Familienernährers. Diese als „Normalarbeitsverhältnisse“ bezeichneten Strukturen (Mückenberger 1985) nehmen keine Rücksicht auf familiäre Belange, da sie voraussetzen, dass diese über eine traditionale geschlechtsspezifische

Zeitkonflikte durch Umbrüche gesellschaftlicher Strukturen

„Kakophonie“ zeitlicher Anforderungen

sche Arbeitsteilung und damit die Anwesenheit von Frauen in der Familie für Versorgungs- und Erziehungsarbeit (und in der Folge als Ansprechpartnerinnen in Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtung und Schule) geregelt sind und deshalb aus den Betrieben ausgeklammert bleiben können. Solange diese Arbeitszeiten von Männern allenfalls ergänzt werden durch begrenzte Segmente in „klassischer“⁹⁹ Teilzeit hinzu verdienender Frauen ohne weitere Karriereoptionen, bleibt die Koordination zwischen väterlicher Vollzeiterwerbstätigkeit, mütterlicher Teilzeittätigkeit frühestens ab dem Schulalter der Kinder und den familialen Aufgaben eine familieninterne, private Angelegenheit und damit weitgehend unsichtbar. Im traditionellen Hauptnährer-, aber auch im traditionellen Zuverdienermodell sind Väter in der Familie meist abwesend und die Bewältigung zeitlicher Engpässe, aber auch des konflikthafter Aufeinandertreffens zweier widersprüchlicher eigenlogischer Arbeitsbereiche Beruf und Familie bleibt allein Aufgabe von Frauen. Problemverstärkend wirkt, dass ungeachtet der (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit von Müttern die gesamten Rahmeninstitutionen des öffentlichen Lebens wie Kindergärten bzw. Kindertageseinrichtung, Schule, Verkehrssysteme, Öffnungszeiten überwiegend noch auf das fordistische Produktions- und Arbeitsteilungsmodell abgestimmt sind. Sie alle setzen vollzeitverfügbare Mütter voraus.

Zur qualitativen Zeitnot tragen zweitens die – vor allem im Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung – vielfach untersuchten Phänomene der geschlechtsspezifisch konnotierten Zeitkonflikte aufgrund veränderter Handlungs- und Identitätsmuster von Frauen bei, die sich auf das Familienleben auswirken. Die steigenden Erwerbsquoten von Ehefrauen und Müttern, die Flexibilisierung der Teilzeit, die Verkürzung von Unterbrechungszeiten nach Geburt eines Kindes sowie die Erhöhung der Erwerbsorientierungen von Frauen¹⁰⁰ zum einen und die sich ändernden

Zeitkonflikte durch veränderte Handlungs- und Identitätsmuster von Frauen

Geschlechterrollen zum ändern bestimmen zunehmend die Aushandlungsprozesse zwischen Müttern und Vätern: Es geht darum, wem die Zeit „gehört“, wer wie viel Verfügungsmacht über sie hat und wofür sie verwendet werden soll (Daly, K. 2001). Verbunden sind diese Aushandlungen oftmals mit intra-individuellen Rollenkonflikten insbesondere von Müttern zwischen dem Gefühl der Verantwortlichkeit für die Kinder, einem immer noch wirksamen „schlechten Gewissen“ vieler Mütter bei gleichzeitiger Identifizierung mit beruflicher Arbeit sowie zunehmender Erwerbsorientierung aufgrund gesteigerter Bildung.

So kommt Brombach (2003) in ihrer qualitativen Analyse zu dem Schluss, dass sich Teilzeit arbeitende Mütter zwar ebenso wie die Großmuttergeneration der Vorstellung verpflichtet fühlen, als „Versorgerinnen“ ihrer Familie zu fungieren, diese Aufgabe aber keineswegs mehr fraglos und selbstverständlich wie ihre Mütter übernehmen. Sie empfinden es durchgängig als Belastung, Familie und Beruf zu verknüpfen, die teils gegenläufigen Interessen von Kindern und Eltern ausstärken zu müssen und verantwortlich zu sein für den sozialen Zusammenhalt der Familie. Gleichwohl gelingt es ihnen in innerfamilialen Aushandlungsprozessen in aller Regel nicht, ihren Wunsch nach mehr Unterstützung in der Alltagsarbeit durch ihren Partner und die Kinder durchzusetzen (Brombach 2003, 131).

Ähnliche Ergebnisse finden sich in anderen qualitativen Studien: Unabhängig davon, ob erwerbstätige Mütter viel verdienen oder wenig, ob sie einen hohen oder niedrigen Bildungsgrad haben, ob sie in Leipzig oder in Frankfurt leben, liegt die Hauptlast der Familienarbeit auf ihren Schultern, und zwar auch dann, wenn sie 40 Stunden pro Woche oder länger erwerbstätig sind (Ludwig/Schlevogt/Klammer 2002). Diese Belastung schlägt sich auch in den quantitativen Daten zu einer deutlich fragmentierteren, vermischteren und turbulenteren Lebensführung nieder (Gille/Marbach 2004).

In der Regel brechen sich jedoch intra-individuelle und bilaterale Auseinandersetzungen mit dem Partner trotz der Erosion der „Normalarbeitsverhältnisse“ von Männern an dem nach wie vor vorhandenen Einkommensgefälle zwischen Frauen und Männern in Familien. Dies führt dazu, dass aus dem rationalen Kalkül eines finanziellen Vorteils für das Gesamtbudget der Familie heraus der Erwerbstätigkeit des Mannes innerhalb der Familie meist Priorität eingeräumt wird. Diese Entscheidung mindert jedoch nur partiell individuelle und partnerschaftliche Friktionen und Konflikte.

Eine neue Stufe von Zeitkonflikten ergibt sich drittens durch zunehmende Destandardisierung

⁹⁹ „Klassisch“ meint hier sowohl die Lage der Teilzeitarbeit am familienkompatiblen Vormittag als auch die Reduktion von Ansprüchen auf den Status von „Zuarbeit“ ohne weitergehende berufliche Ambitionen.

¹⁰⁰ Die Untersuchung von Hakim (2003, 85) zeigt, dass die Erwerbsorientierung von Frauen in Großbritannien und Spanien für ca. 60 Prozent „adaptiv“ ist und nur 14 Prozent home- bzw. 20 Prozent der Frauen work-centered sind, was die „alte“ These von Becker-Schmidt (1981) bestätigt, dass „Eines“ zuwenig, „Beides“ aber für die meisten zuviel ist. Im Hinblick auf Erwerbsorientierungen und Präferenzen von Frauen muss jedoch sehr differenziert argumentiert werden, da diese immer in Zusammenhang mit gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen werden müssen und deshalb nicht automatisch identisch gesetzt werden können mit davon abgelösten „eigentlichen“ Wünschen und Bedürfnissen. Stone/Lovejoy (2004) belegen in einer neuen Untersuchung nochmals die Illusion der Wahlfreiheit.

Zeitkonflikte durch zunehmende Destandardisierung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten

und Flexibilisierung der Arbeitszeiten¹⁰¹, soweit diese unfreiwillig sind und den Beschäftigten von den Unternehmen vorgegeben werden, ohne dass diese sie mit ihren familialen Belangen abstimmen konnten. Destandardisierungen erfordern sowohl vermehrte individuelle Abstimmungsprozesse zwischen den Partnern bzgl. ihrer An- und Abwesenheitszeiten, da sie Synchronisierungsprobleme aufwerfen und die Herstellung gemeinsamer Zeiten von Vätern, Müttern und Kindern erschweren. Darüber hinaus stoßen sich destandardisierte Arbeitszeiten aber auch an anderen Taktgebern der Familie. Ein für die Organisation des Familienalltags besonders relevantes Beispiel ist die Veränderung der Lage der Teilzeitarbeit, die immer weniger dem Modell klassischer Vormittagsteilzeit folgt (vgl. Stöbe-Blossey 2004). Kinderbetreuungseinrichtungen aber sind ebenso wie andere lokale Zeitinstitutionen bislang überwiegend am Muster der fordistischen Arbeitsorganisation orientiert, das die Anwesenheit der Mütter zur Versorgung ihrer Kinder sowie für die Hol- und Bringdienste und als „Zeitpuffer“ in Notfällen selbstverständlich voraussetzt. Die hieraus resultierenden strukturellen Zeitbrüche zwischen Partner, Eltern und Kindern sowie zwischen Institutionen führen zu chronischer Hetze und zu psychischen Belastungen der Eltern, v. a. der Mütter als den Hauptzuständigen. Sie haben aber auch fragwürdige „Lösungsmodelle“ zur Folge: so bemühen sich bspw. Schichtarbeiterfamilien oft um eine Betreuung der Kinder in „Wechselschicht“, bei der die Eltern nacheinander anwesend sein können. Gemeinsame Zeiten als Familie werden zum knappen Gut, stattdessen werden ausgefeilte Verfahren des „Sich-die-Klinke-in-die-Hand-Gebens“ entwickelt sowie Verfahren der Kommunikation durch „Zettelwirtschaft“ und synchronisierter „An- und Abwesenheitspläne“ (vgl. Raehlmann 2004; Jurczyk/Rerrich 1993b). Unter solchen Bedingungen wird die Organisation des Familienalltags zur logistischen Aufgabe und Mütter werden zu „Managerinnen des Alltags“ (Ludwig/Schlevogt/Klammer 2002). Besonders prekär ist eine solche Strategie bei allein Erziehenden: damit Mütter die Betreuung ihrer Kinder zumindest teilweise selbst erbringen können, weichen sie auf Nacharbeit aus, wenn ihre Kinder schlafen. Chronische Gesundheitsprobleme können die Folge sein.

¹⁰¹ Für die USA hat die amerikanische Soziologin Presser (2003) die mannigfachen Konsequenzen benannt, die sich aus der zunehmenden Destandardisierung und Atypik von Arbeitszeiten für Familienleben in einer 24/7-Gesellschaft – d. h. die ökonomische Produktion dominiert 24 Stunden am Tag und das sieben Tage in der Woche das soziale Leben – ergeben können. Sie reichen von Verschiebungen der familialen Rhythmik bis hin zu neuartigen Notwendigkeiten, komplexe Betreuungsarrangements erfinden und dauerhaft pflegen zu müssen.

Eine vierte qualitative Dimension von Zeitkonflikten hängt zusammen mit zunehmenden Stressphänomenen von Eltern, die überwiegend durch den Strukturwandel der Erwerbsarbeit bedingt sind. Vielfältige Studien aus dem Feld der Arbeits- und Gesundheitsforschung belegen die Tendenz von Erschöpfung und Überarbeitung für bestimmte, größer werdende Gruppen der Erwerbstätigen (Pröll/Gude 2003; Kratzer/Sauer 2005). Die aktuelle Betriebsräte-Umfrage (Ahlers/Brussig 2004) zeigt, dass Stress und Druck als Hauptproblem in der Erwerbsarbeit wahrgenommen werden. 91 Prozent der Befragten geben an, dass die psychische Arbeitsbelastung in den vergangenen fünf Jahren zugenommen habe, nur für 2 Prozent hat sie abgenommen. Die körperliche Belastung wird dagegen eher als unverändert wahrgenommen: 34 Prozent sehen hier eine Zu-, 29 Prozent eine Abnahme (ebd.). Dies ist nur teilweise durch die aktuelle Verlängerung von Arbeitszeiten¹⁰² und die Normalität von regelmäßigen Überstunden für einen wieder wachsenden Teil (51 Prozent) der Beschäftigten bedingt, sondern vor allem durch die Intensivierung der Erwerbsarbeit, d. h. ihre Verdichtung, aber auch die Zunahme von Verantwortlichkeiten bei gleichzeitiger Unsicherheit von längerfristigen Perspektiven (Herrmann 2005). Die „Subjektivierung der Arbeit“ erhöht zwar in begrenztem Umfang Handlungsspielräume, verlagert aber die Verantwortlichkeiten für die Arbeitsergebnisse und den eigenen beruflichen Erfolg in die Personen hinein (vgl. Pongratz/Voß 2003). Insbesondere bei wachsender Erwerbslosigkeit werden diese neuen Freiheiten jedoch als sehr ambivalent empfunden. Exemplarische Studien zu Karrierepaaren (Behnken/Meuser 2003; Moen 2003) zeigen, dass der zeitliche Charakter des Spannungsfeldes Erwerbsarbeit und Familie dabei eher versteckt und implizit ist und dass es nicht nur die überlangen Arbeitstage, sondern ihre Verbindung mit hohen Anforderungen an Mobilität und permanente Verfügbarkeit sowie die in die beruflichen Institutionen eingeschriebenen „männlichen“ Karrierestrukturen sind, die Belastungen evozieren.

Dies führt dazu, wie auch für die USA von Presser (2003) sowie Hochschild (1997) beschrieben, dass Eltern, wenn sie nach der Erwerbsarbeit zu ihren Kindern nach Hause kommen, oftmals extrem erschöpft sind. Kinder registrieren dies sensibel, wie für Deutschland die Untersuchungen von Klenner/Pfahl/Reuß (2003) und Roppelt (2003) belegen (vgl. Abschnitt VI.4.3.). Die beruflich bedingte Überbeanspruchung kann dann zusätzlich kumulieren mit Stress-Phänomenen, die sich aus der Eigenlogik der Familienarbeit als

Zeitkonflikt durch erwerbsbedingten Stress bei Eltern

¹⁰² Die Verkürzung der Arbeitszeiten wurde stets begleitet von Intensivierungsphänomenen.

„vermischem Tun“ (Ostner/Pieper 1980) ergeben: der Komplexität ihrer Aktivitätsspektren, der Häufigkeit von Paralleltätigkeiten sowie der Häufigkeit von Aktivitätswechseln innerhalb bestimmter Zeiträume des Familienalltags (vgl. Gille/Marbach 2004). Stress kann allerdings auch durch zu wenig Erwerbsarbeit, durch Erwerbslosigkeit, Armut und Zukunftsangst entstehen; ein sehr großer Teil der Deutschen empfindet eine mögliche Erwerbslosigkeit als erhebliche Belastung (Noll/Weick 2003). Diese Variante von Stress führt nicht zu Zeitmangel, sondern zum subjektiven Gefühl, nicht das „Richtige“ bzw. „Notwendige“ zum richtigen Zeitpunkt zu tun oder tun zu können.

VI.4.5 Arbeitszeit aus der Sicht von Kindern

Zusammenhang zwischen kindlichem Wohlbefinden und elterlichen Erwerbsbedingungen selten thematisiert

Der Zusammenhang zwischen subjektivem Wohlbefinden und objektiver Wohlfahrt von Kindern einerseits und den Erwerbsbedingungen von Eltern andererseits wird selten in den Blick genommen; im Vordergrund standen bislang die sozialisatorischen Effekte von Merkmalen der elterlichen Arbeitsplätze für die kindliche Kompetenzentwicklung (Kohn 1981). Zwar wird die Familie als eine wichtige Lebenswelt von Kindern gesehen, dass diese Lebenswelt aber wesentlich durch die elterlichen Erwerbsbedingungen geprägt ist, gerät durch die Reduktion auf das „Binnenleben“ in Familie – bspw. auf die zunehmenden Erziehungsprobleme von Eltern sowie Entwicklungsstörungen von Kindern – oft aus den Augen. Die Zusammenhänge zwischen Kinderleben und Erwerbsarbeit sind mittelbar, aber sie sind sehr wohl gegeben. Eine wichtige Brücke zwischen beiden stellt das System von Betreuung und Bildung dar.

Bislang ist die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf überwiegend aus der Perspektive der Erwachsenen und hier vor allem der Frauen bzw. Mütter gestellt worden. Im Folgenden soll der Blickwinkel verändert werden: Was bedeutet die Erwerbsarbeit der Eltern für Kinder, wie erfahren und bewerten sie diese? Wie werden die Betreuungsarrangements von Kindern durch die Kinder wahrgenommen? Dabei stellt sich auch aus der Perspektive der Kinder die Frage nach „genügend“ gemeinsamer Zeit und ihrer Definition.

Wenig Forschung zum Thema Erwerbsarbeit aus Kindersicht

Bislang liegen wenige Forschungsarbeiten zur Perspektive der Kinder auf die Erwerbsarbeit ihrer Eltern vor. Zwei Pionierstudien hierzu wurden in den USA durchgeführt. Sie kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Galinsky's Untersuchung (1999) ergibt, dass die mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens befragten acht bis 18 Jahre alten Kinder sich überwiegend nicht mehr gemeinsame Zeit mit ihren Eltern wün-

sehen. Nur 10 Prozent der Kinder hätten gern mehr Zeit mit den Müttern, jedoch 15 Prozent mit den Vätern. Die Studie von Polatnick (2002) kommt auf der Basis qualitativer Interviews zu differenzierteren Ergebnissen: die Kinder äußern sich sehr widersprüchlich, sie kämpfen bei der Befragung mit unangenehmen Gefühlen. Falls Kinder sich benachteiligt fühlen, unterdrücken sie diese Gefühle eher. Dies weist auf die Grenzen des jeweiligen Erhebungsinstrumentes hin, denn innere Turbulenzen können in standardisierten Interviews in ihrer Subtilität und Ambivalenz keinen angemessenen Ausdruck finden.

Aktuelle Studien in Deutschland bewegen sich im Kontext neuer Perspektiven auf Kinder und Kindheit, die sich in den letzten 15 Jahren herausgebildet haben (Prout 2004, Hengst/Zeiber 2005). Die Neuorientierung der Soziologie des Kindes bzw. der Kindheit besteht erstens darin, über die Entwicklung und Sozialisation des Kindes hinaus dessen Alltag im Hier und Jetzt in den Blick zu nehmen. Kindheit wird nicht mehr nur als eine auf Zukunft ausgerichtete Entwicklungsphase, sondern als Lebensphase eigener Art verstanden. Kinder werden daher zweitens nicht mehr alleine als von außen beeinflusste, passiv sozialisierte Wesen verstanden. Sie tauchen auch nicht primär, wie dies lange in der Familienforschung der Fall war, als „Last“ oder als „ökonomischer Faktor“ auf (Daly 2003). Vielmehr wird drittens betont, dass Kinder, in jeweils genau zu erforschenden Dimensionen, selber Handelnde in ihren Sozialwelten sind (Morrow 2003).

Qualitative Studien zeigen, dass das Ausmaß der elterlichen Erwerbstätigkeit ein entscheidender Faktor für das Wohlbefinden von Kindern ist. Dabei handelt es sich aber nicht um einen linearen Zusammenhang (Klenner/Pfahl/Reuyß 2003; Roppelt 2003). Sowohl Kinder, deren Eltern sehr viel, als auch diejenigen, deren Eltern nur wenige Stunden oder auch überhaupt nicht arbeiten, beurteilen ihre Situation als eher belastend. Aber ein großer Teil der befragten Jungen und Mädchen zeigt sich durchaus zufrieden mit der jeweiligen Arbeits- und damit zusammenhängend der Betreuungslösung, die ihre Eltern gewählt haben. Zufrieden sind die Kinder, deren Eltern eine mittlere Arbeitsbelastung aufweisen (Roppelt 2003). Mehr als zwei Drittel dieser Kinder bewerteten ihre Betreuungssituation positiv, weil sie ihnen ein ausgewogenes Maß an Schon- und Sozialraum, an Kontrolle und Freiraum ermöglicht.

Ausmaß elterlicher Erwerbstätigkeit wichtig für kindliches Wohlbefinden

Kinder äußern Unzufriedenheit, wenn ihre Mütter nicht erwerbstätig sind und sie sich durch deren ständige Präsenz beobachtet und kontrolliert fühlen. Sie sehen dann keine Chance, dem familialen Regelgeflecht zu entinnen. Ein anderer Teil der Kinder fühlt sich durch lange Warte- und Überbrückungszeiten, bis die Eltern am Abend

endlich nach der Erwerbsarbeit daheim eintreffen, eingeschränkt. Dies erleben sie als besonders nachteilig und blockierend, was vor allem daraus resultiert, dass sie zumeist erst dann draußen spielen dürfen, wenn ihre Eltern daheim sind.

Zu den Problemen der Passung von Eltern- und Kinderzeiten kommen in bestimmten Konfigurationen solche der als zu hoch eingeschätzten Anforderungen hinzu, die sich für die kindliche Lebensführung aus den Arbeitszeiten der Eltern ergeben, wie etwa der Notwendigkeit, sich weitgehend selbst mit Essen zu versorgen. Das Thema Selbständigkeit als Chance und Selbständigkeit als Zumutung zeichnet sich als wichtige Konsequenz bestimmter Arbeitsarrangements ab. Ausschlaggebend für die „Qualität des Alleinseins“ sind das Ausmaß sowie die Häufigkeit von allein verbrachter Zeit. Kürzere Phasen alleine werden von den befragten Jungen und Mädchen durchaus als Chance für bestimmte eigeninitiierte Handlungsprojekte und familiäre Regelverletzungen gesehen und daher überwiegend als vorteilhaft eingestuft.

Kinder artikulieren komplexe Wünsche nach elterlicher Betreuung

Die von Roppelt (2003) befragten Kinder artikulieren Bedürfnisse nach vier Formen elterlicher An- bzw. Abwesenheit: sie wünschen sich sowohl Zuwendung, Nähe und gemeinsame Aktivitäten mit den Eltern als auch autonom gestaltbare Zeiträume. Unzufriedenheiten mit der Zeit der Eltern artikulieren Kinder in besonderen Situationen. Wenn sie sich krank oder gefühlsmäßig unausgeglichen fühlen, wenn es besondere Anlässe, beispielsweise in der Schule oder im Verein gibt, verlangen sie in weit stärkerem Maße nach ihren Eltern(teilen) und setzen deren Anwesenheit auch als unabdingbar und selbstverständlich voraus. Die Kinder artikulieren in den Untersuchungen durchaus selbstbewusst, dass sich die Zeit mehr an ihren eigenen Bedürfnissen zu orientieren hat (Klenner/Pfahl/Reuyß 2003).

Unsichere und nicht planbare Arbeitszeiten aus Kindersicht ein Problem

Im Hinblick auf flexible und unregelmäßige Arbeitszeiten der Eltern drücken die Kinder aus, dass sie unter der Abhängigkeit leiden, nicht zu wissen, wann ihre Eltern kommen werden. Unsichere, nicht planbare Arbeits- und damit Anwesenheitszeiten stellen aus Sicht von Kindern ein Problem dar: Als Elemente einer wünschenswerten Betreuungssituation aus ihrer Sicht ergeben sich nach Roppelt (2003) und Klenner/Pfahl/Reuyß (2004) zusammengefasst gute Absprachen, Zuverlässigkeit, Erreichbarkeit der Eltern, entspannte und nicht immer gehetzte Eltern, Fehlen zeitlicher Leerlaufphasen und ein gewisses Quantum an Alleinzeit. Zwar konzentrieren sich die Erwartungen zunächst auf die Mütter, besonders geschätzt werden aber Arrangements in der Familie, die von beiden Elternteilen verantwortet werden. Diejenigen Kinder äußern das beste fa-

miliale Wohlbefinden, deren Eltern beide Teilzeit arbeiten (Pro Kids Herten 2005, 23).

Die geschickte Verknüpfung von Erziehung und Beruf durch beide Elternteile wird von den Kindern stark begrüßt. Diese Lösung, ein stimmiges Gefüge von Familie und Beruf beider Eltern, wird durch solche Arbeitsbedingungen erleichtert, die elastisch im Hinblick auf eine Koordination mit dem beruflichen Zeitplan des Partners bzw. der Partnerin sind und eine in den Augen der Kinder ausgewogene Betreuung durch Mütter und Väter erlauben. Entsprechend wird die Abwesenheit der Väter von vielen Kindern als Defizit erlebt wird. Während drei Viertel der Kinder die Einschätzung vertreten, dass ihre Mutter genügend Zeit für sie hat, ziehen nur 37 Prozent diese Bilanz in Bezug auf ihren Vater (Institut für Demoskopie Allensbach 2004). In einer für das Bundesland Hessen repräsentativen Studie (Pro Kids Herten 2004) wünschen sich 31 Prozent der befragten Viert- bis Siebtklässler, dass ihre Väter und 19 Prozent ihre Mütter weniger arbeiten sollten, jedes zehnte Kind sieht sich durch die Erwerbsarbeit der Eltern stark belastet.

Geschickte Verknüpfung von Erziehung und Beruf beider Elternteile von Kindern stark begrüßt

Die Interpretation des qualitativen Analysematerials durch die einschlägige Kindheits- und Familienforschung lässt jedoch die Dimension von institutionellen Betreuungszeiten im Kinderalltag weitgehend vermissen. Im Fokus der Analyse steht der Umgang der Kinder mit der durch Berufsarbeit bedingten Abwesenheitszeit der Eltern sowie ihre Zufriedenheit mit der Elternbetreuung bzw. der ergänzenden Anwesenheitszeiten von Großeltern. Demgegenüber werden aber institutionelle Betreuungssettings am Nachmittag jenseits von privaten häuslichen Arrangements weder analysiert noch als wünschenswerte Komponente eingefordert. Unsichere, nicht planbare Arbeits- und Betreuungszeiten sind jedoch nicht nur für Kinder belastend, sondern auch für Mütter und Väter. Lange Warte- und Überbrückungszeiten bis zum Eintreffen der Eltern am Abend könnten durch verlässliche und anregungsreiche familienergänzende Betreuungs- und Bildungsangebote an Schulen und im Wohnumfeld minimiert werden. Sie könnten den Kinderalltag bereichern und berufstätigen Müttern und Vätern die Sorge um fragile häusliche Betreuungsarrangements nehmen. Dass die befragten Kinder sowie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Perspektive bislang kaum (mit)denken, spiegelt die derzeitige Betreuungssituation in Deutschland (West) deutlich wider.

VI.4.6 Väterzeit zwischen Familie und Erwerb

Lange Zeit interessierte der Beitrag von Männern und Vätern zur Familiengründung und zum Familienalltag kaum, erst in jüngerer Zeit findet

Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem

eine Hinwendung der breiteren Fachöffentlichkeit über die engere Väterforschung (Fthenakis 1985 a und b) hinaus auf diesen Fokus statt (Hank/Tölke 2005). Beim Übergang zur Vaterschaft zeigt sich ganz deutlich, dass eine hohe Planungsunsicherheit bezüglich des Berufes und das Bestreben, den Kindern und der Familie eine gute ökonomische Basis bieten zu können, zum Aufschub von Elternschaft führen. Auch auf der biographischen Ebene haben also Männer zunehmend ein Vereinbarkeitsproblem (Kühn 2004; Tölke 2005).

Ist der Übergang zur Vaterschaft vollzogen, gilt es als Konsens, dass Väter einen wichtigen und eigenständigen Beitrag zur Sozialisation und Entwicklung ihrer Kinder leisten können (Kindler 2002; Walter 2002). Ferner weisen verschiedenste Untersuchungen auf eine hohe Motivation der jungen Väter hin, sich intensiv um ihre Kinder zu kümmern (zusammenfassend Matzner 2004). Sie verstehen sich als wichtige Bezugspersonen ihrer Kinder und setzen sich insbesondere an den Wochenenden verstärkt mit ihren schulpflichtigen Kindern auseinander (Fthenakis/Minsel 2002, 239).

Hohe Bereitschaft zu väterlichem Engagement, limitiert durch die intensive Einbindung in Erwerbsarbeit

Was den Umfang des Einsatzes der Väter, das „parentale Engagement“ (Walter/Künzler 2002) in der Sorgearbeit und Erziehung/Sozialisation, angeht, ist allerdings mit ebenso klarer Übereinstimmung festzustellen, dass die Einbindung in die Erwerbsarbeit ein wesentlicher limitierender Faktor für ein starkes zeitliches Engagement darstellt. Gerade nach der Geburt des ersten Kindes setzt eine rigide Retraditionalisierung der Zeitallokation ein (Fthenakis/Kalicki/Peitz 2002; vgl. Kapitel IV).

So arbeiten auch 2003 Väter im früheren Bundesgebiet mit dem jüngsten Kind unter drei Jahren nur zu 2 Prozent bis zu 20 Stunden im Vergleich zu Müttern mit 16 Prozent. Ist das Kind älter als drei Jahre, arbeiten die Väter zu 78 Prozent 36 Stunden und mehr und die Mütter dagegen nur 16 Prozent (Statistisches Bundesamt 2004b). Die Schere vergrößert sich aber noch durch die nach oben offenen Arbeitszeiten der Väter: Nach eigenen Angaben arbeitet fast die Hälfte (46 Prozent) 45 Stunden oder mehr pro Woche (BMFSFJ 2004e, 17 f). Der Wunsch nach Verkürzung der Arbeitszeit richtet sich vor allem auf die nicht erwünschten Überstunden (Expertise Klenner 2004, 12).

Die aufgrund des immer noch existierenden Lohndifferentials zwischen Männern und Frauen von ca. 15 Prozent (Hinz/Gartner 2005) übernommene Rolle des „Brotverdieners“ führt also dazu, dass Männer ihre Inklusion in die Erwerbsarbeit verstärken, indem sie ihre Stundenanzahl erhöhen. Häufige Überstunden sind dabei in den Augen der Väter durchaus ambivalent: Einerseits

erhöht sich das Einkommen, das der Familie nützt; andererseits schränken gerade diese Überstunden die Verfügbarkeit für Sorgearbeit und Erziehung nicht nur rein zeitlich, sondern durch die damit einhergehenden Belastungen ein. Walter/Künzler (2002, 105) zeigen in einer Untersuchung an 514 Familienvätern, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Erwerbstätigkeit, zu der auch Fahrtzeit und Fortbildungen gezählt wurden, bei den Vätern im Durchschnitt 52 Stunden pro Woche beträgt und bei den Müttern 18 Stunden. Der Zeitaufwand für die Kinderbetreuung lag bei den Vätern bei 18 und bei den Müttern bei 28 Stunden pro Woche. Aufgrund ihrer Daten kommen die Autoren zu der Schlussfolgerung (ebd., 123), dass der Haupteinfluss auf die differentielle Beteiligung der Väter und Mütter in der starken Ungleichverteilung der bezahlten Erwerbsarbeit zu suchen ist; normative Vorstellungen oder Appelle zum Umsteuern sind demnach alleine wenig geeignete Instrumente, um strukturelle Barrieren zu überwinden (Born/Krüger 2002).

Ein Vergleich der repräsentativen Zeitbudgeterhebungen von 1991/2 und 2001/2 belegt, dass sich in der vergangenen Dekade im früheren Bundesgebiet bei der Kinderbetreuung die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern sogar weiter zu Ungunsten der Frauen verschoben hat. Während Frauen 1991/2 im Durchschnitt 2,2 mal so viel Zeit in die Kinderbetreuung investierten wie Männer, war es zehn Jahre später sogar das 2,3-fache an Zeit, das Frauen für die Betreuung ihrer Kinder aufgebracht haben (Statistisches Bundesamt/BMFSFJ 2003, S. 14/15). Gleichwohl gibt es in Abhängigkeit von der Beteiligung der Mütter an der bezahlten Erwerbsarbeit erhebliche Differenzierungen im Zeitumfang für Kinderbetreuung zwischen den Partnern. Die Zeit für die Kinderbetreuung in Paarhaushalten wird tendenziell am gleichmäßigsten aufgeteilt, wenn die Mütter vollzeiterwerbstätig sind.

Diese Befunde sprechen einerseits für den Einfluss struktureller Gegebenheiten, vor allem dem Grad der Erwerbsbeteiligung von Müttern auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung. Andererseits zeugen die Ergebnisse aber auch von einer nach wie vor bestehenden mentalen, emotionalen wie faktischen Verantwortungszuschreibung der Kinderbetreuung an die Mütter und einer vergleichsweise ausgeprägten Abstinenz der Väter bei der Kinderbetreuung, die mit ihrer vergleichsweise hohen Erwerbsbeteiligung allein nicht zu erklären oder gar zu rechtfertigen ist.

Allerdings trifft auch zu, dass die geringe Inanspruchnahme der Elternzeit durch die Väter nicht nur als Ausdruck einer normativen Rückständigkeit gedeutet werden kann, die durch bloße Appelle aufzuheben wären. Vielmehr wurzelt sie

Zeitlicher Aufwand für Kinderbetreuung zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt

Strukturelle Barrieren allein nicht ausschlaggebend für väterliche Abstinenz bei Kinderbetreuung

ebenso in harten materiellen Fakten: Als primären Grund für die Nichtwahrnehmung des Elternurlaubes nannten die Befragten die daraus resultierenden antizipierten Einkommensverluste (Vascovics/Rost 1999, BMFSFJ 2004d).

Die tatsächlichen Zeitaufteilungen stehen in teilweise markantem Widerspruch zu den als erstrebenswert angesehenen Verhältnissen. Väter wünschen sich verschiedenen Untersuchungen zufolge demnach mehr Zeit für ihre Kinder und weniger Zeit für das berufliche Engagement (Fthenakis/Minsel 2002).

Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass eine nicht zu unterschätzende Barriere für eine persönlich gewollte Umverteilung der Zeit von den beruflichen Verpflichtungen hin zur der Familie im betrieblichen Umfeld und dessen (Nicht-) Akzeptanz des Wunsches von Vätern nach mehr Familienleben zu sehen ist und spiegelbildlich bestimmte innovative betriebliche Kulturen dies fördern können (Russell/Hwang 2004). Im Regelfall gilt aber noch: Die Arbeitszeitreduzierung von Männern, damit auch Vätern, wird im Betrieb als unpassend empfunden; familiäre Verpflichtungen werden nicht als legitimer Grund anerkannt (Döge 2004). Väter, die ihren Arbeitsplatz pünktlich verlassen, um ihre Kinder abzuholen etc., fühlen sich unter einem permanenten Legitimationsdruck. Es dominiert eine Anwesenheitskultur: Mitarbeiter werden in ihrer Motivation immer noch an der kontinuierlichen Präsenz am Arbeitsplatz gemessen. Eine hiermit oft verbundene männerbündische Arbeitskultur gerät aber nicht nur in Widerspruch zu den neuen Anforderungen an flexibles, kommunikatives und kundenorientiertes Arbeiten; sie behindert zudem durchaus vorhandene Ansätze zu einer Neugestaltung der Zeit- und Lebensverhältnisse: „Die Auswirkungen einer dominanten männerbündischen Arbeitskultur auf Gleichstellung liegen auf der Hand: Frauen passen nicht in die homogenen Führungskreise, aus manchen männerbündischen Gruppen hört man ganz explizit, dass Frauen nicht erwünscht sind. Mütter (und verantwortungsbewusste Väter) können sich nicht in der gewünschten Weise zeitlich verfügbar halten. Doch nicht nur, dass die Teilhabe an einer solchen Gruppe ganz entscheidend für das Vorwärtkommen in der Organisation ist, die Kultur männerbündischer Gruppen verhindert Gleichstellung, weil in Führungskreisen gesellschaftlich wichtige Entscheidungen von Menschen getroffen werden, die mit dem Alltag der meisten Menschen – Familien, Kindern, Alten und in anderer Weise ausgegrenzten Personen – nicht das Geringste zu tun haben.“ (Höyng/Lange 2004, 107).

Zu berücksichtigen ist, dass auch bei Männern, trotz der gegenüber den Frauen noch dominie-

renden stärkeren Orientierung am Erwerbsleben, eine zunehmende Varianz in den Lebensorientierungen und -zielen anzutreffen ist. Das gilt auch für die Gestaltung des Verhältnisses der Lebensbereiche Familie und Erwerbswelt. Die von Matzner (2004) erarbeitete qualitative Typologie des traditionellen Ernährers, des modernen Ernährers, des ganzheitlichen Vaters und des familienzentrierten Vaters veranschaulicht die Pluralität von Vaterverständnissen. Die von „modernen“ Vätern artikulierten subjektiven Vereinbarkeitsprobleme, insbesondere das Gefühl, aufgrund der intensiven Inklusion in den Erwerbsbereich sich in zu geringem Ausmaß um die Kinder angemessen kümmern zu können, markiert dringenden Gestaltungsbedarf. Ferner liegen empirische Hinweise darauf vor, dass bestimmte günstige Rahmenbedingungen – hohe Bildung, gute Einbindung in unterstützende Netzwerke, eine pragmatische Auffassung von der ehelichen Arbeitsteilung und des Familienlebens – wichtige Ansatzpunkte für eine Veränderung der zeitlichen Unausgewogenheiten zwischen Vätern und Müttern darstellen können. Solche Wurzeln eines grundlegenden Umbruchs gilt es politisch zu fördern (Kassner/Rüling 2005), wozu es einer grundsätzlichen Neubewertung des Arbeitsbegriffes bedarf: Solange Arbeit ausschließlich als bezahlte Erwerbsarbeit monetäre, kulturelle wie sozialrechtliche Anerkennung bekommt und Hausarbeit keine Arbeit in diesem anerkennenswerten Sinn darstellt, wird eine grundlegende Veränderung der Arbeitsteilung nicht herbeigeführt werden.

VI.5 Flexibilisierung der Arbeitszeit in ihrer Bedeutung für Familien

VI.5.1 Entwicklung der Flexibilisierung

Unbestritten ist auch in einer sich entgrenzenden Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft (Kübler 2005) die Erwerbsarbeit der mächtigste Taktgeber für familiäre Lebensführung, auch wenn die Arbeitszeiten derzeit stark im Wandel begriffen sind. Dies ist Ergebnis eines historisch länger andauernden Prozesses und kein abrupter Bruch. Die Veränderung der Arbeitszeit verläuft dabei nicht entlang einer linearen Trendgerade, zudem ist die Flexibilisierung der Arbeitszeiten nur ein Aspekt im Rahmen des umfassenden und globalen Wandels der Erwerbsarbeit (Raehlmann 2004). Es findet derzeit ein arbeitszeitpolitischer Modellwechsel statt, der kürzere Arbeitszeiten für einige Beschäftigte, längere Arbeitszeiten für andere Beschäftigte als auch die variabelere Arbeitszeitgestaltung für immer mehr Beschäftigte umschließt (Seifert 2005). Für das vergangene Jahrzehnt zeigen Merz/Burger (2004) auf der Basis eines Vergleiches der Zeitbudgetuntersuchungen 1991 und 2001 des Statistischen Bundesamtes, dass zwar noch 65 Prozent der Beschäftigten

Dringender Gestaltungsbedarf für mehr Väterbeteiligung

Betriebskultur relevant für väterliches Engagement in Familie

Arbeitszeitpolitischer Modellwechsel

Normalarbeitszeit im Rückzug begriffen

in einem Normalarbeitszeitkorridor arbeiten, dieser Anteil aber seit 1991 um 6 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Insgesamt lässt sich sagen, dass alle vom Normalarbeitstag abweichenden Konfigurationen, was Lage, Dauer und Verteilung von Arbeitszeiten angeht, eine erhebliche Steigerung erfahren haben. Bauer/Munz (2005) ergänzen dieses Bild durch eine Betriebsbefragung: Nur die Hälfte der Beschäftigten hat konstant festgelegte Anfangs- und Endzeiten, von denen höchstens in Ausnahmefällen abgewichen wird. 32 Prozent der Beschäftigten haben einen Spielraum bei der Festlegung ihrer täglichen Anfangs- und Endzeiten, bei 18 Prozent der Beschäftigten im Rahmen eines wiederkehrenden Schichtsystems. Eine selbstgesteuerte variable Arbeitszeitverteilung wird überdurchschnittlich häufig bei Beschäftigten der Investitionsgüterindustrie (53 Prozent), den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (56 Prozent) sowie der öffentlichen Verwaltung (53 Prozent) (Gleitzeittradition) eingesetzt. Beschäftigte, die über einen solchen Spielraum verfügen, nutzen diesen hauptsächlich dazu, ihre Arbeitszeit an den Arbeitsanfall anzupassen (89 Prozent), dagegen nur 11 Prozent aus privaten Gründen. Die Steuerung der täglichen Arbeitszeiten durch die Beschäftigten erfolgt zunehmend durch Arbeitszeitkonten (59 Prozent) sowie durch informelle Absprachen (41 Prozent) und Vertrauensarbeitszeit (25 Prozent).

Erhebliche Schwankungen wöchentlicher Arbeitszeiten

25 Prozent aller Beschäftigten geben in dieser Befragung an, dass ihre wöchentlichen Arbeitszeiten im Jahresverlauf aufgrund betrieblicher Erfordernisse variieren. Bei 81 Prozent der Beschäftigten mit betrieblich bedingten wöchentlichen Arbeitszeitschwankungen treten diese unregelmäßig auf und sind damit nur schwer planbar. Auch bei Schwankungen der täglichen Arbeitszeit handelt es sich größtenteils (76 Prozent) um unregelmäßige Schwankungen. 42 Prozent der Beschäftigten sind von betrieblich bedingten Schwankungen des täglichen und/oder des wöchentlichen Arbeitsvolumens betroffen. Daraus entsteht ein Planungsverlust für die berufliche und private Zeitverwendung.

VI.5.2 Die Ambivalenz flexibler Erwerbszeiten für Familien

Das Arbeitszeitmodell des Normalarbeitstages war zwar auf den ersten Blick passförmig auf die fordistische Produktionsweise zugeschnitten, war aber für Familie selbst aufgrund seiner Rigidität alles andere als optimal. Es konnte letzten Endes nur deshalb funktionieren, da alle Anforderungen durch Notfallsituationen etc. durch die unhinterfragte Einsatzreserve der Frauen in den Familien abgepuffert werden konnten.

Mittlerweile hat sich das Bild geändert. Aufgrund der neuen variablen Anforderungen an die Arbeitszeitgestaltung erweist sich der Alltag erwerbstätiger Eltern, insbesondere erwerbstätiger Mütter, als hochgradig widersprüchlich. Bildungsniveau und Erwerbsorientierung junger Frauen sind in rasantem Tempo angestiegen; die Formen des Wirtschaftens und Arbeitens haben sich ebenso verändert. Die flexibleren, gleichwohl nicht gänzlich aus den Fugen geratenen, sondern vielmehr regulierten Arrangements (Seifert 2005) ermöglichen im Prinzip eine, verglichen mit den rigiden Bedingungen des männlichen Normalarbeitstags der Industriemoderne, bedarfsgerechtere Anpassung an die Bedürfnisse von Familien. Sie enthalten damit neue Chancen für Selbstverwirklichung und Partizipation. Gleich geblieben sind aber Arbeitsmarktstruktur, Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen, Defizite in der öffentlichen Kinderbetreuung und familiennaher Dienstleistungen sowie traditionale familiäre Arbeitsteilungsmuster. Erwerbstätige Menschen sind nach wie vor mit der Hierarchie der Lebensbereiche und der Notwendigkeit, Einkommen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen, konfrontiert. Sie müssen strukturell widersprüchliche Anforderungen aus Arbeitswelt und Privatleben, zum Teil noch forciert durch die strukturelle Indifferenz anderer gesellschaftlicher Teilsysteme, in Einklang bringen. Die Vorstellung, ein Engagement in beiden Lebens- und Arbeitsbereichen könne durch individuelle Anstrengungen gesichert werden, greift deshalb zu kurz, so wichtig es auch ist, individuelle Kompetenzen zur Bewältigung der neuen Anforderungen zu erwerben wie etwa Zeitkompetenzen, Ambiguitätstoleranz und das „Aushalten“ von Unsicherheit, ohne handlungsunfähig zu werden etc.

Alltag erwerbstätiger Eltern hochgradig widersprüchlich

Als wichtigste strukturelle Ressource für eine bessere Integration von familialen und erwerbsbezogenen Belangen kommt der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung unbestritten ein besonderer Stellenwert zu. Sie wird inzwischen vielfach und modellhaft ausprobiert (Rost 2004b). Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln sieht in „Formen der Arbeitszeitflexibilisierung das wichtigste Instrument zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ (Flüter-Hoffmann/Solbrig 2003). Familienfreundliche Arbeitszeiten rangieren auch an erster Stelle auf der Wunschliste berufstätiger Eltern insbesondere mit kleinen Kindern (BMFSFJ 2004e, 14; Dorbritz/Lengerer/Ruckdeschel 2005).

Flexible, familienfreundliche Arbeitszeiten als Maßnahme bei den Betroffenen hoch im Kurs

Gegenüber diesen möglichen Vorteilen flexibler Arbeitszeiten werden die manifesten Interessen von Unternehmen, betriebliche Arbeitszeiten in erster Linie so zu gestalten, dass möglichst kostengünstig internationale Wettbewerbsfähigkeit und kontinuierliche Produktivitätssteigerung er-

Interesse von Unternehmen an produktionsdienlichen Flexibilisierungen kaum thematisiert

reicht werden, kaum thematisiert. So wichtig es ist, mögliche Interessenkonvergenzen zwischen Unternehmenszielen und familialen Bedürfnissen aufzuzeigen (Rürup/Gruescu 2005), so nötig bleibt es, die anhaltende Hierarchie zwischen Erwerbsarbeit und Familienleben, zwischen Arbeitszeit und Freizeit ebenso im Blick zu behalten wie Interessenkonflikte um die Zeit. Erst aus der Analyse solcher Spannungsfelder lassen sich Gestaltungswege ableiten, denn im Zuge betrieblicher Rationalisierungsprozesse erfolgt gegenwärtig eine noch stärkere Anpassung des Personaleinsatzes, sowohl an Produktions- und Dienstleistungsabläufen, als auch an Marktschwankungen. Folge davon sind eine flexiblere und dezentrale Unternehmensorganisation, die Etablierung betriebsinterner Märkte, die Ausweitung flexibler Beschäftigungsverhältnisse sowie neue Arbeitskonzepte. Der Marktdruck ist dabei die zentrale Herausforderung an die betriebliche Arbeitszeitregulierung (Haipeter/Lehndorff 2004). Die Arbeitszeitforschung hat dabei auf neue Prinzipien der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung und auf neue Belastungen und Anforderungen, gleichwohl auch Potenziale hingewiesen: Die Beschäftigten müssen die Arbeitszeit zunehmend eigenverantwortlich regulieren, getroffene Zielvereinbarungen und Leistungsvorgaben einhalten und Engpässe in der betrieblichen Personaldecke durch flexible Mehrarbeit ausgleichen. Individuelles Zeitmanagement, Verhandlungsgeschick und Kommunikationsfähigkeit erweisen sich dabei als Ressourcen, die nötig sind, um sich an Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen und beruflich erfolgreich zu sein (vgl. zuletzt z. B. Böhm/Herrmann/Trinczel 2004; Eberling u. a. 2004). Die Untersuchungen zu Arbeitszeitgestaltung und den Zeitbedarfen für Sorgearbeit in ihrer Wechselwirkung (Expertise Jürgens 2004; Raehlmann 2004) weisen auf die Bedeutung der konkreten Ausgestaltung der Flexibilisierung vor Ort, in den Betrieben und Verwaltungen hin und werfen einen kritisch-differenzierenden Blick auf das neue „Zaubermittel“ Flexibilisierung in seiner Wirkung für Familien. Eine positive Bewertung der zeitlichen Flexibilität, auch für familiale Belange, hängt ganz entscheidend mit der Verfügung über Zeit und Definitionsmacht zusammen (Jurczyk/Kudera 1991).

Entscheidend für Familien ist die Stärkung ihrer Zeitsouveränität

Die Forschung zeigt, dass nicht ein Arbeitszeitmodell an sich und als solches auf Familienleben wirkt, vielmehr sind es die betrieblichen Bedingungen seiner Umsetzung in Wechselwirkung mit den weiteren sozial-ökologischen Kontexten, dem Wohnumfeld und der Kommune, d. h. das Zusammenwirken vieler Faktoren der Lebensführung von Familien, die das Alltagsleben erleichtern oder erschweren (Projektgruppe alltägliche Lebensführung 1995). Ob beispielsweise Arbeitszeitkonten für eine bessere Vereinbarkeit

Umsetzungen von Arbeitszeitmodellen im sozial-ökologischen Kontext entscheidend

von Erwerbsarbeit und Zusammenleben mit Kindern genutzt werden können, hängt wesentlich vom Grad der Mitbestimmung der Beschäftigten über die Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeiten ab. Eberling u. a. (2004) zeigen darüber hinaus – branchenübergreifend und für unterschiedliche Beschäftigtengruppen – dass die Verlässlichkeit der Arbeitszeit eine zentrale Voraussetzung für ihren Nutzen für Familien darstellt. Da Eltern ihre Erwerbstätigkeit und ihre Freizeitgestaltung sowie ihre zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Vereinen und Verbänden an die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Unterstützung aus dem privaten Umfeld anpassen müssen, benötigen sie mehr Planungssicherheit als kinderlose Beschäftigte. Entsprechend haben in den Umfragen nicht nur flexible, sondern verbindliche Arbeitszeitregelungen auf der Wunschliste erwerbstätiger Elternpaare Priorität – womit sie sich im Übrigen mit den Wünschen der Kinder selbst (vgl. VI.5.5.) treffen. Eine gemessen an den Möglichkeiten eher starre, aber planbare Arbeitszeit mit Entnahmemöglichkeit für variabel anfallende Familienengpässe kann hier mitunter vorteilhafter sein als eine stark flexible, aber wiederholt auszuhandelnde Dauer oder Lage der Erwerbsarbeit. „Gerade Eltern sind z. B. in ein komplexes Geflecht zeitlicher Verpflichtungsstrukturen eingebunden, die eher die Verlässlichkeit der Arbeitszeitanforderungen notwendig machen. Sofern beide Partner erwerbstätig sind, halten sie häufig an einem regelmäßigen, an Schulzeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen ausgerichteten Arbeitsbeginn und –ende fest. Die Möglichkeiten von Gleitzeitregelungen und Arbeitszeitkonten werden eher fallweise für außergewöhnliche Zeitbedarfe genutzt. Der ‚Feierabend‘ und das freie Wochenende behalten als wertvolle Sozialzeit für die Familie einen herausgehobenen Stellenwert. Familial gebundene Beschäftigte sind in besonderem Maße dem Spannungsfeld zwischen den Verfügbarkeitsanforderungen flexibler Erwerbsarbeit und dem auf Normalarbeitszeit zugeschnittenen Takt öffentlicher Dienstleistungen und Bildungseinrichtungen ausgesetzt“ (Hiescher 2005, 296). Dies bekräftigend, stellen Klenner/Pfahl (2005) heraus, dass Eltern den Preis, sich auf betriebliche Flexibilitätsanforderungen einzustellen, gerne zahlen, wenn sie ein Recht auf einen begründungsfreien Zugriff auf Arbeitszeitguthaben haben, auf den sie für ihre Bedarfe zurückgreifen können.

Die Flexibilitätsanforderungen der Betriebe sind dann problematisch, wenn einseitig die jederzeitige Einsatzbereitschaft der Beschäftigten verlangt, ihnen jedoch keine Zeitsouveränität zugestanden wird. Hierzu gehören dann auch rechtzeitige Ankündigungen seitens der Betriebe, was Mehrarbeit und Arbeitsverlagerungen

Betriebliche Flexibilitätsanforderungen ohne Zeitsouveränität für Familien problematisch

angeht. Nur so können Familien ihre eigenen Flexibilitätsbedarfe realisieren und ihre Netzwerke aktivieren.

Dieses notwendige Wechselspiel von Chancen und Risiken reduziert sich keineswegs auf einzelne Beschäftigtengruppen oder Branchen: Eberling u. a. (2004) zeigen, dass selbst bei einer Bandbreite von Arbeiter/innen im Industriebetrieb bis hin zu ‚High Potentials‘ in der Softwareentwicklung, die Verfügung über Arbeitszeitkonten meist einseitig durch betriebliche Belange bestimmt wird. Die betriebliche Arbeitszeitkultur und der Grad der Mitbestimmung erweisen sich bei Beschäftigten unterschiedlicher Positionen und Qualifikationsniveaus als zentrale Stell-schrauben für die Umsetzung individueller Zeitinteressen. Aufgrund der Differenzierung und Flexibilisierung von Arbeitszeit wird es zunehmend zur Aufgabe der einzelnen Beschäftigten, diese in der betrieblichen Praxis einzufordern. Am Arbeitsplatz und im Team finden die wesentlichen Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse statt. Kompetenzen wie Kommunikation, Verhandlungsführung, Analyse betrieblicher Anforderungen und Antizipation von Interessen im Team gewinnen dabei an Bedeutung. Zunächst aber müssen die Beschäftigten eigene Zeitinteressen definieren, um diese in die Arbeitszeitgestaltung einzubringen: Fallen im Betrieb Vorgaben zur Arbeitszeit weg, muss der/die Einzelne für sich festlegen, wann er/sie arbeiten will. Neben den Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz müssten die Beschäftigten also auch die eigenen Zeitpräferenzen „prüfen“. Solche Reflexionsprozesse oder ein besonderes Zeitbewusstsein sind jedoch – gerade bei hoher Arbeitsintensität und dünner Personaldecke – kaum anzutreffen. Diese Ergebnisse bestätigen sich in der Studie von Böhm/Herrmann/Trinczek (2004) zur „Vertrauensarbeitszeit“. Diese weitere Entwicklungsstufe flexibler Arbeitszeiten, bei der die Betriebe vollständig auf eine Zeiterfassung verzichten, stattdessen Leistungsstandards definieren und mit den Beschäftigten Zielvereinbarungen abschließen, verbreitert sich in Deutschland zunehmend. Vertrauensarbeitszeiten verkörpern prinzipiell die Möglichkeit, die Arbeitszeit besser auf private Anforderungen und Interessen abzustimmen und Lage, Dauer und Verteilung von Arbeitszeit individuell zu gestalten. Böhm/Herrmann/Trinczek (2004) resümieren jedoch, dass in der Praxis nicht selten betriebliche Belange einer solch eigenwilligen Nutzung von Vertrauensarbeitszeit entgegenstehen. Überdies zeigt sich hier, beim völligen Verzicht auf Dokumentation der Arbeitszeiten und Orientierung an den Arbeitsprodukten, eine Tendenz zur Selbstüberforderung und einer deutlichen Verlängerung der Arbeitszeiten beim Wegfall fester Grenzen. Als wesentliches Gegenmittel zu diesen negativen

Vertrauensarbeitszeiten weisen Tendenz zur Selbstüberforderung auf

Begleiterscheinungen ist eine kulturelle Verankerung des Wertes familienorientierter Arbeitszeit und ihrer sozialen Anerkennung notwendig.

Eine Entstandardisierung der Arbeitszeitvorgaben und die Lockerung der betrieblichen Zeitkontrollen könnte unter günstigen Bedingungen einen realen wie symbolischen Zuwachs an Autonomie und Anerkennung in der Erwerbsarbeit, mit erwartbaren deutlich positiven Auswirkungen auf die Organisation der familialen Lebensführung, bedeuten. Findet die kollektive Regulierung von Erwerbsarbeit nicht mehr über Zeit, sondern über Ziele und Inhalte statt, bleiben dennoch Mitbestimmung und betriebliche Arbeits(zeit)kultur Voraussetzung einer sozialverträglichen Arbeitszeitgestaltung. Diese klassischen betrieblichen Instrumente zur Partizipation und Inklusion von Beschäftigteninteressen gilt es zu revitalisieren, allerdings unter deutlich anderen Vorzeichen als bislang: vertraten Betriebsräte häufig eher die Interessen der männlichen Beschäftigten, geht es jetzt um neue Instrumente im Sinne eines „family-mainstreaming“ im Betrieb und eines innerbetrieblichen Ortes, an dem die potenziell divergierenden Interessen von Unternehmen und Beschäftigten kurz-, mittel- und langfristig systematisch abgestimmt werden können. Dabei ist es nicht sinnvoll, pauschal eine Flexibilisierungspolitik für alle Mütter und Väter zu entwickeln. Ihre Passfähigkeit hängt ab von den familialen Konstellationen, sie variiert erheblich mit dem Alter der Kinder und den darin begründeten Betreuungsnotwendigkeiten.

Flexibilisierungspolitik für Eltern muss Rahmenkonstellationen berücksichtigen

VI.5.3 Friktionen zwischen Betreuungs- und Arbeitszeiten durch die Flexibilisierung der Erwerbswelt

Neben dem Volumen der Erwerbsbeteiligung spielt konkret die Lage und Verteilung der Arbeitszeit eine entscheidende Rolle für die Art und Weise, wie Kinder von den Eltern betreut werden können bzw. welche anderen Betreuungsleistungen notwendig sind. Zusätzlich zur zunehmenden Inklusion der Mütter mit dem ansteigenden Alter des ersten Kindes in die Erwerbswelt ist also die Frage relevant, wann im Tages- und Wochenverlauf diese Erwerbsarbeit geleistet wird. Der Weg in eine Ökonomie, in der zunehmend Kundenwünsche auch außerhalb der industriellen Kernzeiten erfüllt werden sollen, in der sich Arbeitszeiten (wieder) entgrenzen, ist auch der Weg in eine Gesellschaft, in der die Betreuungsarrangements komplexeren Bedarfen und Ansprüchen genügen müssen. Gerade in den Jahren, in denen Frauen meist Kinder bekommen, also zwischen dem 25. und 40. Lebensjahr, wird von ihnen gleichzeitig erhöhte Mobilität und Flexibilität verlangt. Die Bedeutung einer passgenauen, zeitlich sensiblen Betreuungslandschaft für Kinder jeden Alters liegt damit nicht nur in der mög-

Komplexe Ökonomie erfordert komplexe Betreuungsarrangements

lichst breiten und guten Förderung der Kinder, sondern trägt zur Qualität der Berufsausübung der Mütter bei – die ihrerseits unbestritten zu einer weiteren Förderung der Kinder beiträgt. Evidenzen aus den USA weisen darauf hin, dass flexibilisierte Arbeitszeiten, insbesondere von Schichtarbeit, die Komplexität der Care-Arrangements steigern, die aber gleichzeitig anfälliger für Störungen bzw. Ausfälle werden. Besonders problematisch ist dies für Kinder von allein erziehenden Müttern.

Das Ausmaß der über die Normalarbeitszeit (9 bis 19 Uhr an einem Wochentag) und damit jenseits des Großteils des Angebots der Kindertageseinrichtungen liegenden Arbeitszeiten macht folgende Zusammenstellung¹⁰³ deutlich:

- Etwa 25 Prozent derjenigen erwerbstätigen Mütter, deren jüngstes Kind unter drei Jahren alt ist, arbeiten täglich oder mehrmals die Woche nach 19 Uhr („Abendarbeit“), bei denen mit drei bis fünf Jahren alten jüngsten Kindern sind es 16 Prozent.
- Etwa 30 Prozent derjenigen Mütter, deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist, arbeiten jede Woche am Samstag, weitere ca. 17 Prozent alle zwei Wochen am Samstag.
- Etwa 15 Prozent derjenigen Mütter, deren jüngstes Kind unter drei Jahren alt ist, arbeitet jede Woche am Sonntag und fast 15 Prozent alle zwei Wochen.

Als weitere Größe, die das Betreuungsprofil prägt, gelten Notfallsituationen, die das oftmals sehr subtil gewebte Arrangement der Betreuung ins Wanken bringen können. Für drei Notfallsituationen – Erkrankung des Kindes, Ausfall der jeweiligen Betreuungsperson sowie kurzfristige Arbeitszeitänderungen – gibt es für jedes sechste Kind keine Notfalllösung. Bezeichnend ist ferner, dass für drei Viertel der Kinder die eigene Familie diese Notfalleinrichtung darstellt, während die Arbeitgeber und die Betreuungseinrichtungen nur marginale Bedeutung haben (DJI 2005b, 98). Beim häufigsten Betreuungsnotfall, der Erkrankung des Kindes, steigt die ohnehin schon hohe Betreuungszeit der Mütter um ein bis eineinhalb Stunden an.

¹⁰³ Daten des Sozioökonomischen Panels 2000, Berechnungen des DIW Berlin.

Setzt man in einem weiteren Schritt der Argumentation die potenziell in mehreren Dimensionen flexibler werdenden Arbeitszeiten ins Verhältnis zum Angebot der Kinderbetreuungseinrichtungen, dann ergibt sich für alle Altersgruppen eine mehr oder weniger große Nichtübereinstimmung, die so groß werden kann, dass manche für Deutschland von einer „care-crisis“, einem Betreuungsnotstand, sprechen (Joos 2003). Betreuungsangebote für Kinder können dann ein effektives Instrument zur Integration von Berufs- und Familienleben sein, wenn sie für Eltern verfügbar, bedarfsgerecht und bezahlbar sind. Dies bedeutet, dass sie gleichermaßen verlässlich als auch flexibel sind. Trotz der an vielen Orten stattfindenden Weiterentwicklungen ist diese Bedarfsgerechtigkeit aber bei weitem noch nicht gegeben.

Auf der Basis einer Recherche guter Praxis und begleitender Elternbefragungen können Jampert u. a. (2003, 104) nachweisen, dass für Eltern neben der wahrgenommenen Kindgerechtigkeit der Betreuungseinrichtung, also ihrem Beitrag zum kindlichen Wohlbefinden und seiner Entwicklung, die zeitlichen Rahmenparameter von Einrichtungen der Kinderbetreuung ausschlaggebend sind, wobei bezeichnenderweise allein erziehende Eltern diesen Aspekt noch stärker gewichten. Die recherchierten Beispiele guter Praxis zeichnen sich durch ein breites Repertoire von Maßnahmen zur zeitlichen Flexibilisierung aus: Flexibilität herrscht bei vielen dieser Einrichtungen, was die Bring- und Abholzeiten, die Betreuung in Notfallsituationen und die Anpassung an die Arbeitszeiten der Eltern angeht (ebd., 106). Bezieht man hier allerdings die immer wieder gefundenen Zusammenhänge zwischen sozialer Schicht und Einkommenssituation und der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit ein (Alt/Blanke/Joos 2005), dann öffnet sich eine weitere Schere zwischen Eltern, die sich flexibel angepasste Lösungen leisten können und solchen, die das nicht können.

Eine regionale Teilstudie beschreibt die Problematik der mangelnden temporalen Passfähigkeit bzw. der massiven Friktionen von Arbeitswelt und Betreuung exemplarisch anhand der gerade bei Frauen weit verbreiteten Form der Teilzeittätigkeit:

Für Eltern sind zeitliche Qualitäten der Kinderbetreuung ausschlaggebend

Notfallsituationen sprengen die subtil gewebten Betreuungsarrangements

Betreuungslücken und Betreuungsmix: Eine NRW-Studie

In dem Projekt „Bedarfsorientierte Kinderbetreuung“ wurde eine computerunterstützte Telefonbefragung mit 1 232 Müttern mit insgesamt 1985 Kinder unter 14 Jahren in NRW durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse lauten: Zahlreiche Frauen arbeiten zumindest teilweise zu Zeiten, die außer-

halb der normalen Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen für Kinder liegen. Über die Hälfte arbeitet am späten Nachmittag (16:30 bis 19:00Uhr), ein Drittel am Abend (19:00 bis 22:00Uhr), ein Sechstel nachts und ein gutes Viertel am frühen Morgen. Auch die Erwerbsarbeit am Wochenende ist weit verbreitet: Die Hälfte der Frauen arbeitet samstags, ein knappes Drittel sonntags. Die Wahrscheinlichkeit, auch zu atypischen Zeiten zu arbeiten, wächst mit steigender Stundenzahl. Aber auch für Teilzeitbeschäftigte mit geringer Stundenzahl stellen diese Arbeitszeiten keineswegs eine Ausnahme dar.

Wenn erwerbstätige Frauen mit einem Partner zusammen leben, übernimmt dieser bei 60,4 Prozent der Fälle zeitweise die Betreuung. Dabei spielt die Nachmittagsbetreuung die mit Abstand größte Rolle. Sobald atypische Arbeitszeiten auftreten, spielt die Betreuung durch den Partner eine deutlich größere Rolle. 53,4 Prozent der Kinder werden während der Arbeitszeiten ihrer Mütter auch durch andere Personen betreut – Großeltern, Nachbarn, Kinderfrau, Tagesmutter, Freunde, andere Mütter, Geschwister. Den weitaus größten Anteil haben dabei mit fast drei Viertel der Fälle die Großeltern. Dies erscheint jedoch eher als Notlösung. Tendenziell werden öffentliche Betreuungslösungen vorgezogen.

Erwerbstätige Mütter bauen vielfältige Formen von „Betreuungsnetzen“ auf. In 22,7 Prozent der Fälle gibt es ein umfassendes Netzwerk von Einrichtung, Partner und Dritten. Ein Drittel der Kinder ist zumindest zeitweise allein zu Hause während die Mutter arbeitet. In nur zwei Dritteln dieser Fälle sind die Mütter mit dieser Lösung zufrieden, so dass sich auch hier eine Betreuungslücke zeigt.

Angebote für atypische Arbeitszeiten

Ein Angebot am späten Nachmittag würde das größte Interesse finden (21,8 Prozent), gefolgt von einer Betreuung am Samstag (14,9 Prozent). In den meisten Fällen werden diese Betreuungsformen nicht für die gesamte Woche, sondern für einzelne Wochentage nachgefragt. Offensichtlich ist bei der Gestaltung von Angeboten für atypische Arbeitszeiten eine zeitlich flexible Nutzbarkeit der Angebote besonders wichtig.

Angebote für Kleinkinder

Ein außerordentlich hoher Bedarf an flexiblen Lösungen besteht für die unter 3jährigen: 44,8 Prozent der Mütter würde einen Krippenplatz an einzelnen Wochentagen nutzen. Auch eine stundenweise Betreuung an allen Wochentagen wird gewünscht (38,8 Prozent). Das insgesamt sehr hohe Interesse an institutionellen Betreuungslösungen für unter 3jährige zeigt, dass längst nicht mehr die Mehrheit der Frauen der Meinung ist, Kinder dieses Alters sollten in jedem Fall nur in der Familie betreut werden.

Angebote für Schulkinder

Auch hier liegt der Schwerpunkt der Wünsche auf der Nutzung an einzelnen Wochentagen. Betrachtet man die Rangfolge bezüglich der Inhalte der Betreuung, so zeigt sich ein besonders hohes Interesse an Freizeit bezogenen Angeboten (schulisch wie in Jugendzentren). Es besteht nicht nur Interesse aus Gründen der Betreuung während der Arbeitszeit, sondern sicher auch der Wunsch nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung.

Damit kommt der Ganztagsbetreuung von Schulkindern eine überragende Bedeutung zu, die sowohl der Förderung der Kinder als auch der besseren Integration von Familien- und Berufsleben dient. Befunde zu den Einstellungen und Verhaltensweisen von Kindern, die einen Hort besuchen, unterstreichen, dass diese Nachmittagsbetreuung nicht zu Lasten der Interaktionen mit den Eltern gehen muss, sondern die gemeinsame Zeit besonders intensiv genossen wird (Kellermann 1999, 110).

VI.5.4 Das Spektrum von Maßnahmen zur Gestaltung familien-gerechter Arbeitszeit

Im Folgenden sind die grundsätzlichen Möglichkeiten einer familiengerechten Arbeitszeitpolitik aufgeführt (vgl. Expertise Becker 2004; Rost 2004b). Sie gehen auf Praxisbeispiele zurück und belegen damit, dass sich in unterschiedlichen Branchen das Tor für eine Reihe familienfreundlicher Arbeitszeitregelungen zu öffnen beginnt.

Flexibilisierung hinsichtlich des Arbeitszeitumfangs:

Familienbedingte Teilzeitarbeit: Familienbedingte Teilzeitarbeit liegt vor, wenn die vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit aufgrund von familialen Verpflichtungen kürzer ist als die regelmäßige Wochenarbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer des Betriebes.

Abgestufte Teilzeit nach Erziehungsfreistellung: Durch stufenweise Erhöhung der Arbeitszeit wird Beschäftigten nach einer Erziehungsfreistellung ein Wiedereinstieg ermöglicht.

Kinderbonuszeit: Beschäftigten mit Kindern werden Arbeitsstunden gutgeschrieben, so dass sie bei gleich bleibendem Lohn monatlich weniger Arbeitszeit leisten müssen und mehr Zeit für die Familie haben. Denkbar ist auch, dass Beschäftigte mit Kindern einen Bonus in Form von zusätzlicher Freizeit (z. B. einen zusätzlichen Urlaubstag pro Kind) erhalten.

Flexibilisierung hinsichtlich der Arbeitszeitalage:

Zeitkonto: Die tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten werden in Form von Arbeitszeitguthaben oder Arbeitszeitschulden auf einem Zeitkonto erfasst. Innerhalb festgelegter Grenzen (maximales Zeitguthaben bzw. maximale Zeitschuld) werden Phasen des Familien- oder Pflegeurlaubs bis hin zu einem vorgezogenen Ruhestand ermöglicht.

Gleitzeit: In einem bestimmten Rahmen können Beschäftigte selbst wählen, wann sie am Arbeitsplatz erscheinen und wann sie ihn verlassen.

Jahresarbeitszeit: Die Beschäftigten haben eine vereinbarte Jahresarbeitszeit, die in Absprache mit dem Unternehmen vergleichsweise selbstbestimmt erbracht wird. Die Lage der individuellen Arbeitszeit kann entsprechend den familialen Erfordernissen gewählt werden. Der Ausgleich von Plus- bzw. Minusstunden ist innerhalb eines Jahres möglich.

Lebensphasenorientierte Arbeitszeit: Langfristige Arbeitszeitvereinbarung, in der die schwankenden familialen Belastungen der Beschäftigten berücksichtigt werden. Freistellung, Teilzeit- oder Vollzeitarbeit werden im Rahmen des Arbeitsvertrages vereinbart.

Flexibilisierung hinsichtlich der Arbeitsunterbrechung:

Pause: Pausen sind – in Abstimmung mit Kollegen/Kolleginnen – in der Länge und in der Lage frei einteilbar, so dass private Verpflichtungen (z. B. Kind von der Schule abholen und zur Tagesmutter bringen, Besorgungen für pflegebedürftige Angehörige) auch ohne größere Freistellungen wahrgenommen werden können.

Urlaubsregelungen: Die jährliche Urlaubsplanung wird unter besonderer Berücksichtigung der Ferienzeiten beider Partner und der Schulferien der Kinder vorgenommen.

Freistellung zur Betreuung von Angehörigen: Über den gesetzlich verankerten, zeitlich begrenzten Anspruch auf unbezahlte Freistellung oder auf begrenzte Lohnersatzleistung hinausgehende betriebliche Freistellung.

Elternzeit: Beschäftigte werden zur Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben über den gesetzlichen Anspruch des Bundeserziehungsgeldgesetzes hinaus von der Erwerbsarbeit freigestellt.

Sabbatical: Längerfristige, geplante Freistellung von der Erwerbsarbeit – z. B. um eine längere Reise mit der Familie zu unternehmen – ohne Zahlung des Arbeitsentgeltes. Mittlerweile werden auch Kurzzeit-Sabbaticals von z. B. acht Wochen Länge gewährt, wodurch eine intensivere Betreuung von Kindern bei der Einschulung möglich wird.

Deutlich wird anhand dieser Zusammenstellung, dass eine Zeitpolitik im Sinne des Wortes nur dann gelingen kann, wenn alle Adressaten gleichberechtigt einbezogen werden: Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeber. Eine intensiv auszuhandelnde und immer wieder auf bestimmte Bedarfe zu justierende integrierte Zeitpolitik ist ein wichtiges Feld zukünftiger Tarifentwicklungen.

VI.6 Die doppelte Anforderungsstruktur von Familienzeiten

Nimmt man abschließend eine Lebenslaufperspektive auf Familie ein, so fallen folgende markante Tendenzen der vergangenen Jahrzehnte ins Auge:

- die Konturen der Phasengliederung von Kindheit/Ausbildung – Erwerbsphase – Altersphase – im Lebenslauf weichen auf, da sich der Einstieg ins Berufsleben weiter nach hinten verschiebt und der Ausstieg aus demselben – ungeachtet der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung – immer früher stattfindet, Erwerbszeiten von (Weiter-)Bildungszeiten begleitet werden und Erwerbsbiografien, insbesondere von Männern häufiger von Erwerbslosigkeitsphasen unterbrochen werden;
- die sog. Familienphase von Frauen, in der sie ausschließlich ihre Kinder betreuen, wird kürzer und ein wachsender Teil der Frauen bekommt gar keine Kinder mehr;
- demgegenüber weiten sich Pflegeaufgaben für ältere Familienmitglieder tendenziell aus, die bislang weit überwiegend von Frauen im familialen Rahmen übernommen werden.

Verlängerung der Lebenszeit und neue Bildungs-/Berufsbiografien als Anforderung an Familienzeiten

Auch wenn ältere Menschen heute gesünder sind als vor einigen Generationen, können sich doch durch die steigende Lebenserwartung längere Phasen von Hilfebedürftigkeit ergeben, die zu Anforderungen an Pflegende werden. Langfristige Prognosen gehen davon aus, dass mehr als die Hälfte der in diesem Jahr in Deutschland Neugeborenen 100 Jahre alt werden (Vaupel 2005). Im Verhältnis zur geringer werdenden Zahl der nachwachsenden Generation zentrieren sich damit mehr Pflegeaufgaben auf weniger Pflegende;

- und schließlich weicht der typische Familienzyklus mit Familiengründung, Aufziehen der Kinder und anschließender „Empty-Nest“-

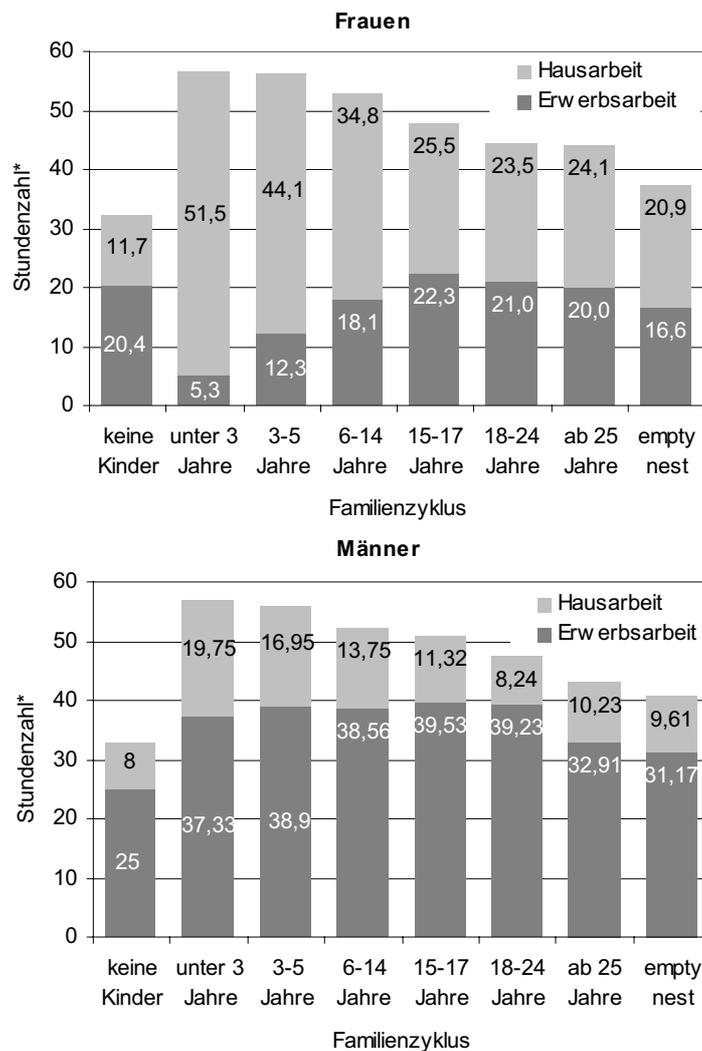
Phase in der gleichen Personenkonstellation zunehmend einem mäandernden Familien-Pfad mit vielfältigen Verzweigungen und Verläufen (vgl. Kap. IV.).

Ungeachtet dieser Veränderungen ist die Verteilung von Zeit für Beruf und Familie im Lebenslauf bis heute vor allem charakterisiert durch eine extreme geschlechtsspezifische Ungleichheit, die sich als Linie durch die Lebensläufe von Frauen und Männern durchzieht. Männer arbeiten fast durchgängig Vollzeit und haben kontinuierlichere Erwerbsbiografien als Frauen.

Frauen unterbrechen ihre Berufstätigkeit häufig und/oder reduzieren ihre Arbeitszeit beträchtlich,

Abbildung VI.9

Erwerbs- und Haushaltsarbeit bei Männern und Frauen in Abhängigkeit vom Familienverlauf



* Stundenzahl in der letzten Woche einschließlich Wochenende
 Quelle: Hans Bertram, auf der Basis von Daten des DJI Familiensurvey 2000, 10318 Befragte

zunehmend auch unterhalb der klassischen „Halbtagsbeschäftigung“. Im Familienverlauf zeigt sich eine deutliche Abhängigkeit der Zeitbelastung vom Status „keine Kinder“ bzw. vom Alter der Kinder und der anschließenden „Empty-Nest“-Phase, die für Frauen und Männer zwei typisch unterschiedliche Linien ergibt:

Deutlich wird dabei vor allem aber auch die Verdichtung von Zeit als Gesamtarbeitszeit für Erwerb und Familie in den mittleren Lebensjahrzehnten. Dies gilt in geringfügigen Schwankungen je nach Alter der Kinder für Mütter ebenso wie für Väter. Die höchsten Gesamtarbeitszeiten von Eltern ergeben sich in den ersten drei bzw. fünf Lebensjahren der Kinder, sie sinken nur langsam, bis die Kinder bis zu 14 Jahre alt sind, liegen dann aber immer noch bei deutlich mehr als 50 Stunden pro Elternteil in der Woche. Wechselt man von der Individual- auf die Paarebene, so zeigt sich eine extreme zeitliche Belastung von Familienhaushalten mit Kindern.

Wie wir gesehen haben, ergeben sich viele der Zeitkonflikte im Familienalltag aus der Verdichtung von Anforderungen in der „Rush-Hour of life“ für beide Geschlechter, wenn auch in unterschiedlich zusammengesetzten Mustern. Bedingt ist diese Zeitverdichtung im Lebenslauf im Wesentlichen durch nach wie vor gültige Strukturmerkmale von Berufen und Karriereerfordernissen, die entlang des fordistischen Musters des „normalen“ männlichen, von Fürsorgearbeit freigesetzten und kontinuierlichen Erwerbslebens in die Institutionen von Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt eingeschrieben sind. Verbunden sind diese Muster mit Anwesenheitszwängen im Betrieb, der Bereitschaft zu (über)langen Arbeitszeiten und zu Mobilität (Moen 2005). Konnten Männer diesen strukturellen Erfordernissen des Arbeitsmarktes solange relativ problemlos nachkommen, wie Fürsorgearbeit im Rahmen der tradierten Arbeitsteilung von Frauen übernommen wurde, so entstehen mit zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen nicht nur zeitliche Engpässe im Alltag, sondern auch Koordinationsprobleme von Erwerbsverläufen auf Paarebene. Verbunden sind diese – auf dem Hintergrund des am Hauptnährermodell orientierten Systems der Besteuerung von Einkommen sowie der sozialen Sicherung – mit Benachteiligungen von Frauen in der Einkommensverteilung bis hin zu ihren Rentenbezügen.

Sowohl neue widersprüchliche Ansprüche an flexible Arbeitskräfte forcieren die Widersprüche, die durch die prinzipielle Inkompatibilität etablierter Berufs- und Karrierestrukturen mit Fürsorgearbeit ohnehin gegeben sind. Neu entstehende Friktionen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen von Familie, Bildung, Berufen, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung

führen zu erheblichem strukturellem Anpassungsbedarf, damit auch Frauen heute prinzipiell in die Lage versetzt werden, für ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit tatsächlich selber aufzukommen und Männern es gelingen kann, auch an Familie aktiv teilzuhaben.

Diesem Modell steht aber derzeit auf der Ebene kultureller Vorstellungen vor allem bei Männern noch ein „illusionäres Trendmodell“ des Lebenslaufs gegenüber (Behrens 2001). Gemäß diesem Modell gibt man sich der Vorstellung hin, bis 55 beruflich alles zu geben, um dann spätestens mit 55 Jahren einen Ruhestand zu genießen, der dann mit den unterschiedlichen außerberuflichen Feldern gefüllt ist. Zwar sind sich viele Befragte der Gefahr eines gesundheitlichen Verschleißes bewusst, die mit dieser Form der Bewirtung der eigenen Lebenszeit einhergeht, aber gleichwohl „lockt“ das Reich der Freiheit. Dieses Modell reibt sich nicht nur mit den gesundheitlichen Abbauprozessen, sondern auch mit dem Timing der Familienbiographie; denn die Zeit der Familiengründung und Kindererziehung fällt genau mit der Zeit zusammen, in der das intensive Reinwirtschaften von ökonomischen Ressourcen liegt. Ferner trägt dieses Modell zur Frühverrentung bei, die einer Entzerrung des Lebenslaufes hinderlich ist.

Vor dem Hintergrund dieser gegenwärtigen Entwicklungslinien und Tatbestände kreisen die Konturen einer in viele einzelne Politikfelder hineinreichenden neuen Zeitpolitik für Familien um die zentralen Anliegen Verlässlichkeit, Flexibilität und Integration. Es gibt zwar heute etliche Einzelbeispiele und Initiativen zu einer Zeitpolitik für Familien, meist auf betrieblicher und kommunaler Ebene. Was jedoch angesichts der zentralen Bedeutung von Zeit für Familien sowie der festgestellten Friktionen zwischen Familie, sozialem Nahraum und Betrieben als nächster Schritt dringend ansteht, ist ein Konzept, das die unterschiedlichen Ansatzpunkte, Akteure und Ebenen systematisiert. Der zentrale Ansatzpunkt einer Zeitpolitik für Familien ist die Gewährleistung eines ausgewogenen und selbstbestimmbaren Verhältnisses von flexiblen und verlässlichen Rahmenbedingungen, um den besonderen Erfordernissen familialen Lebens mit seiner kontinuierlichen und doch nur begrenzt kalkulierbaren Inanspruchnahme Rechnung zu tragen und dabei eine Koordination von verschiedenen Akteuren, Aktivitäten und Orten zu ermöglichen. „Flexicurity“, die Verlässlichkeit mit Flexibilität verbindet, sowie garantierte „Optionalität“, d. h. die wechselnden familialen Bedarfen und Lebenslagen immer wieder neu anzupassende Ermöglichung unterschiedlicher „richtiger“ Zeitmuster für Familien ohne normative Vorgaben, sind zwei entscheidende zeitpolitische Strategien für Familien sowohl im Hinblick auf Arbeits- wie

Viele Zeitkonflikte im Familienalltag ergeben sich aus der „Rush-Hour of life“

Neue Ansprüche an flexible Arbeitskräfte forcieren die Widersprüche

Zentrale Anliegen der neuen Zeitpolitik: Selbstbestimmbares Verhältnis von flexiblen und verlässlichen Rahmenbedingungen

auf Betreuungszeiten. Auf allen Ebenen erweist sich die lokale Zeitpolitik als Verbindung von zeitlichen *und* räumlichen Strukturelementen. Konkret richten sich Umsetzungsschritte an breite und neue Akteurskonstellationen, die über den Staat hinausgehen: an Arbeitgeber und Gewerkschaften, an Schulen, an Verkehrsbetriebe, private und öffentliche Dienstleister.

Eine solche lokal organisierte Governance-Politik ist zwar eine entscheidende Weichenstellung für eine verbesserte Lebensqualität für Familien. Aber diese machen die überregionale Steuerungsebene von Bund und Ländern nicht überflüssig. Das Werben für und Hoffen auf Kompromisse auf betrieblicher Ebene wird allein nicht reichen, um allen abhängig beschäftigten Eltern bessere Bedingungen zu gewähren, wenn nicht zugleich staatliche Rahmenregelungen verändert werden und damit auch die Ernsthaftigkeit der Bestrebungen unterstrichen wird. Das Konzept einer staatlichen familienbezogenen Zeitpolitik kann hier nicht entfaltet werden. Es müsste sich auf die gesetzgeberische Ebene (z. B. Anpassung des Arbeitszeitgesetzes, Gesetzgebung zur Regulierung von Arbeitszeitkonten, sozialpolitisch unterstützte zeitliche Entlastung für Eltern und Pflegende), auf die Sozialversicherungen, auf die Umgestaltung familienbezogener Transfers, auf die tarifvertragliche sowie kommunale Ebene erstrecken (siehe Kap.VIII). Betriebe könnten in weit stärkerem Maße als heute Anreize für eine entsprechende Personalpolitik erhalten. Nicht lokal zu lösen sind insbesondere Fragen sozialer Ungleichheit und Armut; ebenso wenig aber die sozial-, bildungs-, und arbeitsmarktpolitische

Umsteuerungen zur Entzerrung des Lebenslaufs, der „Rush-Hour of life“, in der unter heutigen Bedingungen berufliche Konsolidierung, Beziehungsintensität, Kinder großziehen und die Pflege alter Eltern immer wieder problematisch aufeinander stoßen.

Die Entlastung des familialen Alltags von zu viel konfligierender Gleichzeitigkeit, zusammengesprengt auf wenige Lebensjahre, erfordert die radikale Abkehr vom männlich konnotierten Modell der kontinuierlichen Erwerbsbiografie, wobei zwei Elemente gezielter politischer Gestaltung bedürfen: erstens darf eine neuerliche, flexible Sequenzierung des Lebenslaufs kein einseitiges Modell für Frauen werden, zweitens darf dies nicht zur verschärften Wirksamkeit entfesselter Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt führen. Eine solche Zeitpolitik muss Alternativen des Ausstiegs in Sabbaticals im Sinn eines „family leave“ und die Arbeitszeitreduktion beider Geschlechter ins Auge fassen wie langfristige Alternativen zur Kopplung von Einkommen an Erwerbsarbeit. Es geht um die gesellschaftliche Anerkennung der Formen von Arbeit, die derzeit, weil sie für die Gewinnrechnung nicht rentabel sind, zur Privatsache werden. Die Frage sozialer Sicherung, insbesondere der zunehmend riskanteren Übergänge, steht damit für beide Geschlechter erneut auf der Tagesordnung. Die politische Implementation einer so umfassenden und anspruchsvollen Zeitpolitik für Familien ist angewiesen auf die Sichtbarmachung und Anerkennung von Familie als gesellschaftlich sinnvoller und individuell wertvoller Lebensform und ihrer alltäglichen Herstellungsleistungen.

Staatliche Rahmenbedingungen notwendig

Zeitpolitik für Familien angewiesen auf Anerkennung von Familie als alltägliche Herstellungsleistung

VII. Nachhaltige Familienpolitik: Neue Balancen zwischen Erwerbsarbeit und Fürsorge im Lebenslauf

VII.1 Nachhaltigkeit als neue Integration von Lebensentwürfen

Horizontale Gerechtigkeit zwischen Familien und Nichtfamilien, die Chancengleichheit von Kindern unterschiedlicher familialer Herkunft und die Gleichheit der Geschlechter in Beruf und Familie waren und sind zentrale, häufig diskutierte und untersuchte Themenschwerpunkte familienwissenschaftlicher und familienpolitischer Auseinandersetzungen (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ 2001; Deufel/Geißler 2003; BVerFG/BvR 1629/94 2001). Hinter dieser Diskussion steht die Einsicht, „dass die Erziehungsleistung der Eltern dem Bestand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der sozialen Kultur der Gesellschaft dienen und quasi ein öffentliches Gut darstellen“ (Ott, 2003). Von diesen Erziehungsleistungen profitieren alle Gesellschaftsmitglieder, und zwar auch diejenigen, die zu diesen Leistungen nichts beitragen: „In der Familie werden die Grundlagen sozialer und kooperativer Verhaltensweisen wie soziale Verantwortung, Solidarität und Fürsorge gelegt, ohne die soziale Systeme nicht bestehen können. Familien schaffen mit der Erziehung und Sozialisation von Kindern die Basis für das Funktionieren demokratischer und marktwirtschaftlicher Gesellschaften, und Eltern leisten mit ihren Erziehungs- und Bildungstätigkeiten einen erheblichen Beitrag zur Bildung des Human- und des Arbeitsvermögens der Kindergeneration, das letztlich die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das langfristige Wachstum und die Entwicklungsmöglichkeiten einer Gesellschaft beeinflusst. Eltern tragen ganz entscheidend zur Humanvermögensbildung der nächsten Generation bei und sichern so die wirtschaftliche Wertschöpfung der Zukunft“ (Ott 2003). Damit wird ein Gedanke aufgegriffen, den Frau von Schweitzer wie folgt formuliert hat: „Paarbeziehungen und Elternschaften sind konstitutiv für das alltagsweltliche Zusammenleben der Menschen und die Alltagskultur von Gesellschaften, sie begründen die Pluralität der familialen Lebensformen. Für beide Beziehungsweisen sind neben den lebensnotwendigen haushaltsökonomischen Leistungen, der Sicherung des familialen Zusammenlebens durch Versorgung, Pflege und Erziehung nicht nur der Kinder und Pflegebedürftigen, sondern eines jeden Menschen die sozial-kulturellen sittlichen Normen der Begründung von Geschlechter- und Generationensolidaritäten unerlässliche Voraussetzungen. Fehlt es an letz-

Demokratische Gesellschaft baut auf den Erziehungs- und Sozialisationsleistungen einer Familie auf

teren, ist auch bei steigendem materiellen Wohlstand und wachsender institutioneller Versorgung, Pflege und Erziehung kein Wohlfahrtszuwachs in der Kultur des Zusammenlebens der Menschen zu erreichen“ (von Schweitzer 1997, 30).

Diese Perspektive der zentralen Bedeutung der Familie für die Humanvermögensbildung der Gesellschaft macht deutlich, dass die Familie in dieser Interpretation nicht nur eine Konsumgemeinschaft ist, sondern unverzichtbare Güter und Leistungen für die Familienmitglieder und für die Gesellschaft insgesamt herstellt (Krüßelberg 2001, Kaufmann 2003). Wir haben schon in der Einleitung und in Kapitel drei und vier darauf hingewiesen, dass in der Familie nicht nur die Grundlagen des Humanvermögens einer Gesellschaft geschaffen werden, sondern auch die Basis lebenslanger Generationensolidarität und der Bereitschaft, Fürsorge für andere zu übernehmen. Deren Entwicklung kommt aber nicht nur den Familienmitgliedern selbst zugute, sondern nutzen jedermann, selbst dem, der sich an diesen Herstellungsleistungen innerhalb des Familienverbandes nicht beteiligt. So entlasten die in familialer Solidarität erbrachten Unterstützungs- und Pflegeleistungen die sozialen Sicherungssysteme. Die Investitionen der Eltern in die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder ersparen der öffentlichen Hand nach den Daten des Fünften Familienberichts pro Kind rund 225 000 Euro (BMFSFJ 1994). Gemeinsame Güter, die jedermann nutzt, ohne dass sich jeder an der Entwicklung dieser Leistungen beteiligt, haben die Tendenz, in der Gesellschaft nicht nur knapp zu sein (Nida-Rümelin 2003), sondern es besteht auch die Gefahr, dass sich immer weniger Menschen hierfür engagieren. Aus einer individuellen Perspektive scheinen die positiven Folgen eines reichlichen Humanvermögens, einer stabilen Generationensolidarität und einer großen Fürsorgebereitschaft, die jedem einzelnen zugute kommen, erreichbar, ohne dass der einzelne dafür Aufwand betreiben muss (Olson 1971; Buchanan 1995).

Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik ist es daher, jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen

Familie, Basis für lebenslange Generationensolidarität und Fürsorge

Nachhaltige Familienpolitik: Nachwachsende Generation kann ihre Lebensentwürfe selbst gestalten

Lebensperspektive zu interpretieren. Wenn für die nachwachsende Generation diese Elemente Teil der eigenen Zukunftsgestaltung sein können, dann ist mit dieser Zukunftsgestaltung auch ein wesentliches Element der gesamtgesellschaftlichen Zukunft gesichert. In diesem Sinne ist die Bereitschaft der Eltern, in die Entwicklung ihrer Kinder zu investieren, Generationssolidarität zu leben und für andere zu sorgen, zwar von ihrem persönlichen Glück und ihrer Freude motiviert, Kinder aufwachsen zu sehen, aber es ist eben nicht nur Teil des privaten Konsums, wie manche Ökonomen argumentieren und was Folbre (2003) kritisiert. Vielmehr engagieren sich Eltern in diesem Sinne „altruistisch“ für die Entwicklung ihrer Kinder und damit für den gesellschaftlichen Wohlstand, der allen zugute kommt.

Es ist daher nicht uninteressant festzustellen, dass feministische Ökonomen, wie Nancy Folbre, ähnlich wie Kaufmann, Kinder auch als gemeinsame Güter bezeichnen, deren Förderung und Entwicklung primär bei den Eltern liegt. Diese können aber dieses Engagement nur leisten, wenn eine nachhaltige Familienpolitik sicherstellt, dass ein vorhandenes Engagement und eine vorhandene Bereitschaft, sich für die Entwicklung von Kindern einzusetzen, umgesetzt werden können. Darüber hinaus muss durch eine angemessene Infrastrukturpolitik gewährleistet werden, dass das Sozialisationsumfeld für die kindliche Entwicklung förderlich ist. Weiterhin ist durch eine angemessene Lebenslaufs- und Alltagszeitpolitik dafür zu sorgen, dass Generationensolidarität und Fürsorge für andere auch gelebt werden kann. Durch eine angemessene ökonomische Transferpolitik müssen die ökonomischen Benachteiligungen, die sich aus einem solchen Engagement für die Mütter und Väter ergeben, zumindest gemindert sowie Risiken möglichst beseitigt werden.

Im 3. Kapitel dieses Berichtes haben wir deutlich gemacht, dass ein Familienmodell, das die ökonomische Verantwortung für die Familie allein beim Mann als Haupternährer sieht und die Erziehungsleistungen der Familie im Wesentlichen auf die Frau konzentriert, einer nachhaltigen Familienpolitik nicht entspricht. Der dahinter stehende Lebensentwurf zweier klar und eindeutig getrennter Lebensrollen von Mann und Frau steht den Zukunftsvorstellungen und Lebensentwürfen der nachwachsenden Generation insofern entgegen, weil sich auf Dauer die Kompetenzen und Fähigkeiten in modernen Dienstleistungsgesellschaften auch außerhalb der Familie nicht mehr eindeutig in zwei getrennte Sphären, nämlich der männlich dominierten, erwerbsorientierten Berufswelt, und der weiblichen Fürsorgewelt unterteilen lassen. Das hat nicht nur damit zu tun, dass heute junge Erwachsene beiderlei Geschlechts ein vergleichbares Qualifikationsni-

veau erreichen, sondern auch damit, dass die Berufswelt selbst sich im Dienstleistungsbereich so verändert hat und weiterhin verändern wird. Dadurch kann zwischen der klassischen Rollenteilung und der sich entwickelnden ökonomischen Struktur keine Balance mehr bestehen. Im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik muss aber eine neue Balance zwischen diesen Bereichen gefunden werden.

Im internationalen Vergleich haben wir deutlich gemacht (Kap II), dass die demografisch bedingten Veränderungen männlicher und weiblicher Lebensentwürfe im Hinblick auf die Organisation von Lebensläufen nur auf der Basis einer einzigen Lebensrolle, sei es die Berufsrolle oder die Mutterrolle, mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass nur begrenzte Lebensabschnitte, nicht aber mehr das ganze Leben, mit Sinn und subjektiven Zukunftsperspektiven gefüllt werden können. Die Balance zwischen Lebensperspektive und Lebensentwurf auf der einen Seite und der Dauer der Lebensläufe auf der anderen Seite, die heute und in Zukunft ein lebenslanges Lernen ermöglicht, lässt sich nicht mehr durch eine einfache Dreiteilung des Lebenslaufs herstellen, die zudem noch geschlechtsspezifisch nach unterschiedlichen Bereichen differenziert ist. Sowohl die gesellschaftlichen Konstruktionen von Lebensläufen als auch die individuelle Konstruktion der eigenen Lebensbiografie im Kontext von Familie, Beruf, Gemeinde und Nachbarschaft sowie Ausbildung und Weiterbildung setzen eine neue Konstruktion von Lebensläufen, aber auch von männlichen und weiblichen Lebensrollen voraus. Diese Neukonstruktionen müssen einerseits die Länge des Lebens und die Ausdifferenzierung des Humankapitals in einer Dienstleistungsgesellschaft reflektieren, andererseits aber auch die Möglichkeit schaffen, das eigene Leben so zu gestalten, dass eine Partizipation an der Fürsorge für andere, an der Erziehung für Kinder und an beruflichen und gesellschaftlichen Aktivitäten in unterschiedlichen Lebensphasen möglich ist. Damit kann die Formel der Industriegesellschaft „entweder Familie oder Beruf und später Rente“ überwunden werden.

Im 4. Kapitel haben wir deutlich gemacht, dass die Investitionen der Eltern in das kindliche Humanvermögen, das Herstellen von Generationensolidarität und die Bereitschaft, für andere zu sorgen, Leistungen sind, die im Lebenslauf von allen Mitgliedern einer Familie nur gemeinsam entwickelt und erbracht werden sowie in unterschiedlichen Lebensphasen einer Familie in Abhängigkeit von den individuellen Lebensläufen der einzelnen Familienmitglieder immer wieder neu gemeinsam hergestellt werden müssen. Die Betonung von Familie als einer gemeinsamen Herstellungsleistung aller Mitglieder der Fami-

lie unterstreicht, dass wir die Familie als eine Produktionsgemeinschaft sehen, deren Herstellungsleistungen nicht nur für den privaten Konsum, sondern auch für die gesellschaftliche Entwicklung, einschließlich der wirtschaftlichen Prozesse der Gesamtgesellschaft, von großer Bedeutung sind.

Die Entscheidung, gemeinsam eine Familie zu gründen und zu leben, eröffnet dem Paar zunächst nur die Option für diese Herstellungsleistungen, die aber in den unterschiedlichen Lebensabschnitten von den einzelnen Familienmitgliedern immer wieder neu in Aushandlungsprozessen mit den anderen und in Abhängigkeit von der Lebensumwelt der Familie ausgestaltet und erbracht werden müssen. Mit diesem Gedanken greifen wir die Vorstellung von Familie als einem Ort der Produktion von gemeinsamen Gütern auf. Darüber hinaus gehen wir aber davon aus, dass diese Herstellungsleistungen lebenslange, dynamisch auszuhandelnde Prozesse sind, die im Grundsatz nur gelingen können, wenn die Familienmitglieder ihre Lebensentwürfe und ihre Zukunftsvorstellungen in diesen Prozess einbringen und leben können und mit den anderen Familienmitgliedern eine gemeinsame Basis für diesen Herstellungsprozess finden. Im internationalen Vergleich (Kap II) wurde schon deutlich, dass die Herstellungsleistungen innerhalb der Familie heute schon deswegen viel komplexer und schwieriger geworden sind, weil im Leben der jungen Erwachsenen durch hohe Investitionen in das Humankapital eine Optionsvielfalt entstanden ist, in die das Engagement für Partnerschaft und Familie zusätzlich integriert werden muss. Die Länge des Lebenslaufs, die Mobilität und die beruflichen Anforderungen stellen alle Phasen des familialen Entwicklungsprozesses für alle Familienmitglieder immer wieder vor neue Herausforderungen, wie auch die Solidarität zwischen den erwachsenen Familiengenerationen immer wieder neu ausgehandelt werden muss.

Die heute noch weit verbreitete Vorstellung, die Entscheidung für Familie bilde bereits die Basis für die Realisierung dieser Herstellungsleistungen von Familien, teilen wir nicht. Vielmehr glauben wir, dass auch hier eine neue Balance gefunden werden muss, die die Dynamik der Verhandlungen und Beziehungen der Familienmitglieder im Lebenslauf mitberücksichtigt. Die Vorstellung der Neuorganisation des Lebenslaufs, die es jungen Erwachsenen ermöglicht, an der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft zu partizipieren, Fürsorge für andere zu leisten und in die Erziehung von Kindern zu investieren, wird sich mit Sicherheit nur realisieren lassen, wenn es auch eine neue Balance zwischen Bildungssystem, Berufssystem und familialen Herstellungsleistungen gibt. Eine solche neue Balance, auf deren einzelne Aspekte wir noch eingehen werden, bedeutet, nicht nur über die

Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu diskutieren, sondern zu reflektieren, ob die in der Industriegesellschaft entwickelten Vorstellungen von Privatheit und Öffentlichkeit Bestand haben können, oder ob auch hier neue Vorstellungen entwickelt werden müssen (Krebs 2002).

Heute wird mehr oder minder implizit davon ausgegangen, dass die Fürsorge für andere Familienmitglieder, die Erziehung und Förderung der Entwicklung kleiner Kinder und die Generationensolidarität eine höchst private Angelegenheit von Familien sind und eine Ressource der Familien darstellen, über die man unbegrenzt verfügen kann. Diese Herstellungsleistungen von Familien werden häufig auf der Basis höchst privater und persönlicher Motivationen entwickelt und erbracht. Dabei darf aber nicht verkannt werden, dass von diesen Leistungen erhebliche positive Effekte für die gesamte Gesellschaft ausgehen. Solche „gemeinsamen Güter“ stellen keinesfalls eine unendliche Ressource in einer Gesellschaft dar, vielmehr besteht eher die Tendenz, dass sie knapp werden und verschwinden. Coleman hat schon 1976 darauf aufmerksam gemacht, dass auch in früheren Gesellschaften Familien ihre Leistungen für die nachwachsenden Generationen eigentlich nur dann erbringen konnten, wenn sie von der Nachbarschaft, der Gemeinde und anderen Organisationen unterstützt wurden. Er sieht die Schwäche der modernen Familien gerade darin, dass diese Formen der Unterstützungsleistungen wegen der höheren Mobilität und größeren Anonymität in modernen Gesellschaften geringer geworden sind. Daher ist es die Aufgabe einer nachhaltigen Familienpolitik, auch den Versuch zu unternehmen, neue Formen der Integration, der Unterstützungsleistungen und Kooperationen zwischen Familien in unterschiedlichen Lebensphasen zu ermöglichen. Dabei sollte durch neue Formen der Integration und Kooperation von Familien, Nachbarschaft und Gemeinde eine Balance entwickelt werden, die eine Partizipation aller Familienmitglieder in unterschiedlichen Lebensbereichen zulässt. Solche neuen Formen von Partizipation und Kooperation werden auch zu einer Neubestimmung von Privatheit und Öffentlichkeit führen und sicherlich auch zu einer Neubestimmung der Kooperation und Integration von professionellen, freiwilligen und familialen Unterstützungsleistungen. Ohne solche Unterstützungssysteme wird es jedenfalls für junge Erwachsene in einer komplexen und hoch ausdifferenzierten Gesellschaft schwer sein, die unterschiedlichen Lebensbereiche miteinander zu integrieren.

Dabei ergibt sich für eine nachhaltig orientierte Familienpolitik aus der demografischen Entwicklung in Deutschland, insbesondere durch den deutlich höheren Anteil der älteren Generation, den Rückgang der Geburtenraten und damit verbundenen den Rückgang der nachwachsenden

Familie als Herstellungsleistung – ein lebenslanger Prozess

Nachhaltige Familienpolitik: Neue Formen der Integration, Partizipation und Kooperation von Familien

Neue Balance zwischen Bildung, Beschäftigung und Herstellung von Familie

Nachhaltige Familienpolitik: Berücksichtigung der zunehmenden Ausdifferenzierung und Heterogenität der Gesellschaft

Generation eine besondere Herausforderung. Während in vielen anderen Politikbereichen die demografische Veränderung moderner Gesellschaften in der Regel damit beantwortet wird, die vorhandenen Systeme diesen demografischen Veränderungen einfach anzupassen, wird eine nachhaltige Familienpolitik sich nicht begnügen können, vorhandene Strukturen dieser Entwicklung anzupassen, z. B. die Zahl der Infrastruktureinrichtungen entsprechend der Geburtenentwicklung einfach nach unten zu korrigieren. Vielmehr kann nachhaltige Familienpolitik nur dann die Rahmenbedingungen schaffen, die für eine selbstbestimmte Entscheidung für Familie, Fürsorge für Kinder und Generationsolidarität notwendig sind, wenn sie die zunehmende Ausdifferenzierung und Heterogenität moderner Gesellschaften auf der Basis der demografischen Entwicklung berücksichtigt.

Regional differenzierte demografische Entwicklungen, wie beispielsweise die Migration innerhalb Deutschlands zwischen einzelnen Regionen, führen zu erheblichen Disparitäten von Lebenslagen und Chancen für die dort nachwachsenden Generationen. Wo Abwanderungen stattfinden oder gar zunehmen, verschlechtern sich die sozialen, kulturellen und ökonomischen Chancen der zurückbleibenden Bevölkerung; die Entwicklung neuer Angebote, etwa im Bereich der Infrastruktur, ist kaum zu finanzieren. Hingegen können jene Regionen, die auf der Basis der Zuwanderung Bevölkerung gewinnen, neue Konzepte entwickeln, ausbauen und finanzieren. In den demografisch benachteiligten Regionen ergeben sich dadurch Erschwernisse, verschiedene Formen von Fürsorge und Generationsolidarität zu leben, die notwendigerweise auf räumliche und personale Nähe angewiesen sind. Auch muss man davon ausgehen, dass durch die Heterogenität der Bevölkerung aufgrund der Zuwanderung aus vielen Regionen der Welt Fragen der Sozialisation, der beruflichen Integration und der Partizipation an der gesellschaftlichen Entwicklung anders beantwortet werden müssen als in einer relativ homogenen Gesellschaft, wie sie in den Fünfziger Jahren bestand. Eine nachhaltige Familienpolitik wird bei einer solchen Perspektive notwendigerweise immer auch eine Politik sein müssen, die allgemeine gesellschaftliche Tendenzen mit konkreten regionalen und kommunalen Entwicklungslinien verbinden muss.

Darüber hinaus lässt sich in Deutschland schon heute eine Vielfalt unterschiedlicher familialer Modelle feststellen, auch wenn im Durchschnitt – aus der Sicht der Kinder – die meisten von ihnen bis zum 18. Lebensjahr gemeinsam mit ihren leiblichen Eltern aufwachsen. Diese Durchschnittsbetrachtung verdeckt aber die Tatsache, dass sich zum einen im Lebenslauf von Familien die Zusammensetzung der Mitglieder der Fami-

lie erheblich verändern kann. Sie verkennt vor allem die erheblichen regionalen Variationen familialer Lebensmodelle in Deutschland. In Süddeutschland und Südwestdeutschland findet sich viel häufiger als etwa in Ostdeutschland das Modell des (männlichen) Verdieners mit der (weiblichen) Zuverdienerin. In Ostdeutschland herrscht ähnlich wie in Nordeuropa eher das Modell der Zweiverdienerfamilie vor; das klassische Modell des Haupternährers ist zumindest in der jüngeren Generation auch in West- und Süddeutschland ein temporäres Modell in Abhängigkeit von der Zahl der Kinder geworden. Daneben konzentrieren sich in den Städten, vor allem in Norddeutschland, viele Familien mit einer allein erziehenden Mutter, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Diese unterschiedlichen Familienmodelle sind einerseits Ergebnis unterschiedlicher kultureller und politischer Traditionen, stellen aber andererseits natürlich auch das Ergebnis unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen dar. Auf solche regionalen Differenzierungen kann eine nachhaltige Familienpolitik nur reagieren, wenn sie diese regionale Vielfalt in Bezug auf familiäre Entwicklungen berücksichtigt.

Aus diesen Überlegungen zur einer nachhaltigen Familienpolitik dürfte deutlich geworden sein, dass wir diesen Familienbericht einerseits in der Tradition des Fünften Familienberichts in Bezug auf die Sicherung des Humanvermögens in der modernen Gesellschaft sehen und uns insbesondere bei den Fragen zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen Familien und Nichtfamilien auf Argumente des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen stützen. Allerdings sind wir auch der Meinung, dass die starke Betonung einer Lebenslaufperspektive und der Konstruktion der Familie durch die Mitglieder als einer gemeinsamen Herstellungsleistung im Lebenslauf wie auch die Betonung der Bedeutung der Fürsorge in modernen Gesellschaften eine Erweiterung der bisherigen Diskussion darstellt. Wir haben die Frage der Balance vor allem unter der Perspektive einer neuen nachhaltigen Familienpolitik diskutiert, weil wir davon ausgehen, dass wir dadurch einige der wichtigsten und zentralen Probleme der gegenwärtigen Familienpolitik so bündeln können, dass auf der Basis nur weniger ausgewählter Szenarien und Empfehlungen zentrale Perspektiven für eine zukünftige Familienpolitik skizziert werden können.

VII.2 Nachhaltigkeit und Lebenslauf

Im Kapitel II haben wir mit den internationalen Vergleichen gezeigt, dass die Familienentwicklung in Europa viele überraschende Parallelen aufweist, wie beispielsweise den Anstieg des Heiratsalters in den Siebziger Jahren, den Rückgang der Geburtenrate, den Anstieg der Scheidungen und die zunehmende Erosion des Mo-

Nachhaltige Familienpolitik: Regionale Vielfalt familialer Lebensmodelle berücksichtigen

Nachhaltige Familienpolitik: Verbindung gesellschaftlicher Trends mit der Entwicklung vor Ort

Erweiterung der bisherigen Diskussion um die Lebenslauf- und Fürsorgeperspektive

Trotz propagierter
Wahlfreiheit –
Festhalten am
Familienmodell
der 60er Jahre

dells des Familienernährers. Versucht man, einige der für Deutschland aufgezeigten Widersprüchlichkeiten der ökonomischen und politischen Entwicklung auf der einen Seite und der Weiterentwicklung familialer Lebenslagen auf der anderen Seite vor dem Hintergrund dieser internationalen Kontrastierung zu beleuchten, dann fällt folgendes auf: Die Infrastruktur insbesondere für kleine Kinder in Deutschland ist im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern kaum ausgebaut und die Bundesrepublik hat mit wenigen anderen europäischen Ländern an der Vormittagsschule festgehalten. Auch gewinnt man im Rahmen dieser internationalen Kontrastierung den Eindruck, dass trotz der politischen und medialen Rhetorik der Freiheit der Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der eigenen Zukunftsgestaltung an jenem Modell familialer und beruflicher Arbeitsteilung festgehalten wird, wie es in den Fünfziger und Sechziger Jahren entwickelt wurde. Dies ist im 3. Kapitel beschrieben worden; daher werden hier nur noch einige Strategien der in Kap II beschriebenen Länder dagegengestellt, um zu verdeutlichen, wo möglicherweise auch andere Handlungsoptionen in Deutschland denkbar sind.

VII.2.1 Die „Rush-Hour of Life“

In Deutschland ist zwar ebenso wie in den anderen Ländern viel in das Humankapital der nachwachsenden Generation investiert worden. Da aber die Familiengründung, die Entscheidung für Kinder und das Aufziehen von Kindern nach wie vor als alleinige und vor allem private Angelegenheit der Eltern betrachtet werden, gibt es so gut wie keine Überlegungen, inwieweit Familiengründung, Entscheidung für Kinder und die Erziehung für Kinder auch realisiert werden können, wenn man ökonomisch noch nicht auf eigenen Füßen steht.

Aus dem Vergleich mit den anderen Ländern ergibt sich, dass die dort praktizierte gestufte Form der Ausbildung die Möglichkeit schafft, nach einem Ausbildungsabschnitt aus dem Ausbildungssystem auszusteigen und später wieder einsteigen zu können, die ökonomische Selbstständigkeit früher zu erreichen und dennoch im Lebenslauf die höchsten Bildungsabschlüsse zu erreichen. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass lange Ausbildungszeiten und die ökonomische Abhängigkeit von den Eltern durch das Unterhaltsrecht die Zeit für die Familienbildung, die Entscheidung für Kinder und die ökonomische Selbstständigkeit in Deutschland besonders knapp geraten lassen. Wir haben im 2. Kapitel schon darauf hingewiesen, dass in Deutschland ein Akademiker bzw. eine Akademikerin rund fünf bis sechs Jahre für diese Lebensentscheidungen zur Verfügung haben. Diese „Rush-Hour“ im Lebenslauf ist aber das Ergebnis politischer Nichtentscheidungen in Bezug auf die

Neustrukturierung der Studienorganisation, der Möglichkeiten, Familiengründung und Studium zu verknüpfen, aber auch das Ergebnis eines Unterhaltsrechts, das die ökonomische Selbstständigkeit junger Erwachsener bis zum 27. Lebensjahr und noch darüber hinaus im Wesentlichen von der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Eltern abhängig macht.

Darin ist aus Sicht der Familienberichtscommission ein zentrales Ungleichgewicht in der heutigen Lebensperspektive junger Erwachsener zu sehen, das die Entscheidung für Familie und Kinder deutlich erschwert. Zudem widerspricht eine solche Politik der hier vorgenommenen Definition einer nachhaltigen Familienpolitik, weil junge Erwachsene wegen der ökonomischen Abhängigkeit – die heute viel länger dauert als bei ihren Eltern – nicht die Chance haben, so früh selbstständig über ihre Zukunft zu entscheiden wie ihre Elterngeneration.

Wir werden in den Szenarien zum Lebenslauf einige Möglichkeiten skizzieren, was hier von anderen Ländern zu lernen ist. Dabei muss hinzugefügt werden, dass die Bundesrepublik ähnlich wie einige südeuropäische Länder viel dafür getan hat, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Heute arbeiten nur noch knapp 40 Prozent der Bevölkerung zwischen dem 55. und 65. Lebensjahr. In den nordeuropäischen Ländern liegt die Erwerbsquote dieser Altersstufe bei 65 bis 70 Prozent. Das gegenwärtig in Deutschland geltende Lebenslaufmodell setzt voraus, dass die Partizipation eines Individuums an allen zentralen gesellschaftlichen Bereichen innerhalb von 30 Jahren begonnen, entwickelt und abgeschlossen sein muss. Dabei ist heute davon auszugehen, dass von den nach 1970 geborenen Frauen ein signifikanter Prozentsatz 100 Jahre und älter wird. Das Lebenslaufmodell, das gegenwärtig in Deutschland dominiert, führt notwendigerweise zur Exklusion eines immer größeren Teils der Bevölkerung aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen, wie Beruf und Familie. Es ist historisch einmalig, dass die aktive Partizipation eines Bürgers in einer demokratischen Gesellschaft auf ein Drittel seines Lebens begrenzt wird. Diese Aussage gilt zumindest für die nordeuropäischen Länder nicht. Nur am Rande sei vermerkt, dass die geringeren Finanzierungsprobleme des Wohlfahrtsstaates in den nordeuropäischen Ländern auch mit seinen anderen Lebenslaufmodellen zusammenhängen.

Deutsches Lebenslaufmodell produziert gesellschaftlichen Ausschluss

VII.2.2 Der Widerspruch zwischen beruflicher Selbstständigkeit und ökonomischer Abhängigkeit vom Ehemann

Auch wenn Deutschland viel in die Entwicklung und Bildung insbesondere der weiblichen Bevölkerung investiert hat und die Partizipation vor

Rush-Hour“ ist Produkt des deutschen Lebenslaufmusters

allem der jüngeren Frauen in vielen Bereichen der Gesellschaft große Fortschritte gemacht hat und mit großer Wahrscheinlichkeit (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2002) auch noch weitere Fortschritte machen wird, hat die Bundesrepublik unter einer ökonomischen Perspektive an dem Familienmodell der Sechziger Jahre festgehalten (Kap. III). Die familienpolitischen Möglichkeiten, Erziehungszeit und Erziehungsgeld zu nutzen, haben ökonomisch zur Folge, dass in Deutschland eine junge Mutter, die sich für die Elternzeit entscheidet, ihre ökonomische Unabhängigkeit aufgibt und sich in die ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann oder Partner begibt. Auch wenn der größte Teil der Paare diese Entscheidung und die Konsequenzen dieser Situation individuell miteinander aushandeln und damit umgehen können, bleibt festzustellen, dass mit dieser Entscheidungssituation der Wertekonflikt zwischen beruflicher Tätigkeit und Familiengeneration schärfer akzentuiert wird als in anderen Ländern. In einer Marktwirtschaft wird beruflicher Erfolg vor allem daran gemessen, inwieweit der einzelne in der Lage ist, ökonomisch entsprechend seiner Vorstellungen unabhängig von anderen Personen sein Leben zu gestalten. Das Familienkonzept des Erziehungsgelds und der Erziehungszeit, das in Deutschland angewandt wird, schließt dieses a priori aus (BMFSFJ 2004b).

Lohnabhängiges Elterngeld ermöglicht, auf eigenen Füßen zu stehen

Jene Länder, die sich für ein lohnabhängiges Elterngeld entschieden haben, akzeptieren, dass junge Erwachsene, die sich für Kinder entscheiden, subjektiv und objektiv auch weiterhin auf eigenen ökonomischen Füßen stehen. Ein Nebeneffekt dieses Elterngelds ist natürlich auch, darauf hat Hoem hingewiesen, dass die Einkommensverhältnisse von jungen Familien auch bei Inanspruchnahme von Elterngeld nicht einer „Achterbahn“ folgen. Zieht sich einer der Partner für eine gewisse Zeit aus dem Erwerbsleben zurück, dann bedeutet ein lohnabhängiges Elterngeld, in welcher Höhe es auch immer gezahlt wird, eine verlässliche finanzielle Basis, die es in Deutschland so nicht gibt.

VII.2.3 Lebenslauforientierte Familienförderung

Finanzielle Familienförderung in Deutschland orientiert sich mit nur wenigen Ausnahmen, wie dem Erziehungsgeld, nicht am Lebensalter der Kinder und den Lebensphasen von Familien. Kinderfreibeträge und das Kindergeld werden unabhängig vom Lebensalter der Kinder als Ausgleich für entrichtete Steuern berechnet und das Ehegattensplitting ist Ergebnis der Unterstützung der gemeinsamen ehelichen Zugewinngemeinschaft. Auch die Ausgleichszahlungen an die Rentenkassen sind keine finanziellen Leistungen,

Finanzielle Förderung nicht an Lebensphasen orientiert

die Familien mit Kindern zur Verfügung stehen, sondern die Sicherung von Anwartschaften auf eine Rente, wenn die Kinder schon lange aus dem Haus sind. Nach allen internationalen Vergleichen liegt Deutschland hinsichtlich seiner finanziellen Aufwendungen für Familien im europäischen Mittelfeld (Bradshaw/Finch 2003a). Auch wenn solche internationalen Vergleiche mit gebotener Vorsicht zu interpretieren sind, weil bestimmte Leistungen nur schwer vergleichbar sind – wie etwa die Regelungen zur Unterstützung des Erwerbs von Wohneigentum – zeigen die Vergleiche auch deutlich, dass die hier diskutierten Länder, insbesondere die nordeuropäischen Länder (Kap. II), ihre Leistungen insgesamt auf die Familienphase mit kleinen Kindern konzentrieren: Etwa durch das lohnabhängige Elterngeld oder in Frankreich durch ein Splitting über die Haushaltsmitglieder. Damit wird versucht, die finanziellen Transferleistungen so zu steuern, dass sie den Familien zur Verfügung stehen, wenn sie am dringendsten gebraucht werden.

Der internationale Vergleich zeigt, dass die nord-europäischen Länder die geringste Quote von Kindern in Familien aufweisen, die weniger als 50 Prozent des Medians des Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung haben. Rainwater und Smeeding (2003) schätzen die Quote der Kinder in solchen Familien in Deutschland auf 9,5 Prozent, in Frankreich auf 7,2 Prozent, in Dänemark auf 4 Prozent, in Schweden auf 2,4 Prozent und in Großbritannien auf 16,3 Prozent. Diese Vergleichszahlen, die aus Mitte der Neunziger Jahre stammen, gewannen Rainwater und Smeeding aus der Luxemburg-Einkommensstudie. Die Zahlen zeigen, dass die Armutsbekämpfung in Deutschland im Verhältnis zu den anderen Ländern nicht besonders effektiv ist. So liegen auch in Großbritannien die Quoten der Kinder, die in relativer Armut aufwachsen, wenn im Elternhaus niemand ein eigenes Einkommen verdient, mit 50 Prozent recht deutlich unter den 60 Prozent von Deutschland. Sowohl Deutschland als auch England und Frankreich sind aber weit entfernt von den Niederlanden mit 41, Dänemark mit 22 und Schweden mit 16 Prozent.

Armutsbekämpfung in Deutschland nicht besonders effektiv

In Deutschland steht den Paaren dann am wenigsten Geld zur Verfügung, wenn die die Kinder am kleinsten sind. Das durchschnittliche gewichtete Pro-Kopf-Einkommen bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Familien ohne Kinder liegt sowohl bei den unter 35-jährigen wie bei den über 35- bis 45-jährigen gegenüber den gleichen Lebensformen in den gleichen Altersgruppen mit Kindern durchschnittlich um 400 bis 600 Euro höher. Das geringste Pro-Kopf-Einkommen weisen die allein erziehenden Frauen unter 35 Jahren auf, aber die Differenz von 300 Euro für das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen zu den

Paare in Deutschland: am wenigsten Geld, wenn Kinder am kleinsten sind

Abbildung VII.1a

Anteil armutsgefährdeter Kinder in den 1990er Jahren (in Prozent)

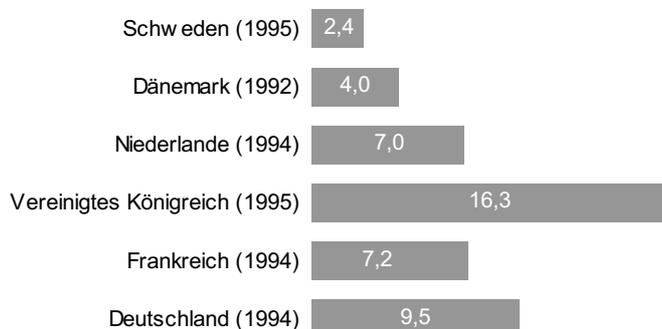


Abbildung VII.1b

Anteil armutsgefährdeter Kinder nach Anzahl der Einkommensbezieher in den 1990er Jahren (in Prozent)

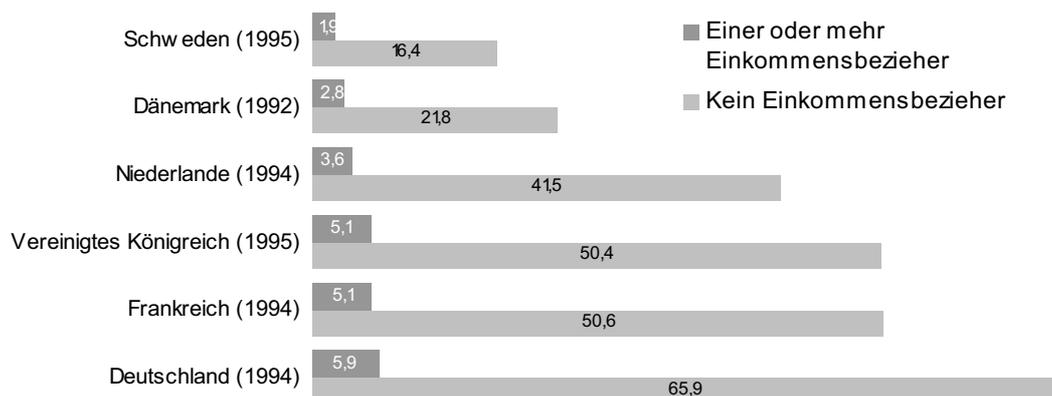
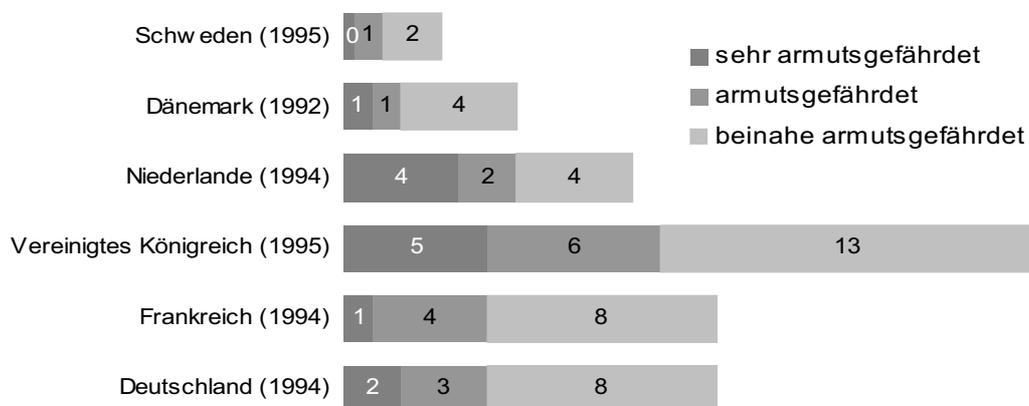


Abbildung VII.1c

Anteil der Kinder in Zwei-Eltern-Familien mit niedrigem Einkommen* in den 1990er Jahren (in Prozent)

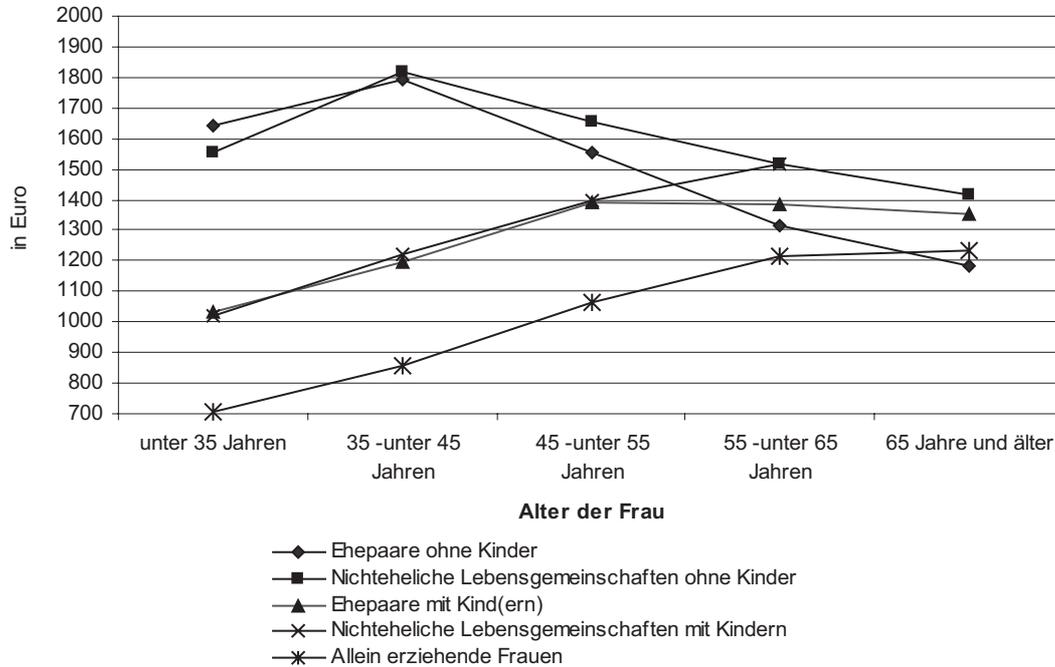


*) Ein Einkommen unter der Schwelle von 33 Prozent des Median wird als sehr armutsgefährdet definiert, als armutsgefährdet zählt ein Einkommen zwischen 33 und 50 Prozent unter der Schwelle des Median und als beinahe armutsgefährdet gilt ein Einkommen unter der Schwelle zwischen 50 und 66 Prozent des Median.

Quelle: Rainwater, Lee/Smeeding, Timothy M.; Poor Kids in a Rich Country. Russel Sage Foundation 2003, S. 21, 54, 82/ Datenquelle: Luxembourg Income Study

Abbildung VII.2

Durchschnittliches gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen verschiedener Familienformen in Deutschland 2003



Gewichtung der Pro-Kopf-Einkommen nach neuer OECD-Skala:

1. Person=1, weitere Personen im Alter 15 oder mehr Jahre = 0,5, weitere Personen im Alter unter 15 Jahren = 0,3

Quelle: Bernd Eggen, Ökonomische Situation der Familien in Deutschland und in seinen Ländern 2003, Expertise für den Siebten Familienbericht, Stuttgart

Eltern mit Kindern ist erheblich geringer als die Differenz zu den Paaren ohne Kinder. Diese Einsicht ist nicht neu, aber es erscheint doch wichtig festzustellen, dass die Einkommensdifferenzen in den höheren Altersgruppen zwischen den Lebensformen an Bedeutung verlieren.

Nach den Ergebnissen von Eggen (Expertise 2004, 1+2) gehören in Deutschland auch Paare mit älteren Kindern, insbesondere die nicht ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern über 18 Jahren, zu den Lebensformen mit den höchsten Wohlstandspositionen, deren gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen 127 beträgt, bezogen auf den Durchschnitt von 100. Allein erziehende Frauen wie allein erziehende Männer mit Kindern unter drei Jahren erreichen nur 54 beziehungsweise 60 Prozentpunkte. Für diese lebenslauf- und lebensphasenabhängige Veränderung der Einkommensverhältnisse gibt es keine aktuellen internationalen Vergleichsdaten.

Aus den Ergebnissen von Rainwater und den Daten von Eggen ist jedoch abzuleiten, dass im europäischen Vergleich bei einem mittleren Transfervolumen von finanziellen Leistungen für Familien die relative Armut von Kindern in Deutschland weniger effektiv vermindert wird

als in den nordeuropäischen Staaten. Gleichzeitig verfügen kinderlose Lebensgemeinschaften, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht, sowie Familien mit älteren Kindern über erheblich höhere Einkommen als diejenigen, die sich neu für Kinder entscheiden. Auch wenn davon auszugehen ist, dass finanzielle Transferleistungen bei einer Entscheidung für eine Partnerschaft oder Kinder nur eine untergeordnete Rolle spielen, so ist zumindest festzuhalten, dass im internationalen Vergleich die Bildung einer Familie in Deutschland gegenüber anderen Ländern besonders schwierig erscheint. Die Entscheidung für Kinder in Deutschland bedeutet grundsätzlich immer auch Einschränkung, etwa durch eine extrem lange ökonomische Abhängigkeit der Kinder von ihren Eltern, die langen Ausbildungszeiten und die Schwierigkeiten, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Aus dieser Perspektive scheint die von Kaufmann formulierte Polarisierung zwischen denjenigen, die sich für Kinder entscheiden, und denjenigen, die das nicht tun, ein spezifisches Merkmal der bundesrepublikanischen Entwicklung zu sein. Diese ist aber in den hier skizzierten Punkten einer politischen Gestaltung zugänglich.

Eine speziell deutsche Entwicklung: Polarisierung zwischen Paaren mit und ohne Kindern

VII.2.4 Verlässlichkeit im Alltag

Die Analysen zur Zeitorganisation des Alltags von Familien haben gezeigt, dass Familien heute vor der Anforderung stehen, widersprüchliche zeitliche Entwicklungen und Anforderungen auszubalancieren und dabei zunehmend Zeitknappheit zu erfahren. Vor allem drei Entwicklungen tragen zu Zeitkonflikten und Zeitknappheit in Familien bei: Zum ersten zerbrecen die alten, starren Zeittakte der Industriegesellschaft in vielen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in den stark flexibilisierten dienstleistungsorientierten Wirtschaftszweigen. In anderen familienrelevanten Bereichen jedoch, wie etwa Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Behörden, bestehen sie fort. Zum zweiten bleibt die Norm der langen Anwesenheit am Arbeitsplatz als scheinbarer Nachweis von Produktivität und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten ungeachtet dieser Veränderungen bestehen. Sie entscheidet mit über berufliche Chancen und damit auch über die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu bekommen bzw. zu sichern. Zum dritten kommt eine veränderte zeitliche Binnenorganisation von Familien hinzu, die vor allem durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern bedingt ist, aber auch durch die vielfältigen Aktivitäten von Kindern geprägt wird. Viele Familien, und hier insbesondere die erwerbstätigen Mütter, stehen deshalb vor täglichen zeitlichen Zerreißproben. Zeitkonflikte ergeben sich aber nicht nur durch die rein quantitative Knappheit von Zeit in Familien, sondern durch die qualitative Besonderheit des Zeitbedarfs von Familien: Sie brauchen einerseits verlässliche und andererseits flexible Zeitstrukturen, um kontinuierlich Fürsorgearbeit zu leisten, gleichzeitig aber bei Bedarf auch den wechselhaften Anforderungen des familialen Alltags gerecht werden zu können. Die Arbeitszeitstrukturen des Normalarbeitsverhältnisses, das meist für Männer gilt, sind jedoch durch Unbeweglichkeit und ganztägige Abwesenheit gekennzeichnet, und auch die für Mütter typische Teilzeitarbeit deckt sich weder in Dauer, Lage noch Verteilung automatisch mit dem Zeitbedarf von Familien und von Institutionen wie Schule etc..

Folge dieser strukturellen Brüche ist die weit verbreitete, belastende Zeitknappheit, wengleich Familien hiervon unterschiedlich betroffen sind und Familien mit erwerbslosen Eltern eher das umgekehrte Problem von zuviel, dafür aber desorganisierter Zeit haben. Konzentrieren wir uns hier auf die erwerbstätigen Familien, so zeigt sich, dass sich zwar diejenigen, die für Fürsorgearbeit wesentlich zuständig sind, mit viel Organisationsaufwand bemühen, die verschiedenen Aktivitäten und Interessen der einzelnen Familienmitglieder zu synchronisieren und zu koordinieren. Das Management dieser Aktivitätsvielfalt ist wichtig für ein gelingendes All-

tagsleben von Familien, jedoch noch keine hinreichende Bedingung für qualitativ wertvolle gemeinsame Zeit, für intensive Zuwendung und Erziehung, für Regeneration und für Teilhabe am sozialen Umfeld. Stressphänomene in Familien werden inzwischen auch aus der Perspektive von Vätern, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen möchten, sowie aus der Sicht von Kindern problematisiert. Die Durchsetzung partizipatorischer Familienformen, einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung sowie einer geschlechtersensiblen Erziehung auch durch Väter, die von Kindern und Müttern meist positiv besetzt und gewünscht ist, wird durch diese Zeitkonstellationen innerhalb und außerhalb von Familien behindert. Dies ist nicht nur binnenfamilial, sondern auch auf der Ebene der gesamten Gesellschaft nachteilig. Die Veränderungen der Arbeitswelt bedeuten eine Zunahme betrieblich vorgegebener Flexibilisierungen und Erwartungen an Mobilität sowie der Intensivierung von Erwerbsarbeit im Kontext des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs. Beschäftigte sehen sich insbesondere in Zeiten knapper Arbeitsplätze genötigt, fast jede Erwerbsarbeit zu akzeptieren, um ungeachtet ihrer konkreten familialen Situation am Arbeitsmarkt teilzunehmen und Einkommen zu erzielen. Forciert wird dies durch eine Arbeitsmarktpolitik, die in Verbindung mit aktivierender Sozialpolitik, Leistungen von der Bereitschaft zur Erwerbsarbeit fast „um jeden Preis“ abhängig macht und auf Integration in den Arbeitsmarkt setzt, ohne entsprechende Rahmenbedingungen – wie etwa Betreuungsplätze – für Beschäftigte mit Sorgeverpflichtungen zu gewährleisten.

Wird dem Fortschreiten all dieser Entwicklungen nicht entgegengewirkt, so sind Probleme auf unterschiedlichen Ebenen absehbar. Es verstärken sich die Belastungen von jungen Erwachsenen und Eltern bis hin zu dem Gefühl, Beruf und Familie im Alltag nicht mehr miteinander vereinbaren zu können, obgleich dies der dezidierte Wunsch vieler junger Erwachsenen ist. Wenn sich die Vorstellung immer mehr durchsetzt, dass Familienleben hauptsächlich Stress bedeutet, schmälert das die Attraktivität dieser Lebensform erheblich. Mittelbar wird die antizipierte oder realisierte Erfahrung, dass Familienalltag heutzutage nur schwer gelingen kann, dazu führen, dass Kinderwünsche gar nicht oder weniger als gewünscht realisiert werden. Dies insbesondere von derjenigen Gruppe qualifizierter junger Frauen, die beruflich sehr engagiert sind und Karriere wünscheln, aber auch von denjenigen Männern, die durch unsichere Chancen auf dem Arbeitsmarkt keine neuen Muster der Berufs- und Familienbiografie wagen. Zeitkonflikte und Zeitknappheit können aber auch schwierige Folgen für Kinder haben. Insbesondere Kinder mit erhöhtem Förderbedarf brauchen Zeit;

Widersprüchliche und überforderte Zeitstrukturen verhindern partnerschaftliche Arbeitsteilung

Zerbrechen der alten starren Zeittakte der Industriegesellschaft

Einerseits verlässliche, andererseits flexible Zeitstrukturen notwendig

Die Vorstellung, Familienleben bedeutet hauptsächlich Stress, vermindert deren Attraktivität

verlässliche Erziehungsverantwortung kann unter solchen Bedingungen kaum gelebt werden. Nicht zuletzt braucht aber auch die Pflege der Beziehung unter den Eltern Zeit, nicht nur in Krisensituationen und bei der Bewältigung schwieriger Übergänge zwischen verschiedenen Familienphasen, wie etwa bei der Geburt des ersten Kindes, sondern auch „im ganz normalen Alltag“. Auf Dauer sind die Partnerschaften, in denen sich die Eltern nur mehr die Klinken in die Hand reichen, gefährdet, nicht mehr genügend Zeit und Ressourcen für die eigene Beziehung zu haben.

VII.3 Care oder „Fürsorge“ als knappe Ressource in modernen Gesellschaften

Fürsorge für andere bedeutet im Sinn von Arlie Hochschild (2003 a+b, 214), sich um den anderen zu sorgen und sich für das emotionale, mentale und physische Wohlergehen eines anderen verantwortlich zu fühlen. Dies begründet sich normalerweise in einer wechselseitigen personalen Beziehung zwischen demjenigen, der Fürsorge gibt, und demjenigen, der sie erhält. Sie betont auch, dass bei der Thematisierung von Fürsorge für Kinder oder Ältere in der Regel von familialen Bindungen und familialer Fürsorge gesprochen wird. Zudem weist sie darauf hin, dass diese Art von Fürsorge persönlich ist und zugleich mit Gefühlen besetzt, so dass wir in der Regel nicht von Arbeit sprechen und zumeist davon ausgehen, dass diese Form von Fürsorge eine quasi natürliche Ressource menschlicher Gesellschaften ist.

Hochschild zeigt aber, dass diese Art der persönlichen, auf einer emotionalen Beziehung aufbauenden Form der Zuneigung und Fürsorge auf einer Unmenge kleiner und subtiler Aktionen aufbaut, die nicht nur selbst Zeit brauchen, sondern auch nur zu leisten sind, wenn ein Teil dieser Aktionen planvoll vorstrukturiert wird. Sie beschreibt das am Beispiel einer Tochter, die für ihre Mutter einen Arztbesuch organisiert. Diese Unterstützung dokumentiert sich nicht nur darin, dass Termine festgelegt werden und die Tochter die Mutter zum Arzt fährt; vielmehr wird die Tochter möglicherweise die Mutter zunächst von der Notwendigkeit dieses Besuches überzeugen, gleichzeitig aber versuchen, eine solche schwierige Situation durch ihre persönliche Anteilnahme und Aufmunterung zu entspannen. Sie wird ihr helfen, mit möglichen Konsequenzen umzugehen und der Mutter das Gefühl geben, dass sie eine verlässliche Partnerin ist, die sich persönlich für das Wohlergehen der Mutter verantwortlich fühlt. Genau die gleiche personale Zuwendung und Fürsorge lässt sich für Kinder oder auch für die Partner zueinander beschreiben. Intuitiv neigen wir dazu, diese sehr persona-

len Beziehungen als etwas Natürliches und Gegebenes anzusehen.

VII.3.1 Caremodelle im Wandel

Hochschild weist darauf hin, dass diese Form der Zuwendung und Fürsorge in den meisten Industriegesellschaften, wie das am Beispiel der „guten Mutter“ (Expertise Mantl 2004) in Kapitel III dargestellt wurde, innerfamilial in der Regel mit der Mutterrolle und außerhalb des familialen Bereichs im Wesentlichen mit der weiblichen Rolle verknüpft wurde und sicherlich auch heute noch wird. In der Einleitung dieses Kapitels wurde darauf hingewiesen, dass diese Fürsorge für andere im persönlichen Bereich zwar anderen unmittelbar nutzt, aber auch diejenigen, die diese Fürsorge erbringen, persönlich befriedigt. Nichtsdestotrotz sind solche Leistungen in diesem Bereich in ihren gesellschaftlichen Wirkungen für alle und jedermann von erheblicher Bedeutung. Nicht nur werden durch diese Leistungen immense Kosten in einer Gesellschaft gespart, es wird damit auch die Grundlage für soziale Verhaltensweisen gelegt, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren könnte.

Hochschild nennt diese Verbindung zwischen Mutterrolle und Fürsorge „warm-traditional“, weil in dem traditionellen Familienmodell durch die klare Aufgabenteilung zwischen dem Vater und der Mutter als Hausfrau und fürsorgender Mutter die Möglichkeit gegeben war, sich ausschließlich dieser Fürsorge zu widmen, dafür in andere Bereiche nicht integriert zu sein. Wir haben auch schon gezeigt, dass diese Form der familialen Arbeitsteilung die Partizipationschancen der Hausfrauen und Mütter an andere gesellschaftliche Bereiche nicht nur mindert, sondern, wie Rene König dies schon 1946 beschrieb, diese „desintegriert“. An verschiedenen Stellen dieses Berichtes haben wir thematisiert, dass dieses Modell in einer globalisierten Wirtschaft, die im Wesentlichen auf dem Wettbewerb von Ideen, Wissen und Kompetenzen aufbaut, kein Zukunftsmodell sein kann. Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland, in der sich eine Transformation von einer Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft vollzogen hat, die aus vielen Gründen diese Form der innerfamilialen Arbeitsteilung kaum noch zulässt. Zudem haben wir deutlich gemacht, dass aus Sicht der jungen Erwachsenen ein solches Modell nicht im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik sein kann, weil in diesem Modell die Bestimmung über den eigenen Lebensweg einem vorgegebenen Rollenmuster untergeordnet wird.

Nun könnte man meinen, in einer hoch arbeitsteiligen postindustriellen Wirtschaftsordnung könne die Fürsorge für andere auch dadurch aufgefangen werden, dass diese Leistungen weiterhin von

Fürsorge wird mit der Mutterrolle bzw. der weiblichen Rolle verbunden

Bei Fürsorge in der Regel familiäre Fürsorge thematisiert

Fürsorge wird als quasi natürliche Ressource gesehen

Traditionelle familiäre Arbeitsteilung kein Zukunftsmodell

Möglichkeit der Verlagerung von persönlicher auf institutionelle Fürsorge

Frauen neben ihren beruflichen Verpflichtungen erbracht werden. Hochschild nennt diese Vorstellung das spätmoderne Modell, das davon ausgeht, dass die berufliche Arbeitszeit insgesamt die Zeit für Fürsorge verringert. Allerdings zeigt sie auch, dass bei einer solchen Vorstellung häufig die Auffassung vorherrscht, man könne die Fürsorge für andere auch etwas verringern, ohne dass diese Minderung der Standards Konsequenzen für die Betroffenen habe. Als Alternative zu diesem Modell nennt sie das „kalt-moderne“ Modell, das die Fürsorge für andere im Wesentlichen auf Institutionen verlagert. Das hat allerdings zur Konsequenz, dass die Institutionen ihre Interessen und die Interessen ihres Personals in der Regel gegenüber den Interessen der ihnen anvertrauten Personen höher gewichten (Coleman 1990).

Man könnte glauben, dass diese Probleme in Deutschland keine Rolle spielen, weil hier viel weniger Arbeitsstunden für die Erwerbsarbeit aufgewendet werden als in den Vereinigten Staaten.

Jacobs und Gerson (2004) zeigen aber, dass im Vergleich zu den von uns untersuchten Ländern in Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika die meisten Paare gemeinsam mehr als 80 Arbeitsstunden pro Woche erbringen. In Deutschland sind das knapp über 50 Prozent, im Vereinigten Königreich 40 Prozent, in Schweden hingegen nur 13 Prozent und in den Niederlanden 19 Prozent. Es gibt in Deutschland zwar nicht 80 Prozent der Paare wie in den USA mit mehr als 80 oder sogar 100 Arbeitsstunden, aber 50 Prozent der Paare mit einer entsprechenden Zeitbelastung machen deutlich, dass in Deutschland ähnlich wie in den USA die gemeinsame

Additive Zeitbelastung erschwert Zeit für Fürsorge

Arbeitszeit kumuliert und dadurch eine additive Zeitbelastung für das Paar erwächst, die die Zeit für Fürsorge außerordentlich erschwert. Andere europäische Länder, wie die Niederlande oder Schweden, haben bei vergleichbarer Erwerbsbeteiligung offenkundig Strategien entwickelt, die zu einer gleichmäßigeren Belastung hinsichtlich der Arbeitszeit bei allen Paaren geführt haben. Da die aussererwerbliche Zeit ein wesentlicher Bestandteil der Fürsorge ist, bleibt zumindest zu konstatieren, dass für einen großen Teil der Paare in Deutschland sich die Chancen auf freibleibende Zeit für Fürsorge verringern.

VII.3.2 Fürsorge in modernen Familienbeziehungen

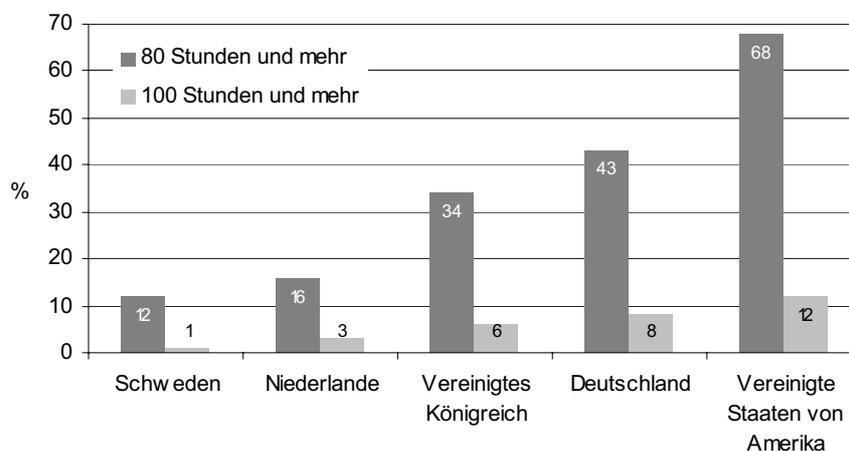
Wir haben in diesem Bericht deutlich gemacht, dass eine Rückkehr zu dem traditionellen Modell der Familie mit einer klaren Rollentrennung ebenso wenig wünschenswert ist wie eine vollständige institutionelle Organisation von Fürsorge.

Arlie Hochschild (2004) skizziert ein zukunftsweisendes Modell, nämlich das einer „warm-modernen“ Familienbeziehung, das Männer und Frauen gleichwertig für Fürsorgeaufgaben einbezieht. Aus unserer bisherigen Argumentation dürfte deutlich geworden sein, dass eine der zentralen Herausforderungen moderner Wissensgesellschaften darin besteht, die vorhandenen Kompetenzen und Fähigkeiten in einer Gesellschaft nicht nur zu erhalten, sondern sie auch weiterzuentwickeln. Dazu gehört unter der hier diskutierten Fürsorgeperspektive vor allem eine Strategie zur Erweiterung der sozialen und mentalen Kompetenzen von Jungen und Mädchen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist es gelungen, Jungen wie Mädchen dazu zu bringen, viel

Erweiterung der sozialen und mentalen Kompetenzen von Jungen und Mädchen

Abbildung VII.3

Paare mit langen Arbeitszeiten (in Prozent)



Quelle: Jerry A. Jacobs/Kathleen Gerson; The Time Divide. Work, Family and Gender Inequality. Harvard University Press 2004. S. 134/Source: Luxembourg Income Study

mehr als noch die Elterngenerationen in die eigene Ausbildung und das eigene Humankapital zu investieren und sich einem langen Bildungsprozess zu unterziehen. Ebenso ist es gelungen, dass junge Frauen sich heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen genauso wettbewerbsorientiert und leistungsbezogen in der Berufswelt durchsetzen wie ihre männliche Konkurrenten. Entsprechend ist es eine der größten Herausforderungen zur Entwicklung eines „warm-modernen“ Familienmodells, Jungen und junge Männer in ihren Kompetenzen der Fürsorglichkeit zu bestärken. Dass dies nicht utopisch ist, lässt sich an dem großen Engagement vieler junger Männer im Zivildienst oder in anderen Bereichen freiwilliger sozialer Leistungen ablesen. Hier wird deutlich, dass moderne junge Männer im Grundsatz mit solchen Anforderungen keine Probleme haben und, wie im Kapitel VI bereits gezeigt wurde, als junge Väter sehr wohl die Bereitschaft und das Interesse artikulieren, sich am Erziehungsprozess in der Familie zu beteiligen.

Eine solche Kompetenzerweiterung der männlichen wie auch der weiblichen Rollenzuschreibungen im Sinne eines solchen Familienmodells ist erforderlich (vgl. Kap. III und IV), weil trotz der Stabilität vieler Familien die Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern im Lebenslauf immer wieder neu gemeinsam geschaffen werden müssen. Wenn aber die Sorge für andere eben nicht nur eine personale emotionale Betroffenheit und Anteilnahme ist, sondern gerade aus einer Vielzahl von alltäglichen Handlungen für andere besteht, dann werden Familienbeziehungen zwischen Vätern und Kindern nur dann bestehen können, wenn diese Beziehungen im Sinne von Fürsorge entwickelt worden sind. Das kann kein schneller Prozess sein. In den Szenarien (vgl. Kapitel VIII) wird aber darüber nachzudenken sein, ob und inwieweit solche Entwicklungen durch eine Neustrukturierung der Lebensläufe gefördert werden können.

Kompetenzerweiterungen sind nicht nur erforderlich, weil sich die Familienbeziehungen zwischen Eltern und Kindern und zwischen den Partnern im Laufe der Familienentwicklung tiefgreifend wandeln. Auch deswegen, weil Generationssolidarität zwischen drei und möglicherweise vier oder fünf Generationen von jungen Männern nur als Teil ihres eigenen Lebensentwurfs begriffen wird, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, diese Form von Solidarität als Fürsorge in die eigene Lebensperspektive zu integrieren. Ein langes Leben stellt ganz neue Anforderungen an alle Beteiligten, sich wechselseitig zu unterstützen und für einander Sorge zu tragen. Ein Lebenslaufmuster, das dafür keine Zeit lässt, führt zu erheblichen Problemen bei der gesellschaftlichen Entwicklung.

Darüber hinaus müssen wir aber auch davon ausgehen, dass viele Leistungen im Bereich der Familie, die traditionellerweise auf den Haushalt beschränkt waren, in Zukunft auf Familienmitglieder in mehreren Haushalten zu verteilen sind. Das ergibt sich schon aus der viel häufigeren und länger dauernden gemeinsamen Lebenszeit mehrerer Generationen. Daher bezieht sich diese Kompetenzerweiterung bei der nachwachsenden Generation nicht nur auf eine Erweiterung der Geschlechterrollen, sondern auch auf eine Erweiterung der Lebensrollen von Eltern, Kindern und Großeltern, die im Lebenslauf immer wieder neu zu gestalten sind.

Ein Familienmodell, das in diesem Sinne als warm und modern bezeichnet wird, setzt eine Kompetenzerweiterung von jungen Erwachsenen voraus. Beide Partner müssen in der Phase der Familiengründung, beim Aufwachsen der Kinder und bei der Entwicklung der Generationenbeziehungen mit Großeltern und Kindern aushandeln können, wie sie gemeinsam oder arbeitsteilig die ökonomische Basis ihrer Partnerschaft und der Familie sichern, wie sie ihre jeweiligen beruflichen Perspektiven entfalten und wie sie in diesem Kontext Fürsorge für andere integrieren können. In diesem Sinne wird eine „warm-moderne“ Familienbeziehung nur möglich sein, wenn beide Partner entsprechende Kompetenzen aus den unterschiedlichen Lebensbereichen in die Partnerschaft einbringen und gleichzeitig gelernt haben, Aufgaben und Perspektiven miteinander auszuhandeln. In diesem Sinne wird ein solcher Familientypus immer auch eine Verhandlungsfamilie, die in jeder Lebensphase ihre Beziehungsmuster immer wieder neu herstellen muss.

An verschiedenen Punkten dieses Berichtes wurde aber schon deutlich gemacht, dass solche Herstellungsleistungen und Aushandlungsprozesse im Grundsatz nur möglich sind, wenn sie in einen nachbarschaftlichen und gemeindlichen Kontext eingebettet sind. Dieser musste sich durch eine differenzierte Infrastruktur und entsprechende Unterstützungen und Beratungsangebote auszeichnen, und machte eine Betriebskultur notwendig, die solche Prozesse zulässt. Das ist aber gegenwärtig noch nicht überall gegeben.

VII.4 Nachhaltige Familienpolitik und die Entwicklungschancen für Kinder

VII.4.1 Ressourcen für und von Familien

Trotz aller Anstrengungen, die Ungleichheit in einer Gesellschaft durch die Bildung und Ausbildung von immer breiteren Bevölkerungsschichten als größere Chancengleichheit zu vermindern, ist auch bei einer noch so erfolgreichen Politik der Chancengleichheit davon auszugehen, dass ein Teil der Gesellschaftsmitglieder von den

Längere Lebenszeit hat Auswirkungen auf Erweiterung der Lebensrollen

Verhandlungsfamilie – in jeder neuen Lebensphase neue Aushandlungen

Ungleichheit kann nicht ganz vermindert werden

Familienbeziehungen dann dauerhaft, wenn auf Fürsorge aufgebaut

Möglichkeiten einer solchen neuen flexibleren Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht profitieren kann. Auf Grund ökonomischer Entwicklungen in einzelnen Regionen und Branchen, aber auch durch eine Fülle von anderen Faktoren, wie etwa ein nicht mehr angemessenes Ausbildungsprofil für neuere Berufe oder die mangelnde Fähigkeit, sich neuen Herausforderungen zu stellen, werden solche unterschiedlichen Konsequenzen zu beobachten sein. Schon weiter oben wurde darauf verwiesen, dass vor allem Kinder unter sieben Jahren von diesen Prozessen zumindest ökonomisch besonders betroffen sind. Sie sind in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil in vielen Regionen Deutschlands überproportional häufig nicht nur auf Unterstützungsleistungen durch die Sozialhilfe angewiesen, sondern finden sich auch überproportional häufig in der Gruppe der von relativer Armut betroffenen Bevölkerung wieder.

Das gilt zwar nicht für die gesamte Bundesrepublik in gleicher Weise, sondern besonders für die großen Städte und ist auch keinesfalls allein ein deutsches Problem, da auch in anderen Ländern, wie etwa in Großbritannien oder den USA, Ähnliches nachzuweisen ist. Im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik ist aber die besondere Betroffenheit gerade der Kinder von den beschriebenen Wandlungsprozessen eine besondere Herausforderung, weil wir Nachhaltigkeit als die Möglichkeit der nachwachsenden Generation interpretiert haben, ihre eigene Zukunft auf der Basis eigener Kompetenzen und Fähigkeiten selbst entscheiden und gestalten zu können. Ein Land, in dem aber ausgerechnet die Kinder die Gruppe sind, die in besonderem Umfang von relativer Armut betroffen ist, betreibt mit Sicherheit keine nachhaltige Familienpolitik. Ohne uns mit diesem Familienbericht in die Diskussion um den Zweiten Armutsbericht der Bundesregierung, ob sich die relative Kinderarmut in den letzten Jahren erhöht hat, einzuschalten, halten wir solche Diskussionen abhängig von der Art der Messung relativer Armut für notwendig. In diesem Bericht haben wir uns an den Standards der international vergleichenden Armutsforschung orientiert (Bradshaw/Finch 2003b, Schulz 2004, Bradbury/Jenkins/Micklewright 2001). Unter dieser Perspektive ist festzuhalten, dass nach den Kalkulationen von Rainwater und Smeeding im europäischen Vergleich die Bundesrepublik in Bezug auf Kinder eine relativ ausgeglichene Einkommensverteilung aufweist: 9,5 Prozent der Kinder leben unterhalb der relativen Armutsgrenze von 50 Prozent des medialen Einkommens, während dies in Schweden 2,4 Prozent, in Dänemark 4 Prozent, in Frankreich 7,5 Prozent und in Großbritannien mit einer sehr unausgeglichenen Einkommensstruktur 16 Prozent sind.

Nachhaltige Familienpolitik heißt Investition in die Kinder

Auf der Basis von entsprechenden Untersuchungen von Duncan, Brooks-Gunn und Shonkoff, worauf wir bereits verwiesen haben, ist davon auszugehen, dass sich zumindest bei einem Teil der Kinder und Jugendlichen daraus längerfristige nachteilige Konsequenzen ergeben können. Daher besteht hier eine besondere gesellschaftliche Herausforderung, die Lebensumwelt von Kindern so zu gestalten, dass selbst dann, wenn auf Grund wirtschaftlicher, politischer und kultureller Strukturbrüche Familien und das Familienumfeld in erheblichem Umfang zu zerbrechen drohen, hier im Sinne von Urie Bronfenbrenner in die Nachbarschaft und in das Umfeld von Kindern investiert werden muss. Insbesondere um Familien und Kindern die Möglichkeit zu geben, diese Strukturbrüche zu bewältigen. Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass manche dieser Strukturbrüche durch ökonomische Unterstützung in Form von Transferleistungen aufgefangen werden können, so haben wir doch in Kapitel V die These vertreten, dass wir eine neue Integration von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde benötigen, um mit den Konsequenzen dieses Wandels fertig zu werden.

Zugunsten der Kinder neue Integration von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde

Wir sind allerdings auch der Meinung, und darauf haben wir hingewiesen, dass solche Investitionen ihrerseits auch positive Konsequenzen für die Nachbarschaften und Gemeinden selbst haben, weil durch solche Investitionen in die Infrastruktur nicht nur Arbeitsplätze entstehen, sondern dadurch auch Nachbarschaften und Stadtteile, die sich im Niedergang befinden, möglicherweise vitalisiert werden können.

VII.4.2 Regionale Polarisierungstendenzen

Die starke Orientierung an den Vorstellungen eines sozial-ökologischen Ansatzes, der die Integration von Familien, Nachbarschaften und Gemeinde als Basis der Verlässlichkeit und Stabilität von Beziehungen innerhalb der Familie und zwischen Familie und Umfeld ansieht, thematisiert damit auch die Frage, wie durch geeignete Perspektiven ein solche Infrastrukturpolitik in Gang gesetzt werden kann. Dass dies notwendig ist, lässt sich in Deutschland auch durch die demografischen Entwicklungen innerhalb der einzelnen Bundesländer und vor allem in den großen Städten durch empirische Ergebnisse abstützen.

Perspektiven für die Entwicklung von Infrastruktur notwendig

Die Bundesrepublik erlebt gegenwärtig vor allem in den neuen Bundesländern, aber auch in einigen Regionen der alten Bundesländer, eine kurzfristig kaum ausgleichende Verringerung der nachwachsenden Generation, was wir als Problem der kleinen Kohorten bezeichnet haben. Dieser Rückgang des Nachwuchses führt in einigen Regionen zu einem Überangebot an Einrichtungen der Jugendhilfe bei Kindergärten bzw.

Regional unterschiedliche Verringerung der nachwachsenden Generation

Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Schulen sowie Einrichtungen der Tagespflege mit einem erheblichen Personalüberhang und stellt in diesen Regionen die betroffenen Gemeinden vor schwierige Finanzierungsprobleme. Dieser Rückgang ist einerseits auf die Bevölkerungsabwanderung in manchen Regionen der Bundesrepublik zurückzuführen, aber auch darauf, dass der Geburtenrückgang nach der Wende bis 1998, aber auch in jüngerer und jüngster Zeit, nicht zu einem Ende kam. Vielmehr bewegen sich gegenwärtig in diesen Regionen die Geburtenraten leicht unterhalb der Geburtenraten in den alten Bundesländern. Als Konsequenz dieser Entwicklung wird für die Kinder, die in diesen Regionen aufwachsen, zumeist die vorhandene Infrastruktur abgebaut. Aus der Bildungsdiskussion der Sechziger Jahre (Peisert 1967; Bertram/Gille 1990) wissen wir aber, dass die Benachteiligung ländlicher Regionen hinsichtlich der Bildungschancen ihrer Kinder ganz wesentlich auf die räumliche Ferne der Bildungseinrichtungen zurückzuführen war. Es ist leicht vorstellbar, dass aufgrund des jetzt absehbaren Nachfragerückgangs nach Infrastruktur für Kinder durch den Abbau der Infrastrukturen genau jene Effekte hervorgerufen werden, die in den Sechziger Jahren bekämpft wurden.

Zunehmende Polarisierung zwischen Stadt und Land

Aber auch in den Regionen, wo die kleinen Kohorten ein nicht so gravierendes Problem darstellen wie in den großen Städten West- und Süddeutschlands, zeichnen sich erhebliche Polarisierungstendenzen ab. So durch den nach wie vor zu beobachtbaren Trend zumindest eines Teils von Familien, mit den Kindern aus den großen Städten abzuwandern und in die ländlichen Regionen, in die Peripherie der Städte zu ziehen. Dies vor allem darum, dort Wohneigentum zu erwerben oder auch nur ein Wohnumfeld zu finden, das aus Sicht der Eltern dem Kindeswohl zuträglicher ist als manche innerstädtische Wohnlage. Dabei ist weiterhin bei niedrigen Geburtenraten davon auszugehen, dass Eltern, die über einen angemessenen Wohnraum für ihre Kinder nachdenken, genau dahin wandern, wo schon andere Eltern mit Kindern leben. Diese im Grundsatz positive Entwicklung für die Umlandgemeinden großer Städte hat aber zwei Konsequenzen, die in einer Gesellschaft auf Dauer zu Polarisierungstendenzen führen können: Auf der einen Seite werden in den Umlandgemeinden neue Infrastrukturangebote für Kinder geschaffen, und auf der andern Seite fehlt in den großen Städten gerade jene Gruppe von Eltern, die für den Kindergarten bzw. Kindertageseinrichtungen, die Schule und die Nachbarschaft im Interesse der eigenen Kinder ein hohes Engagement zeigt. Zudem bevorzugen heute Unternehmen bei Neuansiedlungen nicht mehr notwendigerweise Innenstadtstandorte, sondern suchen sich Stand-

orte aus, bei denen sie vermuten, dort eine hoch qualifizierte und gute Belegschaft zu finden, so dass sich die hier beschriebene Tendenz eher noch verstärkt.

Eine solche Entwicklung kann dazu führen, dass sich in bestimmten Innenstadtquartieren großer Städte vor allem jene Familien konzentrieren, die aus ökonomischen Gründen nicht mobil sind, sowie jene Familien, die aus anderen Ländern nach Deutschland zugewandert sind. Die Städte leben aber davon, dass in ihnen möglichst alle Bevölkerungsgruppen und Bevölkerungsschichten in angemessener Weise vertreten sind, so dass solche Polarisierungstendenzen die Lebensqualität und die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven der großen Städte erheblich in Frage stellen können.

VII.4.3 Vielfalt und Integration

Die hier beschriebenen Tendenzen einer zunehmenden Polarisierung moderner Gesellschaften, die jene besonders prämiieren, die den Flexibilitätsanforderungen spätmoderner Wissensgesellschaften entsprechen, während sie diejenigen, die bereit sind, in die Sorge für andere und in eine stabile Lebensumwelt für ihre Kinder zu investieren, eher benachteiligen, beschreiben ein Dilemma, das international in der Familienforschung gegenwärtig intensiv diskutiert wird (Skolnik 2001; Furstenberg 1996; Moynihan/Smeeding/Rainwater 2004). Keiner dieser Autoren nimmt für sich in Anspruch, bereits eine Lösung für eine neue Integration von Erwerbsarbeit und Familie und Gemeinde im Informationszeitalter zu haben, doch lässt sich die durchgängige Tendenz der Argumentation in einigen wichtigen Punkten zusammenfassen: Alle Industriegesellschaften sind davon ausgegangen, dass durch die Spezialisierung und Ausdifferenzierung nicht nur einzelner Arbeitsprozesse, sondern auch der meisten Lebensbereiche, das politische, soziale und wirtschaftliche Leben der Gesellschaften besonders intensiv und effektiv organisiert werden könne. Das gilt nicht nur für die Organisation der Erwerbsarbeit selbst, sondern auch für die Qualifikationen der Gesellschaftsmitglieder und eben auch für die Organisation des Alltags. Robert N. Bellah (1991) hat dies sehr anschaulich beschrieben, wie in einer Familie mit mehreren Personen jeden Tag jedes Familienmitglied mehrere Orte aufsuchen muss. Das bringt für die einzelnen Familienmitglieder erhebliche Wegezeiten mit sich, und da in der Regel keine zeitliche Abstimmung und Koordination zwischen den Aufgaben an diesen verschiedenen Orten stattfindet und häufig auch gar nicht stattfinden kann, ist ein auf Kontinuität und gemeinsame Zeit angelegtes Familienleben schon deswegen besonders schwierig, weil die ganz normale Alltagsorganisation

Dilemma zwischen Flexibilitätsanforderung und Fürsorgeaufgaben

Koordinierungsleistungen als wesentlicher Bestandteil des Alltagslebens

die Koordinationsleistungen für die gemeinsame Zeit in die Familie verlagert.

Solche Koordinationsleistungen sind zu einem wesentlichen Bestandteil unseres Alltagslebens geworden, und die Flexibilisierung von Lebensarbeitszeit und Arbeitszeit steigert die Anforderungen solcher Koordinationsleistungen noch einmal. Viele Autoren, die sich mit der Zukunft der Familie auseinandersetzen und sich fragen, wie in einer solchen flexiblen Gesellschaft Stabilität und Verlässlichkeit für gemeinsame Zeit erzeugt werden kann, weisen darauf hin, dass die Spezialisierung und Ausdifferenzierung von Städten und Gemeinden in unterschiedliche Quartiere mit differenzierten Funktionen auch ein Ergebnis der Entwicklung und Durchsetzung der modernen Stadt gewesen seien (Scott 1998). Während in der Industriegesellschaft schon auf Grund der lauten und schmutzigen Produktion die Trennung von Wohnen und Arbeiten plausibel und durch den hohen Kapitaleinsatz für Maschinen eine Konzentration der Produktionsstandorte eine ähnlich logische Konsequenz der

Entwicklung der Industriegesellschaft war, stellt sich heute die Frage, ob in einer Wissens- und Informationsgesellschaft diese Differenzierung von Funktionen überhaupt noch sinnvoll ist. Möglicherweise besteht eine Antwort auf die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsorganisation in einer Wissensgesellschaft in der Integration oder zumindest dem Versuch einer stärkeren Integration von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde: Dabei kann durch entsprechende Infrastrukturangebote und Unterstützungsleistungen für Familien versucht werden, einen Teil des jetzt sehr unkoordinierten Alltags so zu strukturieren, dass die Koordinationsleistungen für unterschiedliche Anforderungen nicht mehr allein bei der Familie liegen. Hier geht es nicht nur um eine zeitliche Koordination und die zeitliche Integration unterschiedlicher Lebensbereiche, sondern es geht auch darum, bei der Weiterentwicklung städtischer Infrastrukturangebote die funktionale Trennung, die das Merkmal der Industriegesellschaft gewesen ist, in Frage zu stellen und durch neue Angebote zu überwinden.

Statt weitere Ausdifferenzierung –
Integration

VIII. Zukunftsszenarien

VIII.1 Einleitung: Zukunftsszenarien nachhaltiger Familienpolitik

Nachhaltige Familienpolitik beansprucht, zur Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen beizutragen, die der nachwachsenden Generation die Entscheidungen für eigene Lebensformen und für Familie und Kinder in Freiheit und Selbstverantwortung ermöglichen. Nachhaltige Familienpolitik trägt somit dazu bei, den heutigen Eltern und der nachwachsenden Generation die Möglichkeit zu eröffnen und zu sichern, die Fürsorge für Kinder, die Fürsorge für die eigenen Eltern, die Fürsorge für den Partner/ die Partnerin in eigener Entscheidung als Teil der eigenen Lebensführung nicht nur zu begreifen, sondern auch zu realisieren. Daher widersprechen die Benachteiligungen, die sich aus der Entscheidung junger Erwachsener für ein Engagement und Fürsorge für andere ergeben – und auch in unserer Gesellschaft heute noch vielfältig anzutreffen sind – einer nachhaltigen Familienpolitik.

Nachhaltige Familienpolitik ermöglicht, Fürsorge realisieren zu können

Eine so verstandene nachhaltige Familienpolitik trägt dazu bei, das Humanvermögen einer Gesellschaft zu erhalten und zu akzeptieren, dass die Leistungen der nachwachsenden Generation für die eigenen Kinder, für die Solidarität mit den Eltern und die Fürsorge in Staat und Gesellschaft auch in einer global wettbewerbsorientierten Wirtschaft genauso wichtig für die Zukunft einer Gesellschaft sind wie die ökonomischen Aktivitäten der Gesellschaft. Auch in einer globalisierten Welt sind die Ressourcen von Familien und Kindern eine unverzichtbare Voraussetzung für die ökonomische Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft.

Grundlage für Fürsorge ist, nicht aus anderen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen zu sein

Diese Zukunftsfähigkeit und ihre Gestaltungsmöglichkeiten hängen nicht nur von dem Erhalt des Humanvermögens ab, sondern auch von den Möglichkeiten, in einer Wettbewerbsgesellschaft Fürsorge gegenüber anderen praktizieren zu können, ohne dass dies die Teilhabe an anderen gesellschaftlichen Bereichen ausschließt oder zu erheblichen Nachteilen führt. Nachhaltige Familienpolitik, in der die Fürsorge für andere als eine genauso wichtige Leistung in einer Gesellschaft betrachtet wird wie ökonomische Leistungen und Aktivitäten, ist notwendigerweise immer auch eine Politik der Geschlechtergleichheit. Damit kann sichergestellt werden, dass nicht auf der Basis unterschiedlicher Präferenzen der Geschlechter für gesellschaftliche Bereiche eine Benachteiligung von Frauen und Müttern entsteht und gleichzeitig die Bedeutung der Für-

sorge für moderne Gesellschaften herabgesetzt wird.

VIII.1.1 Nachhaltige Familienpolitik als Lebenslaufs- und Zeitpolitik

Eine nachhaltige Familienpolitik versucht nicht, jenes in der Industriegesellschaft entstandene Modell der Familie auf der Basis zweier getrennter Sphären, nämlich der häuslichen und der beruflichen, einfach dadurch zu modernisieren, dass die Struktur dieses Modells erhalten bleibt und lediglich durch die Verbesserung der Infrastruktur Müttern mit Kindern erleichtert wird, Beruf und Familie miteinander besser zu kombinieren. Eine nachhaltige Familienpolitik versucht als Lebenslaufpolitik Möglichkeiten zu schaffen, in einem sehr viel längeren Leben, das den meisten Menschen heute vergönnt ist, die klassische Dreiteilung des Lebenslaufs in Kindheit und Jugend als Bildungsphase, das Erwachsenenalter als Berufs- oder Familienphase und das Rentenalter als Freizeitphase, zu überwinden.

Klassische Dreiteilung des Lebenslaufs durch altersintegriertes Lebenslaufmodell ersetzen

Die Verteilung von Lebensaufgaben im Lebenslauf ist so zu organisieren, dass nicht bestimmte Lebensphasen zu einer vollständigen Überlastung und Überforderung führen und andere Lebensphasen ohne gesellschaftliche Teilhabe als reine Freizeit außerhalb der Gesellschaft organisiert werden. Eine nachhaltige Familienpolitik als Lebenslaufpolitik muss also dazu beitragen, jene „Rush-Hour“ im Leben, die wir schon im internationalen Teil beschrieben haben, zu überwinden. Dazu ist es notwendig, das klassische Modell des altersdifferenzierten Lebenslaufs durch altersintegrierte Modelle des Lebenslaufs zu ersetzen (Riley/Riley 1992).

Nachhaltige Familienpolitik unterstützt jene Rahmenbedingungen, die es jungen Erwachsenen ermöglicht, auf der Basis persönlicher Präferenzen Partnerschaftsbeziehungen und familiäre Lebensformen herstellen zu können. Damit verbunden ist auch, gemeinsam mit einem Partner/ einer Partnerin sich für Kinder im Lebenslauf so zu entscheiden, dass diese Entscheidung eine längerfristige Basis für die Entwicklung eines gemeinsamen Lebensentwurfs bieten kann.

Lebenslaufpolitik trägt zur Überwindung der „Rush-Hour“ im Leben bei

Diese Kumulation von Lebensaufgaben in einer sehr kurzen Lebensphase ist durch ein neues altersintegriertes Lebenslaufmodell zu ersetzen. Das setzt voraus, die tägliche Zeit in Familie, Ausbildung und Beruf so zu organisieren, dass

die oben formulierte Gleichwertigkeit von Fürsorge für andere, die Entwicklung des Humankapitals und die ökonomischen Aktivitäten auch gewährleistet werden kann. Dies verlangt eine neue Balance zwischen den verschiedenen Bereichen. Sie zeigt sich vor allem darin, dass die notwendige Verlässlichkeit bei Sorgeaufgaben mit der Entwicklung von Humankapital und den beruflichen Aktivitäten gleich gewichtet wird. Das klassische Modell der Industriegesellschaft kannte feste Zeitstrukturen und eine klare Aufgabenteilung nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch zwischen Familie, Kinderbetreuungseinrichtung, Schule und Ausbildung. Die Verlässlichkeit für Fürsorge und für die Beziehung zu anderen Menschen in der Industriegesellschaft war aber eben nur gewährleistet, weil es diese klaren Strukturen gab. In einer flexiblen Ökonomie zerfallen sowohl diese festen Zeitstrukturen als auch die klaren Aufgabenteilungen zwischen bestimmten gesellschaftlichen Institutionen.

Eine nachhaltige Familienpolitik wird die Auflösung klarer und fester zeitlicher Muster und Aufgabenteilungen nicht zurückholen können, weil der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft diese klassischen Strukturen zerbrochen hat und die heutigen Subjekte andere Lebensentwürfe und andere Lebensvorstellungen und damit verbundene andere Präferenzen entwickelt haben als die Elterngenerationen. Allerdings benötigt eine solche Gesellschaft mit pluralen Lebensentwürfen und hoch flexiblen Zeitstrukturen auch Strategien, jene Verlässlichkeit für Fürsorge und Beziehungen für andere sicherstellen zu können. Eine nachhaltige Familienpolitik kann sich also nicht allein auf die Rahmenbedingungen familiärer Lebensformen konzentrieren, sondern muss auch die Möglichkeit schaffen, dass in Lebensbereichen wie der Arbeitswelt Zeitstrukturen und Formen von Arbeitsteilung entwickelt werden, die diese Verlässlichkeit als eine notwendige Voraussetzung für Fürsorge und Beziehung zu anderen sicherstellt (Skolnik/Skolnik 2001).

VIII.1.2 Nachhaltige Familienpolitik als eine neue Integration von Familie, Erwerbsarbeit, Nachbarschaft und Gemeinde

Die Industriegesellschaft basierte auf einer rigorosen Trennung der Arbeitssphäre, des Wohnens, der Ausbildung und der institutionellen Fürsorge für Kinder. Dieser Vorstellung einer möglichst hoch spezialisierten und ausdifferenzierten Organisation einer Gesellschaft folgten auch die meisten Infrastrukturangebote für Familien und Kindern, mit dem Ergebnis einer unübersichtlichen Fülle von finanziellen Unterstützungsleistungen und institutionellen Angeboten für Familien. Die Fragmentierung und Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften, Gemeinden und Nachbar-

schaften macht es Familien mit Kindern heute zunehmend schwer, in einer solch fragmentierten Welt Kindern jene Stabilität und Sicherheit in Familie und Umwelt zu geben, die für ihre Entwicklung eine unerlässliche Voraussetzung darstellen (Shonkoff/Philipps 2000; Grossmann 2003, 2005). Es ist eine der Paradoxien der Entwicklung der modernen Familienpolitik, Infrastrukturpolitik für Kinder und Jugendliche sowie der Bildungspolitik, dass auf die Ausdifferenzierungen moderner Gesellschaften mit einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Maßnahmen, Institutionen, Zuständigkeiten und Qualifikationsangeboten reagiert worden ist. Dies ist keinesfalls ein deutsches Phänomen, sondern wird auch in anderen Ländern festgestellt und kritisiert (Rainwater/Smeeding 2003). Da darüber hinaus die Familie mit Kindern heute nicht mehr mehrheitlich dem Modell der Versorgerin entspricht, haben viele Gesellschaften wie die Bundesrepublik zu lange darauf gesetzt, dass die Familie – und hierbei insbesondere die Mütter – diese neuen Herausforderungen alleine bewältigen können. Das Modell „Supermom“, die im Grundsatz alles leisten kann, was für Beruf, Familie und Partnerschaft erforderlich ist, war lange Zeit die Grundvorstellung, mit der man glaubte, die Herausforderungen moderner Gesellschaften bewältigen zu können – allenfalls ergänzt um die Hoffnung, dass die Ehemänner sich die Aufgaben mit den Müttern teilen. Aber so sehr sich auch Eltern darum bemühen, mit diesen strukturellen Fragmentierungen und Ausdifferenzierungen moderner Gesellschaften fertig zu werden, diese Herausforderungen werden allenfalls von einem Teil der Familien mit entsprechenden Ressourcen bewältigt. Die Strukturprobleme können gar nicht auf individueller Ebene in der Familie gelöst werden, da sie Ausdruck einer gesellschaftlichen Differenzierung sind, die sozial und politisch thematisiert und bearbeitet werden muss.

Nachhaltige Familienpolitik muss deshalb auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der institutionellen Strukturen im kommunalen Bereich dazu beitragen, Angebote zur Unterstützung von Familien nicht weiter ausdifferenzieren, sondern wieder neu zu integrieren. Dazu hat es in der letzten Zeit eine Vielzahl sehr erfreulicher Ansätze insbesondere im kommunalen Bereich gegeben. Diese müssen aber im Grundsatz um eine nachhaltige Familienpolitik ergänzt werden, die sich bemüht, auf allen Ebenen der Gesellschaft ein höheres Maß an Stringenz und Kohärenz zu entwickeln. Damit kann für Familien mit Kindern eine klar erkennbare und nachvollziehbare Struktur entstehen, die von den Familien dann optimal genutzt werden kann. Eltern müssen ihre Kompetenzen so einbringen können, dass sie nicht nur als Klienten und Nutzer auftre-

Ausdifferenzierung der Gesellschaft zog Ausdifferenzierung von Maßnahmen, und Institutionen usw. nach sich

„Supermom“ nicht die Lösung der Herausforderung moderner Gesellschaften

Auf kommunaler Ebene statt weiterer Ausdifferenzierung Integration von Angeboten

Nachhaltige Familienpolitik muss Verlässlichkeit für Fürsorge und Beziehung sicherstellen

ten, sondern eine aktiv gestaltende Rolle in der Lebensumwelt ihrer Kinder einnehmen können.

Eine nachhaltige Familienpolitik muss deshalb dazu beitragen, Eltern als „Investoren“ in die Zukunft ihrer Kinder und zugleich als „Investoren“ in die Zukunft von Nachbarschaft und Gemeinde zu begreifen. Eltern sind nicht nur die wichtigsten Förderer ihrer Kinder, sondern sie sind in der Regel gerade im Interesse ihrer Kinder bereit, sich auch für kommunale und nachbarschaftliche Angelegenheiten besonders zu engagieren (BMFSFJ 2000a, 2001). Dieses Engagement zu fördern setzt voraus, dass zwischen Eltern, Kindern, Nachbarschaft, Gemeinden und professionellen Angeboten für Familien und Kindern eine neue Offenheit entsteht, die die gemeinsame Verantwortung der Eltern, der Gemeinden und der institutionellen Angebote für Familien für die Zukunft der Kinder ermöglicht. Nachhaltige Familienpolitik ist in diesem Sinne ganz in der Tradition des sozial ökologischen Ansatzes von Urie Bronfenbrenner (1981) eine Politik, die nicht nur die Bedeutung der Lebensumwelt für Kinder begreift, sondern auch den Versuch unternimmt, die Lebensumwelt von Kindern so zu gestalten, dass jene Sicherheit, Verlässlichkeit und Bindungsmöglichkeit entsteht, die notwendig ist, um sich zu einem selbstständigen und selbstbewussten Staatsbürger entwickeln zu können.

VIII.1.3 Nachhaltige Familienpolitik und finanzielle Unterstützung für Familien

Keine Benachteiligung für diejenigen, die Fürsorgeleistungen übernehmen

Eine nachhaltige Familienpolitik ist immer auch eine Politik, die sich sowohl um die ökonomische Situation von Familien mit Kindern als auch von Familien mit Fürsorgeleistungen für andere auseinander zu setzen hat. Viele dieser familialen Leistungen können nur erbracht werden, wenn sie nicht nur marktförmig abgewickelt werden. Daher muss man sicherstellen, dass diejenigen, die sich solchen Aufgaben widmen, gegenüber denjenigen, die sich diesen Aufgaben nicht widmen, nicht ökonomisch benachteiligt werden oder ihre ökonomische Unabhängigkeit zu Gunsten dieser Leistungen teilweise aufgeben müssen.

Das Gesamtsystem familienbezogener Maßnahmen in Deutschland ist aber durch eine Vielzahl unterschiedlicher Leistungen gekennzeichnet, die bei unterschiedlichen Gebietskörperschaften, unterschiedlichen Ministerien und anderen Akteuren auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommune angesiedelt sind. Die familienbezogenen Leistungen sind in verschiedenen Rechtsbereichen geregelt und auf unterschiedliche Institutionen mit jeweils unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen, Leistungshöhen und Finanzierungsfragen verteilt. Darüber hinaus sind

bestimmte familienpolitische Leistungen nicht explizit als solche ausgewiesen. Auf der Leistungsseite führt diese organisatorische Zersplitterung zu Inkonsistenzen in den Anspruchsvoraussetzungen, der Leistungshöhe und den Verteilungswirkungen der jeweiligen Instrumente. Der Maßnahmenkatalog deutscher Familienpolitik ist unüberschaubar und intransparent und führt zu Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten zwischen den familienpolitischen und sonstigen verteilungspolitischen Zielsetzungen, so dass die Wirkungen kaum abgeschätzt werden können (vgl. für diese Beurteilung Althammer/Romahn 2005).

Die Bundesbank ermittelte für das Jahr 2000 150 Milliarden Euro als finanzielle Förderleistungen des Staates, der Kommunen und der Sozialversicherungsträger als Förderung für die Familien (vgl. Tabelle VIII.1).

Die Verteilung der Positionen hat sich nach Berechnungen des BMFSFJ seither zwar etwas erhöht, aber nicht grundsätzlich verändert. Im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik sind die Ergebnisse nicht überzeugend. So hat der wissenschaftliche Beirat beim Wirtschaftsministerium (2005) in einem Gutachten vorgerechnet, dass sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland aufgrund der stark zurückgegangenen Geburtenzahlen von den sonst zu erwartenden 1,5 Prozent in Zukunft auf etwa 1 Prozent pro Jahr verlangsamen wird (Börsch-Supan 2005). Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass mit diesem Wirtschaftswachstum die anstehenden Probleme im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland kaum zu lösen sind. Mit dieser Einschätzung steht der wissenschaftliche Beirat keinesfalls allein da, wie beispielsweise die Analysen der zukünftigen Einstufung der Bonität der Bundesrepublik Deutschland durch die Ratingagentur „Standard & Poor's“ (2004) bzw. Berechnungen auf EU-Ebene von Mc Morrow u. a. (2004) zeigen. In Deutschland könnte sich der langfristige Wachstumspfad nahezu halbieren. Ein Beschäftigungsaufbau wird damit genauso unrealistisch wie die Bewältigung der direkten Alterungskosten.

Die finanziellen Aufwendungen, die die Bundesrepublik Deutschland an staatlichen Leistungen für Familien erbringt, haben jedenfalls bis heute nicht dazu beigetragen, dass junge Erwachsene in gleicher Weise wie in Frankreich, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und Großbritannien Kinder als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen (Fahey 2004). Daher wird die Bundesrepublik mehr als andere europäische Länder mit den Folgen dieses demographischen Übergangs zu tun haben (Börsch-Supan 2003). Auch bei der Bekämpfung von Kinderarmut war die Bundesrepublik im internationalen Vergleich

Maßnahmenkatalog deutscher Familienpolitik intransparent und widersprüchlich

Gutachten zeigt, dass Wirtschaftswachstum nicht Probleme im sozialen und wirtschaftlichen Bereich lösen kann

Probleme in Deutschland beim demografischen Übergang größer als in anderen Ländern

Tabelle VIII.1

Umfang der Leistungen für Familien mit Kindern im Jahr 2000*

Leistungsart	Mrd. Euro
Steuerliche Maßnahmen	37,3
davon	
Kindergeld	30,9
Kinderfreibeträge im Familienleistungsausgleich	0,7
Bauförderung	2,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen ¹	2,9
Transfers der Gebietskörperschaften	26,9
davon	
Erziehungsgeld	3,7
Kindererziehungszeiten ²	11,5
Sozialhilfe	4,1
BAföG	1,3
Unterhaltsvorschuss	0,8
Wohngeld ³	1,2
Arbeitslosenhilfe	0,3
Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst	4,0
Sachleistungen der Gebietskörperschaften	71,0⁷
davon	
Kindergärten	7,4
Jugendhilfe	8,0
Schulen	45,3
Hochschulen ⁴	10,3
Sozialversicherungsleistungen	16,0
davon	
Entgeltfreie Krankenversicherung ⁵	11,5
Mutterschaft ⁶	2,9
Waisenrenten	1,1
Arbeitslosengeld	0,5
Insgesamt	rd. 150

* Nur Leistungen über 1/4 Mrd. Euro, für die Schätzgrundlagen oder Angaben zum Leistungsumfang vorliegen.

¹ Insbesondere Freibeträge außerhalb des Familienleistungsausgleichs.

² Beitragszahlungen des Bundes für angerechnete Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

³ Schätzung der Mehransprüche von Haushalten mit Kindern für Wohngeld.

⁴ Anteil der Grundmittel für Ausbildungszwecke zwecks Bildungsfinanzbericht 1999/2000 der Bund-Länder-Kommission.

⁵ Nur Leistungen für Kinder.

⁶ Vor allem Sachleistungen und Mutterschaftsgeld der gesetzlichen Krankenversicherung.

⁷ Rechnungsergebnisse für 1999.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2002, 54. Jahrgang, Nr. 4, S. 19

nicht besonders erfolgreich. So haben wir im Kapitel V darauf hingewiesen, dass Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland zu 13 Prozent in familialen Kontexten aufwachsen, die über ein Haushaltseinkommen von weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens verfügen. Der Wert ist in Ostdeutschland bei den unter dreijährigen Kindern ähnlich, wenn man das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen Ostdeutschlands zugrunde legt.

Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass die Risiken relativer Armut für Kinder in Deutschland regional sehr unterschiedlich verteilt sind, wobei diese Differenzierung nicht dem klassischen Ost-West Schema folgt, sondern die Risiken in den Stadtstaaten Berlin und Bremen besonders hoch sind, während sie in einigen Flächenstaaten, selbst bei hoher Arbeitslosigkeit, sehr viel geringer sind.

Vergleicht man darüber hinaus die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen pro Haushalt nach verschiedenen Lebensformen, kommt man zu dem Ergebnis, dass die staatlichen Transferleistungen nur partiell dem Ziel einer horizontalen Gerechtigkeit entsprechen. So verfügen die unter 35-jährigen Ehepaare ohne Kinder pro Kopf über 610 Euro Nettoeinkommen pro Monat mehr als Familien mit Kindern. Legt man das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen zu Grunde und geht von einem Durchschnitt von 100 aus, so liegen Ehepaare ohne Kinder um 39 Prozent über diesem Durchschnitt und nichteheliche Lebensgemeinschaften um 31 Prozent. Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern liegen um 14 Prozent bzw. 13 Prozent, allein erziehende Männer um 36 Prozent und allein erziehende Frauen um 41 Prozent unter diesem Durchschnitt (Expertise Eggen 2005). Diese Variationen machen deutlich, dass das Ziel einer horizontalen Gerechtigkeit wohl kaum als erreicht angesehen werden kann.

Die Bundesbank hat in ihrer Summe von 150 Milliarden Euro auch die Aufwendungen für Schulen mit 45 Milliarden, die Aufwendungen der Grundausbildung der Studierenden an Hochschulen anteilig mit 10,3 Milliarden sowie die Aufwendungen für Kindergärten bzw. Kindertagesstätten mit 7,4 Milliarden und Aufwendungen der Jugendhilfe mit 8,0 Milliarden eingerechnet. Auch diese Summen haben nicht dazu geführt, dass in Deutschland das in den Familien entwickelte Humanvermögen der Kinder im Kindergarten bzw. in den Kindertagesstätten, in Schule und Hochschule so weiterentwickelt worden ist, dass die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Vergleichen auf den ersten Plätzen liegt. Das gilt insbesondere für die Integration ausländischer Kinder und für Kinder aus benachteiligten Familien. Bei dem hohen Lebensstandard in der Bundesrepublik ist dies aber eine zentrale Notwendigkeit. Die Aufwendungen für die Kin-

dertagesbetreuung haben auch nicht dazu beigetragen, dass in der Bundesrepublik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders gut gelungen ist oder dass ausländische Kinder in der Bundesrepublik schon im Vorschulalter besonders gefördert werden.

Insgesamt sind die Dimensionen Zeit, Infrastruktur und Geld entscheidend für eine nachhaltige Familienpolitik und die Zukunft von Familien. Deshalb werden im Folgenden drei relevante Gestaltungspfade als Zukunftsszenarien ausformuliert.

VIII.2 Zukunftsszenarium: Lebenslauf und Alltagszeit

Der Lebenslauf in Deutschland folgt stärker als in den meisten europäischen und anglo-amerikanischen Ländern einem institutionalisierten Abfolgemuster, das mit Regeln der sozialen Platzierung verbunden ist und Bildung und Rentenbezug auf die Erwerbsarbeit zentriert. Basis sind Zeugnisse, Zertifikate und Berechtigungsnachweise, die aufeinander aufbauen und Schule, Berufsausbildung, Arbeitsmarkt und Verrentung untereinander vernetzen. Sie wirken als Belohnungssysteme für individuelle Leistungen und geben bestimmte Karrieremuster vor (vgl. Kap. III.3). Diese setzen auf die Existenzsicherung der Familie durch einen Haupternährer und eine Familienerhalterin, die aus dem Standarderwerbsverlauf zugunsten der Familie aussteigt und familiäre Zeit-Engpässe auffängt.

Mit dieser Konstellation wird nahe gelegt, die Familiengründungsphase für die biographische Zeit nach der Arbeitsmarktetablierung vorzuziehen. Die in der Abb. VIII.1 aufgenommenen Standarddaten zum Lebenslauf der Vergleichsjahre 1960 und 2000 zeigen auf einen Blick, dass Familien unter diesen Bedingungen immer später im Leben gegründet werden, und ebenso, dass die Familiengründung immer noch die Ausdifferenzierung in einen typisch männlichen und einen typisch weiblichen Lebenslauf bedeutet.

Gehen wir von weiterer Kontinuität der bisherigen Entwicklung aus, so hieße das, das Lebenslaufregime schreibt das Ernährermodell fort; die entscheidenden externen Parameter des Wandels (für Frauen mehr Bildung; für Männer abnehmende Arbeitsmarktsicherheit; für beide: Verlängerung der Lebenszeit in relativ guter Gesundheit) bleiben außer acht.

Die entsprechenden Annahmen für die Zukunft sind:

- Es nimmt die Verdichtung der Aufgabenfelder im mittleren Erwachsenenalter durch spätere Familiengründung und frühere Verrentung weiter zu. Die sich verlängernde Gesamtlebenszeit wird lebenslaufpolitisch nicht genutzt.

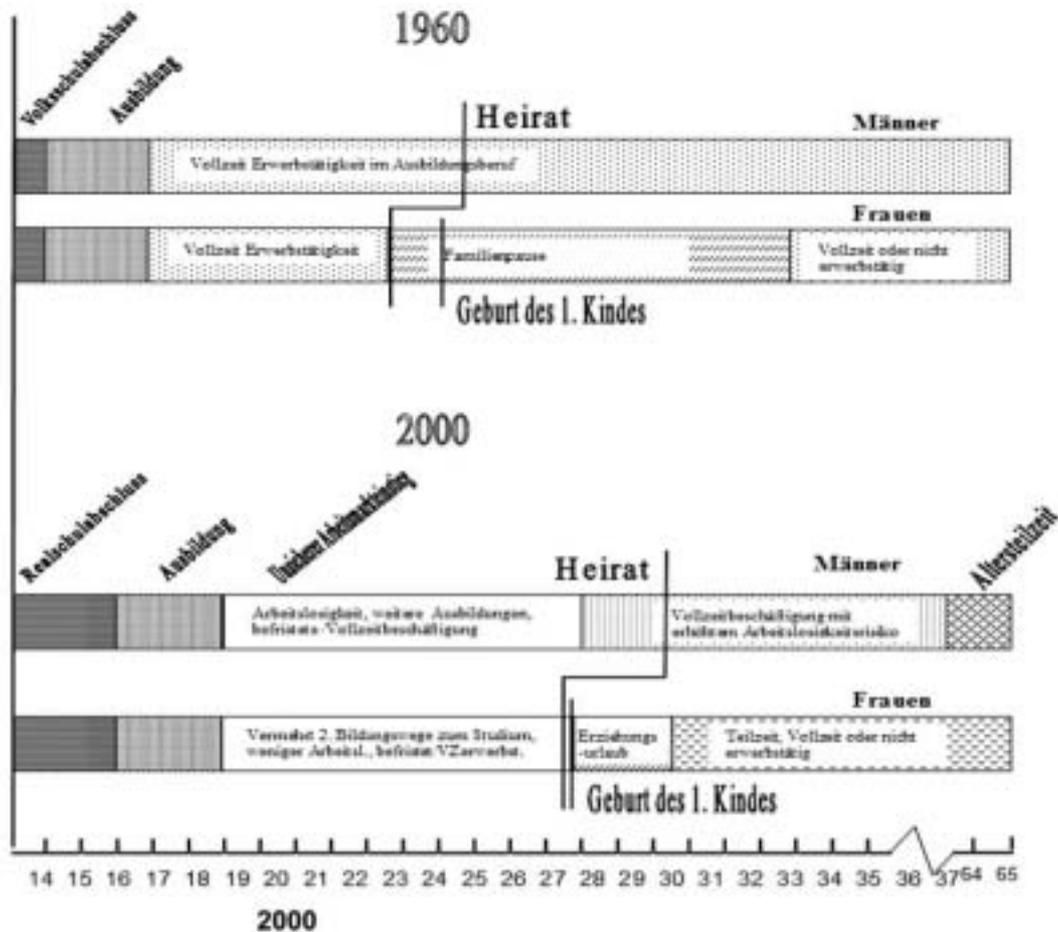
Lebenslauf in Deutschland folgt institutionellen Mustern

Bei der Integration ausländischer Kinder und Kinder aus benachteiligten Familien Deutschland wenig erfolgreich

Annahme für die Zukunft war, dass das Ernährermodell fortgeschrieben wird

Abbildung VIII.1

Durchschnitts-Lebensläufe der Bildungsmehrheiten 1960 und 2000



Quelle: Kate Bird; Projektbereich B1 des Sfb 186;¹⁰⁴

- Die Verlängerung der Ausbildungszeit (zunächst die der Grundschule, dann der beruflichen Bildung und jetzt der Studienstrukturen mit jeweils Abschluss-Zwischenformen) nimmt zu. Abschlüsse werden aber, wie bisher, bei eng aneinander angehängter Abfolge belohnt (Stipendien, Arbeitsmarkt).
- Die Schrumpfung von Vollbeschäftigung und sich labilisierende Übergänge zwischen Schulabschlüssen, ungesicherten Arbeitsverträgen und temporärer Etablierung auf dem Arbeitsmarkt erhöhen die Beteiligung an Bildungsschleifen (Umschulungen, Vor- und Zwischenqualifikationen usw.), während der erlernte Erst-Beruf als tragende Säule gesicherter Beschäftigung bedeutungslos wird.
- Die sich auftuende neue Schere zwischen den Geschlechtern hinsichtlich Bildungs- und Erwerbsvorsprüngen der Frauen (vgl. III.3) wird deutlich größer. Sie kollidiert mit klassischen Familienrollen und hebt die Entscheidung für Kinder unter gegebenen Bedingungen aus. Gleiches gilt bei zunehmend riskanter und diskontinuierlicher werdenden Erwerbsverläufen im Arbeitsmarkt für den Familienernährer. Die Risiken und Diskontinuitäten der Familienverläufe (Scheidung) erhöhen zudem den Druck auf die individuelle Existenzabsicherung.
- Der Erwerbsverlauf folgt – ausgenommen durch Phasen der Arbeitslosigkeit – keinen neuen Mustern, wiewohl die Dauer der Erwerbsarbeit in Relation zu den übrigen Phasen des Lebenslaufs abnimmt; die Dauer der

¹⁰⁴ Zugrunde gelegt sind Hauptveränderungen in den Lebensläufen bei der Mehrheit von Frauen und Männern auf der Basis von entsprechenden Durchschnittswerten, vgl. hierzu auch Kap. III.

Lebenszeit im Ruhestand nimmt zu und ist mittlerweile fast genauso groß wie die Dauer in der Erwerbsphase selbst. Die hinzugewonnenen Jahre, die in guter Gesundheit gelebt werden können, nehmen zu.

Erwartbare Folgen werden sein:

**Erwartbare Folgen,
wenn sich das
Lebenslaufmodell
nicht ändert**

- Die Verschiebung des Heirats- und Familiengründungsalters bei beiden Partnern setzt sich fort.
- Das Streben nach individueller Existenzabsicherung durch Bildung kombiniert sich mit der zunehmend geringeren Bereitschaft, durch Kindgeburten in Partner-Abhängigkeiten zu geraten – und umgekehrt, diese Abhängigkeiten durch einen Partner allein zu tragen.
- Die Angleichung zwischen weiblicher und männlicher Erwerbsbeteiligung nimmt zu ohne entsprechende Angleichung in den weiblichen und männlichen Familienverläufen.
- Das Familienleben im aktiven Erwachsenenalter passt immer weniger in die Zwickmühlen des Erwerbsverlaufs.

Von der Kommission wird entsprechend die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Lebensphasen und zwischen Lebensbereichen durch eine Familienpolitik gefordert, die sich zugleich als zeitsensible Alltags- und Lebenslaufpolitik versteht. Unter den Bedingungen des Wandels gilt es, Optionen für neue Verschränkungen der Teilhabe an verschiedenen Lebensbereichen vorzuschlagen, die Räume für neue Mischungsverhältnisse zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Sozial- und Bildungszeit für Frauen und Männer eröffnen und Flexibilität der Kombinationen ermöglichen. Diese neuen Muster haben die Verlängerung des Lebenslaufs und des produktiven Alters einzubeziehen, zu dessen Entwicklung zahlreiche empirische Belege vorliegen (vgl. 5. Altenbericht der Bundesregierung 2005, der sich explizit mit Potentialen des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft auseinandergesetzt hat¹⁰⁵).

Intention der im Folgenden vorgestellten Empfehlungen der Kommission ist es, entsprechende Perspektiven der Vielfalt und neue Teilhabemodelle im Lebenslauf zu unterstreichen. Damit verfolgt die Kommission einen für Deutschland unüblichen Denkansatz. Die Nordeuropäischen Länder orientieren sich inzwischen an Modellen, die von zwei Erwerbspartnern in Vater- und Mutterschaft mit ausreichender Zeit für Care (Kin-

der, Pflegeabhängige), zivilgesellschaftlichem Engagement und Bildungszeiten als Normalfall ausgehen. Wie im internationalen Vergleich (Kap. II) dargelegt, sind hier Neuansätze der modernen Lebenslaufgestaltung zwischen Erwerbs- und Familienleben entstanden, die die bei uns üblichen Verlaufsmuster durchbrechen. Es liegen v. a. aus den Niederlanden, Schweden, Finnland und Dänemark hierzu Lösungsansätze vor, die überdenkenswerte Alternativen bilden. So wurde z. B. in Finnland erreicht, dass sich die Verteilung der Geburten von Geschwisterkindern über eine längere Lebensspanne streut; in den Niederlanden liegt eine Arbeits- und Zeitpolitik vor, die darauf abzielt, einen besseren Ausgleich in den Beteiligungsmustern beider Geschlechter an Erwerbs- und Familienarbeit zu erreichen (vgl. Expertise Klammer 2004), und auch in Deutschland sind Initiativen entstanden, die ansatzweise bereits diskutiert, aber noch nicht politisch unterstützt worden sind (vgl. die in den beiden großen Parteien geführten Debatten zu den Initiativen von Görner 2004 sowie die Zukunftskommission Gesellschaft 2000 Baden-Württemberg, 1999). Wir gehen davon aus, dass es durch Chancen für Neujustierungen der Lebensläufe auch in Deutschland gelingt, die Planungsoptionen von Familie zu erweitern und sowohl die Sicherung gegen Armut als auch die Verringerung von existentiellen Abhängigkeiten zwischen den Partnern zu fördern.

Von einer geteilten ökonomischen Verantwortlichkeit von Vater- und Mutter auszugehen heißt, keine bestimmte Form von Familie zu präferieren. Gefördert wird vor allem der Kind- und Care-Bezug und die individuelle Existenzabsicherung auch während Phasen der Weiterbildung und/oder Phasen zivilgesellschaftlich-nachbarschaftlichen Engagements einschließlich der Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen. Damit soll die Gestaltung von Lebensphasen gestützt werden, über die die Kosten des Familienlebens im Lebenslauf (Bildung und Erwerbspositionen) und der Nutzen von Familie (Zuwendung, Solidarität, emotionale und soziale Bereicherung) lebensplanerisch neu verteilt werden.

Kosten des Familienlebens im Lebenslauf neu verteilen

Die Kommission ist sich bewusst, dass dies ein weit gestecktes Ziel ist und sie die Ausarbeitung von Übergangs- und Detailmodifizierungen im Rahmen dieses Berichtes nicht leisten kann. Deswegen formulieren wir Handlungsempfehlungen. Sie betreffen vier Ansatzpunkte:

- Die Schaffung von Rahmenbedingungen für neue Verknüpfungen von Lebensbereichen im Lebenslauf (Optionszeitenmodell)
- Die Neugestaltung von Berufsumstiegen (Berufsanreicherungsmodell)

¹⁰⁵ BMFSFJ (2005): 5. Altenbericht der Bundesregierung: „Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“.

- Die Flexibilisierung der Zeiträume zur Realisierung von Kinderwünschen (Wunschzeitenmodell)
- Die Gestaltbarkeit von Alltagszeit (Zeitkoordinierungsmodell).

Neue Verknüpfungen von Lebensbereichen im Lebenslauf (Optionszeitenmodell)

Optionszeitenmodell akzeptiert Unterbrechungsmöglichkeiten

Mit der Schaffung neuer Rahmenbedingungen zur besseren Verknüpfung von Lebensbereichen und Aktivitätsprofilen durch akzeptierte Unterbrechungsmöglichkeiten der Erwerbsarbeit verbindet die Kommission zwei Perspektiven:

- Bei Beibehaltung der bestehenden Regelung von 45 Erwerbsjahren, die für den maximalen Rentenbezug festgelegt ist, wird die Zeitspanne, in der diese abgeleistet werden können, bei Bedarf über das 65te Lebensjahr hinaus erweitert. Der Hintergrund sind die in Kap. II, ausführlicher im 5. Altenbericht der Bundesregierung zusammengetragenen empirischen Daten zum Altern in relativ guter Gesundheit. Das WHO-Maß der Gesundheitserwartung, d. h. die erwarteten Lebensjahre in „relatively good health“ lag 2002 für 60-jährige Männer und Frauen bei 15,9 bzw. 19,0 Jahren.¹⁰⁶ Damit sind viele Lebensjahre gewonnen worden, ohne dass diese zu neuen – oder auch nur zu zeitlich proportional veränderten – Lebensläufen geführt hätten.
- Wir gehen davon aus, dass hierüber für Männer und Frauen erweiterte Chancen der Nutzung von – wie wir es im Folgenden nennen – Optionszeiten entstehen. Sie eröffnen Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten an Familie, Bildung und Gemeinwesen. Sie reichen somit den Lebenslauf mit relevanten Aktivitätsfeldern an und modifizieren den Viertakter „Bildung – Ausbildung – Arbeitsmarkt – Verrentung“, ohne dass dieses Engagement die Rentenbezüge gefährden muss.

Aus der Idee des Optionszeitenmodells ergeben sich drei Herausforderungen:

- Wofür können diese Optionszeiten genutzt werden?
- Wie werden diese Optionszeiten finanziert?
- Welcher Verpflichtungscharakter ergibt sich, diese Optionszeiten auch tatsächlich zu nehmen?

Zur Nutzung: Die bisher nur für die Kinderbetreuung festgelegte Elternzeit als legitime „Auszeit“ im Erwerbsleben wird als Teil der Berechtigung für „Auszeiten“ rund um die Betreuung

Abhängiger (Kinder, pflegebedürftige Partner, Verwandte im Alter) erweitert und zum Typus „Care-Zeiten“ zusammengefasst. Zeiten für präventive oder re-integrative Bildungsmaßnahmen (Bildungszeiten) sowie Zeiten für zivilgesellschaftliches Engagement in Kommunen und Gemeinden (Sozialzeiten) werden als legitim und als Erhalt von Gesundheit, kommunaler Integration und Kompetenzerweiterungen erachtet. Dabei ist zu beachten, dass Weiterbildung, bisher überwiegend betriebsintern als Aufstiegsfortbildung angeboten oder als extern gesetzte Maßnahme der Umschulung eingesetzt, in Form von Bildungszeiten systematisch in die eigene Lebensplanung und den Lebenslauf eingebettet werden muss. Hier sind neue Wege der Verknüpfbarkeit von Erstausbildungen und Berufspraxis mit Kompetenzerweiterungen (u. a. über die Nutzung anderer Optionszeiten) zu schaffen, die durchaus auch, und über den Lebenslauf verteilt, neue Berufsfelder erschließen können. Weiterbildung darf nicht erst in Arbeitslosigkeit ansetzen, sondern muss präventiv verankert sein.

Care -, Bildungs-, Sozialzeiten als legitime Unterbrechungen

Zur Finanzierung: Ziel ist es, Optionszeiten im normalen Lebenslauf sicherzustellen und nicht in Ausnahmeregelungen zu verharren. Zur Finanzierung von Erwerbskarrieren mit phasenweiser Erwerbsumfangreduzierung oder -unterbrechung, bzw. neuen Verknüpfungsformen von Arbeit und Rente liegt eine breite Debatte und eine Fülle von Ansätzen in der Fachliteratur vor (vgl. Langelüddeke/Rabe/Thiede 1999; Krupp/Rolf 2005). Diese Ansätze gilt es bezüglich des Optionszeitenmodells neu zu sichten und weiterzuentwickeln. Genannt seien folgende Möglichkeiten: Die Finanzierung kann (a) durch Arbeitszeitkonten nach niederländischem Vorbild geschehen, durch spezifische Berufsverläufe mit sabbatical-Anteilen nach anglo-amerikanischem Vorbild, durch das Ansparen von Zeit per Überstunden, durch Freistellungsmodelle mit erweiterten Zeitspannen für Erwerbsarbeit über die Verrentungsmarke hinaus. Denkbar sind (b) Modelle, bei denen bereits erwirtschaftete Rentenpunkte schon vor dem Eintritt in den (endgültigen) Ruhestand genutzt und verbraucht werden können. Für Phasen der Optionszeiten könnten z. B. die bis zu diesem Zeitpunkt angesammelten Rentenleistungen, die bisher geschlossen ab Verrentung fällig geworden wären, schon zwischen 35 und 38 oder 40 und 43 Jahren genutzt werden. Sie könnten als endgültig verbraucht oder als wieder erwirtschaftbar durch Erwerbsarbeit über das Standard-Rentenalter hinaus gesetzt werden.

Optionszeiten im normalen Lebenslauf sicherstellen

Bei öffentlich finanzierten Systemen sollten die geschätzten Kosten/Nutzen (volkswirtschaftlich und privat) als relationale Größen mitbedacht und einbezogen werden, die entstehen,

- wenn Frauen mit Kind aus dem Erwerbsleben aussteigen zugunsten der Familie;

¹⁰⁶ Vgl. WHO (2003).

- wenn Männer mit Kind aus dem Erwerbsleben ausscheren zugunsten der Familie;
- wenn Kinder in Armut fallen;
- wenn Frauen und Männer auf Kinder verzichten;
- wenn „Care-Zeiten“ nicht mehr familial bewältigbar sind.

Eine entsprechende Bewertung dieser Kosten im Falle der Kinderbetreuung ist in Kap. V.6 vorgenommen. Auch bei einer umfassenden Betrachtung z. B. der faktischen Gesamtkosten für Pflege durch Familienangehörige im Privathaushalt wird eine Reihe von zusätzlichen Kosten sichtbar, die in der Regel übersehen werden.

Was kostet die Volkswirtschaft die informelle Pflege von Familienangehörigen?

Schneider (Expertise 2004) ermittelte das Gesamtvolumen der im Jahr 1997 für die Betreuung pflegebedürftiger Personen in privaten Haushalten eingesetzten Zeit mit etwa 5 Mrd. Stunden. Dies würde rechnerisch dem Stundenvolumen der tatsächlichen Jahresarbeitsleistung von ca. 3 Millionen Vollzeit-Arbeitskräften entsprechen. Dieser Zeiteinsatz in der Versorgung der pflegebedürftigen Bevölkerung in Privathaushalten kann zu Marktlohnsätzen bewertet werden. Je nachdem, welche Annahme zur Qualifikation der Arbeitskräfte getroffen wird, kann das Volumen informeller Pflege mit 31 Mrd. Euro bis 60 Mrd. Euro im Jahr bewertet werden. Eine andere Art der Zeitkostenberechnung wäre, die unbezahlte Pflege als Opportunitätskosten zu bewerten. Dieser Ansatz bewertet den Nutzen, der dadurch verloren geht, dass unbezahlte Pflegepersonen ihre Zeit nicht anders, etwa für bezahlte Erwerbsarbeit, einsetzen können. Dies zeigt auch, dass miteinander verbundene Entscheidungen über Erwerbsarbeit und informelle Pflegearbeit nicht nur das Volumen der Arbeitsstunden betreffen, sondern zusätzlich auch die Art der bezahlten Tätigkeit und die Produktivität am Arbeitsplatz. Wird die Erwerbsarbeitszeit reduziert oder Erwerbsarbeit für den Zeitraum der Pflege aufgegeben, gehen nicht nur Einkommen und Karriereoptionen verloren, sondern auch Berufserfahrung. Der Zugang zu den von Arbeitgebern geförderten Weiterbildungsmaßnahmen wird erschwert. Zugleich gehen den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungsträgern Steuer- bzw. Beitragseinnahmen verloren (Expertise Schneider 2004).

Die Kommission betont die Zielperspektive einer Lebenslaufpolitik, die die Aktivitäten des außer-

betrieblichen Alltags und der Erwerbsarbeit neu aufeinander beziehen. Die Niederlande haben hierzu ein Regierungsressort für Lebenslaufpolitik (Levensloopbeleid) eingerichtet mit dem Ziel, konventionelle Lebenslaufmodelle zugunsten neuer Zeitarrangements für Care, für lebenslanges Lernen, zur Sicherung der Rente usw. zu entwickeln und umzusetzen (vgl. Barkholdt 2005). Ein solcher Ansatz verlangt nach Politiken, die neue Aktivitätskombinationen im Lebenslauf bewusst und gezielt fördern, samt den damit einhergehenden Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit. Dieser Ansatz würde die Optionszeiten auch un-spezifischer und damit geschlechtsneutraler machen. Dann wären es nicht nur Frauen, die aufgrund von Kindererziehung und der Pflege Älterer ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen; Unterbrechungen erfolgten auch durch Männer, wenngleich vermutlich zunächst aus anderen Gründen. Die Vielfalt und Anreicherung des Lebenslaufs wäre dennoch ein erster Weg hin zu neuen Gestaltungschancen und zu einer geschlechtsneutralen Unterbrechungspraxis der üblichen Erwerbskontinuität.

**Niederlande eigenes
Regierungsressort
für Lebenslauf-
politik**

Zum Verpflichtungscharakter: Hier sieht die Kommission zwei Alternativen:

- Optionszeiten müssen, wenn auch im Umfang flexibel, genommen werden, ansonsten entfallen sie. Dies würde das Ziel unterstützen, den bestehenden Zusammenhang von Geschlechterordnung und Erwerbsunterbrechungen zu entkoppeln und Erwerbsarbeit gleichmäßiger auf Männer und Frauen verteilen. Das Wort ‚Option‘ wäre dann so zu verstehen, dass die Verwendung dieser Zeiten optional ist, nicht aber das Nehmen dieser Zeiten als solches.
- Optionszeiten können, müssen aber nicht genommen werden. Es bleibt den Personen entsprechend freigestellt, sich für solche Zeiten finanziell abzusichern bzw. per Anreizsysteme zum Nehmen von Optionszeiten anregen zu lassen.

Das Optionszeitenmodell zielt auf die Normalisierung von Unterbrechungen der Erwerbsverläufe ab, die in der zeitlichen Gestaltung und der Prioritätensetzung hoch unterschiedlich sein können und Familien-, Nachbarschafts- und Bildungengagement nicht zum Nachteil im Erwerbsverlauf und Rentensystem werden lassen. Während die Kommission die Einführung von Optionszeiten, unabhängig von deren jeweiligem Inhalt, als notwendig erachtet, präferiert sie den verpflichtenden Charakter, um Unterbrechungen der Erwerbsarbeit zu entstigmatisieren und damit deren mittel- und langfristige, auch finanzielle Folgen zu mindern.

Die Restrukturierung von Berufsverläufen (Berufsanreicherungsmodell)

Neue Verknüpfungen zwischen Erstausbildung, Optionszeiten und Erwerbsunterbrechung

Um die Mutterrolle nicht länger als Alternative zu Sackgassenberufen (oder ungeliebten und wenig perspektivisch angelegten Berufsrollen) zu favorisieren, bietet es sich an, neue Verknüpfungswege zwischen Erstausbildung, Optionszeitemnutzung, Erwerbsunterbrechungen zu eröffnen und per Anrechnungsmöglichkeiten von Berufsausbildungen sowie Umstiegsausbildungen, Berufspraxis und Umschulungen neue Berufswege zu ermöglichen. Bisherige Sackgassenkonstruktionen von Berufen stammen noch aus der Zeit der Bismarck-Ära, als weiblich stereotypisierte Berufe bestenfalls bis zur Heirat tragen sollten. Heute hat sich der Anspruch an die Ausübungsdauer dieser Berufe geändert.

Als Beispiel sei der Beruf der Erzieher/in genommen, einem in Ausbildung und Berufspraxis in überwiegend staatlicher Hand liegenden Berufssegment. Die Ausbildung ist relativ zeitaufwändig. Sie setzt voraus: Mittlere Reife und/oder eine Sozialassistentenausbildung (je nach Bundesland und Vorqualifikation 1- oder 2-jährig); die Ausbildung umfasst je nach Anerkennungsregelungen zwei bis vier Jahre (einschl. Berufspraktikum). In der Berufspraxis angekommen, fehlen Aufstiegswege innerhalb des Berufs, sowie Umstiegswege in angrenzende Berufe wie etwa die Heilerziehungspflege, die Altenpflege, die Grundschulpädagogik, die Sprachtherapie, Bewegungstherapie usw.. Auch diese weisen in ihren Grundkompetenzen eine Reihe von Schnittmengen untereinander und mit dem Erzieherberuf auf, verlangen aber noch heute eine jeweils gegeneinander abgeschottete, je eigene Berufsausbildung ohne nennenswerte Karrierewege danach.

Modifiziertes Baukastensystem bei personenbezogenen Dienstleistungsberufen

Empfohlen wird demgegenüber der Einstieg in eine Modularisierung beruflicher Bildung, um aus beruflichen Sackgassenkonstruktionen v. a. in personenbezogenen Dienstleistungen herauszuführen durch:

- Das prinzipielle Angebot, per Anrechnungsverordnung und entsprechend gekürzter Berufsausbildung (Umsteige-Schulung) in einen Beruf umzusteigen, der an die Erstausbildung angrenzt (s. o.), sei es, um dem bekannten Phänomen des Ausbrennens v. a. in sozialen, pflegerischen und Lehrberufen entgegen zu wirken, sei es, um während einer Erwerbsunterbrechung neu erworbene Orientierungen umsetzen zu können.
- Die Unterstützung der Kombination von Optionszeitenmodellen und Berufswegen: Kompetenzerweiterungen, die aus der Inanspruchnahme von Optionszeiten (Sozialzeiten, Bildungszeiten, Care-Zeiten) erworben

wurden, werden per Vergabe von nicht altersgebundenen Stipendien bei Personen mit Umsteigeperspektiven unterstützt.

Beide Modelle erleichtern den Einstieg in Umbrüche im Erwerbsverlauf, die zudem Optionszeiten integrieren können. Der private und volkswirtschaftliche Nutzen liegt auf der Hand. Beide Modelle bieten sich für alle an, die – oft als Folge zu langer Tätigkeit im Beruf – mit dem bekannten Phänomen der zunehmenden Gleichgültigkeit dem Klientel gegenüber (z. B. Schülern/Schülerinnen, Kindern, Sozialhilfeempfängern/Sozialhilfeempfängerinnen usw.) zu kämpfen haben. Die Effekte von Umsteige- und Wechselalternativen aktivieren die Fachkompetenz und erhöhen das persönliche Arbeitsengagement. Sie tragen so zur Qualitätsverbesserung der Arbeit bei. Hierüber kann zudem erreicht werden, dass Konzepte des lebenslangen Lernens für neue Altersstrukturen bei Berufsbeginn sorgen und klassische Frauenberufe der Arbeit mit Kindern auch für Männer mit anderer Erstberufsausbildung attraktiver werden. Der gesellschaftliche Gewinn männlicher Bezugspersonen für die Sozialisation von Jungen ist bedeutsam, und zwar sowohl bezüglich der Erweiterung des Berufswahlspektrums männlicher Jugendlicher, als auch der Neudefinition späterer Familienrollen (vgl. Kap. IV).

Erweiterte Zeiträume zur Realisierung von Kinderwünschen (Wunschzeitenmodell)

Eine etwas andere Perspektive verlangt die Prüfung von Möglichkeiten, die Lebensspanne, in der Kinderwünsche realisiert werden, zu erweitern (vgl. Kap. II). Diese Möglichkeiten realisieren zu helfen bedeutet die Entwicklung von Infrastrukturangeboten bei einer Familiengründung, die in die Ausbildung fällt oder bei biographisch später Mutter-/Vaterschaft, die nach einer intensiven, kontinuierlichen und damit karriereförderlichen Vollzeitbeschäftigung der Partner stattfindet. Unter Optionszeitemnutzung bedeuten diese Alternativen: Wird ein Bildungs-Abschluss erst nach einer frühen Mutter-/Vaterschaft erlangt, oder erfolgt diese auf der Basis einer Zwischenstufe im Bildungsweg, ist das Alter beim ersten oder zweiten Eintritt in den Arbeitsmarkt zwar höher, aber durch Optionszeitemnutzung legitimiert und die letzterworbene Qualifikation entspricht dem neuesten Stand. Eine späte Mutter-/Vaterschaft hingegen geht mit hohem Erfahrungsreichtum im Beruf Hand in Hand, bedeutet aber erhöhten Zeitstress, der durch Optionszeitemnutzung gemildert werden kann und mit besseren Möglichkeiten der individuellen und organisatorischen Steuerung von Unterbrechungen verbunden ist.

Wunschzeitenmodell erfordert Entwicklung von Infrastrukturangeboten

Zu unterstreichen aber ist, dass Optionszeitenregelungen zwar neue Chancen der Familiengrün-

dung eröffnen, es aber zusätzlicher Verbesserungen der Rahmenbedingungen bedarf, um die neue Lebensphase mit Kind gestalten zu können, so dass auch die familienextern aufgebauten Fäden wieder geknüpft werden können (vgl. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen zu „Elternschaft und Ausbildung“ BMFSFJ 2004a).

Vereinbarkeits-
erleichterungen insbe-
sondere auch für
Studierende

Verbreitet ist der Verzicht auf die Gründung einer Familie in Studienzeiten, die nicht über den 2. Bildungsweg mit seinen Phasierungen begonnen wurden. Zwei Gründe sprechen dafür, deshalb im Folgenden exemplarisch die Gruppe der Studierenden auf Vereinbarkeitserleichterungen hin zu betrachten, eine Gruppe allerdings, die in dieser Phase auch in anderen Europäischen Ländern eher auf Kinder verzichtet (vgl. Kap. II): Zum einen gilt, dass die besondere Flexibilität im Studium eigentlich gute Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familiengründung bieten sollte; zum andern muss betont werden, dass es sich hier keineswegs um ein „exklusives“ Minderheitenproblem handelt. Seit 1970 hat sich die Zahl von Frauen mit einem Hochschulabschluss mehr als verfünffacht und es ist gesellschaftspolitisch gewollt, die Studierendenquote in den nächsten Jahren auf etwa 40 Prozent zu erhöhen.

Familiengründung und Studienzeiten

Im Jahr 2000 haben lediglich 7,1 Prozent der weiblichen Studierenden ein oder mehrere Kinder vor ihrem Studium, im Regelfall aber während ihres Studiums, zur Welt gebracht. Nach Ergebnissen des Deutsche Studentenwerks stellen sich ca. 80 Prozent aller Studierenden eine Zukunft mit Kind(ern) und Beruf vor (BMBF 2001). Vorhandenen Einzelmaßnahmen zur Vereinbarkeit liegt bislang nur in wenigen Ausnahmefällen ein schlüssiges Gesamtkonzept oder gar eine Veränderung der Hochschulkultur zugrunde. Die Studienabbrecherstudie des Hochschul-Information-Systems (2002) belegt, dass gerade Studierende mit Kindern als Gruppe ein erhöhtes Risiko tragen, ihr Studium abzubrechen (Heublein u. a. 2003). Entscheidend für den Studienabbruch sind aber weniger Versagensängste oder eine fehlende Studienmotivation, als vielmehr defizitäre Bedingungen der Verbindung von Studium und Familie, darunter die unzureichende Betreuungssituation für Kinder unter drei Jahren an den jeweiligen Studienstandorten.

Damit vorhandene Kinderwünsche biographisch nicht aufgeschoben werden und hierüber die Wahrscheinlichkeit steigt, dass am Ende immer öfter ganz auf Kinder oder weitere Kinder verzichtet wird, bedarf es einer Reihe von Bedingungen, die zusätzlich zum Optionszeitenmodell vorliegen sollten. Vorgeschlagen wird:

- Die Abschaffung von Altersbegrenzungen bei möglichen Karriereschritten und Stipendienvergaben;
- die betriebliche Förderung der Betreuung in Kindertageseinrichtungen (für Kinder jeden Alters);
- die Einrichtung von Kindertageseinrichtungen bei Berufsbildungsstätten und Hochschulen mit flexiblen, in den Lernalltag einpassbaren Betriebszeiten. Dies käme auch den dort Beschäftigten zugute. Darüber hinaus sind intelligente und flexible Finanzierungsarrangements zwischen der öffentlichen Hand, den Hochschulen und diversen Anbietern von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Sicherstellung von Betreuungsplätzen zu forcieren;
- ein ausreichendes Angebot an Eltern-Kind-Wohnungen in Studentenwohnheimen;
- Sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen für studierende Eltern und ihre Kinder am Ausbildungsort (Still- und Wickelräume, Spiel-ecken);
- Informations- und Beratungsangebote für studierende Eltern bzw. Studierende mit Pflegeaufgaben gegenüber Angehörigen;
- die Einrichtung von Teilzeitstudiengängen bzw. die sanktionsfreie und passfähige Nutzung von Studienmodulen nach Vorgaben familialer Verpflichtungssituationen (einschließlich Care-Leistungen für Angehörige).

Bedingungen, die
das Optionszeiten-
modell flankieren
müssen

Familiengerechte Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein – Hochschule für Wirtschaft

Die Fachhochschule Ludwigshafen hat im Jahr 2004 die Grundzertifizierung des Audit „familiengerechte Hochschule“ erhalten. Gegenwärtig befindet sie sich in der 2. Phase der Re-Auditierung mit dem Ziel, die Lehr- und Lernarchitektur auch im Sinne der Vereinbarkeit von Studium und Familie weiter zu verbessern.

Handlungsfeld Führungskompetenz

Um das Thema Führungskompetenz im Zusammenhang mit einer familienbewussten Ausbildungs- und Personalpolitik zu fördern, werden monatliche Newletters herausgegeben und Coaching-Gespräche durchgeführt. Darüber hinaus praktizieren nicht wenige Führungskräfte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in eigener Person. Die Hochschule strebt eine offene Unternehmenskultur an, welche die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ihrer Studierenden und Beschäftigten unterstützt.

Handlungsfeld Rahmenbedingungen für das Studium

Studierende mit Familienpflichten können durch ein Urlaubssemester ihre Regelstudienzeit verlängern. Als Teilzeit-Studiengänge gibt es berufsbegleitende Studiengänge, deren Lehrveranstaltungen an einem Nachmittag in der Woche und samstags stattfinden. Studierende mit Kind können eine Anschlussförderung beantragen.

Im Rahmen der Re-Auditierung werden Studienpläne und Prüfungsordnungen für die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge auf Vereinbarkeit von Studium und Familie überprüft und um Regelungen für Studierende, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, in Form von Anlagen ergänzt. Zur Förderung der Chancengleichheit für Studierende mit Kindern in internationalen Studiengängen werden Partnerhochschulen mit geeigneter Infrastruktur gesucht. Außerdem werden Vorschläge zur finanziellen Entlastung studierender Eltern bzw. Studierender mit pflegebedürftigen Angehörigen erarbeitet und dem zuständigen Ministerium vorgelegt.

Handlungsfeld flankierender Service für Familien

Zum einen werden Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedene Beratungsleistungen zu vereinbarkeitsrelevanten Themen angeboten, zum anderen ist die Infrastruktur in Richtung Kinder- und Elternfreundlichkeit verbessert worden (Still- und Wickelzimmer, Spielecken, Kinderbetreuung bei Veranstaltungen). Darüber hinaus werden Kooperationen mit Anbietern flexibler Kinderbetreuung angestrebt.

Die biografische Option, die Mutter- und Vaterschaft zeitlich hinter den Aufbau einer eigenen beruflichen Karriere zu verlagern, ist vor der Tatsache zu betrachten, dass die späte Mutter-/Vaterschaft bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wichtiger geworden ist. Es ist daher an der Zeit, auch diesbezüglich darüber nachzudenken, wo und wie Grenzen einer Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie zu ziehen sind. Die weiter oben vorgestellten Lösungswege, die Familienbildung und den Aufbau einer beruflichen Karriere durch eine breitere Nutzung der gewonnenen Jahre über Optionszeiten zu entzerrern, geben Frauen wie Männern zwar eine Chance, Kinder und Beruf, so gewollt, entspannter zu leben und zu genießen, müssen sich hier aber in den Normalalltag hinein verlängern.

Bezüglich der späten Elternschaft gelten im Prinzip die oben für eine frühe Elternschaft entwi-

ckelten Modelle, nun jedoch unter entsprechender Anpassung an betriebliche Gegebenheiten. Insbesondere in Karriereberufen muß Nachdruck darauf gelegt werden, den Kompetenz-Zugewinn der Führungspositionen durch Mutterschaft/Vaterschaft (vgl. Kap. IV) Betriebsleitungen gegenüber sichtbar zu machen und Schritte der Optionen auf Karrierelenkung durch innerbetriebliche Förderinstrumente für Mütter und Väter zu verankern.

Zusammenfassend: Der Optionszeitenansatz gilt a) der Erleichterung, verschiedene Stränge des Lebenslaufs phasenspezifisch, d. h. über die biographische Zeit verteilt, realisieren zu können, b) Umstiegs- und Ausbaumöglichkeiten im Berufssystem zu vergrößern und c) die Zeiträume zur Realisierung von Kinderwünschen zu erweitern. Mit diesen neuen Ansätzen ist allerdings das Problem der Zeitknappheit im Alltag noch nicht gelöst.

Die Chancen zur Entzerrung von alltäglichen Zeitengpässen im Familienleben setzt, so die Überzeugung der Kommission, weitere familienpolitische Maßnahmen voraus, die sich auf eine verbesserte Gestaltung der Alltagszeit beziehen. Diese werden, dieses Szenario abschließend, aufgegriffen, denn auch hier muss gesellschaftspolitisch weiter gedacht werden, um die Entfaltungsmöglichkeiten von Familie im bisher sehr erwerbszentrierten Lebenslaufregime zu vergrößern.

Die Gestaltbarkeit der Alltagszeit (Zeitkoordinierungsmodell)

Zielsetzung einer Alltagszeitpolitik für Familien ist es, Familien ins Zentrum der Taktgeber für betriebliche und öffentliche Zeiten zu stellen, und nicht umgekehrt: Familien als nachrangige „Zeitpuffer“ für gesellschaftlich und ökonomisch dominierende Belange zu behandeln. Im Sinne des Familienlebens kommt eine neue Verantwortung auf diese externen Taktgeber zu. Zu diesen gehören sowohl die Betriebe als Arbeitgeber, als auch die Tarifparteien und ebenso die Zeitpolitiken der Länder, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, und nicht zuletzt des Staates mit Vorgaben für Öffnungs- und Betreuungszeiten im öffentlichen Raum und lokalen Serviceleistungen. Eine Zeitpolitik für Familien, die sich an Verlässlichkeit im Umgang miteinander, an Flexibilität in der Verfügung über Zeit und an Integration der Familie in Gemeinde und Nachbarschaft orientiert, hat es mit Gestaltungsfeldern zu tun, die der komplexen Eigenlogik familialer Zeitbedarfe heute nicht gerecht werden (vgl. Kap. VI).

Bis heute führen in sich widersprüchliche zeitliche Entwicklungen zwischen jenen Institutionen, die das Familienleben von außen her bestimmen,

Optionszeiten brauchen Ergänzung durch ein Zeitkoordinierungsmodell

Familien sollten Taktgeber für betriebliche und öffentliche Zeiten sein

Späte Mutter-/Vaterschaft nimmt zu und muss an betriebliche Gegebenheiten angepasst werden

zu immer schwierigeren Koordinationsleistungen zwischen internen Intentionen des Familienlebens und äußeren Ansprüchen an Familienmitglieder (vgl. Expertise Bauer 2004). Eine veränderte zeitliche Binnenorganisation von Familien kann jedoch kaum die fehlende Synchronisation von Zeitvorgaben auffangen, die zwischen sich flexibilisierenden Erwerbszeiten (vorrangig in dienstleistungsorientierten Wirtschaftszweigen) und relativ starren Zeitregelungen in anderen familienrelevanten Bereichen, wie etwa Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Behörden entstanden sind, zumal diese untereinander ebenfalls kaum synchronisiert sind. Diese Zeitfraktionen sind selbst mit für Mütter typischer Teilzeitarbeit kaum zu lösen, da diese weder in Dauer, Lage noch Verteilung automatisch mit den Zeitbedarfen der kontextuellen Institutionen des Familienalltags übereinstimmen.

Mehrere Ansatzpunkte der besseren Zeitkoordinierbarkeit, die sich für die Akteursgruppen in Betrieben und im lokalen Umfeld unterschiedlich darstellen, sind hier zu beachten.

Arbeitszeitgestaltung in Betrieben

Betriebliche Arbeitszeitgestaltung und Zeitbedarfe von Familien unterliegen eigenen Zwecksetzungen, die nicht ohne weiteres harmonisierbar sind. Für deren Passung bedarf es besonderer Anstrengungen. Zeitgestaltbarkeit für Beschäftigte und zeitliche Mitbestimmung von beschäftigten Familien ist daher ein voraussetzungsvolles Projekt, das ohne eine starke kollektive Interessensvertretung nicht denkbar ist. Individuelle und innerbetriebliche Lösungen allein sind zu fragil, nicht verlässlich und längerfristig nicht geschützt. Zeitpolitik im Interesse von Familie muss entsprechend darauf achten, dass die Erfordernisse des Erwerbslebens nicht allein dominieren. Dabei müssen die konkreten Zeitbedürfnisse von Beschäftigten mit Fürsorgeverpflichtungen zum Ausgangspunkt und nicht zum eher zufälligen win-win-Effekt ökonomisch bedingter Flexibilisierung im betrieblichen Handeln werden.

- a) Passgenaue und differenzierte Angebote für beide Seiten¹⁰⁷

Sie sind sowohl auf die Rahmenbedingungen des Unternehmens (Größe und Art des Unternehmens, Schichtbetrieb, saisonal bedingte Produktionsschwankungen etc.), aber vor allem auf die Belange der Belegschaft (Lebenslage, Lebensphase) optimal zugeschnitten. Bei einer passgenauen Arbeitszeitgestaltung kommen möglichst viele der unterschiedlichen Vorstellungen zur Über-

einstimmung („Diversity“ statt Homogenität). Ziel muss die weitgehende Vermeidung von Arbeitszeiten sein, die sich mit typischen Familien- und Kinderzeiten überschneiden (Abend, Wochenende).

- b) Vielfalt im festen Rahmen

Es bedarf eines definierten Rahmens von Arbeitszeitoptionen, damit Flexibilität nicht zu Unüberschaubarkeit und Beliebigkeit führt. Arbeitszeitregelungen müssen klar kommuniziert werden, für alle verbindlich und durch feste Vereinbarungen verlässlich sein. Die konsequente Einhaltung bedeutet, dass es neue, bedarfsbedingte Einzelabsprachen nur innerhalb des vereinbarten Rahmens geben kann.

- c) Dynamische Anpassungen

Ein einmal gefundenes Konzept zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss nicht für alle Zeiten unverändert Bestand haben. Betriebliche und familiäre Bedarfslagen sind immer wieder neu zu erheben, Angebote werden fortwährend mit den sich ändernden Rahmenbedingungen in Betrieben und Familien abgeglichen. Allerdings brauchen Familien, wie das Beispiel Frankreich zeigt, nachhaltig und langfristig verlässliche Signale für eine Berücksichtigung ihrer Belange, damit sie ihr Verhalten darauf einstellen können.

- d) Gesamte Belegschaft einbinden

Arbeitszeitpolitik für Familien ist umso erfolgreicher, je stärker die gesamte Belegschaft davon profitiert. Angebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie, die stets auf Kosten von Kollegen und Kolleginnen ohne Familie gemacht werden, haben keine langfristigen Realisierungschancen. Dabei kommt – auch angesichts der demografischen Entwicklung – ein weit gefasstes Verständnis von Familie zur Anwendung, das der Vielfalt von Fürsorgebedarfen für Andere gerecht wird.

- e) Partizipation

Aushandlungsprozesse zwischen Betrieben und Beschäftigten mit Sorgeverpflichtungen müssen eine feste Form finden und hierfür entwickelten Verfahren folgen. Dafür gilt es mehrstufige Modelle zu entwickeln, bei denen Management und Personalvertretung sowie die Beschäftigten untereinander verbindliche Vereinbarungen treffen. Für Bedarfsfindungs- und Anpassungsprozesse werden beteiligungsorientierte Instrumente eingesetzt (Dürk/Kraus 2000), in die bei erweiterten Dienstleistungsangeboten (z. B.

Flexibilisierung der betrieblichen Arbeitszeit muss Interessen der Familien stärker berücksichtigen

¹⁰⁷ Vgl. Expertise Becker 2004.

verlängerte Öffnungszeiten) auch die Nutzer einbezogen werden.

f) Kontrollierte Flexibilität

Eine kompromissorientierte Regulierung und Kontrolle von Flexibilität ist für beide Seiten notwendig. Hierbei sind bspw. die Etablierung und Einhaltung von Regelungen bzgl. der Ankündigungsfristen von Arbeitszeitänderungen, -verkürzungen, -verlängerungen sowie -verlagerungen zentral, damit Planung möglich wird. Verlässlichkeit und Flexibilität von Arbeitszeiten („Flexicurity“) sind miteinander zu verbinden. Dies kann insbesondere in Form von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen geschehen.

Gute Beispiele aus der Praxis:

Der Preis in der Kategorie große Unternehmen im Rahmen des Unternehmenswettbewerbs des BMFSFJ „Erfolgsfaktor Familie“ 2005 ging an den DAX-Konzern Henkel. Henkel zeichnete sich neben einem mütter- und väterfreundlichen Arbeitsklima (Flexible Arbeitszeitmodelle, eine Firmenkita, zwei zusätzliche Tage bezahlte Freistellung bei Krankheit des Kindes sowie die Möglichkeit, zwei Jahre zusätzlichen Erziehungsurlaub zu beanspruchen) auch durch Hilfen für Mitarbeiter aus, welche Angehörige pflegen. So gibt es Kurse zum Thema „Wenn Eltern älter werden“, in denen Themen wie: Welche Betreuungsmöglichkeiten gibt es? Oder wie gehe ich mit der psychischen Belastung durch Pflege um? aufgegriffen werden. Zusätzlich gibt es einen von der betrieblichen Sozialarbeit koordinierten „Helferkreis“, der sich aus Henkel-Pensionärinnen und Pensionären zusammensetzt und sich für andere im Ruhestand engagiert, indem sie Einkäufe erledigen, handwerkliche Aufgaben übernehmen oder einfach älteren Menschen Gesellschaft leisten. Dies stellt eine große Hilfe für pflegende Angehörige dar, die bei Henkel angestellt sind.

Bei den mittelgroßen Unternehmen bekam Komsa Kommunikation die Auszeichnung zugesprochen. Hier sind 41 Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt; viele davon arbeiten in Teilzeit, was auf den Erfolg der familienfreundlichen Maßnahmen des Unternehmens hindeutet. Komsa hat eine betriebseigene Kita, die ganztags und ganzjährig geöffnet ist. Auch die Arbeitszeiten können hoch flexibel gehandhabt werden, die Belegschaft kann Sabbaticals, Teilzeitarbeit oder Telearbeit je nach familialer Belastung in Anspruch nehmen. Frauen haben während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, an betriebsinternen Weiterbildungsangeboten teilzunehmen.

In der Kategorie der kleinen Unternehmen wurde die Firma Anton Schönberger Stahlbau & Metalltechnik prämiert. Hier können Kinder jederzeit unangemeldet mit zur Arbeit gebracht werden und im Spielzimmer oder im Garten spielen, wenn ein Betreuungsnotfall eingetreten ist. Für wichtige „Familientermine“ wie Einschulung, Geburtstag des Kindes, gibt es Exurlaub und für Dienstreisen Ausgleichsfreizeit. Die Abrechnung der Arbeitszeit erfolgt über ein flexibles Lebensarbeitszeitkonto und bei der Urlaubsplanung werden familiäre Belange berücksichtigt.

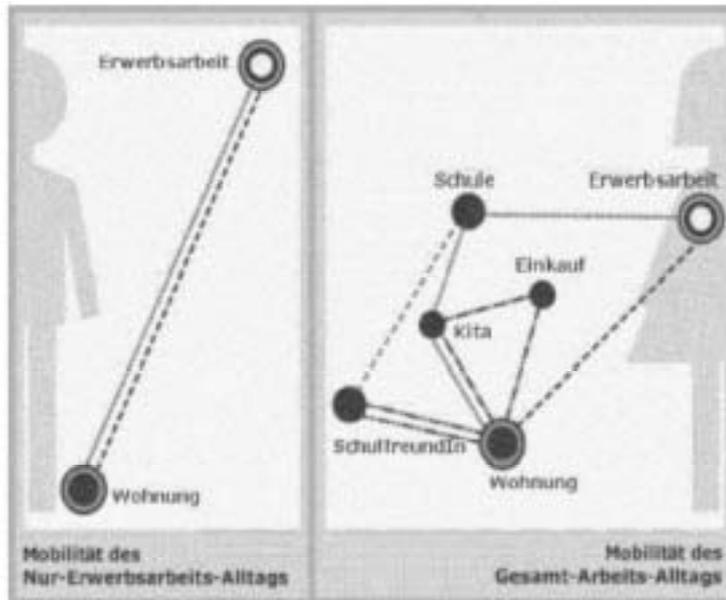
Daneben gibt es bereits seit einigen Jahren vorbildliche Unternehmen wie das Dienstleistungsunternehmen aus der IT-Branche Comet Computer, in dem ein weiter Korridor differenter Teilzeitmodelle existiert. Die Tages-, Wochen- und Monatsarbeitszeit kann weitgehend selbst bestimmt werden, die Arbeitsstunden werden selbst erfasst. Flankiert wird dieses Arbeitszeitregister durch Telearbeit und betriebsnahe Kinderbetreuung; bei Engpässen und Notfällen können die Kinder mit in den Betrieb gebracht werden. Bemerkenswert ist überdies, dass die frauen- und familienfreundliche Unternehmensphilosophie bewusst nach außen kommuniziert wird.

Zeitgestaltung im lokalen Umfeld

Neue Governance-Politiken setzen nicht mehr allein auf staatliche Akteure, sondern auf die Vielfalt von Akteuren vor Ort und ihre Vernetzung. Am weitesten fortgeschritten ist eine solche Zeitpolitik für Familien in Italien, wo dieses Gestaltungsfeld unter dem Begriff „tempi della città/Zeiten der Stadt“ seit Mitte der 1980er Jahre – stark geprägt durch Gewerkschaften, Kommunalpolitiker/innen und Wissenschaft – entstanden ist (vgl. Bonfiglioli/Mareggi 1997). Standen zu Beginn einzelne Gestaltungsprojekte zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation insbesondere von Frauen im Vordergrund, ist Zeitpolitik in einigen Kommunen in Italien mittlerweile gesetzlich verankert und zu einem umfassenden Gestaltungsansatz avanciert, der neben der Harmonisierung von Zeitstrukturen auch die Verbesserung öffentlicher und privater Dienstleistungsangebote sowie die Verbesserung urbaner Lebensqualität umfasst (Mückenberger 2003; Expertise Heitkötter 2004).

Die unterschiedlichen Zeitgeber für Familien auf lokaler Ebene wie Ärzte, Kindergärten, Schulen, Handwerker, Einzelhandel, Kultur und Verkehr bilden das kleinteilige Geflecht örtlicher Zeitstrukturen, in das Familie als System sowie einzelne Familienmitglieder vielfach eingewoben sind. Der hier erforderliche „temporal turn“

Abbildung VIII.2

Zeitraumpfade von Männern und Frauen

Quelle: Personalrat/Universität Bremen: personalrat/Info 2003/3 S.1

der Familienpolitik (vgl. Expertise Heitkötter 2004) betont – über die Gestaltung der Erwerbszeiten hinaus – die Einbeziehung der Akteure in Politik, Verbänden, Kommunen, Kirchen, Dienstleistern, Vereinen und Selbsthilfeinitiativen in ihrer jeweiligen Verantwortlichkeit für familiengerechte Zeiten. Bis heute ist die Zeitgestaltung von Familien im lokalen Umfeld durch eine aufwändige Überwindung von Distanzen gekennzeichnet, die geschlechtsspezifisch hochunterschiedlich aussieht:

Eine solche lokale Zeitpolitik steht in engem Zusammenhang mit Anforderungen an eine familienorientierte räumliche Gestaltungs- und Baupolitik, die im folgenden Szenario (vgl. Kap. VIII.3) auf der Handlungsebene der lokalen Integration behandelt wird. Hier steht jedoch der zeitpolitische Aspekt im Vordergrund. Beide Aspekte – zeit- und sozialräumliche Politik für Familien – ergänzen sich und führen nicht nur zu einem Wettbewerbsvorteil einzelner Unternehmen, sondern auch zu einem Imagevorteil von Kommunen und der Erhöhung ihrer Attraktivität als Wirtschaftsstandort.

Wichtige zeitpolitische Maximen hierbei sind:

a) Koordinierte Vernetzung der örtlichen Infrastruktur

Behörden, Geschäfte und andere Dienstleister (insbesondere familiennahe Dienstleistungen) kommen durch eine Verlängerung, Flexibilisie-

rung und Koordinierung ihrer Öffnungszeiten innerhalb ihres Stadtteils den heterogenen Zeitbedarfen unterschiedlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse auch jenseits von „Normalarbeitszeit“ und „Normalfamilie“ entgegen, um die Alltagsqualität auch quartiersbezogen zu erhöhen.

b) Gezielte Abstimmung von Erwerbs- und Betreuungszeiten

Erwerbszeiten und die Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen werden, abhängig von lokalen Strukturen, zu passfähigen integrierten Angeboten für Eltern entwickelt. Unter Berücksichtigung kommunaler und regionaler Besonderheiten können hier spezifische „Betreuungspakete“ geschnürt werden, die auf die Zeitbedarfe von Eltern sowohl in ihrer Familien- als auch in ihrer Beschäftigtenrolle eingehen. Eine andere Möglichkeit bietet das zeitflexible Voucher-System (vgl. Kap. VIII. 3).

c) Entzerrung von Zeiten in und zwischen Bildungs- und Betreuungsinstitutionen

Notwendig ist auch die Entzerrung von Bildungs- und Betreuungszeiten, d. h. einerseits der Verlängerung der Öffnungs-, insbesondere der Vormittagszeiten, andererseits der Veränderung ihrer Binnenstrukturierung mit mehr zeitlichen Puffern und Unterricht jenseits des 45-Minuten-Taktes. Daneben müssen Backup-Systeme für Betreuung an den „Zeiträndern“, d. h. am Abend,

am Wochenende und in den Ferien, verlässlich zur Verfügung stehen. Zeitliche Entzerrung ist auch über die räumliche Vernetzung von flexibleren Kinderbetreuungseinrichtungen zu erreichen, die sich zu multifunktionalen „Familien- und Kinderzentren“ bzw. zu „Mehrgenerationenhäusern“ (wie bspw. aktuell in Langen/Hessen) entwickeln (vgl. Kap. VIII. 3).

d) Optimierung von Wegezeiten

Eine familiengerechte Stadt stimmt die vorherrschenden lokalen Zeittakte familienrelevanter Institutionen (Betriebe, Schulen, Geschäfte etc.) mit den Zeittakten des Transportwesens ab, entzerrt Verkehrsflüsse, vereinfacht und verkürzt damit Wegezeiten. Beispielhaft ist die Entwicklung von „Mobilitätspakten“. Um Wegezeiten für die Überwindung von Zwischen-Räumen zwischen den unterschiedlichen Aktivitätsbereichen von Eltern, Kindern und Pflegebedürftigen möglichst kurz zu halten, sind insbesondere Modelle nahräumlichen Wohnens und Arbeitens im Sinn einer „Stadt der kurzen Wege“ weiterzuentwickeln und auch Infrastrukturen für Familien (Geschäfte, Schulen, Kindergärten) entsprechend anzusiedeln. Ansatzpunkte sind eine gezielte Stadtentwicklungspolitik sowie Wohnungsbau-, Gewerbe- und Siedlungspolitik unter dem Aspekt der Multifunktionalität von Lebensräumen für Familien (vgl. Kap. V).

e) Partizipation

Eine zeitpolitische Gestaltung im lokalen Nahraum basiert darauf, alltagsrelevante Akteure als „Zeitanbieter“ und „Zeitnachfrager“ virtuell oder faktisch um einen Tisch herum zu versammeln. Ein konstitutives Element lokaler Zeitpolitik für Familien ist – wie im Betrieb – die Partizipation und die Stärkung von Beteiligungsrechten derjenigen, die bislang eher passiv von lokalen Zeitstrukturen betroffen waren. Zivilgesellschaftliches Engagement der unterschiedlichen Generationen ist auch aus diesem Grund unbedingt zu stärken.

Beispiele lokaler Zeitpolitik

- In Amsterdam sowie anderen niederländischen Städten werden beispielsweise Bibliotheken im Winterhalbjahr auch am Sonntagnachmittag geöffnet – dann, wenn auch berufstätige Menschen Zeit haben, gemeinsam mit ihrer Familie das Medienangebot zu nutzen. Durch dieses Modell, das für die Mitarbeiter/innen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basiert, konnten nicht nur neue Nutzer/innengruppen erschlossen werden. Es entstanden auch neue intergenerative Begegnungs- und Kommunikationsräume.

- In Modena/Italien wurde durch die Einführung des rotierenden „Apothekenprinzips“ bei Lebensmittelgeschäften die Versorgung im Stadtteil auch am Abend gewährleistet, ohne einen für Familienbetriebe ruinösen Konkurrenzkampf los zu treten. In Amersfoort/Niederlande wurde in Kooperation mit einer großen Supermarktkette ein Lieferservice eingerichtet, der Familien zeitlich entlastet.
- In Wolfsburg wurden Rahmenbedingungen geschaffen, um zukünftig veränderte Arbeitszeitmodelle des Volkswagen Werks mit den Verkehrstakten des ÖPNV frühzeitig abstimmen zu können. In Bremen wird eine Schnittstelle unterschiedlicher Verkehrsmittel zum serviceorientierten Mobilitätsknoten entwickelt, um Umsteigebeziehungen insbesondere für Berufspendler/innen zu verbessern.
- Mit dem Projekt „Schritt für Schritt – Zur Schule gehe ich alleine“ ermöglicht die Stadt Bozen einen sicheren Schulwege durch ein Netz unterstützender Personengruppen. Dadurch werden Eltern, insbesondere Müttern, von zeitintensiven Chauffeurdiensten entlastet und die Kinder erhalten die Möglichkeit, sich selbständig ihre räumliche Umgebung zu erschließen und selbständige Mobilitätsmuster zu entwickeln.
- Im Rahmen des Modellprojekts „ZeitBüro“ in Bremen-Vegesack wurden in Form eines Bürgertags Verwaltungszeiten unterschiedlicher Behörden ausgeweitet und aufeinander abgestimmt, verschiedene Dienstleistungsangebote gebündelt und mit anderen alltagsrelevanten Zeitanbietern vor Ort (Stadtbibliothek, Grünmärkte, Beratungseinrichtungen) abgestimmt. Damit werden auch berufstätige Eltern unterstützt, Erwerbstätigkeit und Verwaltungsangelegenheiten zeitlich zu vereinbaren.
- Ein flexibles Back-up System für Betreuungsnotsituationen wurde als Kooperation zwischen Hanauer Wirtschaftsunternehmen und der Stadt Hanau eingerichtet. Ebenfalls in Hanau wurden für berufstätige Eltern die Betreuungszeiten im Rahmen eines stadtteilübergreifenden Modellprojekts über die herkömmlichen Betreuungszeiten ausgeweitet. Inzwischen erweitert zum Modellprojekt „Zeitbrücken“, werden über die bessere Organisation des Alltags hinausgehend „Zeitinseln“ unterstützt, die als qualitative Auszeiten zur Regeneration von Eltern und die Unterstützung von Väteraktivitäten zur Intensivierung des Kontaktes zwischen Vätern und Kindern als auch zur Entlastung von Müttern dienen sollen.

Lokale Bündnisse für Familien als Grundlage für lokale zeitpolitische Gestaltungen

In Deutschland finden sich inzwischen bedeutende Ansätze für lokale Familienzeitpolitiken neuer Art. Sie haben sich vor allem im Rahmen von „Lokalen Bündnissen für Familien“ im Kontext der Bundesinitiative des BMFSFJ fortentwickelt (www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de). Unterstützt und in Verbindung mit Auditierungsverfahren familienfreundlicher Betriebspolitiken ermöglichen diese mit ihren heterogenen Akteurskonstellationen und dem Fokus auf den familialen Arbeits- und Lebensalltag, auch proaktiv thematische Impulse an die Städte und Gemeinden zu geben und zukünftig familiengerechte Zeitarrangements in allen Lebensbereichen verstärkt zum Gestaltungsgegenstand zu machen. Gleichzeitig können über eine systematische Integration des Handlungsfeldes „familiengerechte Zeitgestaltung“ in die Bündnisstrategie durch eine sensible Wahrnehmung der komplexen Zeitbedarfe von Familien neue Akteursgruppen erschlossen werden – wie bspw. Handwerker oder Kulturanbieter –, die bislang kaum eine Rolle in Lokalen Bündnissen spielen. Über die Zeitfrage kann der Dienstleistungssektor für weitere Belange von Familien sensibilisiert werden (bspw. die Qualität von Dienstleistungen). Da der Bündnisansatz insbesondere Vernetzung und Erfahrungsaustausch zwischen den Bündnisstandorten fördert, bietet er gute Voraussetzungen, als Transmissionsriemen für zeitpolitische Gestaltungsansätze zu wirken und konkrete Maßnahmen im familienpolitischen Kontext zu verbreiten. Zwischen familienpolitischen Bündnisstrategien und dem zeitpolitischen Gestaltungsansatz bestehen deshalb viele Struktur analogien und zahlreiche thematische Anknüpfungspunkte (Heitkötter/Schröder 2005).

In anderen Ländern sind die Modelle für neue Verbindungen der Lebensphasen im Lebenslauf weit vorangeschritten (s.o.). Von den Nachbarn lernen bietet sich nicht nur bezüglich der Lebenszeit, sondern auch der Alltagszeitpolitik nachdrücklich an.

VIII.3 Zukunftsszenarium: Eltern als Investoren in den sozialen Nahraum und in die gesellschaftliche Entwicklung

Persönliches Engagement, Zeit und Geld, das Eltern in ihre Kinder investieren, dienen nicht nur der unmittelbaren Existenzsicherung der Kinder, sondern stellen die zentrale Basis für die Entwicklung des Humankapitals der modernen Gesellschaften dar. Damit investieren Eltern in ein gemeinsames Gut. Ohne diese Bereitschaft wäre keine Entwicklung von Humankapital möglich. Zudem investieren Eltern nicht nur in ihre Kinder, sondern auch erhebliche Zeit in die Beziehung zu ihren eigenen Eltern, die sich wieder in der Beziehung zu ihren Enkeln engagieren. Diese

wechselseitige Unterstützung und emotionale Beziehung zwischen den Generationen ist als ein wichtiges Element gesellschaftlichen Zusammenhalts anzusehen, weil in solchen Beziehungsmustern wechselseitiges Vertrauen entsteht (Fukuyama 2000).

Eltern mit Kindern sind unterschiedlich gut in der Nachbarschaft vernetzt und unterstützen sich wechselseitig (Hennig 2005). Damit stellen Familien mit Kindern eine wichtige Gruppe bei der Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements dar (Zukunftsbericht Baden-Württemberg 1999) und tragen damit erheblich zur Bildung von Sozialkapital in Nachbarschaft und Gemeinde bei. Eltern investieren mehr als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen in Wohnungen und Häuser. So leben insbesondere Eltern mit drei und mehr Kindern, trotz eines niedrigen Pro-Kopf-Einkommens, sowohl in West- wie in Ostdeutschland, in einem eigenen Haus (vgl. Kap V) und tragen damit auch erheblich zur ökonomischen Entwicklung einer Gemeinde bei. Eltern investieren gleichermaßen in das Humankapital, in das Sozialkapital und in das ökonomische Kapital einer Gemeinde und einer Gesellschaft (vgl. Sass/Tschiltschke 2001).

Wir haben allerdings auch gegenwärtige Tendenzen beschrieben, wonach in Deutschland viele urbane Zentren vor allem jene Eltern durch Abwanderung verlieren, die besonders viel in das Humankapital ihrer Kinder, in das Sozialkapital der Gemeinde und in das ökonomische Kapital investieren, während dort Eltern insbesondere mit Migrationshintergrund nachwandern, die nicht über die gleichen Ressourcen verfügen. Eltern mit Migrationshintergrund wandern in vielen deutschen Großstädten zudem in spezifische Quartiere. Gleichzeitig leben in anderen städtischen Quartieren die verbleibenden ökonomisch erfolgreichen Einwohner ohne Migrationshintergrund, insbesondere der jüngeren Altersgruppen, eher als Singles oder als kinderlose Paare. Diesen Prozess haben wir als doppelte Polarisierung beschrieben, der keinesfalls allein in Deutschland zu beobachten ist. In Deutschland ist diese doppelte Polarisierung allerdings eher als ein westdeutsches Problem anzusehen. In den neuen Bundesländern dominiert eine zunehmende Schrumpfung der großen Städte, da sich durch Abwanderung und niedrige Geburtenraten der Bevölkerungsstand teilweise dramatisch verringert.

Gegenwärtig ist nicht davon auszugehen, dass die doppelte Polarisierung und die Schrumpfung der Städte, die auch in bestimmten westdeutschen Regionen wie im Ruhrgebiet stattfindet, kurzfristig gestoppt oder umgekehrt werden kann. Jedoch haben wir auch argumentiert, dass die Städte und Gemeinden selbst diesen Prozess

Familien mit Kindern als wichtige Gruppe für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements

Doppelte Polarisierung eher in Westdeutschland ein Problem

Schrumpfung der Städte – eher ein ostdeutsches Problem

beeinflussen können, wenn sie auf kommunaler Ebene eine nachhaltige Familienpolitik betreiben. Das bedeutet, Familien mit Kindern nicht nur als Nutzer von kostenintensiv bereitzustellenden Infrastruktureinrichtungen zu sehen, sondern Eltern auch als Investoren zu begreifen, die durch geeignete Standortbedingungen gehalten oder sogar neu angeworben werden können.

Nach den Ergebnissen des Experten-Delphis für die Stadtregion Stuttgart (Mauch/Reschl 2003) wird die doppelte Polarisierung die großen urbanen Zentren in Deutschland mit drei Segregations-tendenzen konfrontieren. Zunächst entsteht eine zunehmende Alterssegregation: Durch die höhere Lebenserwartung und die zurückgehende Zuwanderung junger Erwachsener in die urbanen Zentren wird der Anteil der älteren Populationen in den Innenstadtbezirken deutlich ansteigen. Darüber hinaus gehen die befragten Experten mehrheitlich davon aus, dass der Anteil der Personen, die auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, in bestimmten Quartieren großer Städte deutlich ansteigen wird, weil die ökonomisch selbstständigen Familien zunehmend in die Umlandgemeinden abwandern. Auch wird es in den großen Städten Deutschlands einen überproportionalen Anstieg von jungen Erwachsenen mit ausländischer Herkunft geben, weil die Reproduktionsraten in diesen gesellschaftlichen Gruppen in vielen deutschen Kommunen die der Population mit deutschem Hintergrund deutlich übersteigen.

Die vermutete zunehmende Segregation nach Alter, ökonomischen und ethnischen Gruppen ist nicht nur ein Problem der großen Städte, sondern wird sich voraussichtlich in erheblichem Umfang auf die gesamte Bundesrepublik auswirken. Deutschland gehört nach der früher zitierten Prognose der UNO (2003) zu jenen Weltregionen, in der heute schon die Verstädterung und das Leben in großen urbanen Regionen besonders ausgeprägt ist und sich weiter ausbreiten wird. Nach den demografischen Prognosen für die ländlichen Regionen der neuen Bundesländer (Roloff 2003, Land Brandenburg 2005) werden die Abwanderungstendenzen junger Erwachsener in nächster Zukunft vermutlich bestehen bleiben. Solange Deutschland in all seinen Regionen relativ gleich stark besiedelt war und trotz aller regionalen Unterschiede viele ökonomische Entwicklungstendenzen ähnlich verliefen, konnte eine bundesstaatlich orientierte Familienpolitik darauf vertrauen, Familien durch finanzielle Transferleistungen und Zeitpolitiken, wie Elternzeit und Mutterschutz, hinreichend darin zu unterstützen, in ihre Kinder und damit in das Humanvermögen der Gesellschaft zu investieren. Sollten sich diese drei Trends deutschlandweit umsetzen, wird die Familienpolitik viel stärker immer auch Infrastrukturpolitik sein müssen.

**Prognose für
Deutschland: Segre-
gation nach Alter,
Ökonomie und
Gruppenzu-
gehörigkeit**

Ohne eine Beeinflussung dieser Tendenzen ist davon auszugehen, dass gerade jene Familien, die aufgrund der eigenen Leistungsfähigkeit schon heute relativ gut in die Zukunft ihrer eigenen Kinder investieren können, sich in jenen Nachbarschaften und Gemeinden im Umland großer Kernstädte konzentrieren werden, die heute schon besonders gute Entwicklungsbedingungen für Kinder bieten. Eine Familienpolitik, die aber auch das Wohnumfeld, die Nachbarschaft und die Infrastruktur für Kinder als originären Bestandteil von Familienpolitik begreift, muss immer auch wesentlich auf kommunaler und Länderebene gestaltet werden. Dies vor allem deswegen, da der Ausgleich zwischen den Kernstädten und ihrem Umland aufgrund der jeweils besonderen Bedingungen nur spezifisch in den jeweiligen Regionen erfolgen kann. Unter dieser Perspektive haben die sich vielerorts bildenden Bündnisse für Familien eben nicht nur die Funktion, ad hoc und kurzfristig für ein besseres Betreuungsangebot von Kindern zu sorgen, sondern müssen für sich darüber hinaus auch eine Anregungskompetenz für lokale und länderorientierte Familienpolitik in Anspruch nehmen.

**Familienpolitik muss
auf kommunaler
und Länder-Ebene
gestaltet werden**

Kommunale Familienpolitik: Lebenslaforientierte Wohnungs- und Sanierungspolitik und Orte für Kinder

In den meisten urbanen Zentren wird es als quasi natürlich hingenommen, dass junge Familien ins Umland wandern, dass sich Familien mit nicht-deutschem Hintergrund in bestimmten Quartieren konzentrieren und auch die Alterung der städtischen kinderlosen Bevölkerung ohne entsprechenden Zuzug junger Erwachsener aus den ländlichen Regionen faktisch nicht zu beeinflussen sei. Auch wenn in der erwähnten Delphi-Befragung klar zum Ausdruck gebracht wurde, dass diese Prozesse nur teilweise zu steuern sind, wird doch die Ansicht vertreten, dass trotz der Globalisierungstendenzen der Wirtschaft die lokale und regionale Ebene an Bedeutung gewinnt. Diese Tendenz wird als „Glokalisierung“ beschrieben. Um überalterten und hoch segregierten Stadtregionen entgegenzuwirken und ethnische und soziale Polarisierungen möglichst gering zu halten, sollte eine kommunal orientierte Familienpolitik vier Prinzipien berücksichtigen.

**Trotz Globalisie-
rung gewinnt die
Bedeutung der
Wirtschaft auf
lokaler und regio-
naler Ebene**

- 1) Die Mobilität der Wohnbevölkerung wird im hohen Maße durch die familiären Lebensphasen beeinflusst. Daher muss eine kommunale familienorientierte Stadtplanung und Wohnungsbaupolitik alles daran setzen, den durch die familiären Lebensphasen bestimmten Wechsel und die unterschiedliche Nutzung des Wohnangebots zu akzeptieren, aber eine kleinräumige Umzugsmobilität zu ermöglichen, statt der jetzt üblichen

**Planung der Infra-
strukturangebote
multifunktional**

großräumigen Umzüge. Das setzt allerdings auch ein kleinräumig differenziertes Wohnungsangebot voraus, das den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen im Lebenslauf und dem erweiterten Spektrum privater Haushalte Rechnung trägt (Expertise Jessen 2004). Auch muß berücksichtigt werden, bei der Entwicklung und Konzeption von Infrastrukturangeboten für Familien mit Kleinkindern von vornherein so zu planen, dass sich solche Infrastrukturangebote bei sich verschiebenden Alterskonstellationen in multifunktionale Angebote für den Stadtteil/die Gemeinde nutzen lassen.

**Generationenhaus: Alles unter
einem Dach – Salzgitter**

Beispielhaft steht hierfür das Generationenhaus „Alles unter einem Dach“ in Salzgitter, das sich aus einem Mütterzentrum mit seinen ursprünglichen Angeboten für Familien mit ihren Kleinkindern konzeptionell weiterentwickelt hat. Neben einem offenen Treff für die Nachbarschaft gibt es ein Kindertageszentrum und ein Schülercafé, einen Altersservice mit Tagesbetreuung und ambulanter Betreuung, Seminare und Ferienangebote für Familien mit Kindern, einen Stadtteilservice mit verschiedenen, den Alltag erleichternden Dienstleistungen und Orientierungskurse zur Wiedereingliederung für Frauen in das Berufsleben (Praxisband 1 SPI-Schriftenreihe, 2000). Diese dabei angebotenen niederschweligen familiennahen Dienstleistungen, die auf Selbsthilfebasis, teilweise mit professionellen Kräften organisiert sind und Zuschüsse sowohl von der Kommune als auch von Bundesländern erhalten, haben ihren Schwerpunkt sowohl in der Kinderbetreuung, in der Altenpflege als auch in haushaltsnahen Dienstleistungen. Diese werden je nach Bedarfslage vor Ort sowohl im Zentrum als auch im Sinne der Geh-Struktur im Stadtteil mit einem kleinen Honorar angeboten. Da die meisten Dienstleistungen von eher einkommensschwachen Familien nachgefragt werden, würde der Ausbau ohne öffentliche Zuschüsse zu Lasten der eher einkommensschwachen Familien gehen, da die kostengünstigen Preise Voraussetzung sind, diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Trotz des hohen ehrenamtlichen Anteils, der in den Zentren geleistet wird, wird dieser Bereich somit nicht ohne öffentliche Zuschüsse auskommen. Die Dienstleistungsangebote sind dabei in einem vertrauensbildenden Netzwerk eingebettet und zeichnen sich durch diese besondere Qualität aus. Deshalb geht es nicht darum, einen maximalen Output für ein eng umschriebenes Ziel zu erbringen, sondern vor allem soziales Kapital herzustellen (BMFSFJ 2002, 212).

2) Auch wenn man die jetzt im Umland lebenden Familien mit Kindern nicht mehr in die Städte zurückholen wird, stellt sich die Frage, ob es auf Dauer wirklich sinnvoll ist, frei werdende Industrieflächen weiterhin nur als Gewerbeflächen anzusehen, statt zu prüfen, ob nicht neue Formen urbanen Lebens auch in solchen teilweise sehr attraktiven Stadtgebieten entstehen können. Dafür gibt es inzwischen eine Reihe sehr positiver Beispiele, wie z. B. in Bremen, wo auf Grund der Integrationsleistungen durchmischter Stadtteile eine Experimentierklausel zugunsten der Stadtteilsanierung beschlossen wurde. Hiernach soll bei allen Belangen der Bebauung unter Gesichtspunkten der Familienfreundlichkeit neu geprüft und bewertet werden, wie sich die bisherigen Effekte der Alters-Lebensphasen- und Lebenslagensegregation oder der sog. „systemischen Mobilität“ zwischen dem Arbeits-, Kindergarten-, Schul-, Einkaufs- und Wohnort der Familienmitglieder verbessern und überwinden lassen. Hier müssen die Kommunen und die kommunalen Wohnungsbau-träger Familien auch als Investoren begreifen und für sie Angebote entwickeln, die auch im Quartier eine kleinräumige Mobilität ermöglichen.

Familie als Investoren zur Verbesserung der „systemischen Mobilität“

3) Um den oben skizzierten Segregationstendenzen entgegenzuwirken, sollten die Städte, in denen bisher eher selten Orte für Kinder und Familien angeboten wurden, auch prüfen, wie öffentliche Räume und Plätze so gestaltet werden, dass sie nicht nur von bestimmten Gruppen zu nutzen sind, sondern soweit sozial kontrollierbar sind, dass sie auch als Räume für Kinder dienen können. Die Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ zeigen, dass bei Mitwirkungschancen von Bürgerinnen und Bürgern zur Gestaltung von öffentlichen Räumen, wie z. B. in Dietzenbach, die Bedürfnisse von Kindern und ihren Eltern dahingehend berücksichtigt werden, dass die Kinder Wege und Freiflächen haben, die sie ohne Aufsicht erreichen können (Expertise Bock/Reiman 2004). Durch die Öffnung der Schulen am Nachmittag und ein geschicktes Zeitmanagement in Nachbarschaft und Gemeinde werden solche Räume teilweise bereits geschaffen. Darüber hinaus muss in den Städten noch deutlicher gemacht werden, dass das Bleibepotenzial von Familienhaushalten (Expertise Mächler 2004, Expertise Banse 2004) auch von einem Infrastrukturangebot abhängig ist, das den Eltern das Gefühl gibt, diese Angebote könnten die kindliche Entwicklung besonders positiv beeinflussen. Zu einer solchen Infrastruktur gehören eben nicht nur Bildungs- und Betreuungsangebote, sondern auch Räume, die dem natürlichen Bewegungsbedürfnis von Kindern entgegenkommen.

Neue Räume für Kinder in der Stadt

**Kooperation als
strukturelles Ele-
ment zwischen El-
tern und professio-
nellen Kräften**

- 4) Diese Infrastrukturangebote müssen aber so konzipiert sein, dass eine Kooperation zwischen Eltern und professionellen Kräften als strukturelles Element in der Konzeption solcher Angebote verankert ist. Die Konzeption der englischen Early Excellence Centres haben dies als strukturelle Komponente berücksichtigt und es hat sich gezeigt, dass gerade die Zusammenarbeit zwischen Eltern und professionellen Kräften in der Tagesbetreuung sowohl für die kindliche Entwicklung als auch für die Eltern und den professionellen Kräften eine Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen bedeutet.

Kinder- und Familienzentrum Berlin Schillerstraße

Seit 2001 läuft in der Kindertagesstätte im Kinder- und Familienzentrum in Berlin Schillerstraße ein auf sechs Jahre angelegtes Modellprojekt, finanziert von der „Heinz und Heide Dürr Stiftung“ zur Neustrukturierung der pädagogischen Arbeit. Hierbei stehen sowohl die Bildungsprozesse der Kinder als auch die Entwicklung eines Modells der integrierten Familienarbeit in der Einrichtung im Mittelpunkt. Bei der Umsetzung arbeitet das Kinder- und Familienzentrum eng mit dem englischen Early Excellence Centre in Pen Green GB zusammen, das auch beratend tätig ist. Im Unterschied zum Early Excellence Centre, das in einem sozialen Brennpunkt arbeitet, hat die Einrichtung ein gemischtes Einzugsgebiet mit unterschiedlichsten Familienstrukturen und unterschiedlichen kulturellen Ethnien.

Ziel ist die Entwicklung hin zu einem offenen Zentrum, in dem Kinder, Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam lernen. Durch das Führen von Situationsbüchern und Entwicklungsordnern werden die Aktivitäten und Entwicklungen der Kinder für die Eltern ansprechend dokumentiert und die Eltern zuhause ermuntert, systematischer zu beobachten und ihre Beobachtungen in einem Entwicklungsheft festzuhalten. Jede Erzieherin ist dabei für eine kleine Gruppe von Kindern und deren Eltern, die sog. „family group“, zuständig. Die Elternbildungs- und Familienarbeit wurde als eigener Schwerpunkt parallel zur Arbeit im Kindertagesstättenbereich entwickelt und dafür ein kleiner Treffpunkt geschaffen, der auch der Umgebung offen steht. Dafür wurde eine Erzieherin freigestellt, die auch in den Besprechungen und Fortbildungen der Kindertagesstätte mit eingebunden ist. Angebote sind neben dem Familiencafe ein Sonntagsfrühstück, eine Krabbelgruppe, eine Samstagsbetreuung, Elternkurse, eine ehrenamtliche Rechtsberatung, ein Treffpunkt für feste Gruppen (Peucker/Riedel 2004, 85 bis 88).

Kommunale Familienpolitik: Teilhabe, Prävention und Integration von Familien mit unterschiedlichem sozialen und ethnischen Hintergrund

Eine Familienpolitik, die auf die Kooperation zwischen Eltern und professionellen Mitarbeitern der Einrichtungen setzt, kann nur dann Erfolg haben, wenn sie möglichst viele gesellschaftliche Gruppen anspricht, sich an der Gestaltung ihres Wohnumfeldes zu beteiligen. Diese Teilhabemöglichkeiten sollten sich aber nicht nur an jene Eltern richten, die aufgrund ihrer eigenen sozialen, kulturellen und materiellen Ressourcen die Möglichkeit zu partizipieren nutzen, sondern sich gerade daran orientieren, Familien mit weniger Ressourcen so zu unterstützen, dass diese die gebotenen Teilhabemöglichkeiten umsetzen und ihre Umwelt mitgestalten können. Ohne Teilhabemöglichkeiten wird ein zivilgesellschaftliches Engagement kaum zu bewirken sein.

**Unterstützung zur
Kooperation von
Familien mit weni-
ger Ressourcen**

Kooperationsmodell Bremen-Lüssum

Das Evangelisch-lutherische Kindertagesheim Bremen-Lüssum kooperiert mit dem Gemeindezentrum und dem Haus der Zukunft, einem Nachbarschaftszentrum mit Angeboten für Familien. Im Kindertagesheim gibt es eine offene Treffpunktmöglichkeit für die Eltern, es wird auf den unterschiedlichen kulturellen Hintergrund der Eltern mit entsprechenden Angeboten reagiert, die auch von den Eltern selbst mitgestaltet werden. Im „Haus der Zukunft“ ist auch eine Einrichtung des Amtes für Soziale Dienste untergebracht, an die sich alle Eltern aus dem Stadtteil wenden können. Es werden Angebote für psychomotorische Entwicklungsförderung der Kinder im Alter von drei bis zwölf Jahren angeboten, muttersprachliche Angebote wie z. B. eine türkische Erziehungsberatung, Deutschkurse, ein Turnverein bietet Möglichkeiten zu einer gesundheitlichen Erziehung an und es gibt einen Treffpunkt für unterschiedliche Selbsthilfegruppen. Damit konnte die Hemmschwelle gegenüber anderen Institutionen wie Frühförderung, ASD etc. gesenkt werden, was sehr wesentlich für die Angebote in einem sozialen Brennpunkt ist (Peucker/Riedel 2004, 93 bis 96). Diese Kooperationen zwischen den Eltern, den professionellen Mitarbeitern in Betreuungseinrichtungen und Elternbildungseinrichtungen sollte so weiterentwickelt werden, dass ähnlich wie in Dänemark die Übergänge für Kinder von einer Einrichtung in eine andere nicht als Einschnitt, sondern als Kontinuität erlebt werden. Dies bedeutet fließende Übergänge zwischen den Einrichtungen und auch den prinzipiell möglichen Wechsel der Erzieherinnen beziehungsweise Lehrerinnen zwischen diesen Einrichtungen.

Diese Angebote sind vor allem für Familien, deren finanzielle Ressourcen aus unterschiedlichen Gründen begrenzt sind. Hier besteht zukünftig ein großer kommunalpolitischer Handlungsbedarf, um Familien und Kinder aus diesen Lebenslagen vor dauerhaften Benachteiligungen in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Bildung zu schützen und den fatalen Kreislauf der Intergenerationenweitergabe von Armut zu durchbrechen. Dabei geht es besonders darum, jene Haushalte zu unterstützen, die sich in einer prekären Lebenslage befinden, aber über Eigeninitiative und mittlere bis hohe Alltagskompetenzen verfügen. Solche Modelle müssen letztlich darauf abzielen, die individuellen und gruppenspezifischen Handlungsmöglichkeiten ihrer Adressaten durch Bildung und Beratung sowie durch angemessene Unterstützungsangebote zu fördern. Für Multi-problemfamilien bedarf es besonderer unterstützender Familienhilfen in Form von aufsuchender Hilfe.

Projekt: „Vermittlung von Haushaltsführungskompetenzen“

Im Projekt: „Vermittlung von Haushaltsführungskompetenzen“ wurden Familien im Rahmen von Familienpflege betreut. Die Vermittlung von Kompetenzen erfolgte in Form von sequentieller Intervention durch eine Familienpflegerin über einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten. Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt von Wissenschaftlerinnen der Fachhochschule Aachen und der Fachhochschule Mönchengladbach. Der Handlungsansatz der sequentiellen Intervention mit dem Titel „HOT-HaushaltsOrganisationsTraining“ wurde inzwischen in mehreren Veranstaltungen für Fachkräfte der Familien- und Dorfhilfe durchgeführt. Darüber hinaus ist, gefördert durch den Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder e. V., eine Arbeitshilfe für die Arbeit in der Armutsprävention der Kindertagesstätten erstellt worden.

Integrative Bildung, Betreuung und Beratungsangebote sind in diesem Sinne auch eine Vermittlungsagentur für soziale Dienstleistungen und materielle Ressourcen. Sie müssen an den haushaltsspezifischen Bewältigungsstrategien im Alltag ansetzen und darüber hinaus soziale und familiäre Netzwerke und die sozial-räumlichen Strukturen im Umfeld der Betroffenen in den Blick nehmen.

Dienstleistung aus einer Hand plus Engagement ansässiger Firmen

Der Achte Jugendbericht (BMFSFJ 1990) hat gefordert, die Dienstleistungen in diesem Bereich möglichst aus einer Hand anzubieten, was etliche Städte und Kommunen inzwischen bereits realisiert haben. Solche integrativen kommunalen

Angebote könnten zudem vom zivilgesellschaftlichen Engagement ansässiger Firmen und Unternehmen unterstützt werden. So hat sich in den Vereinigten Staaten (Noam 2005) das „After School Movement“ entwickelt, bei dem Unternehmen ihre leitenden Angestellten dazu ermuntern und teilweise direkt von ihnen erwarten, sich mit einem bestimmten Teil ihrer Freizeit in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenssituationen zu engagieren. Ein solches Engagement ist zwar freiwillig, lässt sich aber als Teil der Firmenkultur leicht mit unterstützen. Auch Initiativen sind Möglichkeiten eines zivilgesellschaftlichen Engagements, in denen Firmen den Betreuungseinrichtungen und Schulen Geräte oder Mittel zur Verfügung stellen, um Kinder und Jugendliche aus prekären Lebenssituationen zu motivieren, sich besonders für die Schule und für die eigene Ausbildung zu engagieren. Diese Ansätze sind auf der kommunalen Ebene leichter zu initiieren als auf Bundes- oder Landesebene.

Partizipation als ein wichtiges Element von Integration gilt aber auch und vor allem für Familien ausländischer Herkunft. Hier haben Kommunen erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten etwa bei der personellen Einstellungspolitik für die Betreuungseinrichtungen, ebenso wie die Bundesländer in den Schulen. Sie können darauf achten, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen solcher Einrichtungen die Vielfalt der unterschiedlichen ethnischen Gruppen einer Stadt zumindest ansatzweise reflektieren. Das mag angesichts der jüngsten Ergebnisse von PISA (Prenzel 2005) utopisch klingen, aber nach den Ergebnissen von Boos-Nünning (2005) zur Bildungsmotivation von jungen Ausländerinnen ist hier eine große Bereitschaft zu Qualifikation und Bildung vorhanden. Gerade auch in ethnisch heterogen zusammengesetzten Stadtteilen gilt es, das zivilgesellschaftliche Engagement zu stimulieren, nicht nur, weil die Kommunen in der Regel für diese Aufgaben sehr wenig Geld haben, sondern weil zivilgesellschaftliches Engagement eine der wichtigsten Voraussetzung für die Schaffung von Sozialkapital in den Kommunen darstellt. Projekte wie Hippy (DJI 1997) sind Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements, in denen Mütter ausländischer Herkunft sich aktiv für andere Mütter aus den gleichen Ethnien engagieren, als Laienhelferinnen weitergebildet werden und Familien beim Umgang mit Betreuungseinrichtungen, Behörden und Schulen ebenso unterstützen wie bei der Förderung ihrer Kinder.

Eine nachhaltige kommunale Familienpolitik, die durch attraktive Wohnbedingungen, ein attraktives Wohnumfeld und integrative Dienstleistungsangebote für Familien den oben beschriebenen Segregationstendenzen entgegenwirken will, wird Strategien entwickeln müssen,

Partizipation als wesentliches Element von Integration – auch für Familien ausländischer Herkunft

Strategien zur Stimulierung für Partizipation notwendig

um die dafür notwendige Partizipation von Eltern und Nachbarschaften auch zu stimulieren. Ein mögliches Instrument dafür kann ein Gutscheinsystem für Betreuungseinrichtungen sein (vgl. Besharov/Samari 2000). Während heute häufig ein einziger Anbieter – im Osten Deutschlands fast immer die Kommune, im Westen neben den Kommunen auch die großen Wohlfahrtsverbände – Betreuungsplätze zuweist, die dann genutzt werden müssen, geht das Gutscheinsystem davon aus, dass das Nachfrageverhalten der Eltern selbst, nicht aber der von der Kommune in einem bestimmten Quartier festgesetzte Versorgungsgrad, die entsprechenden Angebote in der Nachbarschaft bestimmt. Damit wird nicht mehr eine Einrichtung (Objekt) gefördert, sondern die Nachfrage der Eltern (Subjekt). Damit wird die Position der Eltern gestärkt und eine starke Dienstleistungsorientierung bei den Einrichtungen stimuliert. Betreuungsvorstellungen der Eltern und die Kooperation mit den Eltern spielen hier eine größere Rolle, weil die Anbieter sich nur dann behaupten können, wenn sich genügend Eltern für die entsprechende Einrichtung entscheiden. Ein Gutscheinsystem, das nicht von vornherein für die Kosteneinsparung genutzt wird, sondern so geplant wird, dass eine tatsächliche Nachfrageorientierung entstehen kann, wird nicht nur zu einer größeren Vielfalt der Angebote und einer stärkeren Orientierung an den Wünschen der Eltern führen, sondern lässt sich auch dazu nutzen, in sozial schwierigen Gebieten ein besonders gutes Angebot zu schaffen. Bedenken wegen möglicher Benachteiligungen bestimmter Bevölkerungsgruppen und der Akteursrolle der Kommunen bei Qualitätskontrollen können durch eine entsprechende Ausgestaltung des Gutscheinsystems verhindert werden (vgl. für eine Diskussion von Gutscheinen im deutschen Kontext z. B. Spieß 1998, 2002; Kreyenfeld/Spiess/Wagner 2001).

Familienpolitik im föderalen Kontext

Die hier beschriebenen Segregationstendenzen werden sich vor allem auf der lokalen, kommunalen Ebene manifestieren und von daher stehen gerade die Kommunen und Gemeinden vor besonderen Herausforderungen. Jedoch können die hier beschriebenen Entwicklungstendenzen in angemessener Weise nur gemildert werden, wenn die Länder und auch der Bund entsprechend ihrer Zuständigkeiten eine Bildungs- und Familienpolitik betreiben, die entsprechende Strategien der Kommunen ermöglichen. Ohne Zweifel lassen sich viele der hier beschriebenen Entwicklungstendenzen, etwa die lebenslaufabhängige Mobilität, nicht durch eine einzelne Kommune beeinflussen, sondern setzen voraus, dass entsprechend den spezifischen Gegebenheiten in den einzelnen Bundesländern regional spe-

zifische Planungen so gestaltet werden, dass sich die beschriebenen Tendenzen nicht in gleichem Umfang fortsetzen. So können einzelne Kommunen und Gemeinden in den neuen Bundesländern nur begrenzt etwas gegen die dortigen Abwanderungstendenzen tun, wenn nicht eine entsprechende Landesplanung, wie Dienel, Gerloff, Leske (2004) das für Sachsen-Anhalt vorschlagen, durch die Entwicklung einer attraktiven Bildungsinfrastruktur auch in ländlichen Regionen familienzuspezifische Impulse setzt. So wird vorgeschlagen, dass sich die Hochschulen in den neuen Bundesländern in besonderem Maße um die Vereinbarkeit von Studium und Familiengründung bemühen sollten, nicht nur als Spezifikum der Hochschulausbildung in Anlehnung an Modelle der früheren DDR, sondern um spezifische Standardprofile zu entwickeln. Ein bevölkerungsarmes Land wie Finnland hält auch in Regionen mit sehr wenigen Kindern eine entsprechende Infrastruktur für Kinder aufrecht oder baut diese sogar noch aus, um diese Standorte für Familien attraktiv zu machen (Dienel/Gerloff/Leske 2004).

Zusammen mit einer guten Verkehrsinfrastruktur liegt in einer solchen Konzeption von Regionenattraktivität eine gewisse Konkurrenzfähigkeit zu den großen urbanen Zentren, wenn beispielsweise die Gemeinden selbst ihren Familien gute Bedingungen zum Erwerb von Grund und Boden einräumen. Es gibt sicherlich noch eine Fülle anderer Wege, um auch die Regionen attraktiver zu gestalten, die unter großer Abwanderung zu leiden haben. Das ist nicht allein eine Frage des Arbeitsplatzangebotes, da trotz hoher Arbeitslosigkeit in vielen dieser Regionen dieses häufig nicht schlechter ist als in vielen westlichen Regionen. Vielmehr ist die Nachfrage nach Erwerbsarbeit in diesen Regionen viel höher, so dass hier möglicherweise auch neue und innovative Arbeitszeitmodelle auszuprobieren sind, um die Nachfrage nach Arbeitsplätzen besser als bisher befriedigen zu können. Eine Landesplanung, die bei der Entwicklung von Standorten nicht zentral die Bedürfnisse von Familien und Kindern berücksichtigt, hat sonst den Ressourcen der attraktiven Umlandstandorten um die großen urbanen Zentren im Westen und Süden der Bundesrepublik wenig entgegenzusetzen, wenn sie nicht erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich unternimmt.

In gleicher Weise gilt das für die großen Länder in Westdeutschland; im Ruhrgebiet beispielsweise können nur durch eine überregionale und familienorientierte Landesplanung die sich abzeichnenden Segregationstendenzen abgemildert werden. Obwohl die Eigenheimzulage in hohem Umfang Familien mit Kindern und insbesondere mit mehreren Kindern zugute kommt, ist angesichts der hier beschriebenen Entwicklungen zu

Entwicklung einer attraktiven Bildungsinfrastruktur gegen Abwanderung von Familien

Konzepte der Regionenattraktivität: Bedürfnisse von Familien berücksichtigen

Gutscheinsystem als Stimulierung zur Partizipation

fragen, ob nicht durch dieses Instrument besonders die Umlandgemeinden der großen urbanen Zentren profitieren. Die von den großen urbanen Zentren weit abgelegenen Regionen verfügen in der Regel aufgrund geringer Nachfrage auch für Familien mit mehreren Kindern über ein hinreichend großes Angebot an Grund und Boden, während gerade in den Umlandgemeinden, die vor allem von den Zuwanderern aus den großen urbanen Zentren profitieren, das Instrument der Eigenheimzulage den Standortwettbewerb um Familien zu Gunsten dieser Umlandgemeinden verbessert. Die Familienberichtskommission ist der Meinung, dass die Mittel, die bisher über die Eigenheimzulage den Familien zur Verfügung standen, den Familien auch weiterhin zur Verfügung stehen sollten, aber nicht in einer Form, die den Standortvorteil eines Gemeindetyps besonders begünstigt.

Wettbewerbe auf kommunaler Ebene zeigen innovative Wege auf

Auf der Landesebene haben einige Bundesländer durch Wettbewerbe ihre Kommunen zu neuen und innovativen Wegen in der Förderung von Familien ermuntert und begonnen, teilweise mit Unterstützung des Bundes, die Betreuungseinrichtungen im Bildungsbereich, etwa Ganztageschulen, oder im Rahmen der Jugendhilfe, wie Ganztagesbetreuungen, zu verbessern.

Die Familienberichtskommission geht davon aus, dass diese Bemühungen und Investitionen auf Dauer nicht nur den Familien und den Kindern zugute kommen, sondern auch den Kommunen selbst. Sie können den weiter oben beschriebenen räumlichen Segregationstendenzen erheblich entgegenwirken und die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und ihre Fördermöglichkeiten erheblich verbessern helfen. Trotz aller Erfolge hat auch die jüngste PISA-Studie gezeigt, dass noch erhebliche Anstrengungen notwendig sind, um besonders diese Kinder und Jugendlichen zu fördern, so dass hier die Länder in besonderem Maße gefordert sind. Insbesondere aber sind die von uns skizzierten Möglichkeiten von Familienleistungen, die auf eine Integration von unterschiedlichen Einrichtungen in diesem Bereich setzen, nur dann wirklich auszuschöpfen, wenn die Ausbildungen und Qualifikationsprofile der Professionellen Kräfte in diesem Bereich die Arbeit in einem solchen multifunktionalen Setting wirklich ermöglichen.

Kommune Herten – Lebendige Schule

Diejenigen Kommunen, die sich an der Gestaltung und Öffnung der Schule aktiv mit beteiligt haben und Schule und Gemeinwesen konzeptionell zusammengebunden haben – wie z. B. die Stadt Herten – haben damit auch Weichen-

stellungen für ihren Strukturwandel als alte Revierstadt geschaffen. Seit 1998 finden in Herten regelmäßig Zukunftswerkstätten mit großer Beteiligung aus Politik, Schule, Eltern und Bürgerschaft statt und haben die Handlungsfelder der Politik soweit beeinflussen können, dass Bildung in der Prioritätenliste der Stadt ganz oben steht. Dieser Prozess ist das Ergebnis einer Projektmitbeteiligung, das die Bertelsmann-Stiftung ausgeschrieben hat: „Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt“ (www.bertelsmann-stiftung.de). Andere Beispiele aus dem Bund-Länder-Programm: „Soziale Stadt“ zeigen, dass sich Schulen in benachteiligten Stadtteilen nicht nur als Stätte der Wissensvermittlung, sondern zunehmend auch als Orte verstehen, an denen auch soziale und kommunikative Kompetenzen erlernt und umgesetzt werden können. Dies bezieht sich nicht nur auf die verstärkte Sprachförderung, sondern auch auf die Öffnung hin zum Stadtteil, um so die scharfe Trennlinie zwischen Familie und Schule durchlässiger zu gestalten. Speziell in Grundschulen gibt es zahlreiche Bemühungen, durch niederschwellige Mitwirkungsangebote einer Entfremdung der Eltern des für die Kinder so zentralen Lebensbereiches entgegenzuwirken – diese Angebote treffen vor allem bei Migrantenfamilien auf große Resonanz (Expertise Böhme/Meyer 2004).

Mit diesen Ansätzen könnten längerfristig auch die Parallelwelten von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten verringert werden und zur Entwicklung einer neuen Lernkultur beitragen, nämlich das vorherrschend lehrplan – gesteuerte Lernen durch ein kontext – gesteuertes Lernen ablösen (Lipski 2005).

Der Bund hat über seine Gesetzgebungskompetenz in vielfältiger Weise eine Verpflichtung, vor allem die Länder und Kommunen dabei zu unterstützen, die Gleichheit der Lebenschancen für Kinder und Familien in dieser Gesellschaft zu sichern. In diesem Bericht dürfte auch deutlich geworden sein, dass der Bund im Rahmen seiner gesetzlichen Kompetenzen hinsichtlich der Gestaltung der Lebensläufe, etwa im Bereich der Rentenversicherung, erhebliche Möglichkeiten hat, dazu beizutragen, dass die hier skizzierten Optionszeiten auch tatsächlich realisiert werden können, denn dies setzt eine entsprechende bundesgesetzliche Regelung voraus. Auch die Frage, wie in Zukunft die Ausbildung im Bereich der familiennahen Dienstleistungen zu strukturieren ist, stellt eine erhebliche Herausforderung für den Bund dar, weil viele dieser Berufe über den Bundesangestelltentarif sowohl hinsichtlich der Eingangsvoraussetzungen wie auch der Bezahlung bundeseinheitlich geregelt sind. Somit trägt

Bund hat die Verpflichtung, die Gleichheit der Lebenschancen zu sichern

der Bund gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine erhebliche Verantwortung, wenn in diesem Bereich tatsächlich Änderungen realisiert werden sollten.

Familienpolitik auf Bundesebene als Querschnittspolitik verankern

Neben diesen evidenten Aufgaben gilt es festzuhalten, dass quer zur bürokratischen Logik von ausdifferenzierten Aufgabenstellungen der Ministerien die Familienpolitik auf Bundesebene als Querschnittspolitik verankert werden muss. So haben wir in diesem Bericht in vielem von Projekten profitiert, etwa der „Stadt 2030“, die vom Bundesforschungsministerium initiiert worden ist, wie andererseits viele Aufgabenstellungen, wie etwa der Wohnungsbau, beim Bauministerium angesiedelt sind.

VIII.4 Zukunftsszenarium: Finanzielle Transfers im Lebenslauf

Die Heterogenität familienpolitischer Leistungen in der Bundesrepublik ist sicherlich Ausdruck der Tatsache, dass Leistungen für die Familie häufig als wohlfahrtsstaatliche Leistungen interpretiert worden sind, die die ökonomische Benachteiligung von Familien mit Kindern gegenüber anderen Lebensformen ohne Kinder mindern sollten. In einer dynamischen Gesellschaft wandeln sich Benachteiligungen in Abhängigkeit von den jeweiligen ökonomischen und sozialen Gegebenheiten. Eine Familienpolitik, die im Wesentlichen versucht, solche Benachteiligungen auszugleichen, wird auf Dauer eine Fülle unterschiedlicher Maßnahmen entwickeln, ohne dass in späteren Jahren wirklich nachprüfbar ist, ob die Benachteiligungen durch die ergriffenen Maßnahmen auch tatsächlich ausgeglichen worden sind. So wichtig und unverzichtbar Fragen von Gerechtigkeit und Fairness als Basis familienpolitischer Konzepte und Maßnahmen auch sind, so gehört Familienpolitik ähnlich wie Bildung und Forschungspolitik aber zu jenen Politikbereichen, die eine langfristige und nachhaltige Zielorientierung benötigen. Das Problem darin ist, dass die eingesetzten Mittel und entwickelten Maßnahmen erst zu einem Zeitpunkt einen Ertrag erbringen können, wo diejenigen, die diese Maßnahmen beschlossen haben, in der Regel nicht mehr politisch verantwortlich sind. Ohne eine langfristige Zielorientierung wird Familienpolitik immer aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen bestehen, deren Effizienz in der Regel nicht nachgeprüft wird.

Da aber, wenn man den Daten der Bundesbank folgt (vgl. Tabelle VIII.1), doch erhebliche Summen in diesen Bereich fließen, stellt sich die Frage, ob man nicht ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, etwa Frankreich, Schweden oder Dänemark, Familienpolitik auch an langfristigen Zielen orientieren sollte, sei es an einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung wie

lange Jahre in Frankreich oder an der Verringerung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wie in Dänemark und Schweden. Gelingt es nicht, sich an solch langfristigen Zielen zu orientieren, dann besteht auf Dauer die Gefahr, dass immer wieder neue Maßnahmen eronnen werden und ihre Finanzierung dann in der Regel aus jenen Maßnahmen vorgenommen wird, die in der aktuellen Situation nicht mehr als besonders wichtig für die Familien angesehen werden.

Diese Familienberichtscommission spricht sich eindeutig dafür aus, dass die vorhandenen Finanzierungsmittel für Familien, so wie die Bundesbank sie errechnet hat, auch weiterhin den Familien zur Verfügung gestellt wird und nicht als Dispositionsmasse für andere politische Zwecke eingesetzt werden. Legt man beispielsweise die Daten der Bundesbank zu Grunde, so muss man in der gegenwärtigen politischen Diskussion feststellen, dass Leistungen, die der Staat in früheren Jahren als besonders wichtig für Familien angesehen hat, heute als weniger wichtig eingestuft werden und damit dann in der Regel auch der finanziellen Förderung von Familien entzogen werden. Ein herausragendes Beispiel für solche Verschiebungsprozesse ist die im öffentlichen Dienst angestrebte Dienstrechtsreform, bei der zur Finanzierung der zukünftigen Leistungszulagen für Beamte der Kinderzuschlag im öffentlichen Dienst von 4 Mrd. Euro herangezogen werden soll. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass dieser Familienzuschlag aus einer Zeit stammt, in der der Staat seinen Beamten Alimente zum angemessenen Lebensunterhalt bezahlte und sich auf diese Weise der Hingabe, der Treue und Pflichterfüllung versichern wollte. In einer Leistungsgesellschaft ist eine solche Vorstellung vielleicht nicht mehr zeitgemäß. Nur darf eine solche Veränderung nicht bedeuten, dass dieses Geld den Familien nicht mehr zur Verfügung steht.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Baukindergeld, das immerhin etwa 3 Milliarden Euro ausmacht. Die Konzeption der Eigenheimzulage und des Baukindergeldes wurde zu einem Zeitpunkt entwickelt, als die damals einsetzende Suburbanisierung als in sich sinnvoll und plausibel erschien, weil man davon ausging, dass in den durch die Industrie geprägten Städten Kinder keine so angemessenen Lebensbedingungen finden können wie in den Vororten, deren Konzepte sich im Wesentlichen an den Ideen der Gartenstadt des ausgehenden 19. Jahrhunderts orientierten. Damals konnte sich niemand vorstellen, dass irgendwann einmal die Industrie zurückgehen werde und insofern auch das Leben in den Städten bei entsprechenden Planungen für Familien mit Kindern attraktiv sein kann. Auch die demographische Entwicklung konnte niemand vorhersehen. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass

Finanzierungsmittel für Familien keine Dispositionsmasse

Familienpolitik benötigt nachhaltige Zielorientierung

Finanzmittel aus überkommenen Förderinstrumenten sollten weiterhin Familien zukommen

die Maßnahme nun zur Disposition steht, was an sich konsistent und nachvollziehbar ist, weniger konsistent und nachvollziehbar ist, dass dieses Geld entweder zur Forschungsförderung oder zur weiteren Unterstützung der Rentenkassen herangezogen werden soll und nicht bei den Familien bleiben soll. Beide Maßnahmen zusammen machen etwa 10 Prozent der Geldleistungen aus, die gegenwärtig für die Familienförderung aufgewandt werden. Aber auch neue finanzielle Forderungen des Staates an seine Bürger werden als Einzelmaßnahmen nur selten auf ihre familienpolitischen Konsequenzen hin untersucht.

So besteht ein allgemeiner politischer Konsens darüber, dass die Bundesrepublik als Wissensgesellschaft mehr akademisch qualifizierte junge Erwachsene benötigt als dies heute der Fall ist. Gleichzeitig ist auch unstrittig, dass die Fachhochschulen und Universitäten in Deutschland in vielen Fachbereichen chronisch unterfinanziert sind. Die Konsequenz aus diesem Dilemma, einerseits mehr Akademiker zu benötigen, andererseits aber nicht über die entsprechenden Ressourcen zu verfügen, wird in vielen Bundesländern dazu führen, Studiengebühren einzuführen. Diese an sich gut zu begründende Maßnahme wird bei einer Gebühr pro Semester von etwa 500 Euro dazu führen, dass Familien mit Studierenden in Zukunft etwa für die Hochschulausbildung in Deutschland 2,5 Milliarden Euro aufwenden werden. Denn anders als in anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise in den Niederlanden, sind Eltern in Deutschland ihren Kindern gegenüber auch dann unterhaltspflichtig, wenn diese erwachsen sind. Deswegen erhalten die Eltern auch bis zum siebenundzwanzigsten Lebensjahr ihres Kindes Kindergeld. Aus der Sicht der Haushaltskasse einer betroffenen Familie bedeuten solche Studiengebühren im Grundsatz eine Kürzung des Kindergelds um gut zwei Drittel. Hierbei geht es nicht um die Diskussion von Studiengebühren, die auch nach Ansicht der Kommission durchaus sinnvoll sein können, sondern es ist nur ein Beispiel dafür, dass Einzelmaßnahmen, die an sich gesehen durchaus konsistent und nachvollziehbar sind, nur selten in ihren Effekten auf Familien und ihre ökonomische Situation überprüft werden.

Diese missliche Situation der deutschen Familienpolitik ist darauf zurückzuführen, dass die deutsche Familienpolitik wenig langfristige Ziele formuliert hat. Dazu kommt, dass trotz des beachtlichen Anteils an finanziellen Ressourcen ein sehr heterogenes und nur noch historisch zu verstehendes Bündel von Maßnahmen den Familien zur Verfügung steht. Die Familienpolitik hat auch institutionell auf Grund ihrer Verankerung in vielen Teilbereichen der Gesellschaft keinen wirklichen Ort, der sicherstellt, dass Familienorientierung und Familienfreundlichkeit auf allen

administrativen Ebenen der Bundesrepublik bei finanziellen Maßnahmen zumindest geprüft wird.

Diese Kommission geht davon aus, dass eine nachhaltige Familienpolitik in Bezug auf ihre finanziellen Leistungen für Familien am Lebenslauf orientiert sein sollte. Wir haben im Kapitel VI hinreichend deutlich machen können, dass die ökonomische Situation von Familien mit Kindern in erheblichem Umfang dadurch geprägt ist, dass die Eltern in jungen Lebensjahren relativ geringe Einkommen haben und in ihrer Wohlstandsposition gegenüber anderen Lebensphasen der Familienentwicklung sich relativ schlecht stellen. Dies gilt auch insbesondere für allein Erziehende, wie die sehr hohen Zahlen der Kinder unter sieben Jahren in der Sozialhilfe deutlich machen. Demgegenüber stellt sich die familiäre Finanzsituation nach dem 50. Lebensjahr auch für Familien mit mehreren Kindern sehr viel günstiger dar. Dieses gilt auch wiederum für allein Erziehende.

Finanzielle Leistungen für Familien sollten auf Dauer möglichst nicht in eine Fülle von Einzelmaßnahmen zersplittert, sondern möglichst auf wenige Maßnahmen konzentriert werden und sich insbesondere auf jene Familienphasen beziehen, in denen ein besonderer finanzieller Bedarf zu erkennen ist. Langfristig lässt sich ein solches Konzept vermutlich nur realisieren, wenn institutionell gesichert wird, dass auf allen institutionellen Ebenen die Familienfreundlichkeit solcher Maßnahmen einschließlich von Infrastrukturmaßnahmen gegeben ist.

Einkommensabhängiges Elterngeld als am Lebenslauf orientierte Familienpolitik

Am Beispiel des einkommensabhängigen Elterngelds kann man die hier geforderte Neuorientierung familienpolitischer Maßnahmen in Abhängigkeit des Lebenslaufs von Familien sehr deutlich herausarbeiten. Das heutige Elterngeld von 300 Euro ist genauso wie der Mutterschutz eine finanzielle Leistung für Familien, die sich vor allem an junge Erwachsene richtet. Eine Angestellte im öffentlichen Dienst verdient mit 31 Jahren 1 924 Euro und liegt damit über dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von jungen Frauen zwischen 25 und 35 Jahren von 1 695 Euro (EVS 2003, Tabelle A.III.2). Da etwa 40 Prozent (Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2004c, Tabelle A.III.4) dieser jungen Frauen im öffentlichen Dienst oder aber in Einrichtungen beschäftigt sind, die sich nach dem BAT richten, ist es sinnvoll, sich an einem solchen Fall deutlich zu machen, dass in Deutschland anders als in anderen Ländern familiäre Leistungen nicht unter einer Verlaufsperspektive gesehen

Finanzielle Leistungen für Familien sollen sich am Lebenslauf orientieren

Deutsche Familienpolitik formuliert nur wenig langfristige Ziele

Einkommensabhängiges Elterngeld als Beispiel für eine Lebenslauforientierung

werden, sondern – wie es scheint – ad hoc-Entscheidungen darstellen.

Der Blick auf den Mutterschutz als weitere finanzielle Leistung ist deswegen interessant, da alle Arbeitnehmerinnen Anspruch auf Mutterschaftsgeld gegenüber den Krankenkassen bzw. gegen das Bundesversicherungsamt und ggf. Anspruch auf Zuschuss auch gegenüber ihren Arbeitgebern haben. Liegt das durchschnittliche Netto-Arbeitsentgelt höher als 13 Euro pro Tag, das bis zu diesem Betrag die Krankenkassen finanzieren, tritt eine Zuzahlung des privaten oder öffentlichen Arbeitgebers – mit mehr als 20 Beschäftigten – in Kraft, so dass sich eine Mischfinanzierung zwischen Krankenkasse, Bund (Bundesversicherungsamt) und Unternehmen ergibt. Diese seit 1968 bestehende Regelung, die im Juni 2002 dahingehend novelliert wurde, dass für alle Geburten insgesamt eine Mindestschutzzeit für Mütter von 14 Wochen gegeben werden muss, geht als präventiver Schutz für die werdende Mutter und ihr Kind auf das vorletzte Jahrhundert zurück, wo seit 1883 die Frauen eine Ausgleichszahlung von der Krankenkasse in Höhe der Hälfte ihres Tageslohns erhielten. Nach dem Mutterschutz können die jungen Frauen sich für drei Jahre Elternzeit entscheiden. Deren Inanspruchnahme setzt allerdings voraus, dass ein

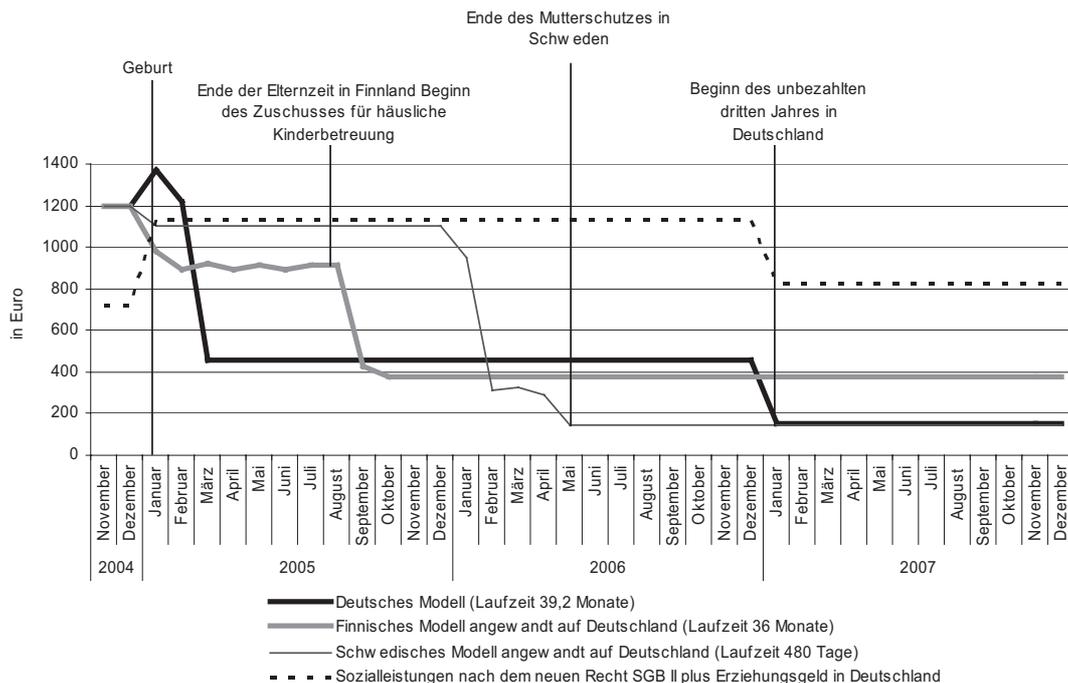
Ehepartner oder Lebensgefährte für den Unterhalt von Mutter und Kind in dieser Zeit aufkommt und wenn das nicht der Fall ist, der Staat als Ersatzunterhaltsverpflichteter in Form der Sozialhilfe die bedürftige Mutter und das Kind unterstützt. Das vom Staat zur Verfügung gestellte Erziehungsgeld von 300 Euro und die 154 Euro Kindergeld reichen jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland nicht zum Lebensunterhalt aus, den Strengmann-Kuhn (2004) für eine allein erziehende Mutter mit einem Kind auf ca. 900 Euro schätzt.

Im Grundsatz handelt es sich bei diesem Modell immer noch um das klassische Modell der Versorgung, das davon ausgeht, dass Mutter und Kind während der Phase der frühesten Kinderbetreuung sich in die ökonomische Abhängigkeit vom Mann begeben oder je nach Bedürftigkeit durch den „Vater Staat“ unterstützt werden. Der Staat wendet hierfür über die Krankenkasse und das Erziehungsgeld circa 6 Milliarden Euro auf. Für soziale Unterstützungsleistungen (Bundesbank 2002) kommen 6,2 Mrd. Euro hinzu (Sozialhilfe, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld). Ausgehend von dem Gehalt BAT VII/31 Jahre, erhält diese Mutter im Laufe von drei Jahren insgesamt 16 080 Euro (siehe Tabelle A.VIII.1 im Anhang). In dieser Summe sind Kindergeld, Lohnersatz

Bisheriges Erziehungsgeld orientiert sich am Modell der Versorgung

Abbildung VIII.3

**Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT VII bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach ausgewählten europäischen Modellen
Fiktiver Geburtstermin 1. Januar 2005**



Quelle: Hans Bertram, eigene Berechnungen

und Erziehungsgeld enthalten. Wie die Grafik „Transferverläufe in den ersten drei Lebensjahren“ (vgl. Abbildungen VIII.3) aber deutlich macht, ist diese Leistung von 16 000 Euro so organisiert, dass bis acht Wochen nach der Geburt des Kindes der ursprüngliche Lebensstandard beibehalten werden kann und dann nur noch etwa ein Drittel des ursprünglichen eigenen Einkommens zur Verfügung steht. Im dritten Jahr steht nur noch das Kindergeld zur Verfügung. Die Sozialhilfe dagegen garantiert in Kombination mit dem Erziehungsgeld ein kontinuierliches selbstständiges, durchschnittliches Einkommen der Mutter, wie es im öffentlichen Dienst nach einer qualifizierten Berufsausbildung und zehn Dienstjahren erreicht werden kann. Dies kommt dadurch zustande, dass zu der Sozialhilfeunterstützung das Erziehungsgeld hinzuaddiert wird, so dass im Ergebnis für zwei Jahre das ursprüngliche Nettoeinkommen von ca. 1 200 Euro erreicht wird. Vergleicht man diese deutsche Konstruktion mit dem schwedischen und finnischen Modell, so kann man sofort in der Abbildung die unterschiedlichen Logiken der familienunterstützenden Systeme erkennen.

Nordeuropäische Modelle des lohnabhängigen Elterngeldes

Beide nordeuropäischen Modelle versuchen den im deutschen Modell staatlich vorgesehenen Achterbahneffekt mit dem Absturz des Einkommens nach acht Wochen dadurch aufzufangen, dass sie von Anfang an nicht das volle Gehalt, sondern in Schweden für 390 Tage 80 Prozent des ursprünglichen Einkommens zahlen, das hier wiederum in Anlehnung an Bat VII berechnet wurde. Am Ende der 390 Tage gibt es noch einmal eine finanzielle sehr knapp bemessene 90-tägige Übergangszeit, die ganz offenkundig mit der Erwartung verknüpft ist, danach in das Erwerbsleben zurückzukehren. Das finnische Modell folgt dieser Logik, ist aber im Grundsatz dem deutschen Modell näher, weil in Finnland nicht 80 Prozent, sondern nur 67 Prozent des ursprünglichen Einkommens gezahlt wird und dies, den Mutterschutz eingeschlossen, nur für neun Monate nach der Geburt. Danach haben die Eltern eine Wahlmöglichkeit: Entweder entscheiden sie sich für die Rückkehr in den Beruf oder aber sie erhalten bis zum 36. Monat 252 Euro Kinderbetreuungsgeld und 90 Euro Kindergeld. Das erhalten sie allerdings nur dann, wenn sie ihre Kinder nicht in eine Betreuungseinrichtung bringen. Dieses Modell ist in Finnland durchaus umstritten, denn damit ist die Vorstellung verbunden, dass der Staat bei einem eigenen Einkommen beider Partner kostengünstige Betreuungseinrichtungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verfügung stellt. Entscheidet man sich, zu Hause zu bleiben und das Kind selbst zu betreuen, werden im Grunde die Kostenersparnisse für den Betreuungsplatz erstattet. Der entscheidende Unterschied zwischen den nordeuro-

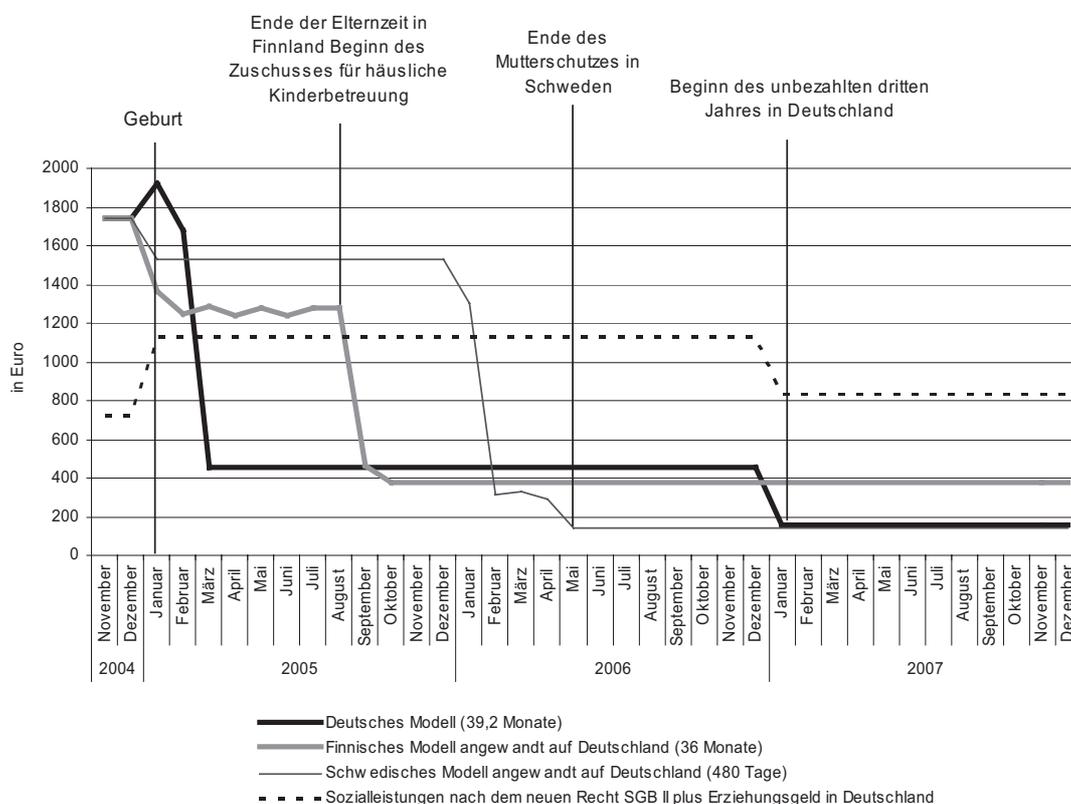
päischen Modellen und dem deutschen Modell ist darin zu sehen, dass in Nordeuropa die zur Verfügung stehenden Mittel an das Einkommen gekoppelt sind und als relative Einkommensanteile über einen längeren Zeitraum gezahlt werden. In Deutschland werden die Mittel zum Teil als Krankheitskosten oder als zeitlich befristete soziale Leistung den Familien zur Verfügung gestellt. Darin spiegeln sich unterschiedliche Logiken wider, die den sozialen Sicherungssystemen zugrunde liegen. So sind im nordischen Modell die entsprechenden Einkommenseinbrüche am Einkommen orientiert. Die im deutschen System gewährte Sozialhilfe ist an der Logik des Bedarfs orientiert, aber in Punkto Kontinuität ist es vergleichbar mit dem in Nordeuropa gewährten Elterngeld. Die deutsche Sozialhilfe entspricht bei einer allein erziehenden Mutter in Kombination mit dem Erziehungsgeld bei dem Fallbeispiel BAT VII dem nordeuropäischen Modell mit einer eigenständigen Einkommenssicherung, wohingegen die verheiratete Mutter nicht nur auf den Mann verwiesen wird, sondern auch einen erheblichen Verlust an Einkommen erleidet. Das Erstaunliche ist, dass die Gesamtkosten pro Mutter mit Kind in Deutschland trotz der erkennbaren Diskontinuitäten kaum geringer sind als in Nordeuropa. Bezogen auf die hier berechnete Gehaltsgruppe kostet das finnische Modell circa 19 000 Euro und das schwedische Modell circa 18 000 Euro. Sie liegen damit leicht über dem deutschen Modell.

Entscheidend in dieser Debatte ist, dass trotz der auch in Schweden gestiegenen Zahlen von Kindern in relativer Armut der Anteil dort mit 3,6 Prozent erheblich unter dem deutschen Anteil mit knapp 12 Prozent liegt (Corak/Fertig/Tamm 2005). In den beiden nordeuropäischen Modellen gibt es starke Anreize, erwerbstätig zu bleiben und damit ein gewisses Einkommenslevel zu halten. Man könnte nun einwenden, dass das ausgewählte Beispiel BAT VII die nordeuropäischen Modelle zu günstig erscheinen lässt. Wir haben deshalb als Vergleichsfall BAT IIa in gleicher Weise durchgerechnet. An der folgenden Abbildung (VIII.4) sieht man, dass sowohl das schwedische wie das finnische Modell aufgrund der kürzeren Bezugsdauer gegenüber der Sozialhilfe nur unwesentlich besser dasteht. Das Nettoeinkommen einer akademisch ausgebildeten Mitarbeiterin des höheren Dienstes liegt bei zirka 1950 Euro, mit der Konsequenz, dass beim finnischen Ansatz (67 Prozent) etwa 1300 Euro gezahlt würden und nach dem schwedischen Modell (80 Prozent) etwa 1500 Euro. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass allein die Familienzulage im öffentlichen Dienst 4 Milliarden Euro beträgt, stünden bei dem hier formulierten Prinzip, dass die Aufwendungen für Familien auf keinen Fall gekürzt werden sollten, erhebliche

Unterschiedliche Logiken des sozialen Sicherungssystems in Nordeuropa und Deutschland

Abbildung VIII.4

Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT IIa bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach ausgewählten europäischen Modellen. Fiktiver Geburtstermin 1. Januar 2005



Quelle: Hans Bertram, eigene Berechnungen

Mittel zur Verfügung. Dabei wurde nicht berücksichtigt, dass durch diese Modelle der Anteil der von der Sozialhilfe unterstützten Frauen deutlich zurückgehen dürfte.

Vergleicht man die verschiedenen familienpolitischen Konzeptionen in den einzelnen Bundesländern, so kann man feststellen, dass Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern oder auch Mecklenburg-Vorpommern, heute schon Zuschüsse zur Finanzierung des dritten Jahres der Elternzeit geben. Würde man das finnische Modell auf Deutschland übertragen und davon ausgehen, dass der Bund nur wie bisher zwei Jahre finanziert und zwar in der Form wie in Finnland, so würden in den ersten neun Monaten einschließlich der Mutterschutzzeit 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens gezahlt und dann bis zum vierundzwanzigsten Monat 245 Euro und die Bundesländer könnten dann, wenn sie das für sinnvoll halten, ähnlich wie in Finnland auch noch im dritten Jahr einen entsprechenden Zuschuss leisten. Wie auch immer man im Einzelnen das Elterngeld ausgestalten will, an diesem Modell wird jedenfalls deutlich, dass drei grund-

legende Prinzipien einer kontinuierlichen auf den Lebenslauf angelegten Familienpolitik realisiert sind. Diese Modelle sichern auf der einen Seite den Kindern die Zeit, die sie als kleine Kinder im Umgang mit ihren Eltern benötigen. Andererseits aber stellen sie, und dies gilt insbesondere für das finnische Modell, den Eltern frei, sich zu entscheiden, auch über die Zeit der Finanzierung hinaus im Rahmen eines Lohnersatzes zuhause zu bleiben. Dabei entspricht die finnische Zeit der deutschen Zeit, sichert aber gleichzeitig für eine bestimmte Zeit die ökonomische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der jungen Mutter und verlangt nicht von ihr, die berufliche Selbstständigkeit aufzugeben.

Die nordeuropäischen Modelle mit ihrer Konzeption eines eigenständigen Einkommens sind eine zukunftsorientierte Variante der ökonomischen Basis von Ehe und Familie. Darüber hinaus sind die nordeuropäischen Modelle so konstruiert, dass Familie und Kinder in die Entscheidungslogik der Lebensläufe junger Erwachsener passen. Wissensgesellschaften, so war unsere Argumentation, können überhaupt nur erfolgreich im

Nordeuropäische Modelle bauen auf eigenständigem Einkommen auf

globalen Wettbewerb konkurrieren, wenn die nachwachsende Generation bereit ist, ihr eigenes Humankapital optimal zu entwickeln und möglichst eigenständige und selbständige Berufsperspektiven aufzubauen. Im deutschen Familienmodell, so wie es sich in den Transferleistungen darstellt, wird implizit davon ausgegangen, dass junge Frauen diese Selbständigkeit, die sie für ein erfolgreiches berufliches Handeln entwickeln sollen, für eine Zeit aufgeben und sich in die Abhängigkeit vom Ehemann oder vom „Vater Staat“ begeben. Dies führt zu einer Abwertung der Fürsorgeleistungen in modernen Gesellschaften, denn in diesem Modell ist Fürsorge als eine Tätigkeit konzipiert, die ökonomische Abhängigkeit – sei es vom Mann oder vom Staat – voraussetzt.

Wir haben im dritten Kapitel deutlich gemacht, dass die Kontinuität der männlichen Erwerbsverläufe nicht mehr gesichert ist und damit das Modell des Hauptnährers infrage gestellt wird, da ökonomische Sicherheit durch das klassische Modell der Versorgerehe so nicht mehr gewährleistet werden kann – was aber die Grundlage für das im Moment bezahlte Erziehungsgeld in Deutschland ist. Die nordeuropäischen Modelle verlangen diesen Wechsel nicht. Sie setzen darauf, dass in der Zeit, wenn Kinder die besondere Zuwendung der Eltern brauchen, die ökonomische Selbstständigkeit weiterhin auf der Basis eines prozentualen Anteils des eigenen Einkommens gesichert ist und man sich danach bewusst für unterschiedliche Lebensoptionen entscheiden kann. Diese Entscheidung wird aber erst nach Geburt des Kindes im Laufe von neun bis 14 Monaten notwendig. Das wird besonders am finnischen Modell deutlich, das beide Optionen, sowohl die Rückkehr in den Beruf oder eine längere Zeit der Kinderbetreuung zuhause offen hält. Diese Vorstellung entspricht auch im Wesentlichen den Ergebnissen von Hakim (2000) und Bertram/Ehlert/Rösler (2005). Sie haben darauf hingewiesen, dass unterschiedliche Vorstellungen über Lebensentwürfe und Lebensvorstellungen dazu führen können, dass ein Teil der Frauen sich auf jeden Fall für eine kontinuierliche Vollerwerbstätigkeit entscheidet, ein anderer Teil sich für die bewusste Hausfrauen- und Mutterrolle entscheidet und der größte Teil ein adaptives Modell präferiert. Die nordeuropäischen Modelle sind dem adaptiven Modell zuzuordnen, am deutlichsten das finnische Modell, da es die Option für Hausfrau und Mutter explizit beinhaltet.

Man sollte bei diesen Modellen und ihren finanziellen Transfers nicht nur die Kleinkindphase betrachten, sondern den gesamten Lebenslauf. So sichern die nordeuropäischen Modelle durch kontinuierliche Erwerbsbiografien eigenständige Ansprüche an der Alterssicherung. Die in Deutschland zu Recht immer wieder diskutierte

Benachteiligung von Müttern, die sich für Kinder entschieden haben und deswegen solche eigenständigen Ansprüche kaum erwerben können, sind in diesen Modellen jedenfalls weniger zu befürchten. Auch sind in den nordeuropäischen Ländern sehr viel höhere Erwerbsquoten der Frauen jenseits von 50 Jahren im Vergleich zu Deutschland zu finden, denn solange die gesamte soziale Sicherung über den Ehemann läuft, gibt es überhaupt keinen Anreiz, auch im höheren Alter eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit auszuüben. Besonders an den nordeuropäischen Modellen ist hervorzuheben, dass die Option, Unterstützung durch den Ehemann oder aber Unterstützung durch die Sozialhilfe zu bekommen, im Grundsatz nicht existiert. Die Modelle sind so angelegt, dass ein Anreiz besteht, die Erwerbstätigkeit aufrechtzuerhalten, selbst wenn man sich in Elternzeit befindet. Ein einkommensabhängiges Elterngeld hat in dieser hier skizzierten Konzeption die gleiche Bedeutung wie die eigene Fortbildung für den Beruf, denn es ist eine Freistellung von der Erwerbsarbeit zur Unterstützung der Entwicklung von Humankapital einer Wissensgesellschaft. Die Mittel für die Finanzierung solcher Modelle sind auch heute schon in den familialen Leistungen für Familien enthalten. Damit wird deutlich, dass es sich weniger um finanzielle als um politische Entscheidungen handelt, wie man mit den vorhandenen Mitteln umgehen will.

Auch könnte die Sozialhilfe auf jene Fälle begrenzt werden, in denen Arbeitslosigkeit oder Notlagen eine Förderung und Unterstützung des Staates notwendig machen. Diese Leistungen ermöglichen, wenn schon ein Kind oder ein zweites Kind da ist, sich für ein weiteres Kind zu entscheiden, da nicht befürchtet werden muss, dass mit einer Person mehr in der Familie jener Achterbahn-Effekt des Einkommens eintritt, der eine auf Dauer angelegte Reduktion des Einkommens nach sich zieht. Wichtiger aber erscheint, dass in die Konzeption des einkommensabhängigen Elterngeldes das Konzept einer Sozialzeit integriert werden kann. Dies ermöglicht eine Finanzierung für Männer oder Frauen, die im Laufe ihres Lebens Fürsorge für andere erbringen wollen oder auch erbringen müssen. Wir haben an mehreren Stellen in diesem Bericht darauf hingewiesen, dass die Unterstützungsleistungen für Angehörige nicht darin bestehen können, sie im fortgeschrittenen Alter dauerhaft zu betreuen und pflegen, sondern dass man eher versuchen sollte, bei kurzfristigen und unvorhergesehenen Notfällen und Krankheiten Unterstützung zu organisieren und auch für eine begrenzte Zeit immer wieder einspringen zu können. Auch wenn in diesem Bericht diese Perspektive nicht bis in alle Einzelheiten ausformuliert werden kann, so könnte aber die Konstruktion des einkommensabhängigen

Einkommensabhängiges Elterngeld unterbricht Logik einer kontinuierlichen Erwerbsbiografie

Nordeuropäische Modelle sichern durch kontinuierliche Erwerbsbiografien eigene Alterssicherung

Elterngeldes ein erster Schritt sein, nicht mehr auf eine kontinuierliche und auf einen bestimmten kurzen Zeitraum festgelegte Erwerbsarbeit insbesondere der männlichen Bevölkerung zu setzen. Vielmehr wird der Blick darauf gelenkt, die zunehmend längeren Lebensläufe so zu organisieren, dass sich unterschiedliche Lebensphasen von Bildung, Fürsorge, ökonomischer Erwerbsarbeit und Erholungsphasen nicht mehr in eine Dreiteilung des Lebenslaufs einfügen müssen, sondern in bunter Abfolge miteinander verknüpft werden können.

Wir haben in dem Szenario zu einer lebenslauforientierten Familienpolitik deutlich gemacht, dass soziale Zeiten mit Erwerbsarbeit und Bildungszeit neu miteinander verbunden werden müssen. Das bedeutet auch, die bisherige normative Vorstellung, dass die erwerbsfreie Zeit am Ende des Lebens eine Belohnung für ein arbeitsreiches Leben darstellt, zu verändern. Bisher sind alle anderen Lebensbereiche und sozialen Sicherungssysteme so organisiert, dass diese Belohnung eintreten kann. Man kann sich jedoch, wie im Szenario „familiäre Lebensläufe“ aufgezeigt, auch soziale Sicherungssysteme vorstellen, die nicht auf die Freistellung von Erwerbsarbeit am Ende des Lebens ausgerichtet sind, sondern ein erfülltes Leben durch eine Kombination unterschiedlicher Lebensphasen ermöglichen. Damit könnten auch noch 67-Jährige oder 68-Jährige einer produktiven Arbeit einschließlich der Erwerbsarbeit nachgehen, aber nicht einfach durch eine Verlängerung des einmal erlernten Berufes vom 25. bis zum 70. Lebensjahr, sondern durch den Wechsel zwischen verschiedenen Berufen auf der Basis neuer Qualifikationen, durch den Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und Fürsorge sowie durch den Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und notwendigen Erholungsphasen.

Dies mag sich gegenwärtig wie eine Utopie anhören, aber es hat in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder Versuche gegeben, solche eher unkonventionellen Formen des Lebenslaufs zu konstruieren. So hatte im Rahmen des Lehrermangels in den sechziger Jahren die damalige Landesregierung NRW Müttern mit Kindern, die Abitur hatten, die Möglichkeit gegeben, sich in Kurzstudiengängen für den Lehrerberuf zu qualifizieren und es wurden dabei erhebliche Erfolge erzielt. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie man sich solche bunte Lebensläufe vorzustellen hat, die mit dem traditionellen Muster der männlichen Biografien nichts mehr zu tun haben. Möglicherweise ist das einkommensabhängige Elterngeld ein erster Schritt in eine solche Richtung, in der nicht allein der so genannte „Lebensabend“, definiert als freie Zeit, finanziert wird, sondern die Wechsel, die im Lebenslauf immer wieder auftreten, mitfinanziert werden könnten. Dieser Wechsel könnte dazu beitragen, das Humankapi-

tal, das Sozialkapital einer Gesellschaft und das individuelle Arbeitsvermögen so zu sichern, dass der Einzelne auch noch im höheren Alter das Gefühl vermittelt bekommt, produktiv zur Entwicklung einer Gesellschaft beitragen zu können. Wir haben uns in diesem Abschnitt über finanzielle Transfers bewusst nur auf eine wichtige Perspektive beschränkt.

Damit wollen wir zeigen, dass eine nachhaltige Familienpolitik – die von der Vorstellung geprägt ist, dass die Mitglieder einer Familie im Laufe ihres Lebens ihre Beziehungen und ihre Leistungen füreinander wie auch für die Gesellschaft immer wieder neu herstellen müssen – durch staatliche Transferleistungen sinnvoll unterstützt werden kann. Dies ist dann möglich, wenn sich die Transferleistungen an diesen prozesshaften Entwicklungen orientieren. Unter einer solchen Verlaufsperspektive könnte dann auch bezüglich des Kindergeldes und des Ehegattensplittings thematisiert und geprüft werden, inwieweit sich diese Maßnahmen in die prozesshafte Entwicklung familialer Herstellungsleistungen sinnvoll einfügen oder nicht. Die gleiche Frage stellt sich hinsichtlich des Unterhaltsrechts, das in Deutschland eine sehr lange Abhängigkeit der Kinder von den Eltern vorsieht. Wir sind fest davon überzeugt, dass aufgrund der gewonnenen Lebensjahre in modernen Gesellschaften die knappen gesellschaftlichen Ressourcen, die zur Förderung von Familien zur Verfügung gestellt werden, auf Dauer nicht anders ausgestaltet werden können, als diesen Lebenslaufsprozess insbesondere in den Übergängen und besonderen Belastungen zu unterstützen. Von einer solchen prozesshaften Betrachtung finanzieller Transfers und der steuerlichen Ausgestaltung von Unterstützungsleistungen für Familien sind wir in der Bundesrepublik noch weit entfernt.

Zur institutionellen Struktur nachhaltiger Familienpolitik

Die Bundesbank hat in ihrer Auflistung auch die Sachleistungen der Gebietskörperschaften für die Kinderbetreuung und die Jugendhilfe als familienbezogene Leistungen aufgelistet. Ein Großteil dieser Leistungen wird aber in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen erbracht, darüber hinaus werden auch noch für einige Leistungen wie die Krankenversicherung Sozialversicherungsbeiträge herangezogen. Eine nachhaltige und verlässliche, d. h. stetige und langfristige Finanzierung familienbezogener Leistungen ist damit nicht zwingend sichergestellt. Einzelne Leistungen sind abhängig von der Kassenlage und der politischen Gewichtung familienbezogener Maßnahmen durch die jeweils zuständigen Akteure. Bereits im Fünften Familienbericht (BMFuS 1994) wird diese Diskontinuität bemängelt. Am Beispiel kommunal finanzierter Leistungen kann

Neuer Lebenslauf
heißt auch Entzer-
rung im Alter

Staatliche Transfer-
leistungen müssten
sich an prozesshafter
Entwicklung orien-
tieren

Nachfrageorientierte Familienpolitik muss sich am regionalen Bedarf ausrichten

gezeigt werden, wie stark deren Leistungsangebot von den Zwängen und Prioritäten kommunaler (Haushalts-) Politik abhängig ist. Dies wird deutlich, wenn man sich die kommunal stark divergierenden Versorgungsquoten mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen vergegenwärtigt. Den Familien in den einzelnen Bundesländern und insbesondere Kommunen stehen unterschiedliche Infrastrukturleistungen zur Verfügung. Dies ist per se kein Befund, den es zu kritisieren gilt. Im Gegenteil: Eine bedarfs- und nachfrageorientierte Familienpolitik sollte sich am regionalen Bedarf und an der regional spezifischen Nachfrage ausrichten. Sie sollte sich aber nicht primär an einer unterschiedlichen politischen Prioritätensetzung und der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen orientieren, was derzeit vielfach der Fall ist. Dieser und anderen bundesdeutschen Realitäten entgegen steht der Anspruch eines in sich konsistenten familienpolitischen Zielsystems und eines darauf abgestimmten familienbezogenen Maßnahmenkatalogs. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sollten die vielfältigen Maßnahmen gebündelt und integriert werden, um ihre Effektivität und Effizienz zu erhöhen. Es müsste gewährleistet sein, dass sie nachhaltig und verlässlich finanziert sind. Eine verlässliche Finanzierung ist eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik.

Reformüberlegungen in Hinblick auf eine Bündelung und Integration familienbezogener Maßnahmen können auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und in Abhängigkeit davon, welches Ziel im Vordergrund der Reformüberlegungen steht, unterschiedlicher Ausprägung sein. Eine Reformoption besteht in einer Bündelung der Maßnahmen auf Bundesebene. Um diesen Gedanken Rechnung zu tragen, könnte es zunächst nahe liegen, familienbezogene Belange bei einem „Bundesamt für familienbezogene Maßnahmen“ anzusiedeln. Es könnte eine ähnliche Struktur wie die derzeit existierenden Bundesämter, etwa das Robert Koch Institut oder das Umweltbundesamt, haben. Diese prüfen im öffentlichen Auftrag umweltbezogene Maßnahmen oder gesundheitsrelevante Produkte, um zu gewährleisten, dass diese „öffentlichen Güter“, wie saubere Luft und sauberes Wasser oder die Gesundheit der Bevölkerung, gesichert werden können. Ähnliche Einrichtungen gibt es auch in anderen föderalen Staaten wie den USA, wo etwa das National Institute for Child Development and Health dafür Sorge trägt, dass nationale Standards geprüft und realisiert werden. Anhand dieses Beispiels kann deutlich gemacht werden, dass damit nicht nur zentralstaatliche Lösungen wie z. B. die Familienkasse in Frankreich verbunden sind, sondern auch mit föderalen Strukturen zu denken sind. Wenn man davon ausgeht, dass die Entwicklung des Humanvermögens und

Modell einer Familienkasse kann auch mit föderalen Strukturen gedacht werden

darauf aufbauend das Humankapital ein öffentliches Gut darstellt, dann ist die gesunde emotionale und soziale Entwicklung von Kindern ein gemeinsames Gut, das auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern und zu schützen ist. Da wir wissen, dass solche Güter in der Regel außerordentlich knapp sind, ähnlich wie das saubere Wasser und die saubere Luft, stellt sich die Frage, ob nicht entsprechend den Vorbildern in anderen Ländern eine zentrale Bundeseinrichtung Qualitätsstandards, zukunftsorientierte Modelle und auch Forschung in diesem Bereich längerfristig koordiniert und gleichzeitig auch unabhängig von der aktuellen Politik diese langfristigen Ziele der Sicherung des Humanvermögens einer Gesellschaft immer wieder auf ihre Realisierungschancen hin überprüfen sollte.

Will man darüber hinaus sicher stellen, dass auch eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung familienbezogener Leistungen gewährleistet ist, die weitgehend unabhängig von der Haushaltslage und politischen Prioritätensetzung ist, so ist es sinnvoll, über institutionelle und organisatorische Konstrukte nachzudenken, die über eigene Finanzmittel verfügen und die unabhängige und selbständige Körperschaften darstellen.

Beispielsweise hat bereits Schreiber (1964) bei seinen Überlegungen zur Ausgestaltung der deutschen Rentenversicherung eine „Kinderkasse“ vorgeschlagen. Der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen hat diese Überlegungen in seinem Gutachten aus dem Jahr 2001 aufgenommen und weiterentwickelt. Er schlägt u. a. auch die Schaffung eines „Familienfonds“ vor, wie auch Schmähl (2004) die Neuschaffung einer Familienkasse vorschlägt. Seine Überlegungen sind vor dem Hintergrund einer Reform der deutschen Rentenversicherung und Pflegeversicherung zu sehen. Auch bei Überlegungen zur Umgestaltung der Gesetzlichen Krankenversicherung kommt vermehrt der Gedanke auf, die dortigen familienbezogene Leistungen über eine „Familienkasse“ zu finanzieren (vgl. Spieß 2004).

In der kontinentaleuropäischen Tradition haben sich parafiskalische Organisationen herausgebildet, die dem Kriterium genügen, dass eine Institution, die gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrnimmt, über eigene Finanzmittel verfügt. Das heißt, Parafisken verfügen über eigene finanzielle Ressourcen und erfüllen eigenständig gesamtgesellschaftliche bzw. gruppenbezogene Aufgaben. Parafisken sind weitgehend unabhängige und selbständige Organisationen. Ein breiter und umfassenderer Ansatz im Kontext familienbezogener Maßnahmen könnte demnach darin bestehen, unterschiedliche familienbezogene Leistungen bei einer parafiskalisch organisierten Familienkasse zu bündeln, abzustimmen und

Möglichkeit einer parafiskalisch orientierten Familienkasse

über diese Familienkasse zu finanzieren. Familienpolitik, die in Deutschland bisher als Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Ministerien auf Bundes- und Landesebene und unterschiedlicher politischer Akteure auf kommunaler Ebene begriffen wird, käme dann ein anderer Stellenwert zu. Familien als Adressaten familienbezogener Politiken hätten mit einer Familienkasse eine Institution, die mit der Umsetzung der Familienpolitik auf Bundesebene betraut ist. Damit wäre eine Integration der bisherigen Querschnittsaufgaben verbunden, die der Familienpolitik auch gesamtgesellschaftlich zu einem größeren Stellenwert verhelfen kann. „Familie“ wäre als eine Einheit auf Bundesebene sichtbar und in ihren Belangen durch eine eigene unabhängige und selbständige Organisation vertreten.

Verschiedene Überlegungen zu einer Familienkasse

Überlegungen zu einer Familienkasse oder ähnlichen organisatorischen und institutionellen Konstrukten existieren in Deutschland seit längerem. Explizit wird das Konzept einer Familienkasse von der Frauenunion gefordert (vgl. die Weimarer Erklärung vom November 2003). In ihrem in Wiesbaden verabschiedeten Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002 sprechen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Bündelung der familienpolitischen Leistungen in einer „Kinderkasse“ aus. Neben der Wissenschaft und den Parteien haben einzelne Verbände Vorstellungen zu Familienkassenmodellen entwickelt. So hat z. B. der Arbeitskreis für Familienhilfe e. V. die Errichtung eines Kinder- und Familienfonds vorgeschlagen (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 1994). Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sprach sich im Jahr 2001 für die Einrichtung einer Familienkasse aus (vgl. Deutscher Städte- und Gemeindebund 2001). Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (vgl. Welskop-Deffaa 2001) fordert eine Familienkasse, aufbauend auf den Ideen von Oswald von Nell-Breuning. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge diskutiert derzeit über konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Familienkasse, die insbesondere auch dazu beitragen soll, dass Familien mehr öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind aktuell ebenfalls Überlegungen im Gange, die Geldzahlungen für Familien neu zu gestalten und dies mit einer Konstruktion ähnlich einer „Familienkasse“ zu verbinden (BMFSFJ 2005a).

Auch in diesem Familienbericht soll und kann es nicht darum gehen, ein im Detail durchkonzipiertes Modell einer Familienkasse vorzuschlagen, vielmehr soll die Richtung für mögliche Lösungsansätze benannt und skizziert werden. Erst dann, wenn ein gesellschaftlicher Konsens für die Einführung einer Familienkasse erzielt ist, kann diese im Detail konzeptionell ausgestaltet

und dann erfolgsversprechend umgesetzt werden. Einige Gestaltungsparameter lassen sich jedoch bereits jetzt diskutieren.

Um eine nachhaltige Finanzierung familienbezogener Leistungen zu gewährleisten, empfiehlt sich die Gründung einer eigenständigen und in weiten Teilen selbständigen Institution. Wie bei Spieß (2004, 2005) weiter ausgeführt spricht Einiges dafür, eine Familienkasse in Form einer eigenständigen parafiskalischen Institution zu etablieren. Dies liegt u. a. darin begründet, dass über Parafisken finanzierte Leistungen im Vergleich zu solchen, die direkt aus den allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden und zum Beispiel durch ein Ministerium verwaltet werden, stetiger fließen. Dies belegen internationale Erfahrungen. Da die Leistungen von Parafisken durch ein separiertes Budget gezahlt werden, erhöht dies für die Leistungsempfänger und -empfängerinnen die Wahrscheinlichkeit einer stetigen und langfristigen Finanzierung. Bei der Frage nach den grundsätzlichen Ausgestaltungsalternativen parafiskalischer Modelle der Familienförderung kann danach unterschieden werden, welches Leistungsspektrum die Familienkasse abdecken sollte. Es ist zu fragen, ob alle familienpolitischen Leistungen bei einer Familienkasse angesiedelt sein sollten oder nur bestimmte Leistungen, wie z. B. die familienbezogenen Maßnahmen im Sozialversicherungssektor oder die beim Bund verankerten familienbezogenen monetären Leistungen. Für einen Einstieg in ein Familienkassenmodell könnte es sinnvoll sein, zunächst nur einen Teil der familienbezogenen Leistungen über eine Familienkasse zu finanzieren. Schrittweise könnte die Eingliederung weiterer Leistungen vorbereitet werden. Die Einbeziehung der transferrechtlichen Maßnahmen in den Leistungskatalog einer Familienkasse ist so z. B. weitgehend unproblematisch.

Parafisken erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer stetigen Finanzierung

Bezüglich der Organisation einer Familienkasse kann unterschieden werden, ob diese zentral oder föderal organisiert ist. Fällt die Entscheidung für eine zentrale Zuständigkeit, so sollte auch im Interesse der Neutralität, der Betonung der Relevanz der Familienförderung und der weitgehenden Unabhängigkeit diese bei einer selbständigen Organisation angesiedelt sein, die als ein eigenständiges Selbstverwaltungsorgan konzipiert ist. Um allerdings eine „Verselbständigung“ einer neuen Verwaltung zu verhindern, sollten gleich zu Anfang sinnvolle Kontrollmechanismen eingeführt werden. Diese Mechanismen sollten auch dem Aufbau von unnötiger Bürokratie durch einen Parafiskus entgegenwirken. Im Weiteren muss die organisatorische Umsetzung einer Familienkasse im Detail weiter geprüft und auch im politischen Prozess sorgfältig diskutiert werden. Es wäre aus heutiger Sicht verfrüht, differenzierte organisatorische Vorschläge zu machen, bevor

andere wichtige Rahmenparameter festgelegt sind.

In der Frage, wie die Finanzierungsseite bzw. Einnahmenseite einer Familienkasse gestaltet ist, liegt eine weitere grundsätzliche Ausgestaltungsoption. Für eine Steuerfinanzierung kommen grundsätzlich die Einkommensteuer und die Mehrwertsteuer in Frage. Eine Finanzierung auf der Basis der Einkommensteuer ist sinnvoll, da sie die steuerliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen auch unter Berücksichtigung familialer Unterhaltsverpflichtungen am genauesten widerspiegelt (vgl. auch Althammer/Romahn 2005, 60). Außerdem ist eine Mischung von Finanzierungsinstrumenten möglich. Dies würde bedeuten, dass sich ein Familienparafiskus sowohl aus Beiträgen als auch aus Steuermitteln finanzieren könnte. Für diese letzte Variante sind die parafiskalischen Modelle der Familienförderung in Frankreich, Belgien und Österreich Beispiele (vgl. Spieß 2004).

**Reformoption
„Familienkasse“
erhöht die
Transparenz famili-
enbezogener
Leistungen**

Abschließend lässt sich zusammenfassen: Mit einer Reformoption „Familienkasse“ würde die Transparenz familienbezogener Leistungen erhöht werden. Die Zusammenfassung familienbezogener Leistungen bei einer Institution würde den Leistungskatalog öffentlich finanzierter familienbezogener Leistungen nicht nur überschaubarer machen, sondern gleichzeitig würde die Höhe der Ausgaben für familienbezogene Leistungen deutlich. Durch die Integration von Einzelleistungen würden sich die Anspruchsvoraussetzungen und Einkommensgrenzen der familienpolitischen Maßnahmen harmonisieren lassen. Die familienbezogenen Leistungen könnten besser aufeinander abgestimmt werden. Damit würde auch die verteilungspolitische Effizienz der Maßnahmen erhöht. Dies ist notwendig und sinnvoll, wenn in einem Föderalstaat der Größe Deutschlands ein System familienbezogener Maßnahmen etabliert wird, das den unterschiedlichsten Bedürfnissen und Bedarfen von Familien gerecht wird.

VIII.5 Szenarien zukünftiger Forschung

Nachhaltige Familienpolitik basiert auf einem Mix von Maßnahmen, die sich auf eine Neustrukturierung der Lebensläufe, der Alltagszeit, der Entwicklung neuer integrierter Infrastrukturen und einer neuen Zusammenarbeit von Eltern, bürgerschaftlich engagierten und professionell ausgebildeten Dienstleistern beziehen. Sie versucht darüber hinaus, staatliche Transferleistungen zielgenau auf der Basis der Sicherung von Teilhabe und Selbstständigkeit der erwachsenen Familienmitglieder neu zu organisieren. Dazu braucht sie eine solide Basis an verfügbaren Daten zur Familienentwicklung und Forschungsergebnisse, die in bestimmten besonders

sensiblen Bereichen, etwa der kindlichen Entwicklung, Hinweise dazu liefern, wie die Qualität der Infrastrukturangebote in postmodernen Gesellschaften so verbessert werden kann, dass kindliche Entwicklungschancen optimiert werden.

Im Laufe der Arbeit an diesem Familienbericht sind wir trotz der großen Unterstützung, die wir vielfältig erfahren haben, an bestimmte Grenzen gestoßen. Einige davon sollen hier skizziert werden, um deutlich zu machen, dass eine nachhaltige Familienpolitik auf Dauer auch eine Evaluation der eigenen Maßnahmen benötigt. Die in diesem Bericht formulierte Perspektive, Familie als einen Entwicklungsprozess zu verstehen, der von den Familienmitgliedern gemeinsam konstruiert wird und der sich ständig mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen muss, konnte auch deswegen durch den ganzen Bericht aufrechterhalten werden, weil es inzwischen in der Bundesrepublik wie in der internationalen Forschung zum Standard gehört, die Dynamik von Lebensläufen und die strukturellen Vorgegebenheiten, durch die Gesellschaften diese Lebensläufe mitorganisieren, zu reflektieren. Das gilt gerade für die demografische Forschung, in der diese Perspektive seit gut 20 Jahren präsent ist, und deren entsprechende Daten unter einer Lebenslaufperspektive aufbereitet sind. Auch haben die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft initiierten und langfristig geförderten Sonderforschungsbereiche sowie die Schwerpunkte in einigen Max-Planck-Instituten viel dazu beigetragen, dass Kenntnisse über die soziale Organisation und institutionelle Struktur von Lebensläufen in Deutschland in ihren Konsequenzen gut aufbereitet sind.

Allerdings ist auch festzustellen, dass diese Verlaufsperspektive in der Aufbereitung der Daten der amtlichen Statistiken im Bereich der Familie noch erheblich verbessert werden könnte. Wenn auch die amtliche Statistik im Wesentlichen Querschnittsdaten erhebt, lassen sich, wie das in einigen Expertisen gezeigt wurde, so z. B. bei Heigl und Eggen, auch amtliche Daten so aufbereiten, dass bestimmte Entwicklungsprozesse in Abhängigkeit vom Lebensalter, dem Familienstand, der Kinderzahl, dem erreichten Ausbildungsabschluss, um nur einige Faktoren zu nennen, quasi längsschnitthaft dargestellt werden können. Was nutzt es, ein Durchschnittseinkommen über alle Altersgruppen zur Berechnung relativer Armut zu Grunde zu legen, wenn schon eine altersspezifische Aufbereitung der Daten zeigt, dass die Einkommensentwicklung im Lebenslauf in der Regel dazu führt, dass die Einkommen dann besonders hoch sind, wenn die Kinder aus dem Haus sind.

Nachhaltige Familienpolitik bedarf der Evaluation der Maßnahmen

In amtlichen Statistiken sind Daten zur Familienentwicklung unterrepräsentiert

Obwohl die amtlichen Statistiken ursprünglich Bevölkerungsstatistiken waren, spielen heute im Mikrozensus die Daten zur Familienentwicklung eine eher untergeordnete Rolle. Es gibt eine Fülle von Daten zu unterschiedlichen Aspekten beruflicher Qualifikationen und Erwerbspositionen, aber eine so einfache Frage, wie viele leibliche Kinder der oder die Befragte hat, gibt es nicht. So lassen sich aktuell in Deutschland keine exakten Angaben darüber machen, wie hoch die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen und Akademikern in einzelnen Regionen ist, weil selbst sehr große empirische Stichproben, wie das SOEP, das jährlich erhoben wird oder der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts, der nur in größeren Zeitabständen erhoben wird, bei einer regionalen Ausdifferenzierung an ihre Grenzen stoßen. Wichtig dabei aber ist, dass z. B. beim Familiensurvey systematisch das Forschungsinteresse auf Männer/Väter gelenkt wird und diese Blickrichtung in der Forschung verstärkt wird. Aufgrund der bisherigen Datenerhebung des Mikrozensus unterschätzt man in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach die Zahl der Mehrkinderfamilien, weil nur die Kinder im Haushalt gezählt werden, nicht aber die bereits ausgezogenen.

Der Bund, die Länder und die Kommunen investieren viel Geld in den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Der Mikrozensus erfasst 2004 letztmalig die Zahl der Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden. Im Mikrozensus 2005 finden sich diese Fragen nicht mehr, obwohl man angesichts der gesellschaftspolitischen Diskussion um die Vereinbarkeit erwarten würde, dass der jährliche Mikrozensus in ähnlicher Genauigkeit wie die französische Statistik die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten und die Entwicklung in diesem Gebiet erfassen würde. Es ist jedenfalls schwer verständlich, dass eigens eine empirische Erhebung (DJI 2005b) durchgeführt werden muss, um wenigstens einigermaßen verlässliche Daten zu erhalten, wie die tatsächliche Nutzung ist, und nicht nur, wie hoch das Angebot ist. Auch wenn die Kommunen im Rahmen des neuen Kinderbetreuungsausbaugesetzes eine jährliche Berichtspflicht über die Angebotsseite haben, bleibt eine Leerstelle dahingehend, dass die private Nutzung der Betreuung nicht erfasst ist. Da der Mikrozensus auf der Basis eines Gesetzes durchgeführt wird, liegt die alleinige Verantwortung hierfür bei den entsprechenden verfassungsrechtlichen Organen, die diese Gesetze verabschieden.

Wir haben in diesem Bericht von der Zeiterhebung des Statistischen Bundesamtes (2004b) außerordentlich profitieren können. Dabei halten wir die dort entwickelte Arbeitsweise der alleinigen Verantwortung für die Durchführung der Untersuchung durch das Statistische Bundesamt mit gleichzeitiger kooperativer Auswertung durch

Gesetzgeber fordert bei Veränderung der amtlichen Statistik

das Statistische Bundesamt und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von Universitäten und anderen Forschungsinstituten für einen zukunftsweisenden Weg für Kooperationsformen zwischen der amtlichen Statistik und der Forschung. Allerdings ist zu fragen, ob angesichts der großen gesellschaftspolitischen Bedeutung der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft auch im Rahmen des Mikrozensus nicht nur die durchschnittliche Arbeitszeit in Haushalt und Familie jährlich erhoben wird, sondern auch die Lage und Organisation der Arbeitszeit. Nach angelsächsischen Studien (Presser 2003) liegt nicht allein in der geleisteten Arbeitszeit, sondern in der Art der Kombination von Arbeitszeiten von Vater und Mutter eines der zentralen Probleme einer Ökonomie der „24 Stunden in sieben Tagen“. Wenn wir aber in diesem Familienbericht stark darauf abgehoben haben, dass Kinder auf die Verlässlichkeit ihrer Eltern angewiesen sind und dies auch dann gilt, wenn ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, scheinen genaue Informationen über diese Probleme von dringender gesellschaftspolitischer Bedeutung zu sein. Uns ist bewusst, dass diese Vorschläge eine gewisse Umstrukturierung des Fragebogens für den Mikrozensus bedeuten. Da amtlicherseits inzwischen eine Fülle von Erhebungen zur Frage von Beruf und Erwerbstätigkeit auf nationaler und europäischer Ebene durchgeführt werden, stellt sich die Frage, ob nicht solche familienbezogenen Themen in Zukunft einen größeren Stellenwert im Mikrozensus haben sollten. Das ist eine politische Frage, und wir hoffen, dass der Gesetzgeber unsere Anregungen konstruktiv aufnimmt.

Trotz dieser Einschränkungen braucht die Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Lebenslaufs und der Zeitverwendung wohl keinen internationalen Vergleich zu fürchten. Das gilt allerdings nicht für die Diskussion um die Bedeutung der Infrastruktur für Kinder, für die kindliche Entwicklung oder um die Evaluation von Qualitätsstandards in diesem Bereich. Dem Leser wird aufgefallen sein, dass wir uns in diesen Bereichen im Wesentlichen auf Daten aus Längsschnitten gestützt haben, die in England und den USA in einer Kooperation zwischen staatlichen Einrichtungen und den Universitäten entwickelt, betreut und ausgewertet wurden. Wir haben zwar in diesem Bericht auf die allgemeinen Ergebnisse hingewiesen, etwa die positiven Effekte, die von einer Frühförderung ausgehen können, wenn Eltern und Einrichtungen in gemeinsamer Verantwortung zum Wohl des Kindes zusammenarbeiten. Wir sind auch davon überzeugt, dass folgender Befund der amerikanischen Akademie der Wissenschaften (Shonkoff/Phillips 2000) auf Deutschland übertragbar ist:

Neue Kooperationsformen zwischen amtlicher Statistik und Forschung

Bedarf an Längsschnitt-Studien im Bereich der kindlichen Entwicklung

Die positive Entwicklung von Kindern hängt nicht nur davon ab, dass die Kinder innerhalb der Familien eine liebevolle und sensible Förderung erfahren, sondern dass auch eine stabile und anregende Umwelt eine solche Entwicklung unterstützt.

Wenn aber die Autoren der weltweit größten Studie zu den Effekten von Tagesbetreuung im Vorschulalter, auf die sich Shonkoff bezieht, feststellen, dass bei den Kindern in ihrem Längsschnitt nach viereinhalb Jahren sowohl Risiken wie auch positive Entwicklungen zu beobachten sind, dann wünscht man sich für Deutschland eine ähnliche Forschungsinfrastruktur wie in den USA. Dabei sind die Risiken im Wesentlichen wohl darauf zurückzuführen, dass die von der amerikanischen kinderärztlichen Vereinigung entwickelten Qualitätsstandards nicht immer eingehalten werden oder möglicherweise zu lange Betreuungszeiten auch zu Verhaltensproblemen führen können, während andererseits auch viele positive Entwicklungsaspekte der kindlichen Entwicklung hervorzuheben sind. Die USA mit ihrer noch stärkeren föderalen Struktur als die Bundesrepublik Deutschland verfügen über ein Nationales Institut für kindliche Entwicklung, das diese Längsschnitte betreut. Diese werden aber nicht allein von diesem Institut konzipiert, sondern von einer großen Gruppe von Universitätsangehörigen, die die Teilprojekte in den einzelnen Staaten dann auch betreuen. Für solche Projekte fehlt in der Bundesrepublik die Infrastruktur, weil sie hierzulande nicht wie in der USA „Big Science“ sind. Wenn aber Kinder die Zukunft einer Gesellschaft bedeuten und das Humanvermögen einer Gesellschaft nicht nur bewahrt, sondern optimal entwickelt werden soll, dann stellt sich allerdings die Frage, warum nicht ein Teil der immensen Mittel, die der Bund beispielsweise der Helmholtz-Gesellschaft zur Verfügung stellt, nicht auch dafür genutzt werden können, ein solches Großprojekt in Deutschland zu starten. In dem können dann Mediziner, Psychologen, Soziologen und Erziehungswissenschaftler sowie Wirtschaftswissenschaftler konstruktiv zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass nicht wie in den USA nur 12 Prozent der Einrichtungen für Kinder eine herausragende Qualität der Betreuung und Unterstützung der kindlichen Entwicklung bescheinigt bekommen (NICHD 2000). Kinder als das größte Zukunftsprojekt unserer Gesellschaft verdienen entsprechende Forschungsanstrengungen zur Zukunftssicherung der Gesellschaft.

Das BMFSFJ hat durch Gutachten, Forschungsinitiativen und wissenschaftliche Berichte den Versuch unternommen, wichtige Fragestellungen aus diesen Themenbereichen aufzubereiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir halten das für sehr wichtig und hilfreich und

glauben, dass es auch nützlich sein könnte, wenn in Zukunft bei großen Verbundprojekten anderer Ministerien, wie etwa im Bereich der Bildung und des Städtebaus wie dem „Projekt Stadt 2030“, eine stärkere Berücksichtigung familienorientierter Fragestellungen gesichert werden könnte und sei es nur dadurch, dass das BMFSFJ in solche Planungen einbezogen wird.

Die Familienberichtskommission begrüßt es außerordentlich, dass neben den Aktivitäten der großen Forschungseinrichtungen, wie etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit der Entwicklung eines Familienpanels, auch private Stiftungen in diesem Bereich enorme Mittel mit sichtbarem Erfolg investieren. So hat die Hertie-Stiftung mit dem „Audit Beruf & Familie“ sicherlich erheblich zur öffentlichen Diskussion der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen und den Wandel der Bedeutung dieses Themas auch für und in Unternehmen positiv gefördert. Auch die Aktivitäten der Bertelsmann-Stiftung zum Vergleich der Leistungen für Familien und Kinder im europäischen Kontext und die Arbeiten der Bosch-Stiftung in diesem Bereich sind ausgewählte Beispiele für das private Stiftungsengagement. Das Engagement dieser privaten Stiftungen im Forschungsbereich erscheint uns auch deswegen so wichtig zu sein, weil diese eher als die großen Forschungseinrichtungen Projekte initiieren können, in denen die Wissenschaft auch anwendungsbezogen arbeitet. So hat die amerikanische Sloan Foundation nach einer fünfjährigen Förderungsperiode von Einrichtungen zur Analyse und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Netzwerk im Internet etabliert, das inzwischen eine Fülle von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen für Entwicklungen in diesem Bereich nutzen, um zu dokumentieren, zu kommentieren und auch über Projekte zu informieren. Das ist nur ein Beispiel für mögliche Initiativen und ein Modell für eine Aufgabe, die sicherlich nicht staatlich, sondern eher zivilgesellschaftlich zu organisieren ist.

Viele dieser Aktivitäten sind in den USA bundesstaatlich angelegt. Das hängt auch damit zusammen, dass viele amerikanische Stiftungen in Größenordnungen wie nur wenige deutsche Stiftungen agieren können. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob nicht ein solches zivilgesellschaftliches Engagement auch in Zukunft verstärkt von Stiftungen in kommunalen und regionalen Kontexten zur Evaluation kommunaler und länderspezifischer Aktivitäten bei der Entwicklung neuer integrativer Infrastrukturen genutzt werden könnte. Stiftungen haben in der Regel ein großes Interesse an einem nachvollziehbaren Effekt der von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel, und so würden kommunale und regionale Evaluationsprogramme dazu beitragen können, dass die gegenwärtig große Vielfalt von Projekten und Pro-

Neue interdisziplinäre Forschungskoperation notwendig

Engagement privater Stiftungen im Forschungsbereich positiv

Forschungsnetzwerke auch verstärkt durch Stiftungen gefordert

grammen nicht als eine vorübergehende Aktivität erscheint. Ähnlich wie bei dem von der Sloan Foundation geförderten Netzwerk können Evaluationen dazu beitragen, dass Projekte, die sich in verschiedenen Kommunen bewährt haben und evaluiert worden sind, als abrufbares Wissen für andere Kommunen zur Verfügung stehen.

Besonders problematisch scheint die aktuelle wissenschaftliche Diskussion und der wissenschaftliche Forschungsstand im Bereich der Konsequenzen ökonomischer Benachteiligung zu sein. Wir haben in diesem Bericht verdeutlicht, dass die Ressourcen von Familien für die Entwicklung ihrer Kinder wie aber auch die Unterstützungsleistungen für Familien durch Kommunen, Länder und den Bund nur in einem gewissen Umfang durch finanzielle Faktoren bestimmt werden können. Die internationale Forschung kann eindeutig zeigen, dass ein ganzes Bündel von Faktoren, die ihrerseits nur teilweise ökonomisch bedingt sind, elterliche und kindliche Ressourcen beeinflussen. Hingegen konzentriert sich die aktuelle deutsche Diskussion fast ausschließlich auf Fragen der ökonomischen Benachteiligung. Diese Verkürzung hängt auch damit zusammen, dass es der deutschen Forschung weder im Bereich der Kindheits- und Sozialisationsforschung noch im Bereich der Familienforschung gelungen ist, das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren, wie etwa Wohnumfeld, vorhandene Infrastruktur, Nachbarschaft, die soziale und kulturelle Entwicklung einer Nachbarschaft in einer Gemeinde, im Rahmen von Forschungsnetzwerken für die familiäre und kindliche Entwicklung zu untersuchen.

Unsere Analysen zu den Polarisierungstendenzen in deutschen Städten und Gemeinden beruhen im Wesentlichen auf demografischen Untersuchungen und Studien zur Entwicklung familialer Lebensformen. Dazu liegen inzwischen von einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen ganz vorzügliche Beiträge vor und viele Kommunen haben entsprechendes Material aufbereitet.

Die Kommission empfiehlt, die im Rahmen des Bundesprogramms Armutsprävention bereits auf den Weg gebrachten Forschungsinitiativen zur Systematisierung und Angleichung der kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung konsequent weiterzuführen. Nur so wird es zukünftig möglich sein, eine verlässliche und interkommunal vergleichbare Datenbasis zur differenzierten Erfassung und Entwicklung von Lebenslagen und Ressourcen einzelner Bevölkerungsgruppen vor Ort zu erhalten, sowie Maßnahmen und Programme zur Minderung defizitärer Lebenslagen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Auch gibt es inzwischen eine Reihe von Forschungsansätzen, die das für die Ebene des Bundes vergleichbar zu etablieren versuchen. So wichtig

und richtig solche Ansätze sind, so fehlt auch hier ein Forschungsprogramm, das die Sozialisations- und Entwicklungseffekte für Kinder und Familien zum Gegenstand hat. Solche Projekte können nicht als Kleinprojekte in einer Stadt initiiert werden, weil erst durch den Vergleich von Quartieren in mehreren Städten die Effekte auch für die familiäre und kindliche Entwicklung geprüft werden können und nur so lässt sich analysieren, ob bestimmte neue Formen von Unterstützungsleistungen im nachbarschaftlichen Kontext einen positiven Effekt auf die Ressourcen von Familien haben. Solche Netzwerke von Wissenschaftlern in verschiedenen Kommunen gibt es bisher in Deutschland nicht.

Bisher fehlen dafür übergreifende Programme und auch eine Infrastruktur, die solche Netzwerke ermöglicht. Zieht man hier wiederum die Vereinigten Staaten als Vergleich heran, dann beteiligen sich dort gerade die Spitzenuniversitäten an solchen Programmen, weil der darin liegende Anwendungsbezug als eine Herausforderung an Forschung und Wissenschaft gesehen wird. Auch ist zu wünschen, dass solche Netzwerke nicht nur im nationalen, sondern im europäischen Kontext gefördert werden, weil dann bestimmte Effekte, die wir in diesem Bericht beispielsweise der schwedischen oder finnischen Familienpolitik oder auch der englischen kindzentrierten Politik zugerechnet haben, mit den Strategien in Deutschland verglichen werden können. Die hier entwickelte Perspektive setzt allerdings zwei Aspekte voraus. Zunächst muss der Anwendungsbezug im Sinne eines sozial-ökologischen Modells nicht nur im Grundsatz akzeptiert sein, sondern auch als ein Kriterium bei der Auswahl von Projekten angewandt werden. Zum Zweiten müssen auf Dauer Strategien entwickelt werden, die über die engen Grenzen einzelner Disziplinen hinaus Forschungsk Kooperationen und Netzwerke dieser Art entstehen lassen. Der große Vorsprung im angelsächsischen Raum liegt nicht zuletzt auch darin begründet, dass dort die verschiedenen Sozialwissenschaften, nämlich Ökonomen, Soziologen, Psychologen und Erziehungswissenschaftler mit Kinderärzten, Gesundheitswissenschaftlern und Stadtforschern in diesem Bereich kooperieren, was in Deutschland eher die Ausnahme als die Regel ist.

Diesen Vorschlägen werden sicherlich viele zustimmen, um sogleich mit dem Ausdruck des Bedauerns darauf hinzuweisen, dass in der gegenwärtigen Zeit für solche Projekte kein Geld vorhanden sei. Die Familienberichtscommission kann aus ihrer Sicht dazu nur konstatieren: Eine solche Einschätzung ist Ausdruck der Tatsache, dass die großen Forschungseinrichtungen, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, die Entwicklung und Förderung von Kindern und Familien in modernen Gesellschaften

Forschungsinitiativen zur Angleichung der kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung konsequent weiterführen

Forschungsprogramm zu Sozialisations- und Entwicklungseffekten für Kinder und Familien notwendig

Entwicklung und Förderung von Kindern und Familien als Zukunftsaufgabe

bis heute nicht als Zukunftsaufgabe begriffen haben, während die Nachhaltigkeit als Basis von Forschungspolitik etwa im Bereich der Klimaforschung längst akzeptiert ist. Erst wenn die großen Forschungseinrichtungen, wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Helmholtz-Gesellschaft, die Leibniz-Gesellschaft oder die Max-Planck-Gesellschaft, die fast ausschließlich aus Bundesmitteln gefördert werden, akzeptieren, dass eine Forschungspolitik, die auch Kinder und Familien als Zukunftsobjekte von Forschung be greift, werden auch in diesem Bereich wegen einer anderen Prioritätensetzung Mittel fließen. Wenn sich der Bund und die Länder soeben darauf verständigt haben, diesen großen Forschungseinrichtungen in Zukunft ein jährliches Steigerungspotenzial von 3 Prozent zuzubilligen, wäre es schon ein großer Erfolg, wenn von diesen zusätzlichen 3 Prozent nur ein halbes Prozent für Forschungsperspektiven, wie sie hier skizziert sind, zusätzlich für kinder- und familienbezogene Fragestellungen zur Verfügung gestellt würden. Das wäre aus unserer Sicht eine wirkliche Zukunftsforschung und eine nachhaltige Investition in Zukunft, die jeder Klimaforschung und jeder Suche nach neuen Technologien nicht nur gleichkommt, sondern vermutlich darüber hinaus erheblich ertragreicher ist. Dadurch könnte das Kernelement einer Gesellschaft, nämlich das Humanvermögen selbst, gesichert und entwickelt werden.

Doch hier sind nach unserer Auffassung nicht nur die großen Forschungseinrichtungen in der Pflicht, sondern auch die Universitäten. In den letzten Jahren und Jahrzehnten haben die Universitäten in Deutschland, die recht frei bei der Entscheidung über die Ausrichtung ihrer Schwerpunkte sind, relativ einstimmig die hier angesprochenen Forschungsbereiche bis auf wenige Ausnahmen deutlich zurückgefahren. Demografie-, Familien-, Bildungs- und Sozialisationsforschung, pädagogische Psychologie und

Erziehungswissenschaften gehören nicht zu den expandierenden Gebieten, sondern fast immer zu den als erstes gekürzten Bereichen. Eine Zukunftsorientierung, wie oben ausgeführt, ist in dieser Art von Universitätspolitik nicht zu erkennen.

Wir fänden es begrüßenswert, wenn sowohl die Forschungspolitik wie auch die Schwerpunktbildung an den einzelnen Universitäten gerade unter der Perspektive von Zukunftsfähigkeit noch einmal daraufhin untersucht würden – insbesondere wenn es um große Investitionen geht – ob und inwieweit die Konzentration auf naturwissenschaftliche Disziplinen als sinnvolle Zukunftsorientierung ausreicht.

Es wäre auch begrüßenswert, wenn sich die wissenschaftlichen Akademien in Deutschland ähnlich wie die amerikanische Akademie der Wissenschaften stärker mit den hier diskutierten Themen befassen könnten, und sei es nur um zu prüfen, ob nicht die Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien und Kindern, die Neuorganisation des Lebenslaufs und der Alltagszeit, die Neukonstituierung von Infrastrukturen und die Verbesserung der Zielgenauigkeit von ökonomischen Transferleistungen die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft deutlich verbessern könnte. Die amerikanische Akademie der Wissenschaften beruft zeitlich befristet zu bestimmten Themen die wichtigsten Kollegen und Kolleginnen der jeweiligen Disziplinen in Arbeitsgruppen, die dann interdisziplinär den Wissensstand aufbereiten. Dort arbeiten dann Biologen, Psychologen, Mediziner, Volkswirte, Soziologen und Pädagogen in einer vorgegebenen Zeit das zentrale Wissen des jeweiligen Themas auf und formulieren Empfehlungen für die politische Praxis. Eine nachhaltige Familienpolitik stellt einen zentralen Bestandteil der Zukunftssicherung unserer modernen Gesellschaft dar, die solcher wissenschaftlicher Anstrengungen bedarf.

Konzentration auf naturwissenschaftliche Themen nicht ausreichend

Literatur

- Abele, Andrea E./Hoff, Ernst-H./Hohner, Hans-Uwe, (Hrsg.). (2003). *Frauen und Männer in akademischen Professionen*. Heidelberg.
- Adam, Barbara (2005). *Das Diktat der Uhr*. Frankfurt/Main.
- Ahlers, Elke/Brussig, Martin (2004). *Gesundheitsbelastungen und Prävention am Arbeitsplatz – WSI-Beschäftigungsfragen 2004*. WSI – Mitteilungen 57(11), 617–624.
- Ahrons, Constance R./Miller, Richard B. (1993). The effect of the postdivorce relationship on personal involvement: A longitudinal relationship. *American Journal of Orthopsychiatry* 63, 441–450.
- Alexander, Duane F./NICHD (2005). *Child Care and Child Development: Results from the NICHD Study of Early Child Care and Youth Development*. New York.
- Allerbeck, Klaus R./Hoag, Wendy J. (1985). *Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven*. München.
- Allmendinger, Jutta (1994). *Lebensverlauf und Sozialpolitik. Die Ungleichheit von Mann und Frau und ihr öffentlicher Ertrag*. Frankfurt/Main.
- Allmendinger, Jutta/Dressel, Kathrin (2005). Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. *IAB Forum*(1), 50–55.
- Alt, Christian (Hrsg.). (2005) *Kinderleben*. Bd. 1 und Bd. 2. Wiesbaden.
- Alt, Christian/Blanke, Karen/Joos, Magdalena (2005). Wege aus der Betreuungskrise? Institutionelle und familiäre Betreuungsarrangements von 5- bis 6-jährigen Kindern. In: Alt, Christian (Hrsg.). *Kinderleben Band 2: Aufwachsen zwischen Freunden und Institutionen*. Wiesbaden, 123–155.
- Althammer, Jörg (2000). *Ökonomische Theorie der Familienpolitik: theoretische und empirische Befunde zu ausgewählten Problemen staatlicher Familienpolitik*. Heidelberg.
- Althammer, Jörg (2003). Gibt es verfassungskonforme Möglichkeiten zur Einschränkung des Ehegattensplittings? *Sozialer Fortschritt* 3(8), 159–162.
- Althammer, Jörg/Romahn, Hajo (2005). *Die Familienkasse – Ziele und Probleme einer Zusammenfassung monetärer familienpolitischer Leistungen*. Gutachten im Auftrag der Frauen Union Deutschlands. Bochum.
- Amato, Paul R. (1999). The postdivorce society: How divorce is shaping the family and other forms of social organization. In: Thompson, Ross A./Amato, Paul R. (Hrsg.). *The postdivorce family*. London.
- Amato, Paul R. (2000). Children of Divorce in the 1990s: An update of the Amato and Keith (1991) Meta-Analysis. *Journal of Family Psychology* 15(3), 355–370.
- Amato, Paul R. (2003). Reconciling divergent perspectives: Judith Wallerstein, quantitative family research and children of divorce. *Family Relations* 52(2), 340–351.
- Amato, Paul R. (2004). Tension between institutional and individual views of Marriage. *Journal of Marriage and Family* 66(4), 959–65.
- Amato, Paul R./Booth, Alan (1997). *A generation at risk: growing up in an era of family upheaval*. Cambridge, MA.
- Amato, Paul R./Gilbreth, Joan G. (1999). ‚Nonresident fathers and children’s wellbeing: a meta-analysis‘. *Journal of Marriage and the Family* (61), 557–573.
- Amato, Paul R./Keith, Bruce (1991). Parental Divorce and the well-being of children: A meta-analysis. *Psychological Bulletin* 110(1), 26–46.
- Andersson, Gunnar (2000). The impact of labor-force participation on childbearing behavior: pro-cyclical fertility in Sweden during the 1980s and 1990s. *European Journal of Population* 16(4), 293–333.
- Andersson, Gunnar/Duvander, Ann-Zofie/Hank, Karsten (2003). Do child care characteristics influence continued childbearing in Sweden? An investigation of the quantity, quality and price Dimension. Rostock.
- Andrä, Helgard. (2000). Begleiterscheinungen und psychosoziale Folgen von Kinderarmut. In: Butterwegge, Christoph (Hrsg.). *Kinderarmut in Deutschland*. Frankfurt/Main, 270–285.
- Antonnen, Anneli/Baldock, John/Sipilä, Jorma (2003). *The young, the old, and the state: social care systems in five industrial nations*. Cheltenham.

- Antonnen, Anneli/Sipilä, Jorma (1996). European Social Care Services: Is it Possible to Identify Models? *Journal of European Social Policy* 6(2), 87–100.
- Anxo, Dominique (2000). Arbeitszeitmuster und Einkommensverteilung von Haushalten im internationalen Vergleich. In: Dingeldey, Irene (Hrsg.). *Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen. Begünstigungen und Belastungen verschiedener familiärer Erwerbsmuster im Ländervergleich*. Opladen, 48–95.
- Aries, Philippe (1978 [1982]). *Geschichte des Todes* [Originaltitel: *L'homme devant la mort*]. München.
- Aries, Philippe (1985). *Geschichte der Kindheit*. München.
- Aries, Philippe/Duby, Georges (1995). *Geschichte des privaten Lebens*. Frankfurt/Main.
- Attias-Donfut, Claudine (1995). Le double circuit des transmissions. In: Attias-Donfut, Claudine (Hrsg.). *Les solidarités entre générations. Vieillesse, familles, État*. Paris, 41–82.
- Bach, Stefan/Buslei, Hermann (2003). Fiskalische Wirkungen einer Reform der Ehegattenbesteuerung. *DIW Wochenbericht*(22), 345–353.
- Bade, Klaus J./Bommers, Michael/Münz, Rainer (2004). *Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven*. Frankfurt/Main.
- Bahle, Thomas. (1995). *Familienpolitik in Westeuropa: Ursprünge und Wandel im internationalen Vergleich*. Frankfurt/Main; New York.
- Barber, Jennifer S./Axinn, William G./Thornton, Arland (2002). The influence of attitudes on family Formation Processes. Brussels.
- Barkholdt, Corinna (2005). Arbeits(zeit)verteilung in der Lebensperspektive. Die Lebenslaufpolitik in den Niederlanden. In: Bsirske, Frank/Mönig-Raane, Magret/Wiedemuth, Jörg/Sterkel, Gabriele (Hrsg.). *Perspektive neuer Zeitverteilung. Logbuch 2 der ver.di-Arbeitszeitalternative: für eine gerechte Verteilung von Arbeit, Zeit und Chancen*. Hamburg, 108–120.
- Bauer, Frank/Munz, Eva (2005). Arbeitszeiten in Deutschland. 40plus und hochflexibel. *WSI-Mitteilungen* 58(1), 40–48.
- Bauereiss, Renate/Bayer, Hiltrud/Bien, Walter (1997). *Familienatlas II: Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Karten und Zahlen*. Opladen.
- Baumert, Jürgen/Artelt, Cordula/Klieme, Eckhard/Neubrand, Michael/Prenzel, Manfred/Schiefele, Ulrich. (2002). *PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*. Opladen.
- Baumert, Jürgen/Klieme, Eckart/Neubrand, Michael/Prenzel, Manfred/Schiefele, Ulrich/Schneider, Wolfgang/Tilmann, Jürgen/Weiß, Manfred (2001). *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen.
- Bauserman, R. (2002). Child adjustment in joint-custody versus sole-custody arrangements: A meta-analytic review. *Journal of Family Psychology* 16(1), 91–102.
- Beblo, Miriam/Wolf, Elke (2002). Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 71 (1), 83–94.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004). *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Frankfurt/Main.
- Becker, Klaus-Peter/Boßdorf, Ursula (1995). *Gesundheitsschutz für Mutter und Kind. Beitrag zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR. Veröffentlichungen/Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft*.
- Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.). (2004). *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*. Wiesbaden.
- Becker-Schmidt, Regina (1995). Von Jungen, die keine Mädchen und Mädchen, die gerne Jungen sein wollten: Geschlechtsspezifische Umwege auf der Suche nach Identität. In: Becker-Schmidt, Regina/Axeli-Knapp, Gudrun (Hrsg.). *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt/Main, 220–246.
- Becker-Schmidt, Regina (2002). Neue Ansprüche, alte Muster in modernen Paarbeziehungen: Anmerkungen zum Diskurs von der Krise der Familie. In: Breitenbach, Eva (Hrsg.). *Geschlechterforschung als Kritik. Zum 60. Geburtstag von Carol Hagemann-White*. Bielefeld, 139–148.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1988). *Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit*. München.
- Beckmann, Petra/Engelbrech, Gerhard (2002). Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinderbetreuung und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen mit Kindern. In: Engelbrech, Gerhard (Hrsg.). *Arbeitsmarktchancen für Frauen*. Nürnberg, 263–281.

- Beelmann, Wolfgang (1994). Stressbelastung und Bewältigungsreaktionen bei der Auseinandersetzung mit einer Trennung vom Ehepartner – eine empirische Langzeitstudie. Regensburg.
- Behnken, Cornelia/Meuser, Michael (2003). Zwei Karrieren, eine Familie – Vereinbarkeitsmanagement bei Doppelkarrierepaaren. Dortmund.
- Behrens, Johann (2001). Was uns vorzeitig „alt aussehen“ lässt. Arbeits- und Laufbahngestaltung – Voraussetzung für eine länger andauernde Erwerbstätigkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 3/4, 14–22.
- Bellah, Robert. N. et al (1991). The Good Society. New York: Alfred A. Knopf.
- Belsky, Jay/Lang, Mary/Rovine, Michael (1985). Stability and change in marriage across the transition to parenthood: A second study. Journal of Marriage and Family 47, 855–866.
- Bengtson, Vern L./Roberts, Robert E. L. (1991). Intergenerational solidarity in aging families: An example of formal theory construction. Journal of Marriage and the Family 53(4), 856–870.
- Bengtson, Vern/Giarrusso, Roseann/Mabry, J. Beth/Silverstein, Merrill (2002). Solidarity, conflict, and ambivalence: Complementary or competing perspectives on intergenerational relationships? Journal of Marriage and the Family 64(3), 558–576.
- Berger, Peter A. (1995). Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung. In: Berger, Peter A./Sopp, Peter (Hrsg.). Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 65–83.
- Berger, Peter A./Sopp, Peter (1992). Bewegtere Zeiten? Zur Differenzierung von Erwerbsverlaufsmustern in Westdeutschland. Zeitschrift für Soziologie 21(2), 166–185.
- Berger, Peter A./Sopp, Peter (Hrsg.) (1995). Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen.
- Berger-Schmitt, Regina (2003). Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen – Analysen zur Betreuung und Pflege alter Menschen in den Ländern der Europäischen Union. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)(29), 12–15.
- Bernheim, B. Douglas /Severinov, Sergei (2000). Bequests as signals: An explanation for the equal division puzzle. Cambridge, MA.
- Berrueta-Clement, John R. (1984). Monographs of the High/Scope Educational Research Foundation. Ypsilanti, Michigan
- Bertaux, Daniel/Bertaux-Wiame, Isabelle (1991). „Was du ererbt von deinen Vätern.“ – Transmissionen und soziale Mobilität über fünf Generationen. BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 4(1), 13–40.
- Bertram, Anthony (1999). Early Excellence Centres: first findings; Autumn 1999. Great Britain. Dept. For Education and Employment.
- Bertram, Anthony D./Pascal, Christine/Bokhari, Sophia/Gasper, Mike/Holtermann, S. (2001). Early Excellence Centre Pilot Programme: First Annual Evaluation Report, 1999–2000. London.
- Bertram, Anthony D./Pascal, Christine/Bokhari, Sophia/Gasper, Mike/Holtermann, S./John, K. (2003). Early Excellence Centre Pilot Programme: Third Annual Evaluation Report, 2001–2002. London.
- Bertram, Hans (1990). Eine sozial-ökologisch orientierte Berichterstattung im Bereich Kindheit, Jugend und Familie. München.
- Bertram, Hans (1993). Kinder brauchen ihren Sinn. Großstadtfamilien in West- und Ostdeutschland. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.). Was für Kinder. Aufwachsen in Deutschland. Ein Handbuch. München, 17–23.
- Bertram, Hans (1997). Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit. Gütersloh.
- Bertram, Hans (2000). Die verborgenen familiären Beziehungen in Deutschland. Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. In: Kohli, Martin/Szydlik, Marc (Hrsg.). Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen, 97–121.
- Bertram, Hans (Hrsg.). (1991). Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen Leske + Budrich.
- Bertram, Hans, (Hrsg.). (1992). Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation. Opladen.
- Bertram, Hans/Bayer, Hiltrud/Bauereiß, Renate (1993). Familien-Atlas: Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Karten und Zahlen. Opladen.
- Bertram, Hans/Ehlert, Nancy/Rösler, Wiebke (2005). Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Berlin.

- Bertram, Hans/Gille, Martina (1990). Zur Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien zum 8. Jugendbericht. München.
- Besharov, Douglas/Samari, Nazanin (2000). Child Care Vouchers and Cash Payments. In: Steuerle, Eugene/Ooms, Van Doorn/Peterson, George/Reischauer, Robert (Hrsg.). Vouchers and the Provision of Public Services. Washington D.C., 195–223.
- Bianchi, Suzanne (2000). Maternal employment and time with children: Dramatic change or surprising continuity? *Demography* 37(4), 401–414.
- Bianchi, Suzanne/Spain, Daphne (1996). Balancing act: Motherhood, marriage, and employment among American women. New York.
- Bielby, William T./Bielby, Denise D. (1992). I will follow him: Family ties, gender-role beliefs, and reluctance to relocate for a better job. *American Journal of Sociology* 97(4), 1241–1267.
- Bien, Walter/Marbach, Jan (2003). Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen.
- Biesecker, Adelheid (1996). Migration, Familienökonomie und Biographie – Zur Entdeckung und Entwicklung von Familienökonomien in den Biographien türkischer Migranten der Zweiten Generation. ÖSO-Forschungsbericht Nr. 1. Bremen.
- Billari, Francesco/Kohler, Hans-Peter (2004). Patterns of low and lowest-low fertility in Europe. *Population Studies* 58(2), 161–76.
- Bird, Katherine (2004). Reconciling work and the family: The Impact of Parental Leave Politics and Occupation on the Female Life Course. Frankfurt/Main.
- Birg, Herwig (2001). Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München.
- Birg, Herwig (2003). Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland – Prognosen und Auswirkungen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (20), 6–17.
- Birg, Herwig (2004). Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren. München.
- Bittman, M. (1999). Parenthood without penalty: time use and public policy in Australia and Finland. *Feminist Economics*, 5, 3, 27–42.
- Bittman, Michael/Rice, James Mahmud (2000). The rush hour: the character of leisure time and gender equity. *Social Forces* 79(1), 165–89.
- Bittman, Michael/Wilkinson, Jennifer (2003). Relatives, friends and strangers: The Links Between Voluntary Activity, Sociability and Care. SPRC Discussion Paper. Sydney.
- Blanke, Karin (2005). Wie viele Stunden sind ein Tag? Institutionelle Betreuungsformen von 8–9-jährigen Schulkindern. In: Alt, Christian (Hrsg.). Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Wiesbaden, 157–181.
- Blau, Peter Michael (1964). Exchange and power in social life. New York.
- Bleich, Christiane (1999). Veränderungen der Paarbeziehungsqualität vor und während der Schwangerschaft sowie nach der Geburt des ersten Kindes. In: Reichle, Barbara/Werneck, Harald (Hrsg.). Übergang zur Elternschaft: Aktuelle Studien zur Bewältigung eines unterschätzten Lebensereignisses. Stuttgart, 167–143.
- Blinkert, Baldo/Klie, Thomas (1999). Pflege im sozialen Wandel. Eine Untersuchung über die Situation von häuslich versorgten Pflegebedürftigen nach Einführung der Pflegeversicherung. Hannover.
- Blinkert, Baldo/Klie, Thomas (2001). Zukünftige Entwicklung des Verhältnisses von professioneller und häuslicher Pflege bei differierenden Arrangements und privaten Ressourcen bis zum Jahr 2050. Freiburg.
- Blossfeld, Hans-Peter (1985). Berufseintritt und Berufsverlauf. Eine Kohortenanalyse über die Bedeutung des ersten Berufs in der Erwerbsbiografie. *MittAB* 18(2), 177–197.
- Bock, Gerda/Duden, Barbara (1977). Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit? Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976, 118–199.
- Bock, Kathrin/Timmermann, Dieter (2000). Wie teuer sind unsere Kindergärten?: eine Untersuchung zu Kosten, Ausstattung und Finanzierung von Kindertageseinrichtungen. Neuwied u. a.
- Böhm, Sabine/Herrmann, Christa/Trinczek, Rainer (2004). Herausforderung Vertrauensarbeitszeit. Zur Kultur und Praxis eines neuen Arbeitszeitmodells. Berlin.
- Böhnisch, Tomke (1999). Gattinnen – die Frauen der Elite. Münster.
- Bonfiglioli, Sandra/Mareggi, Marco (1997). Il tempo e la città fra natura e storia. Atlante di progetti sui temi della città. Rom.
- Bongarts, John (2001). Household size and complexity in the developing world in the 1990s. *Population Studies*(55), 263–79.

- Bonß, Wolfgang/Plum, W. (1990). Gesellschaftliche Differenzierung und sozialpolitische Normalitätsfiktion. Zum theoretischen und empirischen Gehalt von Normalitätsunterstellungen in der Sozialpolitikdiskussion. *Zeitschrift für Sozialreform* 36, 692–715.
- Boos-Nünning, Ursula (2000). Armut von Kindern aus Zuwandererfamilien. In: Butterwegge, Christoph (Hrsg.). *Kinderarmut in Deutschland*. Frankfurt/Main, 150–173.
- Boos-Nünning, Ursula/Karaka, soglu, Yasemin (2005). Viele Welten leben: zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster
- Borchert, Henning/Collatz, Jürgen (1992). Empirische Analyse zu weiblichen Lebenssituationen und Gesundheit. In: Brüderl, Leokadia/Paetzold, Bettina (Hrsg.). *Frauenleben zwischen Beruf und Familie*. Weinheim, 189–209.
- Borkovec, Thomas D. (1994). The Nature, functions, and origins of worry. In: Davey, Graham C. L./Tallis, Frank (Hrsg.). *Worrying – Perspectives on theory, assessment, and treatment*. Chichester, 5–33.
- Born, Claudia (2001). Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im Lebenslaufregime. Weinheim.
- Born, Claudia/Krüger, Helga (2002). Vaterschaft und Väter im Kontext sozialen Wandels. In: Walter, Heinz (Hrsg.). *Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie*. Gießen, 117–143.
- Born, Claudia/Krüger, Helga (Hrsg.) (1993). *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe*. Weinheim.
- Born, Claudia/Krüger, Helga/Lorenz-Meyer, Dagmar (1996). *Der unentdeckte Wandel. Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf*. Berlin.
- Borscheid, Peter (1986). *Geschichte des Alters*. Münster.
- Börsch-Supan, Axel (2003). Gesamtwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels. *IAW-Report*(1), 1–26.
- Börsch-Supan, Axel (2005). *Alterung und Familienpolitik*. Mannheim.
- Bott, Elizabeth (1957). *Family and social networks: Roles, norms, and external relationships in ordinary urban families*. London.
- Bourdieu, Pierre (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.). *Soziale Ungleichheit. Sonderband 2 der Sozialen Welt*. Göttingen, 183–198.
- Bradbury, Bruce/Jenkins, Stephen P./Micklewright, John (2001). The dynamics of child poverty in industrialised countries. How has the notion of social exclusion developed in the European discourse? Plenary paper for the Australian Social Policy Conference. Sydney.
- Bradshaw, Jonathan/Finch, Naomi (2003a). Fertility and supporting the costs of children. Oslo.
- Bradshaw, Jonathan/Finch, Naomi (2003b). Child benefit packages in 22 countries. Antwerpen.
- Braemer, Gudrun (1994). Wandel im Selbstbild des Familiennährers? Reflexionen über 40 Jahre Ehe-, Erwerbs- und Familienleben. Arbeitspapier Nr. 29. Bremen.
- Brandstaetter, Hermann/Wagner, Wolfgang (1994). *Erwerbstätigkeit der Frau und Alltagsbefinden von Ehepartnern im Zeitverlauf*. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 25(2), 126–146.
- Britto, Pia Rebello/Brooks-Gunn, Jeanne (2001). The role of family literacy environments in promoting young children's emerging literacy skills: New Directions for Child and Adolescent Development No 92. San Francisco.
- Brombach, Christine (2003). Das Mahlzeitenverhalten von Familien im Verlauf von drei Generationen. In: infodienst, AID (Hrsg.). *Ernährung im Fokus*. Bonn, 130–134.
- Bronfenbrenner, Urie (1979). Contexts of child rearing: Problems and prospects. *American Psychologist*(34), 844–50.
- Bronfenbrenner, Urie (1981). *Die Ökologie der menschlichen Entwicklung*. Stuttgart.
- Bronfenbrenner, Urie (1986). Ecology of the family as a context for human development: research perspectives. *Developmental Psychology*(22), 723–42.
- Bronfenbrenner, Urie (1995). The bioecological model from a life course perspective: Reflections of a participant observer. In: Moen, Phyllis/Elder, Glen H./Lüscher, Kurt (Hrsg.). *Examining lives in context. Perspectives on the ecology of human development*. Washington, 599–618.
- Bronfenbrenner, Urie/Ceci, Stephen J. (1994). Nature-Nurture reconceptualized in developmental perspective: A bioecological model. *Psychological Review* 101(4), 568–86.

- Bronfenbrenner, Urie/Morris, Pamela (1998). The ecology of developmental processes. In: Lerner, Richard M. (Hrsg.). Handbook of Child Psychology. Fifth Edition Volume 1: Theoretical Models of Human Development. New York, 993–1028.
- Bronfenbrenner, Urie/Sroufe, L. Alan/Cooper, Robert G./DeHart, Ganie/Marshall, Mary E. (1999). Child development: its nature and course. Brantford, Ont.
- Brooks-Gunn, Jeanne/Britto, Pia Rebello (2001). The Role of family literacy environments in promoting young children's emerging literacy skills. New directions for child and adolescent development 92. San Francisco.
- Brooks-Gunn, Jeanne/Fuligni, Alison S./Berlin, Lisa J. (2003). Early child development in the 21. Century. New York.
- Brückner, Margrit (2003). Care. Der gesellschaftliche Umgang mit zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Sorgetätigkeiten. Neue Praxis 33(2), 162–171.
- Brüderl, L./Paetzold, Bettina (Hrsg.) (1992). Frauenleben zwischen Beruf und Familie. Weinheim.
- Bsirske, Frank/Mönig-Raane, Magret/Sterkel, Gabriele/Wiedemuth, Jörg (Hrsg.) (2004). Es ist Zeit: Das Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitalternative. Hamburg.
- Buchanan, James M. (1995). Economic Science and Cultural Diversity. In: Kyklos. International Review for Social Sciences, vol. 48, issue 2, pages 193–200.
- Büchner, Peter (2002). Kindheit und Familie. In: Krüger, Heinz-Hermann/Grunert, Cathleen (Hrsg.). Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Opladen, 475–496.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2004). Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2003a). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland. 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2003b). Leitvision „Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“, verantwortlich Projektteam 2030, Arbeitsstab 2030, Bremen.
- Bundesministerium für Familie und Jugend (BMFJ) (1968). Erster Familienbericht. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn. Drucksache V/ 2532
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2000a). Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege: betriebliche Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2000b). Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Berlin. Drucksache 14/4357.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2001). Materialien zur Familienpolitik Nr. 15. Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“. Bonn/ München.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2002a). Viertes Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2002b). Elfter Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2003). Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004a). Elternschaft und Ausbildung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004b). Erziehungsgeld, Elternzeit. Das Bundeserziehungsgeldgesetz – Regelungen ab 1.1.2004. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004c). 2. Freiwilligensurvey 2004 – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement. Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt. Opladen.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004d). Bericht zur Elternzeit. Berlin.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004e). Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Erste Auswertung einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern oder Pflegeaufgaben. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005a). „Geldzahlungen an Familien übersichtlicher gestalten“ Pressemitteilung 317/2005. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005b). Nationaler Aktionsplan. Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005c, in Vorbereitung). Fünfter Altenbericht: Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFuS) (1994). Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Bonn. Bundestagsdrucksache 12/7560
- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung (BMGS) (2005). Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung (BMGS) (2003). Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission. Bonn.
- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (1975). Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation. Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich der Erziehungs- und Bildungsprozesse der jungen Generation. Bonn. Drucksache 7/3502.
- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (1979). Dritter Familienbericht. Die Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn. Bundestagsdrucksache 8/3120.
- Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) (1990). Achter Jugendbericht. Bonn.
- Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) (1986). Vierter Familienbericht: Die Situation der älteren Menschen in der Familie. Bundestagsdrucksache 10/6145.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2000). Migrationsreport: Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt, M.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2002). Zukunft von Bildung und Arbeit. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung Heft 104.
- Burgess, Ernest W. (1942). *The Family. From institution to companionship*. New York.
- Burkart, Günter (1991). Kohabitation und Individualisierung – Nichteheleiche Paarbeziehungen im kulturellen Wandel. *Zeitschrift für Familienforschung* 3(3), 26–48.
- Burkart, Günter/Kohli, Martin (1992). *Liebe, Ehe, Elternschaft. Die Zukunft der Familie*. München.
- Bürmann, Ilse/Micus-Loos, Christiane (2002). Generationenbeziehungen als Orte der Tradierung und Veränderung von Weiblichkeit. In: Breitenbach, Eva (Hrsg.). *Geschlechterforschung als Kritik. zum 60. Geburtstag von Carol Hagemann-White*. Bielefeld, 101–118.
- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Rasch, Konstanze (2005). *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden.
- Canary, Daniel J./Cupach, William R./Messman, Susan J. (1995). *Relationship conflict – conflict in parent-child, friendship, and romantic relationships*. Thousand Oaks.
- Caplow, Theodore (1982). *Middletown families: Fifty years of change and continuity*. Minneapolis.
- Castles, Francis (1993). *Families of Nations: Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Dartmouth.
- Castles, Francis G. (2004). *The Future of the welfare state. Crisis, myths and realities*. Oxford.
- Chambers, David (1979). *Making fathers pay: The enforcement of child support*. Chicago.
- Cheal, David (2002). *Sociology of family life*. Houndsmills.
- Cherlin, Andrew J. (1996). *Public and private families: an introduction*. Boston.
- Cherlin, Andrew J./Furstenberg, Frank F. (1992). *The new American grandparent. A place in the family, a life apart*. Cambridge.
- Clausen, John (1993). Kontinuität und Wandel in familialen Generationenbeziehungen. In: Lüscher, Kurt/Schultheis, Franz (Hrsg.). *Generationenbeziehungen in „postmodernen“ Gesellschaften. Analysen zum Verhältnis von Individuum, Familie, Staat und Gesellschaft*. Konstanz, 111–124.

- Cleveland, Gordon/Krashinsky, Michael (1998). The benefits and costs of good child care :the economic rationale for public investment in young children. Toronto
- Cochran, Moncrieff (1993). The International Handbook of Child Care Policies and Programs. New York.
- Coleman, David (2003). Massenwanderung und demographischer Wandel. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28(2–4), 183–215.
- Coleman, James (1986). Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen in unpersönlichen Systemen. Weinheim.
- Coleman, James S. (1990). Foundations of social theory. Harvard.
- Corak, Miles/Fertig, Michael/Tamm, Markus (2005). A portrait of child poverty in Germany. Essen.
- Cordon, J.A.Fernandez. (2001). The situation of families in Spain in 2001. Wien.
- Cornelißen, Waltraud /Blanke, Karen (2004). Zeitverwendung von Mädchen und Jungen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, 160–175.
- Cowan, Carolyn P./Cowan, Philip (1992). When partners become parents. The big life change for couples. New York.
- Cowan, Carolyn P./Cowan, Philip (1994). Wenn aus Partnern Eltern werden. Der große Umbruch im Leben des Paares. München.
- Cowan, Philip (1991). Individual and family life transitions. In: Cowan, Philip/Hetherington, Marvis (Hrsg.). Family transitions. Hillsdale, NJ, 3–30.
- Cramm, Cathleen/Blossfeld, Hans- Peter/Drobnic, Sonja (1998). Die Auswirkungen der Doppelbelastung durch Familie und Beruf auf das Krankheitsrisiko von Frauen. Zeitschrift für Soziologie 27(5), 341–357.
- Cuyvers, Peter/Kalle, Pieter (2002). Caring for the next generation. Family life cycle, income and fertility decisions. Brüssel.
- Dahrendorf, Ralf (1965). Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg.
- Dahrendorf, Ralf (1966). Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. Tübingen
- Dahrendorf, Ralf (1967). Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Daly, Kerry (2001). Deconstructing family time. From ideology to lived experience. Journal of Marriage and the Family 63(2), 283–294.
- Daly, Kerry (2003). Family theory versus the theories families live by. Journal of Marriage and Family 65(4), 771–784.
- Daly, Mary (2001). Care policies in Western Europe. In: Daly, Mary (Hrsg.). Care work. The Quest for Security. Geneva: International Labour Office, 33–56.
- Dathe, Dietmar/Schmid, Günther (2000). Dynamik von Dienstleistungen. WZB Mitteilungen(88), 18–22.
- Davies, Karen (1990). Women, time and weaving of the strands of everyday life. Aldershot.
- Del Boca, Daniela/Locatelli, Marilena (2002). Motherhood and workstatus. In: European Commission (Hrsg.). The rational of motherhood choices: influence of employment conditions and of public policies. Brussels, 149–69.
- Delektat, Dietrich (2003). Zur gesundheitlichen Lage von Kindern in Berlin – Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf der Basis der Einschulungsuntersuchungen 2001. Berlin.
- Department for Education and Skills (DfES) (2004). Children Act 2004. London
- Deter, Gerhard (2003). Französische Familienpolitik. Funktion und Arbeitsweise der Caisse Familiale in Frankreich. KAS-Auslandsinformationen, (7), 76–126.
- Dettmer, Susanne/Hoff, Ernst-H. (2005). Berufs- und Karrierekonstellationen in Paarbeziehungen: Segmentation, Integration, Entgrenzung. In: Solga, Heike/Wimbauer, Christine (Hrsg.). „Wenn zwei das Gleiche tun.“ Ideal und Realität sozialer (Un)Gleichheit in Dual Career Couples. Opladen, 53–75.
- Deufel, Konrad/Geißler, Clemens (2003). Gerechtigkeit für Familien. Freiburg.
- Deutsch, Morton/Coleman, Peter T. (2000). The handbook of conflict resolution: theory and practice. San Francisco.
- Deutsche Bundesbank (2002). Monatsbericht April 2002. 54(2).
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (2001). Mit Familien die Zukunft gewinnen! Perspektiven des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Familienpolitik in Deutschland. DStGB-Dokumentation Nr. 20. Berlin.
- Deutsches PISA-Konsortium (2001) (Hrsg.). PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen.

- DeVault, Marjorie L. (1991). *Feeding the family. The social organization of caring as gendered Work*. Chicago.
- Dienel, Christiane (2002). *Familienpolitik: eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme*. Weinheim; München.
- Dienel, Christiane/Gerloff, Antje/Lesske, Loreen (2004). *Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt*. Berlin.
- Dingeldey, Irene (2000) (Hrsg.). *Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen: Begünstigungen und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich*. Opladen
- Dingeldey, Irene (2002a). „Der blinde Fleck“ in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatforschung. Kritik und Erweiterung der Forschungsperspektiven. Bremen.
- Dingeldey, Irene (2002b). Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. *WSI Mitteilungen*(3), 154–161.
- Dingeldey, Irene (2005). Wandel von Governance im Sozialstaat: zur Implementation aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Grossbritannien. Bremen.
- DJI Deutsches Jugendinstitut (1997) (Hrsg.). „Ich könnte alleine für mein Kind nicht so viel machen ...“. Integrationshilfe HIPPI. Ein vorschulisches Förderprogramm für kleine Aussiedler und Ausländer und deren Familien. München.
- DJI Deutsches Jugendinstitut (2005a). *DJI-Jugendsurvey*. München.
- DJI Deutsches Jugendinstitut (2005b). *Kinderbetreuungsstudie*. München.
- DJI Deutsches Jugendinstitut (2005c). *Regionaldatenbank*. München.
- Döge, Peter/Volz, Rainer (2004). Männer – weder Paschas noch Nestflüchter. Aspekte der Zeitverwendung nach den Daten der Zeitbudgetstudie 2001/2002 des Statistischen Bundesamts. *Aus Politik und Zeitgeschichte*(46), 13–23.
- Dohmen, Günther (1999). Das andere Lernen. Für einen entgrenzten Lernbegriff. *Psychologie heute* (10), 46ff.
- Donzelot, Jacques (1977). *La Police des Familles (Critique)*. Paris.
- Donzelot, Jacques (1987). *Die Ordnung der Familie*. Frankfurt/Main.
- Dorbritz, Jürgen/Lengerer, Andrea/Ruckdeschel, Kerstin (2005). *Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken*. Wiesbaden.
- Dorbritz, Jürgen/Otto, Johannes (1999). *Demographie und Politik: Ergebnisse der 32. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft*, Bonn, 20.–22. April 1998. Wiesbaden.
- Dornes, Martin (1993). *Der kompetente Säugling*. Frankfurt/Main.
- Du Bois-Reymond, Manuela./Büchner, Peter/Krüger, Heinz-Hermann/Ecarius, Jutta/Fuhs, Burkhard (1994). *Kinderleben. Modernisierung von Kindheit im interkulturellen Vergleich*. Opladen.
- Dürk, Barbara/Kraus, Karin (Hrsg.). (2000). „Neue Zeitpraxis“ im öffentlichen Dienst. Ein zukunftsweisendes und beteiligungsorientiertes Arbeitszeitprojekt. Stuttgart.
- Eberling, Matthias/Hielscher, Volker/Hildebrandt, Eckart/Jürgens, Kerstin (2004). *Prekäre Balancen. Flexible Arbeitszeiten zwischen betrieblicher Regulierung und individuellen Ansprüchen*. Berlin.
- Ehling, Manfred/Holz, Erlend/Kahle, Irene (2001). Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002. *Wirtschaft und Statistik*(6), 427–436.
- Elder, Glen H jr./Cui, Ming/Conger, Rand D./Bryant, Chalandra M (2002). Parental Behavior and the Quality of Adolescent Friendships: A Social-Contextual Perspective. *Journal of Marriage and the Family*, 2002, 64 (3), 676–689.
- Elder, Glen H. jr./Meier, Artur (1997). *Troubled Times? Bildung und Statuspassagen von Landjugendlichen. Ein interkultureller und historischer Vergleich*. *Berliner Journal für Soziologie* 7(3), 289–305.
- Ellingsaeter, Anne Lise (1998). Dual breadwinner societies: Provider models in the Scandinavian welfare states. *Acta Sociologica* 41(1), 59–73.
- Elschenbroich, Donata (2002). *Weltwissen der Siebenjährigen*. München.
- Emery, Robert E. (1982). Interparental conflict and the children of discord and divorce. *Psychological Bulletin*, 92, 310–330.
- Engelbert, Angelika/Kaufmann, Franz-Xaver (2003). Der Wohlfahrtsstaat und seine Kinder. Bedingungen der Produktion von Humanvermögen. In: Kränzl-Nagl, Renate/Mierendorff, Johanna/Olk, Thomas (Hrsg.). *Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen*. Frankfurt/Main, 59–94.

- Engfer, Annette/Gavranidou, Maria/Heining, Lind (1988). Veränderungen in Ehe und Partnerschaft nach der Geburt von Kindern: Ergebnisse einer Längsschnittstudie. *Verhaltensmodifikation und Verhaltensmedizin* 9, 297–311.
- Enquête-Kommission demographischer Wandel (2002). Schlussbericht: Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Berlin.
- Epstein, Cynthia/Kalleberg, Anne L. (Hrsg.) (2004). *Fighting for time. Shifting boundaries of work and social life*. New York.
- Erler, Gisela (2004). Das postmoderne Kinderbetreuungspuzzle und die Familien in Deutschland. In: Henry-Huthmacher/Huthmacher, Christine (Hrsg.). *Jedes Kind zählt: Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung*. St. Augustin, 12–20.
- Esping-Andersen, Gösta (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge.
- Esping-Andersen, Gösta (1999). *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford.
- Esping-Andersen, Gösta (Hrsg.) (2002). *Why we need a new welfare state*. New York.
- Eurostat (2001). *Europäische Sozialstatistik Bevölkerung 2001*. Luxemburg.
- Eurostat (2002). *Statistisches Jahrbuch 2002*. Luxemburg.
- Eurostat (2004a). *How Europeans spend their time. Everyday life of women and men*. Luxemburg.
- Eurostat (2004b). *Bevölkerungsstatistik*. Luxemburg.
- Evers, Adalbert/Pijl, Marja/Ungerson, Claire, Hrsg. (1994). *Payments for care: A comparative perspective*. Avebury.
- Evers, Adalbert/Zanden, Gerard von der, Hrsg. (1993). *Better Care for dependent people living at home. Meeting the new agenda in services for the elderly*. Bunnik.
- Fagan, Collete (2003). *Working-time preferences and work-life balance in the EU: some policy considerations for enhancing the quality of life*. Dublin.
- Fagnani, Jeanne (2002). *Why do French women have more children than German women? Family policies and attitudes towards childcare outside the home*. *Community, Work and Family* 5(1), 103–120.
- Fahey, Tony/Speder, Zsolt (2004). *Wahrnehmung der Lebensbedingungen in einem erweiterten Europa*. Luxemburg.
- Falk, Susanne (2005). *Geschlechtsspezifische Ungleichheit im Erwerbsverlauf*. Wiesbaden.
- Faulstich-Wieland, Hannelore/Weber, Martina/Willems, Katarina (2004). *Doing Gender im heutigen Schulalltag. Empirische Studien zur sozialen Konstruktion von Geschlecht in schulischen Interaktionen*. Weinheim.
- Feinberg, Sandra (1999). *Including families of children with special needs*. New York.
- Feist, Karen/Raffelhüschen, Bernd (2000). *Möglichkeiten und Grenzen der Generationenbilanzierung*. *Wirtschaftsdienst*(80), 440–447.
- Filipp, Sigrun-Heide/Boll, Thomas (1998). *Konflikte zwischen den Generationen im Erwachsenenalter: Daten zu Verbreitung und Manifestationsformen aus einer Repräsentativerhebung*. *Psychologische Beiträge* 40(3/4), 235–253.
- Finch, Janet/Mason, Jennifer (1990). *Filial obligations and kin support for elderly people*. *Ageing and Society*(10), 151–175.
- Finch, Janet/Mason, Jennifer (1991). *Obligations of kinship in contemporary Britain: is there normative agreement?* *British Journal of Sociology* 42(3), 345–367.
- Flüter-Hoffmann, Christiane /Solbrig, Joan (2003). *Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft?* *IW-Trends* 30(4), 37–46.
- Folbre, Nancy/Bittman, Michael (Hrsg.) (2004). *Family time. The social organization of care*. London.
- Franco, Ana/Winqvist, Karin (2002). *Frauen und Männer, die Arbeit und Familie vereinbaren*. Eurostat: *Statistik kurz gefasst*/9, 1–7.
- Frederic, S. F. (1971). *Physiological reactions induced by grief*. *Omega*(2), 71–75.
- Frick, Joachim (1995). *Zur Messung der Wohnflächenversorgung privater Haushalte mit Hilfe von Äquivalenzskalen*. Bochum.
- Frohn, Hermann (2000). *Ernährungsberichterstattung über „Essen außer Haus“ und Trends bei Großverbrauchern*. In: Köhler, Barbara Maria u. a. (Hrsg.). *Ernährungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, 182–197.
- Fthenakis, Wassilios E. (1985a). *Väter. Zur Vater-Kind-Beziehung in verschiedenen Familienstrukturen*. München.
- Fthenakis, Wassilios E. (1985b). *Väter. Zur Psychologie der Vater-Kind-Beziehung*. München.
- Fthenakis, Wassilios E./Kalicki, Bernhard/Peitz, Gabriele (2002). *Paare werden Eltern. Opladen*.

- Fthenakis, Wassilios E./Minsel, Beate (2002). Die Rolle des Vaters in der Familie. Stuttgart.
- Fukuyama, Francis (2000). Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet. Wien.
- Furstenberg, Frank F. (2004). On the frontier of adulthood: theory, research and public policy. MacArthur Foundation Series. Chicago
- Furstenberg, Frank F., Jr. (1993). How families manage risk and opportunity in dangerous neighborhoods. In: Wilson, William Julius (Hrsg.). *Sociology and the public agenda*. Newbury Park, CA, 231–58.
- Furstenberg, Frank F., Jr. (1996). Family change and family diversity: Accounts of the past and scenarios of the future. Paper presented at the Conference on Common Values, Social Diversity, and Cultural Conflict. Stanford, California.
- Furstenberg, Frank F., Jr./Cook, Thomas D./Eccles, Jacquelynne/Elder, Glen H. Jr. (1999). Managing to make it: Urban families in high-risk neighborhoods. Chicago.
- Gabriel, Karl/Herlth, Alois/Strohmeier, Klaus Peter (1997) (Hrsg.). *Modernität und Solidarität. Konsequenzen gesellschaftlicher Modernisierung*. Festschrift für Franz-Xaver Kaufmann. Freiburg i.Br.
- Galinsky, Ellen A. (1999). Ask the children. What America's children really think about working Parents. New York.
- Gans, Herbert J. (1962). *Urban villagers*. New York.
- Garhammer, Manfred (1999). *Wie Europäer ihre Zeit nutzen. Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung*. Berlin.
- Gatz, Margaret/Bengtson, Vern L./Blum, M. J. (1990). Caregiving families. In: Birren, James. E./Schaie, K. Werner (Hrsg.). *Handbook of the psychology of aging*. San Diego, CA, 404–426.
- Geissler, Birgit (2002). Die Dienstleistungslücke im Haushalt. Der neue Bedarf nach Dienstleistungen und Handlungslogik der privaten Arbeit. In: Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hrsg.). *Weltmarkt Privathaushalt. bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*. Forum Frauenforschung. Münster, 30–49.
- Geißler, Rainer (2005). Bildungsexpansion und Bildungschancen. Informationen zur politischen Bildung (Heft 269).
- Gerhard, Uta/Schütze, Yvonne, Hrsg. (1988). *Frauensituation. Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren*. Frankfurt/Main.
- Gerson, Kathleen (1993). *No man's land. Men's changing commitments to family and work*. New York.
- Gerzer-Sass, Annemarie (2003). Familienkompetenzen – ein Baustein für die berufliche Kompetenz. In: Knauth, Peter/Wollert, Arthur (Hrsg.). *Human Ressource Mangament*. Unterschleißheim.
- Giarrusso, Roseann/Stallings, Michael/Bengtson, Vern L. (1995). The „Intergenerational Stake“ Hypothesis Revisited: Parent-Child Differences in Perceptions of Relationships 20 Years Later. In: Bengtson, Vern L./Warner Schaie, K./Burton, Linda M. (Hrsg.). *Adult intergenerational relations – effects of societal change*. New York, 227–263.
- Giddens, Anthony (1996). *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/Main.
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2002). Befristete Beschäftigung. Chance oder Risiko? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(1), 85–108.
- Gille, Martina/Marbach, Jan (2004). Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.). *Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung*. Wiesbaden, 86–113.
- Gloger-Tippelt, Gabriele/Huerkamp, M. (1998). Relationship change at the transition to parenthood and security of infant-mother attachment. *International Journal of Behavioral Development* 22(3), 633–655.
- Gloger-Tippelt, Gabriele/Rapkowitz, I./Freudenberg, I./Maier, S. (1995). Veränderungen der Partnerschaft nach der Geburt des ersten Kindes: Ein Vergleich von Eltern und kinderlosen Paaren. *Psychologie in Erziehung und Unterricht* 42, 255–269.
- Goering, John/Feins, Judith D., Hrsg. (2003). *Choosing a better life? Evaluating the moving to opportunity social experiment*. Washington, D.C.
- Goldstein, Joshua/Lutz, Wolfgang/Testa, Maria Rita (2003). The Emergence of sub-replacement family size ideals in europe. *Population Research and Policy Review* 22, 479–96.
- Goode, William Josiah (1966). *Worldrevolution and family patterns*. New York.
- Goodman, Roger/ Peng, Ito (1996). *The East Asian Welfare States. Peripatetic Learning, Adaptive Change, and Nation-Building*. In:

- Esping-Andersen, Gösta. *Welfare States in Transition*. Thousand Oaks, CA, 192–224.
- Görner, Regina (2004). Referat zum Thema „Zeit für Pflege – Zeit für Familien. Bausteine einer familiengerechten solidarischen Pflege- und Sozialpolitik. Bonn.
- Gornick, Janet C./Meyers, Marcia K. (2003a). *Welfare Regimes in relation to paid work and care*. Netherlands.
- Gornick, Janet C./Meyers, Marcia K. (2003b). *Families that work. Policies for reconciling parenthood and employment*. New York.
- Gornick, Janet C./Meyers, Marcia K. (2004). *Welfare Regimes in Relation to Paid Work and Care*. In: *Advances in Life Course Research*, 2004, 8, 45–67.
- Gottman, John M. (1993a). The roles of conflict engagement, escalation, and avoidance in marital interaction: A longitudinal view of five types of couples. *Journal of Consulting and Clinical Psychology* 61, 6–15.
- Gottman, John M. (1993b). A theory of marital dissolution and stability. *Journal of Family Psychology* 7, 57–75.
- Gottman, John M. (1994). What predicts divorce: The relationship between marital processes and marital outcomes. Hillsdale, NJ.
- Gräbe, Sylvia/Ott, Erich (2003). ‚Man muss alles doppelt haben.‘ Wochenpendler mit Zweithaushalt am Arbeitsort. Münster.
- Graf, Johanna (2002). Wenn Partner Eltern werden. Weinheim.
- Gräbel, Elmar (1998). Belastung und gesundheitliche Situation der Pflegenden: Querschnittuntersuchung zur häuslichen Pflege bei chronischem Hilfs- oder Pflegebedarf im Alter. Egelsbach u. a.
- Greenstein, Theodore N. (1995). Gender ideology, marital disruption, and the employment of married women. *Journal of Marriage and Family* 57(1), 31–42.
- Greenstein, Theodore N. (1996). Husbands' participation in domestic labor: Interactive effects of wives' and husbands' gender ideologies. *Journal of Marriage and Family* 58, 585–595.
- Grossmann, Karin (2005). Frühe Bindungen und psychische Sicherheit bis ins junge Erwachsenenalter. *Frühförderung Interdisziplinär* 24, 55–64.
- Grossmann, Karin/Grossmann, Klaus E. (2004). Bindungen – das Gefüge psychischer Sicherheit. Stuttgart.
- Gullestad, Marianne/Segalen, Martin, Hrsg. (1997). *Family and Kinship in Europe (Social Change in Western Europe)*. London.
- Gustafsson, S. S./Kenjoh, Eiko/Wetzels, Cécile M. M. P. (2002). Postponement of maternity and the duration of time spent at home after first birth: panel data analyses comparing Germany, Great Britain, the Netherlands and Sweden. *Labour Market and Social Policy – Occasional Papers* 59(24).
- Gysi, Jutta/Hempel, Ursula/Meyer, Dagmar/Staufenbiel, Nikolai (1990). Die Zukunft von Familie und Ehe, Familienpolitik und Familienforschung in der DDR. *Burkart*, 33–41.
- Hagemann-White, Carol (1994). Der Umgang mit Zweigeschlechtlichkeit als Forschungsaufgabe. In: Diezinger, Angelika/Kitzer, Hedwig/Anker, Ingrid/Odierna, Simone/Haas, Erika/Bingel, Irma (Hrsg.). *Erfahrung mit Methode. Wege sozialwissenschaftlicher Frauenforschung*. Freiburg i. Br., 301–318.
- Hagestad, Gunhild O. (1987). Families in an Aging Society – Recent Changes in the Life Course and Socialization Experiences of Adults. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 7(2), 148–160.
- Hahlweg, Kurt/Baucom, Donald H./Bastine, Reiner/Markman, Howard J. (1998). Einführung. In: Hahlweg, Kurt/Baucom, Donald H./Bastine, Reiner/Markman, Howard J. (Hrsg.). *Prävention von Trennung und Scheidung. Internationale Ansätze zur Prädiktion und Prävention von Beziehungsstörungen*. Stuttgart, 9–12.
- Hahlweg, Kurt/Schindler, Ludwig/Revenstorf, Dirk (1982). *Partnerschaftsprobleme: Diagnose und Therapie*. Berlin.
- Haipeter, Thomas/Lehndorff, Steffen (2004). *Atmende Betriebe, atemlose Beschäftigte. Erfahrungen mit neuartigen Formen betrieblicher Arbeitszeitregulierung*. Berlin.
- Hakim, Catherine (2000). *Work-Lifestyle Choices in the 21st Century: Preference Theory*. Oxford.
- Hakim, Catherine (2001). ‚Alternative European models of women's Roles in the family and the labour market.‘ In: Haller, Max (Hrsg.). *The Making of the European Union – Contributions of the Social Sciences*. Berlin, 265–286.
- Hakim, Catherine (2003). *Competing family models, competing social policies*. Paper presented to the annual conference of the Australian Institute for Family Studies. Sydney.

- Halbwachs, Maurice (1925). *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Berlin.
- Halpern, James (1994). *The Sandwich Generation: Conflicts between adult children and their aging parents*. In: Cahn, Dudley D. (Hrsg.). *Conflict in personal relationships*. Hillsdale, New York, 143–160.
- Han, Wen-Jui (2005). *Maternal nonstandard work schedules and child cognitive outcomes*. *Child Development* 76(1), 137–154.
- Handl, Johann (1988). *Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen. Empirische Untersuchungen zu Prozessen sozialer Mobilität*. Frankfurt/Main.
- Hank, Karsten/Tölke, Angelika (2005). *Männer, das vernachlässigte Geschlecht in der Familienforschung: Untersuchungen zu Partnerschaft und Elternschaft bei Männern*. In: Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hrsg.). *Männer – das vernachlässigte Geschlecht in der Familienforschung*. Wiesbaden, 7–17.
- Hareven, Tamara (1999). *Families, History, and Social Change: Life-Course and Cross-Cultural Perspectives*. Boulder.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1995). *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt/Main.
- Heiliger, Anita (2002). *Mädchenarbeit im Gendermainstream. Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion*. München.
- Heinz, Walter R. (2003). *From work trajectories to negotiated careers*. In: Mortimer, Jeylan T./Shanahan, Michael J. (Hrsg.). *Handbook of the life course*. New York u. a., 185–204.
- Heinz, Walter R./Marshall, Victor W. (2003). *Social dynamics of the life course: transitions, institutions, and interrelations*. New York
- Heitkamp, Thorsten (2002). *Motivlagen der Stadt-Umland-Wanderung und Tendenzen der zukünftigen Wohnungsnachfrage. Informationen zur Raumentwicklung(3)*, 163–173.
- Heitkötter, Martina (2001). *ZeitBüros als lokale Akteure örtlicher Zeitgestaltung – auch zukünftige Partner der Gewerkschaften. Reflexionen anhand des ersten deutschen ZeitBüros in Bremen-Vegesack*. In: Steinrücke, Margareta/Spitzley, Helmut/Raasch, Sibylle/Mückenberger, Ulrich/Hildebrandt, Eckart (Hrsg.). *Neue Zeiten – neue Gewerkschaften. Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik*. Berlin.
- Heitkötter, Martina/Schneider, Manuel (2004). *Zeitpolitisches Glossar. Grundbegriffe – Fehler – Instrumente – Strategien*. München.
- Heitkötter, Martina/Schröder, Delia (2005, in Vorbereitung). *Ein Blick auf die Gründungsprozesse Lokaler Bündnisse für Familie. Ausgewählte Ergebnisse der repräsentativen Bündnisbefragung am Deutschen Jugendinstitut*. WSI-Mitteilungen.
- Helfferrich, Cornelia/Klindworth, Heike/Krumm, Silvia/Walter, Wolfgang (2004). *Familienentwicklung als Transformation von Männlichkeit: Retrospektive Deutungen der Gestalt und der Gestaltung der Familienbiographie von Männern mit Hauptschulabschluss*. In: Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hrsg.). *Zeitschrift für Familienforschung. Sonderheft 4*. Wiesbaden, 73–99.
- Helfferrich, Cornelia/Klindworth, Heike/Wunderlich, Holger (2004). *Männer leben: Studie zu Lebensläufen und Familienplanung im Auftrag der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung*. Köln.
- Helwig, Gisela (1997). *Frauen in Deutschland: 1945–1992*. Bonn.
- Hengst, Heinz/Zeiher, Helga (Hrsg.) (2005). *Kindheit soziologisch*. Wiesbaden.
- Hennig, Marina (2005 i.V.). *Individuen und ihre sozialen Beziehungen. Ein netzwerktheoretischer Beitrag zur Überwindung der Gemeinschaft-Gesellschaft-Dichotomie*. Wiesbaden.
- Herrmann, Christa (2005). *Selbstorganisierte Entgrenzung der Arbeitszeit? Flexible Arbeitszeiten und neue Formen der Arbeitsorganisation*. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.). *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt/Main, 216–244.
- Hertz, Rosanna (1986). *More equal than others. Women and men in dual-career marriages*. Berkeley/CA.
- Hesch, Gerhard (1997). *Das Menschenbild neuer Organisationsformen. Mitarbeiter und Manager im Unternehmen der Zukunft*. Wiesbaden.
- Hess, Doris/Hartenstein, Wolfgang/Smid, Menno (1991). *Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Familie*. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 24, 178–192.
- Hetherington, E. Mavis (2003). *Intimate pathways: Changing patterns in close personal relationships across time*. *Family Relations* 4, 318–333.
- Hetherington, E. Mavis/Kelly, John (2002). *For better or for worse – Divorce reconsidered*. New York.

- Heublein, Ulrich/Spangenberg, Heike/Sommer, Dieter (2003). Ursachen des Studienabbruchs. Analyse 2002. Hochschulplanung 163. Hannover.
- Hielscher, Volker (2005). Die Unpünktlichkeit der Arbeit. Individuelle Zeitarrangements in der Ambivalenz flexibler Arbeitszeit. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.). Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt/Main, 286–303.
- Hillmert, Steffen (2001). Ausbildungssysteme und Arbeitsmarkt: Lebensverläufe in Großbritannien und Deutschland im Kohortenvergleich. Studien zur Sozialwissenschaft; Bd. 212. Wiesbaden
- Hillmert, Steffen/Mayer, Karl-Ulrich (Hrsg.) (2004). Geboren 1964 und 1971. Wiesbaden.
- Hinz, Thomas/Gartner, Hermann (2005). Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Branchen, Berufen und Betrieben. Zeitschrift für Soziologie 34(1), 22–39.
- Hislop, Jenny/Arber, Sarah (2003). „Sleepers Wake! The Gendered Nature of Sleep Disruption Among Mid-life Women“. Sociology 37(4), 695–711.
- Hochschild, Arlie Russell (2003a). The Managed Heart: Commercialization of Human Feeling. Twentieth Anniversary Edition. Berkeley.
- Hochschild, Arlie (2003b). The Commercialization of Intimate Life: Notes from Home and Work. Berkeley.
- Hochschild, Arlie (2004). Die Warenfront – Zur Kommerzialisierung des privaten Lebens. Familiendynamik 29(3), 185–207.
- Hochschild, Arlie R. (1989). The Second Shift: Working Parents and the Revolution at Home. New York.
- Hochschild, Arlie R. (1994). Understanding the Future of Fatherhood: The „Daddy Hierarchy“ and Beyond. Tijdschrift Voor Vrouwenstudies 15(4), 455–66.
- Hochschild, Arlie R. (1997). The Time Bind: When Work Becomes and Home Becomes Work. New York.
- Hochschild, Arlie R./Machung, Anne (1990). Der 48-Stunden-Tag. Wege aus dem Dilemma berufstätiger Eltern. Wien.
- Hochschild, Arlie Russel (2002). Taking Care. The American Prospect 13(7).
- Hoem, Britta/Hoem, Jan M. (1996). Sweden’s family policies and rollercoaster fertility. Journal of Population Problems 52, 1–22.
- Hoem, Jan M. (2005). Why does Sweden have such a high fertility? Rostock.
- Hoerning, Erika M. (1989). Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung. In: Alheit, Peter/Hoerning, Erika M. (Hrsg.). Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung. Frankfurt/Main, 148–163.
- Hofbauer, Hans (1979). Zum Erwerbsverhalten verheirateter Frauen. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung(2), 217–240.
- Hoff, Ernst-Hartmut/Theobald, Hildegard/Hörmann-Lecher, Ulrike (1992). Sozialisation als Integration von Lebenssphären. In: Krell, Gertraude/Osterloh, Margit (Hrsg.). Personalpolitik aus der Sicht von Frauen – Frauen aus der Sicht der Personalpolitik. Was kann die Personalforschung von der Frauenforschung lernen? München, 430–447.
- Hofferth, Sandra L. /Sandberg, J. (1998). Changes in American Children’s Time, 1981–1997. Ann Arbor, MI.
- Hoffmann-Novotney, Hans Joachim (1995). Die Zukunft der Familie – Die Familie der Zukunft. In: Gerhardt, Uta/Hardil, Stefan/Lucke, Doris/Nauck, Bernhard (Hrsg.). Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen. Opladen, 325–348.
- Höhn, Charlotte (1980). Rechtliche und demographische Einflüsse auf die Entwicklung der Ehescheidung seit 1946. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 6, 335–371.
- Höhn, Charlotte (1989). Demographische Trends in Europa seit dem 2. Weltkrieg. In: Nave-Herz, Rosemarie/Markefka, Manfred (Hrsg.). Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Neuwied, 133–175.
- Holst, Elke/Trzcinski, Eileen (2003). High satisfaction among mothers who work part-time. Economic Bulletin 40, 327–332.
- Holtkamp, Rolf/Fischer-Bluhm, Karin/Huber, Ludwig (1986). Junge Wissenschaftler an der Hochschule. Bericht der Arbeitsgruppe „Lage und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Frankfurt/Main.
- Holz, Gerda (2003). Ein Teufelskreis. Armut von Kindern verengt Zukunftsperspektiven und schränkt die Bildungschancen ein. Frankfurt/Main.
- Höpflinger, Francois (2004). Beziehungen im höheren Lebensalter – demografische Grundlagen. Papier zur Sommerakademie zur Gerontologie „Soziale Beziehungen im Alter“. Zürich.

- Hörl, Josef/Schimany, Peter (2004). Gewalt gegen pflegebedürftige alte Menschen in der Familie. Ein Zukunftsthema für die Generationenbeziehungen? *Zeitschrift für Familienforschung* 15(2), 194–215.
- Horstmann, Sabine (1996). Kindererziehung und Alterssicherung. Verteilungspolitische Aspekte ausgewählter Reformvorschläge zu einer familienorientierten Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung. Graf-schaft.
- Hössl, Alfred (1999). Können Kinder da noch mitreden? Kriterien für Bedarf und Nutzung von Kindertageseinrichtungen. In: Hössl, Alfred/Kellermann, Doris/Lipski, Jens/Pelzer, Susanne (Hrsg.). *Kein lieber im Hort oder zu Hause? Eine Studie zur Nachmittagsbetreuung von Schulkindern*. München, 97–112.
- Höyng, Stefan/Lange, Ralf (2004). Gender Mainstreaming – ein Ansatz zur Auflösung männerbündischer Arbeits- und Organisationskultur? In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hrsg.). *Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente*. Bonn, 286–303.
- Hradil, Stefan (1992). Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29/30, 3–14.
- Hübinger, Werner (1999). Spaltet eine Wohlstandswelle die Gesellschaft? *Aus Politik und Zeitgeschichte* (18/99), 18–26.
- Huinink, Johannes (1989). Ausbildung, Erwerbsbeteiligung von Frauen und Familienbildung im Kohortenvergleich. Frankfurt/Main.
- Hurrelmann, Klaus/Albert, Matthias (2002). *Jugend 2002*. 14. Shell-Studie. Frankfurt/Main.
- Huster, Ernst-Ulrich (2003). Kinderarmut in Deutschland – Zentrale Ergebnisse der AWO/ISS-Studie ‚Gute Kindheit – Schlechte Kindheit?‘ *Sozialer Fortschritt* 52(1), 10–17.
- Huston, Aletha/Rosenkrantz-Aronson, Stacey (2005). Mothers Time with Infant and Time in Employment as Predictors of Mother-Child Relationships and Children’s Early Development. *Child Development* 76(2), 467–482.
- Hutten, Jack B. F./Kerkstra, Ada (1996). *Home Care in Europe. A Countryspecific Guide to its Organisations and Financing*. Aldershot.
- Iacovou, Maria (2001). *Leaving Home in the European Union*. Essex.
- Iacovou, Maria/Berthoud, Richard (2003). Employment and Poverty Among Young People: a European Perspective. *Representing Children* 15(4), 258–271.
- Imhof, Artur C. (1981). *Die gewonnenen Jahre: Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit 300 Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. Ein historischer Essay*. München.
- Institut für Demoskopie, Allensbach (2004). Ein Herz für Kinder im Auftrag von Bild, zitiert nach der Zusammenfassung. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 24(1), 104.
- Institut für Demoskopie, Allensbach (1994). *Einstellungen der Bevölkerung zur Errichtung eines Kinder- und Familienfonds. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Allensbach am Bodensee.
- Jacob, Marita (2004). Hält ‚doppelt gemoppelt‘ wirklich besser? Mehrfachausbildungen sind bei uns durchaus üblich – Höherqualifizierungen verstärken bestehende Ungleichheiten. IAB Kurzbericht 16. Nürnberg.
- Jacobs, Kerry A./Gerson, Kathleen (2004). *The time divide. Work, family, and gender Inequality*. Cambridge.
- Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul Felix/Zeisel, Hans (1975 (1933)). *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*. Frankfurt/Main.
- Jampert, Karin/Janke, Dirk/Peucker, Christian/Zehnauer, Anne (2003). *Familie, Kinder, Beruf: Familienunterstützende Kinderbetreuungsangebote in der Praxis*. München.
- Jani-Le Bris, Hannelore (1993). *Family care of dependent older people in the european community*. Dublin.
- Jenkins, Jennifer (2000). Marital conflict and children’s emotion: The development of an anger organization. *Journal of Marriage and Family* 62(4), 723–736.
- Johnson, Colleen L. (1985). Grandparenting options in divorcing families: An anthropological perspective. In: Bengston, Vern. L./Robertson, Joan. F. (Hrsg.). *Grandparenthood*. Beverly Hills, 81–96.
- Joos, Magdalena (2003). Der Umbau des Sozialstaates und Konsequenzen für die Konstituierung von Kindheit – diskutiert am Beispiel des Gutscheinmodells für Kindertageseinrichtungen. In: Kränzl-Nagl, Renate/Mierendorff, Johanna/Olk, Thomas (Hrsg.). *Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen*. Frankfurt/Main, 121–150.

- Jurczyk, Karin (2001). Zeithandeln. Moderne Lebensführung, Geschlecht und der Umgang mit Zeit. unveröff. Manuskript, Gießen.
- Jurczyk, Karin/Kudera, Werner (1991). Verfügung über Zeit? Die ganz unterschiedlichen Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf die Lebensführung. In: Flecker, Jörg/Schienstock, Gerd (Hrsg.). Flexibilisierung, Deregulierung und Globalisierung. München.
- Jurczyk, Karin/Lange, Andreas (2002). Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neue Entwicklungen, alte Konzepte. Diskurs 12(3), 9–16.
- Jurczyk, Karin/Rauschenbach, Thomas/Tietze, Wolfgang/Keimeleder, Lis/Schneider, Kornelia/Schumann, Marianne/Stempinski, Susanne/Weiß, Karin/Zehnbauer, Anne (2004). Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung in Privathaushalten. Weinheim.
- Jurczyk, Karin/Rerrich, Maria S. (1993a). Einführung: Alltägliche Lebensführung: der Ort, wo „alles zusammenkommt“. In: Jurczyk, Karin/Rerrich, Maria S. (Hrsg.). Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung. Freiburg, 11–45.
- Jurczyk, Karin/Rerrich, Maria S. (1993b). Wie der Alltag Struktur erhält. Objektive und subjektive Einflußfaktoren der Lebensführung berufstätiger Mütter. In: Born, Claudia/Krüger, Helga (Hrsg.). Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim, 173–190.
- Jurczyk, Karin/Voß, Günter (2000). Entgrenzte Arbeitszeit- Reflexive Alltagszeit. In: Eckhart, Hildebrand/Linne, Gudrun (Hrsg.). Reflexive Lebensführung – zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Düsseldorf, 151–205.
- Jürgens, Hans W. (1964). Familiengröße und Bildungsweg. Stuttgart.
- Jürgens, Hans W./Pohl, Katharina (1975). Kinderzahl – Wunsch und Wirklichkeit. Stuttgart.
- Kaelble, Hartmut (Hrsg.) (2003). Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Geschichts-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Frankfurt/Main.
- Kalicki, Bernhard (2003). Attribution in Partnerschaften. In: Grau, Ina/Bierhoff, Hans-Werner (Hrsg.). Sozialpsychologie der Partnerschaft. Berlin, 377–402.
- Kalicki, Bernhard/Peitz, Gabriele/Fthenakis, Wassilios (2005 in Vorbereitung). Die Bewältigung des Übergangs zur Vaterschaft. In: Werneck, Harald/Beham, Martina/Palz, Doris (Hrsg.). Working fathers – Männer zwischen Familie und Beruf. Gießen.
- Kalicki, Bernhard/Peitz, Gabriele/Fthenakis, Wassilios E./Engfer, Annette (1999). Passungskonstellationen und Anpassungsprozesse beim Übergang zur Elternschaft. In: Reichle, Barbara/Werneck, Harald (Hrsg.). Übergang zur Elternschaft. Stuttgart, 129–146.
- Kamerman, Sheila B. (1983). Child care and family benefits: Policies of six industrialised countries. Monthly Labour Review 106(12), 23–28.
- Kamerman, Sheila B./Neuman, Michelle/Waldfogel, Jane/Brooks-Gunn, Jeanne (2003). Social policies, family type and child outcomes in selected OECD Countries. Paris.
- Kamp-Becker, Inge (1995). Frauen-Rollen-Flexibilität: eine Annäherung aus verschiedenen Perspektiven. Regensburg.
- Kargan, Jerome (2003). Die drei Grundirrtümer der Psychologie. Weinheim.
- Kassner, Karsten/Rüling, Anneli (2005). ‚Nicht nur am Samstag gehört Papa mir!‘ Väter in egalitären Arrangements von Arbeit und Leben. In: Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hrsg.). Männer – Das ‚vernachlässigte Geschlecht‘ in der Familienforschung. Wiesbaden, 235–264.
- Kasten, Hartmut (2001). Wie die Zeit vergeht – Zeitbewusstsein in Alltag und Lebensverlauf. Darmstadt.
- Katz, L. F./Kling, Jeffrey/Ludwig, Jens (2005). Neighbourhood effects on crime for female and male youth: Evidence from randomized housing voucher experiment. Quarterly Journal of Economics 120, 87–130.
- Katz, Lawrence F./Kling, Jeffrey/Liebman, Jeffrey (2004). Beyond Treatment Effects: Estimating the Relationship between Neighborhood Poverty and Individual Outcomes in the MTO Experiment. Working Paper. Princeton.
- Katz, Lawrence F./Kling, Jeffrey/Liebman, Jeffrey/Sanbonmatsu, Lisa (2004). Moving to Opportunity and tranquility: Neighborhood Effects on Adult Economic Self sufficiency and health from a Randomized Voucher Experiment. Working Paper. Princeton.
- Katz, Lawrence F./Kling, Jeffrey/Liebman, Jeffrey/Sanbonmatsu, Lisa (2003). Moving to opportunity: Interim Impacts Evaluation. Working Paper. Princeton.

- Kaufmann, Franz-Xaver (1990). Die Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätskrisen und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. München.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995). Zukunft der Familie im vereinten Deutschland: gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002). Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen. Opladen.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003). Sozialpolitisches Denken. Die deutsche Tradition. Frankfurt/Main.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005). Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt/Main.
- Kellermann, Doris (1999). Was Kinder brauchen: Chancen und Risiken in der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. In: Hössl, Alfred/Kellermann, Doris/Lipski, Jens/Pelzer, Susanne (Hrsg.). Kevn lieber im Hort oder zu Hause? Eine Studie zur Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. München, 97–112.
- Kemmer, Debbie (1999). Food preparation and the division of domestic labour among newly married and cohabiting couples. *British Food Journal* 101(8), 570–579.
- Kettschau, Irmhild/Methfessel, Barbara (2003). Neue Haushalts- und Familienarbeit. Modul erstellt im Auftrag des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände (VZBV) für neueh@uswirtschaft. Online-Kurs für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der haushalts- und familienbezogenen Erwachsenenbildung. Berlin.
- Kiernan, Kathleen (1995). *Becoming a parent in Europe*. London.
- Kiernan, Kathleen (2000). European perspectives on union formation. In: Waite, Linda J./Bachrach, Christine/Hindin, Michelle/Thomson, Elizabeth/Thornton, Arland (Hrsg.). *Ties that bind. Perspectives on marriage and cohabitation*. Hawthorne, 40–58.
- Killien, Marcia Gruis/Habermann, Barbara/Jarrett, Monica (2001). Influence of employment characteristics on postpartum mothers' health. *Women and Health* 33, 63–81.
- Kindler, Heinz (2002). Väter und Kinder. Langzeitstudien über väterliche Fürsorge und die sozioemotionale Entwicklung von Kindern. Weinheim.
- Kindler, Heinz/Grossmann, Karin/Zimmermann, Peter (2002). Kind-Vater-Bindungsbeziehungen und Väter als Bindungspersonen. In: Walter, Heinz (Hrsg.). *Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie*. Gießen, 419–454.
- Kirchhöfer, Dieter (2000). Informelles Lernen in der alltäglichen Lebensführung. Chancen für berufliche Kompetenzentwicklung. *QUEM-report(66)*. Berlin.
- Klammer, Ute/Klenner, Christina/Ochs, Christiane/Radke, Petra/Ziegler, Astrid (2000). *WSI-FrauenDatenReport*. Berlin.
- Klebanov, Pamela K./Brooks-Gunn, Jeanne/Duncan, Greg J. (1994). Does neighborhood and family poverty affect mothers' parenting, mental health, and social support? *Journal of Marriage and Family* 56(2), 441–55.
- Klein, Thomas/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (1999). *Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen*. Opladen.
- Kleine, Wilhelm (2003). *Tausend gelebte Kindertage. Sport und Bewegung im Alltag der Kinder*. Weinheim.
- Klenner, Christina (2002). Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland? In: *Aus Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitschrift 'Das Parlament'*. August. 17–28.
- Klenner, Christina/Pfahl, Svenja (2005). Stabilität und Flexibilität. Ungleichmäßige Arbeitszeitmuster und familiäre Arrangements. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.). *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt/Main, 124–168.
- Klenner, Christina/Pfahl, Svenja/Reuyß, Stefan (2003). Flexible Arbeitszeiten aus Sicht von Eltern und Kindern. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 23(3), 268–285.
- Kling, Jeffrey/Ludwig, Jens/Katz, Lawrence F. (2004). *Youth criminal behavior in the moving to opportunity experiment*. Princeton.
- Kluge, Susann/Kelle, Udo, Hrsg. (2001). *Integration qualitativer und quantitativer Verfahren in der Lebenslaufforschung*. Weinheim.
- Kluwer, Esther S./Heesink, José A. M./Van de Vliert, Evert (1996). Marital conflict about the division of household labor and paid work. *Journal of Marriage and Family* 58(4), 958–969.
- Kluwer, Esther S./Heesink, José A. M./Van de Vliert, Evert (2002). The division of labour across the transition to parenthood: A justice perspective. *Journal of Marriage and Family* 64(4), 930–943.

- Kohler, Hans Peter (2003). Diffusion Processes and Fertility Transition: Selected Perspectives. *Population Studies*, 57 (3). 371–372.
- Kohler, Hans-Peter/Billari, Francesco C./Ortega, José Antonio (2005, i.Dr.). Low and low-west-low fertility in Europe: Causes, implications and policy options. In: Harris, F. (Hrsg.). *The baby bust: Who will do the work who will pay the taxes*. Lanham.
- Kohler, Hans-Peter/Billari, Francesco/Ortega, José Antonio (2002). The Emergence of Low-west-Low Fertility in Europe During the 1990s. *Population and Development Review* 28(4), 641–680.
- Köhler, Jacqueline/Lehmkuhler, Stephanie/Leónhäuser, Ingrid-Ute (2004). Nutrition Behaviour of Families with Low-Income. *International Journal of Human Ecology* 5(1), 117–130.
- Kohli, Martin (1985). Die Institutionalisierung des Lebenslaufes. Historische Befunde und theoretische Argumente. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37(1), 1–29.
- Kohli, Martin (1997). Beziehungen und Transfers zwischen den Generationen: Vom Staat zurück zur Familie? In: Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.). *Familienleitbilder und Familienrealitäten*. Opladen, 278–288.
- Kohli, Martin (2004). Intergenerational Transfers and Inheritance: A Cooperative View. *Annual Review of Gerontology and Geriatrics* 24, 266–289.
- Kohli, Martin/Künemund, Harald/Motel, Andreas/Szydlik, Marc (2000). Generationenbeziehungen. In: Kohli, Martin/Künemund, Harald (Hrsg.). *Die zweite Lebenshälfte – Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen, 176–211.
- Kohli, Martin/Szydlik, Marc (Hrsg.) (2000). *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen.
- Kohn, Melvin L. (1981). *Persönlichkeit, Beruf und soziale Schichtung*. Stuttgart.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.). (1991). *Schlussbericht des 2. Programms zur Bekämpfung von Armut 1985–1989*. Brüssel.
- Kommission, Europäische (2002a). *Das Leben von Männern und Frauen in Europa. Ein statistisches Porträt*. Luxemburg.
- Kommission, Europäische (2002b). *Beschäftigung in Europa 2002 – Jüngste Tendenzen und Ausblick in die Zukunft*. Luxemburg.
- König, Rene (1974a). *Die Familie der Gegenwart. Ein interkultureller Vergleich*. München.
- König, Rene (1974b). *Materialien zur Soziologie der Familie*. Köln.
- Kontos, Sylvia (1991). Von der Liebe über die Arbeit zum Umsturz der Gesellschaft? In: Eifler, Christine (Hrsg.). *Ein bisschen Männerhaß steht jeder Frau*. Berlin, S. 91–107.
- Kontos, Sylvia/Walser, Karin (1979). Weil nur zählt, was Geld einbringt – Probleme der Hausfrauenarbeit. *Gelnhausen*.
- Kosmann, Marianne (1998). *Wie Frauen erben – Geschlechterverhältnis und Erbprozeß*. Opladen.
- Kostof, Spiro (1992). *Das Gesicht der Stadt. Geschichte städtischer Vielfalt*. Frankfurt/Main.
- Kotlikoff, Laurence J./Morris, John N. (1989). How much care do the aged receive from their children? A bimodal picture of contact and assistance. In: Wise, David A. (Hrsg.). *The economics of aging*. Chicago, 151–175.
- Kratzer, Nick/Sauer, Dieter (2005). Zeit, Leistung, Beschäftigung. Anforderungen an eine erweiterte Arbeits(zeit)politik. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.). *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt/Main, 244–259.
- Krebs, Angelika (2002). *Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*. Frankfurt/Main.
- Kremer, Martin (2002). The illusion of free choice: Ideals of care and child care policy in the Flemish and Dutch welfare States. In: Michel, Sonya/Mahon, Rianne (Hrsg.). *Child care policy at the crossroads – gender and welfare state restructuring*. New York, 113–142.
- Kreyenfeld, Michaela (2004). Kinderbetreuung und soziale Ungleichheit. In: Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) *Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen von Bildungsungleichheit*. Wiesbaden. 99–125.
- Kreyenfeld, Michaela/Spieß, Katharina C./Wagner, Gert G. (2001). *Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform*. Neuwied.
- Krombholz, Heinz (1991). Arbeit und Familie; Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Erwerbstätigkeit und die Aufteilung der Erwerbstätigkeit in der Partnerschaft. In: Bertam, Hans (Hrsg.). *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*. Opladen, 193–234.

- Krüger, Helga (1997). Familie und Generationen. Der Gender Gap in den Paarbeziehungen. In: Mansel, Jürgen/Rosenthal, Gabriele/Tölke, Angelika (Hrsg.). Generationen-Beziehungen, Austausch und Tradierung. Opladen, 31–42.
- Krüger, Helga (2001). Social Change in two generations. Employment patterns and their costs for family life. In: Marshall, Victor W./Heinz, Walter R./Krüger, Helga/Verma, Anil (Hrsg.). Restructuring work and the life course. Toronto, 401–423.
- Krüger, Helga (2002). Territorien – Zur Konzeptionalisierung eines Bindeglieds zwischen Sozialisation und Sozialstruktur. In: Breitenbach, Eva/Bürmann, Ilse/Liebsch, Katarina/Mansfeld, Cornelia/Micus-Loos, Christiane (Hrsg.). Geschlechterforschung als Kritik. Zum 60. Geburtstag von Carol Hagemann-White. Bielefeld, 29–47.
- Krüger, Helga/Born, Claudia/Einemann, B./Heintze, S./Saifi, H. (1987). Privatsache Kind – Privatsache Beruf „und dann hab’ ich ja noch Haushalt, Mann und Wäsche“. Zur Lebenssituation von Frauen mit kleinen Kindern in unserer Gesellschaft. Opladen.
- Krupp, Hans-Jürgen/Rolf, Gabriele (2005). Bürgerversicherung für das Alter. In: Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hrsg.). Das Prinzip Bürgerversicherung, Die Zukunft im Sozialstaat. Wiesbaden, 114–156.
- Krüsselberg, Hans-Günther (2001). Artikel Familien. In: Honecker, Martin (Hrsg.). Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart, 468–73.
- Kübler, Hans-Dieter (2005). Mythos Wissensgesellschaft. Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen. Wiesbaden.
- Kühn, Thomas (2003). Familiengründung als Planungsproblem für junge Erwachsene und die Familienpolitik. In: Habisch, André/Schmidt, Hans-Ludwig/Bayer, Michael (Hrsg.). Familienforschung interdisziplinär. Graftschaft, 149–168.
- Kühn, Thomas (2004). Berufsbiografie und Familiengründung. Biografiegestaltung junger Erwachsener nach Abschluss der Berufsausbildung. Wiesbaden.
- Kulawik, Teresa (1999). Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft: Schweden und Deutschland 1870–1912. Frankfurt/Main.
- Künemund, Harald (2000). Pflgetätigkeiten in der zweiten Lebenshälfte – Verbreitung und Perspektiven. In: Clemens, Wolfgang/Backes, Gertrud M. (Hrsg.). Lebenslagen im Alter – Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen. Opladen, 215–229.
- Künemund, Harald (2002). Die „Sandwich-Generation“ – typische Belastungskonstellation oder nur gelegentliche Kumulation von Erwerbstätigkeit, Pflege und Kinderbetreuung? Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 22(4), 344–361.
- Künemund, Harald/Motel, Andreas (2000). Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationeller Hilfeleistungen und Transfers. In: Kohli, Martin/Szydlik, Marc (Hrsg.). Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen, 122–137.
- Künzler, Jan (1995). Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Die Beteiligung von Männern im Haushalt im internationalen Vergleich. Zeitschrift für Frauenforschung 13, 115–132.
- Künzler, Jan/Walter, Wolfgang/Reichart, Elisabeth/Pfister, Gerd (2001). Gender division of labour in unified Germany. WORC Report 01.04.07. Tilburg.
- Küster, Christine (2000). Familienleben zwischen Eigentätigkeit, Netzwerken und Dienstleistungen – Visionen und Modelle. In: Ketschau, Irmhild/Methfessel, Barbara/Piorkowsky, Michael-Burkhard (Hrsg.). Familie 2000 – Bildung für Familie und Haushalte, Europäische Perspektiven. Hohengehren, 182–195.
- Laaksonen, Helena (2000). Young adults in changing welfare states. Prolonged transitions and delayed entries for under-30s in Finland, Sweden and Germany in the '90s. Mannheim.
- Lamb, Michael E. (1992). Child care in context: Cross-Cultural perspectives. New Jersey.
- Lampert, Franz/Althammer, Jörg (2004). Lehrbuch der Sozialpolitik. Berlin.
- Land Brandenburg/Ministerium, für Infrastruktur, und Raumordnung (2005). Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg. Potsdam.
- Landua, Detlef (1991). Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext – Erfahrungen und subjektive Betroffenheit. In: Helberger, Christof/Bellmann, Lutz/Blaschke, Dieter (Hrsg.). Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit – Analysen auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels. 135–148.
- Langelüddeke, Anne/Rabe, Birgitta/Thiede, Reinhold (1999). Flexible Anwartschaften und Anwartschaftszeiten. Ein Modell zum Ausbau der eigenständigen Frauentalerssicherung und zur Anpassung der Rentenversicherung an den Wandel der Arbeitswelt. Die Angestelltenversicherung 46(1), 7–13.

- Lauterbach, Wolfgang (1995). Die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen. *Zeitschrift für Soziologie* 24(1), 22–41.
- Lauterbach, Wolfgang (1998). Die Multilokalität später Familienphasen – Zur räumlichen Nähe und Ferne der Generationen. *Zeitschrift für Soziologie* 27(2), 113–132.
- Lauterbach, Wolfgang/Pillemer, Karl (2001). Social structure and the family: A United States – Germany comparison of residential proximity between parents and adult Children. *Zeitschrift für Familienforschung* 13(1), 68–88.
- Lawton, Leora/Silverstein, Merrill/Bengtson, Vern L. (1994). Solidarity between generations in families. In: Bengtson, Vern L./Harootyan, Robert A. (Hrsg.). *Intergenerational linkages – Hidden connections in American society*. New York, 19–42.
- LBS-Initiative (2002). Vorstellungen von Vaterschaft und Mutterschaft. Report 2/2000 der LBS-Familien-Studie. Münster.
- Le Bras, Hervé (1997). Fertility: The condition of self-perpetuation. Differing trends in Europe. In: Gullestad, Marianne/Segalen, Martine (Hrsg.). *Family and Kinship in Europe*. London, 14–32.
- Lehmkuhler, Stephanie (2002). Die Giessener Studie über das Ernährungsverhalten von Armutshaushalten. Dissertation. Gießen.
- Leibfried, Stephan (1992). Towards a European Welfare State; On Integrating Poverty Regimes in the European Community. In: Z. Ferge und J. E. Kohlberg (Hrsg.). *Social Policy in a Changing Europe*. Frankfurt, 245–280.
- Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz/Buhr, Petra/Ludwig, Monika/Mädje, Eva/Olk, Thomas/Voges, Wolfgang/Zwick, Michael (1995). *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt/Main.
- Leisering, Lutz (2003). Government and the life Course. In: T., Mortimer Jeylan/Shanahan, Michael J. (Hrsg.). *Handbook of the Life Course*. New York, 205–225.
- Leitner, Sigrid (2003). Varieties of familialism: The caring function of the family in comparative perspective. *European Societies* 5(4), 353–375.
- Lengerer, Andrea (2004). Familienpolitische Regimetyphen in Europa und ihre Bedeutung für den Wandel der Familie. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29(1), 98–121.
- Lepenes, Annette (1995). *Alt und Jung – Das Abenteuer der Generationen*. Frankfurt/Main.
- Lesthaeghe, Ron (1998). On theory development: Applications to the study of family formation. *Population and Development Review* 24(1), 1–14.
- Lesthaeghe, Ron (2000). *Europe's demographic Issues: Fertility, household formation and replacement migration*. Brüssel.
- Lesthaeghe, Ron/Surkyn, Johan (2004). *When history moves on: the foundations and diffusion of a second demographic transition*. Brüssel.
- Lesthaeghe, Ron/Surkyn, Johann (2002). *New forms of household-formation in central and eastern Europe: Are they related to newly emerging value orientations?* Brüssel.
- Lesthaeghe, Ron/Willems, Paul (1999). Is low fertility a temporary phenomenon in the European Union? *Population and Development Review* 25 (211–228).
- Letablier, Marie-Thérèse; Jönsson, Ingrid (2003). *Kinderbetreuung und politische Handlungslogik*. In: Gerhard, Ute/Knijn, Trudie/Weckwert, Anja (Hrsg.). *Erwerbstätige Mütter : ein europäischer Vergleich*. München, 85–109.
- Lettke, Frank/Lüscher, Kurt (2002). *Generationenambivalenz – Ein Beitrag zum Verständnis von Familie heute*. *Soziale Welt* 53(4), 437 – 466.
- Leventhal, Tama/Brooks-Gunn, Jeanne (2001). *Changing neighbourhoods and child well-being: understanding how children may be effected in the coming century*. *Children at the Millenium*. New York.
- Levy, René (1977). *Der Lebenslauf als Statusbiographie. Die weibliche Normalbiographie in makrosoziologischer Perspektive*. Stuttgart.
- Levy, Réne (1994). Zur Institutionalisierung von Lebensläufen. Ein theoretischer Bezugsrahmen. In: Behrens, Johann/Voges, Wolfgang (Hrsg.). *Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung*. Frankfurt/Main, 73–113.
- Levy, Réne/Widmer, Erich (2003). *Einsam in der Familie leben? Über die „normale“ Entgesellschaftlichung von Frauen*. Lausanne.
- Lewis, Jane (1992). Gender and the development of welfare regimes. In: *Journal of European social policy*, 2(1992): 3, 159–173.
- Lewis, Jane (1997). *Bezahlte Arbeit, unbezahlte Arbeit und wohlfahrtsstaatliche Leistungen feministische Perspektiven auf die zentrale*

- Bedeutung weiblicher Fürsorgearbeit in modernen Wohlfahrtsstaaten. In: Behning, Ute (Hrsg.). *Das Private ist ökonomisch: Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushalts- Dienstleistungen*, Berlin, 67–86.
- Lewis, Jane (2004). *Childcare policy, governance and social cohesion. Conference changing family structures and social policy: Childcare services as sources of social cohesion*. Groningen.
- Lewis, Jane/Ostner, Ilona (1994). *Gender and the evolution of European social policies*. ZeS-Arbeitspapier 94 (4). Bremen
- Liegle, Ludwig (1988). Freie Assoziationen von Familien. Geschichte und Zukunft einer „postmodernen“ Lebensform. In: Lüscher, Kurt/Schultheis, Franz/Wehrspaun, Michael (Hrsg.). *Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit*. Konstanz, 98–115.
- Lipski, Jens (2005, i. Dr.). *Kooperation von Schulen mit außerschulischen Akteuren – Chance für eine neue Lernkultur? DJI-Bulletin(72)*.
- Liß, Silke/Lübbert, Christiane (1993). *Der alte Mensch und die Familie – Zur Kontinuität von Beziehungskonflikten zwischen den Generationen*. Essen.
- Livi Bacci, Massimo (1973). *A Century of Portuguese Fertility?* Princeton.
- Livi Bacci, Massimo (1998). *Europa und seine Menschen. Eine Bevölkerungsgeschichte*. München.
- Livi-Bacci, Massimo (1979). *A history of Italian fertility during the last two centuries*. Princeton.
- Lorenz-Meyer, Dagmar (2004). *The ambivalences of parental care among young German adults*. In: Pillemer, Karl/Lüscher, Kurt (Hrsg.). *Intergenerational ambivalences: New perspectives on parent-child Relations in later life*. Oxford, 225–252.
- Löw, Martina (2001). *Raumsoziologie*. Frankfurt/Main.
- Ludwig, Isolde/Schlevogt, Vanessa/Klammer, Ute/Gerhard, Ute (2002). *Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland*. Berlin.
- Lüscher, Kurt (2000). *Die Ambivalenz von Generationenbeziehungen – eine allgemeine heuristische Hypothese*. In: Kohli, Martin/Szydlik, Marc (Hrsg.). *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen, 138–161.
- Lüscher, Kurt/Liegle, Ludwig (2003). *Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft*. Stuttgart.
- Lüscher, Kurt/Pajung-Bilger, Brigitte (1998). *Forcierte Ambivalenzen – Ehescheidung als Herausforderung an die Generationenbeziehungen unter Erwachsenen*. Konstanz.
- Lüscher, Kurt/Wehrspaun, Michael (1986). *Familie und Zeit*. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 12(2), 239–256.
- MacDermid, Shelly. M./Huston, Ted L./McHale, Susan M.(1990). *Changes in marriage associated with the transtion to parenthood: Individual differences as a function of sex-role attitudes and changes in the division of labour*. *Journal of Marriage and the Family* 52(3), 475–486.
- Mahon, Rianne/Michel, Sonya (2002). *Child care policy at the crossroads : gender and welfare state restructuring*. New York.
- Marx-Ferree, Myra (1997). *Gender, conflict and change: Family roles in biographical perspectives*. In: Heinz, Walter R. (Hrsg.). *Theoretical advances in life-course research*. Weinheim, 123–137.
- Matzner, Michael (2004). *Vaterschaft aus Sicht von Vätern*. Wiesbaden.
- Mauch, Peter/Reschl, Richard (2003). *Stadtregion Stuttgart 2030. Abschlussbericht*. www.stadt-regionstuttgart2030.de.
- Mauss, Marcel (1950 (1990)). *Die Gabe – Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt/Main.
- Mayer, Karl U./Allmendinger, Jutta/Huinink, Johannes (Hrsg.). (1991). *Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt/Main.
- Mayer, Karl Ulrich (1998). *Lebensverlauf*. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.). *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen, 438–451.
- Mayer, Karl-Ulrich/Hillmert, Steffen (2004). *Neue Flexibilitäten oder blockierte Gesellschaft? Sozialstruktur und Lebensverläufe in Deutschland 1960–2000*. In: Kecskes, Robert/Wagner, Michael (Hrsg.). *Angewandte Soziologie*. Wiesbaden, 129–158.
- Mc Kinsey u. a. (2003).: *Perspektive Deutschland, Projektbericht 2003/04*. Düsseldorf
- McKinnon, Rosemary/Wallerstein, Judith (1986). *Joint custody and the preschool child*. *Behavior Science and the Law*, 169–183.

- McMorrow, Kiera; Denis, Cecile und Röger, Werner (2004). An analysis of EU and US productivity developments. Brüssel.
- Meier, Uta (2000). Die Pluralisierung der Lebensformen und ihre kulturelle Ausdifferenzierung. In: Ketschau, Irmhild/Methfessel, Barbara/Piorkowsky, Michael B. (Hrsg.). Familie 2000. Bildung für Haushalte und Familien zwischen Alltagskompetenz und Professionalität, Baltmannsweiler. 133–138.
- Meier, Uta (2001). Wie zukunftsfähig ist die „Arbeit des Alltages“? In: Andruschow, Katrin (Hans Böckler Stiftung) (Hrsg.). Ganze Arbeit. Feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie. Berlin, 41–54.
- Meier, Uta (2004). Folgen materieller Armut für den Sozialisationsverlauf von Kindern. Kind, Jugend, Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz 49(1), 14–19.
- Meier, Uta/Küster, Christine/Zander, Uta (2004). Alles wie gehabt? – Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Mahlzeitmuster im Zeitvergleich. In: Bundesamt, Statistisches (Hrsg.). Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, 188–201.
- Meier, Uta/Preuße, Heide/Sunnus, Eva Maria (2003). Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen. Wiesbaden.
- Melhuish, Edward C./Moss, Peter, Hrsg. (1991). Current issues in day care for young children: Research and policy implications. London.
- Merz, Joachim /Burger, Dirk (2004). Arbeitszeitanarrangements – Neue Ergebnisse aus der Zeitbudgeterhebung 2001/02 im Zeitvergleich zu 1991/92. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, 304–336.
- Methfessel, Barbara (1992). Hausarbeit zwischen individueller Lebensgestaltung, Norm und Notwendigkeit. Ein Beitrag zur Sozioökonomie des Haushalts. Baltmannsweiler.
- Metz-Göckel, Sigrid/Müller, Ursula (1985). Der Mann. Eine repräsentative Untersuchung über die Lebenssituation und das Frauenbild 20- bis 50jähriger Männer im Auftrag der Zeitschrift Brigitte. Hamburg.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva/Müller, Petra (1997). Das intelligente Haus – selbständige Lebensführung im Alter. Frankfurt/Main.
- Meyer, Simone/Weggemann, Sigrid (2001). Mahlzeitenmusteranalyse anhand der Daten der Zeitbudgeterhebung 1991/92. In: Ehling, Manfred/Merz, Joachim (Hrsg.). Zeitbudget in Deutschland – Erfahrungsberichte der Wissenschaft. Band 17 der Schriftenreihe Spektrum der Bundesstatistik. Stuttgart, 188–201.
- Meyer, Sybille/Schulze, Eva (1993). Technisiertes Familienleben. Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung 1950–1990. In: Meyer, Sybille/Schulze, Eva (Hrsg.). Technisiertes Familienleben. Blick zurück und nach vorn. Berlin, 19–39.
- Meyers, Marcia K./Gornick, Janet C (2001). Gendering Welfare State Variation: Income Transfers, Employment Supports, and Family Poverty. In: Hirschmann, Nancy J./Liebert, Ulrike (Hrsg.). Women and Welfare: Theory and Practice in the United States and Europe. New Brunswick, 215–243.
- Meyers, Marcia K./Gornick, Janet C (2003). Public or Private Responsibility? Early Childhood Education and Care, Inequality, and the Welfare State. Journal of Comparative Family Studies, 2003, 34 (3), 379–411.
- Milkie, Melissa A./Mattingly, Marybeth J./Nomaguchi, Kei M./Bianchi, Suzanne/Robinson, John P. (2004). The Time Squeeze: Parental statuses and feelings about time with children. Journal of Marriage and the Family 66(3), 739–761.
- MISSOC (2002). Familienleistungen und Familienpolitik in Europa. Brüssel.
- MISSOC (2004). Vergleichende Tabellen zur sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der EU (EU25) und des Europäischen Wirtschaftsraums. http://europa.eu.int/comm/employment_social/social_protection/missoc_tables_archives_de.
- Mitchell, Susan (1998). American generations: who they are, how they live, what they think. Ithaca.
- Mitterauer, Michael (2003). Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs. München.
- Moeller, Robert G. (1993). Protecting motherhood. Women and the family in the politics of postwar West Germany. Berkeley.
- Moen, Phyllis (Hrsg.) (2003). Is's about Time. Couples and careers. Ithaca.
- Moen, Phyllis/Han, Shin-Kap (2001). Coupled Careers: Pathways through Work an Marriage in the United States. In: Blossfeld, Hans-Peter/Drobnic, Sonja (Hrsg.). Careers of couples in contemporary society. Oxford, 201–231.
- Moen, Phyllis/Roehling, Patricia (2005). The career mystique. Cracks in the American dream. Lanham.

- Moen, Phyllis/Wethington, Elaine (1992). The concept of family adaptive strategies. *Annual Review of Sociology*(18), 233–251.
- Morrow, Virginia (2003). Perspectives on children's agency within families. In: Kuczynski, Leon (Hrsg.). *Handbook of dynamics in parent-child relations*. Thousand Oaks, 109–129.
- Moynihan, Daniel P./Smeeding, Timothy/Rainwater, Lee (Hrsg.) (2004). *The future of the family*. New York.
- Mückenberger, Ulrich (1985). Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. *Zeitschrift für Sozialreform* 39(7), 424–430.
- Mückenberger, Ulrich (1989). Der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses unter Bedingungen einer ‚Krise der Normalität‘. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 40(2), 211–223.
- Mückenberger, Ulrich (1998). *Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld*. Bremen.
- Mückenberger, Ulrich (2003). Lokale Zeitpolitik – ein Gespenst geht um in Europa! In: *Zeitpolitik*, Deutsche Gesellschaft für (Hrsg.). *Zeit für Zeitpolitik*. Bremen, 110–118.
- Mückenberger, Ulrich (2004). *Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung*. Berlin.
- Mühling, Tanja/Rost, Harald (2003). *IFB-Familienreport Bayern 2003. Zur Lage der Familie in Bayern*. Bamberg.
- Mulder, Clara H./Clark, William A. V./Wagner, Michael (2002). A comparative analysis of leaving home in the United States, the Netherlands and West Germany. *Demographic Research* 7(17), 30.
- Müller, Ursula/Weg, Marianne (1986). *Erwerbstätigkeit und Mutterschaft*. Bonn.
- Müller-Kucera, Karin/Bauer, Tobias (2001). *Kindertagesstätten zahlen sich aus: jeder eingesetzte Franken bringt drei bis vier Franken an die Gesellschaft zurück; Sozialberichterstattung '01*. Zürich
- Münch, R. (1993). *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*. Frankfurt/Main.
- Mundt, Jörn W. (1980). *Vorschulkinder und ihre Umwelt*. Weinheim.
- Münz, Rainer (1998). Migration und Integration von Zuwanderern: Optionen für Deutschland. In: *Informationen zur Raumentwicklung* Jg. 25(1998). – Nr. 11+12. 697–711
- Mutz, Gerd/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Koennen, Elmar J./Eder, Klaus/Bonß, Wolfgang (1995). *Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit*. Opladen.
- Myrdal, Alva/Klein, Viola (1971). *Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf*. Köln.
- Naegele, Gerhard (1985). Frauen im Übergang vom Erwerbsleben in die Rente. In: Dieck, Margret/Naegele, Gerhard (Hrsg.). „Freigesetzte“ Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt – eine neue Ruhestandsgeneration? *Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V. Berlin*, 35–57.
- Näsmann, Elisabeth (2003). Employed or unemployed parents. A child perspective. In: Jensen, An-Margritt/McKee, Lorna (Hrsg.). *Children and the changing family. Between transformation and negotiation*. London, 46–60.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2005). *The NICHD Study of Early Child Care and Youth Development*.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (1997a). *Child care in the first year of life*. *Merrill-Palmer Quarterly* 43, 340–360.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (1997b). The effects of infant child care on infant-mother attachment security: Results of the NICHD Study of Early Child Care. *Child Development* 68, 860–879.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (1997c). *Familial factors associated with characteristics of nonmaternal care for infants*. *Journal of Marriage and Family* 68, 389–408.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (1997d). *Mother-child interaction and cognitive outcomes associated with early child care: Results from the N.I.C.H.D. Study*. Poster Symposium presented at the biennial meeting of the Society for Research in Child Development, Washington, DC.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (1997e). *Poverty and patterns of child care*. In: Brooks-Gunn, Jeanne/Duncan, Greg J. (Hrsg.). *Consequences of growing up poor*. New York, 100–131.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2001a). *Child care and common communicable illnesses: Results from the National Institute of Child Health and Human Development Study of Early Child Care*. *Archives of Pediatric and Adolescent Medicine* 155, 481–488.

- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2001b). Child care and family predictors of preschool attachment and stability from infancy. *Developmental Psychology* 37(1) 100–131.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2001c). Early child care and children's peer relationships at 24 and 36 months: the NICHD Study of Early Child Care. *Child Development* 72(4), 1478–2000.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2001d). Further explorations of the detected effects of quantity of early child care on socioemotional adjustment. Symposium conducted at biennial meeting of the Society for Research in Child Development.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2001e). Nonmaternal care and family factors in early development: an overview of the NICHD study of early child care. *Journal of Applied Developmental Psychology* 22, 457–492.
- National Institute of Child Health and Human Development (NICHD) (2003). Does amount of time spent in child care predict socioemotional adjustment during the transition to kindergarten? *Child Development* 74(4), 976–1005.
- National Research, Council/Institute of Medicine (2000). *From neurons to neighborhoods: The science of early childhood development*. Washington, D. C.
- Nave-Herz, Rosemarie (1989). Zeitgeschichtlicher Bedeutungswandel von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Nave-Herz, Rosemarie/Markelka, Manfred (Hrsg.). *Handbuch der Familien- und Jugendforschung*. Neuwied.
- Nave-Herz, Rosemarie (1992). *Frauen zwischen Tradition und Moderne*. Bielefeld.
- Neyer, Gerda R. (2005). Family policies in Western Europe: fertility policies at the intersection of gender, employment and care policies. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34(1), 91–102.
- NICHD Early Child Care Research Network (1996). Characteristics of infant care: Factors contributing to positive caregiving. *Early Childhood Research Quarterly*, 11(3), 269–306.
- NICHD Early Child Care Research Network. (2000). Observed quality in diverse child care arrangements in the USA. Paper presented at the Sixteenth Biennial Meeting of the International Society for the Study of Behavioral Development, Beijing, China.
- Nickel, Horst (2002). Väter und ihre Kinder vor und nach der Geburt. In: Walter, Heinz (Hrsg.). *Männer als Väter*. Gießen, 555–584.
- Nida-Rümelin, Julian (2003). Der ineffiziente Markt. Kollektive Güter müssen vor Staatsabbau geschützt werden. *Frankfurter Rundschau*.
- Nietfeld, Markus/Becker, Rolf (1999). Harte Zeiten für Familien? Theoretische Überlegungen und empirische Analysen zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und sozioökonomischer Deprivation auf die Qualität familialer Beziehungen Dresdner Familien. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 19(4), 369–387.
- Noam, Gil, Hrsg. (2005). *After-School Worlds. Creating a new social space for development and learning (New Directions for Youth Development)*. San Francisco.
- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2003). Qualität der deutschen Arbeitsplätze im europäischen Vergleich allenfalls Durchschnitt. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* (30), 6–10.
- Oberndorfer, Rotraut/Rost, Harald (2002). Auf der Suche nach den neuen Vätern. Familien mit nichttraditioneller Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Bamberg
- OECD (2000). *Kurznachrichten*. Berlin, 1–6.
- OECD (2001a). *Lernen für das Leben: erste Ergebnisse von Pisa 2000*. Paris.
- OECD (2001b). *Employment Outlook*. Paris.
- OECD (2002). *Gender equality in sector wide approaches. A reference guide*. Paris.
- OECD (2004). *Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003*. Paris.
- Oertzen, Christine von (1999). *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen: Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*. Göttingen.
- Ogburn, William F. (1957). Cultural lag as theory. *Sociology and Social Research* 41(1), 167–74.
- Ogburn, William F./Tippitt, C. (1933). *The family and its functions*. New York.
- Ogden, Philip E./Hall, Ray (2004). The second demographic transition, new household forms and the urban population of France during the 1990s. *Transactions of the Institute of British Geographers* 29(1), 88–105.

- Olk, Thomas (2004). Kinder und Kindheit im Wohlfahrtsstaat – eine vernachlässigte Kategorie? *Zeitschrift für Sozialreform* 50(1/2), 81–101.
- Olmsted, Patricia P./Weikart, David D., Hrsg. (1989). How nations serve young children: Profiles of child care and education in 14 Countries. Ypsilanti.
- Olson, Mancur (1971). *Logic of collective action: Public goods and the theory of groups*. Cambridge.
- Ondrich, Jan/Spieß, Katharina/Wagner, Gert/Yang, Qing (1998). Full time or Part Time? German parental leave policy and the return to work after childbirth in Germany. *Research in Labour Economics* 18(1), 41–74.
- Ondrich, Jan/Spieß, Katharina/Wagner, Gert/Yang, Qing (2003). The liberalization of maternity leave policy and the return to work after childbirth in Germany. *Review of Economics of the Household* (1), 77–110.
- Ondrich, Jan/Spieß, Katharina/Yang, Qing (1996). Barefoot and in a German kitchen: federal parental leave and benefit policy and the return to work after childbirth in Germany. *Journal of Population Economics* 9(3), 247–266.
- Opaschowski, Horst W. (2004). *Generationenpakt – Das soziale Netz der Zukunft*. Darmstadt.
- Orloff, Ann S. (1993). Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. *American Sociological Review* Vol. 58, 303–328.
- Ostner, Ilona (1979). *Beruf und Hausarbeit. Zur Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft*. Frankfurt/Main.
- Ostner, Ilona (1988). Die kurze Geschichte der Haus(frauen)arbeit. In: *Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.). Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute*. München, 205–219.
- Ostner, Ilona (1995). Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. *Jahrbuch Arbeit und Technik* (1995), 57 – 67.
- Ostner, Ilona/Lewis, Jane (1998). Geschlechterpolitik zwischen europäischer und nationalstaatlicher Regelung. In: *Leibfried, Stephan und Pierson, Paul (Hrsg.). Standort Europa, Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration*, Frankfurt, 196–239.
- Ostner, Ilona/Pieper, Barbara (1980). *Problemstruktur Familie oder: Über die Schwierigkeit in und mit Familie zu leben*. In: *Ostner, Ilona/Pieper, Barbara (Hrsg.). Arbeitsbereich Familie. Umriss einer Theorie der Privatheit*. Frankfurt/Main, 96–170.
- Oswald, Hans/Boll, Walter (1992). Das Ende des Generationenkonflikts? Zum Verhältnis von Jugendlichen zu ihren Eltern. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 12(1), 30–51.
- Ott, Notburga (1993). Zur Rationalität innerfamiliärer Entscheidungen. In: *Born, Claudia/Krüger, Helga (Hrsg.). Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung*. Weinheim, 25–51.
- Ott, Notburga (2000). Ökonomische Effizienz und Familienlastenausgleich – eine konzeptionelle Klärung. In: *Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale* (2000), 185 – 200.
- Oxley, Howard/Dang, Thai-Thanh/Förster, Michael/Pellizari, Michelle (2000). Income inequalities and poverty among children and households with children in selected OECD Countries: Trends and determinants. In: *Vleminck, K./Smeeding, Timothy M. (Hrsg.). Child well-being, child poverty and child policy in modern Nations*. Bristol.
- Palentien, Christian (2004). *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland*. Wiesbaden.
- Papastefanou, Christiane (1992). Junge Erwachsene und ihre Eltern: Ablösung oder Neudefinition der Beziehung? In: *Hofer, Manfred/Klein-Allermann, Elke/Noack, Peter (Hrsg.). Familienbeziehungen – Eltern und Kinder in der Entwicklung*. Göttingen, 217–237.
- Parke, Ross D. (1995). Fathers and families. In: *Bornstein, Marc H. (Hrsg.). Handbook of parenting*. Mahwah, 27–63.
- Parsons, Talcott/ Bales, Robert F. (ed.) (1955), *Family, Socialization and Interaction Process*, New York, Free Press.
- Pasquale, Judith (1998). *Die Arbeit der Mütter*. Weinheim.
- Patterson, Gerald R./Reid, J. B. (1970). Reciprocity and coercion: Two facets of social systems. In: *Neuringer, C./Michael, J. L. (Hrsg.). Behavior modification in clinical psychology*. New York, 133–177.
- Paulus, Christoph (2004). Entwickeln sich Kinder allein erziehender Väter anders? In: *(Hrsg.). Online-Familienhandbuch*.
- Pearson, Jessica/Thoennes, Nancy (1986). Mediation in custody disputes. *Behavior Science and the Law* 4, 203–216.

- Peisert, Hansgert (1967). Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. Studien zur Soziologie. München.
- Peitz, Gabriele (2004a). Partnerschaft und Elternschaft im Konflikt – Väter zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Vortrag gehalten auf Einladung des österreichischen Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz auf der 1. Europäischen Väterkonferenz in Wien, 15./16.9.2004.
- Peitz, Gabriele (2004b). Wenn bei Kindern Verhaltensauffälligkeiten diagnostiziert werden: Risiken für die Erziehungspartnerschaft von Familie und Kindergarten. *Psychologie in Erziehung und Unterricht* 51(4), 258–272.
- Peitz, Gabriele/Kalicki, Bernhard/Fthenakis, Wassilios E. (2003). Machen traditionelle Rollenmuster unglücklich? Zur Passung von Geschlechtsrolleneinstellungen und Rollenverteilung. Referatsabteilung zur 3. Münchner Tagung für Familienpsychologie. München.
- Pellander, Fritz/Krambrock, Ursula (2001). Erziehungshilfe, Rat und Information im Kindergarten – Das Projekt ERIK. In: von Schlippe, Arist/Lösche, Gisela/Hawellek, Christian (Hrsg.). *Frühkindliche Lebenswelten und Erziehungsberatung. Die Chancen des Anfangs*. Münster, 66–103.
- Pestoff, Victor/Strandbrink, Peter/Vamstad, Johan (2004). Childcare services in Sweden. A summary of the Swedish TSFEPS Project. *Changing Family Structures and Social Policy: Childcare Services as Sources of Social Cohesion*. Stockholm.
- Peters, H. Elizabeth/Argys, Laura M./Maccoby, Eleanor E./Mnookin, Robert H. (1993). Enforcing divorce settlements: Evidence from child support compliance and award modifications. *Demography* 30(4), 719–735.
- Petzold, Matthias (1991). Paare werden Eltern. Eine familienpsychologische Längsschnittstudie. München.
- Peucker, Christian/Riedel, Birgit (2004). Häuser für Kinder und Familien. Recherchebericht. München
- Peuckert, Rüdiger (1991). Familienformen im sozialen Wandel. Opladen.
- Pfeil, Elisabeth (1961). Die Berufstätigkeit von Müttern. Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien. Tübingen.
- Pfundt, Karin (2004). Kinder. Das SZ-Spezial für die Familie. Süddeutsche Zeitung. München.
- Philipov, Dimiter (2005). Low fertility in central and eastern Europe: Culture or economy? International perspectives on low fertility: Trends, theories and policies. IUSSP working paper on low fertility conference, Tokyo 2001.
- Pillemer, Karl/Suitor, Jill J. (1992). Violence and violent feelings: What causes them among family caregivers? *Journal of Gerontology* 47(4), 165–172.
- Pillemer, Karl/Suitor, Jill J. (2002). Explaining mothers' ambivalence toward their adult children. *Journal of Marriage and the Family* 64(3), 602–613.
- Piquero, Alex R./Lawton, Brian (2002). Individual risk for crime is exacerbated in poor familial and neighborhood contexts: the contribution of low birth weight, family adversity, and neighbourhood Disadvantage to life course-persistent Offending. In: Owens, Timothy J./Setterson, Richard. A. (Hrsg.). *New Frontiers in Socialization*. Amsterdam.
- Polatnick, M. Rivka (2002). Quality Time: Do children want more time with their full-time employed parents. Berkeley.
- Pongratz, Hans/Voß, Günter (2003). Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin.
- Portes, Alejandro (1998). Social capital: Its origins and applications in modern sociology. *Annual Review of Sociology*(24), 1–24.
- Prenzel, Manfred (2005). PISA 2003: der zweite Vergleich der Länder in Deutschland; was wissen und können Jugendliche?/PISA-Konsortium Deutschland. Münster
- Presser, Harriet (2003). Working in a 24/7 economy. Challenges for American families. New York.
- Preuss-Lausitz, Ulf, (Hrsg.). (1983). Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Weinheim.
- Prewitt, Kenneth (2002). Demography, diversity and democracy. The 2000 census story. *Brookings Review* 20(1), 6–9.
- Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (Hg.): *Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung*. Opladen.
- Pro Kids, Hertens (2004). Kinderbarometer Hessen. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in Hessen. Bensheim.
- Pro Kids, Hertens (2005). LBS-Kinderbarometer 2004. Stimmungen – Meinungen – Trends von Kindern und Jugendlichen in NRW. Hertens.

- Prognos AG (2004). *Zukunftsatlas 2004 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb*. Basel.
- Prognos AG (in Kooperation mit dem BMFSFJ und der ZEIT) (2005). *Potenziale erschließen – Familienatlas 2005*. Basel
- Prognos AG/(herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit) (2003). *Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse*. Berlin.
- Pröll, Ulrich/Gude, Dietmar (2003). *Gesundheitliche Auswirkungen flexibler Arbeitsformen: Risikoabschätzung und Gestaltungsanforderungen*. Bremerhaven.
- Promberger, Markus (2005). *Wie neuartig sind flexible Arbeitszeiten? Historische Grundlinien der Arbeitszeitpolitik*. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.). *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt/Main, 9–39.
- Pross, Helge (1976). *Die Wirklichkeit der Hausfrau*. Reinbek.
- Prost, Antoine (1993). *Grenzen und Zonen des Privaten*. In: Aries, Philippe/Duby, George (Hrsg.). *Geschichte des privaten Lebens*. 5. Band: *Vom ersten Weltkrieg zur Gegenwart*. Frankfurt/Main.
- Prout, Alan (2004). *Herausforderungen für die neue Kindheitssoziologie*. *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 27(1), 57–72.
- Quaiser-Pohl, Claudia (1996). *Übergang zur Elternschaft und Familiengründung in Deutschland und Südkorea*. Münster.
- Rabe, Birgitta (1999). *Flexible Anwartschaften als Element der Rentenreform*. *Wirtschaftsdienst* 79(4), 237–244.
- Rabe-Kleberg, Ursula (2003). *Gender Mainstreaming und Kindergarten*. Berlin.
- Raehlmann, Irene (2004). *Zeit und Arbeit. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Rainwater, Lee/Smeeding, Timothy (2003). *Poor kids in a rich country: America's children in comparative perspective*. New York.
- Reichle, Barbara (1996a). *From is to ought and the kitchen sink: On the justice of distributions in close relationships*. In: Montada, Leo/Lerner, M. J. (Hrsg.). *Current societal concerns about justice*. New York, 103–135.
- Reichle, Barbara (1996b). *Der Traditionalisierungseffekt beim Übergang zur Elternschaft*. *Zeitschrift für Frauenforschung* 14(1), 70–89.
- Renz, Regine/Eggen, Bernd (2004). *Frauen in Europa: Job? Kinder? Oder Beides? Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* (4), 11–15.
- Rerrich, Maria S. (1983). *Veränderte Elternschaft. Entwicklungen in der familialen Arbeit mit Kindern*. *Soziale Welt* 34(4), 421–449.
- Rerrich, Maria S. (1985). *Alle reden vom Vater. – Aber wen meinen sie damit? Zur Differenzierung des Vaterbildes*. In: (Hrsg.). *Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS: Frauenforschung*. Frankfurt/Main.
- Rerrich, Maria S. (2002). *Von der Utopie der partnerschaftlichen Gleichverteilung zur Realität der Globalisierung von Hausarbeit*. In: Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hrsg.). *Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*. Münster, 16–29.
- Reuter, Silke (2002). *Sonderfall Frankreich: Die zentrale Rolle der Familienpolitik im französischen Wohlfahrtsstaat und ihre Bedeutung für die Erwerbsintegration von Frauen*. Leipzig.
- Rexroat, Cynthia/Shehan, Constance (1997). *The family life cycles and spouses' time in housework*. *Journal of Marriage and Family* 49(4), 737–750.
- Reynolds, A. J./Temple, J. A./Robertson, D. L./Mann, E.A. (2002). *Age 21 cost-benefit analysis of the Title I Chicago Child-Parent Centers*. *Educational Evaluation and Policy Analysis*, 24(4), 267–303
- Riedmüller, Barbara (2002). *Warum Geschlechterpolitik? In: Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Geschlechterpolitik 2002*, 7–16.
- Riley, Matilda White/Riley, John W. Jr. (1992). *Individuelles und gesellschaftliches Potential des Alterns*. In: Baltes, Paul B./Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.). *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin, 437–459.
- Rinderspacher, Jürgen P. (1985). *Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit*. Frankfurt/Main.
- Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2000). *Pflege neu denken. Zur Zukunft der Pflegeausbildung*. New York.
- Rohmann, Elke/Schmohr, Martina/Bierhoff, Hans-Werner (2002). *Aufteilung der Hausarbeit, verletzte Erwartungen und Beziehungsqualität*. *Zeitschrift für Familienforschung*, 13(2), 133–152.

- Rolff, Hans-Günter/Zimmermann, Peter (1985). Kindheit im Wandel. Eine Einführung in die Sozialisation im Kindesalter. Weinheim.
- Rolff, Hans-Günther (1967). Sozialisation und Auslese durch die Schule. Weinheim.
- Rollett, Brigitta/Werneck, Harald (2001). Einstellungen, Rollenverhalten und Berufstätigkeit bei Erst-, Zweit- und Dritteltern in Österreich. In: Nickel, Horst/Quaiser-Pohl, Claudia (Hrsg.). Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich. Weinheim, 123–136.
- Rollett, Brigitta/Werneck, Harald (2002). Die Vaterrolle in der Kultur der Gegenwart und die väterliche Rollenentwicklung in der Familie. In: Walter, Heinz (Hrsg.). Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie. Gießen, 323–343.
- Rolnick, Art/Grunewald, Rob (2003). Early Childhood Development: Economic Development with a High Public Return. *Fedgazette*, march 2003.
- Roloff, Juliane (2000). Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Wiesbaden: Heft 100.
- Roloff, Juliane (2002). Bericht 2001 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B „Sozioökonomische Strukturen der ausländischen Bevölkerung“. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft: Demographie* 27 (1), 3–68.
- Roloff, Juliane (2003). Demographischer Faktor. Hannover.
- Ronsen, Marit (2004). Fertility and Public Policies – Evidence from Norway and Finland. *Demographic Research* 10(6), 30.
- Roppelt, Ulrike (2003). Kinder – Experten ihres Alltags? Frankfurt/Main.
- Rosenbaum, Heidi (1982). Formen der Familie – Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt/Main.
- Rosenmayr, Leopold/Köckeis, Eva (1961). Sozialbeziehungen im höheren Lebensalter. *Soziale Welt* 12(2), 214–229.
- Rosenschon, Astrid (2001). Familienförderung in Deutschland: eine Bestandsaufnahme. Kiel.
- Rost, Harald (2004a). Familienentwicklung und Veränderung des Kinderwunsches. In: Rost, Harald/Rupp, Marina/Schulz, Florian/Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.). *Bamberger-Ehepaar-Panel*. Bamberg, 10–21.
- Rost, Harald (2004b). Work-Life-Balance: Neue Aufgaben für eine zukunftsorientierte Personalpolitik. Opladen.
- Rostgaard, Tine (2003). Social care regimes – the configuration of care for children and older people in Europe. Kopenhagen.
- Rostgaard, Tine (2005). Parental leave in Denmark. Forum „Elternversicherung, Elterngeld, Elternzeit – Erfahrungen aus Skandinavien“. Kopenhagen.
- Rostgaard, Tine/Fridberg, Torben (1998). Caring for children and older people – A comparison of European policies and practises, Social Security in Europe 6. Kopenhagen.
- Rothgang, Heinz/Vogler, Anke (1997). Die zukünftige Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahre 2040 und ihre Einflußgrößen. Bremen.
- Roussel, Louis (1988). Die soziologische Bedeutung der demographischen Erschütterung in den Industrieländern der letzten zwanzig Jahre. In: Lüscher, Kurt/Schultheis, Franz/Wehrspau, Michael (Hrsg.). Die „postmoderne“ Familie. familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz, 39–54.
- Ruhl, Klaus-Jörg (1988). Frauen in der Nachkriegszeit. 1945–1963. München.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003). Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2005). Familienorientierte Arbeitnehmermuster – Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ. Berlin.
- Rusbult, Craig (1987). Responses to dissatisfaction in close relationships: the exit-voice-loyalty-neglect model. In: Perlman, Daniel/Duck, Steve (Hrsg.). *Intimate relationships: Development, dynamics, and deterioration*. Newbury Park, 209–237.
- Russell, Graeme/Hwang, Carl-Philipp (2004). The impact of workplace practices on father involvement. In: Lamb, Michael E. (Hrsg.). *The role of the father in child development*. Hoboken, 476–503.
- Rutter, Michael (1979). Protective factors in children's response to stress and recovery. In: Kent, Martha W./Rolf, Jon E. (Hrsg.). *Primary prevention of psychopathology*. Hannover, 49–74.

- Sainsbury, Diane (1996). *Gender, Equality, and Welfare States*. New York, Cambridge
- Sanchez, Laura/Thomson, Elizabeth (1997). Becoming mothers and fathers: Parenthood, gender, and the division of labor. *Gender and Society* 11(4), 747–772.
- Sandberg, John F./Hofferth, Sandra L. (2001). Changes in children's time with parents: United States, 1981–1997. *Demography* 38(3), 423–436.
- Santrock, John W. (2004). *Life-Span Development*. Dallas.
- Sass, Jürgen/von Tschilschke, Birgit (2002). Soziales Kapital und Humankapital: Die gesellschaftlichen Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfeinitiativen. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2001). *Materialien zur Familienpolitik Nr. 15. Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“*. Bonn/ München. S. 93–121.
- Sauerborn, Werner (1992). Vater Morgana. Voraussetzungen und Ansatzpunkte eines wesentlichen Wertewandels bei Vätern. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 45(11), 735–744.
- Sayer, Liana C./Gauthier, Anne H./Furstenberg, Frank F. (2004). Educational differences in parents' time with children: Cross-national variations. *Journal of Marriage and Family* 66(5), 1152–1169.
- Sayer, Liana C./Bianchi, Suzanne M./Robinson, John P. (2004). Are Parents Investing Less in Children? Trends in Mothers' and Fathers' Time with Children. In: *American Journal of Sociology*, 2004, 110 (1), 1–43.
- Schlegel-Matthies, Kirsten (2003). Bildung für Lebensführung – eine neue Aufgabe für die Schule! In: Methfessel, Barbara (Hrsg.). *Fokus Haushalt. Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts*. Baltmannsweiler, 71–83.
- Schlemmer, Eliabeth (1995). „Living apart together“, eine partnerschaftliche Lebensform von Singles? In: Bertram, Hans (Hrsg.). *Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter*. Opladen, 363–98.
- Schlömer, Claus (2004). Binnenwanderungen seit der deutschen Einheit. *Raumforschung und Raumordnung*(2), 96–108.
- Schmähl, Winfried (2004). ‚Generationengerechtigkeit‘ und Alterssicherheit. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird. In: Burmeister, Kai/Böhning, Björn (Hrsg.). *Generationen & Gerechtigkeit*. Hamburg, 45–61.
- Schmidt-Denter, Ulrich/Beelmann, Wolfgang/Hauschild, S. (1997). Formen der Ehepartnerbeziehung und familiäre Anpassungsleistungen nach der Trennung. *Psychologie in Erziehung und Unterricht* 44(3), 289–306.
- Schmitz, Heike/Schmidt-Denter, Ulrich (1999). Die Nachscheidungsfamilie sechs Jahre nach der elterlichen Trennung. *Zeitschrift für Familienforschung* 11(3), 28–55.
- Schneekloth, Ulrich/Leven, Ingo (2003). *Hilfe- und Pflegebedürftige in Deutschland 2002*. München.
- Schneekloth, Ulrich/Müller, Udo (2000). *Wirkungen der Pflegeversicherung*. München.
- Schneekloth, Ulrich/Potthoff, Peter (1993). *Hilfe- und Pflegebedürftige in privaten Haushalten. Bericht zur Repräsentativerhebung im Forschungsprojekt „Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung“*. Stuttgart.
- Schneewind, Klaus A. (2002). *Globalisierung und Familie*. Oldenburg.
- Schneewind, Klaus A./Sierwald, Wolfgang (1999). Frühe Paar- und Familienentwicklung: Befunde einer fünfjährigen prospektiven Längsschnittstudie. In: Reichle, Barbara/Werneck, Harald (Hrsg.). *Übergang zur Elternschaft: Aktuelle Studien zur Bewältigung eines unterschätzten Lebensereignisses*. Stuttgart, 149–164.
- Schneewind, Klaus A./Vaskovics, Laszlo A./Gotzler, Petra/Hofmann, Barbara/Rost, Horst/Schlehlein, Bernhard/Sierwald, Wolfgang/Weiß, Joachim (1996). *Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch*. Stuttgart.
- Schneider, Norbert F. (1991). Warum noch Ehe? Betrachtungen aus austauschtheoretischer Perspektive. *Zeitschrift für Familienforschung* 3(3), 49–72.
- Schneider, Norbert F. (2002). Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben – Einführende Betrachtungen. In: Schneider, Norbert F./Mathias-Bleck, H. (Hrsg.). *Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Sonderheft 2 der Zeitschrift für Familienforschung*. Opladen, 9–21.
- Schneider, Thorsten (2004). Hauptschule, Realschule oder Gymnasium? Soziale Herkunft als Determinante der Schulwahl. In: Szydlik, Marc (Hrsg.). *Generation und Ungleichheit*. Wiesbaden, 77–103.

- Schneider, Thorsten/Drobnic, Sonja/Blossfeld, Hans-Peter (2001). Pflegebedürftige Personen im Haushalt und das Erwerbsverhalten verheirateter Frauen. *Zeitschrift für Soziologie* 30(5), 362–383.
- Schönig, Werner (2002). Kommunale Familienpolitik. Grundfragen, Handlungsansätze und Zielkonflikte. Materialien für die Arbeit vor Ort. Stuttgart.
- Schreiber, Wilfried (1964). Kindergeld im sozioökonomischen Prozess. Familienlastenausgleich als Prozess zeitlicher Kaufkraft-Umschichtung im Individual-Bereich. Köln.
- Schulz, Erika/Leidl, Reiner/Koenig, Hans Helmut (2001). Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten – Vorausschätzungen bis 2020 mit Ausblick auf 2050. *DIW-Wochenbericht* 68, 65–77.
- Schulze, Hans-Joachim (1995). Nachbarfamilien – Familienbeobachtung, Familienentwicklung und Familienpolitik in den Niederlanden. In: Nauck, Bernhard/Onnen-Isemann, Corinna (Hrsg.). *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung: Rosemarie Nave-Herz zum 60. Geburtstag gewidmet*. Neuwied, 73–90.
- Schupp, Jürgen (1991). Teilzeitarbeit als Möglichkeit der beruflichen (Re-) Integration. Empirische Analysen auf der Basis aktueller Längsschnittdaten. In: Mayer, Karl Ulrich/Allmendinger, Jutta/Huinink, Johannes (Hrsg.). *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt/Main, 207–232.
- Schupp, Jürgen/Künemund, Harald (2004). Private Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen in Deutschland. *DIW-Wochenbericht* 71(20), 289–294.
- Schütze, Yvonne (1986). *Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters „Mutterliebe“*. Hannover.
- Schütze, Yvonne (1988a). Zur Veränderung im Eltern-Kind-Verhältnis seit der Nachkriegszeit. In: Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.). *Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart, 95–114.
- Schütze, Yvonne (1988b). Mütterliche Erwerbstätigkeit und wissenschaftliche Forschung. In: Gerhard, Uta/Schütze, Yvonne (Hrsg.). *Frauensituation. Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren*. Frankfurt/Main, 114–138.
- Schütze, Yvonne (1989). Jugendliche und ihre Eltern – Konflikte, Gemeinsamkeiten, Zusammenhalt. In: Bertram, Hans/Borrmann-Müller, Renate/Hübner-Funk, Sibylle/Weidacher, Alois (Hrsg.). *Blickpunkt Jugend und Familie – Internationale Beiträge zum Wandel der Generationen*. Weinheim, 189–208.
- Schwarz, Karl (1988). Familienpolitik und demographische Entwicklung in den Bundesländern nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Abschätzung der demographischen Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen. Wiesbaden.
- Schwarz, Karl (1992). Bevölkerungspolitische Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 17(1992), 197–208.
- Schwarz, Karl (1999). Rückblick auf eine demographische Revolution. Überleben und Sterben, Kinderzahl, Verheiratung, Haushalte und Familien, Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in Deutschland im 20. Jahrhundert im Spiegel der Bevölkerungsstatistik. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 24(3), 229–279.
- Schweinhart, Lawrence J./Weikart, David P. (1993). *High/Scope Perry Preschool Study*. Ypsilanti, Michigan
- Schweitzer, Rosemarie von (1988). Die privaten Versorgungs-, Pflege- und Erziehungsleistungen und ihre Wahrnehmung als Haushaltsproduktion. *Hauswirtschaft und Wissenschaft* 36(3), 230–237.
- Schweitzer, Rosemarie von (1997). Geschlechtersolidarität und Modernität in der Familienforschung. In: Gabriel, Karl/Herlth, Alois/Strohmeier, Klaus Peter (Hrsg.). *Modernität und Solidarität. Konsequenzen gesellschaftlicher Modernisierung*. Festschrift für Franz-Xaver Kaufmann. Freiburg i.Br., 29–57.
- Scott, James C. (1998). Seeing like a state: How certain schemes to improve the human condition have failed. Yale.
- Segalen, Martine (1984). ‚Sein Teil haben‘: Geschwisterbeziehungen in einem egalitären Vererbungssystem. In: Medick, Hans/Sabean, David (Hrsg.). *Emotionen und materielle Interessen – Sozialanthropologische und historische Beiträge zur Familienforschung*. Göttingen, 181–198.
- Seidenspinner, Gerlinde/Burger, Angelika (1982). *Mädchen’82*. München.
- Seifert, Hartmut (2005). Arbeitszeitpolitischer Modellwechsel: Von der Normalarbeitszeit zu kontrollierter Flexibilität. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.). *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt/Main, 40–66.

- Sellach, Brigitte (1996). *Wie kommt das Essen auf den Tisch? Die Frankfurter Beköstigungsstudie*. Baltmannsweiler.
- Sen, Bisakha (2002). Does married women's market work affect marital stability adversely? An intercohort analysis using NLS data. *Review of Social Economy* 60(1) 71–92.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2004). *Sozialstrukturatlas Berlin 2003*. Berlin.
- Sennett, Richard (1996). *The corrosion of character. The personal consequences of work in the new capitalism*. New York.
- Shapiro, Alyson Feanley/Gottman, John M./Carrère, Sybil (2000). The baby and the marriage: identifying factors that buffer against decline in marital satisfaction after the first baby arrives. *Journal of Family Psychology* 14(1), 59–70.
- Shields, Margie K./Behrman, Richard E.. (2002). *Children and Welfare Reform: Analysis and Recommendations. The Future of Children*. 12(1).
- Shonkoff, Jack P./Meisels, Samuel J./Zigler, Edward F. (2000). *Handbook of early childhood intervention*. Cambridge.
- Shonkoff, Jack P./Phillips, Deborah A. (2000). *From neurons to neighborhoods. The science of early childhood development*. Washington D. C.
- Sichtermann, Barbara (1982). *Vorsicht Kind. Eine Arbeitsplatzbeschreibung für Mütter, Väter und Andere*. Berlin.
- Sichtermann, Barbara (1987). *FrauenArbeit. Über die wechselnden Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation*. Berlin.
- Simmel, Georg (1908 (4. Aufl. 1958)). *Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin.
- Sing, Dorit (2003). *Gesellschaftliche Exklusionsprozesse beim Übergang in den Ruhestand. Eine theoretische und empirische Mehrebenenuntersuchung der Teilhabe an Erwerbsarbeit und ehrenamtlichem Engagement älterer (Erwerbs-)Personen im Kohortenvergleich, Dissertation, Frankfurt a.M.*
- Sinn, Hans Werner (2003). *Das demographische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen*. Ifo-Schnelldienst: Wochenberichte, 56,(5), 20–36;
- Skolnick, Jerome H./Skolnick, Arlene (2001). *Family in transition*. Boston.
- Slebos, Joelle E. (2003). *Low fertility rates in OECD countries: Facts and policy responses. OECD social, employment and migration working papers*. Paris.
- Smith, Ralph E. (1979). *The subtle revolution: Women at work*. Washington D. C.
- Sobolewski, Juliana M./Amato, Paul R. (2005). Economic hardship in the family of origin and children psychological well-being in adulthood. *Journal of Marriage and Family* 67(1), 141–156.
- Solga, Heike/Rusconi, Alessandra/Krüger, Helga (2005). Gibt der ältere Partner den Ton an? Die Alterskonstellation in Akademikerpartnerschaften und ihre Bedeutung für Doppelkarrieren. In: Solga, Heike/Wimbauer, Christine (Hrsg.). „Wenn zwei das Gleiche tun.“ *Ideal und Realität sozialer (Un)Gleichheit in Dual Career Couples*. Opladen, 27–52.
- Sozialministerium Baden – Württemberg (2005). *Im Brennpunkt der Zukunft. Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt*. Stuttgart.
- Sozialministerium Baden-Württemberg (2004). *Familienbericht 2004*. Stuttgart.
- Spieß, Katharina (1998). *Staatliche Eingriffe in Märkte für Kinderbetreuung. Analysen im deutsch-amerikanischen Vergleich*. Frankfurt a. M./New York
- Spieß, Katharina (2002). Gutscheine – ein Ansatz zur Finanzierung und Steuerung im Kindertagesstättenbereich. In: Dohmen, Dieter/Cleuvers, Birgitt A. (Hrsg.). *Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung – Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule*. Bielefeld, 33–50.
- Spieß, Katharina (2004). *Parafiskalische Modelle zur Finanzierung familienpolitischer Leistungen*. Berlin.
- Spieß, Katharina/Schupp, Jürgen/Grabka, Markus/Heiskan-De New, John P./Jakobeit, Heike/Wagner, Gert G. (2003). *Abschätzung der Brutto-Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Baden-Baden.
- Spieß, Katharina/Wrohlich, Katharina (2005). *Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland? DIW Wochenbericht 14, 223–227*.
- SPI-Schriftenreihe (2000). *Alles unter einem Dach. Einblicke in das SOS-Mütterzentrum Salzgitter*. Praxisband 1 der SPI-Schriftenreihe. München.

- Spitzer, Manfred (2002). Lernen. Gehirnforschung und die Schule des Lebens. Heidelberg.
- Spitzer, Manfred (2004). Selbstbestimmen. Gehirnforschung und die Frage: Was sollen wir tun? Heidelberg.
- Standard & Poor's (2004): A premier provider of ratings, fixed income credit research and default studies. A division of The McGraw-Hill Companies, Inc. <http://www2.standardandpoors.com>
- Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (2004). IFB-Familienreport Bayern 2004. Zur Lage der Familie in Bayern.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2004). Kindertagesbetreuung regional 2002. Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze im Kreisvergleich. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (1962). Statistisches Jahrbuch 1962. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (1987). Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (1999). Wo bleibt die Zeit? Zeitverwendung in Deutschland als Scientific Use File Version 1.0. Handbuch zur Anonymisierung der Zeitbudgetdaten. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2002a). Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (2002b). Statistisches Jahrbuch 2002. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003a). Statistisches Jahrbuch 2003. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003b). Bevölkerung Deutschlands von 2002 bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2004a). Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2004b). Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Forum der Bundesstatistik, Bd. 43. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2004c). Leben und Arbeiten in Deutschland. Mikrozensus 2003. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2004d). Hochschulstatistik 2004. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004e). Ehescheidungen 2003. Pressemitteilung vom 13. Aug. 2004. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005). Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt/BMFSFJ (2003). Zeitbudgetstudie Deutschland: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2003). Statistisch-prognostischer Bericht. Stuttgart.
- Steinman, Susan B./Zemmelman, Steven E./Knoblauch, Thomas M. (1986). Children in joint custody: A report of a study of children in voluntary and court determined joint custody. Paper presented at the 63rd Annual Meeting of the American Orthopsychiatric Association. Chicago.
- Stern, Elisabeth (2004). Mehr Training für kindliche Gehirne? Eher nicht – Doch gute Förderung entspannt das Leben. Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, 9/10(04), 17–21.
- Stiehler, Sabine (2000). Alleinerziehende Väter. Weinheim.
- Stierlin, Helmut (1976). Eltern und Kinder. Das Drama von Trennung und Versöhnung im Jugendalter. Frankfurt/Main.
- Stöbe-Blossey, Sybille (2004). Arbeitszeit und Kinderbetreuung. Gelsenkirchen.
- Stone, Pamela/Lovejoy, Meg (2004). Fast-track women and the 'choice' to stay at Home. Annals of the American Academy of Political and Social Science(596), 62–83.
- Strehmel, Petra (2005). Weniger gefördert? Elterliche Arbeitslosigkeit als Entwicklungskontext der Kinder. In: Alt, Christian (Hrsg.). Aufwachsen in Familien. Wiesbaden, 217–238.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2004). Armut trotz Erwerbstätigkeit – Empirisches Ausmaß und sozialpolitische Schlußfolgerungen. In: Josef-Popper-Nährpflichtstiftung (Hrsg.). Broschüre zur Verleihung des Forschungspreises 2003/2004. Frankfurt/Main, 1–23.
- Strohmeier, Klaus Peter (1993). Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte 42(17), 11–29.
- Surkyn, Johan/Lesthaege, Ron (2004). Wertorientierungen und 'second demographic transition' in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29(1), 63–98.

- Sylva, K./Melhuish, E./Sammons, P./Siraj-Blatchford, I./Taggart, B./Elliot, K. (2001). The Effective Provision of Pre-School Education [EPPE] Project. A Longitudinal Study funded by the DFE (1997 – 2003).
- Szydlik, Marc (2000). Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen.
- Szydlik, Marc (2001). Generationensolidarität, Generationenkonflikt. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.). Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Opladen, 573–596.
- Szydlik, Marc (2002a). Wenn sich Generationen auseinanderleben. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 22(4), 362–373.
- Szydlik, Marc (2002b). Generationen: Wer sorgt sich um wen? In: Burkart, Günter/Wolf, Jürgen (Hrsg.). Lebenszeiten – Erkundungen zur Soziologie der Generationen. Martin Kohli zum 60. Geburtstag. Opladen, 147–160.
- Szydlik, Marc/Schupp, Jürgen (2004). Wer erbt mehr? Erbschaften, Sozialstruktur und Alterssicherung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54(4), 609–629.
- Szymenderski, Peggy (2004). Zwei Welten – Leben in Ost- und Westdeutschland. München.
- Tallis, Frank/Davey, Graham C.L./Capuzzo, Nicola (1994). The phenomenology of non-pathological worry: A preliminary investigation. In: Davey, Graham C.L./Tallis, Frank (Hrsg.). Worrying – perspectives on theory, assessment, and treatment. New York, 61–89.
- Tartler, Rudolf (1961). Das Alter in der modernen Gesellschaft. Stuttgart.
- Teuteberg, Hans-Jürgen/Wischermann, Clemens (1985). Wohnalltag in Deutschland 1850–1914. Bilder – Daten – Dokumente. Münster.
- Thiele-Wittig, Maria (2003). Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie. Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2003, 3–6.
- Thiessen, Barbara (2004). Re-Formulierung des Privaten: Professionalisierung personenbezogener, haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit. Wiesbaden.
- Tiepelmann, Klaus (1992). Parafiski. In: Tiepelmann, Klaus/van der Beek, Gregor (Hrsg.). Theorie der Parafiski. Berlin, 33–40.
- Tölke, Angelika (2005). Die Bedeutung von Herkunftsfamilie, Berufsbiografie und Partnerschaften für den Übergang zur Ehe und Vaterschaft. In: Männer – das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 4.
- Tölke, Angelika (1989). Lebensverläufe von Frauen: Familiäre Ereignisse, Ausbildungs- und Erwerbsverhalten. München.
- Tomka, Bela (2001). Social integration in 20th century Europe: Evidence from Hungarian family development. Journal of Social History 35(2), 327–348.
- Trappe, Heike (1995). Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin.
- Uhlenberg, Peter (1996). Mortality decline in the twentieth century and supply of kin over the life course. The Gerontologist 36, 681–685.
- UNICEF, Unicef Innocenti Research Centre (2005). Child poverty in rich countries 2005, Report Card No. 6. Florence. www.unicef-irc.org.
- United Nations, Population Division, DESA (2002). International Migration Report. New York.
- United Nations, Population Division, DESA (2003a). World Fertility Report: 2003. New York.
- United Nations, Population Division, DESA (2003b). Long-Range Population Projections. New York.
- UNO (2003). Partnership and reproductive behavior in low -fertility countries. New York.
- Van de Kaa, Dirk J. (1987). Europe's second demographic transition. Population Bulletin 42, 3–57.
- Vaskovics, Laszlo A. und Rost, Harald (2004). Best Practice. Weiterbildungsmodul für Führungskräfte zum Thema: „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“. Bamberg.
- Vaskovics, Laszlo/Rost, Harald (1999). Väter und Erziehungsurlaub. Stuttgart.
- Venturi, Marco (2002). Innovationslose Städte? In: Jahrbuch Stadt Region 2002. Opladen, 97–106.
- Vesper, Dieter (2004). Anreize für Kommunen mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 5.
- Wahler, Peter/Preiß, Christine/Schaub, Günther (2005). Ganztagsangebote an der Schule. Erfahrungen – Probleme – Perspektiven. München.

- Walper, Sabine (2002). Einflüsse von Trennung und neuer Partnerschaft der Eltern. Ein Vergleich von Jungen und Mädchen in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 22(1), 25–46.
- Walper, Sabine (2004). Auswirkungen von Armut auf die betroffenen Kinder und Jugendlichen. München.
- Walper, Sabine/Schwarz, Beate (1999). Risiken und Chancen für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien. In: Walper, Sabine/Schwarz, Beate (Hrsg.). Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien. München, 7–22.
- Walter, Heinz (2002). Deutschsprachige Väterforschung – Sondierungen in einem weiten Terrain. In: Walter, Heinz (Hrsg.). Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie. Gießen, 13–79.
- Walter, Wolfgang/Künzler, Jan (2002). Parentales Engagement: Mütter und Väter im Vergleich. In: Schneider, Norbert F./Matthias-Bleck, Heike (Hrsg.). Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Opladen, 95–119.
- Weekers, Silvia/Pijl, Marja (1998). Home care and care allowances in the EU. Utrecht.
- Weinkopf, Claudia (2002). „Es geht auch anders“ – Reguläre Beschäftigung durch Dienstleistungspools. In: Gather, Claudia (Hrsg.). Weltmarkt Privathaushalt. bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster, 154–166.
- Wellman, Barry A. (1977). The community question: Intimate ties in East York. *Research Paper*. Toronto.
- Wellmann, Barry/Berkowitz, Steven, Hrsg. (1988). *Social Structures*. New York.
- Werneck, Harald (1998). Übergang zur Vaterschaft. Auf der Suche nach den „Neuen Vätern“. Wien.
- Wetterer, Angelika (2002). Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion: 'Gender at work' in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz.
- Welskop-Deffaa, Eva Maria (2001). Der Irrtum der Generationenvergessenheit. Kinderlose über eine Familienkasse beteiligen! In: Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Hrsg.) *Salzkörner*, 7. Jg. Nr. 2. www.zdk.de/salzkörner.
- Whirlpool, Stiftung (1996). *Frauen setzen neue Prioritäten*. London.
- WHO (Hrsg.) (2003). *The World Health Report 2003. Shaping the future*. Genf.
- Wieners, Tanja (2002). Gestaltung und Bedeutung von Großeltern-Enkel-Beziehungen aus der Perspektive der Enkelkinder. In: Schweppe, Cornelia (Hrsg.). *Generation und Sozialpädagogik. Theoriebildung, öffentliche und familiäre Generationenverhältnisse, Arbeitsfelder*. Weinheim, 223–242.
- Wieners, Tanja (2005). *Miteinander von Kindern und alten Menschen*. Wiesbaden.
- Willms-Herget, Angelika (1985). *Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt*. Frankfurt/Main.
- Wilson, William Julius (1979). *The truly disadvantaged. The inner city, the underclass, and public policy*. Chicago.
- Wimbauer, Christine (2003). *Geld und Liebe. Zur symbolischen Bedeutung von Geld in Paarbeziehungen*. Frankfurt/Main.
- Wimbauer, Christine/Schneider, Werner/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Allmendinger, Jutta/Kaesler, Dorothea (2002). *Prekäre Balancen – Liebe und Geld in Paarbeziehungen*. In: Deutschmann, Christoph (Hrsg.). *Die gesellschaftliche Macht des Geldes*. Opladen, 263–285.
- Wingen, Max (1997). *Familienpolitik: Grundlagen und aktuelle Probleme*. Stuttgart.
- Wingen, Max (2004). *Die Geburtenkrise ist überwindbar*. Grafschaft.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2001). *Gerechtigkeit für Familien – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs*. Berlin.
- Wolfe, Alan (1999). *One nation, after all: What Americans really think about god, country, family, racism, welfare, immigration, homosexuality, work, the right, the left and each other*. New York.
- Wrohlich, Katharina (2004). *Child care costs and mothers' labor supply: an empirical analysis for Germany*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin.
- Young, Michael F. D./Willmott, Peter (1973). *Symmetrical family: Study of work and leisure in the London region*. New York.
- Zeiher, Helga (1983). *Die vielen Räume der Kinder. Zum Wandel räumlicher Lebensbedingungen seit 1945*. In: Preuss-Lausitz, Ulf

- (Hrsg.). Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Weinheim, 176–194.
- Zinnecker, Jürgen (1987). Jugendkultur 1940–1985. Opladen
- Zinnecker, Jürgen/Behnken, Imbke/Maschke, Sabine/Stecker, Ludwig (2002). null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts. Opladen.
- Zinnecker, Jürgen/Fischer, Arthur/Fuchs, Arthur (1985). Jugendliche + Erwachsene 85. Biografien, Orientierungsmuster, Perspektiven. Schell- Jugendstudie 10/1. Opladen.
- Zukunftsbericht Baden-Württemberg (1999). Zukunftsbericht Gesellschaft 2000. Stuttgart.
- Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg (1999). Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Stuttgart
- Zulehner, Paul M./Volz, Rainer (1998). Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein Forschungsbericht. Ostfildern.

Sonderauszählungen bzw. Sonderaufbereitung von amtlichen Daten für den Siebten Familienbericht**Sonderauszählungen des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt**

Mikrozensus 2002: Bevölkerung nach schulischem und beruflichem Bildungsabschluss, Geschlecht und Altersgruppen in den einzelnen Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 1985, 1991 und 2003: Überwiegender Lebensunterhalt der weiblichen bzw. männlichen Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2003: Der überwiegende Lebensunterhalt von 35- bis 44-jährigen Männern bzw. Frauen in den Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2003: Erwerbstätige Frauen bzw. Männer nach Wirtschaftsbereichen und persönlichem Nettoeinkommen in den Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2003: Wie viele von der Kohorte der 40- bis 44-jährigen Frauen sind Hausfrauen, Teilzeitbeschäftigte bzw. sind Vollzeitbeschäftigte? Wie viele Kinder leben bei diesen Frauen und wie viele Frauen sind kinderlos bzw. ohne Kinder im Haushalt in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost?

Mikrozensus 2003: Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern nach Zahl der Kinder, Voll-/Teilzeittätigkeit und nach Altersgruppen (25 bis 29 Jahre, 30 bis 34 Jahre, 35 bis 39 Jahre, 40 bis 44 Jahre, 45 bis 49 Jahre, 50 bis 54 Jahre, 55 bis 59 Jahre) in den Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2003: Verheiratete bzw. nicht verheiratete Frauen und Männer nach Anzahl der Kinder und Bildungsabschlüssen in den Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2003: Bevölkerung nach schulischem und beruflichem Bildungsabschluss, Geschlecht und Altersgruppen in den einzelnen Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2004: Betreuung deutscher bzw. ausländischer Kinder in den einzelnen Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost; – Besuch einer Kinderkrippe bzw. Kindergartens von unter 3-jährigen Kindern.

Mikrozensus 2004: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Männern bzw. Frauen nach Altersgruppen sowie nach Anzahl der Kinder in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2004: Persönliches Nettoeinkommen von Frauen bzw. Männern nach Altersgruppen und Anzahl der Kinder im Haushalt in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Sonderauszählungen des Mikrozensus durch die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle am Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Mikrozensus 1985, 1991, 1995, 2000 und 2002: Frauen bzw. Männer mit bzw. ohne Kinder im Haushalt nach Bundesländern, Altersgruppen und nach schulischem und beruflichem Bildungsabschluss.

Mikrozensus 2002: Auszählungen zum durchschnittlichen Einkommen, Niedrigeinkommen bzw. höherem Einkommen und dem Familiennettoeinkommen bzw. Pro-Kopf-Einkommen von allein Erziehenden bzw. Ehepaaren nach Anzahl der Kinder in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mikrozensus 2003: Ökonomische Situation von Familien in Deutschland und seinen Ländern.

Sonderaufbereitung der Statistik „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 2003“ im Statistischen Bundesamt

Frauen unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt bzw. unter den 40- bis 44-Jährigen nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppen in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Voll- und Teilzeitbeschäftigten unter den 40- bis 44jährigen Frauen des öffentlichen Dienstes nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppen in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Als Beamte/Richter sowie als Angestellte beschäftigte Frauen insgesamt bzw. in der Altersgruppe der 40- bis 44 Jährigen in den Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Frauen unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt bzw. unter den 40- bis 44-Jährigen nach Dienstverhältnis in den Bundesländern, in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter

On-Site-Nutzung der faktisch anonymisierten Mikrodaten aus dem Mikrozensus 2002 im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Sonderauszählungen der MZ-Zusatzerhebung 1971 durch ZUMA

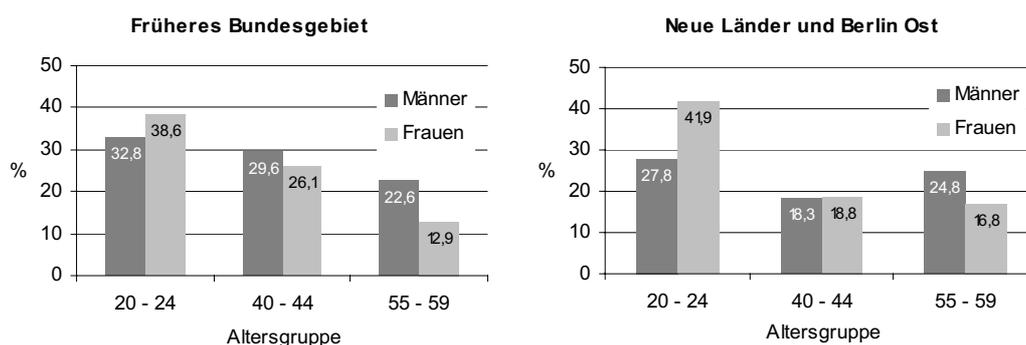
Frauen mit bzw. ohne Kinder nach Altersgruppen und nach höchstem schulischem bzw. beruflichem Bildungsabschluss in den Bundesländern.

Eurostat Data Shop

Zahlreiche Datenabfragen aus internationalen Datenbanken und Zusammenstellungen von internationalen Daten.

Anhang

Abbildung A.V.1

**Männer und Frauen mit Fachhochschul-/Hochschulreife*
in ausgewählten Altersgruppen 2003 (in Prozent)**


Datentabelle:

Bundesländer	20 – 24 Jahre		40 – 44 Jahre		55 – 59 Jahre	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Schleswig-Holstein	28,6	33,1	27,6	25,4	23,4	13,4
Hamburg	41,4	48,2	43,8	38,2	29,3	21,5
Niedersachsen	31,1	35,2	26,2	23,1	21,2	11,6
Bremen	/	42,3	31,5	34,1	/	/
Nordrhein-Westfalen	38,2	43,4	30,7	29,0	22,3	12,6
Hessen	35,5	42,3	34,9	31,6	23,7	14,2
Rheinland-Pfalz	29,4	40,4	26,1	22,6	23,1	11,4
Baden-Württemberg	34,1	38,1	29,6	23,7	22,8	13,1
Bayern	23,5	29,5	25,9	21,1	20,7	10,7
Saarland	31,8	41,5	25,3	19,3	20,2	/
Berlin	39,2	50,3	36,5	34,2	32,8	23,1
dar. Berlin West	38,6	46,8	39,2	36,5	31,0	21,6
dar. Berlin Ost	39,8	54,9	32,2	30,4	37,1	26,1
Brandenburg	27,6	47,1	16,1	14,5	24,4	17,6
Mecklenburg-Vorpommern	21,6	35,3	15,9	16,4	17,4	16,4
Sachsen	28,8	37,9	17,8	18,7	28,5	16,6
Sachsen-Anhalt	23,4	38,0	16,3	18,8	19,7	15,5
Thüringen	27,3	44,4	18,0	20,6	23,5	13,7
Deutschland	31,7	39,2	27,4	24,7	23,0	13,6
Früheres Bundesgebiet	32,8	38,6	29,6	26,1	22,6	12,9
Neue Länder und Berlin Ost	27,8	41,9	18,3	18,8	24,8	16,8

/ Keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug.

* Für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr war die Beantwortung der Fragen zum Bildungsabschluss und beruflichen Bildungsabschluss freiwillig.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2003, Sonderauszählung

Tabelle A.V.1

Total fertility rate* 1991 bzw 2003 in den Bundesländern und deren Kreisen**Kreise mit der stärksten Zu- bzw. Abnahme (-) der Geburtenrate (TFR)*
je Bundesland zwischen 1991 und 2002**

Bundesland	Minimum	TFR	Maximum	TFR
Schleswig-Holstein	Flensburg	- 176	Stormarn	0
Hamburg				- 41
Niedersachsen	Grafschaft Bentheim	- 182	Uelzen	88
Bremen	Bremerhaven	- 19	Bremen	18
Nordrhein-Westfalen	Olpe	- 182	Münster	50
Hessen	Odenwaldkreis	- 79	Frankfurt	50
Rheinland-Pfalz	Bad Kreuznach	- 159	Frankenthal	85
Baden-Württemberg	Freudenstadt	- 189	Heidelberg	155
Bayern	Kitzingen	- 233	Schwabach	59
Saarland	Neunkirchen	- 118	Saarlouis	- 16
Berlin				126
Brandenburg	Oberspreewald-Lausitz	98	Prignitz	291
Mecklenburg-Vorpommern	Rügen	112	Nordwestmecklenburg	288
Sachsen	Hoyerswerda	72	Niederschles. Oberlausitzkreis	361
Sachsen-Anhalt	Saalkreis	131	Altmarkkreis Salzwedel	309
Thüringen	Erfurt	202	Unstrut-Hainich-Kreis	347

Kreise mit der geringsten bzw. höchsten Geburtenrate (TFR)* je Bundesland 1991

Bundesland	Minimum	TFR	Maximum	TFR
Schleswig-Holstein	Kiel	1260	Schleswig-Flensburg	1651
Hamburg				1243
Niedersachsen	Hannover	1180	Cloppenburg	1829
Bremen	Bremen	1272	Bremerhaven	1404
Nordrhein-Westfalen	Münster	1122	Borken	1772
Hessen	Frankfurt	1105	Fulda	1563
Rheinland-Pfalz	Mainz	1152	Daun	1674
Baden-Württemberg	Heidelberg	936	Biberach	1726
Bayern	Würzburg	1039	Unterallgäu	1800
Saarland	Saarbrücken	1254	Merzig-Wadern	1461
Berlin				1101
Brandenburg	Potsdam	874	Oberspreewald-Lausitz	1086
Mecklenburg-Vorpommern	Neubrandenburg	863	Güstrow	1165
Sachsen	Chemnitz	903	Annaberg	1186
Sachsen-Anhalt	Dessau	833	Stendal	1117
Thüringen	Suhl	842	Eichsfeld	1182

*) Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder pro 1 000 Frauen)

Quelle/Berechnungsgrundlage: DJI-Regionaldatenbank auf der Basis der Daten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

noch Tabelle A.V.1

Kreise mit der geringsten bzw. höchsten Geburtenrate (TFR)* je Bundesland 2002

Bundesland	Minimum	TFR	Maximum	TFR
Schleswig-Holstein	Kiel	1174	Schleswig-Flensburg	1580
Hamburg				1202
Niedersachsen	Hannover	1189	Cloppenburg	1752
Bremen	Bremen	1290	Bremerhaven	1385
Nordrhein-Westfalen	Münster	1172	Borken	1608
Hessen	Frankfurt	1155	Fulda	1531
Rheinland-Pfalz	Trier	1110	Daun	1633
Baden-Württemberg	Heidelberg	1091	Biberach	1639
Bayern	Würzburg	1031	Unterallgäu	1640
Saarland	Saarbrücken	1234	Merzig-Wadern	1373
Berlin				1227
Brandenburg	Potsdam	1090	Uckermark	1252
Mecklenburg-Vorpommern	Neubrandenburg	1096	Güstrow	1353
Sachsen	Leipziger Land	1143	Aue-Schwarzenberg	1398
Sachsen-Anhalt	Dessau	1125	Altmarkkreis Salzwedel	1395
Thüringen	Gera	1070	Eichsfeld	1434

*) Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder pro 1 000 Frauen)

Quelle/Berechnungsgrundlage: DJI-Regionaldatenbank auf der Basis der Daten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

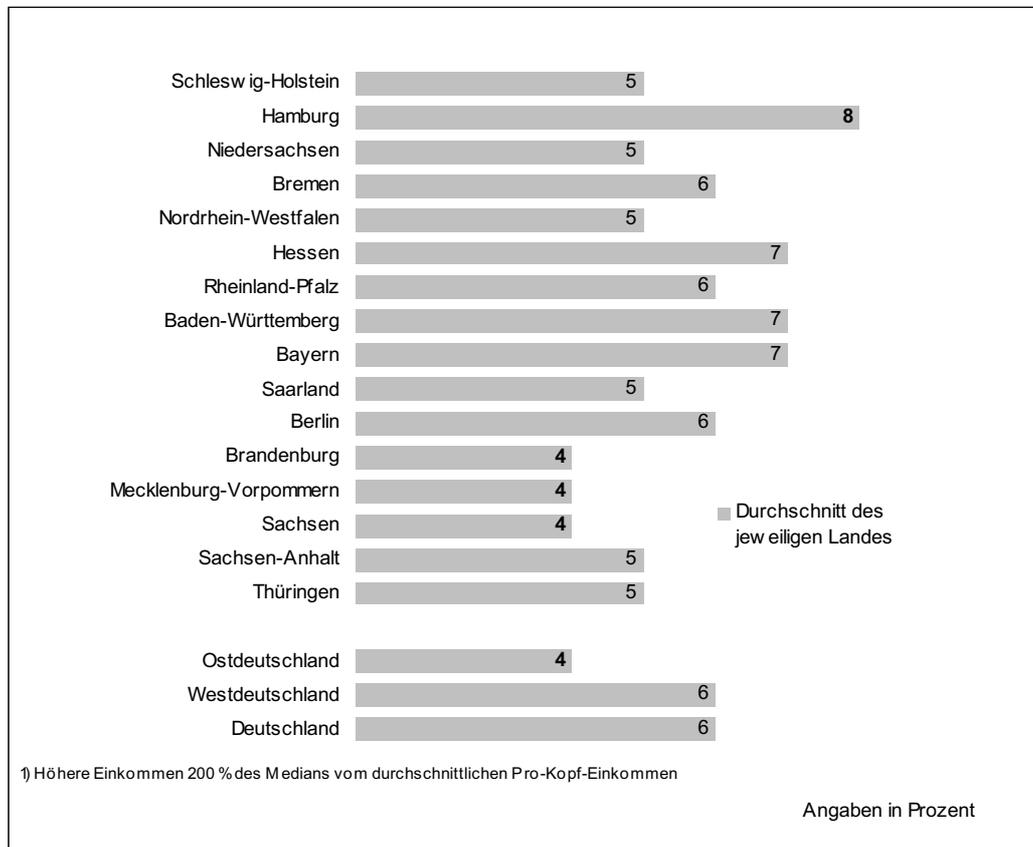
Tabelle A.V.2

Anteil der urbanen Bevölkerung (in Prozent)

	Schweden	Dänemark	Niederlande	Vereinigtes Königreich	Frankreich	Deutschland
1950	65,8	68	54,4	79	54,3	71,9
1955	69,3	69,6	54,1	78,7	58,2	74,1
1960	72,6	73,7	53,8	78,4	62	76,1
1965	77,1	77	54,9	77,8	67,1	77,9
1970	81,1	79,7	55,9	77,1	71,1	79,6
1975	82,7	82,1	56,9	82,7	72,9	81,2
1980	83,1	83,8	58	87,9	73,3	82,6
1985	83,1	84,4	59	88,6	73,7	84
1990	83,1	84,8	60	88,7	74,1	85,3
1995	83,2	84,9	61,8	88,7	74,9	86,5
2000	83,3	85,1	64,3	88,9	75,7	87,5
2003	83,4	85,3	65,8	89,1	76,3	88,1
2005	83,4	85,5	66,8	89,2	76,7	88,5
2010	83,8	86,1	69,2	89,7	77,8	89,3
2015	84,3	86,8	71,4	90,2	79	90
2020	84,9	87,5	73,5	90,8	80,3	90,7
2025	85,8	88,2	75,4	91,4	81,7	91,3
2030	86,7	89	77,2	92	83	91,9

Quelle: World Urbanization Prospects: the 2003 Revision Population Database

Abbildung A.V.2

Kinder in Familien mit höheren Einkommen¹⁾ in Deutschland und seinen Ländern 2003

Quelle: Bernd Eggen, Ökonomische Situation der Familie in Deutschland und in seinen Ländern 2003. Expertise zum 7. Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Stuttgart (Anhang)

Tabelle A.V.3

**Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Betreuungssituation,
Bildung und Arbeitsmarkt, Familie und Beruf und aus
Sicherheit und Wohlstand in ausgewählten Städten**

	Kiel	Wolfs- burg	Schwe- rin	Ober- hausen	Halle/ Saale	Frank- furt	Pots- dam	Heidel- berg	Dres- den	Kaisers- lautern	Jena	Nürn- berg	Chem- nitz
Demografie													
Anteil (%) der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 2003	15,4	16,8	14,4	18,1	14,4	15,2	15,1	14,1	14,3	19,3	13,8	15,7	13,1
Frauen je 100 Männer in der Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen	98	92	89	97	93	99	94	110	90	86	88	98	90
TFR 2003	1175	1267	1130	1289	1241	1158	1112	1097	1286	1275	1304	1233	1221
TFR Veränderung 2003 zu 1991	- 85	- 112	260	- 174	291	53	238	161	336	- 77	339	2	318
Wanderungsgewinn/verlust (-) der unter 18-Jährigen je 1 000 dieser Altersgruppe	- 6,2	9,6	- 10,3	3,7	- 19,7	- 7,2	5,3	- 6,4	- 4,5	- 9,1	- 16,5	4,8	- 12,6
Wanderungsgewinn/verlust (-) der unter 18-24-Jährigen je 1 000 dieser Altersgruppe	132,7	24,7	- 19,6	8,5	- 3,0	67,5	40,6	77,0	46,2	59,2	51,7	60,1	- 2,8
Betreuungsinfrastruktur													
Krippenplätze je 1000 Kinder unter 3 Jahren	55	91	479	11	550	87	465	122	282	47	271	24	314
Hortplätze je 1 000 Kinder im Alter 6 bis 9 Jahre	145	168	620	32	592	402	1011	151	865	125	13	205	1058
Anteil (5) der Ganztagsbetreuung (in Krippen, Kindergärten und Horten)	61,5	47,1	100,0	24,4	77,2	67,6	84,4	40,2	98,8	41,2	100,0	81,2	94,6
Plätze in Betreuungseinrichtungen insgesamt je 1 000 Kinder im Alter bis 9 Jahre	377	430	777	311	740	478	854	442	766	423	541	389	859
Bildung und Arbeitsmarkt													
Anteil (%) der weiblichen Schulabgänger mit Hochschulreife	37,4	38,3	32,2	28,3	39,9	44,4	48,2	52,8	34,6	44,3	47,8	23,4	33,0
Arbeitslosenquote von Frauen	10,7	9,9	13,9	10,3	18,8	8,2	10,8	6,4	13,6	10,7	12,9	12,1	18,4
Arbeitslose unter 25 Jahren je 1000 15- bis 24-Jährige	64	39	70	56	81	43	58	20	62	58	41	54	68
Familie und Beruf													
Anteil (%) der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	48,3	38,9	52,3	42,3	51,1	47,4	51,7	49,5	50,1	45,3	50,0	47,6	49,2

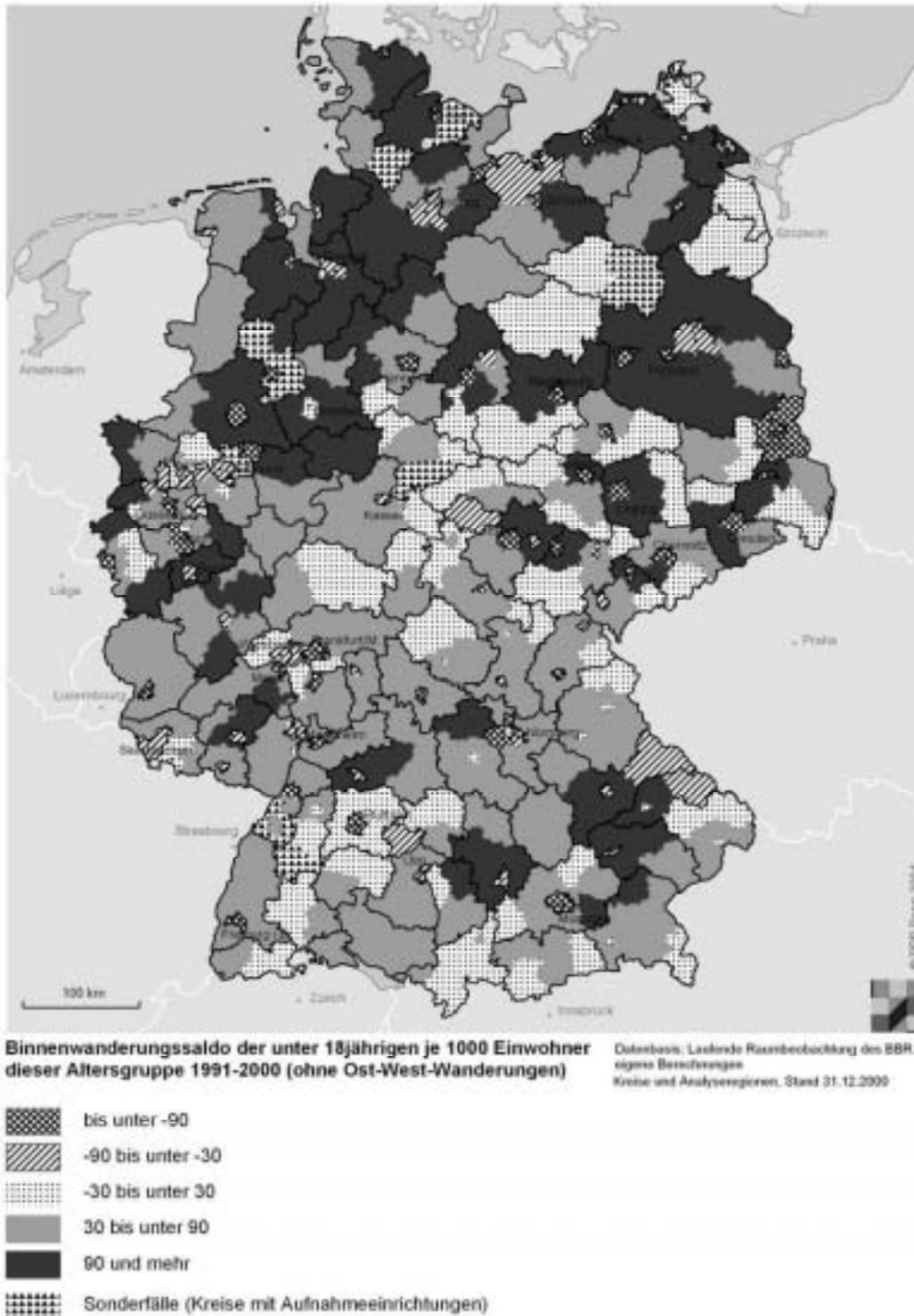
noch Tabelle A.V.3

	Kiel	Wolfs- burg	Schwe- rin	Ober- hausen	Halle/ Saale	Frank- furt	Pots- dam	Heidel- berg	Dres- den	Kaisers- lautern	Jena	Nürn- berg	Chem- nitz
Sozialversiche- rungspflichtig be- schäftigte Frauen je 1 000 Frauen in der Altersgruppe 30- bis 49-Jährige	522	530	663	472	643	553	700	464	676	526	694	577	661
Sicherheit und Wohlstand													
Verletzte Kinder im Straßenverkehr im Alter unter 15 Jah- ren je 10 000 Kin- der dieser Alters- gruppe	45	39	41	33	37	32	48	35	38	35	37	35	49
Anteil (%) Sozial- hilfeempfänger/- empfängerinnen unter den unter 7- Jährigen	22,2	9,7	25,7	14,9	26,0	13,6	14,4	6,0	2,1	10,2	10,2	14,4	15,7

Quelle: DJI Regionaldatenbank auf der Basis der Daten der Statistischen Landesämter

Abbildung A.V.3

Kleinräumige Bedeutung der Familienwanderung seit der deutschen Einigung



Quelle: Claus Schlömer: Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/2004 S.103

Tabelle A.V.4

Betreuung für Kinder unter 3 Jahren in ausgewählten europäischen Ländern

Länder ¹	Kinder unter 3 Jahren ² insg.	Betreuungsart ⁵	Betreute Kinder insg.	Betreute Kinder je 100 Kinder der Altersgruppe		
				insg.	in Einrichtungen	privat
Schweden	273060	Kindertageseinrichtung: Kinderkrippe	96814	35,5	35,5	
		Organisierte Kindertagespflege	14072	5,2		5,2
		zusammen		40,6	35,5	5,2
Dänemark	199822	Kindertageseinrichtung: Kinderkrippe	17854	8,9	8,9	
		Kindertageseinrichtung: Kindergarten	2225	1,1	1,1	
		Altersübergreifende Einrichtung	25321	12,7	12,7	
		Kindertagespflege: Tagesmutter	69764	34,9		34,9
		zusammen		57,6	22,7	34,9
Niederlande²	807374	Kindertageseinrichtung: Ganztagsbetreuung	163333	20,2	20,2	
		Kindertageseinrichtung: Halbtagsbetreuung	3815	0,5	0,5	
		Vorschul-Spielgruppen	250000	31,0	31,0	
		Organisierte Kindertagespflege: Betreuung durch eine Pflegefamilie	:			
		Kindertagespflege: Tagesmutter, die ins Haus kommt	:			
		Kindertagespflege: Tagesmutter, die das Kind bei sich zu Hause betreut	:			
		zusammen		51,2	51,2	
Vereinigtes Königreich	1883038	Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege ⁴	828537	44,0	44,0	
		Betreuung durch die Großeltern oder andere Erwachsene ⁴	640233	34,0		34,0
		zusammen		78,0	44,0	34,0
Frankreich	2192470	Öffentliche Kindertageseinrichtung: Kinderkrippen	132200	6,0	6,0	
		Von Eltern organisierte Kindertageseinrichtung: Kinderkrippen	8700	0,4	0,4	
		Kindertagespflege bei der Tagesmutter	60100	2,7		2,7
		Kindertageseinrichtung für Teilzeit- oder gelegentliche Betreuung	600000	27,4	27,4	
		Private Kindertagespflege mit öffentlicher Genehmigung	457200	20,9		20,9
		Privat angestelltes Betreuungspersonal	20600	0,9		0,9
		Kindertageseinrichtung zur Ergänzung der regulären Kindertageseinrichtung	254808	11,6	11,6	
		Ferienbetreuung in ergänzenden Kindertageseinrichtungen	:			
		zusammen		42,63³	18,0³	24,5
Deutschland	2232569	Kindertageseinrichtung	190914	8,6	8,6	

Quelle: Eurostat, Development of a methodology for the collection of harmonised statistics on childcare. Final report – July 2003. European Communities, 2004

Erläuterungen:

: = es liegen keine Daten vor

- 1) In den Ländern werden betreute Kinder angegeben, Ausnahme Deutschland, dort werden die Plätze angegeben. In Schweden und Frankreich Daten des Angebotes 2001, in Dänemark Daten des Angebotes 2002, in den Niederlanden Daten des Angebotes 2000, im Verein. Königreich Daten der Nachfrage 2002 und für Deutschland die angebotenen Plätze Ende 2002.
- 2) In den Niederlanden werden Kinder bzw. betreute Kinder unter 4 Jahren angegeben.
- 3) Kinder in Haltes-Garderies sind nicht enthalten, da diese Betreuungsart unter Umständen zu anderen komplementär ist.
- 4) Um Doppelzählungen in „Einrichtungen“ und „Privat“ zu vermeiden, wurden alle die beide in Anspruch nehmen, zu „Einrichtungen“ dazugezählt und unter „Privat“ fallen nur die, die ausschließlich diese Betreuungsart nutzen.
- 5) zu den landesspezifischen Betreuungsarten:

Schweden:

Schwedische Kinderbetreuung hat zwei Zielsetzungen: Die Entwicklung und die Bildung der Kinder zu unterstützen und es den Eltern zu ermöglichen, Elternschaft mit Erwerbstätigkeit oder Studium zu verbinden. Dieser Ansatz wurde in den frühen 1970er Jahren durch den Start eines groß angelegten Entwicklungs-Programms für Kinderbetreuung offiziell niedergelegt, was seitdem ein Eckstein der Schwedischen Familienpolitik ist. Seit 1996 fällt die Kinderbetreuung in die Verantwortung des Bildungsministeriums.

Kinderbetreuung in Schweden wird durch staatliche Zuschüsse, Steueraufkommen und Elternbeiträge finanziert. Die staatlichen Gelder sind nicht speziell für die Kinderbetreuung zweckgebunden, sondern sind Teil eines allgemeinen Zuschusses. Öffentliche Finanzierung schwankt zwischen 75 Prozent und 84 Prozent für Kinderbetreuung und 100 Prozent für die Vorschule. 1998 machten die Nettokosten für die Kinderbetreuung 15 Prozent der Gemeindkosten aus. Eltern zahlen einen Beitrag, aber dessen Höhe wird von der jeweiligen Gemeinde festgelegt. Im Durchschnitt betragen 1998 die Beiträge der Eltern unter 17 Prozent der gesamten Kosten für die Kinderbetreuung. Für bis zu 15 Stunden Vorschule pro Woche (525 Stunden im Jahr), was das Stunden-Minimum für das Vorschul-Programm ist, werden keine Gebühren erhoben. Gemeinden können privat geführten Vorschulklassen, die von der Gemeinde überwacht werden, in der sie agieren, Zuschüsse gewähren.

Organisierte Kindertagespflege: von der Gemeinde angestellte Tagesmütter betreuen Kinder bei sich zu Hause. Sie sind hauptsächlich für Kinder im Vorschulalter und für Schüler/Schülerinnen außerhalb der Schulstunden. Die Kinder sind registriert und die Öffnungszeiten werden dem Terminplan der Eltern angepasst.

Dänemark:

In Dänemark sind 70 Prozent aller Tageseinrichtungen öffentlich. Aber die privaten Institutionen werden genauso finanziert wie die, die der Gemeinde gehören und werden deshalb ebenfalls als öffentlich angesehen. Unabhängige Tageseinrichtungen sind rechtlich unabhängige Einheiten und werden oft von einer Gruppe von Eltern geführt, die um errichtet zu werden aber das Einverständnis der jeweiligen Behörden brauchen. Diese können eine finanzielle Unterstützung leisten, sind aber nicht dazu verpflichtet. Die Gemeinden übernehmen die Kosten von Tageseinrichtungen, die in Betrieb sind. Die Kosten werden durch Steuern gedeckt, durch Unterstützung der jeweiligen Gemeinden durch den Staat und durch Beiträge der Eltern. Die Beitragsätze der Eltern können durch die jeweiligen Gemeinden für Familien mit niedrigerem Einkommen und auch unter anderen Umständen gesenkt werden, unter anderem für Geschwister, die eine Tageseinrichtung besuchen (z. B. wenn eine Familie ein Kind hat, das in die Krippe geht und eines, das in den Kindergarten geht, dann werden die Kosten für den Kindergarten – die billigere Einrichtung der beiden – gesenkt).

Kindertageseinrichtung/ Kinderkrippen: Kinderkrippen sind für Kinder im Alter von 6 Monaten bis zu 3 Jahren.

Kindertageseinrichtung/Kindergarten: Kindergärten sind für Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren.

Altersübergreifende Einrichtung: Einrichtungen für Kinder zwischen 6 Monaten und 6 Jahren, können aber auch von Kindern bis zu 9 oder 10 Jahren besucht werden.

Kindertagespflege/Tagesmutter: Tagesmütter passen auf eine kleine Gruppe von Kindern auf, in der Regel zu Hause, in den meisten Fällen bei der Tagesmutter selbst.

Niederlande:

Formale Kinderbetreuung für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren hat sich in den Niederlanden in den letzten Jahren enorm entwickelt. Zwischen 1995 und 2000 hat sich die in der Anzahl von Vollzeitplätzen gemessene Kapazität fast verdoppelt, von 65.195 auf 124.938. In Anbetracht dieser Steigerung genügte das legale Rahmenwerk den Ansprüchen nicht mehr. Deshalb entwickelte die Regierung ein neues Gesetz: Act Basic Facility Child Care. Das Gesetz ist im Januar 2005 in Kraft getreten. Das Zentrale dieses Gesetzes wäre, dass Eltern von der Regierung einen Zuschuss erhalten würden, um ihnen mehr Möglichkeiten für die Wahl der Kinderbetreuung an die Hand zu geben. Zusätzlich soll dieses Gesetz noch die Zugänglichkeit und Qualität der Kinderbetreuung verbessern. Kinderbetreuung ist wichtig für Eltern, Arbeitgeber und den Staat. Deshalb ist die zentrale Idee, dass auch diese drei Akteure sich die Kosten teilen sollten. Das bedeutet, dass Arbeitgeber ein Drittel der Kosten übernehmen (eigentlich ein Sechstel, da die Arbeitgeber beider Elternteil beteiligt sind). Das Gesetz verpflichtet jedoch Arbeitgeber nicht, sich an Kinderbetreuung zu beteiligen.

Es gibt drei Möglichkeiten einen Platz in der Kinderbetreuung zu erhalten:

1. Durch den Arbeitgeber: Niederländische Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, Kinderbetreuung bereitzustellen; folglich gibt es nur sehr wenig Arbeitgeber mit einer eigenen Kindertageseinrichtung. Arbeitgeber sind auch nicht verpflichtet, sich an den Kosten ihrer Arbeitnehmer für die Kinderbetreuung zu beteiligen. Trotzdem stellt eine beträchtliche Anzahl Arbeitgeber finanzielle Unterstützung bereit. Im Moment ist der Anteil gemeinsamer Vereinbarungen in Bezug auf die Organisation der Kinderbetreuung bei 77 Prozent. Nicht alle Maßnahmen beinhalten einen finanziellen Beitrag, die Maßnahmen können sich zum Beispiel auf die Hilfe bei dem Finden eines Platzes in einer Kindertagesstätte beschränken. Trotzdem erhält ein beträchtlicher Teil erwerbstätiger Eltern finanzielle Unterstützung vom Arbeitgeber.
2. Ein privater Platz. Für private Plätze müssen die Eltern selbst aufkommen (zum Teil von der Steuer absetzbar).

3. Subventionierter Platz durch die Gemeinde: Die Gemeinde zahlt den Hauptanteil der Kinderbetreuung, die Eltern leisten einen Beitrag, der abhängig von der Höhe ihres Einkommens und der Art der Betreuung ist. Eltern, die keinen Arbeitgeber haben, können – unter bestimmten Umständen – einen Beitrag für die Betreuung erhalten. Zielgruppen sind allein Erziehende, die von Sozialhilfe leben, Arbeitslose und Behinderte, die sich wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern und Einwanderer in die Niederlande, die sich erst noch einbürgern müssen.

Kindertageseinrichtung/Ganztagsbetreuung: Betreuung für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren; werktags 8 Stunden oder mehr.

Kindertageseinrichtung/Halbtagsbetreuung: Betreuung für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren. Steht in der Woche mehr als 4 aber weniger als 8 Stunden zur Verfügung.

Vorschul-Spielgruppen: Spielgruppen werden in den Niederlanden schon seit den Sechziger Jahren organisiert. Eine der treibenden Kräfte hinter der Idee der Spielgruppe ist die Annahme, dass Betreuung in der Gruppe für die Entwicklung des Kindes von Vorteil ist. Während Kindertageseinrichtungen sich hauptsächlich auf die Betreuung der Kinder konzentrieren, sollen Spielgruppen der Bildung der Vorschüler und -schülerinnen im Alter von 2 bis 4 Jahren dienen. Spielgruppen sind immer nur in Teilzeit; Studien zeigen, dass 85 Prozent der Kinder zweimal die Woche in eine Spielgruppe gehen. Die Organisation der Spielgruppen ist sehr unterschiedlich. Es gibt unabhängige Spielgruppen, oder Spielgruppen, die von gemeinnützigen Organisationen, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen angeboten werden. Die Verantwortung für die Spielgruppen liegt bei den Gemeinden. Das bedeutet, dass es keine zentralen oder maßgeblichen Standards gibt. Die meisten Gemeinden haben allerdings drei Zielsetzungen für Spielgruppen niedergelegt: die allgemeine Entwicklung des Kindes zu fördern, leicht erreichbare Betreuung zu schaffen und frühzeitig Entwicklungsstörungen der Kinder zu erkennen. Ungefähr 80 Prozent der Gemeinden überwachen die Qualität der Spielgruppen.

Organisierte Kindertagespflege/Betreuung durch eine Pflegefamilie: Kinder zwischen 0 und 12 Jahren werden durch eine Pflegefamilie betreut, die wiederum durch eine Agentur für Pflegefamilien vermittelt wurde.

Vereinigtes Königreich:

Die Regierung hat sich verpflichtet, einen kostenlosen, qualitativ hochwertigen Teilzeit-Platz für frühe Bildung für jeden geeigneten Vierjährigen bereitzustellen, dessen Eltern einen wollen. Diese Teilzeit-Verpflichtung besteht für fünf 2 ½ Stunden Sitzungen pro Woche. Eltern können sich entscheiden, nicht die ganze Berechtigung in Anspruch zu nehmen, wonach der Platz anteilmäßig finanziert wird. Dreijährigen erlaubt diese Politik momentan keine allgemeinen Plätze. Die Regierung ist verpflichtet, Kindern, vor allem solchen in sozialer Notlage, mehr frühe Bildung anzubieten, bevor sie die allgemein verpflichtende Schulausbildung beginnen (momentan rund 33 Prozent aller Dreijährigen). Kinderbetreuung mit wenigen Ausnahmen wird vollständig von den Eltern bezahlt. Der Zugang ist somit im Moment vor allem begrenzt durch die Kosten und die Knappheit von verfügbaren qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen, vor allem für Babys. Die Einführung der neuen „Working Families Tax Credit“ und der „Disabled Person's Tax Credit“ im Oktober 1999 kennzeichnet einen beträchtlichen Beitrag zur Finanzierung von Kinderbetreuung auch für Familien mit niedrigem Einkommen im Vereinigten Königreich.

Frankreich:

Den Eltern, die für die Betreuung ihrer Kinder aufkommen müssen, wird finanzielle Hilfe bereitgestellt. Es stehen zwei Arten der Unterstützung zur Verfügung, wenn man sich individueller Kinderbetreuung bedient: finanzielle Unterstützung, um eine anerkannte Tagesmutter einzustellen (AFEAMA – aide à la famille pour l'emploi d'une assistance maternelle), oder um jemanden einzustellen, der die Kinder zu Hause betreut (AGED – allocation de garde d'enfant à domicile). Eltern können sich auch entschließen, eine bestimmte Zeit nicht zu arbeiten, um sich um die Kinder zu kümmern, und erhalten dafür eine Art Erziehungsgeld (APE – allocation parentale d'éducation).

Das AFEAMA existiert seit Januar 1991 und ist erhältlich für Eltern, die auf eine assistante maternelle zurückgreifen müssen, um auf ihre Kinder aufzupassen (unter 6 Jahren). Es deckt 100 Prozent der Sozialabgaben, die mit der Einstellung einhergehen, einen Teil des zu zahlenden Lohnes, sowie eine Steuersenkung (maximal 575 Euro pro Jahr).

Das AGED wurde im April 1987 eingeführt, es deckt 50 Prozent der Sozialabgaben (75 Prozent, wenn das Haushaltseinkommen unterhalb einer gewissen Grenze ist) die für das Einstellen von Personal fällig sind. Eltern profitieren außerdem von beträchtlichen Steuersenkungen (maximal 5.000 Euro pro Jahr).

Das APE wurde im Januar 1985 geschaffen und erlaubt Eltern, ihre Arbeit nieder zu legen oder halbtags zu arbeiten, wenn sie ihr zweites Kind bekommen (auch Adoption wird dabei berücksichtigt). Die Unterstützung wird maximal drei Jahre gewährt.

Gemeinden, die CAF (Caisse d'allocations familiales – Familienfonds) und Beiträge der Eltern sind die Hauptquellen für die Finanzierung der Kindertagesbetreuung. In „Crèches parentales“ waren 1999 die Beiträge der Eltern der größte Teil der Finanzierung (um die 35 Prozent), während der Finanzierungsanteil der CAF am höchsten in den „crèches traditionnelles“ ist (31 Prozent). Gemeinden übernehmen den Großteil der Finanzierung bei „garderies périscolaires“ und „Haltes-garderies“.

Öffentliche Kindertageseinrichtung: Kinderkrippen (Crèches traditionnelles): Tageseinrichtungen, die das ganze Jahr ganztags geöffnet haben. Sie sind offen für Eltern, die Vollzeit oder Teilzeit arbeiten, aber auch für solche, die eine Fortbildung machen oder eine Arbeit suchen.

Von Eltern organisierte Kindertageseinrichtung: Kinderkrippen (Crèches parentales): Kindertageseinrichtungen, die von Eltern, die sich zusammengeschlossen haben, geführt werden. Sie sind das ganze Jahr über ganztags geöffnet. Jedes Elternteil arbeitet in der Regel einen halben Tag in der Woche in der Krippe.

Kindertagespflege bei der Tagesmutter (Crèches familiales): Organisierte Familientagespflege, die sich aus 40 Tagesmüttern zusammensetzt (« assistantes maternelles »), die von der Gemeinde, einer Verwaltung oder einer Gesellschaft angestellt sind und von einer Kindergärtnerin überwacht werden. Eltern zahlen die notwendigen Beiträge an die Krippe selbst und nicht an die einzelne Tagesmutter. Die Tagespflege findet im Haus der Tagesmutter statt, mit höchstens drei Kindern bei einer Mutter.

Kindertageseinrichtung für Teilzeit- oder gelegentliche Betreuung (Haltes-garderies): Kinderbetreuung, die tagsüber für Kinder unter 6 verfügbar ist, aber hauptsächlich von Kindern unter 3 genutzt wird. In der Regel wird eine gelegentliche Betreuung angeboten, aber sie können auch regelmäßig halbtags geöffnet sein. Manche der Einrichtungen sind auch offen für die Betreuung

von Vorschulkindern nach ihrer regulären Schulzeit. Die Hälfte der Einrichtungen wird von den Gemeinden geführt, die andere Hälfte von privaten Organisationen.

Kindertageseinrichtung für Teilzeit- oder gelegentliche Betreuung (Garderie périscolaire): Diese Betreuung ist außerhalb der Schulstunden verfügbar (vor und nach der Schule) und ist für Kinder zwischen 2 und 6 Jahren gedacht.

Private Kindertagespflege mit öffentlicher Genehmigung (Assistantes maternelles indépendantes): Selbständige Tagesmütter, die bei sich zu Hause höchstens 3 Kinder zu flexiblen Zeiten betreuen. Die Tagesmütter müssen die Zustimmung des General Council erhalten (in der Regel gültig für 5 Jahre), um Kinder aufnehmen zu dürfen. Der Unterschied zu „Crèches familiales“ besteht darin, dass die „assistantes maternelles“ direkt von den Eltern angestellt werden und nicht überwacht werden. Die Eltern erhalten eine finanzielle Unterstützung, genannt AFEAMA.

Privat angestelltes Betreuungspersonal (Employés à domicile): Erwerbstätige Eltern, die Personal anstellen, um die Kinder zu Hause zu betreuen (in der Regel mehr als eines), erhalten finanzielle Unterstützung von öffentlichen Behörden.

Ferienbetreuung in ergänzenden Kindertageseinrichtungen (Centres de Loisirs sans Hébergement): Diese Einrichtungen sind mittwochs und während der Schulferien für Schüler und Schülerinnen sowie Kinder im und Vorschulalter geöffnet. „Garderie périscolaire“, „Centres de Loisirs sans Hébergement“ und „assistantes maternelles“ sind Zusatzangebote, die das Hauptangebot (Krippe, Vorschule und Kindergarten) ergänzen.

Tabelle A.V.5

Anteile (in Prozent) von deutschen und ausländischen Kinder unter 3 Jahren nach Bundesländern, die 2004 eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten besuchen

Bundesland	Besuch einer/s Kindergartens, -krippe (in %)	kein Besuch einer/s Kindergartens, -krippe (in %)	N* (in 1 000)
Deutsche und ausländische Kinder			
Schleswig-Holstein	9,7	90,3	72
Hamburg	16,7	85,4	48
Niedersachsen	4,5	94,0	201
Bremen	/	92,9	14
Nordrhein-Westfalen	4,5	95,5	466
Hessen	5,8	94,2	154
Rheinland-Pfalz	7,1	92,9	98
Baden-Württemberg	5,8	93,5	292
Bayern	5,3	94,1	323
Saarland	/	86,4	22
Berlin	28,7	71,3	87
Brandenburg	41,8	58,2	55
Mecklenburg-Vorpommern	36,8	63,2	38
Sachsen	30,2	70,8	96
Sachsen-Anhalt	50,0	50,0	46
Thüringen	30,2	67,4	43
Früheres Bundesgebiet	6,5	93,1	1 749
Neue Länder u. Berlin-Ost	37,1	62,5	307
Deutschland	11,0	88,6	2 056
Deutsche Kinder			
Schleswig-Holstein	8,6	90,0	70
Hamburg	16,7	83,3	42
Niedersachsen	4,3	94,1	185
Bremen	/	84,6	13
Nordrhein-Westfalen	4,7	95,3	424
Hessen	5,7	93,6	140
Rheinland-Pfalz	7,6	93,5	92
Baden-Württemberg	5,6	93,6	266
Bayern	5,4	94,3	299
Saarland	/	84,2	19
Berlin	29,1	70,9	79
Brandenburg	41,8	56,4	55
Mecklenburg-Vorpommern	36,8	60,5	38
Sachsen	29,5	70,5	95
Sachsen-Anhalt	50,0	47,8	46
Thüringen	30,2	67,4	43
Früheres Bundesgebiet	6,5	93,1	1 601
Neue Länder u. Berlin-Ost	37,3	62,7	303
Deutschland	11,4	88,2	1 905

* Einschließlich „ohne Angaben“

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2004, Sonderauszählung

Tabelle A.VIII.1

**Monatlicher Leistungsbezug von unverheirateten Frauen der Gehaltsgruppe BAT VII
bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes nach
ausgewählten europäischen Modellen**

Fiktiver Geburtstermin: 1. Januar 2005

	Deutschland			Finnland					Schweden		
	Kinder- geld (monat- lich ein- kom- mensun- abhän- gig)	Mutter- schutz (100 Prozent Lohner- satz 6 Wochen vor und 8 Wo- chen nach Geburt)	Eltern- zeit (ein- kom- mensab- hängig), wenn Frau nicht er- werbstät- tig	Kinder- geld (für das 1. Kind 90 € mo- natlich)	Mutter- schutz (an 105 Kalen- dertagen)	Eltern- zeit (26 Wo- chen 65% letztes Netto- einkom- men)	Zu- schuss für häusli- che Kin- derbe- treuung	Zu- schuss für al- lein Er- zie- hende (33,60 € im Mo- nat bis zum 17. Le- bens- jahr)	Kinder- geld (für das 1. Kind 89 € im Monat)	Mutter- schutz (80% vom Ein- kommen nach Ge- burt für 390 Ta- ge, dann 90 Tage à 6 €)	Zu- schuss für häusli- che Kin- derbe- treuung
	vor der Geburt (Euro pro Monat)										
2004 Nov.	0	433	0	0	303	0	0	0	0	0	0
2004 Dez.	0	1 220	0	0	854	0	0	0	0	0	0
Zahlungen vor der Geburt	0	1 653	0	0	1 157	0	0	0	0	0	0
	1653			1157					0		
	nach der Geburt (Euro pro Monat)										
2005 Januar	154	1 220	0	90	854	0	0	33,6	87	958	55
2005 Febr.	154	1 023	40	90	771	0	0	33,6	87	958	55
2005 März	154	0	300	90	110	691	0	33,6	87	958	55
2005 April	154	0	300	90	0	767	0	33,6	87	958	55
2005 Mai	154	0	300	90	0	793	0	33,6	87	958	55
2005 Juni	154	0	300	90	0	767	0	33,6	87	958	55
2005 Juli	154	0	300	90	0	793	0	33,6	87	958	55
2005 August	154	0	300	90	0	793	0	33,6	87	958	55
2005 Sept.	154	0	300	90	0	77	227	33,6	87	958	55
2005 Okt.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	958	55
2005 Nov.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	958	55
2005 Dez.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	958	55
Zahlungen im 1. Jahr nach der Geburt	1 848	2 243	3 040	1 080	1 735	4 681	983	403	1 044	1 1491	660
	7 131			8 883					13 195		
2006 Januar	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	808	55
2006 Febr.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	168	55
2006 März	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	186	55
2006 April	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	150	55
2006 Mai	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 Juni	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 Juli	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 August	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 Sept.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 Okt.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 Nov.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2006 Dez.	154	0	300	90	0	0	252	33,6	87	0	55
Zahlungen im 2. Jahr nach der Geburt	1 848	0	3 600	1 080	0	0	3 024	403	1 044	1 312	660
	5 448			4 507					3 016		

noch Tabelle A.VIII.1

	Deutschland			Finnland				Schweden			
	Kinder- geld (monat- lich ein- kommensun- abhän- gig)	Mutter- schutz (100 Prozent Lohners- satz 6 Wochen vor und 8 Wo- chen nach Geburt)	Eltern- zeit (ein- kom- mensab- hängig), wenn Frau nicht er- werbstät- tig	Kinder- geld (für das 1. Kind 90 € mo- natlich)	Mutter- schutz (an 105 Kalender- tagen)	Eltern- zeit (26 Wo- chen 65% letztes Netto- einkom- men)	Zu- schuss für häusli- che Kin- derbe- treuung	Zu- schuss für al- lein Er- zie- hende (33,60 € im Mo- nat bis zum 17. Le- bens- jahr)	Kinder- geld (für das 1. Kind 89 € im Monat)	Mutter- schutz (80% vom Ein- kommen nach Ge- burt für 390 Ta- ge, dann 90 Tage à 6 €)	Zu- schuss für häusli- che Kin- derbe- treuung
2007 Januar	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Febr.	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 März	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 April	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Mai	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Juni	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Juli	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 August	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Sept.	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Okt.	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Nov.	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
2007 Dez.	154	0	0	90	0	0	252	33,6	87	0	55
Zahlungen im 3. Jahr nach der Geburt	1 848	0	0	1 080	0	0	3 024	403	1 044	0	660
	1 848						4 507		1 704		
Summe der Zahlungen in den ersten 3 Jahren nach der Geburt	14 427						17 897		17 915		
Zahlungen vor und nach der Geburt insg.	16 080						19 054		17 915		

Quelle: Hans Bertram, eigene Berechnungen

Tabelle A.VIII.2

**Einkommen privater Haushalte 2003 nach Haushaltstyp und Alter des
Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin von 25 bis unter 35 Jahre**

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt	Davon nach Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		allein Lebende	davon		Allein Erziehende 1)	Paare2)	davon		
			allein lebende Männer	allein lebende Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)3)	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	6 260	2 000	894	1 106	312	3 662	1 807	1 855	286
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 645	1 821	855	967	259	2 335	1 131	1 204	229
je Haushalt und Monat in EUR									
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2464	1794	1906	1695	672	3160	3748	2608	2711
dar.: der/des Haupteinkommensbeziehers/ bezieherin des/der Ehe-/Lebenspartners/-partnerin	1988	1793	1905	1693	672	2296	2413	2186	1894
	440	--	--	--	--	864	1335	422	/
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	148	86	(111)	(64)	/	209	195	222	(169)
Einnahmen aus Vermögen	193	85	118	57	(56)	267	185	344	443
dar.: aus Vermietung und Verpachtung	25	(14)	(21)	(8)	/	30	28	32	(77)
unterstellte Mietzahlungen für ETW u.Ä.	151	58	77	42	(47)	219	136	297	314
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	372	154	161	147	713	452	248	643	905
dar.: (Brutto) Renten der gesetzl. Rentenversicherung	29	(8)	/	/	/	(6)	/	/	438
(Brutto) Pensionen	/	/	/	/	--	/	/	/	/
(Brutto) Renten der Zusatzvers. des öffentl. Dienstes	/	/	/	--	/	/	/	/	/
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung	/	/	/	--	--	/	/	/	/
Altersteilzeitgeld	/	--	--	--	--	--	--	--	/
Pflegegeld	/	/	--	/	/	/	/	/	/
Sozialhilfe	15	(4)	/	/	(127)	(8)	/	(13)	/
Arbeitslosenhilfe	21	(15)	/	(16)	(45)	22	(15)	(28)	/
lfd. Übertragungen der Arbeitsförderung	48	(29)	(35)	(23)	(50)	58	51	65	(104)
Wohngeld	13	7	(8)	(6)	68	12	(3)	20	/
Kindergeld	80	(6)	(4)	(7)	202	126	(11)	235	(60)
Mutterschaftsgeld	5	--	--	--	/	10	/	(18)	/
Erziehungsgeld	27	/	/	--	(56)	47	/	91	/
BAföG	17	(19)	(19)	(20)	/	16	(25)	/	/
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	190	148	150	146	220	211	218	205	277
dar.: (Brutto) Werks- und Betriebsrenten	(1)	/	/	/	--	/	/	--	(16)
Leistungen aus privaten Versicherungen	19	11	(10)	12	/	26	28	25	/
Unterstützung von privaten Haushalten	160	129	131	127	207	173	180	167	222
Einnahmen aus Untervermietung	(2)	(2)	/	/	/	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	3368	2268	2447	2111	1683	4301	4596	4024	4516
abzüglich:									
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	438	354	398	315	55	541	748	347	487
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	443	316	330	304	132	564	661	473	567
Haushaltsnettoeinkommen	2487	1598	1720	1491	1497	3195	3187	3203	3462
zuzüglich:									
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	37	40	58	25	(7)	41	35	46	(10)
Sonstige Einnahmen	22	16	19	13	5	29	35	24	15
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2547	1655	1797	1529	1509	3265	3257	3273	3487

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl der Zahlenwert statistisch nicht sicher genug ist.

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl statistisch relativ unsicher ist.

-- = nichts vorhanden.

1) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

2) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.

3) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehe-/Lebenspartners/-partnerin unter 18 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Tabelle A.VIII.3

**Finanzielle Leistungen an Mütter bis zu 3 Jahren nach der Geburt in Deutschland*,
Finnland und Schweden (in Euro)**

Deutschland

	Kindergeld (monatlich einkommensunabhängig)	Mutterschutz (100 Prozent Lohnersatz 6 Wochen vor und 8 Wochen nach Geburt)	Elternzeit (einkommensabhängig), wenn Frau nicht erwerbstätig
Zahlungen bis zur Geburt	0	1 653	0
Zahlungen im 1. Jahr nach der Geburt	1 848	2 243	3 040
Zahlungen im 2. Jahr nach der Geburt	1 848	0	3 600
Zahlungen im 3. Jahr nach der Geburt	1 848	0	0
Summe		16 080	

Schweden

	Kindergeld (für das 1. Kind 89 Euro im Monat)	Mutterschutz (80 % vom Einkommen nach Geburt für 390 Tage, dann 90 Tage a 6 Euro)	Zuschuss für häusliche Kinderbetreuung
Zahlungen bis zur Geburt	0	0	0
Zahlungen im 1. Jahr nach der Geburt	1 044	11 491	660
Zahlungen im 2. Jahr nach der Geburt	1 044	1 312	660
Zahlungen im 3. Jahr nach der Geburt	1 044	0	660
Summe		17 915	

Finnland

	Kindergeld (für das 1. Kind 90 Euro monatlich)	Mutter- schutz (an 105 Kalen- dertagen)	Elternzeit (26 Wochen 65 % letz- tes Netto- einkom- men)	Zuschuss für häus- liche Kin- derbetreu- ung	Zuschuss für allein Erziehende (33,60 im Monat bis zum 17. Le- bensjahr)
Zahlungen bis zur Geburt	0	1 157	0	0	0
Zahlungen im 1. Jahr nach der Geburt	1 080	1 735	4 681	983	403
Zahlungen im 2. Jahr nach der Geburt	1 080	0	0	3 024	403
Zahlungen im 3. Jahr nach der Geburt	1 080	0	0	3 024	403
Summe			19 054		

*) Allein erziehend mit BAT VII (West)

Quelle: Hans Bertram, eigene Berechnungen

Tabelle A.VIII.4

**Anteil der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen
nach Altersgruppen und Geschlecht**

Wirtschaftsbereiche	Frauen								
	Erwerbstätige Frauen insg.	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		15–20	20–25	25–35	35–45	45–55	55–60	60–65	65 u. m.
Früheres Bundesgebiet									
Land- und Forstwirtschaft	1,8	1,7	1,0	1,1	1,7	2,0	1,9	4,6	12,0
Produzierendes Gewerbe	17,6	19,8	15,6	17,4	18,4	17,5	18,0	15,5	14,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	24,9	30,5	28,5	24,4	24,0	23,8	25,7	26,6	30,7
Sonstige Dienstleistungen	55,7	48,1	54,9	57,2	55,8	56,8	54,5	53,1	42,7
dar. Öffentliche Verwaltung u. ä.*	7,3	4,5	5,7	7,1	7,7	8,0	8,2	6,0	/
Öffentliche und priv. Dienstleistungen**	34,3	32,6	34,0	33,4	33,8	36,0	34,1	34,8	30,7
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Neue Länder und Berlin-Ost									
Land- und Forstwirtschaft	2,3	/	/	1,6	2,2	2,3	3,3	/	/
Produzierendes Gewerbe	13,6	11,7	12,1	11,7	14,4	15,0	13,6	11,8	/
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	25,2	35,9	31,6	27,0	25,7	22,1	18,2	17,6	/
Sonstige Dienstleistungen	58,9	50,0	54,7	59,5	57,6	60,4	65,0	66,2	58,3
dar. Öffentliche Verwaltung u. ä.*	10,7	5,5	7,8	10,0	10,8	12,5	12,1	11,8	/
Öffentliche und priv. Dienstleistungen**	36,6	35,9	34,8	35,0	35,8	37,1	42,1	44,1	/
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Deutschland									
Land- und Forstwirtschaft	1,9	1,8	1,1	1,2	1,8	2,0	2,1	4,6	11,7
Produzierendes Gewerbe	16,9	17,7	14,9	16,5	17,7	17,0	17,2	14,9	14,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	24,9	31,6	29,1	24,8	24,3	23,4	24,3	25,3	30,2
Sonstige Dienstleistungen	56,3	48,6	54,9	57,6	56,1	57,5	56,4	55,2	43,8
dar. Öffentliche Verwaltung u. ä.*	7,9	4,9	6,1	7,6	8,3	8,9	9,0	6,8	/
Öffentliche und priv. Dienstleistungen**	34,7	33,5	34,2	33,7	34,2	36,2	35,6	36,1	30,9
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Erwerbstätige in folgenden Wirtschaftszweigen: Öffentliche Verwaltung, auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Sozialversicherung und Arbeitsförderung, Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

**) Erwerbstätige in folgenden Wirtschaftszweigen: Erziehung und Unterricht (Kindergärten, Vor- und Grundschulen, Weiterführende Schulen, Hochschulen, Erwachsenenbildung und sonstige Unterrichte); Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung; Kultur, Sport und Unterhaltung

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

Stand:

Mai 2006

Gestaltung:

KIWI GmbH, Osnabrück

Druck:

Koelblin-Fortuna-Druck, Baden-Baden

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**

Fax: 0 18 88/5 55 44 00

Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

* jeder Anruf kostet 12 Cent pro Minute

** nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr 4,6 Cent,
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute